3 1761 04115 9252

UNIV. OF
TORONTO
LIBRARY

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Ottawa

http://www.archive.org/details/recueilgendetrait11mart

BINDING LIST MAR 1 1924

376ri

NOUVEAU

RECUEIL GÉNÉRAL

DE

TRAITÉS

ET

AUTRES ACTES RELATIFS AUX RAPPORTS DE DROIT INTERNATIONAL.

CONTINUATION DU GRAND RECUEIL

DE

G. FR. DE MARTENS

PAR

Heinrich Triepel

Conseiller intime de justice

Professeur de droit public à l'Université de Berlin.

TROISIÈME SÉRIE.

TOME XI.

183723
7.9.23

LEIPZIG

LIBRAIRIE THEODOR WEICHER

1923

TRAVELL OTHORD
UNIVERSITY

TRAVELL OTHORD
UNIVERSITY

NOUVEAU

RECUEIL GÉNÉRAL

DE

TRAITÉS

ET

AUTRES ACTES RELATIFS AUX RAPPORTS DE DROIT INTERNATIONAL.

CONTINUATION DU GRAND RECUEIL

DE

G. FR. DE MARTENS

PAR

Heinrich Triepel

Conseiller intime de justice

Professeur de droit public à l'Université de Berlin.

TROISIÈME SÉRIE.

TOME XI.

PREMIÈRE LIVRAISON.

LEIPZIG

LIBRAIRIE THEODOR WEICHER

1922

1.

ALLEMAGNE, BELGIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, PORTUGAL, ROUMANIE, RUSSIE, SERBIE.

Arrangements concernant les prisonniers de guerre et les civils internés ou retenus; du septembre 1914 au janvier 1917.

Livre blanc allemand. Drucksachen des Reichstags, 13. Legislatur-Periode. II. Session 1914 1917. No. 645.)*

Extrait.

Die besonderen Verhältnisse des gegenwärtigen Krieges, vor allem seine Länge, liessen es geboten erscheinen, sowohl die Vertragsbestimmungen über die Kriegsgefangenen zu ergänzen, als auch Vereinbarungen über die in feindliche Gewalt gelangten Zivilpersonen zu treffen. Nach Lage der Umstände konnte es sich dabei nicht um förmliche Verträge handeln, sondern nur um mehr oder minder formlose Abreden, die durch Vermittelung der Vertreter neutraler Mächte mitunter erst nach langwierigen Verhandlungen, zum Teil auch unter dem Druck deutscher Vergeltungsmassnahmen zustande kamen.

Besondere während des gegenwärtigen Krieges getroffene Vereinbarungen.

I. Vereinbarungen über Kriegsgefangene.

1. Listenaustausch.

1. In Erweiterung der Bestimmungen des Artikel 14 der Haager Landkriegsordnung**) ist zur Beschleunigung der Feststellungen über das Schicksal vermisster Heeresangehöriger mit Frankreich, Grossbritannien, Italien, Rumänien und Russland ein Austausch von Listen der Kriegsgefangenen vereinbart worden. Die Gefangenenlisten werden nach den bei den Auskunftsstellen eingehenden Meldungen aufgestellt und sollen ausser den Vor- und Zunamen sowie der Bezeichnung des Truppenteils Angaben über den Aufenthaltsort und das Befinden der Kriegsgefangenen enthalten, auch etwaige Veränderungen anzeigen. Sie gehen in regelmässigen Zeit-

---

*) Les Annexes n'ont pas été reproduites.
) V. **N. R. G. 3. s. III, p. 491.

abschnitten, tunlichst einmal in der Woche, durch Vermittelung der Vertreter der mit der Wahrnehmung der Interessen der Kriegführenden betrauten Mächte ohne Verzug dem Heimatsstaat zu.

Auch von Japan sind auf Grund einer Verständigung entsprechende Listen der in gegnerischen Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen eingegangen.

2. Freilassung des Sanitätspersonals.

Wegen Heimsendung des in Feindeshand gefallenen deutschen Sanitätspersonals waren infolge ungleichmässiger Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Genfer Abkommens seitens der Kriegführenden Unzuträglichkeiten hervorgetreten, die nach längeren Verhandlungen im wesentlichen behoben oder doch gemildert worden sind.

Mit Frankreich besteht grundsätzlich Übereinstimmung dahin, dass das gesamte beiderseits zurückgehaltene Sanitätspersonal, einschliesslich der Militärgeistlichen, ohne Rücksicht auf die Zahl heimzusenden ist. Zur Vorbereitung der Heimsendungen werden Listen des Sanitätspersonals sowie derjenigen Gefangenen, die ihre Zugehörigkeit dazu behaupten, diese aber nicht nachweisen können, ausgetauscht. Das zurückgesandte Sanitätspersonal darf nur im Sanitätsdienst, die entlassenen Geistlichen dürfen nur im Seelsorge- oder im Sanitätsdienst verwendet werden.

Mit Russland ist vereinbart, dass nicht das gesamte Sanitätspersonal heimgesandt werden soll, sondern dass zur Pflege der kriegsgefangenen Angehörigen des eigenen Staates auf je 2500 Mann 1 Arzt und 10 Angehörige des Sanitätsunterpersonals zurückzubehalten sind. Die Militärgeistlichen bleiben, soweit sie nicht krank oder in vorgeschrittenem Alter sind, mit Rücksicht auf die seelsorgerischen Bedürfnisse in den Gefangenenlagern zurück.

Mit Grossbritannien ist die Rücksendung des gesamten in Feindeshand gefallenen Sanitätspersonals, auch hinsichtlich der Schutzgebiete, verabredet worden. Wegen Heimsendung eines in England noch zurückgehaltenen Teiles dieses Personals sind noch Verhandlungen im Gange.

3. Freilassung invalider Kriegsgefangener.

Mit Belgien, Frankreich, Grossbritannien und Russland sind Vereinbarungen über die Entlassung invalider, d. h. dienstuntauglicher Kriegsgefangener zustande gekommen. Dabei handelt es sich nicht um einen Austausch Zahl gegen Zahl, sondern es sollen alle diejenigen zur Entlassung kommen, bei denen nach militärischer Entscheidung die Voraussetzungen der Dienstuntauglichkeit vorliegen. Über diese Voraussetzungen sind mit den genannten Staaten bestimmte, für Belgien, Frankreich und Grossbritannien übereinstimmende Grundsätze verabredet worden (Anlagen 4, 5). Bei der militärärztlichen Entscheidung wirken, soweit es sich um den Austausch mit Belgien und Frankreich handelt, schweizerische Ärzte mit. Die Entlassung erfolgt bei dem Austausch mit Belgien und Frankreich über die Schweiz, bei dem mit Grossbritannien über die Niederlande und bei dem mit Russland über Schweden. Entsprechende Verhand-

lungen mit der Japanischen Regierung sind vor kurzem zum Abschluss gelangt. Ein gleiches Abkommen mit Italien steht unmittelbar vor dem Abschluss.

4. Unterbringung halbinvalider Kriegsgefangener in neutralen Ländern.

Für halbinvalide, d. h. minder schwerverletzte und kranke Kriegsgefangene ist unter Zustimmung der Schweizerischen Regierung mit Belgien, Frankreich und Grossbritannien die Unterbringung in der Schweiz vereinbart worden. Die hierbei in Betracht kommenden Krankheiten und Gebrechen ergeben sich aus der Anlage 6. Bei der Entscheidung über die Unterbringung in der Schweiz wirken gleichfalls schweizerische Ärzte mit. Verhandlungen mit der Russischen Regierung wegen entsprechender Unterbringung deutscher und russischer Kriegsgefangener in Dänemark und Norwegen, die sich zu deren Aufnahme bereit gefunden haben, stehen unmittelbar vor dem Abschluss, desgleichen Verhandlungen über die Unterbringung von je 400 tuberkulösen russischen und deutschen oder österreichisch-ungarischen Offizieren in der Schweiz.

5. Rückführung der Kriegsgefangenen aus Afrika.

Nach langen Verhandlungen mit der Französischen Regierung, die durch nachdrückliche Vergeltungsmassnahmen unterstützt wurden, ist eine Verständigung dahin zustande gekommen, dass zunächst die in den tropischen Gegenden Mittelafrikas unter ungünstigen klimatischen Verhältnissen untergebrachten deutschen Gefangenen nach Nordafrika und später sämtliche deutschen Gefangenen aus Nordafrika nach Frankreich überführt worden sind, wogegen die Vergeltungsmassnahmen aufgehoben wurden.

6. Lagerbesuche; Seelsorge.

Mit Frankreich, Grossbritannien, Japan und Russland ist verabredet worden, dass die Vertreter der mit dem Schutze der Kriegsgefangenen betrauten Mächte die Kriegsgefangenenlager besuchen können, um sich über die Lage der Gefangenen zu unterrichten und deren Wünsche und Beschwerden entgegenzunehmen. Nach den Vereinbarungen mit Frankreich und Grossbritannien dürfen die Vertreter der Schutzmächte die Kriegsgefangenen in den Gefangenenlagern und Lazaretten jederzeit ohne vorherige Genehmigung seitens der Behörden des Nehmestaates und unangesagt besuchen. Kriegsgefangene an den Arbeitsstellen und, wenn sie Freiheitsstrafen verbüssen, in den Strafanstalten dürfen nur nach vorheriger Anfrage bei den zuständigen militärischen Behörden besucht werden. Darüber, ob die Vertreter der Schutzmächte sich ohne Beisein einer Aufsichtsperson mit den Gefangenen unterhalten dürfen, entscheidet in Deutschland das zuständige stellvertretende Generalkommando, in Frankreich der Lagerkommandant. Mit Grossbritannien schweben noch Verhandlungen über diesen Punkt. Für den Besuch von Untersuchungsgefangenen ist mit Frankreich vereinbart worden, dass es hierzu gleichfalls keiner vorherigen

Anmeldung bedarf, dass aber der Besuch nur im Beisein von Aufsichtspersonen stattfinden soll.

Auf Grund einer Sonderverständigung mit Frankreich sind im vergangenen Sommer zwei Vertreter der Amerikanischen Botschaft in Paris zum Besuch der Lager gefangener französischer Offiziere nach Deutschland und zwei Vertreter der Spanischen Botschaft in Berlin zum Besuch der gefangenen deutschen Offiziere nach Frankreich entsandt worden.

Ferner sind mit Frankreich und Russland Verabredungen getroffen worden über Reisen von Beauftragten neutraler Vereinigungen vom Roten Kreuz zum Besuche der beiderseitigen Gefangenenlager. Durch Vereinbarungen zwischen Deutschland, Russland und Dänemark ist es ermöglicht worden, dass sich den Reisen dänischer Delegationen auch deutsche und russische Schwestern vom Roten Kreuz zum Besuch ihrer Landsleute angeschlossen haben.

Mit Frankreich ist durch Vermittelung der Schweizerischen Regierung eine besondere Verständigung erzielt worden, wonach je zwei schweizerische Geistliche die deutschen und französischen Lager besuchen dürfen, um den Gefangenen geistlichen Zuspruch zuteil werden zu lassen.

7. Brotversorgung.

Im Mai 1916 ist mit Frankreich ein Abkommen über ausreichende Brotversorgung der deutschen Gefangenen in Frankreich zustande gekommen. Auf Grund dieses Abkommens erhalten alle deutschen Gefangenen in französischen Lagern und Lazaretten täglich 600 g Brot. Deutschland hat dafür die zeitweilig verbotenen Brotsammelsendungen für französische Gefangene erneut zugelassen.

8. Sonntagsruhe.

Auf Anregung Seiner Heiligkeit des Papstes ist mit Frankreich, Grossbritannien und Russland vereinbart worden, dass die Kriegsgefangenen grundsätzlich Sonntags von Arbeit frei bleiben. Ausnahmen sollen nur da eintreten, wo infolge ununterbrochenen fortlaufenden Betriebes oder einer Notarbeit, z. B. während der Ernte, auch von deutschen Arbeitern Sonntagsarbeit verlangt wird. Eine weitere Regelung der Arbeitfrage bildet den Gegenstand besonderer Verhandlungen mit der Französischen Regierung.

9. Spaziergänge.

Da es den Offizieren, die zu Arbeiten nicht herangezogen werden können, an der nötigen Bewegungsmöglichkeit in den Gefangenenlagern fehlt, sind mit Grossbritannien und Russland Vereinbarungen dahin getroffen worden, dass den Offizieren gegen Abgabe eines zeitlich begrenzten Ehrenwortes oder des Versprechens, nicht zu fliehen und nichts gegen die Sicherheit des Nehmestaates während dieser Zeit zu unternehmen, Spaziergänge ausserhalb des Lagers gestattet werden. Eine gleiche Verständigung war mit der Französischen Regierung getroffen, ist aber von dieser wieder aufgehoben worden.

Entsprechende Vereinbarungen werden auch mit Italien und Rumänien angestrebt. Ferner soll der Versuch gemacht werden, ähnliche Vergünstigungen mit den Offizieren auch anderen nicht arbeitenden Kriegsgefangenen zu verschaffen, die nicht arbeitsfähig sind und von der langen Einschliessung besonders betroffen werden.

10. Postverkehr.

Über den Postverkehr der Kriegsgefangenen sind mit Frankreich und Grossbritannien zur Ergänzung des Artikel 16 der Haager Landkriegsordnung Vereinbarungen getroffen worden. Der bestehende Zustand ergibt sich aus der Anlage 7.

11. Rechtsschutz.

Auf rechtlichem Gebiete sind mit den feindlichen Ländern über nachstehende Punkte Abreden getroffen worden:

a) Strafaussetzung.

Mit der Französischen Regierung ist im August 1916 ein Abkommen wegen Aussetzung der Strafvollstreckung an französischen und deutschen Kriegsgefangenen geschlossen worden. Hiernach soll die Vollstreckung von gerichtlichen Strafen für alle Straftaten, die bis zum 1. September 1916, sei es vor oder nach der Gefangennahme, begangen sind, mit Ausschluss der Disziplinarstrafen, bis zum Friedensschluss ausgesetzt werden. Mit dem gleichen Zeitpunkt waren alle wegen gerichtlicher Verurteilung von Kriegsgefangenen angeordneten Vergeltungsmassnahmen aufzuheben. In der Vereinbarung sind Verhandlungen wegen der Aussetzung von Strafen für die von Kriegsgefangenen nach dem 1. September 1916 begangenen Straftaten vorbehalten worden.

b) Vollmachten.

Mit Frankreich, Grossbritannien und Russland ist vereinbart worden, dass die beiderseitigen Behörden ihre Vermittelung bei der Ausstellung und Beglaubigung von Vollmachten der Kriegsgefangenen eintreten lassen.

c) Sterbeurkunden.

Mit Frankreich ist ein Austausch von Sterbeurkunden auf Antrag der Familien verstorbener Kriegsgefangener verabredet worden.

d) Nachlässe.

Auf Grund von Vereinbarungen mit Frankreich, Grossbritannien und Russland werden die auf dem Schlachtfeld gefundenen Gegenstände von Angehörigen der feindlichen Heere sowie die Nachlassachen verstorbener Kriegsgefangener ausgetauscht.

12. Besoldung der Offiziere.

Die Frage der Besoldung der kriegsgefangenen Offiziere und Beamten im Offiziersrang hat mit Belgien, Frankreich, Grossbritannien und Russ-

land eine besondere, zum Teil von den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung abweichende Regelung erfahren. Die mit den einzelnen Ländern vereinbarten monatlichen Besoldungssätze ergeben sich aus der Anlage 8.

Mit Belgien und Frankreich ist vereinbart, dass für die allgemeine Verpflegung nicht mehr als die Hälfte, für die Krankenhauspflege nicht mehr als zwei Drittel des Soldes abgezogen werden dürfen, während für die Unterkunft kein Abzug zu machen ist. Mit Grossbritannien ist abgemacht, dass für Wohnung, Beleuchtung und Heizung keine Abzüge zu machen sind, dass die Offiziere dagegen Verpflegung und Kleidung zu bezahlen haben. Mit Russland geht die Verabredung dahin, dass für Unterkunft keine Abzüge vom Gehalt gemacht werden dürfen, wohl aber für Verpflegung, falls nicht auf eigenen Wunsch Selbstbeköstigung eintritt.

Die Verhandlungen mit Italien und Rumänien über die Besoldung der Offiziere sind noch nicht abgeschlossen.

13. Anerkennung nachträglicher Offiziersbeförderungen.

Vereinbarungen hierüber bestehen mit Frankreich, Grossbritannien und Russland.

Mit Frankreich ist vereinbart, dass nach der Gefangennahme beförderte Offiziere als solche anerkannt und gemäss ihrem neuen Range besoldet werden, wenn die Beförderung innerhalb zweier Monate nach der Gefangennahme erfolgt und in einer regelmässig erscheinenden amtlichen Zeitung veröffentlicht ist.

Nach den Abmachungen mit Grossbritannien wird eine Beförderung anerkannt; entsprechende Besoldung tritt ein, wenn der Antrag zur Beförderung schon vor der Gefangennahme gestellt war.

Mit Russland ist verabredet worden, dass die Beförderung von Kriegsgefangenen zum Offizier nach der Gefangennahme unbeschränkt anerkannt wird. Dagegen ist der weitergehende deutsche Antrag, auch die Beförderung von Offizieren zu einem höheren Dienstgrade anzuerkennen, von Russland abgelehnt worden.

14. Behandlung gewisser Klassen von Unteroffizieren.

Auf Grund von Verhandlungen mit der Französischen, der Grossbritannischen und der Russischen Regierung sind besondere Vergünstigungen für die höheren Klassen von Unteroffizieren ausbedungen worden; diese bestehen in Befreiung vom Arbeitszwang, soweit es sich nicht um eine blosse Aufsichtstätigkeit handelt. Mit Frankreich und Grossbritannien ist ausserdem vereinbart worden, dass die höheren Unteroffiziere, soweit möglich, abgesondert untergebracht werden, und dass die Auszahlung aus ihren in vorläufige Verwahrung genommenen Geldguthaben ebenso wie bei den Offizieren zu bemessen ist.

II. Vereinbarungen über Zivilgefangene.

1. Bewegungsfreiheit und Abreiseerlaubnis.

a) Japan und Serbien.

Mit Japan und mit Serbien ist zugunsten der bei Kriegsausbruch in Feindeshand befindlichen Zivilpersonen vereinbart worden, dass sie auf freiem Fuss belassen und an der Abreise nicht behindert werden sollen.

b) Italien.

Entsprechende Bestimmungen waren in einem mit Italien kurz vor Abbruch der Beziehungen für den Kriegsfall abgeschlossenen Vertrag enthalten, der auch für die Abreisenden die ungehinderte Mitnahme ihres Privateigentums vorsah.*) Der Vertrag ist aber noch vor der italienischen Kriegserklärung an Deutschland gegenstandslos geworden, da die italienische Regierung aus nichtigen Gründen davon zurückgetreten ist. Im übrigen werden auch ohne Vertrag die beiderseitigen Angehörigen grundsätzlich auf freiem Fuss belassen und, soweit nicht militärische Bedenken bestehen, nicht an der Ausreise gehindert.

Bei den mit Frankreich, Grossbritannien und Russland geführten Verhandlungen hat die Deutsche Regierung gleichfalls den Standpunkt vertreten, dass eine allgemeine Gefangenhaltung der Zivilpersonen grundsätzlich unzulässig ist, auch ihrer Abreise im allgemeinen kein Hindernis in den Weg gelegt werden darf. Leider haben sich die Regierungen der drei Mächte nicht auf diesen Standpunkt gestellt, so dass Deutschland schliesslich mit Vergeltungsmassnahmen vorgehen musste. Inzwischen ist es mit ihnen zu Vereinbarungen gekommen, die wenigstens gewisse Klassen von Zivilpersonen die Heimkehr ermöglichen. Im einzelnen ist folgendes zu bemerken.

c) Frankreich.

Nach einem im September 1914 getroffenen Abkommen soll von den zur Zeit des Kriegsausbruchs zurückgehaltenen Zivilpersonen allen Frauen und Mädchen sowie allen männlichen Personen unter 17 oder über 60 Jahren die Ausreise gestattet werden.

Im Dezember 1914 wurde ein weiteres Abkommen geschlossen, wonach alle dienstuntauglichen männlichen Personen von 45 bis 60 Jahren freizulassen sind.

Endlich ist im Januar 1916 eine zusammenfassende Verständigung mit der Französischen Regierung zustande gekommen, auf Grund deren von den in Deutschland internierten Zivilpersonen und von den deutschen Zivilgefangenen in Frankreich freizulassen sind: alle Frauen und Mädchen, alle dienstuntauglichen männlichen Personen ohne Rücksicht auf das Alter und alle männlichen Personen unter 17 und über 55 Jahre: ausgenommen sind nur Personen, die sich wegen gemeiner Verbrechen oder Vergehen, mit Einschluss derer gegen die Sicherheit des Staates, in Untersuchungs-

*) V. l'Arrangement du 21 mai 1915; **N. R. G. 3. s. X.** p. 338

oder Strafhaft befinden. Die Vereinbarung findet Anwendung sowohl auf die im eigenen Staatsgebiet (mit Einschluss der Kolonien) festgenommenen Zivilpersonen als auch auf Zivilgefangene, die aus besetzten Gebieten oder von eigenen, neutralen oder feindlichen Schiffen fortgeführt worden sind. In Ansehung der Elsass-Lothringer führte Frankreich die Vereinbarung nicht aus, so dass Vergeltungsmassnahmen ergriffen werden mussten.

Wegen der Entlassung der internierten Geistlichen und Ärzte schweben Sonderverhandlungen, die noch nicht zum Abschluss gelangt sind.

d) Grossbritannien.

Nach Vereinbarungen aus den Jahren 1914 und 1915 ist allen Frauen und Mädchen, den männlichen Personen unter 17 und über 55 Jahre, den dienstuntauglichen männlichen Personen zwischen 17 und 55 Jahren sowie den Ärzten und Geistlichen ohne Unterschied des Alters die Abreise gestattet. Im Januar 1917 ist eine weitere Verständigung dahin ergangen, dass, soweit nicht militärische Gründe entgegenstehen, sämtlichen über 45 Jahre alten beiderseitigen männlichen Staatsangehörigen, die in Gebieten des anderen Teiles mit Einschluss seiner Kolonien und sonstigen auswärtigen Besitzungen interniert sind, die Ausreise gestattet werden soll; die Zahl der aus militärischen Gründen zurückzuhaltenden Internierten soll beiderseits 20 nicht übersteigen. In der Verständigung sind die verabschiedeten Offiziere sowie die Führer und Mannschaften von Handelsschiffen und Fischerfahrzeugen eingeschlossen. Die Frage der Anwendbarkeit der Verständigung auf Zivilpersonen, die im weiteren Verlaufe des Krieges in Feindeshand fallen, ist späteren Verhandlungen vorbehalten worden.

e) Russland.

Im Februar 1915 ist wegen der zur Zeit des Kriegsausbruchs zurückgehaltenen Zivilpersonen nachstehende Verständigung zustande gekommen:

1. Alle weiblichen Personen und alle Männer unter 17 und über 45 Jahren erhalten die Erlaubnis zur Abreise. Ausgenommen sind nur aktive und inaktive Offiziere und Personen, die sich wegen eines gemeinen Vergehens oder Verbrechens in Untersuchung befinden. Diese letzte Bestimmung erstreckt sich nicht auf die Mitglieder des Deutschen Flottenvereins.
2. Männer zwischen 17 und 45 Jahren, die wegen Krankheit oder Gebrechen für den Militärdienst untauglich sind, erhalten ebenfalls die Erlaubnis zur Abreise.
3. Ärzte und Geistliche können ohne Rücksicht auf ihr Alter abreisen, sofern sie nicht Militärärzte oder Militärgeistliche sind.
4. Die in den Nummern 1 bis 3 bezeichneten ausreisenden Personen haben das Recht, ihr ganzes Gepäck, ihr Geld und ihre Wertsachen mit sich zu nehmen, ausgenommen Gold und Bankdepots.
5. Die Abreise dieser Personen wird nach Möglichkeit erleichtert werden. Sie werden von der Abreiseerlaubnis benachrichtigt, die-

nötigen Züge werden gestellt und Hilfskomitees werden zugelassen, um direkt mit den Abreisenden zu verhandeln und sie mit den nötigen Mitteln zu versehen.

6. Die diplomatischen und konsularischen Vertreter, die den Schutz der Ausreisenden beider Länder übernommen haben, werden für sorgfältige Ausführung dieses Vertrages Sorge tragen.

Im Herbst 1916 wurde ein weiteres Abkommen über die beiderseits aus dem Operationsgebiet fortgeführten, insbesondere die aus Ostpreussen fortgeschleppten Zivilpersonen geschlossen. Danach sind von diesen Personen zu entlassen: alle Frauen und Mädchen, alle männlichen Personen unter 16 und über 50 Jahren sowie die Dienstuntauglichen zwischen 16 und 50 Jahren; die Freilassung hat zu erfolgen, soweit nicht die weitere Zurückhaltung aus besonderen militärischen Gründen erforderlich ist. Über die Einzelheiten wegen der Durchführung dieses Abkommens schweben noch Verhandlungen.

f) Portugal und Rumänien.

Gleichartige Verhandlungen sind mit Portugal und Rumänien eingeleitet, aber noch nicht zum Abschluss gebracht worden.

2. Unterbringung halbinvalider Zivilgefangener in der Schweiz.

Mit Frankreich ist wegen Unterbringung halbinvalider Zivilpersonen in der Schweiz eine der Vereinbarung wegen der halbinvaliden Kriegsgefangenen entsprechende Verständigung (vergl. I 4) erzielt worden. Verhandlungen mit Grossbritannien wegen einer entsprechenden Verständigung schweben noch.

3. Sondervereinbarungen für das Konsulatspersonal.

Die Deutsche Regierung hat sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, dass die Konsuln feindlicher Länder einen völkerrechtlichen Anspruch darauf haben, bei Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit sicherem Geleit das feindliche Gebiet zu verlassen. Nachdem indessen die feindlichen Regierungen mit Ausnahme der Japanischen und der Serbischen nach den Kriegserklärungen in weitem Umfang der Abreise der deutschen Konsuln Hindernisse in den Weg gelegt haben, musste durch Zurückhaltung der feindlichen Konsuln oder sonst geeigneter Persönlichkeiten auf die beteiligten Mächte ein entsprechender Druck ausgeübt werden. Wegen Freilassung der beiderseitigen Konsuln haben sodann Verhandlungen mit den feindlichen Staaten stattgefunden, die zu folgendem Ergebnis geführt haben: Soweit Italien, Portugal und Rumänien in Betracht kommen, sind die beiderseitigen Konsuln sämtlich entlassen worden. Mit Frankreich ist eine Vereinbarung dahin zustande gekommen, dass die Berufskonsuln gegenseitig zu entlassen, die Wahlkonsuln gegen französische Staatsangehörige auszutauschen sind. Mit Grossbritannien und Russland ist ein Austausch der Berufs- und Wahlkonsuln gegen Konsuln oder sonstige Notabeln verabredet worden.

4. Fortführung der Zivilgefangenen aus Afrika.

Auf Grund der Vereinbarungen mit Frankreich über die Zurückführung der Deutschen aus Mittel- und Nordafrika sind (vergl. I 5) auch die Zivilgefangenen nach Europa befördert worden. Ebenso wurden gemäss einer mit der Französischen Regierung neuerdings erzielten Verständigung die deutschen Zivilgefangenen aus den übrigen Teilen Afrikas sowie aus Indochina und der Südsee sämtlich nach Frankreich verbracht.

5. Listenaustausch; Lagerbesuche; Seelsorge; Brotversorgung; Postverkehr.

Die Abreden unter I 1, 6, 7, 10 sind auch auf Zivilgefangene für anwendbar erklärt worden, die Abrede unter I 1 jedoch nur für den Verkehr mit Frankreich, Grossbritannien und Russland; mit Italien und Rumänien schweben über diesen Punkt noch Verhandlungen.

6. Befreiung der Zivilgefangenen von Zwangsarbeit.

Mit Frankreich, Grossbritannien und Russland ist verabredet worden, dass die Zivilinternierten nicht wider ihren Willen zur Arbeit herangezogen werden sollen, soweit es sich nicht um Arbeiten zur Aufrechterhaltung des Lagerdienstes handelt.

7. Strafaussetzung.

In dem unter I 11a erwähnten deutsch-französischen Abkommen wegen der Aussetzung der Strafvollstreckung an Kriegsgefangenen war dessen Ausdehnung auf Zivilinternierte vorgesehen. Verhandlungen hierüber sind eingeleitet.

8. Besondere Behandlung der verabschiedeten Offiziere, der Offiziere des Beurlaubtenstandes und der Beamten.

Zugunsten der unter den Zivilgefangenen befindlichen verabschiedeten Offiziere, der Offiziere des Beurlaubtenstandes und der Beamten sind folgende Vereinbarungen getroffen worden.

a) Frankreich.

Verabschiedete Offiziere und Offiziere des Beurlaubtenstandes werden wie aktive Offiziere behandelt, einerlei ob sie zur Zeit der Gefangennahme in die feindliche Streitmacht eingereiht waren oder nicht; jedoch findet ihre Überführung in ein Kriegsgefangenlager nur statt, wenn sie Uniform tragen. Wegen gleicher Vergünstigungen für die Beamten schweben noch Verhandlungen.

b) Grossbritannien.

Verabschiedete Offiziere und Offiziere des Beurlaubtenstandes werden auf ihren Wunsch in den Offizierslagern untergebracht unter der Bedingung, dass sie sich Uniform beschaffen. Besoldung erhalten die deutschen verabschiedeten Offiziere usw. durch Vermittlung der Schutzmacht in London aus Mitteln des Reichs, und zwar die Leutnants und Oberleutnants 4 sh,

die Hauptleute und höheren Offiziere 4 1/2 sh für den Tag. Die deutschen Schutzgebietsbeamten sind in Offizierslagern und in dem Zivilgefangenlager in Wakefield interniert.

Eine Übersicht über die mit den einzelnen feindlichen Staaten während des Krieges getroffenen Vereinbarungen ist in der Anlage 9 enthalten.

Berlin, den 31. Januar 1917.

2.

ALLEMAGNE, GRANDE-BRETAGNE.

Accord concernant les prisonniers de guerre et les civils internés; signé à La Haye, le 2 juillet 1917.

Publication officielle.

Vereinbarung zwischen der Deutschen und der Grossbritannischen Regierung über Kriegs- und Zivilgefangene.

Am 2. Juli 1917 ist von Delegierten der Deutschen und der Grossbritannischen Regierung die nachstehende Vereinbarung über Kriegs- und Zivilgefangene unterzeichnet worden, die inzwischen von beiden Regierungen genehmigt worden ist.

I. Wiederaufnahme der bereits vereinbarten Austauschtransporte.

§ 1.

Die auf Grund der bestehenden Vereinbarungen auszuführende Heimbeförderung der Kriegs- und Zivilgefangenen soll sobald als möglich wieder aufgenommen werden. Zu diesem Zweck ist die Niederländische Regierung beiderseits ersucht worden, diese Austauschtransporte in einer der Deutschen und der Grossbritannischen Regierung genehmen Weise zu veranstalten und durchzuführen.

II. Entlassung kranker und verwundeter Kriegsgefangener und deren Internierung in neutralen Ländern.

§ 2.

Entlassung tuberkulosekranker Kriegsgefangener in die Heimat.

Diejenigen wegen Tuberkulose in der Schweiz internierten Kriegsgefangenen, die als geheilt anzusehen sind, sollen auf Grund einer gemäss § 8 vorgenommenen Untersuchung in ihre Heimat entlassen werden.

§ 3.

Neue Listen von Krankheiten und Gebrechen.

Neue, nach milderen Grundsätzen aufgestellte Listen von Krankheiten und Gebrechen sollen als Grundlage für die Auswahl von Kriegsgefangenen dienen:

a) für die unmittelbar oder aus einem neutralen Lande erfolgende Entlassung in die Heimat,

b) für die Internierung in einem neutralen Lande.

Bis zur Aufstellung dieser neuen Listen sollen die vor kurzem zwischen den deutschen, französischen und schweizerischen Militärbehörden vereinbarten neuen Listen für den oben erwähnten Zweck massgebend sein.

§ 4.

Die Stacheldrahtkrankheit.

Kriegsgefangene, die mindestens 18 Monate in Gefangenschaft waren und an der „Stacheldrahtkrankheit" leiden, sollen künftig als für die Internierung in der Schweiz oder einem anderen neutralen Lande geeignet anerkannt werden. Wenn sich nach einer dreimonatigen Internierung eine erhebliche Besserung des Gesundheitszustandes nicht feststellen lässt, soll die Krankheit als schwer angesehen werden und der Internierte gemäss § 8 auf die Entlassung in die Heimat Anspruch haben.

§ 5.

„Komplementärinternierung" nach den neuen Listen von Krankheiten und Gebrechen.

A. Im August und September d. J. soll entsprechend der zwischen Deutschland und Frankreich getroffenen Vereinbarung unter der Voraussetzung der Zustimmung der Schweizerischen Regierung eine Komplementärinternierung von Gefangenen stattfinden, die vor dem 1. November 1916 in Gefangenschaft geraten sind.

Die Untersuchung für diese Internierung soll von zwei Kommissionen vorgenommen werden, die aus je drei schweizerischen und drei Ärzten des Nehmestaates besteht. Bei Stimmengleichheit soll die Stimme des ältesten schweizerischen Arztes den Ausschlag geben. Die Kommissionen sollen am 1. August d. Js. zusammentreten und ihre Entscheidung in jedem der ihnen vorgelegten Fälle auf die neuen, oben erwähnten Listen gründen.

Die Klassen von Kriegsgefangenen, über die von diesen Kommissionen entschieden werden soll, sind folgende:

a) Kriegsgefangene, deren Internierung in einem neutralen Lande von der ärztlichen Reisekommission schon vorgesehen, aber einer späteren Entscheidung vorbehalten worden ist,

b) Kriegsgefangene, von denen bekannt geworden ist, dass sie schon längere Zeit krank sind, die aber aus unbekannten Gründen nicht als internierungsbedürftig anerkannt worden sind,

c) Kriegsgefangene, die durch Versehen oder Unachtsamkeit nicht von der Reisekommission untersucht worden sind oder die nicht imstande waren, vor ihr zu erscheinen.

B. Keiner von diesen Kriegsgefangenen soll durch die obenerwähnte Kommission bei der ersten Untersuchung endgültig zurückgewiesen werden. Alle diejenigen, die nicht für die sofortige Internierung bestimmt wurden, sollen in ein Beobachtungslager überführt werden, und ihre Fälle sollen

durch die Kommission nach einem Zeitraum von vier Wochen wieder untersucht werden. Wenn die Entscheidung der Kommission dem Gefangenen ungünstig ist, sollen die Gründe eingehend angegeben werden.

C. Alle Kriegsgefangenen, die bei der Untersuchung für die Komplementärinternierung als dafür geeignet befunden worden sind, sollen sobald als möglich in die Schweiz überführt werden.

§ 6.

Entlassung internierter Kriegsgefangener in die Heimat.

Zur Gewinnung von Plätzen für die Komplementärinternierung sollen die von der Deutschen Regierung internierten britischen Kriegsgefangenen und die von der Britischen Regierung internierten deutschen Kriegsgefangenen, deren vollständige Heilung noch längere Zeit in Anspruch nimmt, von der Schweiz im August und September d. J. entsprechend den Bestimmungen über den Austausch von Schwerverwundeten und Schwerkranken in die Heimat entlassen werden. Die Entscheidung hierüber steht den schweizerischen Ärzten zu und soll für beide Teile bindend sein, ausser wenn der Überschuss von Angehörigen des einen Teils über die Angehörigen des anderen Teils 20 % oder mehr dieser Zahl beträgt. In diesem Fall soll die bisherige Art der Untersuchung beibehalten werden. (Siehe § 8.)

§ 7.

Weitere Untersuchungen nach den neuen Listen.

A. Sobald wie möglich nach dem Abschluss der in § 5 erwähnten Untersuchungen sollen die Kommissionen, die aus zwei Ärzten des neutralen Staates und drei Ärzten des Nehmestaates zusammengesetzt sind, mit der Untersuchung der Gefangenen beginnen, die von den Lagerärzten des Nehmestaates für die Internierung empfohlen worden sind, nachdem eine sorgfältige Untersuchung im Anschluss an die neue Liste von Krankheiten und Gebrechen für die Internierung vorgenommen worden ist.

B. Dasselbe Verfahren soll bei späteren Untersuchungen kranker und verwundeter Kriegsgefangener zur Internierung in einem neutralen Staate angewandt werden. Die Untersuchungen sollen in Zwischenräumen von 3 bis 4 Monaten, wie bisher üblich, stattfinden.

C. Kriegsgefangene, die zur Internierung geeignet befunden sind, sollen sobald als möglich interniert werden.

§ 8.

Untersuchung für die Entlassung in die Heimat aus einem neutralen Staate.

Die Untersuchung von Verwundeten und Kranken für die Entlassung in die Heimat aus einem neutralen Lande soll nach Massgabe der neuen Listen von Krankheiten und Gebrechen für die Entlassung in die Heimat und im übrigen nach den bisherigen Grundsätzen ausgeführt werden, nämlich durch eine Kommission, die aus zwei Ärzten des Nehmestaates und einem Vertreter der Gesandtschaft desselben Landes zusammengesetzt ist.

§ 9.

Unmittelbare Entlassung in die Heimat.

Die Auswahl der Kriegsgefangenen für die unmittelbare Entlassung in die Heimat soll nach Massgabe der neuen Liste von Krankheiten und Gebrechen für die Entlassung in die Heimat erfolgen. Im übrigen soll das Verfahren das gleiche bleiben wie bisher.

§ 10.

Verbot der Beschäftigung in die Heimat entlassener Kriegsgefangener.

Kriegsgefangene, die nach den vorstehenden Grundsätzen in die Heimat entlassen worden sind, sollen weder an der Front noch in der Etappe noch innerhalb des besetzten Gebiets verwendet werden.

III. Internierung der nicht weniger als 18 Monate gefangen gehaltenen Offiziere und Unteroffiziere in einem neutralen Lande.

§ 11.

Die Offiziere und Unteroffiziere des einen Teiles sollen ohne Rücksicht auf Rang und Zahl, auch soweit sie eine Strafe verbüssen, sobald sie wenigstens 18 Monate Kriegsgefangene des anderen Teiles sind, in der Schweiz oder in einem anderen neutralen Lande interniert werden, falls sie nicht zurückzubleiben wünschen. Voraussetzung für das Vorstehende ist, dass sich die Möglichkeit einer Unterbringung für sie findet, was beide Regierungen zu erreichen bemüht sein werden. Für die Reihenfolge der Unterbringung in dem neutralen Lande soll der Zeitpunkt der Gefangennahme massgebend sein. Soweit deutsche Ofiziere und Unteroffiziere in Betracht kommen, soll diese Bestimmung lediglich auf alle diejenigen Anwendung finden, die jetzt oder später in Grossbritannien oder Frankreich sind.

IV. Internierung kranker Zivilgefangener in den Niederlanden.

§ 12.

Von den deutschen Zivilpersonen, die zurzeit in Grossbritannien interniert sind, sollen 1600 und von den britischen Zivilpersonen, die zurzeit in Deutschland interniert sind, sollen 400 in den Niederlanden interniert werden. Sie sollen durch die Ärzte des Nehmestaates gemäss der in Nr. II dieser Vereinbarung erwähnten neuen Liste von Krankheiten und Gebrechen für die Internierung von kranken und verwundeten Kriegsgefangenen ausgewählt werden. Wird auf einer Seite die Zahl der für die Internierung nach dieser Liste geeignet befundenen Zivilgefangenen nicht erreicht, so soll der Fehlbetrag durch Hinzufügung solcher Zivilgefangenen aufgebracht werden, die nach der Ansicht der Ärzte des Nehmestaates aus ärztlichen Gründen am ehesten der Entlassung aus der Gefangenschaft bedürftig erscheinen.

V. Verteilung der in den Niederlanden unterzubringenden Kriegs- und Zivilgefangenen.

§ 13.

In der Voraussetzung, dass die niederländische Regierung, wie sie in Aussicht gestellt hat, 16000 deutsche und britische Kriegs- oder Zivilgefangene zur Internierung aufnimmt, sollen die Plätze dieser Internierten wie folgt verteilt werden:

a) Es fallen auf kranke und verwundete Kriegsgefangene, die gemäss Nr. II dieser Vereinbarung zu internieren sind . . 7500 Plätze,

b) auf Offiziere und Unteroffiziere, die nach Nr. III dieser Vereinbarung zu internieren sind . . . . . 6500 „

c) auf kranke Zivilgefangene, die nach Nr. IV dieser Vereinbarung zu internieren sind . . . . . 2000 „

Beide Regierungen sichern sich die unverzügliche Rücksendung aller aus der Internierung in den Niederlanden entflohenen Personen zu, soweit diese in ihre Gewalt kommen.

VI. Entlassung von bisher zurückgehaltenem Sanitätspersonal.

§ 14.

Sämtliche Mitglieder des deutschen Sanitätspersonals, die sich noch in britischer Gewalt befinden, und sämtliche Mitglieder des britischen Sanitätspersonals, die sich noch in deutscher Gewalt befinden, sollen unverzüglich entlassen und mit den Kriegsgefangenentransporten heimbefördert werden.

Der von dem Nehmestaat etwa verlangte Nachweis der Zugehörigkeit zu dem Sanitätspersonal soll vorbehaltlich der Prüfung des Nehmestaates durch Aufnahme in Listen erbracht werden, die von dem Heimatstaat aufgestellt und dem Nehmestaat auf diplomatischem Wege übermittelt werden. Wenn der Nehmestaat Gründe für die Ablehnung des Anspruchs auf Entlassung einer in die Listen aufgenommenen Person hat, so hat er diese Gründe ausführlich anzugeben.

§ 15.

Die Grossbritannische Regierung wird dem ursprünglich zur deutschen Garnison in Tsingtau gehörigen, jetzt in den Vereinigten Staaten von Amerika befindlichen deutschen Sanitätspersonal die Rückkehr nach Deutschland auf dem Seewege gestatten, falls die Regierung der Vereinigten Staaten diesem Personal die Rückkehr nach Deutschland gestatten wird.

VII. Bestrafung der Fluchtversuche von Kriegsgefangenen.

§ 16.

a) Die Dauer der von einem Kriegsgefangenen wegen eines einfachen Fluchtversuchs, auch im Wiederholungsfalle, zu verbüssenden Freiheitsstrafe soll 14 Tage nicht übersteigen.

Die Dauer der zu verbüssenden Freiheitsstrafe wegen eines solchen Fluchtversuchs in Verbindung mit anderen strafbaren Handlungen, die im

Verfolg oder bei Gelegenheit des Fluchtversuchs durch Aneignung oder Beschädigung fremden Eigentums begangen worden sind, soll 2 Monate nicht übersteigen.

b) Alle Kriegsgefangenen, die wegen eines einfachen oder in Verbindung mit anderen Straftaten der oben bezeichneten Art unternommenen Fluchtversuchs eine längere Freiheitsstrafe als vorerwähnt verbüssen, sollen alsbald auf freien Fuss gesetzt werden.

c) Alle Vergeltungsmassnahmen gegen englische Kriegsgefangene in deutschen Händen wegen der Verurteilung deutscher Kriegsgefangener durch britische Behörden auf Grund von einfachen oder mit anderen strafbaren Handlungen der unter a bezeichneten Art begangenen Fluchtversuche sollen alsbald aufgehoben werden.

§ 17.

Die Bestimmungen des vorhergehenden Paragraphen sollen spätestens am 1. August 1917 durchgeführt werden.

VIII. Aussetzung von Strafen für Kriegs- und Zivilgefangene.

§ 18.

Die Vollstreckung von Strafen für alle Straftaten, die von Kriegs- und Zivilgefangenen nach der Gefangennahme bis zum 1. August d. J. begangen sind, wird bis zum Friedensschluss ausgesetzt.

§ 19.

Jeder unter die Bestimmung der vorhergehenden Paragraphen fallende Kriegs- und Zivilgefangene soll von jeder Art von Beschränkungen, die nicht alle Kriegs- und Zivilgefangenen treffen, befreit sein und in derselben Weise wie die übrigen Kriegs- und Zivilgefangenen alle diesen zustehenden Vorteile einschliesslich der Entlassung in die Heimat und der Internierung in neutralen Ländern geniessen.

IX. Vergeltungsmassnahmen gegen Kriegs- und Zivilgefangene.

§ 20.

Vergeltungsmassnahmen gegen Kriegs- und Zivilgefangene dürfen erst nach Ablauf einer Frist von wenigstens 4 Wochen seit ihrer Ankündigung durchgeführt werden.

Die Frist läuft von dem Zeitpunkt ab, zu dem bei Vergeltungsmassnahmen gegen deutsche Gefangene in englischer Gewalt die Schweizerische Gesandtschaft in London, bei Vergeltungsmassnahmen gegen britische Gefangene in deutscher Gewalt die Niederländische Gesandtschaft in Berlin in Kenntnis gesetzt worden ist.

In geeignet erscheinenden Fällen wird vor Androhung von Vergeltungsmassnahmen der Versuch gemacht werden, durch eine persönliche Aussprache im Haag den Anlass zu der Vergeltungsmassnahme zu beseitigen.

X. Beschleunigte Ablieferung von Paketsendungen.

§ 21.

Beide Heeresverwaltungen werden nach Kräften bemüht sein, für schnelle Ablieferung aller an die Kriegs- und Zivilgefangenen gerichteten Paketsendungen Sorge zu tragen und unnötige Überwachung zu vermeiden.

XI. Nachricht über Gefangennahme von Kriegsgefangenen.

§ 22.

Beide Heeresverwaltungen werden unverzüglich erneut Weisungen an die zuständigen Stellen ergehen lassen, um sicher zu stellen,

a) dass alle Gefangennahmen von Kriegsgefangenen durch die Regierung des Nehmestaates der anderen Regierung mit tunlichst geringer Verzögerung mitgeteilt werden,

b) dass jedem Kriegsgefangenen alsbald nach der Gefangennahme die Benachrichtigung seiner Angehörigen gestattet und ermöglicht sowie dass die Weiterleitung der Nachricht erleichtert wird,

c) dass tunlichst bald nach der Gefangennahme jedem Kriegsgefangenen Gelegenheit gegeben wird, seiner Familie eine Adresse mitzuteilen, unter der sie mit ihm in Verbindung treten kann.

3.

GRANDE-BRETAGNE, TURQUIE.

Accord concernant les prisonniers de guerre et les civils internés; signé à Berne, le 28 décembre 1917.

Communication officielle.

Traduction.

Übereinkommen betreffs Kriegs- und Zivilgefangene, abgeschlossen zwischen der Englischen Regierung und dem Ottomanischen Staate.

Die unten unterzeichneten englischen und ottomanischen Abgeordneten haben dieses Abkommenprojekt betreffs der Kriegs- und Zivilgefangenen nach erfolgter gemeinsamer Beratung aufgesetzt. Die erwähnten Abgeordneten werden ihren Regierungen die Annahme des Projekts vorschlagen.

Der unten unterzeichnete Minister des Auswärtigen der Schweiz hat im Beisein des Vorstehers der Abteilung für fremde Angelegenheiten und für Aufenthalt bei den Beratungen den Vorsitz geführt. Eine beglaubigte

Abschrift des Abkommens und der Annexe wird von Seiten der Schweizerischen Regierung den betreffenden beiden Regierungen übermittelt werden.

Bern, den 28. Dezember 1917.

Auswärtiges Amt der Schweiz.

Edwar.
A. Muchtar.
S. Halil.
Aziz.
A. Zia.
Izzet.

Norton.
General M. Kielfild.
A. Doupouri.

Einleitung.

§ 1.

Erklärung.

Der in diesem Abkommen gebrauchte Ausdruck „Kriegsgefangene" bezieht sich nur auf Gefangene, die gefangene Militärpersonen sind, der Ausdruck „Gefangene" bezieht sich auf Militärpersonen sowohl wie auch auf internierte Zivilpersonen.

§ 2.

Veröffentlichung des Abkommens.

Nach Bestätigung dieses Abkommens durch die beiden Regierungen wird die Englische Regierung die englischen Texte des Abkommens der Ottomanischen Regierung einsenden, damit dieselben in allen Gefangenenlagern dauernd ausgehändigt werden und die Ottomanische Regierung wird zur dauernden Aushändigung in allen Gefangenenlagern die türkischen Texte der Englischen Regierung übersenden.

I. Kapitel.

Auslieferung der Gefangenen in ihre Heimat.

§ 3.

Auslieferung der verwundeten Kriegsgefangenen in ihre Heimat. Alle Kriegsgefangenen, deren Gesundheitszustand derart ist, dass derselbe zu den beigefügten Klassen gerechnet werden kann, werden, ohne einen Unterschied in Anzahl und Militärgrad zu machen, ihren Ländern zurückgegeben.

§ 4.

Ärztliche Kommissionen zur Auswahl der Kranken.

a) Aus je drei Ärzten bestehende Ärztekommissionen werden alle Kriegsgefangenen, die in Lagern und an Orten sind, untersuchen. Diese Kommissionen werden für die Kriegsgefangenenlager im Ottomanischen Reiche aus 2 ottomanischen Ärzten und einem kriegsgefangenen englischen Arzt und für die unter englischer Verwaltung stehenden Kriegsgefangenenlager aus 2 englischen Ärzten und einem kriegsgefangenen ottomanischen Arzt zusammengesetzt.

Wenn in einem Gefangenenlager kein kriegsgefangener Arzt sein sollte, so wird aus einem anderen Lager ein Arzt geholt.

b) Die ärztlichen Kommissionen werden die Lager und Orte, wo sich Kriegsgefangene befinden, alle drei Monate besuchen. Die Ankunft der Kommissionen werden den Kriegsgefangenen wenigstens 15 Tage vor Ankunft der Kommission mitgeteilt.

c) Die Kriegsgefangenen, die den Wunsch haben, sich von Seiten der ärztlichen Kommission untersuchen zu lassen, haben dieses dem Hilfskomitee eines Gefangenenlagers vorher mitzuteilen. Die Listen der Kriegsgefangenen, die sich untersuchen lassen wollen, werden durch das Hilfskomitee dem Lagerkommandanten übergeben und der Kommandant leitet diese Liste an die ärztliche Kommission.

d) Die Beschlüsse der ärztlichen Kommissionen erfolgen mit Stimmenmehrheit und können keiner Revision unterworfen werden.

§ 5.

Einleitung für den Abtransport der Kriegsgefangenen.

Um sofort mit der Auslieferung der Kriegsgefangenen zu beginnen, ist beschlossen worden, tausend kranke englische Kriegsgefangene, d. h. dreihundert weisse und siebenhundert Indier und tausendfünfhundert ottomanische kranke Kriegsgefangene, ohne Unterschied im Grade und ohne Ausführung der Formalitäten für die früher erwähnte ärztliche Untersuchung, sobald wie möglich in ihre Länder auszuliefern.

§ 6.

Die Verwendung der an ihre Länder ausgelieferten Kriegsgefangenen.

Die gemäss §§ 3 und 5 ihren Ländern auszuliefernden Kriegsgefangenen dürfen keine Verwendung finden in militärischen Diensten weder an einer der Fronten, weder in den Etappen noch im besetzten Gebiete.

§ 7.

Auslieferung der Sanitätskolonnen.

a) Alle von Seiten der ottomanischen Truppen gefangenen englischen Sanitätsmannschaften und alle von den englischen Truppen gefangenen ottomanischen Sanitätsmannschaften sollen, unter Berücksichtigung der nachstehend aufgeführten Ausnahmen, in der möglichst kürzesten Zeit ausgeliefert werden.

b) Die Englische Regierung soll das Recht haben, ausschliesslich zur Verwendung im Dienste der ottomanischen Kriegsgefangenen, für je 2500 Mann ottomanischer Kriegsgefangener einen Sanitätsoffizier und 10 Sanitätsunteroffiziere und Sanitätsmannschaften zurückzubehalten und ebenso soll die ottomanische Regierung das Recht haben, ausschliesslich zur Verwendung im Dienste der englischen Kriegsgefangenen, für je 1000 Mann englischer Kriegsgefangener einen Sanitätsoffizier und fünf Sanitätsunteroffiziere und Sanitätsmannschaften zurückzubehalten.

c) Die Apotheker sind unter den Mannschaften einbegriffen, die in ihre Länder zurückgegeben werden, während die Tierärzte unter diesen Mannschaften nicht einbegriffen sind.

d) Die Sanitätsoffiziere (Unteroffiziere und Mannschaften), die gemäss § 3 in ihre Länder ausgeliefert werden, sind den Bestimmungen entsprechend auszuliefern; diese können nicht gemäss den Bestimmungen b dieses Paragraphen zurückbehalten werden.

e) Die Sanitätsmannschaften sollen so gut wie möglich zu gleicher Zeit mit den kranken Kriegsgefangenen ausgeliefert werden.

f) Die Englische und die Ottomanische Regierung wird die Listen der Kriegsgefangenen, die sie gemäss a dieses § für gut und richtig findet, um in ihre Länder ausgeliefert zu werden, auf diplomatischem Wege gegenseitig austauschen. Jedoch wird der endgültige Entschluss in jeder Sache von der Regierung, die den Gefangenen gemacht hat, erst dann gefasst, nachdem der Gesundheitszustand des in Frage kommenden Mannes festgestellt worden ist.

g) Beide Regierungen verpflichten sich, alle gemäss dieses Abkommens ihren Ländern zurückgegebenen Sanitätsmannschaften für die Dauer des Krieges nur in Sanitätsdiensten zu verwenden.

§ 8.

Auslieferung von Zivilpersonen in ihre Länder.

a) Ein jedes der beiden vertragsabschliessenden Länder gibt den in Lagern internierten oder im Lande sich frei bewegenden feindlichen Zivilunterthanen das Recht, ihrem Wunsche gemäss in ihre Heimat zurückzukehren.

b) Verurteilte oder als verdächtig verhaftete Zivilpersonen bilden eine Ausnahme.

c) Männliche Gefangene im Alter von 17—50 Jahren werden in gleicher Anzahl ausgetauscht, nachdem über die gegenseitig ausgetauschten Listen ein Abkommen getroffen worden ist.

d) Die feindlichen Zivilunterthanen in jedem Lande werden über die ihnen zu ihrer Rückkehr erteilte Erlaubnis durch die Ortsbehörden verständigt, und sie müssen binnen 20 Tage vom Datum dieser Mitteilung an gerechnet ihre Absicht kundgeben, ob sie bleiben oder fortgehen wollen.

e) Kapitäne und Bemannungen der Handelsflotte, Zivilbeamte, Zivilgendarmen (und ständige Gendarme mit einbegriffen), Polizisten und pensionierte Offiziere können diesem Abkommen gemäss ihren Ländern ausgeliefert werden, oder aber sie können gemäss für den Austausch von den Bestimmungen für die Zivilpersonen Vorteile ziehen.

f) Ohne Verzögerung sollen die Bejs: Ejub Sabri, Sinur und Beschid Saadi von diesem Abkommen Vorteil haben.

§ 9.

Auslieferungsverfahren und Transportkosten.

a) Die Auslieferung der Kriegsgefangenen in ihre Länder soll, wenn möglich, zwischen von den beiden Regierungen später festzusetzenden Hafen zu Wasser ausgeführt werden. Die Englische Regierung und die Otto-

manische Regierung werden sich bemühen, von den Seekräften ihrer Verbündeten im mittelländischen Meere die Sicherung zu erlangen, dass die Schiffe, die zum Transport der Gefangenen in ihre Länder bestimmt sind, keinen Angriffen ausgesetzt werden.

b) Beide Regierungen werden die Abfahrten dieser Transporte, die anderen Abzeichen der Schiffe und weitere Details auf diplomatischem Wege festsetzen.

c) Die Transportkosten von dem letzten Hafen, den das Transportschiff vor Ankunft in seinem Bestimmungsorte berührt und der in dem Lande selbst oder in der Verwaltung des Staates, der die Gefangenen gemacht hat, liegt, werden von dem Staate getragen, dem die Kriegsgefangenen unterstehen.

d) Falls die obenerwähnten Transporte nicht ausgeführt werden können, so werden die englischen Kriegsgefangenen zu Lande an Bulgarien, Österreich-Ungarn, Schweiz und Frankreich und die ottomanischen Kriegsgefangenen an Italien, Frankreich und die Niederlande zu Wasser und von da zu Lande an die Schweiz oder Deutschland, Österreich-Ungarn und Bulgarien ausgeliefert.

e) In diesem Falle werden die Transportkosten bis zu der Grenze des neutralen Landes von dem Staate, der die Gefangenen gemacht hat und der Rest der Kosten von dem Staate, dem die Kriegsgefangenen unterstehen, getragen.

f) Die nach den Bestimmungen des § 8 ihren Ländern auszuliefernden ottomanischen Zivilgefangenen auf Cypern, Malta, in Indien und in Ägypten und die englischen Zivilgefangenen im ottomanischen Reiche werden auf den Schiffen, die zum Abtransporte der Kriegsgefangenen bestimmt sind, transportiert werden.

g) Die auszuliefernden ottomanischen Zivilgefangenen, die an anderen als den oben erwähnten Orten sich befinden, werden auf Kosten der Englischen Regierung bis zu einer englischen Grenze befördert werden. Von dort aus wird ihnen die Erlaubnis erteilt, in die Türkei zurückzukehren.

§ 10.

Aufstellung des ersten Transportes.

Der Transport der Gefangenen, die nach den Bestimmungen des § 5 zuerst ausgeliefert werden, soll auf nachstehende Art und Weise ausgeführt werden:

Ein Transport mit einem oder mehreren Schiffen für:

a) Englische Staatsangehörige:

Tausend kranke englische Kriegsgefangene, bei denen das Verhältnis der Weissen zu den Indern gemäss § 5 zu wahren ist, und die gemäss § 7 ihren Ländern auszuliefernden Sanitätsoffiziere (ohne dass Rücksicht zu nehmen ist auf den Austausch der unter f des genannten Paragraphen erwähnten Listen); ferner die gemäss § 8 ihren Ländern auszuliefernden Kapitäne und Mannschaften der Handelsschiffe und dann die gemäss § 8 ihren Ländern auszuliefernden Zivilpersonen in der Höhe, wie noch Platz auf dem Schiffe vorhanden sein sollte.

b) Ottomanische Staatsangehörige:

1. Zuerst mit Ausnahme der gemäss § 7 zurückgehaltenen Personen alle in Ägypten, auf Cypern und auf Malta als Kriegsgefangene gefangen gehaltene Sanitätsoffiziere (besonders Dr. Emin) und (ohne auf die im gleichen Paragraph unter f erwähnten Umtauschformalitäten Rücksicht zu nehmen) im entsprechenden Verhältnisse ottomanische Kriegsgefangene und Sanitätsoffiziere, die bei Unterzeichnung dieses Abkommens sich an den obenerwähnten Orten befinden.

2. Zwei Zivilpersonen (Ejub Sabri und Silnun).

3. Die kranken Kriegsgefangenen, welche gemäss § 5 ihren Ländern zurückgegeben werden sollen;

ausserdem:

1. Alle kriegsgefangenen Sanitätsoffiziere, die an Orten ausser Ägypten und Malta gefangen sind und die gemäss § 7 ihren Ländern auszuliefern sind (ohne auf die Auslieferungsformalitäten zu warten, die im selben Paragraph unter f erwähnt sind);

2. kranke Kriegsgefangene, um die in § 5 erwähnte Anzahl von 1500 Mann zu vervollständigen;

3. Zivilgefangene, die in den noch frei gebliebenen Plätzen der Transportschiffe ihren Ländern ausgeliefert werden.

II. Kapitel.

Behandlung.

§ 11.

Besuch der Gefangenenlager.

Die Gesandten der Schutzmächte oder deren Delegierte haben das Recht, zu jeder gewünschten Zeit mit Ausnahme der während dieses Krieges besetzten Gebiete und wenn nötig, im Beisein neutraler Personen für den Dolmetscherdienst, die Kriegsgefangenenlager zu besuchen.

Die Ottomanische Regierung bewahrt sich das Recht, das Kampfgelände im Taurus und im Südosten des Taurus für diese Besuche als Ausnahme zu betrachten.

Die Gesandten und ihre Delegierten werden das Recht haben, mit den Gefangenen zu sprechen, ohne dass Personen zugegen sind.

Beide Staaten werden soviel wie möglich trachten, die Gefangenen an solchen Orten unterzubringen, wo es möglich ist, dass die zwecks Untersuchung und Feststellung der Ernährung kommenden Gesandten oder Delegierten auch diese besichtigen können.

§ 12.

Die Hilfskomitees in den Lagern.

In jedem Lager soll in Fragen zur Verbesserung der allgemeinen Lage, zur Hilfsleistung der Militärverwaltung aus den Gefangenen ein Hilfskomitee gebildet werden. Dieses Komitee besteht aus 5 Gefangenen, und falls zur Hilfsleistung der englischen und ottomanischen Gefangenen ein

englischer oder ottomanischer Arzt und ein Priester vorhanden sein sollte, so sind dieselben ebenfalls Mitglieder der Kommission.

Die weiteren Mitglieder des Komitees werden von den Gefangenen des betreffenden Lagers gewählt. Von den Mitgliedern des Komitees muss wenigstens ein Mitglied Offiziersrang haben und das Mitglied, welches den höchsten Grad besitzt, führt den Vorsitz.

Die Pflichten des Komitees sind folgende:

a) Annahme von Geschenken und Gaben, Eintragung derselben in die Listen und die Verteilung und Abgabe.

b) Verteilung von Paketen, die an Verstorbene, Geflohene, an ihre Länder Ausgelieferte und Unbekannt gerichtet sind.

c) Erledigung der Korrespondenz von denjenigen, die nicht schreiben und lesen können.

d) Aufstellung der zweiten englischen und türkischen Gefangenenliste (Siehe § 22 Abs. b).

e) Veranstaltung von Unterhaltungen und Anschaffung von Lesebüchern.

f) Aufrechterhaltung des guten Einvernehmens unter den Gefangenen.

g) Übermittelung der Klagen und Forderungen betreffs Hilfe und Unterstützungen, die von Seiten der Gefangenen vorgebracht werden.

h) Aufstellung der Listen der Gefangenen, die zwecks Auslieferung in ihre Länder eine Untersuchung der ärztlichen Kommission wünschen und Übergabe dieser Listen an den Lagerkommandanten.

§ 13.

Unterkunft und Gesundheitszustand.

a) Alle Gefangenen müssen an geeigneten und der Gesundheit zuträglichen Orten ohne Geldentschädigung untergebracht werden.

b) Für die sanitären Verhältnisse der Lager werden die Meinungen und Dienste der kriegsgefangenen Ärzte in ausgiebiger Weise in Anspruch genommen.

c) Alle Gefangenen werden ohne Entschädigung behandelt und die ihnen benötigten Medikamente kostenlos verabfolgt.

d) Die kriegsgefangenen Offizierstellvertreter geniessen die Vorteile der Offiziere und die gefangenen Offiziersaspiranten und die gefangenen englischen Offizierstellvertreter geniessen die Vorteile, die den höchstgradigen Unteroffizieren besonders in Wohnungsangelegenheiten gewährt werden.

§ 14.

Einführung von Lebensmitteln.

a) Den englischen und den ottomanischen Gefangenen werden Erleichterungen gewährt, um sowohl im Lager selbst wie auch ausserhalb des Lagers Kleider, Lebensmittel oder andere Bedürfnisse zu kaufen.

b) Die Gesandten der Schutzmächte haben das Recht, die Gegenstände, die sie den Gefangenen zu übersenden wünschen, sogar im Lande selbst kaufen zu lassen, und es wird ihnen die Übersendung dieser Gegenstände an die Gefangenen soviel wie möglich erleichtert werden.

c) Die Schiffe, die zum Rücktransport der Gefangenen bestimmt sind, können Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände bringen, die zur Verteilung unter die Gefangenen bestimmt sind. Diese Lebensmittel und Gegenstände werden durch Vermittelung der Delegierten des Roten Kreuzes oder des Roten Halbmondes oder der Gesandten der Schutzmächte zur Verteilung gebracht werden.

§ 15.

Pakete und Briefe.

a) Die beiden Staaten werden trachten, die Zensur und die Abfertigung der Briefe und der Pakete zu erleichtern.

b) Die Pakete, die durch das englische Rote Kreuz oder den ottomanischen Roten Halbmond oder durch das Rote Kreuz neutraler Staaten übersandt werden, werden schleunigst den Empfängern in den Lagern übermittelt, ohne dass eine Zensur gehandhabt wird. Die Zensur, die in den Lagern ausgeführt wird, soll sich auf das geringste Mass beschränken.

c) Mit Ausnahme von Zeitungen sollen gedruckte Werke in Paketen mit der Aufschrift „Drucksachen" eingepackt sein und diese Pakete dürfen keine anderen Sachen als derartige Werke enthalten. Der Gefangene erhält jede Drucksache, nachdem dieselbe durch die Zensur durchgesehen ist.

d) Was die Türkei betrifft, so soll die Zensur der gedruckten Werke, die für die englischen Kriegsgefangenen bestimmt sind, um die Zensur zu beschleunigen, in Konstantinopel ausgeführt werden.

e) Allen Gefangenen ist die Erlaubnis erteilt, jede Woche zwei Briefe zu schreiben. Jeder Brief soll eine Grösse von ca. 400 qcm und nicht 200 Wörter übersteigen; den Gefangenen wird jede Woche Papier für 2 Briefe gratis gegeben.

f) Ausser diesen Briefen haben die Gefangenen die Genehmigung, noch vorgeschriebene Karten zu senden, für die Bestätigung von empfangenen Paketen und Geldsendungen.

g) Beide Staaten werden für alle Gefangenenlager Postkarten machen lassen, die die Adresse des betreffenden Lagers in Druckschrift enthält und diese dann verteilen.

h) Die Anzahl der Briefe, welche die Gefangenen erhalten, ist unbegrenzt.

i) Briefe, die von Seiten der Gefangenen an die Botschaften, Gesandtschaften oder Konsulate der Mächte, die ihren Schutz übernommen haben, gerichtet sind, werden, falls sich der Inhalt auf die Verwaltung der Plätze, auf denen sich die Gefangenen befinden, beziehen und falls es zweifellos festgestellt, dass sie sich nur auf persönliche Angelegenheiten der Gefangenen beziehen, von den Gefangenenlager-Kommandanten in Ägypten, England, Indien und anderen Orten und in Konstantinopel von der Militärverwaltung sofort den Empfängern zugestellt. In diesen Fällen soll der Inhalt der Briefe keinen Umänderungen unterworfen werden. Die Kommandanten können jedoch diesen Briefen nötig befundene Erklärungen auf einem besonderen Papier beifügen und auch Untersuchungen über die so zur Kenntnis gelangten Klagen anstellen lassen.

j) Falls die oben erwähnten, an die Botschaften, Gesandten und Konsulate der Schutzmächte gerichteten Briefe ausser den oben bezeichneten Dingen andere Angelegenheiten berühren, so werden diese Briefe dem Kriegsministerium übersandt.

k) Falls der offizielle Charakter der Briefe, die den Gefangenen von Seiten der Botschaften, Gesandtschaften und Konsulate der Schutzmächte gesandt werden, von den Militärbeamten zweifellos festgestellt wird, so werden diese Briefe im Original den Gefangenen ausgehändigt.

l) Alle anderen den Gefangenen übersandten und von den Gefangenen empfangenen Briefe sind der allgemeinen Zensur unterworfen.

§ 16.

Spaziergänge.

Die kriegsgefangenen Offiziere haben gegen Wort die Genehmigung, in Gruppen und in Begleitung eines Offiziers ausserhalb des Lagers Spaziergänge zu machen. Diejenigen, die ihr Wort brechen und entfliehen, werden von dem Staate, dem diese Kriegsgefangenen unterstehen, wieder ausgeliefert.

§ 17.

Gebetsverrichtungen.

Die kriegsgefangenen Geistlichen haben die Berechtigung, zu jeder Zeit Gebetsverrichtungen abzuhalten und sich mit dem moralischen Zustande der Kriegsgefangenen zu beschäftigen. Die Zivilgeistlichen können in den Lagern, wo Zivilgefangene sich befinden, ebenfalls dieselben Pflichten ausüben. Der betreffende Militärbezirk soll die Bedürfnisse der Gefangenenlager betreffs der Gebetsverrichtungen stets in Betracht ziehen und darüber wachen, dass die Verteilung der Geistlichen auf die verschiedenen Lager gemäss den moralischen Bedürfnissen der Gefangenen in den Gefangenenlagern der Mannschaften, den Konzentrationslagern und den Offizierslagern zu geschehen hat.

§ 18.

Strafen für Fluchtversuche von Kriegsgefangenen.

a) Ein einfacher Fluchtversuch, d. h. ein Fluchtversuch ohne ein Vergehen zu begehen, wird mit höchstens 14 Tagen Militärgefängnis bestraft.

b) Falls während der Flucht oder für die Flucht Diebstähle oder Vergehen gegen die Ordnung oder Zerstörungen ausgeführt oder aber Handlungen begangen worden sind, die gegen die gesetzlichen Bestimmungen sind, so werden die Täter mit Militärgefängnis bis zu 2 Monaten bestraft.

§ 19.

Gerichtliche Verfolgung.

Gegen jeden Gefangenen, der wegen eines Vergehens verklagt ist, wird die Untersuchung eingeleitet und bedingten Falls wird in möglichst kurzer Zeit auf gerichtlichem Wege ein Urteil gefällt.

§ 20.

Gradbeförderungen der Kriegsgefangenen.

Die Beförderungen in einen höheren Grad sämtlicher kriegsgefangener Offiziere werden durch den Staat, der sie gefangen hält, bestätigt. Die Beförderungen kriegsgefangener Unteroffiziere und Mannschaften werden bestätigt, falls diese Beförderungen vor ihrer Gefangennahme stattgefunden haben, selbst wenn den Betreffenden auch noch keine Benachrichtigung zugekommen ist.

§ 21.

Vergeltungsmassregeln.

Vergeltungsmassregeln gegen Gefangene können erst 8 Wochen nach der Übermittelung auf diplomatischem Wege angewandt werden. Dieser Termin beginnt mit dem Datum, wo der betreffende Staat von der Übermittelung der beabsichtigten Vergeltungsmassregel Kenntnis erhalten hat.

III. Kapitel.

Berichte.

§ 22.

Gefangenenlisten.

a) Die beiden Staaten werden trachten, die Listen der neu Gefangenen oder verhafteten Gefangenen in möglichst kurzer Zeit aufzustellen und zu übersenden und die Veränderungen und Todesfälle in den Lagern sich gegenseitig mitzuteilen.

b) In jedem Lager werden besondere Listen der Gefangenen von Seiten des Hilfskomitees der Lager aufgestellt. Diese Listen werden für die ottomanischen Gefangenen auf Türkisch und für die englischen Gefangenen auf Englisch geschrieben und die Originallisten den betreffenden Staaten übersandt.

§ 23.

Todesurkunden.

Die Todesurkunden der Gefangenen werden ausgestellt und in möglichst kurzer Zeit übersandt.

§ 24.

Auskunftsformular.

Jedes Land wird für kranke oder vermisste Gefangene Auskunftsformulare in englischer oder türkischer Sprache herausgeben; diese werden einerseits dem Roten Halbmond in Konstantinopel und andererseits dem „Prisonnier of war information bureau“ in London übersandt und diese werden möglichst schnell ausgefüllt und wieder zurückgeschickt.

Anhang I.

Erklärung.

I. Behandlung sämtlicher Kriegsgefangener.

Die englischen Bevollmächtigten erklären, dass sich die Englische Regierung mit der Behandlung, die ihren eigenen Offizieren bereitet wird, in demselben Masse beschäftigt als mit der Behandlung, die ihren eigenen Mannschaften, in welchem Teile des Kaiserreiches sie auch seien, erteilt wird. Die ottomanischen Bevollmächtigten erklären, dass sich die Ottomanische Regierung mit der Behandlung, die ihren eigenen Offizieren bebereitet wird, in demselben Masse beschäftigt als mit der Behandlung, die ihren eigenen Mannschaften, in welchem Teile des Reiches sie sich auch befinden mögen, zu Teil wird.

II. Brennmaterialien.

Die englischen Bevollmächtigten erklären, dass die kriegsgefangenen Offiziere, die sich in den Händen der Englischen Regierung befinden, die von ihnen benötigten Brennmaterialien gratis entnehmen können und dass sie gratis geliefert werden.

Die ottomanischen Bevollmächtigten erklären, dass die Ottomanische Regierung sich beeifert und beeifern wird, den englischen kriegsgefangenen Offizieren Heizmaterialien so billig wie möglich zu verschaffen, so wie sie es auch bei ihren eigenen Offizieren handhabt.

III. Briefverkehr der Gefangenen.

Die ottomanischen Bevollmächtigten erklären, dass die Ottomanische Regierung die Mitteilungen des internationalen Büros des Roten Kreuzes in Betracht ziehen und die nötigen Schritte unternehmen wird, dass die Zensur, der die Briefe, die nach der Türkei oder aus der Türkei gesandt werden, in Wien oder manchmal auch in Sofia unterworfen werden, aufgehoben wird, oder wenn dies nicht möglich, doch die Zensur mit möglichster Geschwindigkeit ausgeführt werde.

IV. Behandlung der in Kairo sich befindenden türkischen Frauen und Kinder.

Da die ottomanischen Bevollmächtigten den freien Abzug der in Kairo internierten türkischen Frauen und Kinder beantragen, so erklären die englischen Bevollmächtigten, nachdem sie erst dargelegt haben, dass die Internierung dieser Personen, die völlig der Lebensmittel entblösst sind, nur aus menschlichen Rücksichten geschehen ist, dass sie ihrer zuständigen Regierung nahe legen werden, diesen Gefangenen bis zu ihrer Auslieferung eine grössere Freiheit zu geben.

V. Umzäunung der Offizierslager mit Drahtverhau.

Die englischen Bevollmächtigten erklären, dass sie ihrer zuständigen Regierung die Forderung stellen werden, ob anstatt des Stacheldrahtes um

die türkischen Offizierslager die Umzäunung nicht durch gewöhnlichen Eisendraht oder Holzverhaue ersetzt werden können.

VI. Behandlung Zivilgefangener.

a) Die ottomanischen Bevollmächtigten erklären, dass, wenn nicht in zwei Monaten vom Datum der Bestätigung dieses Übereinkommens von Seiten der beiden Staaten die Englische Regierung die nötigen Massregeln für die Aufhebung der Lager für Zivilgefangene getroffen haben sollte, die Ottomanische Regierung gezwungen wäre, als Wiedervergeltung ebenfalls gewisse Massregeln zu ergreifen.

b) Die ottomanischen Bevollmächtigten haben den Vorschlag gemacht, dass anstatt ottomanische und englische Zivilgefangene im Alter von 17—50 Jahren zukünftig gefangen zu halten, dieselben ihren Ländern ausgeliefert werden sollten. Die englischen Bevollmächtigten erklären, dass sie hierüber ihre Regierung befragen werden.

c) Betreffs der Arbeitsverpflichtung der englischen Zivilgefangenen in der Türkei erklären die ottomanischen Bevollmächtigten, dass die englischen Zivilgefangenen genau den Massregeln unterworfen werden, wie sie bei den ottomanischen Zivilgefangenen, die sich in England befinden, angewendet werden.

VII. Auslieferung der französischen und ottomanischen Zivilpersonen in ihre Länder.

Die englischen Bevollmächtigten erklären, dass sie von Seiten der Französischen Regierung bevollmächtigt wären, von Seiten der ottomanischen Bevollmächtigten eine Erklärung zu verlangen, betreffs des Wunsches der Französischen Regierung, auch für die augenblicklich in der Türkei und in Frankreich gefangenen oder freien Zivilgefangenen die Vorteile des Übereinkommens, das zwischen der Englischen Regierung und der Ottomanischen Regierung betreffs Auslieferung der Zivilpersonen in ihre Länder getroffen worden ist, zu geniessen.

Die ottomanischen Bevollmächtigten erklären, dass sie diesen Vorschlag der englischen Bevollmächtigten ihrer zuständigen Regierung mitteilen werden.

4.

ALLEMAGNE, FRANCE.

Accord concernant les prisonniers de guerre; signé à Berne, le 15 mars 1918.

Publication officielle

Vereinbarung zwischen der Deutschen und der Französischen Regierung über Kriegsgefangene.

I. Entlassung der Kriegsgefangenen in die Heimat (Austausch von Land zu Land) und Internierung der Kriegsgefangenen in der Schweiz.

1. Kriegsgefangene nach 18monatiger Gefangenschaft.

Artikel 1.

Unteroffiziere, Korporale und Mannschaften, die sich bei dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung über 18 Monate in Gefangenschaft befinden, werden ohne Rücksicht auf Grad und Zahl unmittelbar in die Heimat entlassen, wenn sie das 48. Lebensjahr vollendet haben.

Artikel 2.

Offiziere, die sich bei dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung über 18 Monate in Gefangenschaft befinden, werden ohne Rücksicht auf Grad und Zahl in der Schweiz interniert, wenn sie das 48. Lebensjahr vollendet haben.

Artikel 3.

Im Falle von Zweifeln über das Alter der in den Artikeln 1, 2 bezeichneten Kriegsgefangenen soll der Heimatstaat ersucht werden, eine amtliche Erklärung abzugeben, dass die Angaben der Gefangenen zutreffen.

Als Nachweis für das Alter der aus den besetzten Gebieten stammenden Kriegsgefangenen soll in Ermangelung standesamtlicher Urkunden die Erklärung des Heimatstaates genügen, dass die Angaben des Gefangenen glaubwürdig sind.

Artikel 4.

Die Bestimmungen im Artikel 1 über die Entlassung der Kriegsgefangenen in die Heimat sind auf die zur Zeit in der Schweiz internierten Kriegsgefangenen entsprechend anzuwenden.

Artikel 5.

Diejenigen Kriegsgefangenen, die zur Zeit des Abschlusses dieser Vereinbarung die in den Artikeln 1, 2 vorgesehenen Voraussetzungen noch nicht erfüllt haben, werden alsbald nach deren Eintritt unmittelbar in die Heimat entlassen oder aus der Schweiz heimgeschafft oder in der Schweiz interniert.

Artikel 6.

Die zur Ausführung des Artikel 5 erforderlich werdenden Transporte sollen alle 2 Monate stattfinden.

2. Kranke und verwundete Kriegsgefangene.

Artikel 7.

Im März 1918 werden Ärzte-Kommissionen in der gleichen Zusammensetzung wie im Oktober/November 1916 ihre Besuche in den deutschen und französischen Lagern wiederaufnehmen, um die wegen Krankheit oder Verwundung zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung berechtigten Kriegsgefangenen festzustellen. Dem schweizerischen Armee-Arzt bleibt vorbehalten, die Kommissionen anstatt mit mehreren nur mit einem einzigen schweizerischen Arzt zu besetzen, dem alsdann nur ein Arzt des Nehmestaates beizugeben ist; bei Stimmengleichheit entscheidet in diesem Falle der schweizerische Arzt.

Die Untersuchung der Kranken und Verwundeten wird nach den neuen ärztlichen Bedingungen für die Entlassung in die Heimat und für die Internierung in der Schweiz erfolgen, welche von dem schweizerischen Armeearzt vorgeschlagen und von den beiden Regierungen angenommen worden sind.

Die Ärzte-Kommissionen (sogenannte Reise-Kommissionen), deren Zahl nach dem Verhältnis der beiderseitigen Gefangenenzahlen bemessen ist, sollen die Lager alle 2 Monate besichtigen.

Der für die Kommissionen festzusetzende Reiseplan wird sowohl den Besuch von Kriegsgefangenenlagern als auch den von Zivilinternierten-Lagern vorsehen.

Artikel 8.

Den Reise-Kommissionen müssen vorbehaltlich der Bestimmung im Artikel 9 sowohl in den Lagern wie in den Arbeits-Kommandos alle Kriegsgefangenen vorgestellt werden,

1. die vom Lagerarzt in einer von ihm aufgestellten Liste zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung vorgeschlagen sind,
2. die von ihrem Heimatstaat, ihrer Familie oder einem Hilfsverein dem schweizerischen Armeearzt als Chef des Internierungswesens namhaft gemacht worden und in die von ihm angelegten Listen aufgenommen,
3. die von dem Hilfsausschuss des Lagers in den von ihm aufgestellten Listen zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung vorgeschlagen sind.

Zur Durchführung der Bestimmung in Abs. 1 Nr. 3 soll den Hilfsausschüssen gestattet werden, jeden Monat eine entsprechende Liste aus den zu ihrem Lager gehörigen Kriegsgefangenen aufzustellen, die dem Lager-Kommandanten zu übergeben ist.

Die Listen der Lagerärzte und der Hilfsausschüsse werden von den Lager-Kommandanten verwahrt, die Listen des Armeearztes werden von diesem den Reise-Kommissionen übergeben.

Die Reise-Kommissionen nehmen bei ihrer Ankunft im Lager und vor Beginn der Untersuchungen von den beim Lager-Kommandanten befindlichen Listen (Abs. 1 Nr. 1 und 3) Kenntnis und vergleichen sie mit den Listen des Armeearztes (Abs. 1 Nr. 2). Sie haben das Recht, auch die Untersuchung derjenigen Kriegsgefangenen zu verlangen, die nur auf den Listen des Armeearztes und nicht in den beim Lager-Kommandanten befindlichen Listen stehen.

Kriegsgefangene, die auf einer der Listen verzeichnet sind, und ausnahmsweise vor der Ankunft der Reise-Kommission in ein anderes Lager versetzt sein sollten, sind der Kommission namhaft zu machen. Diese hat ihre Namen durch Vermittelung des Lager-Kommandanten einer vom Nehmestaat zu bestimmenden Zentralstelle mitzuteilen, die dafür zu sorgen hat, dass der Kriegsgefangene unter allen Umständen einer Reise-Kommission vorgestellt wird.

Artikel 9.

Kriegsgefangene, die sich im Operations- und Etappen-Gebiet befinden und in den Listen des schweizerischen Armeearztes oder in den Listen der Hilfsausschüsse (Art. 8 Abs. 1 Nr. 1 und 3) aufgeführt sind, sind von den Lagerärzten zu untersuchen und werden den Reise-Kommissionen vorgestellt, wenn sie auch vom Lagerarzt zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung vorgeschlagen werden.

Diese Kriegsgefangenen sind zum Zwecke der Vorstellung an einem Punkte zu versammeln, der einer Reise-Kommission zugänglich ist.

Artikel 10.

Die zu einem Arbeits-Kommando gehörigen Kriegsgefangenen, welche in einer der im Artikel 8 bezeichneten Listen aufgeführt sind, müssen von den Reise-Kommissionen in gleicher Weise wie die Kriegsgefangenen in den Stammlagern untersucht werden. Dies gilt für alle Arbeits-Kommandos im Heimatsgebiet ohne Ausnahme. Für die Arbeits-Kommandos im Operations- und Etappen-Gebiet ist Artikel 9 massgebend.

Bei jedem Arbeits-Kommando von mehr als 10 Gefangenen wählen diese unter sich einen Vertrauensmann: dieser hat dem Hilfsausschuss des Stammlagers die Namen der Gefangenen des Arbeits-Kommandos mitzuteilen, die nach seiner Ansicht der Kommission vorzustellen wären.

Bei den Arbeits-Kommandos von mehr als 50 Gefangenen soll der Vertrauensmann von einem oder zweien seiner Kameraden bei der Aufstellung der Listen unterstützt werden.

Die bei den Arbeits-Kommandos in der angegebenen Weise aufgestellten Listen sind alle zwei Monate dem Kommandanten des Stammlagers einzusenden und der im Stammlager aufgestellten Liste beizufügen.

Artikel 11.

Sobald sich ein Kriegsgefangener in der Liste des Lagerarztes oder des Hilfsausschusses befindet, darf er bis zum nächsten Besuch der Ärzte-

Kommission, abgesehen von dringenden Ausnahmefällen wie z. B. zu landwirtschaftlichen Arbeiten usw., nicht aus dem Bereich des Stammlagers versetzt werden.

Artikel 12.

Die arbeitsverletzten Kriegsgefangenen sind unter den gleichen Bedingungen, wie die Kriegsverletzten in die Heimat zu entlassen oder zu internieren. Ihre Verletzungen oder ihre Invalidität werden in dieser Hinsicht den Kriegsverletzungen oder der Kriegsinvalidität gleichgeachtet.

Artikel 13.

Kriegsgefangene, bei denen festgestellt ist, dass sie an heilbarer Tuberkulose leiden, oder bei denen begründeter Tuberkulose-Verdacht besteht, müssen interniert werden.

Kriegsgefangene, bei denen unheilbare Tuberkulose festgestellt ist, müssen unverzüglich in die Heimat entlassen werden.

Bei der Untersuchung Kriegsgefangener, die an Nervenschwäche (Psychasthenie) leiden, ist möglichst wohlwollend zu verfahren.

Artikel 14.

Die ablehnenden Entscheidungen der Reise-Kommissionen sind mit Gründen zu versehen und durch Vermittelung des schweizerischen Armee-Arztes der Stelle, die den Kriegsgefangenen namhaft gemacht hat (Heimatstaat, Familie, Hilfsverein) mitzuteilen.

Artikel 15.

Falls der ernste Zustand eines Kriegsgefangenen dessen unverzügliche Entlassung in die Heimat oder Internierung erforderlich macht, ist der schweizerische Armeearzt zu verständigen.

Die vom Heimatstaat solcher Kriegsgefangener übermittelten Anträge auf Entlassung oder Internierung werden vom Armeearzt einer vorläufigen Prüfung unterzogen und, soweit sie in der Tat dringend erscheinen, dem Nehmestaat übermittelt. Erkennt der Nehmestaat die Dringlichkeit nicht an, so muss er seiner Entscheidung eine Bescheinigung des Lagerarztes oder der Sanitätsformation, bei der sich der Gefangene befindet, beifügen.

Hochgradige Nervenschwäche (Psychasthenie) ist als dringlicher Fall dieser Art zu erachten.

Kriegsgefangene, die zweifellos den Bedingungen für die Entlassung in die Heimat entsprechen, werden, soweit als möglich, ohne weitere Untersuchung durch eine Reise-Kommission dem ersten Transport angeschlossen, sofern sie auf den von dem Lagerarzt oder dem Hilfsausschuss aufgestellten Listen zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung vorgeschlagen sind, und von der Kontroll-Kommission (Art. 16) angenommen werden.

Artikel 16.

Die von den Reise-Kommissionen zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung vorgeschlagenen Kriegsgefangenen sind von einer Kontroll-

Kommission zu untersuchen, deren Entscheidung endgültig ist. Die Kontroll-Kommissionen bestehen aus 3 schweizerischen Ärzten und 3 Ärzten des Nehmestaates. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der rangälteste schweizerische Arzt.

Die ablehnenden Entscheidungen der Kontroll-Kommissionen sind mit Gründen zu versehen und durch Vermittelung des schweizerischen Armeearztes der Stelle, die den Kriegsgefangenen namhaft gemacht hat (Heimatstaat, Familie oder Hilfsverein) mitzuteilen.

Die von der Kontroll-Kommission als entlassungsberechtigt oder internierungsbedürftig anerkannten Kriegsgefangenen sind in kürzester Zeit in die Heimat oder in die Schweiz zu überführen.

Artikel 17.

Die wegen Krankheit oder Verwundung in der Schweiz internierten Kriegsgefangenen werden heimgeschafft, wenn sie den hierfür aufgestellten gesundheitlichen Voraussetzungen entsprechen.

Die Listen der von den schweizerischen Untersuchungs-Kommissionen zur Heimschaffung vorgeschlagenen Kriegsgefangenen werden der diplomatischen Vertretung des Nehmestaates übersandt. In den von dieser Vertretung als zweifelhaft bezeichneten Fällen findet eine Nachuntersuchung durch eine Kommission statt, die aus einem schweizerischen Arzt und einem Arzte des Nehmestaates zusammengesetzt ist; bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ärzten ist die Stimme des schweizerischen Arztes ausschlaggebend.

3. Gemeinsame Bestimmungen.

Artikel 18.

Kriegsgefangene, die sich in strafgerichtlicher Untersuchung befinden, sollen bis zum Abschluss des Strafverfahrens mit Einschluss der Strafvollstreckung, und Kriegsgefangene, die sich auf Grund gerichtlichen Urteils in Strafhaft befinden, sollen bis zur Verbüssung der Strafe von der Entlassung oder Internierung ausgenommen werden.

Gerichtlich bestrafte Kriegsgefangene, deren Strafe nach den zwischen den beiden Teilen bestehenden oder in Zukunft abzuschliessenden Vereinbarungen auszusetzen ist, sollen gleichviel, ob bei ihnen die Voraussetzungen für die Entlassung in die Heimat oder für die Internierung vorliegen, in der Schweiz interniert werden, es sei denn, dass sie auf ihren eigenen Wunsch den noch nicht vollstreckten Teil der Strafe verbüssen.

Disziplinarisch bestrafte Kriegsgefangene, die den Voraussetzungen für die Entlassung in die Heimat oder für die Internierung entsprechen, dürfen aus dem Grunde, weil sie ihre Strafe noch nicht verbüsst haben, nicht länger als 30 Tage zurückbehalten werden.

Artikel 19.

Kriegsgefangene, die nach dem 1. Mai 1917 in die Heimat entlassen worden sind oder in Zukunft entlassen werden, dürfen im Heeresdienst

weder an der Front noch in der Etappe, noch innerhalb des besetzten feindlichen Gebietes, noch in den Gebieten oder Besitzungen eines mit ihrem Heimatstaat verbündeten Staates verwendet werden. Soweit bisher mit solchen Kriegsgefangenen anders verfahren worden ist, verpflichten sich beide Regierungen, deren Rückberufung unverzüglich zu veranlassen.

II. Entlassung des Sanitäts-Personals in die Heimat.

Artikel 20.

Das gesamte unter dem Schutze der Genfer Konvention stehende Sanitäts-Personal soll in Zukunft in regelmässigen alle 2 Monate auf einander folgenden Transporten in die Heimat entlassen werden.

Die Transporte finden in Pendelzügen statt, und da der erste Transport im Februar von Konstanz abgegangen ist, so soll der erste Transport im April von Lyon abgehen; in gleicher Weise wechselt der Ausgangspunkt der Transporte alle 2 Monate.

Artikel 21.

Die Listen der in die Heimat zu entlassenden Sanitäts-Personen sind vom Heimatstaat aufzustellen und von diesem mit einer zusammenfassenden Bescheinigung über die Eigenschaft der darin aufgeführten Personen zu versehen. Für Personen, die nicht in solchen Listen aufgeführt sind, kann der Ursprungsstaat Einzelbescheinigungen ausstellen.

Die Bescheinigungen müssen ausschliesslich von dem zuständigen Kriegsministerium ausgehen und einem zwischen beiden Teilen im voraus zu vereinbarenden Wortlaut entsprechen. Ihre Übermittelung an den Nehmestaat erfolgt ausschliesslich auf dem diplomatischen Wege.

Artikel 22.

Gehört eine Sanitäts-Person einem Truppenteil an, dessen Register und Akten vernichtet sind oder sich in den Händen des Feindes befinden, so soll eine Bescheinigung des Heimatstaates, wonach ihre Zugehörigkeit zum Sanitäts-Personal als wahrscheinlich anzunehmen ist, als ein entsprechender Nachweis anerkannt werden.

Artikel 23.

Die auf Grund einer der in den Artikeln 21, 22 vorgesehenen Bescheinigungen in die Heimat entlassenen Personen dürfen nur als Sanitäts-Personen wieder verwendet werden.

Artikel 24.

Die Zivilärzte, die zum Dienst in einer militärischen Formation durch Maueranschlag, schriftliche Befehle oder Bestallung aufgerufen waren, sind im Sinne der Artikel 20 bis 23 als Militärärzte anzusehen, soweit sie nicht für die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung ihres Aufenthaltsortes verwendet werden.

III. Behandlung der Kriegsgefangenen.

I. Schutz nach der Gefangennahme.

Artikel 25.

Die in Gefangenschaft geratenen feindlichen Heeresangehörigen sind unverzüglich in Sammellager, die mindestens 30 km von der Feuerlinie entfernt sein müssen, zurückzuführen. Bis dahin ist für ihre angemessene Unterbringung und Verpflegung Sorge zu tragen. Sie dürfen zu keiner Arbeit gezwungen werden, die unmittelbar mit den Kriegsunternehmungen zusammenhängt.

Ihre Behandlung richtet sich nach den durch die internationalen Vereinbarungen festgelegten Grundsätzen. Insbesondere sind sie vor tätlichen Angriffen und persönlichen Beleidigungen, sowie vor öffentlicher Neugier zu schützen und mit Menschlichkeit zu behandeln.

Artikel 26.

Zwangsmittel irgendwelcher Art, um von den Kriegsgefangenen Aussagen über die Verhältnisse ihres Heeres oder ihres Landes zu erzwingen, sind unzulässig. Kriegsgefangene, die eine Aussage verweigern, dürfen weder bedroht noch beleidigt, noch sonstigen Nachteilen irgendwelcher Art ausgesetzt werden.

Artikel 27.

Den Kriegsgefangenen darf das in ihrem Besitz befindliche Geld nur auf den Befehl eines Offiziers und nur dann abgenommen werden, wenn eine Möglichkeit vorhanden ist, darüber einen ordnungsmässigen Nachweis zu führen. Das abgenommene Geld ist jedem Kriegsgefangenen gutzuschreiben; hierüber ist ihm eine Bescheinigung auszuhändigen. Dagegen müssen ihnen sonstige Wertgegenstände, wie Ringe, Uhren, Zigarren- und Zigarettentaschen usw. sowie Rangabzeichen und Auszeichnungen belassen werden.

Artikel 28.

Beide Teile werden den militärischen Stellen erneute Weisungen erteilen, um allen Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Artikel 25 bis 27 aufs schärfste entgegenzutreten.

Artikel 29.

Die Kriegsgefangenen sind in den Sammellagern im Operations- und Etappengebiet ebenso zu behandeln, wie die Kriegsgefangenen im Heimatgebiet.

2. Im Operationsgebiet zurückbleibende Kriegsgefangene.

Artikel 30.

Im Operations- und Etappengebiet dürfen ausser den Kriegsgefangenen, die infolge von Verwundung oder Krankheit nicht in die Lazarette des Heimatsgebietes überführt werden können, nur gesunde Kriegsgefangene zurückgehalten werden, die einem Arbeits-Kommando zugewiesen sind.

Alle übrigen Kriegsgefangenen sind so bald als möglich in das Heimatgebiet des Nehmestaates zu überführen.

Artikel 31.

Allen im Operationsgebiet zurückbleibenden Kriegsgefangenen ist es ohne Ausnahme zu ermöglichen, unter denselben Bedingungen wie die Kriegsgefangenen im Heimatgebiet Briefe und Karten abzusenden, sowie Briefe, Karten, Postanweisungen und Pakete zu empfangen. Es muss ihnen gestattet werden, innerhalb eines Monats nach ihrer Gefangennahme ihrer Familie eine genaue Adresse mitzuteilen, unter der die regelmässige und rasche Zustellung ihrer Postsachen erfolgen kann; jede Änderung dieser Adresse dürfen die Kriegsgefangenen unverzüglich ihren Angehörigen mitteilen.

Artikel 32.

Die im Operations- und Etappengebiet zurückbleibenden Kriegsgefangenen dürfen nur in einer Entfernung von mindestens 30 km von der Feuerlinie beschäftigt werden.

3. Nachrichten über die Gefangennahme.

Artikel 33.

Innerhalb eines Monats nach der Gefangennahme sind die Personalien der Kriegsgefangenen aufzunehmen und dem Kriegsministerium des Nehmestaates zu übermitteln, von dem sie so schnell wie möglich an die Regierung des Heimatstaates weiterzuleiten sind.

Jedem Kriegsgefangenen ist zu ermöglichen, innerhalb einer Woche nach der Gefangennahme eine zwischen beiden Teilen zu vereinbarende vorgedruckte Karte an seine Familie abzusenden; diese Karte, die eine Angabe über die Gefangennahme und den Gesundheitszustand des Kriegsgefangenen enthalten soll, ist mit der grössten Beschleunigung weiter zu leiten und unterliegt keiner Liegefrist.

Artikel 34.

Innerhalb dreier Tage nach Ankunft in einem Gefangenenlager im Heimatgebiet des Nehmestaates ist jedem Kriegsgefangenen zu ermöglichen, seiner Familie die Adresse, unter der sie ihm Briefe, Postkarten, Postanweisungen und Pakete zukommen lassen kann, auf einer vorgedruckten Karte mitzuteilen; diese Karten unterliegen keiner Liegefrist und werden nicht auf die Höchstzahl der zulässigen Briefe und Karten eingerechnet. Das Gleiche gilt bei Versetzung eines Kriegsgefangenen in ein anderes Lager.

4. Heranziehung der Unteroffiziere zu Arbeiten.

Artikel 35.

Die Unteroffiziere vom Sergeanten aufwärts sind vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikel 37 grundsätzlich von jeder zwangsweisen Heranziehung zu Arbeiten befreit. Sie können jedoch herangezogen werden

1. zur Überwachung der Arbeiter;
2. zur Abholung und Verteilung der Postsachen und Pakete:
3. zu Arbeiten in den Schreibstuben;

4. zu Arbeiten, die für die Versorgung des Lagers oder der Kriegsgefangenen unbedingt notwendig sind (z. B. Gartenarbeit, Küchendienst), soweit diese Arbeiten mit der Würde ihres Dienstgrades vereinbar sind und ausschliesslich innerhalb der Umzäunung des Lagers ausgeführt werden.

In keinem Falle dürfen jedoch Unteroffiziere zu niedrigen und schmutzigen Diensten und Arbeiten wie zum Laden und zur Beförderung von Kohlen, zur Reinigung der Strassen und Latrinen usw. verwendet werden.

Artikel 36.

Unteroffiziere, die selbst den Wunsch danach äussern, können zu jeder ihnen zusagenden Arbeit verwendet werden; es ist jedoch ausdrücklich untersagt, sie durch Einschüchterung, Drohung oder Zwang zur Äusserung eines solchen Wunsches zu bewegen. — Die Militärbehörden beider Teile werden unverzüglich etwaige der vorstehenden Bestimmung zuwiderlaufende Massnahmen rückgängig machen.

Artikel 37.

Die deutschen Offizier- und Beamten-Stellvertreter und die Fähnriche des Heeres sowie die entsprechenden Dienstgrade der Marine und die französischen adjudants, adjudants-chefs und aspirants sowie die premiers maîtres des équipages der Marine sind von jeder Arbeit sowie auch von den im Artikel 35 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 bezeichneten Arbeiten befreit. — Die deutschen „Unteroffiziere" und die französischen Korporale können wie Mannschaften zur Arbeit herangezogen werden.

5. Kantinen.

Artikel 38.

In sämtlichen Kriegsgefangenenlagern sollen Verkaufsstellen eingerichtet werden, wo sich die Kriegsgefangenen mit den zur Verfügung stehenden Gegenständen des täglichen Bedarfs zu angemessenen Preisen versehen können.

6. Spaziergänge und Leibesübungen.

Artikel 39.

Für die Offiziere sowie für die nicht auf Aussenarbeit beschäftigten Unteroffiziere und Mannschaften sind wöchentliche Spaziergänge oder Leibesübungen im Freien ausserhalb der Lager unter militärischer Aufsicht einzurichten.

Die Offiziere haben sich zu diesem Zwecke ehrenwörtlich zu verpflichten, während der Spaziergänge oder Übungen keinen Fluchtversuch zu machen oder einzuleiten, auch während dieser Zeit keine Handlungen zu begehen, die gegen die Sicherheit des Staates, in dessen Gebiet sie sich befinden, und gegen dessen Verbündete gerichtet sind. In diesem Falle bleibt die militärische Aufsicht auf eine Leitung der Spaziergänge und Übungen beschränkt.

7. Geistige Beschäftigung.

Artikel 40.

Den Kriegsgefangenen soll nach Möglichkeit Gelegenheit zu geistiger Beschäftigung und Fortbildung gegeben werden. Zu diesem Zwecke wird folgendes vereinbart:

a) In jedem Stammlager und tunlichst auch in den grösseren Arbeitslagern ist ein Lese- und Arbeitsraum einzurichten, der hinreichend beleuchtet und geheizt werden muss.

b) Den hierzu befähigten Kriegsgefangenen ist die Abhaltung von Lehrkursen und Vorträgen zu gestatten, die gegebenenfalls in die Abendstunden nach Beendigung der Arbeit zu verlegen sind.

c) Die Errichtung von Lagerbüchereien ist in jeder Weise zu fördern. Den in den Arbeitslagern befindlichen Kriegsgefangenen ist die Benutzung der Büchereien der Stammlager zu ermöglichen. Der Austausch der Bücher zwischen verschiedenen Stammlagern soll durch Vermittelung der militärischen Behörden erfolgen. Gebundene Bücher sind gestattet.

d) Die mit der Abhaltung von Lehrkursen oder Vorträgen und der Verwaltung der Bücherei beauftragten Kriegsgefangenen sind von der Lagerarbeit zu befreien und nur in Fällen dringender Notwendigkeit in ein anderes Lager zu versetzen.

e) Den Teilnehmern an Lehrkursen ist deren Beendigung tunlichst zu ermöglichen.

8. Bestrafung der Kriegsgefangenen.

Artikel 41.

Die gegen Kriegsgefangene eingeleiteten Strafverfahren sollen mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden.

Artikel 42.

Die Kriegsgefangenen unterstehen grundsätzlich den für die Heeres-Angehörigen des Nehmestaates geltenden Disziplinar-Vorschriften. Um jedoch die in beiden Ländern geltenden Disziplinar-Vorschriften nach Möglichkeit übereinstimmend zu gestalten, werden die beiden Teile mit tunlichster Beschleunigung versuchen, auf dem Wege der Vereinbarung für die einzelnen Vergehen beiderseits gleiche Strafen festzusetzen.

Artikel 43.

Die Vollstreckung mehrerer aufeinander folgender Disziplinarstrafen soll durch einen Zeitraum von 3 bis 10 Tagen unterbrochen werden.

Artikel 44.

Disziplinar-Sammelstrafen sind unzulässig. Alle dieser Bestimmung entgegenstehenden Massnahmen sind aufzuheben.

Artikel 45.

Der von einem Kriegsgefangenen allein und nicht in Verbindung mit anderen Straftaten begangene Fluchtversuch darf auch im Wiederholungsfalle nur disziplinarisch bestraft werden. Die Strafe darf die Dauer von 30 Tagen nicht übersteigen.

Die Dauer der zu verbüssenden Freiheitsstrafe wegen eines Fluchtversuches in Verbindung mit anderen strafbaren Handlungen, die zur Durchführung des Fluchtversuches durch Aneignung oder Beschädigung fremden Eigentums begangen worden sind, soll 2 Monate nicht übersteigen, sofern die Straftat nach den Gesetzen des Nehmestaates nicht mit Zuchthaus bedroht ist. Das Gleiche gilt für einen mit anderen Kriegsgefangenen gemeinsam begangenen Fluchtversuch.

Bei der Behandlung der Kriegsgefangenen, die nach einem Fluchtversuch wieder ergriffen werden, ist jede unnötige Härte zu vermeiden; jede wörtliche oder tätliche Beleidigung solcher Gefangenen ist aufs strengste zu bestrafen. Insbesondere sind die nach Fluchtversuchen wieder ergriffenen Offiziere ihrem Stande entsprechend zu behandeln und vor Ausschreitungen jeglicher Art zu schützen.

Artikel 46.

Die vor Abschluss dieser Vereinbarung verhängten gerichtlichen und disziplinarischen Strafen sind, soweit sie den im Artikel 45 enthaltenen Bestimmungen widersprechen, nach Ablauf der hiernach zulässigen Höchstdauer unverzüglich aufzuheben.

Artikel 47.

Kriegsgefangene dürfen weder auf Grund einer gerichtlichen Verurteilung noch auf Grund einer disziplinarischen Bestrafung der Vorrechte ihres Dienstgrades beraubt werden. Insbesondere sollen kriegsgefangene Offiziere Freiheitsstrafen nicht in Gemeinschaft mit Unteroffizieren und Mannschaften verbüssen und sind in einer ihrem Range entsprechenden Weise unterzubringen und zu behandeln.

Artikel 48.

Gerichtlich oder disziplinarisch bestrafte Kriegsgefangene dürfen nach Verbüssung ihrer Strafe keiner Sonderbehandlung unterworfen werden; sie sind vielmehr wie jeder andere Kriegsgefangene ihres Dienstgrades zu behandeln.

9. Verkehr mit der Schutzmacht.

Artikel 49.

Den Kriegsgefangenen soll es freistehen, bei der diplomatischen Vertretung der mit der Wahrnehmung ihrer Interessen betrauten Macht Wünsche und Beschwerden schriftlich oder gegenüber einem Beauftragten der Vertretung mündlich vorzubringen.

Schriftliche Eingaben sind im Stammlager dem Hilfsausschuss, bei einem Arbeits-Kommando dem Vertrauensmann des Kommandos zur Übermittelung an den Hilfsausschuss des Stammlagers vorzulegen. Der Hilfsausschuss

kann die Eingaben zurückhalten, wenn er sie für zwecklos oder unbegründet erachtet; andernfalls hat er sie dem Lager-Kommandanten zu übergeben, der sie auf dem Dienstwege an die Vertretung der Schutzmacht übermittelt.

Die militärischen Stellen dürfen Eingaben dieser Art nur dann zurückhalten, wenn diese wissentlich unrichtige Angaben enthalten oder in unangemessenem Tone abgefasst sind. Die Entscheidung über die Zurückhaltung steht dem Kriegsministerium zu; von der Zurückhaltung eines Briefes ist dem Absender und der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht unter Angabe der Gründe Mitteilung zu machen. Die zuständigen militärischen Stellen werden die Eingaben bei der Übermittelung an das Kriegsministerium mit ihren Bemerkungen begleiten, um die Vertretung der Schutzmacht von vornherein zur Beurteilung der darin enthaltenen Mitteilungen in den Stand zu setzen.

Bis auf weiteres werden die an die Vertretung der Schutzmacht gerichteten Eingaben nicht auf die Zahl der zugelassenen Briefe und Karten angerechnet; die Hilfsausschüsse haben jedoch darauf zu achten, dass nur unbedingt begründete Eingaben weitergegeben werden. In keinem Falle dürfen die von Kriegsgefangenen an den Lager-Kommandanten gerichteten und nur für diesen bestimmten schriftlichen Eingaben auf die Zahl der zulässigen Briefe und Postkarten angerechnet werden.

10. Hilfsausschüsse, Liebesgabendienst und Postverkehr.

Artikel 50.

In den Stammlagern und in den Arbeitslagern, die mit mehr als 100 dem gleichen Staate angehörenden Kriegsgefangenen belegt sind, haben die Kriegsgefangenen das Recht, einen Hilfsausschuss frei zu wählen. Die Wahl muss vom Kommandanten bestätigt werden.

In gleicher Weise kann bei jedem Arbeits-Kommando von mehr als 10 Kriegsgefangenen ein Vertrauensmann frei gewählt werden. Dieser Vertrauensmann ist der Beauftragte des Hilfsausschusses des Stammlagers, zu dem das Arbeits-Kommando gehört.

Die Hilfsausschüsse und die Vertrauensleute übernehmen den Empfang und die Verteilung der Sammelsendungen (Brot, Lebensmittel, Kleidungsstücke, Wäsche, Bücher usw.) sowie der ohne persönliche Anschrift eingehenden Einzelpakete.

Die Vertrauensleute dürfen mit den Hilfsausschüssen und diese mit den Hilfsvereinen oder Familien, von denen die Liebesgaben-Sendungen ausgehen, ungehindert brieflich verkehren, sofern dieser Schriftwechsel sich ausschliesslich auf Mitteilungen über Sammelsendungen und Pakete beschränkt. Solche schriftliche Mitteilungen können der zehntägigen Liegefrist unterworfen werden, sind aber nicht auf die zulässige Höchstzahl anzurechnen. Der Hilfsausschuss eines Stammlagers im Heimatgebiet darf mit den Hilfsausschüssen und Vertrauensleuten der von diesem Stammlager abhängenden Arbeitslager und Arbeitskommandos brieflich verkehren bezüglich der Aufstellung und Weiterleitung der in Artikel 8 und 10 vorgesehenen Listen.

Artikel 51.

In jedem der beiden Länder können vorläufig drei neutrale Delegierte eines der Roten Kreuz-Vereine oder der anerkannten Hilfs-Vereine zugelassen werden; ihre Zahl kann, wenn sich der Versuch bewährt, später erhöht werden. Die Auswahl der Delegierten bedarf der Zustimmung des Staates, auf dessen Gebiet sie ihre Tätigkeit ausüben sollen.

Sie haben die Aufgabe, sich über die körperlichen und geistigen Bedürfnisse der Kriegsgefangenen durch mündlichen und schriftlichen Verkehr mit den Hilfsausschüssen der Lager und durch Besuche in den Stammlagern zu unterrichten. Ferner haben sie die ordnungsmässige Verteilung der Sammelsendungen und Pakete zu überwachen.

Die Delegierten sind befugt, auf dem Gebiete des Nehmestaates Niederlagen von Lebensmitteln, Tabak, Kleidern, Büchern und gewöhnlichen Bedarfs-Gegenständen zur Versorgung der Kriegsgefangenen anzulegen.

Die Bedingungen für die Verteilung von Arzeneien und Stärkungsmitteln durch die neutralen Delegierten bleiben einer zukünftigen Vereinbarung vorbehalten. Beide Regierungen werden sich so bald wie möglich die Arzneimitteln mitteilen, deren Zusendung an die Gefangenen ihnen erwünscht erscheint.

Artikel 52.

Alle Lager-Kommandanten und Kommando-Führer werden angewiesen werden, die den Gefangenen monatlich gestatteten 4 Postkarten und 2 Briefe nach Ablauf der zehntägigen Liegefrist unverzüglich abzusenden und die für die Kriegsgefangenen eingehende Post möglichst bald zu verteilen. Diese Bestimmungen gelten in gleicher Weise für die Kriegsgefangenen im Operations- und Etappengebiet.

Sammelstrafen, durch die den Kriegsgefangenen das Recht zum Empfang von Postsachen und zur Absendung der zulässigen Zahl von Briefen und Postkarten entzogen wird, sind unzulässig. Gegen Einzelne kann eine solche Sperre als Strafe verhängt werden, darf aber die Dauer von 2 Wochen nicht übersteigen; der Kriegsgefangene hat in diesem Falle das Recht, seiner Familie von der Postsperre vor deren Eintritt Mitteilung zu machen.

Die Hilfsausschüsse sollen unter Aufsicht der Lager-Kommandanten besondere Listen derjenigen Kriegsgefangenen anlegen, die seit 3 Monaten keine Nachrichten von ihrer Familie haben. Diese Listen sollen die Namen der Gefangenen, die Adressen der Familien und kurze im Telegrammstil abgefasste Mitteilungen oder Anfragen im Umfang von höchstens 20 Worten enthalten. Sie sind einem der Vereine vom Roten Kreuz des Nehmestaates oder dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Genf zuzustellen, die für die möglichst rasche Übermittelung der Antworten der Familien Sorgen tragen werden.

Artikel 53.

Einzelpakete an Kriegsgefangene sind möglichst schnell dem Empfänger zuzuleiten und dürfen von den Lager-Kommandanten und Kommando-Führern nicht zurückgehalten werden.

Die Sendungen unterliegen einer Prüfung, die so schnell und rücksichtsvoll als möglich in Gegenwart der Empfänger oder ihrer Vertrauensleute vorzunehmen ist. Konserven dürfen zum Zweck der Prüfung erst unmittelbar vor dem Verbrauch geöffnet werden; auch ist darauf zu achten, dass sie dem Empfänger in geniessbarem Zustande ausgehändigt werden.

Die Aushändigung der Sendungen erfolgt entweder sofort oder, wenn die Kriegsgefangenen dies vorziehen, erst auf deren Verlangen.

Jeder Kriegsgefangene darf dem Absender den Empfang des Pakets auf einer vorgedruckten Empfangsbestätigung bestätigen, die lediglich die Bezeichnung des Paketes und seines Inhalts enthalten darf. Diese Postkarte wird nicht auf die Höchstzahl der zugelassenen Briefe und Postkarten angerechnet.

Sendungen von Büchern und Broschüren sind vorbehaltlich der Prüfung gestattet. Die Bücher dürfen gebunden sein.

11. Zusammenlegung von Verwandten in einem Lager.

Artikel 54.

Nahe verwandte Kriegsgefangene, d. h. Väter und Söhne sowie Brüder, sind auf ihren auf dem Dienstwege einzureichenden Antrag oder auf Antrag des Heimatstaates in dem gleichen Stammlager oder Arbeits-Kommando zu vereinigen, sofern nicht gesundheitliche oder schwere disziplinarische Bedenken entgegenstehen.

Die Beförderung der zu vereinigenden Kriegsgefangenen erfolgt unentgeltlich.

12. Behandlung gewisser Personenklassen als Kriegsgefangene.

Artikel 55.

Verabschiedete Offiziere, sowie diejenigen aktiven Offiziere und Offiziere des Beurlaubtenstandes, die nicht mit der Waffe in der Hand in die Gewalt der feindlichen Streitkräfte geraten sind, sollen den kriegsgefangenen Offizieren völlig gleichgestellt werden, insoweit sie nach den Vorschriften ihres Heimatstaates zum Tragen der Uniform berechtigt sind.

Bescheinigungen über das Recht zum Tragen der Uniform werden dem Nehmestaat von der Heeresverwaltung auf diplomatischem Wege übermittelt werden.

Die Offiziere der im Abs. 1 bezeichneten Art sind auf Verlangen der Behörden des Nehmestaates verpflichtet, Uniform zu tragen.

Artikel 56.

Als Kriegsgefangene im Sinne dieses Abkommens sind auch diejenigen Militärpersonen anzusehen, die sich bei der Mobilmachung bei ihrem Truppenteil gestellt hatten und sich zur Zeit ihrer Gefangennahme nach einer Erkrankung auf Genesungsurlaub befanden, ferner auch diejenigen Soldaten, die hinter der Front bei dem Versuch, sich in Zivilkleidung der Gefangennahme zu entziehen, ergriffen worden sind.

13. Bekanntgabe der über Kriegsgefangene geschlossenen Vereinbarungen.

Artikel 57.

Die zwischen den beiden Teilen abgeschlossenen oder künftig abzuschliessenden Vereinbarungen über die Rechte der Kriegsgefangenen sind in allen Lagern und Arbeits-Kommandos öffentlich anzuschlagen.

IV. Anwendung der vorstehenden Bestimmungen auf die von belgischen Truppen gefangen genommenen deutschen Kriegsgefangenen und die von deutschen Truppen gefangen genommenen belgischen Kriegsgefangenen.

Artikel 58.

Die vorstehenden Bestimmungen sind auf die von belgischen Truppen gefangen genommenen deutschen Kriegsgefangenen sowie auf die von deutschen Truppen gefangen genommenen belgischen Kriegsgefangenen anzuwenden, soweit nicht durch die bestehenden Sonderbestimmungen ein anderes vereinbart ist.

V. Anwendung der vorstehenden Bestimmungen auf Zivilgefangene.

Artikel 59.

Die Bestimmungen der Artikel 7 bis 19 über die Entlassung kranker und verwundeter Kriegsgefangener in die Heimat und die Internierung kranker und verwundeter Kriegsgefangener in der Schweiz, sowie der Artikel 50 über die Hilfsausschüsse finden auf deutsche und französische Zivilgefangene entsprechende Anwendung. Wegen der Anwendung anderer Bestimmungen dieser Vereinbarung auf deutsche und französische Zivilgefangene behalten sich beide Teile weitere Verhandlungen vor.

VI. Inkrafttreten der Vereinbarung.

Artikel 60.

Die Vereinbarung tritt am 15. März in Kraft.

5.

ALLEMAGNE, FRANCE.

Accord concernant les prisonniers de guerre et les civils internés; signé à Berne, le 26 avril 1918.*)

*Publication officielle.**)*

A. Vereinbarung zwischen der Kaiserlich Deutschen Regierung und der Regierung der Französischen Republik über Kriegsgefangene.

I. Entlassung der Kriegsgefangenen in die Heimat (Austausch von Land zu Land) und Internierung der Kriegsgefangenen in der Schweiz.

Artikel 1.

Unteroffiziere, Korporale und Mannschaften, die sich bei dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung über 18 Monate in Gefangenschaft befinden, werden ohne Rücksicht auf Grad und Zahl unmittelbar in die Heimat entlassen, wenn sie

a) das 40., aber noch nicht das 45. Lebensjahr vollendet haben und Väter von wenigstens drei lebenden Kindern sind;

b) das 45., aber noch nicht das 48. Lebensjahr vollendet haben.

Artikel 2.

Unteroffiziere, Korporale und Mannschaften, die sich bei dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung über 18 Monate in Gefangenschaft befinden und nicht einer der im Artikel 1 bezeichneten Voraussetzungen entsprechen, werden Kopf um Kopf und Grad um Grad in die Heimat entlassen.

Artikel 3.

Für den im Artikel 2 vorgesehenen Austausch Grad um Grad wird ein Unterschied zwischen den verschiedenen Klassen der Unteroffiziere nicht gemacht. Die französischen Korporale rechnen hierbei als Unteroffiziere.

Artikel 4.

Offiziere, die sich bei dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung über 18 Monate in Gefangenschaft befinden, werden ohne Rücksicht auf Grad und Zahl in der Schweiz interniert, wenn sie

a) das 40., aber noch nicht das 45. Lebensjahr vollendet haben und Väter von wenigstens drei lebenden Kindern sind;

b) das 45., aber noch nicht das 48. Lebensjahr vollendet haben.

---

*) En langues allemande et française. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

**) Les Annexes contenant des dispositions de détail n'ont pas été reproduites.

Artikel 5.

Offiziere, die sich bei dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung über 18 Monate in Gefangenschaft befinden und nicht einer der im Artikel 4 bezeichneten Voraussetzungen entsprechen, werden Kopf um Kopf, ohne Rücksicht auf den Grad, in der Schweiz interniert.

Artikel 6.

Für die Reihenfolge der Entlassung im Sinne der Artikel 1, 2 und der Internierung im Sinne der Artikel 4, 5 ist die Dauer der Gefangenschaft, bei gleicher Dauer der Gefangenschaft das Lebensalter massgebend.

Kann aus zwingenden Gründen ein Kriegsgefangener nicht entsprechend der im Abs. 1 vorgesehenen Reihenfolge abbefördert werden, so darf dadurch seine Heimschaffung nicht um mehr als zwei Monate verzögert werden.

Artikel 7.

Kriegsgefangene, die nach den Artikeln 1, 2 und den Artikeln 4, 5 Anspruch auf Entlassung in die Heimat haben, können hierauf verzichten.

In Zweifelsfällen kann jede der beiden Regierungen verlangen, dass die Tatsache dieses Verzichtes von einem Vertreter der Schutzmacht oder, wenn es sich um Internierte in der Schweiz handelt, von der schweizerischen Regierung bestätigt wird.

Artikel 8.

Im Falle von Zweifeln über das Alter und die Zahl der lebenden Kinder der in den Artikeln 1, 4 bezeichneten Kriegsgefangenen findet der Artikel 3 der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918 entsprechende Anwendung.

Artikel 9.

Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die vor dem 1. November 1916 in Kriegsgefangenschaft geraten sind, und die am 15. April 1918 wegen Verwundung oder Krankheit in der Schweiz interniert waren, werden ohne Rücksicht auf Grad und Zahl in die Heimat entlassen.

Von der Entlassung sind ausgenommen:

1. diejenigen Offiziere, Unteroffiziere, Korporale und Mannschaften, deren gerichtliche Strafe ausgesetzt ist, und die gemäss Artikel 18 Abs. 1 der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918 in der Schweiz interniert sind;
2. die Offiziere, die als 48jährige gemäss Artikel 2 der bezeichneten Vereinbarung in der Schweiz interniert worden sind.

Die Entlassung der nach Abs. 1 heimzubefördernden Kriegsgefangenen findet vor Beginn der anderen nach der gegenwärtigen Vereinbarung erforderlichen Transporte statt.

Artikel 10.

Die Abbeförderung der Unteroffiziere, Korporale und Mannschaften findet in nachstehender Weise statt:

Jeder Zug wird beiderseits mit 700 Kriegsgefangenen besetzt, die gemäss Artikel 2 Kopf um Kopf auszutauschen und nach Artikel 6 zu bestimmen sind.

Ausserdem ist jeder von Deutschland abzusendende Zug mit 100 französischen, jeder von Frankreich abzusendende Zug mit 50 deutschen Kriegsgefangenen der im Art. 1 bezeichneten Art zu besetzen, und zwar so lange, als die vorhandenen Zahlen auf der einen oder anderen Seite ausreichen.

Die Transporte haben monatlich im Durchnitt 15 v. H. Unteroffiziere und Korporale und 85 v. H. Mannschaften zu enthalten.

Artikel 11.

Zu Beginn jeder Folge von 10 Mannschaftszügen läuft von beiden Seiten je ein mit 400 Offizieren besetzter Zug, die nach Artikel 5 in der Schweiz zu internieren sind. Dieser Zug wird ausserdem deutscherseits mit 100 französischen Offizieren und französischerseits mit 50 deutschen Offizieren, die nach Artikel 4 in der Schweiz zu internieren sind, besetzt, solange die auf der einen oder anderen Seite vorhandenen Zahlen ausreichen.

Vor der ersten Folge von Mannschaftszügen sollen zwei Offizierszüge der obenbezeichneten Art abgehen.

Artikel 12.

Die beiden ersten im Artikel 11 vorgesehenen Offizierszüge gehen von Lyon, der dritte von Konstanz, der vierte wieder von Lyon ab. In gleicher Weise wechselt der Ausgangspunkt der folgenden Offizierszüge.

Von den im Artikel 10 vorgesehenen Mannschaftszügen geht die erste Folge von zehn Zügen von Konstanz, die zweite Folge von zehn Zügen von Lyon ab. In gleicher Weise wechselt der Ausgangspunkt jeder weiteren Folge.

Artikel 13.

Kriegsgefangene, die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Vereinbarung die in den Artikeln 1, 2, 4 und 5 vorgesehenen Voraussetzungen noch nicht erfüllt haben, sind alsbald nach deren Eintritt in entsprechender Anwendung der vorstehenden Bestimmungen in die Heimat zu entlassen oder in der Schweiz zu internieren.

Artikel 14.

Offiziere, die nach Artikel 4, 5 dieser Vereinbarung und nach Artikel 2 der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918*) in der Schweiz interniert worden sind, dürfen nur ausnahmsweise und nur wegen einer ernsten Erkrankung oder eines schweren Unglücksfalles in die Heimat entlassen werden. Ihre Namen sind vor der Heimschaffung der Regierung des Nehmestaates mitzuteilen. In Zweifelsfällen liegt die Entscheidung bei einer aus einem schweizerischen Arzt und einem Arzt des Nehmestaates

*) Comp. ci-dessus No. 4.

bestehenden Kommission; bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ärzten ist die Stimme des schweizerischen Arztes ausschlaggebend.

Artikel 15.

Auf die unter die vorstehenden Bestimmungen fallenden Kriegsgefangenen, die sich in strafgerichtlicher Untersuchung befinden, oder die gerichtlich oder disziplinarisch bestraft sind, finden die Bestimmungen im Artikel 18 der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918 Anwendung.

Artikel 16.

Auf die Wiederverwendung Kriegsgefangener, die nach der gegenwärtigen Vereinbarung in die Heimat entlassen werden, findet die Bestimmung im Artikel 19 der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918 Anwendung.

Belgische Kriegsgefangene dürfen auf französischem Gebiet in gleicher Weise wie entlassene französische Kriegsgefangene verwendet werden.

Artikel 17.

Alle vorstehenden Bestimmungen sind auf die von belgischen Truppen gefangengenommenen deutschen Kriegsgefangenen sowie auf die von deutschen Truppen gefangengenommenen belgischen Kriegsgefangenen anzuwenden.

Belgische Offiziere, Unteroffiziere, Korporale und Mannschaften gelangen auf die Zahl der französischen Kriegsgefangenen im Verhältnis von 1 Belgier auf 10 Franzosen so lange zur Anrechnung, bis die Zahl der durch die belgischen Truppen gefangengenommenen deutschen Kriegsgefangenen, die den Bedingungen dieser Vereinbarung entsprechen, erschöpft ist.

Die Französische Regierung wird mit möglichster Beschleunigung der Deutschen Regierung die Zahl der in Betracht kommenden deutschen Kriegsgefangenen mitteilen.

Artikel 18.

Für die Heimschaffung und die Internierung nach Artikel 1 bis 5 dieser Vereinbarung kommen nur gesunde Kriegsgefangene in Betracht. Kranke und verwundete Kriegsgefangene werden nach wie vor gemäss den Artikeln 7 bis 18 der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918 in die Heimat entlassen oder in der Schweiz interniert.

Artikel 19.

Bei Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung der Transporte werden beide Teile sich mit den zuständigen Stellen der Schweizerischen Bundesregierung ins Benehmen setzen, die derartige Schwierigkeiten im Benehmen mit den Leitern des Internierungsdienstes bei den diplomatischen Vertretungen beider Teile in Bern ausgleichen wird.

Artikel 20.

Die Bestimmungen der Artikel 1 bis 19 dieser Vereinbarung treten am 1. August 1919 ausser Kraft, wenn eine der beiden Regierungen eine

entsprechende Erklärung bei dem Schweizerischen Politischen Departement vor dem 1. Mai 1919 abgibt.

Nach diesem Zeitpunkt kann eine Kündigung des obenbezeichneten Teiles der Vereinbarung von seiten jeder der beiden Regierungen von drei zu drei Monaten erfolgen. Die Kündigung kann für den 1. November, 1. Februar, 1. Mai, 1. August jedes Jahres erfolgen; die Erklärung hierüber muss mindestens drei Monate vorher dem Schweizerischen Politischen Departement abgegeben werden.

II. Einrichtung und Dienstbetrieb in den Gefangenenlagern.

a) Offizierslager.

Artikel 21.

Die Einrichtung und der Dienstbetrieb in den Offiziers-Gefangenenlagern haben den in der Anlage 1 angegebenen Mindestforderungen zu entsprechen.

Diese Mindestforderungen müssen bis zum 15. Juni 1918 erfüllt sein; soweit Neubauten und bauliche Veränderungen notwendig werden, wird die Frist bis zum 1. August 1918 verlängert.

Artikel 22.

Der rangälteste kriegsgefangene Offizier jedes Lagers hat das Recht, bis zum 25. Juni 1918 der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht zu berichten, ob die Mindestforderungen in dem Lager tatsächlich erfüllt sind.

Der Bericht ist dem Lagerkommandanten einzureichen, von diesem nötigenfalls mit Bemerkungen zu versehen und auf dem Dienstwege weiterzuleiten.

Der Bericht muss spätestens am 15. Juli 1918 bei der diplomatischen Vertretung des Heimatstaates in Bern eingegangen sein.

Artikel 23.

Erachtet der Lagerkommandant den im Artikel 22 vorgesehenen Bericht des rangältesten Offiziers als unzutreffend, so ist die diplomatische Vertretung der Schutzmacht von der Regierung des Nehmestaates zu ersuchen, unverzüglich einen Vertreter in das Lager zu entsenden; der über den Besuch erstattete Bericht muss auf schnellstem Wege der Schweizerischen Regierung zum Zwecke der Weitergabe an die diplomatische Vertretung des Heimatstaates in Bern übermittelt werden.

b) Mannschaftslager.

Artikel 24.

Die Einrichtung und der Dienstbetrieb in den mit Unteroffizieren und Mannschaften belegten Stammlagern müssen den in der Anlage 2 angegebenen Mindestforderungen entsprechen.

Diese Mindestforderungen müssen bis zum 1. August 1918 erfüllt sein; soweit Neubauten und bauliche Veränderungen notwendig werden, wird die Frist bis zum 1. September 1918 verlängert.

Soweit die örtlichen Verhältnisse es irgendwie gestatten, soll den Mindestforderungen auch in den Arbeitslagern entsprochen werden.

III. Ernährung der Kriegsgefangenen.

Artikel 25.

Die tägliche Nahrung der Offiziere muss nach Menge und Beschaffenheit ausreichend sein, insbesondere was Fleisch, Gemüse und Zutaten anlangt. Auf die der Zivilbevölkerung auferlegten Beschränkungen in der Zuteilung der Lebensmittel ist entsprechende Rücksicht zu nehmen.

Die Selbstbewirtschaftung durch die kriegsgefangenen Offiziere soll auf jede Weise gefördert werden.

Artikel 26.

Die den kriegsgefangenen Unteroffizieren und Mannschaften zustehenden Ernährungsmengen müssen einem Mindestmass entsprechen von:

2000 Kalorien für die Nichtarbeiter.
2500 Kalorien für gewöhnliche Arbeiter.
2850 Kalorien für die Kriegsgefangenen, die zu schweren Arbeiten herangezogen werden.

Es ist untersagt, Ersparnisse durch Verminderung der obenerwähnten Ernährungsmengen zu machen.

Artikel 27.

Die Kriegsgefangenen müssen im allgemeinen dieselbe Fleischmenge erhalten wie die Zivilbevölkerung.

Artikel 28.

Die Mindestmenge an Brot, die den in Frankreich befindlichen kriegsgefangenen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften zusteht, wird auf 350 Gramm täglich festgesetzt. Sie erhöht sich auf 400 Gramm für die Kriegsgefangenen, die zu Arbeiten ausserhalb des Lagers herangezogen werden.

Den in Deutschland befindlichen französischen kriegsgefangenen Offizieren, Unteroffizieren, Korporalen und Mannschaften steht dieselbe Mindestmenge an Brot zu wie der Zivilbevölkerung; sie darf jedoch nicht weniger als 250 Gramm täglich betragen.

Artikel 29.

Die Deutsche Regierung lässt für die Kriegsgefangenen aller Grade Brotsammelsendungen in Höhe von 2 Kilogramm auf den Kopf und die Woche zu.

Die Beförderung, Verteilung und Überwachung der Sendungen für alle Lager und Kommandos erfolgt wie bisher nach den in den früheren Abkommen festgesetzten Grundsätzen.

Die Beförderung erfolgt unentgeltlich und durch Eilfracht. Die Sendungen werden kostenlos und ohne Verzögerung auf die Lager und Arbeitskommandos verteilt. Die für die Verpackung verwendeten Säcke können nach Entleerung in das Ursprungsland zurückgesandt werden.

Artikel 30.

Einzelsendungen von Brot mit Ausnahme von Keks und Kuchen sind verboten.

Artikel 31.

Sollten ausnahmsweise die im Artikel 28 festgesetzten Mindestmengen an Brot länger als eine Woche den Kriegsgefangenen nicht gewährt werden können, so hat der Lagerkommandant oder Kommandoführer dies auf dem Dienstwege dem Kriegsministerium zu melden. Dieses veranlasst die unverzügliche Verständigung der diplomatischen Vertretung und des Politischen Departements der Schweizerischen Bundesregierung.

Artikel 32.

Die Kantinen müssen mit Lebensmitteln und den üblichen Gebrauchsgegenständen ausgestattet sein, soweit nicht Beschränkungen in der Lebensmittelzuteilung oder Verwaltungsmassregeln entgegenstehen.

Die Selbstbewirtschaftung ist auf jede Weise zu fördern. Erzielte Gewinne dürfen nur zu Gunsten der Kriegsgefangenen verwendet werden.

Artikel 33.

Die Bestimmungen in den Artikeln 25 bis 32 finden auf die in Deutschland befindlichen belgischen Kriegsgefangenen, sowie die in Frankreich befindlichen, in die Gewalt der Belgischen Regierung gelangten deutschen Kriegsgefangenen in gleicher Weise Anwendung.

IV. Gerichtliche und Disziplinarstrafen.

a) Vollstreckung gerichtlicher Strafen.

Artikel 34.

Für die Vollstreckung von gerichtlichen Strafen für diejenigen Verbrechen und Vergehen von Kriegsgefangenen, die nach der Gefangennahme in der Zeit zwischen dem 1. September 1916 und dem 25. April 1918 einschliesslich begangen worden sind, gelten ohne Rücksicht auf die Art und Dauer der Strafen die nachstehenden Grundsätze.

Die Strafgefangenen werden unverzüglich bis zur Verbüssung ihrer Strafen in einem Sonderlager (Sicherheitslager) untergebracht. Die Einrichtung und der Dienstbetrieb in den Sicherheitslagern sowie die sonstige Behandlung der Strafgefangenen richtet sich nach den für die übrigen Lager geltenden Bestimmungen, jedoch mit nachstehenden Einschränkungen:

a) Erholungsräume, Turn- und Spielplätze. Spaziergänge ausserhalb des Lagers und Veranstaltung von Theatervorstellungen und Musikaufführungen sind nicht zulässig;

b) Ankäufe in der Kantine sind im Monat nur bis zur Höhe von 25 Mark oder 25 Franken für Offiziere, von 10 Mark oder 10 Franken für Unteroffiziere und Mannschaften gestattet;
c) die Verwendung zur Arbeit ausserhalb des Lagers ist verboten;
d) die Strafgefangenen dürfen nur vier Pakete im Monat empfangen.

b) Vollstreckung der Disziplinarstrafen.

Artikel 35.

Arreststrafen sind an Kriegsgefangenen in nachstehender Weise zu vollstrecken:

a) an Offizieren in Deutschland nach den für verschärften Stubenarrest, in Frankreich nach den für „arrêts de rigueur" der Offiziere geltenden Bestimmungen;
b) an höheren Unteroffizieren vom Sergeanten aufwärts in Deutschland nach den für gelinden Arrest, in Frankreich nach den für „arrêts de rigueur" der Unteroffiziere geltenden Bestimmungen;
c) an Unteroffizieren, Korporalen und Mannschaften in Deutschland nach den für Mittelarrest, in Frankreich nach den für „cellule" geltenden Bestimmungen.

Artikel 36.

Die Dauer einer und derselben Arreststrafe soll in keinem Fall 30 Tage übersteigen.

Verlängert sich die Gesamtdauer mehrerer hintereinander zu verbüssender Arreststrafen über die Dauer von 30 Tagen hinaus, so muss nach je 30 Tagen ein Zwischenraum von einer Woche eingeschoben werden, während dessen gegen den Kriegsgefangenen Strafmassregeln nicht verhängt werden dürfen.

Der Artikel 43 der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918 wird aufgehoben.

Artikel 37.

Für die Vollstreckung der Arreststrafen gelten die in den Anlagen 3 und 4 angegebenen Grundsätze.

V. Abänderung der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918.)*

Artikel 38.

Der Artikel 15 der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918 wird wie folgt ergänzt:

„Ist der ernste Zustand eines Kriegsgefangenen durch den Lagerarzt festgestellt, so hat der Kommandant die Heimschaffung oder die Internierung des Kriegsgefangenen unverzüglich und ohne vorherige Einholung eines Gutachtens der Aerztekommissionen oder der Kontrollkommission herbeizuführen."

---

*) Ci-dessus No. 4.

Artikel 39.

Der Artikel 19 der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918 wird durch folgenden Zusatz ergänzt:

„Belgische Kriegsgefangene, die nach dem 1. Mai 1917 entlassen worden sind, dürfen auf französischem Gebiet in gleicher Weise wie die entlassenen französischen Kriegsgefangenen verwendet werden."

Artikel 40.

Der Artikel 51, Abs. 3, der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918 wird durch die folgenden Zusätze ergänzt:

„Die Delegierten sind ferner befugt, Sendungen aus dem Heimatstaat der Kriegsgefangenen oder aus dem neutralen Ausland oder aus dem Nehmestaat selbst zu empfangen und an Kriegsgefangene weiterzuleiten. Die Sendungen sollen nach Artikel 16 der Haager Landkriegsordnung Fracht- und Portofreiheit geniessen.

Arzneien und Stärkungsmittel, deren Liste im beiderseitigen Einvernehmen festzusetzen ist, dürfen von den anerkannten Hilfsvereinen als Sammelsendungen in alle Lager und Kommandos an die Hilfsausschüsse und Vertrauensleute gesandt werden, die sie den Kriegsgefangenen nach Bedarf aushändigen. Die Lagerärzte werden die Verwendung solcher Mittel beaufsichtigen. Die Sammelsendungen sollen bei ihrer Beförderung die gleichen Vergünstigungen geniessen wie die Brotsammelsendungen.

Einzelsendungen von Arzneien und Stärkungsmitteln sind untersagt."

Der Artikel 51 Abs. 4 der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918 wird aufgehoben.

Artikel 41.

Der Artikel 54 der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918 wird wie folgt ergänzt:

„Solange die Vereinigung noch nicht erfolgt ist, dürfen diese Kriegsgefangenen miteinander brieflich verkehren; das gleiche gilt, falls die Vereinigung nicht angängig ist. Die Briefe werden auf die zulässige Höchstzahl angerechnet."

VI. Vergeltungsmassnahmen.

Artikel 42.

Vergeltungsmassnahmen, die von einem der beiden Teile gegen Angehörige des andern Teils ergriffen werden, sollen, wenn sie dem Völkerrecht oder den zwischen beiden Teilen bestehenden Vereinbarungen zuwiderlaufen, erst nach Ablauf einer Frist von wenigstens 1 Monat seit ihrer Ankündigung durchgeführt werden.

Diese Ankündigung hat gleichzeitig an die zuständige diplomatische Vertretung und an die schweizerische Regierung zu erfolgen. Die in Abs. 1 vorgesehene Frist läuft von dem Tage ab, an dem die Ankündigung der Massnahme der schweizerischen Regierung zugegangen ist.

VII. Bekanntgabe der Bestimmungen der Vereinbarung.

Artikel 43.

Von den Bestimmungen dieser Vereinbarung sind:

a) die Artikel 21 bis 23 nebst den Anlagen 1 und 3 in allen Offiziersgefangenenlagern,

b) der Artikel 24 nebst den Anlagen 2 und 4 in allen Mannschaftslagern und Arbeitskommandos,

c) die übrigen Artikel in sämtlichen Offiziers- und Mannschaftslagern und Arbeitskommandos

in der Sprache der Gefangenen dauernd und öffentlich anzuschlagen.

VIII. Inkrafttreten der Vereinbarung.

Artikel 44.

Diese Vereinbarung soll von beiden Regierungen genehmigt werden.

Sie tritt unter dem Vorbehalt dieser Genehmigung am 15. Mai 1918 zusammen mit der unterm heutigen Tage unterzeichneten Vereinbarung über Zivilpersonen in Kraft.

Geschehen in Bern, in doppelter Ausfertigung am sechsundzwanzigsten April neunzehnhundertachtzehn.

gez. *Friedrich.*
von Keller.
Pabst von Ohain.
Schloessingk.
von Hindenburg.
Bourwieg.

gez. *de Panafieu.*
Georges-Cahen.
Giraud.
Alphand.

B. Vereinbarung zwischen der Kaiserlich Deutschen Regierung und der Regierung der Französischen Republik über Zivilpersonen.

I. Entlassung oder Heimbeförderung.

Artikel 1.

Die Zivilpersonen jedes der beiden Teile, die sich am Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung in dem Gebiete des anderen Teiles aufhalten, werden auf ihren Wunsch ohne Rücksicht auf ihr Alter und Geschlecht nach folgenden Grundsätzen die Erlaubnis erhalten, das Land, in dem sie zurückgehalten werden, zu verlassen, wenn sie

a) gegenwärtig noch interniert sind oder

b) zu irgendeinem Zeitpunkt seit Eröffnung der Feindseligkeiten interniert gewesen und später auf freien Fuss gesetzt worden sind.

Diese Bestimmung erstreckt sich in gleicher Weise auf Personen, die sich bei Ausbruch des Krieges in dem Gebiete des anderen Teiles befanden, wie auf Personen, die infolge der kriegerischen Ereignisse später dorthin gelangt sind.

Artikel 2.

Als interniert oder interniert gewesen im Sinne dieser Vereinbarung gelten die Zivilpersonen, die sich, gleichviel zu welcher Zeit und aus welchem Grunde, in einem Internierungslager irgendwelcher Art befinden oder befunden haben, in das sie wider ihren Willen verbracht sind und das sie nicht nach ihrem freien Belieben verlassen können oder konnten.

Artikel 3.

Die Zivilpersonen, die bei Ausbruch des Krieges ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im freien Gebiet ihres Heimatstaates oder im Gebiet des Aufenthaltsstaates hatten, werden an die schweizerische Grenze verbracht, von wo die aus Frankreich kommenden nach Deutschland, die aus Deutschland kommenden nach Frankreich ausreisen können.

Artikel 4.

Die Zivilpersonen, die bei Ausbruch des Krieges ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt an einem Orte des besetzten Gebietes hatten, werden an diesen Ort entlassen. Sie können den Wunsch äussern, über die schweizerische Grenze auszureisen; solche Wünsche werden berücksichtigt werden, soweit nicht militärische Gründe entgegenstehen.

Den Zivilpersonen, deren Rückkehr an ihren früheren Wohnsitz aus militärischen Gründen nicht erfolgen kann, wird die Ausreise über die schweizerische Grenze gestattet oder unter möglichster Berücksichtigung ihrer Wünsche ein anderer Aufenthaltsort im besetzten Gebiet angewiesen werden.

Artikel 5.

Den Zivilpersonen, die in dem Gebiete des Aufenthaltsstaates zu bleiben wünschen, kann dies nötigenfalls unter Zuweisung eines Wohnortes gestattet werden.

Artikel 6.

Zivilpersonen, die nach den Bestimmungen der Artikel 3, 4 an die schweizerische Grenze zu verbringen wären, können auf ihren Wunsch über eine andere Grenze in das neutrale Ausland entlassen werden.

Artikel 7.

Soweit sich die Frauen und die auf den elterlichen Unterhalt angewiesenen Kinder der im Artikel 1 bezeichneten Zivilpersonen im gleichen Staatsgebiete wie diese aufhalten, können sie auf ihren Wunsch dem Ehemann oder Vater an dessen neuen Aufenthaltsort folgen, selbst wenn sie freiwillig seine Internierung geteilt haben oder niemals interniert gewesen sind.

Soweit sich solche Frauen und Kinder im besetzten Gebiet befinden, wird ihrem Wunsch, mit dem Ehemann oder Vater vereinigt zu werden, nach Prüfung des Einzelfalles stattgegeben werden, falls es die militärischen Interessen gestatten.

Artikel 8.

Die Zivilpersonen, die sich in strafgerichtlicher Untersuchung befinden, sollen bis zum Abschluss des Strafverfahrens mit Einschluss der Strafvollstreckung, und die Zivilpersonen, die sich auf Grund gerichtlichen Urteils in Strafhaft befinden, sollen bis zur Verbüssung der Strafe von der Entlassung ausgenommen werden.

Die gerichtlich bestraften Zivilpersonen, deren Strafe nach den zwischen beiden Teilen bestehenden Vereinbarungen ausgesetzt worden ist, sollen, soweit nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung die Abreise über eine neutrale Grenze zu gestatten sein würde, in der Schweiz interniert werden, es sei denn, dass sie auf ihren eigenen Wunsch den noch nicht vollstreckten Teil der Strafe verbüssen.

Die beiden Regierungen werden sich unverzüglich die Namen der in den Abs. 1, 2 bezeichneten Zivilpersonen unter Angabe des Grundes der Strafverfolgung oder der Verurteilung mitteilen und werden diese Personen von den ihnen nach dem gegenwärtigen Abkommen zustehenden Rechten in Kenntnis setzen.

Artikel 9.

Die bei Inkrafttreten dieser Vereinbarung in der Schweiz internierten Zivilpersonen werden aus der Internierung entlassen.

Artikel 10.

Die im Artikel 1 unter a) bezeichneten Zivilpersonen sind unverzüglich durch dauernden Anschlag des Wortlauts der Artikel 1 bis 16 von den darin enthaltenen Bestimmungen in Kenntnis zu setzen. Der Anschlag hat in jedem Lager in deutscher und französischer Sprache zu erfolgen.

Frühestens 8 Tage nach dem Anschlage sollen sich Beauftragte der zuständigen diplomatischen Vertretung in alle Lager begeben können. Sie erhalten dort eine namentliche Liste aller Internierten, die sich im Lager und in den dazugehörigen Arbeitskommandos befinden. Der Beauftragte der diplomatischen Vertretung ist ermächtigt, die Internierten einzeln und in Abwesenheit dritter Personen darüber zu befragen, ob sie den Aufenthaltsstaat verlassen wollen.

Listen der Personen, welche das Gebiet des Aufenthaltsstaates zu verlassen wünschen, werden den beiden Regierungen ohne Verzug übermittelt werden.

Artikel 11.

Die im Artikel 1 unter b) bezeichneten Zivilpersonen sind, abgesehen von der amtlichen Veröffentlichung dieser Vereinbarung, ohne Verzug durch wiederholten Abdruck einer Bekanntmachung in der hauptstädtischen und Provinzpresse davon in Kenntnis zu setzen, dass sie innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung bei der zuständigen Behörde des Aufenthaltsortes oder bei der zuständigen diplomatischen Vertretung ihre Anträge anzubringen haben.

Die Regierung des Aufenthaltsstaates hat unverzüglich Listen derjenigen Zivilpersonen, welche die Entlassung aus dem Aufenthaltsstaate

bei dessen zuständigen Behörden beantragt haben, an die zuständige diplomatische Vertretung weiterzuleiten. Diese wird die Listen nebst Listen der Personen, die sich unmittelbar an sie gewandt haben, den beiden Regierungen mitteilen.

Artikel 12.

Zivilpersonen, die auf Grund dieser Vereinbarung den Aufenthaltsstaat verlassen, dürfen im Heeresdienst weder an der Front noch in der Etappe noch innerhalb des besetzten feindlichen Gebietes, noch in den Gebieten oder Besitzungen eines verbündeten Staates verwendet werden.

Artikel 13.

Die zur Entlassung der Zivilpersonen erforderlichen Massnahmen sollen unverzüglich nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung beginnen.

Die zur Ausführung der vorstehenden Bestimmungen notwendigen Transporte müssen in den Fällen des Artikels 1 unter a) in spätestens drei Monaten, in den Fällen des Artikels 1 unter b) in spätestens sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung beendet sein; die Transporte erfolgen unentgeltlich.

Den unter diese Vereinbarung fallenden Zivilpersonen bleibt es unbenommen, sich innerhalb der in dem vorstehenden Absatz vorgesehenen Fristen und noch einen Monat darüber hinaus in der Frage ihrer Entlassung beschwerdeführend an die zuständige diplomatische Vertretung zu wenden.

Artikel 14.

Die im Artikel 1 unter b) bezeichneten Personen, die in Anwendung der vorstehenden Bestimmungen zum Zwecke der Ausreise an die Grenze verbracht werden, können vorher einer Quarantäne unterworfen werden; diese darf in keinem Falle die Dauer eines Monats überschreiten.

Artikel 15.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auf die in die Gewalt der Belgischen Regierung gelangten Zivilgefangenen, die sich in Frankreich befinden oder wegen Krankheit in der Schweiz interniert sind, keine Anwendung.

Artikel 16.

Der Staat, der in Anwendung der Artikel 4, 5 einer Zivilperson gestattet hat, auf seinem Gebiet zu verbleiben oder in das besetzte Gebiet zurückzukehren, ist nach Ablauf der in Artikel 13 vorgesehenen Fristen nicht mehr verpflichtet, der Person auf einen später gestellten Antrag die Erlaubnis zur Ausreise zu erteilen.

II. Behandlung der Bevölkerung des besetzten Gebietes.

Artikel 17.

Eine zwangsweise Heranziehung der Bevölkerung des besetzten Gebietes zur Arbeit wird nur nach den nachstehenden Grundsätzen erfolgen:

Die Arbeiten sollen in körperlicher und geistiger Beziehung unter möglichst günstigen Verhältnisse stattfinden; dabei ist insbesondere den körperlichen Fähigkeiten, der gesellschaftlichen Stellung, dem Geschlecht, dem Alter und dem Gesundheitszustand der Arbeiter Rechnung zu tragen. Die Mitglieder der gleichen Familie sind tunlichst nicht zu trennen.

Die Arbeiten dürfen für die Bevölkerung nicht die Verpflichtung enthalten, an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland teilzunehmen und können nur gefordert werden:

a) als Dienstleistungen für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres im Einklang mit Artikel 52 der Haager Landkriegsordnung;

b) zum Zwecke der Arbeitslosenfürsorge durch Heranziehung arbeitsfähiger, aus öffentlichen Mitteln unterstützter Personen, die eine ihnen angebotene, dem Völkerrecht sowie ihren körperlichen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung nicht annehmen;

c) zum Zwecke der Beseitigung eines auf andere Weise nicht zu behebenden Notstands für die Bevölkerung.

Artikel 18.

Die gemäss Artikel 17 zu Arbeitsleistungen herangezogenen Personen sollen mit Ausnahme der im Abs. 2 aufgeführten Fälle innerhalb des Bezirks ihres Wohnorts oder in dessen näherer Umgebung verwendet werden.

Soweit aus militärischen oder wirtschaftlichen Gründen die Bevölkerung zu Arbeiten ausserhalb ihres Wohnorts herangezogen werden muss, soll ihre Verwendung nur in den besetzten Gebieten erfolgen; auch dürfen Personen, deren Wohnort mehr als 30 Kilometer von der Feuerlinie entfernt ist, nicht an Orte gebracht werden, die innerhalb dieser Zone liegen.

Für angemessene Unterbringung, Verpflegung, ärztliche Behandlung und Entlohnung der Arbeiter ist Sorge zu tragen; auch ist ihnen, abgesehen von den gewöhnlichen Ruhezeiten und Erholungspausen, nach Möglichkeit Urlaub zum Besuch ihrer Angehörigen zu erteilen und Gelegenheit zu geben, mit diesen in Briefverkehr zu treten und von ihnen Pakete zu empfangen.

Artikel 19.

Abgesehen von den Fällen des Artikel 18 und der aus militärischen Gründen erfolgenden völligen oder teilweisen Räumung einer Ortschaft sollen Einwohner des besetzten Gebietes gegen ihren Willen nur dann aus ihren Wohnorten entfernt werden, wenn ihre Anwesenheit daselbst wegen ihres persönlichen Verhaltens vom Standpunkt der militärischen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung nicht angängig erscheint.

Artikel 20.

Eine Internierung von Zivilpersonen des einen Teils in den Gebieten des andern Teils oder in den besetzten Gebieten wird in Zukunft nicht stattfinden.

Macht indes das persönliche Verhalten einer Zivilperson deren Entfernung aus dem besetzten Gebiet im Interesse der militärischen Sicherheit

oder der öffentlichen Ordnung erforderlich, so kann die Zivilperson in das Gebiet des besetzenden Staates verbracht werden. In diesem Falle werden die einer solchen Person aufzuerlegenden Freiheitsbeschränkungen nach den militärischen Notwendigkeiten bemessen; in geeigneten Fällen kann ihr ein Wohnsitz zugewiesen werden, an dem sie unter polizeilicher Aufsicht auf freiem Fusse leben kann.

Die Dauer der Entfernung aus dem besetzten Gebiet soll auf das unbedingt Notwendige beschränkt bleiben, und, abgesehen von Ausnahmefällen, sechs Monate nicht überschreiten. Nach Ablauf dieser Frist ist die Zivilperson nach Massgabe des Artikel 4 Abs. 1 in das besetzte Gebiet zu entlassen, sofern nicht die zuständige Behörde es vorzieht, sie zum Zwecke der Ausreise an die schweizerische Grenze zu verbringen.

Artikel 21.

Die zuständigen Behörden werden für die regelmässige und schnelle Durchführung des Nachrichtendienstes des Frankfurter Roten Kreuzes Sorge tragen.

Den Zivilpersonen, welche gemäss den Bestimmungen dieser Vereineinbarung in das besetzte Gebiet zurückkehren, ist Gelegenheit zu geben, ihren im freien Heimatgebiet lebenden Angehörigen durch Vermittlung des Frankfurter Roten Kreuzes ihre neue Adresse zukommen zu lassen.

Artikel 22.

Die beiden Regierungen werden die Bestimmungen der Artikel 17 bis 21 dieser Vereinbarung den zuständigen Militärbehörden bekanntgeben, die für ihre Durchführung sorgen werden.

III. Inkrafttreten der Vereinbarung.

Artikel 23.

Diese Vereinbarung soll von beiden Regierungen genehmigt werden.

Sie tritt unter dem Vorbehalte dieser Genehmigung am 15. Mai 1918 zusammen mit der unterm heutigen Tage unterzeichneten Vereinbarung über Kriegsgefangene in Kraft.

Geschehen in Bern, in doppelter Ausfertigung, am sechsundzwanzigsten April neunzehnhundertachtzehn.

gez. *Friedrich.*
von Keller.
Pabst von Ohain.
Schloessingk.
von Hindenburg.
Bourwieg.

gez. *de Panafieu.*
Georges-Cahen.
Giraud.
Alphand.

6.

ALLEMAGNE. GRANDE-BRETAGNE.

Arrangement concernant les prisonniers de guerre et les civils internés; signé à La Haye, le 14 juillet 1918,*) suivi d'une Déclaration du Gouvernement des Pays-Bas.

*Publication officielle.***)*

Vereinbarung zwischen der Deutschen und der Grossbritannischen Regierung über Kriegsgefangene und Zivilpersonen.

I. Heimbeförderung von Militär- und Zivilpersonen und Internierung in neutralen Ländern.

1. Erweiterung der bestehenden Vereinbarungen.

Artikel 1.

Die Unteroffiziere (warrant officers and non-commissioned officers(†) und Mannschaften, die sich an oder nach dem Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung über 18 Monate in Gefangenschaft befinden, werden mit Ausnahme der im Artikel 8 bezeichneten Kriegsgefangenen Kopf um Kopf und Grad um Grad in die Heimat entlassen.

Für den Austausch wird ein Unterschied zwischen den verschiedenen Klassen der Unteroffiziere nicht gemacht.

Vom Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung ab finden die Bestimmungen im § 11 der Haager Vereinbarung vom 2. Juli 1917 ††) lediglich auf Offiziere Anwendung.

Artikel 2.

Sämtliche am Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung auf Grund bestehender Abkommen in den Niederlanden und in der Schweiz internierten Kriegsgefangenen werden ohne Rücksicht auf den Überschuss auf einer Seite im Benehmen mit der Niederländischen und der Schweizerischen Regierung in die Heimat entlassen. Das Gleiche gilt für die übrigen am Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung in den Niederlanden internierten Angehörigen der beiderseitigen Streitkräfte unter der Voraussetzung, dass die Niederländische Regierung zustimmt.

---

*) En langues allemande et anglaise. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

**) Les Annexes contenant des dispositions de détail n'ont pas été reproduites.

†) Durch die Bezeichnung: „warrant officers and non-commissioned officers" werden in dieser Vereinbarung die entsprechenden Grade der Marine mit umfasst.

††) V. ci-dessus, No. 2.

Artikel 3.

Die Zivilangehörigen jedes der beiden Teile, die sich am Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung irgendwo in dem Machtbereich des anderen Teiles aufhalten, mit Einschluss der Offiziere und sonstigen Mitglieder der Besatzung von Handelsschiffen, werden auf ihren Wunsch ohne Rücksicht auf ihr Alter und Geschlecht heimbefördert. Es können jedoch mit Einschluss der auf Grund früherer Abmachungen zurückgehaltenen Personen von der Deutschen Regierung bis zu 40 und von der Grossbritannischen Regierung bis zu 70 Personen von der Heimbeförderung ausgeschlossen werden.

Artikel 4.

Den Ausgleich für den Überschuss an wehrfähigen deutschen Zivilpersonen, die auf Grund der Bestimmungen des Artikel 3 heimzubefördern sind, soll der Überschuss an Angehörigen der britischen Streitkräfte bilden, die gemäss Artikel 2 aus neutralen Ländern heimzubefördern sind. Es wird davon ausgegangen, dass die Zahl des Überschusses dieser Angehörigen der britischen Streitkräfte 4820 beträgt, und zwar:

a) 320 Offiziere und 2200 Unteroffiziere, die auf Grund der Haager Vereinbarung vom 2. Juli 1917 in den Niederlanden interniert sind;
b) 2300 Militärpersonen verschiedenen Ranges, mit Einschluss derjenigen, die auf Anordnung der Niederländischen Regierung in den Niederlanden interniert sind.

Wenn diese Zahlen nicht erreicht werden, ist der Fehlbetrag durch Entlassung einer gleichen Anzahl diensttauglicher britischer Kriegsgefangener, und zwar entsprechenden Ranges, soweit die Kriegsgefangenen unter a) in Betracht kommen, zu ergänzen.

Sollte die Zahl der nach Artikel 3 zur Entlassung kommenden wehrfähigen britischen Zivilpersonen weniger als 6000 betragen, so wird der Unterschied durch Entlassung einer entsprechenden Anzahl diensttauglicher britischer Kriegsgefangener ausgeglichen werden.

Ferner wird, falls die nach Artikel 3 zur Entlassung kommenden wehrfähigen deutschen Zivilpersonen die Zahl von 20000 übersteigen, in Höhe des Überschusses für je 3 deutsche Zivilpersonen ein diensttauglicher britischer Kriegsgefangener heimbefördert werden.

Bei der Auswahl der in den vorhergehenden drei Absätzen erwähnten britischen Kriegsgefangenen soll die Länge der Gefangenschaft massgebend sein.

Im Sinne der vorstehenden Bestimmungen sind unter diensttauglichen (valid) Kriegsgefangenen und wehrfähigen (valid) Zivilpersonen alle diejenigen zu verstehen, die nach früheren Vereinbarungen keinen Anspruch auf Heimbeförderung haben.

Artikel 5.

Die in den Niederlanden auf Grund der Haager Vereinbarung vom 2. Juli 1917 internierten Zivilpersonen, mit Einschluss der Offiziere und

sonstigen Mitglieder der Besatzung von Handelsschiffen, sind im Benehmen mit der Niederländischen Regierung sobald als möglich in die Heimat zu entlassen.

Artikel 6.

Die in tropischen Gegenden in britische Kriegsgefangenschaft gefallenen sowie in Zukunft in solche gelangenden Angehörigen der deutschen Streitkräfte werden, soweit sie nicht auf Grund der Bestimmungen dieser oder einer anderen Vereinbarung heimzuschaffen sind, sobald sich Gelegenheit bietet, nach Grossbritannien verbracht.

Artikel 7.

Die Bestimmungen des § 11 der Vereinbarung vom 2. Juli 1917 werden auf die in den britischen überseeischen Gebieten und Protektoraten sowie in besetzten Gebieten gefangen gehaltenen deutschen Offiziere ausgedehnt.

Artikel 8.

Die zur Besatzung von Unterseebooten gehörenden Unteroffiziere und Mannschaften, die sich bei oder nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung über 18 Monate in Gefangenschaft befinden, werden in den Niederlanden interniert.

Artikel 9.

Die Abbeförderung der in den Artikeln 1—8 erwähnten Personen soll nach Massgabe der in den Anlagen I, II dieser Vereinbarung vorgesehenen Bestimmungen erfolgen. Mit den dazu erforderlichen Massnahmen ist unverzüglich nach Inkrafttreten der Vereinbarung zu beginnen.

Artikel 10.

Kriegsgefangene, die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Vereinbarung die in dem Artikel 1 vorgesehenen Voraussetzungen noch nicht erfüllt haben, sind sobald als möglich nach deren Eintritt in die Heimat zu entlassen.

Artikel 11.

Die vorstehenden Bestimmungen sind den beteiligten Personen durch wiederholten Abdruck in der Presse und durch Anschlag in den Gefangenenlagern bekannt zu geben.

Artikel 12.

Die Vertreter der Schutzmächte sind berechtigt, die Durchführung der Bestimmungen der Artikel 1—11 zu überwachen.

Artikel 13.

Listen derjenigen Zivilpersonen, die das Gebiet des Aufenthaltsstaates zu verlassen wünschen, werden der Regierung des Heimatstaates ohne Verzug übermittelt werden.

Artikel 14.

Die Bestimmungen der Artikel 1 und 8 dieser Vereinbarung sowie des § 11 der Vereinbarung vom 2. Juli 1917 treten am 1. August 1919 ausser Kraft. Diese erstreckt sich nicht auf diejenigen Kriegsgefangenen, die zum Zeitpunkt des Ausserkrafttretens der Bestimmungen die Voraussetzungen für die Entlassung in die Heimat oder die Internierung in neutralen Ländern erfüllen.

2. Weitere Bestimmungen über verwundete und kranke Kriegsgefangene.

Artikel 15.

Die Besuche der Lager durch ärztliche Reise-Kommissionen sollen wieder aufgenommen werden. Jede dieser Kommissionen soll aus zwei neutralen Ärzten und einem Arzte des Nehmestaates zusammengesetzt sein. Die Aufgabe der Kommissionen soll in der Feststellung derjenigen Kriegsgefangenen bestehen, die mit Rücksicht auf ihren Körperzustand zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung in einem neutralen Lande berechtigt sind; die Entscheidungen sollen auf Grund der zwischen beiden Regierungen vereinbarten Listen von Gebrechen und Krankheiten erfolgen.

Reise-Kommissionen sollen die Lager in Deutschland und Grossbritannien alle 3 Monate besuchen.

§ 7 und § 9 der Haager Vereinbarung vom 2. Juli 1917 werden aufgehoben.

Artikel 16.

Den Reise-Kommissionen müssen sowohl in den Lagern wie in den Arbeits-Kommandos alle Kriegsgefangenen vorgestellt werden.

1. die von dem Lager-Arzt in einer von ihm aufgestellten Liste vorgeschlagen sind,
2. die von dem Heimatstaat der Regierung des Nehmestaates namhaft gemacht werden,
3. die von dem Hilfsausschuss eines Lagers (Artikel 51) vorgeschlagen sind.

Zur Durchführung der Bestimmung im Absatz 1 Nr. 3 soll den Hilfsausschüssen gestattet werden, jeden Monat eine entsprechende Liste aus den im Lager befindlichen oder dazu gehörigen Kriegsgefangenen aufzustellen, die dem Lager-Kommandanten zu übergeben ist.

Die von den Lager-Ärzten und den Hilfsausschüssen aufgestellten Listen sollen vom Lager-Kommandanten aufbewahrt werden. Die Listen der vom Heimatstaat namhaft gemachten Kriegsgefangenen werden den Reise-Kommissionen übergeben.

Bei den Arbeits-Kommandos hat der Vertrauensmann (Artikel 51) dem Hilfsausschuss des Stammlagers die Listen der Gefangenen mitzuteilen, die nach seiner Ansicht der Kommission vorzustellen wären. Diese Listen sind jeden Monat dem Kommandanten des Stammlagers einzusenden und den im Stammlager aufgestellten Listen beizufügen. Die in den erst-

bezeichneten Listen aufgeführten Kriegsgefangenen sind den Reise-Kommissionen in gleicher Weise wie die in den letztbezeichneten Listen aufgeführten vorzustellen.

Artikel 17.

Die Reise-Kommissionen nehmen bei ihrer Ankunft in jedem Lager und vor Beginn der Untersuchungen von den beim Lager-Kommandanten befindlichen Listen Kenntnis und vergleichen sie mit den in ihrem Besitz befindlichen Listen.

Sollte ein Kriegsgefangener, der auf einer der Listen verzeichnet ist, vor der Ankunft der Reise-Kommission in ein anderes Lager versetzt worden sein, so ist dies der Kommission mitzuteilen. Die Kommission hat die Namen einer vom Nehmestaat zu bestimmenden Zentralstelle mitzuteilen, die dafür zu sorgen hat, dass solche Kriegsgefangene unter allen Umständen einer Reise-Kommission vorgestellt werden.

Artikel 18.

Kriegsgefangene, die sich im Operations- oder Etappengebiet befinden und in den Listen des Heimatstaates oder in den Listen der Hilfsausschüsse oder der Vertrauensleute, nicht aber in denen des Lager-Arztes aufgeführt sind, sind von dem Lager-Arzt zu untersuchen; sie werden den Reise-Kommissionen vorgestellt, wenn sie vom Lager-Arzt zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung geeignet befunden worden sind.

Diese Kriegsgefangenen sind ebenso wie die vom Lager-Arzt vorgeschlagenen Kriegsgefangenen zum Zwecke der Vorstellung an einem Punkte zu versammeln, der einer Reise-Kommission zugänglich ist.

Artikel 19.

Jeder Kriegsgefangene, der an einem der Gebrechen oder Krankheiten leidet, die unter die Listen von Gebrechen oder Krankheiten fallen, soll ohne Rücksicht auf deren Ursache zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung in einem neutralen Lande kommen, es sei denn, dass Selbstverstümmelung vorliegt.

Artikel 20.

Kriegsgefangene, bei denen festgestellt ist, dass sie an heilbarer Tuberkulose oder Malaria leiden, oder bei denen begründeter Tuberkulose-Verdacht besteht, müssen in der Schweiz interniert werden.

Kriegsgefangene, bei denen unheilbare Tuberkulose festgestellt ist, müssen unverzüglich in die Heimat entlassen werden.

Bei der Untersuchung Kriegsgefangener, die an Nervenschwäche (Psychasthenie) leiden, ist möglichst wohlwollend zu verfahren.

Artikel 21.

Die ablehnenden Entscheidungen der Reise-Kommissionen sind mit Gründen versehen und unter Angabe der Stelle, die den Kriegsgefangenen zur Entlassung oder Internierung vorgeschlagen hat, dem Heimatstaat mitzuteilen.

Artikel 22.

In Fällen, die von den Ärzten des Nehmestaates mit Rücksicht auf die ernste Natur des Gebrechens oder der Krankheit des Kriegsgefangenen als dringend anerkannt sind, soll die Entlassung in die Heimat oder die Internierung in einem neutralen Lande unverzüglich erfolgen, ohne dass auf den Besuch der Reise-Kommissionen gewartet wird.

Artikel 23.

Die von den Reise-Kommissionen zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung als geeignet befundenen Kriegsgefangenen sind von einer Kontroll-Kommission zu untersuchen, deren Entscheidung endgültig ist. Die Kontroll-Kommissionen bestehen aus 3 neutralen Ärzten und 3 Ärzten des Nehmestaates. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des rangältesten neutralen Arztes den Ausschlag.

Auf die ablehnenden Entscheidungen der Kontroll-Kommissionen findet die Bestimmung im Artikel 21 entsprechende Anwendung.

Die von der Kontroll-Kommission als entlassungs- oder internierungsberechtigt anerkannten Kriegsgefangenen sind in kürzester Zeit in die Heimat oder in ein neutrales Land zu überführen.

Artikel 24.

Die aus einem der beiden Länder zur Internierung in neutralen Ländern gelangten Kriegsgefangenen werden im Benehmen mit der Regierung des Internierungslandes heimgeschafft, wenn sie den hierfür in der Liste von Gebrechen und Krankheiten aufgestellten Voraussetzungen entsprechen.

Die Entscheidung wird von den Ärzten des Internierungslandes getroffen, dessen Regierung gebeten werden soll, alle drei Monate entsprechende Untersuchungen herbeizuführen.

§ 8 der Haager Vereinbarung vom 2. Juli 1917 wird aufgehoben.

3. Gemeinsame Bestimmungen.

Artikel 25.

Befinden sich Kriegsgefangene in Strafuntersuchung, bei denen die Voraussetzungen für die Entlassung in die Heimat oder die Internierung in einem neutralen Lande vorliegen, so dürfen sie bis zur Beendigung der Strafuntersuchung und mit der im Absatz 2 vorgesehenen Beschränkung bis zu einer etwaigen Strafverbüssung zurückbehalten werden.

Wenn Kriegsgefangene, bei denen die Voraussetzungen für die Entlassung in die Heimat oder die Internierung in einem neutralen Lande vorliegen, eine gegen sie erkannte Freiheitsstrafe noch nicht angetreten oder noch nicht vollständig verbüsst haben, so können sie bis zur Verbüssung der Strafe, jedoch nicht länger als 2 Monate nach dem Tage, an dem sie sonst entlassen oder interniert worden wären, zurückbehalten werden.

In Fällen, in denen die Strafe noch nicht voll verbüsst worden ist, soll die Regierung des Heimatstaates durch die Regierung des Nehme-

staates von dem Grund der Bestrafung und der Höhe der Strafe unter Angabe des etwa bereits verbüssten Teiles der Strafe in Kenntnis gesetzt werden.

Die Bestimmungen dieses Artikels lassen diejenigen Fälle unberührt, in denen die Regierung des neutralen Landes es ablehnt, einen wegen einer schweren Straftat verurteilten Kriegsgefangenen zur Internierung aufzunehmen.

Zivilpersonen, die sich in Strafuntersuchung befinden oder verurteilt sind, können bis zur Verbüssung einer gegen sie erkannten Strafe zurückgehalten werden.

Artikel 26.

Die Verwendung der nach dieser Vereinbarung in die Heimat entlassenen Kriegsgefangenen und Zivilpersonen unterliegt folgenden Beschränkungen:

Die Kriegsgefangenen dürfen weder an der Front noch in der Etappe noch innerhalb des besetzten oder eines sonstigen fremden Gebiets militärisch verwendet werden. Kriegsgefangene Angehörige der Marine sollen von jeder Verwendung zu Wasser und zu Lande ausgeschlossen sein, bei der sie mit dem Feinde in tatsächliche Berührung kommen könnten.

Die Zivilpersonen dürfen weder im Heeres- noch im Marinedienst noch in der Handelsschiffahrt mit Einschluss der Küstenschiffahrt verwendet werden; auch dürfen sie nicht zum Zivil-Hilfsdienst herangezogen werden.

Artikel 27.

Kriegsgefangene, die heimbefördert oder in einem neutralen Lande interniert werden, sowie Zivilpersonen, die heimbefördert werden, dürfen ihr persönliches Eigentum unter folgenden Einschränkungen mit sich nehmen:

a) Alle die Ausfuhr regelnden Bestimmungen müssen innegehalten werden.

b) Die Mitnahme von Schriftstücken oder Drucksachen kann nur gestattet werden, wenn die Umstände eine Prüfung durch die Zensur möglich machen. Dies bezieht sich nicht auf Bescheinigungen über Geburt, Taufe, Ehe und Militärverhältnisse sowie auf andere amtliche Personalpapiere.

c) Das Gesamtgewicht des mitzunehmenden Gepäcks soll ausser dem Handgepäck 90 deutsche (100 englische) Pfund nicht übersteigen. Ein Ausgleich zwischen dem Mehr- und Mindergewicht des Gepäcks verschiedener Personen innerhalb desselben Transports ist zuzulassen.

Über zurückgehaltene Gegenstände ist eine Bescheinigung mitzugeben; auch ist für Sicherstellung dieser Gegenstände Sorge zu tragen.

Die Begrenzung des Gewichts für das Gepäck auf 90 Pfund soll sich nicht auf die von Übersee abzubeförderndem Personen erstrecken; diesen soll vielmehr die Mitnahme von soviel Gepäck, als ohne Schwierigkeiten befördert werden kann, gestattet sein.

II. Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen.

1. Allgemeines.

Artikel 28.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen richtet sich nach den durch die internationalen Vereinbarungen festgelegten Grundsätzen. Insbesondere sind sie vor tätlichen Angriffen und persönlichen Beleidigungen sowie vor öffentlicher Neugier zu schützen und mit Menschlichkeit zu behandeln. Sie dürfen zu keiner Arbeit gezwungen werden, die unmittelbar mit den Kriegsunternehmungen zusammenhängt.

Artikel 29.

Zwangsmittel irgendwelcher Art, um von den Kriegsgefangenen Aussagen über ihr Heer oder ihr Land zu erzwingen, sind streng verboten. Kriegsgefangene, die eine Aussage verweigern, dürfen weder bedroht noch beleidigt noch einer sonstigen Behandlung ausgesetzt werden, die sie in eine ungünstigere Lage gegenüber den übrigen Kriegsgefangenen bringt.

Artikel 30.

Den Kriegsgefangenen darf das in ihrem Besitz befindliche Geld nur auf den Befehl eines Offiziers und nur dann abgenommen werden, wenn eine Möglichkeit vorhanden ist, darüber einen ordnungsmässigen Nachweis zu führen. Das ihnen gehörige Papier- und Silbergeld ihres Heimatstaates darf ihnen nur auf eigenen Wunsch umgewechselt werden. Das abgenommene Geld ist jedem Kriegsgefangenen gutzuschreiben; hierüber ist ihm eine Bescheinigung auszuhändigen. Wertgegenstände, wie Ringe, Uhren, Zigarren- und Zigarettentaschen usw. sowie Rangabzeichen und Auszeichnungen dürfen den Kriegsgefangenen nicht abgenommen werden.

Die Abnahme von Personalpapieren der Kriegsgefangenen ist streng untersagt. Der Nehmestaat ist berechtigt, von solchen Papieren Abschrift zu nehmen.

Artikel 31.

Beide Regierungen werden den militärischen Stellen Weisungen erteilen, allen Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Artikel 29, 30 aufs schärfste entgegenzutreten.

Artikel 32.

Die tägliche Arbeitsdauer darf für Kriegsgefangene die der Zivilarbeiter des betreffenden Bezirkes nicht überschreiten und grundsätzlich nicht mehr als täglich 10 Stunden betragen. Die auf den Weg zu und von der Arbeitsstelle verwendete Zeit ist einzurechnen, wenn die Arbeitsstelle weiter als 1 Kilometer von dem Unterkunftsort des Kriegsgefangenen entfernt ist.

Für die Einnahme des Mittagessens ist eine 1 stündige Pause zu gewähren, die nicht in die Arbeitszeit eingerechnet wird.

Den arbeitenden Kriegsgefangenen ist grundsätzlich ein Ruhetag wöchentlich, und zwar möglichst am Sonntag, zu gewähren.

Trifft den Kriegsgefangenen bei der Arbeit ein Unfall, so ist ihm bei seiner Entlassung vom Nehmestaat ein Ausweis über die Art des Unfalls auszustellen.

Artikel 33.

In Bergwerken und Steinbrüchen dürfen Kriegsgefangene nicht beschäftigt werden, die dafür nach ihrer Körperbeschaffenheit und nach ihrem früheren Berufe nicht geeignet sind.

Vor der Beschäftigung in Bergwerken und Steinbrüchen sowie allmonatlich während einer solchen hat eine ärztliche Untersuchung stattzufinden.

Falls der untersuchende Arzt es für erforderlich hält, soll der betreffende Kriegsgefangene zu einer anderen, nicht schwereren Arbeit verwendet werden.

Kriegsgefangene, die in Bergwerken und Steinbrüchen arbeiten, sollen hinsichtlich der Beschäftigungsdauer den freien Arbeitern derselben Betriebstätigkeit gleichgestellt sein. Auch sollen ihnen, falls den freien Arbeitern erhöhte Verpflegungssätze zugebilligt werden, diese gleichfalls zustehen.

2. Schutz nach der Gefangennahme.

Artikel 34.

Nach der Gefangennahme sind die Kriegsgefangenen sobald als möglich in Sammellager, die mindestens 30 km von der Feuerlinie entfernt sein müssen, zurückzuführen. Beide Regierungen werden den militärischen Stellen Weisungen erteilen, allen Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmung aufs schärfste entgegenzutreten.

3. Im Operationsgebiet zurückbleibende Kriegsgefangene.

Artikel 35.

Im Operations- oder Etappengebiet dürfen ausser den Kriegsgefangenen, die infolge von Verwundung oder Krankheit nicht in die Lazarette ausserhalb des Operationsgebiets überführt werden können, nur arbeitsfähige Kriegsgefangene zurückgehalten werden.

Alle übrigen Kriegsgefangenen sind so bald als möglich aus dem Operationsgebiet zu entfernen.

Artikel 36.

Die Kriegsgefangenen sind im Operations- oder Etappengebiet ebenso zu behandeln, wie die Kriegsgefangenen im Heimatgebiet.

Besondere Aufmerksamkeit ist der genauen Durchführung der Bestimmungen dieser Vereinbarung über die Ernährung und Bekleidung zuzuwenden.

Artikel 37.

Allen im Operations- oder Etappengebiet zurückbleibenden Kriegsgefangenen ist es zu ermöglichen unter denselben Bedingungen wie die

Kriegsgefangenen im Heimatgebiet Briefe und Karten abzusenden sowie Briefe, Karten, Postanweisungen und Pakete zu empfangen. Es muss ihnen gestattet werden, ihren Angehörigen innerhalb eines Monats nach ihrer Gefangennahme eine genaue Adresse mitzuteilen, unter der die regelmässige und rasche Zustellung ihrer Postsachen erfolgen kann; jede Änderung dieser Adresse dürfen die Kriegsgefangenen unverzüglich ihren Angehörigen mitteilen. Das erforderliche Schreibmaterial soll ihnen zur Verfügung gestellt werden.

Artikel 38.

Die im Operations- oder Etappengebiet zurückbleibenden Kriegsgefangenen dürfen nur in einer Entfernung von mindestens 30 km von der Feuerlinie beschäftigt werden.

Artikel 39.

Jede der beiden Regierungen sichert der anderen wohlwollende Aufnahme von Anträgen auf Besuch der Lager im Operations- und Etappengebiet durch Vertreter der Schutzmacht zu.

4. Nachrichten über die Gefangennahme.

Artikel 40.

Innerhalb eines Monats nach der Gefangennahme ist der Name, der Dienstgrad und das Regiment jedes Kriegsgefangenen der zuständigen Stelle des Nehmestaates mitzuteilen, von der diese Angaben so schnell wie möglich an die Regierung des Heimatstaates weiterzuleiten sind.

Jedem Kriegsgefangenen ist es zu ermöglichen, innerhalb einer Woche nach der Gefangennahme an seine Familie eine Karte mit der Nachricht von seiner Gefangennahme und einer Angabe über seinen Gesundheitszustand abzusenden. Das dazu erforderliche Schreibmaterial soll ihm zur Verfügung gestellt werden. Die Karten sind mit der grössten Beschleunigung weiter zu leiten und unterliegen keiner Liegefrist.

§ 22 der Haager Vereinbarung vom 2. Juli 1917 wird aufgehoben.

Artikel 41.

Innerhalb dreier Tage nach Ankunft in einem Gefangenenlager ist jedem Kriegsgefangenen zu ermöglichen, seiner Familie die Adresse, unter der sie ihm Briefe, Postkarten, Postanweisungen und Pakete zukommen lassen kann, auf einer vorgedruckten Karte mitzuteilen; diese Karten unterliegen keiner Liegefrist und werden nicht auf die Höchstzahl der zulässigen Briefe und Karten angerechnet.

Das Gleiche gilt bei Versetzung eines Kriegsgefangenen in ein anderes Lager.

5. Einrichtung und Dienstbetrieb in den Lagern.

Offizierslager.

Artikel 42.

Die Einrichtung und der Dienstbetrieb in den Offiziers-Gefangenenlagern sollen nicht hinter den in der Anlage III angegebenen Mindestforderungen zurückbleiben.

Auf die britischen überseeischen Gebiete und Protektorate sowie die besetzten Gebiete finden die Bestimmungen der Anlage III über Unterkunft und sanitäre Bedingungen insoweit Anwendung, als es den örtlichen und klimatischen Verhältnissen entspricht. In keinem Falle dürfen die Bedingungen weniger günstig sein als die Bestimmungen der Anlage III. In tropischen Gegenden dürfen Wellblech-Baracken zu Unterkunftszwecken nur verwendet werden, wenn sie zum Schutz gegen Sonne und Regen hinreichend mit Holz oder anderem geeigneten Material verschalt sind.

Die Mindestforderungen müssen spätestens zwei Monate nach Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sein, soweit nicht Neubauten oder bauliche Veränderungen erforderlich sind. Hierfür wird eine weitere Frist von 6 Wochen zugelassen.

Artikel 43.

Der rangälteste kriegsgefangene Offizier jedes Lagers hat das Recht, der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht anzuzeigen, ob die Mindestforderungen in dem Lager tatsächlich erfüllt sind. Diese Anzeige kann jeder Zeit nach dem Zeitpunkt erfolgen, zu dem die in dem vorhergehenden Artikel erwähnten Bedingungen erfüllt sein müssen.

Die Anzeige ist dem Lager-Kommandanten einzureichen und von diesem, nötigenfalls mit den ihm angezeigt erscheinenden Bemerkungen versehen, auf dem Dienstwege an den Schutzmacht-Vertreter weiterzuleiten.

Erachtet der Lager-Kommandant die Anzeige des rangältesten Offiziers als unzutreffend, so ist die diplomatische Vertretung der Schutzmacht von der Regierung des Nehmestaates zu ersuchen, unverzüglich einen Vertreter in das Lager zu entsenden. Der Bericht dieses Vertreters ist den Regierungen des Nehmestaates und des Heimatstaates zu übermitteln.

Lager für Unteroffiziere und Mannschaften.

Artikel 44.

Die Einrichtung und der Dienstbetrieb in den Stammlagern für Unteroffiziere und Mannschaften sollen nicht hinter den in der Anlage IV angegebenen Mindestforderungen zurückbleiben.

Auf die britischen überseeischen Gebiete und Protektorate sowie die besetzten Gebiete finden die Bestimmungen der Anlage IV über Unterkunft und sanitäre Bedingungen insoweit Anwendung, als es den örtlichen und klimatischen Verhältnissen entspricht. In keinem Falle dürfen die Bedingungen weniger günstig sein als die Bestimmungen der Anlage IV. In tropischen Gegenden dürfen Wellblechbaracken zu Unterkunftszwecken nur verwendet werden, wenn sie zum Schutze gegen Sonne und Regen hinreichend mit Holz oder anderem geeigneten Material verschalt sind.

Die Mindestforderungen müssen spätestens drei Monate nach Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sein, soweit nicht Neubauten oder bauliche Veränderungen erforderlich werden. Hierfür wird eine weitere Frist von 6 Wochen zugelassen.

Soweit die örtlichen Verhältnisse es irgend gestatten, soll den Mindestforderungen auch in den Arbeitskommandos entsprochen werden.

Die vorstehenden Bestimmungen schliessen nicht aus, dass Unteroffiziere und Mannschaften in der dafür geeigneten Jahreszeit unter Bedingungen, die nach ärztlichem Urteil keinen Nachteil für die Gesundheit bieten, in Zelten untergebracht werden.

6. Ernährung.

Artikel 45.

Die tägliche Nahrung der Kriegsgefangenen muss nach Menge und Beschaffenheit ausreichend sein, insbesondere was Fleisch und Gemüse anlangt. Auf die der Zivilbevölkerungen in der Zuteilung der Lebensmittel ist entsprechende Rücksicht zu nehmen.

Die Selbstbewirtschaftung durch die kriegsgefangenen Offiziere soll möglichst gefördert werden.

Artikel 46.

Die Kriegsgefangenen sollen soweit als möglich rationierte Lebensmittel in gleichem Umfange wie die Zivilbevölkerung erhalten. Die täglichen Ernährungsmengen müssen einem Mindestmass entsprechen von:

2000 Kalorien für Nichtarbeiter,
2500 Kalorien für gewöhnliche Arbeiter,
2850 Kalorien für Schwerarbeiter.

Die tägliche Brotmenge darf in keinem Falle weniger als 250 g betragen; für gewöhnliche Arbeiter müssen 100 g, für Schwerarbeiter 150 g Brot oder andere Zerealien täglich hinzukommen.

Artikel 47.

In den Kriegsgefangenenlagern sollen nach Möglichkeit Verkaufsstellen vorhanden sein, in denen sich die Kriegsgefangenen mit den zur Verfügung stehenden Gegenständen des täglichen Bedarfs zu angemessenen Preisen versehen können.

7. Bestrafung.

Artikel 48.

§ 16 der Haager Vereinbarung vom 2. Juli 1917 wird aufgehoben und durch nachstehendes ersetzt:

Die Dauer der von einem Kriegsgefangenen wegen eines einfachen Fluchtversuchs, auch im Wiederholungsfalle, zu verbüssenden Freiheitsstrafe soll 14 Tage, im Falle eines gemeinsamen Fluchtversuchs 28 Tage nicht übersteigen.

Die Dauer der zu verbüssenden Freiheitsstrafe wegen eines Fluchtversuchs in Verbindung mit anderen strafbaren Handlungen, die zur Durchführung des Fluchtversuchs durch Aneignung oder Beschädigung fremden Eigentums begangen worden sind, soll 2 Monate nicht übersteigen.

Die vorhergehenden Bestimmungen sollen für Fluchtversuche aus einem Arrestlokal oder aus dem Gefängnis in derselben Weise Anwendung finden wie für Fluchtversuche aus den eigentlichen Lagern.

Kriegsgefangene, die nach einem Fluchtversuch wiederergriffen werden, sollen keinerlei unnötigen Härte ausgesetzt sein. Jede Beleidigung oder

Misshandlung solcher Gefangener ist aufs strengste zu bestrafen. Sie sind vor Ausschreitungen jeglicher Art zu schützen. Insbesondere sind die nach einem Fluchtversuch wieder ergriffenen Offiziere ihrem Stande entsprechend zu behandeln.

Artikel 49.

Sammelbestrafungen oder Entziehung von Vergünstigungen wegen ungehörigen Verhaltens einzelner sind verboten.

Artikel 50.

Für die Vollstreckung der Freiheitsstrafen in den Gefangenenlagern gelten die in den Anlagen V, VI enthaltenen Bestimmungen.

8. Hilfsausschüsse.

Artikel 51.

In den Stammlagern und in den Arbeitslagern, die mit mehr als 100 dem gleichen Staate angehörenden Kriegsgefangenen belegt sind, haben die Kriegsgefangenen das Recht, einen Hilfsausschuss frei zu wählen. Die Wahl muss vom Kommandanten bestätigt werden.

In gleicher Weise ist bei jedem Arbeits-Kommando von 10 bis 100 Kriegsgefangenen derselben Nationalität ein Vertrauensmann frei zu wählen. Soweit die Umstände es gestatten, sollen auch bei Arbeits-Kommandos mit weniger als 10 Kriegsgefangenen derselben Nationalität Vertrauensleute zugelassen werden. Die Vertrauensleute vermitteln den Verkehr zwischen den Kriegsgefangenen des Arbeits-Kommandos und dem Hilfsausschuss des Stammlagers.

Artikel 52.

Die Hilfsausschüsse und die Vertrauensleute übernehmen den Empfang und die Verteilung der Sammelsendungen (Brot, andere Lebensmittel, Kleidungsstücke, Wäsche, Bücher usw.) sowie der Einzelpakete, für die ein persönlicher Empfänger nicht zu ermitteln ist.

Die Vertrauensleute dürfen mit den Hilfsausschüssen und diese mit den Hilfsvereinen oder Einzelpersonen, von denen die Liebesgaben-Sendungen ausgehen, ungehindert brieflich verkehren, sofern dieser Schriftwechsel sich ausschliesslich auf Mitteilungen über Sammelsendungen und Einzelpakete beschränkt.

Der Hilfsausschuss eines Stammlagers darf mit den Hilfsausschüssen und Vertrauensleuten der von diesem Stammlager abhängenden Arbeitslager und Arbeits-Kommandos wegen Aufstellung und Weiterleitung der in den Artikeln 16, 18 vorgesehenen Listen brieflich verkehren. Solche schriftliche Mitteilungen sind nicht auf die zulässige Höchtzahl anzurechnen.

Die Hilfsausschüsse sollen unter Aufsicht der Lager-Kommandanten besondere Listen derjenigen Kriegsgefangenen aufstellen, die seit wenigstens 3 Monaten keine Nachrichten von ihren Angehörigen haben. Diese Listen sollen die Namen der Gefangenen, die Adressen der Familien und kurze

in Telegrammstil abgefasste Mitteilungen oder Anfragen im Umfang von höchstens 20 Worten enthalten. Soweit es sich um deutsche Kriegsgefangene in englischer Gewalt handelt, sind diese Listen dem Prisoners of War Information Bureau 49 Wellington Street, London W. C., und, soweit es sich um englische Kriegsgefangene in deutscher Gewalt handelt, dem Roten Kreuz, Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene in Frankfurt a. Main, zu übersenden. Diese Stellen werden für möglichst rasche Übermittelung der Antworten der Familien Sorge tragen.

Artikel 53.

Medizinen, Verbandzeug und Stärkungsmittel für ärztliche Zwecke, die in Sammelsendungen von einer dazu ermächtigten Stelle an die Hilfsausschüsse der Lager gesandt werden, sind zuzulassen. Die Verteilung dieser Gegenstände unter die Kriegsgefangenen in den Stammlagern und den dazu gehörigen Arbeits-Kommandos soll durch die Hilfsausschüsse dieses Lagers unter Aufsicht des Lagerarztes erfolgen.

9. Verkehr mit der Schutzmacht.

Artikel 54.

Den Kriegsgefangenen soll es frei stehen, bei der diplomatischen Vertretung der mit der Wahrnehmung ihrer Interessen betrauten Macht Wünsche oder Beschwerden über die Behandlung oder die Verhältnisse in den Lagern oder über Angelegenheiten von rein persönlichem Interesse schriftlich oder gegenüber einem Beauftragten der Vertretung mündlich vorzubringen.

Schriftliche Eingaben sind im Stammlager dem Hilfsausschuss, bei einem Arbeits-Kommando dem Vertrauensmann des Kommandos zur Übermittelung an den Hilfsausschuss des Stammlagers vorzulegen. Der Hilfsausschuss kann die Eingaben zurückhalten, wenn er sie für zwecklos oder unbegründet erachtet; andernfalls hat er sie dem Lager-Kommandanten zu übergeben, der sie unverzüglich auf dem Dienstweg der Vertretung der Schutzmacht übermittelt.

Die militärischen Stellen dürfen Eingaben solcher Art nur dann zurückhalten, wenn diese wissentlich unrichtige Angaben enthalten oder in unangemessenem Tone abgefasst sind. Die Entscheidung über die Zurückhaltung steht ausschliesslich dem Kriegsministerium, bei Kriegsgefangenen über See dem Höchstkommandierenden zu; von der Zurückhaltung eines Briefes ist dem Absender und der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht unter Angabe der Gründe Mitteilung zu machen. Die zuständigen militärischen Stellen werden die Eingaben bei der Weitergabe mit ihren Bemerkungen versehen, um die Vertretung der Schutzmacht von vornherein zur Beurteilung der darin enthaltenen Mitteilungen in den Stand zu setzen.

Bis auf weiteres werden die an die Vertretung der Schutzmacht gerichteten Eingaben nicht auf die Zahl der zugelassenen Briefe und Karten angerechnet. In keinem Falle dürfen die von Kriegsgefangenen an den Lager-Kommandanten gerichteten und nur für diesen bestimmten schriftlichen Eingaben auf die Zahl der zulässigen Briefe und Postkarten angerechnet werden.

10. Pakete und Postverkehr.

Artikel 55.

Einzelpakete an Kriegsgefangene sind möglichst schnell dem Empfänger zuzuleiten und dürfen von den Lager-Kommandanten und Kommando-Führern nicht zurückgehalten werden. Die Sendungen unterliegen einer Prüfung, die so rücksichtsvoll als möglich in Gegenwart der Empfänger oder eines Vertrauensmannes vorzunehmen ist. Konserven dürfen zum Zweck der Prüfung erst unmittelbar vor dem Verbrauch geöffnet werden und sind dem Empfänger in einer Form auszuhändigen, die ihre Geniessbarkeit nicht beeinträchtigt.

Die Aushändigung der Sendungen erfolgt entweder sofort oder, wenn die Kriegsgefangenen dies vorziehen, erst auf deren Verlangen.

Jeder Empfänger eines Paketes darf dem Absender den Eingang auf einer vorgedruckten Postkarte bestätigen, die lediglich eine Empfangsbescheinigung und die Bezeichnung des Inhalts enthalten darf. Diese Postkarte wird nicht auf die Höchstzahl der zugelassenen Briefe und Postkarten angerechnet.

Sendungen von Büchern und Broschüren sind vorbehaltlich der Prüfung gestattet. Die Bücher dürfen gebunden sein.

Pakete für Kriegsgefangene können auf den Schiffen mitgenommen werden, die der Beförderung der Kriegsgefangenen zwischen Grossbritannien und den Niederlanden dienen.

Artikel 56.

Einzelpakete an bestimmte Empfänger dürfen in Sammelsendungen gehen, vorausgesetzt, dass diese nach der Art der Verpackung ohne Schwierigkeiten zu Schiff und mit der Eisenbahn befördert werden können.

Einzelpakete ohne bestimmten Empfänger dürfen gleichfalls in Sammelsendungen gehen, die an die Hilfsausschüsse der Stammlager zu richten sind. Die Hilfsausschüsse werden die Pakete an die Hilfsausschüsse und Vertrauensleute in den zu dem Stammlager gehörigen Arbeits-Kommandos verteilen. Solche Sendungen müssen deutlich erkennbar folgende Aufschrift tragen:

Zur Verteilung an Kriegsgefangene, die keine Pakete erhalten.

Artikel 57.

Auf möglichste Beschleunigung des Postverkehrs der Kriegsgefangenen ist Bedacht zu nehmen.

11. Bekanntgabe der Vereinbarungen.

Artikel 58.

Die Bestimmungen der Artikel 28—57 und der Anlagen III—VI sowie die künftig zwischen den beiden Regierungen abzuschliessenden Vereinbarungen über die Behandlung der Kriegsgefangenen sind in deren Sprache in allen Lagern und Arbeits-Kommandos an einer allgemein sichtbaren Stelle anzuschlagen.

12. Anwendung der Bestimmungen auf Zivilgefangene.

Artikel 59.

Die Bestimmungen des Artikel 44 und der Anlage IV sowie der Artikel 45—58 sollen auch auf Zivilgefangene Anwendung finden, jedoch

mit den Abweichungen, die durch die Umstände geboten erscheinen. Keinesfalls dürfen diese Abweichungen die Lage der Zivilgefangenen ungünstiger gestalten als die obenerwähnten Bestimmungen.

III. Inkrafttreten der Vereinbarung.

Artikel 60.

Die Vereinbarung unterliegt der Genehmigung der beiden Regierungen. Diese werden von der Erteilung der Genehmigung unverzüglich die Niederländische Regierung in Kenntnis setzen. Sie werden, sobald beide Genehmigungserklärungen bei der Niederländischen Regierung eingegangen sind, von dieser an dem gleichen Tage eine entsprechende Mitteilung erhalten. Die Vereinbarung tritt eine Woche darauf in Kraft.

Beide Regierungen werden die erforderlichen Schritte unternehmen, um sich der Mitwirkung der Niederländischen Regierung zu versichern, soweit eine solche für das Inkrafttreten und die Durchführung der Vereinbarung erforderlich ist.

Geschehen im Haag, in doppelter Ausfertigung, den vierzehnten Juli neunzehnhundert achtzehn.

Gezeichnet unter Vorbehalt.

Die deutschen Delegierten sind der Ansicht, dass die Genehmigung der Vereinbarung durch die Deutsche Regierung von einer befriedigenden Regelung der Lage der Deutschen in China unter Mitwirkung der Britischen Regierung abhängig ist.

Friedrich.
Fürst Hatzfeldt Wildenburg.
Eckardt.
Krauss.
Draudt.

Newton.
H. E. Belfield.
Lt. General.

Schlussprotokoll.

Die unterzeichneten deutschen und britischen Delegierten, die in der Zeit vom 8. Juni bis 14. Juli 1918 im Haag zur Beratung über Kriegsgefangene und Zivilpersonen zusammengekommen sind, haben am heutigen Tage die anliegende Vereinbarung getroffen.

Während der Verhandlungen sind von den Delegierten beiderseits Wünsche und Beschwerden vorgebracht worden, die in den von ihnen überreichten Aufzeichnungen niedergelegt sind. Auf einen Teil dieser Wünsche und Beschwerden beziehen sich die in der Anlage A enthaltenen Abmachungen und Zusagen. Soweit im übrigen die Wünsche und Beschwerden nicht inzwischen ihre Erledigung gefunden haben, sollen sie den beiderseitigen Regierungen zur Prüfung und Berücksichtigung vorgelegt werden.

Der unterzeichnete Königlich Niederländische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, von dem mit Unterstützung des unterzeichneten ausser-

ordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Jonkheer Dr. van Vredenburch die Verhandlungen geleitet worden sind, hat hierzu namens der Niederländischen Regierung die anliegende Erklärung abgegeben.

Beglaubigte Abschrift dieser Verhandlung nebst ihren Anlagen wird von der Niederländischen Regierung den übrigen beiden beteiligten Regierungen mitgeteilt werden.

Geschehen im Haag in doppelter Ausfertigung am vierzehnten Juli neunzehnhundertundachtzehn.

J. Loudon.

Friedrich.
Fürst Hatzfeldt Wildenburg.
Eckardt.
Krauss.
Draudt.

Newton.
H. E. Belfield.
Lt. General.

van Vredenburch.

Anlage A zum Schlussprotokoll vom 14. Juli 1918.

Abmachungen und Zusagen der deutschen und britischen Delegierten während der Beratungen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen im Haag in der Zeit vom 8. Juni bis 14. Juli 1918.

I.

Die Deutsche Regierung wird die britischen Offiziere in den Lagern Holzminden und Klausthal nach anderen Offizierslagern ausserhalb des Bereichs des X. Armeekorps überführen und in der Zukunft keine britischen Offiziere in jenen Lagern unterbringen, wenn die Britische Regierung die deutscherseits vorgebrachten Beschwerden über die Verhältnisse in den Lagern Dyffryn Aled und Kegworth abstellt und Wünschen deutscher Offiziere, von Dyffryn Aled nach anderen Offiziers-Gefangenenlagern verlegt zu werden, entspricht. Die rangältesten Offiziere in den genannten Lagern werden die erfolgte Durchführung schriftlich durch die Schutzmacht ihren Regierungen melden.

Die Räumung von Holzminden und Klausthal sowie die Verbesserungen in den Lagern Dyffryn Aled und Kegworth sollen nach Möglichkeit einen Monat nach dem Zeitpunkt durchgeführt sein, zu dem die Vereinbarung vom 14. Juli 1917 in Kraft tritt.

Unabhängig von der Durchführung obiger Massnahmen werden beide Regierungen unverzüglich die zurzeit in gewissen Lagern bestehenden verschärften Lagerordnungen aufheben.

II.

Die beiden Delegationen werden veranlassen, dass alsbald nach Beendigung der Verhandlungen Offiziere der beiderseitigen Kriegsministerien in das Operationsgebiet an der Westfront entsandt werden. Diese Offiziere werden die Zustände bei den Gefangenen-Kompagnien prüfen und mit den

zuständigen Kommandostellen im Sinne einer Beseitigung aller Misstände und der Verbesserung der Lage der beiderseitigen Kriegsgefangenen persönlich Rücksprache nehmen.

Eingehende, pflichtgemässe Berichte über den Besuch der beiderseitigen Gefangenen-Kompagnien sollen gegenseitig durch die Schutzmacht ausgetauscht werden.

III.

Die deutschen Delegierten haben im Hinblick auf die Zurückhaltung einer Anzahl im britischen Reich geborener Kinder deutscher Eltern die Aufnahme einer Bestimmung in die Vereinbarung für nötig erachtet, wonach minderjährige Kinder heimschaffungsberechtigter Personen, soweit sie bei Inkrafttreten der Vereinbarung vom 14. Juli 1918 nicht militärische Verpflichtungen gegen den Aufenthaltsstaat haben, heimzubefördern sind, wenn der eine Teil der Eltern oder der Vormund es wünscht und nicht von dem andern Elternteil Einspruch dagegen erhoben wird; bei jugendlichen Personen über 15 Jahren wäre ferner Voraussetzung, dass auch die betreffende Person selbst den Wunsch hegt. Die britischen Delegierten haben die Aufnahme einer solchen Bestimmung in die Vereinbarung widersprochen, da die eingangs erwähnten Kinder britische Staatsangehörige seien. Sie haben aber zugesagt, dass der Wunsch der deutschen Delegierten nach Sicherstellung der Abreise dieser Kinder vor Inkrafttreten der Vereinbarung eingehend und sorgfältig geprüft und berücksichtigt werden würde.

Die deutschen Delegierten nahmen hiervon mit dem Bemerken Kenntnis, dass sie eine alsbaldige, befriedigende Regelung der Angelegenheit erwarten.

IV.

Die deutschen Delegierten haben die Ansicht ausgesprochen, dass sich unter den 20 nicht im wehrpflichtigen Alter stehenden deutschen Zivilpersonen, die nach einer früheren Abmachung von britischer Seite zurückgehalten werden dürfen, einige Personen befinden, deren Zurückhaltung durch diese frühere Abmachung nicht gerechtfertigt erscheint, da sie zur Zeit des Abschlusses der betreffenden Abmachung das 55. Lebensjahr überschritten hatten. Es sind dies die auf der englischerseits mitgeteilten Liste der zurückgehaltenen 20 Deutschen unter Nr. 3, 4, 5, 15 und 17 bezeichneten:

Herr Wirtz,
Herr Dr. Mensching,
Herr Dr. Dünschmann,
Herr Smidt,
Herr Goldhagen.

Die deutschen Delegierten haben vorgeschlagen, dass diese Personen nunmehr in die Heimat entlassen oder in einem neutralen Lande interniert oder, wenn gefangen gehalten, wenigstens auf freien Fuss gesetzt und lediglich unter polizeiliche Überwachung gestellt würden. Dasselbe haben sie für die in der englischen Liste unter Nr. 10 und 19 aufgeführten Herrn Köttgen und Herrn von Lüttwitz wegen ihres leidenden Körperzustandes

vorgeschlagen. Dieselbe Anzahl englischer Zivilpersonen, die auf Grund der obenerwähnten Abmachung in Deutschland zurückgehalten werden, würden deutscherseits in gleicher Weise behandelt werden. Die britischen Delegierten vertraten demgegenüber den Standpunkt, dass die Zurückhaltung der eingangs erwähnten Personen zu Recht erfolgt sei, sagten aber zu, dass nach ihrer Rückkehr nach England die deutschen Vorschläge den zuständigen Stellen zur Prüfung vorgelegt und zur Berücksichtigung empfohlen werden sollten.

V.

Da eine Verständigung über die Anerkennung der unter den Begriff „Sanitätspersonal" fallenden Personen auf der Konferenz nicht erzielt werden konnte, werden die beiderseitigen Delegationen ihren Regierungen empfehlen, diese Frage durch eine besondere Abmachung zu regeln.

Friedrich. *Newton.*

Le Gouvernement des Pays-Bas se déclare en principe tout disposé à collaborer avec les Gouvernements Allemand et Britannique à la mise en œuvre de l'arrangement intervenu entre les délégués des deux pays en tant que les dispositions de cet acte le prévoient. Des considérations d'ordre constitutionnel pourraient demander que les points qui réclament spécialement la collaboration des Pays-Bas soient consignés dans des arrangements à conclure avec chacun des Gouvernements précités.

En vue des difficultés croissantes relatives à la situation économique des Pays-Bas le Gouvernement de la Reine, heureux de pouvoir offrir l'hospitalité à des prisonniers de guerre mais tenant compte en même temps des préoccupations du public néerlandais, doit se réserver de faire dépendre sa collaboration définitive du règlement de certaines questions d'ordre économique et financier, en particulier sur le point de l'utilisation éventuelle des navires mentionnés dans l'annexe I sous le numéro 3, pour le transport aux Pays-Bas des marchandises nécessaires à l'approvisionnement du pays.

Le Ministre des Affaires Etrangères,
J. Loudon.

La Haye, le 14 juillet 1918.

7.

ALLEMAGNE, ETATS-UNIS D'AMERIQUE.

Arrangement concernant les prisonniers de guerre, le personnel sanitaire et les civils internés; signé à Berne, le 11 novembre 1918.*)

*Publication officielle.***)

V. Kriegsgefangene.

I. Entlassung der Kriegsgefangenen in die Heimat und Internierung der Kriegsgefangenen in einem neutralen Lande.

1. Gesunde Kriegsgefangene.

Artikel 1.

Gesunde Kriegsgefangene, die sich ein Jahr in Kriegsgefangenschaft befinden, werden vorbehaltlich der Bestimmungen in den Artikeln 2, 3 und Artikel 16 Kopf um Kopf und Grad um Grad in die Heimat entlassen.

Das gleiche gilt von Kriegsgefangenen, die auf Grund ihres Gesundheitszustandes in einem neutralen Lande interniert worden und dort nach dem Urteil der zuständigen neutralen Untersuchungskommission völlig genesen sind, wenn die Gesamtdauer ihrer Kriegsgefangenschaft und Internierung ein Jahr beträgt.

Für die Ausführung der vorstehenden Bestimmungen gelten als zum gleichen Grade gehörig:

a) alle Generale, Flaggoffiziere und Stabsoffiziere;
b) alle übrigen Offiziere;
c) alle Unteroffiziere;
d) alle Mannschaften.

Artikel 2.

Die vor dem 6. April 1917 in den Vereinigten Staaten von Amerika oder in deren Kolonien interniert gewesenen und zur Zeit in amerikanischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Besatzungen deutscher Kriegsschiffe werden, soweit sie nicht auf Grund ihres Gesundheitszustandes Anspruch auf Entlassung in die Heimat haben, unverzüglich nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung Kopf um Kopf und Grad um Grad gegen die gleiche Anzahl amerikanischer Kriegsgefangener in die Heimat entlassen, auch wenn diese

*) En langues allemande et anglaise. Nous ne reproduisons que le texte allemand. Le texte anglais a été imprimé dans le American Journal of International Law. Supplement, Vol. XIII, p. 1.

**) Les Annexes contenant des dispositions de détail n'ont pas été reproduites, à l'exception de l'Annexe VII.

sich noch nicht ein Jahr in Kriegsgefangenschaft befinden. Für die Ausführung dieser Bestimmung gelten als zum gleichen Grade gehörig:

a) alle Offiziere;

b) alle Unteroffiziere und Mannschaften.

Artikel 3.

Kriegsgefangene, die an sich nach Artikel 1 für den Austausch Kopf um Kopf und Grad um Grad in Betracht kommen, aber wegen Ungleichheit der beiderseitigen Gefangenenzahlen noch nicht zur Entlassung in die Heimat gelangen können, sind, wenn sie das vierzigste Lebensjahr vollendet haben, in einem neutralen Lande zu internieren. Sie werden aus diesem in die Heimat entlassen, sobald die auf beiden Seiten vorhandene Zahl von Kriegsgefangenen einen Austausch nach Massgabe des Artikel 1 ermöglicht.

2. Kranke und verwundete Kriegsgefangene.

Artikel 4.

Kriegsgefangene werden ohne Rücksicht auf Grad und Zahl unmittelbar in die Heimat entlassen, wenn sie an Gebrechen oder Krankheiten der in der Anlage 1 unter IA, IIA, III bezeichneten Art leiden.

Artikel 5.

Kriegsgefangene werden ohne Rücksicht auf Grad und Zahl in einem neutralen Lande interniert, wenn sie an Gebrechen oder Krankheiten der in der Anlage 1 unter IB, IIB, III bezeichneten Art leiden.

Artikel 6

Kriegsgefangene, die nicht an Gebrechen oder Krankheiten der in der Anlage 1 bezeichneten Art leiden, können in die Heimat entlassen oder in einem neutralen Lande interniert werden, wenn ihr Gesundheitszustand nach dem Urteil der Reisekommissionen und der Kontrollkommission dies aus anderen Gründen erforderlich erscheinen lässt.

Artikel 7.

Für die Entlassung oder Internierung der Kriegsgefangenen auf Grund ihres Gesundheitszustandes kommt die Ursache des Gebrechens oder der Krankheit nicht in Betracht, es sei denn, dass Selbstverstümmelung vorliegt.

Artikel 8.

Zum Zweck der Feststellung der gemäss Artikel 4 bis 6 wegen Gebrechen oder Krankheiten zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung berechtigten Kriegsgefangenen werden die Gefangenenlager von Ärztekommissionen (sogenannten Reisekommissionen) besucht.

Die Reisekommissionen bestehen aus je einem Arzte eines neutralen Landes und einem Arzte des Nehmestaates; im Falle einer Meinungsverschiedenheit entscheidet der Arzt des neutralen Landes. Die Reisekommissionen können im Gebiete des Nehmestaates ausschliesslich aus

dessen Ärzten gebildet werden, falls der Heimatstaat durch Vermittlung der Schutzmacht einen entsprechenden Antrag stellt.

Auf Ersuchen der Schutzmacht soll es den Ärztekommissionen freistehen, Vorschläge betreffend die ärztliche Versorgung und die gesundheitlichen Verhältnisse der Lager zu machen.

Die Reisekommissionen, deren Zahl nach dem Verhältnis der beiderseitigen Kriegsgefangenenzahlen zu bemessen ist, sollen die Lager alle zwei Monate besichtigen.

Artikel 9.

Den Reisekommissionen müssen alle Kriegsgefangenen vorgestellt werden, die

a) von dem Lagerarzt in einer von ihm aufgestellten Liste,
b) von dem Heimatstaat durch Mitteilung an die Regierung des Nehmestaates,
c) von dem Hilfsausschuss eines Lagers oder
d) von dem Leiter eines von einem Lagerkommando unabhängigen Lazaretts oder von einer sonstigen selbständig über Kriegsgefangene verfügenden Person

zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung in einem neutralen Lande vorgeschlagen sind.

Zur Durchführung der Bestimmung im Abs. 1 unter c soll den Hilfsausschüssen gestattet werden, jeden Monat eine entsprechende Liste aus den im Lager befindlichen oder dazu gehörigen Kriegsgefangenen aufzustellen, die dem Lagerkommandanten zu übergeben ist.

Bei den Vorschlägen zur Untersuchung ist von allen beteiligten Stellen darauf zu achten, dass die in Haft befindlichen Kriegsgefangenen, gleichviel, ob die Haft innerhalb oder ausserhalb des Lagers verbüsst wird, Berücksichtigung finden. Der Lagerkommandant hat eine laufende Liste der in Betracht kommenden Kriegsgefangenen zu führen, von welcher der Hilfsausschuss monatlich Abschrift nehmen soll. Die von den Lagerärzten und den Hilfsausschüssen aufgestellten Listen sollen vom Lagerkommandanten aufbewahrt werden.

Die Listen der vom Heimatstaat namhaft gemachten Kriegsgefangenen werden den Reisekommissionen übergeben.

Artikel 10.

Die Vertreter des Hilfsausschusses bei den Arbeitskommandos haben jeden Monat dem Lagerkommandanten und dem Hilfsausschuss des Stammlagers in doppelter Ausfertigung namentliche Listen sämtlicher diesem Lager unterstehenden Angehörigen des Arbeitskommandos vorzulegen. In diesen Listen ist bei jedem Namen anzugeben, ob der Kriegsgefangene

a) nach Ansicht des Vertrauensmanns durch die Reisekommission zu untersuchen ist,
b) selbst eine Untersuchung wünscht oder
c) eine Untersuchung weder wünscht noch einer solchen bedarf.

Die Listen sind mit möglichster Beschleunigung vorzulegen.

Artikel 11.

Die Reisekommissionen nehmen bei ihrer Ankunft in jedem Lager und vor Beginn der Untersuchungen von den beim Lagerkommandanten befindlichen Listen Kenntnis und vergleichen sie mit den in ihrem Besitz befindlichen Listen.

Sollte ein Kriegsgefangener, der auf einer der Listen verzeichnet ist, vor Ankunft der Reisekommission in ein anderes Lager versetzt worden sein, oder sollte ein Kriegsgefangener sich ausserhalb des Lagers in Haft befinden und eine Untersuchung durch eine Reisekommission bei dem zuständigen Stammlager oder dessen Hilfsausschuss beantragen, so ist dies der Kommission mitzuteilen. Die Kommission hat die Namen einer vom Nehmestaat zu bestimmenden Zentralstelle mitzuteilen, die dafür zu sorgen hat, dass solche Kriegsgefangene unter allen Umständen einer Reisekommission vorgestellt werden.

Artikel 12.

Soweit für die Besuche der Kriegsgefangenen durch Reisekommissionen Gegenden in Betracht kommen, die aus militärischen Gründen gesperrt sind, sollen dafür die den militärischen Erfordernissen entsprechenden Vorkehrungen von den zuständigen militärischen Stellen ohne Verzug getroffen werden. Sind die Besuche aus militärischen Gründen für mehr als 30 Tage nicht angängig, so sind die Kriegsgefangenen zum Zwecke der Vorstellung vor den Reisekommissionen in eine für diese zugängliche Örtlichkeit zu verbringen.

Artikel 13.

Die ablehnenden Entscheidungen der Reisekommissionen sind mit Gründen versehen und mit Angabe der Stelle, die den Kriegsgefangenen zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung vorgeschlagen hat, dem Heimatstaate mitzuteilen.

Artikel 14.

In Fällen, die von den Ärzten des Nehmestaates mit Rücksicht auf die ernste Natur des Gebrechens oder der Krankheit des Kriegsgefangenen als dringend anerkannt sind, soll die Entlassung in die Heimat oder die Internierung in einem neutralen Lande unverzüglich erfolgen, ohne dass auf den Besuch der Reisekommissionen gewartet wird.

Artikel 15.

Die von den Reisekommissionen zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung als geeignet befundenen Kriegsgefangenen sind von einer Kontrollkommission zu untersuchen, deren Entscheidung endgültig ist. Die Kontrollkommission besteht aus drei Ärzten eines neutralen Landes und drei Ärzten des Nehmestaates. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des rangältesten Arztes des neutralen Landes den Ausschlag.

Auf die ablehnenden Entscheidungen der Kontrollkommission findet die Bestimmung des Artikel 13 entsprechende Anwendung.

Die von der Kontrollkommission als entlassungs- oder internierungsberechtigt anerkannten Kriegsgefangenen sind in kürzester Zeit in die Heimat oder in ein neutrales Land zu überführen.

3. Gemeinsame Bestimmungen.

Artikel 16.

Die zur Besatzung von Unterseebooten gehörigen gesunden Personen, die sich mindestens ein Jahr in Kriegsgefangenschaft befunden haben und an sich nach dieser Vereinbarung Anspruch auf Entlassung in die Heimat haben würden, sollen statt dessen in Abweichung von den einschlägigen Bestimmungen dieser Vereinbarung bis zum Friedensschluss in einem neutralen Lande interniert werden. Kranke und verwundete Mitglieder der Besatzung von Unterseebooten sollen in gleicher Weise, wie es in dieser Vereinbarung für sonstige kranke und verwundete Kriegsgefangene vorgesehen ist, in die Heimat entlassen oder interniert werden.

Artikel 17.

Die Reihenfolge der Entlassung oder Internierung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen richtet sich nach den Grundsätzen des Artikel 175.

Artikel 18.

Kriegsgefangene, die gemäss Artikel 1—7 und Artikel 16 Anspruch auf Entlassung in die Heimat oder Internierung in einem neutralen Lande haben, können hierauf verzichten; der Verzicht muss schriftlich erklärt werden.

In Zweifelsfällen kann jede der beiden Regierungen verlangen, dass die Tatsache dieses Verzichts von einem Vertreter der Schutzmacht oder, wenn es sich um Internierte in einem neutralen Lande handelt, von der Regierung dieses Landes bestätigt wird.

Artikel 19.

Die in einem neutralen Lande internierten Kriegsgefangenen dürfen aus diesem in die Heimat nur entlassen werden, wenn sie auf Grund der Bestimmungen

a) der Anlage 1 oder auf Grund
b) der Artikel 1, 3 oder 6 für die Entlassung in die Heimat in Betracht kommen.

Die Namen der hiernach in die Heimat zu entlassenden Kriegsgefangenen sind vor der Entlassung durch die zuständige Behörde des neutralen Landes der Regierung des Nehmestaates mitzuteilen.

Die Entscheidung über die Entlassung von Kriegsgefangenen in die Heimat aus dem neutralen Lande gemäss Abs. 1 wird von neutralen Untersuchungskommissionen getroffen. Die neutrale Regierung soll gebeten werden, alle drei Monate oder, wenn es erforderlich erscheint, innerhalb kürzerer Fristen entsprechende Untersuchungen herbeizuführen.

Artikel 20.

Befinden sich Kriegsgefangene, bei denen die Voraussetzungen für die Entlassung in die Heimat oder für die Internierung in einem neutralen Lande vorliegen, in Strafuntersuchung, so dürfen sie bis zu deren Beendigung und mit der in Abs. 2 vorgesehenen Beschränkung bis zur Strafverbüssung zurückgehalten werden.

Wenn Kriegsgefangene, bei denen die Voraussetzungen für die Entlassung in die Heimat oder für die Internierung in einem neutralen Lande vorliegen, eine gegen sie erkannte Freiheitsstrafe noch nicht angetreten oder noch nicht vollständig verbüsst haben, so können sie bis zur Verbüssung der Strafe, jedoch nicht länger als zwei Monate nach dem Tage, an dem sie sonst entlassen oder interniert worden wären, zurückgehalten werden.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Kriegsgefangene, die über See zu befördern sind, wenn die noch zu verbüssende Strafe nicht mehr als zwei Monate beträgt; diese Kriegsgefangenen sind nicht zurückzuhalten, sondern dem nächsten fälligen Transport anzuschliessen.

In Fällen, in denen Kriegsgefangene auf Grund der Abs. 1, 2 zurückgehalten werden, soll die Regierung des Heimatstaates durch die Regierung des Nehmestaates von dem Grunde der Zurückhaltung und im Falle der Bestrafung von der Höhe der Strafe unter Angabe des etwa bereits verbüssten Teils der Strafe in Kenntnis gesetzt werden.

Die Bestimmungen dieses Artikels lassen diejenigen Fälle unberührt, in denen die Regierung des neutralen Landes es ablehnt, einen wegen einer schweren Straftat verurteilten Kriegsgefangenen zur Internierung aufzunehmen.

Artikel 21.

Kriegsgefangene, die nach dieser Vereinbarung in die Heimat entlassen worden sind, sollen von jedem Dienst in Verbänden ausgeschlossen sein, die zu Wasser, zu Lande oder in der Luft in der Wehrmacht eines der beiden Teile oder ihrer Verbündeten planmässig zum Kampfe gegen den Feind verwendet werden.

Der Heimatstaat wird Fälle von Verstössen gegen die Bestimmung in Abs. 1, die ihm von der zuständigen Schutzmacht zur Kenntnis gebracht werden, einer Untersuchung unterziehen und gegebenenfalls unverzüglich für Abhilfe sorgen.

Artikel 22.

Kriegsgefangene, die in die Heimat entlassen oder in einem neutralen Lande interniert werden, dürfen ihr persönliches Eigentum mit Einschluss des in ihrem Besitz befindlichen oder ihnen aus irgendeinem Grunde zustehenden Geldes unter folgenden Einschränkungen mit sich nehmen:

a) Alle die Ausfuhr regelnden Bestimmungen müssen innegehalten werden. Jedoch dürfen Bekleidungsstücke und Gebrauchsgegenstände, die der Kriegsgefangene bei seiner Gefangennahme besass oder die ihm während der Gefangenschaft für seinen persönlichen

Gebrauch aus dem Ausland zugesandt wurden, unter Berücksichtigung der Ziffer c ausgeführt werden. Das gleiche gilt für die den Kriegsgefangenen nach Artikel 28 Abs. 3 zu belassenden Gegenstände.

b) Die Mitnahme von Schriftstücken oder Drucksachen kann nur gestattet werden, wenn die Umstände eine Prüfung durch die Zensur möglich machen. Diese Beschränkung gilt nicht für Bescheinigungen über Geburt, Taufe, Ehe und Militärverhältnisse sowie für andere amtliche Personalpapiere.

c) Das Gesamtgewicht des mitzunehmenden Gepäcks soll ausser dem Handgepäck 50 kg nicht übersteigen. Ein Ausgleich zwischen dem Mehr- und dem Mindergewicht des Gepäcks verschiedener Personen innerhalb desselben Transports ist zuzulassen. Die Begrenzung des Gewichts für das Gepäck auf 50 kg soll sich nicht auf die von Übersee abzubefördernden Personen erstrecken; diesen soll vielmehr die Mitnahme von soviel Gepäck gestattet sein, als ohne Schwierigkeiten befördert werden kann.

Über zurückgehaltene Gegenstände ist eine Bescheinigung mitzugeben; auch ist für Sicherstellung dieser Gegenstände Sorge zu tragen.

II. Behandlung der Kriegsgefangenen.

1. Allgemeines.

Artikel 23.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen richtet sich nach den durch die internationalen Vereinbarungen festgelegten Grundsätzen. Insbesondere sind die Kriegsgefangenen vor tätlichen Angriffen, Misshandlungen, Grausamkeiten, persönlichen Beleidigungen sowie vor öffentlicher Neugier zu schützen und mit Menschlichkeit zu behandeln. Die mit der Aufsicht über Kriegsgefangene betrauten Stellen sind mit entsprechenden Weisungen zu versehen.

Kriegsgefangene Offiziere sollen mit der ihrem Range zukommenden Rücksichtnahme und Achtung behandelt werden.

Artikel 24.

Kriegsgefangene dürfen nicht wie Strafgefangene behandelt noch gemeinsam mit solchen untergebracht oder zur Arbeit verwendet werden, es sei denn, dass sie wegen strafbarer Handlungen auf Grund eines vorgängigen gerichtlichen Verfahrens verurteilt sind.

Artikel 25.

Zwangsmittel irgendwelcher Art, um von den Kriegsgefangenen Aussagen über Heer, Flotte oder Land des eigenen oder eines mit diesem verbündeten Staates zu erlangen, sind streng verboten. Kriegsgefangene, die eine Aussage verweigern, dürfen weder bedroht, noch beleidigt, noch einer sonstigen Behandlung ausgesetzt werden, die sie in eine ungünstigere Lage gegenüber den übrigen Kriegsgefangenen bringt.

Artikel 26.

Die Unterhaltung der Kriegsgefangenen untereinander ist grundsätzlich gestattet.

Artikel 27.

Kriegsgefangenen sind die zu ihrem persönlichen Gebrauch erforderlichen Kleidungsstücke zu belassen, es sei denn, dass aus gesundheitlichen Gründen Bedenken dagegen bestehen.

Artikel 28.

Den Kriegsgefangenen darf das in ihrem Besitz befindliche Geld nur auf den Befehl eines Offiziers und nur dann abgenommen werden, wenn eine Möglichkeit vorhanden ist, darüber einen ordnungsmässigen Nachweis zu führen. Das ihnen gehörige Papier- und Silbergeld darf ihnen nur auf eigenen Wunsch umgewechselt werden; dabei soll ein Kurs von 1 Mark = 1 Franken oder von 6 Mark = 1 Dollar zugrunde gelegt werden.

Das abgenommene Geld ist jedem Kriegsgefangenen gutzuschreiben; hierüber ist ihm eine Bescheinigung auszuhändigen.

Wertgegenstände, wie Ringe, Uhren, Zigarren- und Zigarettentaschen usw. sowie Rangabzeichen und Auszeichnungen dürfen den Kriegsgefangenen nicht abgenommen werden.

Die Abnahme von Personalpapieren der Kriegsgefangenen ist streng untersagt. Der Nehmestaat ist berechtigt, von solchen Papieren Abschrift zu nehmen; in diesem Falle müssen die Papiere spätestens nach Ablauf von zwei Wochen zurückgegeben werden.

Artikel 29.

Hunde dürfen zu Bewachungszwecken innerhalb der Gefangenenlager oder Arbeitskommandos oder bei Bewegung der Kriegsgefangenen im Freien nur Verwendung finden, wenn sie an der Leine geführt werden oder mit einem Maulkorb versehen sind. Zur Aufspürung entwichener Kriegsgefangener dürfen Hunde ohne Maulkorb unter keinen Umständen verwendet werden.

Artikel 30.

Die Kriegsgefangenen haben den Angehörigen der bewaffneten Macht des Nehmestaates die vorgeschriebenen militärischen Ehrenbezeugungen zu erweisen. Die hierüber erlassenen Vorschriften sind den Kriegsgefangenen in der Sprache ihres Heimatstaates bekanntzugeben und an sichtbarer Stelle anzuschlagen. Für das Unterlassen einer in diesen Vorschriften nicht aufgeführten Ehrenbezeugung dürfen Kriegsgefangene nicht bestraft werden.

Artikel 31.

Die in der Wehrmacht eines der beiden Teile tätigen weiblichen Personen sollen im Falle der Gefangennahme ihrem Geschlecht entsprechend möglichst rücksichtsvoll behandelt und gegen Beleidigungen und ungebührliches Verhalten geschützt werden. Für angemessene Unterbringung ist

Sorge zu tragen: insbesondere sind Badeeinrichtungen und Bedürfnisanstalten zur Verfügung zu stellen, die von den für Männer bestimmten getrennt sein müssen.

2. Schutz nach der Gefangennahme.

Artikel 32.

Nach der Gefangennahme sind die Kriegsgefangenen sobald als möglich in Sammellager, die mindestens 30 Kilometer von der Feuerlinie des Nehmestaates entfernt sein müssen, zurückzuführen. Unter keinen Umständen sollen Kriegsgefangene näher als 30 Kilometer von der Feuerlinie zurückgehalten werden, es sei denn, dass infolge Verwundung oder Krankheit der Kriegsgefangenen der Abtransport grössere Gefahren für sie mit sich bringt als der Verbleib.

Schwerverwundete Kriegsgefangene sind unverzüglich geeigneter ärztlicher Fürsorge zuzuführen und sobald die Umstände es gestatten, einem Lazarett zu überweisen.

Artikel 33.

Kriegsgefangene desselben Heimatstaates sollen nach Möglichkeit in Lagern, Arbeitsstellen und Unterkunftsräumen gemeinsam untergebracht und, soweit es sich nicht um Offiziere handelt, einem Lager zugeteilt werden, in dem sich mindestens 100 Kriegsgefangene ihres Heimatstaates befinden.

Kriegsgefangene Unteroffiziere und Mannschaften sind einem Kriegsgefangenenlager zuzuteilen, in dem sich ein Hilfsausschuss ihres Heimatstaates befindet; von der Zuteilung ist ihnen Nachricht zu geben.

Artikel 34.

Besondere Gefangenenlager für Unteroffiziere sollen nicht errichtet werden.

3. Nachrichten über die Gefangennahme.

Artikel 35.

Innerhalb eines Monats nach der Gefangennahme ist der Name, die Aufschrift der Erkennungsmarke, der Dienstgrad und der Truppen- oder Marineteil jedes Kriegsgefangenen den zuständigen Behörden des Nehmestaates mitzuteilen; diese Angaben sind so schnell als möglich an den Heimatstaat weiterzuleiten.

Artikel 36.

Die beiden Teile werden nach Möglichkeit dafür sorgen, dass Nachrichten über den Verbleib gefangener oder vermisster Kriegsteilnehmer auf telegraphischen Wege durch Vermittlung zugelassener Hilfsgesellschaften an den Heimatstaat gelangen.

Als solche Hilfsgesellschaften werden zunächst vereinbart:

a) für Deutschland:
Frankfurter Rotes Kreuz, Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene, Telegrammadresse: Gefangenenhilfe Frankfurtmain;

b) für die Vereinigten Staaten von Amerika: Das Amerikanische Rote Kreuz in Bern, Schweiz.

Artikel 37.

Den Kriegsgefangenen soll gestattet sein, innerhalb einer Woche nach der Gefangennahme an ihre Familie eine vorgedruckte Postkarte mit der Nachricht von ihrer Gefangennahme und einer Angabe über ihren Gesundheitszustand abzusenden.

Den Kriegsgefangenen soll gestattet sein, innerhalb dreier Tage nach der Zuteilung zu einem Gefangenenlager ihrer Familie auf einer vorgedruckten Postkarte die Adresse mitzuteilen, unter der ihnen Briefe, Postkarten, Postanweisungen und Pakete zugesandt werden können. Das gleiche gilt bei Versetzung eines Kriegsgefangenen in ein anderes Lager.

Die in Abs. 1, 2 erwähnten Benachrichtigungen, zu denen den Kriegsgefangenen das erforderliche Schreibmaterial durch den Nehmestaat zur Verfügung gestellt werden muss, sind mit der grössten Beschleunigung weiterzuleiten und unterliegen keiner Liegefrist; auch sollen sie nicht auf die Höchstzahl der zugelassenen Briefe und Postkarten angerechnet werden.

Bei amerikanischen Kriegsgefangenen sind diese Benachrichtigungen an die Adresse des Amerikanischen Roten Kreuzes in Bern, Schweiz, zu richten.

4. Einrichtung und Dienstbetrieb in den Lagern.

Artikel 38.

Die Unterbringung der Truppen des Nehmestaates soll sowohl in gesundheitlicher wie in sonstiger Beziehung den Masstab für die Unterbringung von Kriegsgefangenen in Gefangenenlagern bilden. Die in der Anlage 2 für Offizierlager, in der Anlage 3 für Lager von Unteroffizieren und Mannschaften aufgestellten Punkte stellen Mindestforderungen dar, hinter denen die Einrichtung und der Dienstbetrieb in den Gefangenenlagern nicht zurückbleiben sollen. Soweit die örtlichen Verhältnisse es irgend gestatten, soll den für die Mannschaftslager geltenden Mindestforderungen auch in den Arbeitskommandos entsprochen werden; in allen Fällen müssen ohne Rücksicht auf örtliche oder sonstige Verhältnisse die in der Anlage 3 aufgestellten Mindestforderungen hinsichtlich Bekleidung, Ausrüstung und Decken erfüllt sein.

Den Kriegsgefangenen soll Schutz gegen die Unbilden des Wetters in gleichem Masse gewährt werden wie den Angehörigen der eigenen Wehrmacht.

Artikel 39.

Die Mindestforderungen müssen spätestens drei Monate nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung erfüllt sein, soweit nicht Neubauten oder bauliche Veränderungen erforderlich sind. Hierfür wird eine weitere Frist von sechs Wochen zugelassen.

Artikel 46.

In Offizierlagern hat der rangälteste kriegsgefangene Offizier, in Mannschaftslagern das rangälteste Mitglied des Hilfsausschusses das Recht, der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht anzuzeigen, ob die Mindest-

forderungen in dem Lager tatsächlich erfüllt sind. Diese Anzeige kann jederzeit nach Ablauf der im Artikel 39 erwähnten Frist erfolgen.

Die Anzeige ist dem Lagerkommandanten einzureichen und von diesem, nötigenfalls mit den ihm geeignet erscheinenden Bemerkungen versehen, auf dem Dienstweg an die diplomatische Vertretung der Schutzmacht weiterzuleiten.

Erachtet der Lagerkommandant die Anzeige als unzutreffend, so ist die diplomatische Vertretung der Schutzmacht von der Regierung des Nehmestaates zu ersuchen, unverzüglich einen Beauftragten in das Lager zu entsenden. Der Bericht des Beauftragten ist den Regierungen des Nehmestaates und des Heimatstaates zu übermitteln.

5. Arbeit.

Artikel 41.

Der Nehmestaat ist befugt, die Kriegsgefangenen, mit Ausnahme der Offiziere, nach ihrem Dienstgrad, ihren Fähigkeiten und ihren Kräften als Arbeiter zu verwenden.

Artikel 42.

Die Kriegsgefangenen dürfen zu keiner Arbeit gezwungen werden, die unmittelbar mit den Kriegsunternehmungen zusammenhängt. Auch dürfen sie nicht durch Einschüchterung, Drohung oder Zwang bewogen werden, den Wunsch zur Übernahme solcher Arbeiten zu äussern.

Beide Teile werden davon absehen, Kriegsgefangene des anderen Teiles zur Arbeit in Bergwerken, Mooren, Munitionsfabriken und zu gefährlichen Arbeiten in Steinbrüchen zu verwenden.

Artikel 43.

Kriegsgefangene dürfen nur in einer Entfernung von mindestens 30 km von der Feuerlinie des Nehmestaates beschäftigt werden.

Artikel 44.

Kriegsgefangene, die nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung zur Arbeit verpflichtet sind, können zu Arbeiten für öffentliche Verwaltungen des Nehmestaates oder für Privatpersonen oder für private Körperschaften herangezogen werden; auch dürfen sie Arbeiten für ihre eigene Rechnung ausführen.

Die Arbeit der Kriegsgefangenen untersteht der Aufsicht des Nehmestaates; insbesondere ist dieser dafür verantwortlich, dass Kriegsgefangene, die für Privatpersonen oder für private Körperschaften arbeiten, den Vorschriften entsprechend untergebracht, ernährt, entlohnt und behandelt werden.

Artikel 45.

Die tägliche Arbeitszeit darf für Kriegsgefangene nicht länger sein, als sie für die Zivilbevölkerung des Bezirks, wo sie verwendet werden,

bei Arbeiten der gleichen Art üblich ist; sie darf jedoch abgesehen von Notfällen nicht mehr als täglich 10 Stunden betragen. Die auf den Weg von und zu der Arbeitsstelle verwendete Zeit ist einzurechnen.

Für die Einnahme des Mittagessens ist eine einstündige Pause zu gewähren, die nicht in die Arbeitszeit eingerechnet wird. Auch ist den Kriegsgefangenen zur Verrichtung ihrer Notdurft die erforderliche Zeit zu lassen.

Artikel 46.

Den arbeitenden Kriegsgefangenen ist „wochentlich" ein 24stündiger Ruhetag und zwar möglichst am Sonntag zu gewähren; machen indes besondere Umstände die Arbeit am Sonntag erforderlich, so muss der Ruhetag alsbald nachgeholt werden. In keinem Falle dürfen zwischen zwei Ruhetagen mehr als neun Arbeitstage liegen; auch darf innerhalb eines Monats nicht öfter als einmal eine Ausdehnung der Arbeitszeit auf neun Tage hintereinander stattfinden.

Artikel 47.

Soweit die Kriegsgefangenen nach der Art ihrer Arbeit besonderen Gefahren oder Gesundheitsschädigungen ausgesetzt sind, sollen besondere Vorbeugungsmassregeln getroffen werden.

Artikel 48.

Die Kriegsgefangenen sind, um einer Schädigung ihrer Gesundheit vorzubeugen, durch den zuständigen Arzt in Klassen einzuteilen, je nachdem sie geeignet sind zu

a) schwerer Arbeit,
b) leichter Arbeit,
c) keiner körperlichen Arbeit,
d) keinerlei Arbeit (wegen Krankheit).

Über die Zugehörigkeit der Kriegsgefangenen zu diesen Arbeitsklassen haben die Lagerbehörden Listen zu führen; diese sind von den zuständigen Ärzten zu beglaubigen. Falls es die Umstände erfordern, wie z. B. bei der Versetzung in ein anderes Lager, ist den Kriegsgefangenen ein Zeugnis mitzugeben, aus dem ersichtlich ist, zu welcher der genannten Arbeitsklassen sie gehören.

Artikel 49.

Die nachstehenden Kriegsgefangenen sind von jeder zwangsweisen Heranziehung zu Arbeiten befreit:

a) die deutschen Offizier- und Beamtenstellvertreter, sowie Fähnriche des Heeres und der Marine, die Deckoffiziere, Vizedeckoffiziere und Hilfsdeckoffiziere der deutschen Marine,
b) die aviation cadets, officer candidates, field clerks und andere appointed officers des Heeres und der Marine der Vereinigten Staaten von Amerika.

Artikel 50.

Die deutschen Unteroffiziere und Offiziersanwärter sowie die amerikanischen non-commissioned officers und naval petty officers, die nicht zu den in Artikel 49 bezeichneten Klassen gehören, sind gleichfalls von jeder zwangsweisen Heranziehung zu Arbeiten befreit; sie können jedoch herangezogen werden:

a) zur Überwachung der Kriegsgefangenen ihrer eigenen Streitkräfte bei der Arbeit;
b) zur Buchung und Verteilung der Postsachen und Pakete;
c) zu Büroarbeiten;
d) zu Arbeiten, die für die Versorgung des Lagers oder der Kriegsgefangenen unbedingt notwendig sind (z. B. Gartenarbeit, Küchendienst), soweit diese Arbeiten mit der Würde ihres Dienstgrades vereinbar sind und ausschliesslich innerhalb der Umzäunung des Lagers ausgeführt werden.

In keinem Falle jedoch dürfen Unteroffiziere zu niedrigen und schmutzigen Diensten und Arbeiten, wie zum Laden und zur Beförderung von Kohlen oder zur Reinigung von Strassen und Latrinen verwendet werden.

Artikel 51.

Den Kriegsgefangenen steht für Arbeiten, die sie zu ihrem eigenen Nutzen oder im Zusammenhang mit der Instandhaltung und Verwaltung ihres Lagers, ihrer Unterkunftsräume oder ihrer Arbeitsstätte verrichten, eine Vergütung nicht zu. Bei anderen Arbeiten für den Nehmestaat erhalten die Kriegsgefangenen eine tägliche Löhnung von mindestens 50 Pfennig oder $12^1/_2$ Cents, und nicht mehr als 2 Mark oder 50 Cents.

Für Arbeiten, die in industriellen Betrieben für Privatpersonen oder für private Interessen ausgeführt werden, erhalten die Kriegsgefangenen einen Lohn nach denselben Sätzen wie freie Arbeiter am gleichen Orte. Von dem auf diese Weise verdienten Lohn soll ein Betrag von 1 bis 2 Mark oder von 25 bis 50 Cents dem Kriegsgefangenen, der Rest dem Nehmestaat gutgeschrieben werden. Die in privaten Betrieben der Landwirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen sollen eine tägliche Löhnung von 50 Pfennigen oder $12^1/_2$ Cents erhalten, die ohne jeden Abzug den Kriegsgefangenen zugute kommen.

Von dem reinen Arbeitsverdienst der Kriegsgefangenen dürfen keine Abzüge für den Unterhalt gemacht werden; der Verdienst ist vielmehr im vollen Betrage dem einzelnen Kriegsgefangenen gutzuschreiben, der darüber für seinen eigenen Bedarf zum Ankauf der durch die Lagerbestimmungen zugelassenen Gegenstände verfügen darf.

Die Reinguthaben der Kriegsgefangenen sind diesem im Falle ihrer Entlassung in die Heimat oder ihrer Internierung in einem neutralen Lande bei ihrer Abbeförderung auszuzahlen; im Falle des Todes sollen derartige Guthaben der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht zu Gunsten der gesetzlichen Rechtsnachfolger des verstorbenen Kriegsgefangenen übermittelt werden.

6. Ernährung.

Artikel 52.

Die den Kriegsgefangenen vom Nehmestaat zu liefernden Lebensmittel müssen nach Menge und Beschaffenheit, insbesondere was Fleisch und Gemüse anlangt, ausreichend sein, um einer wesentlichen Verminderung der körperlichen Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Kriegsgefangenen vorzubeugen. Im allgemeinen soll die Ernährung der Kriegsgefangenen hinsichtlich der Menge, der Beschaffenheit und des Nährwerts derjenigen der kasernierten Truppen des Nehmestaates entsprechen.

Die täglichen Ernährungsmengen dürfen nicht heruntergehen unter ein Mindestmass von:

2000 Kalorien für Nichtarbeiter,
2500 „ „ gewöhnliche Arbeiter,
2850 „ „ Schwerarbeier.

Die tägliche Brotmenge darf in keinem Falle weniger als 250 Gramm betragen und ist für gewöhnliche Arbeiter um 100 Gramm, für Schwerarbeiter um 150 Gramm Brot oder andere Cerealien zu erhöhen. Ausserdem soll die jedem Kriegsgefangenen gelieferte tägliche Menge an frischem Gemüse, frischem Fleisch und tierischen Fetten nicht geringer sein als sie den Bewachungsmannschaften des gleichen Lagers oder Unterkunftsorts gewährt wird. Die gesamte Nahrung muss gesund und bekömmlich sein und in reinlicher Weise zubereitet werden.

Für jeden Kriegsgefangenen muss zu Trinkzwecken täglich eine genügende Menge guten Trinkwassers, und zwar mindestens 3 Liter auf den Tag und den Kopf zur Verfügung stehen.

Artikel 53.

Die Selbstbewirtschaftung durch die kriegsgefangenen Offiziere soll gestattet und möglichst gefördert werden; insbesondere sollen ihnen die vom Nehmestaat gelieferten Nahrungsmittel auf ihren Wunsch in unzubereitetem Zustand zur Verfügung gestellt werden.

Den Kriegsgefangenen steht es frei, die ihnen in Paketen zugehenden Nahrungsmittel als Zusatznahrung bei der Zubereitung der Kost gemeinschaftlich zu verwenden. Die hierzu erforderlichen Verfügungen trifft im Benehmen mit dem Lagerkommandanten in Offizierlagern ein von den Offizieren zu wählender Ausschuss, in Mannschaftslagern der Hilfsausschuss.

Artikel 54.

Speisezettel, aus denen das Gewicht der auf den Kopf vorgesehenen täglichen Menge der einzelnen Lebensmittel hervorgeht, sind täglich anzuschlagen und müssen jederzeit für den Beauftragten der Schutzmacht zur Verfügung stehen.

Artikel 55.

Den Kriegsgefangenen soll die Möglichkeit gegeben werden, jederzeit heisses Wasser zu angemessenen Preisen zu erhalten; der Preis darf 5 Pfennig oder 5 Centimes für 2 Liter nicht überschreiten.

Artikel 56.

Im Falle von Beschwerden der Kriegsgefangenen über ihre Ernährung sollen die Mitglieder der Hilfsausschüsse gehört werden.

Artikel 57.

In Lagern, in denen sich Kriegsgefangene verschiedener Staatsangehörigkeit befinden, soll der Kommandant nach Möglichkeit zulassen, dass das Essen durch Köche ihres Heimatstaates zubereitet wird.

Den Lagerköchen ist zu gestatten, bei der Zubereitung der Nahrung den Geschmack der Kriegsgefangenen zu berücksichtigen.

Artikel 58.

Für die Zubereitung des Inhalts von Paketen ist den Kriegsgefangenen von dem Nehmestaat nötigenfalls besondere Kochgelegenheit und Feuerungsmaterial zur Verfügung zu stellen. Mitgliedern der Hilfsausschüsse ist zu den Küchen Zutritt zu gewähren.

Artikel 59.

In allen Kriegsgefangenenlagern sollen Verkaufsstellen vorhanden sein, in denen sich die Kriegsgefangenen mit den zur Verfügung stehenden Lebensmitteln und üblichen Gebrauchsgegenständen zu angemessenen Preisen versehen können. Bei der Verwaltung der Kantinen sind die Hilfsausschüsse heranzuziehen. Ein Preisverzeichnis der zum Verkauf ausliegenden Gegenstände soll in der Sprache der Kriegsgefangenen an sichtbarer Stelle angeschlagen sein. Die erzielten Gewinne dürfen nur zu Gunsten der Kriegsgefangenen verwendet werden.

7. Spaziergänge.

Artikel 60.

Für die Offiziere sowie für die nicht auf Aussenarbeit beschäftigten Unteroffiziere und Mannschaften sind wöchentliche Spaziergänge ausserhalb der Lager unter militärischer Aufsicht von mindestens zweistündiger Dauer einzurichten. Die Spaziergänge haben sich, falls die Kriegsgefangenen es wünschen und die örtlichen Verhältnisse es zulassen, so weit zu erstrecken, dass das Ziel mindestens vier Kilometer vom Lager entfernt ist.

Die kriegsgefangenen Offiziere haben sich zu diesem Zwecke ehrenwörtlich zu verpflichten, während der Spaziergänge keinen Fluchtversuch zu machen oder einzuleiten, auch während dieser Zeit keine Handlungen zu begehen, die gegen die Sicherheit des Nehmestaates, oder gegen dessen Verbündete gerichtet sind. Das Ehrenwort ist nur für die Dauer des Spaziergangs bindend, für den es gegeben ist. Im Falle der Abgabe des Ehrenworts bleibt die militärische Aufsicht auf eine Leitung der Spaziergänge beschränkt.

8. Geistige Beschäftigung und Seelsorge.

Artikel 61.

Den Kriegsgefangenen soll nach Möglichkeit Gelegenheit zu geistiger Beschäftigung und Fortbildung gegeben werden. Zu diesem Zwecke wird folgendes vereinbart:

a) In jedem Stammlager und tunlichst auch in den Arbeitslagern ist ein Lese- und Arbeitsraum einzurichten und für die Kriegsgefangenen offen zu halten; diese Räume müssen hinreichend beleuchtet und geheizt sein.

b) Den hierzu befähigten Kriegsgefangenen ist die Abhaltung von Lehrkursen und Vorträgen zu gestatten, die derart zu legen sind, dass dadurch die Arbeit der Kriegsgefangenen nicht beeinträchtigt wird.

c) Die Errichtung von Lagerbüchereien ist in jeder Weise zu fördern. Auch ist den Kriegsgefangenen der Bezug von Zeitungen des Nehmestaates oder eines mit diesem verbündeten Staates nach Wahl des Nehmestaates gestattet. Den in den Arbeitslagern befindlichen Kriegsgefangenen ist die Benutzung der Büchereien der Stammlager zu ermöglichen. Der Austausch der Bücher zwischen den verschiedenen Stammlagern soll durch Vermittlung der militärischen Behörden erfolgen. Lehr- und Wörterbücher sind zuzulassen, gebundene Bücher gestattet.

d) Die mit der Abhaltung von Lehrkursen oder Vorträgen und der Verwaltung von Büchereien beauftragten Kriegsgefangenen sind von der Lagerarbeit zu befreien und nur in Fällen dringender Notwendigkeit in ein anderes Lager zu versetzen.

e) Den Teilnehmern an Lehrkursen ist deren Beendigung tunlichst zu ermöglichen.

f) Den Kriegsgefangenen soll Gelegenheit zu musikalischen und theatralischen Veranstaltungen und ähnlichen Zerstreuungen gegeben werden.

Artikel 62.

Den Kriegsgefangenen ist jede Freiheit in der Ausübung eines ihrem Bekenntnis entsprechenden Gottesdienstes zu gewähren.

Geistlichen, die gemäss Artikel 140 Anspruch auf Entlassung in die Heimat haben, ist bis zu ihrer Abbeförderung die Ausübung seelsorgerischer Tätigkeit unter den Kriegsgefangenen zu gestatten; das gleiche gilt von Kriegsgefangenen, die Angehörige des geistlichen Standes sind; diese sind von jeder Arbeit insoweit zu befreien, als es die Ausübung ihrer geistlichen Tätigkeit erfordert.

9. Ärztliche Behandlung.

Artikel 63.

Den Kriegsgefangenen soll in Krankheitsfällen dieselbe ärztliche und zahnärztliche Behandlung und Pflege sowie dieselbe Krankenkost zuteil

werden, wie den im gleichen Grade stehenden erkrankten Angehörigen der eigenen Wehrmacht.

In Ermangelung von Militärärzten sind geeignete Zivilärzte heranzuziehen.

Kriegsgefangene Zahnärzte sollen, soweit sie nicht als Sanitätspersonen ausgetauscht sind, nach Möglichkeit verwendet werden.

In keinem Falle dürfen von Kriegsgefangenen für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung mit Einschluss der erforderlichen Arznei- und Betäubungsmittel Kosten erhoben werden.

Artikel 64.

Den Kriegsgefangenen ist in gleichem Umfange wie den Angehörigen des Nehmestaates Schutz gegen Erkrankung zu gewähren; insbesondere sollen sie gegen Krankheiten geschützt werden, die durch die Atmungs- und Ernährungsorgane, durch Insekten, durch körperliche Berührung, durch Vergiftungen usw. erregt und übertragen werden.

Artikel 65.

Künstliche Glieder, Stöcke und Krücken, Zahnersatz, sowie alle sonstigen für das Wohlbefinden der Kriegsgefangenen erforderlichen chirurgischen und medizinischen Hilfsmittel sind vom Nehmestaat gegen Ersatz der Kosten durch den Heimatstaat der Kriegsgefangenen zu liefern. Die den Kriegsgefangenen durch die diplomatische Vertretung der Schutzmacht darüber hinaus übermittelten ärztlichen Hilfsmittel dürfen ihnen von dem Nehmestaat nicht vorenthalten werden.

Artikel 66.

Die zur Behandlung kranker und verwundeter Kriegsgefangener erforderlichen ärztlichen Hilfsmittel, Arzneien und Stärkungsmittel, die von dem Nehmestaat nicht geliefert werden können, dürfen nach entsprechender Anmeldung des Bedarfs bei der Schutzmacht von dem Heimatstaat den Hilfsausschüssen der Lager zugesandt werden, in denen sie erforderlich sind. Der Nehmestaat hat für schnelle Beförderung und Aushändigung dieser Sendungen Sorge zu tragen.

Das gleiche gilt von Gegenständen der bezeichneten Art, deren Einführung von den Reisekommissionen oder von einem Beauftragten der Schutzmacht empfohlen wird. Die Verteilung dieser Gegenstände unter die Kriegsgefangenen in den Stammlagern und in den dazu gehörigen Arbeitskommandos soll durch die Hilfsausschüsse dieses Lagers unter Aufsicht des Lagerarztes erfolgen.

Artikel 67.

In allen Kriegsgefangenenlagern soll täglich zu bestimmten Zeiten in Gegenwart eines Arztes Revierkrankendienst stattfinden, bei dem die Kriegsgefangenen die Hilfe des Arztes in Anspruch nehmen können.

Artikel 68.

Den Lagerärzten sollen zu ihrer Unterstützung kriegsgefangene Unteroffiziere oder Mannschaften beigegeben werden, und zwar in jedem Lager

auf je 100 Kriegsgefangene ein Mann, mindestens jedoch zwei Mann. Diese Kriegsgefangenen dürfen zu anderen Arbeiten nicht herangezogen werden.

Artikel 69.

In den Lazaretten soll die Ausgabe von Briefschaften und Paketen ohne Verzug erfolgen; die Verwendung des Inhalts der Pakete untersteht ärztlicher Aufsicht.

10. Bestrafung.

Artikel 70.

Die Kriegsgefangenen unterstehen den Gesetzen, Vorschriften und Befehlen, die in der Wehrmacht des Staates gelten, in dessen Gewalt sie sich befinden; auf die in dieser Vereinbarung enthaltenen anderweitigen Bestimmungen ist Bedacht zu nehmen.

Artikel 71.

Alle Gerichtsverfahren gegen Kriegsgefangene, gleichviel, ob sie vor einem bürgerlichen oder einem Militärgericht anhängig sind, sollen soweit beschleunigt werden, als es nach den gesetzlichen Erfordernissen und der Lage des Einzelfalls möglich erscheint.

Artikel 72.

Von den Militärbehörden und Militärgerichten werden andere als in den Gesetzen des Nehmestaates für die Angehörigen der eigenen Streitkräfte vorgesehene Strafen nicht verhängt werden.

Artikel 73.

Für Arbeitsverweigerungen und andere Verstösse gegen die Disziplin kann je nach Lage des Falles eine angemessene Strafe von einem Militärgericht oder vom Lagerkommandanten verhängt werden, doch soll die Strafe in keinem Fall nach Art oder Mass härter sein, als es die Gesetze des Nehmestaates für ein Vergehen der gleichen Art bei einem Angehörigen der Streitkräfte des Nehmestaates zulassen.

Artikel 74.

Lagerbehörden und andere Militärbehörden, mit Ausnahme der gesetzlich vorgesehenen Miltärgerichte, können für Vergehen gegen die Disziplin nur folgende Massnahmen verfügen:

a) gegen Offiziere: Entziehung von Vergünstigungen, Einbehaltung der Bezüge, Verweis, Stubenarrest.

b) gegen Unteroffiziere und Mannschaften: Entziehung von Vergünstigungen, Einbehaltung des Arbeitsverdienstes, Auferlegung gewisser Dienstverrichtungen ausser der Reihe, Arrest.

Die von den Bezügen der Offiziere und von dem Arbeitsverdienst der Unteroffiziere und Mannschaften einbehaltenen Beträge werden den Berechtigten gutgeschrieben und ihnen bei Beendigung der Gefangenschaft aus-

gehändigt. Kriegsgefangenen Offizieren ist unter allen Umständen der zur Bestreitung ihres Unterhalts erforderliche Betrag zu belassen.

Artikel 75.

Körperliche Gewalt und körperliche oder geistige Misshandlung soll weder als Disziplinarstrafe verhängt noch von untergeordneten Stellen als aussergesetzliche Massnahme gegen Kriegsgefangene angewandt werden. Doch bleibt es den Behörden des Nehmestaates ausdrücklich vorbehalten, die zur Unterdrückung von Meuterei oder Aufruhr von Kriegsgefangenen erforderlichen Massregeln innerhalb der Grenzen der Menschlichkeit zu treffen.

Kriegsgefangene dürfen aussergewöhnlicher Hitze oder Kälte nicht ausgesetzt werden.

Gepäckmarsch und andere Strafverschärfungen sind untersagt.

Artikel 76.

Von dem Beginn eines gerichtlichen Strafverfahrens gegen einen Kriegsgefangenen ist die diplomatische Vertretung der Schutzmacht unverzüglich zu benachrichtigen. Die Benachrichtigung der Schutzmacht muss mindestens drei Wochen vor dem Termin der Hauptverhandlung erfolgen und hat zu enthalten:

a) den vollen Namen und den Dienstgrad des Kriegsgefangenen,
b) den Aufenthalts- oder Haftort des Kriegsgefangenen,
c) eine kurze Angabe der Straftat unter Bezeichnung der verletzten Strafbestimmungen,
d) die Bezeichnung des erkennenden Gerichts sowie eine genaue Angabe des Ortes (Strasse, Hausnummer) und des Termins der Hauptverhandlung.

Die in Abs. 1 vorgesehene Benachrichtigung kann in den Fällen der niederen Gerichtsbarkeit unterbleiben, wenn die dem Kriegsgefangenen zur Last gelegte Straftat mit keiner höheren Strafe als Freiheitsstrafe bis zu drei Monaten bedroht ist.

Artikel 77.

In Fällen, in denen auf Grund der Bestimmung im Artikel 76 eine Benachrichtigung der Schutzmacht notwendig ist, sind die Kriegsgefangenen, soweit nicht andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, berechtigt, sich in einem gegen sie eingeleiteten Strafverfahren durch einen ihrer Landessprache mächtigen Verteidiger vertreten zu lassen. Von dem Rechte der Verteidigung ist dem Kriegsgefangenen eine angemessene Zeit vor der Verhandlung Kenntnis zu geben. Die Schutzmacht hat das Recht, dem Angeklagten einen Verteidiger zu bestellen. Soweit eine Verteidigung gesetzlich vorgeschrieben ist oder erforderlich erscheint, soll der Nehmestaat unter Übersendung einer Liste der als Verteidiger in Betracht kommenden Personen die Schutzmacht davon in Kenntnis setzen, dass aus dieser Liste ein Verteidiger bestellt werden wird, wenn nicht die

Vertretung der Schutzmacht innerhalb zwei Wochen nach erfolgter Mitteilung ihrerseits einen Verteidiger namhaft macht.

In Fällen, in denen eine Benachrichtigung der Schutzmacht nicht notwendig ist, kann sich der Kriegsgefangene, soweit dies zweckmässig erscheint und mit den gesetzlichen Bestimmungen vereinbar ist, durch einen Verteidiger vertreten lassen; andernfalls ist zu dem Verfahren ein Dolmetscher zuzuziehen.

Dem Angeklagten darf das Recht, mit seinem Verteidiger schriftlich oder mündlich zu verkehren, nicht versagt oder in unzulässiger Weise beschränkt werden.

Der Schutzmacht steht es frei, zu öffentlichen Gerichtsverhandlungen einen Beauftragten zu entsenden, auch wenn sie einen Verteidiger für den Angeklagten nicht bestellt hat.

Artikel 78.

Ein Kriegsgefangener darf nicht gezwungen werden, in einem gegen ihn anhängigen Strafverfahren gegen sich selbst auszusagen; er ist berechtigt, vor Gericht mündliche oder schriftliche Anträge zu seiner Verteidigung vorzubringen.

Befindet sich der Kriegsgefangene in Untersuchungshaft, so soll zum Zwecke der Abkürzung der Untersuchungshaft auf besondere Beschleunigung des Strafverfahrens Bedacht genommen werden. Eine erlittene Untersuchungshaft kann bei Fällung des Urteils auf die erkannte Strafe ganz oder teilweise angerechnet werden.

Artikel 79.

Die vor Abschluss dieser Vereinbarung verhängten Strafen sind, soweit sie den vorstehenden Bestimmungen widersprechen, unverzüglich aufzuheben.

Artikel 80.

Jeder Kriegsgefangene ist berechtigt, gegen alle Straferkenntnisse bei den zuständigen höheren Gerichten und Verwaltungsbehörden die gleichen Rechtsmittel einzulegen, die in entsprechenden Fällen den Angehörigen der Wehrmacht des Nehmestaates zustehen.

Artikel 81.

In Fällen, in denen von einem Militärgericht die Todesstrafe gegen einen Kriegsgefangenen ausgesprochen wird, ist der Schutzmacht zur Weiterleitung an den Heimatstaat unverzüglich eine Mitteilung über die Art und über die näheren Umstände der Straftat zu machen und die Strafvollstreckung für die Dauer von mindestens drei Monaten, vom Zeitpunkt dieser Mitteilung an gerechnet, auszusetzen. Solche Urteile dürfen nur von Gerichten der gleichen Art und nach dem gleichen Verfahren ausgesprochen werden, wie dies in entsprechenden Fällen für Angehörige der Wehrmacht des Nehmestaates vorgesehen ist; insbesondere hat der Angeklagte im gleichen Umfange wie die Angehörigen der Wehrmacht

des Nehmestaates das Recht, in dem Verfahren durch einen Verteidiger vertreten zu werden.

Die in Abs. 1 Satz 1 vorgesehene Strafaussetzung tritt nicht ein in denjenigen Fällen, in denen eine Todesstrafe wegen Mordes oder versuchten Mordes im Operationsgebiet ausgesprochen wird.

Artikel 82.

Die Dauer einer und derselben Arreststrafe, die von einem Lagerkommandanten oder einer anderen Militärbehörde mit Ausnahme der gesetzlich vorgesehenen Militärgerichte verhängt wird, soll in keinem Falle 30 Tage übersteigen.

Verlängert sich die Gesamtdauer mehrerer hintereinander zu verbüssender Arreststrafen über die Dauer von 30 Tagen hinaus, so muss nach je 30 Tagen ein Zwischenraum von einer Woche eingeschoben werden, während dessen gegen die Kriegsgefangenen Strafmassregeln nicht verhängt werden dürfen.

Artikel 83.

Die Dauer der von einem Kriegsgefangenen wegen eines einfachen Fluchtversuchs, auch im Wiederholungsfalle, zu verbüssenden Freiheitsstrafe soll 14 Tage, im Falle eines gemeinsamen Fluchtversuchs 28 Tage nicht übersteigen.

Die Dauer der zu verbüssenden Freiheitsstrafe wegen eines Fluchtversuchs in Verbindung mit anderen strafbaren Handlungen, die zur Durchführung des Fluchtversuchs durch Aneignung oder Beschädigung fremden Eigentums begangen worden sind, soll zwei Monate nicht übersteigen.

Die vorstehenden Bestimmungen sollen für Fluchtversuche aus einem Arrestlokal oder aus dem Gefängnis in derselben Weise Anwendung finden, wie für Fluchtversuche aus den eigentlichen Lagern.

Kriegsgefangene, die nach einem Fluchtversuch wieder ergriffen werden, sollen keinerlei unnötiger Härte ausgesetzt sein. Jede Beleidigung oder Misshandlung solcher Kriegsgefangener ist aufs strengste zu bestrafen. Sie sind vor Ausschreitungen jeglicher Art zu schützen. Insbesondere sind die nach einem Fluchtversuch wiederergriffenen Offiziere ihrem Stande entsprechend zu behandeln.

Artikel 84.

Sammelbestrafungen oder Entziehung von Vergünstigungen wegen ungehörigen Verhaltens einzelner sind verboten. Insbesondere sind Sammelstrafen, durch die den Kriegsgefangenen das Recht zum Empfang von Postsachen und zur Absendung der Höchstzahl der zugelassenen Briefe und Postkarten entzogen wird, unzulässig. Gegen einzelne kann eine solche Sperre als Strafe verhängt werden, darf aber die Dauer von zwei Wochen nicht übersteigen; der Kriegsgefangene hat in diesem Falle das Recht, seiner Familie von der Postsperre vor deren Eintritt Mitteilung zu machen.

Artikel 85.

Für die Vollstreckung von Freiheitsstrafen in den Gefangenenlagern und Militärstrafanstalten gelten die in den Anlagen 4, 5 enthaltenen

Bestimmungen. Im übrigen sind bestrafte Kriegsgefangene vorbehaltlich besonderer Bestimmungen in gleicher Weise wie die anderen Kriegsgefangenen zu behandeln.

Kriegsgefangene, die ausserhalb des Lagers eine Freiheitsstrafe verbüssen, dürfen im Monat vier Pakete empfangen und, abgesehen von den Tagen, an denen sie auf Wasser und Brot gesetzt sind, die in den Paketen enthaltenen Lebensmittel verbrauchen; für die Zubereitung der Lebensmittel ist Gelegenheit zu geben.

Artikel 86.

Kriegsgefangenen, die sich in Haft befinden, soll gestattet sein, an dem für die übrigen Kriegsgefangenen gemäss Artikel 67 vorgesehenen täglichen Revierkrankendienst teilzunehmen und die nach Ansicht des diensttuenden Arztes erforderliche Behandlung und Pflege in Anspruch zu nehmen; nötigenfalls sind sie in Lazarette zu überführen.

Artikel 87.

Durch die Bestimmungen dieser Vereinbarung werden diejenigen Fälle nicht berührt, in denen bei strafbaren Handlungen von Kriegsgefangenen an die Stelle der Zuständigkeit militärischer Behörden die Zuständigkeit von bürgerlichen Gerichten oder Strafvollstreckungsbehörden tritt.

11. Todesfälle und Unfälle.

Artikel 88.

Über Todesfälle von Kriegsgefangenen sind unverzüglich amtliche, mit einem Dienststempel versehene oder in anderer Weise amtlich beglaubigte Bestätigungen an die diplomatische Vertretung der Schutzmacht zu übersenden.

Ist der Todesfall auf gewaltsamem Wege eingetreten, so ist die Vertretung der Schutzmacht mit möglichster Beschleunigung davon in Kenntnis zu setzen; auch ist ihr dabei von den näheren Umständen des Todesfalles Nachricht zu geben.

Artikel 89.

Die Nachlassachen verstorbener Kriegsgefangener mit Einschluss der Erkennungsmarken, Soldbücher und sonstiger Personalpapiere sind von der Regierung des Nehmestaates dem Heimatstaat zu übersenden.

Artikel 90.

Jeder der beiden Teile hat den gefallenen oder den in Kriegsgefangenschaft verstorbenen Angehörigen des anderen Teils eine würdige Grabstätte zu bereiten und diese zu erhalten. Die verfügbaren Angaben über die Person des Toten sind auf der Grabstätte in deutlich erkennbarer Weise anzubringen. Die Lage des Grabes ist dem Heimatstaat unverzüglich mitzuteilen.

Den verstorbenen Kriegsgefangenen sollen bei der Bestattung dieselben Ehren erwiesen werden wie den Personen ihres Ranges im Nehmestaat.

Artikel 91.

Beide Regierungen werden dafür sorgen, dass Nachrichten über den Tod oder den Verbleib vermisster Angehöriger des anderen Teils gesammelt und mit tunlichster Beschleunigung dem Heimatstaat übermittelt werden.

Artikel 92.

Über alle Unfälle von Kriegsgefangenen ist sofort eine Verhandlung aufzunehmen, der ein kurzes ärztliches Gutachten beigefügt werden muss. Dem Kriegsgefangenen ist in diesem Falle von dem Lagerkommandanten ein Ausweis auszustellen, in dem die Art der Verletzung anzugeben ist. Der Ausweis wird bei den Papieren des Kriegsgefangenen aufbewahrt und ist diesem bei seiner Entlassung auszuhändigen oder, falls seine Internierung in einem neutralen Lande erfolgt, der Regierung dieses Landes zur Aufbewahrung zu übersenden; in diesem Falle ist dem Kriegsgefangenen der Ausweis bei seiner Entlassung in die Heimat auszuhändigen.

12. Vollmachten und letztwillige Verfügungen.

Artikel 93.

Den Kriegsgefangenen soll es gestattet sein, selbstgeschriebene oder ihnen aus dem Heimatstaat zugesandte oder im Lager von Dritten für sie entworfene Vollmachten sowie letztwillige Verfügungen nach Massgabe der näheren vom Nehmestaat hierüber erlassenen Bestimmungen auszustellen und beglaubigen zu lassen. Die Lagerbehörden haben dafür zu sorgen, dass solche Urkunden mit möglichster Beschleunigung an die diplomatische Vertretung der Schutzmacht weitergeleitet werden.

13. Hilfsausschüsse.

Artikel 94.

In allen Mannschaftslagern mit Einschluss der Quarantäne- und Verteilungslager haben die Kriegsgefangenen das Recht, einen Hilfsausschuss frei zu wählen. Die Wahl muss vom Kommandanten bestätigt werden.

Die Mindestzahl der Mitglieder des Hilfsausschusses soll betragen:

eins	in	Lagern	von	1	bis	50 Mann,
zwei	„	„	„	51	„	100 „
drei	„	„	„	101	„	500 „
fünf	„	„	„	501	„	1000 „

In Lagern von mehr als 1000 Mann ist für je 500 Mann ein weiteres Mitglied zu wählen. Bei der hiernach erfolgenden Berechnung der Mitgliederzahl des Hilfsausschusses sollen auch die den Lagern zugeteilten, an anderen Orten befindlichen Kriegsgefangenen berücksichtigt werden. In gleicher Weise und unter Zugrundelegung der in Abs. 2 angegebenen Verhältniszahlen sind bei jedem Arbeitskommando Vertrauensleute zu wählen, die den Verkehr zwischen den Kriegsgefangenen des Arbeitskommandos und dem Hilfsausschuss des Stammlagers vermitteln.

In jedem Lazarett, in dem sich mindestens 10 Kriegsgefangene desselben Heimatstaates befinden, können in gleicher Weise wie bei den Arbeitskommandos Vertrauensleute gewählt werden, welche dieselben Rechte und Pflichten wie die Vertrauensleute bei den Arbeitskommandos besitzen.

Artikel 95.

Die Hilfsausschüsse und Vertrauensleute sollen, abgesehen von den ihnen sonst in dieser Vereinbarung zugewiesenen Aufgaben, die Lagerbehörden in allen Angelegenheiten der Kriegsgefangenen unterstützen; hierher gehört insbesondere die Einrichtung von Lagerbuchereien und die Sorge für geistige Beschäftigung und Zerstreuungen, Entgegennahme von Beschwerden der Kriegsgefangenen, Empfang, Buchung und Verteilung von Liebesgaben und Unterstützungen an alle dem Lager zugeteilten Kriegsgefangenen, Verkehr mit den zugelassenen Hilfsgenossenschaften und der Schutzmacht, Verteilung des Inhalts von Paketen für verstorbene Kriegsgefangene, Postdienst.

Artikel 96.

Die Hilfsausschüsse dürfen von den im Lager geführten laufenden Listen über die in ärztlicher Behandlung befindlichen Kriegsgefangenen wöchentlich Abschrift nehmen und den zugelassenen Hilfsgesellschaften davon Kenntnis geben.

Artikel 97.

Die Hilfsausschüsse dürfen in den ihnen zugewiesenen Angelegenheiten mit ihren Vertrauensleuten, mit der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht, mit den zugelassenen Hilfsgesellschaften, sowie mit den vom Lager abwesenden Kriegsgefangenen, die keinen Vertrauensmann haben, ungehindert und unmittelbar brieflich verkehren.

Der in Abs. 1 bezeichnete Schriftwechsel unterliegt der Zensur der Lagerbehörden. Soweit Eingaben, die Wünsche und Beschwerden enthalten, an die diplomatische Vertretung der Schutzmacht gerichtet werden, sind sie dem Lagerkommandanten zu übergeben, der sie unverzüglich auf dem Dienstweg weitergibt. Eingaben solcher Art dürfen nur dann zurückgehalten werden, wenn sie wissentlich unrichtige Angaben enthalten oder in unangemessenem Tone abgefasst sind. Die Entscheidung über die Zurückhaltung steht ausschliesslich dem Kriegsministerium, bei Eingaben deutscher Kriegsgefangener, die sich in Europa befinden, dem Höchstkommandierenden des amerikanischen Expeditionsheeres zu; von der Zurückhaltung einer Eingabe ist dem Absender und der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht unter Angabe der Gründe Mitteilung zu machen.

Die zuständigen militärischen Stellen werden die Eingaben bei der Weiterleitung mit ihren Bemerkungen versehen, um die Vertretung der Schutzmacht von vornherein zur Beurteilung der darin enthaltenen Mitteilungen in Stand zu setzen.

Abschriften oder Auszüge der von den Hilfsausschüssen abgesandten Briefe sind von ihnen zurückzubehalten und den Beauftragten der Schutzmacht und den Kriegsgefangenen desselben Heimatstaates auf Wunsch vorzulegen.

Artikel 98.

Die Hilfsausschüsse sollen unter Aufsicht der Lagerkommandanten Listen derjenigen Kriegsgefangenen anlegen, die seit wenigstens drei Monaten keine Nachrichten von ihrer Familie haben. Diese Listen sollen die Namen der Kriegsgefangenen, die Adressen der Familien und kurze, in Telegrammstiel abgefasste Mitteilungen oder Anfragen im Umfang von höchstens 20 Worten enthalten. Die Listen sind den im Artikel 36 bezeichneten Vereinen vom Roten Kreuz zuzustellen, die für die möglichst rasche Übermittlung der Antworten der Familien Sorge tragen werden.

Artikel 99.

Den aus Kriegsgefangenen der beiden Teile gebildeten Hilfsausschüssen soll es innerhalb desselben Lagers gestattet sein, aus ihren Vorräten neben ihren eigenen Landsleuten auch andere Kriegsgefangene ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit zu unterstützen. Ebenso dürfen Kriegsgefangene der beiden Teile eine solche Unterstützung auch von Hilfsausschüssen entgegennehmen, die aus Kriegsgefangenen anderer Heimatstaaten zusammengesetzt sind.

Artikel 100.

Die Mitglieder der Hilfsausschüsse und die Vertrauensleute bei den Arbeitskommandos dürfen zu keiner Arbeit herangezogen werden, welche die Durchführung ihrer Aufgaben beeinträchtigt. Auch sollen sie nur aus zwingenden Gründen in ein anderes Lager versetzt werden; in diesem Falle ist ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Geschäfte in ordnungsmässiger Weise abzuwickeln und sie ihren Nachfolgern zu übergeben.

Artikel 101.

Den Hilfsausschüssen sind angemessene Arbeits- und Lagerräume zur Verfügung zu stellen; die Lagerräume sind mit zwei Schlössern zu versehen, von denen das eine unter dem Verschluss des Lagerkommandanten, das andere unter dem des Hilfsausschusses steht.

Artikel 102.

Kisten und sonstiges Verpackungsmaterial gehen, soweit sie nicht einzelnen Kriegsgefangenen persönlich gehören, in das Eigentum des Hilfsaussuchusses über und können von diesem zu Verpackungs- oder sonstigen Zwecken verwendet werden. Bis dahin verbleiben sie im Gewahrsam der Lagerbehörden.

14. Post- und Paketverkehr.

Artikel 103.

Auf möglichste Beschleunigung des Postverkehrs der Kriegsgefangenen, insbesondere der Überseepostsendungen, ist Bedacht zu nehmen. Entsprechende Weisungen sind den Lagerkommandanten und den Führern der Arbeitskommandos zu erteilen.

Die für die Kriegsgefangenen eingehende Post ist ohne Verzug zu verteilen. Die zur Absendung zugelassenen Briefe und Postkarten dürfen nicht länger als zehn Tage zurückbehalten werden. Ausnahmen sind nur nach Massgabe des Artikel 84 zulässig.

Artikel 104.

Für die an Kriegsgefangene gerichteten Briefe, Postkarten, Pakete, Geld- und Wertsendungen, sowie für die von Kriegsgefangenen abgesandten Briefe und Postkarten werden im Aufgabe- und Bestimmungsstaat weder Post-, Bestellungs- und Zollgebühren, noch Lagergelder oder sonstige Abgaben erhoben.

In gleicher Weise sind die als Liebesgaben und Beihilfen für Kriegsgefangene bestimmten Gegenstände in Massen- oder Sammelsendungen von allen Eingangszöllen und anderen Gebühren sowie von den Frachtkosten befreit.

Artikel 105.

Die Kriegsgefangenen dürfen monatlich zwei Briefe und vier Postkarten absenden. Die Briefe der Offiziere sollen nicht länger als sechs, die der Unteroffiziere und Mannschaften nicht länger als vier Seiten sein.

Die Briefe und Postkarten müssen mit schwarzer Tinte oder mit schwarzem weichem Bleistift leserlich geschrieben und, soweit nicht der Lagerkommandant Ausnahmen zulässt, in deutscher, englischer oder französischer Sprache abgefasst sein. Die Adresse muss auf eine bestimmte Person, Firma oder Körperschaft lauten; postlagernde oder an Deckadressen gerichtete Sendungen sind unzulässig.

Artikel 106.

Die schriftlichen Mitteilungen der Kriegsgefangenen dürfen keinerlei politische, militärische oder sonstige die Sicherheit des Nehmestaates gefährdende Nachrichten enthalten. Einlagen in Briefen sind, soweit sie der vorstehenden Bestimmung nicht zuwiderlaufen, zulässig, doch trägt in diesem Falle der Absender die Gefahr einer Verzögerung.

Schriftliche Mitteilungen der Kriegsgefangenen, die den Bestimmungen dieser Vereinbarung zuwiderlaufen, sollen unter Anrechnung auf die Höchstzahl der zugelassenen Briefe und Postkarten dem Absender zurückgegeben werden, es sei denn, dass die Urschrift in einem gerichtlichen oder disziplinarischen Verfahren vorzulegen ist.

Artikel 107.

Die Kriegsgefangenen dürfen Anfragen von zugelassenen Hilfsgesellschaften und Nachweisebüros über den Verbleib Vermisster empfangen und beantworten; die Antworten sind nicht auf die Höchstzahl der zugelassenen Briefe und Postkarten anzurechnen.

Artikel 108.

Kriegsgefangenen soll es gestattet sein, eine unbeschränkte Anzahl von Paketen zu empfangen; das Gewicht von Postpaketen darf 7 kg nicht

überschreiten. Die Zurückhaltung von Paketen durch die Lagerkommandanten oder Führer von Arbeitskommandos ist nur in den in dieser Vereinbarung vorgesehenen Ausnahmefällen zulässig.

Artikel 109.

Sendungen von Büchern und Broschüren, sowie Sammelsendungen von Schreibpapier und Schreibheften sind vorbehaltlich der Prüfung gestattet. Bücher dürfen gebunden sein.

Artikel 110.

Einzelpakete an bestimmte Empfänger dürfen in Sammelsendungen gehen, vorausgesetzt, dass diese nach der Art der Verpackung ohne Schwierigkeiten zu Schiff und mit der Eisenbahn befördert werden können.

Einzelpakete ohne bestimmten Empfänger dürfen gleichfalls in Sammelsendungen gehen, die an die Hilfsausschüsse der Stammlager zu richten sind. Die Hilfsausschüsse dürfen die Pakete an ihre Vertrauensleute und an andere Hilfsausschüsse verteilen. Solche Sendungen müssen deutlich erkennbar folgende Aufschrift tragen:

„Zur Verteilung an Kriegsgefangene, die keine Pakete erhalten."

Ist der Empfangsberechtigte verstorben, so soll der Inhalt der Sendung vom Hilfsausschuss unter die übrigen Kriegsgefangenen verteilt werden.

Artikel 111.

Die Aushändigung der Sendungen erfolgt entweder sofort oder, wenn die Kriegsgefangenen dies vorziehen, erst auf deren Verlangen.

Die Sendungen unterliegen einer einmaligen Prüfung, die, um Beschädigungen zu vermeiden, so rücksichtsvoll als möglich in Gegenwart des Empfangsberechtigen oder seines Beauftragten vorzunehmen ist. Leicht verderbliche Gegenstände dürfen erst unmittelbar vor dem Gebrauch einer Prüfung unterzogen werden und sind dem Empfangsberechtigten in einer Form auszuhändigen, die ihre Verwendbarkeit nicht beeinträchtigt.

Artikel 112.

Jeder Empfänger eines Pakets darf dem Absender den Eingang auf einer vorgedruckten Postkarte bestätigen, die lediglich eine Empfangsbescheinigung sowie Angaben über Art und Zustand des Paketinhalts beim Empfang enthalten darf. In Ermangelung von Vordrucken darf die Empfangsbescheinigung geschrieben werden, jedoch andere Angaben als in dem Vordrucke vorgesehen nicht enthalten. Die Empfangsbescheinigung wird nicht auf die Höchstzahl der zugelassenen Briefe und Postkarten angerechnet.

Die den Paketen oder Sammelsendungen beiliegenden vorgedruckten Postkarten oder vorgedruckten Listen, die den Inhalt aufzählen, sind dem Empfangsberechtigten auszuhändigen und in seiner Gegenwart oder in Gegenwart seines Beauftragten mit dem Inhalt zu vergleichen.

Artikel 113.

Das gesamte Packmaterial, Konservenbüchsen und Kisten verbleiben im Eigentum der Kriegsgefangenen, sind jedoch bis zur Weiterverwendung von den Lagerbehörden zu verwahren.

Artikel 114.

Die Hilfsausschüsse dürfen von allen Paketen, die aus dem Stammlager an die zugehörigen Arbeitskommandos gesandt werden, sowie über den Inhalt eines jeden Pakets Listen aufstellen, die den Paketen beizufügen sind.

Artikel 115.

Im Falle des Verlustes oder der Beschädigung von Paketen oder ihres Inhalts sind die Hilfsausschüsse berechtigt, für alle dem Lager zugeteilten Kriegsgefangenen Nachforschungen zu beantragen.

Artikel 116.

Den Kriegsgefangenen ist es gestattet, das bei ihrer Gefangennahme in ihrem Besitz befindliche oder ihnen vom Nehmestaat ausgezahlte Geld an ihre unterhaltberechtigten Angehörigen gebührenfrei zu überweisen.

Soweit Postanweisungen innerhalb des Nehmestaates zugelassen sind, sollen sie den gewöhnlichen Postgebühren unterliegen.

Artikel 117.

Der gesamte in dieser Vereinbarung vorgesehene Auslandspostverkehr soll nach erfolgter Zustimmung der Schweizerischen Regierung durch deren Postbehörden vermittelt werden.

15. Verkehr mit der Schutzmacht.

Artikel 118.

Den Kriegsgefangenen soll es jederzeit freistehen, bei der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht Wünsche oder Beschwerden über die Behandlung oder die Verhältnisse in den Lagern oder über Angelegenheiten von rein persönlichem Interesse schriftlich oder gegenüber einem Beauftragten der genannten diplomatischen Vertretung mündlich vorzubringen.

Schriftliche Eingaben sind im Stammlager dem Hilfsausschuss, bei einem Arbeitskommando dem Vertrauensmann des Kommandos zur Übermittlung an den Hilfsausschuss des Stammlagers vorzulegen. Der Hilfsausschuss hat die Eingaben, nachdem er sie nötigenfalls mit seinen Bemerkungen versehen hat, dem Lagerkommandanten zu übergeben, der sie unverzüglich auf dem Dienstwege der Vertretung der Schutzmacht übermittelt.

Auf das weitere Verfahren finden die Bestimmungen des Artikel 97, Abs. 2, 3 entsprechende Anwendung.

Artikel 119.

Die an die Vertretung der Schutzmacht gerichteten Eingaben werden nicht auf die Höchstzahl der zugelassenen Briefe und Postkarten angerechnet.

In keinem Fall dürfen die von Kriegsgefangenen an den Lagerkommandanten gerichteten und nur für diesen bestimmten schriftlichen Eingaben auf die Höchstzahl der zugelassenen Briefe und Postkarten angerechnet werden.

Artikel 120.

Kriegsgefangene dürfen wegen der von ihnen an die Schutzmacht gerichteten Beschwerden nur bestraft werden, wenn die darin gemachten Angaben absichtlich beleidigend sind oder wissentlich falsche Anschuldigungen enthalten. Soweit eine Bestrafung erfolgen soll, bedarf es in jedem Falle entweder eines gerichtlichen Urteils oder der Genehmigung des Kriegsministeriums, im Falle von deutschen Kriegsgefangenen, die sich in Europa befinden, der Genehmigung des Höchstkommandierenden des amerikanischen Expeditionsheeres.

16. Besuche durch Beauftragte der Schutzmacht.

Artikel 121.

Die diplomatische Vertretung der Schutzmacht soll dem Nehmestaat eine Liste von Beauftragten vorlegen, für welche die Erlaubnis nachgesucht wird, die Kriegsgefangenen und deren Unterbringungsorte zu besuchen.

Nach erfolgter Zulassung erhält der Beauftragte einen Ausweis über seine Befugnis, die Kriegsgefangenen und ihre Unterbringungsorte unter den in dem Ausweis bezeichneten Bedingungen zu besuchen. Die Ausweise können jederzeit für ungültig erklärt oder zurückgezogen werden.

Artikel 122.

Für die im Artikel 121 bezeichneten Besuche gelten die folgenden Grundsätze:

a) Der Beauftragte der Schutzmacht darf alle Unterbringungsorte von Kriegsgefangenen des Staates, dessen Interessen er wahrnimmt, besuchen. Soweit bei Besuchen Kriegsgefangener Gegenden in Betracht kommen, die aus militärischen Gründen gesperrt sind, sollen dafür die den militärischen Erfordernissen entsprechenden Vorkehrungen von den Militärbehörden ohne Verzug getroffen werden. Sind die Besuche für mehr als 30 Tage nicht angängig, so sind die Kriegsgefangenen zum dauernden Aufenthalt in eine für den Beauftragten zugängliche Örtlichkeit zu verbringen.

b) Die Besuche der Beauftragten der Schutzmacht dürfen ohne vorherige Benachrichtigung erfolgen und unterliegen nur den nachstehenden Beschränkungen:

Für den Besuch von Quarantänelagern und Seuchenbaracken ist die Zustimmung des leitenden Arztes erforderlich.

Strafanstalten dürfen nur mit Zustimmung der zuständigen höheren Behörde besucht werden.

Den Besuch von Werkstätten oder anderen Arbeitsplätzen, in denen die einem Arbeitskommando angehörigen Kriegsgefangenen

beschäftigt sind, darf die zuständige höhere Behörde nur insoweit einschränken, als es nach ihrer Auffassung im Interesse der Staatssicherheit oder der Wahrung von Betriebs- oder Fabrikationsgeheimnissen erforderlich ist; das Recht des Beauftragten der Schutzmacht, die Unterbringungsorte des Arbeitskommandos zu besuchen und mit den Kriegsgefangenen zu sprechen, darf jedoch dadurch nicht beeinträchtigt werden. In Fällen, in denen die obenerwähnte Einschränkung eintritt, sind die Kriegsgefangenen an eine Stelle zu verbringen, die dem Beauftragten zugänglich ist.

c) Bei Beginn des Besuchs hat der Beauftragte bei der zuständigen Aufsichtsstelle seinen Ausweis vorzulegen.

d) Dem Beauftragten ist von dem Lagerkommandanten bei seinem Besuch ein Offizier oder in Ermangelung eines solchen eine andere militärische Begleitung beizugeben. Auf Wunsch des Beauftragten kann auch der rangälteste Kriegsgefangene zur Begleitung herangezogen worden.

e) Der Beauftragte ist jederzeit berechtigt, sich mit den Kriegsgefangenen, die sich nicht in Untersuchungshaft befinden, ausserhalb der Hörweite dritter Personen und ohne Zeugen zu unterhalten. Jedoch bedürfen Unterredungen mit Kriegsgefangenen, die sich in Straf- oder Untersuchungshaft befinden, soweit dies nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften für den Besuch Dritter bei solchen Personen erforderlich ist, der Genehmigung durch die zuständige Behörde. Diese Genehmigung ist grundsätzlich zu erteilen, sofern der Besuch mit dem Zwecke der Haft vereinbar ist und die Ordnung in den Strafanstalten nicht stört; in diesen Fällen kann die Unterhaltung in Gegenwart von Zeugen stattfinden.

f) Der Beauftragte darf ohne Kenntnis und Erlaubnis der Aufsichtsbehörde den Kriegsgefangenen Schriftstücke oder mündliche Mitteilungen weder übermitteln noch solche von ihnen entgegennehmen; auch ist er nicht berechtigt, sich mit Kriegsgefangenen über andere als deren persönliche Angelegenheiten zu unterhalten.

g) Vor dem Verlassen des Lagers soll der Beauftragte die Beschwerden der Kriegsgefangenen der Aufsichtsbehörde zur Prüfung und etwaigen Abstellung in unverbindlicher Form zur Kenntnis bringen und die von ihm für erforderlich erachteten Änderungen und Verbesserungen anregen.

Ein Kriegsgefangener darf wegen der von ihm an den Beauftragten der Schutzmacht gerichteten Beschwerden nur bestraft werden, wenn die darin gemachten Angaben absichtlich beleidigend sind oder wissentlich falsche Anschuldigungen enthalten; in diesem Falle darf eine Bestrafung nur nach Massgabe der Bestimmung in Artikel 120 und nur nach Anhörung des Beauftragten der Schutzmacht erfolgen.

Artikel 123.

Der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht soll es freistehen, Beschwerden über die Einrichtung der Gefangenenlager, über die Behandlung der Kriegsgefangenen, über das Lagerpersonal usw. bei den Zentralbehörden des Nehmestaates unmittelbar vorzubringen. Über derartige Beschwerden wird der Nehmestaat eine sofortige Untersuchung herbeiführen. Der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht steht es frei, Zeugen zu benennen oder sonstiges Beweismaterial vorzubringen. Soweit zur Aufklärung des Sachverhalts der Besuch eines Lagers durch einen Offizier der Zentralbehörde des Nehmestaates zweckdienlich erscheint, soll dieser Offizier auf Wunsch der zuständigen diplomatischen Vertretung durch einen ihrer Beauftragten begleitet werden.

Das Ergebnis der Untersuchung ist nebst einer Angabe über die getroffenen Massnahmen in jedem Falle der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht mitzuteilen. Ist das Ergebnis ein ungünstiges, so ist unverzüglich Abhilfe zu schaffen.

Jede dem Lagerdienst angehörige Militärperson einschliesslich der Dolmetscher, die wegen ihres Verhaltens gegenüber Kriegsgefangenen ihres Postens enthoben worden ist, darf in Zukunft nicht mehr im Gefangenendienst verwendet werden.

17. Besoldung der Offiziere und gewisser anderer Klassen von Kriegsgefangenen.

Artikel 124.

Kriegsgefangene Offiziere, Beamte und gewisse andere Klassen von Kriegsgefangenen erhalten, solange sie sich in der Gewalt des Nehmestaates befinden, von diesem eine Besoldung nach folgenden Grundsätzen.

Artikel 125.

Die Offiziere und die sonstigen besoldungsberechtigten Kriegsgefangenen werden zum Zwecke der Besoldung in drei Klassen eingeteilt.

Klasse I umfasst:

a) Die Offiziere im Hauptmannsrang und höherer Grade des deutschen Heeres und der deutschen Marineinfanterie; die Offiziere im Kapitänleutnantsrang und höherer Grade sämtlicher Offizierkorps der deutschen Marine.

b) Die amerikanischen Captains und die höheren Offiziersgrade des amerikanischen Heeres und Marinekorps; die Offiziere im Range der senior grade-Lieutenants und höherer Grade der amerikanischen Marine (Line oder Staff Corps).

Klasse II umfasst:

a) Die Subalternoffiziere des deutschen Heeres und sämtlicher Offizierkorps der deutschen Marine (mit Einschluss der Feldwebelleutnants des Heeres und der Marine, sowie der Deckoffizierleutnants, der Deckoffizieringenieure und der im Subalternoffizierrange stehenden Hilfsoffiziere der deutschen Marine).

b) Die first und second Lieutenants des amerikanischen Heeres; die Offiziere im Range der junior grade-Lieutenants (Line oder Staff Corps), die Ensigns, die Chief Warrant und Warrant Officers aller Korps und Dienstzweige der amerikanischen Marine sowie die Offiziere entsprechender Dienstgrade des amerikanischen Marinekorps.

Klasse III umfasst:

a) Offizier-Stellvertreter und Beamten-Stellvertreter des deutschen Heeres und der deutschen Marine; Fähnriche zur See, Deckoffiziere, Vizedeckoffiziere und Hilfsdeckoffiziere der deutschen Marine.

b) Aviation cadets, officer candidates, field clerks und andere appointed officers des Heeres und der Marine der Vereinigten Staaten von Amerika.

Artikel 126.

Die monatliche Besoldung beträgt unter Zugrundelegung eines Kurses von 4.20 Mark = 1 Dollar

für Klasse I: 400 Mark oder 95.25 Dollars
für Klasse II: 350 Mark oder 83.35 Dollars
für Klasse III: 275 Mark oder 65.50 Dollars

Artikel 127.

Kriegsgefangene Beamte der Heeres- und Marineverwaltung beider Teile erhalten während ihrer Gefangenschaft die gleiche Besoldung wie die Militärpersonen, deren Rang sie bekleiden.

Artikel 128.

Die vorstehenden Besoldungssätze sind für alle besoldungsberechtigten Kriegsgefangenen zuständig, gleichviel ob es sich um Angehörige des aktiven Dienststandes, des Beurlaubtenstandes oder um Verabschiedete handelt, sofern sie zur Zeit ihrer Gefangennahme zum Dienst im Heere oder in der Marine ihres Heimatstaates eingestellt waren.

Artikel 129.

Kriegsgefangene, die nach den Bestimmungen der Artikel 124 bis 128 Anspruch auf Besoldung haben, erhalten diese in den ersten Tagen jedes Monats für den vorhergehenden Monat oder Monatsteil. Der Anspruch auf die Besoldung läuft von dem Tage der Gefangennahme an.

Soweit infolge dieser Regelung und infolge einer Verschiedenheit der bei beiden Teilen üblichen Zahlungsweise doppelte Zahlungen erfolgen, sind die Kriegsgefangenen darauf aufmerksam zu machen, dass sie bei ihrer Entlassung in die Heimat oder bei ihrer Internierung in einem neutralen Lande den zuviel bezahlten Betrag dem Heimatstaat zu erstatten haben.

Artikel 130.

Erlangt ein Kriegsgefangener durch seine Beförderung den Anspruch auf eine höhere Besoldung, so ist diese von dem Tage ab zu gewähren, der dem Nehmestaat als Tag der Beförderung auf diplomatischem Wege durch Vermittlung der Schutzmacht mitgeteilt wird.

Artikel 131.

Die Verpflichtung des Nehmestaates zur Besoldung von Kriegsgefangenen nach den vorstehenden Bestimmungen erlischt mit dem Zeitpunkt der Entlassung der Kriegsgefangenen in die Heimat oder ihrer Internierung in einem neutralen Lande.

Artikel 132.

Alle Besoldungen, die nach den vorstehenden Bestimmungen an Kriegsgefangene vom Nehmestaat gezahlt worden sind, werden diesem später vom Heimatstaat zurückerstattet.

18. Versetzung in andere Lager.

Artikel 133.

Bei der Versetzung in ein anderes Lager ist den Kriegsgefangenen die Mitnahme ihres persönlichen Eigentums mit Einschluss ihrer Briefe und Pakete gestattet.

Artikel 134.

Befinden sich Väter und Söhne oder Brüder gleichzeitig in Kriegsgefangenschaft, so sind sie auf ihren auf dem Dienstweg einzureichenden Antrag oder auf Antrag des Heimatstaates in dem gleichen Stammlager oder Arbeitskommando zu vereinigen, sofern nicht gesundheitliche oder schwere disziplinarische Bedenken entgegenstehen.

Die Beförderung der zu vereinigenden Kriegsgefangenen erfolgt unentgeltlich durch den Nehmestaat.

Solange die Vereinigung noch nicht erfolgt ist, dürfen diese Kriegsgefangenen miteinander brieflich verkehren; das gleiche gilt, falls die Vereinigung nicht angängig ist. Die Briefe und Postkarten werden auf die Höchstzahl der zugelassenen Briefe und Postkarten angerechnet.

Artikel 135.

Kriegsgefangene Offiziere sollen nur in dringenden Fällen in ein anderes Lager versetzt werden; von einer solchen Versetzung ist der Schutzmacht mit tunlichster Beschleunigung Mitteilung zu machen.

Kriegsgefangene Offiziere können ihre Versetzung beantragen, deren Kosten im Falle der Genehmigung, sofern nicht die Voraussetzungen des Artikel 134 vorliegen, vom Antragsteller zu tragen sind; alle anderen Versetzungen erfolgen auf Kosten des Nehmestaates.

19. Anerkennung der Dienstgrade.

Artikel 136.

Die nachträgliche Beförderung eines Kriegsgefangenen zu einem höheren Dienstgrad ist vom Nehmestaat anzuerkennen, wenn der Antrag auf Beförderung bereits vor der Gefangennahme gestellt war oder wenn die Beförderung nach den im Heimatstaat geltenden Bestimmungen auf Grund der Altersfolge stattfindet. Die Beförderung muss dem Nehmestaat durch die diplomatische Vertretung der Schutzmacht mitgeteilt werden.

Artikel 137.

Im Falle von Zweifeln über den militärischen Dienstgrad eines Kriegsgefangenen sowie über die sich aus seinem Dienstgrad ergebenden Rechte und Besoldungsansprüche ist die von dem Heimatstaat durch Vermittlung der Schutzmacht gegenüber dem Nehmestaat abzugebende amtliche Erklärung massgebend.

20. Hilfsgesellschaften.

Artikel 138.

Jedem der beiden Teile steht es frei, dem anderen Teile Hilfsgesellschaften namhaft zu machen, denen dieser nach Massgabe der bei ihm geltenden Anordnungen unter Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeiten die Durchführung des Hilfswerks nach Möglichkeit erleichtern soll.

21. Heeresgefolge.

Artikel 139.

Personen, die einem Heere folgen, ohne ihm unmittelbar anzugehören, wie Kriegskorrespondenten, Zeitungsberichterstatter und Lieferanten haben, wenn sie in die Hand des Feindes geraten sind und diesem ihre Festhaltung zweckmässig erscheint, das Recht auf Behandlung als Kriegsgefangene, vorausgesetzt, dass sie sich im Besitz eines Ausweises der Militärbehörde des Heeres befinden, das sie begleiten. In diesem Falle haben sie mit Ausnahme der Besoldung Anspruch auf dieselbe Behandlung wie die Subalternoffiziere.

B. Sanitätspersonal.

I. Entlassung des Sanitätspersonals in die Heimat.

Artikel 140.

Das gesamte in den Artikeln 9 bis 11 der Genfer Konvention vom 6. Juli 1906*) und in dem X. Haager Abkommen, betreffend die Anwendung der Grundsätze des Genfer Abkommens auf dem Seekrieg vom 18. Oktober 1907**) erwähnte Sanitätspersonal und die Geistlichen mit Einschluss des Sanitätspersonals der internierten Kriegsschiffbesatzungen soll in die Heimat entlassen werden, sobald seine Dienste für die Behandlung und Pflege der verwundeten und kranken Kriegsgefangenen des Heimatstaates entbehrlich sind.

Die auf dem europäischen Festlande oder in europäischen Gewässern in die Gewalt eines der beiden Teile geratenen Sanitätspersonen sollen weder aus Europa entfernt noch einem anderen Staate übergeben werden, der sich mit ihrem Heimatstaate im Kriege befindet.

*) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 620.
) V. **N. R. G. 3. s. III, p. 630.

Artikel 141.

Unter den Begriff Sanitätspersonal fallen folgende Personen:

a) Ohne weiteres anzuerkennende Personen:

1. Die Feldgeistlichen des Heeres und der Marine, die Sanitätsoffiziere des Heeres und der Marine, die Militär- und Marineärzte des Unteroffizierstandes, die Beamten des Sanitätswesens (Lazarettinspektoren, Apotheker und dgl.), die Krankenpfleger sowie die Krankenpflegerinnen und das gesamte weibliche Ärzte- und Pflegepersonal, soweit diese Personen durch eine besondere Dienstkleidung oder sonstwie in deutlich sichtbarer Weise kenntlich gemacht sind.
2. Alle übrigen Träger der im Artikel 20 der Genfer Konvention vom 6. Juli 1906 bezeichneten Armbinde, soweit sie ihre Berechtigung zum Tragen dieses Abzeichens durch eine von dem Führer des Feldtruppen- oder Marineteils vollzogene, mit dem Dienststempel versehene und von dem Inhaber eigenhändig unterschriebene Bescheinigung nachweisen können; diese Bescheinigungen dürfen den Inhabern weder bei der Gefangennahme noch später abgenommen werden.
3. Personen, deren Zugehörigkeit zum Sanitätspersonal durch Aussagen Dritter in einwandfreier Weise glaubhaft gemacht ist.

b) Auf Grund anderweitiger Nachweise anzuerkennende Personen:

Für andere als die unter a bezeichneten Personen ist der Nachweis der Zugehörigkeit zum Sanitätspersonal vorbehaltlich der Prüfung durch den Nehmestaat durch eine Bescheinigung zu führen, die von dem Kriegs- oder Marineministerium des Heimatstaates oder bei amerikanischen Sanitätspersonen von dem Höchstkommandierenden des amerikanischen Expeditionsheeres auszustellen ist.

Artikel 142.

Gehört eine Sänitätsperson einem Truppen- oder Marineteil an, dessen Register und Akten vernichtet sind oder sich in den Händen des Feindes befinden, so soll eine Bescheinigung des Heimatstaates, wonach ihre Zugehörigkeit zum Sanitätspersonal als wahrscheinlich anzunehmen ist, dafür als genügender Nachweis anerkannt werden.

Artikel 143.

Der Heimatstaat hat die Namen der Sanitätspersonen, deren Entlassung von ihm verlangt wird, in Listen aufzunehmen; diese sind zusammen mit den gemäss Artikel 141 unter b erforderlichen Bescheinigungen dem Nehmestaat auf diplomatischem Wege zu übermitteln. Die Entlassung der in Artikel 141 unter a bezeichneten Sanitätspersonen in die Heimat darf nicht von der Aufnahme in diese Listen abhängig gemacht werden.

Glaubt der Nehmestaat für die Ablehnung des Anspruchs auf Entlassung einer in die Listen aufgenommenen Person Gründe zu haben, so hat er diese ausführlich anzugeben.

Artikel 144.

Auf die Entlassung von Sanitätspersonen, die sich in Strafuntersuchung oder in Strafhaft befinden, sind die Bestimmungen des Artikels 20 entsprechend anzuwenden.

Artikel 145.

Auf die Mitnahme des persönlichen Eigentums der in die Heimat zu entlassenden Sanitätspersonen findet Artikel 22 mit der Massgabe Anwendung, dass die von ihnen in die Gefangenschaft mitgebrachten, zu ihrem Privateigentum gehörenden Gegenstände mit Einschluss der Instrumente und Waffen von etwaigen Ausfuhrverboten auszunehmen sind.

Artikel 146.

Die auf Grund der Bestimmungen in den Artikeln 140 bis 144 in die Heimat entlassenen Personen dürfen nur als Sanitätspersonen oder im Seelsorgedienst verwendet werden.

II. Behandlung des Sanitätspersonals.

Artikel 147.

Auf die Behandlung der in der Gewalt des Nehmestaates befindlichen Sanitätspersonen finden die Bestimmungen der Artikel 23 bis 40, 52 bis 123 und 133 bis 137 entsprechende Anwendung.

Ärztliche Instrumente, Hilfsmittel, Arzneien und andere Gegenstände, die nachweisbar den Sanitätspersonen gehören, sind ihnen zu belassen oder können von ihnen gegen Empfangsbestätigung in Verwahrung gegeben werden.

Die Heranziehung der Sanitätspersonen zu Arbeiten ausserhalb des Sanitätsdienstes ist unzulässig.

Artikel 148.

Den Sanitätspersonen ist, solange sie sich in der Gewalt des Nehmestaates befinden, von diesem ein Sold nach den Sätzen zu gewähren, die den Personen des entsprechenden Dienstgrades von der deutschen Heeres- oder Marineverwaltung gezahlt werden. Die einander entsprechenden Rangklassen des beiderseitigen Sanitätspersonals ergeben sich aus Anlage 6.

In Fällen, in denen Sanitätspersonen nach der Bestimmung des Abs. 1 geringere Bezüge haben würden als Kriegsgefangene des gleichen militärischen Ranges, ist ihnen der ihrem militärischen Range entsprechende Kriegsgefangenensold zu zahlen.

Auf die Besoldung des Sanitätspersonals finden die Bestimmungen der Artikel 128 bis 131 entsprechende Anwendung. Bei verspäteter Anerkennung sind die in der Vergangenheit vorenthaltenen Soldbeträge nachzuzahlen.

Artikel 149.

Auf das Sanitätspersonal beider Teile, das im Dienst bei den Streitkräften eines mit dem Heimatstaat verbündeten Staates in feindliche Gewalt geraten ist, finden die vorstehenden Bestimmungen ebenso Anwendung, wie wenn sie im Dienste bei den eigenen Streitkräften in feindliche Gewalt geraten wären.

Artikel 150.

Die Bestimmungen der Artikel 140 bis 147 und 149 gelten für die im Verlauf von Kampfhandlungen in Feindeshand gelangten Angehörigen der im Artikel 138 erwähnten Hilfsgesellschaften.

C. Zivilpersonen mit Einschluss der Zivilgefangenen.

I. Entlassung von Zivilpersonen in die Heimat und Internierung von Zivilpersonen in einem neutralen Lande.

Artikel 151.

Von den Zivilgefangenen, die sich zur Zeit des Inkrafttretens dieser Vereinbarung in der Gewalt der beiden Teilen befinden, sollen auf ihren Wunsch ohne Rücksicht auf ihre Zahl in die Heimat entlassen werden:

a) Die weiblichen Personen und die Kinder;
b) männliche Personen, die am Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung das siebzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet oder das fünfundvierzigste Lebensjahr überschritten haben, mit Ausschluss der Offiziere von Handelsschiffen;
c) alle diejenigen männlichen Personen jedes Lebensalters, die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Vereinbarung an Gebrechen oder Krankheiten der in der Anlage I unter IA, IIA, III bezeichneten Art leiden oder auf welche die Voraussetzung des Artikel 6 zutrifft.

Artikel 152.

Männliche Zivilgefangene, die am Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung das fünfundvierzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, werden auf ihren Wunsch nach Massgabe der Bestimmung des Artikel 151 unter b in die Heimat entlassen, sobald sie die genannte Altersgrenze erreicht haben.

Artikel 153.

Männliche Zivilgefangene, die am Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung das siebzehnte, aber noch nicht das fünfundvierzigste Lebensjahr vollendet haben, sollen auf ihren Wunsch in einem neutralen Lande interniert werden, wenn sie an Gebrechen oder Krankheiten der in der Anlage I unter IB, IIB, III bezeichneten Art leiden oder wenn auf sie die Voraussetzung des Artikel 6 zutrifft. Sie werden aus dem neutralen Lande durch dessen Behörden unter den gleichen Bedingungen wie kranke Kriegsgefangene (vgl. Artikel 19) in die Heimat entlassen.

Artikel 154.

Von den Zivilgefangenen, die sich zur Zeit des Inkrafttretens dieser Vereinbarung in der Gewalt der beiden Teile befinden und nicht gemäss den Artikeln 151 bis 153 in die Heimat zu entlassen oder in einem neutralen Lande zu internieren sind, werden auf ihren Wunsch unter folgenden Bedingungen in die Heimat entlassen:

a) Offiziere von Handelsschiffen Kopf um Kopf; reicht auf der einen Seite die Zahl der vorhandenen Handelsschiffsoffiziere nicht aus, so werden zum Ausgleich kriegsgefangene Offiziere des anderen Teils ohne Rücksicht auf ihren Rang und ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Gefangenschaft Kopf um Kopf gegen Handelsschiffsoffiziere ausgetauscht.

b) Die nicht unter a fallenden männlichen Personen, die am Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung das siebzehnte, aber noch nicht das fünfundvierzigste Lebensjahr vollendet haben Kopf um Kopf.

Artikel 155.

Ehefrauen, Töchter und unter 17 Jahre alte Söhne von Zivilgefangenen und sonstigen Zivilpersonen sowie von Kriegsgefangenen, die auf Grund dieser Vereinbarung in die Heimat entlassen oder in einem neutralen Lande interniert werden, sollen auf ihren Wunsch mit ihren Ehegatten oder Vätern abbefördert werden.

Artikel 156.

Die in Deutschland sich aufhaltenden Zivilpersonen amerikanischer Staatsangehörigkeit können, gleichviel ob sie sich in Zivilgefangenschaft oder auf freiem Fusse befinden, innerhalb dreier Monate nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung den Antrag auf Ausreise stellen. Sie sind hiervon durch den Abdruck einer amtlichen Bekanntmachung in der deutschen Presse unter Angabe der Behörde, bei der sie den Antrag zu stellen haben, in Kenntnis zu setzen. Diese Bekanntmachung hat spätestens am Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung zu erfolgen. Gleichzeitig mit der Bekanntmachung soll eine entsprechende Mitteilung von der deutschen Regierung an die diplomatische Vertretung der Schutzmacht ergehen; der genannten Vertretung steht es frei, die in Betracht kommenden Personen unmittelbar entsprechend zu benachrichtigen.

Artikel 157.

Den gemäss Artikel 156 gestellten Anträgen soll vorbehaltlich der Bestimmung des Artikel 167 grundsätzlich stattgegeben werden.

Listen der auf ihren Antrag zur Ausreise zugelassenen Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika sind alle zwei Wochen von der deutschen Regierung der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht zu übermitteln, die sie sofort telegraphisch an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika weiterleiten wird.

Artikel 158.

Angehörige der Vereinigten Staaten von Amerika, die innerhalb der im Artikel 156 bezeichneten Frist einen Ausreiseantrag nicht gestellt haben, oder die nach Genehmigung ihres Ausreiseantrages nicht innerhalb von sechs Wochen Deutschland verlassen haben, verwirken jede Vergünstigung der Artikel 156, 157, es sei denn dass sie an der Ausreise durch nicht in ihrer Person liegende Gründe verhindert sind.

Artikel 159.

Nach Empfang der in Artikel 157 vorgesehenen Mitteilung der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht wird die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika von den gemäss Artikel 151 bis 153 heimschaffungs- oder internierungsberechtigten deutschen Zivilgefangenen, sobald sich Beförderungsgelegenheit bietet, so viele abbefördern, als die Zahl der zur Ausreise aus Deutschland zugelassenen Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika beträgt.

Von der erfolgten Ausreise der beiderseitigen Staatsangehörigen werden beide Teile sich auf diplomatischem Wege unverzüglich Mitteilung machen; etwa dabei sich ergebende Zahlenunterschiede werden beim nächsten Transport ausgeglichen.

Artikel 160.

Übersteigt die Zahl der aus Deutschland ausgereisten Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika diejenige der gemäss Artikel 151 bis 154 heimschaffungs- oder internierungsberechtigten deutschen Zivilgefangenen, so ist zum Ausgleich von den in den Vereinigten Staaten von Amerika noch zurückgebliebenen deutschen Zivilgefangenen der in Artikel 154 unter b bezeichneten Art eine entsprechende Anzahl in die Heimat zu entlassen; dabei sind in erster Linie solche Personen auszuwählen, die nach Ansicht der Ärzte des Nehmestaates aus gesundheitlichen Gründen am ehesten der Entlassung aus der Gefangenschaft bedürfen.

Bleibt die Zahl der aus Deutschland ausgereisten Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika hinter der Zahl der gemäss Artikel 151 bis 153 heimschaffungs- oder internierungsberechtigten deutschen Zivilgefangenen zurück, so hat gleichwohl die Abbeförderung der vollen Zahl dieser deutschen Zivilgefangenen zu erfolgen.

Artikel 161.

Als Angehörige der Vereinigten Staaten von Amerika im Sinne der Artikel 151 bis 160 sind vorbehaltlich der Bestimmung des Artikel 162 nur solche Personen anzusehen, die sich bei ihrer Ausreise im Besitze eines gültigen, mit Ermächtigung der Regierung der Vereinigten Staaten ausgestellten Passes oder Personalausweises befinden.

Artikel 162.

Offiziere und sonstige Besatzungsmitglieder deutscher und amerikanischer Handelsschiffe haben ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit Anspruch auf die Vergünstigungen dieser Vereinbarung.

Artikel 163.

Die Heimschaffung der amerikanischen Zivilpersonen aus Deutschland gilt im Sinne dieser Vereinbarung als erfolgt, sobald diese Personen an einem Orte im Befehlsbereich der amerikanischen Streitkräfte oder in einem innerhalb der Landesgrenzen Frankreichs, der Schweiz, der Niederlande oder Dänemarks gelegenen Orte eingetroffen sind. Die Entlassung der deutschen

Zivilgefangenen aus den Vereinigten Staaten von Amerika gilt als erfolgt, sobald diese Personen an Bord eines neutralen Schiffes eingetroffen sind, auf dem ihre Heimreise von einem der beiden Teile oder von der Transportkommission (Artikel 174) vorgesehen ist. Die Sorge für die weitere Beförderung liegt dem Heimatstaat ob.

Artikel 164.

Beide Teile sind berechtigt, Zivilpersonen und Zivilgefangene vor ihrer Abbeförderung zur Entlassung in die Heimat oder zur Internierung einer Quarantäne zu unterwerfen; die Dauer der Quarantäne darf zwei Monate nicht überschreiten. Soweit eine Quarantäne notwendig erscheint, soll sie zeitlich so angeordnet werden, dass dadurch eine tunlichst geringe Verzögerung in der Abreise der beteiligten Personen verursacht wird.

Artikel 165.

Auf Zivilgefangene, die sich wegen Vergehen gegen die Lagerdisziplin in Untersuchung oder Strafhaft befinden, sind die Bestimmungen im Artikel 20 entsprechend anzuwenden.

Artikel 166.

Die in die Heimat zu entlassenden oder in einem neutralen Lande zu internierenden Zivilpersonen dürfen unter den im Artikel 22 bezeichneten Bedingungen das in ihrem persönlichen Besitz befindliche Geld, ihre Kleidung, ihren Hausrat, ihre Personalpapiere und die im Artikel 28 Abs. 3 aufgeführten Gegenstände mit sich nehmen.

Artikel 167.

Beide Teile behalten sich vor, von den ausreiseberechtigten Zivilpersonen einzelne Personen zurückzubehalten. Die Namen dieser Personen sollen der diplomatischen Vertretung der Schutzmacht sobald wie möglich mitgeteilt werden.

Artikel 168.

Auf die Wiederverwendung der gemäss den vorstehenden Bestimmungen in die Heimat entlassenen Zivilpersonen findet der Artikel 21 entsprechende Anwendung.

II. Behandlung der Zivilgefangenen.

Artikel 169.

Auf die Behandlung der Zivilgefangenen finden die Bestimmungen der Artikel 23 bis 31, 33, 37 bis 40, 52 bis 123, 133, 134 und 137 mit den durch die Umstände bedingten Abweichungen Anwendung; dabei ist darauf zu achten, dass durch solche Abweichungen die Zivilgefangenen nicht ungünstiger gestellt werden dürfen, als in den genannten Bestimmungen vorgesehen ist; auch ist der Bildungsgrad und der Beruf der Zivilgefangenen zu berücksichtigen.

Artikel 170.

Die zwangsweise Heranziehung der Zivilgefangenen zu jeglicher Art von Arbeiten ist unzulässig, soweit solche nicht zur Aufrechterhaltung der

Ordnung und Reinlichkeit in den Lagern und Unterkunftsräumen unmittelbar erforderlich sind. Bei der Zuteilung von Arbeiten dieser Art ist der Bildungsgrad und der Beruf der Zivilgefangenen zu berücksichtigen. Die Zivilgefangenen dürfen weder durch Zwang, Einschüchterung oder Drohung noch durch die Entziehung von Vergünstigungen noch auf irgend eine andere Weise veranlasst werden, andere als die nach den vorstehenden Bestimmungen zulässigen Arbeiten zu übernehmen; doch soll es ihnen auf ihren ausschliesslich in schriftlicher Form auszudrückenden Wunsch gestattet sein, Arbeiten dergleichen Art und unter nicht ungünstigeren Bedingungen wie die Kriegsgefangenen zu verrichten.

Artikel 171.

Verabschiedete Offiziere und Offiziere des Beurlaubtenstandes, die sich als Zivilgefangene in der Gewalt eines der beiden Teile befinden, sollen während der Dauer ihrer Zivilgefangenschaft in jeder Hinsicht, insbesondere in Ansehung der Besoldung wie kriegsgefangene Offiziere behandelt werden, wenn von der Regierung ihres Heimatstaates bestätigt wird, dass sie bereits vor dem 6. April 1917 verabschiedete Offiziere oder Offiziere des Beurlaubtenstandes waren. Doch sollen sie, was ihre Entlassung in die Heimat oder Internierung in einem neutralen Lande anlangt, die in dieser Vereinbarung für Zivilgefangene vorgesehenen Rechte geniessen.

Die Bestimmungen des Abs. I finden keine Anwendung auf solche Personen, die sich wegen Verletzung der Gesetze des Nehmestaates in Untersuchungs- oder Strafhaft befinden oder in Zukunft befinden sollten.

Die von dem Nehmestaat auf Grund der Bestimmung des Abs. I geleisteten Soldzahlungen sind von dem Heimatstaate zu erstatten.

Artikel 172.

Die Offiziere von Handelsschiffen sind getrennt von der übrigen Besatzung der Handelsschiffe unterzubringen und ihrer Stellung entsprechend zu behandeln.

D. Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 173.

Für die in dieser Vereinbarung nebst deren sieben Anlagen vorkommenden Bezeichnungen Kriegsgefangene, Zivilgefangene, Offiziere, Unteroffiziere, kranke und gesunde Kriegsgefangene, Entlassung in die Heimat und Heimatstaat gelten, soweit nicht ein anderes aus dem Wortlaut der Vereinbarung hervorgeht, die in der Anlage 7 enthaltenen Begriffserläuterungen.

Artikel 174.

Die Abbeförderung der nach dieser Vereinbarung heimschaffungs- oder internierungsberechtigten Kriegs- und Zivilgefangenen sowie des Sanitätspersonals soll unter Mitwirkung eines neutralen Staates oder mehrerer neutraler Staaten erfolgen.

Die Einzelheiten über die Durchführung der Abbeförderung auf dem Land- und Seewege mit Einschluss der Bestimmungen über die zu wählenden Transportwege sollen durch eine gemischte Kommission (Transportkommission) festgesetzt werden. In dieser sollen die neutralen Staaten, durch oder in deren Gebiet die Heimschaffungs- oder Internierungstransporte geleitet werden, durch je ein Mitglied, die beiden vertragschliessenden Teile durch je zwei Mitglieder vertreten sein.

Eine nach den vorstehenden Grundsätzen zusammengesetzte Transportkommission soll vorbehaltlich der Zustimmung der niederländischen Regierung, die beide Teile hierfür zu erlangen sich bemühen werden, unverzüglich nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung oder zu einem früheren von beiden Teilen zu vereinbarenden Zeitpunkt im Haag zusammentreten.

Im Bedarfsfalle kann diese Kommission durch Vertreter anderer beteiligter neutraler Staaten verstärkt werden, oder es können weitere gleichartige Kommissionen in anderen beteiligten neutralen Ländern je nach den vorliegenden Umständen eingesetzt werden. Den Vorsitz in einer Transportkommission führt der Vertreter des neutralen Staates in dessen Gebiet die Kommission zusammentritt.

Die Kommission hat dafür zu sorgen, dass die beteiligten Regierungen von allen sie berührenden Entschliessungen und Festsetzungen rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden. Sie kann ihrerseits von den beteiligten Regierungen alle für sie wesentlichen Mitteilungen erhalten.

Beide Teile werden die von der Kommission vereinbarten Transportmassnahmen nach Massgabe der ihnen zu Gebote stehenden Mittel mit grösster Beschleunigung durchführen. Sie gewährleisten gegenseitig sämtlichen Transporten zu Lande und zu Wasser auf allen Fahrten, die dem Zwecke der Abbeförderung von Personen der in Abs. 1 bezeichneten Art dienen, Schutz und Sicherung gegen alle Kriegsmassnahmen und werden sich bemühen, die gleichen Sicherungen von den mit ihnen verbündeten Staaten zu erlangen. Diese Sicherungen gelten auch für Rückfahrten, die nach Massgabe der Vereinbarungen der Transportkommission als notwendiger Bestandteil des gesamten Transportgeschäftes auszuführen sind.

Artikel 175.

Für die Reihenfolge der Abbeförderung der heimschaffungs- oder internierungsberechtigten Personen gelten folgende Richtlinien:

a) Kranke und verwundete Kriegsgefangene, kranke Zivilgefangene und das Sanitätspersonal sollen vor allen abzubefördernden Personen den Vorrang haben und bei jedem Transport sobald wie möglich berücksichtigt werden, nachdem über ihre Entlassung in die Heimat oder ihre Internierung in einem neutralen Lande entschieden ist;

b) Die übrigen zum Abtransport berechtigten Personen sollen in folgender Reihenfolge abbefördert werden:

1. Weibliche Personen und unter siebzehn Jahre alte männliche Personen;
2. Kriegsgefangene;

3. Männliche Zivilgefangene im Alter über siebzehn Jahren, mit der Massgabe, dass die über fünfundvierzig Jahre alten den Vorrang vor den zwischen siebzehn und fünfundvierzig Jahre alten haben.

Innerhalb der unter 1 bis 3 genannten Klassen ist die Dauer der Gefangenschaft, bei gleicher Gefangenschaftsdauer das höhere Lebensalter für die Reihenfolge massgebend. Kinder werden zusammen mit ihren Eltern oder mit solchen Personen abbefördert, deren Schutz sie anvertraut sind;

c) Kann aus zwingenden Gründen die in diesem Artikel unter a und b vorgesehene Reihenfolge nicht eingehalten werden, so soll die Abbeförderung der beteiligten Personen sich dadurch nicht um mehr als zwei Monate verzögern;

d) Die über See zu befördernden Personen sind sobald als möglich nach Ankunft der für den Transport vorgesehenen Schiffe im Einschiffungshafen unter tunlichst voller Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Unterkunftsraums einzuschiffen. Die Reihenfolge der Abbeförderung der Deutschen regeln die zuständigen Behörden der Vereinigten Staaten von Amerika unter Mitwirkung der Vertretung der Schutzmacht;

e) Familien sollen tunlichst mit der gleichen Transportgelegenheit abbefördert werden.

Artikel 176.

Die Kosten für die Abbeförderung der nach dieser Vereinbarung in die Heimat zu entlassenden oder in einem neutralen Lande zu internierenden Kriegs- und Zivilgefangenen werden von den beiden beteiligten Regierungen nach folgenden Grundsätzen übernommen:

a) Die Kosten der Beförderung über See auf neutralen oder eigenen Schiffen trägt der Heimatstaat der Gefangenen;

b) Die Kosten der Beförderung über Land werden im Gebiete des Nehmestaates und der mit ihm verbündeten Staaten vom Nehmestaat, im Gebiete des Heimatstaates, der mit ihm verbündeten Staaten, sowie im Gebiete neutraler Staaten vom Heimatstaat der Gefangenen getragen.

Artikel 177.

Der Umstand, dass in dieser Vereinbarung Rechte und Vergünstigungen aufgezählt sind, die den Kriegsgefangenen, dem Sanitätspersonal und den Zivilgefangenen nicht versagt werden dürfen, schliesst nicht aus, dass den genannten Personen, soweit es die örtlichen Verhältnisse zulassen, noch weitergehende Rechte und Vergünstigungen eingeräumt werden.

Artikel 178.

Zur Wahrnehmung der Interessen der in Frankreich in der Gewalt der amerikanischen Streitkräfte befindlichen deutschen Kriegsgefangenen soll es der Schutzmacht freistehen, Sonderbeauftragte zu ernennen, für welche

die gleichen Rechte, Pflichten und Beschränkungen gelten, wie sie für die sonstigen Beauftragten der Schutzmacht in Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika vereinbart sind. Diese Sonderbeauftragten sollen alle Mitteilungen erhalten, die nach dieser Vereinbarung in Ansehung der ihrem Schutze unterstellten Kriegsgefangenen an die diplomatische Vertretung der Schutzmacht in Washington zu richten sind.

Artikel 179.

Beide Teile werden allen in Betracht kommenden Behörden Weisungen erteilen, jeder Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen dieser Vereinbarung aufs schärfste entgegenzutreten.

Artikel 180.

Jede der beiden Teile wird durch die diplomatische Vertretung seiner Schutzmacht Irrtümer oder Unterlassungen, die der andere Teil bei der Ausführung dieser Vereinbarung begeht, zu deren Kenntnis bringen. Dieser hat unverzüglich nach Empfang der Anzeige eine Untersuchung über den Anlass der Beschwerde herbeizuführen und der Schutzmacht das Ergebnis zugleich mit den getroffenen Abhilfemassnahmen mitzuteilen.

Artikel 181.

Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Teilen über die Auslegung dieser Vereinbarung oder einzelner ihrer Bestimmungen sollen einer gemischten Kommission überwiesen werden; diese soll aus einem von dem Schweizerischen Bundespräsidenten zu ernennenden Vorsitzenden und je einem Vertreter der beiden Teile bestehen. Die Entscheidung dieser Kommission ist endgültig.

Artikel 182.

Vergeltungsmassnahmen, die von einem der beiden Teile gegen Angehörige des anderen Teils ergriffen werden, sollen erst nach Ablauf einer Frist von 40 Tagen nach ihrer Ankündigung durchgeführt werden. Diese Ankündigung, die eine genaue Angabe der Gründe der Vergeltungsmassnahme enthalten muss, hat gleichzeitig an die diplomatische Vertretung der Schutzmacht und an die Schweizerische Regierung zu erfolgen. Die Frist läuft von dem Tage ab, an dem die Ankündigung der Massnahme der Schweizerischen Regierung zugegangen ist.

Die in Abs. 1 vorgesehene Frist kann nach dem Ermessen des die Vergeltungsmassnahme androhenden Staates um eine weitere genau zu bezeichnende Frist verlängert werden, wenn die Vertretung der Schutzmacht erklärt, dass die zur Verfügung stehende Zeit nicht ausreicht, um den Sachverhalt, der den Anlass zu der Vergeltungsmassnahme bildet, vollständig aufzuklären.

Artikel 183.

Ansprachen oder mündliche Befehle des Lagerkommandanten oder eines seiner Untergebenen an die Gefangenen müssen, wenn sie nicht in deren Sprache erfolgen, von einem Dolmetscher übertragen werden. Schriftliche

Befehle sind stets in die Sprache des Heimatstaates der Gefangenen zu übersetzen und, solange sie in Kraft sind, in dem Lager an sichtbarer Stelle anzuschlagen.

Artikel 184.

Der Wortlaut dieser Vereinbarung ist nebst deren Anlagen alsbald nach dem Inkrafttreten in deutscher und englischer Sprache in allen Gefangenenlagern und Arbeitskommandos durch dauernden und öffentlichen Anschlag bekanntzumachen. Den rangältesten Offizieren in den Offizierslagern, den Hilfsausschüssen und ihren Vertrauensleuten soll eine genügende Anzahl von Abdrucken der Vereinbarung zur Verfügung gestellt werden, um allen Beteiligten Gelegenheit zu geben, sich mit deren Inhalt bekanntzumachen.

E. Genehmigung der Vereinbarung.

Artikel 185.

Diese Vereinbarung mit Einschluss ihrer sieben Anlagen soll von beiden Regierungen genehmigt werden. Die Genehmigung ist der Schweizerischen Regierung unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

Die Vereinbarung tritt in Kraft sieben Tage nachdem beide Genehmigungserklärungen bei der Schweizerischen Regierung eingegangen sind.

Beide Teile werden die erforderlichen Schritte tun, um die Mitwirkung derjenigen neutralen Regierungen zu erlangen, die an der Verwirklichung und Durchführung dieser Vereinbarung beteiligt sind.

Geschehen in Bern, in fünffacher Ausfertigung, am 11. November Neunzehnhundertundachtzehn.

Fürst zu Hohenlohe-Langenburg.
A. Montgelas.
v. Fransecky.
v. Keller.
Wilke.
Draudt.

J. W. Garrett.
John W. Davis.
F. J. Kernan.
Henry H. Hough.

Anlage 7.

Begriffserläuterungen.

1. Kriegsgefangene.

Die Bezeichnung „Kriegsgefangene" umfasst diejenigen Offiziere, Beamten, Unteroffiziere und Mannschaften aller Teile des Heeres und der Marine, sowie alle sonstigen Personen, die im Dienste der Wehrmacht ihres Heimatstaates in Gefangenschaft geraten sind. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die vorgenannten Personen dem aktiven Dienststande oder dem Beurlaubtenstande angehören oder ob sie verabschiedet sind. Ausgenommen ist das Sanitätspersonal.

2. Zivilgefangene.

Die Bezeichnung „Zivilgefangene“ umfasst die nicht unter den Begriff „Kriegsgefangene“ oder unter die Bestimmungen in den Artikeln 139, 140 fallenden beiderseitigen Staatsangehörigen mit Einschluss der Offiziere und sonstigen Besatzungsmitglieder von Handelsschiffen, vorausgesetzt, dass solche Staatsangehörige vom Nehmestaat aus anderen Gründen als wegen Verletzung der auf seinem Gebiete geltenden Strafgesetze gefangen gehalten werden.

3. Offiziere.

Die Bezeichnung „Offiziere“ umfasst die den Land- und Seestreitkräften angehörigen Offiziere aller Waffen mit Einschluss der Hilfsoffiziere der deutschen Marine, sowie die im Offiziersrange stehenden der Heeres- und Marineverwaltung angehörigen Beamten. Auf amerikanischer Seite zählen zu den Offizieren die commissioned, warranted und appointed officers.

4. Unteroffiziere.

Zur Klasse der Unteroffiziere gehören auch die Offizier- und Beamtenstellvertreter des deutschen Heeres und der deutschen Marine sowie die Deckoffiziere, Vizedeckoffiziere und Hilfsdeckoffiziere der deutschen Marine. Auf amerikanischer Seite zählen auch die corporals zu den Unteroffizieren.

5. Heimatstaat.

Als „Heimatstaat“ gilt

a) für Heeres- und Marineangehörige derjenige Staat, bei dessen bewaffneter Macht sie angestellt oder eingestellt worden sind (commissioned, warranted, appointed, enlisted or enrolled);

b) für Personen, die nicht zur bewaffneten Macht gehören, derjenige Staat, bei dessen bewaffneter Macht sie ausschliesslich Verwendung finden.

6. Kranke und gesunde Kriegsgefangene.

Als „kranke Kriegsgefangene“ gelten diejenigen, deren körperlicher oder Geisteszustand derartig beeinträchtigt ist, dass sie nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung Anspruch auf Entlassung in die Heimat oder auf Internierung in einem neutralen Lande haben; alle anderen gelten als „gesunde Kriegsgefangene“.

7. Entlassung in die Heimat.

Unter „Entlassung in die Heimat“ ist für Kriegsgefangene und Sanitätspersonal die Rückkehr in den Befehlsbereich deutscher oder amerikanischer militärischer Dienststellen zu verstehen. Für Zivilgefangene gilt die Bestimmung des Artikel 163.

8.

FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, BULGARIE.

Convention d'armistice; signée le 29 septembre 1918.

Ministère des affaires étrangères. Guerre européenne. Documents 1918. Paris 1919.

Le 29 septembre 1918, à 22 h. 50.

Convention militaire réglant les conditions de la suspension des hostilités entre les Puissances alliées et la Bulgarie.

1° Evacuation immédiate, conformément à un arrangement à intervenir, des territoires encore occupés en Grèce et en Serbie. Il ne sera enlevé de ces territoires ni bétail, ni graines, ni approvisionnement quelconque. Aucun dégât ne sera fait au départ. L'administration bulgare continuera à fonctionner dans les parties de la Bulgarie actuellement occupées par les Alliés.

2° Démobilisation immédiate de toute l'armée bulgare, sauf en ce qui concerne le maintien en état de combattre d'un groupement de toutes armes comprenant:

3 divisions de 16 bataillons chacune
4 régiments de cavalerie

qui seront employés, deux divisions à la défense de la frontière Est de la Bulgarie et de la Dobroudja et une division pour la garde des voies ferrées.

3° Dépôt, en des points à désigner par le Haut Commandement des Armées d'Orient, des armes, munitions, véhicules militaires appartenant aux éléments démobilisés, qui seront ensuite emmagasinés par les soins des autorités bulgares et sous le contrôle des Alliés. Les chevaux seront également remis aux Alliés.

4° Remise à la Grèce du matériel du 4e Corps d'armée grec pris à l'Armée grecque au moment de l'occupation de la Macédoine Orientale, en tant qu'il n'a pas été envoyé en Allemagne.

5° Les éléments de troupes bulgares actuellement à l'Ouest du méridien d'Uskub et appartenant à la XIe Armée allemande déposeront les armes et seront considérés jusqu'à nouvel ordre comme prisonniers de guerre; les officiers conserveront leurs armes.

6° Emploi jusqu'à la paix par les Armées alliées des prisonniers bulgares en Orient, sans réciprocité en ce qui concerne les prisonniers de guerre alliés. Ceux-ci seront remis sans délai aux autorités alliées et les déportés civils seront complètement libres de rentrer dans leur foyer.

7° L'Allemagne et l'Autriche-Hongrie auront un délai de quatre semaines pour retirer de Bulgarie leurs troupes et leurs organes militaires. Dans le même délai devront quitter le territoire du Royaume les Représentants diplomatiques et consulaires des Puissances centrales ainsi que leurs nationaux.

Les ordres pour la cessation des hostilités seront donnés dès la signature de la présente convention.

Signé: Général *Franchet d'Esperey.* Signé: *André Liaptchew.*
Général *Loukoff.*

Le 29 septembre 1918, 22 h. 50.

Convention militaire réglant les conditions de la suspension des hostilités entre les Puissances alliées et la Bulgarie.

Articles secrets.

1° Le passage éventuel des forces militaires alliées sur le territoire bulgare ainsi que l'utilisation des voies ferrées, routes, voies fluviales et ports feront l'objet d'une convention spéciale entre le Gouvernement bulgare et le Haut Commandement de l'Armée d'Orient. Des négociations, à cet effet, commenceront dans un délai de 8 jours au plus. Elles concerneront aussi le contrôle du téléphone, des télégraphes et des stations de T. S. F.

2° Un certain nombre de points stratégiques seront occupés à l'intérieur du territoire bulgare par les grandes Puissances alliées. Cette occupation sera provisoire et servira purement de garantie. Elle ne donnera pas lieu à coercition ni à réquisition arbitraire. Le Général en chef des armées donne l'assurance qu'à moins de circonstances particulières Sofia ne sera pas occupée.

3° Le Général en chef se réserve le droit d'exiger la cessation absolue de toute relation entre la Bulgarie et ses anciens Alliés en cas de nécessité.

4° Ouverture des ports bulgares aux navires alliés et neutres.

Signé: Général *Franchet d'Esperey.* Signé: *André Liaptchew.*
Général *Loukoff.*

9.

AUTRICHE-HONGRIE, ALLEMAGNE, TURQUIE, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Correspondance en vue d'amener la conclusion d'un armistice général; du 4 octobre au 5 novembre 1918, suivie de plusieurs Messages et Discours du Président des Etats-Unis d'Amérique, du 8 janvier au 27 septembre 1919.

Publications officielles — American Journal of International Law XIII. Supplement.

1.

Wien, 5. Oktober. (W. T. B.)

Der österreichisch-ungarische Gesandte in Stockholm ist gestern vom Minister des Äusseren telegraphisch beauftragt worden, die königlich

schwedische Regierung zu ersuchen, am 4. Oktober die folgende Depesche an den Präsidenten Wilson gelangen zu lassen: „Die österreichisch-ungarische Monarchie, welche den Krieg stets nur als Verteidigungskampf geführt und wiederholt ihre Bereitwilligkeit bekundet hat, dem Blutvergiessen ein Ende zu machen und zu einem gerechten und ehrenvollen Frieden zu gelangen, tritt hiermit an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Antrage heran, mit ihm und seinen Verbündeten einen sofortigen Waffenstillstand zu Lande, zur See und in den Lüften abschliessen und im unmittelbaren Anschluss hieran in Verhandlungen über einen Friedensschluss einzutreten, für welche die vierzehn Punkte der Botschaft des Herrn Präsidenten Wilson an den Kongress vom 3. Januar und die vier in der Rede des Herrn Präsidenten Wilson vom 12. Februar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten, wobei auch auf die Ausführungen des Präsidenten Wilson vom 27. September 1918 Bedacht genommen wird.“ *)

2.

Minister of Sweden to the Secretary of State.

Legation of Sweden, Washington, D. C.

(Translation.)

Excellency: October 7, 1918.

By order of my government I have the honor confidentially to transmit herewith to you the following communication of the Imperial and Royal Government of Austria-Hungary to the President of the United States of America:

The Austro-Hungarian Monarchy, which has waged war always and solely as a defensive war, and repeatedly given documentary evidence of its readiness to stop the shedding of blood and to arrive at a just and honorable peace, hereby addresses itself to His Lordship the President of the United States of America and offers to conclude with him and his allies an armistice on every front on land, at sea and in the air, and to enter immediately upon negotiations for a peace for which the fourteen points in the message of President Wilson to Congress of January 8, 1918, and the four points contained in President Wilson's address of February 12, 1918, should serve as a foundation and in which the viewpoints declared by President Wilson in his address of September 27, 1918, will also be taken into account.

Be pleased to accept, etc.

(Signed) *W. A. F. Ekengren.*

His Excellency, Mr. Robert Lansing,
Secretary of State of the United States, Washington.

---

*) V. l'Annexe, ci-dessous p. 141.

3.

Berlin, 5. Oktober. (W. T. B.)

Die durch Vermittelung der Schweizer Regierung an den Präsidenten Wilson übermittelte Note hat folgenden Wortlaut:

„Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Um weiteres Blutvergiessen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluss eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Max Prinz von Baden, Reichskanzler."

4.

Chargé d'Affaires of Switzerland to President Wilson.

Legation of Switzerland, Washington, D. C.

Department of German Interests. October 6, 1918.

Mr. President:

I have the honor to transmit herewith, upon instructions from my government, the original text of a communication from the German Government, received by this Legation late this afternoon, from the Swiss Foreign Office.

An English translation of this communication is also enclosed. The German original text, however, is alone to be considered as authoritative.

Please accept, Mr. President, the assurances of my highest consideration.

(Signed) *F. Oederlin*,

Chargé d'Affaires ad interim of Switzerland,

In charge of German interests in the United States.

Mr. Woodrow Wilson,

President of the United States, Washington.

(Enclosure.)

Translation of communication from the German Government to the President of the United States, as transmitted by the Chargé d'Affaires ad interim of Switzerland, on October 6, 1918 (ci-dessus No. 3).

5.

The Secretary of State to the Chargé d'Affaires of Switzerland.

Department of State, Washington.

Sir: October 8, 1918.

I have the honor to acknowledge, on behalf of the President, your note of October 6th, enclosing a communication from the German Govern-

ment to the President; and I am instructed by the President to request you to make the following communication to the Imperial German Chancellor:

Before making reply to the request of the Imperial German Government, and in order that that reply shall be as candid and straightforward as the momentous interests involved require, the President of the United States deems it necessary to assure himself of the exact meaning of the note of the Imperial Chancellor. Does the Imperial Chancellor mean that the Imperial German Government accepts the terms laid down by the President in his address to the Congress of the United States on the eighth of January last and in subsequent addresses, and that its object in entering into discussions would be only to agree upon the practical details of their application?

The President feels bound to say with regard to the suggestion of an armistice that he would not feel at liberty to propose a cessation of arms to the governments with which the Government of the United States is associated against the Central Powers so long as the armies of those Powers are upon their soil. The good faith of any discussion would manifestly depend upon the consent of the Central Powers immediately to withdraw their forces everywhere from invaded territory.

The President also feels that he is justified in asking whether the Imperial Chancellor is speaking merely for the constituted authorities of the Empire who have so far conducted the war. He deems the answers to these questions vital from every point of view.

Accept, Sir, the renewed assurances of my high consideration.

(Signed) *Robert Lansing.*

Mr. Frederick Oederlin,
Chargé d'Affaires of Switzerland ad interim,
In charge of German interests in the United States.

6.

Amtlich. Berlin, 12. Oktober.

In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die Deutsche Regierung:

Die Deutsche Regierung hat die Sätze angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.

Die Deutsche Regierung nimmt an, dass auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen.

Die Deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der Österreichisch-Ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes den Räumungsvorschlägen des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer gemischten Kom-

mission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige Deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der grossen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen gestützt auf den Willen dieser Mehrheit spricht der Reichskanzler im Namen der Deutschen Regierung und des Deutschen Volkes.

gez. *Solf*, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

7.

Chargé d'Affaires of Switzerland to the Secretary of State.

Legation of Switzerland, Washington, D. C.

Department of German Interests. October 14, 1918.

Sir:

I have the honor to transmit herewith, upon instructions from my government, the original text, received this morning, of a communication from the German Government to the President of the United States, in reply to his communication to the Imperial German Chancellor, transmitted to me by Your Excellency on October 8, 1918.

I beg herewith also to enclose the English translation of this communication, as transmitted by the German Legation in Berne to the Swiss Foreign Office.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

(Signed) *F. Oederlin*,
Chargé d'Affaires ad interim of Switzerland.
In charge of German interests in the United States.

His Excellency Robert Lansing,
Secretary of State.

(Enclosure.)

Translation of the reply from the German Government to the communication of October 8, 1918, of the President of the United States transmitted by the Chargé d'Affaires ad interim of Switzerland to the Secretary of State on October 14, 1918 (ci-dessus, No. 6).

8.

The Secretary of State to the Chargé d'Affaires of Switzerland.

Department of State, Washington.

Sir: October 14, 1918.

In reply to the communication of the German Government, dated the 12th instant, which you handed me today, I have the honor to request you to transmit the following answer:

The unqualified acceptance by the present German Government and by a large majority of the German Reichstag of the terms laid down by the President of the United States of America in his address to the Congress of the United States on the eighth of January, 1918, and in his subsequent addresses justifies the President in making a frank and direct statement of his decision with regard to the communications of the German Government of the eighth and twelfth of October, 1918.

It must be clearly understood that the process of evacuation and the conditions of an armistice are matters which must be left to the judgment and advice of the military advisers of the Government of the United States and the Allied Governments, and the President feels it his duty to say that no arrangement can be accepted by the Government of the United States which does not provide absolutely satisfactory safeguards and guarantees of the maintenance of the present military supremacy of the armies of the United States and of the Allies in the field. He feels confident that he can safely assume that this will also be the judgment and decision of the Allied Governments.

The President feels that it is also his duty to add that neither the Government of the United States nor, he is quite sure, the governments with which the Government of the United States is associated as a belligerent will consent to consider an armistice so long as the armed forces of Germany continue the illegal and inhumane practices which they still persist in. At the very time that the German Government approaches the Government of the United States with proposals of peace its submarines are engaged in sinking passenger ships at sea, and not the ships alone but the very boats in which their passengers and crews seek to make their way to safety; and in their present enforced withdrawal from Flanders and France the German armies are pursuing a course of wanton destruction which has always been regarded as in direct violation of the rules and practices of civilized warfare. Cities and villages, if not destroyed, are being stripped of all they contain, not only but often of their very inhabitants. The nations associated against Germany cannot be expected to agree to a cessation of arms while acts of inhumanity, spoliation, and desolation are being continued which they justly look upon with horror and with burning hearts.

It is necessary, also, in order that there may be no possibility of misunderstanding, that the President should very solemnly call the attention of the Government of Germany to the language and plain intent of one of the terms of peace which the German Government has now accepted. It is contained in the address of the President delivered at Mount Vernon on the fourth of July last. It is as follows: „The destruction of every arbitrary power anywhere that can separately, secretly, and of its single choice disturb the peace of the world; or, if it cannot be presently destroyed, at least its reduction to virtual impotency.“ The power which has hitherto controlled the German nation is of the sort here described. It is within the choice of the German nation to alter it. The President's

words just quoted naturally constitute a condition precedent to peace, if peace is to come by the action of the German people themselves. The President feels bound to say that the whole process of peace will, in his judgment, depend upon the definiteness and the satisfactory character of the guarantees which can be given in this fundamental matter. It is indispensable that the governments associated against Germany should know beyond a peradventure with whom they are dealing.

The President will make a separate reply to the Royal and Imperial Government of Austria-Hungary.

Accept, Sir, the renewed assurances of my high consideration.

(Signed) *Robert Lansing.*

Mr. Frederick Oederlin,
Chargé d'Affaires of Switzerland ad interim,
In charge of German interests in the United States.

9.

On télégraphie de Saint-Sebastien:

(Officiel.) Le ministre de Turquie a remis au gouvernement espagnol la note du gouvernement ottoman demandant l'ouverture de négociations de paix et un armistice.

Cette note dit en substance:

Le gouvernement ottoman prie le gouvernement des Etats-Unis de prendre sur lui la tâche de l'ouverture de négociations de paix et d'informer de cette demande les Etats belligérants en les invitant à déléguer des plénipotentiaires pour entamer des négociations de paix.

Le gouvernement turc accepte comme bases de ces négociations le programme tracé par le président des Etats-Unis dans son message au Congrès du 8 janvier 1918 et les déclarations qu'il a formulées ultérieurement, notamment dans son discours du 27 septembre.

Le gouvernement ottoman exprime aussi le desir, pour mettre fin à l'effusion de sang, qu'un armistice soit conclu.

(Le Temps du 15 octobre 1918.)

10.

The Secretary of State to the Minister of Sweden.

Department of State, Washington.

Sir: October 18, 1918.

I have the honor to acknowledge the receipt of your note of the 7th instant in which you transmit a communication of the Imperial and Royal Government of Austria-Hungary to the President. I am now instructed by the President to request you to be good enough, through your Government, to convey to the Imperial and Royal Government the following reply:

The President deems it his duty to say to the Austro-Hungarian Government that he cannot entertain the present suggestions of that Government because of certain events of utmost importance which, occurring since the delivery of his address of the 8th of January last, have necessarily altered the attitude and responsibility of the Government of the United States. Among the fourteen terms of peace which the President formulated at that time occurred the following:

> „X. The peoples of Austria-Hungary, whose place among the nations we wish to see safeguarded and assured, should be accorded the freest opportunity of autonomous development."

Since that sentence was written and uttered to the Congress of the United States the Government of the United States has recognized that a state of belligerency exists between the Czecho-Slovaks and the German and Austro-Hungarian Empires, and that the Czecho-Slovak National Council is a de facto belligerent government clothed with proper authority to direct the military and political affairs of the Czecho-Slovaks. It has also recognized in the fullest manner the justice of the nationalistic aspirations of the Jugo-Slavs for freedom.

The President is, therefore, no longer at liberty to accept the mere „autonomy" of these peoples as a basis of peace, but is obliged to insist that they, and not he, shall be the judges of what action on the part of the Austro-Hungarian Government will satisfy their aspirations and their conception of their rights and destiny as members of the family of nations.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

(Signed) *Robert Lansing.*

11.

(W. T. B.) Berlin, 21. Oktober. (Amtlich.)

Die Deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlags zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, dass das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen seien, und dass das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die Deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, dass der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung gutheissen wird, die mit der Ehre des Deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die Deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückzuges immer notwendig sein, und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung, das Privateigentum zu schonen und für die

Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die Deutsche Regierung bestreitet auch, dass die deutsche Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Insassen absichtlich vernichtet hat.

Die Deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der Deutschen Regierung an sämtliche Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschliessen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr dafür nicht übernommen werden kann, dass dieser Befehl jedes in See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volksvertretung ein Einfluss auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der grossen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, dass zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner grossen Mehrheit hinter diesen Reformen steht, und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, dass das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluss, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, den 20. Oktober 1918.

gez. *Solf*, Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

12.

Chargé d'Affaires of Switzerland to the Secretary of State.

Legation of Switzerland, Washington, D. C.

Department of German Interests. October 22, 1918.

Sir:

By direction of my government, I have the honor to transmit herewith to Your Excellency the original German text of a communication dated October 20, 1918, from the German Government, which has today been received from the Swiss Foreign Office. I beg to also enclose an English translation of the communication in question as transmitted to the Swiss Foreign Office by the German Government with the request that it be forwarded to Your Excellency's Government.

Please accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

(Signed) *F. Oederlin.*
Chargé d'Affaires ad interim of Switzerland.

His Excellency, Robert Lansing,
Secretary of State, Washington.

(Enclosure.)

Translation issued by the German Government of its communication dated October 20, 1918, transmitted to the Secretary of State by the Chargé d'Affaires ad interim of Switzerland on October 22, 1918 (ci-dessus No. 11).

13.

The Secretary of State to the Chargé d'Affaires of Switzerland.

Department of State, Washington.

Sir: October 23, 1918.

I have the honor to acknowledge the receipt of your note of the twenty-second transmitting a communication under date of the twentieth from the German Government and to advise you that the President has instructed me to reply thereto as follows:

Having received the solemn and explicit assurance of the German Government that it unreservedly accepts the terms of peace laid down in his address to the Congress of the United States on the eighth of January, 1918, and the principles of settlement enunciated in his subsequent addresses, particularly the address of the twenty-seventh of September, and that it desires to discuss the details of their application, and that this wish and purpose emanate, not from those who have hitherto dictated German policy and conducted the present war on Germany's behalf, but from ministers who speak for the majority of the Reichstag and for an overwhelming majority of the German people; and having received also the explicit promise of the present German Government that the humane rules of civilized warfare will be observed both on land and sea by the German armed forces, the President of the United States feels that he

cannot decline to take up with the governments with which the Government of the United States is associated the question of an armistice.

He deems it his duty to say again, however, that the only armistice he would feel justified in submitting for consideration would be one which should leave the United States and the powers associated with her in a position to enforce any arrangements that may be entered into and to make a renewal of hostilities on the part of Germany impossible. The President has, therefore, transmitted his correspondence with the present German authorities to the governments with which the Government of the United States is associated as a belligerent, with the suggestion that, if those governments are disposed to effect peace upon the terms and principles indicated, their military advisers and the military advisers of the United States be asked to submit to the governments associated against Germany the necessary terms of such an armistice as will fully protect the interests of the peoples involved and insure to the associated governments the unrestricted power to safeguard and enforce the details of the peace to which the German Government has agreed, provided they deem such an armistice possible from the military point of view. Should such terms of armistice be suggested, their acceptance by Germany will afford the best concrete evidence of her unequivocal acceptance of the terms and principles of peace from which the whole action proceeds.

The President would deem himself lacking in candor did he not point out in the frankest possible terms the reason why extraordinary safeguards must be demanded. Significant and important as the constitutional changes seem to be which are spoken of by the German Foreign Secretary in his note of the twentieth of October, it does not appear that the principle of a government responsible to the German people has yet been fully worked out or that any guarantees either exist or are in contemplation that the alterations of principle and of practice now partially agreed upon will be permanent. Moreover, it does not appear that the heart of the present difficulty has been reached. It may be that future wars have been brought under the control of the German people, but the present war has not been; and it is with the present war that we are dealing. It is evident that the German people have no means of commanding the acquiescence of the military authorities of the Empire in the popular will; that the power of the King of Prussia to control the policy of the Empire is unimpaired; that the determining initiative still remains with those who have hitherto been the masters of Germany. Feeling that the whole peace of the world depends now on plain speaking and straightforward action, the President deems it his duty to say, without any attempt to soften what may seem harsh words, that the nations of the world do not and cannot trust the word of those who have hitherto been the masters of German policy, and to point out once more that in concluding peace and attempting to undo the infinite injuries and injustices of this war the Government of the United States cannot deal with any but veritable representatives of the German people who have been assured of a genuine constitutional standing

as the real rulers of Germany. If it must deal with the military masters and the monarchical autocrats of Germany now, or if it is likely to have to deal with them later in regard to the international obligations of the German Empire, it must demand, not peace negotiations, but surrender. Nothing can be gained by leaving this essential thing unsaid.

Accept, Sir, the renewed assurances of my high consideration.

(Signed) *Robert Lansing.*

Mr. Frederick Oederlin,
Chargé d'Affaires of Switzerland ad interim.
In charge of German interests in the United States.

14.

Berlin, den 27. Oktober 1918.

Die Deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen.

Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Mächtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmässig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt.

Die Deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.

gez. *Solf*, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

15.

Chargé d'Affaires of Switzerland to the Secretary of State.

Legation of Switzerland, Washington, D. C.
Department of German Interests. October 28, 1918.

Sir:

I am instructed by my government and have the honor to submit to Your Excellency the original German text of a communication from the German Government, dated October 27, 1918, which has today been received from the Swiss Foreign Office.

I beg leave also to enclose an English translation of the abovementioned communication, the German text of which, however, is alone to be considered as authoritative.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

F. Oederlin,
Chargé d'Affaires ad interim of Switzerland.

His Excellency, Mr. Robert Lansing,
Secretary of State of the United States, Washington.

Translation of a communication from the German Government, dated October 27, 1918, as transmitted by the Chargé d'Affaires ad interim of Switzerland on October 28, 1918 (ci-dessus No. 14).

16.

The Minister of Sweden to the Secretary of State.

Department of Austro-Hungarian Interests,

Legation of Sweden, Washington, D. C.

Excellency: October 29, 1918.

By order of my government, I have the honor to beg you to transmit to the President the following communication from the Imperial and Royal Government of Austria-Hungary:

In reply to the note of the President, Mr. Wilson, to the Austro-Hungarian Government, dated October 18 of this year, and about the decision of the President to take up, with Austria-Hungary separately, the question of armistice and peace, the Austro-Hungarian Government has the honor to declare that it adheres both to the previous declarations of the President and his opinion of the rights of the peoples of Austria-Hungary, notably those of the Czecho-Slovaks and the Jugo-Slavs, contained in his last note. Austria-Hungary having thereby accepted all the conditions which the President had put upon entering into negotiations on the subject of armistice and peace, nothing, in the opinion of the Austro-Hungarian Government, longer stands in the way of beginning those negotiations. The Austro-Hungarian Government therefore declares itself ready to enter, without waiting for the outcome of other negotiations, into negotiations for a peace between Austria-Hungary and the Entente States, and for an immediate armistice on all the fronts of Austria-Hungary, and begs the President, Mr. Wilson, to take the necessary measures to that effect.

Be pleased to accept, Excellency, the assurances of my high consideration.

(Signed) *W. A. F. Ekengren.*

His Excellency, Robert Lansing,
Secretary of State of the United States, Washington, D. C.

17.

Wien, 28. Oktober.

Der Minister des Äussern Graf Andrassy hat heute an den Staatssekretär Lansing folgendes Telegramm gerichtet:

Sofort nach Übernahme der Leitung des Ministeriums des Äussern habe ich eine offizielle Antwort auf Ihre Note vom 18. Oktober abgesandt, aus welcher Sie entnehmen werden, dass wir in allen Punkten die Grundsätze annehmen, welche der Präsident der Vereinigten Staaten in seinen verschiedenen Erklärungen aufgestellt hat. In voller Übereinstimmung mit den Bestrebungen des Herrn Wilson zur Sicherung vor künftigen Kriegen und zur Schaffung einer Völkerfamilie haben wir bereits Vorbereitungen getroffen, damit die Völker Österreichs und Ungarns ihre zukünftige Gestaltung nach eigenem Wunsche gänzlich unbehindert bestimmen und vollziehen können. Seit dem Regierungsantritt des Kaisers und Königs Karl war es sein unentwegtes Bestreben, das Ende des Krieges herbeizuführen.

Mehr als je ist das heute der Wunsch des Herrschers und aller Völker Österreichs und Ungarns, die von der Überzeugung durchdrungen sind, dass ihr künftiges Schicksal nur in einer friedlichen Welt, frei von Erschütterungen, Prüfungen, Entbehrungen und Bitternissen des Krieges, gestaltet werden könne. Ich wende mich deshalb direkt an Sie, Herr Staatssekretär, mit der Bitte, bei dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten dahin wirken zu wollen, dass im Interesse der Humanität sowie im Interesse aller Völker, die in Österreich und Ungarn leben, der sofortige Waffenstillstand an allen Fronten Österreich-Ungarns herbeigeführt werde und die Einleitung von Friedensverhandlungen erfolge.

Wien, 29. Oktober.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat gleichzeitig mit der an den Staatssekretär Lansing gerichteten Note den Inhalt derselben der französischen, königlich grossbritannischen, kaiserlich japanischen und königlich italienischen Regierung mit der Bitte mitgeteilt, dem darin enthaltenen Vorschlag auch ihrerseits zuzustimmen und denselben bei dem Herrn Präsidenten Wilson zu unterstützen.

18.

The Secretary of State to the Minister of Switzerland.

Department of State, Washington.

Sir: November 5, 1918.

I have the honor to request you to transmit the following communication to the German Government:

In my note of October 23, 1918, I advised you that the President had transmitted his correspondence with the German authorities to the governments with which the Government of the United States is associated as a belligerent, with the suggestion that, if those governments were disposed to effect peace upon the terms and principles indicated, their military advisers and the military advisers of the United States be asked to submit to the governments associated against Germany the necessary terms of such armistice as would fully protect the interests of the peoples involved and ensure to the associated governments the unrestricted power to safeguard and enforce the details of the peace to which the German Government had agreed, provided they deemed such an armistice possible from the military point of view.

The President is now in receipt of a memorandum of observations by the Allied Governments on this correspondence, which is as follows:

> „The Allied Governments have given careful consideration to the correspondence which has passed between the President of the United States and the German Government. Subject to the qualifications which follow they declare their willingness to make peace with the Government of Germany on the terms of peace laid down in the President's address to Congress of January, 1918, and the

principles of settlement enunciated in his subsequent addresses.*) They must point out, however, that clause two relating to what is usually described as the freedom of the seas, is open to various interpretations, some of which they could not accept. They must, therefore, reserve to themselves complete freedom on this subject when they enter the peace conference.

„Further, in the conditions of peace, laid down in his address to Congress of January 8, 1918, the President declared that invaded territories must be restored as well as evacuated and freed. The Allied Governments feel that no doubt ought to be allowed to exist as to what this provision implies. By it they understand that compensation will be made by Germany for all damage done to the civilian population of the Allies and their property by the aggression of Germany by land, by sea, and from the air."

I am instructed by the President to say that he is in agreement with the interpretation seth forth in the last paragraph of the memorandum above quoted. I am further instructed by the President to request you to notify the German Government that Marshal Foch has been authorized by the Government of the United States and the Allied Governments to receive properly accredited representatives of the German Government, and to communicate to them terms of an armistice.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

(Signed) *Robert Lansing.*

Mr. Hans Sulzer, Minister of Switzerland,
In charge of German interests in the United States.

Annexe.

Les Conditions de paix formulées par le Président Wilson.

I.

Message du 8 janvier 1918.

Gentlemen of the Congress:

Once more, as repeatedly before, the spokesmen of the Central Empires have indicated their desire to discuss the objects of the war and the possible bases of a general peace. Parleys have been in progress at Brest-Litovsk between Russian representatives and representatives of the Central Powers to which the attention of all the belligerents has been invited for the purpose of ascertaining whether it may be possible to extend these parleys into a general conference with regard to the terms of peace and settlement. The Russian representatives presented not only a perfectly definite statement of the principles upon which they would be willing to conclude peace but also an equally definite program of concrete appli-

*) V. l'Annexe, ci-dessous.

cation of those principles. The representatives of the Central Powers, on their part, presented an outline of settlement which, if much less definite, seemed susceptible of liberal interpretation until their specific program of practical terms was added. That program proposed no concessions at all either to the sovereignty of Russia or to the preferences of the populations with whose fortunes it dealt, but meant, in a word, that the Central Empires were to keep every foot of territory their armed forces had occupied, — every province, every city, every point of vantage, — as a permanent addition to their territories and their power. It is a reasonable conjecture that the general principles of settlement which they at first suggested originated with the more liberal statesmen of Germany and Austria, the men who have begun to feel the forces of their own peoples' thought and purpose, while the concrete terms of actual settlement came from military leaders who have no thought but to keep what they have got. The negotiations have been brooken off. The Russian representatives were sincere and in earnest. They cannot entertain such proposals of conquest and domination.

The whole incident is full of significance. It is also full of perplexity. With whom are the Russian representatives dealing? For whom are the representatives of the Central Empires speaking? Are they speaking for the majorities of their respective Parliaments or for the minority parties, that military and imperialistic minority which has so far dominated their whole policy and controlled the affairs of Turkey and of the Balkan states which have felt obliged to become their associates in this war? The Russian representatives have insisted, very justly, very wisely, and in the true spirit of modern democracy, that the conferences which they have been holding with Teutonic and Turkish statesmen should be held within open, not closed, doors, and all the world has been audience, as was desired. To whom have we been listening, then? To those who speak the spirit and intention of the Resolutions of the German Reichstag of the ninth of July last, the spirit and intention of the liberal leaders and parties of Germany, or to those who resist and defy that spirit and intention and insist upon conquest and subjugation? Or are we listening, in fact, to both, unreconciled and in open and hopeless contradiction? These are very serious and pregnant questions. Upon the answer to them depends the peace of the world.

But, whatever the results of the parleys at Brest-Litovsk, whatever the confusions of counsel and of purpose in the utterances of the spokesmen of the Central Empires, they have again attempted to acquaint the world with their objects in the war and have again challenged their adversaries to say what their objects are and what sort of settlement they would deem just and satisfactory. There is no good reason why that challenge should not be responded to, and responded to with the utmost candor. We did not wait for it. Not once, but again and again, we have laid our whole thought and purpose before the world, not in general terms only, but each time with sufficient definition to make it clear what

sort of definitive terms of settlement must necessarily spring out of them. Within the last week Mr. Lloyd George has spoken with admirable candor and in admirable spirit for the people and Government of Great Britain. There is no confusion of counsel among the adversaries of the Central Powers, no uncertainty of principle, no vagueness of detail. The only secrecy of counsel, the only lack of fearless frankness, the only failure to make definite statement of the objects of the war, lies with Germany and her Allies. The issues of life and death hang upon these definitions. No statesman who has the least conception of his responsibilty ought for a moment to permit himself to continue this tragical and appalling outpouring of blood and treasure unless he is sure beyond a peradventure that the objects of the vital sacrifice are part and parcel of the very life of Society and that the people for whom he speaks think them right and imperative as he does.

There is, moreover, a voice calling for these definitions of principle and of purpose which is, it seems to me, more thrilling and more compelling than any of the many moving voices with which the troubled air of the world is filled. It is the voice of the Russian people. They are prostrate and all but helpless, it would seem, before the grim power of Germany, which has hitherto known no relenting and no pity. Their power, apparently, is shattered. And yet their soul is not subservient. They will not yield either in principle or in action. Their conception of what is right, of what is humane and honorable for them to accept, has been stated with a frankness, a largeness of view, a generosity of spirit, and a universal human sympathy, which must challenge the admiration of every friend of mankind; and they have refused to compound their ideals or desert others that they themselves may be safe. They call to us to say what it is that we desire, in what, if in anything, our purpose and our spirit differ from theirs; and I believe that the people of the United States would wish me to respond with utter simplicity and frankness. Whether their present leaders believe it or not, it is our heartfelt desire and hope that some way may be opened whereby we may be privileged to assist the people of Russia to attain their utmost hope of liberty and ordered peace.

It will be our wish and purpose that the processes of peace, when they are begun, shall be absolutely open and that they shall involve and permit henceforth no secret understandings of any kind. The day of conquest and aggrandizement is gone by; so is also the day of secret covenants entered into in the interest of particular governments and likely at some unlooked-for moment to upset the peace of the world. It is this happy fact, now clear to the view of every public man whose thoughts do not still linger in an age that is dead and gone, which makes it possible for every nation whose purposes are consistent with justice and the peace of the world to avow now or at any other time the objects it has in view.

We entered this war because violations of right had occurred which touched us to the quick and made the life of our own people impossible

unless they were corrected and the world secured once for all against their recurrence. What we demand in this war, therefore, is nothing peculiar to ourselves. It is that the world be made fit and safe to live in; and particularly that it be made safe for every peace-loving nation which, like our own, wishes to live its own life, determine its own institutions, be assured of justice and fair dealing by the other peoples of the world as against force and selfish aggression. All the peoples of the world are in effect partners in this interest, and for our own part we see very clearly that unless justice be done to others it will not be done to us. The program of the world's peace, therefore, is our program; and that program, the only possible program, as we see it, is this:

I. Open covenants of peace, openly arrived at, after which there shall be no private international understandings of any kind, but diplomacy shall proceed always frankly and in the public view.

II. Absolute freedom of navigation upon the seas, outside territorial waters, alike in peace and in war, except as the seas may be closed in whole or in part by international action for the enforcement of international covenants.

III. The removal, so far as possible, of all economic barriers and the establishment of an equality of trade conditions among all the nations consenting to the peace and associating themselves for its maintenance.

IV. Adequate guarantees given and taken that national armaments will be reduced to the lowest point consistent with domestic safety.

V. A free, open-minded, and absolutely impartial adjustment of all colonial claims, based upon a strict observance of the principle that in determining all such questions of sovereignty the interests of the populations concerned must have equal weight with the equitable claims of the government whose title is to be determined.

VI. The evacuation of all Russian territory and such a settlement of all questions affecting Russia as will secure the best and freest co-operation of the other nations of the world in obtaining for her an unhampered and unembarrassed opportunity for the independent determination of her own political development and national policy and assure her of a sincere welcome into the society of free nations under institutions of her own choosing; and, more than a welcome, assistance also of every kind that she may need and may herself desire. The treatment accorded Russia by her sister nations in the months to come will be the acid test of their good will, of their comprehension of her needs as distinguished from their own interests, and of their intelligent and unselfish sympathy.

VII. Belgium, the whole world will agree, must be evacuated and restored, without any attempt to limit the sovereignty which she enjoys in common with all other free nations. No other single

act will serve as this will serve to restore confidence among the nations in the laws which they have themselves set and determined for the government of their relations with one another. Without this healing act the whole structure and validity of international law is for ever impaired.

VIII. All French territory should be freed and the invaded portions restored, and the wrong done to France by Prussia in 1871 in the matter of Alsace-Lorraine, which has unsettled the peace of the world for nearly fifty years, should be righted, in order that peace may once more be made in the interest of all.

IX. A readjustment of the frontiers of Italy should be effected along clearly recognizable lines of nationality.

X. The peoples of Austria-Hungary, whose place among the nations we wish to see safeguarded and assured, should be accorded the freest opportunity of autonomous development.

XI. Rumania, Serbia, and Montenegro should be evacuated; occupied territories restored; Serbia accorded free and secure access to the sea; and the relations of the several Balkan states to one another determined by friendly counsel along historically established lines of allegiance and nationality; and international guarantees of the political and economic independence and territorial integrity of the several Balkan states should be entered into.

XII. The Turkish portions of the present Ottoman Empire should be assured a secure sovereignty, but the other nationalities which are now under Turkish rule should be assured an undoubted security of life and absolutely unmolested opportunity of autonomous development, and the Dardanelles should be permanently opened as a free passage to the ships and commerce of all nations under international guarantees.

XIII. An independent Polish state should be erected which should include the territories inhabited by indisputably Polish populations, which should be assured a free and secure access to the sea, and whose political and economic independence and territorial integrity should be guaranteed by international covenant.

XIV. A general association of nations must be formed under specific covenants for the purpose of affording mutual guarantees of political independance and territorial integrity to great and small states alike.

In regard to these essential rectifications of wrong and assertions of right we feel ourselves to be intimate partners of all the governments and peoples associated together against the Imperialists. We cannot be separated in interest or divided in purpose. We stand together until the end.

For such arrangements and covenants we are willing to fight and to continue to fight until they are achieved; but only because we wish the right to prevail and desire a just and stable peace such as can be secured only by removing the chief provocations to war, which this program does

remove. We have no jealousy of German greatness, and there is nothing in this program that impairs it. We grudge her no achievement or distinction of learning or of pacific enterprise such as have made her record very bright and very enviable. We do not wish to injure her or to block in any way her legitimate influence or power. We do not wish to fight her either with arms or with hostile arrangements of trade if she is willing to associate herself with us and the other peace-loving nations of the world in covenants of justice and law and fair dealing. We wish her only to accept a place of equality among the peoples of the world, the new world in which we now live, instead of a place of mastery.

Neither do we presume to suggest to her any alternation of her institutions. But it is necessary, we must frankly say, and necessary as a preliminary to any intelligent dealings with her on our part, that we should know whom her spokesmen speak for when they speak to us, whether for the Reichstag majority or for the military party and the men whose creed is imperial domination.

We have spoken now, surely, in terms too concrete to admit of any further doubt or question. An evident principle runs through the wohle program I have outlined. It is the principle of justice to all peoples and nationalities, and their right to live on equal terms of liberty and safety with one another, whether they be strong or weak. Unless this principle be made its foundation no part of the structure of international justice can stand. The people of the United States could act upon no other principle; and to the vindication of this principle they are ready to devote their lives, their honor, and everything that they possess. The moral climax of this the culminating and final war for human liberty has come, and they are ready to put their own strength, their own highest purpose, their own integrity and devotion to the test.

2.

Message du 11 février 1918.

Gentlemen of the Congress:

On the eighth of January I had the honor of addressing you on the objects of the war as our people conceive them. The Prime Minister of Great Britain had spoken in similar terms on the fifth of January. To these addresses the German Chancellor replied on the twenty-fourth and Count Czernin, for Austria, on the same day. It is gratifying to have our desire so promptly realized that all exchanges of view on this great matter should be made in the hearing of all the world.

Count Czernin's reply, which is directed chiefly to my own address of the eighth of January, is uttered in a very friendly tone. He finds in my statement a sufficiently encouraging approach to the views of his own Government to justify him in believing that it furnishes a basis for a more detailed discussion of purposes by the two Governments. He is represented to have intimated that the views he was expressing had been communi-

cated to me beforehand and that I was aware of them at the time he was uttering them: but in this I am sure he was misunderstood. I had received no intimation of what he intended to say. There was, of course, no reason why he should communicate privately with me. I am quite content to be one of his public audience.

Count von Hertling's reply is, I must say, very vague and very confusing. It is full of equivocal phrases and leads it is not clear where. But it is certainly in a very different tone from that of Count Czernin, and apparently of an opposite purpose. It confirms, I am sorry to say, rather than removes, the unfortunate impression made by what we had learned of the conferences at Brest-Litovsk. His discussion and acceptance of our general principles lead him to no practical conclusions. He refuses to apply them to the substantive items which must constitute the body of any final settlement. He is jealous of international action and of international counsel. He accepts, he says, the principle of public diplomacy, but he appears to insist that it be confined, at any rate in this case, to generalities and that the several particular questions of territory and sovereignty, the several questions upon whose settlement must depend the acceptance of peace by the twenty-three states now engaged in the war, must be discussed and settled, not in general council, but severally by the nations most immediately concerned by interest or neighbourhood. He agrees that the seas should be free, but looks askance at any limitation to that freedom by international action in the interest of the common order. He would without reserve be glad to see economic barriers removed between nation and nation, for that could in no way impede the ambitions of the military party with whom he seems constrained to keep on terms. Neither does he raise objection to a limitation of armaments. That matter will be settled of itself, he thinks, by the economic conditions which must follow the war. But the German colonies, he demands, must be returned without debate. He will discuss with no one but the representatives of Russia what disposition shall be made of the peoples and the lands of the Baltic provinces; with no one but the Government of France the „conditions" under which French territory shall be evacuated; and only with Austria what shall be done with Poland. In the determination of all questions affecting the Balkan states he defers, as I understand him, to Austria and Turkey; and with regard to the agreements to be entered into concerning the non-Turkish peoples of the present Ottoman Empire, to the Turkish authorities themselves. After a settlement all around, effected in this fashion, by individual barter and concession, he would have no objection, if I correctly interpret his statement, to a league of nations which would undertake to hold the new balance of power steady against external disturbance.

It must be evident to everyone who understands what this war has wrought in the opinion and temper of the world that no general peace, no peace worth the infinite sacrifices of these years of tragical suffering, can possibly be arrived at in any such fashion. The method the German Chancellor proposes is the method of the Congress of Vienna. We cannot

and will not return to that. What is at stake now is the peace of the world. What we are striving for is a new international order based upon broad and universal principles of right and justice, — no mere peace of shreds and patches. Is it possible that Count von Hertling does not see that, does not grasp it, is in fact living in his thought in a world dead and gone? Has he utterly forgotten the Reichstag Resolutions of the nineteenth of July, or does he deliberately ignore them? They spoke of the conditions of a general peace, not of national aggrandizement or of arrangements between state and state. The peace of the world depends upon the just settlement of each of the several problems to which I adverted in my recent address to the Congress. I, of course, do not mean that the peace of the world depends upon the acceptance of any particular set of suggestions as to the way in which those problems are to be dealt with. I mean only that those problems each and all affect the whole world: that unless they are dealt with in a spirit of unselfish and unbiased justice, with a view to the wishes, the natural connections, the racial aspirations, the security, and the peace of mind of the peoples involved, no permanent peace will have been ettained. They cannot be discussed separately or in corners. None of them constitutes a private or separate interest from which the opinion of the world may be shut out. Whatever affects that peace affects mankind, and nothing settled by military force, if settled wrong, is settled at all. It will presently have to be reopened.

Is Count von Hertling not aware that he is speaking in the court of mankind, that all the awakened nations of the world now sit in judgment on what every public man, of whatever nation, may say on the issues of a conflict which has spread to every region of the world? The Reichstag Resolutions of July themselves frankly accepted the decisions of that court. There shall be no annexations, no contributions, no punitive damages. Peoples are not to be handed about from one sovereignty to another by an international conference or an understanding between rivals and antagonists. National aspirations must be respected; peoples may now be dominated and governed only by their own consent. „Self-determination" is not a mere phrase. It is an imperative principle of action, which statesmen will henceforth ignore at their peril. We cannot have general peace for the asking, or by the mere arrangements of a peace conference. It cannot be pieced together out of individual understandings between powerful states. All the parties to this war must join in the settlement of every issue anywhere involved in it; because what we are seeking is a peace that we can all unite to guarantee and maintain and every item of it must be submitted to the common judgment whether it be right and fair, an act of justice rather than a bargain between sovereigns.

The United States has no desire to interfere in European affairs or to act as arbiter in European territorial disputes. She would disdain to take advantage of any internal weakness or disorder to impose her own will upon another people. She is quite ready to be shown that the settlements she has suggested are not the best or the most enduring. They are only

her own provisional sketch of the principles and of the way in which they should be applied. But she entered this war because she was made a partner, whether she would or not, in the sufferings and indignities inflicted by the military masters of Germany, against the peace and security of mankind; and the conditions of peace will touch her as nearly as they will touch any other nation to which is entrusted a leading part in the maintenance of civilization. She cannot see her way to peace until the causes of this war are removed, and its renewal rendered as nearly as may be impossible.

This war had its roots in the disregard of the rights of small nations and of nationalities which lacked the union and the force to make good their claim to determine their own allegiances and their own forms of political life. Covenants must now be entered into which will render such things impossible for the future; and those covenants must be backed by the united force of all the nations that love justice and are willing to maintain it at any cost. If territorial hottlements and the political relations of great populations which save not the organized power to resist are to be determined by the contracts of the powerful governments which consider themselves most directly affected, as Count von Hertling proposes, why may not economic questions also? It has come about in the altered world in which we now find ourselves that justice and the rights of peoples affect the whole field of international dealing as much as access to raw materials and fair and equal conditions of trade. Count von Hertling wants the essential bases of commercial and industrial life to be safeguarded by common agreement and guarantee, but he cannot expect that to be conceded him if the other matters to be determined by the articles of peace are not handled in the same way as items in the final accounting. He cannot ask the benefit of common agreement in the one field without according it in the other. I take it for granted that he sees that separate and selfish compacts with regard to trade and the essential materials of manufacture would afford no foundation for peace. Neither, he may rest assured, will separate and selfish compacts with regard to provinces and peoples.

Count Czernin seems to see the fundamental elements of peace with clear eyes and does not seek to obscure them. He sees that an independent Poland, made up of all the indisputably Polish peoples who lie contiguous to one another, is a matter of European concern and must of course be conceded; that Belgium must be evacuated and restored, no matter what sacrifices and concessions that may involve; and that national aspirations must be satisfied, even within his own Empire, in the common interest of Europe and mankind. If he is silent about questions which touch the interest and purpose of his allies more nearly than they touch those of Austria only, it must of course be because he feels constrained, I suppose, to defer to Germany and Turkey in the circumstances. Seeing and conceding, as he does, the essential principles involved and the necessity of candidly applying them, he naturally feels that Austria can respond to the purpose of peace as expressed by the United States with less embarrassment than could Germany. He would probably have gone much farther had it not been

for the embarrassments of Austria's alliances and of her dependence upon Germany.

After all, the test of whether it is possible for either government to go any further in this comparison of views is simple and obvious. The principles to be applied are these:

First, that each part of the final settlement must be based upon the essential justice of that particular case and upon such adjustments as are most likely to bring a peace that will be permanent;

Second, that peoples and provinces are not to be bartered about from sovereignty to sovereignty as if they were mere chattels and pawns in a game, even the great game, now forever discredited, of the balance of power; but that

Third, every territorial settlement involved in this war must be made in the interest and for the benefit of the populations concerned, and not as a part of any mere adjustment or compromise of claims amongst rival states; and

Fourth, that all well defined national aspirations shall be accorded the utmost satisfaction that can be accorded them without introducing new or perpetuating old elements of discord and antagonism that would be likely in time to break the peace of Europe and consequently of the world.

A general peace erected upon such foundations can be discussed. Until such a peace can be secured we have no choice but to go on. So far as we can judge, these principles that we regard as fundamental are already everywhere accepted as imperative except among the spokesmen of the military and annexationist party in Germany. If they have anywhere else been rejected, the objectors have not been sufficiently numerous or influential to make their voices audible. The tragical circumstance is that this one party in Germany is apparently willing and able to send millions of men to their death to prevent what all the world now sees to be just.

I would not be a true spokesman of the people of the United States if I did not say once more that we entered this war upon no small occasion, and that we can never turn back from a course chosen upon principle. Our resources are in part mobilized now, and we shall not pause until they are mobilized in their entirety. Our armies are rapidly going to the fighting front and will go more and more rapidly. Our whole strength will be put into this war of emancipation, — emancipation from the threat and attempted mastery of selfish groups of autocratic rulers, — whatever the difficulties and present partial delays. We are indomitable in our power of independent action and can in no circumstances consent to live in a world governed by intrigue and force. We believe that our own desire for a new international order under which reason and justice and the common interests of mankind shall prevail is the desire of enlightened men everywhere. Without that new order the world will be without peace and human life will lack tolerable conditions of existence and development. Having set our hand to the task of achieving it, we shall not turn back.

I hope it is not necessary for me to add that no word of what I have said is intended as a threat. That is not the temper of our people.

I have spoken thus only that the whole world may know the true spirit of America, — that men everywhere may know that our passion for justice and for self-government is no mere passion of words but a passion which, once set in action, must be satisfied. The power of the United States is a menace to no nation or people. It will never be used in aggression or for the aggrandizement of any selfish interest of our own. It springs out of freedom and is for the service of freedom.

3.

Discours prononcé à Mount Vernon le 4 juillet 1918.

Gentlemen of the Diplomatic Corps and my Fellow Citizens:

I am happy to draw apart with you to this quiet place of old counsel in order to speak a little of the meaning of this day of our nation's independence. The place seems very still and remote. It is as serene and untouched by the hurry of the world as it was in those great days long ago when General Washington was here and held leisurely conference with the men who were to be associated with him in the creation of a nation. From these gentle slopes they looked out upon the world and saw it whole, saw it with the light of the future upon it, saw it with modern eyes that turned away from a past which men of liberated spirits could no longer endure. It is for that reason that we cannot feel, even here, in the immediate presence of this sacred tomb, that this is a place of death. It was a place of achievement. A great promise that was meant for all mankind was here given plan and reality. The associations by which we are here surrounded are the inspiriting associations of that noble death which is only a glorious consummation. From this green hillside we also ought to be able to see with comprehending eyes the world that lies around us and conceive anew the purpose that must set men free.

It is significant—significant of their own character and purpose and of the influences they were setting afoot—that Washington and his associates, like the Barons at Runnymede, spoke and acted, not for a class, but a people. It has been left for us to see to it that it shall be understood that they spoke and acted, not for a single people only, but for all mankind. They were thinking not of themselves and of the material interests which centred in the little groups of landholders and merchants and men of affairs with whom they were accustomed to act, in Virginia and the colonies to the north and south of her, but of a people which wished to be done with classes and special interests and the authority of men whom they had not themselves chosen to rule over them. They entertained no private purpose, desired no peculiar privilege. They were consciously planning that men of every class should be free and America a place to which men out of every nation might resort who wished to share with them the rights and privileges of free men. And we take our cue from them — do we not? We intend what they intended.

We here in America believe our participation in this present war to be only the fruitage of what they planted. Our case differs from theirs only in this, that it is our inestimable privilege to concert with men out of every nation who shall make not only the liberties of America secure but the liberties of every other people as well. We are happy in the thought that we are permitted to do what they would have done had they been in our place. There must now be settled, once for all, what was settled for America in the great age upon whose inspiration we draw today. This is surely a fitting place from which calmly to look out upon our task, that we may fortify our spirits for its accomplishment. And this is the appropriate place from which to avow, alike to the friends who look on and to the friends with whom we have the happiness to be associated in action, the faith and purpose with which we act.

This, then, is our conception of the great struggle in which we are engaged. The plot is written plain upon every scene and every act of the supreme tragedy. On the one hand stand the peoples of the world — not only the peoples actually engaged, but many others also who suffer under mastery but cannot act; peoples of many races and in every part of the world—the people of stricken Russia still among the rest, though they are for the moment unorganized and helpless. Opposed to them, masters of many armies, stands an isolated, friendless group of Governments who speak no common purpose, but only selfish ambitions of their own, by which none can profit but themselves, and whose peoples are fuel in their hands; Governments which fear their people, and yet are for the time being sovereign lords, making every choice for them and disposing of their lives and fortunes as they will, as well as of the lives and fortunes of every people who fall under their power — Governments clothed with the strange trappings and the primitive authority of an age that is altogether alien and hostile to our own. The Past and the Present are in deadly grapple, and the peoples of the world are being done to death between them.

There can be but one issue. The settlement must be final. There can be no compromise. No halfway decision would be tolerable. No halfway decision is conceivable. These are the ends for which the associated peoples of the world are fighting and which must be conceded them before there can be peace:

I. The destruction of every arbitrary power anywhere that can separately, secretly, and of its single choice disturb the peace of the world; or, if it cannot be presently destroyed, at the least its reduction to virtual impotence.

II. The settlement of every question, whether of territory, of sovereignty, of economic arrangement, or of political relationship, upon the bases of the free acceptance of that settlement by the people immediately concerned, and not upon the bases of the material interest or advantage of any other nation or people

which may desire a different settlement for the sake of its own exterior influence or mastery.

III. The consent of all nations to be governed in their conduct toward each other by the same principles of honor and of respect for the common law of civilized society that govern the individual citizens of all modern States in their relations with one another: to the end that all promises and covenants may be sacredly observed, no private plots or conspiracies hatched, no selfish injuries wrought with impunity, and a mutual trust established upon the handsome foundation of a mutual respect for right.

IV. The establishment of an organization of peace which shall make it certain that the combined power of free nations will check every invasion of right and serve to make peace and justice the more secure by affording a definite tribunal of opinion to which all must submit and by which every international readjustment that cannot be amicably agreed upon by the peoples directly concerned shall be sanctioned.

These great objects can be put into a single sentence. What we seek is the reign of law, based upon the consent of the governed and sustained by the organized opinion of mankind.

These great ends cannot be achieved by debating and seeking to reconcile and accommodate what statesmen may wish with their projects for balances of power and of national opportunity. They can be realized only by the determination of what the thinking peoples of the world desire, with their longing hope for justice and for social freedom and opportunity.

I can fancy that the air of this place carries the accents of such principles with a peculiar kindness. Here were started forces which the great nation against which they were primarily directed at first regarded as a revolt against its rightful authority, but which it has long since seen to have been a step in the liberation of its own people as well as of the people of the United States; and I stand here now to speak — speak proudly and with confident hope — of the spread of this revolt, this liberation, to the great stage of the world itself! The blinded rulers of Prussia have aroused forces they knew little of — forces which, once roused, can never be crushed to earth again; for they have at their heart an inspiration and a purpose which are deathless and of the very stuff of triumph!

4.

Discours prononcé à New-York, le 27 septembre 1918.

My Fellow Citizens:

I am not here to promote the Loan. That will be done — ably and enthusiastically done — by the hundreds of thousands of loyal and tireless men and women who have undertaken to present it to you and to our fellow citizens throughout the country, and I have not the least

doubt of their complete success; for I know their spirit and the spirit of the country. My confidence is confirmed too by the thoughtful and experienced cooperation of the bankers here and everywhere, who are lending their invaluable aid and guidance. I have come rather to seek an opportunity to present to you some thoughts which I trust will serve to give you in perhaps fuller measure than before a vivid sense of the great issue involved in order that you may appreciate and accept with added enthusiasm the grave significance of the duty of supporting the Government by your men and your means to the utmost point of sacrifice and self-denial. No man or woman who has really taken in what this war means can hesitate to give to the very limit of what they have; and it is my mission here tonight to try to make it clear once more what the war really means. You will need no other stimulation or reminder of your duty.

At every turn of the war we gain a fresh consciousness of what we mean to accomplish by it. When our hope and expectation are most excited we think more definitely than before of the issues that hang upon it and of the purposes which must be realized by means of it. For it has positive and well-defined purposes which we did not determine and which we cannot alter. No statesman or assembly created them: no statesman or assembly can alter them. They have arisen out of the very nature and circumstances of the war. The most that statesmen or assemblies can do is to carry them out or be false to them. They were perhaps not clear at the outset, but they are clear now. The war has lasted more than four years and the whole world has been drawn into it. The common will of mankind has been substituted for the particular purposes of individual states. Individual statesmen may have started the conflict, but neither they nor their opponents can stop it as they please. It has become a peoples' war, and peoples of all sorts and races, of every degree of power and variety of fortune, are involved in its sweeping processes of change and settlement.

We came into it when its character had become fully defined and it was plain that no nation could stand apart or be indifferent to its outcome. Its challenge drove to the heart of everything we cared for and lived for. The voice of the war had become clear and gripped our hearts. Our brothers from many lands as well as our own murdered dead under the sea were calling to us, and we responded fiercely and of courage. The air was clear about us. We saw things in their full convincing proportions as they were, and we have seen them with steady eyes and unchanging comprehension ever since. We accepted the issues of the war as facts, not as any group of men either here or elsewhere had defined them, and we can accept no outcome which does not squarely meet and settle them. These issues are these:

Shall the military power of any nation or group of nations be suffered to determine the fortunes of peoples over whom they have no right to rule except the right of force?

Shall strong nations be free to wrong weak nations and make them subject to their purposes and interest?

Shall peoples be ruled and dominated, even in their own internal affairs, by arbitrary and irresponsible force or by their own will and choice?

Shall there be a common standard of right and privilege for all peoples and nations or shall the strong do as they will and the weak suffer without redress?

Shall the assertion of right be haphazarded by casual alliance or shall there be a common concert to oblige the observance of common rights?

No man, no group of men, chose these to be the issues of the struggle. They are the issues of it; and they must be settled — by no arrangement or compromise or adjustment of interests, but definitely and once for all and with a full and unequivocal acceptance of the principle that the interest of the weakest is as sacred as the interest of the strongest. This is what we mean when we speak of a permanent peace, if we speak sincerely, intelligently, and with a real knowledge and comprehension of the matter we deal with.

We are all agreed that there can be no peace obtained by any kind of bargain or compromise with the Governments of the Central Empires, because we have dealt with them already and have seen them deal with other Governments that were parties to this struggle, at Brest-Litovsk and Bucharest. They have convinced us that they are without honor and do not intend justice. They observe no covenants, accept no principle but force and their own interest. We cannot „come to terms" with them. They have made it impossible. The German people must by this time be fully aware that we cannot accept the word of those who forced this war upon us. We do not think the same thoughts or speak the same language of agreement.

It is of capital importance that we should also be explicitly agreed that no peace shall be obtained by any kind of compromise or abatement of the principles we have avowed as the principles for which we are fighting. There should exist no doubt about that. I am, therefore, going to take the liberty of speaking with the utmost frankness about the tactical implications that are involved in it.

If it be indeed and in truth the common objects of the Governments associated against Germany and of the nations whom they govern, as I believe it to be, to achieve by the coming settlements a secure and lasting peace, it will be necessary that all who sit down at the peace table shall come ready and willing to pay the price, the only price that will procure it; and ready and willing, also, to create in some virile fashion the only instrumentality by which it can be made certain that the agreements of the peace will be honored and fulfilled. That price is impartial justice in every item of the settlement, no matter whose interest is crossed; and not only impartial justice but also the satisfaction of the several peoples whose fortunes are dealt with. That indispensible instrumentality is a League of Nations formed under covenants that will be efficacious. With-

out such an instrumentality, by which the peace of the world can be guaranteed, peace will rest in part upon the word of outlaws, and only upon that word. For Germany will have to redeem her character, not by what happens at the peace table but what follows.

And, as I see it, the constitution of that League of Nations and the clear definition of its objects must be a part, is in a sense the most essential part, of the peace settlement itself. It cannot be formed now. If formed now it would be merely a new alliance confined to the nations associated against a common enemy. It is not likely that it could be formed after the settlement. It is necessary to guarantee the peace; and the peace cannot be guaranteed as an afterthought. The reason, to speak in plain terms again, why it must be guaranteed is that there will be parties to the peace whose promises have proven untrustworthy, and means must be found in connection with the peace settlement itself to remove that source of insecurity. It would be folly to leave the guarantee to the subsequent voluntary action of the Governments we have seen destroy Russia and deceive Roumania.

But these general terms do not disclose the whole matter. Some details are needed to make them sound less like a thesis and more like a practical program. These, then, are some of the particulars, and I state them with the greater confidence because I can state them authoritatively as representing this Government's interpretation of its own duty with regard to peace:

first, the impartial justice meted out must involve no discrimination between those to whom we wish to be just and those to whom we do not wish to be just. It must be a justice that plays no favorites and knows no standards but the equal rights of the several peoples concerned;

second, no special or separate interest of any single nation or any group of nations can be made the bases of any part of the settlement which is not consistent with the common interest of all;

third, there can be no leagues or alliances or special covenants and understandings within the general and common family of the League of Nations;

fourth, and more specifically, there can be no special, selfish economic combinations within the League, and no employment of any form of economic boycott or exclusion except as the power of economic penalty by exclusion from the markets of the world may be vested in the League of Nations itself as a means of discipline and control;

fifth, all international agreements and treaties of every kind must be made known in their entirety to the rest of the world.

Special alliances and economic rivalries and hostilities have been the prolific source in the modern world of the plans and passions that produce war. It would be an insincere as well as an insecure peace that did not exclude them in definite and binding terms.

The confidence with which I venture to speak for our people in these matters does not spring from our traditions merely and the well known principles of international action which we have always professed and followed. In the same sentence in which I say that the United States will enter into no special arrangements or understandings with particular nations let me say also that the United States is prepared to assume its full share of responsibility for the maintenance of the common covenants and understandings upon which peace must henceforth rest. We still read Washington's immortal warning against „entangling alliances" with full comprehension and an answering purpose. But only special and limited alliances entangle; and we recognize and accept the duty of a new day in which we are permitted to hope for a general alliance which will avoid entanglements and clear the air of the world for common understandings and the maintenance of common rights.

I have made this analysis of the international situation which the war has created not, of course, because I doubted whether the leaders of the great nations and peoples with whom we are associated were of the same mind and entertained a like purpose, but because the air every now and again gets darkened by mists and groundless doubting and mischievous perversions of counsel and it is necessary once and again to sweep all the irresponsible talk about peace intrigues and weakening moral and doubtful purposes on the part of those in authority utterly, and if need be unceremoniously aside and say things in the plainest words that can be found, even when it is only to say over again what has been said before, quite as plainly, if in less varnished terms.

As I have said, neither I nor any other man in governmental authority created or gave form to the issues of this war. I have simply responded to them with such vision as I could command. But I have responded gladly and with a resolution that has grown warm and more confident as the issues have grown clearer and clearer. It is now plain that they are issues which no man can pervert unless it be wilfully. I am bound to fight for them, and fight for them as time and circumstance have revealed them to me as to all the world. Our enthusiasm for them grows more and more irresistible as they stand out in more and more vivid and unmistakeable outline.

And the forces that fight for them draw into closer and closer array, organize their millions into more and more unconquerable might, as they become more and more distinct to the thought and purpose of the peoples engaged. It is the peculiarity of this great war that while statesmen have seemed to cast about for definitions of their purpose and have sometimes seemed to shift their ground and their point of view, the thought of the mass of men, whom statesmen are supposed te instruct and lead, has grown more and more unclouded, more and more certain of what it is that they are fighting for. National purposes have fallen more and more into the background and the common purpose of enlightened mankind has taken their place. The counsels of plain men have become on all hands more

simple and straightforward and more unified than the counsels of sophisticated men of affairs, who still retain the impression that they are playing a game of power and playing for high stakes. That is why I have said that this is a peoples' war, not a statesmen's. Statesmen must follow the clarified common thought or be broken.

I take that to be the significance of the fact that assemblies and associations of many kinds made up of plain workaday people have demanded, almost every time they came together, and are still demanding, that the leaders of their Governments declare to them plainly what it is, exactly what it is, that they were seeking in this war and what they think the items of their final settlement should be. They are not yet satisfied with what they have been told. They still seem to fear that they are getting what they ask for only in statemen's terms — only in the terms of territorial arrangements and discussions of power, and not in terms of broadvisioned justice and mercy and peace and the satisfaction of these deep-seated longings of oppressed and distracted men and women and enslaved peoples that seem to them the only things worth fighting a war for that engulfs the world. Perhaps statesmen have not always recognized this changed aspect of the whole world of policy and action. Perhaps they have not always spoken in direct reply to the question asked because they did not know how searching these questions were and what sort of answers they demanded.

But I, for one, am glad to attempt the answer again and again, in the hope that I may make it clearer and clearer that my one thought is to satisfy those who struggle in the ranks and are, perhaps above all others, entitled to a reply whose meaning no one can have any excuse for misunderstanding, if he understands the language in which it is spoken or can get someone to translate it correctly into his own. And I believe that the leaders of the Governments with which we are associated will speak, as they have occasion, as plainly as I have tried to speak. I hope that they will feel free to say whether they think that I am in any degree mistaken in my interpretation of the issues involved or in my purpose with regard to the means by which a satisfactory settlement of these issues may be obtained. Unity of purpose and of counsel are as imperatively necessary in this war as was unity of command in the battlefield; and with perfect unity of purpose and counsel will come assurance of complete victory. It can be had in no other way. „Peace drives" can be effectively neutralized and silenced only by showing that every victory of the nations associated against Germany brings the nations nearer the sort of peace which will bring security and reassurance to all people and make the recurrence of another such struggle of pitiless force and bloodshed forever impossible, and that nothing else can. Germany is constantly intimating the „terms" she will accept and always finds that the world does not want terms of peace. It wishes the final triumph of justice and fair dealing.

10.

FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, TURQUIE.

Convention d'armistice; signée à Moudros, le 30 octobre 1918.

Ministère des affaires étrangères. Guerre européenne. Documents 1918. Paris 1919.

Conditions of an Armistice agreed to and concluded between

Vice Admiral the Honourable Sir Somerset Arthur Gough Calthorpe, British Commander-in-Chief of the Mediterranean Station, acting under authority from the British Government, in agreement with their Allies

And

His Excellency Raouf Bey, Turkish Minister of Marine,

His Excellency Rechad Hikmet Bey, Turkish Under-Secretary for Foreign Affairs,

Lieutenant-Colonel Saadullah Bey, Turkish General Staff, acting under authority from the Turkish Government:

One. Opening of Dardanelles and Bosphorus and secure access to the Black Sea.

Allied occupation of Dardanelles and Bosphorus forts.

Two. Positions of all minefields, torpedo tubes and other obstructions in Turkish waters to be indicated and assistance given to swepp or remove them as may be required.

Three. All available information as to mines in the Black Sea to be communicated.

Four. All Allied prisoners of war and Armenian interned persons and prisoners to be collected in Constantinople and handed over unconditionally to the Allies.

Five. Immediate demobilisation of the Turkish Army except for such troops as are required for surveillance of frontiers and for the maintenance of internal order (Number of effectives and their disposition to be determined later by the Allies after consultation with the Turkish Government).

Six. Surrender of all war vessels in Turkish Waters or in waters occupied by Turkey; these ships to be interned at such Turkish port or ports as may be directed, except such small vessels as are required for police or similar purposes in Turkish territorial waters.

Seven. The Allies to have the right to occupy any strategic points in the event of a situation arising which threatens the security of the Allies.

Eight. Free use by the Allied ships of all ports and anchorages now in Turkish occupation and denial of their use by the enemy. Similar conditions to apply to Turkish mercantile shipping in Turkish waters for purposes of trade and the demobilisation of the army.

Nine. Use of all ship repair facilities at all Turkish ports and arsenals.

Ten. Allied occupation of the Taurus tunnel system.

Eleven. Immediate withdrawal of Turkish Troops from Northwest Persia to behind the pre-war frontier has already been ordered and will be carried out.

Part of Trans Caucasia has already been ordered to be evacuated by Turkish Troops, the remainder to be evacuated if required by the Allies after they have studied the situation there.

Twelve. Wireless telegraphy and cable stations to be controlled by the Allies, Turkish Government messages excepted.

Thirteen. Prohibition to destroy any naval, military or commercial material.

Fourteen. Facilities to be given for the purchase of coal and oil fuel and naval material from Turkish sources after the requirements of the country have been met.

None of the above material to be exported.

Fifteen. Allied Control Officers to be placed on all railways, including such portions of Trans Caucasian railways now under Turkish control, which must be placed at the free and complete disposal of the Allied authorities, due consideration being given to the needs of the population.

This clause to include Allied occupation of Batoum. Turkey will raise no objection to the occupation of Baku by the Allies.

Sixteen. Surrender of all garrisons in Hejas, Assir, Yemen, Syria and Mesopotamia to the nearest Allied Commander, and the withdrawal of troops from Cilicia, except those necessary to maintain order, as will be determined under clause *Five.*

Seventeen. Surrender of all Turkish Officers in Tripolitania and Cyrenaica to the nearest Italian garrison. Turkey guarantees to stop supplies and communications with these Officers if they do not obey the order to surrender.

Eighteen. Surrender of all ports occupied in Tripolitania and Cyrenaica, including Misurata, to the nearest Allied garrison.

Nineteen. All Germans and Austrians, naval, military, and civilian, to be evacuated within one month from Turkish dominions; those in remote districts as soon after as may be possible.

Twenty. Compliance with such orders as may be conveyed for the disposal of the equipment, arms and ammunition, including transport, of that portion of the Turkish army which is demobilised under clause *Five.*

Twenty-one. An Allied representative to be attached to the Turkish Ministry of Supplies in order to safeguard Allied interests. This representative to be furnished with all information necessary for this purpose.

Twenty-two. Turkish prisoners to be kept at the disposal of the Allied Powers. The release of Turkish civilian prisoners over military age to be considered.

Twenty-three. Obligation on the part of Turkey to cease all relations with the Central Powers.

Twenty-four. In case of disorder in the six Armenian vilayets the Allies reserve to themselves the right to occupy any part of them.

Twenty-five. Hostilities between the Allied and Turkey shall cease from noon, local time, on Thursday, 31st october 1918.

Signed in duplicate on board His Britannic Majesty's Ship „Agamemnon" at Port Mudros, Lemnos, the 30th october 1918.

Signed: *Arthur Calthorpe.* Signed: *Hussein Raouf.*
Rechad Hikmet.
Saadullah.

(Traduction de l'anglais.)

Conditions de l'Armistice conclu entre:

le Vice-Amiral Honorable Sir Somerset Arthur Gough Calthorpe, Commandant en chef britannique, dûment autorisé par le Gouvernement britannique en accord avec ses Alliés

et

Son Excellence Raouf Bey, Ministre de la Marine de Turquie,

Son Excellence Rechad Hikmet Bey, Sous-Secrétaire d'Etat aux Affaires étrangères de Turquie,

le Lieutenant-Colonel Saadullah Bey, de l'Etat-Major général turc, dûment autorisés par le Gouvernement ottoman:

1. Ouverture des Dardanelles et du Bosphore et libre accès à la Mer Noire.

Occupation par les Alliés des forts des Dardanelles et du Bosphore.

2. L'emplacement de tous les champs de mines, tubes lance-torpilles et autres obstacles dans les eaux turques devra être indiqué et toute l'aide, qui pourra être exigée, sera prêtée pour le dragage ou l'enlèvement desdits obstacles.

3. Communication de tous les renseignements disponibles au sujet des mines dans la Mer Noire.

4. Tous les prisonniers de guerre alliés et tous les internés et prisonniers arméniens seront rassemblés à Constantinople et remis aux Alliés sans condition.

5. Démobilisation immédiate de l'armée turque, excepté les troupes nécessaires pour la surveillance des frontières et le maintien de l'ordre à l'intérieur. (Les effectifs de ces troupes et leur utilisation seront déterminés ultérieurement par les Alliés après que le Gouvernement turc aura été consulté.)

6. Reddition de tous les bâtiments de guerre actuellement dans les eaux turques ou dans les eaux occupées par les Turcs. Ces navires seront internés dans le port ou les ports turcs qui seront déterminés, exception faite pour les petits bâtiments qui sont nécessaires pour la police ou pour tout autre but semblable dans les eaux territoriales ottomanes.

7. Les Alliés auront le droit d'occuper tous points stratégiques dans le cas où un état de choses menaçant pour la sécurité des Alliés viendrait à se produire.

8. Libre usage pour les navires alliés de tous les ports et mouillages actuellement occupés par les Turcs et interdiction pour l'ennemi de se servir de ces ports et mouillages. Les mêmes conditions seront appliquées aux navires marchands ottomans dans les eaux turques en vue du commerce et de la démobilisation.

9. Utilisation de tous les moyens de réparation pour les navires dans tous les ports et arsenaux turcs.

10. Occupation par les Alliés du système des tunnels du Taurus.

11. Le retrait immédiat des troupes turques du Nord-Ouest de la Perse sur une ligne en arrière des frontières d'avant-guerre a déjà été ordonné et devra s'opérer.

Les troupes turques ont déjà reçu l'ordre d'évacuer une partie de la Transcaucasie; le reste de ce pays sera évacué si les Alliés l'exigent, après qu'ils auront étudié la situation dans ce pays.

12. Les postes de télégraphie sans fil et les stations de câbles seront placés sous le contrôle des Alliés, sauf en ce qui concerne les messages du Gouvernement ottoman.

13. Toute destruction de matériel naval, militaire ou commercial est interdite.

14. Des facilités devront être données en vue de l'achat de charbon, d'huile combustible et de matériel naval provenant de sources turques, après qu'il aura été pourvu au besoin de la consommation du pays.

Aucune des matières ci-dessus énumérées ne pourra être exportée.

15. Des agents de contrôle alliés seront placés sur tous les chemins de fer, y compris les portions des chemins de fer transcaucasiens qui sont actuellement sous le contrôle des Turcs, qui doivent être mis à la libre et entière disposition des autorités alliées en tenant compte des besoins de la population.

L'article ci-dessus comporte l'occupation de Batoum par les Alliés. La Turquie ne devra élever aucune protestation contre l'occupation de Bakou par les Alliés.

16. Reddition de toutes les garnisons du Hedjaz, Assir, Yemen, de la Syrie et de la Mésopotamie au Commandement allié le plus rapproché et retrait des troupes de Cilicie, exception faite pour celles qui sont nécessaires au maintien de l'ordre, ainsi que cela sera déterminé conformément à l'article 5.

17. Reddition de tous les officiers turcs en Tripolitaine et en Cyrénaïque à la garnison italienne la plus rapprochée. La Turquie s'engage à faire cesser tout envoi d'approvisionnements à ces officiers et à arrêter toute communication avec eux, s'ils n'obéissent pas à l'ordre qui leur sera donné de se rendre.

18. Reddition de tous les ports occupés en Tripolitaine et en Cyrénaïque, y compris Misurata, à la garnison alliée la plus rapprochée.

19. Tous les Allemands ou Autrichiens, marins, soldats ou civils, seront, dans le délai d'un mois, évacués des possessions turques; ceux qui

résident dans des districts éloignés seront évacués, aussitôt que cela sera possible, après l'expiration du délai ci-dessus.

20. Exécution de tous les ordres qui pourront être donnés en ce qui concerne la disposition de l'équipement, des armes et des munitions, y compris le transport, de la partie de l'armée turque qui sera démobilisée conformément à l'article 5.

21. Un représentant allié sera attaché au Ministère turc du ravitaillement à l'effet de sauvegarder les intérêts des Alliés. Tous les renseignements nécessaires à cet effet devront être communiqués à ce représentant.

22. Les prisonniers turcs seront gardés à la disposition des Puissances alliées.

La question de l'élargissement des internés civils turcs ayant dépassé l'âge de porter les armes sera étudiée.

23. Obligation pour la Turquie de cesser toute relation avec les Puissances centrales.

24. Dans le cas où des désordres se produiraient dans les six vilayets arméniens, les Alliés se réservent le droit d'occuper toute portion desdits vilayets.

25. Les hostilités entre les Alliés et la Turquie cesseront à compter du jeudi 31 octobre 1918, à midi, heure locale.

Signé en double exemplaire à bord du navire de Sa Majesté Britannique *Agamemnon* dans le port de Moudros, Lemnos, le 30 octobre 1918.

Signé: *Arthur Calthorpe.*

Signé: *Hussein Raouf.*
Rechad Hikmet.
Saadullah.

11.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, AUTRICHE-HONGRIE.

Convention d'armistice; signée le 3 novembre 1918.

Ministère des affaires étrangères. Guerre européenne. Documents 1918. Paris 1919.

Protocole des conditions d'armistice entre les Puissance alliées et associées et l'Autriche-Hongrie.

I

Clauses Militaires.

Annexes: 1 Protocole avec croquis.

1. Cessation immédiate des hostilités sur terre, sur mer et dans l'air.

2. Démobilisation totale de l'armée austro-hongroise et retrait immédiat de toutes les unités qui opèrent sur le front de la Mer du Nord à la Suisse.

Il ne sera maintenu sur le territoire austro-hongrois, dans les limites ci-dessous indiquées au paragraphe 3, comme forces militaires austro-hongroises, qu'un maximum de 20 divisions réduites à l'effectif du pied de paix d'avant-guerre.

La moitié du matériel total d'artillerie divisionnaire, d'artillerie de corps d'armée, ainsi que l'équipement correspondant, en commençant par tout ce qui se trouve sur les territoires à évacuer par l'armée austro-hongroise, devra être réuni entre des points à fixer par les Alliés et les Etats-Unis d'Amérique pour leur être livré.

3. Evacuation de tout territoire envahi par l'Autriche-Hongrie depuis le début de la guerre et retrait des forces austro-hongroises dans un délai à déterminer par les Généraux commandant en chef les forces alliées sur les différents fronts, au delà d'une ligne fixée comme suit:

Du Piz Umbrail jusqu'au nord du Stelvio, elle suivra la crête des Alpes Rhétiennes jusqu'aux sources de l'Adige et de l'Eisach, passant alors par les monts Reschen et Brenner et sur les hauteurs de l'Oetz et du Ziller.

La ligne ensuite se dirigera vers le Sud, traversera le Mont Toblach et rejoindra la frontière actuelle des Alpes Carniques. Elle suivra cette frontière jusqu'au Mont Tarvis, et, après le Mont Tarvis, la ligne de partage des eaux des Alpes Juliennes par le Col Prédil, le Mont Mangart, le Tricorno (Terglou) et la ligne de partage des eaux des Cols de Podberdo, de Podlaniscam et d'Idria. A partir de ce point, la ligne suivra la direction du Sud-Est vers le Schneeberg, laissant en dehors d'elle tout le bassin de la Save et de ses tributaires; du Schneeberg, la ligne descendra vers la côte, de manière à inclure Castua, Mattuglia et Volosca dans les territoires évacués.

Elle suivra également les limites administratives actuelles de la province de Dalmatie, en y comprenant, au Nord, Lisarica et Tridania et au Sud, jusqu'à une ligne partant sur la côte du Cap Planka et suivant vers l'Est les sommets des hauteurs formant la ligne de partage des eaux, de manière à comprendre dans les territoires évacués toutes les vallées et cours d'eau descendant vers Sebenico, comme la Cicola, la Kerka, la Butisnica et leurs affluents. Elle enfermera aussi toutes les îles situées au Nord et à l'Ouest de la Dalmatie depuis Prémuda, Selve, Ulbo, Scherda, Maon, Pago et Puntadura au Nord, jusqu'à Meleda au Sud, en y comprenant Sant'Andrea, Busi, Lissa, Lesina, Tercola, Curzola, Cazza et Lagosta, ainsi que les rochers et îlots environnants, et Pelagosa, à l'exception seulement des îles Grande de Petite Zirona, Bua, Solta et Brazza.

Tous les territoires ainsi évacués seront occupés par les forces des Alliés et des Etats-Unis d'Amérique.

Maintien sur place de tout le matériel militaire et de chemin de fer ennemi qui se trouve sur les territoires à évacuer.

Livraison aux Alliés et aux Etats-Unis de tout ce matériel (approvisionnements de charbon et autres compris) suivant les instructions de détail données par les Généraux commandant en chef les forces des Puissances associées sur les différents fronts.

Aucune destruction nouvelle, ni pillage, ni réquisition nouvelle par les troupes ennemies dans les territoires à évacuer par l'ennemi et à occuper par les forces des Puissances associées.

4. Possibilité pour les armées des Puissances associées de se mouvoir librement par l'ensemble des routes, chemins de fer et voies fluviales des territoires austro-hongrois nécessaires.

Occupation par les armées des Puissances associées de tous points stratégiques en Autriche-Hongrie et à tous moments jugés nécessaires par ces Puissances, pour rendre possibles toutes opérations militaires et pour maintenir l'ordre.

Droit de réquisition contre payement pour les armées des Puissances associées dans tous les territoires où elles se trouveront.

5. Complète évacuation, dans un délai de 15 jours, de toutes troupes allemandes, non seulement des fronts d'Italie et des Balkans, mais de tous territoires austro-hongrois.

Internement de toutes troupes allemandes qui n'auraient pas quitté avant ce délai le territoire austro-hongrois.

6. Les territoires austro-hongrois évacués seront provisoirement administrés par les autorités locales sous le contrôle des troupes alliées ou associées d'occupation.

7. Rapatriement immédiat, sans réciprocité, de tous les prisonniers de guerre, sujets alliés internés et populations civiles évacuées, dans les conditions à fixer par les Généraux commandant en chef les armées des Puissances alliées sur les fronts.

8. Les malades et blessés inévacuables seront soignés par du personnel austro-hongrois qui sera laissé sur place avec le matériel nécessaire.

II.

Clauses Navales.

I. Cessation immédiate de toutes hostilités sur mer et indications précises de l'emplacement et des mouvements de tous les bâtiments austro-hongrois.

Avis sera donné aux neutres de la liberté concédée à la navigation des marines de guerre et de commerce des Puissances alliées et associées dans toutes les eaux territoriales, sans soulever des questions de neutralité.

II. Livraison aux Alliés et aux Etats-Unis d'Amérique de 15 sous-marins austro-hongrois achevés de 1910 à 1918 et de tous les sous-marins allemands se trouvant ou pouvant pénétrer dans les eaux territoriales austro-hongroises. Désarmement complet et démobilisation de tous les autres sous-marins austro-hongrois, qui devront rester sous la surveillance des Alliés et des Etats-Unis d'Amérique.

III. Livraison aux Alliés et aux Etats-Unis d'Amérique, avec leur armement et équipement complets, de 3 cuirassés, 3 croiseurs légers, 9 destroyers, 12 torpilleurs, 1 mouilleur de mines, 6 monitors du Danube à désigner par les Alliés et les Etats-Unis d'Amérique.

Tous les autres bâtiments de guerre de surface (y compris ceux de rivière) devront être concentrés dans les bases navales austro-hongroises qui seront désignées par les Alliés et les Etats-Unis d'Amérique et devront être démobilisés et complètement désarmés et placés sous la surveillance des Alliés et des Etats-Unis d'Amérique.

IV. Liberté de navigation de tous les bâtiments des marines de guerre et de commerce des Puissances alliées et associées dans l'Adriatique, y compris les eaux territoriales, sur le Danube et ses affluents en territoire austro-hongrois.

Les Alliés et les Puissances associées auront le droit de draguer tous les champs de mines et détruire les obstructions dont l'emplacement devra leur être indiqué.

Pour assurer la liberté de navigation sur le Danube, les Alliés et les Etats-Unis d'Amérique pourront occuper ou démanteler tous les ouvrages fortifiés et de défense.

V. Maintien du blocus des Puissances alliées et associées dans les conditions actuelles; les navires austro-hongrois trouvés en mer restent sujets à capture, sauf les exceptions qui seront admises par une Commission qui sera désignée par les Alliés et les Etats-Unis d'Amérique.

VI. Groupement et immobilisation dans les bases austro-hongroises désignées par les Alliés et les Etats-Unis d'Amérique de toutes les forces aériennes navales.

VII. Evacuation de toute la côte italienne et de tous les ports occupés par l'Autriche-Hongrie en dehors de son territoire national et abandon de tout le matériel flottant, matériel naval, équipement et matériel pour voie navigable de tout ordre.

VIII. Occupation par les Alliés et les Etats-Unis d'Amérique des fortifications de terre et de mer et des îles constituant la défense de Pola, ainsi que des chantiers et de l'Arsenal.

IX. Restitution de tous les navires de commerce des Puissances alliées et associées détenus par l'Autriche-Hongrie.

X. Interdiction de toute destruction des navires ou de matériel avant évacuation, livraison ou restitution.

XI. Restitution, sans réciprocité, de tous les prisonniers de guerre des marines de guerre et de commerce des Puissances alliées et associées au pouvoir des Austro-Hongrois.

Les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés, déclarent approuver les conditions sus-indiquées.

3 novembre 1918.

Les Représentants du Commandement suprême de l'Armée austro-hongroise,

f. to. *Victor Weber Edler von Webenau*,
Karl Schneller,
Y. von Liechtenstein,

Les Représentants du Commandement suprême de l'Armée italienne,

f. to. Ten. Gen. *Pietro Badoglio*,
Magg. Gen. *Scipione Scipioni*,
Colonn. *Tullio Marchetti*,

J. V. Nyekhegyi,
Zwierkowski,
Victor Freiherr von Seiller,
Kamillo Ruggera.

Colonn. *Pietro Gazzera,*
„ *Pietro Maravigna,*
„ *Alberto Pariani,*
Cap. Vasc. *Francesco Accinni.*

Nota. Dans le texte de l'Armistice, après le paragraphe XI, on a écrit par main les mots suivants: „On reconnaît l'adjonction de cinq mots écrits par main dans la premiére page". Il s'agit de la phrase: „Annexes: 1 Protocole avec croquis".

Protocole annexe contenant les détails et les clauses d'exécution de certains points de l'Armistice entre les Puissances alliées et associées et l'Autriche-Hongrie.

I.

Clauses Militaires.

1. Les hostilités par terre, par mer et dans l'air cesseront sur tous les fronts de l'Autriche-Hongrie 24 heures après la signature de l'armistice, c'est-à-dire à 15 heures du 4 novembre (heure de l'Europe centrale).

A partir de ce moment, les troupes italiennes et associées s'abstiendront d'avancer au delà de la ligne jusqu'à ce moment rejointe.

Les troupes austro-hongroises et les troupes des Pays alliés à l'Autriche-Hongrie devront se retirer à une distance d'au moins 3 kilomètres en ligne d'air de la ligne rejointe par les troupes italiennes ou par les troupes des Pays alliés et associés. Les habitants de la zone de 3 kilomètres comprise entre les deux lignes susindiquées pourront s'adresser, pour obtenir les ravitaillements nécessaires, à leur propre armée nationale ou aux armées des Puissances associées.

Toutes les troupes austro-hongroises qui à l'heure de la cessation des hostilités se trouveront à l'arrière de la ligne de combat rejointe par les troupes italiennes doivent être considérées comme étant prisonnières de guerre.

2. Pour ce qui concerne les clauses contenues dans les articles 2 et 3 au sujet artilleries et de leur équipement, et du matériel militaire qui doit être réuni en des lieux indiqués ou laissé sur place dans les territoires qui seront évacués, les Plénipotentiaires italiens en qualité de représentants de toutes les Puissances alliées et associées déclarent [de] donner auxdites clauses l'interprétation, qui aura caractère exécutif:

a) Tout objet dont on puisse se servir dans un but de guerre, ou dont les parties qui le composent puissent être employées dans un tel but devra être cédé aux Puissances alliées et associées.

L'armée austro-hongroise et les troupes allemandes sont autorisées à emporter uniquement ce qui fait partie de l'équipement et de l'armement personnel des militaires qui doivent évacuer les territoires indiqués à, l'article 3, ainsi que les chevaux des officiers, le train et les chevaux organiquement distrinés à chaque unité pour le transport des vivres, des

cuisines, du bagage des officiers et du matérial sanitaire. Cette clause s'applique à toutes les différentes armes et à tous les services des armées.

b) En ce qui concerne particulièrement l'artillerie, il est établi que l'armée austro-hongroise et les troupes allemandes laisseront dans le territoire qui doit être évacué tout le matériel d'artillerie et tout son équipement.

Le calcul nécessaire pour établir d'une façon exacte et complète le nombre total des artilleries divisionnaires et de corps d'armée dont dispose l'Autriche-Hongrie au moment de la cessation des hostilités, dont la moitié doit être cédée aux Puissances associées, sera exécuté plus tard, de façon à fixer s'il y en aura lieu la remise d'autre matériel d'artillerie de l'armée austro-hongroise et éventuellement le retour de matériel à l'armée austro-hongroise à effectuer par les armées alliées et associées.

Toutes les artilleries qui ne font pas organiquement partie des artilleries divisionnaires et de corps d'armée devront être cédées, sans exception aucune; pourtant il ne sera pas nécessaire d'en calculer le nombre.

c) La remise de toutes les artilleries divisionnaires et de corps d'armée devra s'effectuer, pour le front italien, dans les localités suivantes: Trento, Bolzano, Pieve di Cadore, Stazione per la Carnia, Tolmino, Gorizia, Trieste.

3. Les Commandants en chef des armées alliées et associées sur les différents fronts d'Autriche-Hongrie nommeront des Commissions spéciales qui devront immédiatement se rendre, accompagnées des escortes nécessaires, dans les lieux qu'elles jugeront les plus indiqués pour contrôler l'exécution de ce qui est ci-dessus établi.

4. Il est établi que les dénominations M. Toblach et M. Tarvis veulent indiquer les groupes de montagnes qui dominent la selle de Toblach et la conque de Tarvis, ainsi qu'il ressort du croquis 1/500.000e ci-joint à titre d'éclaircissement.

5. L'évacuation des troupes austro-hongroises et des troupes alliées à l'Autriche-Hongrie au delà de la ligne indiquée à l'article 3 du Protocole des conditions d'armistice devra s'effectuer pour le front italien dans un délai de quinze jours à partir du jour où les hostilités prendront fin.

Au 5e jour les troupes austro-hongroises ou alliées de l'Autriche-Hongrie devront, pour ce qui concerne le front italien, se trouver au delà de la ligne: Tonale-Noce-Lavis-Avisio-Pordoi-Livinallongo-Falzarego-Pieve di Cadore-Colle Mauria-Alto Tagliamento-Fella-Raccolana-Sella Nevea-Isonzo: elles devront en plus avoir effectué leur retraite hors du territoire de la Dalmatie fixé dans l'article plus haut indiqué.

Les troupes austro-hongroises de terre et de mer ou les troupes alliées de l'Autriche-Hongrie qui n'auront pas effectué leur retraite hors du territoire établi dans le délai de quinze jours doivent être considérées comme étant prisonnières de guerre.

6. Le payement des réquisitions que les armées des Puissances alliées et associées pourront exécuter dans le territoire austro-hongrois devra s'accomplir selon les règles fixées contenues dans le premier paragraphe de la page 227 du „Servizio in Guerra-Parte II-Edizione 1915“ actuellement en vigueur près de l'armée italienne.

7. Pour ce qui concerne les chemins de fer et l'exercice du droit reconnu aux Puissances associées par l'article 4 du Protocole d'armistice entre les Puissances alliées et associées et l'Autriche-Hongrie, il est établi que le transport des troupes, du matériel de guerre et des ravitaillements des Puissances alliées et associées sur le réseau des chemins de fer austro-hongrois en dehors du territoire évacué selon les clauses de l'armistice, ainsi que la direction et le fonctionnement du réseau sera confié aux employés des administrations des chemins de fer austro-hongrois sous le contrôle cependant des Commissions spéciales nommées par les Puissances alliées et associées et des commandements militaires des gares de chemin de fer qu'il sera jugé nécessaire d'établir.

Les autorités austro-hongroises devront donner passage auxdits transports avant tout autre et en garantir la sûreté.

8. Dans le territoire qui doit être évacué au moment de la fin des hostilités il devra être procédé au dechargement et à rendre complètement inoffensives toutes les mines des routes et des chemins de fer, les champs de mines et toute autre œuvre predisposée pour l'interruption des routes et des voies de chemin de fer.

9. Dans un délai de 8 jours à partir de la fin des hostilités, les prisonniers et les citoyens italiens internes en Autriche-Hongrie devront cesser tout travail, exception faite pour les travaux agricoles, en ce qui concerne les prisonniers et internés déjà employes aux travaux agricoles avant le jour de la signature de l'armistice. Ils devront en tout cas être prêts à partir immédiatement dès que requête en sera faite par le Commandant en chef de l'armée italienne.

10. L'Autriche-Hongrie devra pourvoir à la protection, à la sûreté et au ravitaillement (dont les frais seront remboursés) des différentes Commissions des Gouvernements alliés chargées de recevoir le matériel de guerre et des contrôles de tous genres, soit dans le cas que lesdites Commissions se trouvent dans le territoire à évacuer, soit dans le cas qu'elles se trouvent dans toute autre partie du territoire austro-hongrois.

II.

Clauses navales.

I. L'heure de la cessation des hostilités sur mer est la même que pour la cessation des hostilités de terre et d'air.

A la même heure, le Gouvernement austro-hongrois devra avoir fourni au Gouvernement italien et aux Gouvernements associés, par l'entremise de la station R. T. de Pola qui les transmettra à Venise, les indications nécessaires pour faire connaitre le lieu où se trouvent tous les bâtiments austro-hongrois ainsi que leurs mouvements.

II. Toutes les unités, dont il est question au N. II et au N. III qui doivent être cédées aux Puissances associées, devront rejoindre Venise entre 8 heures et 15 heures du 6 novembre: elles embarqueront un pilote à 14 milles de la côte.

Exception est faite pour les monitors du Danube, qui devront se présenter au port fixé par le Commandant en chef des forces associées sur le front balkanique, selon les conditions que ledit Commandant en chef croira devoir établir.

III. Les navires qui doivent faire route sur Venise sont les suivants:

Teghethoff,	*Saida*,
Prinz Eugen,	*Novara*,
Ferdinand Max,	*Helgoland*.

Neuf contre-torpilleurs du type Tatra (de 800 tonnes au minimum) de construction plus récente.

Douze torpilleurs du type de 200 tonnes.

Le navire pose-mines Camäléon.

Quinze sous-marins construits entre (le) 1910 et (le) 1918 et tous les sous-marins allemands qui se trouvent ou qui peuvent se trouver dans les eaux territoriales austro-hongroises.

Les dégâts qui auraient été prédisposés ou qui auraient lieu à bord des navires à céder seront considérés par les Gouvernements associés comme représentant une infraction des plus graves au présent armistice.

La flottille du lac de Garda sera remise aux Puissances associées dans le port de Riva.

Tous les navires qui ne doivent pas être remis aux Puissances associées devront être réunis, dans un terme de 48 heures à partir du moment de la cessation des hostilités, dans le port de Buccari et de Spalato.

IV. En ce qui concerne le droit de draguer tous les champs de mines et de détruire tous les barrages, le Gouvernement d'Autriche-Hongrie s'engage sur son honneur à remettre, dans un délai de 48 heures à partir du moment où les hostilités doivent cesser, au Commandant de la Place de Venise et au Commandant de l'Armée navale à Brindisi, les plans des champs de mines et des barrages des ports de Pola, Cattaro et Fiume, et, dans un délai de 96 heures à partir du même instant, les plans des champs de mines et des barrages de la Méditerranée, des fleuves et des lacs italiens, en notifiant en plus le plan des champs de mines et des barrages posés par ordre du Gouvernement allemand et qui seraient à sa connaissance.

Dans ce même délai de 96 heures une communication semblable, concernant tout ce qui regarde le Danube et la Mer Noire, devra être adressée au Commandant des forces associées du front balkanique.

V. La restitution des navires de commerce appartenant aux Puissances associées devra s'effectuer dans l'espace de 96 heures à partir du moment de la cessation des hostilités, selon les modalités qui seront établies par chaque Puissance associée et qui viendront (à être) portées à (la) connaissance du Gouvernement austro-hongrois.

Les Puissances associées se réservent de constituer la Commission dont il est question à l'article V et de porter à la connaissance du Gouverne-

ment austro-hongrois le détail de son fonctionnement et le lieu où elle devra se réunir.

VI. La base navale dont il est question à l'article VI est Spalato.

VII. L'évacuation dont il est question à l'article VII devra s'exécuter dans le délai fixé pour la retraite des troupes au delà des lignes d'armistice.

Aucun dommage ne devra être porté à tout matériel fixe, mobile ou flottant existant dans les ports.

L'évacuation pourra s'effectuer à travers les canaux de la Lagune en faisant usage des embarcations austro-hongroises qui pourront être amenées du dehors.

VIII. L'occupation dont il est question au N. VIII aura lieu dans le délai de 48 heures à partir du moment de la cessation des hostilités.

Les autorités austro-hongroises doivent garantir la sûreté des navires transportant le personnel destiné à prendre possession de Pola, des îles et autres lieux prévus dans l'armistice pour l'armée.

Le Gouvernement austro-hongrois donnera les dispositions nécessaires pour que les navires des nations associées se dirigeant sur Pola trouvent à 14 milles de la Place les pilotes capables d'indiquer la route plus sûre à suivre.

IX. Tout dommage qui viendra à être apporté aux personnes et aux biens des Puissances associées sera regardé comme une très grave infraction au présent armistice.

Les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés, déclarent approuver les conditions susindiquées.

3 novembre 1918.

Les Représentants du Commandement suprême de l'Armée austro-hongroise,

f. to. *Victor Weber Edler von Webenau*,
Karl Schneller,
Y. von Liechtenstein.
J. V. Nyekhegyi,
Zwierkowski,
Victor Freiherr von Seiller,
Kamillo Ruggera.

Les Représentants du Commandement suprême de l'Armée italienne,

f. to. Ten. Gen. *Pietro Badoglio*,
Magg. Gen. *Scipione Scipioni*,
Colonn. *Tullio Marchetti*.
„ *Pietro Gazzera*,
„ *Pietro Maravigna*.
„ *Alberto Pariani*.
Cap. Vasc. *Francesco Accinni*.

12.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, ALLEMAGNE.

Convention d'armistice; signée le 11 novembre 1918.*)

Drucksachen der deutschen Waffenstillstandskommission.

Convention.

Entre le Maréchal Foch, Commandant en Chef des Armées Alliées, stipulant au nom des Puissances Alliées et Associées, assisté de l'Amiral Wemyss, First Sea Lord, d'une part; et M. le Secrétaire d'Etat Erzberger, Président de la Délégation Allemande. M. l'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire Comte von Oberndorff, M. le Général Major von Winterfeldt, M. le Capitaine de Vaisseau Vanselow, munis de pouvoirs réguliers et agissant avec l'agrément du Chancelier Allemand. d'autre part, il a été conclu un Armistice aux conditions suivantes:

Conditions de l'armistice conclu avec l'Allemagne.

A. Sur le Front d'Occident.

I.

Cessation des hostilités, sur terre et dans les airs, 6 heures après la signature de l'Armistice.

II.

Evacuation immédiate des pays envahis: Belgique. France, Luxembourg — ainsi que de l'Alsace-Lorraine —, réglée de manière à être réalisée dans un délai de 15 jours, à dater de la signature de l'Armistice.

Les troupes allemandes, qui n'auront pas évacué les territoires prévus dans les délais fixés, seront faites prisonnières de guerre.

L'occupation par l'ensemble des troupes alliées et des Etats-Unis suivra, dans ces Pays, la marche de l'évacuation.

Tous les mouvements d'évacuation ou d'occupation sont réglés par la Note Annexe n° 1, arrêtée au moment de la signature de l'Armistice.

III.

Rapatriement, commençant immédiatement et devant être terminé dans un délai de 15 jours, de tous les habitants des pays énumérés ci-dessus (y compris les otages et les prévenus ou condamnés).

IV.

Abandon par les Armées Allemandes du matériel de guerre suivant en bon état:

*) Comp. ci-dessous No. 15, 17, 20.

5,000 canons (dont 2,500 lourds et 2,500 de campagne),
25,000 mitrailleuses,
3,000 minenwerfer,
1,700 avions de chasse et de bombardement, en premier lieu tous le D. 7 et tous les avions de bombardement de nuit,

à livrer sur place aux Troupes des Alliés et des Etats-Unis, — dans les conditions de détail fixées par la Note Annexe n° 1, arrêtée au moment de la signature de l'Armistice.

V.

Evacuation des pays de la rive gauche du Rhin par les Armées Allemandes.

Les pays de la rive gauche du Rhin seront administrés par les autorités locales, sous le contrôle des troupes d'occupation des Alliés et des Etats-Unis.

Les troupes des Alliés et des Etats-Unis assureront l'occupation de ces pays par des garnisons tenant les principaux points de passage du Rhin (Mayence, Coblentz, Cologne) avec, en ces points, des têtes de pont de 30 km de rayon, sur la rive droite, — et des garnisons tenant également les points stratégiques de la région.

Une zone neutre sera réservée, sur la rive droite du Rhin, entre le fleuve et une ligne tracée parallèlement aux têtes de pont et au fleuve, et à 10 km de distance, depuis la frontière de Hollande jusqu'à la frontière de la Suisse.

L'évacuation par l'ennemi des pays du Rhin (rive gauche et rive droite) sera réglée de façon à être réalisée dans un délai de 16 nouveaux jours, — soit 31 jours après la signature de l'Armistice.

Tous les mouvements d'évacuation ou d'occupation sont réglés par la Note Annexe n° 1, arrêtée au moment de la signature de l'Armistice.

VI.

Dans tous les territoires évacués par l'ennemi, toute évacuation des habitants sera interdite; il ne sera pas apporté aucun dommage ou préjudice à la personne ou à la propriété des habitants. — Personne ne sera poursuivi pour délits de participation à des mesures de guerre antérieures à la signature de l'Armistice.

Il ne sera fait aucune destruction d'aucune sorte.

Les installations militaires de toute nature seront livrées intactes; — de même les approvisionnements militaires, vivres, munitions, équipements, qui n'auront pas été emportés dans les délais d'évacuation fixés.

Les dépôts de vivres de toute nature pour la population civile, bétail, etc. . . . devront être laissés sur place.

Il ne sera pris aucune mesure générale ou d'ordre officiel ayant pour conséquence une dépréciation des Etablissements industriels ou une réduction dans leur personnel.

VII.

Les voies et moyens de communications de toute nature, voies ferrées, voies navigables, routes, ponts, télégraphes, téléphones . . . . ne devront être l'objet d'aucune détérioration.

Tout le personnel civil et militaire, actuellement utilisé, y sera maintenu.

Il sera livré aux Puissances Associées: 5,000 machines montées et 150,000 wagons, en bon état de roulement et pourvus de tous rechanges et agrés nécessaires, dans les délais dont le détail est fixé à l'Annexe n° 2 et dont le total ne devra dépasser 31 jours.

Il sera également livré 5,000 camions automobiles en bon état, dans un délai de 36 jours.

Les Chemins de fer d'Alsace-Lorraine, dans un délai de 31 jours, seront livrés, dotés de tout le personnel et matériel affectés organiquement à ce réseau.

En outre, le matériel nécessaire à l'exploitation dans les pays de la rive gauche du Rhin sera laissé sur place.

Tous les approvisionnements en charbon et matières d'entretien, en matériel de voies, de signalisation et d'atelier seront laissés sur place. — Ces approvisionnements seront entretenus par l'Allemagne, en ce qui concerne l'exploitation des voies de communication des pays de la rive gauche du Rhin.

Tous les chalands enlevés aux Alliés leur seront rendus.

La Note Annexe n° 2 règle le détail de ces mesures.

VIII.

Le Commandement Allemand sera tenu de signaler, dans un délai de 48 heures après la signature de l'Armistice, toutes les mines ou dispositifs à retard agencés sur les territoires évacués par les troupes allemandes, et d'en faciliter la recherche et la destruction.

Il signalera également toutes les dispositions nuisibles qui auraient pu être prises (tel qu'empoisonnement ou pollution de sources et de puits, etc. . . .); — le tout sous peine de représailles.

IX.

Le droit de réquisition sera exercé par les Armées des Alliés et des Etats-Unis dans tous les territoires occupés, sauf règlement de comptes avec qui de droit.

L'entretien des troupes d'occupation des pays du Rhin (non compris l'Alsace-Lorraine) sera à la charge du Gouvernement Allemand.

X.

Rapatriement immédiat, sans réciprocité, dans des conditions de détail à régler, de tous les prisonniers de guerre, y compris les prévenus et condamnés, des Alliés et des Etats-Unis. — Les Puissances Alliées et les Etats-Unis pourront en disposer comme bon leur semblera.

Cette condition annule les conventions antérieures au sujet de l'échange des prisonniers de guerre, y compris celle de juillet 1918 en cours de ratification.

Toutefois, le rapatriement des prisonniers de guerre allemands, internés en Hollande et en Suisse, continuera comme précédemment. — Le rapatriement des prisonniers de guerre allemands sera réglé à la conclusion des préliminaires de paix.

XI.

Les malades et blessés inévacuables, laissés sur les territoires évacués par les Armées Allemandes, seront soignés par du personnel allemand, qui sera laissé sur place avec le matériel nécessaire.

B. Dispositions relatives aux frontières orientales de l'Allemagne.

XII.

Toutes les troupes allemandes qui se trouvent actuellement dans les territoires qui faisaient partie avant la guerre de l'Autriche-Hongrie, de la Roumanie, de la Turquie, doivent rentrer immédiatement dans les frontières de l'Allemagne telles qu'elles étaient au 1er août 1914.

Toutes les troupes allemandes qui se trouvent actuellement dans les territoires qui faisaient partie avant la guerre de la Russie devront également rentrer dans les frontières de l'Allemagne définies comme ci-dessus, dès que les Alliés jugeront le moment venu, compte tenu de la situation intérieure de ces territoires.

XIII.

Mise en train immédiate de l'évacuation par les troupes allemandes et du rappel de tous les instructeurs, prisonniers et agents civils et militaires allemands se trouvant sur les territoires de la Russie (dans les limites du 1er août 1914).

XIV.

Cessation immédiate par les troupes allemandes de toutes réquisitions, saisies ou mesures coercitives en vue de se procurer des ressources à destination de l'Allemagne, en Roumanie et en Russie (dans les limites du 1er août 1914).

XV.

Renonciation au Traité de Bucarest et de Brest-Litowsk et traités complémentaires.*)

XVI.

Les Alliés auront libre accès aux territoires évacués par les Allemands, sur les frontières orientales, soit par Dantzig, soit par la Vistule, afin de pouvoir ravitailler les populations, et, dans le but de maintenir l'ordre.

C. Dans L'Afrique Orientale.

XVII.

Evacuation de toutes les forces allemandes opérant dans l'Afrique Orientale dans un délai réglé par les Alliés.

D. Clauses Générales.

XVIII.

Rapatriement sans réciprocité, dans le délai maximum de 1 mois, dans des conditions de détail à fixer, de tous les internés civils, y compris les otages, les prévenus ou condamnés, appartenant à des Puissances Alliées ou Associées autres que celles énumérées à l'article III.

Clauses Financières.

XIX.

Sous réserve de toute renonciation et réclamation ultérieure de la part des Alliés et des Etats-Unis.

---

*) V. **N. R. G.** 3. s. X, No. 220—224, 228, 229.

Réparation des dommages.

Pendant la durée de l'armistice, il ne sera rien distrait par l'ennemi des valeurs publiques pouvant servir aux Alliés de gages pour le recouvrement des réparations de guerre.

Restitution immédiate de l'encaisse de la Banque Nationale de Belgique et en général remise immédiate de tous documents, espèces, valeurs (mobilières et fiduciaires avec le matériel d'émission) touchant aux intérêts publics et privés dans les pays envahis.

Restitution de l'or russe ou roumain pris par les Allemands ou remis à eux.

Cet or sera pris en charge par les Alliés jusqu'à la signature de la paix.

E. Clauses Navales.

XX.

Cessation immédiate de toute hostilité sur mer et indication précise de l'emplacement et des mouvements des bâtiments allemands. — Avis donné aux Neutres de la liberté concédée à la navigation des marines de guerre et de commerce des Puissances Alliées et Associées dans toutes eaux territoriales, sans soulever de questions de neutralité.

XXI.

Restitution, sans réciprocité, de tous les prisonniers de guerre des marines de guerre et de commerce des Puissances Alliées et Associées, au pouvoir des Allemands.

XXII.

Livraison aux Alliés et aux Etats-Unis de tous les sous-marins (y compris tous les croiseurs sous-marins et tous les mouilleurs de mines) actuellement existants, avec leur armement et équipement complets dans les ports désignés par les Alliés et les Etats-Unis. — Ceux qui ne peuvent pas pendre la mer seront désarmés de personnel et de matériel et ils devront rester sous la surveillance des Alliés et des Etats-Unis.

Les sous-marins qui sont prêts pour la mer seront préparés à quitter les ports allemands aussitôt que des ordres seront reçus par T. S. F. pour leur voyage au port désigné de la livraison, et le reste le plus tôt possible.

Les conditions de cet article seront réalisées dans un délai de 14 jours après la signature de l'Armistice.

XXIII.

Les navires de guerre de surface allemande qui seront désignés par les Alliés et les Etats-Unis seront immédiatement désarmés, puis internés dans des ports neutres, ou, à leur défaut, dans les ports alliés désignés par les Alliés et les Etats-Unis.

Ils y demeureront sous la surveillance des Alliés et des Etats-Unis, des détachements de gardes étant seuls laissés à bord.

La désignation des Alliés portera sur:

6 croiseurs de bataille,
10 cuirassés d'escadre,
8 croiseurs légers (dont 2 mouilleurs de mines),
50 destroyers des types les plus récents.

Tous les autres navires de guerre de surface (y compris ceux de rivière) devront être réunis et complètement désarmés dans les bases navales allemandes désignées par les Alliés et les Etats-Unis, et y être placés sous la surveillance des Alliés et des Etats-Unis.

L'armement militaire de tous les navires de la flotte auxiliaire sera débarqué.

Tous les vaisseaux désignés pour être internés seront prêts à quitter les ports allemands 7 jours après la signature de l'Armistice.

On donnera par T. S. F. les directions pour le voyage.

XXIV.

Droit pour les Alliés et les Etats-Unis en dehors des eaux territoriales allemandes, de draguer tous les champs de mines et de détruire les obstructions placées par l'Allemagne, dont l'emplacement devra leur être indiqué.

XXV.

Libre entrée et sortie de la Baltique pour les marines de guerre et de commerce des Puissances Alliées et Associées, assurée par l'occupation de tous les forts, ouvrages, batteries et défense de tout ordre allemands, dans toutes les passes allant du Cattegat à la Baltique, et par le dragage et la destruction de toutes mines ou obstructions dans et hors les eaux territoriales allemandes, dont les plans et emplacements exacts seront fournis par l'Allemagne, qui ne pourra soulever aucune question de neutralité.

XXVI.

Maintien du blocus des Puissances Alliées et Associées, dans les conditions actuelles, — les navires de commerce allemands trouvés en mer restant sujets à capture.

Les Alliés et les Etats-Unis envisagent le ravitaillement de l'Allemagne, pendant l'Armistice, dans la mesure reconnue nécessaire.

XXVII.

Groupement et immobilisation dans les bases allemandes désignées par les Alliés et les Etats-Unis de toutes les forces aériennes.

XXVIII.

Abandon par l'Allemagne, sur place intacts, de tout le matériel de ports et de navigation fluviale, de tous les navires de commerce, remorqueurs, chalands, de tous les appareils, matériel et approvisionnements d'aéronautique maritime, toutes armes, appareils, approvisionnements de toute nature, en évacuant la côte et les ports belges.

XXIX.

Evacuation de tous les ports de la Mer Noire par l'Allemagne et remise aux Alliés et aux Etats-Unis de tous les bâtiments de guerre russes saisis par les Allemands dans la Mer Noire; — libération de tous les navires de commerce neutres saisis; — remise de tout le matériel de guerre ou autre saisie dans ces ports; — et abandon du matériel allemand énuméré à la clause XXVIII.

XXX.

Restitution, sans réciprocité, dans des ports désignés par les Alliés et les Etats-Unis, de tous les navires de commerce appartenant aux Puissances Alliées et Associées, actuellement au pouvoir de l'Allemagne.

XXXI.

Interdiction de toute destruction des navires ou de matériel avant évacuation, livraison ou restitution.

XXXII.

Le Gouvernement Allemand notifiera formellement à tous les Gouvernements Neutres, et en particulier aux Gouvernements de Norvège, de Suède, du Danemark et de la Hollande, que toutes les restrictions imposées au trafic de leurs bâtiments avec les Puissances Alliées et Associées, soit par le Gouvernement Allemand lui-même, — soit par des entreprises allemande. privées, — soit en retour de concessions définies, comme l'exportation de matériaux de constructions navales, ou non, sont immédiatement annulées.

XXXIII.

Aucun transfert de navires marchands allemands de toute espèce sous un pavillon neutre quelconque ne pourra avoir lieu après la signature de l'Armistice.

F. Durée de l'Armistice.

XXXIV.

La durée de l'Armistice est fixée à 36 jours, avec faculté de prolongation.

Au cours de cette durée, l'Armistice peut, si les clauses ne sont pas exécutées, être dénoncé par l'une des parties contractantes qui devra en donner le préavis 48 heures à l'avance. — Il est entendu que l'exécution des Articles III et XVIII ne donnera lieu à dénonciation de l'Armistice pour insuffisance d'exécution dans les délais voulus, que dans le cas d'une exécution mal intentionnée.

Pour assurer dans les meilleures conditions l'exécution de la présente Convention, le principe d'une Commission d'Armistice Internationale Permanente est admis. — Cette Commission fonctionnera sous la haute autorité du Commandement en Chef Militaire et Naval des Armées Alliées.

Le présent Armistice a été signé le 11 novembre 1918 à 5 heures (cinq heures) heure française.

Sceau:

Maréchal Commandant en Chef les Armées Alliées.

J. Foch.
R. E. Wemyss,
Admiral.

Erzberger.
A. Oberndorff.
v. Winterfeldt.
Vanselow.

Note Annexe No. 1.

I. Evacuation des pays envahis: Belgique, France, Luxembourg, ainsi que de l'Alsace-Lorraine:

Se fera en 3 phases successives dans les conditions suivantes:

1⁰ Phase: Evacuation des territoires situés entre le front actuel et la ligne n⁰ 1 de la carte jointe — terminée dans un délai de 5 jours après la signature de l'Armistice.

2⁰ Phase: Evacuation des territoires situés entre la ligne n⁰ 1 et la ligne n⁰ 2 — terminée dans un délai de 4 nouveaux jours (9 jours au total après la signature de l'Armistice).

3⁰ Phase: Evacuation des territoires situés entre la ligne n⁰ 2 et la ligne n⁰ 3 — terminée dans un délai de 6 nouveaux jours (15 jours au total après la signature de l'Armistice).

Des troupes alliées et des Etats-Unis pénétreront dans ces différents territoires après l'expiration des délais accordés aux troupes allemandes pour l'évacuation de chacun d'eux.

En conséquence:

le front allemand actuel sera franchi par les troupes alliées à partir du 6⁰ jour qui suivra la signature de l'Armistice,

la ligne n⁰ 1 à partir du 10⁰ jour,

la ligne n⁰ 2 à partir du 16⁰ jour.

II. Evacuation des pays du Rhin.

Cette évacuation se fera également en plusieurs phases successives:

1⁰ Evacuation des territoires situés entre la ligne 2, 3 — et la ligne 4 — terminée dans un délai de 4 nouveaux jours (19 jours au total après la signature de l'Armistice).

2⁰ Evacuation des territoires situés entre la ligne 4 et la ligne 5 — terminée dans un délai de 4 nouveaux jours (23 jours au total après la signature de l'Armistice).

3⁰ Evacuation des territoires situés entre la ligne 5 et la ligne 6 (ligne du Rhin) — terminée dans un délai de 4 nouveaux jours (27 jours au total après la signature de l'Armistice).

4⁰ Evacuation des têtes de pont et de la zone neutre de la rive droite du Rhin — terminée dans un délai du 4 nouveaux jours (31 jours au total après la signature de l'Armistice).

Les troupes d'occupation alliées et des Etats-Unis pénétreront dans ces différents territoires après l'expiration des délais accordés aux troupes allemandes pour l'évacuation de chacun d'eux.

En conséquence:

la ligne n⁰ 3 sera franchie par elles à partir du 20⁰ jour qui suivra la signature de l'Armistice;

la ligne n⁰ 4 sera franchie par elles à partir du 24⁰ jour qui suivra la signature de l'Armistice;

la ligne n⁰ 5 à partir du 28⁰ jour;

la ligne n⁰ 6 (Rhin) à partir du 32⁰ jour, pour l'occupation des têtes de pont.

III. Livraison par les Armées Allemandes du matériel de guerre fixé par l'Armistice.

Ce matériel de guerre devra être livré dans les conditions suivantes:
la première moitié avant le 10⁰ jour,
la deuxième moitié avant le 20⁰ jour.

Ce matériel sera remis à chacune des Armées Alliées et des Etats-Unis, par chacun des Grands Groupements Tactiques de l'Armée Allemande, dans les proportions qui seront fixées par la Commission Internationale Permanente d'Armistice.

Note Annexe No. 2.

Conditions intéressant les voies de Communication (voies ferrées, voies navigables, routes, ports fluviaux et maritimes, télégraphes et téléphones).

I.

Toutes les voies de communication situées jusqu'au Rhin inclus ou comprises sur la rive droite de ce fleuve, à l'intérieur des têtes de pont occupées par les Armées Alliées seront placées sous l'autorité pleine et entière du Commandant en Chef des Armées Alliées, qui aura le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour en assurer l'occupation et l'exploitation. Tous les documents relatifs aux voies de communication seront tenus prêts à lui être remis.

II.

Tout le matériel et tout le personnel civil et militaire utilisés actuellement pour l'entretien et l'exploitation des voies de communication seront maintenus intégralement sur ces voies, dans tous les territoires évacués par les troupes allemandes.

Tout le matériel supplémentaire nécessaire pour l'entretien de ces voies de communication dans les pays de la rive gauche du Rhin, sera fourni par le Gouvernement allemand pendant toute la durée de l'armistice.

III. Personnel.

Le personnel français et belge appartenant au service des voies de communication, qu'il soit interné ou non, sera remis aux Armeés française ou belge dans les 15 jours suivant la signature de l'Armistice.

Le personnel affecté organiquement au réseau exploité par les chemins de fer d'Alsace-Lorraine sera maintenu ou remis en place de façon à assurer l'exploitation du Réseau.

Le Commandant en Chef des Armées Alliées aura le droit de faire dans le personnel des voies de communication toutes les mutations et tous les remplacements qui lui conviendront.

IV. Matériel.

a) Matériel roulant. Le matériel roulant remis aux Armées Alliées dans la zone comprise entre le front actuel et la ligne n⁰ 3, non compris l'Alsace-Lorraine, sera d'une importance au moins égale à

5,000 locomotives, 150,000 wagons.

Cette livraison sera effectuée, dans les délais fixés par la clause 7 de l'Armistice, et dans des conditions de détail à arrêter par la Commission d'Armistice Internationale Permanente.

Tout ce matériel sera en bon état d'entretien et de roulement et pourvu de toutes les pièces de rechange ou agrès usuels. Il pourra être utilisé avec son personnel propre ou tout autre, sur un point quelconque du réseau ferré des Armées Alliées.

Le matériel affecté organiquement au Réseau exploité par les chemins de fer d'Alsace-Lorraine sera maintenu ou remis en place à la disposition de l'Armée Française.

Le matériel à laisser sur place dans les pays de la rive gauche du Rhin ainsi qu'à l'intérieur des têtes de pont d'autre part, devra permettre l'exploitation normale des voies ferrées de ces territoires.

b) Matériel de voie de signalisation et d'atelier. Le matériel de signalisation, les machines-outils et l'outillage prélevés sur les ateliers, les dépôts des réseaux français et belge, seront remis, dans des conditions de détail à arrêter par la Commission d'Armistice Internationale Permanente. — Il sera fourni aux Armées Alliées le matériel de voie: rails, petit matériel, appareils, matériel de pont et les bois nécessaires à la remise en état des lignes détruites au-delà du front actuel.

c) Combustible et matières d'entretien. Pendant la durée de l'Armistice, les combustibles et matières d'entretien seront livrés par les soins du Gouvernement Allemand aux dépôts normalement affectés à l'exploitation dans les pays de la rive gauche du Rhin.

V. Communications télégraphiques et téléphoniques.

Toutes les lignes télégraphiques et téléphoniques, tous les postes de T. S. F. fixes seront passés aux Armées Alliées avec tout le personnel civil et militaire et tout leur matériel, y compris tous les approvisionnements constitués sur la rive gauche du Rhin.

Les approvisionnements supplémentaires nécessaires pour l'entretien du réseau devront être fournis, pendant la durée de l'armistice, par le Gouvernement Allemand au fur et à mesure des besoins.

Le Commandant en Chef des Armées Alliées occupera ce réseau militairement, en assurera la direction et fera, dans le personnel, tous les remplacements et mutations qu'il jugera utile.

Il renverra à l'Armée Allemande tout le personnel militaire qu'il n'estimera pas nécessaire pour l'exploitation et l'entretien du réseau.

Tous les plans du réseau télégraphique et téléphonique allemand seront remis au Commandant en Chef des Armées Alliées.

Le 11 novembre 1918.

Les Représentants des Alliés déclarent qu'en raison des événements nouveaux il leur paraît nécessaire que la condition suivante soit ajoutée aux clauses de l'armistice.

„Dans le cas où les bateaux allemands ne seraient pas livrés dans les délais indiqués, les Gouvernements des Alliés et des Etats-Unis auront le droit d'occuper Héligoland pour en assurer la livraison."

R. E. Wemyss, Admiral. *J. Foch.*

Sceau:

Maréchal Commandant en Chef les Armées Alliées.

Les Délégués Allemands déclarent qu'ils feront parvenir cette déclaration au Chancelier Allemand avec la recommandation de l'accepter, en l'accompagnant des raisons qui ont motivé cette demande de la part des Alliés.

Erzberger. *A. Oberndorff.*
v. Winterfeldt. *Vanselow.*

The following ships and vessels of the German Fleet with their complete armament and equipment are to be surrendered to the Allied and United States of America Governments, in Ports which be specified by them, namely:

Battleships.

3rd Battle Squadron.	4th Battle Squadron.
„König"	„Friedrich der Grosse"
„Bayern"	„König Albert"
„Grosser Kurfürst"	„Kaiserin"
„Kronprinz Wilhelm"	„Prinzregent Luitpold"
„Markgraf".	„Kaiser".

Battle Cruisers.

„Hindenburg"	„Moltke"
„Derfflinger"	„Von der Tann"
„Seydlitz"	„Mackensen"

Light Cruisers.

„Brummer"	„Emden"
„Bremse"	„Frankfurt"
„Köln"	„Nürnberg"
„Dresden"	„Wiesbaden"

Destroyers.

Fifty of the most modern Destroyers.

Signed:

J. Foch. *R. E. Wemyss*, Admiral.

13.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, HONGRIE.

Convention d'armistice; signée à Belgrade, le 13 novembre 1918.

Ministère des affaires étrangères. Guerre européenne. Documents 1918. Paris 1919.

Convention militaire relative à l'Armistice en Hongrie, 13 novembre 1918.

I. Le Gouvernement hongrois retire toutes ses troupes au Nord de la ligne marquée par la haute vallée du Grand Szamos, Bistritz, Maros (village), le Maros jusqu'à son confluent avec la Tissa, Mariatheresiopol, Baja, Funfkirchen, ces localités étant non occupées par les troupes hongroises, le cours de la Drave jusqu'au raccord de cette rivière avec la frontière de Slavonie-Croatie. L'évacuation sera terminée dans un délai de huit jours.

Les Alliés occuperont de plein droit la région évacuée dans les conditions que fixera le Général Commandant en chef les armées alliées. L'Administration civile y restera entre les mains du Gouvernement actuel.

Seules seront maintenues dans la zone évacuée les forces de police et la gendarmerie indispensables au maintien de l'ordre ainsi que celles qui sont chargées d'assurer la sécurité des voies ferrées.

II. Démobilisation de l'armée hongroise, de terre et de mer, exception faite de six divisions d'infanterie et de deux divisions de cavalerie destinées à assurer l'ordre intérieur et des fractions de police mentionnées au paragraphe I.

III. Droit d'occupation par les Alliés de toutes localités ou tous points stratégiques qu'aura le droit de fixer en permanence le Général Commandant en chef les armées alliées.

Droit de passage et de séjour pour les troupes alliés sur toute l'étendue du territoire hongrois. Droit permanent d'utilisation pour les besoins militaires des Alliés de tout le matériel roulant sur routes et voies ferrées et matériel navigant appartenant à l'Etat et aux particuliers habitant la Hongrie. Dito pour les animaux de trait et de bât.

IV. Le personnel et le matériel de chemin de fer normalement affectés au service du territoire occupé (voir paragraphe I) resteront sur place: en outre, une réserve de 2,000 wagons et de 100 locomotives (voie normale) et de 600 wagons et 50 locomotives (voie étroite) seront livrés dans un délai d'un mois au Général en chef pour les besoins des troupes alliées et pour compenser les déficits de matériel serbe provenant du fait de la guerre. Une partie de ce matériel pourra être prélevé sur l'Autriche. — Ces chiffres sont approximatifs.

V. Le personnel et le matériel navigants, affectés normalement au service du territoire occupé, resteront sur place.

En outre, six monitors seront livrés immédiatement à Belgrade aux Alliés.

Le reste de la flottille du Danube sera réuni dans un des ports du Danube qui sera désigné ultérieurement par le Général Commandant en chef pour y être désarmé. Sur cette flottille, un prélèvement de dix bateaux à passagers, dix remorqueurs et soixante chalands sera fait dans le plus bref délai pour les besoins des armées alliées et pour compenser les déficits de matériel navigant serbe provenant du fait de la guerre. — Ces chiffres sont approximatifs.

VI. Mise à la disposition du Général Commandant en chef dans un délai de quinze jours d'un détachement de trois mille hommes de troupe de chemin de fer pourvus du matériel nécessaire pour la réparation des voies ferrées en Serbie. — Ces chiffres sont approximatifs.

VII. Mise à la disposition du Général Commandant en chef dans un délai de quinze jours de détachements de sapeurs télégraphistes pourvus du matériel nécessaire pour le rétablissement des communications téléphoniques et télégraphiques en Serbie.

VIII. Mise à la disposition du Général Commandant en chef dans un délai d'un mois de 25,000 chevaux et du matériel de transport qu'il jugera nécessaire. — Ces chiffres sont approximatifs.

IX. Dépôts des armes et du matériel de guerre en des points qui seront fixés par le Général Commandant en chef. Une partie de ce matériel sera prélevée pour la constitution d'unités placées sous les ordres du Général Commandant en chef.

X. Libération immédiate des prisonniers de guerre et internés civils alliés qui seront rassemblés sur les points convenables d'embarquement en chemin de fer d'où ils seront dirigés pour être rapatriés sur les points et aux dates fixés par le Général Commandant en chef. Les prisonniers de guerre hongrois sont conservés provisoirement.

XI. Un délai de quinze jours est accordé pour le passage et le stationnement de troupes allemandes à travers la Hongrie, à partir du jour de la signature de l'armistice du Général Diaz (4 novembre, 15 heures).

Les communications postales et télégraphiques avec l'Allemagne n'auront lieu que sous le contrôle militaire des Alliés. Le Gouvernement hongrois s'engage à ne laisser envoyer en Allemagne aucune communication télégraphique militaire avec ce pays.

XII. La Hongrie facilitera le ravitaillement des troupes alliées d'occupation. Les réquisitions sont permises à condition qu'elles ne soient pas arbitraires: elles seront payées au prix courant.

XIII. Tous les emplacements de mines austro-hongroises dans le Danube et dans la Mer Noire devront être communiqués immédiatement au Général Commandant en chef.

Le Gouvernement hongrois s'engage de plus à arrêter les mines flottantes lancées dans le Danube, en amont de sa frontière avec l'Autriche et à enlever toutes celles qui se trouvent actuellement dans ses propres eaux.

XIV. Le service des postes de T. S. F. et des communications téléphoniques et télégraphiques ainsi que le service des chemins de fer hongrois seront placés sous le contrôle des Alliés.

XV. Un représentant des Alliés sera attaché au Ministre hongrois chargé des approvisionnements afin de sauvegarder les intérêts alliés.

XVI. Obligation pour la Hongrie de cesser toutes relations avec l'Allemagne et d'interdire tous transports de troupes et de munitions sauf autorisation spéciale du Général en chef, à destination des troupes allemandes en Roumanie.

XVII. Les Alliés n'interviendront pas dans l'administration intérieure de l'Etat hongrois.

XVIII. Les hostilités entre les Alliés et la Hongrie ont cessé.

Fait en double le 13 novembre 1918, à 23 h. 15 à Belgrade, avec la rectification de l'en-tête et des paragraphes XI et XVIII.

Pour les Alliés:	Pour la Hongrie:
Les Délégués du Général Commandant en chef,	Le Délégué du Gouvernement hongrois,
Signé: Le Voïvode *Michitch.*	Signé: *Béla Linder.*
Le Général *Henrys.*	

14.

ALLEMAGNE, FRANCE, BELGIQUE.

Protocole concernant l'exécution de l'article 19 de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918;*) signé à Spa, le 1er décembre 1918.

Drucksachen der deutschen Waffenstillstandskommission.

Protocole de Clôture des travaux de la Sous-Commission Financière de la Commission Internationale d'Armistice de Spa.

Entre les soussignés, dûment accrédités par leurs gouvernements respectifs français, belge et allemand, il a été convenu que l'exécution des alinéas 3 et suivants de l'art. 19 de la convention d'armistice serait assuré ainsi qu'il suit:

I. Pendant la durée de l'armistice, le Gouvernement Allemand s'engage à ne prendre aucune disposition pouvant diminuer sous une forme quel-

*) V. ci-dessus, No. 12.

conque la valeur de son domaine public ou privé, gage commun des alliés pour le recouvrement de réparations auxquelles ils ont droit. Il s'engage notamment à ne pas aliéner, concéder, hypothéquer les chemins de fer, canaux, mines, bois, entreprises coloniales, industrielles ou commerciales qui lui appartiennent ou dans lesquels il possède des intérêts.

Pendant la durée de l'armistice et sans préjudice des dispositions à adopter pour l'avenir, le Gouvernement Allemand s'engage à n'effectuer et à ne laisser effectuer aucune exportation d'or. Dans le cas où il se trouverait dans la nécessité absolue, pour les besoins normaux de sa vie économique, de déroger à cette disposition, il devrait en donner avis préalable aux Gouvernements Alliés. Il s'engage également à n'effectuer et à ne laisser effectuer en dehors des besoins normaux de sa vie économique aucun transfert à l'extérieur, ni directement, ni par personne interposée, du portefeuille d'effets sur l'étranger, du trésor et de la Reichsbank, agissant tant en sa qualité qu'en qualité de Centrale des changes, ainsi que des valeurs mobilières étrangères qui appartiennent au Gouvernement Allemand ou à la Reichsbank, ou qu'ils détiennent à titre de prêt ou de gage.

Toute mesure prise contrairement aux stipulations ci-dessus sera considérée par les Gouvernements Alliés comme nulle et non avenue, et le Gouvernement Allemand supportera toutes conséquences qui pourraient en résulter.

II. Le Gouvernement Allemand devra fournir à chacun des Gouvernements Alliés des relevés dûment certifiés faisant connaitre, d'une part, tous les documents, espèces, valeurs mobilières ou fiduciaires ou objets d'art touchant aux intérêts publics et privés, qui ont été enlevés ou recueillis dans les pays envahis, d'autre part, les lieux d'où les dits documents, espèces, valeurs ou objets d'art proviennent, les endroits où ils se trouvent présentement ainsi que tous renseignements utiles pour leur restitution aux ayants-droit.

Ces relevés seront fournis au fur et à mesure de leur établissement et, en tous cas, avant le 10 décembre prochain. Si après cette date, le Gouvernement Allemand venait à découvrir que des documents et, exceptionnellement, des espèces, valeurs ou objets d'art existent encore en la possession de ses services, il devrait transmettre un relevé additionnel dans les 24 heures de la découverte.

Il est spécifie, à titre purement indicatif et en aucune façon limitatif, qu'il faut notamment comprendre:

1° Dans les documents, les archives publiques ou privées et, en particulier, celles des officiers publics et ministériels; les matrices et plans cadastraux; les rôles des contributions; les régistres de comptabilité ainsi que les modèles, dessins, plans, marchés, devis, etc. pris dans les administrations publiques, les établissements industriels ou commerciaux ainsi que chez les particuliers.

2° Dans les espèces, celles prises soit dans des caisses publiques, soit dans des caisses privées y compris les avoirs des banques et les cautionnements.

3° Dans les valeurs mobilières, celles prises dans les services publics, dans les établissements privés ou chez les particuliers ainsi que celles trouvées soit dans les tranchées, soit dans les habitations abandonnées ou remises en cautionnement ou à tout autre titre aux autorités allemandes.

III. Tous les documents, espèces, valeurs ou objets d'art visés ci-dessus qui ont été enlevés ou recueillis par les Allemands seront, aux frais et risques de ces derniers réintégrés ou restitués soit au lieu où ils ont été pris ou recueillis, soit dans une commune désignée par le Gouvernement Français ou Belge ou par celui des autres Gouvernements alliés intéressés, si la réintégration ou restitution au lieu même d'enlèvement est reconnue par ce gouvernement présenter des difficultés. Il est d'ailleurs entendu que le Gouvernement Français ou Belge prendra toutes dispositions pour assurer la sécurité du transport à partir des lignes alliées.

IV. Les remboursements en espèce devront s'effectuer dans la même monnaie que celle qui a été prise. Au cas où le Gouvernement Allemand serait dans l'impossibilité de disposer d'une quantité suffisante de cette monnaie, il aurait le droit d'effectuer provisoirement les remboursements en marks, au taux convenu de 1 fr. 25 par mark; mais, les Gouvernements Alliés réservent leur droit absolu d'exiger ultérieurement l'échange de ces marks contre des francs français ou belges, suivant le pays intéressé, ou contre des valeurs en or sur la base de 1 fr. 25 par mark.

V. En ce qui concerne les documents, espèces, valeurs ou objets d'art qui sont demeurés en territoire libéré ou occupé par les Alliés, le Gouvernement Allemand devra, dès que le Gouvernement intéressé en fera la demande, envoyer sur les lieux des délégués dûment accrédités qui seront chargés de procéder, de concert avec les représentants de l'autorité française ou alliée, et, s'il est possible, avec les intéressés eux-mêmes, à une reconnaissance contradictoire du nombre et de l'état extérieur des colis ou coffres-forts présumés contenir les documents, espèces, valeurs ou objets d'art. Cette reconnaissance effectuée, les colis ou coffres seront expédiés sur le lieu de destination.

VI. Pour tous les documents, espèces, valeurs ou objets d'art transportés en dehors des territoires libérés ou occupés par les Alliés, le Gouvernement Allemand devra, après entente avec le Commandant en chef des forces alliées, en effectuer la remise directement soit au lieu où ils ont été pris ou recueillis, soit dans une autre commune désignée par le Gouvernement français ou allié, toutes les fois que ce gouvernement le jugera nécessaire. L'entrée de ces documents, espèces, valeurs ou objets d'art sur le territoire français ou allié devra avoir lieu dans le délai qui sera fixé par le Gouvernement intéressé.

Il sera donné avis de leur arrivée.

VII. Les documents, espèces, valeurs ou objets d'art visés aux deux paragraphes ci-dessus seront accompagnés jusqu'à leur lieu de destination par des délégués allemands, et, en outre, sur les territoires français ou alliés, par des délégués français ou alliés.

VIII. Toutes les fois que la chose sera jugée possible par le Gouvernement du pays destinataire, il sera procédé, dès l'arrivé ou dans les jours qui suivront, à une reconnaissance contradictoire avec le délégué allemand du contenu des colis.

IX. Il sera donné décharge au Gouvernement allemand des documents, espèces, valeurs ou objets d'art dont l'existance matérielle aura été constatée et qui auront été trouvés en bon état. Pour ceux trouvés en mauvais état, il sera dressé un procèsverbal spécial.

X. Les Gouvernements Français et Alliés se réservent, de la manière la plus formelle, le droit d'exercer toutes revendications ultérieures, de réclamer toutes indemnités et, s'il y a lieu, d'user de repressailles pour tous les documents, espèces, valeurs ou objets d'art dont la restitution n'aurait pas été opérée dans les délais impartis ou aurait été opérée d'une manière incomplète ou en mauvais état.

XI. En ce qui concerne specialement les documents, espèces ou valeurs déposés actuellement par les Allemande à Bruxelles et à Liège, l'arrivée des délégues allemands à Spa pour procéder aux opérations ci-dessus spécifiées devra avoir lieu le 1er décembre au plus tard.

La remise des caisses ou coffres sera faite, en présence des délégués français, aux représentants du Gouvernement Allemand chargés de les accompagner jusqu'au lieu de destination. Les représentants du Gouvernement Allemand donneront reçu de ces caisses ou coffres à Son Excellence M. le Marquis de Villalobar, Ministre Plénipotentiaire de S. M. le Roi d'Espagne, qui a bien voulu s'en charger pour le compte commun de la France et de l'Allemagne.

XII. En ce qui concerne specialement les espèces et valeurs ci-dessous énumérées, le Gouvernement Allemand s'efforcera d'en faire la remise à Cologne du 10 au 31 décembre entre les mains des repésentants du Gouvernement Belge, sauf à celui-ci à proroger le délai en cas de difficultés techniques:

1° Les encaisses de la Banque Nationale de Belgique et du Département d'Emission de la Société Générale de Belgique;

2° les sommes enlevées dans les agences de la Banque Nationale de Belgique et dans les Banques privées;

3° les avoirs de la Banque Nationale de Belgique représentant la contre-partie de son portefeuille effets, pour autant que les conventions de la Banque Nationale de Belgique avec les Banques Allemandes ne comportent pas d'autres délais de préavis;

4° les cautionnements des Banques, Sociétés et en général de tous particuliers;

5° le fond de prévision monétaire, sous réserve des observations du Gouvernement Allemand;

6° les avoirs enlevés par les séquestres, appartenant à des sujets belges et des puissances alliées.

Ces restitutions seront effectuées dans les conditions prévues ci-dessus au paragraphe 4.

La Délégation Belge réserve expressément le droit de son gouvernement d'exiger l'échange des marks contre des francs belges ou des valeurs en or sur la base de 1 fr. 25 par mark, cours imposé par l'Allemagne. Elle rapelle à ce sujet que, durant l'occupation, ce cours a été offert au nom du Gouvernement Allemand par le Commissaire Général des Banques comme base de restitution; la Délégation Allemande fait observer que cette proposition n'a pas été acceptée. Les Délégations Française et Belge entendent au surplus faire la même réserve pour tous les marks en circulation en France et en Belgique.

XIII. Le Gouvernement Allemand s'engage à remettre, sous réserve des droits éventuels des tiers, avant le 10 décembre, au Gouvernement Français des relevés dûment certifiés des bons de monnaie imprimés sous le nom des communes, syndicats de communes, chambres de commerce, caisse d'épargne ou entreprises particulières. Ces relevés feront connaître pour chacune des communes ou collectivités intéressées:

1° Le nombre et le montant des bons dont l'émission a été autorisée;
2° le nombre et le montant des bons effectivement imprimés;
3° le nombre et le montant des bons existant à un titre quelconque entre les mains des autorités allemandes;
4° le détail du matériel d'impression des bons et de fabrication du papier filigrané sur lequel ils sont tirés;
5° les quantités de papier filigrané existant encore en stock.

Les bons restant, à un titre quelconque, entre les mains des autorités allemandes seront livrés à Paris au Gouvernement Français avec le matériel d'impression et de fabrication du papier filigrané ainsi qu'avec les stocks de papier filigrané non encore utilisé. Les colis, accompagnés d'un relevé détaillé, devront être tenus à la disposition du Gouvernement Français sur wagons, en gare de Mayence, à partir du 10 décembre. Il sera donné avis de leur arrivée au Gouvernement Français.

XIV. Le Gouvernement Allemand s'engage à remettre aux Alliés tout l'or quel qu'il soit, appartenant aux Gouvernements Russe et Roumain ou à leurs ressortissants, ou bien déposé sur le territoire de la Russie ou de la Roumanie au nom de Gouvernements ou de ressortissants des Puissances alliées, et qui aurait été pris par les Allemands ou remis à eux, soit en vertu des Traités de Brest-Litowsk et de Bucarest et des traités complémentaires, soit pour toute autre cause que ce soit. A titre d'indication, et sans que cette énumération soit en aucune façon limitative, l'or visé ci-dessus comprend:

1° les versements ou saisies d'or en monnaies ou lingots;
2° les remises ou saisies de traites or ou de bons or de l'Administration des mines de Russie, les dits bons ou traites devant être remis en nature;
3° les immobilisations de comptes or dans les banques allemandes, le dit or devant être livré en nature.

Il demeure entendu que les sommes dues en or à la Roumanie en vertu des contrats financiers pour achats de céréales, antérieurs à la guerre ne sont pas comprises dans le présent paragraphe.

L'or à livrer par le Gouvernement Allemand en vertu du présent paragraphe sera remis au Gouvernement Français qui en prendra charge au nom des Alliés jusqu'à la signature de la paix.

Les livraisons s'effectueront sur wagons, à raison de deux wagons d'or par jour. Elles commenceront le 5 décembre et se continueront les jours suivants jusqu'à complète terminaison. Les wagons d'or seront remis aux Autorités Françaises dans une gare de la ligne de Mayence à Sarrebruck qui sera fixée ultérieurement par le Haut Commandement Français. Les frais de transport incomberont en entier au Gouvernement Allemand. L'or sera transporté à Paris et placé en dépôt à la Banque de France qui en assurera la conservation.

Des Délégués du Gouvernement Allemand l'accompagneront jusqu'à destination et procéderont à sa reconnaissance concurremment avec des Délégués du Gouvernement Français auxquels ils devront remettre des bordereaux détaillés indiquant, de la manière la plus précise le montant, la nature et l'origine de tout l'or versé.

Le Gouvernement Français donnera, sous toutes réserves, décharge au Gouvernement Allemand de l'or que celuici aura effectivement versé. Il se réserve de la manière la plus formelle le droit d'exercer toutes revendications ou repressailles au cas où il viendrait ultérieurement à sa connaissance que le Gouvernement Allemand ne lui a pas effectué, dans les délais prescrits le versement intégral de tout l'or russe ou roumain qui doit lui être versé conformément aux dispositions ci-dessus.

Fait à Spa en triple exemplaire le premier décembre 1918.

Pour l'Allemagne:

(gez.) *Melchior.*
„ *Büsing.*
„ *Graf Pocci.*

Pour la France:

(gez.) *C. de Celles.*
„ *Comte de Lasteyrie.*

Pour la Belgique:

(gez.) *E. Francqui.*
„ *F. Hautain.*
„ *Alb. E. Janssen.*

15.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, ALLEMAGNE.

Convention additionnelle portant prolongation de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918;*) signée à Trèves, le 13 décembre 1918, suivie de Stipulations financières, signées à la date du même jour.

Drucksachen der deutschen Waffenstillstandskommission. — Livre jaune français 1919.

Convention.

Les soussignés, munis des pouvoirs en vertu desquels ils ont signé la Convention d'Armistice du 11 novembre 1918, ont conclu la convention suivante:

1°) La durée de l'Armistice conclu le 11 novembre 1918 est prolongée de Un mois, — c'est-à-dire jusqu'au 17 janvier 1919, à 5 heures (cinq heures).

Cette prolongation de Un mois sera étendue jusqu'à la conclusion des préliminaires de paix, sous la réserve d'approbation des gouvernements Alliés.

2°) L'exécution des clauses de la Convention du 11 novembre incomplètement réalisées sera poursuivie et achevée pendant la prolongation de l'Armistice, dans les conditions de détail fixées par la Commission Internationale Permanente d'Armistice, d'après les instructions du Haut-Commandement Allié.

3°) La clause suivante est ajoutée à la Convention du 11 novembre 1918:

„Le Haut-Commandement Allié se réserve, dès à présent, d'occuper, quand il le jugera convenable, à titre de nouvelle garantie, la zone neutre de la rive droite du Rhin, au Nord de la tête de pont de Cologne et jusqu'à la frontière hollandaise. — Cette occupation fera l'objet d'un préavis de 6 (six) jours de la part du Haut-Commandement Allié."

Trèves, le 13 décembre 1918.

J. Foch.
R. E. Wemyss,
Admiral.

Erzberger.
A. Oberndorff.
v. Winterfeldt.
Vanselow.

*) V. ci-dessus, No. 12.

Commandement en chef des Armées Alliées.

Trèves, le 13 décembre 1918.

I.

Engagement pour le Gouvernement Allemand de ne pas disposer, sans accord préalable avec les Alliés, de l'encaisse métallique du Trésor ou de la Reichsbank, des effets ou des avoirs sur ou à l'étranger ainsi que des valeurs mobilières étrangères appartenant au Gouvernement et aux Caisses Publiques.

Engagement pour le Gouvernement Allemand de ne donner, sans accord préalable avec les Alliés, aucune autorisation de sortie pour les avoirs ou valeurs ci-dessus possédés par des particuliers, ou des sociétés.

II.

Engagement pour le Gouvernement Allemand de prendre d'accord avec les Gouvernements Alliés toutes dispositions utiles pour décider, dans le plus bref délai possible, dans quelles conditions seront restitués à leurs propriétaires légitimes les titres perdus ou volés dans les régions envahies.

III.

Obligation pour le Gouvernement Allemand de payer aux Alsaciens-Lorrains à leurs échéances, et conformément aux lois en vigueur, toutes les dettes ou tous les effets échus ou à échoir pendant la durée de l'armistice et concernant des Caisses Publiques Allemandes, par exemple: les Bons du Trésor, les effets, chèques postaux ou autres, les virements, acceptations, etc. . . ., ladite énumeration étant énonciative et non limitative.

Obligation pour le Gouvernement Allemand de n'apporter aucune entrave spéciale à la libre disposition par les Alsaciens-Lorrains des propriétés, valeurs, titres, dépots, leur appartenant et situés en Allemagne.

IV.

Engagement pour le Gouvernement Allemand d'examiner, d'accord avec les Gouvernements Alliés, les mesures à prendre pour la restitution, dans le plus bref délai possible, des biens sequestrés au préjudice des nationaux alliés.

Büsing. *Ch. de Lasteyrie.*
Ratjen. *P. Tirard.*

Procès-Verbal de la réunion du 13 décembre 1918, tenue à Trèves à l'occasion du renouvellement de l'armistice.

A l'occasion de la signature du protocole en date de ce jour, MM. les délégués Allemands ont demandé l'insertion des observations ci-après:

ad § 1. MM. les délégués Allemands demandent que toutes mesures soient prises pour que les autorisations prévues au présent paragraphe soient accordées dans les conditions de célérité et de discrétion nécessaires à la bonne marche des affaires. — Ils demandent en outre que les Gou-

vernements Français et Alliés désignent un Commissaire ayant les pouvoirs nécessaires pour pouvoir traiter les questions de concert avec un commissaire Allemand qui serait désigné à cet effet.

Les délégués français prennent acte de ces déclarations et déclarent qu'en ce qui les concerne ils ne voient pas d'objection à ce qu'il soit fait droit à cette demande.

ad § 3. MM. les délégués Allemands font connaître qu'ils ne peuvent signer le dit paragraphe que sous réserve que des mesures de réciprocité équitables seront prises par le Gouvernement français.

MM. les délégués français déclarent que l'armistice ne prévoit pas de réciprocité, mais qu'ils transmettront à leur Gouvernement le désir de MM. les délégués allemands.

Büsing. *Ch. de Lasteyrie.*
Ratjen. *Paul Driand.*

16.

BELGIQUE, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ALLEMAGNE.

Procès-verbaux de la Conférence économique réunie à Luxembourg pour régler la circulation entre l'Allemagne et la partie de l'Allemagne occupée par les Alliés; du 23 au 25 décembre 1918.

Drucksachen der deutschen Waffenstillstandskommission.

I. Protokoll über die erste Sitzung am 23. Dezember 1918.

Anwesend waren von deutscher Seite:
Staatssekretär Dr. August Müller,
Konsul Dr. Büsing,
Geheimer Oberbergrat Stutz,
Geheimer Oberregierungsrat Flach,
Dr. Hermann Fischer,
Kommerzienrat Hermann Hardt,
Justizrat Schauer.

Von alliierter Seite nahmen teil:
General Nudant,
Oberst Mercier,
Herr Paul Driand

und verschiedene französische Offiziere und Sachverständige als Beisitzer, ferner
zwei amerikanische Delegierte,
ein englischer und
ein belgischer Delegierter.

Nach Eröffnung der Sitzung durch General Nudant ergriff Oberst Mercier das Wort und führte aus:

Der Artikel VI des Waffenstillstandsvertrages sei von deutscher Seite verletzt worden. In diesem Artikel sei stipuliert worden, dass nichts veranlasst werden solle, was den Wert der Fabriken vermindere usw. Deutschland aber habe seit einiger Zeit aufgehört, Brennmaterial in den Quantitäten nach den linksrheinischen Gebieten und insbesondere nach Lothringen zu exportieren, wie dies noch vor einem Monat der Fall gewesen sei. Er habe vor etwa acht Tagen ein Protokoll übergeben, in welchem Vorschläge enthalten waren, in welcher Weise diesem Misstande abgeholfen werden könne, und er erwarte, dass wenigstens über den Punkt der Belieferung mit Brennmaterial heute abend noch eine Vereinbarung zustande kommen könne.

Staatssekretär Dr. Müller erwiderte darauf:

Die von Oberst Mercier aufgeworfene Frage könne erst dann gelöst werden, nachdem die Frage beantwortet worden sei, welche Massregeln die Alliierten ergreifen wollten, um die von ihnen entgegen dem Sinne des Waffenstillstandsvertrages bewirkte Abschnürung des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen der links- und der rechtsrheinischen Seite wieder aufzuheben.

Oberst Mercier entgegnete:

Irgendeine Verpflichtung von seiten der Alliierten bestehe nicht. Es bestehe nur eine Verpflichtung von deutscher Seite. Es handle sich nämlich um zwei Fragen: um eine Rechtsfrage und eine Tatfrage. Die Rechtsfrage sei die Interpretierung des Waffenstillstandsvertrages und insbesondere des Artikels VI, und über diese lasse Marschall Foch keine Diskussion zu. Die Alliierten interpretierten den Waffenstillstandsvertrag dahin, dass derselbe ein einseitiger Vertrag sei, in welchem Deutschland eine Reihe von Verpflichtungen übernommen habe, wogegen die Alliierten lediglich die Feindseligkeiten einzustellen hätten.

Daraufhin überreichte Staatssekretär Dr. Müller folgende Erklärung:

I. Der Artikel VI ist durch Deutschland nicht verletzt, da keine allgemeinen oder staatlichen Massregeln ergriffen worden sind, die eine Entwertung der industriellen Anlagen oder eine Verringerung ihres Personals zur Folge haben.

II. Nach Sinn und Wortlaut enthält Artikel VI Abs. 5 nicht nur einseitige Verpflichtungen Deutschlands, sondern legt die gleichen Verpflichtungen den Alliierten auf.

III. Artikel VI des Waffenstillstandsvertrages darf nicht für sich allein betrachtet werden, vielmehr nur als Bestandteil des ganzen Waffenstillstandsvertrages, der lediglich eine militärische Besetzung vorsieht, aber keine Bestimmungen enthält, welche die wirtschaftliche Abschnürung des besetzten vom nicht besetzten Gebiete rechtfertigen.

IV. Falls der unter III erwähnte Grundsatz, wonach der freie wirtschaftliche Verkehr zwischen besetztem und nichtbesetztem Gebiet durch die Okkupation — vorbehaltlich absoluter militärischer Notwendigkeiten —

nicht behindert werden darf, von den Alliierten nicht anerkannt und praktisch durchgeführt wird, ist es schon aus rein praktischen Gründen nicht möglich, irgendwie erheblichere Brennstoffmengen zuzusagen.

Luxemburg, den 23. Dezember 1918.

Dr. Aug. Müller.

Nach Abgabe dieser Erklärung betonte Oberst Mercier nochmals den Standpunkt, dass über die Rechtsfrage eine Diskussion nicht zulässig sei. Er erklärte auch, dass, wenn deutscherseits die Lieferung der erforderlichen Mengen Brennmaterial zugesagt werde, die Möglichkeit einer Erleichterung des Verkehrs in weitem und versöhnlichem Sinne, jedoch unter dem Gesichtspunkt der notwendigen Kontrolle der Alliierten, geprüft werde. Im weiteren Verlaufe der Diskussion schränkte er aber seine Zusage dahin ein, dass der wirtschaftliche Verkehr zwischen den beiden Rheinseiten auch dann nur insoweit zugelassen werden könne, als es den Alliierten notwendig erscheine.

Nachdem Staatssekretär Dr. Müller nochmals darauf aufmerksam gemacht hatte, dass es an gutem Willen zum Liefern auf deutscher Seite nicht fehle, dass aber eben die Behinderung der Verkehrsfreiheit die Möglichkeit der Lieferung illusorisch mache, erklärte Herr Driand, Nordfrankreich sei vier Jahre lang durch Okkupation von dem übrigen Frankreich abgesperrt gewesen; seine wirtschaftlichen Zusammenhänge mit dem übrigen Frankreich seien mindestens ebenso stark wie die zwischen dem links- und rechtsrheinischen Deutschland. Trotzdem habe es Frankreich ermöglicht, unter schwierigeren Verhältnissen als denen, unter denen Deutschland jetzt zu leiden habe, sein Wirtschaftsleben im Gange zu erhalten. Deshalb müsse Deutschland jetzt seinen Verpflichtungen und seiner unter der Waffenstillstandsurkunde stehenden Unterschrift gerecht werden.

Herr Driand sagte weiter, in Deutschland sei ebenso wie in Frankreich die Kohlenverteilung durch eine staatliche Stelle geregelt. Wenn Elsass-Lothringen und das französische Lothringen seit etwa zehn Tagen überhaupt keinen Koks mehr erhalte, so könne das doch nur auf eine Weisung dieser staatlichen Stelle zurückzuführen sein.

Nachdem Staatssekretär Dr. Müller erklärt hatte, dass eine Einigung über die Lieferung gefunden werden könne, nachdem eine Vereinbarung über die Erleichterung der Verkehrsfreiheit zwischen der linken und der rechten Rheinseite getroffen worden sei, erklärte General Nudant, dass unter diesen Umständen eine Einigung heute abend nicht zustande kommen werde. Er brach daher die Sitzung ab, vertagte sie auf den folgenden Tag, vormittags neun Uhr, und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Nacht den deutschen Delegierten guten Rat bringe.

II. Notenaustausch am 24. Dezember 1918.

In der Vormittagssitzung am 24. Dezember 1918 übergab General Nudant im Auftrage des Marschalls Foch folgende Erklärung mit anhängendem Protokoll:

Luxembourg, le 23 Décembre.

Par application de l'Article VI de l'Armistice, vous vous êtes engagés à ne prendre aucune mesure préjudiciaire aux usines.

Nous vous demandons en conséquence de continuer à fournir les matières premières nécessaires au fonctionnement des usines conformément aux indications particulières du Protocole ci-joint. Mercier.

Protocole relatif à l'exécution de l'article VI, cinquième alinéa, des conditions de l'armistice.

Article I°

§ 1. Le Gouvernement Allemand fera livrer par les mines, usines et établissements de la rive droite du Rhin, les matières premières (charbons, cokes, etc. . .) qui étaient normalement fournies pendant le 3° trimestre 1918 aux pays de la rive gauche du Rhin (Alsace-Lorraine, Sarre, Luxembourg, Pays Rhenans, etc. . .) et aux pays occupés sur la rive droite. A cet effet, le Gouvernement Allemand fera parvenir, pour le 1er Janvier 1919, à la Commission d'Armistice de Spa, les tableaux officiels de fourniture et de répartition des combustibles à destination de ces pays pendant le 3° trimestre 1918.

Article II.

Fournitures à l'Alsace, la Lorraine, la Sarre et au Grand-Duché de Luxembourg.

Cokes Métallurgiques.

§ 2. Le tonnage quotidien à expédier de la rive droite du Rhin, par voie de fer sur la Lorraine, et, pour une faible partie, par eau sur Strasbourg, sera de

13 700 (treize mille sept cents) tonnes par jour de calendrier, soit:
411 000 (quatre cent onze mille) tonnes par mois.

Charbons divers.

§ 3. Le tonnage quotidien à livrer par voie d'eau à quai Strasbourg et Lauterbourg et par voie de fer sera de

4000 (quatre mille) tonnes par jour de calendrier, soit:
120 000 (cent vingt mille) tonnes par mois.

§ 4. Pour pouvoir parer à des besoins urgents et en attendant l'arrivée des premiers bateaux, des expéditions par fer jusqu'à concurrence de 60 000 (soixante mille) tonnes, seront fournies en sus des quantités qui précèdent, en provenance des stocks de Kehl, Carlsruhe, Mannheim. Toutes dispositions utiles seront prises pour que ces 60 000 tonnes soient immédiatement rendues disponibles et réservées.

Minerais de Manganèse et scories de Fours Martin.

§ 5. En attendant que les mesures prises par le Gouvernement Français pour alimenter en minerai de manganèse les usines métallurgiques de Lorraine et de la région de la Sarre aient produit leur effet, le Gouvernement

Allemand continuera à faire livrer à destination de ces usines, comme il le faisait pendant le troisième trimestre 1918, les minerais pauvres de manganèse et les scories de fours Martin nécessaires.

§ 6. La quantité totale à livrer mensuellement sera calculée sur la base de 10 000 (dix mille) tonnes de manganèse pur; de sorte que pour des produits à 8 % (huit pour cent) de manganèse, le tonnage total livré mensuellement serait de 125 000 (cent vingt cinq mille) tonnes.

Riblons et Ferrailles.

§ 7. L'Allemagne assurera la fourniture par les dépôts de la rive droite du Rhin d'un contingent mensuel de

20 000 (vingt mille) tonnes de riblons et ferrailles par mois.

Matières ouvrées et Matérials divers.

§ 8. Le Gouvernement Allemand fera exécuter et livrer les commandes de pièces de rechange et d'éléments de matériel mécanique qui lui seront adressées par l'intermédiaire du Comptoir des Chambres de Commerce pour l'entretien ou la réparation de l'outillage et du matériel des usines qui possèdent des machines de fabrication allemande, notamment en ce qui concerne:

le matériel des mines,
le matériel des usines métallurgiques,
le matériel des usines d'électricité,
le matériel des chemins de fer,
l'outillage spécial des usines, manufactures et exploitations diverses.

§ 9. Les commandes déjà notifiées avant l'armistice seront exécutées et livrées toutes les fois que la demande en sera confirmée par le Comptoir.

§ 10. Rentreront dans les catégories visées à l'article 8 les produits réfractaires et céramiques.

Conditions diverses.

§ 11. Les fournitures seront facturées en marks, aux prix qui étaient en usage dans le courant du 3e trimestre 1918.

§ 12. Les factures seront établies par le Gouvernement Allemand au nom du Comptoir des Chambres de Commerce d'Alsace-Lorraine, agissant au nom des Services du Ministère de la Reconstitution Industrielle. Le montant en sera porté, au cours du jour, au crédit du Gouvernement Allemand.

§ 13. Les expéditions seront faites suivant les indications fournies par le Comptoir, ce dernier ayant été chargé par le Gouvernement Français de la répartition.

§ 14. Les fournitures devront commencer sans aucun délai; en attendant les instructions nouvelles du Comptoir, les expéditions se feront suivant les mêmes bases sur lesquelles elles s'effectuaient durant le troisième trimestre 1918.

§ 15. Les qualités seront les mêmes que celles des fournitures faites pour les mêmes destinations pendant le troisième trimestre 1918.

§ 16. Toute la correspondance relative à ces fournitures sera adressée au Comptoir des Chambres de Commerce d'Alsace et de Lorraine, domicilié à Strasbourg, bâtiment Est du ci-devant Ministère de l'Intérieur.

Article III.

Fournitures aux Pays Rhenans.

§ 17. Provisoirement, ces fournitures seront effectuées et liquidées dans les mêmes conditions qu'avant l'armistice, sous le contrôle du Commandement Interallié. Des instructions définitives seront formulées ultérieurement.

Article V.

§ 18. Des protocoles ultérieurs régleront les questions non traitées dans le présent protocole. Sans attendre leur établissement, toutes mesures seront prises pour reprendre immédiatement les expéditions du matériel et notamment des bois nécessaires pour l'exploitation des mines.

Le Président de la Commission Spéciale Economique de Luxembourg.

Luxembourg, le 23 décembre 1918.

Nudant.

In der Nachmittagssitzung vom 24. Dezember 1918 wurde von deutscher Seite folgende Gegennote überreicht:

Die im Namen des Marschalls Foch durch General Nudant überreichte Note des Obersten Mercier verschiebt die Grundlagen der Verhandlungen dieser Kommission, wie sie in einer Note des Ministers von Haniel vom 21. Dezember 1918 vorgeschlagen und von den Alliierten stillschweigend akzeptiert worden sind. In dieser Note war erklärt worden, die deutsche Regierung werde zur Erörterung der wirtschaftlichen Fragen eine Kommission entsenden, wenn nicht nur über die Forderungen der Alliierten, sondern gleichzeitig auch über die Wünsche Deutschlands beraten und beschlossen würde. Die Note, die heute früh überreicht worden ist, lässt eine Erörterung über die Wünsche Deutschlands nicht zu.

Die deutsche Regierung kann nicht anerkennen, dass die im Waffenstillstandsvertrag festgelegten Bedingungen nur einseitig Deutschland verpflichten und den Alliierten keine andere Gegenleistung auferlegen als die Einstellung der Feindseligkeiten. Sinngemäss kann der Waffenstillstandsvertrag nur aufgefasst werden als eine Bindung zwischen zwei Vertragschliessenden, die auch in den Einzelheiten beider vertragschliessenden Teile festgelegt ist und keiner der Vertragsparteien das Recht zu einseitiger Auslegung des Vertrages gibt.

Der Artikel VI Abs. 5 des Waffenstillstandsvertrages verpflichtet Deutschland nicht zu positiven Leistungen, sondern nur zur Unterlassung von Handlungen. Dieser ist von Deutschland nicht verletzt worden, wohl aber haben die Alliierten gegen den Inhalt des Waffenstillstandsvertrages verstossen, indem sie Massnahmen trafen, die weit über die ihnen im Waffenstillstandsvertrag eingeräumten Rechte hinausgingen.

Die deutsche Regierung betont auf das nachdrücklichste, dass das Wirtschaftsleben zwischen dem besetzten und nicht besetzten Gebiet auf-

rechterhalten bleiben muss, und verpflichtet sich zur Ausführung der hierzu notwendigen Massnahmen, jedoch unter der einen Bedingung, dass die Gegenseitigkeit gewährt wird. Die aus militärischen Gründen notwendigen Einschränkungen dieses Grundsatzes ist die deutsche Regierung bereit, anzuerkennen.

Die deutsche Regierung war und ist jederzeit bereit, den Wünschen der Alliierten entsprechend, industrielle Roh- und Hilfsstoffe zu liefern. Welche Mengen ihr für das besetzte Gebiet zur Verfügung stehen, wird aber ausser der Durchführung der Gegenseitigkeit durch die technische Leistungsfähigkeit Deutschlands bedingt. Kein billig denkender Mensch kann verlangen, dass Deutschland Lieferungsverpflichtungen übernimmt, deren Durchführung seinen wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeiführen müsste. Die gegenwärtig in Deutschland herrschenden innerpolitischen Zustände würden auch die Erfüllung solcher Bedingungen unmöglich machen.

Aus allen diesen Erwägungen muss die deutsche Delegation es ablehnen, einseitige vertragliche Verpflichtungen zu übernehmen, ohne dass eine Gewähr seitens der Alliierten dafür geboten wird, dass die dem Sinne des Waffenstillstandsvertrages entsprechende Verkehrsfreiheit zwischen dem besetzten und nicht besetzten Gebiet hergestellt wird. Eine verpflichtende Zusage, die ohne Erfüllung dieser Voraussetzung gegeben würde, würde sich zudem vermutlich als unausführbar erweisen und Deutschland mit Recht den Vorwurf der Nichterfüllung eingegangener Verpflichtungen zuziehen.

Die deutsche Delegation ist aus den im ersten Absatz dieser Erklärung niedergelegten Gründen zu endgültigen Entscheidungen auf Grund der neuen Sachlage nicht befugt. Sie wird über die Angelegenheit ihrer Regierung mündlich berichten und dabei zum Ausdruck bringen, dass bei Verbürgung der Gegenseitigkeit die heute überreichte Note des Obersten Mercier eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen bieten kann.

Bis zur endgültigen Verständigung beider Teile wird die deutsche Regierung, entsprechend ihrer grundsätzlichen Auffassung über den Waffenstillstandsvertrag, die Lieferung in das besetzte Gebiet nach Möglichkeit fortsetzen.

Luxemburg, den 24. Dezember 1918.

Dr. Aug. Müller.

Auf diese Note überreichte General Nudant folgende schriftliche Erklärung:

Les délégués Alliés estiment la discussion de principe close.

I. Ils prennent acte de l'engagement pris par les délégués Allemands de rétablir immédiatement, à titre provisoire, les envois de matières premières de la rive droite du Rhin à l'effet de ravitailler les usines de la rive gauche.

II. Les délégués Alliés font connaître qu'il n'est pas dans l'intention du Haut Commandement Allié d'interrompre systématiquement les relations économiques entre les régions occupées et les régions non occupées de l'Allemagne.

A l'inverse, ils étudient l'établissement d'un règlement à l'effet de fixer les conditions des échanges entre lesdites régions dans la mesure où le permettront les nécessités de la situation des Alliés et de l'état de guerre qui subsiste durant l'Armistice.

III. Les délégués Alliés estiment qu'il y a lieu de passer à l'examen des articles du Protocole.

Au cas où les délégués Allemands ne souscriraient pas à ces conditions, les délégués Alliés attirent leur attention sur les conséquences économiques qu'entraînerait, indépendamment des mesures de coercition militaires, la rupture complète des relations économiques entre les pays occupés et les pays non occupés.

Luxembourg, le 24 décembre 1918.

Nudant.

Die deutsche Delegation hat zu dieser französischen Note mit folgender Antwortnote Stellung genommen:

I. Entsprechend der in der deutschen Note abgegebenen Erklärung wird die deutsche Regierung unverzüglich weiteres veranlassen.

II. Die deutschen Delegierten nehmen Akt von der Erklärung, dass das verbündete Oberkommando nicht beabsichtigt, systematisch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den besetzten und nicht besetzten Gebieten Deutschlands zu unterbinden.

Die deutsche Delegation fasst die im Absatz 2 des § II gegebene Zusage dahin auf, dass die Bedingungen des Austausches baldigst der deutschen Regierung mitgeteilt und zwecks Erzielung einer Verständigung mit ihr erörtert werden.

III. Die deutsche Delegation ist bereit, in die Prüfung des Protokolls einzutreten; sie kann aber bindende Verpflichtungen unbeschadet der versprochenen, vorläufigen Lieferungen nur übernehmen, wenn gleichzeitig die zu II erwähnte Verständigung erzielt wird.

Luxemburg, den 24. Dezember 1918.

Dr. Aug. Müller.

Im Anschluss an diese deutsche Note entstand eine mündliche Erörterung, da auf alliierter Seite Aufklärungen über die Meinung der deutschen Erklärungen verlangt wurden. Nachdem diese gegeben worden waren, regte die französische Delegation an, die deutsche Delegation möchte sich verpflichten, für die Übergangszeit, bis zum Eintritt der bindenden Verpflichtung, einen Vertrag nach Art des Mercierschen Protokolls zu unterzeichnen.

Hierauf gab Staatssekretär Dr. Müller mündlich folgende Erklärung ab:

Zum Verständnis unseres Standpunktes in der Frage ist es notwendig, in Betracht zu ziehen, dass unsere Instruktionen uns nur gestatten, einen Vertrag auf Gegenseitigkeit zu schliessen. Diese Frage ist erledigt; wir kommen nicht darauf zurück. Wir können aber bei dieser beschränkten Vollmacht das Protokoll nicht bindend annehmen. Wir erklären also, dass wir auch einen Vertrag für die Übergangszeit nicht bindend schliessen

können, wohl aber werden wir alles tun, was wir können, um in dieser Übergangszeit die tatsächlichen Lieferungen den Bedingungen nahe zu bringen, die nach Prüfung des Protokolls aufgestellt werden sollen.

Die Alliierten erwiderten darauf mit folgender Note:

I. La Note ci-annexée constitue la base des dispositions que comptent prendre les Alliés en vue de satisfaire aux demandes formulées par les Représentants du Gouvernement allemand relatives aux relations économiques des territoires occupés.

Annexe.

Les délégués du Commandement Allié entendent le 2me § de la Note allemande en ce sens que les dispositions prises par les Alliés pour rétablir, dans la mesure convenable, les relations économiques entre les régions occupées et non occupées de l'Allemagne seront communiquées au Gouvernement allemand et que les demandes formulées par le Gouvernement allemand et même par les intéressés seront examinées dans un esprit large et réglées par cas d'espèce, en tenant compte de la situation des Alliés et de l'état de guerre, ainsi qu'il est dit dans la Note Alliée de ce jour.

II. Si les délégués du Gouvernement allemand se déclarent dans ces conditions n'être pas autorisés à signer le Protocole qui leur a été transmis, les Alliés ne peuvent que déclarer que ce texte devra servir de base aux livraisons que le Gouvernement allemand doit effectuer et que, la discussion ne pouvant être, par suite, prolongée, ils font toutes réserves sur les mesures de coercition qui interviendraient si les fournitures promises venaint à cesser.

Luxembourg, le 24 décembre 1918.

Nudant.

Die Alliierten erklärten, dass sie am 25. Dezember ½10 Uhr über das Protokoll verhandeln wollten. Die Verhandlungen müssten aber bis zum Mittag beendet sein, da die französischen Delegierten dann abreisen wollten. Ferner übergaben die Alliierten das folgende Protokoll bezüglich Artikels XIX des Waffenstillstandsvertrages:

Protocole relatif à l'exécution de l'Article XIX de l'Armistice.

§ 1. La restitution du matérial enlevé dans les usines françaises et belges étant indispensable à la marche de celles-ci, les mesures suivantes seront exécutées, et ceci sous toutes réserves de recours ultérieur.

§ 2. Les machines, pièces de machines, objets d'outillage industriel ou agricole, accessoires divers de toute nature, et d'une manière générale, tout objet d'usage industriel ou agricole, y compris le matériel de navigation, de transport, de manutention, etc. . . . . enlevé des territoires qu'avaient occupés les armées ennemies sur le front occidental, sous quelque prétexte que ce soit, par autorité militaire ou civile, ou par des simples particuliers, seront tenus à la disposition des Alliés pour être réexpédiés à leur lieu d'origine si les Alliés le desirent.

Ces objets ne subiront aucune modification ni aucune dégradation sous peine de représailles particulières.

§ 3. Pour préparer cette restitution, le Gouvernement allemand fera parvenir d'urgence à la Commission d'Armistice toutes les comptabilités officielles ou particulières relatives à ces objets, tous contrats de vente, location ou autres, toutes correspondances s'y rapportant, toutes déclarations et toutes indications utiles sur l'existance, l'origine, la transformation, l'état actuel et le lieu de dépot de ces objets.

§ 4. Des délégués du Gouvernement français ou belge feront procéder en Allemagne aux reconnaissances et examens sur place des objets signalés si cela leur parait utile.

§ 5. La réexpédition s'effectuera suivant les instructions particulières qui seront données par les autorités françaises ou belges et suivant ce qu'elles décideront.

§ 6. En particulier, seront déclarés en vue d'une restitution immédiate et sous peine de représailles également immédiates les dépots de toute nature sur parcs, sur fer, sur bateaux ou dans les usines, de courroies de transmission, moteurs électriques ou pièces de moteurs et objets d'appareillage, etc., enlevés de France, de Belgique, du Grand-Duché de Luxembourg, d'Alsace ou de Lorraine.

§ 7. Les renseignements donnés aux paragraphes 3 et 4 devront commencer à parvenir dans un délai de huit jours francs à dater du 25 décembre 1918 et devront être entièrement fournis avant le 25 janvier 1919.

Les déclarations non effectuées à cette époque donneront lieu à des représailles spéciales sans préjudice des autres mesures qui seront jugées utiles.

Le Président de la Commission Spéciale Economique de Luxembourg.

Luxembourg, le 23 décembre 1918. Mercier.

Die Alliierten bemerkten zu dieser Note, dass die Angelegenheit gleichfalls morgen vormittags erledigt werden müsse.

Staatssekretär Dr. Müller erklärte darauf, die Deutsche Delegation nehme von dem Vorgebrachten Kenntnis und werde sich dazu äussern.

III. Notenwechsel am 25. Dezember 1918 und Schlussitzung.

In der Vormittagssitzung am 25. Dezember wurden von der deutschen Delegation folgende beiden Noten überreicht:

Die in dem Protokoll betreffend die Ausführung des Art. XIX des Waffenstillstandsvertrages vom 23. 12. 1918 aufgestellten Forderungen greifen den im Friedensvertrag zu regelnden Fragen vor. Für die Regelung bleibt die deutsche Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson massgebend. Die deutsche wirtschaftliche Waffenstillstands-Delegation kann in eine Erörterung dieser Fragen nicht eintreten.

Luxemburg, den 25. Dezember 1918. Dr. Aug. Müller.

Die in dem Annex zu der am 24. d. Mts. zuletzt überreichten Note abgegebene Erläuterung entspricht nicht der deutschen Auffassung. Die deutsche Delegation vertraut aber, dass die tatsächliche Regelung in einer dem beiderseitigen Interesse dienenden Weise erfolgt.

Luxemburg, den 25. Dezember 1918. Dr. Aug. Müller.

Hierauf übergab General Nudant folgende Note:

Luxembourg, le 25 décembre 1918.

Note.

La Délégation des Gouvernements Alliés n'accepte pas l'interprétation que les délégués allemands donnent de l'Article XIX de l'Armistice.

Elle prend acte de la déclaration de la Delégation allemande que la question de la restitution immédiate du matérial enlevé, pour laquelle ladite délégation déclare n'avoir pas les pouvoirs nécessaires à son examen, sera traité sans délai à la C. I. P. A.

Les délégués Alliés comptent que les delégués techniques de la Commission allemande vont examiner sans tarder, à titre personnel, le mémoire, qui leur a été remis hier, à l'effet d'accélérer la solution de la question.

Nudant.

Sodann fasste General Nudant die Ergebnisse der Beratungen zusammen. Staatssekretär Dr. Müller gab mündlich folgende Erklärung ab, die nachher schriftlich überreicht wurde:

„Die Deutsche Delegation will eine Situation schaffen, die jedes Missverständnis und jede Meinungsverschiedenheit unmöglich macht. Sie erklärt daher zu der Frage der Anerkennung des Protokolls von Oberst Mercier, dass über die Einzelheiten des Protokolls deshalb noch keine Uebereinstimmung erzielt werden konnte, weil sie bisher überhaupt noch nicht diskutiert wurden.

Im allgemeinen haben wir zugesagt, dass die Lieferungen ins linksrheinische Gebiet fortgesetzt werden, wobei wir uns nach Möglichkeit bestreben werden, die Lieferungsmengen den im Protokoll genannten anzunähern. Wir sind bereit, das Protokoll zu zeichnen, wobei wir die allgemeinen Vorbehalte aufrechterhalten müssen, die wir in den abgegebenen Noten gemacht haben. Im speziellen müssen wir darauf hinweisen, dass einzelne Bestimmungen des Protokolls nur ausführbar sind, wenn bestimmte Voraussetzungen seitens der Alliierten erfüllt werden. Welche Voraussetzungen das sind, haben wir versucht, schriftlich zu formulieren. Wir überreichen auch diese Aufzeichnung. Auch sie sollen als Vorbehalte bei der Unterzeichnung des Protokolls gelten."

Staatssekretär Dr. Müller überreichte zugleich eine schriftliche Aufzeichnung folgenden Wortlauts:

Unter dem Vorbehalt der Haupterklärung.

I. Allgemein.

Alle Lieferungen sind abhängig von den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland (Transportlage, Arbeiterfrage, häufige Streiks, Sinken der Arbeitsleistung, höhere Gewalt).

Alle Lieferungszusagen gelten nur bis zum Ende des Waffenstillstands bezw. bis zum Präliminarfrieden.

Hinsichtlich der Preise muss eine Sondervereinbarung erfolgen. Es ist nicht angängig, die Preise des 3. Quartals 1918 zugrunde zu legen. Inzwischen ist in Deutschland eine gewaltige Steigerung der Selbstkosten

eingetreten. Für die Sondervereinbarung soll als Grundsatz gelten, dass dieselben Preise bewilligt werden, welche die rechtsrheinischen Werke in der gleichen Zeit bezahlen. Er darf keine Gutschrift, sondern es muss Zahlung erfolgen.

II. Kohlen und Koks.

Die in den §§ 2 und 3 des französischen Protokolls vom 23. Dezember 1918 geforderten Mengen können geliefert werden, wenn der Reichskohlenkommissar wieder uneingeschränkte Verfügung über die Kohlenproduktion des linksrheinischen Gebietes erhält. Die in § 4 verlangten Kohlen- und Koksmengen können bis zum Gesamtquantum von 60000 Tonnen geliefert werden, soweit die Mengen noch auf den in § 4 aufgeführten Lagern vorhanden sind.

Zur Erläuterung wird hierzu bemerkt, dass die Kohlenmengen, die von der linken auf die rechte Rheinseite gegangen sind, ungefähr der Menge nach sich decken mit denen, die von der rechten auf die linke Seite übergeführt sind. Die Lieferungszusage hängt von der Voraussetzung ab, dass für Deutschland bisherige Kohlenreviere (Oberschlesien, Niederschlesien) nicht durch Entziehung seitens der Polen oder Tschecho-Slowaken ausfallen. Angenommen wird weiter, dass die Requisition hinsichtlich der für die Besatzungstruppen bestimmten Kohlen durch die Vermittlung des Reichskohlenkommissars erfolgt, wobei für einen Mann pro Monat 80 Kilo Kohlen, gemäss dem Verbrauch des deutschen Heeres, zugrunde gelegt werden sollen.

III. Mangan.

Als Manganträger können nur Siegerländer Schlacke geliefert werden. Siegerländer Schlacke hat heute nicht mehr 8 % Mangan, sondern nur 6—7 %. Mit diesem Mangangehalt sind die Werke bisher ausgekommen. Die geforderte Menge kann an sich geliefert werden, aber die Transportlage ist im Siegerland durch die eigenartigen Bahnverhältnisse besonders schlecht. An die Lieferung muss aber die Bedingung geknüpft werden, dass die deutsche Regierung unter Verfügung über alle Manganquellen auch im besetzten Gebiet die bisher gehandhabte Mangan-Verteilung über das gange Reich weiter durchführen kann.

IV. Schrott.

Bei der Schrott-Knappheit in Deutschland und angesichts der Tatsache, dass die Schrottversorgung für Deutschland in der gegenwärtigen Situation eine besonders schwierige Arbeiter- und Transportfrage in sich schliesst, können die geforderten 20000 Tonnen pro Monat nicht zugesagt werden. Im besetzten Gebiet dürfte Schrott genügend vorhanden sein. Es wird insbesondere auf die schweren Walzwerkabfälle der südwestlichen Hüttenwerke hingewiesen. Die deutsche Regierung wird aber bemüht sein, auch Schrott in das besetzte Gebiet zu liefern. Vielleicht lassen sich 10000 Tonnen pro Monat erreichen.

V. Material.

Jede Zusage in den durch das französische Protokoll gewünschten Materialien setzt voraus, dass die Eisen- und Stahlerzeugung im rechtsrheinischen Gebiete fortgesetzt werden kann. Dieses ist nur möglich, wenn aus dem

Minettegebiet Eisenerze geliefert werden. Mindestens müssen die Allierten zusagen, dass alle Waggons, die, mit Kohle oder Koks beladen, in das besetzte Gebiet rollen, mit Minette gefüllt in das rechtsrheinische Gebiet zurückkehren und unter das Verteilungsrecht der deutschen Regierung fallen. Das Ladungsverhältnis ist $^3/_4$ Tonne Minette für eine Tonne Koks. Diese Zahlenangabe erfolgt unter der Hervorhebung, dass die Gegenseitigkeit der Belieferung auf 1 Tonne Koks 3 Tonnen Minette erfordern würde. Erfolgt diese Minettelieferung, so sagt die deutsche Regierung zu, für die verlangten Materiallieferungen bestens besorgt zu sein. Eine bestimmte Verpflichtung kann nicht eingegangen werden, da Spezifikationen fehlen.

Luxemburg, den 24. Dezember 1918. Dr. Aug. Müller.

Die Sitzung wurde $12^1/_2$ Uhr geschlossen. In der Mittagspause wurde folgende französische Note überreicht:

Luxembourg, le 25 décembre 1918 12 heures.

Réponses aux différents paragraphes de la Note Allemande.

Note.

I. Généralités.

a) En ce qui concerne les réserves générales faites par la délégation allemande, relatives aux difficultés matérielles d'exécution du Protocole résultat de la situation politique et sociale de l'Allemagne:

La Délégation alliée décide, dans un but de conciliation, de faire désigner un commissaire allié qui vérifiera, de concert avec les autorités allemandes compétentes, les difficultés matérielles qui viendraient à surgir.

b) Il est pris acte de ce que les engagements de livraisons sont valables jusqu'à la fin de l'armistice.

c) Prix: La Délégation alliée accepte que les prix de cession soient révisés, à l'effet de tenir compte de la hausse effective des cours.

Le Commissaire ci-dessus désigné aura qualité pour régler cette question, ainsi que pour le mode de paiement.

II. Charbon et Coke.

a) Les demandes formulées par le Commissaire Allemand national des charbons, en ce qui concerne les quantités demandées en provenance de la rive gauche, seront transmises au Commissaire Allié ci-dessus désigné, qui les soumettra au Haut Commandement Allié qui statuera.

b) Les objections tirées des difficultés éventuelles de fournitures provenant de réduction de production en Haute et Basse Silesie, rentrent dans le § Ia.

c) Le ravitaillement en charbon des troupes d'occupation est réglé par le Haut Commandement Allié.

III. Manganèse.

Il est pris acte des indications concernant la teneur en manganèse.

Il a été tenu compte, en ce qui concerne les quantités à livrer, des ressources des régions occupées dont la répartition est faite par le Haut Commandement Allié.

IV. Ferraille.

Il est pris acte de ce que le Gouvernement Allemand s'attachera à assurer le maximum de livraison.

V. Produits ouvrés.

Les demandes de minettes, formulées par le Gouvernement Allemand seront transmises au Haut Commandement Allié qui statuera en tenant compte des livraisons de produits ouvrés effectués.

Nudant.

In der Nachmittagssitzung des 25. Dezember 1918 erwiderte die deutsche Delegation auf die obige französische Note mit den in der folgenden Note formulierten Erklärungen:

Antwort auf die Note vom 25. Dezember 1918, 12 Uhr mittags.

Note.

I. Allgemeines.

Zu a) Die deutsche Delegation hat keine Bedenken.
Zu b) Die deutsche Delegation hat keine Bedenken.
Zu c) Die deutsche Delegation hat keine Bedenken.

II. Kohle und Koks.

Zu a) Wir vertrauen darauf, dass die Entscheidung des Oberkommandos der Alliierten im Sinne des von der deutschen Delegation gemachten Vorschlages ausfällt, andernfalls hält die deutsche Delegation das Eingehen zahlenmässiger Verpflichtungen nicht für möglich.

Es wird ferner vorgeschlagen, dass der Kommissar der Alliierten die Vollmacht erhält, in Gemeinschaft mit dem deutschen Kohlenkommissar die Massnahmen zu treffen, die in der deutschen Note vorgeschlagen worden sind.

Zu b) Die deutsche Delegation hat keine Bedenken.

Zu c) Wie zu a) unter Kohle.

III. Mangan.

Wie zu a) unter Kohle, mit dem Zusatz, dass der Kommissar der Alliierten sich mit der deutschen Behörde, welche die Manganverteilung vorzunehmen hat, in Verbindung setzt.

IV. Schrott.

Die deutsche Delegation hat keine Bedenken.

V. Minette-Erze.

Die deutsche Delegation hält diesen Punkt für den wichtigsten, weil eine befriedigende Lösung dieser Frage die Voraussetzung zur Erfüllung der Verpflichtungen bildet, die Deutschland gegenüber den Alliierten übernehmen soll. Es ist daher unmöglich, die beanspruchten Mengen Minette in Relation zum abgelieferten Fertigeisen zu bringen. Die geforderte Relation zur Kohle- und Kokslieferung ist das Minimum, wenn das deutsche Wirtschaftsleben auch nur dürftig fortgeführt werden soll. Die deutsche Delegation erklärt daher die zu diesem Punkt gestellten Forderungen als

wichtigen Bestandteil des grundsätzlich zugesagten Austausches zwischen dem besetzten und nicht besetzten Gebiet. Die Forderung liegt auch im Interesse der Besitzer der Minettegruben.

Luxemburg, den 25. Dezember 1918.

Dr. Aug. Müller.

Die französische Delegation gab aufklärende, mündliche Erläuterungen, die sich insbesondere darauf erstreckten, dass die deutsche Delegation ihre Äusserung bezüglich der Minette nicht zutreffend aufgefasst habe.

Ausserdem wurde von Oberst Mercier bemerkt, die deutsche Delegation sei anscheinend etwas erregt über die in § 12 seines Protokolls in Aussicht genommenen Preise und Zahlungsbedingungen. Er könne seine Vorschläge dahin erläutern, dass Frankreich nicht die Absicht habe, sich auf Kosten Deutschlands einen Gewinn zu verschaffen (de faire un bénéfice sur l'Allemagne).

Auf deutsche Anregung wurde französischerseits eine Erklärung dahin abgegeben, dass bei Requisition von Kohlen für die Okkupationstruppen der deutsche Kohlenkommissar unterrichtet würde, um ihm seine sonstigen Dispositionen zu erleichtern.

Ferner erklärte Oberst Mercier, um einen Beweis des französischen Entgegenkommens zu geben, könne er mitteilen, dass Anordnungen getroffen werden würden, dass Gaskohle aus dem Saargebiet soweit als möglich geliefert würde, damit die süddeutschen Gasanstalten beliefert werden könnten. — Ferner seien bereits Anordnungen getroffen, um die Zuführung von Braunkohle und Braunkohlenbriketts in das rechtsrheinische Deutschland zu veranlassen.

Die französische Delegation zog sich hierauf zurück, um die jetzige Lage der Verhandlungen schriftlich niederzulegen. Sie überreichte darauf folgende Note:

Luxembourg, le 25 décembre 1918 14 heures 30.

Note.

I. Il est pris acte par la Délégation Alliée de l'acceptation par les délégués allemands:

— du § I, a, b, c,
— du § II, b et c,
et du § IV,
de la Note Alliée du 25 décembre 1918, douze heures.

II. § IIa:

Il est donné acte à la Délégation Allemande qu'il sera tenu compte, dans la mesure du possible, par le Haut Commandement Allié, des demandes qui seront présentées par le Commissaire National Allemand des charbons.

Les délégués alliés entendent que ces demandes seront examinées et discutées par le Commissaire Allié dont l'institution est prévue, de concert avec le Commissaire national allemand, et que les solutions seront prises, en tenant compte de cet examen, par le Haut Commandement Allié.

III. § III:

Les délégués alliés acceptent que la même procédure soit observée pour le manganèse.

IV. § V Produits ouvrés:

Il est précisé par les délégués alliés que les fournitures de minette consenties par le Haut Commandement Allié ne seront pas seulement fonction des fournitures de produits ouvrés par l'Allemagne, mais seront réglées d'après les besoins des Alliés et les possibilités de la production.

Le Haut Commandement Allié répartira la totalité de la production des minettes y compris celles de Luxembourg. Nudant.

Mündlich wurden nunmehr Erklärungen dahin ausgetauscht, dass zu einer Unterzeichnung der getroffenen Vereinbarungen geschritten werden könne.

Bei dieser Gelegenheit erklärte General Nudant, dass die Verhandlungen auf beiden Seiten loyal und glatt (loyalement et nettement) geführt worden seien.

Bevor die Urkunden ausgetauscht und unterzeichnet wurden, führte Staatssekretär Dr. Müller noch aus, es möge der Befehl gegeben werden, dass mit der Belieferung der Minette möglichst bald begonnen werden sollte.

Weiter wies er darauf hin, dass es noch eine grosse Anzahl von Waren gäbe, deren ungehinderter Verkehr im beiderseitigen Interesse liege. Er regte an, diesbezüglich eine baldige Regelung zu treffen, und führte als besondere Beispiele an:

Öle und Fette,
Chemische Erzeugnisse,
Leder,
Textilien,
Fertigfabrikate aller Art usw.

Hierauf wurde französischerseits erklärt, dass man diesen Wünschen nach Möglichkeit entgegenkommen wollte, dies aber besonders dadurch erschwert sei, dass deutscherseits keine ziffernmässige Anforderungen gemacht worden seien. (Soldaten müssen Zahlen haben.)

Von der deutschen Delegation wurde hierauf zugesagt, dass versucht werden sollte, nach Möglichkeit konkrete Ziffern zu nennen.

Französischerseits wurde abschliessend bemerkt, es komme hauptsächlich darauf an, dass von deutscher Seite Anträge im einzelnen gestellt würden, diese würden alsdann nach Art des Einzelfalles geprüft und entgegenkommend behandelt werden (dans le sens de conciliation).

Ferner wurde deutscherseits angeregt, ob nicht für gewisse Waren, denen zweifellos keine militärische Bedeutung innewohne, eine Freiliste aufgestellt werden könne, so dass in diesen Waren ein Verkehr ohne weiteres möglich sei.

Von der französischen Delegation wurde darauf erwidert, dass die Fragen gerade studiert werden (cette question est à l'étude).

Hiermit war die Diskussion abgeschlossen, und man schritt zur Unterzeichnung der Urkunden. Wegen der Eile, die die französischen Delegierten

bezeigten, um abzureisen, wurden die getroffenen Vereinbarungen nicht dahin zusammengefasst, dass eine besondere Urkunde hierüber gefertigt, unterzeichnet und ausgetauscht wurde, sondern in der Weise, dass das Protokoll des Obersten Mercier unterzeichnet wurde, dem die deutsche Aufzeichnung zu diesem Protokoll sowie die drei in der Nachmittagssitzung des 25. Dezember 1918 überreichten Noten (eine deutsche, zwei französische) als Anlagen und als wesentlicher Bestandteil der getroffenen Vereinbarungen beigefügt wurden.

Während der Unterzeichnung wurde noch mündlich erläutert, dass es nicht notwendig sei, deutscherseits auf die allgemein gemachten Vorbehalte zurückzukommen. Hierüber seien die Noten gewechselt, und eine Verständigung könne eben diesbezüglich nicht erzielt werden. Es handle sich jetzt nur darum, praktische Vereinbarungen zu treffen.

Die Sitzung schloss um ½4 Uhr.

17.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, ALLEMAGNE.

Convention afin de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918;*) signée à Trèves, le 16 janvier 1919.

Drucksachen der deutschen Waffenstillstandskommission.

Trèves, le 16 janvier 1919.

Convention pour la Prolongation d'Armistice.

Les plénipotentiaires soussignés, l'amiral Wemyss étant remplacé par l'amiral Browning, munis des pouvoirs en vertu desquels a été signée la Convention d'Armistice du 11 novembre 1918 ont conclu la Convention additionnelle suivante:

I. L'Armistice du 11 novembre 1918, prolongé au 17 janvier 1919 par la Convention du 13 décembre 1918,**) est prolongé à nouveau de Un Mois, c'est-à-dire jusqu'au 17 février 1919, 5 heures (Cinq heures).

Cette prolongation de Un Mois sera étendue jusqu'à la conclusion des préliminaires de paix sous la reserve d'approbation des Gouvernements Alliés.

II. L'exécution des clauses de la Convention du 11 novembre incomplètement réalisées, sera poursuivie et achevée pendant la prolongation de l'Armistice dans les conditions de détail fixées par la Commission Inter-

*) V. ci-dessus, No. 12. **) V. ci-dessus, No. 15.

nationale Permanente d'Armistice, d'après les instructions du Haut-Commandement Allié.

III. Le Gouvernement Allemand fournira en remplacement du matériel de chemins de fer supplémentaire de 500 locomotives et 19 000 wagons fixés en application des tableaux annexes 1 et 2 du Protocole de Spaa du 17 décembre, les machines et instruments agricoles suivants:

400 Groupes de labourage à vapeur complets à double machine avec charrues appropriées,	12500 herses
	6500 scarificateurs,
	2500 rouleaux acier,
6500 semoirs,	2500 rouleaux Croskill,
6500 distributeurs d'engrais,	2500 faucheuses,
6500 charrues,	2500 faneuses,
6500 charrues Brabant.	3000 moissonneuses-lieuses,

ou les appareils équivalents avec interchangeabilité admise entre les différentes catégories d'appareils après examen fait par la Commission Internationale Permanente d'Armistice. Ce matériel, neuf ou en très bon état, doit être muni des accessoires propres à chaque instrument et des lots de rechanges nécessaires à un service de 18 mois.

La Commission Allemande d'Armistice fournira d'ici au 23 janvier à la Commission Alliée d'Armistice la liste de ce qui peut être livré jusqu'au 1 mars et qui doit être, en principe, égal au $^1/_3$ de la totalité. La Commission Internationale d'Armistice fixera d'ici au 23 janvier les délais de livraison ultérieurs et qui doivent, en principe, ne pas s'étendre au delà du 1er juin.

IV. Les Officiers délégués en Allemagne par les Puissances Alliées et Associées, pour régler l'évacuation des prisonniers de guerre des Armées de l'Entente, assistés des représentants de Sociétés de Secours des Etats-Unis, de la France, de la Grand-Bretagne et de l'Italie, constitueront une Commission chargée du contrôle des prisonniers de guerre russes en Allemagne.

Cette Commission, dont le siège sera à Berlin, aura qualité pour traiter directement avec le Gouvernement Allemand, d'après les instructions des Gouvernements Alliés toutes les questions relatives aux prisonniers de guerre russes.

Elle recevra du Gouvernement Allemand toutes les facilités de circulation nécessaires pour contrôler les conditions d'existence et d'alimentation de ces prisonniers.

Les Gouvernements Alliés se réservent le droit de régler la rapatriement des prisonniers de guerre russes sur telle ou telle région qui leur paraîtra le plus convenable.

V. Clauses navales.

L'Article XXII de la Convention d'Armistice du 11 novembre 1918 est complété ainsi qu'il suit:

„Afin d'assurer l'exécution de cette clause, ce qui suit devra être exigé des autorités allemandes:

Tous les sous-marins qui peuvent prendre la mer ou être remorqués doivent être livrés immédiatement et faire route pour les ports alliés. Ces navires doivent comprendre les croiseurs sous-marins, les mouilleurs de mine, les navires de relevage et les docks pour sous-marins. Les sous-marins qui ne peuvent pas être livrés devront être complètement détruits, ou démontés sous la surveillance des commissaires des Alliés.

La construction des sous-marins doit cesser immédiatement et les sous-marins actuellement en construction doivent être détruits ou démontés sous la surveillance des Commissaires des Alliés."

L'Article XXIII de la Convention d'Armistice du 11 novembre 1918 est complété ainsi qu'il suit:

„Afin d'assurer l'exécution de cette clause, la Commission Allemande devra fournir à la Commission navale Interalliee d'Armistice une liste complète de tous les navires de surface, construits et en construction (déjà lancés ou sur cale), donnant les dates d'achevement prevues."

L'Article XXX de la Convention d'Armistice du 11 novembre 1918 est complété ainsi qu'il suit:

„Afin d'assurer l'exécution de cette clause, le Haut Commandement Allié prévient le Haut Commandement Allemand qu'il doit prendre immédiatement toutes les dispositions possibles pour livrer dans les ports allies les navires de commerce alliés qui sont encore dans les ports allemands."

VI. Restitution du matériel enlevé dans les territoires belges et français.

1. La restitution du matériel enlevé dans les territoires français et belge étant indispensable à la remise en marche des usines, les mesures suivantes sont éxécutées:

2. Les machines, pièces de machines, objets d'outillage industriel ou agricole, accessoires divers de toute nature, et, d'une manière générale, tout objet industriel ou agricole, enlevés des territoires qu'avaient occupés les armées allemandes sur le front occidental, sous quelque prétexte que ce soit, par autorite militaire ou civile allemande, ou par de simples particuliers allemands, seront tenus à la disposition des Alliés pour être réexpédiés à leurs lieux d'origine si les Gouvernements Français et Belge de désirent.

Ces objets ne subiront aucune nouvelle modification ni aucune dégradation.

3. Pour préparer cette restitution, le Gouvernement Allemand fera parvenir d'urgence à la Commission d'Armistice toutes les comptabilités officielles ou particulières relatives à ces objets, tous contrats de vente, location ou autres, toutes correspondances s'y rapportant, toutes déclarations et toutes indications utiles sur leur existence, l'origine, la transformation, l'état actuel et le lieu de dépôt de ces objets.

4. Les Délégués des Gouvernements français ou belge feront procéder en Allemagne aux reconnaissances et examens sur place des objets signales, si cela leur paraît utile.

5. La réexpédition s'effectuera suivant les instruction particulieres qui seront données par les autorités françaises ou belges suivant ce qu'elles décideront.

6. En particulier, seront déclarés, en vue d'une restitution immédiate, les dépôts de toute nature sur parcs, sur fer, sur bateaux ou dans les usines, de courroies de transmission, moteurs electriques ou pièces de moteurs et objets d'appareillage, etc. . . . . enlevés de France et de Belgique.

7. Les renseignements donnés aux paragraphes 3 et 6 devront commencer à parvenir dans un delai de huit jours francs, à dater du 20 janvier 1919 et devront être entièrement fournis, en principe, avant le 1er avril 1919.

VII. Le Haut Commandement Allié se réserve dès à présent occuper, quand il le jugera convenable, à titre de nouvelle garantie, le secteur de la place de Strasbourg, constitué par les forts de la rive droite du Rhin avec une bande de terrain de 5 à 10 Klm. en avant de ces forts, la limite d'occupation étant indiquée sur la carte ci-jointe.

Cette occupation fera l'objet d'un préavis de six jours de la part du Haut Commandement Allié. Elle ne devra être précédée d'aucune destruction de matériel ou de locaux.

Le tracé de la zone neutre de 10 kilomètres sera, en conséquence, reporté en avant.

VIII. Pour assurer le ravitaillement en vivres de l'Allemagne et du reste de l'Europe, le Gouvernement Allemand prendra toutes les mesures nécessaires pour mettre pendant la durée de l'Armistice toute la flotte de commerce allemande sous le contrôle et sous pavillon des Puissances Alliées et des Etats-Unis assistées d'un Délégué Allemand.

Cet accord ne prejuge en rien de la disposition finale de ces navires. Les Alliés et les Etats-Unis pourront effectuer, s'ils le jugent nécessaire, le remplacement partiel ou total des équipages. Les Officiers et équipages qui seront ainsi renvoyés seront repatriés en Allemagne.

Pour l'utilisation des ces navires, il sera attribué une rémuneration appropriée qui sera fixée par les Gouvernements Alliés.

Tous les détails, ainsi que les exceptions à déterminer pour les diverses catégories de navires, seront réglés par une convention spéciale qui devra être conclue immédiatement.*)

Trèves, le 16 janvier 1919.

J. Foch.
Admiral *Browning.*

Erzberger.
A. Oberndorff.
v. Winterfeldt.
Vanselow.

---

*) V. ci-dessous, No. 18.

Anlage 1.

Briefwechsel Staatssekretär Erzberger—Marschall Foch.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Vorsitzender: Staatssekretär Erzberger.

z. Zt. Trier, 16. 1. 1919.

Herrn Marschall Foch
Oberkommandierenden der alliierten Truppen
Trier. Bahnhof.

Herr Marschall!

Die Bedingungen des Waffenstillstandes über die Rückführung der alliierten Kriegs- und Zivilgefangenen sind erfüllt. Die heutige Verlängerung des Waffenstillstandes bringt Bestimmungen über die Zurückführung der russischen Kriegsgefangenen. Auch die Heimführung der serbischen, rumänischen und griechischen Kriegsgefangenen ist in die Wege geleitet. In kurzer Frist hat Deutschland sämtliche Kriegs- und Zivilgefangenen freigegeben.

Was die deutschen Kriegsgefangenen anbetrifft, so wurde im Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 die Zusicherung gegeben, dass ihre Rückführung beim Abschluss des Präliminarfriedens geregelt werden würde. Seither sind acht Wochen verstrichen. Der Zeitpunkt des Abschlusses des Präliminarfriedens ist noch ungewiss. Der Augenblick aber ist gekommen, in welchem auch die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen ihren Familien und ihrer Heimat zurückgegeben werden müssen. Dies verlangen unser Volk, die zahlreichen Angehörigen, deren Besorgnis sich inzwischen bis zur Verzweiflung gesteigert hat, und die Kriegs- und Zivilgefangenen selbst, deren aussichtslose Lage zum vollständigen seelischen Zusammenbruch führen muss.

Ich richte daher an Sie, Herr Marschall, die dringendste Bitte, Ihren Einfluss bei den alliierten Regierungen dahin geltend zu machen, dass alsbald und zwar schon vor Beginn der Verhandlungen über den Präliminarfrieden alle in den Händen der Alliierten befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen unverzüglich in die Heimat entlassen werden. Ganz besonders dringend ist meine Bitte für die Kranken und schwerverwundeten Gefangenen und für die Kriegsgefangenen, welche länger als 18 Monate in Gefangenschaft sich befinden, sowie für sämtliche Zivilinternierte.

Ich benutze die Gelegenheit, um eine zweite Bitte an Sie zu richten. Durch die aus militärischen Gründen von Ihnen als notwendig erachtete Absperrung zwischen den besetzten und nichtbesetzten deutschen Gebieten sind schwere wirtschaftliche Nachteile für Linksrhein und Rechtsrhein und eine ungeheure Beunruhigung in allen beteiligten Industrie- und Arbeiterkreisen entstanden. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie die Ihnen unterstellten Kommandobehörden anweisen wollten, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen eng zusammengehörigen Gebietsteilen in so weitherziger Weise wiederhergestellt werden, als es sich mit der Sicherheit der alliierten Besatzungsarmee irgendwie vereinbaren lässt. Das Fortbestehen der bisherigen Sperre im Güter- und Warenverkehr würde zahlreiche Zweige

des Wirtschaftslebens zum Erliegen bringen und dadurch Arbeitslosigkeit, Elend und Unruhe in einem Masse hervorrufen, das auch den Alliierten nicht wünschenswert erscheinen kann.

Genehmigen Sie, Herr Marschall, den Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung M. Erzberger.

Commandement en Chef des Armées Alliées. G. Q. G. A., le . . . .
Le Maréchal. Trèves, le 16 janvier 1919.

S. E. Monsieur le Secrétaire d'Etat Erzberger
Président de la Délégation Allemande d'Armistice
Trèves.

Monsieur le Secrétaire d'Etat,

Je comprends l'interêt que présente pour l'Allemagne le rapatriement des prisonniers actuellement aux mains des Gouvernements Alliés. J'ai l'intention de transmettre et d'appuyer auprès de ces Gouvernements, votre demande tendant en particulier au prompt rapatriement des catégories les plus intéressantes.

En ce qui concerne les relations entre les régions occupées et celles qui ne le sont pas, je reste disposé à permettre les échanges dans toute la mesure compatible avec la securité des Armées, en vue d'éviter les chômages et les agitations conséquentes.

Recevez, Monsieur le Secretaire d'Etat, l'assurance de ma haute considération. J. Foch.

18.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, ALLEMAGNE.

Arrangement en vue d'assurer le ravitaillement en vivres de l'Europe et de mettre la flotte de commerce allemande sous le contrôle des Puissances alliées; signé à Trèves, le 17 janvier 1919.

Drucksachen der deutschen Waffenstillstandskommission.

Agreement of 17th January 1919 in respect of relief arrangements and the employment of German tonnage.

At conference held at Treves on the 15th and 16th days of January 1919, the delegates of the Associated Governments having referred to the needs of Europe for the importation of foodstuffs and the urgent necessity of increasing the total world tonnage from which the tonnage required for such supplies can be drawn, stated that it must be regarded as a

condition precedent to the importation into Germany of a certain quantity of food that German mercantile shipping should be placed at the disposal of the Associated Governments. On the 16th day of January 1919, the clause appended to this document was inserted in the terms of the armistice renewed on that date.*) After further conferences, the German Delegates accepted the following terms:

1. The whole of the German merchant fleet (including all passenger and cargo vessels, other than those excepted by a Commission, which shall be set up by the Associated Governments) is to be placed immediately at the disposal of the Associated Governments with a view to increasing the world tonnage from which the tonnage required for the supply of foodstuffs to Europe, including Germany, can be drawn.

The Associated Governments will take over the administration of this fleet through the agency of the Allied Maritime Transport Council or of any other organ which they may create or designate for this purpose.

2. The German Merchant Ships shall be put at the disposition of the Associated Governments in the ports and under the conditions prescribed by them, and shall be handed over completely fitted out both as regards crews and stores.

3. Those vessels which being in neutral countries cannot get to the designated ports unaided, owing either to lack of personal or any other cause, shall be handed over by Germany in the ports where they are at present, a previous notification of this handing over being sent by Germany to the neutral governments concerned.

4. German merchant ships shall put to sea under an Allied flag or flags.

5. The Associated Governments may take such measures as they may deem advisable to assure the internal protection of the vessels, the safety of navigation and the supervision of the crews. They may, if necessary, place armed guards on board. The law applicable to each vessel shall be that of the nation which shall have taken charge of it in the name of the Associated Governments, except that if and when a German crew is carried, the internal management of the vessel (in so far as questions of discipline and the authority of any armed guards are not affected) shall be regulated as far as possible in accordance with German law.

6. The Associated Governments may proceed with the partial or total replacement of the crews. German officers and crews who are thus discharged, shall be repatriated to Germany, at the expense of the Associated Government concerned.

7. All German merchant ships shall be handed over to the Associated Governments within a period to be fixed later.

The condition of vessels which are unable to put to sea at the expiry of the period to be fixed, shall be confirmed by a commission of the Associated Governments.

8. The above clauses shall apply only to the use of the vessels during the armistice.

---

*) V. ci-dessus, p. 209.

9. This agreement shall not prejudice the ultimate disposition of the vessels.

10. Matters still outstanding of the nature referred to in the concluding paragraph of the Armistice clause hereto annexed, shall be dealt with at a further conference to be convened as soon as practicable, the Armistice Commission at Spa being used as the channel of communication.

The Delegates of the Associated Governments thereupon informed the German Delegates that in the first instance the importation of the following supply of food would be permitted namely, 200000 tons of breadstuffscereals and 70000 tons of pork products (but a portion of the foodstuffs to be prescribed by the Associated Governments may be replaced by condensed milk) in such manner and from such places as the Associated Governments may prescribe, and that the question of any further supplies of food would be referred to the Supreme War Council for decision.

The German delegates agreed that the German Government shall from time to time arrange payment in a manner to be approved by the Associated Governments for such food as the German Government may import, by permission of the Associated Governments.

Signed at Treves this 17th day of January, 1919,

by the Delegates of the Associated Governments:

Hurley.
Sheldon.
Howard Heinz.
Charpentier.
May.
Laurent-Vibert.
Beale.
Anderson.
Salter.
Attolico.

Signed at Treves this 17th day of January, 1919,

by the Delegate of the German Government:

Vanselow,

Kapitän zur See und Mitglied der Waffenstillstandskommission.

Memorandum.

Die deutsche Delegation spricht, um der grossen Arbeitslosigkeit in Deutschland soviel wie möglich zu steuern, den dringenden Wunsch aus, dass auf den deutschen Schiffen, welche den assoziierten Regierungen nach dem Abkommen vom heutigen Tage zur Verfügung gestellt werden, deutsche Besatzungen angestellt werden, wenn nicht ganz besondere schwerwiegende Gründe vorliegen, hiervon abzusehen.

Trier, den 17. Januar 1919.

Vanselow,

Kapitän zur See und Mitglied der Waffenstillstandskommission.

19.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, ALLEMAGNE.

Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne; signé à Spa, le 8 février 1919.

Sonderdruck der Deutschen Waffenstillstandskommission.

Spa, Belgium, February 8, 1919.

Memorandum of conference between representatives of the Associated governments and of the representatives of the German government at Spa, Belgium on the 6th, 7th and 8th of February, 1919, on the subject of the supply of foodstuffs to Germany.

After preliminary discussion the full conference divided into two committees for the detailed discussion of shipping and food questions. The committee for food was composed of the following representatives of the Allied Supreme Council of Supply and Relief, and of the German Governments.

For the Associated Governments:

United States Colonel J. A. Logan, Jr.,
United Kingdom Mr. E. F. Wise,
France M. J. Max,
Italy M. L. Stobbia.

For the German Government:

Unterstaatssekretär von Braun,
Bezirksamtmann Merz,
Herr Carl Vorwerk,
Herr Richard Merton.

Supply of foodstuffs to Germany.

At the opening of the full conference on the 6th of February, 1919, the representatives of the Associated Governments stated that it must be clearly understood that the execution of any arrangement which might be made with regard to the provision of food should be conditional on the due execution of the conditions accepted by the German Government, whether by the terms of the Armistice and of the Treves agreement, of the 17th of January, 1919, or at this conference.

The representatives of the German Government replied that they took note of the conditions imposed by the Associated Governments.

Subject to the above the following clauses were agreed to, after discussion on the 7th and 8th of February, 1919:

1. The Allied Supreme Council of Supply and Relief having decided to authorize arrangements for the supply of approximately Six

Million Pounds Sterling's worth of foodstuffs to Germany, this being the approximate value of 100,000,000 Marks Gold, or their counter value in foreign currencies, and 25,000,000 Marks Gold in Dutch-Florins, Swiss Francs and Scandinavian Kroners, the representatives of the Supreme Council at the Conference at Spa on the 6th, 7th and 8th of February, 1919, agree that the necessary arrangements shall be made for early delivery at Rotterdam of foodstuffs of the value stated, provided that payment is made against delivery in a manner to be determined at the meeting at which the financial representatives of the Associated Governments will be present about 12th February, 1919.

2. The quantities and prices of the foodstuffs to be supplied are as follows:

   30,000 (Thirty Thousand) Metric Tons of Pork Products at One Hundred and Eighty (180) Pounds Sterling per ton, C. I. F. Rotterdam; 250,000 (Two Hundred and Fifty Tousand) cases of condensed milk at Thirty-Two (32) Shillings per case, C. I. F. Rotterdam, and such an additional quantity of pork products at the price stated as the balance of the sum of approximately Six Million Pounds will buy.

3. It is agreed that the prices stated are average prices covering such descriptions of sound quality according to ordinary commercial standards as can be shipped most conveniently from England in the time available, and that the condensed milk will be whole milk unsweetened and not skimmed, according to United States food laws.

4. It is agreed that questions of weight and condition shall be determined upon delivery at Rotterdam, in accordance with ordinary commercial practice.

5. The representatives of the Supreme Council stated that the foodstuffs will be supplied from England as rapidly as shipping arrangements can be made. They expressed the hope that the whole quantity would make February or early March arrival in Rotterdam.

6. The German representatives undertake that the German Government will appoint an agent at Rotterdam at once to settle details of the commercial arrangements with the agents of the Associated Government.

7. The German representatives stated with reference to the 200,000 tons of breadstuff cereals and the 70,000 tons of pork products referred to in the report of the conference of Treves on the 17th of January, that they were unwilling to purchase more than 20,000 tons of flour, and that they desired to purchase the balance of the cereals in wheat.

8. The representatives of the supreme Council stated that the Council is disposed, subject to the approval of the Associated Governments, to consider a request of the German representatives for additional foodstuffs for delivery in the immediate future, provided that

satisfactory financial arrangements are made by the German representatives with the Financial representatives of the Associated Governments. In reply, the German representatives stated that the requirements of Germany for further importation of foodstuffs are:

400,000 (Four Hundred Thousand) tons of wheat, and

100,000 (One Hundred Thousand) tons of fats and meat (for each month from March to August 1919, incl.),

1,000,000 (One Million) tons of maize for the period from March to August, 1919.

If a portion of the fats were supplied in the form of vegetable oils, they would not be prepared to deal with more than 4,000 (Four Thousand) tons of refined oil a month. They would be willing to purchase other animal feeding stuffs instead of maize, if maize is not available.

9. The German representatives urged that later consignments of foodstuffs should, as soon as possible, be made to the following German ports in order of priority:

Hamburg, Bremen, Stettin,
Emden, Lübeck.

Further the German representatives urged that in view of the responsibility of the German Government for the transport of foodstuffs to Poland through Danzig (see Article XVI of Armistice of 11th November 1918), some consignments of foodstuffs for German consumption should be made to Danzig.

The representatives of the Supreme Council undertook to transmit these representations to the proper authorities of the Associated Governments.

Signed on behalf of the Associated Governments:

George P. W. Hope, Rear Admiral.
J. A. Logan, Jr.
E. F. Wise.
Jules Max.
L. Stobbia.

Signed on behalf of the German Government:

von Braun, Unterstaatssekretär.
Merz, Bezirksamtmann.
Carl Vorwerk.
Richard Merton.

20.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, ALLEMAGNE.

Convention en vue de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918.*) signée à Trèves, le 16 février 1919.

Drucksachen der deutschen Waffenstillstandskommission.

Convention.

Les Plénipotentiaires soussignés — l'Amiral Wemyss étant remplacé par l'Amiral Browning, le Général-Major von Winterfeldt étant remplacé par le Général-Major von Hammerstein, et le Ministre Plénipotentiaire Comte von Oberndorff par le Ministre Plénipotentiaire von Haniel —, munis des pouvoirs en vertu desquels a été signée la Convention d'Armistice du 11 novembre 1918, ont conclu la Convention additionnelle suivante:

I. Les Allemands devront renoncer immédiatement à toutes opérations offensives contre les Polonais dans la région de Posen ou dans toute autre région. — Dans ce but, il leur est interdit de faire franchir par leurs troupes, la ligne:

Ancienne frontière de la Prusse Orientale et de la Prusse Occidentale avec la Russie, jusqu'à Luisenfelde, — puis, à partir de ce point, la ligne: O. de Luisenfelde, O. de Gr. Neudorff, S. de Brzoze, N. de Schubin, N. de Exin, S. de Samoczin, S. de Chodziesen, N. de Czarnikow, O. de Mialla, O. de Birnbaum, O. de Bentschen, O. de Wollstein, N. de Lissa, N. de Rawicz, S. de Krotoszyn, O. de Adelnau, O. de Schildberg, N. de Vieruchow, puis la frontière de Silésie.

II. L'Armistice du 11 novembre prolongé par les Conventions des 13 décembre 1918**) et 16 janvier 1919.***) jusqu'au 17 février 1919 est prolongé à nouveau pour une période courte, sans date d'expiration, à laquelle les Puissances Alliées et Associées se réservent le droit de mettre fin sur un préavis de 3 jours.

III. L'exécution des clauses de la Convention du 11 novembre 1918 et des Conventions additionnelles des 13 décembre 1918 et 16 janvier 1919, incomplètement réalisées, sera poursuivie et achevée pendant la prolongation de l'armistice dans les conditions de detail fixées par la Commission Permanente d'Armistice, d'après les instructions du Haut Commandement Allié.

Trèves, le 16 février 1919.

J. Foch. — *Erzberger.*
Browning. — *Frhr. v. Hammerstein.*
v. Haniel.
Vanselow.

*) V. ci-dessus, No. 12. **) V. ci-dessus, No. 15. ***) V. ci-dessus, No. 17.

21.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, ALLEMAGNE.

Arrangement concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne; signé à Trèves, le 16 février 1919, suivi d'un Arrangement additionnel, signé à la date du même jour.

Drucksachen der deutschen Waffenstillstandskommission.

Financial Arrangements in Payment for food Supplies.

1. At the meeting of Treves of January 16th, 1919,*) the German Delegates expressed their willingness to furnish in payment for food supplies:

1. Marks 25.000.000 (par value) in Dutch florins, Swiss francs, and Scandinavian kroners.
2. Marks 100,000,000 (par value) in gold or its counter value in foreign currencies.

2. At the meeting of Spa of February 6, 1919,**) the representatives of the Allied Supreme Council of Supply and Relief informed the representatives of the German Government that the Associated Governments were prepared to authorize arrangements for the supply of food stuffs to an approximate value of £ 6.000,000 against receipt of the means of payment indicated above „in a manner to be determined at the meeting at which the financial representatives of the Associated Governments will be present about 12 February 1919", conditional always „upon the due execution of the conditions accepted by the German Government, whether by the terms of the Armistice and the Treves Agreement of 17 January 1919, or at this Conference" (i. e. the Spa Conference of 6 February 1919).

3. The following arrangements are accordingly now agreed upon in pursuance of the above:

I. The German Government will designate to the Associated Governments by telegraph not later than 20 February 1919, the amounts which they are prepared to pay over in Dutch florins, Swiss francs, Danisch kroners, Swedish kroners, and Norwegian kroners respectively, up to the equivalent in all of the value of Marks 25.000.000.

II. The German Government will pay over the sums in neutral currencies so designated before 1 March 1919, to such bankers and for credit of such accounts as the Associated Governments may designate in Holland, Switzerland, Danmark, Sweden and Norway respectively.

---

*) Comp. l'Arrangement du 17 janvier 1919, ci-dessus No. 18.
**) Comp. l'Arrangement du 8 février 1919, ci-dessus No. 19.

III. The Associated Governments will credit the German Government with the sterling equivalent of the neutral currencies so paid calculated at the meen sterling rate of exchange for such currencies in London averaged for the first fourteen working days of March (i. e. excluding Sundays and Holidays), as certified by the Bank of England, such rate to be in reasonable conformity with the rate current in the neutral countries.

IV. The German Government will deliver at Rotterdam to such representatives as the Associated Governments may designate gold to the par value of Marks 100,000,000 in four weekly installments commencing 1 March 1919.

V. The Associated Governments will at the risk and charges of the German Government convey such gold for delivery to the Bank of England in London and will on such delivery of the gold to the Bank of England credit the German Government with the sterling value of the gold, calculated at the current price payable by the Bank of England for gold of specified fineness or for coin, less costs of transport.

VI. To the sums in sterling standing to the account of the German Government, under III and V above, there will be debited payments for food supplies on the due dates for such payments, within the limits of the funds to be paid over as above, the daily balance standing to the credit of the German Government will be credited with interest at the rate of two percent per annum. In the event of payment being due before the end of March 1919 on deliveries of food stuffs within the limits of the funds to be furnished under this agreement in advance of the actual establishment of credits as above, no interest will be chargeable to the German Government.

VII. The above arrangements are without prejudice to such arrangements as may be agreed subsequently for payments for food stuffs in excess of the sums of approximately Marks 125,000,000 now in question.

4. In the event of the funds to be transfered as above not being required for the purchase of food, they will be returned to the Reichsbank.

Treves, 16. February 1919.

L. Martin. *J. M. Keynes.*
H. B. Harris. *Guido Jung.*
v. Braun.
Melchior.

Supplementary Agreement made at Treves, February 16th, 1919, as to the provision of foodstuffs for Germany.

I. It was agreed that subject to the conditions stated in the Agreement made at Treves on the 17th January 1919, and the Agreement made at Spaa on the 8th February 1919, and subject to sufficient finance being provided to the satisfaction of the Associated Governments, the balance of the 200,000 tons of cereals and the 70,000 tons of fat or their equivalent, should be provided as follows:

a) Fats.

2000 tons cooking fats (premier jus and or dripping) at approximately £ 200 per metric ton for early delivery Ex quay British Port.

2000 tons compound lard at approximately £ 150 per metric ton for early delivery Ex quay British Port at the rate of 400 tons per week.

2000 tons margarine at approximately £ 140 per metric ton for early delivery Ex quay British Port at the rate of 500 tons per week.

25,000 tons palm kernels at approximately 950 francs per metric ton to be delivered c. i. f. Rotterdam for early shipment as soon as arrangements can be made for shipment from French West African Ports.

Pork products in such quantities to bring the total fats supplied to 70,000 tons after allowing for the 16,000 tons agreed to above, and the quantity agreed to be supplied under the Spaa Agreement of 8th February 1919. The price is to be settled later, but it was stated by the Associated Delegates that it was not expected to be more than 4 percent above 180 — per metric ton c. i. f. Rotterdam — and might be 16 percent below 180 per metric ton.

b) Condensed Milk.

The balance of 10,000 tons condensed milk after allowing for the 250,000 cases referred to in the Spaa Agreement of 8th February at a price not in excess of approximately 32 Shillings per case c. i. f. Rotterdam.

c) Cereals.

45,000 tons rice (2 stars) (half London, half Liverpool) at approximately £ 27-10-0 per metric ton f. o. b. U. K. Port.

10,000 tons oatmeal and rolled oats at approximately £ 32-10-0 per metric ton f. o. b. U. K. Port.

3000 tons lentils at £ 39-15-0 (large) and 33-10-0 (small) per metric ton f. o. b. U. K. Port.

16,000 tons white and yellow peas at approximately £ 30 per metric ton f. o. b. U. K. Port.

Such a quantity of wheat flour a $ 200 per ton c. i. f. Rotterdam as will be sufficient to bring the total quantity of cereals to 150,000 tons.

II. It was agreed that 10,000 tons condensed milk should be taken as the equivalent of 50,000 tons cereals, and that 25,000 tons palm kernels should be taken as equivalent to 10,000 tons fats.

III. It was agreed that the above stated prices are not final, and are given only as an indication of the approximate sums involved. The Associated Governments reserve to themselves the right to make their final announcements as to the price when detailed terms are under discussion.

IV. It was agreed that the goods to be supplied should be of sound quality according to ordinary commerical standards. The detailed terms of the contracts should be settled in accordance with ordinary commercial practice between technical representatives of the Associated Governments and of the German Government. The provisional arrangements thus settled should be converted into contracts as and when means of payment are made

available by the German Government to the satisfaction of the Associated Governments.

V. It was agreed that the quantities stated are subject to the supplies being available when the German Government is in a position to complete the contract in each case.

VI. The German Delegates stated that they desired that the following foodstuffs should be furnished in priority:

Premier Jus
Compound lard
Pork products
Condensed milk
Rice
Palm Kernels as available for shipment.

E. F. Wise. *H. B. Harris.*
Guido Jung. *J. Max.*
Merz. *v. Braun.*
Vorwerk.

22.

BELGIQUE, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, ALLEMAGNE.

Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne; signé à Bruxelles, le 14 mars 1919, suivi de plusieurs Annexes.

Drucksachen der deutschen Waffenstillstandskommission.

Memorandum of the conference held at Brussels on the 13th and 14th March 1919 between Representatives of the associated Governments and Representatives of the German Government.

The representatives taking part were as shown on the attached list (Appendix I).*)

At the opening meeting on 13th March Admiral Wemyss stated that he was empowered to communicate the terms on which the Associated Powers were prepared to allow the revictualling of Germany, but before communicating them he must enquire whether the German Government on their part were ready to carry out their obligations under Article VIII of the Armistice of 16th January.**)

Herr von Braun declared in the name of the German Government that they were fully prepared to carry out the terms of the Armistice.

*) Non reproduit. **) V. ci-dessus, No. 17.

Admiral Wemyss then read a memorandum stating the intentions of the Associated Powers as regards the revictualling of Germany (Appendix II).

Herr von Braun stated that the German Government accepted the terms in principle as the basis of a satisfactory arrangement.

The Conference having resolved itself into subcommittees on Finance, Food and Shipping, the arrangements set out in

Appendix III (Finance),
Appendix IV (Food),
Appendix V (Shipping)

were after discussion agreed to.

At a plenary meeting of the Conference on March 14th, these arrangements were confirmed.

R. E. Wemyss, Admiral.
Herbert Hoover.
Ch. de Lasteyrie.
Lazzerini.
von Braun, Unterstaatssekretär.

Postscript.

In reply to Herr von Braun. Admiral Wemyss agreed that in the event of the assets contemplated in Clause 3 Appendix II including all available gold and securities being proved to be insufficient to pay for the food programme proposed in Clause 2, the Allied and Associated Governments will take the question of means of payment into their further consideration.

R. E. Wemyss, Admiral.

Appendix II.

Supreme Economic Council.

1. The Associated Governments reiterate their decision to deliver to Germany the food now available in Europe for which payment has been arranged as soon as Germany shows her genuine intention to carry out her obligations, by sending to sea for that purpose the ships to be selected by the Associated Governments. The Associated Governments will themselves provide (as quickly as transportation can be arranged) or will give permit for import from neighbouring neutrals for the balance of the 270,000 tons agreed on, as soon as the ships already named by the Germans as being ready have been sent to sea and as soon as payment for such food has been arranged.

2. She shall have the right to purchase and import up to (300,000) tons of breadstuffs and (70,000) tons of fats including pork products, vegetable oils and condensed milk monthly until September 1st.

3. She may pay for this food and may pay in any of the following ways:
   a) By the exports of commodities and the sale of cargoes of german ships now in neutral countries.
   b) By credits in neutral countries.

c) By the outright sale of foreign securities or properties.
d) By the arrangement of advances against the use of foreign securities or properties as collateral.
e) By the hire of ships.
f) Further gold also may be used as collateral for loans to be released as other means of payment provide means of liquidating such loans. The outright sale of gold can only be permitted in the event of its being agreed by the Associated Powers that the above named means of payment are inadequate.

4. She may export commodities (except those that will be enumerated in a prohibited list) to any neutral or other approved destination. The proceeds of these exports must, however, be converted into payments for foodstuffs.

5. When the German ships are delivered, and subject to the continuous performance by Germany of the whole of her obligations in relation to the subject matter of this memorandum the carriage of German supplies, up to the amount specified above for the period to 1st September, will be a first charge upon their use.

6. She may purchase and import foodstuffs within the limits above stated, from neutrals, who will, when necessary, be allowed to reimport equivalent quantities.

7. It is understood that de declaration of the Associated Governments under this communication will be null and void, should Germany break the terms of the Armistice, or in any way fall to carry out her obligation as respects the delivery of her mercantile marine.

Appendix III.

Minutes of a Conference held at Brussels on March 13th and 14th 1919 between the financial Representatives of the American, British, French and Italian Governments and the Delegates of the German Government.

I. The German Delegates undertook that their Government would carry out immediately the financial arrangements for the payment of the initial instalment of food supplies contained in §§ 3 (2) and 3 (4) of the Agreement made at Treves on February 16th, 1919,*) that is to say:

1. They will deliver without delay to His Britannic Majesty's Consul General at Rotterdam the first two instalments of 100,000,000 marks (par value) in gold already due and later instalments on the original due dates.

2. They will pay to the credit of the accounts in neutral countries which have been notified to them the agreed amount payable in neutral currencies.

The German Delegates stated, however, that it will take two or three days to carry out the order, which will be immediately be given for the delivery of the gold and that it may be necessary to substitute some other

*) V. ci-dessus, No. 21.

neutral currencies to be declared and paid over not later than April 1st in substitution for those declared on February 20.

II. The German Delegates accepted in principle the arrangements outlined in the annexed statement (Annex A) handed to them by Mr. Keynes for the payment of amounts falling due on account of the balance of the 270,000 tons of foodstuffs. It was understood that the gold to be deposited at the Banque Nationale de Belgique or elsewhere and to be used as collateral may be sold for the account of the Associated Governments, on the condition of their retaining an option to repurchase the gold when other funds can be substituted for it. No rights of attachment of this gold will exist apart from those arising out of this agreement, by reason of its location outside Germany. On March 14 the German Delegates received authority from their Government to accept these proposals in detail.

III. With regard to subsequent consignments of food in addition to 270,000 tons, Clause 3 of Admiral Wemyss' opening declaration (Appendix II) was then considered.

1. With reference to the export of commodities (Clause 3a of appendix II) the allied and associated delegates called attention to the importance of securing substantial exports of coal as a source of funds for the payment of food. They would be prepared to consider the importation into Germany of certain materials required for increasing the capacity of the German coal output and they were of opinion that even in cases where internal transport arrangements made it difficult to distribute coal in Germany, it should be impossible to make arrangements for the export of such coal to France and Italy and the neutral countries adjacent to Germany. The German Delegates undertook to furnish a detailed report on this question for submission to the experts of the Allied and Associated Governments.

2. With a view to increasing exports of all kinds to be made available in payment of food and also in the interests of internal order in Germany the Allied and Associated Delegates requested that it should be made a condition of the consignments of food now in course of arrangement that no part of these consignments should be distributed to unemployed persons who by their own fault or choice fail to obtain work. The German Delegates took due note of this condition.

3. With reference to the securing of credit in neutral countries (Clause 3b of appendix II) the German Delegates undertook to furnish at an early date a detailed report of German obligations falling due in these countries in the immediate future. The financial representatives of the Allied agreed to examine this list and then to consider whether after consultation with representatives of neutral interests some arrangements could be agreed to by them whereby credits falling due in neutral countries might be dealt with by renewal or otherwise, on the condition of an additional credit being opened at the same time.

4. With reference to Clause 3c), d) and f) of Admiral Wemyss' declaration (Appendix II) the Associated Delegates stated that the means of payment described in these paragraphs could not be permitted to an extent

exceeding 200,000,000 Dollars until the means of payment described in Clauses 3a), b) and c) have proved inadequate in the judgement of the Allied and Associated Governments.

5. With reference to Clause 3d), e) and f) of Appendix II relating to the sale and use as collateral of foreign securities, the Associated Delegates requested that the German Government would take immediate steps to requisition from its nationals all foreign bonds and shares and securities of every description held by them with the exception of those of Austria, Hungary, Turkey, Bulgaria and Russia. The German Delegates agreed that the necessary measures should be taken immediately as to bonds and that the question of the extent to which shares could be requisitioned was under consideration. They pointed out that there would be some few exceptions to the rule that all securities would be requisitioned, e. g. securities purchased by commercial houses for the purpose of paying debts abroad and certain securities belonging to insurance companies abroad would not be taken. But as general rule the securities will be requisitioned whether they are in Germany or not provided that they are in the ownership of a German resident in Germany. They added that the requisitioning of securities will begin at once and should be completed in six or eight weeks time.

The Associated Delegates declared that they would appoint a technical committee for the purpose of dealing generally with the requisitioned securities, including arrangements for their sale or their use as collateral. It would also be a part of the business of the committee to receive information as to the progress made in the collection of the securities. They requested accordingly that the German Government would also nominate a committee of two or three representatives who would be held in readiness to proceed to such place as the Allied and Associated Governments might designate. The German Delegates agreed to recommend to their Government that the prohibition against the export of securities from Germany should be continued beyond the 31st March.

6. With reference to the use of foreign properties (as distinct from foreign securities) under Clause 3c) and d) of appendix II the German Delegates undertook to furnish at an early date a preliminary list which would include the larger properties that might come into question in this connection, especially those controlled by the principal banks. The Allied and Associated Delegates stated that they would not refuse to consider the application of the proceeds of the sale of such properties to the liquidation of such German debits in neutral countries as ought in their opinion to be liquidated.

7. With reference to Clause 3f) for the deposit of gold as collateral pending realisation of funds from the other resources indicated, the German Delegates agreed to recommend to their Government for early decision that they should be prepared to deposit gold on the same conditions as those set forth in Annex A up to such amount as was required, in addition to sums actually secured from other resources, to cover in advance payments falling

due in respect of foodstuffs to be delivered by any of the Allied or Associated Governments.

8. The German Delegates expressed delivered by any of the Allied or Associated Governments are making an earnest effort to revictual Germany, but they pointed out that in the absence of any positive guarantee by the Allied and Associated Governments that the amount of 370,000 tons per month can certainly be made immediately available by them, it may be necessary for Germany to purchase considerable amounts of food in the next two or three months from neutral countries. The German Delegates further asserted that, in order to obtain means of payment for such purchases of food from neutral countries as may prove necessary, they must to a certain degree have recourse the same liquid assets (gold and foreign securities) as are described in Clause 3 of appendix II.

9. In order to meet this situation the financial representatives of the Allied and Associated Governments declared that in the event of the German Government arranging purchases of food direct from neutral countries (within the agreed monthly limits) the Allied and Associated Governments would agree, subject to their general supervision and approval of details, to the use by Germany of requisitioned securites and of gold, on the lines and within the limits of Clause 3 of appendix II, for the purpose of obtaining credits in neutral countries, provided the whole of the proceeds of such credits were devoted to payments for food.

IV. 1. With reference to Clause 4 of Admiral Wemyss' declaration (appendix II) relating to the permission of export from Germany, the Associated Delegates undertook that the prohibited list therein referred to would be communicated to the German Government as soon as possible.

The German Delegates expressed an expectation that the list would not be an extended one and in response to a request from the Associated Delegates undertook to furnish a statement of any articles which they were particularly anxious to see excluded from the prohibited list, for consideration by the Allied and Associated Governments. The Associated Delegates agreed in this connection that they would refer to their Governments for consideration the question of some modification in the existing system of „Blacklisting" neutral firms.

2. For the purpose of earmarking so far as possible the proceeds of exports for payment of food supplies, the Associated Delegates requested that the existing German machinery of „Devisenstellen" should be continued and extended for the collection of the proceeds of German exports, and that these proceeds should be handed over to the accounts in neutral countries already designated, for the credit of the food account. Where, however, food supplies are purchased by Germany direct from neutral countries under Clause 6 of appendix II, the above proceeds of exports may, with the approval of the Allied and Associated Governments, be retransferred to the German Government for use in payment for such supplies. The German Delegates having pointed out that a practical difficulty might arise from the fact that the existing Government machinery does not cover

all exports and that the Reichsbank would not be in a position to guarantee that all these proceeds would be credited to the food account unless its powers were extended by further legislation, they were requested and undertook to furnish a report on the subject.

They also presumed that no additional restrictions would be introduced on the use of funds resulting from the exports to contiguous neutrals where none such exist at present.

The German Delegates stated their intention of submitting a memorandum on the general subject of exportation under Clause 4 of appendix II.

V. Food supplies for the Left Bank of the Rhine, under the arrangement agreed between the Food Representatives at this conference will be paid for in the same manner and out of the same funds as supplies for the rest of Germany. The cost price of the emergency supplies already arranged for delivery to the Left Bank of the Rhine will also be debited to these funds, such supplies being taken account of in the subsequent scheme of general distribution.

The Associated Delegates indicated their willingness to consider in principle the suggestion that exports from the Left Bank of the Rhine would be earmarked for the payment of food supplies.

VI. With reference to applications received by M. Martin for permission to export gold to meet liabilities in neutral countries the Associated Delegates declared that on the basis of the information at present before them they saw no sufficient justification for a recommandation by them to their Governments for a relaxation of the general principle prohibiting such exportations.

Annex A.

Statement handed to German Financial Delegates by Mr. Keynes on 13th of March.

Pending realisation of various assets to be transferred by Germany the amount and the date of transfer of which are at present uncertain, viz:

1. Exports: coal, potash, dyes, timber etc.;
2. Proceeds of cargoes sold in neutral ports;
3. Foreign securities to be requisitioned;

food can be furnished to a further value of £ 11.000.000 (in addition to about marks 125,000,000 par value already arranged) for eventual payment out of the above assets, subject to the German Delegates agreeing to deposit gold to this amount with the Banque Nationale de Belgique (with right to the Associated Governments to transfer such gold to neutral bank or banks), as collateral pending realisation, the gold to be returned to Germany pari passu with realisation.

Appendix IV.

Minutes on the Sub-Committee on food of the Conference between representatives of the Associated Governments and of the German Government, at Brussels on March 13 and March 14 1919.

1. Clause 2 of the memorandum read by Admiral Wemyss (Appendix II) shall be construed to read:

„She shall have the right to purchase and import up to 70,000 tons of fats (including pork products, vegetable and fish oils and condensed milk) and 300,000 tons of breadstuffs or their equivalent in other human foodstuffs."

2. No restriction is placed by these arrangements on the import of fish caught in European waters, or on the import of vegetables from neutrals. The present restrictions upon German fishing in the Baltic will be removed at once.

3. In regard to all shipments of foodstuffs sold to the German Government by or for an Associated Government and not covered by the agreements made at Spa on February 8*) and Trèves on February 16,**) the Associated Government will arrange for the inspection of the foodstuffs before shipment with a view to satisfying itself that the goods are of sound quality according to ordinary commercial standards and that the quantities stated on the invoices are correct and the German Government will accept the invoice as final evidence of quantity, quality and value and no claim shall be entertained on arrival of the goods. This provision shall apply to any shipment of foodstuffs covered by the Spa and Trèves agreements made to German ports but it shall not apply to shipment of such goods to Rotterdam.

4. The sums of money provided in payment for food under the financial clauses (Appendix III) shall be paid over by the German authorities in advance in lump sums sufficient in amount to cover all shipments ordered from any of the associated Governments and the cost of each shipment shall be debited to such sums.

5. With regard to the provisioning of the Left Bank of the Rhine, the German authorities will from time to time present their plans for provisioning the whole of Germany and for the proportion of the indigenous foodstuffs and of the foodstuffs imported under these arrangements which they propose should be assigned to the occupied territories with a view of securing that the rations resulting from the indigenous foodstuffs and the foodstuffs imported under these arrangements shall be approximately equivalent in the occupied territories and in the rest of Germany. The final decision as to the fair division between the occupied and unoccupied territories of the foodstuffs imported under these arrangement shall rest with the Associated Governments and the portion assigned to the occupied territories shall be paid for by the German Government in the manner set out in the financial clauses (Appendix III). The imported supplies assigned to the occupied territories will be delivered to the Allied military authorities at Rotterdam or other convenient ports and will be distributed by them to the German local civil authorities.

6. The German Government will give all facilities and protection to shipment through German ports and inland routes to Czecho-Slovak and Austria. The German delegates however consider that shipment must arrive for German account before such transportation begins. This in no way

---

*) V. ci-dessus, No. 19. **) V. ci-dessus, No. 21.

affects the present existing arrangements for the transport of foodstuffs to Poland via Dantzig.

7. The Associated Governments will facilitate communications by the Germans to foreign countries for the purposes of trade under the arrangements.

8. The Associated Governments will appoint representatives forthwith who shall meet in a standing commission at Rotterdam for the purpose of discussing with German delegates from time to time commercial and other details arising out of the food traffic under the arrangements.

Appendix V.

Shipping Subcommittee.

The Shipping Clauses of the Memorandum have been discussed. The German Delegates were informed that the ships referred to in Clause 1 were those named in Lists 1, 2 and 3 already furnished by them.

The German Delegates raised the question as to whether Clause 4 contemplated that the German tonnage would be available for the carriage of German exports as well as for the importation of Germany's supplies. They were informed that no difficulty need be anticipated in finding facilities for the carriage of permitted German exports.

The German Delegates enquired whether Clause 5 was to be construed as extending the terms of the Armistice in relation to the time during which the ships were to be at the disposal of the Associated Governments. The Delegates were informed that the Clause was not intented to modify the Armistice.

With regard to whether Clause 4 touched exportation over a land frontier the German Delegates were told that it did not.

The German Delegates then stated that with these explanations they agreed to Clauses 1 and 5 of the Memorandum.

Conditions under which the ships will be taken over.*)

1. The ship before delivery to the Associated Governments shall have been put in good repair and thereupon on arrival in the Allied port to which she shall be sent she shall be surveyed by Lloyd's and Norske Veritas and any further repairs required shall be made by the Associated Governments and the cost thereof shall be debited to the Hire Account. A complete inventory shall be furnished by the Owners and shall be in possession of the Captain when the ship is handed over in the approved port of the Associated Governments Representative.

2. The Associated Governments may at any time alter or remove all or any of the fittings or arrangements on board said ship and may erect any new fittings which may be required to render the ship available for such service as they may desire to employ her in, provided that the said ship, her outfit and machinery, shall at the cost of the Associated Govern-

*) V. ci-dessous, p. 235.

ments, be restored to and delivered in the same condition in which they were when taken over by the Associated Governments, wear and tear alone excepted.

3. The ship shall, until redelivery, be at the absolute disposal of the Associated Governments and under their complete control in every respect and may be used for whatever services the Associated Governments may decide to employ her in.

4. Hire shall be credited to the German Government at the rate of .... per gross ton per calender month for .... tons during such term as the ship shall be in the employ of the Associated Governments, starting from the date when she is ready for service in a port of the Associated Governments after survey and repairs if necessary, provided that in the event of a break-down, stranding, collision, or other cause preventing the vessel carrying out her services for a period exceeding 15 days, hire shall cease to be credited from the expiration of such 15 days until the vessel is again in a fit state to resume her service.

5. The ship shall be redelivered either at a port in the country of one of the Associated Governments or in a German port, at the option of the Associated Governments, or, failing the exercise of such option, by agreement elsewhere; always subject to any decision which may be arrived at as to the ultimate ownership of the ship.

6. All stores, bunkers, etc., on board at the time of redelivery shall be taken over by the German Government at the commercial price ruling in the port.

7. The liability for Total Loss whether absolute or constructive by Marine or War Risk will be for the account of the German Government, but the Associated Governments assume responsibility for all the other risks usually covered by Insurance, viz., — General Average, Salvage Dues and labour and other charges, Particular Average and liability for damages done by collision also the usual Protecting & Indemnity Association risks.

The opportunity afforded by the meeting with the German delegates for the purpose of arriving at the settlement of the proposed Food, Shipping and Finance Agreement has been taken to discuss certain matters of details arising under the agreement signed at Treves on 17th January.*)

The following is a brief summary of the main points discussed and of the conclusion arrived at.

a) Exemptions.

1. The German delegates asked that:

The limit of provisional exemptions should be raised from 1,600 to 2,500 tons gross in order that adequate provision might be made for essential coasting services and for the import of ore from Sweden. They were informed in reply that the latter question involved blockade con-

*) V. ci-dessus, No. 18.

siderations outside the Purview of the shipping delegation and that in any event it would not be admitted that the proposed extention was necessary for the purpose in view having regard to the amount of tonnage under 1,600 tons which had been provisionally exempted. The German delegates however submitted a detailed statement of requirements in relation to tonnage which the Associated Delegates undertook to submit to the examination by experts to determine the extent of the need. It was understood that the question of the exemption of ships under 2,500 tons would be held in suspense in the meantime on the clear understanding that the German Government would for the time being concentrate all their energies on preparing for sea ships of larger size.

2. The German delegates further raised the question of the exemption of Tank vessels.

They were informed that for the time being the Associated Governments would not insist upon the delivary of any tank steamers.

3. With reference to certain passenger and other vessels which the German delegates claimed that they required for the maintenance of their Army on the Eastern front in view of the disorganisation of their railroad system the delegates were informed that the Associated Governments were prepared for the moment to abstain from demanding delivery of the ships so named on the clear understanding that the German authorities would at once submit a detailed statement of their case for the decision of the Military and Naval authorities of the Associated Governments.

4. The German delegates urged strongly that certain vessels named by them should be reserved for their use in the repatriation of German troops, prisoners of war and civilians in the Black Sea and in other parts of the world and as an alternative pressed for some assurance as to the measures which would be taken by the Associated Governments for that end. They were informed that any measures which might be taken for the repatriation of the persons referred to must be a matter for the Associated Governments in their unfettered discretion to determine and that the only assurance that could be given was that the representations made with respect to the urgence of the case would receive full consideration and that the physical conditions of transportation of any German subjects for whose repatriation the Associated Governments might make provision would while necessararily conditioned by the nature of the transport facilities actually available correspond to that provided for the subjects of the Allied Governments. After these explanations, the German delegates were informed that the ships designated by them for service of this character must be delivered forthwith.

5. The German delegates were informed that as regards damaged ships which in their view it would be impossible to bring into service within the duration of the proposed arrangement each case would be considered on its merits the owner being given an opportunity of representing his views.

b) Crews.

1. The German delegates reiterated their earnest desire that German crews should be retained as far as possible on the ships to be taken over by the Associated Governments and referred in this connection to the political difficulties which the removal of the crews might be expected to create in Germany and particularly in the German ports. The delegates of the Associated Governments after reminding the German delegates of the very definite position taken up by them on the subject at Treves replied that while they appreciated fully the importance of the considerations which had been advanced there were great practical difficulties in the way of meeting the views of the German delegates even to a limited extent. It would be out of the question to retain German crews on any of the ships allocated to trooping work and the crews on the first sent to Great Britain and France would certainly have to be repatriated. If, however, the German authorities should return an affirmative reply to the question whether they could bunker their ships in German ports for a transatlantic voyage that would be a material consideration, which would be duly taken into account.

They must understand that in view of the many uncertain factors it was a matter in which the Associated Governments must proceed tentatively. As regards ships in distant neutral ports such as the Ports of South and Central America and the Dutch East Indies the retention of German crews now standing by their ships might be practicable. The German delegates pressed the same point in regard to the ships in Spain. They added in general that they would be in a position to give the most positive assurances as to the complete trustworthiness of the crews that they would select.

2. In the case of ships in which the German crews were not retained the German delegates asked that in every instance nautical and technical representatives might be retained on board as advisers being given accomodation and treatment in accordance with their rank. The delegates were informed that in the case of certain of the larger vessels possessing special characteristics such an arrangement would be required but not otherwise. The desired assurance was given as regards accomodation and treatment.

3. With regard to the repatriation of crews the German delegates were informed that the Associated Governments would in every case (including the case of crews of ships in neutral ports) bear the cost of repatriation but that the necessary means of transport except from distant ports must be found by Germans. The German delegates thereupon asked for an assurance that they would be allowed to retain sufficient tonnage for the purpose. In giving the desired assurance the Associated delegates stated that they would furnish a list of vessels reported by the Allied Naval Commission as suitable for this service.

c) Conditions under which the German ships will be taken over.*)

The following modifications in the statement handed to the German delegates were agreed on:

*) Comp. ci-dessus, p. 232.

1. Clause 1. The addition at the end of the words „who will check the inventory and verify the amount of coal, stores &c. on board."

It was further agreed that the value of the coal, stores &c. on board should be credited to the German Government in so far as the cost of these items form a charge on the Associated Governments having regard to the conditions under which the particular ship is managed.

2. Clause 5. Was amended to read as follows:

„The ship shall be redelivered either at the port of delivery or at a bunkering port in the United Kingdom at the option of the Associated Governments unless both parties shall agree on some other port of redelivery; always subject to the reservation contained in Art. VIII of the Armistice of 16th January and in the Treves agreement of January 17th.

3. Clause 7. In line 4 „e. g." was substituted for „viz" and it was explained that the Associated Governments assumed all marine risks of whatever nature other than that for total loss.

4. The German delegation urged that all marine risks should be left with the German Government on the following grounds

1. The desirability of protecting German insurance interests.
2. The possibility that the devision of the risks would involve greater expense.
3. The practical difficulty of dividing the risks.

The delegates of the Associated Governments undertook to report these views to their Governments, but stated that they could hold out no hope of their position being modified.

5. The delegates of the Associated Governments stated that the rates named in the statement handed in to them and annexed hereto, with any necessary deductions for expenses will be those to be credited to the German Government.

It was agreed that the German delegates should be furnished with details of the calculations on which the net rates were based as well as with a list of British Blue Book Rates.

It was further agreed that in cases where German crew were employed the Hire to be credited would be increased by an amount calculated as the equivalent of the average expenses to be incurred by the German Government-amounts to be settled by the commission to be set up at Rotterdam or elsewhere.

6. The delegates of the Associated Governments stated that the freight element charged for foodstuffs bought f. o. b. and shipped in German ships or other ships substituted for German ships then available, will be based on the freight credited in respect of the German ships.

d) Notification to Neutral Governments.

The German delegates undertook that immediate steps would be taken to notify the neutral Governments concerned that the vessels in neutral ports were placed at the disposal of the Associated Governments subject

to reserves with regard to ships so damaged as not to be available for service with regard to which the German delegates undertook to furnish full information as soon as possible.

Effect of a change of Flag on Foreign Mortgages.

The German delegates undertook to furnish documentary evidence with regard to specific cases in which they feared that the change of flag would involve the foreclosure of mortgages by foreign holders and the delegates of the Associates Governments undertook on receipt of this to have the question further examined.

e) Ships ready for sea not named in Lists 1, 2 and 3.

The German delegates undertook that the vessels named in a list (the vessels contained in this list were the following: Zeppelin, Prinz Friedrich Wilhelm, Graf Waldersee, Patricia, Cap Finisterre, Pretoria, Cleveland, Kaiserin Auguste Victoria) handed by the Associated representatives would be sent to sea at once, the delegates of the Associated Governments explaining that the provisions of Clause 2 of the conditions applicable to German ships i. e. in respect to reconditioning, applies equally to the Special fittings of these vessels.

f) Cargoes in neutral ports.

The Delegates of the Associated Governments explained that the disposal of the cargoes raises so many complicated questions that they could only be settled in relation to individual cases. For this purpose it was agreed that the commission set up at Rotterdam should deal with these questions, the German Government appointing a representative specially conversant with the matters involved.

g) Relaxation of the Blockade in the Baltic.

The German delegates pointed out that if effect was to be given to the provision which purported to enable them to pay for food supplies by exporting permitted commodities it would be essential that the blockade in the Baltic should be relaxed so as to make this practicable. The delegates of the Associated Governments undertook to bring this to the notice of their Governments.

h) Ships under construction.

The German delegates stated that the view of the German Government was that ships under construction did not come within the scope of the Treves agreement which they held to be limited to ships then afloat and in service. They were informed that in the view of the Associated Governments the purpose of the Treves Agreement would not be fulfilled unless the vessels now under construction which would be ready for sea during the currency of the agreement were made available. They undertook to bring the representations made to the notice of their Government

and the delegates of the Associated Governments stated, that they on their part would arrange for immediate consideration of the legal point of which the German Delegates had laid stress.

i) Status of German Delegate.

The Allied Delegates reiterated the statements made at previous meetings on this subject but added that in view of the admitted need for a more convenient method of intercommunication on matters of practical detail they had under consideration the appointment of a commission to set at some convenient centre such as for example Rotterdam which could be constantly in direct communication with a representative or representatives of the German Government.

k) Names of ships.

The representatives of the Associated Governments stated that the names of the ships would not be changed.

Brussels, 14th March, 1919. *John Anderson.*
Seeliger.

23.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, ALLEMAGNE.

Protocole relatif au transport en Pologne des troupes du Général Haller; signé à Spa, le 4 avril 1919.

Drucksachen der deutschen Waffenstillstandskommission.

Protocole du 4 avril 1919 relatif au transport en Pologne des troupes du Général Haller.

Protocole.

I. De l'Article XVI du Traité d'Armistice du 11 Novembre 1918,*) résulte pour l'Allemagne l'obligation d'autoriser le passage par Dantzig des forces alliées, et, par suite, d'après la conception des Alliés, celui des troupes du Général Haller.

II. Le Gouvernement Allemand a proposé de nouveaux moyens de transport, savoir:

1. de Stettin par Kreuz, en direction de Posen—Varsovie.
2. de Pillau—Koenigsberg et Memel par Korschen—Lyck—Grajewo.
3. par Coblence—Giessen—Cassel—Halle—Eilenburg, et par Francfort-sur-le-Main—Bebra—Erfurt—Leipzig—Eilenburg, puis, au-delà par Cottbus—Lissa—Kalisch.

*) V. ci-dessus, No. 12.

III. Le Gouvernement Allemand garantit la sécurité absolue de ces moyens de transports. — D'autre part, des mesures seront prises pour que les troupes de passage dans les territoires allemands évitent tout ce qui pourrait provoquer des troubles dans la population.

Ces transports commenceront vers le 15 Avril et dureront deux mois environ.

Les troupes polonaises transportées sont destinées à maintenir l'ordre conformément à l'Article XVI du Traité d'Armistice du 11 Novembre 1918.

L'exécution des transports est reglée par une annexe au présent Protocole.

IV. Dans le cas où, l'emploi des nouveaux moyens de transport proposés par le Gouvernement Allemand amènerait des difficultés graves que le Gouvernement Allemand, après en avoir été prévenu par les Gouvernements Alliés et Associés, ne serait pas en état de surmonter, le Maréchal Foch, Commandant en Chef les Armées Alliées, se réserve le droit de reprendre les transports prévus par l'Article XVI du Traité d'Armistice du 11 novembre 1918, dans des conditions d'exécution et avec des garanties à fixer par la Commission Internationale Permanente d'Armistice de Spa.

Spa, le 4 avril 1919.

J. Foch. *Erzberger.*

Annexe au Protocole du 4 avril 1919.

I. Le transport aura lieu par l'une des voies:

a) Coblence-Cassel-Halle-Francfort-Leipzig } Eilenburg, Cottbus, Lissa, Kalisch.
b) Stettin-Kalisch,
c) Pillau-Koenigsberg-Korschen-Lyck-Grajevo.

Une densité de 6 marches par 24 heures pourra être employée sur chaque ligne (réparties par moitié sur chacune des branches de la ligne a), sous réserve que, en cas d'emploi simultané des lignes b et c, le total des marches utilisées sur l'ensemble de ces deux lignes ne dépasse pas 10.

Le Maréchal Commandant en Chef les Armées Alliées utilisera d'abord la ligne a.

Le commencement du mouvement sera annoncé le plus tôt possible et au minimum 4 jours d'avance aux autorités allemandes par l'intermédiaire de la Commission Interalliée Permanente d'Armistice, en cas d'emploi de l'une ou l'autre ligne. En particulier, la date de départ des bateaux des ports d'embarquement, leurs dimensions, leur chargement, seront portés immédiatement à la connaissance de la Commission. Les transports pourront commencer à partir du 15 avril et dureront environ deux mois.

II. L'organisation de détail du transport sera reglée par une commission mixte siégeant à Spa et composée des Présidents Français et Allemand de la Sous-Commission des Transports de la C. I. P. A. Cette commission devra être avisée d'urgence de tout incident survenant dans les transports et en particulier des déviations de courant nécessitées par un cas de force majeure.

Pour les transports b et c, des officiers d'Etat-Major des Armées Alliées régleront à Stettin et Koenigsberg les mouvements, d'accord avec les autorités allemandes intéressées. Ces officiers donneront les ordres nécessaires aux troupes polonaises.

III. Mesures Militaires.

Les troupes seront transportées par trains complets avec leurs munitions et leurs vivres.

Les hommes ne porteront pas leurs munitions sur eux; ces dernières seront groupées dans un wagon du train; ce wagon sera plombé.

La liaison entre le personnel technique des chemins de fer, chargé seul du service technique sur les lignes de transport, et les commandants de trains se fera par l'intermédiaire

a) d'officiers des armées alliées placés dans chaque train;

b) d'officiers des armées alliées (2 officiers disposant du personnel secrétaire), placés dans les gares de long arrêt.

Ces officiers seront également chargés d'assurer la liaison entre les troupes et l'autorité militaire allemande.

Une consigne d'ordre général en quatre langues (français, anglais, polonais, allemand) sera rédigée par le Commandant Courtillet et le Major von Boetticher.

Toutes mesures seront prises par le Haut-Commandement Allié pour éviter les incidents entre la troupe et les populations. De son côté, l'autorité allemande prendra, à l'égard des populations, toutes mesures de police qu'il convient, en vue d'éviter les manifestations et les désordres.

Des arrêts de longue durée seront établis le long du trajet, toutes les 6 heures environ (un arrêt d'une heure au minimum alternant avec un arrêt de 30 minutes au minimum), pour permettre les distributions d'eau et la descente de la troupe, qui ne devra pas sortir des limites indiquées par la consigne spéciale, établie par l'officier allié, d'accord avec l'autorité allemande.

Les autorités allemandes tiendront prêtes les installations d'eau et les latrines nécessaires. La distribution des aliments préparés dans le train se fera au cours des longs arrêts.

Dans les ports de Stettin et Pillau—Koenigsberg, un espace sera ménagé autour des places à quai, duquel ne devront pas s'écarter les corvées de débarquement. Le reste de la troupe sera maintenu à bord.

Les malades seront visités par les médecins du chemin de fer, à défaut de médecin dans la troupe; ils seront soignés, en cas de besoin, dans les hôpitaux du territoire allemand, et pourront y être visités par un officier délégué des autorités militaires alliées.

Les transports de ravitaillement en vivres et munitions, effectués après le transport des divisions seront exécutés via Stettin.

Les communications télégraphiques et téléphoniques de service en provenance ou à destination des officiers alliés affectés aux transports seront transmises par les autorités allemandes dans les mêmes conditions que leurs communications officielles.

IV. Mesures techniques.

Les transports se feront, en principe, par trains d'un type unique de 50 wagons (100 essieux), comportant en particulier une voiture de 1° ou 2° classe pour les officiers, des wagons couverts, munis de bancs, ou voitures à voyageurs, pour la troupe.

Ces rames ne devront être ni déformées, ni détériorées, tant en cours de transport, qu'au débarquement et qu'au retour du matériel vide; elles devront être retournées après débarquement dans le plus bref délai et par la même route.

Le matériel roulant sera fourni par les Alliés sur la ligne a, — par l'Allemagne sur les lignes b et c.

Tout wagon avarié sur le réseau allemand, dans un train chargé, sera immédiatement remplacé par les soins de ce réseau.

Les agrès d'embarquement en chemin de fer dans les ports seront fournis par l'Allemagne; toutefois, les troupes devront se munir des collections de cordages nécessaires pour le transport par voie ferrée.

Les agrès ayant servi au transport sur ligne a seront, après débarquement, enfermés dans des wagons plombés pour le retour du matériel vide.

La traction sera fournie par l'Allemagne sur le réseau exploité par le personnel allemand; le charbon et les matières de graissage seront fournis par l'Allemagne.

Les agents de train seront fournis par l'Allemagne sur le réseau exploité par le personnel allemand.

V. Remunération.

Il sera alloué à l'Allemagne:

1° les frais de transport fixés d'après les tarifs militaires en vigueur sur les chemins de fer allemands, déduction faite du montant de la location du matériel roulant, lorsque ce dernier sera fourni par les Alliés;

2° le montant des dépenses réellement effectuées à l'occasion du transport par l'Allemagne sur la demande expresse des Alliés, étant entendu que l'établissement des installations normales d'une ligne de transport restera à la charge de l'Allemagne;

3° le montant des dégâts causés par les troupes et constatés contradictoirement.

La Sous-Commission des Transports de la Commission Internationale Permanente d'Armistice sera chargée de l'évaluation des dépenses ci-dessus et de toutes constatations contradictoires nécessitées par cette évaluation.

Lefort. *von Boetticher.*

24.

ALLEMAGNE, FRANCE.

Protocole en vue de l'exécution de l'article III des Stipulations financières signées à Trèves le 13 décembre 1918;*) signé à Kehl, le 12 avril 1919.

Drucksachen der deutschen Waffenstillstandskommission.

Kehl, le 12 avril 1919.

En vue de l'exécution de l'article III du Protocole Financier de Trèves du 13 décembre 1918, les délégués soussignés ont signé le présent protocole.

Article Ier.

Les personnes résidant en Alsace ou en Lorraine et qui y avaient déjà leur résidence le 21 novembre 1918, titulaires de créances échues ou à échoir pendant la durée de l'Armistice et concernant des Caisses publiques allemandes, pourront faire recouvrer ces créances par l'intermédiaire de la Reichsbank, dans les conditions ci-après exposées.

La même faculté sera accordée aux personnes morales et aux Sociétés ayant leur siège en Alsace ou en Lorraine, et qui y avaient déjà leur siège le 21 novembre 1918.

Les présentes dispositions ne s'appliqueront pas aux créances qui, à la date du 21 novembre 1918, appartenaient à une personne résidant en dehors de l'Alsace ou de la Lorraine, ou à une personne morale ou à une Société ayant son siège en dehors de l'Alsace ou de la Lorraine.

Article II.

Les présentes dispositions s'appliqueront aux créances de toute nature concernant les Caisses publiques, et notamment: aux Bons du Trésor, titres, effets, chèques postaux ou autres, coupons, billets, virements, acceptations, créances sur le Fisc militaire allemand, etc. — ladite énumération étant énonciative et non limitative.

Article III.

Les titulaires des créances visées aux articles I et II auront la faculté de remettre leurs demandes de paiement, accompagnées, s'il y a lieu, des titres de créances, aux gichets de l'un quelconque des Etablissements de la Reichsbank fonctionnant en Alsace et en Lorraine.

La demande de paiement devra-être accompagnée:

1⁰ d'un certificat signé par un délégué du Gouvernement français et attestant que le demandeur remplit les conditions de résidence

---

*) V. ci-dessus, No. 15.

visées aux alinéas 1 et 2 de l'article Ier. — Pour les personnes morales enregistrées et les Sociétés enregistrées, ledit certificat sera remplacé par un extrait du registre;

2° d'un affidavit comportant l'affirmation que la créance à recouvrer ne tombe pas sous l'exception visée par l'alinéa 3 de l'article Ier.

Les demandes de paiement et les titres de créances seront centralisés à la Succursale de la Reichsbank à Strasbourg, qui les transmettra à la Succursale de la Reichsbank à Karlsruhe.

Toutes dispositions devront être prises par les autorités allemandes et alliées pour assurer la régulière transmission de ces demandes et de ces valeurs. Chacune des autorités allemandes et alliées sera responsable, conformément aux lois et règlements du pays, des documents et valeurs ainsi transmis, jusqu'au moment où décharge lui en aura été donnée.

Article IV.

La Succursale de la Reichsbank à Karlsruhe donnera décharge à la Succursale de la Reichsbank à Strasbourg des documents et valeurs ainsi transmis.

Elle prendra toutes mesures pour assurer l'acheminement des créances aux lieux de paiement, et leur présentation à l'encaissement.

Article V.

Le produit des recouvrements effectués sera transporté par virements sur les livres des Succursales en Alsace et en Lorraine où les créances auront été remises.

Ces succursales seront créditées, en marks, sur les livres du Siège Central de la Reichsbank, du montant de ces recouvrements.

Les avis de crédit (Giro-Avis) délivrés par les Etablissements de la Reichsbank qui auront opéré les recouvrements, seront centralisés à la Succursale de la Reichsbank à Karlsruhe, qui les fera parvenir à la Succursale de la Reichsbank à Strasbourg. Cette dernière succursale transmettra les avis de crédit aux Succursales d'Alsace et de Lorraine auxquelles ils seront destinés.

Dès réception des avis de crédit susvisés, les Succursales destinataires créditeront en marks les présentateurs du montant des recouvrements effectués. Elles débiteront de ce même montant un compte intitulé „Reichsbank Berlin, Schuldkonto für Inkasso aus Elsass-Lothringen".

Article VI.

Les créances et valeurs non recouvrées seront centralisées à la succursale de la Reichsbank à Karlsruhe, qui les fera parvenir à la Succursale de la Reichsbank à Strasbourg, avec indication du motif de non recouvrement.

Les avis de crédit et les créances et valeurs non recouvrées seront transmis de Karlsruhe à Strasbourg dans les conditions prévues à l'article III ci-dessus.

Article VII.

Les opérations de recouvrement visées par les articles I à VI donneront lieu au profit de la Reichsbank à la perception des commissions fixées par les règlements de cet Etablissement.

Article VIII.

Par mesure exceptionelle, les personnes résidant dans un Etat Confédéré de l'Allemagne et qui y avaient déjà leur résidence le 21 novembre 1918, titulaires de créances échues ou à échoir pendant la durée de l'Armistice et concernant des Caisses publiques en Alsace ou en Lorraine, pourront faire recouvrer ces créances par l'intermédiaire de la Reichsbank.

La même faculté sera accordée aux personnes morales et aux Sociétés ayant leur siège dans un Etat Confédéré de l'Allemagne, et qui y avaient déjà leur siège le 21 novembre 1918.

Les présentes dispositions ne s'appliqueront pas aux créances qui, à la date du 21 novembre 1918, appartenaient à une personne résidant en dehors d'un des Etats Confédérés de l'Allemagne, ou à une personne morale ou à une Société ayant son siège en dehors d'un des dits Etats Confédérés.

Le recouvrement de ces créances donnera lieu aux opérations, certifications et affidavits, transmissions et virements correspondant à ceux décrits aux articles III, IV, V, VI et VII.

Les Succursales de la Reichsbank en Alsace et en Lorraine qui auront opéré ces recouvrements en porteront le montant au crédit d'un compte intitulé „Reichsbank Berlin, Forderungskonto für Inkasso in Elsass-Lothringen".

La succursale de Strasbourg fera connaître une fois par semaine au Siège Central de la Reichsbank à Berlin la balance entre les soldes des Schuldkonten et des Forderungskonten visés aux articles V et VIII.

La balance générale entre le total des Schuldkonten et le total des Forderungskonten ouverts sur les livres des Succursales de la Reichsbank en Alsace et en Lorraine, donnera lieu à un règlement effectif entre la Succursale de Strasbourg et le Siège Central de la Reichsbank.

Article IX.

L'exécution des dispositions qui font l'objet des articles précédents commencera quinze jours après la date de la signature du présent Protocole.

Ont signé:

Pour l'Allemagne:
Richter.
Schott.

Pour la France:
Strohl.
Ch. de Fréville,
Adjoint à M. C. Strohl.

25.

AUTRICHE, HONGRIE, ITALIE, PRUSSE, RUSSIE, SAXE, SUÈDE, WURTTEMBERG.

Résolutions d'une Conférence internationale relative à la construction d'un diapason normal, réunie à Vienne du 16 au 19 novembre 1885.*)

K. K. Ministerium für Cultus und Unterricht. Wien 1885.

Beschlüsse der internationalen Stimmton-Konferenz, betreffend die Herstellung einer Normalstimmgabel.

A. Hauptbeschlüsse.

Die internationale Stimmton-Konferenz in Wien hat in ihren Sitzungen am 16., 17., 18. und 19. November 1885 mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen, wie folgt:

1. Es soll ein einziger internationaler Normal-Stimmton bestehen. Dieser Stimmton soll dasjenige A sein, dessen Höhe durch 870 einfache Schwingungen in der Sekunde bestimmt ist.

Zur Darstellung dieses Tones wird nach wissenschaftlichen Regeln die Normal-Stimmgabel in der Weise konstruiert, dass dieselbe bei einer Temperatur von 15 Grad Celsius den Normalton gibt.

Zur Durchführung dieses im Interesse der praktischen Musikpflege unbedingt notwendigen Beschlusses empfiehlt die genannte Konferenz, und zwar gleichfalls mit Stimmeneinhelligkeit, allen hohen Regierungen die nachfolgenden Massregeln:

2. Die Annahme und Einführung der Normalstimmung soll eine allgemeine und obligatorische sein. Insbesondere soll sie sich auf alle öffentlichen und Privat-Lehranstalten, in welchen Musik gepflegt wird, und in gleicher Weise auch auf Musikvereine, Theater usw. erstrecken.

Bei den Militärmusikkapellen soll die Normalstimmung sobald als möglich, spätestens aber gelegentlich der nächsten Erneuerung ihrer Holz-Blasinstrumente eingeführt werden.

Auf die Patrone und Vorstände der Kirchen ist in geeigneter Weise einzuwirken, damit sie die Stimmung der bezüglichen Orgeln nach dem Normaltone ehestens, jedenfalls aber gelegentlich des Neubaues oder einer umfassenden Reparatur derselben veranlassen.

3. Rücksichtlich des Zeitraumes, innerhalb dessen die Einführung des Normal-Stimmtones vollzogen sein soll, ist von den einzelnen Staaten eine möglichst kurze Frist festzustellen.

---

*) Comp. le Traité de paix de Versailles, Art. 282; Traité de Saint-Germain-en-Laye, Art. 234.

4. Um den Normal-Stimmton vor Abänderungen zu bewahren, sollen folgende Massnahmen getroffen werden:

a) Alle zur Annahme des Normal-Stimmtones verpflichteten Anstalten und Körperschaften sollen für die unveränderte Aufrechthaltung dieser Stimmung in ihrem Wirkungskreise verantwortlich und gehalten sein, eine verifizierte Stimmgabel zu besitzen. Andere tönende Körper, wie Stimmzungen, Stimmpfeifen u. dgl. werden zur authentischen Wiedergabe des Normal-Stimmtones als nicht geeignet erklärt.

b) Die Regierungen sollen durch berufene Organe den unveränderten Bestand des Normal-Stimmtones in allen diesen Anstalten einer ständigen Kontrolle unterziehen lassen.

c) Es werde vom Staate eine Behörde mit der Aufgabe betraut, die Normal-Stimmgabel zu verwahren, nach derselben alle ihr zur Verifikation zukommenden Gabeln zu prüfen, eventuell richtig zu stellen und durch Stempelung zu beglaubigen.

d) Zur Prüfung und Beglaubigung sollen nur solche Gabeln geeignet und zulässig erklärt werden, welche den nachstehenden Bedingungen entsprechen:

   a) Die Gabel muss aus nichtgehärtetem Gusstahl erzeugt sein.

   b) Die Zinken müssen parallel stehen und mindestens einen halben Zentimeter breit sein.

   c) Der zur Anbringung der Stempelungsmarke bestimmte Raum zwischen dem Ausschnitte der Zinken und dem Stiele muss mindestens einen Zentimeter betragen.

   d) Die zu verifizierende Gabel muss rostfrei und weissglänzend poliert oder blau angelassen sein.

e) Das Verifikations-Amt hat die Richtigkeit der Stimmgabel sowohl mit der einheitlichen (internationalen) Verifikations-Marke, bestehend aus der von einer Ellipse umschlossenen Schwingungszahl 870, als auch mit einem den betreffenden Staat bezeichnenden Stempel zu beglaubigen.

B. Additionalbeschlüsse.

Behufs Erhaltung der Normalstimmung sind ferner sämtliche Theater und Konzert-Institute zu nachstehenden Massregeln anzuhalten:

1. Die von den oben genannten Instituten zu verwendenden Blasinstrumente sollen bei 24 Grad Celsius auf die Normalstimmung abgestimmt sein. Der Instrumentenmacher soll für die in dieser Art abgestimmten Instrumente durch eine seiner Fabriksmarke beigedruckte Stimmungsmarke die Haftbarkeit übernehmen.

2. Das geeignete Instrument, um in den Orchestern richtig einstimmen zu lassen und dadurch die Normalstimmung zu konservieren, ist die elektromagnetisch bewegte Stimmgabel. In Ermangelung einer solchen darf nach der Oboe erst dann eingestimmt werden, wenn dieselbe gänzlich durchwärmt ist. Dem Konzertmeister ist die Verantwortung für die völlig reine Einstimmung des Orchesters aufzuerlegen.

3. Die Orgeln sollen für jene mittlere Temperatur, welche den besonderen Verhältnissen ihrer Verwendung entspricht, auf die Normalstimmung gebracht sein.

4. Die Kreierung von Militärmusik-Zentralstellen ist im Interesse der richtigen Durchführung der von der Konferenz beschlossenen Hauptpunkte unbedingt geboten, und soll dieselbe daher ehestens vorgenommen werden.

26.

ALLEMAGNE, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, ARGENTINE, BELGIQUE, BOLIVIE, BRÉSIL, BULGARIE, CHILI, CHINE, COLOMBIE, COSTA-RICA, CUBA, DANEMARK, RÉPUBLIQUE DOMINICAINE, EQUATEUR, ESPAGNE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, GUATÉMALA, HAÏTI, HONDURAS, ITALIE, JAPON, LUXEMBOURG, MEXIQUE, MONTÉNÉGRO, NICARAGUA, NORVÈGE, PANAMA, PARAGUAY, PAYS-BAS, PÉROU, PERSE, PORTUGAL, ROUMANIE, RUSSIE, SALVADOR, SIAM, SUÈDE, SUISSE, URUGUAY, VÉNÉZUÉLA.

Convention internationale de l'Opium; signée à La Haye, le 23 janvier 1912, suivie des Protocoles de clôture de la deuxième et de la troisième Conférence internationale de l'opium, signés à La Haye, le 9 juillet 1913 et le 25 juin 1914.*)**)

Treaty Series (Washington), No. 612. — Treaty Series (London) 1921, No. 17. — Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden 1920, No. 290.

Protocole de clôture de la Conférence Internationale de l'Opium.

La Conférence Internationale de l'Opium, proposée par le Gouvernement des Etats-Unis d'Amerique, et convoquee par le Gouvernement des Pays-Bas, s'est réunie à La Haye, dans le Palais des Comtes, le 1 décembre 1911.

Les Gouvernements, dont l'énumération suit, ont pris part à la Conférence, pour laquelle ils avaient désigné les Délégués nommés ci-après:

---

*) Ont ratifié le Danemark et le Siam (le 10 juillet 1913), le Guatémala (le 27 août 1913), le Honduras (le 29 août 1913), le Vénézuéla (le 28 octobre 1913), les Etats-Unis d'Amérique (le 10 décembre 1913), le Portugal (le 15 décembre 1913), la Chine (au mois d'avril 1914), la Suède (le 17 avril 1914), la Belgique (le 16 juin 1914), l'Italie (le 18 juin 1914), la Grande-Bretagne (le 15 juillet 1914), les Pays-Bas (le 28 juillet 1914), le Nicaragua (le 10 novembre 1914), la Norvège (le 12 novembre 1914), le

L'Allemagne: Son Exc. M. Félix de Müller, conseiller intime actuel, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye, premier délégué plénipotentiaire;

M. Delbrück, conseiller supérieur intime de Régence, délégué plénipotentiaire;

M. le Dr. Grunenwald, conseiller actuel de légation, délégué plénipotentiaire;

M. le Dr. Kerp, conseiller intime de Régence, directeur à l'Office Impérial de santé, délégué plénipotentiaire;

M. le Dr. Rössler, consul Impérial à Canton, délégué plénipotentiaire.

Les Etats-Unis d'Amérique: M. l'Evêque Charles H. Brent, délégué plénipotentiaire;

M. Hamilton Wright, délégué plénipotentiaire;

M. H. J. Finger, délégué plénipotentiaire.

La Chine: Son Exc. M. Liang Ch'eng, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Berlin, délégué plenipotentiaire;

M. T'ang Kwo-An, secrétaire adjoint au Wai-Wu-Pu, délégué;

M. Tchang Tsou-Soueng, chargé d'affaires a. i. à La Haye, délégué;

M. le Dr. Wu Lien-Teh, M. D. (Cambridge), médecin-major, directeur de l'école de médecine, délégué;

M. F. A. Carl, ancien commissaire des douanes maritimes Impériales à Newchwang, délégué;

M. A. J. Commijs, secrétaire adjoint au bureau de l'inspecteurgénéral des douanes maritimes Impériales, délégué.

La France: M. Henri Brenier, inspecteur-conseil des services agricoles et commerciaux de l'Indo-Chine, délégué plénipotentiaire;

M. Pierre Guesde, administrateur des services civils de l'Indo-Chine, délégué plenipotentiaire;

M. le Dr. Gaide, médecin-major des troupes coloniales, conseiller technique.

La Grande-Bretagne: The Right Honourable Sir Cecil Clementi Smith, G. C. M. G., membre du conseil privé, délégué plénipotentiaire;

Sir William Stevenson Meyer, K. C. I. E., secrétaire en chef du Gouvernement de Madras, délégué plénipotentiaire;

Brésil (le 23 décembre 1914), l'Equateur (le 25 février 1915), l'Uruguay (le 3 avril 1916), l'Espagne (le 25 janvier 1919), le Luxembourg (le 6 août 1921).

Le Protocole relatif à la mise en vigueur de la Convention (v. Protocole de clôture de la 3ème Conférence sous No. 3) a été signé par les Etats-Unis d'Amérique, la Chine et les Pays-Bas (le 11 février 1915), le Honduras (le 3 avril 1915), la Norvège (le 20 septembre 1915), la Belgique et le Luxembourg (le 14 mai 1919), la Suède (le 13 janvier 1921), l'Espagne (le 11 février 1921).

V. Treaty Series l. c. — Bulletin de l'Institut intermédiaire international I (1919), p. 551.

**) Pour les Puissances qui auront ratifié les Traités de paix de 1919 et de 1920, sans avoir ratifié la Convention de l'Opium, la ratification des Traités de paix équivaudra à la ratification de la Convention. Comp. p. e. l'Art. 295 du Traité de Versailles, l'Art. 247 du Traité de Saint-Germain-en-Laye, l'Art. 280 du Traité de Sèvres etc. — V. les livraisons suivantes.

M. William Grenfell Max-Müller, C. B., M. V. O., conseiller d'ambassade, délégué plénipotentiaire;

Sir William Job Collins, M. D., deputy-lieutenant du Comté de Londres, délégué plénipotentiaire.

L'Italie: Son Exc. M. le Comte J. Sallier de la Tour, Duc de Calvello, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye, délégué plénipotentiaire;

M. le professeur Rocco Santoliquido, député au parlement, directeur-général de la santé publique, délégué.

Le Japon: Son Exc. M. Aimaro Sato, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye, délégué plénipotentiaire;

M. le Dr. Tomoe Takagi, ingénieur du Gouvernement-général de Formose, délégué plénipotentiaire;

M. le Dr. Kotaro Nishizaki, spécialiste technique, attaché au laboratoire des services hygiéniques, délégué plénipotentiaire.

Les Pays-Bas: M. J. T. Cremer, ancien ministre des colonies, président de la compagnie néerlandaise de commerce, délégué plénipotentiaire;

M. C. Th. Van Deventer, membre de la première chambre des Etats-Généraux, délégué plénipotentiaire;

M. A. A. De Jongh, ancien inspecteur-général, chef du service de la régie de l'opium aux Indes néerlandaises, délégué plénipotentiaire;

M. J. G. Scheurer, membre de la seconde chambre des Etats-Généraux, délégué plénipotentiaire;

M. W. G. Van Wettum, inspecteur de la regie de l'opium aux Indes néerlandaises, délégué plénipotentiaire.

La Perse: Mirza Mahmoud Khan, secrétaire de la légation de Perse à La Haye, délégué plenipotentiaire.

Le Portugal: Son Exc. M. Antonio Maria Bartholomeu Ferreira, envoyé extraordinaire et ministre plenipotentiaire à La Haye, délégué plénipotentiaire;

M. Oscar George Potier, consul-général de première classe, délégué du ministère des affaires étrangères, délégué;

M. A. Sanches de Miranda, capitaine d'artillerie, ancien gouverneur aux colonies, délégué du ministère des colonies, délégué.

La Russie: Son Exc. M. Alexandre Savinsky, maître de cérémonies de S. M. l'Empereur, conseiller d'état actuel, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Stockholm, délégué plénipotentiaire;

M. Chapiroff, médecin honoraire de la Cour de S. M. l'Empereur, médecin-inspecteur du corps des gardes-frontières, délégué.

Le Siam: Son Exc. Phya Akharaj Varadhara, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Londres, La Haye et Bruxelles, délégué plénipotentiaire.

M. Wm. J. Archer, C.M.G., conseiller de légation, délégué plénipotentiaire.

Dans une série de réunions tenues du 1 décembre 1911 au 23 janvier 1912, la Conférence a arrêté le texte de Convention ci-annexé.

La Conférence a en outre émis les voeux suivants:

I. La Conférence estime qu'il y aurait lieu d'attirer l'attention de l'Union Postale Universelle:

1°. sur l'urgence de réglementer la transmission par la poste de l'opium brut;

2°. sur l'urgence de réglementer autant que possible la transmission par la poste de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs, et des autres substances visées à l'article 14 de la Convention;

3°. sur la nécessité de prohiber la transmission par la poste de l'opium préparé.

II. La Conférence estime qu'il y aurait lieu d'étudier la question du chanvre indien au point de vue statistique et scientifique, dans le but de régler, si la nécessité s'en fait sentir, par la législation intérieure ou par un accord international, les abus de son emploi.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu le présent Protocole de leurs signatures.

Fait à La Haye, le 23 janvier mil neuf cent douze, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique à toutes les Puissances représentées à la Conférence.

Pour l'Allemagne	*F. de Müller.* *Delbrück.* *Grunenwald.*
Pour les Etats-Unis d'Amérique	*Charles H. Brent.* *Hamilton Wright.* *Henry J. Finger.*
Pour la Chine	*Liang Cheng.*
Pour la France	*H. Brenier.*
Pour la Grande-Bretagne . . .	*W. S. Meyer.* *W. G. Max Müller.* *William Job Collins.*
Pour l'Italie	*G. de la Tour Calvello.*
Pour le Japon	*Aimaro Sato.* *Tomoe Takagi.* *Kotaro Nishizaki.*
Pour les Pays-Bas	*J. T. Cremer.* *C. Th. van Deventer.* *A. A. de Jongh.* *J. G. Scheurer.*
Pour la Perse	*Mirza Mahmoud Khan.*
Pour le Portugal	*Antonio Maria Bartholomeu Ferreira.*
Pour la Russie	*A. Savinsky.*
Pour le Siam	*Akharaj Varadhara.* *Wm. J. Archer.*

Certifié pour copie conforme:

Le Secrétaire-Général du Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas
Hannema.

Convention internationale de l'Opium.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire allemand; le Président des Etats-Unis d'Amérique; Sa Majesté l'Empereur de Chine; le Président de la République française; Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des Territoires britanniques au delà des Mers, Empereur des Indes; Sa Majesté le Roi d'Italie; Sa Majesté l'Empereur du Japon; Sa Majesté la Reine des Pays-Bas; Sa Majesté Impériale le Schah de Perse; le Président de la République portugaise; Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies; Sa Majesté le Roi de Siam,

désirant marquer un pas de plus dans la voie ouverte par la Commission Internationale de Shanghai de 1909;

résolus à poursuivre la suppression progressive de l'abus de l'opium, de la morphine, de la cocaïne ainsi que des drogues préparées ou dérivées de ces substances donnant lieu, ou pouvant donner lieu, à des abus analogues;

considérant la nécessité et le profit mutuel d'une entente internationale sur ce point;

convaincus qu'ils rencontreront dans cet effort humanitaire l'adhésion unanime de tous les Etats interessés,

ont résolu de conclure une Convention à cet effet, et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, à savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse:

Son Excellence M. Felix de Müller, Son conseiller intime actuel, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye;

M. Delbrück, Son conseiller superieur intime de Régence;

M. le Dr. Grunenwald, Son conseiller actuel de legation;

M. le Dr. Kerp, Son conseiller intime de Regence, directeur à l'Office Impérial de santé;

M. le Dr. Rössler, consul Impérial à Canton.

Le Président des Etats-Unis d'Amérique:

M. l'Evêque Charles H. Brent;

M. Hamilton Wright;

M. H. J. Finger.

Sa Majesté l'Empereur de Chine:

Son Excellence M. Liang Ch'eng, Son envoye extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Berlin.

Le Président de la République française:

M. Henri Brenier, inspecteur-conseil des services agricoles et commerciaux de l'Indo-Chine;

M. Pierre Guesde, administrateur des services civils de l'Indo-Chine.

Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des Territoires britanniques au delà des Mers, Empereur des Indes:

The Right-Honourable Sir Cecil Clementi Smith, G. C. M. G., membre du conseil privé;

Sir William Stevenson Meyer, K. C. I. E., secrétaire en chef du Gouvernement de Madras;

M. William Grenfell Max-Müller, C. B., M. V. O., Son conseiller d'ambassade;

Sir William Job Collins, M. D., deputy-lieutenant du Comité de Londres.

Sa Majesté le Roi d'Italie:

Son Excellence M. le Comte J. Sallier de la Tour, Duc de Calvello, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye.

Sa Majesté l'Empereur du Japon:

Son Excellence M. Aimaro Sato, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye;

M. le Dr. Tomoe Takagi, ingénieur du Gouvernement-général de Formose;

M. le Dr. Kotaro Nishizaki, spécialiste technique, attaché au laboratoire des services hygiéniques.

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas:

M. J. T. Cremer, Son ancien ministre des colonies, président de la compagnie néerlandaise de commerce;

M. C. Th. van Deventer, membre de la première chambre des Etats-Généraux;

M. A. A. de Jongh, ancien inspecteur-général, chef du service de la régie de l'opium aux Indes néerlandaises;

M. J. G. Scheurer, membre de la seconde chambre des Etats-Généraux;

M. W. G. van Wettum, inspecteur de la régie de l'opium aux Indes néerlandaises.

Sa Majesté Impériale le Schah de Perse:

Mirza Mahmoud Khan, secrétaire de la légation de Perse à La Haye.

Le Président de la République Portugaise:

Son Excellence M. Antonio Maria Bartholomeu Ferreira, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à La Haye.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies:

Son Excellence M. Alexandre Savinski, Son maître de cérémonies, Son conseiller d'état actuel, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Stockholm.

Sa Majesté le Roi de Siam:

Son Excellence Phya Akharaj Varadhara, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Londres, La Haye, et Bruxelles;

M. Wm. J. Archer, C. M. G., Son conseiller de légation,

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus de ce qui suit:

Chapitre I.

Opium brut.

Définition. Par opium brut on entend:

le suc, coagulé spontanément, obtenu des capsules du pavot somnifère (Papaver somniferum), et n'ayant subi que les manipulations nécessaires à son empaquetage et à son transport.

Article Premier.

Les Puissances Contractantes édicteront des lois ou des règlements efficaces pour le contrôle de la production et de la distribution de l'opium brut, à moins que des lois ou des règlements existants n'aient déjà réglé la matière.

Article 2.

Les Puissances Contractantes limiteront, en tenant compte des différences de leurs conditions commerciales, le nombre des villes, ports ou autres localités par lesquels l'exportation ou l'importation de l'opium brut sera permise.

Article 3.

Les Puissances Contractantes prendront des mesures:

a) pour empêcher l'exportation de l'opium brut vers les pays qui en auront prohibé l'entrée, et

b) pour contrôler l'exportation de l'opium brut vers les pays qui en limitent l'importation,

à moins que des mesures existantes n'aient déjà réglé la matière.

Article 4.

Les Puissances Contractantes édicteront des règlements prévoyant que chaque colis contenant de l'opium brut destiné à l'exportation sera marqué de manière à indiquer son contenu, pourvu que l'envoi excède 5 kilogrammes.

Article 5.

Les Puissances Contractantes ne permettront l'importation et l'exportation de l'opium brut que par des personnes dûment autorisées.

Chapitre II.

Opium préparé.

Définition. Par opium préparé on entend:

le produit de l'opium brut, obtenu par une série d'opérations spéciales, et en particulier par la dissolution, l'ébullition, le grillage et la fermentation, et ayant pour but de le transformer en extrait propre à la consommation.

L'opium préparé comprend le dross et tous autres résidus de l'opium fumé.

Article 6.

Les Puissances Contractantes prendront des mesures pour la suppression graduelle et efficace de la fabrication, du commerce intérieur et

de l'usage de l'opium préparé, dans la limite des conditions différentes propres à chaque pays, à moins que des mesures existantes n'aient déjà réglé la matière.

Article 7.

Les Puissances Contractantes prohiberont l'importation et l'exportation de l'opium préparé; toutefois, celles qui ne sont pas encore prêtes à prohiber immédiatement l'exportation de l'opium préparé, la prohiberont aussitôt que possible.

Article 8.

Les Puissances Contractantes qui ne sont pas encore prêtes à prohiber immédiatement l'exportation de l'opium préparé:

a) restreindront le nombre des villes, ports ou autres localités par lesquels l'opium préparé pourra être exporté;
b) prohiberont l'exportation de l'opium préparé vers les pays qui en interdisent actuellement, ou pourront en interdire plus tard, l'importation;
c) défendront, en attendant, qu'aucun opium préparé soit envoyé à un pays qui désire en restreindre l'entrée, à moins que l'exportateur ne se conforme aux règlements du pays importateur;
d) prendront des mesures pour que chaque colis exporté, contenant de l'opium préparé, porte une marque spéciale indiquant la nature de son contenu;
e) ne permettront l'exportation de l'opium préparé que par des personnes spécialement autorisées.

Chapitre III.

Opium médicinal, morphine, cocaïne, etc.

Définitions. Par opium médicinal on entend:

l'opium brut qui a été chauffé à 60° centigrades et ne contient pas moins de 10 pour cent de morphine, qu'il soit ou non en poudre ou granulé, ou mélangé avec des matières neutres.

Par morphine on entend:

le principal alcaloïde de l'opium, ayant la formule chimique $C_{17} H_{19} N O_3$.

Par cocaïne on entend:

le principal alcaloïde des feuilles de l'Erythroxylon Coca, ayant la formule $C_{17} H_{21} N O_4$.

Par héroïne on entend:

la diacetyl-morphine, ayant la formule $C_{21} H_{23} N O_5$.

Article 9.

Les Puissances Contractantes édicteront des lois ou des règlements sur la pharmacie de façon à limiter la fabrication, la vente et l'emploi de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs aux seuls usages

médicaux et légitimes, à moins que des lois ou des règlements existants n'aient déjà réglé la matière. Elles coopéreront entr'elles afin d'empêcher l'usage de ces drogues pour tout autre objet.

Article 10.

Les Puissances Contractantes s'efforceront de contrôler, ou de faire contrôler, tous ceux qui fabriquent, importent, vendent, distribuent et exportent la morphine, la cocaïne et leurs sels respectifs, ainsi que les bâtiments où ces personnes exercent cette industrie ou ce commerce.

A cet effet, les Puissances Contractantes s'efforceront d'adopter, ou de faire adopter, les mesures suivantes, à moins que des mesures existantes n'aient déjà réglé la matière:

a) limiter aux seuls établissements et locaux qui auront été autorisés à cet effet la fabrication de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs, ou se renseigner sur les établissements et locaux où ces drogues sont fabriquées, et en tenir un régistre;

b) exiger que tous ceux qui fabriquent, importent, vendent, distribuent et exportent la morphine, la cocaïne et leurs sels respectifs soient munis d'une autorisation ou d'un permis pour se livrer à ces opérations, ou en fassent une déclaration officielle aux autorités compétentes;

c) exiger de ces personnes la consignation sur leurs livres des quantités fabriquées, des importations, des ventes, de toute autre cession et des exportations de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs. Cette règle ne s'appliquera pas forcément aux prescriptions médicales et aux ventes faites par des pharmaciens dûment autorisés.

Article 11.

Les Puissances Contractantes prendront des mesures pour prohiber dans leur commerce intérieur toute cession de morphine, de cocaïne et de leurs sels respectifs à toutes personnes non autorisées, à moins que des mesures existantes n'aient déjà réglé la matière.

Article 12.

Les Puissances Contractantes, en tenant compte des différences de leurs conditions, s'efforceront de restreindre aux personnes autorisées l'importation de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs.

Article 13.

Les Puissances Contractantes s'efforceront d'adopter, ou de faire adopter, des mesures pour que l'exportation de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs de leurs pays, possessions, colonies et territoires à bail vers les pays, possessions, colonies et territoires à bail des autres Puissances Contractantes n'ait lieu qu'à la destination de personnes ayant reçu les autorisations ou permis prévus par les lois ou règlements du pays importateur.

A cet effet tout Gouvernement pourra communiquer, de temps en temps, aux Gouvernements des pays exportateurs des listes des personnes auxquelles des autorisations ou permis d'importation de morphine, de cocaïne et de leurs sels respectifs auront été accordés.

Article 14.

Les Puissances Contractantes appliqueront les lois et règlements de fabrication, d'importation, de vente ou d'exportation de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs:

a) à l'opium médicinal;
b) à toutes les préparations (officinales et non-officinales, y compris les remèdes dits anti-opium), contenant plus de 0,2 % de morphine ou plus de 0,1 % de cocaïne;
c) à l'héroïne, ses sels et préparations contenant plus de 0,1 % d'héroïne;
d) à tout nouveau dérivé de la morphine, de la cocaïne ou de leurs sels respectifs, ou à tout autre alcaloïde de l'opium, qui pourrait à la suite de recherches scientifiques, généralement reconnues, donner lieu à des abus analogues et avoir pour résultat les mêmes effets nuisibles.

Chapitre IV.

Article 15.

Les Puissances Contractantes ayant des traités avec la Chine (Treaty Powers) prendront, de concert avec le Gouvernement chinois, les mesures nécessaires pour empêcher l'entrée en contrebande, tant sur le territoire chinois que dans leurs colonies d'Extrême Orient et sur les territoires à bail qu'ils occupent en Chine, de l'opium brut et préparé, de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs, ainsi que des substances visées à l'article 14 de la présente Convention. De son côté le Gouvernement chinois prendra des mesures analogues pour la suppression de la contrebande de l'opium et des autres substances visées ci-dessus, de la Chine vers les colonies étrangères et les territoires à bail.

Article 16.

La Gouvernement chinois promulguera des lois pharmaceutiques pour ses sujets, réglementant la vente et la distribution de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs et des substances visées à l'article 14 de la présente Convention, et communiquera ces lois aux Gouvernements ayant des traités avec la Chine, par l'intermédiaire de leurs représentants diplomatiques à Pekin. Les Puissances Contractantes ayant des traités avec la Chine examineront ces lois, et, si elles les trouvent acceptables, prendront les mesures nécessaires pour qu'elles soient appliquées à leurs nationaux résidant en Chine.

Article 17.

Les Puissances Contractantes ayant des traités avec la Chine entreprendront d'adopter les mesures nécessaires pour restreindre et pour contrôler l'habitude de fumer l'opium dans leurs territoires à bail, „settle-

ments" et concessions en Chine, de supprimer *pari passu* avec le Gouvernement chinois les fumeries d'opium ou établissements semblables qui pourront y exister encore, et de prohiber l'usage de l'opium dans les maisons d'amusement et les maisons publiques.

Article 18.

Les Puissances Contractantes ayant des traités avec la Chine prendront des mesures effectives pour la réduction graduelle, *pari passu* avec les mesures effectives que le Gouvernement chinois prendra dans ce même but, du nombre des boutiques, destinées à la vente de l'opium brut et préparé, qui pourront encore exister dans leurs territoires à bail, „settlements" et concessions en Chine. Elles adopteront des mesures efficaces pour la restriction et le contrôle du commerce de détail de l'opium dans les territoires à bail, „settlements" et concessions, à moins que des mesures existantes n'aient déjà réglé la matière.

Article 19.

Les Puissances Contractantes qui possèdent des bureaux de poste en Chine adopteront des mesures efficaces pour interdire l'importation illégale en Chine, sous forme de colis postal, tout aussi bien que la transmission illégale d'une localité de la China à une autre localité par l'intermédiaire de ces bureaux de l'opium, soit brut, soit préparé, de la morphine et de la cocaïne et de leurs sels respectifs et des autres substances visées à l'article 14 de la présente Convention.

Chapitre V.

Article 20.

Les Puissances Contractantes examineront la possibilité d'édicter des lois ou des règlements rendant passible de peines la possession illégale de l'opium brut, de l'opium préparé, de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs, à moins que les lois ou des règlements existants n'aient déjà réglé la matière.

Article 21.

Les Puissances Contractantes se communiqueront, par l'intermédiaire du Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas:

a) les textes des lois et des réglements administratifs existants, concernant les matières visées par la présente Convention, ou édictés en vertu de ses clauses;

b) des renseignements statistiques en ce qui concerne le commerce de l'opium brut, de l'opium préparé, de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs, ainsi que des autres drogues, ou leurs sels, ou préparations, visés par la présente Convention.

Ces statistiques seront fournies avec autant de détails et dans un délai aussi bref que l'on considérera comme possibles.

Chapitre VI.

Dispositions finales.

Article 22.

Les Puissances non représentées à la Conférence seront admises à signer la présente Convention.

Dans ce but, le Gouvernement des Pays-Bas invitera, immédiatement après la signature de la Convention par les Plénipotentiaires des Puissances qui ont pris part à la Conférence, toutes les Puissances de l'Europe et de l'Amérique non représentées à la Conférence, à savoir:

la République Argentine; l'Autriche-Hongrie; la Belgique; la Bolivie; le Brésil; la Bulgarie; le Chili; la Colombie; le Costa-Rica; la République de Cuba; le Danemark; la République Dominicaine; la République de l'Equateur; l'Espagne; la Grèce; le Guatémala; la République d'Haïti; le Honduras; le Luxembourg; le Mexique; le Monténégro; le Nicaragua; la Norvège; le Panama; le Paraguay; le Pérou; la Roumanie; le Salvador; la Serbie; la Suède; la Suisse; la Turquie; l'Uruguay; les Etats-Unis du Vénézuéla à désigner un Délégué muni des pleins pouvoirs nécessaires pour signer. à La Haye, la Convention.

La Convention sera munie de ces signatures au moyen d'un „Protocole de signature de Puissances non représentées à la Conférence", à ajouter après les signatures des Puissances représentées et mentionnant la date de chaque signature.

Le Gouvernement des Pays-Bas donnera tous les mois à toutes les Puissances signataires avis de chaque signature supplémentaire.

Article 23.

Après que toutes les Puissances, tant pour elles-mêmes que pour leurs possessions, colonies, protectorats et territoires à bail, auront signé la Convention ou le Protocole supplémentaire visé ci-dessus, le Gouvernement des Pays-Bas invitera toutes les Puissances à ratifier la Convention avec ce Protocole.

Dans le cas où la signature de toutes les Puissances invitées n'aurait pas été obtenue à la date du 31 décembre 1912, le Gouvernement des Pays-Bas invitera immédiatement les Puissances signataires à cette date, à désigner les Délégués pour procéder, à La Haye, à l'examen de la possibilité de déposer néanmoins leurs ratifications.

La ratification sera faite dans un délai aussi court que possible et déposée à La Haye au Ministère des Affaires Etrangères.

Le Gouvernement des Pays-Bas donnera tous les mois avis aux Puissances signataires des ratifications qu'il aura reçues dans l'intervalle.

Aussitôt que les ratifications de toutes les Puissances signataires, tant pour elles-mêmes que pour leurs colonies, possessions, protectorats et territoires à bail, auront été reçues par le Gouvernement des Pays-Bas, celui-ci notifiera à toutes les Puissances qui auront ratifié la Convention la date à laquelle il aura reçu le dernier de ces actes de ratification.

Article 24.

La présente Convention entrera en vigueur trois mois après la date mentionnée dans la notification du Gouvernement des Pays-Bas, visée au dernier alinéa de l'article précédent.

A l'égard des lois, règlements et autres mesures, prévus par la présente Convention, il est convenu que les projets requis à cet effet seront rédigés au plus tard six mois après l'entrée en vigueur de la Convention. En ce qui concerne les lois, elles seront aussi proposées par les Gouvernements à leurs Parlements ou Corps Législatifs dans ce même délai de six mois, et en tout cas à la première session qui suivra l'expiration de ce délai.

La date à partir de laquelle ces lois, règlements ou mesures entreront en vigueur fera l'objet d'un accord entre les Puissances Contractantes sur la proposition du Gouvernement des Pays-Bas.

Dans le cas où des questions surgiraient relatives à la ratification de la présente Convention, ou à la mise en vigueur, soit de la Convention, soit des lois, règlements et mesures qu'elle comporte, le Gouvernement des Pays-Bas, si ces questions ne peuvent pas être resolues par d'autres moyens, invitera toutes les Puissances Contractantes à designer des Delegués qui se réuniront à La Haye pour arriver à un accord immediat sur ces questions.

Article 25.

S'il arrivait qu'une des Puissances Contractantes voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée par ecrit au Gouvernement des Pays-Bas qui communiquera immédiatement copie certifiée conforme de la notification à toutes les autres Puissances, en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la presente Convention de leurs signatures.

Fait à La Haye, le 23 janvier mil neuf cent douze, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique à toutes les Puissances representées à la Conference.

Pour l'Allemagne . . . { *F. de Müller.* *Delbrück.* *Grunenwald.*

Pour les Etats-Unis d'Amérique . . . . . { *Charles H. Brent.* *Hamilton Wright.* *Henry J. Finger.*

Pour la Chine . . . . . *Liang Cheng.*

Pour la France . . . . *H. Brenier.* { Sous reserve d'une ratification, ou d'une dénonciation, éventuellement separée et spéciale en ce qui concerne les Protectorats français.

Pour la Grande-Bretagne { *W. S. Meyer.* *W. G. Max Müller.* *William Job Collins.* }

Sous réserve de la déclaration suivante:

Les articles de la présente Convention, si elle est ratifiée par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, s'appliqueront à l'Empire des Indes Britanniques, à Ceylan, aux Etablissements des Détroits, à Hong Kong et à Wei-ha-wei, sous tous les rapports, de la même façon qu'ils s'appliqueront au Royaume Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande; mais le Gouvernement de Sa Majesté Britannique se réserve le droit de signer ou de dénoncer séparément ladite Convention au nom de tout Dominion, Colonie, Dépendance ou Protectorat de Sa Majesté autre que ceux qui ont été spécifiés.

Pour l'Italie . . . . . *G. de la Tour Calvello.*

Pour le Japon . . . . . { *Aimaro Sato.* *Tomoe Takagi.* *Kotaro Nishizaki.* }

Pour les Pays-Bas . . { *J. T. Cremer.* *C. Th. van Deventer.* *A. A. de Jongh.* *J. G. Scheurer.* }

Pour la Perse . . . . . *Mirza Mahmoud Khan.* { Sous réserve des articles 15, 16, 17, 18 et 19 (la Perse n'ayant pas de traité avec la Chine) et du paragraphe a de l'article 3. }

Pour le Portugal . . . *Antonio Maria Bartholomeu Ferreira.*

Pour la Russie . . . . *A. Savinsky.*

Pour le Siam . . . . . { *Akharaj Varadhara.* *Wm. J. Archer.* } { Sous réserve des articles 15, 16, 17, 18 et 19, le Siam n'ayant pas de traité avec la Chine. }

Pour la Grande-Bretagne En vertu de la réserve mentionnée en marge de la signature des plénipotentiaires de la Grande Bretagne, le soussigné envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique à La Haye, déclare qu'il signe la présente Convention pour les Dominions, Colonies, Dépendances et Protectorats suivants:

Canada, Terre-Neuve, Nouvelle Zéelande, Brunei, Chypre, Protectorat de l'Afrique Orientale, Iles Falkland, Protectorats malais, Gambie, Gibraltar, Côte d'Or, Jamaïque, Johore, Kedah, Kelantan, Perlis, Trengganu, Malte, Nigéria du Nord, Borneo septentrionale, Nyasaland, Ste Hélène, Serawak, Seychelles, Somaliland, Nigéria du Sud, Trinidad, Uganda

Alan Johnstone. 17 décembre 1912.

ainsi que pour la Colonie de Fiji

Alan Johnstone. 27 février 1913.

et pour la colonie de Sierra Leone, le Protectorat des Iles Gilbert et Ellis et le Protectorat des Iles Salomon

Alan Johnstone. 22 avril 1913.

et pour le Gouvernement du Commonwealth d'Australie

Alan Johnstone. 25 juin 1913.

et pour les îles Bahamas et pour les trois colonies des îles Windward, savoir Grenade, St. Lucie et St. Vincent

Alan Johnstone. 14 novembre 1913.*)

Protocole de Signature de Puissances non Représentées à la Conférence.

Pour le Costa-Rica .	*Manuel M. de Peralta.*	25 avril	1912.
Pour le Mexique . .	*F. Gamboa.*	15 mai	1912.
Pour le Guatémala .	*José M. Lardizabal.*	17 juin	1912.
Pour la Belgique . .	*Alb. Fallon.*	18 juin	1912.
	Sous réserve d'adhésion ou de dénonciation en ce qui concerne le Congo Belge		
Pour le Luxembourg	*Alb. Fallon.*	18 juin	1912.
Pour le Panama . .	*J. A. Jimenez.*	19 juin	1912.
Pour l'Equateur . .	*Victor M. Rendon.*	2 juillet	1912.
Pour le Honduras .	*Jalhay.*	5 juillet	1912.
Pour le Salvador . .	*Arturo R. Avila.*	30 juillet	1912.
Pour l'Haïti	*Dr. A. Riboul de Pescay.*	21 août	1912.
Pour le Vénézuéla .	*Santos A. Dominici.*	10 septembre	1912.
Pour le Bresil . . .	*Graça Aranha.*	16 octobre	1912.
Pour l'Argentine . .	*Alejandro Guesalaga.*	17 octobre	1912.
Pour l'Espagne . . .	*José de la Rica y Calvo.*	23 octobre	1912.
Pour la République Dominicaine . . .	*Eliseo Grullon.*	12 novembre	1912.
Pour le Paraguay .	*Enrique Oostendorp.*	14 décembre	1912.
Pour le Danemark .	*J. G. de Grevenkop Castenskjold.*	17 décembre	1912.
	pour le Danemark, l'Islande et les Antilles danoises.		
Pour la Colombie .	*Ignacio Gutierrez-Ponce.*	15 janvier	1913.
	Sous réserve de l'approbation du corps législatif de la Colombie		
Pour la République de Cuba	*Arturo Padro.*	8 mai	1913.
Pour la Bolivie . .	*Macario Pinilla.*	4 juin	1913.
Pour le Chili	*Jorge Huneeus.*	2 juillet	1913.

---

*) La Grande-Bretagne a signé ultérieurement la Convention pour les Iles Leeward (le 30 janvier 1914); pour la Guyane Britannique ainsi que pour le Honduras Britannique (le 11 février 1914); pour l'Union de l'Afrique du Sud (le 11 mars 1914); pour le Zanzibar, la Rhodésie du Sud et du Nord, le Basutoland, le Bechuanaland et le Swaziland (le 28 mars 1914); pour le Barbados (le 4 avril 1914); pour l'Ile de France (Mauritius) et ses dépendances (le 8 avril 1914); les Iles Bermudes (le 11 juin 1914). — V. Bulletin de l'Institut intermédiaire international I (1919), p. 551.

Pour le Nicaragua .	*Simon Planas Suarez.*	18 juillet	1913.
Pour le Pérou . . .	*Manuel Alvarez Calderon.*	24 juillet	1913.
Pour la Suède . . .	*F. de Klercker.*	27 aout	1913.

Sous réserve de la déclaration suivante: l'opium n'étant pas fabriqué en Suède, le Gouvernement Suédois se contentera pour le moment de prohiber l'importation de l'opium préparé, mais se déclare en même temps prêt à prendre les mesures visées dans l'article 8 de la Convention si l'expérience en démontre l'opportunité.

Pour la Norvège . .	*G. F. Hagerup.*	2 septembre	1913.
Pour le Monténégro	*H. Mendes da Costa.*	22 decembre	1913.

Sous la réserve de la déclaration suivante: l'opium n'étant pas fabriqué ni produit au Monténégro le Gouvernement Royal de Monténégro se contentera pour le moment de prohiber l'importation de l'opium préparé, mais se déclare en même temps tout disposé à prendre les mesures que vise l'article 8 de la Convention si l'expérience en démontre l'opportunité.

Pour la Roumanie .	*C. M. Mitilineu.*	27 décembre	1913.
Pour la Suisse . . .	*Carlin.*	29 décembre	1913.

En signant le présent Protocole sous réserve de ratification, le soussigné déclare qu'il ne sera pas possible à son Gouvernement de promulguer les dispotions legales nécessaires dans le delai fixé par la Convention.

Pour la Bulgarie . .	*Stancioff.*	2 mars	1914.
Pour l'Uruguay. . .	*Alberto Guani.*	9 mars	1914.

Protocole de clôture de la Deuxième Conférence Internationale de l'Opium, 1913.

La Deuxième Conférence Internationale de l'Opium, convoquée par le Gouvernement des Pays-Bas en vertu de l'article 23 de la Convention Internationale de l'Opium, s'est réunie à La Haye, dans le Palais des Comtes, le 1 juillet 1913.

Les Gouvernements, dont l'énumération suit, ont pris part à la Conférence, pour laquelle ils avaient désigné les Délégués nommés ci-après:

L'Allemagne: Son Exc. M. Félix de Müller, Conseiller intime actuel, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

Les Etats-Unis d'Amérique: M. le Dr. Hamilton Wright, Commissaire spécial au Département d'Etat, Délégué;

Son Exc. M. Lloyd Bryce, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Délégué;

M. Gerrit John Kollen, Président Emérite du Hope-College, Professeur de mathématiques, Délégué.

La République Argentine: M. le Dr. François de Veyga, Délégué.

La Belgique: Son Exc. M. le Baron Alberic Fallon, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

Les Etats-Unis du Brésil: Son Exc. M. J. Graça Aranha, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

Le Chili: Son Exc. M. Jorje Huneeus, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Bruxelles et à La Haye, Délégué.

La Chine: Son Exc. M. W. W. Yen, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Berlin, Premier Délégué Plénipotentiaire;

M. le Dr. Wu Lien-Teh, M. A., M. D. (Cambridge) Médecin-major, Directeur du service médical, Médecin du Ministère des Affaires Etrangères, Délégué Plénipotentiaire.

La Colombie: M. Ch. Hischemöller, Consul à Rotterdam, Délégué.

La République de Costa-Rica: Son Exc. M. Manuel M. de Peralta, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Paris et à La Haye, Délégué.

Le Danemark: M. J. G. de Grevenkop Castenskjold, Ministre Résident à Bruxelles et à La Haye, Délégué.

La République Dominicaine: Son Exc. M. le Dr. José Lamarche, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire, Délégué.

L'Equateur: Son Exc. M. Jorje Huneeus, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire du Chili à Bruxelles et à La Haye, Délégué.

L'Espagne: M. Manuel Garcia de Acilu y Benito, Chargé d'Affaires a. i. à La Haye, Délégué.

La France: Son Exc. M. Marcellin Pellet, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

La Grande-Bretagne: M. William Grenfell Max-Müller, C. B., M. V. O., Conseiller d'Ambassade, Délégué;

Sir William J. Collins, D. L., M. D., F. R. C. S., Ancien Président du Conseil Municipal de Londres, Délégué.

L'Haïti: M. Stenio Vincent, Chargé d'Affaires à La Haye, Délégué.

L'Italie: M. le Marquis Alexandre Compans de Brichanteau, Chargé d'Affaires a. i. à La Haye, Délégué.

Le Japon: M. Jumpei Shinobu, Chargé d'Affaires a. i. à La Haye, Délégué.

Le Luxembourg: Son Exc. M. le Baron Albéric Fallon, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Belgique à La Haye, Délégué.

Les Etats-Unis Mexicains: Son Exc. M. Federico Gamboa, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Bruxelles et à La Haye, Délégué.

Les Pays-Bas: M. J. T. Cremer, Ancien Ministre des Colonies, Ancien Président de la Compagnie néerlandaise de Commerce, Membre de la Première Chambre des Etats Généraux, Premier Délégué;

M. le Dr. C. Th. van Deventer Membre de la Première Chambre des Etats-Généraux, Délégué;

M. A. A. de Jongh, Ancien Inspecteur-Général, Chef du service de la Régie de l'opium aux Indes néerlandaises, Délégué;

M. le Dr. J. G. Scheurer, Membre de la Seconde Chambre des Etats-Généraux, Délégué.

Le Portugal: Son Exc. M. Antonio Maria Bartholomeu Ferreira, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

La Russie: Son Exc. M. A. Swétchine, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Délégué;

M. le Prof. Stanislas Przibytek, Membre de l'Académie de Médecine à St. Pétersbourg, Délégué.

Le Siam: Son Exc. M. Phya Sudham Maitri, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Londres, à Bruxelles et à La Haye, Délégué;

M. William J. Archer, Conseiller de Légation à Londres et à La Haye, Délégué.

Dans une série de réunions tenues du 1 au 9 juillet 1913 la Conférence, après avoir examiné la question qui lui était soumise par le paragraphe 2 de l'article 23 de la Convention Internationale de l'Opium du 23 janvier 1912,

I. a décidé que le dépôt des ratifications peut avoir lieu dès maintenant.

II. a adopté à l'unanimité la résolution suivante:

Désirant poursuivre, dans la voie ouverte par la Commission Internationale de Shanghaï de 1909 et par la Première Conférence de la Haye de 1912, la suppression progressive de l'abus de l'opium, de la morphine, de la cocaïne, ainsi que des drogues préparées ou dérivées de ces substances, et considérant plus que jamais la nécessité et le profit mutuel d'une entente internationale sur ce point, la 2ème Conférence Internationale de l'Opium.

1°. émet le voeu que le Gouvernement des Pays-Bas veuille bien faire remarquer aux Gouvernements d'Autriche-Hongrie, de Norvège et de Suède, que la signature, la ratification, la préparation des mesures législatives et l'entrée en vigueur de la Convention constituent quatre phases distinctes qui permettent dès maintenant à ces Puissances de procéder à la signature supplémentaire.

En effet, il ressort des art. 23 et 24 qu'une période de 6 mois pourra s'écouler entre l'entrée en vigueur de la Convention et la rédaction des projets de lois, règlements et autres mesures prévues par la Convention. En outre, le 3ème alinéa de l'art. 24 permet aux Puissances Contractantes de s'entendre après ratification sur la date de l'entrée en vigueur des dites mesures législatives. D'ailleurs, on ne peut s'empêcher de faire remarquer que les difficultés prévues par l'Autriche-Hongrie, la Norvège et la Suède, en ce qui concerne leur législation, n'étaient pas inconnues aux Délégués des Puissances Signataires et ont même fait l'objet d'un examen approfondi de la part des 12 Puissances Contractantes. Presque toutes les Puissances Signataires se trouvent dans la même situation que les Gouvernements susmentionnés et n'ont pas encore élaboré tous les projets de lois prévus par la Convention;

2°. émet le voeu que le Gouvernement des Pays-Bas veuille bien communiquer aux Gouvernements de la Bulgarie, de la Grèce, du Monténégro, du Pérou, de la Roumanie, de la Serbie, de la Turquie et de l'Uruguay la résolution suivante:

„La Conférence regrette que certains Gouvernements aient refusé ou omis de signer jusqu'à présent la Convention. La Conférence est d'avis que l'abstention de ces Puissances entraverait de la façon la plus sérieuse les buts humanitaires poursuivis par la Convention. La Conférence exprime le ferme espoir que ces Puissances reviendront sur leur attitude ou négative ou dilatoire;"

3°. émet le voeu que le Gouvernement des Pays-Bas veuille bien faire observer au Gouvernement hélvétique qu'il est dans l'erreur en considérant sa coopération comme d'une valeur à peu près nulle. A l'encontre de ce qui est dit dans la lettre du Conseil Fédéral du 25 octobre 1912, la Conférence estime que la coopération de la Suisse serait de l'effet le plus utile tandis que son obstention compromettrait les résultats de la Convention. Quant à la question soulevée par le Conseil Fédéral concernant les attributions respectives des législations fédérales et cantonales, il est à noter que de semblables difficultés ont été déjà envisagées par la Première Conférence qui en a tenu compte dans la rédaction de la Convention;

4°. invite les Gouvernements Signataires à charger leurs Représentants à l'étranger d'appuyer les démarches susindiquées de leurs collègues néerlandais;

III. a émis le voeu suivant: que dans le cas où la signature de toutes les Puissances invitées en vertu du paragraphe 1 de l'article 23 n'aurait pas été obtenue à la date du 31 decembre 1913, le Gouvernement des Pays-Bas invite immédiatement les Puissances Signataires à designer des Délégués pour procéder à La Haye à l'examen de la possibilite de faire entrer en vigueur la Convention internationale de l'Opium du 23 janvier 1912.

En foi de quoi, les Delégués ont revêtu le présent Protocole de leurs signatures.

Fait à La Haye, le neuf juillet mil neuf cent treize en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique à toutes les Puissances taut Signataires que non Signataires.

Pour l'Allemagne	*F. de Müller.*
Pour les Etats-Unis d'Amérique	*Hamilton Wright.* *Lloyd Bryce.* *Gerrit J. Kollen.*
Pour la République Argentine	*Franc. de Veyga.*
Pour la Belgique	*Bn. Alb. Fallon.*
Pour les Etats-Unis du Brésil	*Graça Aranha.*
Pour le Chili	*Jorje Huneeus.*
Pour la Chine	*W. W. Yen.* *Wu Lien Teh.*
Pour la Colombie	*Chr. Hischemöller.*
Pour le Costa-Rica	*Manuel M. de Peralta.*
Pour le Danemark	*W. Grevenkop Castenskjold.*
Pour la République Dominicaine	*J. Lamarche.*
Pouf l'Equateur	*Jorje Huneeus.*

Pour l'Espagne	*Manuel G. de Acilu.*
Pour la France	*Marcellin Pellet.*
Pour la Grande-Bretagne . . .	*W. G. Max-Müller.* *William Job Collins.*
Pour l'Haïti	*Stenio Vincent.*
Pour l'Italie	*Brichanteau.*
Pour le Japon	*J. Shinobu.* { Avec la réserve de l'approbation ultérieure de son Gouvernement
Pour le Luxembourg	*Bn. Alb. Fallon.*
Pour les Etats-Unis Mexicains	*F. Gamboa.*
Pour les Pays-Bas	*J. T. Cremer.* *C. Th. van Deventer.* *A. A. de Jongh.* *J. G. Scheurer.*
Pour le Portugal	*Antonio Maria Bartholomeu Ferreira.*
Pour la Russie	*A. Swétchine.*
Pour le Siam	*Phya Sudham Maitri.* *Wm. J. Archer.*

Certifié pour copie conforme:

Le Secrétaire-Général du Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas

Hannema.

Protocole de Clôture de la Troisième Conférence internationale de l'Opium. 1914.

La troisième Conférence internationale de l'Opium, convoquée par le Gouvernement des Pays-Bas en vertu du vœu Nr. 3 émis par la deuxième Conférence, s'est réunie à la Haye, dans le Palais des Comtes, le 15 juin 1914.

Les Gouvernements, dont l'énumération suit, ont pris part à la Conférence, pour laquelle ils avaient désigné les délégués nommés ci-après:

L'Allemagne: Son Excellence M. Félix de Müller, Conseiller intime actuel, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

Les Etats-Unis d'Amérique: Mr. Charles Denby, Consul général à Vienne, Délégué.

La République argentine: M. le Dr. François de Veyga, Professeur honoraire à la Faculté de Médecine de Buenos-Ayres, Inspecteur général du Service de Santé de l'Armée argentine (S. R.), Délégué.

La Belgique: Son Excellence M. le Baron Albéric Fallon, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

Les Etats-Unis du Brésil: Son Excellence M. José Pereira da Graça Aranha, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

Le Chili: Son Excellence M. Jorje Huneeus, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Bruxelles et à La Haye, Délégué.

La Chine: Son Excellence Mr. Yen Hui-Ch'ing, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué; son Excellence

Mr. Tang Tsai-Fou, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

Le Danemark: M. J. G. de Grevenkop Castenskjold, Ministre-Résident à Bruxelles et à La Haye, Délégué.

La République dominicaine: Son Excellence M. le Dr. José Lamarche, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Délégué.

L'Equateur: M. Miquel A. Seminario, Chargé d'Affaires à Bruxelles, Délégué.

L'Espagne: Son Excellence D. Fernando Osorio y Elola, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

La France: Son Excellence M. Marcellin Pellet, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

La Grande-Bretagne: Mr. William Grenfell Max Müller, C.B., M. V. O., Conseiller d'Ambassade, Consul général à Budapest, Délégué; Sir William J. Collins, K.C.V.O., M.D., F.R.C.S., ancien Président du Conseil municipal de Londres, Délégué.

Le Guatémala: M. José Maria Lardizabal, Chargé d'Affaires à Paris et à La Haye, Délégué.

L'Haïti: M. Stenio Vincent, Chargé d'Affaires à La Haye, Délégué.

L'Italie: Son Excellence M. le Comte Joseph Sallier de la Tour, Duc de Calvello, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

Le Japon: Son Excellence M. Aimaro Sato, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

Le Luxembourg: Son Excellence M. le Baron Albéric Fallon, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Belgique à La Haye, Délégué.

Les Etats-Unis mexicains: Son Excellence M. Carlos Pereyra, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Bruxelles et à La Haye, Délégué.

Le Monténégro: M. H. Mendes da Costa, Consul général à Amsterdam, Délégué.

Les Pays-Bas: M. J. T. Cremer, ancien Ministre des Colonies, ancien Président de la Compagnie néerlandaise de Commerce, Membre de la Première Chambre des Etats-Généraux, Premier Délégué; M. le Dr. C. Th. van Deventer, Membre de la Seconde Chambre des Etats-Généraux, Délégué; M. A. A. de Jongh, ancien Inspecteur général, Chef du Service de la Régie de l'Opium aux Indes néerlandaises, Bourgmestre de Hoorn, Délégué.

La Perse: Mirza Mahmoud Khan, Chargé d'Affaires à La Haye, Délégué.

Le Portugal: Son Excellence M. Antonio Maria Bartholomeu Ferreira, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué; M. le Commandant A. A. Sanches de Miranda, ancien Gouverneur aux Colonies, Délégué du Ministère des Colonies.

La Roumanie: Son Excellence M. Charles M. Mitilineu, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

La Russie: Son Excellence M. A. Swétchine, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué.

Le Siam: Son Excellence M. Phya Sudham Maitri, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Londres et à La Haye, Délégué; Mr. William J. Archer, Conseiller de Légation à Londres et à La Haye, Délégué.

La Suède: Son Excellence M. C. F. de Klercker, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Bruxelles et à La Haye, Délégué.

La Suisse: Son Excellence M. G. Carlin, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Londres et à La Haye, Délégué.

L'Uruguay: Son Excellence M. Alberto Guani, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Bruxelles et à La Haye, Délégué.

Les Etats-Unis du Vénézuéla: M. le Dr. Esteban Gil Borges, Premier Secrétaire de Légation à Paris, Délégué.

Dans une Série de réunions tenues du 15 au 25 juin, 1914, la Conférence, après avoir examiné la question qui lui était soumise par le vœu No. 3 formulé par la deuxième Conférence,

A. a émis les avis suivants:

1. Qu'il est possible de faire entrer en vigueur la Convention internationale de l'Opium du 23 janvier, 1912, nonobstant le fait que quelques Puissances invitées en vertu du Paragraphe 1 de l'article 23 n'ont pas encore signé la convention.

2. Que l'entrée en vigueur de la convention entre toutes les Puissances signataires aura lieu lorsque les Puissances qui l'ont déjà signée et celles qui ont exprimé leur intention d'y adhérer l'auront ratifiée. La date de l'entrée en vigueur de la convention sera celle fixée par le paragraphe 1 de l'article 24.

3. Que, si à une date à déterminer par la Conférence toutes les Puissances signataires n'ont pas encore déposé leurs ratifications, il sera loisible aux Puissances signataires dont à cette date les ratifications auront été déposées, de faire entrer en vigueur la convention. La même faculté sera laissée aux Puissances signataires qui déposeront successivement leurs ratifications après cette date.

4. Que la date visée sous 3 est le 31 décembre 1914.

5. Que la possibilité d'accéder à la convention reste ouverte aux Puissances qui ne l'ont pas encore signée.

B. a décidé:

Qu'un protocole par lequel les Puissances signataires disposées à se servir de la faculté visée sous 3 pourront déclarer leur intention de faire entrer en vigueur la convention sera ouvert à La Haye.

Son Excellence M. le Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas, satisfaisant au désir exprimé unanimément par la Conférence, a consenti à faire dresser ce protocole, qui restera ouvert pour les signatures.

C. a adopté à l'unamité la résolution suivante:

La Conférence invite son Excellence M. le Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas à entreprendre, au nom de la Conférence, une démarche urgente et respectueuse auprès des Puissances signataires qui n'ont pas ratifié la convention ni exprimé leur intention de le faire, démarche tendant à les amener à se déclarer prêtes dans un très bref délai à déposer leurs ratifications, afin que la convention puisse entrer en vigueur au plus tôt possible.

En fois de quoi les délégués ont revêtu le présent protocole de leurs signatures.

Fait à La Haye, le 25 juin 1914, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique à toutes les Puissances tant signataires que non signataires.

Pour l'Allemagne	*F. de Müller.* { Tout en se référant à ses votes du 18 juin. 1914.
Pour les Etats-Unis d'Amérique	*Henry van Dyke.*
	Chas. Denby.
Pour la République argentine.	*Franc. de Veyga.*
Pour la Belgique	*Bn. Alb. Fallon.*
Pour les Etats-Unis du Brésil	*Graça Aranha.*
Pour le Chili*).	
Pour la Chine	*W. W. Yen.*
	Ts. F. Tang.
Pour le Danemark	*W. Grevenkop Castenskjold.*
Pour la République dominicaine.*)	
Pour l'Equateur.*)	
Pour l'Espagne	*Fernando de Osorio.*
Pour la France	*Marcellin Pellet.*
Pour la Grande-Bretagne . . .	*W. G. Max-Müller.*
	William Job Collins.
Pour le Guatémala	*José M. Lardizabal.*
Pour l'Haïti.*)	
Pour l'Italie	*S. de la Tour Calvello.*
Pour le Japon	*Aimaro Sato.*
Pour le Luxembourg	*Bn. Alb. Fallon.*
Pour les Etats-Unis mexicains	*Carlos Pereyra.*
Pour le Monténégro	*H. M. Mendes da Costa.*
Pour les Pays-Bas	*J. T. Cremer.*
	C. Th. van Deventer.
	A. A. de Jongh.
Pour la Perse	*Mirza Mahmoud Khan.*

*) Les communications ayant été interrompues par suite de la guerre, il n'a plus été possible d'obtenir la signature qui n'avait pu être donnée à la date de la clôture de la conférence.

Pour le Portugal . . . . . { *Antonio Maria Bartholomeu Ferreira.*
{ *A. A. Sanches de Miranda.*
Pour la Roumanie . . . . . *C. M. Mitilineu.*
Pour la Russie . . . . . *A. Svétchine.*
Pour le Siam . . . . . { *Phya Sudham Maitri.*
{ *Wm. J. Archer.*
Pour la Suède . . . . . *F. de Klercker.*
Pour la Suisse . . . . . *Carlin.*
Pour l'Uruguay.*)
Pour les Etats-Unis du Vénézuéla *E. Gil Borges.*

27.

ALLEMAGNE, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, ARGENTINE, AUTRICHE, BELGIQUE, BRÉSIL, BULGARIE, CHILI, DANEMARK, EGYPTE, ESPAGNE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, GRÈCE, HONGRIE, ITALIE, JAPON, MAROC, MONACO, NORVÈGE, PAYS-BAS, PERSE, PORTUGAL, ROUMANIE, RUSSIE, SAINT-MARIN, SIAM, SUÈDE, TURQUIE, URUGUAY.

Convention radiotélégraphique internationale; signée à Londres, le 5 juillet 1912.**)

Treaty Series 1913, No. 10.

Convention Radiotélégraphique Internationale conclue entre la Grande-Bretagne et diverses Colonies et Protectorats Britanniques, l'Union de l'Afrique du Sud, la Fédération Australienne, le Canada, les Indes Britanniques, la Nouvelle-Zélande, l'Allemagne et les Protectorats Allemands, les Etats-Unis d'Amérique et les Possessions des Etats-Unis d'Amérique, la République Argentine, l'Autriche, la Hongrie, la Bosnie-Herzégovine, la Belgique, le Congo Belge, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, le Danemark, l'Egypte, l'Espagne et les Colonies Espagnoles, la France et l'Algérie, l'Afrique Occidentale Française, l'Afrique Equatoriale Eançaise, l'Indo-Chine, le Madagascar, la Tunisie, la Grèce, l'Italie et les Colonies Italiennes, le Japon et Chosen, Formose, Sakhalin Japonais et le territoire loué de Kwantoung, le Maroc, le Monaco, la Norvège, les Pays-Bas, les Indes Néerlandaises et la Colonie de Curaçao, la Perse, le Portugal et les

---

*) Les communications ayant été interrompues par suite de la guerre, il n'a plus été possible d'obtenir la signature qui n'avait pu être donnée à la date de la clôture de la conférence.

**) Par rapport aux Ratifications et Accessions v. la Notice annexée.

Colonies Portugaises, la Roumanie, la Russie et les Possessions et Protectorats Russes, la République de Saint-Marin, le Siam, la Suède, la Turquie, et l'Uruguay.

Les soussignés, plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus énumérés, s'étant réunis en Conférence à Londres, ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, arrêté la Convention suivante:

Article 1er.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à appliquer les dispositions de la présente Convention dans toutes les stations radiotélégraphiques (stations côtières et stations de bord) qui sont établies ou exploitées par les Parties Contractantes et ouvertes au service de la correspondance publique entre la terre et les navires en mer.

Elles s'engagent, en outre, à imposer l'observation de ces dispositions aux exploitations privées autorisées, soit à établir ou à exploiter des stations côtières radiotélégraphiques ouvertes au service de la correspondance publique entre la terre et les navires en mer, soit à établir ou à exploiter des stations radiotélégraphiques ouvertes ou non au service de la correspondance publique à bord des navires qui portent leur pavillon.

Article 2.

Est appelée station côtière toute station radiotélégraphique établie sur terre ferme ou à bord d'un navire ancré à demeure et utilisée pour l'échange de la correspondance avec les navires en mer.

Toute station radiotélégraphique établie sur un navire autre qu'un bateau fixe est appelée station de bord.

Article 3.

Les stations côtières et les stations de bord sont tenues d'échanger réciproquement les radiotélégrammes sans distinction du système radiotélégraphique adopté par ces stations.

Chaque station de bord est tenue d'echanger les radiotelegrammes avec toute autre station de bord sans distinction du système radiotélégraphique adopté par ces stations.

Toutefois, afin de ne pas entraver les progrès scientifiques, les dispositions du présent article n'empêchent pas l'emploi éventuel d'un système radiotélégraphique incapable de communiquer avec d'autres systemes, pourvu que cette incapacité soit due à la nature spécifique de ce système et qu'elle ne soit pas l'effet de dispositifs adoptés uniquement en vue d'empêcher l'intercommunication.

Article 4.

Nonobstant les dispositions de l'article 3, une station peut être affectée à un service de correspondance publique restreinte déterminé par le but de la correspondance ou par d'autres circonstances indépendantes du système employé.

Article 5.

Chacune des Hautes Parties Contractantes s'engage à faire relier les stations côtières au réseau télégraphique par des fils spéciaux ou, tout au moins, à prendre d'autres mesures assurant un échange rapide entre les stations côtières et le réseau télégraphique.

Article 6.

Les Hautes Parties Contractantes se donnent mutuellement connaissance des noms des stations côtières et des stations de bord visées à l'article 1er, ainsi que de toutes les indications propres à faciliter et à accélérer les échanges radiotélégraphiques qui seront spécifiés dans le règlement.

Article 7.

Chacune des Hautes Parties Contractantes se réserve la faculté de prescrire ou d'admettre que dans les stations visées à l'article 1er, indépendamment de l'installation dont les indications sont publiées conformément à l'article 6, d'autres dispositifs soient établis et exploités en vue d'une transmission radiotélégraphique spéciale sans que les détails de ces dispositifs soient publiés.

Article 8.

L'exploitation des stations radiotélégraphiques est organisée, autant que possible, de manière à ne pas troubler le service d'autres stations de l'espèce.

Article 9.

Les stations radiotélégraphiques sont obligées d'accepter par priorité absolue les appels de détresse quelle qu'en soit la provenance, de répondre de même à ces appels et d'y donner la suite qu'ils comportent.

Article 10.

La taxe d'un radiotélégramme comprend, selon le cas:

1. a) La „taxe côtière" qui appartient à la station côtière;
   b) La „taxe de bord" qui appartient à la station de bord;
2. La taxe pour la transmission sur les lignes télégraphiques, calculée d'après les règles ordinaires;
3. Les taxes de transit des stations côtières ou de bord intermédiaires et les taxes afférentes aux services spéciaux demandés par l'expéditeur.

Le taux de la taxe côtière est soumis à l'approbation du Gouvernement dont dépend la station côtière; celui de la taxe de bord, à l'approbation du Gouvernement dont dépend le navire.

Article 11.

Les dispositions de la présente Convention sont complétées par un Règlement qui a la même valeur et entre en vigueur en même temps que la Convention.

Les prescriptions de la présente Convention et du Règlement y relatif peuvent être à toute époque modifiées d'un commun accord par les Hautes

Parties Contractantes. Des conférences de plénipotentiaires ayant le pouvoir de modifier la Convention et le Règlement auront lieu périodiquement; chaque conférence fixera elle-même le lieu et l'époque de la réunion suivante.

Article 12.

Ces conférences sont composées de délégués des Gouvernements des pays contractants.

Dans les délibérations, chaque pays dispose d'une seule voix.

Si un Gouvernement adhère à la Convention pour ses colonies, possessions ou protectorats, les conférences ultérieures peuvent décider que l'ensemble ou une partie de ces colonies, possessions ou protectorats est considéré comme formant un pays pour l'application de l'alinéa précédent. Toutefois le nombre des voix dont dispose un Gouvernement, y compris ses colonies, possessions ou protectorats, ne peut dépasser six.

Sont considérés comme formant un seul pays pour l'application du présent article:

L'Afrique Orientale Allemande;
L'Afrique Allemande du Sud-Ouest;
Le Cameroun;
Le Togo;
Les Protectorats Allemands du Pacifique;
L'Alaska;
Hawaï et les autres possessions Américaines de la Polynésie;
Les Iles Philippines;
Porto-Rico et les possessions Américaines dans les Antilles;
La zone du Canal de Panama;
Le Congo Belge;
La Colonie Espagnole du Golfe de Guinée;
L'Afrique Occidentale Française;
L'Afrique Equatoriale Française;
L'Indo-Chine;
Madagascar;
La Tunisie;
L'Union de l'Afrique du Sud;
La Fédération Australienne;
Le Canada;
Les Indes Britanniques;
La Nouvelle-Zelande;
L'Erythrée;
La Somalie Italienne;
Chosen, Formose, le Sakhalin Japonais et le territoire loué de Kwantoung;
Les Indes Néerlandaises;
La Colonie de Curaçao;
L'Afrique Occidentale Portugaise;
L'Afrique Orientale Portugaise et les possessions Portugaises Asiatiques;
L'Asie Centrale Russe (littoral de la Mer Caspienne);
Boukhara;
Khiva;
La Sibérie occidentale (littoral de l'Océan glacial);
La Sibérie orientale (littoral de l'Océan Pacifique).

Article 13.

Le Bureau international de l'Union télégraphique est chargé de réunir, de coordonner et de publier les renseignements de toute nature relatifs à la radiotélégraphie, d'instruire les demandes de modification à la Convention et au Règlement, de faire promulguer les changements adoptés et, en général, de procéder à tous travaux administratifs dont il serait saisi dans l'intérêt de la radiotélégraphie internationale.

Les frais de cette institution sont supportés par tous les pays contractants.

Article 14.

Chacune des Hautes Parties Contractantes se réserve la faculté de fixer les conditions dans lesquelles elle admet les radiotélégrammes en provenance ou à destination d'une station, soit de bord, soit côtière, qui n'est pas soumise aux dispositions de la présente Convention.

Si un radiotélégramme est admis, les taxes ordinaires doivent lui être appliquées.

Il est donné cours à tout radiotélégramme provenant d'une station de bord et reçu par une station côtière d'un pays contractant ou accepté en transit par l'administration d'un pays contractant.

Il est également donné cours à tout radiotélégramme à destination d'un navire, si l'administration d'un pays contractant en a accepté le dépôt ou si l'administration d'un pays contractant l'a accepté en transit d'un pays non contractant, sous réserve du droit de la station côtière de refuser la transmission à une station de bord relevant d'un pays non contractant.

Article 15.

Les dispositions des articles 8 et 9 de cette Convention sont également applicables aux installations radiotélégraphiques autres que celles visées à l'article 1er.

Article 16.

Les Gouvernements qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande.

Cette adhésion est notifiée par la voie diplomatique à celui des Gouvernements contractants au sein duquel la dernière conférence a été tenue et par celui-ci à tous les autres.

Elle emporte de plein droit accession à toutes les clauses de la présente Convention et admission à tous les avantages y stipulés.

L'adhésion à la Convention du Gouvernement d'un pays ayant des colonies, possessions ou protectorats ne comporte pas l'adhésion de ses colonies, possessions ou protectorats, à moins d'une déclaration à cet effet de la part de ce Gouvernement. L'ensemble de ces colonies, possessions et protectorats ou chacun d'eux séparément peut faire l'objet d'une adhésion distincte ou d'une dénonciation distincte dans les conditions prévues au présent article et à l'article 22.

Article 17.

Les dispositions des articles 1er, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 11, 12 et 17 de la Convention Télégraphique Internationale de Saint-Pétersbourg du 10 (22) juillet, 1875, sont applicables à la radiotélégraphie internationale.

Article 18.

En cas de dissentiment entre deux ou plusieurs Gouvernements contractants relativement à l'interprétation ou à l'exécution, soit de la présente Convention, soit du Règlement prévu par l'article 11, la question en litige peut, d'un commun accord, être soumise à un jugement arbitral. Dans ce

cas, chacun des Gouvernements en cause en choisit un autre non intéressé dans la question.

La décision des arbitres est prise à la majorité absolue des voix.

En cas de partage des voix, les arbitres choisissent, pour trancher le différend, un autre Gouvernement contractant également désintéressé dans le litige. A défaut d'une entente concernant ce choix, chaque arbitre propose un Gouvernement contractant désintéressé; il est tiré au sort entre les Gouvernements proposés. Le tirage au sort appartient au Gouvernement sur le territoire duquel fonctionne le Bureau International prévu à l'article 13.

Article 19.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre ou à proposer à leurs Législatures respectives les mesures nécessaires pour assurer l'exécution de la présente Convention.

Article 20.

Les Hautes Parties Contractantes se communiqueront les lois qui auraient déjà été rendues ou qui viendraient à l'être dans leurs pays relativement à l'objet de la présente Convention.

Article 21.

Les Hautes Parties Contractantes conservent leur entière liberté relativement aux installations radiotélégraphiques non prévues à l'article 1er et, notamment, aux installations navales et militaires ainsi qu'aux stations assurant des communications entre points fixes. Toutes ces installations et stations restent soumises uniquement aux obligations prévues aux articles 8 et 9 de la présente Convention.

Toutefois, lorsque ces installations et stations font un échange de correspondance publique maritime, elles se conforment, pour l'exécution de ce service, aux prescriptions du Règlement en ce qui concerne le mode de transmission et la comptablilité.

Si, d'autre part, des stations côtières assurent, en même temps que la correspondance publique avec les navires en mer des communications entre points fixes, elles ne sont pas soumises, pour l'exécution de ce dernier service, aux dispositions de la Convention, sous réserve de l'observation des articles 8 et 9 de cette Convention.

Cependant les stations fixes qui font de la correspondance entre terre et terre ne doivent pas refuser l'échange de radiotélégrammes avec une autre station fixe à cause du système adopté par cette station; toutefois la liberté de chaque pays reste entière en ce qui concerne l'organisation du service de la correspondance entre points fixes et la détermination des correspondances à faire par les stations affectées à ce service.

Article 22.

La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1er juillet, 1913, et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé et jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où la dénonciation en sera faite.

La dénonciation ne produit son effet qu'à l'égard du Gouvernement au nom duquel elle a été faite. Pour les autres Parties Contractantes, la Convention reste en vigueur.

Article 23.

La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront déposées à Londres dans le plus bref délai possible.

Dans le cas où une ou plusieurs des Hautes Parties Contractantes ne ratifieraient pas la Convention, celle-ci n'en sera pas moins valable pour les parties qui l'auront ratifiée.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la Convention en un exemplaire, qui restera déposé aux archives du Gouvernement britannique et dont une copie sera remise à chaque partie.

Fait à Londres, le 5 juillet, 1912.

Pour la Grande-Bretagne et diverses Colonies et Protectorats Britanniques:
H. Babington Smith.
E. W. Farnall.
E. Charlton.
G. M. W. MacDonogh.

Pour l'Union de l'Afrique du Sud:
Richard Solomon.

Pour la Fédération Australienne:
Charles Bright.

Pour le Canada:
G. J. Desbarats.

Pour les Indes Britanniques:
H. A. Kirk.
F. E. Dempster.

Pour la Nouvelle-Zélande:
C. Wray Palliser.

Pour l'Allemagne et les Protectorats Allemands:
B. Koehler.
O. Wachenfeld.
Dr. Karl Strecker.
Schrader.
Goetsch.
Dr. Emil Krauss.
Fielitz.

Pour les Etats-Unis d'Amérique et les Possessions des Etats-Unis d'Amérique:
John R. Edwards.
Jno. Q. Walton.
Willis L. Moore.
Louis W. Austin.
George Owen Squier.
Edgar Russel.
C. McK. Saltzman.
David Wooster Todd.
John Hays Hammond, Jr.
Webster.
W. D. Terrell.
John I. Waterbury.

Pour la République Argentine:
Vicente J. Dominguez.

Pour l'Autriche:
Dr. Fritz Ritter Wagner von Jauregg.
Dr. Rudolf Ritter Speil von Ostheim.

Pour la Hongrie:
Charles Follért.
Dr. de Hennyey.

Pour la Bosnie-Herzégovine:
H. Goiginger, G.M.
Adolf Daninger.
A. Cicoli.
Romeo Vio.

Pour la Belgique:
J. Banneux.
Deldime.

Pour le Congo Belge:
Robert B. Goldschmidt.

Pour le Brésil:
Dr. Francisco Bhering.

Pour la Bulgarie:
Iv. Stoyanovitch.

Pour le Chili:
C. E. Rickard.

Pour le Danemark:
N. Meyer.
J. A. Vöhtz.
R. N. A. Faber.
T. F. Krarup.

Pour l'Egypte:
J. S. Liddell.

Pour l'Espagne et les Colonies Espagnoles:
Jacobo Garcia Roure.
Juan de Carranza y Garrido.
Jacinto Labrador.
Antonio Nieto.
Tomás Fernández Quintana.
Jaime Janer Robinson.

Pour la France et l'Algérie:
A. Frouin.

Pour l'Afrique Occidentale Française:
A. Duchêne.

Pour l'Afrique Equatoriale Française:
A. Duchêne.

Pour l'Indo-Chine:
A. Duchêne.

Pour Madagascar:
A. Duchêne.

Pour la Tunisie:
Et. de Felcourt.

Pour la Grèce:
C. Dosios.

Pour l'Italie et les Colonies Italiennes:
Prof. A. Battelli.

Pour le Japon et pour Chosen, Formose, Sakhalin Japonais et le territoire loué de Kwantoung:
Tetsujiro Sakano.
Kenji Ide.
Riuji Nakayama.
Seiichi Kurose.

Pour le Maroc:
Mohammed-El-Kabadj.
C. Asensio.

Pour Monaco:
Fr. Roussel.

Pour la Norvège:
Heftye.
K. A. Knudssün.

Pour les Pays-Bas:
G. J. C. A. Pop.
J. P. Guépin.

Pour les Indes Neerlandaises et la Colonie de Curaçao:
Perk.
F. van der Goot.

Pour la Perse:
Mirza Abdul Ghaffar Khan.

Pour le Portugal et les Colonies Portugaises:
Antonio Maria da Silva.

Pour la Roumanie:
C. Boerescu.

Pour la Russie et les Possessions et Protectorats Russes:
N. de Etter.
P. Ossadtchy.
A. Euler.
Sergueievitch.
V. Dmitrieff.
D. Sokoltsow.
A. Stchastnyi.
Baron A. Wyneken.

Pour la Republique de Saint-Marin:
Arturo Serena.

Pour le Siam:
Luang Sanpakitch Preecha.
Wm. J. Archer.

Pour la Suède:
Rydin.
Hamilton.

Pour la Turquie:

M. Emin.
M. Fahry.
Osman Sadi.

Pour l'Uruguay:

Fed. R. Vidiella.

Protocole final.

Au moment de procéder à la signature de la Convention arrêtée par la Conférence radiotélégraphique internationale de Londres, les plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

I.

La nature exacte de l'adhésion notifiée de la part de la Bosnie-Herzégovine n'étant pas encore déterminée, il est reconnu qu'une voix est attribuée à la Bosnie-Herzégovine, une décision devant intervenir ultérieurement sur le point de savoir si cette voix lui appartient en vertu du second paragraphe de l'article 12 de la Convention, ou si cette voix lui est accordée conformément aux dispositions du troisième paragraphe de cet article.

II.

Il est pris acte de la déclaration suivante:

La délégation des Etats-Unis déclare que son Gouvernement se trouve dans la nécessité de s'abstenir de toute action concernant les tarifs, parce que la transmission des radiotélégrammes ainsi que celle des télégrammes dans les Etats-Unis est exploitée, soit entièrement, soit en partie, par des compagnies commerciales ou particulières.

III.

Il est également pris acte de la déclaration suivante:

Le Gouvernement du Canada se réserve la faculté de fixer séparément, pour chacune de ses stations côtières, une taxe maritime totale pour les radiotélégrammes originaires de l'Amérique du Nord et destinés à un navire quelconque, la taxe côtière s'élevant aux trois cinquièmes et la taxe de bord aux deux cinquièmes de cette taxe totale.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont dressé le présent Protocole final, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de la Convention à laquelle il se rapporte, et ils l'ont signé en un exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement Britannique et dont une copie sera remise à chaque Partie.

Fait à Londres, le 5 juillet, 1912.

[Signatures comme ci-dessus p. 276.]

Règlement de service Annexe à la Convention Radiotélégraphique Internationale.

Table des matières.

1. Organisation des stations radiotélégraphiques.
2. Durée du service des stations.
3. Rédaction et dépôt des radiotélégrammes.
4. Taxation.
5. Perception des taxes.
6. Transmission des radiotélégrammes
   a) Signaux de transmission,
   b) Ordre de transmission,
   c) Appel des stations radiotelégraphiques et transmission des radiotélégrammes,
   d) Accusé de réception et fin du travail.
   e) Direction à donner aux radiotélégrammes.
7. Remise des radiotélégrammes à destination.
8. Radiotélégrammes spéciaux.
9. Archives.
10. Détaxes et remboursements.
11. Comptabilité.
12. Bureau international.
13. Transmission météorologiques, horaires et autres.
14. Dispositions diverses.

1. Organisation des Stations radiotélégraphiques.

Article 1er.

Le choix des appareils et des dispositifs radiotelégraphiques à employer par les stations côtières et les stations de bord est libre. L'installation de ces stations doit répondre, autant que possible, aux progrès scientifiques et techniques.

Article 2.

Deux longueurs d'onde, l'une de 600 mètres et l'autre de 300 mètres, sont admises pour le service de la correspondance publique générale. Toute station côtière ouverte à ce service doit être équipée de façon à pouvoir utiliser ces deux longueurs d'onde, dont l'une est désignée comme la longueur d'onde normale de la station. Pendant toute la durée de son ouverture chaque station côtière doit être en état de recevoir les appels faits au moyen de sa longueur d'onde normale. Toutefois, pour les correspondances visées au paragraphe 2 de l'article 35, il est fait usage d'une longueur d'onde de 1,800 mètres. En outre, chaque Gouvernement peut autoriser l'emploi, dans une station côtière, d'autres longueurs d'onde destinées à assurer un service de longue portée, ou un service autre que celui de la correspondance publique générale et établi conformément aux dispositions de la Convention, sous la réserve que ces longueurs d'onde ne dépassent pas 600 mètres ou qu'elles soient supérieures à 1,600 mètres.

En particulier, les stations utilisées exclusivement pour l'envoi de signaux destinés à déterminer la position des navires ne doivent pas employer des longueurs d'onde supérieures à 150 mètres.

Article 3.

1. Toute station de bord doit être équipée de façon à pouvoir se servir des longueurs d'onde de 600 mètres et de 300 mètres. La première est la longueur d'onde normale, et ne peut être dépassée dans la transmission, hormis le cas de l'article 35 (paragraphe 2).

Il peut être fait usage d'autres longueurs d'ondes, inférieures à 600 mètres, dans des cas spéciaux, et moyennant l'approbation des administrations dont dépendent les stations côtières et les stations de bord intéressées.

2. Pendant toute la durée de son ouverture chaque station de bord doit pouvoir recevoir les appels effectués au moyen de sa longueur d'onde normale.

3. Les navires de faible tonnage qui seraient dans l'impossibilité matérielle d'utiliser la longueur d'onde de 600 mètres pour la transmission peuvent être autorisés à employer exclusivement la longueur d'onde de 300 mètres; ils doivent être en mesure de recevoir au moyen de la longueur d'onde de 600 mètres.

Article 4.

Les communications entre une station côtière et une station de bord, ou entre deux stations de bord, doivent être échangées de part et d'autre au moyen de la même longueur d'onde. Si, dans un cas particulier, la communication est difficile, les deux stations peuvent, d'un commun accord, passer de la longueur d'onde au moyen de laquelle elles correspondent à l'autre longueur d'onde réglementaire. Les deux stations reprennent leurs longueurs d'onde normales lorsque l'échange radiotélégraphique est terminé.

Article 5.

1. Le Bureau international dresse, publie et revise périodiquement une carte officielle mentionnant les stations côtières, leurs portées normales, les principales lignes de navigation et le temps employé normalement par les navires pour la traversée entre les divers ports d'atterrissage.

2. Il établit et publie une nomenclature des stations radiotélégraphiques visées à l'article 1er de la Convention, ainsi que des suppléments périodiques pour les additions et modifications. Cette nomenclature donne pour chaque station les renseignements suivants:

(1.) Pour les stations côtières: le nom, la nationalité et la position géographique indiquée par la subdivision territoriale et par la longitude et la latitude du lieu; pour les stations de bord: le nom et la nationalité du navire; le cas échéant, le nom et l'adresse de l'exploitant.

(2.) L'indicatif d'appel (les indicatifs doivent être différenciés les uns des autres, et chacun doit être formé d'un groupe de trois lettres);

(3.) La portée normale;

(4.) Le sytème radiotélégraphique avec les caractéristiques du système d'émission (étincelles musicales, tonalité exprimée par le nombre de vibrations doubles, &c.);

(5.) Les longueurs d'onde utilisées (la longueur d'onde normale est soulignée);

(6.) La nature des services effectués;

(7.) Les heures d'ouverture;

(8.) Le cas échéant, l'heure et le mode d'envoi des signaux horaires et des télégrammes météorologiques;

(9.) La taxe côtière ou de bord.

3. Sont compris également dans la nomenclature les renseignements relatifs aux stations radiotélégraphiques autres que celles visées à l'article 1er de la Convention qui sont communiqués au Bureau international par l'administration dont dépendent ces stations, pourvu qu'il s'agisse, soit d'administrations adhérentes à la Convention, soit d'administrations non adhérentes, mais ayant fait la déclaration prévue à l'article 48.

4. Les notations suivantes sont adoptées dans les documents à l'usage du service international pour désigner les stations radiotelegraphiques:

PG. station ouverte à la correspondance publique générale;

PR. station ouverte à la correspondance publique restreinte;

P. station d'intérêt privé;

O. station ouverte seulement à la correspondance officielle;

N. station ayant un service permanent;

X. station n'ayant pas de vacations déterminées.

5. Le nom d'une station de bord indiqué à la première colonne de la Nomenclature doit être suivi, en cas d'homonymie, de l'indicatif d'appel de cette station.

Article 6.

L'échange de signaux et de mots superflus est interdit aux stations visées à l'article 1er de la Convention. Des essais et des exercices ne sont tolérés dans ces stations qu'autant qu'ils ne troublent point le service d'autres stations.

Les exercices doivent être effectués avec des longueurs d'onde différentes de celles admises pour la correspondance publique, et avec le minimum de puissance nécessaire.

Article 7.

1. Toutes les stations sont tenues d'échanger le trafic avec le minimum d'énergie nécessaire pour assurer une bonne communication.

2. Toute station côtière ou de bord doit satisfaire aux conditions suivantes:

a) Les ondes émises doivent être aussi pures et aussi peu amorties que possible.

En particulier, l'usage de dispositifs transmetteurs dans lesques la production des ondes émises est obtenue en déchargeant directement l'antenne par étincelles („plain aerial") n'est pas autorisé, sauf dans les cas de détresse.

Il peut cependant être admis pour certaines stations spéciales (par exemple, celles des petits bateaux) dans lesquelles la puissance primaire ne dépasse pas 50 watts.

b) Les appareils doivent être à même de transmettre et de recevoir à une vitesse au moins égale à vingt mots par minute, le mot étant compté à raison de cinq lettres.

Les installations nouvelles mettant en jeu une énergie de plus de 50 watts seront équipées de telle sorte qu'il soit possible d'obtenir facilement plusieurs portées inférieures à la portée normale, la plus faible étant de 15 milles nautiques environ. Les installations anciennes mettant en jeu une énergie de plus de 50 watts seront transformées, autant que possible, de manière à satisfaire aux prescriptions précédentes.

c) Les appareils récepteurs doivent permettre de recevoir, avec le maximum possible de protection contre les perturbations, les transmissions sur les longueurs d'onde prévues au présent Règlement, jusqu'à 600 mètres.

3. Les stations servant exclusivement à déterminer la position des navires (radiophares) ne doivent pas opérer dans un rayon supérieur à 30 milles nautiques.

Article 8.

Indépendamment des conditions générales spécifiées à l'article 7, les stations de bord doivent également satisfaire aux conditions suivantes:

a) La puissance transmise à l'appareil radiotélégraphique mesurée aux bornes de la génératrice de la station, ne doit pas dans les circonstances normales, dépasser 1 kilowatt.

b) Sous réserve des prescriptions de l'article 35, paragraphe 2, une puissance supérieure à 1 kilowatt peut être employée, si le navire se trouve dans la nécessité de correspondre à une distance de plus de 200 milles nautiques de la station côtière la plus rapprochée, ou si, par suite de circonstances exceptionnelles, la communication ne peut être réalisée qu'au moyen d'une augmentation de puissance.

Article 9.

1. Aucune station de bord ne peut être établie ou exploitée par une entreprise privée sans une licence délivrée par le Gouvernement dont dépend le navire.

Les stations à bord des navires ayant leur port d'attache dans une colonie, possession ou protectorat peuvent être désignées comme dépendant de l'autorité de cette colonie, possession ou protectorat.

2. Toute station de bord titulaire d'une licence délivrée par l'un des Gouvernements contractants doit être considérée par les autres Gouvernements comme ayant une installation remplissant les conditions prévues par le présent Règlement.

Les autorités compétentes des pays où le navire fait escale peuvent exiger la production de la licence. A défaut de cette production, ces autorités peuvent s'assurer que les installations radiotélégraphiques du navire satisfont aux conditions imposées par le présent Règlement.

Lorsqu'une administration reconnaît par la pratique qu'une station de bord ne remplit pas ces conditions, elle doit, dans tous les cas, adresser une réclamation à l'administration du pays dont dépend le navire. Il est ensuite procédé, le cas échéant, comme le prescrit l'article 12, paragraphe 2.

Article 10.

1. Le service de la station de bord doit être assuré par un télégraphiste possesseur d'un certificat délivré par le Gouvernement dont dépend le navire, ou, en cas d'urgence et seulement pour une traversée, par un autre Gouvernement adhérent.

2. Il y a deux classes de certificats:

Celui de première classe constate la valeur professionnelle du télégraphiste en ce qui concerne:

a) Le réglage des appareils et la reconnaissance de leur fonctionnement.

b) La transmission et la réception auditive à une vitesse qui ne doit pas être inférieure à vingt mots par minute.

c) La connaissance des règlements applicables à l'échange des communications radiotélégraphiques.

Le certificat de seconde classe peut être délivré à un télégraphiste n'atteignant qu'une vitesse de transmission et de réception de douze et dix-neuf mots par minute, tout en satisfaisant aux autres conditions susmentionnées. Les télégraphistes possesseurs d'un certificat de seconde classe peuvent être admis:

a) Sur les navires qui n'emploient la radiotélégraphie que pour leur service propre et pour la correspondance de l'équipage, en particulier sur les bateaux de pêche.

b) Sur tous les navires, à titre de suppléants, pourvu que ces navires aient à bord au moins un télégraphiste possesseur d'un certificat de première classe. Toutefois, sur les navires classés dans la première catégorie indiqué à l'article 13, le service doit être assuré par au moins deux télégraphistes possesseurs de certificats de première classe.

Dans les stations de bord, les transmissions ne pourront être faites que par un télégraphiste muni d'un certificat de première ou de seconde classe, exception faite des cas d'urgence où il serait impossible de se conformer à cette disposition.

3. En outre, le certificat constate que le Gouvernement a soumis le télégraphiste à l'obligation du secret des correspondances.

4. Le service radiotélégraphique de la station de bord est placé sous l'autorité supérieure du commandant du navire.

Article 11.

Les navires dotés d'installations radiotélégraphiques et classés dans les deux premières catégories indiquées à l'article 13 sont tenus d'avoir des installations radiotélégraphiques de secours dont tous les éléments sont placés dans des conditions de sécurité aussi grandes que possible et à déterminer par le Gouvernement qui délivre la licence. Ces installations de secours

doivent disposer d'une source d'énergie qui leur soit propre, pouvoir être mises rapidement en marche, fonctionner pendant six heures au moins et avoir une portée minima de 80 milles nautiques pour les navires de la première catégorie et de 50 milles pour ceux de la deuxième catégorie. Cette installation de secours n'est pas exigée pour les navires dont l'installation normale remplit les conditions du présent article.

Article 12.

1. Si une administration a connaissance d'une infraction à la Convention ou au Règlement commise dans une des stations qu'elle a autorisées, elle constate les faits et fixe les responsabilités.

En ce qui concerne les stations de bord, si la responsabilité incombe au télégraphiste, l'administration prend les mesures nécessaires, et, le cas échéant, retire le certificat. S'il est constaté que l'infraction résulte de l'état des appareils ou d'instructions données au télégraphiste, il est procédé de même à l'égard de la licence accordée au navire.

2. Dans le cas d'infractions réitérées à la charge du même navire, si les représentations faites à l'administration dont dépend le navire par une autre administration restent sans effet, celle-ci a la faculté, après en avoir donné avis, d'autoriser ses stations côtières à ne pas accepter les communications provenant du navire en cause. En cas de différend entre les deux administrations, la question est soumise à un jugement arbitral à la demande de l'un des Gouvernements intéressés. La procédure est indiquée à l'article 18 de la Convention.

2. Durée du Service des Stations.

Article 13.

a) *Stations côtières.*

1. Le service des stations côtières est, autant que possible, permanent, le jour et la nuit, sans interruptions.

Toutefois certaines stations côtières peuvent avoir un service de durée limitée. Chaque administration fixe les heures de service.

2. Les stations côtières dont le service n'est point permanent ne peuvent prendre clôture avant d'avoir transmis tous leurs radiotélégrammes aux navires qui se trouvent dans leur rayon d'action et avant d'avoir reçu de ces navires tous les radiotélégrammes annoncés. Cette disposition est également applicable lorsque des navires signalent leur présence avant la cessation effective du travail.

a) *Stations de Bord.*

3. Les stations de bord sont classées en trois catégories:

(1.) Stations ayant un service permanent.
(2.) Stations ayant un service de durée limitée.
(3.) Stations n'ayant pas de vacations déterminées.

Pendant la navigation, doivent rester en permanence sur écoute: (1) les stations de la première catégorie; (2) celles de la deuxième catégorie, durant

les heures d'ouverture du service; en dehors de ces heures, ces dernières stations doivent rester sur écoute les dix premières minutes de chaque heure. Les stations de la troisième catégorie ne sont astreintes à aucun service régulier d'écoute.

Il appartient aux Gouvernements qui délivrent les licences specifiees par l'article 9 de fixer la catégorie dans laquelle est classé le navire au point de vue de ses obligations en matière d'écoute. Mention de cette classification est faite dans la licence.

3. Rédaction et Dépôt des Radiotélégrammes.

Article 14.

1. Les radiotélégrammes portent, comme premier-mot du préambule, la mention de service „radio".

2. Dans la transmission de radiotélégrammes originaires d'un navire en mer, la date et l'heure du dépôt à la station de bord sont indiquees dans le préambule.

3. A la réexpédition sur le réseau télégraphique, la station côtière inscrit comme indication du bureau d'origine, le nom du navire d'origine tel qu'il figure à la nomenclature, et aussi, le cas échéant, celui du dernier navire qui a servi d'intermédiaire. Ces indications sont suivies du nom de la station côtière.

Article 15.

1. L'adresse des radiotélégrammes destinés aux navires doit être aussi complète que possible. Elle est obligatoirement libellée comme suit:

a) Nom ou qualité du destinataire, avec indication complémentaire, s'il y a lieu.

b) Nom du navire, tel qu'il figure dans la première colonne de la Nomenclature.

c) Nom de la station côtière, tel qu'il figure à la Nomenclature.

Toutefois, le nom du navire peut être remplace, aux risques et périls de l'expéditeur, par l'indication du parcours effectué par ce navire et determiné par les noms des ports d'origine et de destination ou par toute autre mention équivalente.

2. Dans l'adresse, le nom du navire, tel qu'il figure dans la première colonne de la Nomenclature, est, dans tous les cas et indépendamment de sa longueur, compté pour un mot.

3. Les radiotélegrammes rédigés à l'aide du Code international de Signaux sont transmis à destination sans être traduits.

4. Taxation.

Article 16.

1. La taxe côtière et la taxe de bord sont fixees suivant le tarif par mot pur et simple, sur le base d'une rémunération équitable du travail radiotélégraphique, avec application facultative d'un minimum de taxe par radiotélégramme.

La taxe côtière ne peut dépasser 60 centimes par mot, et celle de bord 40 centimes par mot. Toutefois, chacune des administrations a la faculté d'autoriser des taxes côtières et de bord supérieures à ces maxima dans le cas de stations d'une portée dépassant 400 milles nautiques, ou de stations exceptionnellement onéreuses en raison des conditions matérielles de leur installation et de leur exploitation.

Le minimum facultatif de taxe par radiotélégramme ne peut être susupérieur à la taxe côtière ou de bord d'un radiotélégramme de dix mots.

2. En ce qui concerne les radiotélégrammes originaires ou à destination d'un pays et échangés directement avec les stations côtières de ce pays, la taxe applicable à la transmission sur les lignes télégraphiques ne doit pas dépasser, en moyenne, celle du régime intérieur de ce pays.

Cette taxe est calculée par mot pur et simple, avec un minimum facultatif de perception ne dépassant pas la taxe afférente à dix mots. Elle est notifiée en francs par l'administration du pays dont relève la station côtière.

Pour les pays du régime européen, à l'exception de la Russie et de la Turquie, il n'y a qu'une taxe unique pour le territoire de chaque pays.

Article 17.

1. Lorsqu'un radiotélégramme originaire d'un navire et à destination, de la terre ferme transite par une ou deux stations de bord, la taxe comprend, outre celles du bord d'origine, de la station côtière et des lignes télégraphiques, la taxe de bord de chacun des navires ayant participé à la transmission.

2. L'expéditeur d'un radiotélégramme originaire de la terre ferme et destiné à un navire peut demander que son message soit transmis par l'intermédiaire d'une ou de deux stations de bord; il dépose à cet effet le montant des taxes radiotélégraphiques et télégraphiques, et en outre, à titre d'arrhes, une somme à fixer par le bureau d'origine en vue du paiement aux stations de bord intermédiaires des taxes de transit fixées au § 1; il doit encore verser, à son choix, la taxe d'un télégramme de cinq mots ou le prix d'affranchissement d'une lettre à expédier par la station côtière au bureau d'origine pour donner les renseignements nécessaires à la liquidation des arrhes déposées.

Le radiotélégramme est alors accepté aux risques et périls de l'expéditeur; il porte avant l'adresse l'indication éventuelle taxée: „x retransmissions télégraphe“ ou „x retransmissions lettre“ (x représentant le nombre des retransmissions demandées par l'expéditeur), selon que l'expéditeur désire que les renseignements nécessaires à la liquidation des arrhes soient fournis par télégraphe ou par lettre.

3. La taxe des radiotélégrammes originaires d'un navire, à destination d'un autre navire, et acheminés par l'intermédiaire d'une ou de deux stations côtières, comprend:

Les taxes de bord des deux navires, la taxe de la station côtière ou des deux stations côtières, selon le cas, et éventuellement la taxe télégraphique applicable au parcours entre les deux stations côtières.

4. La taxe des radiotélégrammes échangés entre les navires en dehors de l'intervention d'une station côtière comprend les taxes de bord des navires d'origine et de destination augmentées des taxes de bord des stations intermédiaires.

5. Les taxes côtière et de bord dues aux stations de transit sont les mêmes que celles fixées pour ces stations lorsque ces dernières sont stations d'origine ou de destination. Dans tous les cas, elles ne sont perçues qu'une fois.

6. Pour toute station côtière intermédiaire, la taxe à percevoir pour le service de transit est la plus élevée des taxes côtières afférentes à l'échange direct avec les deux navires en cause.

Article 18.

Le pays sur le territoire duquel est établie une station côtière servant d'intermédiaire pour l'échange de radiotélégrammes entre une station de bord et un autre pays est considéré, en ce qui concerne l'application des taxes télégraphiques, comme pays de provenance ou de destination de ces radiotélégrammes et non comme pays de transit.

5. Perception des Taxes.

Article 19.

1. La taxe totale des radiotélégrammes est perçue sur l'expéditeur à l'exception (1) des frais d'exprès (article 58, paragraphe 1, du règlement télégraphique); (2) des taxes applicables aux réunions ou altérations de mots non admises, constatées par le bureau ou la station de destination (article 19, paragraphe 9, du Règlement télégraphique), ces taxes étant perçues sur le destinataire.

Les stations de bord doivent posséder à cet effet les tarifs utiles. Elles ont, toutefois, la faculté de se renseigner auprès des stations côtières au sujet de la taxation de radiotélégrammes pour lesquelles elles ne possèdent pas toutes les données nécessaires.

2. Le compte des mots du bureau d'origine est décisif au sujet des radiotélégrammes à destination de navires et celui de la station de bord d'origine est décisif au sujet des radiotélégrammes originaires de navires, tant pour la transmission que pour les comptes internationaux. Toutefois, quand le radiotélégramme est rédigé totalement ou partiellement, soit dans une des langues du pays de destination, en cas de radiotélégrammes originaires de navires, soit dans une des langues du pays dont dépend le navire, s'il s'agit de radiotélégrammes à destination de navires, et que le radiotélégramme contient des réunions ou des altérations de mots contraires à l'usage de cette langue, le bureau ou la station de bord de destination suivant le cas, à la faculté de recouvrer sur le destinataire le montant de la taxe non perçue. En cas de refus de payement, le radiotélégramme peut être arrêté.

6. Transmission des Radiotélégrammes.

a) Signaux de Transmission.

Article 20.

Les signaux employés sont ceux du Code Morse international.

Article 21.

Les navires en détresse font usage du signal suivant:

. . . — — — . . .

répété à de courts intervalles, suivi des indications nécessaires.

Dès qu'une station perçoit le signal de détresse, elle doit suspendre toute correspondance et ne la reprendre qu'après avoir acquis la certitude que la communication motivée par l'appel de secours est terminée.

Les stations qui perçoivent un appel de détresse doivent se conformer aux indications données par le navire qui fait l'appel, en ce qui concerne l'ordre des communications ou leur cessation.

Dans le cas où à la fin de la série des appels de secours est ajouté l'indicatif d'appel d'une station déterminée, la réponse à l'appel n'appartient qu'à cette dernière station, à moins que celle-ci ne réponde pas. A défaut de l'indication d'une station déterminée dans l'appel de secours, chaque station qui perçoit cet appel est tenue d'y répondre.

Article 22.

Pour donner ou demander des renseignements concernant le service radiotélégraphique, les stations doivent faire usage des signaux contenus dans la liste annexée au présent Règlement.

b) Ordre de Transmission.

Article 23.

Entre deux stations, les radiotélégrammes de même rang sont transmis isolément dans l'ordre alternatif ou par séries de plusieurs radiotélégrammes suivant l'indication de la station côtière à la condition que la durée de la transmission de chaque série ne dépasse pas quinze minutes.

c) Appel des Stations et Transmission des Radiotélégrammes.

Article 24.

1. En règle générale, c'est la station de bord qui appelle la station côtière, qu'elle ait ou non à transmettre des radiotélégrammes.

2. Dans les eaux où le trafic radiotélégraphique est intense (La Manche, &c.), l'appel d'un navire à une station côtière ne peut, en règle générale, s'effectuer que si cette dernière se trouve dans la portée normale de la station de bord et lorsque celle-ci arrive à une distance inférieure à 75 pour cent de la portée normale de la station côtière.

3. Avant de procéder à un appel, la station côtière ou la station de bord doit régler le plus sensiblement possible son système récepteur et s'assurer qu'aucune autre communication ne s'effectue dans son rayon

d'action; s'il en est autrement, elle attend la première suspension, à moins qu'elle ne reconnaisse que son appel n'est pas susceptible de troubler les communications en cours. Il en est de même dans le cas où elle veut répondre à un appel.

4. Pour l'appel, toute station fait emploi de l'onde normale de la station à appeler.

5. Si, malgré ces précautions, une transmission radiotélégraphique est entravée, l'appel doit cesser à la première demande d'une station côtière ouverte à la correspondance publique. Cette station doit alors indiquer la durée approximative de l'attente.

6. La station de bord doit faire connaître à chaque station côtière à laquelle elle a signalé sa présence le moment où elle se propose de cesser ses opérations ainsi que la durée probable de l'interruption.

Article 25.

1. L'appel comporte le signal — • — • —, l'indicatif de la station appelée émis trois fois, et le mot „de" suivi de l'indicatif de la station expéditrice, émis trois fois.

2. La station appelée répond en donnant le signal — • — • —, suivi de l'indicatif, émis trois fois, de la station correspondante, du mot „de", de son propre indicatif et du signal — • —.

3. Les stations qui désirent entrer en communication avec des navires, sans cependant connaître les noms de ceux qui se trouve dans leur rayon d'action peuvent employer le signal — • — • — — • — (signal de recherche). Les dispositions des paragraphes 1 et 2 sont également applicables à la transmission du signal de recherche et à la réponse à ce signal.

Article 26.

Si une station appelée ne repond pas à la suite de l'appel (article 25) émis trois fois à des intervalles de deux minutes, l'appel ne peut être repris qu'après un intervalle de quinze minutes, la station faisant l'appel s'étant d'abord assurée du fait qu'aucune communication radiotélégraphique n'est en cours.

Article 27.

Toute station qui doit effectuer une transmission nécessitant l'emploi d'une grande puissance émet d'abord trois fois le signal d'avertissement — — • • — —, avec la puissance minimum nécessaire pour atteindre les stations voisines. Elle ne commence ensuite à transmettre avec la grande puissance que trente secondes après l'envoi du signal d'avertissement.

Article 28.

1. Aussitôt que la station côtière a répondu la station de bord lui fournit les renseignements qui suivent si elle a des messages à lui transmettre; ces renseignements sont également donnés lorsque la station côtière en fait la demande:

a) La distance approximative, en milles nautiques, du navire à la station côtière;

b) La position du navire indiquée sous une forme concise et adaptée aux circonstances respectives;

c) Le prochain port auquel touchera le navire;

d) Le nombre de radiotélégrammes, s'ils sont de longueur normale, ou le nombre de mots, si les messages ont une longueur exceptionnelle.

La vitesse du navire en milles nautiques est indiquée spécialement à la demande expresse de la station côtière.

2. La station côtière répond en indiquant, comme il est dit au § 1, soit le nombre de télégrammes, soit le nombre de mots à transmettre au navire, ainsi que l'ordre de transmission.

3. Si la transmission ne peut avoir lieu immédiatement, la station côtière fait connaître à la station de bord la durée approximative de l'attente.

4. Si une station de bord appelée ne peut momentanément recevoir, elle informe la station appelante de la durée approximative de l'attente.

5. Dans les échanges entre deux stations de bord, il appartient à la station appelée de fixer l'ordre de transmission.

Article 29.

Lorsqu'une station côtière est saisie d'appels provenant de plusieurs stations de bord, elle décide de l'ordre dans lequel ces stations seront admises à échanger leurs correspondances.

Pour régler cet ordre, la station côtière s'inspire uniquement de la nécessité de permettre à toute station intéressée d'échanger le plus grand nombre possible de radiotélégrammes.

Article 30.

Avant de commencer l'échange de la correspondance, la station côtière fait connaître à la station de bord si la transmission doit s'effectuer dans l'ordre alternatif ou par séries (article 23); elle commence ensuite la transmission ou fait suivre ces indications du signal — • —.

Article 31.

La transmission d'un radiotélégramme est précédée du signal — • — • — et terminée par le signal • — • — • suivi de l'indicatif de la station expéditrice et du signal — • —.

Dans le cas d'une série de radiotélégrammes, l'indicatif de la station expéditrice et le signal — • — ne sont donnés qu'à la fin de la série.

Article 32.

Lorsque le radiotélégramme à transmettre contient plus de quarante mots, la station expéditrice interrompt la transmission par le signal • • — — • • après chaque série de vingt mots environ, et elle ne reprend la transmission qu'après avoir obtenu de la station correspondante la répétition du dernier mot bien reçu, suivi dudit signal, ou, si la réception est bonne, le signal — • —.

Dans le cas de transmission par séries, l'accusé de réception est donné après chaque radiotélégramme.

Les stations côtières occupées à transmettre de longs radiotélégrammes doivent suspendre la transmission à la fin de chaque période de quinze minutes, et rester silencieuses pendant une durée de trois minutes avant de continuer la transmission.

Les stations côtières et de bord qui travaillent dans les conditions prévues à l'article 35, paragraphe 2, doivent suspendre le travail à la fin de chaque période de quinze minutes et faire l'écoute sur la longueur d'onde de 600 mètres pendant une durée de trois minutes avant de continuer la transmission.

Article 33.

1. Lorsque les signaux deviennent douteux, il importe d'avoir recours à toutes les ressources possibles pour l'achèvement de la transmission. A cet effet, le radiotélégramme est transmis trois fois au plus, à la demande de la station réceptrice. Si malgré cette triple transmission, les signaux sont toujours illisibles, le radiotélégramme est annulé.

Si l'accusé de réception n'est pas reçu, la station transmettrice appelle de nouveau la station correspondante. Lorsqu'aucune réponse n'est faite après trois appels, la transmission n'est pas poursuivie. Dans ce cas, la station transmettrice a la faculté d'obtenir l'accusé de réception par l'intermédiaire d'une autre station radiotélégraphique, en utilisant, le cas échéant, les lignes du réseau télégraphique.

2. Si la station réceptrice juge que, malgré une réception défectueuse, le radiotélégramme peut être remis, elle inscrit à la fin du préambule la mention de service: „Réception douteuse" et donne cours au radiotélégramme. Dans ce cas, l'administration dont relève la station côtière réclame les taxes, conformément à l'article 42 du présent Règlement. Toutefois, si la station de bord transmet ultérieurement le radiotélégramme à une autre station côtière de la même administration, celle-ci ne peut réclamer que les taxes afférentes à une seule transmission.

d) Accusé de Réception et Fin du Travail.

Article 34.

1. L'accusé de réception se donne dans la forme prescrite par le Règlement Télégraphique International; il est précédé de l'indicatif de la station transmettrice et suivi de l'indicatif de la station réceptrice.

2. La fin du travail entre deux stations est indiquée par chacune d'elles au moyen du signal . . . — . — suivi de son propre indicatif.

e) Direction à donner aux Radiotélégrammes.

Article 35.

1. En principe, la station de bord transmet ses radiotélégrammes à la station côtière la plus rapprochée.

Cependant si la station de bord peut choisir entre plusieurs stations côtières se trouvant à distances égales ou à peu près égales, elle donne la préférence à celle qui est établie sur le territoire du pays de destination ou de transit normal de ses radiotélégrammes.

2. Toutefois, un expéditeur à bord d'un navire a le droit d'indiquer la station côtière par laquelle il désire que son radiotélégramme soit expédié. La station de bord attend alors jusqu'à ce que cette station côtière soit la plus rapprochée.

Exceptionnellement la transmission peut s'effectuer à une station côtière plus éloignée, pourvu que:

a) Le radiotélégramme soit destiné au pays où est située cette station côtière et émane d'un navire dépendant de ce pays;

b) Pour les appels et la transmission, les deux stations utilisent une longueur d'onde de 1,800 mètres;

c) La transmission par cette longueur d'onde ne trouble pas une transmission effectuée, au moyen de la même longueur d'onde, par une station côtière plus rapprochée;

d) La station de bord se trouve à une distance de plus de 50 milles nautiques de toute station côtière indiqué dans la Nomenclature. La distance de 50 milles peut être réduite à 25 milles sous la réserve que la puissance maxima aux bornes de la génératrice n'excède pas 5 kilowatts et que les stations de bord soient établies en conformité des articles 7 et 8. Cette réduction de distance n'est pas applicable dans les mers, baies ou golfes dont les rives appartiennent à un seul pays et dont l'ouverture sur la haute mer à moins de 100 milles.

7. Remise des Radiotélégrammes à Destination.

Article 36.

Lorsque pour une cause quelconque un radiotélégramme provenant d'un navire en mer et destiné à la terre ferme ne peut être remis au destinataire, il est émis un avis de non remise. Cet avis est transmis à la station côtière qui a reçu le radiotélégramme primitif. Cette dernière, après vérification de l'adresse, réexpédie l'avis au navire, s'il est possible, au besoin par l'intermédiaire d'une autre station côtière du même pays ou d'un pays voisin.

Lorsqu'un radiotélégramme parvenu à une station de bord ne peut être remis, cette station en fait part au bureau ou à la station de bord d'origine par avis de service. Dans le cas des radiotélégrammes émanant de la terre ferme, cet avis est transmis, autant que possible, à la station côtière par laquelle a transité le radiotélégramme, ou, le cas échéant, à une autre station côtière du même pays ou d'un pays voisin.

Artikel 37.

Si le navire auquel est destiné un radiotélégramme n'a pas signalé sa présence à la station côtière dans le délai indiqué par l'expéditeur ou, à défaut d'une telle indication, jusqu'au matin du huitième jour suivant, cette station côtière en donne avis au bureau d'origine, qui en informe l'expéditeur.

Celui-ci a la faculté de demander par avis de service taxé, télégraphique ou postal, adressé à la station côtière, que son radiotélégramme soit retenu pendant une nouvelle période de neuf jours pour être transmis au

navire et ainsi de suite. A défaut d'une telle demande, le radiotélégramme est mis au rebut à la fin du neuvième jour (jour de dépôt non compris).

Cependant si la station côtière a la certitude que le navire est sorti de son rayon d'action avant qu'elle ait pu lui transmettre le radiotélégramme, elle en informe immédiatement le bureau d'origine, qui avise sans retard l'expéditeur de l'annulation du message. Toutefois, l'expéditeur peut, par avis de service taxé, demander à la station côtière de transmettre le radiotélégramme au plus prochain passage du navire.

8. Radiotélégrammes spéciaux.

Article 38.

Sont seuls admis:

1. *Les Radiotélégrammes avec Réponse payée.* Ces radiotélégrammes portent, avec l'adresse, l'indication „Réponse payée" ou „RP" complétée par la mention du montant payé d'avance pour la réponse, soit: „Réponse payée fr. x", ou „RP fr. x";

Le bon de réponse émis à bord d'un navire donne la faculté d'expédier, dans la limite de sa valeur, un radiotélégramme à une destination quelconque à partir de la station de bord qui a émis ce bon.

2. *Les Radiotélégrammes avec Collationnement;*

3. *Les Radiotélégrammes à remettre par Exprès.* Mais seulement dans les cas où le montant des frais d'exprès est perçu sur la destinataire. Les pays qui ne peuvent adopter ces radiotélégrammes doivent en faire la déclaration au Bureau international. Les radiotélégrammes à remettre par exprès avec frais perçus sur l'expéditeur peuvent être admis lorsqu'ils sont destinés au pays sur le territoire duquel se trouve la station côtière correspondante.

4. *Les Radiotélégrammes à remettre par Poste;*

5. *Les Radiotélégrammes multiples;*

6. *Les Radiotélégrammes avec Accusé de Réception.* Mais seulement en ce qui concerne la notification de la date et de l'heure auxquelles la station côtière a transmis à la station de bord le télégramme adressé à cette dernière;

7. *Les Avis de Service taxés.* Sauf ceux qui demandent une répétition ou un renseignement. Toutefois, tous les avis de service taxés sont admis sur le parcours des lignes télégraphiques;

8. *Les Radiotélégrammes urgents.* Mais seulement sur le parcours des lignes télégraphiques et sous réserve de l'application du Règlement Télégraphique International.

Article 39.

Les radiotélégrammes peuvent être transmis par une station côtière à un navire, ou par un navire à un autre navire, en vue d'une réexpédition par la voie postale à effectuer à partir d'un port d'atterrissage du navire réceptionnaire.

Ces radiotélégrammes ne comportent aucune retransmission radiotélégraphique.

L'adresse de ces radiotélégrammes doit être libellée ainsi qu'il suit:

1. Indication taxée „poste" suivie du nom du port où le radiotélégramme doit être remis à la poste;

2. Nom et adresse complète du destinataire;
3. Nom de la station de bord qui doit effectuer le dépôt à la poste;
4. Le cas échéant, nom de la station côtière.

Exemple: Poste Buenosaires Martinez 14 Calle Prat Valparaiso Avon Lizard.

La taxe comprend outre les taxes radiotélégraphiques et télégraphiques une somme de 25 centimes pour l'affranchissement postal du radiotélégramme.

9. Archives.

Article 40.

Les originaux des radiotélégrammes, ainsi que les documents y relatifs retenus par les administrations, sont conservés avec toutes les précautions nécessaires au point de vue du secret au moins pendant quinze mois, à compter du mois qui suit celui du dépôt des radiotélégrammes.

Ces originaux et documents sont, autant que possible, envoyés au moins une fois par mois, par les stations de bord, aux administrations dont elles relevent.

10. Détaxes et Remboursements.

Article 41.

1. En ce qui concerne les détaxes et remboursements il est fait application du Règlement Télégraphique International en tenant compte des restrictions indiquées aux articles 38 et 39 du présent Règlement, et sous les réserves suivantes:

Le temps employé à la transmission radiotélégraphique, ainsi que la durée du séjour du radiotélégramme dans la station côtière pour les radiotélégrammes à destination des navires, ou dans la station de bord pour les radiotélégrammes originaires des navires, ne comptent pas dans les délais concernant les détaxes et remboursements.

Si la station côtière fait connaître au bureau d'origine qu'un radiotélégramme ne peut être transmis au navire destinataire, l'administration du pays d'origine provoque aussitôt le remboursement à l'expéditeur des taxes côtière et de bord relatives à ce radiotélégramme. Dans ce cas, les taxes remboursées n'entrent pas dans les comptes prévus par l'article 42, mais le radiotélégramme y est mentionné pour mémoire.

Le remboursement est supporté par les différentes administrations et exploitations privées qui ont participé à l'acheminement du radiotélégramme, chacune d'elles abandonnant sa part de taxe. Toutefois, les radiotélégrammes auxquels sont applicables les articles 7 and 8 de la Convention de Saint-Pétersbourg restent soumis aux dispositions du Règlement Télégraphique International, sauf lorsque l'acceptation de ces radiotélégrammes est le résultat d'une erreur de service.

2. Lorsque l'accusé de réception d'un radiotélégramme n'est pas parvenu à la station qui a transmis le message, la taxe n'est remboursée que lorsqu'il a été établi que le radiotélégramme donne lieu à remboursement.

11. Comptabilité.

Article 42.

1. Les taxes côtières et de bord n'entrent pas dans les comptes prévus par le Règlement Télégraphique International.

Les comptes concernant ces taxes sont liquidés par des administrations des pays intéressés. Ils sont établis par les administrations dont dépendent les stations côtières et communiqués par elles aux administrations intéressées. Dans le cas où l'exploitation des stations côtières est indépendante de l'administration du pays, l'exploitant de ces stations peut être substitué, en ce qui concerne les comptes, à l'administration de ce pays.

2. Pour la transmission sur les lignes télégraphiques, le radiotélégramme est traité, au point de vue des comptes, conformément au règlement telégraphique.

3. Pour les radiotélégrammes originaires des navires, l'administration dont dépend la station côtière débite l'administration dont dépend la station de bord d'origine des taxes côtières et telégraphiques ordinaires, des taxes totales perçues pour les réponses payées, des taxes côtières et télégraphiques perçues pour le collationnement, des taxes afférentes à la remise par expres (dans le cas prévu par l'article 38) ou par poste et de celles perçues pour les copies supplémentaires (TM). L'administration dont depend la station côtière, crédite, le cas échéant, par la voie des comptes télégraphiques et par l'intermédiaire des offices ayant participé à la transmission des radiotélégrammes, l'administration dont dépend le bureau de destination, des taxes totales relatives aux réponses payées. En ce qui concerne les taxes télégraphiques et les taxes relatives à la remise par expres ou par poste et aux copies supplémentaires, il est procédé conformément au Règlement Télégraphique, la station côtière étant considérée comme bureau télégraphique d'origine.

Pour les radiotélégrammes à destination d'un pays situé au delà de celui auquel appartient la station côtière les taxes telégraphiques à liquider conformément aux dispositions ci-dessus sont celles qui résultent, soit des tableaux „A“ et „B“ annexés au Règlement Telégraphique International, soit d'arrangements spéciaux conclus entre les administrations de pays limitrophes et publiés par ces administrations, et non les taxes qui pourraient être perçues, d'après les dispositions particulières des articles 23, § 1, et 27, § 1, du Règlement Télégraphique.

Pour les radiotélégrammes et les avis de service taxés à destination des navires, l'administration dont dépend le bureau d'origine est débitée directement par celle dont dépend la station côtière des taxes côtière et de bord. Toutefois les taxes totales afférentes aux réponses payées sont créditées, s'il y a lieu, de pays à pays, par la voie des comptes télégraphiques, jusqu'à l'administration dont dépend la station côtière. En ce qui concerne les taxes télégraphiques et les taxes relatives à la remise par poste et aux copies supplémentaires, il est procédé conformément au Règlement Télégraphique. L'administration dont dépend la station côtière crédite celle dont dépend le navire destinataire de la taxe de bord, s'il y a lieu des

taxes revenant aux stations de bord intermédiaire de la taxe totale perçue pour les réponses payées, de la taxe de bord relative au collationnement ainsi que des taxes perçues pour l'établissement de copies supplémentaires et pour la remise par poste.

Les avis de service taxés et les réponses payées elles-mêmes sont traités dans les comptes radiotélégraphiques, sous tous les rapports, comme les autres radiotélégrammes.

Pour les radiotélégrammes acheminés au moyen d'une ou deux stations de bord intermédiaires, chacune de celles-ci débite la station de bord d'origine, s'il s'agit d'un radiotélégramme provenant d'un navire, ou celle de destination s'il s'agit d'un radiotélégramme destiné à un navire, de la taxe de bord lui revenant pour le transit.

4. En principe, la liquidation des comptes afférents aux échanges entre stations de bord se fait directement entre les compagnies exploitant ces stations, la station d'origine étant débitée par la station de destination.

5. Les comptes mensuels servant de base à la comptabilité spéciale des radiotélégrammes sont établis radiotélégramme par radiotélégramme avec toutes les indications utiles et dans un délai de six mois à partir du mois auquel ils se rapportent.

6. Les Gouvernements se réservent la faculté de prendre entre eux et avec des compagnies privées (entrepreneurs exploitant des stations radiotélégraphiques, compagnies de navigation, &c.) des arrangements spéciaux en vue de l'adoption d'autres dispositions concernant la comptabilité.

12. Bureau international.

Article 43.

Les dépenses supplémentaires, résultant du fonctionnement du Bureau international, en ce qui concerne la radiotélégraphie, ne doivent pas dépasser 80,000 fr. par an, non compris les frais spéciaux auxquels donne lieu la réunion d'une Conférence internationale. Les administrations des Etats contractants sont, pour la contribution aux frais, réparties en six classes ainsi qu'il suit:

1er classe:

Union de l'Afrique du Sud, Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Alaska, Hawaï et les autres possessions Américaines de la Polynésie, Iles Philippines, Porto Rico et les possessions Américaines dans les Antilles, zone du Canal de Panamá, République Argentine, Australie, Autriche, Brésil, Canada, France, Grande-Bretagne, Hongrie, Indes Britanniques, Italie, Japon, Nouvelle-Zélande, Russie, Turquie.

2e classe:

Espagne.

3e classe:

Asie Centrale Russe (littoral de la Mer Caspienne), Belgique, Chili, Chosen, Formose, Sakhalin Japonais et le territoire loué de Kwantoung, Indes Néerlandaises, Norvège, Pays-Bas, Portugal, Roumanie, Sibérie Occidentale (littoral de l'Océan Glacial), Sibérie Orientale (littoral de l'Océan Pacifique), Suède.

4e classe:

Afrique Orientale Allemande, Afrique Allemande du Sud-Ouest, Cameroun, Togo, Protectorats Allemands du Pacifique, Danemark, Egypte, Indo-Chine, Mexique, Siam, Uruguay.

5e classe:

Afrique Occidentale Française, Bosnie-Herzegovine, Bulgarie, Grèce, Madagascar, Tunisie.

6e classe:

Afrique Equatoriale Française, Afrique Occidentale Portugaise, Afrique Orientale Portugaise et possessions Asiatiques, Boukhara, Congo Belge, colonie de Curaçao, colonie Espagnole du Golfe de Guinée, Erythrée, Khiva, Maroc, Monaco, Perse, S. Marin, Somalie Italienne.

Article 44.

Les différentes administrations font parvenir au Bureau international un tableau conforme au modèle ci-joint et contenant les indications énumérées dans ledit tableau pour les stations visées à l'article 5 du Règlement. Les modifications survenues et les suppléments sont communiqués par les administrations au Bureau international du 1er au 10 de chaque mois. A l'aide de ces communications, le Bureau international dresse la Nomenclature prévue par l'article 5. La Nomenclature est distribuée aux administrations interessées. Elle peut egalement, avec les suppdements y relatifs, être vendue au public au prix de revient.

Le Bureau international veille à ce que l'adoption d'indicatifs identiques pour les stations radiotélégraphiques soit évitées.

13. Transmissions météorologiques, horaires et autres.

Article 45.

1. Les administrations prennent les dispositions necessaires pour faire parvenir à leurs stations côtières les télégrammes meteorologiques contenant les indications intéressant la région de ces stations. Ces télégrammes, dont le texte ne doit pas dépasser vingt mots, sont transmis aux navires qui en font la demande. La taxe de ces télégrammes meteorologiques est portée au compte des navires destinataires.

2. Les observations météorologiques, faites par certains navires désignés à cet effet par le pays dont ils dépendent, peuvent être transmises une fois par jour, comme avis de services taxés, aux stations côtières autorisées à les recevoir par les administrations interessées qui designent également les bureaux météorologiques auxquels ces observations sont adressées par les stations côtières.

3. Les signaux horaires et les télégrammes météorologiques sont transmis à la suite les uns des autres de manière que la durée totale de leur transmission n'excède pas dix minutes. En principe, pendant cet envoi, toutes les stations radiotélégraphiques dont la transmission peut troubler la réception de ces signaux et télégrammes, font silence de façon à per-

mettre à toutes les stations qui le désirent de recevoir ces télégrammes et signaux. Exception est faite pour les cas de détresse et les télégrammes d'Etat.

4. Les administrations facilitent la communication aux agences d'informations maritimes qu'elles agréent des renseignements concernant les avaries et sinistres maritimes ou présentant un intérêt général pour la navigation dont les stations côtières peuvent régulièrement donner communication.

14. Dispositions diverses.

Article 46.

Les transmissions échangées entre les stations de bord doivent s'effectuer de manière à ne pas troubler le service des stations côtieres, celles-ci devant avoir, en règle générale, le droit de priorité pour la correspondance publique.

Article 47.

Les stations côtières et les stations de bord sont tenues de participer à la retransmission des radiotélégrammes dans les cas où la communication ne peut s'établir directement entre les stations d'origine et de destination.

Le nombre des retransmissions est toutefois limité à deux.

En ce qui concerne les radiotélégrammes destinés à la terre ferme il ne peut être fait usage des retransmissions que pour atteindre la station côtière la plus rapprochée.

La retransmission est dans tous les cas subordonnée à la condition que la station intermédiaire qui reçoit le radiotélégrammé en transit soit en mesure de lui donner cours.

Article 48.

Si le parcours d'un radiotélégramme s'effectue en partie sur des lignes télégraphiques ou par des stations radiotélégraphiques relevant d'un Gouvernement non contractant, il peut être donné cours à ce radiotélégramme, sous la réserve, tout au moins, que les administrations dont dépendent ces lignes ou ces stations aient déclaré vouloir appliquer, le cas échéant, les dispositions de la Convention et du Règlement qui sont indispensables pour l'acheminement régulier des radiotélégrammes et que la comptabilité soit assurée.

Cette déclaration est faite au Bureau international et portée à la connaissance des offices de l'Union Télégraphique.

Article 49.

Les modifications du présent Règlement qui seraient rendues nécessaires par suite des décisions des conférences télégraphiques ultérieures seront mises en vigueur à la date fixée pour l'application des dispositions arrêtées par chacune de ces dernières conférences.

Article 50.

Les dispositions du Règlement Télégraphique International sont applicables, par analogie, à la correspondance radiotélégraphique en tant qu'elles ne sont pas contraires aux dispositions du présent Règlement.

Sont applicables, en particulier, à la correspondance radiotélégraphique les prescriptions de article 27, paragraphes 3 à 6, du Règlement Télégraphique, relatives à la perception des taxes, celles des articles 36 et 41 relatives à l'indication de la voie à suivre, celles des articles 75, paragraphe 1; 78, paragraphes 2 à 4; et 79, paragraphes 2 et 4, relatives à l'établissement des comptes. Toutefois:

1. Le délai de six moix prévu par le paragraphe 2 de l'article 79 du Règlement Télégraphique pour la vérification des comptes est porté à neuf mois en ce qui concerne les radiotélégrammes.

2. Les dispositions de l'article 16, paragraphe 2, ne sont pas considérées comme autorisant la transmission gratuite, par les stations radiotélégraphiques, des télégrammes de service concernant exclusivement le service télégraphique non plus que la transmission en franchise, sur les lignes télégraphiques, des télégrammes de service exclusivement relatifs au service radiotélégraphique.

3. Les dispositions de l'article 79, paragraphes 3 et 5, ne sont pas applicables à la comptabilité radiotélégraphique.

En vue de l'application des dispositions du Règlement Télégraphique, les stations côtières sont considérées comme bureaux de transit, sauf quand le Règlement radiotélégraphique stipule expressément que ces stations doivent être considérées comme bureaux d'origine ou de destination.

Conformément à l'article 11 de la Convention de Londres, le présent Règlement entrera en vigueur le 1er juillet, 1913.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé ce Reglement en un exemplaire, qui restera déposé aux archives du Gouvernement Britannique et dont une copie sera remise à chaque partie.

[Signatures comme ci-dessus p. 276.]

(Annexe à l'Article 44 du Règlement.)

Administration de . . . .

Etat signaletique des Stations radiotélégraphiques.

a) Stations côtières.

Nom.	Nationalité.	Position géographique E = longitude orientale. O = longitude occidentale. N = latitude septentrionale. S = latitude méridionale. Subdivisions territoriales.	Indicatif d'Appel.	Portée normale en milles nautiques.	Système radiotélégraphique avec les caractéristiques du système émetteur.	Longueurs d'onde en metres (la longueur d'onde normale est soulignée).

Nature des Services effectués.	Heures d'ouverture (heure du fuseau).	Taxe côtière.		Observations (éventuellement heure et mode d'envoi des signaux horaires et des télégrammes météorologiques).
		Par mot en francs.	Minimum par radiotélégramme en francs.	

b) Stations de Bord.

Nom.	Nationalité.	Indicatif d'Appel.	Portée normale en milles nautiques.	Système radiotélégraphique avec les caractéristiques du système émetteur.	Longueurs d'onde en mètres.

Nature des Services effectués.	Heures d'ouverture.	Taxe de Bord.		Observations (éventuellement nom et adresse de l'exploitant).
		Par mot en francs.	Minimum par radiotélégramme en francs.	
		1. Navires de guerre.		
		2. Navires de commerce.		

(Annexe à l'Article 22 du Règlement.)

Liste des Abréviations à employer dans les Transmissions radiotélégraphiques.

Abréviation	Question	Réponse ou avis
1.	2.	3.
— . — . — — . —	(C Q)	Signal de recherche employé par une station qui désire entrer en correspondance.
— . — .	(T R)	Signal annonçant l'envoi d'indications concernant une station de bord (article . . . .).
— — . — —	(:)	Signal indiquant qu'une station va émettre avec une grande puissance.
P R B	Désirez-vous communiquer avec ma station à l'aide du Code international de signaux?	Je désire communiquer avec votre station à l'aide du Code international de signaux.

Abréviation	Question	Réponse ou avis
1.	2.	3.
Q R A	Quel est le nom de votre station?	Ici la station. . . . .
Q R B	A quelle distance vous trouvez-vous de ma station?	La distance entre nos stations est de . . . . milles nautiques.
Q R C	Quel est votre vrai relèvement?	Mon vrai relèvement est de . . . . degrés.
Q R D	Où allez-vous?	Je vais à . . . .
Q R F	D'où venez-vous?	Je viens de . . . .
Q R G	A quelle compagnie ou ligne de navigation appartenez-vous?	J'appartiens à . . . .
Q R H	Quelle est votre longueur d'onde?	Ma longueur d'onde est de . . . . mètres.
Q R J	Combien de mots avez-vous à transmettre?	J'ai . . . . mots à transmettre.
Q R K	Comment recevez-vous?	Je reçois bien.
Q R L	Recevez-vous mal? Dois-je transmettre vingt fois; . . . — . pour permettre le réglage de vos appareils?	Je reçois mal. Transmettez vingt fois; . . . — . pour que je puisse régler mes appareils
Q R M	Êtes-vous troublé?	Je suis troublé.
Q R N	Les atmosphériques sont-elles très fortes?	Les atmosphériques sont très fortes.
Q R O	Dois-je augmenter l'énergie?	Augmentez l'énergie.
Q R P	Dois-je diminuer l'énergie?	Diminuez l'énergie.
Q R Q	Dois-je transmettre plus vite?	Transmettez plus vite.
Q R S	Dois-je transmettre plus lentement?	Transmettez plus lentement.
Q R T	Dois-je cesser la transmission?	Cessez la transmission.
Q R U	Avez-vous quelque chose pour moi?	Je n'ai rien pour vous.
Q R V	Êtes-vous prêt?	Je suis prêt. Tout est en ordre.
Q R W	Êtes-vous occupé?	Je suis occupé avec une autre station [ou avec . . .], Prière de ne pas troubler.
Q R X	Dois-je attendre?	Attendez. Je vous appellerai à . . . . heures [ou: au besoin].
Q R Y	Quel est mon tour?	Votre tour est numéro . . . .
Q R Z	Mes signaux sont-ils faibles?	Vos signaux sont faibles.
Q S A	Mes signaux sont-ils forts?	Vos signaux sont forts.
Q S B	Mon ton est-il mauvais?	Le ton est mauvais.
	Mon étincelle est-elle mauvaise?	L'étincelle est mauvaise.
Q S C	Les intervalles de transmission sont-ils mauvais?	Les intervalles de transmission sont mauvais.
Q S D	Comparons nos montres. J'ai . . . . heures; quelle heure avez-vous?	L'heure est . . . .
Q S F	Les radiotélégrammes doivent-ils être transmis dans l'ordre alternatif ou par séries?	La transmission sera faite dans l'ordre alternatif.
Q S G	. . . . .	La transmission sera faite par séries de cinq radiotélégrammes.

Abréviation	Question	Réponse ou avis
1.	2.	3.
Q S H	. . . . .	La transmission sera faite par séries de dix radiotélégrammes.
Q S J	Quelle est la taxe à percevoir pour . . . .?	La taxe à percevoir est de . . . .
Q S K	Le dernier radiotélégramme est-il annulé?	Le dernier radiotélégramme est annulé.
Q S L	Avez-vous reçu quittance?	Prière donner quittance.
Q S M	Quelle est votre vrai route?	Ma vraie route est de . . . . degrés.
Q S N	Communiquez-vous avec terre ferme?	Je ne communique pas avec terre ferme.
Q S O	Êtes-vous en communication avec une autre station [ou: avec . . . .]?	Je suis en communication avec . . . . [par l'intermédiaire de . . . .].
Q S P	Dois-je signaler à . . . . que vous l'appelez?	Informez . . . . que je l'appelle.
Q S Q	Suis-je appelé par . . . .?	Vous êtes appelé par . . . .
Q S R	Expédierez-vous le radiotélégramme . . . .?	J'expédierai le radiotélégramme . . . .
Q S T	Avez-vous reçu un appel général?	Appel général à toutes stations.
Q S U	Prière m'appeler dès que vous aurez fini [ou: à . . . . heures].	Je vous appellerai dès que j'aurai fini.
Q S V	Correspondance publique est-elle engagée?	Correspondance publique est engagée. Prière de ne pas la troubler.
Q S W	Dois-je augmenter ma fréquence d'étincelle?	Augmentez la fréquence d'étincelle.
Q S Y	Dois-je transmettre avec la longueur d'onde de . . . . mètres?	Passons à l'onde de . . . . mètres.
Q S X	Dois-je diminuer ma fréquence d'étincelle?	Diminuez la fréquence d'étincelle.

Lorsqu'une abréviation est suivie d'un point d'interrogation, elle s'applique à la question indiquée en regard de cette abréviation.

Exemples:

Stations.

A	Q R A?	= Quel est le nom de votre station?
B	Q R A Campania	= Ici la station Campania.
A	Q R G?	= A quelle compagnie ou ligne de navigation appartenez-vous?
B	Q R G Cunard. Q R Z	= J'appartiens à la Cunard Line. Vos signaux sont faibles.

La station A augmente alors l'énergie de son transmetteur et lance:

A	Q R K?	= Comment recevez-vous?
B	Q R K	= Je reçois bien.
	Q R B 80	= La distance entre nos stations est de 80 milles nautiques.
	Q R C 62	= Mon vrai relèvement est de 62 degrés,
	&c.	&c.

Ratifications.

The ratifications of the following States have up to the present been deposited at London on the dates mentioned:

Great Britain*)	June	2, 1913.
Belgium (and the Belgian Congo)	November	23, 1912.
Denmark	February	14, 1913.
Egypt	February	1, 1913.
Germany	June	21, 1913.
Italy	June	18, 1913.
Monaco	December	10, 1912.
Netherlands (and the Netherland Indies and Curaçao)	March	20, 1913.
Roumania	June	27, 1913.
Russia	April	5, 1913.
Siam	May	30, 1913.
Spain	June	27, 1913.
United States of America**)	February	21, 1913.

Accessions.

Newfoundland Papua Norfolk Island	June	2, 1913.

*) The Ratification of His Britannic Majesty is in respect of the United Kingdom, the Dominion of Canada, the Commonwealth of Australia, the Dominion of New Zealand, the Union of South Africa, and India, as well as of the following British Colonies and Protectorates on whose behalf the Convention was signed

Bahamas.
Barbados.
Basutoland.
Bechuanaland Protectorate.
Bermuda.
British Guiana.
British Honduras.
Ceylon.
Cyprus.
East Africa Protectorate.
Falkland Islands.
Fiji.
Gambia.
Gibraltar.
Gold Coast, including
  Ashanti.
Hong Kong.
Jamaica, including
  Turks and Caicos Islands.
  Cayman Islands.
Leeward Islands
  Antigua.
  Montserrat.
  St. Christopher-Nevis.
  Dominica.
  Virgin Islands.
Malay States
  Perak.
  Selangor.
  Negri Sembilan.
  Pahang.
Malta
Mauritius.
North Borneo.
Northern Nigeria.
Northern Rhodesia.
Nyasaland Protectorate.
St. Helena.
Seychelles.
Sierra Leone.
Somaliland Protectorate.
Southern Nigeria.
Southern Rhodesia.
Straits Settlements, including
  Labuan and Cocos Islands.
Swaziland.
Trinidad and Tobago.
Uganda Protectorate.
Wei-hai Wei.
Western Pacific Possessions and Protectorates, including
  Fanning Island.
  Gilbert and Ellice Islands.
  British Solomon Islands
Windward Islands
  Grenada
  St. Lucia.
  St. Vincent.

**) The Ratification of the United States of America contains the reservation „that nothing in the 9th Article of the Regulations affixed to the Convention shall be deemed to exclude the United States from the execution of her inspection laws upon vessels entering in or clearing from her ports."

28.

ALLEMAGNE, BELGIQUE, BOLIVIE, CHILI, COLOMBIE, CUBA, DANEMARK, RÉPUBLIQUE DOMINICAINE, ESPAGNE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, GUATÉMALA, HAÏTI, HONDURAS, ITALIE, JAPON, MEXIQUE, NICARAGUA, NORVÈGE, PARAGUAY, PAYS-BAS, PÉROU, PERSE, PORTUGAL, RUSSIE, SIAM, SUÈDE, SUISSE, URUGUAY.

Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale; signée à Bruxelles, le 31 décembre 1913.*)

Sveriges Överenskommelser med främmande makter 1920. No. 12.

Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale.

Les Gouvernements d'Allemagne, de Belgique, de Bolivie, du Chili, de Colombie, de Cuba, du Danemark, de la République Dominicaine, d'Espagne, de France, de Grande-Bretagne, de Guatémala, de Haïti, de Honduras, d'Italie, du Japon, du Mexique, de Nicaragua, de Norvège, du Paraguay, des Pays-Bas pour les Indes Néerlandaises, du Pérou, de Perse, du Portugal, de Russie, du Siam, de Suède, de Suisse, de l'Uruguay, ayant reconnu l'utilité de prendre des mesures propres à faciliter la comparaison des diverses statistiques commerciales,

Les soussignés, à ce dûment autorisés, sont convenus de ce qui suit:

Article I.

Les Etats contractants décident d'établir, en dehors de la statistique commerciale publiée par chaque pays, une statistique spéciale basée sur une nomenclature commune groupant, en un nombre restreint de catégories, les marchandises importées et exportées, avec l'indication de la valeur et, autant que possible, du poids.

Article II.

Les Etats contractants déclarent adopter à cet effet la nomenclature commune dont le texte est annexé à la présente Convention.

Article III.

En vue d'assurer la publication de la statistique, spéciale visée à l'article I, les Etats contractants sont d'accord pour créer à Bruxelles un Office international sous le titre de Bureau international de Statistique commerciale.

---

*) Ont ratifié l'Allemagne, la Belgique, le Danemark, l'Espagne, la France, la Grande-Bretagne, la Guatémala, le Japon, le Mexique, la Norvège, les Pays-Bas pour les Indes néerlandaises, le Portugal, la Russie, le Siam, la Suède, la Suisse et l'Uruguay.

Article IV.

Le Bureau international est chargé de réunir, de coordonner et de publier les renseignements statistiques qui lui sont fournis par les Etats contractants relativement à leur commerce d'importation et d'exportation. Ces Etats s'engagent à mettre le Bureau en possession de toutes les indications nécessaires pour établir la statistique spéciale dont il est question à l'article I.

La publication de cette statistique se fera dans un organe intitulé: Bulletin du Bureau international de Statistique commerciale.

Article V.

Le Bureau international, dont les frais sont supportés par les Etats contractants, est placé sous la haute direction du Gouvernement belge et fonctionne sous sa surveillance.

Article VI.

Un Règlement, annexé à la présente Convention et ayant la même force obligatoire que celle-ci, détermine l'organisation du Bureau international et fixe la part d'intervention de chacun des Etats contractants dans les frais occasionnés par le fonctionnement dudit Bureau.

Article VII.

Les Etats et colonies qui n'ont point pris part à la présente Convention seront admis à y accéder ultérieurement.

L'accession sera notifiée par écrit au Gouvernement belge qui la fera connaître à tous les Etats contractants. L'accession emportera de plein droit adhésion à toutes les clauses stipulées dans la présente Convention et elle sortira ses effets à partir du 1er janvier de l'année suivante.

Article VIII.

La présente Convention sera ratifiée; les ratifications en seront déposées au Ministère des Affaires Etrangères à Bruxelles le plus tôt possible et, en tous cas, avant le 1er juillet 1914.*)

Elle deviendra obligatoire à cette date et elle restera en vigueur pendant sept ans.

Si, douze mois avant l'expiration des sept premières années, la présente Convention n'a pas été dénoncée, elle subsistera pendant un nouveau terme de sept années et ainsi de suite de sept en sept ans.

La dénonciation sera adressée au Gouvernement belge qui aura à consulter les autres Gouvernements sur les conditions dans lesquelles la Convention resterait exécutoire entre eux.

Article IX.

Il est entendu que douze mois avant l'expiration de chaque période septennale, chacun des Etats contractants aura la faculté de provoquer,

*) Ce délai a été prolongé à plusieurs reprises.

par l'intermédiaire du Gouvernement belge, la réunion d'une Conférence en vue de discuter toutes propositions relatives à la comparaison des différentes statistiques commerciales.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention.

Fait à Bruxelles, le trente-un decembre mil neuf cent treize.

Pour l'Allemagne:
Prinz v. Hatzfeldt Trachenberg.

Pour la Belgique:
Bon Capelle.
J. Janssens.
H. Silleraerts.
R. Campen.
Goffart.

Pour la Bolivie:
Joaquin de Lemoine.

Pour le Chili:
Fritz Hochheimer.
Luis Illânez Guerrero.

Pour la Colombie:
C. Rodriguez Maldonado.

Pour Cuba:
A. Diaz de Villar.

Pour le Danemark et ses possessions et colonies:
W. Grevenkop Castenskiold.

Pour la République Dominicaine:
Joseph Penso.

Pour l'Espagne:
Marqués de Faura.

Pour la France:
A. Klobukowski.

Pour la Grande-Bretagne:
F. H. Villiers.

Pour le Guatémala:
José M. Lardizabal.

Pour Haïti:
Dr. A. Riboul de Pescay.

Pour le Honduras:
H. Jalhay.

Pour l'Italie et les colonies:
Costa.

Pour le Japon:
Keiziro Nabeshima.

Pour le Mexique:
Carlos Pereyra.

Pour le Nicaragua:
Léon Vallez.

Pour la Norvège:
F. Hagerup.
A. N. Kiaer.

Pour le Paraguay:
G. du Monceau.

Pour les Indes Néerlandaises:
H. van Weede.

Pour le Pérou:
Carlos Larrabure y Correa.

Pour la Perse:
M. Mahmoud Khan.

Pour le Portugal:
A. M. Alves da Veiga.

Pour la Russie:
Koudacheff.

Pour le Siam:
William J. Archer.

Pour la Suède:
F. de Klercker.

Pour la Suisse:
Jules Borel.
I. Buser.
T. Geering.

Pour l'Uruguay:
Alberto Guani.

Nomenclature commune des marchandises.

I. Animaux vivants.

1. Espèce chevaline.
2. Espèce bovine.
3. Espèce ovine.
4. Espèce caprine.
5. Espèce porcine.
6. Volaille.
7. Tous autres animaux vivants (non compris les poissons ni les crustacés vivants).

II. Objets d'alimentation et boissons.

8. Viandes fraiches.*)
9. Volaille morte et gibier mort.
10. Viandes préparées ou conservées (y compris le lard, la volaille et le gibier conservés).
11. Graisses comestibles.
12. Margarine et beurres artificiels.
13. Lait.**)
14. Beurre.
15. Fromages.
16. Caviar.
17. Poissons, crustacés et coquillages.
18. Œufs de volaille et de gibier.
19. Miel.

Céréales:

20. Froment.
21. Seigle.
22. Orge.
23. Avoine.
24. Maïs.
25. Autres céréales (y compris l'épeautre et le méteil).
26. Riz.
27. Farines de céréales.
28. Autres produits de la meunerie.
29. Malt.
30. Pâtes alimentaires.
31. Légumes frais.

Légumes secs:

32. à cosse.*)
33. autres.
34. Pommes de terre.
35. Fruits (y compris les fruits secs).
36. Café (y compris le café torréfié).
37. Cacao brut.
38. Cacao préparé (y compris le chocolat).
39. Thés.
40. Sucres bruts et raffinés.
41. Epices.**)
42. Huiles vegetales.***)
43. Sel.
44. Autres objets d'alimentation (comprenant notamment les conserves de produits végétaux).
45. Vins.
46. Bieres.
47. Boissons spiritueuses (esprit-de-vin, eaux-de-vin, liqueurs, etc.)
48. Eaux de source et eaux minérales naturelles ou artificielles, gazeuses ou non.
49. Autres boissons (jus de citron et d'orange, limonades, etc.)

III. Matières brutes ou simplement préparées.

50. Peaux brutes, salées, tannées en croûte et pelleteries brutes.
51. Ivoire.
52. Os et cornillons.
53. Engrais (y compris les engrais chimiques).
54. Poils et plumes.
55. Plantes vivantes et fleurs naturelles.

*) Y compris les viandes congelées.
**) Le lait condensé et le lait en poudre rentrent aussi dans cette catégorie.

*) Pois, feves, lentilles, etc. décortiqués, égrugés, etc.
**) Comprenant notamment le poivre, le piment, le safran, la vanille et la canelle.
***) Huiles alimentaires ou non, à l'exception des huiles essentielles.

56. Récoltes et fourrages (y compris les betteraves fourragères).
57. Son.
58. Tourteaux.
59. Houblon.
60. Betteraves à sucre.
61. Graines.
62. Caoutchouc.
63. Résines, gommes et cire végétale.
64. Tabacs.
65. Bois de toute espèce, même sciés.
66. Charbon de bois.
67. Bois de teinture, écorces à tan et autres matières colorantes et tannantes.
68. Pâtes de bois.

Minerais:

69. de cuivre.
70. de fer.
71. de plomb (même argentifères).
72. de zinc.
73. de manganèse.
74. d'étain.
75. autres.

Métaux communs:

76. Aluminium.
77. Cuivre.
78. Etain.
79. Fer et acier.
80. Nickel.
81. Plomb.
82. Zinc.
83. autres.
84. Pierres précieuses et demiprécieuses brutes ou simplement taillées, mais non montées (y compris le corail et les perles fines).
85. Marbres et albâtre.
86. Autres pierres.
87. Huiles minérales et leurs dérivés.
88. Charbons minéraux, même carbonisés ou agglomérés.
89. Chaux.
90. Ciment.
91. Soufre.

Textiles:

92. Laine.
93. Soie.
94. Coton.
95. Jute.
96. Chanvre et lin.
97. Ramie, henneqnen et autres fibres textiles.
98. Autres matières.

IV. Produits Fabriqués.

99. Amidon.
100. Savons.
101. Bougies, cierges et chandelles.
102. Parfumeries et cosmétiques.
103. Couleurs, teintures et vernis.
104. Produits chimiques (y compris les alcools ne servant pas comme boissons).
105. Médicaments composés.
106. Cigares et cigarettes.
107. Autres tabacs (y compris les extraits de tabac).
108. Pelleteries préparées et ouvrées.
109. Cuirs et peaux préparés.
110. Chaussures de peau.
111. Gants de peau.
112. Autres ouvrages en peau.

Fils:

113. de laine.
114. de soie naturelle ou artificielle.
115. de coton.
116. de jute.
117. de chanvre, de lin, de ramie et d'autres fibres textiles.
118. Cordages.

Tissus:

119. de laine.
120. de soie naturelle ou artificielle.
121. de coton.
122. de jute.
123. de chanvre, de lin, de ramie et d'autres fibres textiles.

124. Broderies, dentelles, passementeries et tulles brodés.
125. Bonneterie.
126. Chapeaux ornés pour dames (modes).
127. Chapeaux autres de toute espèce.
128. Lingerie.
129. Vêtements pour femmes.
130. Vêtements pour hommes.
131. Autres objets confectionnés.
132. Ouvrages en caoutchouc de toute espèce.*)
133. Meubles en bois.**)
134. Autres ouvrages en bois.

Papiers:

135. de tenture.
136. autres et carton.***)
137. Ouvrages en papier et en carton.
138. Livres et musique gravée ou imprimée.
139. Autres produits des arts graphiques.
140. Ouvrages en marbre, en plâtre, en ciment et en pierre.
141. Tuiles, briques, carreaux, tuyaux, autres qu'en faïence ou en porcelaine.
142. Faïences et porcelaines.
143. Autres poteries.
144. Glaces.
145. Verres de vitrage.
146. Gobeleterie (verre creux).
147. Autres verreries.
148. Fer et acier simplement battus, étirés ou laminés.
149. Autres ouvrages en fer et en acier.

*) Sont compris parmi les Ouvrages en caoutchouc, les chaussures, les tissus et les vêtements en caoutchouc, ainsi que les bandages de roues de toute espèce.

**) Les meubles autres qu'en bois suivent le régime des ouvrages, suivant la matière.

***) Les cahiers lignés sont à considérer comme ouvrages en papier.

Ouvrages:

150. en aluminium.
151. en cuivre.
152. en étain.
153. en nickel.
154. en plomb.
155. en zinc.
156. Bijouterie, orfèvrerie et articles similaires en métaux précieux.
157. Bijouterie autre, même dorée, argentée, nicklée, etc.
158. Locomotives et tenders de locomotives.
159. Locomobiles.
160. Machines et appareils électriques.
161. Machines motrices (autres que locomotives, locomobiles et machines électriques), chaudières à vapeur, turbines, pompes, etc.
162. Machines-outils.
163. Machines à tisser, à apprêter, à blanchir, à imprimer, à teindre les étoffes, les rubans, etc., machines à carder, à peigner, à serancer, à filer, métiers à broder et autres machines pour l'industrie textile.
164. Machines à coudre, à broder et à tricoter, à la main ou à pédales.
165. Machines pour fabriques et raffineries de sucre, pour distilleries, vinaigreries, brasseries et malteries.
166. Machines agricoles.
167. Autres machines et mécaniques et pièces détachées.
168. Outils.*)

*) Cette rubrique ne comprend que les outils employés à l'exercice de professions manuelles, à l'exclusion des machines-outils.

169. Voitures et wagons pour chemins de fer et tramways.*)
170. Voitures automobiles.
171. Motocycles et autres véhicules de l'espèce.
172. Vélocipèdes.
173. Tous autres véhicules.**)
174. Navires et bateaux.
175. Instruments de musique.
176. Instruments et appareils scientifiques.
177. Horlogerie et fournitures d'horlogerie.***)

*) Y compris les fourgons et wagonnets de toute sorte.
**) Y compris les aéronefs.
***) Les montres et fournitures pour montres rentrent dans cette catégorie.

178. Armes et munitions.
179. Poudre à tirer et autres produits explosibles.
180. Allumettes.
181. Tous autres produits fabriqués.
182. Objets d'art et de collection.

V. Or et argent non ouvrés et monnaies d'or et d'argent.

183. Or non ouvré.*)
184. Argent non ouvré.*)
185. Monnaies d'or.
186. Monnaies d'argent.

*) Y compris les lingots, la poudre, les barres et les débris.

Règlement d'organisation du bureau international de statistique commerciale.

En exécution de l'article VI de la Convention en date de ce jour, les Etats contractants adoptent le Règlement ci-après concernant l'organisation du Bureau international de Statistique commerciale, créé en vertu de l'article III de ladite Convention.

Attributions.

Article I.

Le Bureau international a pour mission:

a) De coordonner les renseignements que lui transmettent les Pays contractants aux fins visées par la Convention et de les publier d'après la Nomenclature commune adoptée en vertu de l'article II de ladite Convention;

b) De préparer éventuellement les travaux des Conférences dont la réunion serait décidée conformément à l'article IX de la Convention.

Publications.

Article II.

Le Bulletin du Bureau international de Statistique commerciale, publié en vertu de l'article IV de la Convention, est annuel.

Article III.

Le format du Bulletin et les tableaux y contenus sont conformes aux modèles annexés au présent Règlement d'organisation.

Article IV.

Le Bulletin est rédigé en langue française.

Les valeurs sont indiquées en francs et les poids d'après le système métrique.

Le Bureau international conserve des droits exclusifs quant à la propriété de ses publications.

Article V.

En vue de l'élaboration du Bulletin, chacun des Pays contractants fait parvenir au Bureau international, le plus tôt possible et au plus tard en novembre, les renseignements statistiques relatifs à l'année précédente.

Ces renseignements sont consignés dans des formulaires fournis aux différents Etats par le Bureau international et conformes aux modèles annexés au présent Règlement d'organisation.

Dans le cas où les marchandises ne peuvent pas être classées dans l'une ou l'autre des rubriques de la nomenclature commune, il y a lieu d'indiquer — dans les formulaires — le numero d'ordre de la rubrique relative, dans chaque catégorie, aux marchandises non classées, c'est à dire qui ne font pas l'objet d'une rubrique speciale.

Article VI.

Le Bulletin publié par le Bureau international est distribué aux Gouvernements contractants proportionnellement à leur part d'intervention dans les frais de l'institution et ce sur la base de dix exemplaires par unité de cent francs.

Les exemplaires supplémentaires qui seraient réclamés par les dits Gouvernements pourront leur être fournis par le Bureau international d'après un barême à déterminer. La demande doit en être faite lors de l'envoi des renseignements visés à l'article V du présent Règlement.

Les conditions de la vente du Bulletin aux Etats non contractants et aux particuliers seront réglées par le Bureau international.

Article VII.

Chaque Etat contractant envoie directement au Bureau international deux exemplaires de la publication annuelle relative à la statistique de son commerce extérieur.

Personnel.

Article VIII.

Le personnel du Bureau international est nommé par les soins du Gouvernement belge.

Article IX.

Le Gouvernement belge est chargé de prendre les mesures utiles pour le fonctionnement du Bureau international, en restant dans les limites tracées par la Convention et par le présent Règlement.

Il fait les avances de fonds nécessaires et veille à la marche régulière de l'institution.

Budget.

Article X.

Afin de déterminer équitablement la part contributive des Etats contractants dans les dépenses annuelles du Bureau international, ces Etats sont répartis en six classes correspondant à l'importance de leur commerce spécial respectif, savoir:

1re classe: plus de 4 milliards de francs;
2e classe: plus de 3 milliards jusqu'à 4 milliards de francs;
3e classe: plus de 2 milliards jusqu'à 3 milliards de francs;
4e classe: plus de 1 milliard jusqu'à 2 milliards de francs;
5e classe: plus de 500 millions jusqu'à 1 milliard de francs;
6e classe: 500 millions de francs et moins.

Article XI.

Les parts contributives des Etats contractants dans le budget des dépenses fixées approximativement à trente-cinq mille francs par an, sont établies, pour toute la durée de la Convention, de la manière suivante:

1re classe	1,200 francs;
2e classe	1,100 francs;
3e classe	1,000 francs;
4e classe	900 francs;
5e classe	800 francs;
6e classe	700 francs.

Le paiement des cotisations échéant aux Parties contractantes s'effectue entre les mains du Ministre des Affaires Etrangères de Belgique ou de son délégué, dans le courant du premier trimestre de chaque exercice et en monnaies ayant cours légal en Belgique.

Article XII.

Les sommes provenant de la vente du Bulletin par le Bureau international sont versées au Budget des recettes.

Article XIII.

Les Etats qui se retireraient de la Convention perdent leur droit de copropriété dans le fonds commun.

Article XIV.

En cas de dissolution, le fonds commun sera liquidé entre les Etats contractants, proportionnellement aux parts contributives déterminées par l'article XI du présent Règlement.

Article XV.

L'excédent éventuel du budget d'un exercice est reporté au budget de l'exercice suivant.

Le cas échéant, les excédents servent à constituer un fonds de réserve destiné à parer aux dépenses imprévues.

Article XVI.

Un rapport sur la gestion financière du Bureau international et la marche des travaux est adressé chaque année aux Gouvernements contractants.

Fait à Bruxelles, le trente-un décembre mil neuf cent treize.

Protocole.

Les Etats contractants se réservent d'examiner, le moment venu et de commun accord, l'opportunité d'instituer, à côté du Bureau international créé par la Convention, un Conseil international permanent appelé à donner son avis sur les questions concernant l'application de la Convention.

Bruxelles, le trente-un décembre mil neuf cent treize.

29.

FRANCE, MONACO.

Traité d'amitié protectrice; signé à Paris, le 17 juillet 1918.

Publication officielle.

Traité.

Le Président de la République Française et son Altesse Sérénissime le Prince de Monaco, désireux de confirmer par un acte formel de mutuelle confiance l'Amitié protectrice que, suivant une heureuse tradition, la Principauté a toujours rencontrée auprès du Gouvernement français,

Considérant que les intérêts de la Principauté de Monaco sont nécessairement liés, par suite de sa situation géographique, à ceux de la France.

Ont résolu de conclure à cet effet un Traité et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires respectifs savoir:

Le Président de la République Française:

M. Stephen Pichon, Sénateur, Ministre des Affaires étrangères de la République Française.

et Son Altesse Sérénissime le Prince de Monaco:

M. le Comte Balny d'Avricourt, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près le Président de la République Française,

lesquels, dûment autorisés, sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1er.

Le Gouvernement de la République française assure à la Principauté de Monaco la défense de son indépendance et de sa souveraineté et garantit l'intégrité de son territoire comme si ce territoire faisait partie de la France.

De son côté, le Gouvernement de son Altesse Sérénissime le Prince de Monaco s'engage à exercer ses droits de souveraineté en parfaite conformité avec les intérêts politiques, militaires, navals et économiques de la France.

Article 2.

Les mesures concernant les relations internationales de la Principauté devront toujours faire l'objet d'une entente préalable entre le Gouvernement princier et le Gouvernement français.

Il en est de même des mesures concernant directement ou indirectement l'exercice d'une régence ou la succession à la couronne qui, soit par l'effet d'un mariage, d'une adoption ou autrement ne pourra être dévolue qu'à une personne ayant la nationalité française ou monégasque et agréée par le Gouvernement français.

Article 3.

Son Altesse Sérénissime le Prince de Monaco, conformément aux articles additionnels du Traité du 2 février 1861,*) confirme, tant pour lui que pour ses successeurs, l'engagement pris envers le Gouvernement français de ne point aliéner la Principauté, soit en totalité, soit en partie, en faveur d'aucune autre Puissance que la France.

En cas de vacance de la couronne, notamment faute d'héritier direct ou adoptif, le territoire monégasque formera, sous le protectorat de la France, un Etat autonome sous le nom d'Etat de Monaco. En pareil cas, les biens privés immobiliers non affectés à un usage public, qui, de ce chef, pourraient faire l'objet d'une revendication particulière des ayants droit, seront rachetés par l'Etat de Monaco avec l'assistance, s'il y a lieu, de l'Etat français.

Article 4.

Le Gouvernement français pourra, soit de sa propre initiative, avec l'agrément du Prince, ou en cas d'urgence après notification, soit sur la demande de son Altesse Sérénissime, faire pénétrer et séjourner sur le territoire et dans les eaux territoriales de la Principauté les forces militaires ou navales nécessaires au maintien de la sécurité des deux pays.

Article 5.

Le Gouvernement français prêtera au Gouvernement princier ses bons offices pour lui faciliter l'accès à ses côtés des Conférences et Institutions internationales, notamment de celles ayant pour objet l'organisation de la Société des Nations.

Article 6.

Des conventions particulières fixeront les dispositions concernant notamment: les conséquences économiques de l'Union douanière stipulée par le Traité du 2 février 1861, la poursuite et la répression des fraudes fiscales, des contraventions, des délits et crimes de toute nature, l'organisation des services publics communs, l'enseignement, le recrutement des fonction-

*) V. **N. R. G.** XVII. 2, p. 55.

naires publics, le régime des étrangers principalement au point de vue de leur naturalisation et de leur sujetion aux impôts, la accordination des mesures de police, la surveillance des frontières, étant bien entendu qu'il appartient au seul Gouvernement princier d'édicter, avec l'assentiment du Gouvernement français, s'il y a lieu, les dispositions concernant l'ordre public interne de la Principauté.

Article 7.

Le présent Traité sera, dès que les circonstances le permettront, porté par les soins du Gouvernement français à la connaissance des Puissances.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double, à Paris, le 17 juillet 1918.

(L. S.) *S. Pichon.*
(L. S.) *Balny d'Avricourt.*

30.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, VÉNÉZUÉLA.

Traité en vue d'établir une Commission internationale d'enquêtes permanente; signé à Caracas, le 21 mars 1914, suivi d'un Protocole explicatif, signé à Caracas, le 27 février 1915.*)

Treaty Series, No. 652.

Treaty of Peace between the United States of Venézuéla and the United States of America.

The President of the United States of Venezuela and the President of the United States of America, being desirous to strengthen the bonds of amity that bind Venezuela and the United States together and also to advance the cause of general peace, have resolved to enter into a treaty for that purpose and to that end have appointed as their plenipotentiaries:

The President of the United States of Venezuela, Señor Doctor Manuel Diaz Rodriguez, Minister for Foreign Relations; and the President of

El Presidente de los Estados Unidos de Venezuela y el Presidente de los Estados Unidos de America, en el deseo de estrechar los lazos de amistad que unen a Venezuela y a los Estados Unidos, y con el propósito de laborar por la causa de la paz general, han resuelto celebrar un tratado que tienda especialmente a esos fines, y para ello ha nombrado como sus plenipotenciarios:

El Presidente de los Estados Unidos de Venezuela al Señor Doctor Manuel Diaz Rodriguez, Ministro de Relaciones Exteriores; y el Presidente

*) Les ratifications du Traité ont été échangées à Caracas, le 12 février 1921.

the United States of America, Mr Preston McGoodwin, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of said Nation to Venezuela;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found to be in proper form, have agreed upon and concluded the following articles:

Article I.

The high contracting parties agree that all disputes between them, of every nature whatsoever, which diplomacy shall fail to adjust, shall be submitted for investigation and report to a Permanent International Commission, to be constituted in the manner prescribed in article II; and they agree, if the case arises, not to declare war nor to begin hostilities during such investigation and before the report has been considered.

Article II.

The International Commission shall be composed of five members, to be appointed as follows: one member shall be chosen from each country, by the Government thereof; one member shall be chosen by each Government from some third country; the fifth member shall be chosen by common agreement between the two Governments, who can also submit his election to the four arbitrators already appointed; it being understood that he shall not be a citizen of either of the two countries. The expenses shall be paid by the two Governments in equal proportion.

The International Commission shall be appointed within six months after the exchange of the ratifications of this treaty; and the vacancies shall be filled

de los Estados Unidos de America al Señor Preston McGoodwin, Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario de dicha Nación en Venezuela;

Quienes, después de haberse comunicado sus respectivos plenos poderes y de hallarlos en debida forma, han convenido en los siguientes artículos.

Artículo I.

Las altas partes contratantes convienen en que todas las diferencias surgidas entre ellas, de cualquier naturaleza que sean, y que no se hayan podido arreglar por los medios diplomáticos, serán sometidas, para su investigación e informe, a una Comisión Internacional Permanente, que se constituirá de la manera prescrita en el artículo II; y convienen, si llegare el caso, en no declararse la guerra ni comenzar hostilidades mientras dure la investigación y no haya sido considerado el informe.

Artículo II.

La Comisión Internacional se compondrá de cinco miembros que se nombrarán como sigue: cada uno de los Gobiernos escogerá de entre sus nacionales un miembro; otro se elegirá de un tercer pais por cada Gobierno, y el quinto será elegido de común acuerdo entre los dos Gobiernos, quienes pueden también someter su elección a los cuatro árbitros ya nombrados; teniéndose entendido que no ha de ser ciudadano de ninguno de los dos paises. Los gastos de la Comisión serán sufragados por partes iguales entre los dos Gobiernos.

La Comisión Internacional será nombrada dentro de seis meses después del canje de las ratificaciones de este tratado; y las faltas serán suplidas

according to the manner of the original appointment.

Article III.

In case the high contracting parties shall have failed to adjust a dispute by diplomatic methods, they shall at once refer it to the International Commission for investigation and report. The International Commission, may, however, before taking diplomatic steps or in the course thereof, act upon its own initiative, and in such case it shall notify both Governments and request their cooperation in the investigation.

The high contracting parties agree to afford to the Permanent International Comission all the means and facilities required for its investigation and report.

In each instance, the report of the International Commission shall be completed within one year after the date on which it shall declare its investigation to have begun, unless the high contracting parties shall limit or extend the time by mutual agreement. The report shall be prepared in triplicate: one copy shall be presented to each Government, and the third retained by the Commission for its files.

The high contracting parties reserve the right to act independently on the subject-matter of the dispute after the report of the Commission shall have been submitted.

Article IV.

The present treaty shall be ratified by the President of the United States of Venezuela, with the approval of the Congress; and by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate

siguiendo el procedimiento adoptado para el nombramiento original.

Artículo III.

En caso de que las altas partes contratantes no puedan llegar al arreglo de una controversia por la vía diplomática, habrán de someterla inmediatamente a la Comisión Internacional para su investigación e informe. La Comisión Internacional puede, sinembargo, antes de que se inicien los tratos diplomáticos o en el curso de ellos, ofrecer espontáneamente sus servicios al efecto, y en tal caso lo notificará a ambos Gobiernos, excitándoles a que cooperen a la investigación.

Las altas partes contratantes convienen en proporcionar a la Comision Internacional Permanente todos los medios y facilidades requeridos para su investigacion e informe.

En cada caso, el informe de la Comision Internacional será concluido dentro de un año después de la fecha en que se hubiere ordenado el comienzo de su investigación, a menos que las altas partes contratantes limiten o prolonguen el lapso de mutuo acuerdo. El informe se hará por triplicado; una copia se presentará a cada uno de los Gobiernos, y la tercera se conservará en los archivos de la Comisión.

Las altas partes contratantes se reservan el derecho de obrar independientemente acerca del asunto de la controversia, después de haberles sido sometido el informe de la Comisión.

Articulo IV.

El presente tratado será ratificado por el Presidente de los Estados Unidos de Venezuela, con la aprobación del Congreso; y por el Presidente de los Estados Unidos de América, por y con el voto y consentimiento del Se-

thereof; and the ratifications shall be exchanged as soon as possible.

It shall take effect immediately after the exchange of ratifications, and shall continue in force for a period of five years; and it shall thereafter remain in force until twelve months after one of the high contracting parties have given notice to the other of an intention to terminate it.

In witness whereof the respective plenipotentiaires have signed the present treaty and have affixed thereunto their seals.

Done at Caracas on the twenty first day of March in the year ninteen hundred and fourteen.

[seal.] *Manuel Diaz-Rodriguez.*
[seal.] *Preston McGoodwin.*

nado de dicho país; y las ratificaciones serán canjeadas tan pronto como sea posible. Entrará en vigencia inmediamente después del canje de las ratificaciones, y continuará estándolo por un período de cinco años; y quedará luego en vigencia hasta después de doce meses en que una de las altas partes contratantes haya dado aviso a la otra de su intención de darle término.

En prueba de lo cual los respectivos plenipotenciarios han firmado el presente tratado y lo han sellado con sus sellos.

Hecho en Caracas el día veinte y uno de Marzo del año mil novecientos catorce.

[seal.] *Manuel Diaz-Rodriguez.*
[seal.] *Preston McGoodwin.*

Protocol.

The Government of the United States of America and the Government of the United States of Venezuela, desirous of removing any doubt or uncertainty that may exist or that may hereafter arise as to the interpretation to be placed upon the second clause of Article III of the Treaty of March 21, 1914, between the United States and Venezuela, looking to the advancement of the general cause of peace; which clause reads as follows:

„The International Commission may, however, before taking diplomatic steps or in the course thereof, act upon its own initiative, and in such case it shall notify both Governments and request their cooperation in the investigation";

have authorized the undersigned Plenipotentiaries to declare as follows:

It is the understanding of the two Governments that the said clause does

El Gobierno de los Estados Unidos de América y el Gobierno de los Estados Unidos de Venezuela, deseosos de resolver cualquiera duda o incertidumbre que exista o pueda surgir respecto al alcance de la cláusula segundo del Artículo III del Tratado del 21 de marzo de 1914 concluida entre los Estados Unidos y Venezuela y encaminado al fomento de la causa general de la paz, cláusula cuyo tenor es como sigue:

„La Comisión Internacional puede, sinembargo antes de que se inicien los tratos diplomáticos o en el curso de ellos, ofrecer espontaneamente sus servicios al efecto, y en tal caso lo notificará a ambos Gobiernos, excitándolos a que cooperen a la investigación";

han autorizado a los infrascritos Plenipotenciarios para hacer la siguiente declaración:

Los dos Gobiernos declaran que la cláusula trascrita no confiere a la Co-

not confer upon the Commission the right to act upon its own initiative before diplomatic means of adjustment have been exhausted, but that it shall be understood as meaning that, should the Commission spontaneously offer its services, it shall not proceed to undertake its investigation and report in the matter which is the subject of disagreement between the two Governments, until after they shall have exhausted diplomatic means of adjustment.

In witness whereof, the undersigned Plenipotentiaries have signed their names and affixed their respective seals to this Protocol, at the city of Caracas, this twenty seventh day of February, in the year 1915.

[seal.] *Preston McGoodwin.*
[seal.] *Ignº Andrade.*

misión el derecho de obrar de propia iniciativa antes de haberse agotado los medios diplomáticos de arreglo, sino que ha de entenderse que si la Comisión ofreciere espontaneamente sus servicios, no podrá proceder a practicar su investigación y hacer informe en el asunto que motiva el desacuerdo de los dos Gobiernos sino después que estos hayan agotado los medios diplomáticos de arreglo.

En testimonio de lo cual los infrascritos Plenipotenciarios autorizan con sus firmas y sellos el presente Protocolo, en Caracas, a los veinte y siete dias del mes de febrero de mil novecientos quince.

[seal.] *Ignº Andrade.*
[seal.] *Preston McGoodwin.*

31.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, PORTUGAL.

Arrangement en vue de prolonger la durée de la Convention d'arbitrage conclue le 6 avril 1908,*) prolongée le 28 juin 1913;**) signé à Lisbonne, le 14 septembre 1920.***)

Treaty Series, No. 656.

The Government of the United States of America and the Government of the Portuguese Republic, being desirous of extending for another five years the period during which the Arbitration Convention concluded between them on April 6, 1908, extended by the Agreement concluded between the two Governments on June 28, 1913, shall remain in force, have authorized the undersigned, to wit:

The President of the United States of America: His Excellency Colonel

O Govêrno dos Estados da America e o Govêrno da Republica Portuguesa, desejando prorrogar por outros cinco anos o periodo durante o qual vigora a Convenção de Arbitragem celebrada entre os dois paises em 6 de Abril de 1908, prorrogada pelo acôrdo concluido entre os dois Governos em 28 de Junho de 1913, autorizaram os abaixo assinados, a saber:

O Presidente dos Estados Unidos da América: S. Ex.ª o Coronel Thomas

*) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 727. **) V. **N. R. G.** 3. s. IX, p. 56.
***) Les ratifications ont été échangées à Lisbonne, le 29 septembre 1921.

Thomas H. Birch, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the United States of America near the Portuguese Republic,

The President of the Portuguese Republic: His Excellency João Carlos de Melo Barreto, Minister for Foreign Affairs.

to conclude the following Agreement:

Article I.

The Convention of Arbitration of April 6, 1908, between the Government of the United States of America and the Government of Portugal, the duration of which by Article III thereof was fixed at a period of five years from the date of the exchange of ratifications of the said Convention on November 14, 1908, which period, by the Agreement of June 28, 1913, between the two Governments, was extended for five years from November 14, 1913, is hereby renewed and continued in force for a further period of five years from November 14, 1918.

Article II.

The present Agreement shall be ratified by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof, and by the President of the Portuguese Republic, in accordance with the constitutional laws of the Republic, and it shall become effective upon the date of the exchange of ratifications, which shall take place at Lisbon as soon as possible.

Done in duplicate, in the english and portuguese languages, at Lisbon, this fourteenth day of September one thousand nine hundred and twenty.

H. Birch, Enviado Extraordinário e Ministro Plenipotenciário dos Estados Unidos da América junto da República Portuguesa,

O Presidente da República Portuguesa: S. Ex.ª o Sr. João Carlos de Melo Barreto, Ministro dos Negocios Estrangeiros.

a firmar o seguinte Acôrdo:

Artigo I.

A Convenção de Arbitragem de 6 de Abril de 1908, entre o Govêrno dos Estados Unidos da América e o Govêrno de Portugal, cuja duração foi fixada no Artigo III da mesma Convenção em cinco anos, contados da data da troca das respectivas ratificações em 14 de Novembro de 1908, prazo êste que, pelo Acôrdo de 28 de Junho de 1913 entre os dois Governos, foi prorrogado por cinco anos a contar de 14 Novembro de 1913, é pelo presente Acordo renovada e mantida em vigor por um nove prazo de cinco anos a contar de 14 de Novembro de 1918.

Artigo II.

O presente Acôrdo sera ratificado pelo Presidente dos Estados Unidos da América, por conselho e com o consentimento do Senado da República e pelo Presidente da República Portuguesa, em harmonia com as leis constitucionais da República, e entrará em vigor no dia em que se verificar a troca das ratificações, que se realizará em Lisboa no mais breve prazo possivel.

Feito em duplicado em Lisboa, nas línguas inglesa e portuguesa, aos catorze dias de Setembro de mil novecentos e vinte.

Thos. H. Birch.
João Carlos de Mello Barreto.

NOUVEAU

RECUEIL GÉNÉRAL

DE

TRAITÉS

ET

AUTRES ACTES RELATIFS AUX RAPPORTS DE DROIT INTERNATIONAL.

CONTINUATION DU GRAND RECUEIL

DE

G. FR. DE MARTENS

PAR

Heinrich Triepel

Conseiller intime de justice

Professeur de droit public à l'Université de Berlin.

TROISIÈME SÉRIE.

TOME XI.

DEUXIÈME LIVRAISON.

LEIPZIG

LIBRAIRIE THEODOR WEICHER

1922

32.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, EMPIRE BRITANNIQUE, FRANCE, ITALIE, JAPON, BELGIQUE, BOLIVIE, BRÉSIL, CHINE, CUBA, EQUATEUR, GRÈCE, GUATÉMALA, HAÏTI, HEDJAZ, HONDURAS, LIBÉRIA, NICARAGUA, PANAMA, PÉROU, POLOGNE, PORTUGAL, ROUMANIE, ETAT SERBE-CROATE-SLOVÈNE, SIAM, TCHÉCO-SLOVAQUIE, URUGUAY, ALLEMAGNE.

Traité de paix; signé à Versailles, le 28 juin 1919, suivi d'un Protocole, signé à la date du même jour.*)

Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1919, No. 140.

Les Etats-Unis d'Amérique, l'Empire Britannique, la France, l'Italie et le Japon,

Puissances désignées dans le présent Traité comme les Principales Puissances alliées et associées,

La Belgique, la Bolivie, le Brésil, la Chine, Cuba, l'Equateur, la Grèce, le Guatemala, Haïti, l'Hedjaz, le Honduras, le Libéria, le Nicaragua, le Panama, le Pérou, la Pologne, le Portugal, la Roumanie, l'Etat Serbe-Croate-Slovène, le Siam, la Tchéco-Slovaquie et l'Uruguay,

The United States of America, the British Empire, France, Italy and Japan,

These Powers being described in the present Treaty as the Principal Allied and Associated Powers,

Belgium, Bolivia, Brazil, China, Cuba, Ecuador, Greece, Guatemala, Haiti, the Hedjaz, Honduras, Liberia, Nicaragua, Panama, Peru, Poland, Portugal, Roumania, the Serb-Croat-Slovene State, Siam, Czecho-Slovakia and Uruguay,

*) Le premier Procès-verbal de dépôt des ratifications a été dressé à Paris, le 10 janvier 1920, par l'Allemagne, l'Empire Britannique, la France, l'Italie, le Japon, la Belgique, la Bolivie, le Brésil, le Guatémala, le Pérou, la Pologne, le Siam, la Tchéco-Slovaquie et l'Uruguay. Ont déposé ensuite leurs instruments de ratification la Cuba (le 8 mars 1920), la Grèce (le 30 mars 1920), le Haïti (le 30 juin 1920), le Honduras (le 3 novembre 1920), le Libéria (le 30 juin 1920), le Nicaragua (le 3 novembre 1920), le Panama (le 25 novembre 1920), le Portugal (le 8 avril 1920), la Roumanie (le 14 septembre 1920), l'Etat Serbe-Croate-Slovène (le 10 février 1920). — V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1920, p. 31, 95, 339, 390, 622, 1440, 1859; 1921, p. 54.

Constituant avec les Principales Puissances ci-dessus les Puissances alliées et associées,

d'une part;

Et l'Allemagne,

d'autre part;

Considérant qu'à la demande du Gouvernement Impérial Allemand, un Armistice a été accordé à l'Allemagne le 11 novembre 1918 par les Principales Puissances alliées et associées*) afin qu'un Traité de paix puisse être conclu avec elle,

Considérant que les Puissances alliées et associées sont également désireuses que la guerre, dans laquelle elles ont été successivement entraînées, directement ou indirectement, et qui a son origine dans la déclaration de guerre adressée le 28 juillet 1914 par l'Autriche-Hongrie à la Serbie, dans les déclarations de guerre adressées par l'Allemagne le 1er août 1914 à la Russie et le 3 août 1914 à la France, et dans l'invasion de la Belgique, fasse place à une Paix solide, juste et durable,

A cet effet, les hautes parties contractantes représentées comme il suit:

Le Président des Etats-Unis d'Amérique, par:

L'Honorable Woodrow Wilson, Président des Etats-Unis, agissant tant en son nom personnel que de sa propre autorité;

L'Honorable Robert Lansing, Secrétaire d'Etat;

L'Honorable Henry White, ancien Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire des Etats-Unis à Rome et à Paris;

L'Honorable Edward M. House;

These Powers constituting with the Principal Powers mentioned above the Allied and Associated Powers,

of the one part;

And Germany,

of the other part;

Bearing in mind that on the request of the Imperial German Government an Armistice was granted on November 11, 1918, to Germany by the Principal Allied and Associated Powers*) in order that a Treaty of Peace might be concluded with her, and

The Allied and Associated Powers being equally desirous that the war in which they were successively involved directly or indirectly and which originated in the declaration of war by Austria-Hungary on July 28, 1914, against Serbia, the declaration of war by Germany against Russia on August 1, 1914, and against France on August 3, 1914, and in the invasion of Belgium, should be replaced by a firm, just and durable Peace,

For this purpose the High Contracting Parties represented as follows:

The President of the United States of America, by:

The Honourable Woodrow Wilson, President of the United States, acting in his own name and by his own proper authority;

The Honourable Robert Lansing, Secretary of State;

The Honourable Henry White, formerly Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the United States at Rome and Paris:

The Honourable Edward M. House;

*) V. ci-dessus, No. 12, p. 172.

Le General Tasker H. Bliss, Représentant militaire des Etats-Unis au Conseil supérieur de Guerre;

Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des Territoires Britanniques au dela des mers, Empereur des Indes, par:

Le Très Honorable David Lloyd George, M. P., Premier Lord de la Trésorerie et Premier Ministre;

Le Très Honorable Andrew Bonar Law, M. P., Lord du Sceau privé;

Le Très Honorable Vicomte Milner, G. C. B., G. C. M. G., Secrétaire d'Etat pour les Colonies;

Le Très Honorable Arthur James Balfour, O. M., M. P., Secrétaire d'Etat pour les Affaires étrangères;

Le Très Honorable George Nicoll Barnes, M. P., Misnitre sans portefeuille;

Et:

pour le Dominion du Canada, par:

L'Honorable Charles Joseph Doherty, Ministre de la Justice;

L'Honorable Arthur Lewis Sifton, Ministre des douanes;

pour le Commonwealth d'Australie, par:

Le Très Honorable William Morris Hughes, Attorney General et Premier Ministre;

Le Très Honorable Sir Joseph Cook, G. C. M. G., Ministre de la Marine;

pour l'Union Sud-Africaine, par:

Le Très Honorable Général Louis

General Tasker H. Bliss, Military Representative of the United States on the Supreme War Council;

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions Beyond the Seas, Emperor of India, by:

The Right Honourable David Lloyd George, M. P., First Lord of His Treasury and Prime Minister;

The Right Honourable Andrew Bonar Law, M. P., His Lord Privy Seal;

The Right Honourable Viscount Milner, G. C. B., G. C. M. G., His Secretary of State for the Colonies;

The Right Honourable Arthur James Balfour, O. M., M. P., His Secretary of State for Foreign Affairs;

The Right Honourable George Nicoll Barnes, M. P., Minister without portfolio;

And

for the Dominion of Canada, by:

The Honourable Charles Joseph Doherty, Minister of Justice;

The Honourable Arthur Lewis Sifton, Minister of Customs;

for the Commonwealth of Australia, by:

The Right Honourable William Morris Hughes, Attorney General and Prime Minister;

The Right Honourable Sir Joseph Cook, G. C. M. G., Minister for the Navy;

for the Union of South Africa, by:

General the Right Honourable

Botha, Ministre des Affaires indigènes et Premier Ministre;

Le Très Honorable Lieutenant-Général Jan Christiaan Smuts, K. C., Ministre de la Défense;

pour le Dominion de la Nouvelle-Zélande, par:

Le Très Honorable William Ferguson Massey, Ministre du Travail et Premier Ministre;

pour l'Inde, par:

Le Très Honorable Edwin Samuel Montagu, M. P., Secrétaire d'Etat pour l'Inde;

Le Major-Général Son Altesse Maharaja Sir Ganga Singh Bahadur, Maharaja de Bikaner, G. C. S. I., G. C. I. E., G. C. V. O., K. C. B., A. D. C.;

Le Président de la République Française, par:

M. Georges Clemenceau, Président du Conseil, Ministre de la Guerre;

M. Stephen Pichon, Ministre des Affaires étrangères;

M. Louis-Lucien Klotz, Ministre des Finances;

M. André Tardieu, Commissaire général aux Affaires de guerre franco-américaines;

M. Jules Cambon, Ambassadeur de France;

Sa Majesté le Roi d'Italie, par:

Le Baron S. Sonnino, Député;

Le Marquis G. Imperiali, Sénateur, Ambassadeur de S. M. le Roi d'Italie à Londres;

M. S. Crespi, Député;

Sa Majesté l'Empereur du Japon, par:

Le Marquis Saïonzi, ancien Président du Conseil des Ministres;

Louis Botha, Minister of Native Affairs and Prime Minister;

Lieutenant-General the Right Honourable Jan Christiaan Smuts, K. C., Minister of Defence;

for the Dominion of New Zealand, by:

The Right Honourable William Ferguson Massey, Minister of Labour and Prime Minister;

for India, by:

The Right Honourable Edwin Samuel Montagu, M. P., His Secretary of State for India;

Major-General His Highness Maharaja Sir Ganga Singh Bahadur, Maharaja of Bikaner, G. C. S. I., G. C. I. E., G. C. V. O., K. C. B., A. D. C.;

The President of the French Republic, by:

Mr. Georges Clemenceau, President of the Council, Minister of War;

Mr. Stephen Pichon, Minister for Foreign Affairs;

Mr. Louis-Lucien Klotz, Minister of Finance;

Mr. André Tardieu, Commissary General for Franco-American Military Affairs;

Mr. Jules Cambon, Ambassador of France;

His Majesty the King of Italy, by:

Baron S. Sonnino, Deputy;

Marquis G. Imperiali, Senator, Ambassador of His Majesty the King of Italy at London;

Mr. S. Crespi, Deputy;

His Majesty the Emperor of Japan, by:

Marquis Saïonzi, formerly President of the Council of Ministers;

Le Baron Makino, ancien Ministre des Affaires étrangères, Membre du Conseil diplomatique;

Le Vicomte Chinda, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. l'Empereur du Japon à Londres;

M. K. Matsui, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. l'Empereur du Japon à Paris;

M. H. Ijuin, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. l'Empereur du Japon à Rome;

Sa Majesté le Roi des Belges, par:

M. Paul Hymans, Ministre des Affaires étrangères, Ministre d'Etat;

M. Jules van den Heuvel, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Ministre d'Etat;

M. Emile Vandervelde, Ministre de la Justice, Ministre d'Etat;

Le Président de la République de Bolivie, par:

M. Ismael Montes, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Bolivie à Paris;

Le Président de la République du Brésil, par:

M. João Pandiá Calogeras, Député, ancien Ministre des Finances;

M. Raul Fernandes, Député;

M. Rodrigo Octavio de L. Menezes, professeur de droit international à Rio-de-Janeiro;

Le Président de la République Chinoise, par:

Baron Makino, formerly Minister for Foreign Affairs, Member of the Diplomatic Council;

Viscount Chinda, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of H. M. the Emperor of Japan at London;

Mr. K. Matsui, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of H. M. the Emperor of Japan at Paris;

Mr. H. Ijuin, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of H. M. the Emperor of Japan at Rome;

His Majesty the King of the Belgians, by:

Mr. Paul Hymans, Minister for Foreign Affairs, Minister of State;

Mr. Jules van den Heuvel, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary, Minister of State;

Mr. Emile Vandervelde, Minister of Justice, Minister of State;

The President of the Republic of Bolivia, by:

Mr. Ismael Montes, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Bolivia at Paris;

The President of the Republic of Brazil, by:

Mr. João Pandiá Calogeras, Deputy, formerly Minister of Finance;

Mr. Raul Fernandes, Deputy;

Mr. Rodrigo Octavio de L. Menezes, Professor of International Law at Rio de Janeiro;

The President of the Chinese Republic, by:

M. Lou Tseng-Tsiang, Ministre des Affaires étrangères;
M. Chengting Thomas Wang, ancien Ministre de l'Agriculture et du Commerce;

Le Président de la République Cubaine, par:
M. Antonio Sánchez de Bustamante, Doyen de la Faculté de Droit de l'Université de La Havane, Président de la Société cubaine de Droit international;

Le Président de la République de l'Equateur, par:
M. Enrique Dorn y de Alsúa, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de l'Equateur à Paris;

Sa Majesté le Roi des Hellènes, par:
M. Eleftherios K. Venisélos, Président du Conseil des Ministres;
M. Nicolas Politis, Ministre des Affaires étrangères;

Le Président de la République de Guatémala, par:
M. Joaquin Méndez, ancien Ministre d'Etat aux Travaux publics et à l'Instruction publique, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire du Guatémala à Washington, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire en mission spéciale à Paris;

Le Président de la République d'Haïti, par:
M. Tertullien Guilbaud, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire d'Haïti à Paris;

Sa Majesté le Roi du Hedjaz, par:
M. Rustem Haïdar;
M. Abdul Hadi Aouni;

Mr. Lou Tseng-Tsiang, Minister for Foreign Affairs;
Mr. Chengting Thomas Wang, formerly Minister of Agriculture and Commerce;

The President of the Cuban Republic, by:
Mr. Antonio Sánchez de Bustamente, Dean of the Faculty of Law in the University of Havana, President of the Cuban Society of International Law;

The President of the Republic of Ecuador, by:
Mr. Enrique Dorn y de Alsúa, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Ecuador at Paris;

His Majesty the King of the Hellenes, by:
Mr. Eleftherios K. Venisélos, President of the Council of Ministers;
Mr. Nicolas Politis, Minister for Foreign Affairs;

The President of the Republic of Guatemala, by:
Mr. Joaquin Méndez, formerly Minister of State for Public Works and Public Instruction, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Guatemale at Washington, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary on special mission at Paris;

The President of the Republic of Haiti, by:
Mr. Tertullien Guilbaud, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Haiti at Paris;

His Majesty the King of the Hedjaz, by:
Mr. Rustem Haïdar;
Mr. Abdul Hadi Aouni;

Le Président de la République du Honduras, par:

Le Docteur Policarpo Bonilla, en mission spéciale à Washington, ancien Président de la République du Honduras, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire;

Le Président de la République de Libéria, par:

L'Honorable Charles Dunbar Burgess King, Secrétaire d'Etat;

Le Président de la République de Nicaragua, par:

M. Salvador Chamorro, Président de la Chambre des députés;

Le Président de la République de Panama, par:

M. Antonio Burgos, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Panama à Madrid;

Le Président de la République du Pérou, par:

M. Carlos G. Candamo, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire du Pérou à Paris;

Le Président de la République Polonaise, par:

M. Ignace J. Paderewski, Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires étrangères;

M. Roman Dmowski, Président du Comité national polonais;

Le Président de la République Portugaise, par:

Le Docteur Affonso Augusto da Costa, ancien Président du Conseil des Ministres;

The President of the Republic of Honduras, by:

Dr. Policarpo Bonilla, on special mission to Washington, formerly President of the Republic of Honduras, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary;

The President of the Republic of Liberia, by:

The Honourable Charles Dunbar Burgess King, Secretary of State;

The President of the Republic of Nicaragua, by:

Mr. Salvador Chamorro, President of the Chamber of Deputies;

The President of the Republic of Panama, by:

Mr. Antonio Burgos, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Panama at Madrid;

The President of the Republic of Peru, by:

Mr. Carlos G. Candamo, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Peru at Paris;

The President of the Polish Republic, by:

Mr. Ignace J. Paderewski, President of the Council of Ministers, Minister for Foreign Affairs;

Mr. Roman Dmowski, President of the Polish National Committee;

The President of the Portuguese Republic, by:

Dr. Affonso Augusto da Costa, formerly President of the Council of Ministers;

Le Docteur Augusto Luiz Vieira Soares, ancien Ministre des Affaires étrangères;

Sa Majesté le Roi de Roumanie, par:

M. Jon J. C. Bratiano, Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires étrangères;

Le Général Constantin Coanda, Général de Corps d'Armée, Aide de Camp royal, ancien President du Conseil des Ministres;

Sa Majesté le Roi des Serbes, des Croates et des Slovènes, par:

M. Nicolas P. Pachitch, ancien Président du Conseil des Ministres;

M. Ante Trumbic, Ministre des Affaires étrangères;

M. Milenko Vesnitch, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de S. M. le Roi des Serbes, des Croates et des Slovènes à Paris;

Sa Majesté le Roi de Siam, par:

Son Altesse le Prince Charoon, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de S. M. le Roi de Siam à Paris;

Son Altesse sérénissime le Prince Traidos Prabandhu, Sous-Secrétaire d'Etat aux Affaires étrangères;

Le Président de la République Tchéco-Slovaque, par:

M. Karel Kramář, Président du Conseil des Ministres;

M. Edouard Beneš, Ministre des Affaires étrangères;

Le Président de la République de l'Uruguay, par:

M. Juan Antonio Buero, Ministre des Affaires étrangères, ancien Ministre de l'Industrie;

Dr. Augusto Luiz Vieira Soares, formerly Minister for Foreign Affairs;

His Majesty the King of Roumania, by:

Mr. Jon J. C. Bratiano, President of the Council of Ministers, Minister for Foreign Affairs;

General Constantin Coanda, Corps Commander, A. D. C. to the King, formerly President of the Council of Ministers;

His Majesty the King of the Serbs, the Croats, and the Slovenes, by:

Mr. Nicolas P. Pachitch, formerly President of the Council of Ministers;

Mr. Ante Trumbic, Minister for Foreign Affairs;

Mr. Milenko Vesnitch, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of H. M. the King of the Serbs, the Croats and the Slovenes at Paris;

His Majesty the King of Siam, by:

His Highness Prince Charoon, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of H. M. the King of Siam at Paris;

His Serene Highness Prince Traidos Prabandhu, Under Secretary of State for Foreign Affairs;

The President of the Czecho-Slovakian Republic, by:

Mr. Karel Kramář, President of the Council of Ministers;

Mr. Eduard Beneš, Minister for Foreign Affairs;

The President of the Republic of Uruguay, by:

Mr. Juan Antonio Buero, Minister for Foreign Affairs, formerly Minister of Industry;

L'Allemagne, par:

M. Hermann Müller, Ministre d'Empire des Affaires étrangères;

Le Docteur Bell, Ministre d'Empire;

Agissant au nom de l'Empire allemand et au nom de tous les Etats qui les composent et de chacun d'eux en particulier.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, ont convenu des dispositions suivantes:

A dater de la mise en vigueur du présent Traité, l'état de guerre prendra fin. Dès ce moment et sous réserve des dispositions du présent Traité, les relations officielles des Puissances alliées et associées avec l'Allemagne et l'un ou l'autre des Etats allemands seront reprises.

Partie I.

Pacte de la Société des Nations.

Les Hautes Parties Contractantes,

Considérant que, pour développer la coopération entre les nations et pour leur garantir la paix et la sûreté, il importe

d'accepter certaines obligations de ne pas recourir à la guerre,

d'entretenir au grand jour des relations internationales fondées sur la justice et l'honneur,

d'observer rigoureusement les prescriptions du droit international, reconnues désormais comme règle de conduite effective des Gouvernements,

de faire régner la justice et de respecter scrupuleusement toutes les obligations des Traités dans les rapports mutuels des peuples organisés,

Germany, by:

Mr. Hermann Müller, Minister for Foreign Affairs of the Empire;

Dr. Bell, Minister of the Empire:

Acting in the name of the German Empire and of each and every component State,

Who having communicated their full powers found in good and due form have agreed as follows:

From the coming into force of the present Treaty the state of war will terminate. From that moment and subject to the provisions of this Treaty official relations with Germany, and with any of the German States, will be resumed by the Allied and Associated Powers.

Part I.

The Covenant of the League of Nations.

The High Contracting Parties,

In order to promote international co-operation and to achieve international peace and security

by the acceptance of obligations not to resort to war,

by the prescription of open, just and honourable relations between nations,

by the firm establishment of the understandings of international law as the actual rule of conduct among Governments, and

by the maintenance of justice and a scrupulous respect for all treaty obligations in the dealings of organised peoples with one another,

Adoptent le présent Pacte qui institue la Société des Nations.

Article 1.

Sont Membres originaires de la Société des Nations, ceux des Signataires dont les noms figurent dans l'Annexe au présent Pacte, ainsi que les Etats, également nommés dans l'Annexe, qui auront accédé au présent Pacte sans aucune réserve par une déclaration déposée au Secrétariat dans les deux mois de l'entrée en vigueur du Pacte et dont notification sera faite aux autres Membres de la Société.

Tout Etat, Dominion ou Colonie qui se gouverne librement et qui n'est pas désigné dans l'Annexe, peut devenir Membre de la Société si son admission est prononcée par les deux tiers de l'Assemblée, pourvu qu'il donne des garanties effectives de son intention sincère d'observer ses engagements internationaux et qu'il accepte le règlement établi par la Société en ce qui concerne ses forces et ses armements militaires, navals et aériens.

Tout Membre de la Société peut, après un préavis de deux ans, se retirer de la Société, à la condition d'avoir rempli à ce moment toutes ses obligations internationales y compris celles du présent Pacte.

Article 2.

L'action de la Société, telle qu'elle est définie dans le présent Pacte, s'exerce par une Assemblée et par un Conseil assistés d'un Secrétariat permanent.

Article 3.

L'Assemblée se compose de Représentants des Membres de la Société.

agree to this Covenant of the League of Nations.

Article 1.

The original Members of the League of Nations shall be those of the Signatories which are named in the Annex to this Covenant and also such of those other States named in the Annex as shall accede without reservation to this Covenant. Such accession shall be effected by a Declaration deposited with the Secretariat within two months of the coming into force of the Covenant. Notice thereof shall be sent to all other Members of the League.

Any fully self-governing State, Dominion or Colony not named in the Annex may become a Member of the League if its admission is agreed to by two-thirds of the Assembly, provided that it shall give effective guarantees of its sincere intention to observe its international obligations, and shall accept such regulations as may be prescribed by the League in regard to its military, naval and air forces and armaments.

Any Member of the League may, after two years' notice of its intention so to do, withdraw from the League, provided that all its international obligations and all its obligations under this Covenant shall have been fulfilled at the time of its withdrawal.

Article 2.

The action of the League under this Covenant shall be effected through the instrumentality of an Assembly and of a Council, with a permanent Secretariat.

Article 3.

The Assembly shall consist of Representatives of the Members of the League.

Elle se réunit à des époques fixées et à tout autre moment, si les circonstances le demandent, au siège de la Société ou en tel autre lieu qui pourra être désigné.

L'Assemblée connaît de toute question qui rentre dans la sphère d'activité de la Société ou qui affecte la paix du monde.

Chaque Membre de la Société ne peut compter plus de trois Représentants dans l'Assemblée et ne dispose que d'une voix.

Article 4.

Le Conseil se compose de Représentants des Principales Puissances alliées et associées, ainsi que de Représentants de quatre autres Membres de la Société. Ces quatre Membres de la Société sont désignés librement par l'Assemblée et aux époques qu'il lui plaît de choisir. Jusqu'à la première désignation par l'Assemblée, les Représentants de la Belgique, du Brésil, de l'Espagne et de la Grèce sont Membres du Conseil.

Avec l'approbation de la majorité de l'Assemblée, le Conseil peut désigner d'autres Membres de la Société dont la représentation sera désormais permanente au Conseil. Il peut, avec la même approbation, augmenter le nombre des Membres de la Société qui seront choisis par l'Assemblée pour être représentés au Conseil.

Le Conseil se réunit quand les circonstances le demandent, et au moins une fois par an, au siège de la Société ou en tel autre lieu qui pourra être désigné.

Le Conseil connaît de toute question rentrant dans la sphère d'acti-

The Assembly shall meet at stated intervals and from time to time as occasion may require at the Seat of the League or at such other place as may be decided upon.

The Assembly may deal at its meetings with any matter within the sphere of action of the League or affecting the peace of the world.

At meetings of the Assembly each Member of the League shall have one vote, and may have not more than three Representatives.

Article 4.

The Council shall consist of Representatives of the Principal Allied and Associated Powers, together with Representatives of four other Members of the League. These four Members of the League shall be selected by the Assembly from time to time in its discretion. Until the appointment of the Representatives of the four Members of the League first selected by the Assembly, Representatives of Belgium, Brazil, Spain and Greece shall be members of the Council.

With the approval of the majority of the Assembly, the Council may name additional Members of the League whose Representatives shall always be members of the Council; the Council with like approval may increase the number of Members of the League to be selected by the Assembly for representation on the Council.

The Council shall meet from time to time as occasion may require, and at least once a year, at the Seat of the League, or at such other place as may be decided upon.

The Council may deal at its meetings with any matter within the

vité de la Société ou affectant la paix du monde.

Tout Membre de la Société qui n'est pas représenté au Conseil est invité à y envoyer siéger un Représentant lorsqu'une question qui l'intéresse particulièrement est portée devant le Conseil.

Chaque Membre de la Société représenté au Conseil ne dispose que d'une voix et n'a qu'un Représentant.

Article 5.

Sauf disposition expressément contraire du présent Pacte ou des clauses du présent Traité, les décisions de l'Assemblée ou du Conseil sont prises à l'unanimité des Membres de la Société représentés à la réunion.

Toutes questions de procédure qui se posent aux réunions de l'Assemblée ou du Conseil, y compris la désignation des Commissions chargées d'enquêter sur des points particuliers, sont réglées par l'Assemblée ou par le Conseil et décidées à la majorité des Membres de la Société représentés à la réunion.

La première réunion de l'Assemblée et la première réunion du Conseil auront lieu sur la convocation du Président des Etats-Unis d'Amérique.

Article 6.

Le Secrétariat Permanent est établi au siège de la Société. Il comprend un Secrétaire général, ainsi que les secrétaires et le personnel nécessaires.

Le premier Secrétaire général est désigné dans l'Annexe. Par la suite, le Secrétaire général sera nommé par

sphere of action of the League or affecting the peace of the world.

Any Member of the League not represented on the Council shall be invited to send a Representative to sit as a member at any meeting of the Council during the consideration of matters specially affecting the interests of that Member of the League.

At meetings of the Council, each Member of the League represented on the Council shall have one vote, and may have not more than one Representative.

Article 5.

Except where otherwise expressly provided in this Covenant or by the terms of the present Treaty, decisions at any meeting of the Assembly or of the Council shall require the agreement of all the Members of the League represented at the meeting.

All matters of procedure at meetings of the Assembly or of the Council, including the appointment of Committees to investigate particular matters, shall be regulated by the Assembly or by the Council and may be decided by a majority of the Members of the League represented at the meeting.

The first meeting of the Assembly and the first meeting of the Council shall be summoned by the President of the United States of America.

Article 6.

The permanent Secretariat shall be established at the Seat of the League. The Secretariat shall comprise a Secretary General and such secretaries and staff as may be required.

The first Secretary General shall be the person named in the Annex; thereafter the Secretary General shall

le Conseil avec l'approbation de la majorité de l'Assemblée.

Les secrétaires et le personnel du Secrétariat sont nommés par le Secrétaire général avec l'approbation du Conseil.

Le Secrétaire général de la Société est de droit Secrétaire général de l'Assemblée et du Conseil.

Les dépenses du Secrétariat sont supportées par les Membres de la Société dans la proportion établie pour le Bureau international de l'Union postale universelle.

Article 7.

Le siège de la Société est établi à Genève.

Le Conseil peut à tout moment décider de l'etablir en tout autre lieu.

Toutes les fonctions de la Société ou des services qui s'y rattachent, y compris le Secrétariat, sont également accessibles aux hommes et aux femmes.

Les Représentants des Membres de la Société et ses agents jouissent dans l'exercice de leurs fonctions des privilèges et immunités diplomatiques.

Les bâtiments et terrains occupés par la Société, par ses services ou ses réunions, sont inviolables.

Article 8.

Les Membres de la Société reconnaissent que le maintien de la paix exige la réduction des armements nationaux au minimum compatible avec la sécurité nationale et avec l'exécution des obligations internationales imposée par une action commune.

Le Conseil, tenant compte de la situation géographiqué et des conditions spéciales de chaque Etat, pré-

be appointed by the Council with the approval of the majority of the Assembly.

The secretaries and staff of the Secretariat shall be appointed by the Secretary General with the approval of the Council.

The Secretary General shall act in that capacity at all meetings of the Assembly and of the Council.

The expenses of the Secretariat shall be borne by the Members of the League in accordance with the apportionment of the expenses of the International Bureau of the Universal Postal Union.

Article 7.

The Seat of the League is established at Geneva.

The Council may at any time decide that the Seat of the League shall be established elsewhere.

All positions under or in connection with the League, including the Secretariat, shall be open equally to men and women.

Representatives of the Members of the League and officials of the League when engaged on the business of the League shall enjoy diplomatic privileges and immunities.

The buildings and other property occupied by the League or its officials or by Representatives attending its meetings shall be inviolable.

Article 8.

The Members of the League recognise that the maintenance of peace requires the reduction of national armaments to the lowest point consistent with national safety and the enforcement by common action of international obligations.

The Council, taking account of the geographical situation and circumstances of each State, shall formulate

pare les plans de cette réduction, en vue de l'examen et de la décision des divers Gouvernements.

Ces plans doivent faire l'objet d'un nouvel examen et, s'il y a lieu, d'une revision tous les dix ans au moins.

Après leur adoption par les divers Gouvernements, la limite des armements ainsi fixée ne peut être dépassée sans le consentement du Conseil.

Considérant que la fabrication privée des munitions et du matériel de guerre soulève de graves objections, les Membres de la Société chargent le Conseil d'aviser aux mesures propres à en éviter les fâcheux effets, en tenant compte des besoins des Membres de la Société qui ne peuvent pas fabriquer les munitions et le matériel de guerre nécessaires à leur sûreté.

Les Membres de la Société s'engagent à échanger, de la manière la plus franche et la plus complète, tous renseignements relatifs à l'échelle de leurs armements, à leurs programmes militaires, navals et aériens et à la condition de celles de leurs industries susceptibles d'être utilisées pour la guerre.

Article 9.

Une Commission permanente sera formée pour donner au Conseil son avis sur l'exécution des dispositions des articles 1 et 8 et, d'une façon générale, sur les questions militaires, navales et aériennes.

Article 10.

Les Membres de la Société s'engagent à respecter et à maintenir contre toute agression extérieure l'intégrité territoriale et l'indépendance politique présente de tous les Membres de la Société. En cas d'agression,

plans for such reduction for the consideration and action of the several Governments.

Such plans shall be subject to reconsideration and revision at least every ten years.

After these plans shall have been adopted by the several Governments, the limits of armaments therein fixed shall not be exceeded without the concurrence of the Council.

The Members of the League agree that the manufacture by private enterprise of munitions and implements of war is open to grave objections. The Council shall advise how the evil effects attendant upon such manufacture can be prevented, due regard being had to the necessities of those Members of the League which are not able to manufacture the munitions and implements of war necessary for their safety.

The Members of the League undertake to interchange full and frank information as to the scale of their armaments, their military, naval, and air programmes and the condition of such of their industries as are adaptable to war-like purposes.

Article 9.

A permanent Commission shall be constituted to advise the Council on the execution of the provisions of Articles 1 and 8 and on military, naval and air questions generally.

Article 10.

The Members of the League undertake to respect and preserve as against external aggression the territorial integrity and existing political independence of all Members of the League. In case of any such aggression or in

de menace ou de danger d'agression, le Conseil avise aux moyens d'assurer l'exécution de cette obligation.

Article 11.

Il est expressément déclaré que toute guerre ou menace de guerre, qu'elle affecte directement ou non l'un des Membres de la Société, intéresse la Société tout entière et que celle-ci doit prendre les mesures propres à sauvegarder efficacement la paix des Nations. En pareil cas, le Secrétaire général convoque immédiatement le Conseil, à la demande de tout Membre de la Société.

Il est, en outre, déclaré que tout Membre de la Société a le droit, à titre amical, d'appeler l'attention de l'Assemblée ou du Conseil sur toute circonstance de nature à affecter les relations internationales et qui menace par suite de troubler la paix ou la bonne entente entre nations, dont la paix dépend.

Article 12.

Tous les Membres de la Société conviennent que, s'il s'élève entre eux un différend susceptible d'entraîner une rupture, ils le soumettront soit à la procédure de l'arbitrage, soit à l'examen du Conseil. Ils conviennent encore qu'en aucun cas ils ne doivent recourir à la guerre avant l'expiration d'un délai de trois mois après la sentence des arbitres ou le rapport du Conseil.

Dans tous les cas prévus par cet article, la sentence des arbitres doit être rendue dans un délai raisonnable et le rapport du Conseil doit être établi dans les six mois à dater du jour où il aura été saisi du différend.

case of any threat or danger of such aggression the Council shall advise upon the means by which this obligation shall be fulfilled.

Article 11.

Any war or threat of war, whether immediately affecting any of the Members of the League or not, is hereby declared a matter of concern to the whole League, and the League shall take any action that may be deemed wise and effectual to safeguard the peace of nations. In case any such emergency should arise the Secretary General shall on the request of any Member of the League forthwith summon a meeting of the Council.

It is also declared to be the friendly right of each Member of the League to bring to the attention of the Assembly or of the Council any circumstance whatever affecting international relations which threatens to disturb international peace or the good understanding between nations upon which peace depends.

Article 12.

The Members of the League agree that if there should arise between them any dispute likely to lead to a rupture, they will submit the matter either to arbitration or to inquiry by the Council, and they agree in no case to resort to war until three months after the award by the arbitrators or the report by the Council.

In any case under this Article the award of the arbitrators shall be made within a reasonable time, and the report of the Council shall be made within six months after the submission of the dispute.

Article 13.

Les Membres de la Société conviennent que s'il s'élève entre eux un différend susceptible, à leur avis, d'une solution arbitrale et si ce différend ne peut se régler de façon satisfaisante par la voie diplomatique, la question sera soumise intégralement à l'arbitrage.

Parmi ceux qui sont généralement susceptibles de solution arbitrale, on déclare tels les différends relatifs à l'interprétation d'un traité, à tout point de droit international, à la réalité de tout fait qui, s'il était établi, constituerait la rupture d'un engagement international, ou à l'étendue ou à la nature de la réparation due pour une telle rupture.

La Cour d'arbitrage à laquelle la cause est soumise est la Cour désignée par les Parties ou prévue dans leurs Conventions antérieures.

Les Membres de la Société s'engagent à exécuter de bonne foi les sentences rendues et à ne pas recourir à la guerre contre tout Membre de la Société qui s'y conformera. Faute d'exécution de la sentence, le Conseil propose les mesures qui doivent en assurer l'effet.

Article 14.

Le Conseil est chargé de préparer un projet de Cour permanente de justice internationale et de le soumettre aux Membres de la Société. Cette Cour connaîtra de tous différends d'un caractère international que les Parties lui soumettront. Elle donnera aussi des avis consultatifs sur tout différend ou tout point, dont la saisira le Conseil ou l'Assemblée.

Article 13.

The Members of the League agree that whenever any dispute shall arise between them which they recognise to be suitable for submission to arbitration and which cannot be satisfactorily settled by diplomacy, they will submit the whole subject-matter to arbitration.

Disputes as to the interpretation of a treaty, as to any question of international law, as to the existence of any fact which if established would constitute a breach of any international obligation, or as to the extent and nature of the reparation to be made for any such breach, are declared to be among those which are generally suitable for submission to arbitration.

For the consideration of any such dispute the court of arbitration to which the case is referred shall be the Court agreed on by the parties to the dispute or stipulated in any convention existing between them.

The Members of the League agree that they will carry out in full good faith any award that may be rendered, and that they will not resort to war against a Member of be League which complies therewith. In the event of any failure to carry out such an award, the Council shall propose what steps should be taken to give effect thereto.

Article 14.

The Council shall formulate and submit to the Members of the League for adoption plans for the establishment of a Permanent Court of International Justice. The Court shall be competent to hear and determine any dispute of an international character which the parties thereto submit to it. The Court may also give an advisory opinion upon any dispute or question refer-

Article 15.

S'il s'élève entre les Membres de la Société un différend susceptible d'entraîner une rupture et si ce différend n'est pas soumis à l'arbitrage prévu à l'article 13, les Membres de la Société conviennent de le porter devant le Conseil. A cet effet, il suffit que l'un d'eux avise de ce différend le Secrétaire général, qui prend toutes dispositions en vue d'une enquête et d'un examen complets.

Dans le plus bref délai, les Parties doivent lui communiquer l'exposé de leur cause avec tous faits pertinents et pièces justificatives. Le Conseil peut en ordonner la publication immédiate.

Le Conseil s'efforce d'assurer le règlement du différend. S'il y réussit, il publie, dans la mesure qu'il juge utile, un exposé relatant les faits, les explications qu'ils comportent et les termes de ce règlement.

Si le différend n'a pu se régler, le Conseil rédige et publie un rapport, voté soit à l'unanimité, soit à la majorité des voix, pour faire connaître les circonstances du différend et les solutions qu'il recommande comme les plus équitables et les mieux appropriées à l'espèce.

Tout Membre de la Société représenté au Conseil peut également publier un exposé des faits du différend et ses propres conclusions.

Si le rapport du Conseil est accepté à l'unanimité, le vote des Représentants des Parties ne comptant

red to it by the Council or by the Assembly.

Article 15.

If there should arise between Members of the League any dispute likely to lead to a rupture, which is not submitted to arbitration in accordance with article 13, the Members of the League agree that they will submit the matter to the Council. Any party to the dispute may effect such submission by giving notice of the existence of the dispute to the Secretary General, who will make all necessary arrangements for a full investigation and consideration thereof.

For this purpose the parties to the dispute will communicate to the Secretary General, as promptly as possible, statements of their case with all the relevant facts and papers, and the Council may forthwith direct the publication thereof.

The Council shall endeavour to effect a settlement of the dispute, and if such efforts are successful, a statement shall be made public giving such facts and explanations regarding the dispute and the terms of settlement thereof as the Council may deem appropriate.

If the dispute is not thus settled, the Council either unanimously or by a majority vote shall make and publish a report containing a statement of the facts of the dispute and the recommendations which are deemed just and proper in regard thereto.

Any Members of the League represented on the Council may make public a statement of the facts of the dispute and of its conclusions regarding the same.

If a report by the Council is unanimously agreed to by the members thereof other than the Representatives

pas dans le calcul de cette unanimité, les Membres de la Société s'engagent à ne recourir à la guerre contre aucune Partie qui se conforme aux conclusions du rapport.

Dans le cas où le Conseil ne réussit pas à faire accepter son rapport par tous ses Membres autres que les Représentants de toute Partie au différend, les Membres de la Société se réservent le droit d'agir comme ils le jugeront nécessaire pour le maintien du droit et de la justice.

Si l'une des Parties prétend et si le Conseil reconnait que le différend porte sur une question que le droit international laisse à la compétence exclusive de cette Partie, le Conseil le constatera dans un rapport, mais sans recommander aucune solution.

Le Conseil peut, dans tous les cas prévus au présent article, porter le différend devant l'Assemblée. L'Assemblée devra de même être saisie du différend à la requête de l'une des Parties; cette requête devra être présentée dans les quatorze jours à dater du moment où le différend est porté devant le Conseil.

Dans toute affaire soumise à l'Assemblée, les dispositions du présent article et de l'article 12 relatives à l'action et aux pouvoirs du Conseil, s'appliquent également à l'action et aux pouvoirs de l'Assemblée. Il est entendu qu'un rapport fait par l'Assemblée avec l'approbation des Représentants des Membres de la Société représentés au Conseil et d'une majorité des autres Membres de la Société, à l'exclusion, dans chaque cas, des Représentants des Parties, a le même effet qu'un rapport du

of one or more of the parties to the dispute, the Members of the League agree that they will not go to war with any party to the dispute which complies with the recommendations of the report.

If the Council fails to reach a report which is unanimously agreed to by the members thereof, other than the Representatives of one or more of the parties to the dispute, the Members of the League reserve to themselves the right to take such action as they shall consider necessary for the maintenance of right and justice.

If the dispute between the parties is claimed by one of them, and is found by the Council, to arise out of a matter which by international law is solely within the domestic jurisdiction of that party, the Council shall so report, and shall make no recommendation as to its settlement.

The Council may in any case under this Article refer the dispute to the Assembly. The dispute shall be so referred at the request of either party to the dispute, provided that such request be made within fourteen days after the submission of the dispute to the Council.

In any case referred to the Assembly, all the provisions of this Article and of Article 12 relating to the action and powers of the Council shall apply to the action and powers of the Assembly, provided that a report made by the Assembly, if concurred in by the Representatives of those Members of the League represented on the Council and of a majority of the other Members of the League, exclusive in each case of the Representatives of the parties to the dispute, shall have the same force as a report by the

Conseil adopté à l'unanimité de ses membres autres que les Représentants des Parties.

Article 16.

Si un Membre de la Société recourt à la guerre, contrairement aux engagements pris aux articles 12, 13 ou 15, il est *ipso facto* considéré comme ayant commis un acte de guerre contre tous les autres Membres de la Société. Ceux-ci s'engagent à rompre immédiatement avec lui toutes relations commerciales ou financières, à interdire tous rapports entre leurs nationaux et ceux de l'Etat en rupture de pacte et à faire cesser toutes communications financières, commerciales ou personnelles entre les nationaux de cet Etat et ceux de tout autre Etat, Membre ou non de la Société.

En ce cas, le Conseil a le devoir de recommander aux divers Gouvernements intéressés les effectifs militaires, navals ou aériens par lesquels les Membres de la Société contribueront respectivement aux forces armées destinées à faire respecter les engagements de la Société.

Les Membres de la Société conviennent, en outre, de se prêter l'un à l'autre un mutuel appui dans l'application des mesures économiques et financières à prendre en vertu du présent article pour réduire au minimum les pertes et les inconvénients qui peuvent en résulter. Ils se prêtent également un mutuel appui pour résister à toute mesure spéciale dirigée contre l'un d'eux par l'Etat en rupture de pacte. Ils prennent les dispositions nécessaires pour faciliter le passage à travers leur territoire des forces de tout Membre de la Société

Council concurred in by all the members thereof other than the Representatives of one or more of the parties to the dispute.

Article 16.

Should any Member of the League resort to war in disregard of its covenants under Articles 12, 13 or 15, it shall *ipso facto* be deemed to have committed an act of war against all other Members of the League, which hereby undertake immediately to subject it to the severance of all trade or financial relations, the prohibition of all intercourse between their nationals and the nationals of the covenant-breaking State, and the prevention of all financial, commercial or personal intercourse between the nationals of the covenant-breaking State and the nationals of any other State, whether a Member of the League or not.

It shall be the duty of the Council in such case to recommend to the several Governments concerned what effective military, naval or air force the Members of the League shall severally contribute to the armed forces to be used to protect the covenants of the League.

The Members of the League agree, further, that they will mutually support one another in the financial and economic measures which are taken under this article, in order to minimise the loss and inconvenience resulting from the above measures, and that they will mutually support one another in resisting any special measures aimed at one of their number by the covenant-breaking State, and that they will take the necessary steps to afford passage through their territory to the forces of any of the Members of the League which are co-

qui participe à une action commune pour faire respecter les engagements de la Société.

Peut être exclu de la Société tout Membre qui s'est rendu coupable de la violation d'un des engagements résultant du Pacte. L'exclusion est prononcée par le vote de tous les autres Membres de la Société représentés au Conseil.

Article 17.

En cas de différend entre deux Etats, dont un seulement est Membre de la Société ou dont aucun n'en fait partie, l'Etat ou les Etats étrangers à la Société sont invités à se soumettre aux obligations qui s'imposent à ses Membres aux fins de règlement du différend, aux conditions estimées justes par le Conseil. Si cette invitation est acceptée, les dispositions des articles 12 à 16 s'appliquent sous réserve des modifications jugées nécessaires par le Conseil.

Dès l'envoi de cette invitation, le Conseil ouvre une enquête sur les circonstances du différend et propose telle mesure qui lui paraît la meilleure et la plus efficace dans le cas particulier.

Si l'Etat invité, refusant d'accepter les obligations de Membre de la Société aux fins de règlement du différend, recourt à la guerre contre un Membre de la Société, les dispositions de l'article 16 lui sont applicables.

Si les deux Parties invitées refusent d'accepter les obligations de Membre de la Société aux fins de règlement du différend, le Conseil peut prendre toutes mesures et faire toutes propo-

operating to protect the covenants of the League.

Any Member of the League which has violated any covenant of the League may be declared to be no longer a Member of the League by a vote of the Council concurred in by the Representatives of all the other Members of the League represented thereon.

Article 17.

In the event of a dispute between a Member of the League and a State which is not a Member of the League, or between States not Members of the League, the State or States not Members of the League shall be invited to accept the obligations of membership in the League for the purposes of such dispute, upon such conditions as the Council may deem just. If such invitation is accepted, the provisions of Articles 12 to 16 inclusive shall be applied with such modifications as may be deemed necessary by the Council.

Upon such invitation being given the Council shall immediately institute an inquiry into the circumstances of the dispute and recommend such action as may seem best and most effectual in the circumstances.

If a State so invited shall refuse to accept the obligations of membership in the League for the purposes of such dispute, and shall resort to war against a Member of the League, the provisions of Article 16 shall be applicable as against the State taking such action.

If both parties to the dispute when so invited refuse to accept the obligations of membership in the League for the purposes of such dispute, the Council may take such measures and

sitions de nature à prévenir les hostilités et à amener la solution du conflit.

make such recommendations as will prevent hostilities and will result in the settlement of the dispute.

Article 18.

Tout traité ou engagement international conclu à l'avenir par un Membre de la Société devra être immédiatement enregistré par le Secrétariat et publié par lui aussitôt que possible. Aucun de ces traités ou engagements internationaux ne sera obligatoire avant d'avoir été enregistré.

Article 18.

Every treaty or international engagement entered into hereafter by any Member of the League shall be forthwith registered with the Secretariat and shall as soon as possible be published by it. No such treaty or international engagement shall be binding until so registered.

Article 19.

L'Assemblée peut, de temps à autre, inviter les Membres de la Société à procéder à un nouvel examen des traités devenus inapplicables ainsi que des situations internationales, dont le maintien pourrait mettre en péril la paix du monde.

Article 19.

The Assembly may from time to time advise the reconsideration by Members of the League of treaties which have become inapplicable and the consideration of international conditions whose continuance might endanger the peace of the world.

Article 20.

Les Membres de la Société reconnaissent, chacun en ce qui le concerne, que le présent Pacte abroge toutes obligations ou ententes *inter se* incompatibles avec ses termes et s'engagent solennellement à n'en pas contracter à l'avenir de semblables.

Article 20.

The Members of the League severally agree that this Covenant is accepted as abrogating all obligations or understandings *inter se* which are inconsistent with the terms thereof, and solemnly undertake that they will not hereafter enter into any engagements inconsistent with the terms thereof.

Si avant son entrée dans la Société, un Membre a assumé des obligations incompatibles avec les termes du Pacte, il doit prendre des mesures immédiates pour se dégager de ces obligations.

In case any Member of the League shall, before becoming a Member of the League, have undertaken any obligations inconsistent with the terms of this Covenant, it shall be the duty of such Member to take immediate steps to procure its release from such obligations.

Article 21.

Les engagements internationaux, tels que les traités d'arbitrage, et les ententes régionales, comme la doctrine de Monroe, qui assurent le main-

Article 21.

Nothing in this Covenant shall be deemed to affect the validity of international engagements, such as treaties of arbitration or regional understan-

tien de la paix, ne sont considérés comme incompatibles avec aucune des dispositions du présent Pacte.

Article 22.

Les principes suivants s'appliquent aux colonies et territoires qui, à la suite de la guerre, ont cessé d'être sous la souveraineté des Etats qui les gouvernaient précédemment et qui sont habités par des peuples non encore capables de se diriger eux-mêmes dans les conditions particulièrement difficiles du monde moderne. Le bien-être et le développement de ces peuples forment une mission sacrée de civilisation, et il convient d'incorporer dans le présent Pacte des garanties pour l'accomplissement de cette mission.

La meilleure méthode de réaliser pratiquement ce principe est de confier la tutelle de ces peuples aux nations développées qui, en raison de leurs ressources, de leur expérience ou de leur position géographique, sont le mieux à même d'assumer cette responsabilité et qui consentent à l'accepter: elles exerceraient cette tutelle en qualité de Mandataires et au nom de la Société.

Le caractère du mandat doit différer suivant le degré de développement du peuple, la situation géographique du territoire, ses conditions économiques et toutes autres circonstances analogues.

Certaines communautés, qui appartenaient autrefois à l'Empire ottoman, ont atteint un degré de développement tel que leur existence comme nations indépendantes peut être reconnue provisoirement, à la condition que les conseils et l'aide d'un Mandataire guident leur administration jusqu'au moment où elles

dings like the Monroe doctrine, for securing the maintenance of peace.

Article 22.

To those colonies and territories which as a consequence of the late war have ceased to be under the sovereignty of the States which formerly governed them and which are inhabited by peoples not yet able to stand by themselves under the strenuous conditions of the modern world, there should be applied the principle that the well-being and development of such peoples form a sacred trust of civilisation and that securities for the performance of this trust should be embodied in this Covenant.

The best method of giving practical effect to this principle is that the tutelage of such peoples should be entrusted to advanced nations who by reason of their resources, their experience or their geographical position can best undertake this responsibility, and who are willing to accept it, and that this tutelage should be exercised by them as Mandatories on behalf of the League.

The character of the mandate must differ according to the stage of the development of the people, the geographical situation of the territory, its economic conditions and other similar circumstances.

Certain communities formerly belonging to the Turkish Empire have reached a stage of development where their existence as independent nations can be provisionally recognised subject to the rendering of administrative advice and assistance by Mandatory until such time as they are able to stand alone. The wishes of these com-

seront capables de se conduire seules. Les vœux de ces communautés doivent être pris d'abord en considération pour le choix du Mandataire.

Le degré de développement où se trouvent d'autres peuples, spécialement ceux de l'Afrique centrale, exige que le Mandataire y assume l'administration du territoire à des conditions qui, avec la prohibition d'abus, tels que la traite des esclaves, le trafic des armes et celui de l'alcool, garantiront la liberté de conscience et de religion, sans autres limitations que celles que peut imposer le maintien de l'ordre public et des bonnes mœurs, et l'interdiction d'établir des fortifications ou des bases militaires ou navales et de donner aux indigènes une instruction militaire, si ce n'est pour la police ou la défense du territoire et qui assureront également aux autres Membres de la Société des conditions d'égalité pour les échanges et le commerce.

Enfin il y a des territoires, tels que le Sud-Ouest africain et certaines îles du Pacifique austral, qui, par suite de la faible densité de leur population, de leur superficie restreinte, de leur éloignement des centres de civilisation, de leur contiguïté géographique au territoire du Mandataire, ou d'autres circonstances, ne sauraient être mieux administrés que sous les lois du Mandataire, comme une partie intégrante de son territoire, sous réserve des garanties prévues plus haut dans l'intérêt de la population indigène.

Dans tous les cas le Mandataire doit envoyer au Conseil un rapport annuel concernant les territoires dont il a la charge.

Si le degré d'autorité, de contrôle ou d'administration à exercer par le

munities must be a principal consideration in the selection of the Mandatory.

Other peoples, especially those of Central Africa, are at such a stage that the Mandatory must be responsible for the administration of the territory under conditions which will guarantee freedom of conscience and religion, subject only to the maintenance of public order and morals, the prohibition of abuses such as the slave trade, the arms traffic and the liquor traffic, and the prevention of the establishment of fortifications or military and naval bases and of military training of the natives for other than police purposes and the defense of territory, and will also secure equal opportunities for the trade and commerce of other Members of the League.

There are territories, such as South-West Africa and certain of the South Pacific Islands, which, owing to the sparseness of their population, or their small size, or their remoteness from the centres of civilisation, or their geographical contiguity to the territory of the Mandatory, and other circumstances, can be best administered under the laws of the Mandatory as integral portions of its territory, subject to the safeguards above mentioned in the interests of the indigenous population.

In every case of mandate, the Mandatory shall render to the Council an annual report in reference to the territory committed to its charge.

The degree of authority, control, or administration to be exercised by the

Mandataire n'a pas fait l'objet d'une convention antérieure entre les Membres de la Société, il sera expressément statué sur ces points par le Conseil.

Une Commission permanente sera chargée de recevoir et d'examiner les rapports annuels des Mandataires et de donner au Conseil son avis sur toutes questions relatives à l'exécution des mandats.

Article 23.

Sous la réserve, et en conformité des dispositions des conventions internationales actuellement existantes ou qui seront ultérieurement conclues, les Membres de la Société:

a) s'efforceront d'assurer et de maintenir des conditions de travail équitables et humaines pour l'homme, la femme et l'enfant sur leurs propres territoires, ainsi que dans tous pays auxquels s'étendent leurs relations de commerce et d'industrie, et, dans ce but, d'établir et d'entretenir les organisations internationales nécessaires;

b) s'engagent à assurer le traitement équitable des populations indigènes dans les territoires soumis à leur administration;

c) chargent la Société du contrôle général des accords relatifs à la traite des femmes et des enfants, du trafic de l'opium et autres drogues nuisibles;

d) chargent la Société du contrôle général du commerce des armes et des munitions avec les pays où le contrôle de ce commerce est indispensable à l'intérêt commun;

Mandatory shall, if not previously agreed upon by the Members of the League, be explicitly defined in each case by the Council.

A permanent Commission shall be constituted to receive and examine the annual reports of the Mandatories and to advise the Council on all matters relating to the observance of the mandates.

Article 23.

Subject to and in accordance with the provisions of international conventions existing or hereafter to be agreed upon, the Members of the League:

a) will endeavour to secure and maintain fair and humane conditions of labour for men, women, and children, both in their own countries and in all countries to which their commercial and industrial relations extend, and for that purpose will establish and maintain the necessary international organisations;

b) undertake to secure just treatment of the native inhabitants of territories under their control;

c) will entrust the League with the general supervision over the execution of agreements with regard to the traffic in women and children, and the traffic in opium and other dangerous drugs;

d) will entrust the League with the general supervision of the trade in arms and ammunition with the countries in which the control of this traffic is necessary in the common interest;

e) prendront les dispositions nécessaires pour assurer la garantie et le maintien de la liberté des communications et du transit, ainsi qu'un équitable traitement du commerce de tous les Membres de la Société, étant entendu que les nécessités spéciales des régions dévastées pendant la guerre de 1914—1918 devront être prises en considération;

f) s'efforceront de prendre des mesures d'ordre international pour prévenir et combattre les maladies.

Article 24.

Tous les bureaux internationaux antérieurement établis par traités collectifs seront, sous réserve de l'assentiment des Parties, placés sous l'autorité de la Société. Tous autres bureaux internationaux et toutes commissions pour le règlement des affaires d'intérêt international qui seront créés ultérieurement seront placés sous l'autorité de la Société.

Pour toutes questions d'intérêt international réglées par des conventions générales, mais non soumises au contrôle de commissions ou de bureaux internationaux, le Secrétariat de la Société devra, si les Parties le demandent et si le Conseil y consent, réunir et distribuer toutes informations utiles et prêter toute l'assistance nécessaire ou désirable.

Le Conseil peut décider de faire rentrer dans les dépenses du Secrétariat celles de tout bureau ou commission placé sous l'autorité de la Société.

Article 25.

Les Membres de la Société s'engagent à encourager et favoriser

e) will make provision to secure and maintain freedom of communications and of transit and equitable treatment for the commerce of all Members of the League. In this connection, the special necessities of the regions devastated during the war of 1914—1918 shall be borne in mind;

f) will endeavour to take steps in matters of international concern for the prevention and control of disease.

Article 24.

There shall be placed under the direction of the League all international bureaux already established by general treaties if the parties to such treaties consent. All such international bureaux and all commissions for the regulation of matters of international interest hereafter constituted shall be placed under the direction of the League.

In all matters of international interest which are regulated by general conventions but which are not placed under the control of international bureaux or commissions, the Secretariat of the League shall, subject to the consent of the Council and if desired by the parties, collect and distribute all relevant information and shall render any other assistance which may be necessary or desirable.

The Council may include as part of the expenses of the Secretariat the expenses of any bureau or commission which is placed under the direction of the League.

Article 25.

The Members of the League agree to encourage and promote the estab-

l'établissement et la coopération des organisations volontaires nationales de la Croix-Rouge, dûment autorisées, qui ont pour objet l'amélioration de la santé, la défense préventive contre la maladie et l'adoucissement de la souffrance dans le monde.

lishment and co-operation of duly authorised voluntary national Red Cross organisations having as purposes the improvement of health, the prevention of disease and the mitigation of suffering throughout the world.

Article 26.

Les amendements au présent Pacte entreront en vigueur dès leur ratification par les Membres de la Société, dont les Représentants composent le Conseil, et par la majorité de ceux dont les Représentants forment l'Assemblée.

Tout Membre de la Société est libre de ne pas accepter les amendements apportés au Pacte, auquel cas il cesse de faire partie de la Société.

Article 26.

Amendments to this Covenant will take effect when ratified by the Members of the League whose Representatives compose the Council and by a majority of the Members of the League whose Representatives compose the Assembly.

No such amendment shall bind any Member of the League which signifies its dissent therefrom, but in that case it shall cease to be a Member of the League.

Annexe.

I. Membres originaires de la Société des Nations Signataires du Traité de Paix.

Etats-Unis d'Amérique.
Belgique.
Bolivie.
Brésil.
Empire Britannique.
Canada.
Australie.
Afrique du Sud.
Nouvelle-Zélande.
Inde.
Chine.
Cuba.
Equateur.
France.
Grèce.
Guatémala.
Haïti.
Hedjaz.
Honduras.
Italie.
Japon.
Libéria.
Nicaragua.
Panama.
Pérou.
Pologne.
Portugal.
Roumanie.
Etat Serbe-Croate-Slovène.
Siam.
Tchéco-Slovaquie.
Uruguay.

Annex.

I. Original Members of the League of Nations Signatories of the Treaty of Peace.

United States of America.
Belgium.
Bolivia.
Brazil.
British Empire.
Canada.
Australia.
South Africa.
New Zealand.
India.
China.
Cuba.
Ecuador.
France.
Greece.
Guatemala.
Haiti.
Hedjaz.
Honduras.
Italy.
Japan.
Liberia.
Nicaragua.
Panama.
Peru.
Poland.
Portugal.
Roumania.
Serb-Croat-Slovene-State.
Siam.
Czecho-Slovakia.
Uruguay.

Etats invités à accéder au Pacte.

Argentine.	Pays-Bas.
Chili.	Perse.
Colombie.	Salvador.
Danemark.	Suède.
Espagne.	Suisse.
Norvège.	Vénézuéla.
Paraguay.	

II. Premier Secrétaire Général de la Société des Nations.

L'Honorable Sir James Eric Drummond, K. C. M. G., C. B.

States invited to accede to the Covenant.

Argentine Republic.	Persia.
Chili.	Salvador.
Colombia.	Spain.
Denmark.	Sweden.
Netherlands.	Switzerland.
Norway.	Venezuela.
Paraguay.	

II. First Secretary General of the League of Nations.

The Honourable Sir James Eric Drummond, K. C. M. G., C. B.

Partie II.

Frontières d'Allemagne.

Article 27.

Les frontières d'Allemagne seront déterminées comme il suit:

1° *Avec la Belgique:*

Du point commun aux trois frontières belge, néerlandaise et allemande et vers le Sud:

la limite Nord-Est de l'ancien territoire de *Moresnet neutre*, puis la limite Est du cercle d'Eupen, puis la frontière entre la Belgique et le cercle de Montjoie, puis la limite Nord-Est et Est du cercle de Malmédy jusqu'à son point de rencontre avec la frontière du Luxembourg.

2° *Avec le Luxembourg:*

La frontière au 3 août 1914 jusqu'à sa jonction avec la frontière de France au 18 juillet 1870.

3° *Avec la France:*

La frontière au 18 juillet 1870 depuis le Luxembourg jusqu'à la Suisse, sous réserve des dispositions de l'article 48 de la Section IV (Bassin de la Sarre) de la Partie III.

4° *Avec la Suisse:*

La frontière actuelle.

Part II.

Boundaries of Germany.

Article 27.

The boundaries of Germany will be determined as follows:

1. *With Belgium:*

From the point common to the three frontiers of Belgium, Holland and Germany and in a southerly direction:

the north-eastern boundary of the former territory of *neutral Moresnet*, then the eastern boundary of the *Kreis* of Eupen, then the frontier between Belgium and the *Kreis* of Montjoie, then the north-eastern and eastern boundary of the *Kreis* of Malmédy to its junction with the frontier of Luxemburg.

2. *With Luxemburg:*

The frontier of August 3, 1914, to its junction with the frontier of France of the 18th July, 1870.

3. *With France:*

The frontier of July 18, 1870, from Luxemburg to Switzerland with the reservations made in Article 48 of Section IV (Saar Basin) of Part III.

4. *With Switzerland:*

The present frontier.

5° *Avec l'Autriche:*

La frontière au 3 août 1914 depuis la Suisse jusqu'à la Tchéco-Slovaquie ci-après définie.

6° *Avec la Tchéco-Slovaquie:*

La frontière au 3 août 1914 entre l'Allemagne et l'Autriche, depuis son point de rencontre avec l'ancienne limite administrative séparant la Bohême et la province de Haute-Autriche, jusqu'à la pointe Nord du saillant de l'ancienne province de Silésie autrichienne, située à 8 kilomètres environ à l'Est de Neustadt.

7° *Avec la Pologne:*

Du point ci-dessus défini et jusqu'à un point à fixer sur le terrain à environ deux kilomètres à l'Est de Lorzendorf:

la frontière telle qu'elle sera définie conformément à l'article 88 du présent Traité;

de là, vers le Nord et jusqu'au point où la limite administrative de la Posnanie coupe la rivière Bartsch:

une ligne à déterminer sur le terrain, laissant à la Pologne les localités de: Skorischau, Reichthal, Trembatschau, Kunzendorf, Schleise, Gross Kosel, Schreibersdorf, Rippin, Fürstlich-Niefken, Pawelau, Tscheschen, Konradau, Johannisdorf, Modzenowe, Bogdaj, et à l'Allemagne les localités de: Lorzendorf, Kaulwitz, Glausche, Dalbersdorf, Reesewitz, Stradam, Gross Wartenberg, Kraschen, Neu Mittelwalde, Domaslawitz, Wedelsdorf, Tscheschen Hammer;

de là, vers le Nord-Ouest, la limite administrative de Posnanie jusqu'au point où elle coupe la ligne de chemin de fer Rawitsch-Herrnstadt;

de là, et jusqu'au point où la limite administrative de Posnanie coupe la route Reisen-Tschirnau:

5. *With Austria:*

The frontier of August 3, 1914, from Switzerland to Czecho-Slovakia as hereinafter defined.

6. *With Czecho-Slovakia:*

The frontier of August 3, 1914, between Germany and Austria from its junction with the old administrative boundary separating Bohemia and the province of Upper Austria to the point north of the salient of the old province of Austrian Silesia situated at about 8 kilometres east of Neustadt.

7. *With Poland.*

From the point defined above to a point to be fixed on the ground about 2 kilometres east of Lorzendorf:

the frontier as it will be fixed in accordance with Article 88 of the present Treaty;

thence in a northerly direction to the point where the administrative boundary of Posnania crosses the river Bartsch:

a line to be fixed on the ground leaving the following places in Poland: Skorischau, Reichthal, Trembatschau, Kunzendorf, Schleise, Gross Kosel, Schreibersdorf, Rippin, Fürstlich-Niefken, Pawelau, Tscheschen, Konradau, Johannisdorf, Modzenowe, Bogdaj, and in Germany: Lorzendorf, Kaulwitz, Glausche, Dalbersdorf, Reesewitz, Stradam, Gross Wartenberg, Kraschen, Neu Mittelwalde, Domaslawitz, Wedelsdorf, Tscheschen Hammer;

thence the administrative boundary of Posnania north-westwards to the point where it cuts the Rawitsch-Herrnstadt railway;

thence to the point where the administrative boundary of Posnania cuts the Reisen-Tschirnau road:

une ligne à déterminer sur le terrain passant à l'Ouest de Triebusch et Gabel et à l'Est de Saborwitz;

de là, la limite administrative de Posnanie jusqu'à son point de rencontre avec la limite administrative orientale du cercle *(Kreis)* de Fraustadt;

de là, vers le Nord-Ouest et jusqu'à un point à choisir sur la route entre les localités de Unruhstadt et de Kopnitz:

une ligne à déterminer sur le terrain passant à l'Ouest des localités de Geyersdorf, Brenno, Fehlen, Altkloster, Klebel, et à l'Est des localités de Ulbersdorf, Buchwald, Ilgen, Weine, Lupitze, Schwenten;

de là, vers le Nord et jusqu'au point le plus septentrional du lac Chlop:

une ligne à déterminer sur le terrain suivant la ligne médiane des lacs; toutefois, la ville et la station de Bentschen (y compris la jonction des lignes Schwiebus-Bentschen et Züllichau-Bentschen) restent en territoire Polonais;

de là, vers le Nord-Est, et jusqu'au point de rencontre des limites des cercles *(Kreise)* de Schwerin, de Birnbaum et de Meseritz:

une ligne à déterminer sur le terrain passant à l'Est de Betsche:

de là, vers le Nord, la limite séparant les cercles *(Kreise)* de Schwerin et de Birnbaum, puis vers l'Est la limite Nord de la Posnanie jusqu'au point où cette limite coupe la rivière Netze;

de là, vers l'amont et jusqu'à son confluent avec le Küddow:

le cours de la Netze:

de là, vers l'amont et jusqu'à un point à choisir à environ 6 kilomètres au Sud-Est de Schneidemühl:

le cours du Küddow;

a line to be fixed on the ground passing west of Triebusch and Gabel and east of Saborwitz;

thence the administrative boundary of Posnania to its junction with the eastern administrative boundary of the *Kreis* of Fraustadt;

thence in a north-westerly direction to a point to be chosen on the road between the villages of Unruhstadt and Kopnitz:

a line to be fixed on the ground passing west of Geyersdorf, Brenno, Fehlen, Altkloster, Klebel, and east of Ulbersdorf, Buchwald, Ilgen, Weine, Lupitze, Schwenten:

thence in a northerly direction to the northernmost point of Lake Chlop:

a line to be fixed on the ground following the median line of the lakes; the town and the station of Bentschen however (including the junction of the lines Schwiebus-Bentschen and Züllichau-Bentschen) remaining in Polish territory:

thence in a north-easterly direction to the point of junction of the boundaries of the *Kreise* of Schwerin, Birnbaum, and Meseritz:

a line to be fixed on the ground passing east of Betsche;

thence in a northerly direction the boundary separating the *Kreise* of Schwerin and Birnbaum, then in an easterly direction the northern boundary of Posnania to the point where it cuts the river Netze;

thence upstream to its confluence with the Küddow:

the course of the Netze;

thence upstream to a point to be chosen about 6 kilometres south-east of Schneidemühl:

the course of the Küddow;

de là, vers le Nord-Est et jusqu'à la pointe la plus méridionale du rentrant formé par la limite Nord de la Posnanie à environ 5 kilomètres à l'Ouest de Stahren:

une ligne à déterminer sur le terrain laissant dans cette région la voie ferrée de Schneidemühl-Konitz entièrement en territoire allemand;

de là, la limite de Posnanie vers le Nord-Est jusqu'au sommet du saillant qu'elle forme à environ 15 kilomètres à l'Est de Flatow;

de là, vers le Nord-Est et jusqu'au point où la rivière Kamionka rencontre la limite méridionale du cercle *(Kreis)* de Konitz à environ 3 kilomètres au Nord-Est de Grunau:

une ligne à déterminer sur le terrain laissant à la Pologne les localités suivantes: Jasdrowo, Gr. Lutau, Kl. Lutau, Wittkau, et à l'Allemagne les localités suivantes: Gr. Butzig, Cziskowo, Battrow, Böck, Grunau;

de là, vers le Nord, la limite entre les cercles *(Kreise)* de Konitz et de Schlochau jusqu'au point où cette limite coupe la rivière Brahe;

de là, jusqu'à un point de la limite de Poméranie situé à 15 kilomètres à l'Est de Rummelsburg:

une ligne à déterminer sur le terrain laissant les localités suivantes en Pologne: Konarzin, Kelpin, Adl. Briesen, et à l'Allemagne les localités suivantes: Sampohl, Neuguth, Steinfort, Gr. Peterkau;

de là, vers l'Est, la limite de Poméranie jusqu'à sa rencontre avec la limite entre les cercles *(Kreise)* de Konitz et de Schlochau;

de là, vers le Nord, la limite entre la Poméranie et la Prusse occidentale jusqu'au point sur la rivière Rheda (à environ 3 kilomètres Nord-Ouest

thence north-eastwards to the most southern point of the re-entrant of the northern boundary of Posnania about 5 kilometres west of Stahren:

a line to be fixed on the ground leaving the Schneidemühl-Konitz railway in this area entirely in German territory;

thence the boundary of Posnania north-eastwards to the point of the salient it makes about 15 kilometres east of Flatow;

thence north-eastwards to the point where the river Kamionka meets the southern boundary of the *Kreis* of Konitz about 3 kilometres north-east of Grunau:

a line to be fixed on the ground leaving the following places to Poland: Jasdrowo, Gr. Lutau, Kl. Lutau and Wittkau, and to Germany: Gr. Butzig, Cziskowo, Battrow, Böck and Grunau:

thence in a northerly direction the boundary between the *Kreise* of Konitz and Schlochau to the point where this boundary cuts the river Brahe;

thence to a point on the boundary of Pomerania 15 kilometres east of Rummelsburg:

a line to be fixed on the ground leaving the following places in Poland: Konarzin, Kelpin, Adl. Briesen, and in Germany: Sampohl, Neuguth, Steinfort and Gr. Peterkau;

then the boundary of Pomerania in an easterly direction to its junction with the boundary between the *Kreise* of Konitz and Schlochau;

thence northwards the boundary between Pomerania and West Prussia to the point on the river Rheda about 3 kilometres north-west of Gohra where

de Gohra) où cette rivière reçoit un affluent venant du Nord-Ouest;

de là et jusqu'à un point à choisir sur le coude de la rivière Piasnitz à environ 1 kilomètre 5 au Nord-Ouest de Warschkau:

une ligne à déterminer sur le terrain;

de là, le cours de la rivière Piasnitz vers l'aval, puis la ligne médiane du lac de Zarnowitz et enfin l'ancienne limite de la Prusse occidentale jusqu'à la mer Baltique.

8° *Avec le Danemark:*

La frontière telle qu'elle sera fixée d'après les dispositions des articles 109 à 111 de la Partie III, Section XII (Sleswig).

Article 28.

Les frontières de la Prusse orientale seront déterminées comme il suit sous réserve des dispositions de la Section IX (Prusse orientale) de la Partie III:

d'un point situé sur la côte de la mer Baltique à environ 1 kilomètre 5 au Nord de l'église du village de Pröbbernau et dans une direction approximative de 159° (à compter du Nord vers l'Est):

une ligne d'environ 2 kilomètres, à déterminer sur le terrain;

de là, en ligne droite sur le feu situé au coude du chenal d'Elbing au point approximatif: latitude 54° 19' ½ N., longitude 19° 26' Est de Greenwich;

de là, jusqu'à l'embouchure la plus orientale de la Nogat dans une direction approximative de 209° (à compter du Nord vers l'Est);

de là, vers l'amont, le cours de la Nogat jusqu'au point où cette rivière quitte la Vistule (Weichsel);

that river is joined by a tributary from the north-west;

thence to a point to be selected in the bend of the Piasnitz river about 1½ kilometres north-west of Warschkau:

a line to be fixed on the ground;

thence this river downstream, then the median line of Lake Zarnowitz, then the old boundary of West Prussia to the Baltic Sea.

8. *With Denmark:*

The frontier as it will be fixed in accordance with Articles 109 to 111 of Part III, Section XII (Schleswig).

Article 28.

The boundaries of East Prussia, with the reservations made in Section IX (East Prussia) of Part III, will be determined as follows:

from a point on the coast of the Baltic Sea about 1½ kilometres north of Pröbbernau Church in a direction of about 159° East from true North:

a line to be fixed on the ground for about 2 kilometres;

thence in a straight line to the light at the bend of the Elbing Channel in approximately latitude 54° 19' ½ North, longitude 19° 26' East of Greenwich;

thence to the easternmost mouth of the Nogat River at a bearing of approximately 209° East from true North;

thence up the course of the Nogat River to the point where the latter leaves the Vistula (Weichsel);

de là, le chenal de navigation principal de la Vistule, vers l'amont, puis la limite Sud du cercle de Marienwerder, puis celle du cercle de Rosenberg vers l'Est jusqu'à son point de rencontre avec l'ancienne frontière de la Prusse orientale;

de là, l'ancienne frontière entre la Prusse occidentale et la Prusse orientale, puis la limite entre les cercles d'Osterode et de Neidenburg, puis vers l'aval le cours de la rivière Skottau, puis vers l'amont le cours de la Neide, jusqu'au point situé à environ 5 kilomètres à l'Ouest de Bialutten et le plus rapproché de l'ancienne frontière de Russie;

de là, vers l'Est, et jusqu'à un point immédiatement au Sud de l'intersection de la route Neidenburg-Mlava et de l'ancienne frontière de Russie:

une ligne à déterminer sur le terrain passant au Nord de Bialutten;

de là, l'ancienne frontière de Russie jusqu'à l'Est de Schmalleningken, puis vers l'aval le chenal de navigation principal du Niemen (Memel), puis le bras Skierwieth du delta jusqu'au Kurisches Haff;

de là, une ligne droite jusqu'au point de rencontre de la rive orientale de la Kurische Nehrung et de la limite administrative, à 4 kilomètres environ au Sud-Ouest de Nidden;

de là, cette limite administrative jusqu'à la rive occidentale de la Kurische Nehrung.

Article 29.

Les frontières telles qu'elles viennent d'être décrites sont tracées en rouge sur une carte au millionième, qui est annexée au présent Traité sous le n° 1.*)

*) Non reproduite.

thence up the principal channel of navigation of the Vistula, then the southern boundary of the *Kreis* of Marienwerder, then that of the *Kreis* of Rosenberg eastwards to the point where it meets the old boundary of East Prussia;

thence the old boundary between East and West Prussia, then the boundary between the *Kreise* of Osterode and Neidenburg, then the course of the river Skottau downstream, then the course of the Neide upstream to a point situated about 5 kilometres west of Bialutten being the nearest point to the old frontier of Russia;

thence in an easterly direction to a point immediately south of the intersection of the road Neidenburg-Mlava with the old frontier of Russia:

a line to be fixed on the ground passing north of Bialutten;

thence the old frontier of Russia to a point east of Schmalleningken, then the principal channel of navigation of the Niemen (Memel) downstream, then the Skierwieth arm of the delta to the Kurisches Haff;

thence a straight line to the point where the eastern shore of the Kurische Nehrung meets the administrative boundary about 4 kilometres southwest of Nidden;

thence this administrative boundary to the western shore of the Kurische Nehrung.

Article 29.

The boundaries as described above are drawn in red on a one in a million map which is annexed to the present Treaty (Map. N° 1).*)

En cas de divergences entre le texte du Traité et cette carte ou toute autre carte annexée, c'est le texte qui fera foi.

Article 30.

En ce qui concerne les frontières définies par un cours d'eau, les termes „cours" ou „chenal" employés dans les descriptions du présent Traité signifient: d'une part, pour les fleuves non navigables, la ligne médiane du cours d'eau ou de son bras principal, et d'autre part, pour les fleuves navigables, la ligne médiane du chenal de navigation principal. Toutefois, il appartiendra aux Commissions de délimitation prévues par le présent Traité de spécifier si la ligne frontière suivra, dans ses déplacements éventuels, le cours ou le chenal ainsi défini, ou si elle sera déterminée d'une manière définitive par la position du cours ou du chenal, au moment de la mise en vigueur du présent Traité.

Partie III.

Clauses politiques européennes.

Section I.

Belgique.

Article 31.

L'Allemagne reconnaissant que les Traités du 19 avril 1839,*) qui établissaient avant la guerre le régime de la Belgique, ne correspondent plus aux circonstances actuelles, consent à l'abrogation de ces Traités et s'engage dès à présent à reconnaître et à observer toutes conventions, quelles qu'elles soient, que pourront passer les Principales Puissances alliées et associées, ou certaines d'entre elles, avec les Gouvernements de Belgique ou des Pays-Bas, à l'effet de rem-

In the case of any discrepancies between the text of the Treaty and this map or any other map which may be annexed, the text will be final.

Article 30.

In the case of boundaries which are defined by a waterway, the terms „course" and „channel" used in the present Treaty signify: in the case of non-navigable rivers, the median line of the waterway or of its principal arm, and, in the case of navigable rivers, the median line of the principal channel of navigation. It will rest with the Boundary Commissions provided by the present Treaty to specify in each case whether the frontier line shall follow any changes of the course or channel which may take place or whether it shall be definitely fixed by the position of the course or channel at the time when the present Treaty comes into force.

Part III.

Political Clauses for Europe.

Section I.

Belgium.

Article 31.

Germany, recognizing that the Treaties of April 19, 1839,*) which established the status of Belgium before the war, no longer conform to the requirements of the situation, consents to the abrogation of the said Treaties and undertakes immediately to recognize and to observe whatever conventions may be entered into by the Principal Allied and Associated Powers, or by any of them, in concert with the Governments of Belgium and of the Netherlands, to re-

*) V. **N. R.** XVI, p. 770, 773, 788.

placer lesdits Traités de 1839. Si son adhésion formelle à ces conventions ou à quelques unes de leurs dispositions était requise, l'Allemagne s'engage dès maintenant à la donner.

Article 32.

L'Allemagne reconnaît la pleine souveraineté de la Belgique sur l'ensemble du territoire contesté de Moresnet (dit *Moresnet neutre*).

Article 33.

L'Allemagne renonce, en faveur de la Belgique, à tous droits et titres sur le territoire du Moresnet prussien situé à l'Ouest de la route de Liège à Aix-la-Chapelle; la partie de la route en bordure de ce territoire appartiendra à la Belgique.

Article 34.

L'Allemagne renonce, en outre, en faveur de la Belgique, à tous droits et titres sur les territoires comprenant l'ensemble des cercles *(Kreise)* de Eupen et Malmédy.

Pendant les six mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, des registres seront ouverts par l'autorité belge à Eupen et à Malmédy et les habitants desdits territoires auront la faculté d'y exprimer par écrit leur désir de voir tout ou partie de ces territoires maintenu sous la souveraineté allemande.

Il appartiendra au Gouvernement belge de porter le résultat de cette consultation populaire à la connaissance de la Société des Nations, dont la Belgique s'engage à accepter la décision.

Article 35.

Une Commission composée de sept membres dont cinq seront nommés par les Principales Puissances alliées

place the said Treaties of 1839. If her formal adhesion should be required to such conventions or to any of their stipulations, Germany undertakes immediately to give it.

Article 32.

Germany recognizes the full sovereignty of Belgium over the whole of the contested territory of Moresnet (called *Moresnet neutre*).

Article 33.

Germany renounces in favour of Belgium all rights and title over the territory of Prussian Moresnet situated on the west of the road from Liège to Aix-la-Chapelle; the road will belong to Belgium where it bounds this territory.

Article 34.

Germany renounces in favour of Belgium all rights and title over the territory comprising the whole of the *Kreise* of Eupen and of Malmédy.

During the six months after the coming into force of this Treaty, registers will be opened by the Belgian authorities at Eupen and Malmédy in which the inhabitants of the above territory will be entitled to record in writing a desire to see the whole or part of it remain under German sovereignty.

The results of this public expression of opinion will be communicated by the Belgian Government to the League of Nations, and Belgium undertakes to accept the decision of the League.

Article 35.

A Commission of seven persons, five of whom will be appointed by the Principal Allied and Associated Pow-

et associées, un par l'Allemagne et un par la Belgique, sera constituée quinze jours après la mise en vigueur du présent Traité pour fixer sur place la nouvelle lignefrontière entre la Belgique et l'Allemagne, en tenant compte de la situation économique et des voies de communication.

Les décisions seront prises à la majorité des voix et seront obligatoires pour les parties intéressées.

Article 36.

Dès que le transfert de la souveraineté sur les territoires ci-dessus visés sera définitif, la nationalité belge sera définitivement acquise de plein droit et à l'exclusion de la nationalité allemande par les ressortissants allemands établis sur ces territoires.

Toutefois, les ressortissants allemands qui se seraient établis sur ces territoires postérieurement au 1er août 1914 ne pourront acquérir la nationalité belge qu'avec une autorisation du Gouvernement belge.

Article 37.

Pendant les deux ans qui suivront le transfert définitif de la souveraineté sur les territoires attribués à la Belgique en vertu du présent Traité, les ressortissants allemands âgés de plus de 18 ans et établis sur ces territoires auront la faculté d'opter pour la nationalité allemande.

L'option du mari entraînera celle de la femme et l'option des parents entraînera celle de leurs enfants âgés de moins de 18 ans.

Les personnes ayant exercé le droit d'option ci-dessus prévu devront, dans les douze mois qui suivront, transporter leur domicile en Allemagne.

Elles seront libres de conserver les biens immobiliers qu'elles possè-

ers, one by Germany and one by Belgium, will be set up fifteen days after the coming into force of the present Treaty to settle on the spot the new frontier line between Belgium and Germany, taking into account the economic factors and the means of communication.

Decisions will be taken by a majority and will be binding on the parties concerned.

Article 36.

When the transfer of the sovereignty over the territories referred to above has become definitive, German nationals habitually resident in the territories will definitively acquire Belgian nationality *ipso facto*, and will lose their German nationality.

Nevertheless, German nationals who became resident in the territories after August 1, 1914, shall not obtain Belgian nationality without a permit from the Belgian Government.

Article 37.

Within the two years following the definitive transfer of the sovereignty over the territories assigned to Belgium under the present Treaty, German nationals over 18 years of age habitually resident in those territories will be entitled to opt for German nationality.

Option by a husband will cover his wife, and option by parents will cover their children under 18 years of age.

Persons who have exercised the above right to opt must within the ensuing twelve months transfer their place of residence to Germany.

They will be entitled to retain their immovable property in the territories

dent sur les territoires acquis par la Belgique. Elles pourront emporter leurs bien meubles de toute nature. Il ne leur sera imposé, de ce chef, aucun droit soit de sortie, soit d'entrée.

Article 38.

Le Gouvernement allemand remettra, sans délai, au Gouvernement belge les archives, registres, plans, titres, et documents de toute nature concernant les administrations civile, militaire, financière, judiciaire ou autres du territoire transféré sous la souveraineté de la Belgique.

Le Gouvernement allemand restituera de même au Gouvernement belge les archives et documents de toute nature enlevés au cours de la guerre par les autorités allemands dans les administrations publiques belges, et notamment au Ministère des Affaires Etrangères à Bruxelles.

Article 39.

La proportion et la nature des charges financières de l'Allemagne et de la Prusse que la Belgique aura à supporter, à raison des territoires qui lui sont cédés, seront fixées conformément aux articles 254 et 256 de la Partie IX (Clauses financières) du présent Traité.

Section II.

Luxembourg.

Article 40.

L'Allemagne renonce, en ce qui concerne le Grand-Duché de Luxembourg, au bénéfice de toutes dispositions inscrites en sa faveur dans les Traités des 8 février 1842,*) 2 avril 1847,**) 20-25 octobre 1865,***)

acquired by Belgium. They may carry with them their movable property of every description. No export or import duties may be imposed upon them in connection with the removal of such property.

Article 38.

The German Government will hand over without delay to the Belgian Government the archives, registers, plans, title deeds and documents of every kind concerning the civil, military, financial and judicial or other administrations in the territory transferred to Belgian sovereignty.

The German Government will likewise restore to the Belgian Government the archives and documents of every kind carried off during the war by the German authorities from the Belgian public administrations, in particular from the Ministry of Foreign Affairs at Brussels.

Article 39.

The proportion and nature of the financial liabilities of Germany and of Prussia which Belgium will have to bear on account of the territories ceded to her shall be fixed in conformity with Article 254 and 256 of Part IX (Financial Clauses) of the present Treaty.

Section II.

Luxemburg.

Article 40.

With regard to the Grand Duchy of Luxemburg, Germany renounces the benefit of all the provisions inserted in her favour in the Treaties of February 8, 1842,*) April 2, 1847,**) October 20—25, 1865,***) August 18,

*) V. **N. R. G.** III. p. 60. **) V. **N. R. G.** X, p. 491.
***) V. Preussische Gesetzsammlung 1866, p. 207.

18 août 1866,*) 21 février et 11 mai 1867,**) 10 mai 1871,***) 11 juin 1872,†) 11 novembre 1902,††) ainsi que dans toutes Conventions consécutives auxdits Traités.

L'Allemagne reconnaît que le Grand-Duché de Luxembourg a cessé de faire partie du Zollverein allemand à dater du 1er janvier 1919, renonce à tous droits sur l'exploitation des chemins de fer, adhère à l'abrogation du régime de neutralité du Grand-Duché et accepte par avance tous arrangements internationaux conclus par les Puissances alliées et associées relativement au Grand-Duché.

Article 41.

L'Allemagne s'engage à faire bénéficier le Grand-Duché de Luxembourg, sur la demande qui lui en sera adressée par les Principales Puissances alliées et associées, des avantages et droits, stipulés par le présent Traité au profit desdites Puissances ou de leurs ressortissants, en matières économiques, de transport et de navigation aérienne.

Section III.

Rive gauche du Rhin.

Article 42.

Il est interdit à l'Allemagne de maintenir ou de construire des fortifications soit sur la rive gauche du Rhin, soit sur la rive droite, à l'Ouest d'une ligne tracée à 50 kilomètres à l'Est de ce fleuve.

Article 43.

Sont également interdits, dans la zone définie à l'article 42, l'entretien ou le rassemblement de forces armées,

1866,*) February 21 and May 11, 1867,**) May 10, 1871,***) June 11, 1872,†) and November 11, 1902, ††) and in all Conventions consequent upon such Treaties.

Germany recognizes that the Grand Duchy of Luxemburg ceased to form part of the German Zollverein as from January 1, 1919, renounces all rights to the exploitation of the railways, adheres to the termination of the *régime* of neutrality of the Grand Duchy, and accepts in advance all international arrangements which may be concluded by the Allied and Associated Powers relating to the Grand Duchy.

Article 41.

Germany undertakes to grant to the Grand Duchy of Luxemburg, when a demand to that effect is made to her by the Principal Allied and Associated Powers, the rights and advantages stipulated in favour of such Powers or their nationals in the present Treaty with regard to economic questions, to questions relative to transport and to aerial navigation.

Section III.

Left Bank of the Rhine.

Article 42.

Germany is forbidden to maintain or construct any fortifications either on the left bank of the Rhine or on the right bank to the west of a line drawn 50 kilometers to the East of the Rhine.

Article 43.

In the area defined above the maintenance and the assembly of armed forces, either permanently or tempo-

*) V. **N. R. G.** XVIII, p. 476 (?).
) V. **N. R. G. XVIII, p. 445.
***) V. **N. R. G.** XIX, p. 688.
†) V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1872, p. 330
††) V. **N. R. G.** 2. s. XXXI, p. 436.

soit à titre permanent, soit à titre temporaire, aussi bien que toutes manœuvres militaires de quelque nature qu'elles soient et le maintien de toutes facilités matérielles de mobilisation.

Article 44.

Au cas où l'Allemagne contreviendrait, de quelque manière que ce soit, aux dispositions des articles 42 et 43, elle serait considérée comme commettant un acte hostile vis-à-vis des Puissances signataires du présent Traité et comme cherchant à troubler la paix du monde.

Section IV.

Bassin de la Sarre.

Article 45.

En compensation de la destruction des mines de charbon dans le Nord de la France, et à valoir sur le montant de la réparation des dommages de guerre dus par l'Allemagne, celle-ci cède à la France la propriété entière et absolue, franche et quitte de toutes dettes ou charges, avec droit exclusif d'exploitation, des mines de charbon situées dans le bassin de la Sarre, délimité comme il est dit à l'article 48.

Article 46.

En vue d'assurer les droits et le bien-être de la population et de garantir à la France la pleine liberté d'exploitation des mines, l'Allemagne accepte les dispositions des Chapitres I et II de l'Annexe ci-jointe.

Article 47.

En vue de pourvoir en temps opportun au statut définitif du Bassin de la Sarre, en tenant compte des vœux de la population, la France et l'Allemagne acceptent les dispositions du Chapitre III de l'Annexe ci-jointe.

rarily, and military manœuvres of any kind, as well as the upkeep of all permanent works for mobilization, are in the same way forbidden.

Article 44.

In case Germany violates in any manner whatever the provisions of Articles 42 and 43, she shall be regarded as committing a hostile act against the Powers signatory of the present Treaty and as calculated to disturb the peace of the world.

Section IV.

Saar Basin.

Article 45.

As compensation for the destruction of the coal-mines in the north of France and as part payment towards the total reparation due from Germany for the demage resulting from the war, Germany cedes to France in full and absolute possession, with exclusive rights of exploitation, unencumbered and free from all debts and charges of any kind, the coal-mines situated in the Saar Basin as defined in Article 48.

Article 46.

In order to assure the rights and welfare of the population and to guarantee to France complete freedom in working the mines, Germany agrees to the provisions of Chapters I and II of the Annex hereto.

Article 47.

In order to make in due time permanent provision for the government of the Saar Basin in accordance with the wishes of the population, France and Germany agree to the provisions of Chapter III of the Annex hereto.

Article 48.

Les limites du territoire du Bassin de la Sarre, objet des présentes dispositions, seront fixées comme il suit:

Au Sud et au Sud-Ouest: par la frontière de la France, telle qu'elle est fixée par le présent Traité.

Au Nord-Ouest et au Nord: par une ligne suivant la limite administrative septentrionale du cercle de Merzig depuis le point où elle se détache de la frontière française jusqu'au point où elle coupe la limite administrative qui sépare la commune de Saarhölzbach de la commune de Britten; suivant cette limite communale vers le Sud et atteignant la limite administrative du canton de Merzig de manière à englober dans le territoire du bassin de la Sarre le canton de Mettlach à l'exeption de la commune de Britten; suivant les limites administratives septentrionales des cantons de Merzig et de Haustadt incorporés audit territoire du bassin de la Sarre, puis successivement les limites administratives qui séparent les cercles de Sarrelouis, d'Ottweiler et de Saint-Wendel des cercles de Merzig, de Trèves et de la principauté de Birkenfeld, jusqu'à un point situé à 500 mètres environ au Nord du village de Furschweiler (point culminant du Metzelberg).

Au Nord-Est et à l'Est: du dernier point ci-dessus défini, jusqu'à un point situé à environ 3 kilomètres 5 à l'Est-Nord-Est de Saint-Wedel:

une ligne à déterminer sur le terrain, passant à l'Est de Furschweiler, à l'Ouest de Roschberg, à l'Est des cotes 418, 329 (Sud de Roschberg), à l'Ouest de Leitersweiler, au Nord-Est de la cote 464, puis, suivant vers le Sud la ligne de faîte jusqu'à son

Article 48.

The boundaries of the territory of the Saar Basin, as dealt with in the present stipulations, will be fixed as follows:

On the south and south-west: by the frontier of France as fixed by the present Treaty.

On the north-west and north: by a line following the northern administrative boundary of the *Kreis* of Merzig from the point where it leaves the French frontier to the point where it meets the administrative boundary separating the commune of Saarhölzbach from the commune of Britten; following this communal boundary southwards and reaching the administrative boundary of the canton of Merzig so as to include in the territory of the Saar Basin the canton of Mettlach, with the exception of the commune of Britten; following successively the northern administrative boundaries of the cantons of Merzig and Haustadt, which are incorporated in the aforesaid Saar Basin, then successively the administrative boundaries separating the *Kreise* of Saarlouis, Ottweiler and Saint-Wendel from the *Kreise* of Merzig, Trèves (Trier) and the Principality of Birkenfeld as far as a point situated about 500 metres north of the village of Furschweiler (viz., the highest point of the Metzelberg).

On the north-east and east: from the last point defined above to a point about 3½ kilometres east-north-east of Saint-Wendel:

a line to be fixed on the ground passing East of Furschweiler, west of Roschberg, east of points 418, 329 (south of Roschberg), west of Leitersweiler, north-east of point 464, and following the line of the crest southwards to its junction with the ad-

point de rencontre avec la limite administrative du cercle de Kusel;

de là, vers le Sud, la limite du cercle de Kusel, puis celle du cercle de Homburg, vers le Sud-Sud-Est, jusqu'à un point situé à environ 1000 mètres Ouest de Dunzweiler;

de là et juqu'à un point situé à environ 1 kilomètre au Sud de Hornbach:

une ligne à déterminer sur le terrain, passant par la cote 424 (environ 1000 mètres Sud-Est de Dunzweiler), par les cotes 363 (Fuchs-Berg), 322 (Sud-Ouest de Waldmohr), puis à l'Est de Jägersburg et de Erbach, puis englobant Homburg en passant par les cotes 361 (2 kilomètres 5 environ à l'Est-Nord-Est de la ville), 342 (2 kilomètres environ Sud-Est de la ville), 357 (Schreiners-Berg), 356, 350 (1 kilomètre 5 environ Sud-Est de Schwarzenbach), passant ensuite à l'Est de Einöd, au Sud-Est des cotes 322 et 333, à environ 2 kilomètres Est de Webenheim, 2 kilomètres Est de Mimbach, contournant à l'Est le mouvement de terrain sur lequel passe la route de Mimbach à Böckweiler de manière à comprendre ladite route dans le territoire de la Sarre, passant immédiatement au Nord de l'embranchement des deux routes venant de Böckweiler et de Altheim et situé à environ 2 kilomètres Nord d'Altheim, puis, par Ringweilerhof exclu et la cote 322 incluse, rejoignant la frontière française au coude qu'elle forme à environ 1 kilomètre Sud de Hornbach (voir la carte au 1/100,000, annexée au présent Traité sous le n° 2).*)

ministrative boundary of the *Kreis* of Kusel;

thence in a southerly direction the boundary of the *Kreis* of Kusel, then the boundary of the *Kreis* of Homburg towards the south-south-east to a point situated about 1,000 metres west of Dunzweiler;

thence to a point about 1 kilometre south of Hornbach:

a line to be fixed on the ground passing through point 424 (about 1,000 metres south-east of Dunzweiler), point 363 (Fuchs-Berg), point 322 (south-west of Waldmohr), then east of Jägersburg and Erbach, then encircling Homburg, passing through the points 361 (about 2½ kilometres north-east by east of that town), 342 (about 2 kilometres south-east of that town), 347 (Schreiners-Berg), 356, 350 (about 1½ kilometres south-east of Schwarzenbach), then passing east of Einöd, south-east of points 322 and 333, about 2 kilometres east of Webenheim, about 2 kilometres east of Mimbach, passing east of the plateau which is traversed by the road from Mimbach to Böckweiler (so as to include this road in the territory of the Saar Basin), passing immediately north of the junction of the roads from Böckweiler and Altheim situated about 2 kilometres north of Altheim, then passing south of Ringweilerhof and north of point 322, rejoining the frontier of France at the angle which it makes about 1 kilometre south of Hornbach (see Map No. 2 scale 1/100,000 annexed to the present Treaty).*)

*) Non reproduite.

Une Commission composée de cinq membres, dont un sera commé par la France, un par l'Allemagne et trois par le Conseil de la Société des Nations, qui portera son choix sur les nationaux d'autres Puissances, sera constituée dans les quinze jours qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, pour fixer sur place le tracé de la ligne frontière ci-dessus décrite.

Dans les parties du tracé précédent, qui ne coïncident pas avec des limites administratives, la Commission s'efforcera de se rapprocher du tracé indiqué en tenant compte, dans la mesure du possible, des intérêts économiques locaux et des limites communales existantes.

Les décisions de cette Commission seront prises à la majorite des voix et seront obligatoires pour les parties intéressées.

Article 49.

A'Allemagne renonce, en faveur de la Societe des Nations, considerée ici comme fidei-commissaire, au gouvernement du territoire ci-dessus specifié.

A l'expiration d'un délai de quinze ans, à dater de la mise en vigueur du présent Traite, la population dudit territoire sera appelee à faire connaitre la souveraineté sous laquelle elle désirerait se voir placee.

Arcicle 50.

Les clauses suivant lesquelles la cession des mines du Bassin de la Sarre sera effectuee, ainsi que les mesures destinées à assurer le respect des droits et le bien-être des populations en même temps que le gouvernement du territoire, et les conditions dans lesquelles aura lieu la consultation populaire ci-dessus prévue, sont fixées

A Commission composed of five members, one appointed by France, one by Germany, and three by the Council of the League of Nations, which will select nationals of other Powers, will be constituted within fifteen days from the coming into force of the present Treaty, to trace on the spot the frontier line described above.

In those parts of the preceding line which do not coincide with administrative boundaries, the Commission will endeavour to keep to the line indicated, while taking into consideration, so far as is possible, local economic interests and existing communal boundaries.

The decisions of this Commission will be taken by a majority, and will be binding on the parties concerned.

Article 49.

Germany renounces in favour of the League of Nations, in the capacity of trustee, the government of the territory defined above.

At the end of fifteen years from the coming into force of the present Treaty the inhabitants of the said territory shall be called upon to indicate the sovereignty under which they desire to be placed.

Article 50.

The stipulations under which the cession of the mines in the Saar Basin shall be carried out, together with the measures intended to guarantee the rights and the well-being of the inhabitants and the government of the territory, as well as the conditions in accordance with which the plebiscite hereinbefore provided for is to be made,

dans l'Annexe ci-jointe, qui sera considérée comme faisant partie intégrante du présent Traité, et que l'Allemagne déclare agréer.

Annexe.

En conformité des stipulations des articles 45 à 50 du présent Traité, les clauses suivant lesquelles la cession par l'Allemagne à la France des mines du Bassin de la Sarre sera effectuée, ainsi que les mesures destinées à assurer le respect des droits et le bien-être des populations en même temps que le gouvernement du territoire, et les conditions dans lesquelles ces populations seront appelées à faire connaître la souveraineté sous laquelle elles désireraient se voir placées, ont été fixées comme il suit:

Chapitre Premier.

Des Propriétés Minières cédées et de leur Exploitation.

§ 1.

A dater de la mise en vigueur du présent Traité, l'Etat français acquerra la propriété entière et absulue de tous les gisements de houille situés dans les limites du Bassin de la Sarre, telles qu'elles sont spécifiées dans l'article 48 dudit Traité.

L'Etat français aura le droit d'exploiter ou de ne pas exploiter lesdites mines, ou de céder à des tiers le droit de les exploiter, sans avoir à obtenir aucune autorisation préalable ni à remplir aucune formalité.

L'Etat français pourra toujours exiger l'application des lois et règlements miniers allemands ci-dessous visés, à l'effet d'assurer la détermination de ses droits.

are laid down in the Annex hereto. This Annex shall be considered as an integral part of the present Treaty, and Germany declares her adherence to it.

Annex.

In accordance with the provisions of Articles 45 to 50 of the present Treaty, the stipulations under which the cession by Germany to France of the mines of the Saar Basin will be effected, as well as the measures intended to ensure respect for the rights and well-being of the population and the government of the territory, and the conditions in which the inhabitants will be called upon to indicate the sovereignty under which they may wish to be placed, have been laid down as follows:

Chapter I.

Cession and Exploitation of mining Property.

1.

From the date of the coming into force of the present Treaty, all the deposits of coal situated within the Saar Basin as defined in Article 48 of the said Treaty, become the complete and absolute property of the French State.

The French State will have the right of working or not working the said mines, or of transferring to a third party the right of working them, without having to obtain any previous authorisation or to fulfil any formalities.

The French State may always require that the German mining laws and regulations referred to below shall be applied in order to ensure the determination of its rights.

§ 2.

Le droit de propriété de l'Etat français s'appliquera aux gisements libres et non encore concédés ainsi qu'aux gisements déjà concédés, quels qu'en soient les propriétaires actuels, sans distinguer selon qu'ils appartiennent à l'Etat prussien, à l'Etat bavarois, à d'autres Etats ou collectivités, à des sociétés ou à des particuliers, qu'ils soient exploités ou inexploités, ou qu'un droit d'exploitation distinct des droits des propriétaires de la surface ait été ou non reconnu.

§ 3.

En ce qui concerne les mines exploitées, le transfert de la propriété à l'Etat français s'appliquera à toutes les dépendances desdites mines, notamment à leurs installations et matériels d'exploitation, tant superficiels que souterrains, à leur matériel d'extraction, usines de transformation de la houille en énergie électrique, coke et sous-produits, ateliers, voies de communication, canalisations électriques, installations de captage et de distribution d'eau, terrains et bâtiments tels que bureaux, maisons de directeurs, employés ou ouvriers, écoles, hôpitaux et dispensaires, aux stocks et approvisionnements de toute nature, aux archives et plans, et en général à tout ce dont les propriétaires ou exploitants des mines ont la propriété ou la jouissance en vue de l'exploitation des mines et de leurs dépendances.

Le transfert s'appliquera, également, aux créances à recouvrer pour les produits livrés antérieurement à la prise de possession par l'Etat fran-

2.

The right of ownership of the French State will apply not only to the deposits which are free and for which concessions have not yet been granted, but also to the deposits for which concessions have already been granted, whoever may be the present proprietors, irrespective of whether they belong to the Prussian State, to the Bavarian State, to other States or bodies, to companies or to individuals, whether they have been worked or not, or whether a right of exploitation distinct from the right of the owners of the surface of the soil has or has not been recognized.

3.

As far as concerns the mines which are being worked, the transfer of the ownership to the French State will apply to all the accessories and subsidiaries of the said mines, in particular to their plant and equipment both on and below the surface, to their extracting machinery, their plants for transforming coal into electric power, coke and by-products, their workshops, means of communication, electric lines, plant for catching and distributing water, land, buildings such as offices, managers', employees' and workmen's dwellings, schools, hospitals and dispensaries, their stocks and supplies of every description, their archives and plans, and in general everything which those who own or exploit the mines possess or enjoy for the purpose of exploiting the mines and their accessories and subsidiaries.

The transfer will apply also to the debts owing for products delivered before the entry into possession by the French State, and after the sig-

çais et postérieurement à la signature du présent Traité, ainsi qu'aux cautionnements des clients, dont les droits seront garantis par l'Etat français.

§ 4.

La propriété sera acquise par l'Etat français franche et quitte de toutes dettes et charges. Toutefois, il ne sera porté aucune atteinte aux droits acquis, ou en cours d'acquisition, par le personnel des mines et de leurs dépendances à la date de la mise en vigueur du présent Traité, en ce qui concerne les pensions de retraite ou d'invalidité de ce personnel. En revanche, l'Allemagne devra remettre à l'Etat français les réserves mathématiques des rentes acquises par ledit personnel.

§ 5.

La valeur des propriétés ainsi cédées à l'Etat français sera déterminée par la Commission des réparations prévue à l'article 233 de la Partie VIII (Réparations) du présent Traité.

Cette valeur sera portée au crédit de l'Allemagne dans le compte des réparations.

Il appartiendra à l'Allemagne d'indemniser les propriétaires ou intéressés, quels qu'ils soient.

§ 6.

Aucun tarif ne sera établi sur les chemins de fer et canaux allemands, qui puisse, par des discriminations directes ou indirectes, porter préjudice au transport du personnel, des produits des mines et de leurs dépendances, ou des matières nécessaires à leur exploitation. Ces transports jouiront de tous les droits et privilèges que des conventions internationales sur les chemins de fer pourraient garantir aux produits similaires d'origine française.

nature of the present Treaty, and to deposits of money made by customers, whose rights will be guaranteed by the French State.

4.

The French State will acquire the property free and clear of all debts and charges. Nevertheless, the rights acquired, or in course of being acquired, by the employees of the mines and their accessories and subsidiaries at the date of the coming into force of the present Treaty, in connection with pensions for old age or disability, will not be affected. In return, Germany must pay over to the French State a sum representing the actuarial amounts to which the said employees are entitled.

5.

The value of the property thus ceded to the French State will be determined by the Reparation Commission refered to in Article 233 of Part VIII (Reparation) of the present Treaty.

This value shall be credited to Germany in part payment of the amount due for reparation.

It will be for Germany to indemnify the proprietors or parties concerned, whoever they may be.

6.

No tariff shall be established on the German railways and canals which may directly or indirectly discriminate to the prejudice of the transport of the personnel or products of the mines and their accessories or subsidiaries, or of the material necessary to their exploitation. Such transport shall enjoy all the rights and privileges which any international railway conventions may guarantee to similar products of French origin.

§ 7.

Le matériel et le personnel nécessaires à l'évacuation et au transport des produits des mines et de leurs dépendances, ainsi qu'au transport des ouvriers et employés, seront procurés par l'administration des chemins de fer du Bassin.

§ 8.

Aucun obstacle ne sera apporté aux travaux complémentaires de voies ferrées ou de voies d'eau que l'Etat français jugerait nécessaires pour assurer l'évacuation et le transport des produits des mines et de leurs dépendances, tels que doublement des voies, agrandissements des gares, construction de chantiers et dépendances. La répartition des frais sera, en cas de désaccord, soumise à un arbitrage.

L'Etat français pourra de même établir toutes nouvelles voies de communication, ainsi que les routes, canalisations électriques et liaisons téléphoniques qu'il jugera nécessaires pour les besoins de l'exploitation.

Il exploitera librement, sans aucune entrave, les voies de communication dont il sera propriétaire, en particulier celles reliant les mines et leurs dépendances aux voies de communication situées en territoire français.

§ 9.

L'Etat français pourra toujours requérir l'application des lois et règlements miniers allemands, en vigueur au 11 novembre 1918 (réserve faite des dispositions exclusivement prises en vue de l'état de guerre), pour l'acquisition des terrains qu'il

7.

The equipment and personnel necessary to ensure the despatch and transport of the products of the mines and their accessories and subsidiaries, as well as the carriage of workmen and employees, will be provided by the local railway administration of the Basin.

8.

No obstacle shall be placed in the way of such improvements of railways or waterways as the French State may judge necessary to assure the despatch and the transport of the products of the mines and their accessories and subsidiaries, such as double trackage, enlargement of stations, and construction of yards and appurtenances. The distribution of expenses will, in the event of disagreement, be submitted to arbitration.

The French State may also establish any new means of communication, such as roads, electric lines and telephone connections which it may consider necessary for the exploitation of the mines.

It may exploit freely and without any restrictions the means of communication of which it may become the owner, particularly those connecting the mines and their accessories and subsidiaries with the means of communication situated in French territory.

9.

The French State shall always be entitled to demand the application of the German mining laws and regulations in force on November 11, 1918, excepting provisions adopted exclusively in view of the state of war, with a view to the acquisition of such

jugera nécessaires à l'exploitation des mines et de leurs dépendances.

La réparation des dommages causés aux immeubles par l'exploitation desdites mines et de leurs dépendances sera réglée conformément aux lois et règlements miniers allemands ci-dessus visés.

§ 10.

Toute personne substituée par l'Etat français dans tout ou partie de ses droits sur l'exploitation des mines ou de leurs dépendances bénéficiera des prérogatives stipulées dans la présente Annexe.

§ 11.

Les mines et autres immeubles devenus la propriété de l'Etat français ne pourront jamais être l'objet de mesures de déchéance, de rachat, d'expropriation ou de réquisition, ni de toute autre mesure portant atteinte au droit de propriété.

Le personnel et le matériel affectés à l'exploitation de ces mines ou de leurs dépendances, ainsi que les produits extraits de ces mines ou fabriqués dans leurs dépendances, ne pourront jamais être l'objet de mesures de réquisition.

§ 12.

L'exploitation des mines et de leurs dépendances, dont la propriété sera acquise à l'Etat français, continuera, sous réserve des dispositions du paragraphe 23 ci-dessous, d'être soumise au régime établi par les lois et règlements allemands en vigueur au 11 novembre 1918 (réserve faite des dispositions

land as it may judge necessary for the exploitation of the mines and their accessories and subsidiaries.

The payment for damage caused to immovable property by the working of the said mines and their accessories and subsidiaries shall be made in accordance with the German mining laws and regulations above referred to.

10.

Every person whom the French State may substitute for itself as regards the whole or part of its rights to the exploitation of the mines and their accessories and subsidiaries shall enjoy the benefit of the privileges provided in this Annex.

11.

The mines and other immovable property which become the property of the French State may never be made the subject of measures of forfeiture, forced sale, expropriation or requisition, nor of any other measure affecting the right of property.

The personnel and the plant connected with the exploitation of these mines or their accessories and subsidiaries, as well as the product extracted from the mines or manufactured in their accessories and subsidiaries, may not at any time be made the subject of any measures of requisition.

12.

The exploitation of the mines and their accessories and subsidiaries, which become the property of the French State, will continue, subject to the provisions of paragraph 23 below, to be subject to the régime established by the German laws and regulations in force on November 11, 1918,

exclusivement prises en vue de l'état de guerre).

Les droits des ouvriers seront également maintenus, tels qu'ils résultaient au 11 novembre 1918 des lois et règlements allemands ci-dessus visés, et sous réserve des dispositions dudit paragraphe 23.

Aucune entrave ne sera apportée à l'introduction et à l'emploi de la main d'œuvre étrangère au Bassin dans les mines ou dans leurs dépendances.

Les ouvriers et employés de nationalité française pourront appartenir aux syndicats français.

§ 13.

La contribution des mines et de leurs dépendances, tant au budget local du territoire du Bassin de la Sarre qu'aux taxes communales, sera fixée en tenant un juste compte de la valeur proportionnelle des mines par rapport à l'ensemble de la richesse imposable du Bassin.

§ 14.

L'Etat français pourra toujours fonder et entretenir, comme dépendances des mines, des écoles primaires ou techniques à l'usage du personnel et des enfants de ce personnel et y faire donner l'enseignement en langue française, conformément à des programmes et par des maîtres de son choix.

Il pourra de même fonder et entretenir tous hôpitaux, dispensaires, maisons et jardins ouvriers et autres œuvres d'assistance et de solidarité.

§ 15.

L'Etat français aura toute liberté de procéder, comme il l'entendra, à la distribution, à l'expédition et à la

excepting provisions adopted exclusively in view of the state of war.

The rights of the workmen shall similarly be maintained, subject to the provisions of the said paragraph 23, as established on November 11, 1918, by the German laws and regulations above referred to.

No impediment shall be placed in the way of the introduction or employment in the mines and their accessories and subsidiaries of workmen from without the Basin.

The employees and workmen of French nationality shall have the right to belong to French labour unions.

13.

The amount contributed by the mines and their accessories and subsidiaries, either to the local budget of the territory of the Saar Basin or to the communal funds, shall be fixed with due regard to the ratio of the value of the mines to the total taxable wealth of the Basin.

14.

The French State shall always have the right of establishing and maintaining, as incidental to the mines, primary or technical schools for its employees and their children, and of causing instruction therein to be given in the French language, in accordance with such curriculum and by such teachers as it may select.

It shall also have the right to establish and maintain hospitals, dispensaries, workmen's houses and gardens and other charitable and social institutions.

15.

The French State shall enjoy complete liberty with respect to the distribution, despatch and sale prices of

fixation des prix de vente des produits des mines et de leurs dépendances.

Toutefois, quel que soit le montant de la production des mines, le Gouvernement français s'engage à ce que les demandes de la consommation locale, industrielle et domestique, soient toujours satisfaites dans la proportion, qui existait au cours de l'exercice 1913, entre la consommation locale et la production totale du Bassin de la Sarre.

the products of the mines and their accessories and subsidiaries.

Nevertheless, whatever may be the total product of the mines, the French Government undertakes that the requirements of local consumption for industrial and domestic purposes shall always be satisfied in the proportion existing in 1913 between the amount consumed locally and the total output of the Saar Basin.

Chapitre II.

Gouvernement du territoire du Bassin de la Sarre.

§ 16.

Le Gouvernement du territoire du Bassin de la Sarre sera confié à une Commission représentant la Société des Nations. Cette Commission aura son siège dans le territoire du Bassin de la Sarre.

§ 17.

La Commission de Gouvernement prévue au paragraphe 16 sera composée de cinq membres, nommés par le Conseil de la Société des Nations et comprendra un membre français, un membre non français, originaire et habitant du territoire du Bassin de la Sarre, et trois membres ressortissant à trois pays autres que la France et l'Allemagne.

Les membres de la Commission de Gouvernement seront nommés pour un an et leur mandat sera renouvelable. Ils pourront être révoqués par le Conseil de la Société des Nations, qui pourvoira à leur remplacement.

Les membres de la Commission de Gouvernement auront droit à un traitement, qui sera fixé par le Conseil de la Société des Nations et payé sur les revenus du territoire.

Chapter II.

Government of the territory of the Saar Basin.

16.

The Government of the territory of the Saar Basin shall be entrusted to a Commission representing the League of Nations. This Commission shall sit in the territory of the Saar Basin.

17.

The Governing Commission provided for by paragraph 16 shall consist of five members chosen by the Council of the League of Nations, and will include one citizen of France, one native inhabitant of the Saar Basin, not a citizen of France, and three members belonging to three countries other than France or Germany.

The members of the Governing Commission shall be appointed for one year and may be reappointed. They can be removed by the Council of the League of Nations, which will provide for their replacement.

The members of the Governing Commission will be entitled to a salary which will be fixed by the Council of the League of Nations, and charged on the local revenues.

§ 18.

Le Président de la Commission de Gouvernement sera désigné par le Conseil de la Société des Nations, parmi les membres de la Commission et pour une durée d'un an; ses pouvoirs seront renouvelables.

Le Président remplira les fonctions d'agent exécutif de la Commission.

18.

The Chairman of the Governing Commission shall be appointed for one year from among the members of the Commission by the Council of the League of Nations and may be reappointed.

The Chairman will act as the executive of the Commission.

§ 19.

La Commission de Gouvernement aura, sur le territoire du Bassin de la Sarre, tous les pouvoirs de gouvernement appartenant antérieurement à l'Empire allemand, à la Prusse et à la Bavière, y compris celui de nommer et révoquer les fonctionnaires et de créer tels organes administratifs et représentatifs qu'elle estimera nécessaires.

Elle aura pleins pouvoirs pour administrer et exploiter les chemins de fer, les canaux et les differents services publics.

Ses décisions seront prises à la majorité des voix.

19.

Within the territory of the Saar Basin the Governing Commission shall have all the powers of government hitherto belonging to the German Empire, Prussia, or Bavaria, including the appointment and dismissal of officials, and the creation of such administrative and representative bodies as it may deem necessary.

It shall have full powers to administer and operate the railways, canals and the different public services.

Its decisions shall be taken by a majority.

§ 20.

L'Allemagne mettra à la disposition du Gouvernement du Bassin de la Sarre tous les documents officiels et archives en possession de l'Allemagne, d'un Etat allemand on d'une autorité locale, qui se rapportent au territoire du Bassin de la Sarre ou aux droits de ses habitants.

20.

Germany will place at the disposal of the Governing Commission all official documents and archives under the control of Germany, of any German State, or of any local authority, which relate to the territory of the Saar Basin or to the rights of the inhabitants thereof.

§ 21.

Il appartiendra à la Commission de Gouvernement d'assurer, par tels moyens et dans telles conditions qu'elle jugera convenables, la protection à l'étranger des intérêts des habitants du territoire du Bassin de la Sarre.

21.

It will be the duty of the Governing Commission to ensure, by such means and under such conditions as it may deem suitable, the protection abroad of the interests of the inhabitants of the territory of the Saar Basin.

§ 22.

La Commission de Gouvernement aura le plein usufruit des propriétés autres que les mines et appartenant, tant au titre du domaine public qu'au titre du domaine privé, au Gouvernement de l'empire allemand ou au Gouvernement de tout Etat allemand sur le territoire du Bassin de la Sarre.

En ce qui concerne les chemins de fer, une équitable répartition du matériel roulant sera faite par une Commission mixte, où seront représentés la Commission de Gouvernement du territoire du Bassin de la Sarre et les chemins de fer allemands.

Les personnes, les marchandises, les bateaux, les wagons, les vehicules et les transports postaux sortant du Bassin de le Sarre ou y entrant bénéficieront de tous les droits et avantages relatifs au transit et au transport tels qu'ils sont spécifiés dans les dispositions de la Partie XII (Ports, Voies d'eau et Voies ferrées) du présent Traité.

§ 23.

Les lois et règlements en vigueur sur le territoire du Bassin de la Sarre au 11 novembre 1918 (réserve faite des dispositions édictées en vue de l'état de guerre) continueront à y être applicables.

Si, pour des motifs d'ordre général ou pour mettre ces lois et règlements en accord avec les stipulations du présent Traité, il était nécessaire d'y apporter des modifications, celles-ci seraient décidées et effectuées par la Commission de Gouvernement, après avis des représentants élus des habitants pris dans telle forme que la Commission décidera.

22.

The Governing Commission shall have the full right of user of all property, other than mines, belonging, either in public or in private domain, to the Government of the German Empire, or the Government of any German State, in the territory of the Saar Basin.

As regards the railways an equitable apportionment of rolling stock shall be made by a mixed Commission on which the Government of the territory of the Saar Basin and the German railways will be represented.

Persons, goods, vessels, carriages, wagons and mails coming from or going to the Saar Basin shall enjoy all the rights and privileges relating to transit and transport which are specified in the provision of Part XII (Ports, Waterways and Railways) of the present Treaty.

23.

The laws and regulations in force on November 11, 1918, in the territory of the Saar Basin (except those enacted in consequence of the state of war) shall continue to apply.

If, for general reasons or to bring these laws and regulations into accord with the provisions of the present Treaty, it is necessary to introduce modifications, these shall be decided on, and put into effect by the Governing Commission, after consultation with the elected representatives of the inhabitants in such a manner as the Commission may determine.

Aucune modification ne pourra être apportée au régime légal d'exploitation, prévu au paragraphe 12, sans consultation préalable de l'Etat français, à moins que cette modification ne soit la conséquence d'une réglementation générale du travail adoptée par la Société des Nations.

Dans la fixation des conditions et des heures de travail pour les hommes, les femmes et les enfants, la Commission de Gouvernement devra prendre en considération les vœux émis par les organisations locales du travail, ainsi que les principes adoptés par la Société des Nations.

No modification may be made in the legal régime for the exploitation of the mines, provided for in paragraph 12, without the French State being previously consulted, unless such modification results from a general regulation respecting labour adopted by the League of Nations.

In fixing the conditions and hours of labour for men, women and children, the Governing Commission is to take into consideration the wishes expressed by the local labour organisations, as well as the principles adopted by the League of Nations.

§ 24.

Sous réserve des dispositions du paragraphe 4, les droits des habitants du Bassin de la Sarre en matière d'assurance et de pensions, que ces droits soient acquis ou en cours d'acquisition à la date de la mise en vigueur du présent Traité, qu'ils aient trait à un système quelconque d'assurance de l'Allemagne ou à des pensions quelle qu'en soit la nature, ne sont affectés par aucune des dispositions du présent Traité.

L'Allemagne et le Gouvernement du territoire du Bassin de la Sarre maintiendront et protègeront tous les droits ci-dessus mentionnés.

24.

Subject to the provisions of paragraph 4, no rights of the inhabitants of the Saar Basin acquired or in process of acquisition at the date of the coming into force of this Treaty, in respect of any insurance system of Germany or in respect of any pension of any kind, are affected by any of the provisions of the present Treaty.

Germany and the Government of the territory of the Saar Basin will preserve and continue all of the aforesaid rights.

§ 25.

Les tribunaux civils et criminels existant sur le territoire du Bassin de la Sarre seront maintenus.

Une Cour civile et criminelle sera constituée par la Commission de Gouvernement pour juger en appel des décisions rendues par lesdits tribunaux et statuer sur les matières dont ceux-ci n'auraient pas à connaître.

Il appartiendra à la Commission de

25.

The civil and criminal courts existing in the territory of the Saar Basin shall continue.

A civil and criminal court will be established by the Governing Commission to hear appeals from the decisions of the said courts and to decide matters for which these courts are not competent.

The Governing Commission will be

Gouvernement de pourvoir au règlement d'organisation et de compétence de ladite Cour.

La justice sera rendue au nom de la Commission de Gouvernement.

responsible for settling the organisation and jurisdiction of the said court.

Justice will be rendered in the name of the Governing Commission.

§ 26.

La Commission de Gouvernement aura seule le pouvoir de lever des taxes et impôts dans la limite du territoire du Bassin de la Sarre.

Les taxes et impôts seront exclusivement appliqués aux besoins du territoire.

Le système fiscal existant au 11 novembre 1918 sera maintenu, autant que les circonstances le permettront, et aucune taxe nouvelle, sauf douanière, ne pourra être établie sans consultation préalable des représentants élus des habitants.

26.

The Governing Commission will alone have the power of levying taxes and dues in the territory of the Saar Basin.

These taxes and dues will be exclusively applied to the needs of the territory.

The fiscal system existing on November 11, 1918, will be maintained as far as possible, and no new tax except customs duties may be imposed without previously consulting the elected representatives of the inhabitants.

§ 27.

Les présentes dispositions ne porteront aucune atteinte à la nationalité actuelle des habitants du territoire du Bassin de la Sarre.

Aucun obstacle ne sera opposé à ceux qui désireraient acquérir une autre nationalité, étant entendu qu'en pareil cas leur nouvelle nationalité sera acquise à l'exclusion de toute autre.

27.

The present stipulations will not affect the existing nationality of the inhabitants of the territory of the Saar Basin.

No hindrance shall be placed in the way of those who wish to acquire a different nationality, but in such case the acquisition of the new nationality will involve the loss of any other.

§ 28.

Sous le contrôle de la Commission de Gouvernement, les habitants conserveront leurs assemblées locales, leurs libertés religieuses, leurs écoles, leur langue.

Le droit de vote ne sera pas exercé pour d'autres assemblées que les assemblées locales; il appartiendra, sans distinction de sexe, à tout habitant âgé de plus de 20 ans.

28.

Under the control of the Governing Commission the inhabitants will retain their local assemblies, their religious liberties, their schools and their language.

The right of voting will not be exercised for any assemblies other than the local assemblies, and will belong to every inhabitant over the age of twenty years, without distinction of sex.

§ 29.

Ceux des habitants du territoire du Bassin de la Sarre, qui désireraient

29.

Any of the inhabitants of the Saar Basin who may desire to leave the

quitter ce territoire, auront toutes facilités pour y conserver leurs propriétés immobilières ou pour les vendre à des prix équitables et pour emporter leurs meubles en franchise de toutes taxes.

§ 30.

Il n'y aura sur le territoire du Bassin de la Sarre aucun service militaire, obligatoire ou volontaire; la construction de fortifications y est interdite.

Seule, une gendamerie locale y sera organisée pour le maintien de l'ordre.

Il appartiendra à la Commission de Gouvernement de pourvoir, en toutes circonstances, à la protection des personnes et des biens sur le territoire du Bassin de la Sarre.

§ 31.

Le territoire du Bassin de la Sarre, tel qu'il est délimité par l'article 48 du présent Traité, sera soumis au régime douanier français. Le produit des droits de douane sur les marchandises destinées à la consommation locale sera attribué au budget dudit territoire, déduction faite de tous frais de perception.

Aucune taxe d'exportation ne sera mise sur les produits métallurgiques ou le charbon sortant dudit territoire à destination de l'Allemagne, ni sur les exportations allemandes à destination des industries du territoire du Bassin de la Sarre.

Les produits naturels ou fabriqués, originaires du Bassin, en transit sur le territoire allemand, seront libres de toutes taxes douanières. Il en sera de même pour les produits allemands en transit sur le territoire du Bassin.

Pendant cinq ans, à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les produits originaires et en pro-

territory will have full liberty to retain in it their immovable property or to sell it at fair prices, and to remove their movable property free of any charges.

30.

There will be no military service, whether compulsory or voluntary, in the territory of the Saar Basin, and the construction of fortifications therein is forbidden.

Only a local gendarmerie for the maintenance of order may be established.

It will be the duty of the Governing Commission to provide in all cases for the protection of persons and property in the Saar Basin.

31.

The territory of the Saar Basin as defined by Article 48 of the present Treaty shall be subjected to the French customs regime. The receipts from the customs duties on goods intended for local consumption shall be included in the budget of the said territory after deduction of all costs of collection.

No export tax shall be imposed upon metallurgical products or coal exported from the said territory to Germany, nor upon German exports for the use of the industries of the territory of the Saar Basin.

Natural or manufactured products originating in the Basin in transit over German territory and, similarly, German products in transit over the territory of the Basin shall be free of all customs duties.

Products which both originate in and pass from the Basin into Germany shall be free of import duties for a

venance du Bassin, jouiront de la franchise d'importation en Allemagne et, pendant la même période, l'importation d'Allemagne sur le territoire du Bassin, des articles destinés à la consommation locale sera également libre de droits de douane.

Au cours de ces cinq années, pour chaque article en provenance du Bassin et dans lequel seront incorporés des matières premières ou des demiouvrés venant d'Allemagne en franchise, le Gouvernement français se réserve de limiter les quantités, qui seront admises en France, à la moyenne annuelle des quantités expédiées en Alsace-Lorraine et en France au cours des années 1911-1913, telle qu'elle sera déterminée à l'aide de tous renseignements et documents statistiques officiels.

§ 32.

Aucune prohibition ni restriction ne sera imposée à la circulation de la monnaie française sur le territoire du Bassin de la Sarre.

L'Etat français aura le droit de se servir de la monnaie française pour tous ses achats ou payements et dans tous ses contrats relatifs à l'exploitation des mines ou de leurs dépendances.

§ 33.

La Commission de Gouvernement aura pouvoir de résoudre toutes questions, auxquelles pourrait donner lieu l'interprétation des dispositions qui précèdent.

La France et l'Allemagne reconnaissent que tout litige, impliquant une divergence dans l'interprétation desdites dispositions, sera également soumis à la Commission de Gouvernement, dont la décision, rendue à la

period of five years from the date of the coming into force of the present Treaty, and during the same period articles imported from Germany into the territory of the Basin for local consumption shall likewise be free of import duties.

During these five years the French Government reserves to itself the right of limiting to the annual average of the quantities imported into Alsace-Lorraine and France in the years 1911 to 1913 the quantities which may be sent into France of all articles coming from the Basin which include raw materials and semi-manufactured goods imported duty free from Germany. Such average shall be determined after reference to all available official information and statistics.

32.

No prohibition or restriction shall be imposed upon the circulation of French money in the territory of the Saar Basin.

The French State shall have the right to use French money in all purchases, payments and contracts connected with the exploitation of the mines or their accessories and subsidiaries.

33.

The Governing Commission shall have power to decide all questions arising from the interpretation of the preceding provisions.

France and Germany agree that any dispute involving a difference of opinion as to the interpretation of the said provisions shall in the same way be submitted to the Governing Commission, and the decision of a majority

majorité, sera obligatoire pour les deux pays.

Chapitre III.

Consultation populaire.

§ 34.

A l'expiration d'un délai de quinze ans, à compter de la mise en vigueur du présent Traité, la population du territoire du Bassin de la Sarre sera appelée à faire connaître sa volonté comme il suit:

Un vote aura lieu par commune ou par district et portera sur les trois alternatives suivantes:

a) maintien du régime établi par le présent Traité et par la présente Annexe; — b) union à la France; — c) union à l'Allemagne.

Le droit de vote appartiendra, sans distinction de sexe, à toute personne âgée de plus de 20 ans à la date du vote, habitant le territoire à la date de la signature du Traité.

Les autres règles, les modalités et la date du vote seront fixées par le Conseil de la Société des Nations, de façon à assurer la liberté, le secret et la sincérité des votes.

§ 35.

La Société des Nations décidera de la souveraineté, sous laquelle le territoire sera placé, en tenant compte du désir exprimé par le vote de la population:

a) Dans le cas où, pour tout ou partie du territoire, la Société des Nations déciderait le maintien du régime établi par le présent Traité et par la présente Annexe, l'Allemagne s'engage dès maintenant à renoncer, en faveur de la Société des Nations, à sa souveraineté, ainsi que la Société

of the Commission shall be binding on both countries.

Chapter III.

Plebiscite.

34.

At the termination of a period of fifteen years from the coming into force of the present Treaty, the population of the territory of the Saar Basin will be called upon to indicate their desires in the following manner:

A vote will take place by communes or districts, on the three following alternatives:

a) maintenance of the régime established by the present Treaty and by this Annex; b) union with France; c) union with Germany.

All persons without distinction of sex, more than twenty years old at the date of the voting, resident in the territory at the date of the signature of the present Treaty, will have the right to vote.

The other conditions, methods and the date of the voting shall be fixed by the Council of the League of Nations in such a way as to secure the freedom, secrecy and trustworthiness of the voting.

35.

The League of Nations shall decide on the sovereignty under which the territory is to be placed, taking into account the wishes of the inhabitants as expressed by the voting:

a) If, for the whole or part of the territory, the League of Nations decides in favour of the maintenance of the régime established by the present Treaty and this Annex, Germany hereby agrees to make such renunciation of her sovereignty in favour of the League of Nations as the latter shall deem

des Nations le jugera nécessaire, et il appartiendra à celle-ci de prendre les mesures propres à adapter le régime définitivement instauré aux intérêts permanents du territoire et à l'intérêt général;

b) Dans le cas où, pour tout ou partie du territoire, la Société des Nations déciderait l'union avec la France, l'Allemagne s'engage dès maintenant à céder à la France, en exécution de la décision conforme de la Société des Nations, tous ses droits et titres sur le territoire qui sera spécifié par la Société des Nations;

c) Dans le cas où, pour tout ou partie du territoire, la Société des Nations déciderait l'union avec l'Allemagne, il appartiendra à la Société des Nations de pourvoir à la réinstallation de l'Allemagne dans le gouvernement du territoire qui sera spécifié par la Société des Nations.

§ 36.

Dans le cas où la Société des Nations déciderait l'union à l'Allemagne de tout ou partie du territoire du Bassin de la Sarre, les droits de propriété de la France sur les mines situées dans cette partie du territoire seront rachetés en bloc par l'Allemagne à un prix payable en or. Ce prix sera déterminé par trois experts, statuant à la majorité; l'un de ces experts sera nommé par l'Allemagne, un par la France et un par la Société des Nations, ce dernier ne devant être ni français ni allemand.

L'obligation de la part de l'Allemagne d'effectuer ce paiement sera prise en considération par la Commission des réparations, et, à cette fin, l'Allemagne pourra fournir une première hypothèque sur son capital

necessary. It will be the duty of the League of Nations to take appropriate steps to adapt the régime definitively adopted to the permanent welfare of the territory and the general interest:

b) If, for the whole or part of the territory, the League of Nations decides in favour of union with France, Germany hereby agrees to cede to France in accordance with the decision of the League of Nations all rights and title over the territory specified by the League:

c) If, for the whole or part of the territory, the League of Nations decides in favour of union with Germany, it will be the duty of the League of Nations to cause the German Government to be re-established in the government of the territory specified by the League.

36.

If the League of Nations decides in favour of the union of the whole or part of the territory of the Saar Basin with Germany, France's rights of ownership in the mines situated in such part of the territory will be repurchased by Germany in their entirety at a price payable in gold. The price to be paid will be fixed by three experts, one nominated by Germany, one by France, and one, who shall be neither a Frenchman nor a German, by the Council of the League of Nations; the decision of the experts will be given by a majority.

The obligation of Germany to make such payment shall be taken into account by the Reparation Commission, and for the purpose of this payment Germany may create a prior charge upon her assets or revenues upon such

ou ses revenus de toutes manières qui seront acceptées par la Commission des réparations.

Si, néanmoins, l'Allemagne un an après la date à laquelle le paiement aurait du être effectué n'y a pas satisfait, la Commission des réparations y pourvoiera en conformité avec les instructions qui pourront lui être données par la Société des Nations, et si cela est nécessaire, en liquidant la partie des mines en question.

detailed terms as shall be agreed to by the Reparation Commission.

If, nevertheless, Germany after a period of one year from the date on which the payment becomes due shall not have effected the said payment, the Reparation Commission shall do so in accordance with such instructions as may be given by the League of Nations, and, if necessary, by liquidating that part of the mines which is in question.

§ 37.

Si, à la suite du rachat prévu au paragraphe 36, la propriété des mines ou d'une partie des mines est transférée à l'Allemagne, l'Etat et les nationaux français auront le droit d'acheter la quantité de charbon du Bassin, justifiée par leurs besoins industriels et domestiques à cette date. Un arrangement équitable établi en temps utile par le Conseil de la Société des Nations, fixera les quantités de charbon et la durée du contrat, ainsi que les prix.

37.

If, in consequence of the repurchase provided for in paragraph 36, the ownership of the mines or any part of them is transferred to Germany, the French State and French nationals shall have the right to purchase such amount of coal of the Saar Basin as their industrial and domestic needs are found at that time to require. An equitable arrangement regarding amounts of coal, duration of contract, and prices will be fixed in due time by the Council of the League of Nations.

§ 38.

Il est entendu que la France et l'Allemagne pourront, par des accords particuliers conclus avant la date fixée pour le payement du prix de rachat des mines, déroger aux dispositions des paragraphes 36 et 37.

38.

It is understood that France and Germany may, by special agreement concluded before the time fixed for the payment of the price for the repurchase of the mines, modify the provisions of paragraphs 36 and 37.

§ 39.

Le Conseil de la Société des Nations prendra les dispositions requises pour l'organisation du régime à instaurer après la mise en vigueur des décisions de la Société des Nations mentionnées au paragraphe 35. Ces dispositions comprendront une répartition équitable de toutes obligations incombant au Gouvernement

39.

The Council of the League of Nations shall make such provisions as may be necessary for the establishment of the régime which is to take effect after the decisions of the League of Nations mentioned in Article 35 have become operative, including an equitable apportionment of any obligations of the Government of the territory of the

du Bassin de la Sarre, à la suite d'emprunts levés par la Commission ou à la suite de toute autre mesure.

Dès la mise en vigueur du nouveau régime, les pouvoirs de la Commission de Gouvernement prendront fin, sauf dans le cas prévu par le paragraphe 35 a).

§ 40.

Dans les matières visées dans la présente Annexe, les décisions du Conseil de la Société des Nations seront prises à la majorité.

Section V.

Alsace-Lorraine.

Les Hautes Parties Contractantes, ayant reconnu l'obligation morale de réparer le tort fait par l'Allemagne en 1871, tant au droit de la France qu'à la volonté des populations d'Alsace et de Lorraine, séparées de leur Patrie malgré la protestation solennelle de leurs représentants à l'Assemblée de Bordeaux,

Sont d'accord sur les articles suivants:

Article 51.

Les territoires cédés à l'Allemagne en vertu des Préliminaires de Paix signés à Versailles le 26 février 1871*) et du Traité de Francfort du 10 mai 1871,**) sont réintégrés dans la souveraineté française à dater de l'Armistice du 11 novembre 1918.

Les dispositions des Traités portant délimitation de la frontière avant 1871 seront remises en vigueur.

Article 52.

Le Gouvernement allemand remettra sans délai au Gouvernement français

Saar Basin arising from loans raised by the Commission or from other causes.

From the coming into force of the new régime, the powers of the Governing Commission will terminate, except in the case provided for in paragraph 35 a).

40.

In all matters dealt with in the present Annex, the decisions of the Council of the League of Nations will be taken by a majority.

Section V.

Alsace-Lorraine.

The High Contracting Parties, recognising the moral obligation to redress the wrong done by Germany in 1871 both to the rights of France and to the wishes of the population of Alsace and Lorraine, which were separated from their country in spite of the solemn protest of their representatives at the Assembly of Bordeaux,

Agree upon the following articles:

Article 51.

The territories which were ceded to Germany in accordance with the Preliminaries of Peace signed at Versailles on February 26, 1871,*) and the Treaty of Frankfort of May 10, 1871,**) are restored to French sovereignty as from the date of the Armistice of November 11, 1918.

The provisions of the Treaties establishing the delimitation of the frontiers before 1871 shall be restored.

Article 52.

The German Government shall hand over without delay to the French

*) V. **N. R. G.** XIX, p. 653. **) V. **N. R. G.** XIX, p. 688.

les archives, registres, plans, titres et documents de toute nature concernant les administrations civile, militaire, financière, judiciaire ou autres, des territoires réintégrés dans la souveraineté française. Si quelques-uns de ces documents, archives, registres, titres ou plans avaient été déplacés, ils seront restitués par le Gouvernement allemand sur la demande du Gouvernement français.

Article 53.

Il sera pourvu par conventions séparées entre la France et l'Allemagne au règlement des intérêts des habitants des territoires visés à l'article 51, notamment en ce qui concerne leurs droits civils, leur commerce et l'exercice de leur profession, étant entendu que l'Allemagne s'engage dès à présent à reconnaître et accepter les règles fixées dans l'Annexe ci-jointe et concernant la nationalité des habitants ou des personnes originaires desdits territoires, à ne revendiquer à aucun moment ni en quelque lieu que ce soit comme ressortissants allemands ceux qui auront été déclarés français à un titre quelconque, à recevoir les autres sur son territoire et à se conformer, en ce qui concerne les biens des nationaux allemands sur les territoires visés à l'article 51, aux dispositions de l'article 297 et de l'Annexe de la Section IV, Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

Ceux des nationaux allemands qui, sans obtenir la nationalité française, recevront du Gouvernement français l'autorisation de résider sur lesdits territoires, ne seront pas soumis aux dispositions dudit article.

Article 54.

Posséderont la qualité d'Alsaciens-Lorrains pour l'exécution des dispo-

Government all archives, registers, plans, titles and documents of every kind concerning the civil, military, financial, judicial or other administrations of the territories restored to French sovereignty. If any of these documents, archives, registers, titles or plans have been misplaced, they will be restored by the German Government on the demand of the French Government.

Article 53.

Separate agreements shall be made between France and Germany dealing with the interests of the inhabitants of the territories referred to in Article 51, particularly as regards their civil rights, their business and the exercise of their professions, it being understood that Germany undertakes as from the present date to recognise and accept the regulations laid down in the Annex hereto regarding the nationality of the inhabitants or natives of the said territories, not to claim at any time or in any place whatsoever as German nationals those who shall have been declared on any ground to be French, to receive all others in her territory, and to conform, as regards the property of German nationals in the territories indicated in Article 51, with the provisions of Article 297 and the Annex to Section IV of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty.

Those German nationals who without acquiring French nationality shall receive permission from the French Government to reside in the said territories shall not be subjected to the provisions of the said Article.

Article 54.

Those persons who have regained French nationality in virtue of para-

sitions de la présente Section, les personnes ayant recouvré la nationalité française en vertu du paragraphe 1er de l'Annexe ci-jointe.

A partir du jour où elles auront réclamé la nationalité française, les personnes visées au paragraphe 2 de ladite Annexe seront réputées Alsaciennes-Lorraines, avec effet rétroactif au 11 novembre 1918. Pour celles dont la demande sera rejetée, le bénéfice prendra fin à la date du refus.

Seront également réputées Alsaciennes-Lorraines, les personnes morales à qui cette qualité aura été reconnue soit par les autorités administratives françaises, soit par une décision judiciaire.

Article 55.

Les territoires visés à l'article 51 feront retour à la France francs et quittes de toutes dettes publiques dans les conditions prévues par l'article 255 de la Partie IX (Clauses financières) du présent Traité.

Article 56.

Conformément aux stipulations de l'article 256 de la Partie IX (Clauses financières) du présent Traité, la France entrera en possession de tous biens et propriétés de l'Empire ou des Etats allemands situés dans les territoires visés l'article 51, sans avoir à payer ni créditer de ce chef aucun des Etats cédants.

Cette disposition vise tous les biens meubles ou immeubles du domaine public ou privé, ensemble les droits de toute nature qui appartenaient à l'Empire ou aux Etats allemands, ou à leurs circonscriptions administratives.

Les biens de la Couronne et les biens privés de l'ancien empereur ou

graph 1 of the Annex hereto will be held to be Alsace-Lorrainers for the purposes of the present Section.

The persons referred to in paragraph 2 of the said Annex will from the day on which they have claimed French nationality be held to be Alsace-Lorrainers with retroactive effect as from November 11, 1918. For those whose application is rejected, the privilege will terminate at the date of the refusal.

Such juridical persons will also have the status of Alsace-Lorrainers as shall have been recognised as possessing this quality, whether by the French administrative authorities or by a judicial decision.

Article 55.

The territories referred to in Article 51 shall return to France, free and quit of all public debts, under the conditions laid down in Article 255 of Part IX (Financial Clauses) of the present Treaty.

Article 56.

In conformity with the provisions of Article 256 of Part IX (Financial Clauses) of the present Treaty, France shall enter into possession of all property and estate, within the territories referred to in Article 51, which belong to the German Empire or German States, without any payment or credit on this account to any of the States ceding the territories.

This provision applies to all movable or immovable property of public or private domain together with all rights whatsoever belonging to the German Empire or German States or to their administrative areas.

Crown property and the property of the former Emperor or other Ger-

des anciens souverains allemands seront assimilés aux biens du domaine public.

Article 57.

L'Allemagne ne devra prendre aucune disposition tendant, par un estampillage ou par toutes autres mesures légales ou administratives qui ne s'appliqueraient pas au reste de son territoire, à porter atteinte à la valeur légale ou au pouvoir libératoire des instruments monétaires ou monnaies allemandes ayant cours légal à la date de la signature du présent Traité et se trouvant à ladite date en la possession du Gouvernement français.

Article 58.

Une convention spéciale fixera les conditions du remboursement en marks des dépenses exceptionnelles de guerre avancées au cours de la guerre par l'Alsace-Lorraine ou les collectivités publiques d'Alsace-Lorraine pour le compte de l'Empire aux termes de la législation allemande, telles que: allocations aux familles de mobilisés, réquisitions, logements de troupes, secours aux évacués.

Il sera tenu compte à l'Allemagne, dans la fixation du montant de ces sommes, de la part pour laquelle l'Alsace-Lorraine aurait contribué, vis-à-vis de l'Empire, aux dépenses résultant de tels remboursements, cette contribution étant calculée d'après la part proportionnelle des revenus d'Empire provenant de l'Alsace-Lorraine en 1913.

Article 59.

L'Etat français percevra pour son propre compte les impôts, droits et taxes d'Empire de toute nature, exigibles sur les territoires visés à l'article 51 et non recouvrés à la date de l'Armistice du 11 novembre 1918.

man sovereigns shall be assimilated to property of the public domain.

Article 57.

Germany shall not take any action, either by means of stamping or by any other legal or administrative measures not applying equally to the rest of her territory, which may be to the detriment of the legal value or redeemability of German monetary instruments or monies which, at the date of the signature of the present Treaty, are legally current, and at that date are in the possession of the French Government.

Article 58.

A special Convention will determine the conditions for repayment in marks of the exceptional war expenditure advanced during the course of the war by Alsace-Lorraine or by public bodies in Alsace-Lorraine on account of the Empire in accordance with German law, such as payment to the families of persons mobilised, requisitions, billeting of troops, and assistance to persons who have been evacuated.

In fixing the amount of these sums Germany shall be credited with that portion which Alsace-Lorraine would have contributed to the Empire to meet the expenses resulting from these payments, this contribution being calculated according to the proportion of the Imperial revenues derived from Alsace-Lorraine in 1913.

Article 59.

The French Government will collect for its own account the Imperial taxes, duties and dues of every kind leviable in the territories referred to in Article 51 and not collected at the time of the Armistice of November 11, 1918.

Article 60.

Le Gouvernement allemand remettra sans délai les Alsaciens-Lorrains (personnes physiques et morales et établissements publics) en possession de tous biens, droits et intérêts leur appartenant à la date du 11 novembre 1918, en tant qu'ils seront situés sur le territoire allemand.

Article 61.

Le Gouvernement allemand s'engage à poursuivre et achever sans retard l'exécution des clauses financières concernant l'Alsace-Lorraine et prévues dans les diverses conventions d'armistice.

Article 62.

Le Gouvernement allemand s'engage à supporter la charge de toutes pensions civiles et militaires acquises en Alsace-Lorraine à la date du 11 novembre 1918, et dont le service incombait au budget de l'Empire allemand.

Le Gouvernement allemand fournira chaque année les fonds nécessaires pour le payement en francs, au taux moyen du change de l'année, des sommes auxquelles des personnes résidant en Alsace-Lorraine auraient eu droit en marks si l'Alsace-Lorraine était restée sous la juridiction allemande.

Article 63.

Eu égard à l'obligation assumée par l'Allemagne dans la Partie VIII (Réparations) du présent Traité, d'accorder compensation pour les dommages causés sous forme d'amendes aux populations civiles des pays alliés et associés, les habitants des territoires visés à l'article 51 seront assimilés auxdites populations.

Article 60.

The German Government shall without delay restore to Alsace-Lorrainers (individuals, juridical persons and public institutions) all property, rights and interests belonging to them on November 11, 1918, in so far as these are situated in German territory.

Article 61.

The German Government undertakes to continue and complete without delay the execution of the financial clauses regarding Alsace-Lorraine contained in the Armistice Conventions.

Article 62.

The German Government undertakes to bear the expense of all civil and military pensions which had been earned in Alsace-Lorraine on the date of November 11, 1918, and the maintenance of which was a charge on the budget of the German Empire.

The German Government shall furnish each year the funds necessary for the payment in francs, at the average rate of exchange for that year, of the sums in marks to which persons resident in Alsace-Lorraine would have been entitled if Alsace-Lorraine had remained under German jurisdiction.

Article 63.

For the purposes of the obligation assumed by Germany in Part VIII (Reparation) of the present Treaty to give compensation for damages caused to the civil populations of the Allied and Associated countries in the form of fines, the inhabitants of the territories referred to in Article 51 shall be assimilated to the abovementioned populations.

Article 64.

Les règles concernant le régime du Rhin et de la Moselle sont fixées dans la Partie XII (Ports, Voies d'eau et Voies ferrées) du présent Traité.

Article 65.

Dans un délai de trois semaines après la mise en vigueur du présent Traité, le port de Strasbourg et le port de Kehl seront constitués, pour une durée de sept années, en un organisme unique au point de vue de l'exploitation.

L'administration de cet organisme unique sera assurée par un directeur nommé par la Commission centrale du Rhin et révocable par elle.

Ce directeur devra être de nationalité française.

Il sera soumis au contrôle de la Commission centrale du Rhin et résidera à Strasbourg.

Il sera établi, dans les deux ports, des zones franches, conformément à la Partie XII (Ports, Voies d'eau et Voies ferrées) du présent Traité.

Une Convention particulière, à intervenir entre la France et l'Allemagne, et qui sera soumise à l'approbation de la Commission centrale du Rhin, déterminera les modalités de cette organisation, notamment au point de vue financier.

Il est entendu qu'aux termes du présent article, le port de Kehl comprend l'ensemble des surfaces nécessaires au mouvement du port et des trains le desservant, y compris les bassins, quais et voies ferrées, terre-pleins, grues, halls de quais et d'entrepôts, silos, élévateurs, usines hydro-électriques, constituant l'outillage du port.

Article 64.

The regulations concerning the control of the Rhine and of the Moselle are laid down in Part XII (Ports, Waterways and Railways) of the present Treaty.

Article 65.

Within a period of three weeks after the coming into force of the present Treaty, the port of Strasburg and the port of Kehl shall be constituted, for a period of seven years, a single unit from the point of view of exploitation.

The administration of this single unit will be carried on by a manager named by the Central Rhine Commission, which shall also have power to remove him.

This manager shall be of French nationality.

He will reside in Strasburg and will be subject to the supervision of the Central Rhine Commission.

There will be established in the two ports free zones in conformity with Part XII (Ports, Waterways and Railways) of the present Treaty.

A special Convention between France and Germany, which shall be submitted to the approval of the Central Rhine Commission, will fix the details of this organisation, particularly as regards finance.

It is understood that for the purpose of the present Article the port of Kehl includes the whole of the area necessary for the movements of the port and the trains which serve it, including the harbour, quays and railroads, platforms, cranes, sheds and warehouses, silos, elevators and hydro-electric plants, which make up the equipment of the port.

Le Gouvernement allemand s'engage à prendre toutes dispositions qui lui seront demandées en vue d'assurer que toutes les formations et manœuvres de trains à destination ou en provenance de Kehl, relatifs tant à la rive droite qu'à la rive gauche du Rhin, soient effectuées dans les meilleures conditions possibles.

Tous les droits et propriétés des particuliers seront sauvegardés. En particulier, l'administration des ports s'abstiendra de toute mesure préjudiciable aux droits de propriété des chemins de fer français ou badois.

L'égalité de traitement, au point de vue du trafic, sera assurée dans les deux ports aux nationaux, bateaux et marchandises de toutes nationalités.

Au cas où à l'expiration de la sixième année, la France estimerait que l'état d'avancement des travaux du port de Strasbourg rend nécessaire une prolongation de ce régime transitoire, elle aura la faculté d'en demander la prolongation à la Commission centrale du Rhin qui pourra l'accorder pour une période ne dépassant pas trois ans.

Pendant toute la durée de la prolongation, les zones franches prévues ci-dessus seront maintenues.

En attendant la nomination du premier directeur par la Commission centrale du Rhin, un directeur provisoire, qui devra être de nationalité française, pourra être désigné par les Principales Puissances alliées et associées dans les conditions ci-dessus.

Pour toutes les questions posées par le présent article, la Commission centrale du Rhin décidera à la majorité des voix.

Article 66.

Les ponts de chemins de fer et autres existant actuellement dans les

The German Government undertakes to carry out all measures which shall be required of it in order to assure that all the making-up and switching of trains arriving at or departing from Kehl, whether for the right bank or the left bank of the Rhine, shall be carried on in the best conditions possible.

All property rights shall be safeguarded. In particular the administration of the ports shall not prejudice any property rights of the French or Baden railroads.

Equality of treatment as respects traffic shall be assured in both ports to the nationals, vessels and goods of every country.

In case at the end of the sixth year France shall consider that te progress made in the improvement of the port of Strasburg still requires a prolongation of this temporary régime, she may ask for such prolongation from the Central Rhine Commission, which may grant an extension for a period not exceeding three years.

Throughout the whole period of any such extension the free zones above provided for shall be maintained.

Pending appointment of the first manager by the Central Rhine Commission a provisional manager who shall be of French nationality may be appointed by the Principal Allied and Associated Powers subject to the foregoing provisions.

For all purposes of the present Article the Central Rhine Commission will decide by a majority af votes.

Article 66.

The railway and other bridges across the Rhine now existing within the

limites de l'Alsace-Lorraine sur le Rhin seront, dans toutes leurs parties et sur toute leur longueur, la propriété de l'Etat français qui en assurera l'entretien.

Article 67.

Le Gouvernement français est subrogé dans tous les droits de l'Empire allemand sur toutes les lignes de chemin de fer gerées par l'administration des chemins de fer d'Empire et actuellement en exploitation ou en construction.

Il en sera de même en ce qui concerne les droits de l'Empire sur les concessions de chemins de fer et de tramways situees sur les territoires visés à l'article 51.

Cette subrogation ne donnera lieu à la charge de l'Etat français à aucun payement.

Les gares frontières seront fixées par un accord ultérieur, etant par avance stipulé que, sur la frontière du Rhin, elles seront situées sur la rive droite.

Article 68.

Conformément aux dispositions de l'article 268 du Chapitre I de la Section I de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité, pendant une période de cinq années, à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les produits naturels ou fabriqués, originaires et en provenance des territoires visés à l'article 51, seront reçus, à leur entrée sur le territoire douanier allemand, en franchise de tous droits de douane.

Le Gouvernement français se réserve de fixer chaque année, par décret notifié au Gouvernement allemand, la nature et la quotité des produits qui bénéficieront de cette franchise.

limits of Alsace-Lorraine shall, as to all their parts and their whole length, be the property of the French State, which shall ensure their upkeep.

Article 67.

The French Government is substituted in all the rights of the German Empire over all the railways which were administered by the Imperial railway administration and which are actually working or under construction.

The same shall apply to the rights of the Empire with regard to railway and tramway concessions within the territories referred to in Article 51.

This substitution shall not entail any payment on the part of the French State.

The frontier railway stations shall be established by a subsequent agreement, it being stipulated in advance that on the Rhine frontier they shall be situated on the right bank.

Article 68.

In accordance with the provisions of Article 268 of Chapter I of Section I of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty, for a period of five years from the coming into force of the present Treaty, natural or manufactured products originating in and coming from the territories referred to in Article 51 shall, on importation into German customs territory, be exempt from all customs duty.

The French Government may fix each year, by decree communicated to the German Government, the nature and amount of the products which shall enjoy this exemption.

Les quantités de chaque produit qui pourront être ainsi envoyées annuellement en Allemagne ne pourront dépasser la moyenne annuelle des quantités envoyées au cours des années 1911 à 1913.

En outre, et pendant ladite période de cinq ans, le Gouvernement allemand s'engage à laisser sortir librement d'Allemagne et à laisser réimporter en Allemagne, en franchise de tous droits de douanes ou autres charges, y compris les impôts intérieurs, les fils, tissus et autres matières ou produits textiles de toute nature et à tous états, venus d'Allemagne dans les territoires visés à l'article 51, pour y subir des opérations de finissage quelconques, telles que blanchiment, teinture, impression, mercerisage, gazage, retordage ou apprêt.

Article 69.

Pendant une période de dix ans à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les usines centrales d'énergie électrique situées en territoire allemand et qui fournissaient de l'énergie électrique sur les territoires visés à l'article 51 ou à toute installation dont l'exploitation passe définitivement ou provisoirement de l'Allemagne à la France seront tenues de continuer cette fourniture à concurrence de la consommation correspondant aux marchés et polices en cours le 11 novembre 1918.

Cette fourniture sera faite suivant les contrats en vigueur et à un tarif qui ne saurait être supérieur à celui que payent auxdites usines les ressortissants allemands.

Article 70.

Il est entendu que le Gouvernement français garde le droit d'interdire à

The amount of each product which may be thus sent annually into Germany shall not exceed the average of the amounts sent annually in the years 1911—1913.

Further, during the period of five years above mentioned, the German Government shall allow the free export from Germany, and the free reimportation into Germany, exempt from all customs duties and other charges (including internal charges), of yarns, tissues, and other textile materials or textile products of any kind and in any condition, sent from Germany into the territories referred to in Article 51, to be subjected there to any finishing process, such as bleaching, dyeing, printing, mercerisation, gassing, twisting or dressing.

Article 69.

During a period of ten years from the coming into force of the present Treaty, central electric supply works situated in German territory and formerly furnishing electric power to the territories referred to in Article 51 or to any establishment the working of which passes permanently or temporarily from Germany to France, shall be required to continue such supply up to the amount of consumption corresponding to the undertakings and contracts current on November 11, 1918.

Such supply shall be furnished according to the contracts in force and at a rate which shall not be higher than that paid to the said works by German nationals.

Article 70.

It is understood that the French Government preserves its right to pro-

l'avenir, sur les territoires visés à l'article 51, toute nouvelle participation allemande:

1⁰ dans la gestion ou l'exploitation du domaine public et des services publics tels que: chemins de fer, voies navigables, distributions d'eau, de gaz, d'énergie électrique et autres;

2⁰ dans la propriété des mines et carrières de toute nature et les exploitations connexes;

3⁰ enfin dans les établissements métallurgiques, lors même que l'exploitation de ceux-ci ne serait connexe de celle d'aucune mine.

Article 71.

En ce qui concerne les territoires visés à l'article 51, l'Allemagne renonce pour elle et ses ressortissants à se prévaloir, à dater du 11 novembre 1918, des dispositions de la loi du 25 mai 1910 concernant le trafic des sels de potasse, et d'une façon générale de toutes dispositions prévoyant l'intervention d'organisations allemandes dans l'exploitation des mines de potasse. Elle renonce également pour elle et pour ses ressortissants à se prévaloir de toutes ententes, dispositions ou lois pouvant exister à son profit relativement à d'autres produits desdits territoires.

Article 72.

Le règlement des questions concernant les dettes contractées avant le 11 novembre 1918 entre l'Empire et les Etats allemands ou leurs ressortissants résidant en Allemagne d'une part, et les Alsaciens-Lorrains résidant en Alsace-Lorraine d'autre part, sera effectué conformément aux dispositions de la Section III de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité, étant entendu que l'ex-

hibit in the future in the territories referred to in Article 51 all new German participation:

1) In the management or exploitation of the public domain and of public services, such as railways, navigable waterways, water works, gas works, electric power, etc.;

2) In the ownership of mines and quarries of every kind and in enterprises connected therewith;

3) In metallurgical establishments, even though their working may not be connected with that of any mine.

Article 71.

As regards the territories referred to in Article 51, Germany renounces on behalf of herself and her nationals as from November 11, 1918, all rights under the law of May 25, 1910, regarding the trade in potash salts, and generally under any stipulations for the intervention of German organisations in the working of the potash mines. Similarly, she renounces on behalf of herself and her nationals all rights under any agreements, stipulations or laws which may exist to her benefit with regard to other products of the aforesaid territories.

Article 72.

The settlement of the questions relating to debts contracted before November 11, 1918, between the German Empire and the German States or their nationals residing in Germany on the one part and Alsace-Lorrainers residing in Alsace-Lorraine on the other part shall be effected in accordance with the provisions of Section III of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty, the expression „before the

pression „avant guerre“ doit être remplacée par l'expression „avant le 11 novembre 1918“. Le taux de change applicable audit règlement sera le taux moyen coté à la Bourse de Genève durant le mois qui a précédé le 11 novembre 1918.

Il pourra être constitué sur le territoire visé à l'article 51, pour le règlement desdites dettes dans les conditions prévues à la Section III de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité, un office spécial de vérification et de compensation, étant entendu que ledit office pourra être considéré comme un „office central“ au sens du paragraphe 1er de l'Annexe de ladite Section.

Article 73.

Les biens, droits et intérêts privés des Alsaciens-Lorrains en Allemagne seront régis par les dispositions de la Section IV de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

Article 74.

Le Gouvernement français se réserve le droit de retenir et liquider tous les biens, droits et intérêts que possédaient, à la date du 11 novembre 1918, les ressortissants allemands ou les sociétés contrôlées par l'Allemagne sur les territoires visés à l'article 51, dans les conditions fixées au dernier alinéa de l'article 53 ci-dessus.

L'Allemagne indemnisera directement ses ressortissants dépossédés par lesdites liquidations.

L'affectation du produit de ces liquidations sera réglée conformément aux dispositions des Sections III et IV de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

Article 75.

Par dérogation aux dispositions prévues à la Section V de la Partie X

war“ therein being replaced by the expression „before November 11, 1918“. The rate of exchange applicable in the case of such settlement shall be the average rate quoted on the Geneva Exchange during the month preceding November 11, 1918.

There may be established in the territories referred to in Article 51, for the settlement of the aforesaid debts under the conditions laid down in Section III of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty, a special clearing office, it being understood that this office shall be regarded as a „central office“ under the provisions of paragraph 1 of the Annex to the said Section.

Article 73.

The private property, rights and interests of Alsace-Lorrainers in Germany will be regulated by the stipulations of Section IV of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty.

Article 74.

The French Government reserves the right to retain and liquidate all the property, rights and interests which German nationals or societies controlled by Germany possessed in the territories referred to in Article 51 on November 11, 1918, subject to the conditions laid down in the last paragraph of Article 53 above.

Germany will directly compensate her nationals who may have been dispossessed by the aforesaid liquidations.

The product of these liquidations shall be applied in accordance with the stipulations of Sections III and IV of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty.

Article 75.

Notwithstanding the stipulations of Section V of Part X (Economic Clauses)

(Clauses économiques) du présent Traité, tous contrats conclus avant la date de promulgation en Alsace-Lorraine du décret français du 30 novembre 1918, entre Alsaciens-Lorrains (personnes physiques et morales) ou autres résidant en Alsace-Lorraine d'une part, et l'Empire ou les Etats allemands ou leurs ressortissants résidant en Allemagne d'autre part, et dont l'exécution a été suspendue par l'Armistice ou par la législation française ultérieure, sont maintenus.

Toutefois, seront annulés les contrats dont, dans un intérêt général, le Gouvernement français aurait notifié la résiliation à l'Allemagne dans un délai de six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, sauf en ce qui concerne les dettes et autres obligations pécuniaires résultant de l'exécution avant le 11 novembre 1918 d'un acte ou d'un payement prévu à ces contrats. Si cette annulation entraîne pour une des parties un préjudice considérable, il sera accordé à la partie lésée une indemnité équitable calculée uniquement sur le capital engagé et sans tenir compte du manque à gagner.

En matière de prescription, forclusion et déchéances en Alsace-Lorraine, seront applicables les dispositions prévues aux articles 300 et 301 de la Section V de la Partie X (Clauses économiques), étant entendu que l'expression „début de la guerre" doit être remplacée par l'expression „11 novembre 1918" et que l'expression „durée de la guerre" doit être remplacée par celle de „période du 11 novembre 1918 à la date de mise en vigueur du présent Traité".

Article 76.

Les questions concernant les droits de propriété industrielle, littéraire ou

of the present Treaty, all contracts made before the date of the promulgation in Alsace-Lorraine of the French decree of November 30, 1918, between Alsace-Lorrainers (whether individuals or juridical persons) or others resident in Alsace-Lorraine on the one part and the German Empire or German States and their nationals resident in Germany on the other part, the execution of which has been suspended by the Armistice or by subsequent French legislation, shall be maintained.

Nevertheless, any contract of which the French Government shall notify the cancellation to Germany in the general interest within a period of six months from the date of the coming into force of the present Treaty, shall be annulled except in respect of any debt or other pecuniary obligation arising out of any act done or money paid thereunder before November 11, 1918. If this dissolution would cause one of the parties substantial prejudice, equitable compensation, calculated solely on the capital employed without taking account of loss of profits, shall be accorded to the prejudiced party.

With regard to prescriptions, limitations, and forfeitures in Alsace-Lorraine, the provisions of Articles 300 and 301 of Section V of Part X (Economic Clauses) shall be applied with the substitution for the expression „outbreak of war" of the expression „November 11, 1918," and for the expression „duration of the war" of the expression „period from November 11, 1918, to the date of the coming into force of the present Treaty".

Article 76.

Questions concerning rights in industrial, literary or artistic property

artistique des Alsaciens-Lorrains seront réglées conformément aux dispositions générales de la Section VII de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité, étant entendu que les Alsaciens-Lorrains titulaires de droits de cet ordre suivant la législation allemande, conserveront la pleine et entière jouissance de ces droits sur le territoire allemand.

Article 77.

L'Etat allemand s'oblige à remettre à l'Etat français la part, qui pourrait revenir à la Caisse d'assurance Invalidité Vieillesse de Strasbourg, dans toutes les réserves accumulées par l'Empire ou par des organismes publics ou privés en dépendant, en vue du fonctionnement de l'assurance Invalidité-Vieillesse.

Il en sera de même des capitaux et réserves constitués en Allemagne revenant légitimement aux autres Caisses d'assurances sociales, aux Caisses minières de retraite, à la Caisse des chemins de fer d'Alsace-Lorraine, aux autres organismes de retraite institués en faveur du personnel des administrations et établissements publics et fonctionnant en Alsace-Lorraine, ainsi que des capitaux et réserves dus par la Caisse d'assurance des employés privés de Berlin à raison des engagements contractés au profit des assurés de cette catégorie résidant en Alsace-Lorraine.

Une convention spéciale fixera les conditions et modalités de ces transferts.

Article 78.

En matière d'exécution des jugements, de pourvois et de poursuites, les règles suivantes seront applicables:

1° Tous jugements rendus en matière civile et commerciale depuis le

of Alsace-Lorrainers shall be regulated in accordance with the general stipulations of Section VII of Part X (Economic Clauses of the present Treaty, it being understood that Alsace-Lorrainers holding rights of this nature under German legislation will preserve full and entire enjoyment of those rights on German territory.

Article 77.

The German Government undertakes to pay over to the French Government such proportion of all reserves accumulated by the Empire or by public or private bodies dependent upon it, for the purposes of disability and old age insurance as would fall to the disability and old age insurance fund at Strasburg.

The same shall apply in respect of the capital and reserves accumulated in Germany falling legitimately to other social insurance funds, to miners' superannuation funds, to the fund of the railways of Alsace-Lorraine, to other superannuation organisations established for the benefit of the personnel of public administrations and institutions operating in Alsace-Lorraine, and also in respect of the capital and reserves due by the insurance fund of private employees at Berlin, by reason of engagements entered into for the benefit of insured persons of that category resident in Alsace-Lorraine.

A special Convention shall determine the conditions and procedure of these transfers.

Article 78.

With regard to the execution of judgments, appeals and prosecutions, the following rules shall be applied:

1) All civil and commercial judgments which shall have been given

3 août 1914 par les tribunaux d'Alsace-Lorraine entre Alsaciens-Lorrains, ou entre Alsaciens-Lorrains et étrangers, ou entre étrangers, et qui auront acquis l'autorité de chose jugée avant le 11 novembre 1918, seront considérés comme définitifs et exécutoires de plein droit.

Lorsque le jugement aura été rendu entre Alsaciens-Lorrains et Allemands ou entre Alsaciens-Lorrains et sujets des Puissances alliées de l'Allemagne, ce jugement ne sera exécutoire qu'après *exequatur* prononcé par le nouveau tribunal correspondant du territoire réintégré visé à l'article 51.

2° Tous jugements rendus depuis le 3 août 1914 contre des Alsaciens-Lorrains pour crimes ou délits politiques, par des juridictions allemandes, sont réputés nuls.

3° Seront considérés comme nuls et non avenus et devront être rapportés tous arrêts rendus postérieurement au 11 novembre 1918 par le Tribunal d'Empire de Leipzig sur les pourvois formés contre les décisions des juridictions d'Alsace-Lorraine. Les dossiers des instances ayant fait l'objet d'arrêts ainsi rendus seront renvoyés aux juridictions d'Alsace-Lorraine intéressées.

Seront suspendus tous pourvois formés devant le Tribunal d'Empire contre des décisions des tribunaux d'Alsace-Lorraine. Les dossiers seront renvoyés dans les conditions ci-dessus pour être transférés sans retard à la Cour de cassation française, qui aura compétence pour statuer.

4° Toutes poursuites en Alsace-Lorraine pour infractions commises pendant la période comprise entre le 11 novembre 1918 et la mise en

since August 3, 1914, by the Courts of Alsace-Lorraine between Alsace-Lorrainers, or between Alsace-Lorrainers and foreigners, or between foreigners, and which shall not have been appealed from before November 11, 1918, shall be regarded as final and susceptible of immediate execution without further formality.

When the judgment has been given between Alsace-Lorrainers and Germans or between Alsace-Lorrainers and subjects of the allies of Germany, it shall only be capable of execution after the issue of an *exequatur* by the corresponding new tribunal in the restored territory referred to in Article 51.

2) All judgments given by German Courts since August 3, 1914, against Alsace-Lorrainers for political crimes or misdemeanours shall be regarded as null and void.

3) All sentences passed since November 11, 1918, by the Court of the Empire at Leipzig on appeals against the decisions of the Courts of Alsace-Lorraine shall be regarded as null and void and shall be so pronounced. The papers in regard to the cases in which such sentences have been given shall be returned to the Courts of Alsace-Lorraine concerned.

All appeals to the Courts of the Empire against decisions of the Courts of Alsace-Lorraine shall be suspended. The papers shall be returned under the aforesaid conditions for transfer without delay to the French *Cour de Cassation*, which shall be competent to decide them.

4) All prosecutions in Alsace-Lorraine for offences committed during the period between November 11, 1918, and the coming into force of the present

vigueur du présent Traité seront exercées conformément aux lois allemandes, sauf dans la mesure où celles-ci auront été modifiées ou remplacées par des actes dûment publiés sur place par les autorités françaises.

5° Toutes autres questions de compétence, de procédure ou d'administration de la justice seront réglées par une Convention spéciale entre la France et l'Allemagne.

Article 79.

Les stipulations additionnelles concernant la nationalité et ci-après annexées seront considérées comme ayant même force et valeur que les dispositions de la présente Section.

Toutes autres questions concernant l'Alsace-Lorraine, qui ne seraient pas réglées par la présente Section et son Annexe ni par les dispositions générales du présent Traité, feront l'objet de conventions ultérieures entre la France et l'Allemagne.

Annexe.

§ 1.

A dater du 11 novembre 1918, sont réintégrés de plein droit dans la nationalité française:

1° Les personnes qui ont perdu la nationalité française par application du Traité franco-allemand du 10 mai 1871, et n'ont pas acquis depuis lors une nationalité autre que la nationalité allemande;

2° Les descendants légitimes ou naturels des personnes visées au paragraphe précédent, à l'exception de ceux ayant parmi leurs ascendants en ligne paternelle un Allemand immigré en Alsace-Lorraine postérieurement au 15 juillet 1870;

3° Tout individu né en Alsace-Lorraine de parents inconnus ou dont la nationalité est inconnue.

Treaty will be conducted under German law except in so far as this has been modified by decrees duly published on the spot by the French authorities.

5) All other questions as to competence, procedure or administration of justice shall be determined by a special Convention between France and Germany.

Article 79.

The stipulations as to nationality contained in the Annex hereto shall be considered as of equal force with the provisions of the present Section.

All other questions concerning Alsace-Lorraine which are not regulated by the present Section and the Annex thereto or by the general provisions of the present Treaty will form the subject of further conventions between France and Germany.

Annex.

1.

As from November 11, 1918, the following persons are ipso facto reinstated in French nationality:

1) Persons who lost French nationality by the application of the Franco-German Treaty of May 10, 1871, and who have not since that date acquired any nationality other than German:

2) The legitimate or natural descendants of the persons referred to in the immediately preceding paragraph, with the exception of those whose ascendants in the paternal line include a German who migrated into Alsace-Lorraine after July 15, 1870;

3) All persons born in Alsace-Lorraine of unknown parents, or whose nationality is unknown.

§ 2.

Dans l'année qui suivra la mise en vigueur du présent Traité, pourront réclamer la nationalité française les personnes appartenant à l'une des catégories suivantes:

1° Toute personne non réintégrée aux termes du paragraphe 1, et qui a, parmi ses ascendants, un Français ou une Française ayant perdu la nationalité française dans les conditions prévues audit paragraphe;

2° Tout étranger, non ressortissant d'un Etat allemand, qui a acquis l'indigénat alsacien-lorrain avant le 3 août 1914;

3° Tout Allemand domicilié en Alsace-Lorraine, s'il y est domicilié depuis une date antérieure au 15 juillet 1870, ou si un de ses ascendants était à cette date domicilié en Alsace-Lorraine;

4° Tout Allemand né ou domicilié en Alsace-Lorraine, qui a servi dans les rangs des armées alliés ou associées pendant la guerre actuelle, ainsi que ses descendants;

5° Toute personne née en Alsace-Lorraine avant le 10 mai 1871 de parents étrangers, ainsi que ses descendants;

6° Le conjoint de toute personne soit réintégrée en vertu du paragraphe 1, soit réclamant et obtenant la nationalité française aux termes des dispositions précédentes.

Le représentant legal du mineur exerce au nom de ce mineur le droit de réclamer la nationalite française et, si ce droit n'a pas été exercé, le mineur pourra réclamer la nationalité française dans l'année qui suivra sa majorité.

2.

Within the period of one year from the coming into force of the present Treaty, persons included in any of the following categories may claim French nationality:

1) All persons not restored to French nationality under paragraph 1 above, whose ascendants include a Frenchman or Frenchwoman who lost French nationality under the conditions referred to in the said paragraph;

2) All foreigners, not nationals of a German State, who acquired the status of a citizen of Alsace-Lorraine before August 3, 1914;

3) All Germans domiciled in Alsace-Lorraine, if they have been so domiciled since a date previous to July 15, 1870, or if one of their ascendants was at that date domiciled in Alsace-Lorraine;

4) All Germans born or domiciled in Alsace-Lorraine, who have served in the Allied or Associated armies during the present war, and their descendants;

5) All persons born in Alsace-Lorraine before May 10, 1871, of foreign parents, and the descendants of such persons;

6) The husband or wife of any person whose French nationality may have been restored under paragraph 1, or who may have claimed and obtained French nationality in accordance with the preceding provisions.

The legal representative of a minor may exercise, on behalf of that minor, the right to claim French nationality; and if that right has not been exercised, the minor may claim French nationality within the year following his majority.

La réclamation de nationalité pourra faire l'objet d'une décision individuelle de refus de l'autorité française, sauf dans le cas du numéro 6° du présent paragraphe.

§ 3.

Sous réserve des dispositions du paragraphe 2, les Allemands, nés ou domiciliés en Alsace-Lorraine, même s'ils ont l'indigénat alsacien-lorrain, n'acquièrent pas la nationalité française par l'effet du retour de l'Alsace-Lorraine à la France.

Ils ne pourront obtenir cette nationalité que par voie de naturalisation, à condition d'être domiciliés en Alsace-Lorraine depuis une date antérieure au 3 août 1914, et de justifier d'une résidence non interrompue sur le territoire réintégré, pendant trois années à compter du 11 novembre 1918.

La France assumera seule leur protection diplomatique et consulaire à partir du moment où ils auront fait leur demande de naturalisation française.

§ 4.

Le Gouvernement français déterminera les modalités suivant lesquelles seront constatées les réintégrations de droit, et les conditions dans lesquelles il sera statué sur les réclamations de nationalité française et les demandes de naturalisation prévues par la présente Annexe.

Section VI.

Autriche.

Article 80.

L'Allemagne reconnaît et respectera strictement l'indépendance de l'Autriche, dans les frontières qui seront fixées par Traité passé entre cet Etat et les Principales Puissances alliées

Except in the cases provided for in No. 6) of the present paragraph, the French authorities reserve to themselves the right, in individual cases, to reject the claim to French nationality.

3.

Subject to the provisions of paragraph 2, Germans born or domiciled in Alsace-Lorraine shall not acquire French nationality by reason of the restoration of Alsace-Lorraine to France, even though they may have the status of citizens of Alsace-Lorraine.

They may acquire French nationality only by naturalisation, on condition of having been domiciled in Alsace-Lorraine from a date previous to August 3, 1914, and of submitting proof of unbroken residence within the restored territory for a period of three years from November 11, 1918.

France will be solely responsible for their diplomatic and consular protection from the date of their application for French naturalisation.

4.

The French Government shall determine the procedure by which reinstatement in French nationality as of right shall be effected, and the conditions under which decisions shall be given upon claims to such nationality and applications for naturalisation, as provided by the present Annex.

Section VI.

Austria.

Article 80.

Germany acknowledges and will respect strictly the independance of Austria, within the frontiers which may be fixed in a Treaty between that State and the Principal Allied

et associées; elle reconnaît que cette indépendance sera inaliénable, si ce n'est du consentement du Conseil de la Société des Nations.

Section VII.

Etat Tchéco-Slovaque.

Article 81.

L'Allemagne reconnaît, comme l'ont déjà fait les Puissances alliées et associées, la complète indépendance de l'Etat tchéco-slovaque, qui comprendra le territoire autonome des Ruthènes au Sud des Carpathes. Elle déclare agréer les frontières de cet Etat telles qu'elles seront déterminées par les Principales Puissances alliées et associées et les autres Etats intéressés.

Article 82.

La frontière entre l'Allemagne et l'Etat tchéco-slovaque sera déterminée par l'ancienne frontière entre l'Autriche-Hongrie et l'Empire allemand, telle qu'elle existait au 3 août 1914.

Article 83.

L'Allemagne renonce en faveur de l'Etat tchéco-slovaque à tous ses droits et titres sur la partie du territoire silésien ainsi défini:

partant d'un point situé à environ 2 kilomètres au Sud-Est de Katscher, sur la limite entre les cercles *(Kreise)* de Leobschütz et de Ratibor:

la limite entre les deux cercles;

puis, l'ancienne limite entre l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie jusqu'à un point situé sur l'Oder immédiatement au Sud de la voie ferrée Ratibor-Oderberg;

de là, vers le Nord-Ouest et jusqu'à un point situé à environ 2 kilomètres au Sud-Est de Katscher:

une ligne à déterminer sur le terrain passant à l'Ouest de Kranowitz.

and Associated Powers: she agrees that this independance shall be inalienable, except with the consent of the Council of the League of Nations.

Section VII.

Czecho-Slovak State.

Article 81.

Germany, in conformity with the action already taken by the Allied and Associated Powers, recognizes the complete independence of the Czecho-Slovak State which will include the autonomous territory of the Ruthenians to the south of the Carpathians. Germany hereby recognizes the frontiers of this State as determined by the Principal Allied and Associated Powers and the other interested States.

Article 82.

The old frontier as it existed on August 3, 1914, between Austria-Hungary and the German Empire will constitute the frontier between Germany and the Czecho-Slovak State.

Article 83.

Germany renounces in favour of the Czecho-Slovak State all rights and title over the portion of Silesian territory defined as follows:

starting from a point about 2 kilometres south-east of Katscher, on the boundary between the *Kreise* of Leobschütz and Ratibor:

the boundary between the two *Kreise*;

then, the former boundary between Germany and Austria-Hungary up to a point on the Oder immediately to the south of the Ratibor-Oderberg railway;

thence, towards the north-west and up to a point about 2 kilometres to the south-east of Katscher:

a line to be fixed on the spot passing to the west of Kranowitz.

Une Commission composée de sept membres dont cinq seront nommés par les Principales Puissances alliées et associées, un par la Pologne et un par l'Etat tchéco-slovaque, sera constituée quinze jours après la mise en vigueur du présent Traité, pour fixer sur place la ligne-frontière entre la Pologne et l'Etat tchéco-slovaque.

Les décisions de cette Commission seront prises à la majorité des voix et seront obligatoires pour les parties intéressées.

L'Allemagne déclare dès à présent renoncer, en faveur de l'Etat tchéco-slovaque, à tous ses droits et titres sur la partie du cercle *(Kreis)* de Leobschütz comprise dans les limites ci-après, au cas où, à la suite de la fixation de la frontière entre l'Allemagne et la Pologne, ladite partie dudit cercle se trouverait isolée de l'Allemagne:

partant de l'extrémité Sud-Est du saillant de l'ancienne frontière autrichienne située à 5 kilomètres environ à l'Ouest de Leobschütz, vers le Sud et jusqu'au point de rencontre avec la limite entre les cercles *(Kreise)* de Leobschütz et de Ratibor:

l'ancienne frontière entre l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie;

puis, vers le Nord, la limite administrative entre les cercles (*Kreise*) de Leobschütz et de Ratibor jusqu'à un point situé à environ 2 kilomètres au Sud-Est de Katscher,

de là, vers le Nord-Ouest et jusqu'au point de départ de cette définition:

une ligne à déterminer sur le terrain passant à l'Est de Katscher.

A Commission composed of seven members, five nominated by the Principal Allied and Associated Powers, one by Poland and one by the Czecho-Slovak State, will be appointed fifteen days after the coming into force of the present Treaty to trace on the spot the frontier line between Poland and the Czecho-Slovak State.

The decisions of this Commission will be taken by a majority and shall be binding on the parties concerned.

Germany hereby agrees to renounce in favour of the Czecho-Slovak State all rights and title over the part of the *Kreis* of Leobschütz comprised within the following boundaries in case after the determination of the frontier between Germany and Poland the said part of that *Kreis* should become isolated from Germany:

from the south-eastern extremity of the salient of the former Austrian frontier at about 5 kilometres to the west of Leobschütz southwards and up to the point of junction with the boundary between the *Kreise* of Leobschütz and Ratibor:

the former frontier between Germany and Austria-Hungary;

then, northwards, the administrative boundary between the *Kreise* of Leobschütz and Ratibor up to a point situated about 2 kilometres to the south-east of Katscher;

thence, north-westwards and up to the starting-point of this definition:

a line to be fixed on the spot passing to the east of Katscher.

Article 84.

La nationalité tchéco-slovaque sera acquise de plein droit, à l'exclusion de la nationalité allemande, aux ressortissants allemands établis sur l'un

Article 84.

German nationals habitually resident in any of the territories recognized as forming part of the Czecho-Slovak State will obtain Czecho-Slovak na-

quelconque des territoires reconnus comme faisant partie de l'Etat tchéco-slovaque.

Article 85.

Dans le délai de deux ans à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les ressortissants allemands, âgés de plus de 18 ans et établis sur l'un quelconque des territoires reconnus comme faisant partie de l'Etat tchéco-slovaque, auront la faculté d'opter pour la nationalité allemande. Les Tchéco-Slovaques ressortissants allemands, établis en Allemagne, auront de même la faculté d'opter pour la nationalité tchéco-slovaque.

L'option du mari entraînera celle de la femme et l'option des parents entraînera celle de leurs enfants âgés de moins de 18 ans.

Les personnes ayant exercé le droit d'option ci-dessus prévu devront, dans les douze mois qui suivront, transporter leur domicile dans l'Etat en faveur duquel elles auront opté.

Elles seront libres de conserver les biens immobiliers qu'elles possèdent sur le territoire de l'autre Etat où elles auraient eu leur domicile antérieurement à leur option. Elles pourront emporter leurs biens meubles de toute nature. Il ne leur sera imposé, de ce fait, aucun droit soit de sortie, soit d'entrée.

Dans le même délai, les Tchéco-Slovaques ressortissants allemands se trouvant en pays étranger auront, à moins de dispositions contraires de la loi étrangère et s'ils n'ont pas acquis la nationalité étrangère, le droit d'acquérir la nationalité tchéco-slovaque, à l'exclusion de la nationalité allemande, en se conformant aux prescriptions qui seront édictées par l'Etat tchéco-slovaque.

tionality *ipso facto* and lose their German nationality.

Article 85.

Within a period of two years from the coming into force of the present Treaty, German nationals over eighten years of age habitually resident in any of the territories recognized as forming part of the Czecho-Slovak State will be entitled to opt for German nationality. Czecho-Slovaks who are German nationals and are habitually resident in Germany will have a similar right to opt for Czecho-Slovak nationality.

Option by a husband will cover his wife and option by parents will cover their children under eighteen years of age.

Persons who have exercised the above right to opt must within the succeeding twelve months transfer their place of residence to the State for which they have opted.

They will be entitled to retain their landed property in the territory of the other State where they had their place of residence before exercising the right to opt. They may carry with them their moveable property of every description. No export or import duties may be imposed upon them in connection with the removal of such property.

Within the same period Czecho-Slovaks who are German nationals and are in a foreign country will be entitled, in the absence of any provisions to the contrary in the foreign law, and if they have not acquired the foreign nationality, to obtain Czecho-Slovak nationality and lose their German nationality by complying with the requirements laid down by the Czecho-Slovak State.

Article 86.

L'Etat tchéco-slovaque accepte, en en agréant l'insertion dans un Traité avec les Principales Puissances alliées et associées, les dispositions que ces Puissances jugeront nécessaires pour protéger en Tchéco-Slovaquie les intérêts des habitants qui diffèrent de la majorité de la population par la race, la langue ou la religion.

L'Etat tchéco-slovaque agrée également l'insertion dans un Traité avec les Principales Puissances alliées et associées des dispositions que ces Puissances jugeront nécessaires pour protéger la liberté du transit et un régime équitable pour le commerce des autres nations.

La proportion et la nature des charges financières de l'Allemagne et de la Prusse que l'Etat tchéco-slovaque aura à supporter en raison du territoire silésien placé sous sa souveraineté, seront fixées conformément à l'article 254 de la Partie IX (Clauses financières) du présent Traité.

Des conventions ultérieures règleront toutes questions qui ne seraient pas réglées par le présent Traité et que pourrait faire naître la cession dudit territoire.

Article 86.

The Czecho-Slovak State accepts and agrees to embody in a Treaty with the Principal Allied and Associated Powers such provisions as may be deemed necessary by the said Powers to protect the interests of inhabitants of that State who differ from the majority of the population in race, language or religion.

The Czecho-Slovak State further accepts and agrees to embody in a Treaty with the said Powers such provisions as they may deem necessary to protect freedom of transit and equitable treatment of the commerce of other nations.

The proportion and nature of the financial obligations of Germany and Prussia which the Czecho-Slovak State will have to assume on account of the Silesian territory placed under its sovereignty will be determined in accordance with Article 254 of Part IX (Financial Clauses) of the present Treaty.

Subsequent agreements will decide all questions not decided by the present Treaty which may arise in consequence of the cession of the said territory.

Section VIII.

Pologne.

Article 87.

L'Allemagne reconnaît, comme l'ont déjà fait les Puissances alliées et associées, la complète indépendance de la Pologne et renonce, en faveur de la Pologne, à tous droits et titres sur les territoires limités par la mer Baltique, la frontière Orientale de l'Allemagne déterminée comme il est dit à l'article 27 de la Partie II (Frontières d'Allemagne) du présent Traité, jusq'à un point situé à 2 kilo-

Section VIII.

Poland.

Article 87.

Germany, in conformity with the action already taken by the Allied and Associated Powers, recognizes the complete independence of Poland, and renounces in her favour all rights and title over the territory bounded by the Baltic Sea, the eastern frontier of Germany as laid down in Article 27 of Part II (Boundaries of Germany) of the present Treaty up to a point situated about 2 kilometres to the

mètres environ à l'Est de Lorzendorf, puis une ligne allant rejoindre l'angle aigu que la limite Nord de la Haute Silésie forme à environ 3 kilomètres Nord-Ouest de Simmenau, puis la limite de la Haute Silésie jusqu'à sa rencontre avec l'ancienne frontière entre l'Allemagne et la Russie, puis cette frontière jusqu'au point où elle traverse le cours du Niemen, ensuite la frontière Nord de la Prusse orientale, telle qu'elle est déterminée à l'article 28 de la Partie II précitée.

Toutefois, les stipulations du présent article ne s'appliquent pas aux territoires de la Prusse Orientale et de la Ville libre de Dantzig, tels qu'ils sont délimités audit article 28 de la Partie II (Frontières d'Allemagne) et à l'article 100 de la Section XI (Dantzig) de la présente Partie.

Les frontières de la Pologne, qui ne sont pas spécifiées par le présent Traité seront ultérieurement fixées par les Principales Puissances alliées et associées.

Une Commission composée de sept membres, dont cinq seront nommés par les Principales Puissances alliées et associées, un par l'Allemagne et un par la Pologne, sera constituée quinze jours après la mise en vigueur du présent Traité, pour fixer sur place la ligne frontière entre la Pologne et l'Allemagne.

Les décisions de cette Commission seront prises à la majorité des voix et seront obligatoires pour les parties intéressées.

Article 88.

Dans la partie de la Haute Silésie comprise dans les limites ci-dessous décrites, les habitants seront appelés à désigner par voie de suffrage s'ils désirent être rattachés à l'Allemagne ou à la Pologne:

east of Lorzendorf, then a line to the acute angle which the northern boundary of Upper Silesia makes about 3 kilometres north-west of Simmenau, then the boundary of Upper Silesia to its meeting point with the old frontier between Germany and Russia, then this frontier to the point where it crosses the course of the Niemen, and then the northern frontier of East Prussia as laid down in Article 28 of Part II aforesaid.

The provisions of this Article do not, however, apply to the territories of East Prussia and the Free City of Danzig, as defined in Article 28 of Part II (Boundaries of Germany) and in Article 100 of Section XI (Danzig) of this Part.

The boundaries of Poland not laid down in the present Treaty will be subsequently determined by the Principal Allied and Associated Powers.

A Commission consisting of seven members, five of whom shall be nominated by the Principal Allied and Associated Powers, one by Germany and one by Poland, shall be constituted fifteen days after the coming into force of the present Treaty to delimit on the spot the frontier line between Poland and Germany.

The decisions of the Commission will be taken by a majority of votes and shall be binding upon the parties concerned.

Article 88.

In the portion of Upper Silesia included within the boundaries described below, the inhabitants will be called upon to indicate by a vote whether they wish to be attached to Germany or to Poland:

partant de la pointe Nord du saillant de l'ancienne province de Silésie autrichienne, située à environ 8 kilomètres à l'Est de Neustadt, l'ancienne frontière entre l'Allemagne et l'Autriche, jusqu'à sa rencontre avec la limite entre les cercles *(Kreise)* de Leobschütz et de Ratibor;

de là, vers le Nord et jusqu'à un point situé à deux kilomètres environ au Sud-Est de Katscher:

la limite entre les cercles *(Kreise)* de Leobschütz et de Ratibor;

de là, vers le Sud-Est et jusqu'à un point situé sur le cours de l'Oder immédiatement au Sud de la voie ferrée Ratibor-Oderberg:

une ligne à déterminer sur le terrain passant au Sud de Kranowitz;

de là, l'ancienne frontière entre l'Allemagne et l'Autriche, puis l'ancienne frontière entre l'Allemagne et la Russie, jusqu'a son point de rencontre avec la limite administrative entre la Posnanie et la Haute-Silésie;

de là, cette limite administrative jusqu'à sa rencontre avec la limite entre la Haute et la Moyenne Silésie;

de là, vers l'Ouest et jusqu'au point où la limite administrative tourne à angle aigu vers le Sud-Est, à environ trois kilomètres Nord-Ouest de Simmenau:

la limite entre la Haute et la Moyenne Silésie;

de là, vers l'Ouest et jusqu'à un point à déterminer, situé à environ deux kilomètres à l'Est de Lorzendorf:

une ligne à déterminer sur le terrain passant au Nord de Klein Hennersdorf;

de là, vers le Sud et jusqu'au point où la limite entre la Haute et la Moyenne Silésie coupe la route de Städtel-Karlsruhe:

starting from the northern point of the salient of the old province of Austrian Silesia situated about 8 kilometres east of Neustadt, the former frontier between Germany and Austria to its junction with the boundary between the *Kreise* of Leobschütz and Ratibor;

thence in a notherly direction to a point about 2 kilometres south-east of Katscher:

the boundary between the *Kreise* of Leobschütz and Ratibor;

thence in a south-easterly direction to a point on the course of the Oder immediately south of the Ratibor-Oderberg railway:

a line to be fixed on the ground passing south of Kranowitz;

thence the old boundary between Germany and Austria, then the old boundary between Germany and Russia to its junction with the administrative boundary between Posnania and Upper Silesia:

thence this administrative boundary to its junction with the administrative boundary between Upper and Middle Silesia;

thence westwards to the point where the administrative boundary turns in an acute angle to the south-east about 3 kilometres north-west of Simmenau;

the boundary between Upper and Middle Silesia;

then in a westerly direction to a point to be fixed on the ground about 2 kilometres east of Lorzendorf:

a line to be fixed on the ground passing north of Klein Hennersdorf;

thence southwards to the point where the boundary between Upper and Middle Silesia cuts the Städtel-Karlsruhe road:

une ligne à déterminer sur le terrain passant à l'Ouest des localités de Hennersdorf, Polkowitz, Noldau, Steinersdorf et Dammer, et à l'Est des localités de Strehlitz, Nassadel, Eckersdorf, Schwirz et Städtel;

de là, la limite entre la Haute et la Moyenne Silésie jusqu'à sa rencontre avec la limite orientale du cercle *(Kreis)* de Falkenberg;

de là, la limite orientale du cercle *(Kreis)* de Falkenberg jusqu'à un point du saillant situé à environ 3 kilomètres à l'Est de Puschine;

de là, et jusqu'à la pointe Nord du saillant de l'ancienne province de Silésie autrichienne, située à environ huit kilomètres à l'Est de Neustadt:

une ligne à déterminer sur le terrain passant à l'Est de Zülz.

Le régime sous lequel il sera procédé et donné suite à cette consultation populaire, fait l'objet des dispositions de l'Annexe ci-jointe.

Les Gouvernements polonais et allemand s'engagent dès à présent, chacun en ce qui le concerne, à n'exercer sur aucun point de leur territoire aucune poursuite et à ne prendre aucune mesure d'exception pour aucun fait politique survenu en Haute Silésie pendant la période du régime prévu à l'Annexe ci-jointe et jusqu'à l'établissement du régime définitif de ce pays.

L'Allemagne déclare dès à présent renoncer en faveur de la Pologne à tous droits et titres sur la partie de la Haute Silésie située au-delà de la ligne frontière fixée, en conséquence du plébiscite, par les Principales Puissances alliées et associées.

Annexe.

§ 1.

Dès la mise en vigueur du présent Traité et dans un délai qui ne devra

a line to be fixed on the ground passing west of Hennersdorf, Polkowitz, Noldau, Steinersdorf and Dammer, and east of Strehlitz, Nassadel, Eckersdorf, Schwirz and Städtel;

thence the boundary between Upper and Middle Silesia to its junction with the eastern boundary of the *Kreis* of Falkenberg;

then the eastern boundary of the *Kreis* of Falkenberg to the point of the salient which is 3 kilometres east of Puschine;

thence to the northern point of the salient of the old province of Austrian Silesia situated about 8 kilometres east of Neustadt:

a line to be fixed on the ground passing east of Zülz.

The régime under which this plebiscite will be taken and given effect to is laid down in the Annex hereto.

The Polish and German Governments hereby respectively bind themselves to conduct no prosecutions on any part of their territory and to take no exceptional proceedings for any political action performed in Upper Silesia during the period of the régime laid down in the Annex hereto and up to the settlement of the final status of the country.

Germany hereby renounces in favour of Poland all rights and title over the portion of Upper Silesia lying beyond the frontier line fixed by the Principal Allied and Associated Powers as the result of the plebiscite.

Annex.

1.

Within fifteen days from the coming into force of the present Treaty the

pas dépasser quinze jours, les troupes et les autorités allemandes que pourra désigner la Commission prévue au paragraphe 2, devront évacuer la zone soumise au plébiscite. Elles devront, jusqu'à complète évacuation, s'abstenir de toutes réquisitions en argent ou en nature et de toute mesure susceptible de porter atteinte aux intérêts matériels du pays.

Dans le même délai, les conseils des ouvriers et soldats institués dans cette zone seront dissous; ceux de leurs membres qui seraient originaires d'une autre région, exerçant leurs fonctions à la date de la mise en vigueur du présent Traité, ou les ayant quittées depuis le 1er mars 1919, seront pareillement évacués.

Toutes les sociétés militaires et semi-militaires formées dans ladite zone par des habitants de cette région seront immédiatement dissoutes. Ceux des membres de ces sociétés non domiciliés dans ladite zone devront l'évacuer.

§ 2.

La zone du plébiscite sera immédiatement placée sous l'autorité d'une Commission internationale de quatre membres désignés par les Etats-Unis d'Amérique, la France, l'Empire britannique et l'Italie. Elle sera occupée par les troupes des Puissances alliées et associées. Le Gouvernement allemand s'engage à faciliter le transport de ces troupes en Haute Silésie.

§ 3.

La Commission jouira de tous les pouvoirs excercés par le Gouvernement allemand ou le Gouvernement

German troops and such officials as may be designated by the Commission set up under the provisions of paragraph 2 shall evacuate the plebiscite area. Up to the moment of the completion of the evacuation they shall refrain from any form of requisitioning in money or in kind and from all acts likely to prejudice the material interests of the country.

Within the same period the Workmens' and Soldiers' Councils which have been constituted in this area shall be dissolved. Members of such Councils who are natives of another region and are exercising their functions at the date of the coming into force of the present Treaty, or who have gone out of office since March 1, 1919, shall be evacuated.

All military and semi-military unions formed in the said area by inhabitants of the district shall be immediately disbanded. All members of such military organizations who are not domiciled in the said area shall be required to leave it.

2.

The plebiscite area shall be immediately placed under the authority of an International Commission of four members to be designated by the following Powers: the United States of America, France, the British Empire and Italy. It shall be occupied by troops belonging to the Allied and Associated Powers, and the German Government undertakes to give facilities for the transference of these troops to Upper Silesia.

3.

The Commission shall enjoy all the powers exercised by the German or the Prussian Government, except those

prussien, sauf en matière de législation ou d'impôts. Elle sera, en outre, substituée au Gouvernement de la province ou de la régence *(Regierungsbezirk)*.

Il sera de la compétence de la Commission d'interpréter elle-même les pouvoirs qui lui sont conférés par les présentes dispositions, et de déterminer dans quelle mesure elle exercera ces pouvoirs et dans quelle mesure ceux-ci seront laissés entre les mains des autorités existantes.

Des modifications aux lois et aux impôts existants ne pourront être mises en vigueur qu'avec le consentement de la Commission.

L'ordre sera maintenu par les soins de la Commission avec l'aide des troupes qui seront à sa disposition et, dans la mesure où elle le jugera nécessaire, par une police qui sera recrutée parmi les hommes originaires du pays.

La Commission devra pourvoir sans délai au remplacement des autorités allemandes évacuées et, s'il y a lieu, donner elle-même l'ordre d'évacuation et procéder au remplacement de telles autorités locales qu'il appartiendra.

Elle prendra toutes les mesures propres à assurer la liberté, la sincérité et le secret du vote. Elle pourra notamment prononcer l'expulsion de toute personne qui aura, d'une façon quelconque, tenté de fausser le résultat du plébiscite par des manœuvres de corruption ou d'intimidation.

La Commission aura pleins pouvoirs pour statuer sur toutes les questions auxquelles l'exécution des présentes clauses pourra donner lieu. Elle se fera assister de conseillers techniques choisis par elle parmi la population locale.

of legislation or taxation. It shall also be substituted for the Government of the province and the *Regierungsbezirk*.

It shall be within the competence of the Commission to interpret the powers hereby conferred upon it and to determine to what extent it shall exercise them, and to what extent they shall be left in the hands of the existing authorities.

Changes in the existing laws and the existing taxation shall only be brought into force with the consent of the Commission.

The Commission will maintain order with the help of the troops which will be at its disposal, and, to the extent which it may deem necessary, by means of gendarmerie recruited among the inhabitants of the country. The Commission shall provide immediately for the replacement of the evacuated German officials and, if occasion arises, shall itself order the evacuation of such authorities and proceed to the replacement of such local authorities as may be required. It shall take all steps which it thinks proper to ensure the freedom, fairness and secrecy of the vote. In particular, it shall have the right to order the expulsion of any person who may in any way have attempted to distort the result of the plebiscite by methods of corruption or intimidation.

The Commission shall have full power to settle all questions arising from the execution of the present clauses. It shall be assisted by technical advisers chosen by it from among the local population.

Les décisions de la Commission seront prises à la majorité des voix.

§ 4.

Le vote aura lieu à l'expiration d'un délai à fixer par les principales Puissances alliées et associées, mais qui ne pourra être moindre de six mois ni excéder dix-huit mois, à dater de l'entrée en fonctions de la susdite Commission dans la zone.

Le droit de suffrage sera accordé à toutes personnes, sans distinction de sexe, satisfaisant aux conditions suivantes:

a) Avoir 20 ans révolus au 1er janvier de l'année dans laquelle aura lieu le plébiscite;

b) Etre né dans la zone soumise au plébiscite ou y avoir son domicile depuis une date à fixer par la Commission, mais qui ne saurait être postérieure au 1er janvier 1919, ou en avoir été expulsé par les autorités allemandes sans y avoir gardé son domicile.

Les personnes condamnées pour délit politique devront être mises à même d'exercer leur droit de vote.

Chacun votera dans la commune où il est domicilié, ou dans laquelle il est né s'il n'a pas son domicile sur le territoire.

Le résultat du vote sera déterminé par commune, d'après la majorité des votes dans chaque commune.

§ 5.

A la clôture du vote, le nombre des voix dans chaque commune sera communiqué par la Commission aux principales Puissances alliées et associées, en même temps qu'un rapport détaillé sur les opérations du vote et qu'une proposition sur le tracé qui devrait être adopté comme

The decisions of the Commission shall be taken by a majority vote.

4.

The vote shall take place at such date as may be determined by the Principal Allied and Associated Powers, but not sooner than six months or later than eighteen months after the establishment of the Commission in the area.

The right to vote shall be given to all persons without distinction of sex who:

a) Have completed their twentieth year on the 1st January of the year in which the plebiscite takes place;

b) Were born in the plebiscite area or have been domiciled there since a date to be determined by the Commission, which shall not be subsequent to January 1, 1919, or who have been expelled by the German authorities and have not retained their domicile there.

Persons convicted of political offences shall be enabled to exercise their right of voting.

Every person will vote in the commune where he is domiciled or in which he was born, if he has not retained his domicile in the area.

The result of the vote will be determined by communes according to the majority of votes in each commune.

5.

On the conclusion of the voting, the number of votes cast in each commune will be communicated by the Commission to the Principal Allied and Associated Powers, with a full report as to the taking of the vote and a recommendation as to the line which ought to be adopted as the

frontière de l'Allemagne en Haute Silésie, en tenant compte du vœu exprimé par les habitants ainsi que de la situation géographique et économique des localités.

§ 6.

Aussitôt que la ligne frontière aura été fixée par les Principales Puissances alliées et associées, la Commission notifiera aux autorités allemandes qu'elles ont à reprendre l'administration du territoire qui serait reconnu comme devant être allemand; lesdites autorités devront y procéder dans le courant du mois qui suivra cette notification, de la manière prescrite par la Commission.

Dans le même délai et de la manière prescrite par la Commission, le Gouvernement polonais devra pourvoir à l'administration du territoire qui serait reconnu comme devant être polonais.

Dès que l'administration du pays aura été ainsi assurée respectivement par les autorités allemandes ou polonaises, les pouvoirs de la Commission prendront fin.

Les frais de l'armée d'occupation et les dépenses de la Commission, tant pour son fonctionnement que pour l'administration de la zone, seront prélevés sur les revenus locaux.

Article 89.

La Pologne s'engage à accorder la liberté de transit aux personnes, marchandises, navires, bateaux, voitures, wagons et services postaux en transit entre la Prusse orientale et le reste de l'Allemagne, à travers le territoire polonais, y compris les eaux territoriales, et à les traiter, en ce qui regarde les facilités, restrictions et toutes autres matières, au moins

frontier of Germany in Upper Silesia. In this recommendation regard will be paid to the wishes of the inhabitants as shown by the vote, and to the geographical and economic conditions of the locality.

6.

As soon as the frontier has been fixed by the Principal Allied and Associated Powers, the German authorities will be notified by the International Commission that they are free to take over the administration of the territory which it is recognised should be German; the said authorities must proceed to do so within one month of such notification and in the manner prescribed by the Commission.

Within the same period and in the manner prescribed by the Commission, the Polish Government must proceed to take over the administration of the territory which it is recognised should be Polish.

When the administration of the territory has been provided for by the German and Polish authorities respectively, the powers of the Commission will terminate.

The cost of the army of occupation and expenditure by the Commission, whether in discharge of its own functions or in the administration of the territory, will be a charge on the area.

Article 89.

Poland undertakes to accord freedom of transit to persons, goods, vessels, carriages, wagons and mails in transit between East Prussia and the rest of Germany over Polish territory, including territorial waters, and to treat them at least as favourably as the persons, goods, vessels, carriages, wagons and mails respectively of Polish or of any other more favoured

aussi favorablement que les personnes, marchandises, navires, bateaux, voitures, wagons et services postaux de nationalité, origine, importation, propriété ou point de départ, soit polonais, soit jouissant d'un traitement plus favorable que le traitement national polonais.

nationality, origin importation, starting point, or ownership as regards facilities, restrictions and all other matters.

Les marchandises en transit seront exemptes de tous droits de douane ou autres droits analogues.

Goods in transit shall be exempt from all customs or other similar duties.

La liberté du transit s'étendra aux services télégraphiques et téléphoniques, dans les conditions fixées par les conventions prévues à l'article 98.

Freedom of transit will extend to telegraphic and telephonic services under the conditions laid down by the conventions referred to in Article 98.

Article 90.

La Pologne s'engage à autoriser, pendant une période de quinze ans, l'exportation en Allemagne des produits des mines de toute partie de la Haute Silésie transférée à la Pologne en vertu du présent Traité.

Ces produits seront exonérés de tout droit d'exportation ou de toute autre charge ou restriction imposée à leur exportation.

Elle s'engage également à prendre toutes les mesures qui pourraient être nécessaires pour que la vente aux acheteurs en Allemagne des produits disponibles de ces mines, puisse s'effectuer dans des conditions aussi favorables que la vente de produits similaires vendus dans des circonstances analogues aux acheteurs en Pologne ou en tout autre pays.

Article 90.

Poland undertakes to permit for a period a fifteen years the exportation to Germany of the products of the mines in any part of Upper Silesia transferred to Poland in accordance with the present Treaty.

Such products shall be free from all export duties or other charges or restrictions on exportation.

Poland agrees to take such steps as may be necessary to secure that any such products shall be available for sale to purchasers in Germany on terms as favourable as are applicable to like products sold under similar conditions to purchasers in Poland or in any other country.

Article 91.

La nationalité polonaise sera acquise de plein droit, à l'exclusion de la nationalité allemande, aux ressortissants allemands domiciliés sur les territoires reconnus comme faisant définitivement partie de la Pologne.

Toutefois, les ressortissants allemands ou leurs descendants, qui au-

Article 91.

German nationals habitually resident in territories recognised as forming part of Poland will acquire Polish nationality *ipso facto* and will lose their German nationality.

German nationals, however, or their descendants who became resident in

raient établi leur domicile sur ces territoires postérieurément au 1er janvier 1908, ne pourront acquérir la nationalité polonaise qu'avec une autorisation spéciale de l'Etat polonais.

Dans le délai de deux ans, à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les ressortissants allemands, âgés de plus de 18 ans et domiciliés sur l'un des territoires reconnus comme faisant partie de la Pologne, auront la faculté d'opter pour la nationalité allemande.

Les Polonais, ressortissants allemands, âgés de plus de 18 ans et domiciliés en Allemagne, auront eux-mêmes la faculté d'opter pour la nationalité polonaise.

L'option du mari entraînera celle de la femme, et celle des parents entraînera celle des enfants âgés de moins de 18 ans.

Toutes personnes ayant exercé le droit d'option ci-dessus prévu auront la faculté, dans les douze mois qui suivront, de transporter leur domicile dans l'Etat en faveur duquel elles auront opté.

Elles seront libres de conserver les biens immobiliers qu'elles possèdent sur le territoire de l'autre Etat où elles avaient leur domicile antérieurement à leur option.

Elles pourront emporter leurs biens meubles de toute nature en franchise de douane dans le pays pour lequel elles auront opté et seront exemptées à cet égard de tous droits de sortie ou taxes, s'il y en a.

Dans le même délai, les Polonais ressortissants allemands se trouvant en pays étranger auront, à moins de dispositions contraires de la loi étrangère et s'ils n'ont pas acquis la nationalité étrangère, le droit d'acquérir la nationalité polonaise, à l'exclusion

these territories after January 1, 1908, will not acquire Polish nationality without a special authorisation from the Polish State.

Within a period of two years after the coming into force of the present Treaty, German nationals over 18 years of age habitually resident in any of the territories recognised as forming part of Poland will be entitled to opt for German nationality.

Poles who are German nationals over 18 years of age and habitually resident in Germany will have a similar right to opt for Polish nationality.

Option by a husband will cover his wife and option by parents will cover their children under 18 years of age.

Persons who have exercised the above right to opt may within the succeeding twelve months transfer their place of residence to the State for which they have opted.

They will be entitled to retain their immovable property in the territory of the other State where they had their place of residence before exercising the right to opt.

They may carry with them their movable property of every description. No export or import duties or charges may be imposed upon them in connection with the removal of such property.

Within the same period Poles who are German nationals and are in a foreign country will be entitled, in the absence of any provisions to the contrary in the foreign law, and if they have not acquired the foreign nationality, to obtain Polish nationality

de la nationalité allemande et en se conformant aux dispositions qui devront être prises par l'Etat polonais.

Dans la partie de la Haute Silésie soumise au plébiscite, les dispositions du présent article n'entreront en vigueur qu'à partir de l'attribution définitive de ce territoire.

Article 92.

La proportion et la nature des charges financières de l'Allemagne et de la Prusse que la Pologne aura à supporter seront fixées conformément à l'article 254 de la Partie IX (Clauses financières) du présent Traité.

La partie de la dette qui, d'après la Commission des Réparations prévue audit article, se rapporte aux mesures prises par les Gouvernements allemand et prussien en vue de la colonisation allemande de la Pologne, sera exclue de la proportion mise à la charge de celle-ci.

En fixant, en exécution de l'article 256 du présent Traité, la valeur des biens et propriétés de l'Empire ou des Etats allemands passant à la Pologne en même temps que les territoires qui lui sont transférés, la Commission des Réparations devra exclure de cette évaluation les bâtiments, forêts et autres propriétés d'Etat, qui appartenaient à l'ancien Royaume de Pologne. Ceux-ci seront acquis à la Pologne, francs et quittes de toutes charges.

Dans tous les territoires de l'Allemagne transférés en vertu du présent Traité et reconnus comme faisant définitivement partie de la Pologne, les biens, droits et intérêts des ressortis-

and to lose their German nationality, by complying with the requirements laid down by the Polish State.

In the portion of Upper Silesia submitted to a plebiscite the provisions of this Article shall only come into force as from the definitive attribution of the territory.

Article 92.

The proportion and the nature of the financial liabilities of Germany and Prussia which are to be borne by Poland will be determined in accordance with Article 254 of Part IX (Financial Clauses) of the present Treaty.

There shall be excluded from the share of such financial liabilities assumed by Poland that portion of the debt which, according to the finding of the Reparation Commission referred to in the abovementioned Article, arises from measures adopted by the German and Prussian Governments with a view to German colonisation in Poland.

In fixing under Article 256 of the present Treaty the value of the property and possessions belonging to the German Empire and to the German States which pass to Poland with the territory transferred above, the Reparation Commission shall exclude from the valuation buildings, forests and other State property which belonged to the former Kingdom of Poland; Poland shall acquire these properties free of all costs and charges.

In all the German territory transferred in accordance with the present Treaty and recognised as forming definitively part of Poland, the property, rights and interests of German nationals

sants allemands ne devront être liquidés par application de l'article 297 par le Gouvernement polonais que conformément aux dispositions suivantes:

1° Le produit de la liquidation devra être payé directement à l'ayant droit:

2° Au cas où ce dernier établirait devant le tribunal arbitral mixte prévu par la Section VI de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité, ou devant un arbitre désigné par ce tribunal, que les conditions de la vente ou que des mesures prises par le Gouvernement polonais en dehors de sa législation générale, ont été injustement préjudiciables au prix, le Tribunal ou l'arbitre aura la faculté d'accorder à l'ayant droit une indemnité équitable, qui devra être payée par le Gouvernement polonais.

Des Conventions ultérieures régleront toutes questions qui ne seraient pas réglées par le présent Traité et que pourrait faire naître la cession desdits territoires.

Article 93.

La Pologne accepte, en en agréant l'insertion dans un Traité avec les Principales Puissances alliées et associées, les dispositions que ces Puissances jugeront nécessaires pour protéger en Pologne les intérêts des habitants qui diffèrent de la majorité de la population par la race, la langue ou la religion.

La Pologne agrée également l'insertion dans un Traité avec les Principales Puissances alliées et associées des dispositions que ces Puissances jugeront nécessaires pour protéger la liberté du transit et un régime équitable pour le commerce des autres nations.

shall not be liquidated under Article 297 by the Polish Government except in accordance with the following provisions:

1) The proceeds of the liquidation shall be paid direct to the owner;

2) If on his application the Mixed Arbitral Tribunal provided for by Section VI of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty, or an arbitrator appointed by that Tribunal, is satisfied that the conditions of the sale or measures taken by the Polish Government outside its general legislation were unfairly prejudicial to the price obtained, they shall have discretion to award to the owner equitable compensation to be paid by the Polish Government.

Further agreements will regulate all questions arising out of the cession of the above territory which are not regulated by the present Treaty.

Article 93.

Poland accepts and agrees to embody in a Treaty with the Principal Allied and Associated Powers such provisions as may be deemed necessary by the said Powers to protect the interests of inhabitants of Poland who differ from the majority of the population in race, language or religion.

Poland further accepts and agrees to embody in a Treaty with the said Powers such provisions as they may deem necessary to protect freedom of transit and equitable treatment of the commerce of other nations.

Section IX.

Prusse orientale.

Article 94.

Dans la zone comprise entre la frontière Sud du territoire de la Prusse orientale, telle que cette frontière est déterminée à l'article 28 de la Partie II (Frontières d'Allemagne) du présent Traité, et la ligne ci-dessous décrite, les habitants seront appelés à désigner par voie de suffrage l'Etat auquel il désirent être rattachés:

limite Ouest et Nord du territoire du gouvernement *(Regierungsbezirk)* d'Allenstein, jusqu'à sa rencontre avec la limite entre les cercles *(Kreise)* d'Oletsko et d'Angerburg; de là, la limite Nord du cercle *(Kreis)* d'Oletsko jusqu'à sa rencontre avec l'ancienne frontière de la Prusse Orientale.

Article 95.

Dans un délai qui n'excédera pas quinze jours, à compter de la mise en vigueur du présent Traité, les troupes et les Autorités allemandes se retireront de la zone ci-dessus décrite. Jusqu'à ce que l'évacuation soit achevée, elles s'abstiendront de toute réquisition en argent ou en nature et de toute mesure pouvant porter atteinte aux intérêts matériels du pays.

A l'expiration de la période susmentionnée, ladite zone sera placée sous l'autorité d'une Commission internationale de cinq membres, nommés par les Principales Puissances alliées et associées. Cette Commission aura un pouvoir général d'administration et, en particulier, sera chargée du soin d'organiser le vote et de prendre toutes les mesures qu'elle jugera nécessaires pour en assurer la liberté, la sincérité et le secret. La Commission aura aussi plein pouvoir pour

Section IX.

East Prussia.

Article 94.

In the area between the southern frontier of East Prussia, as described in Article 28 of Part II (Boundaries of Germany) of the present Treaty, and the line described below, the inhabitants will be called upon to indicate by a vote the State to which they wish to belong:

The western and northern boundary of *Regierungsbezirk* Allenstein to its junction with the boundary between the *Kreise* of Oletsko and Angerburg; thence, the northern boundary of the *Kreis* of Oletsko to its junction with the old frontier of East Prussia.

Article 95.

The German troops and authorities will be withdrawn from the area defined above within a period not exceeding fifteen days after the coming into force of the present Treaty. Until the evacuation is completed they will abstain from all requisitions in money or in kind and from all measures injurious to the economic interests of the country.

On the expiration of the abovementioned period the said area will be placed under the authority of an International Commission of five members appointed by the Principal Allied and Associated Powers. This Commission will have general powers of administration and, in particular, will be charged with the duty of arranging for the vote and of taking such measures as it may deem necessary to ensure its freedom, fairness and secrecy. The Commission will have all

statuer sur toutes les questions auxquelles l'exécution des présentes clauses pourra donner lieu. La Commission prendra tous les arrangements utiles pour se faire aider dans l'exercice de ses fonctions par des assistants choisis par elle parmi la population locale. Ses décisions seront prises à la majorité des voix.

Le droit de suffrage sera accordé à toute personne, sans distinction de sexe, satisfaisant aux conditions suivantes:

a) Avoir 20 ans révolus à la date de la mise en vigueur du présent Traité;

b) Être né dans la zone soumise au plébiscite ou y avoir son domicile ou sa résidence habituelle depuis la date qui sera fixée par la Commission.

Chacun votera dans la commune où il est domicilié, ou dans laquelle il est né s'il n'a pas son domicile ou sa résidence dans ladite zone.

Le résultat du vote sera déterminé par commune (*Gemeinde*), d'après la majorité des votes dans chaque commune.

A la clôture du vote, le nombre des voix dans chaque commune sera communiqué par la Commission aux Principales Puissances alliées et associées, en même temps qu'un rapport détaillé sur les opérations du vote et qu'une proposition sur le tracé, qui devrait être adopté comme frontière de la Prusse Orientale dans cette région, en tenant compte du vœu des habitants exprimé par le vote ainsi que de la situation géographique et économique des localités. Les Principales Puissances alliées et associées détermineront alors la frontière entre la Prusse Orientale et la Pologne dans cette région.

necessary authority to decide any questions to which the execution of these provisions may give rise. The Commission will make such arrangements as may be necessary for assistance in the exercise of its functions by officials chosen by itself from the local population; its decisions will be taken by a majority.

Every person, irrespective of sex, will be entitled to vote who:

a) Is 20 years of age at the date of the coming into force of the present Treaty, and

b) Was born within the area where the vote will take place or has been habitually resident there from a date to be fixed by the Commission.

Every person will vote in the commune where he is habitually resident or, if not habitually resident in the area, in the commune where he was born.

The result of the vote will be determined by communes (*Gemeinde*) according to the majority of the votes in each commune.

On the conclusion of the voting the number of votes cast in each commune will be communicated by the Commission to the Principal Allied and Associated Powers, with a full report as to the taking of the vote and a recommendation as to the line which ought to be adopted as the boundary of East Prussia in this region. In this recommendation regard will be paid to the wishes of the inhabitants as shown by the vote and to the geographical and economic conditions of the locality. The Principal Allied and Associated Powers will then fix the frontier between East Prussia and Poland in this region.

Si le tracé fixé par les Principales Puissances alliées et associées est tel qu'il exclut de la Prusse Orientale une partie quelconque du terrain delimité à l'article 94, la renonciation de l'Allemagne à ses droits en faveur de la Pologne, ainsi qu'il est prévu à l'article 87 ci-dessus, s'étendra aux territoires ainsi exclus.

Aussitôt que la ligne aura été fixée par les Principales Puissances alliées et associées, la Commission internationale notifiera aux autorités administratives de la Prusse Orientale qu'elles ont à reprendre l'administration du territoire situé au Nord de la ligne ainsi fixée, ce qu'elles devront faire dans le courant du mois qui suivra cette notification et de la manière prescrite par la Commission. Dans le même délai et de la manière prescrite par la Commission, le Gouvernement polonais devra pourvoir à l'administration du territoire situé au Sud de la ligne fixée. Dès que l'administration du pays aura été ainsi assurée respectivement par les autorités de la Prusse Orientale et de la Pologne, les pouvoirs de la Commission internationale prendront fin.

Les dépenses de la Commission tant pour son fonctionnement que pour l'administration de la zone, seront prélevés sur les revenus locaux; le surplus en sera supporté par la Prusse Orientale dans une proportion qui sera fixée par les Principales Puissances alliées et associées.

If the line fixed by the Principal Allied and Associated Powers is such as to exclude from East Prussia any part of the territory defined in Article 94, the renunciation of its rights by Germany in favour of Poland, as provided in Article 87 above, will extend to the territories so excluded.

As soon as the line has been fixed by the Principal Allied and Associated Powers, the authorities administering East Prussia will be notified by the International Commission that they are free to take over the administration of the territory to the north of the line so fixed, which they shall proceed to do within one month of such notification and in the manner prescribed by the Commission. Within the same period and as prescribed by the Commission, the Polish Government must proceed to take over the administration of the territory to the south of the line. When the administration of the territory by the East Prussian and Polish authorities respectively has been provided for, the powers of the Commission will terminate.

Expenditure by the Commission, whether in the discharge of its own functions or in the administration of the territory, will be borne by the local revenues. East Prussia will be required to bear such proportion of any deficit as may be fixed by the Principal Allied and Associated Powers.

Article 96.

Dans une zone comprenant les cercles (*Kreise*) de Stuhm et de Rosenberg et la partie du cercle de Marienburg qui se trouve à l'Est de la Nogat et celle du cercle de Marienwerder qui se trouve à l'Est de la Vistule,

Article 96.

In the area comprising the *Kreise* of Stuhm and Rosenberg and the portion of the *Kreis* of Marienburg which is situated east of the Nogat and that of Marienwerder east of the Vistula, the inhabitants will be called upon

les habitants seront appelés à faire connaître, par un vote à émettre dans chaque commune (*Gemeinde*), s'ils désirent que les diverses communes situées sur ce territoire appartiennent à la Pologne ou à la Prusse Orientale.

to indicate by a vote, to be taken in each commune (*Gemeinde*), whether they desire the various communes situated in this territory to belong to Poland or to East Prussia.

Article 97.

Dans un délai qui n'excédera pas quinze jours, à compter de la mise en vigueur du présent Traité, les troupes et les autorités allemandes se retireront de la zone décrite à l'article 96; jusqu'à ce que l'évacuation soit achevée, elles s'abstiendront de toute réquisition en argent ou en nature et de toute mesure pouvant porter atteinte aux intérêts matériels du pays.

A l'expiration de la période sus-mentionnée, ladite zone sera placée sous l'autorité d'une Commission internationale de cinq membres nommés par les Principales Puissances alliées et associées. Cette Commission, accompagnée, s'il y a lieu, des forces nécessaires, aura un pouvoir général d'administration et en particulier sera chargée du soin d'organiser le vote et de prendre toutes les mesures qu'elle jugera nécessaire pour en assurer la liberté, la sincérité et le secret; elle se conformera, autant qu'il lui sera possible, aux dispositions du présent Traité concernant le plébiscite dans la zone d'Allenstein; ses décisions seront prises à la majorité des voix.

Les dépenses de la Commission, tant pour son fonctionnemet que pour l'administration de la zone soumise, seront prélevées sur les revenus locaux.

A la clôture du vote, le nombre des voix dans chaque commune sera communiqué par la Commission aux

Article 97.

The German troops and authorities will be withdrawn from the area defined in Article 96 within a period not exceeding fifteen days after the coming into force of the present Treaty. Until the evacuation is completed they will abstain from all requisitions in money or in kind and from all measures injurious to the economic interests of the country.

On the expiration of the above-mentioned period, the said area will be placed under the authority of an International Commission of five members appointed by the Principal Allied and Associated Powers. This Commission, supported if occasion arises by the necessary forces, will have general powers of administration and in particular will be charged with the duty of arranging for the vote and of taking such measures as it may deem necessary to ensure its freedom, fairness and secrecy. The Commission will conform as far as possible to the provisions of the present Treaty relating to the plebiscite in the Allenstein area; its decisions will be taken by a majority.

Expenditure by the Commission, whether in the discharge of its own functions or in the administration of the territory, will be borne by the local revenues.

On the conclusion of the voting the number of votes cast in each commune will be communicated by the

Principales Puissances alliées et associées, en même temps qu'un rapport détaillé sur les opérations du vote et qu'une proposition sur le tracé qui devrait être adopté comme frontière de la Prusse Orientale dans cette région, en tenant compte du vœu des habitants exprimé par le vote, ainsi que de la situation géographique et économique des localités. Les Principales Puissances alliées et associées détermineront la frontière entre la Prusse Orientale et la Pologne dans cette région, en laissant au moins à la Pologne, pour l'ensemble de la section de frontière bordant la Vistule, le plein et entier contrôle du fleuve, en y comprenant sa rive Est sur la distance qui pourra être nécessaire à sa réglemention et à son amélioration. L'Allemagne s'engage à ce qu'aucune fortification ne soit à aucune époque établie sur aucune portion dudit territoire restant allemand.

Les Principales Puissances alliées et associées formuleront en même temps une réglementation assurant, dans des conditions équitables, à la population de la Prusse Orientale l'accès et l'usage de la Vistule soit pour eux-mêmes, soit pour leurs marchandises, ou pour leurs bateaux, au mieux de leurs intérêts.

La fixation de la frontière et les règlements ci-dessus prévus seront obligatoires pour toutes les parties intéressées.

Dès que l'administration du pays aura été assumée respectivement par les autorités de la Prusse Orientale et de la Pologne, les pouvoirs de la Commission prendront fin.

Article 98.

L'Allemagne et la Pologne concluront, dans l'année qui suivra la mise en vigueur du présent Traité,

Commission to the Principal Allied and Associated Powers with a full report as to the taking of the vote and a recommendation as to the line which ought to be adopted as the boundary of East Prussia in this region. In this recommendation regard will be paid to the wishes of the inhabitants as shown by the vote and to the geographical and economic conditions of the locality. The Principal Allied and Associated Powers will then fix the frontier between East Prussia and Poland in this region, leaving in any case to Poland for the whole of the section bordering on the Vistula full and complete control of the river including the east bank as far east of the river as may be necessary for its regulation and improvement. Germany agrees that in any portion of the said territory which remains German, no fortifications shall at any time be erected.

The Principal Allied and Associated Powers will at the same time draw up regulations for assuring to the population of East Prussia to the fullest extent and under equitable conditions access to the Vistula and the use of it for themselves, their commerce and their boats.

The determination of the frontier and the foregoing regulations shall be binding upon all the parties concerned.

When the aministration of the territory has been taken over by the East Prussian and Polish authorities respectively, the powers of the Commission will terminate.

Article 98.

Germany and Poland undertake, within one year of the coming into force of this Treaty, to enter into

des conventions dont les termes, en cas de contestation, seront établis par le Conseil de la Société des Nations, à l'effet d'assurer, d'une part à l'Allemagne des facilités complètes et appropriées pour communiquer par voie ferrée, par télégraphe et par téléphone avec le reste de l'Allemagne et la Prusse Orientale à travers le territoire polonais, et d'autre part à la Pologne les mêmes facilités pour ses communications avec la Ville libre de Dantzig à travers le territoire allemand qui pourra se trouver sur la rive droite de la Vistule, entre la Pologne et la Ville libre de Dantzig.

Section X.

Memel.

Article 99.

L'Allemagne renonce, en faveur des Principales Puissances alliées et associées, à tous droits et titres sur les territoires compris entre la mer Baltique, la frontière Nord-Est de la Prusse Orientale décrite à l'article 28 de la Partie II (Frontières d'Allemagne) du présent Traité et les anciennes frontières entre l'Allemagne et la Russie.

L'Allemagne s'engage à reconnaître les dispositions que les Principales Puissances alliées et associées prendront relativement à ces territoires, notamment en ce qui concerne la nationalité des habitants.

Section XI.

Ville libre de Dantzig.

Article 100.

L'Allemagne renonce, en faveur des Principales Puissances alliées et associées, à tous droits et titres sur le territoire compris dans les limites ci-après:

conventions of which the terms, in case of difference, shall be settled by the Council of the League of Nations, with the object of securing, on the one hand to Germany full and adequate railroad, telegraphic and telephonic facilities for communication between the rest of Germany and East Prussia over the intervening Polish territory, and on the other hand to Poland full and adequate railroad, telegraphic and telephonic facilities for communication between Poland and thee Free City of Danzig over any German territory that may, on the right bank of the Vistula, intervene between Poland and the Free City of Danzig.

Section X.

Memel.

Article 99.

Germany renounces in favour of the Principal Allied and Associated Powers all rights and title over the territories included between the Baltic, the north eastern frontier of East Prussia as defined in Article 28 of Part II (Boundaries of Germany) of the present Treaty and the former frontier between Germany and Russia.

Germany undertakes to accept the settlement made by the Principal Allied and Associated Powers in regard to these territories, particularly in so far as concerns the nationality of the inhabitants.

Section XI.

Free City of Danzig.

Article 100.

Germany renounces in favour of the Principal Allied and Associated Powers all rights and title over the territory comprised within the following limits:

de la mer Baltique, vers le Sud et jusqu'au point de rencontre des chenaux de navigation principaux de la Nogat et de la Vistule (Weichsel):

la frontière de la Prusse Orientale telle qu'elle est décrite à l'article 28 de la Partie II (Frontières d'Allemagne) du présent Traité;

de là, le chenal de navigation principal de la Vistule vers l'aval et jusqu'à un point situé à environ 6 kilomètres 5 du Nord du pont de Dirschau;

de là, vers le Nord-Ouest et jusqu'à la cote 5 située à 1 kilomètre 5 au Sud-Est de l'église de Güttland:

une ligne à déterminer sur le terrain;

de là, vers l'Ouest et jusqu'au saillant fait par la limite du cercle Berent, à 8 kilomètres 5 au Nord-Est de Schöneck:

une ligne à déterminer sur le terrain, passant entre Mühlbanz, au Sud, et Rambeltsch, au Nord;

de là, vers l'Ouest, la limite du cercle Berent jusqu'au rentrant qu'elle fait à 6 kilomètres au Nord-Nord-Ouest de Schöneck:

de là et jusqu'à un point situé sur la ligne médiane du Lonkener See:

une ligne à déterminer sur le terrain, passant au Nord de Neu Fietz et Schatarpi et au Sud de Barenhütte et Lonken:

de là, la ligne médiane du Lonkener See, jusqu'à son extrémité Nord;

de là, et jusqu'à l'extrémité Sud du Pollenziner See:

une ligne à déterminer sur le terrain;

de là, la ligne médiane du Pollenziner See jusqu'à son extrémité Nord;

de là, vers le Nord-Est et jusqu'au point situé à 1 kilomètre environ au Sud de l'église de Koliebken, où la voie ferrée Dantzig-Neustadt traverse un ruisseau:

from the Baltic Sea southwards to the point where the principal channels of navigation of the Nogat and the Vistula (Weichsel) meet:

the boundary of East Prussia as described in Article 28 of Part II (Boundaries of Germany) of the present Treaty;

thence the principal channel of navigation of the Vistula downstream to a point about 6½ kilometres north of the bridge of Dirschau:

thence north-west to point 5, 1½ kilometres south-east of the church of Güttland:

a line to be fixed on the ground;

thence in a general westerly direction to the salient made by the boundary of the *Kreis* of Berent 8½ kilometres north-east of Schöneck:

a line to be fixed on the ground passing between Mühlbanz on the south and Rambeltsch on the north;

thence the boundary of the *Kreis* of Berent westwards to the re-entrant which it forms 6 kilometres north-north-west of Schöneck:

thence to a point on the median line of Lonkener See:

a line to be fixed on the ground passing north of Neu Fietz and Schatarpi and south of Barenhütte and Lonken;

thence the median line of Lonkener See to its northernmost point;

thence to the southern end of Pollenziner See:

a line to be fixed on the ground;

thence the median line of Pollenziner See to its northernmost point;

thence in a north-easterly direction to a point about 1 kilometre south of Koliebken church, where the Danzig-Neustadt railway crosses a stream:

une ligne à déterminer sur le terrain passant au Sud-Est de Kamehlen, Krissau, Fidlin, Sulmin (Richthof), Mattern, Schäferei, et au Nord-Ouest de Neuendorf, Marschau, Czapielken, Hoch- et Klein-Kelpin, Pulvermühl, Rénneberg et les villes de Oliva et Zoppot;

de là, le cours du ruisseau ci-dessus mentionné jusqu'à la mer Baltique.

Les frontières ci-dessus décrites sont tracées sur une carte allemande au 1:100,000e, annexée au présent Traité sous le n° 3.*)

Article 101.

Une Commission, composée de trois membres comprenant un Haut Commissaire, président, nommés par les Principales Puissances alliées et associées, d'un membre nommé par l'Allemagne et un par la Pologne, sera constituée dans les quinze jours qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, pour fixer sur place la ligne frontière du territoire ci-dessus visé, en tenant compte autant que possible des limites communales existantes.

Article 102.

Les Principales Puissances alliées et associées s'engagent à constituer la ville de Dantzig, ensemble le territoire visé à l'article 100, en ville libre. Elle sera placée sous la protection de la Société des Nations.

Article 103.

La constitution de la Ville libre de Dantzig sera élaborée, d'accord avec un Haut Commissaire de la Société des Nations, par des represen-

a line to be fixed on the ground passing south-east of Kamehlen, Krissau, Fidlin, Sulmin (Richthof), Mattern, Schäferei, and to the north-west of Neuendorf, Marschau, Czapielken, Hoch- and Klein-Kelpin, Pulvermühl, Renneberg and the towns of Oliva and Zoppot;

thence the course of the stream mentioned above to the Baltic Sea.

The boundaries described above are drawn on a German map, scale 1:100,000, attached to the present Treaty (Map No. 3).*)

Article 101.

A Commission composed of three members appointed by the Principal Allied and Associated Powers, including a High Commissioner as President, one member appointed by Germany and one member appointed by Poland, shall be constituted within fifteen days of the coming into force of the present Treaty for the purpose of delimiting on the spot the frontier of the territory as described above, taking into account as far as possible the existing communal boundaries.

Article 102.

The Principal Allied and Associated Powers undertake to establish the town of Danzig, together with the rest of the territory described in Article 100, as a Free City. It will be placed under the protection of the League of Nations.

Article 103.

A constitution for the Free City of Danzig shall be drawn up by the duly appointed representatives of the Free City in agreement with a High

*) Non reproduite.

tants de la Ville libre, régulièrement désignés. Elle sera placée sous la garantie de la Société des Nations.

Le Haut Commissaire sera également chargé de statuer en première instance sur toutes les contestations qui viendraient à s'élever entre la Pologne et la Ville libre au sujet du présent Traité ou des arrangements et accords complémentaires.

Le Haut Commissaire résidera à Dantzig.

Article 104.

Une Convention, dont les Principales Puissances alliées et associées s'engagent à négocier les termes et qui entrera en vigueur en même temps que sera constituée la Ville libre de Dantzig, interviendra entre le Gouvernement polonais et ladite Ville libre en vue:

1° De placer la Ville libre de Dantzig en dedans des limites de la frontière douanière de la Pologne, et de pourvoir à l'établissement d'une zone franche dans le port;

2° D'assurer à la Pologne, sans aucune restriction, le libre usage et le service des voies d'eau, des docks, bassins, quais et autres ouvrages sur le territoire de la Ville libre nécessaires aux importations et exportations de la Pologne;

3° D'assurer à la Pologne le contrôle et l'administration de la Vistule et de l'ensemble du réseau ferré dans les limites de la Ville libre, sauf les tramways et autres voies ferrées servant principalement aux besoins de la Ville libre, ainsi que le contrôle et l'administration des communications postales, télégraphiques et téléphoniques entre la Pologne et le port de Dantzig;

Commissioner to be appointed by the League of Nations. This constitution shall be placed under the guarantee of the League of Nations.

The High Commissioner will also be entrusted with the duty of dealing in the first instance with all differences arising between Poland and the Free City of Danzig in regard to this Treaty or any arrangements or agreements made therennder.

The High Commissioner shall reside at Danzig.

Article 104.

The Principal Allied and Associated Powers undertake to negotiate a Treaty between the Polish Government and the Free City of Danzig, which shall come into force at the same time as the establishment of the said Free City, with the following objects:

1) To effect the inclusion of the Free City of Danzig within the Polish Customs frontiers, and to establish a free area in the port;

2) To ensure to Poland without any restriction the free use and service of all waterways, docks, basins, wharves and other works within the territory of the Free City necessary for Polish imports and exports;

3) To ensure to Poland the control and administration of the Vistula and of the whole railway system within the Free City, except such street and other railways as serve primarily the needs of the Free City, and of postal, telegraphic and telephonic communication between Poland and the port of Danzig;

4° D'assurer à la Pologne le droit de développer et d'améliorer les voies d'eau, docks, bassins, quais, voies ferrées et autres ouvrages et moyens de communication ci-dessus visés, et de louer ou acheter, dans des conditions appropriées, les terrains et autres propriétés nécessaires à cet effet;

5° De pourvoir à ce qu'aucune discrimination soit faite, dans la Ville libre de Dantzig, au préjudice des nationaux polonais et autres personnes d'origine ou de langue polonaise;

6° De faire assurer par le Gouvernement polonais la conduite des Affaires extérieures de la Ville libre de Dantzig, ainsi que la protection de ses nationaux dans les pays étrangers.

Article 105.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, les ressortissants allemands domiciliés sur le territoire décrit à l'article 100 perdront, *ipso facto*, la nationalité allemande, en vue de devenir nationaux de la Ville libre de Dantzig.

Article 106.

Pendant les deux ans qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, les ressortissants allemands âgés de plus de 18 ans et domiciliés sur le territoire, décrit à l'article 100, auront la faculté d'opter pour la nationalité allemande.

L'option du mari entraînera celle de la femme et l'option des parents entraînera celle de leurs enfants âgés de moins de 18 ans.

Les personnes ayant exercé le droit d'option ci-dessus prévu devront, dans les douze mois qui suivront, transporter leur domicile en Allemagne.

4) To ensure to Poland the right to develop and improve the waterways, docks, basins, wharves, railways and other works and means of communication mentioned in this Article, as well as to lease or purchase through appropriate processes such land and other property as may be necessary for these purposes;

5) To provide against any discrimination within the Free City of Danzig to the detriment of citizens of Poland and other persons of Polish origin or speech;

6) To provide that the Polish Government shall undertake the conduct of the foreign relations of the Free City of Danzig as well as the diplomatic protection of citizens of that city when abroad.

Article 105.

On the coming into force of the present Treaty German nationals ordinarily resident in the territory described in Article 100 will *ipso facto* lose their German nationality in order to become nationals of the Free City of Danzig.

Article 106.

Within a period of two years from the coming into force of the present Treaty, German nationals over 18 years of age ordinarily resident in the territory described in Article 100 will have the right to opt for German nationality.

Option by a husband will cover his wife and option by parents will cover their children less than 18 years of age.

All persons who exercise the right of option referred to above must during the ensuing twelve months transfer their place of residence to Germany.

Elles seront libres de conserver les biens immobiliers qu'elles possèdent sur le territoire de la Ville libre de Dantzig. Elles pourront emporter leurs biens meubles de toute nature. Il ne leur sera imposé, de ce chef, aucun droit, soit de sortie, soit d'entrée.

Article 107.

Tous les biens appartenant à l'Empire ou à des Etats allemands et situés sur le territoire de la Ville libre de Dantzig seront transférés aux Principales Puissances alliées et associées pour être rétrocédés par elles à la Ville libre ou à l'Etat polonais, selon ce qu'elles jugeront équitable de décider.

Article 108.

La proportion et la nature des charges financières de l'Allemagne et de la Prusse que la Ville libre aura à supporter seront fixées conformément à l'article 254 de la Partie IX (Clauses financières) du présent Traité.

Des stipulations ultérieures détermineront toutes autres questions pouvant résulter de la cession du territoire visé à l'article 100.

Section XII.

Slesvig.

Article 109.

La frontière entre l'Allemagne et le Danemark sera fixée conformément aux aspirations des populations.

A cette fin, les populations habitant les territoires de l'ancien Empire allemand situés au Nord d'une ligne, orientée Est-Ouest (figurée par un trait bistre sur la carte N° 4 annexée au présent Traité):*)

*) Non reproduite.

These persons will be entitled to preserve the immovable property possessed by them in the territory of the Free City of Danzig. They may carry with them their movable property of every description. No export or import duties shall be imposed upon them in this connection.

Article 107.

All property situated within the territory of the Free City of Danzig belonging to the German Empire or to any German State shall pass to the Principal Allied and Associated Powers for transfer to the Free City of Danzig or to the Polish State as they may consider equitable.

Article 108.

The proportion and nature of the financial liabilities of Germany and of Prussia to be borne by the Free City of Danzig shall be fixed in accordance with Article 254 of Part IX (Financial Clauses) of the present Treaty.

All other questions which may arise from the cession of the territory referred to in Article 100 shall be settled by further agreements.

Section XII.

Schleswig.

Article 109.

The frontier between Germany and Denmark shall be fixed in conformity with the wishes of the population.

For this purpose, the population inhabiting the territories of the former German Empire situated to the north of a line, from East to West, (shown by a brown line on the map No. 4, annexed to the present Treaty):*)

partant de la mer Baltique à environ 13 kilomètres Est-Nord-Est de Flensburg,

se dirigeant

vers le Sud-Ouest en passant au Sud-Est de: Sygum, Ringsberg, Munkbrarup, Adelby, Tastrup, Jarplund, Oversee, et au Nord-Ouest de: Langballigholz, Langballig, Bönstrup, Rüllschau, Weseby, Kleinwolstrup, Gross-Solt,

puis, vers l'Ouest en passant au Sud de Frörup et au Nord de Wanderup,

puis, vers le Sud-Ouest en passant au Sud-Est d'Oxlund, Stieglund et Ostenau et au Nord-Ouest des villages sur la route Wanderup-Kollund,

puis, vers le Nord-Ouest en passant au Sud-Ouest de Löwenstedt, Joldelund, Goldelund, et au Nord-Est de Kolkerheide et Högel jusqu'au coude du Soholmer Au, à environ 1 kilomètre à l'Est de Soholm, où elle rencontre la limite Sud du cercle *(Kreis)* de Tondern,

suivant cette limite jusqu'à la mer du Nord,

passant au Sud des îles de Fohr et Amrum et au Nord des îles d'Oland et de Langeness,

seront appelées à se prononcer par un vote, auquel il sera procédé dans les conditions suivantes:

1° Dès la mise en vigueur du présent Traité, et dans un délai qui ne devra pas dépasser dix jours, les troupes et les autorités allemandes (y compris les *Oberpräsidenten, Regierungs-präsidenten, Landräthe, Amtsvorsteher, Oberbürgermeister*) devront évacuer la zone comprise au Nord de la ligne ci-dessus fixée.

Dans le même délai, les conseils des ouvriers et soldats constitués dans cette zone seront dissous; leurs membres, originaires d'une autre région et

leaving the Baltic Sea about 13 kilometres east-north-east of Flensburg,

running

south-west so as to pass south-east of: Sygum, Ringsberg, Munkbrarup, Adelby, Tastrup, Jarplund, Oversee, and north-west of: Langballigholz, Langballig, Bönstrup, Rüllschau, Weseby, Kleinwolstrup, Gross-Solt,

thence westwards passing south of Frörup and north of Wanderup,

thence in a south-westerly direction passing south-east of Oxlund, Stieglund and Ostenau and north-west of the villages on the Wanderup-Kollund road,

thence in a north-westerly direction passing south-west of Löwenstedt, Joldelund, Goldelund, and north-east of Kolkerheide and Högel to the bend of the Soholmer Au, about 1 kilometre east of Soholm, where it meets the southern boundary of the *Kreis* of Tondern,

following this boundary to the North Sea,

passing south of the islands of Fohr and Amrum and north of the islands of Oland and Langeness,

shall be called upon to pronounce by a vote which will be taken under the following conditions:

1) Within a period not exceeding ten days from the coming into force of the present Treaty, the German troops and authorities (including the *Oberpräsidenten, Regierungs-präsidenten, Landräthe, Amtsvorsteher, Oberbürgermeister*) shall evacuate the zone lying to the north of the line above fixed.

Within the same period the Workmen's and Soldiers' Councils which have been constituted in this zone shall be dissolved; members of such

exerçant leurs fonctions à la date de la mise en vigueur du présent Traité, ou les ayant quittées depuis le 1er mars 1919, seront pareillement évacués.

Ladite zone sera immédiatement placée sous l'autorité d'une Commission internationale composée de cinq membres dont trois seront désignés par les Principales Puissances alliées et associées; le Gouvernement norvégien et le Gouvernement suédois seront priés de désigner chacun un membre; faute par eux de ce faire, ces deux membres seront choisis par les Principales Puissances alliées et associées.

La Commission, assistée éventuellement des forces nécessaires, aura un pouvoir général d'administration. Elle devra notamment pourvoir sans délai au remplacement des autorités allemandes évacuées, et s'il y a lieu, donner elle-même l'ordre d'évacuation et procéder au remplacement de telles autorités locales qu'il appartiendra. Elle prendra toutes les mesures qu'elle jugera propres à assurer la liberté, la sincérité et le secret du vote. Elle se fera assister de conseillers techniques allemands et danois choisis par elle parmi la population locale. Ses décisions seront prises à la majorité des voix.

La moitié des frais de la Commission et des dépenses occasionnées par le plébiscite sera supportée par l'Allemagne.

2° Le droit de suffrage sera accordé à toutes personnes, sans distinction de sexe, satisfaisant aux conditions suivantes:

a) Avoir vingt ans révolus à la date de la mise en vigueur du présent Traité;

Councils who are natives of another region and are exercising their functions at the date of the coming into force of the present Treaty, or who have gone out of office since March 1, 1919, shall also be evacuated.

The said zone shall immediately be placed under the authority of an International Commission, composed of five members, of whom three will be designated by the Principal Allied and Associated Powers; the Norwegian and Swedish Governments will each be requested to designate a member; in the event of their failing to do so, these two members will be chosen by the Principal Allied and Associated Powers.

The Commission, assisted in case of need by the necessary forces, shall have general powers of administration. In particular, it shall at once provide for filling the places of the evacuated German authorities, and if necessary shall itself give orders for their evacuation, and proceed to fill the places of such local authorities as may be required. It shall take all steps which it thinks proper to ensure the freedom, fairness, and secrecy of the vote. It shall be assisted by German and Danish technical advisers chosen by it from among the local population. Its decisions will be taken by a majority.

One half of the expenses of the Commission and of the expenditure occasioned by the plebiscite shall be paid by Germany.

2) The right to vote shall be given to all persons, without distinction of sex, who:

a) Have completed their twentieth year at the date of the coming into force of the present Treaty; and

b) Etre né dans la zone soumise au plébiscite, ou y être domicilié depuis une date antérieure au 1er janvier 1900, ou en avoir été expulsé par les autorités allemandes sans y avoir gardé son domicile.

Chacun votera dans la commune où il est domicilié ou dont il est originaire.

Les militaires, officiers, sous-officiers et soldats de l'armée allemande, qui sont originaires de la zone du Slesvig soumise au plébiscite, devront être mis à même de se rendre dans le lieu dont ils sont originaires, afin d'y participer au vote.

3° Dans la section de la zone évacuée comprise au Nord d'une ligne orientée Est-Ouest (figurée par un trait rouge sur la carte N° 4 annexée au présent Traité).*)

passant au Sud de l'île d'Alsen et suivant la ligne médiane du fjord de Flensburg,

quittant le fjord à un point situé à environ 6 kilomètres au Nord de Flensburg, et suivant vers l'amont le cours du ruisseau, qui passe à Kupfermühle, jusqu'à un point au Nord de Niehuus,

passant au Nord de Pattburg et Ellund et au Sud de Fröslee pour atteindre la limite Est du cercle *(Kreis)* de Tondern, à son point de rencontre avec la limite entre les anciennes juridictions de Slogs et de Kjaer *(Slogs Herred* et *Kjaer Herred)*,

suivant cette dernière limite jusqu'au Scheidebek,

suivant vers l'aval le cours du Scheidebek (Alte Au), puis du Süder Au et du Wied Au jusqu'au coude vers le Nord de cette dernière située à environ 1,500 mètres à l'Ouest de Ruttebüll,

b) Were born in the zone in which the plebiscite is taken, or have been domiciled there since a date before January 1, 1900, or had been expelled by the German authorities without having retained their domicile there.

Every person will vote in the commune *(Gemeinde)* where he is domiciled or of which he is a native.

Military persons, officers, non-commissioned officers and soldiers of the German army, who are natives of the zone of Schleswig in which the plebiscite is taken, shall be given the opportunity to return to their native place in order to take part in the voting there.

3) In the section of the evacuated zone lying to the north of a line, from East to West (shown by a red line on map No. 4 which is annexed to the present Treaty):

passing south of the island of Alsen and following the median line of Flensburg Fjord,

leaving the fjord about 6 kilometres north of Flensburg and following the course of the stream flowing past Kupfermühle upstream to a point north of Niehuus,

passing north of Pattburg and Ellund and south of Fröslee to meet the eastern boundary of the *Kreis* of Tondern at its junction with the boundary between the old jurisdictions of Slogs and Kjær (*Slogs Herred* and *Kjær Herred*),

following the latter boundary to where it meets the Scheidebek,

following the course of the Scheidebek (Alte Au), Süder Au and Wied Au downstream successively to the point where the latter bends northwards about 1,500 metres west of Ruttebüll.

---

*) Non reproduite.

se dirigeant vers l'Ouest-Nord-Ouest pour atteindre la mer du Nord au Nord de Sieltoft,

de là, passant au Nord de l'île de Sylt,

il sera procédé au vote ci-dessus prévu, trois semaines au plus tard après l'évacuation du pays par les troupes et les autorités allemandes.

Le résultat du vote sera déterminé par la majorité des voix dans l'ensemble de cette section. Ce résultat sera immédiatement porté par la Commission à la connaissance des Principales Puissances alliées et associées et proclamé.

Si le vote est en faveur de la réintégration de ce territoire dans le royaume de Danemark, le Gouvernement danois, après entente avec la Commission, aura la faculté de le faire occuper par ses autorités militaires et administratives immédiatement après cette proclamation.

4° Dans la section de la zone évacuée située au Sud de la section précédente et au Nord de la ligne qui part de la mer Baltique à 13 kilomètres de Flensburg pour aboutir au Nord des îles d'Oland et de Langeness, il sera procédé au vote cinq semaines au plus tard après que le plébiscite aura eu lieu dans la première section.

Le résultat du vote y sera déterminé par commune *(Gemeinde)*, suivant la majorité des voix dans chaque commune.

Article 110.

En attendant d'être précisée sur le terrain, une ligne frontière sera fixée par les Principales Puissances alliées et associées, d'après un tracé

thence, in a west-north-westerly direction to meet the North Sea north of Sieltoft.

thence, passing north of the island of Sylt,

the vote above provided for shall be taken within a period not exceeding three weeks after the evacuation of the country by the German troops and authorities.

The result will be determined by the majority of votes cast in the whole of this section. This result will be immediately communicated by the Commission to the Principal Allied and Associated Powers and proclaimed.

If the vote results in favour of the reincorporation of this territory in the Kingdom of Denmark, the Danish Government in agreement with the Commission will be entitled to effect its occupation with their military and administrative authorities immediately after the proclamation.

4) In the section of the evacuated zone situated to the south of the preceding section and to the north of the line which starts from the Baltic Sea 13 kilometres from Flensburg and ends north of the islands of Oland and Langeness, the vote will be taken within a period not exceeding five weeks after the plebiscite shall have been held in the first section.

The result will be determined by communes (*Gemeinden*), in accordance with the majority of the votes cast in each commune (*Gemeinde*).

Article 110.

Pending a delimitation on the spot, a frontier line will be fixed by the Principal Allied and Associated Powers according to a line based on the result

basé sur le résultat des votes et proposé par la Commission internationale, et en tenant compte des conditions géographiques et économiques particulières des localités.

Dès ce moment, le Gouvernement danois pourra faire occuper ces territoires par les autorités civiles et militaires danoises et le Gouvernement allemand pourra réintégrer jusqu'à ladite ligne-frontière les autorités civiles et militaires allemandes qu'il avait évacuées.

L'Allemagne déclare reconcer définitivement en faveur des Principales Puissances alliées et associées à tout droit de souveraineté sur les territoires du Slesvig situés au Nord de la ligne frontière fixée comme il est dit ci-dessus. Les Principales Puissances alliées et associées remettront au Danemark lesdits territoires.

Article 111.

Une Commission, composée de sept membres, dont cinq seront nommés par les Principales Puissances alliées et associées, un par le Danemark et un par l'Allemagne, sera constituée, dans les quinze jours qui suivront la connaissance du résultat définitif du vote, pour fixer sur place le tracé de la ligne-frontière.

Les décisions seront prises à la majorité des voix et seront obligatoires pour les parties intéressées.

Article 112.

L'indigénat (droit de citoyen) danois sera acquis de plein droit à l'exclusion de la nationalité allemande à tous les habitants du territoire faisant retour au Danemark.

Toutefois, les personnes qui seraient établies sur ce territoire postérieure-

of the voting, and proposed by the International Commission, and taking into account the particular geographical and economic conditions of the localities in question.

From that time the Danish Government may effect the occupation of these territories with the Danish civil and military authorities, and the German Government may reinstate up to the said frontier line the German civil and military authorities whom it has evacuated.

Germany hereby renounces definitively in favour of the Principal Allied and Associated Powers all rights of sovereignty over the territories situated to the north of the frontier line fixed in accordance with the above provisions. The principal Allied and Associated Powers will hand over the said territories to Denmark.

Article 111.

A Commission composed of seven members, five of whom shall be nominated by the Principal Allied and Associated Powers, one by Denmark, and one by Germany, shall be constituted within fifteen days from the date when the final result of the vote is known, to trace the frontier line on the spot.

The decisions of the Commission will be taken by a majority of votes and shall be binding on the parties concerned.

Article 112.

All the inhabitants of the territory which is returned to Denmark will acquire Danish nationality *ipso facto*, and will lose their German nationality.

Persons, however, who had become habitually resident in this territory

ment au 1er octobre 1918, ne pourront acquérir l'indigénat danois que moyennant une autorisation du Gouvernement danois.

Article 113.

Dans un délai de deux ans, à partir du jour où la souveraineté sur tout ou partie des territoires soumis au plébiscite aura fait retour au Danemark:

Toute personne, âgée de plus de 18 ans, née dans les territoires faisant retour au Danemark, non domiciliée dans cette region et ayant la nationalité allemande, aura la faculté d'opter pour le Danemark;

Toute personne, âgée de plus de 18 ans, domiciliée sur les territoires faisant retour au Danemark, aura la faculté d'opter pour l'Allemagne.

L'option du mari entraînera celle de la femme et l'option des parents entraînera celle de leurs enfants âgés de moins de dix-huit ans.

Les personnes ayant exercé le droit d'option ci-dessus prévu devront, dans les douze mois qui suivront, transporter leur domicile dans l'Etat en faveur duquel elles auront opté.

Elles seront libres de conserver les biens immobiliers qu'elles possèdent sur le territoire de l'autre Etat, où elles auraient eu leur domicile antérieurement à l'option. Elles pourront emporter leurs biens meubles de toute nature. Il ne leur sera imposé de ce chef aucun droit, soit de sortie, soit d'entrée.

Article 114.

La proportion et la nature des charges financières ou autres de l'Allemagne ou de la Prusse, que le Danemark aura à supporter, seront fixées conformément à l'article 254 de la

after October 1, 1918, will not be able to acquire Danish nationality without permission from the Danish Government.

Article 113.

Within two years from the date on which the sovereignty over the whole or part of the territory of Schleswig subjected to the plebiscite is restored to Denmark:

Any person over 18 years of age, born in the territory restored to Denmark, not habitually resident in this region, and possessing German nationality, will be entitled to opt for Denmark;

Any person over 18 years of age habitually resident in the territory restored to Denmark will be entitled to opt for Germany.

Option by a husband will cover his wife and option by parents will cover their children less than 18 years of age.

Persons who have exercised the above right to opt must within the ensuing twelve months transfer their place of residence to the State in favour of which they have opted.

They will be entitled to retain the immovable property which they own in the territory of the other State in which they were habitually resident before opting. They may carry with them their movable property of every description. No export or import duties may be imposed upon them in connection with the removal of such property.

Article 114.

The proportion and nature of the financial or other obligations of Germany and Prussia which are to be assumed by Denmark will be fixed in accordance with Article 254 of Part IX

Partie IX (Clauses financières) du présent Traité.

Des stipulations particulières décideront toutes autres questions naissant de la remise qui sera faite au Danemark de tout ou partie du territoire dont le Traité du 30 octobre 1864*) lui avait imposé l'abandon.

Section XIII.

Héligoland.

Article 115.

Les fortifications, les établissements militaires, les ports des îles d'Héligoland et de Dune, seront détruits sous le contrôle des Principaux Gouvernements alliés, par les soins et aux frais du Gouvernement allemand, dans le délai qui sera fixé par lesdits Gouvernements.

Par „ports" on devra comprendre le môle Nord-Est, le mur de l'Ouest, les brise-lames extérieurs et intérieurs, les terrains gagnés sur la mer à l'intérieur de ces brise-lames, ainsi que tous les travaux, fortifications et constructions d'ordre naval et militaire, achevés ou en cours, à l'intérieur des lignes joignant les positions ci-dessous, portées sur la carte n° 126 de l'Amirauté britannique du 19 avril 1918:

a) latitude, 54° 10′ 49″ N.;
longitude, 7° 53′ 39″ E.;
b) latitude, 54° 10′ 35″ N.;
longitude, 7° 54′ 18″ E.;
c) latitude, 54° 10′ 14″ N.;
longitude, 7° 54′ 00″ E.;
d) latitude, 54° 10′ 17″ N.;
longitude, 7° 53′ 37″ E.;
e) latitude, 54° 10′ 44″ N.;
longitude, 7° 53′ 26″ E.

L'Allemagne ne devra reconstruire ni ces fortifications ni ces établisse-

(Financial Clauses) of the present Treaty.

Further stipulations will determine any other questions arising out of the transfer to Denmark of the whole or part of the territory of which she was deprived by the Treaty of October 30, 1864.*)

Section XIII.

Heligoland.

Article 115.

The fortifications, military establishments, and harbours of the Islands of Heligoland and Dune shall be destroyed under the supervision of the Principal Allied Governments by German labour and at the expense of Germany within a period to be determined by the said Governments.

The term „harbours" shall include the north-east mole, the west wall, the outer and inner breakwaters and reclaimed land within them, and all naval and military works, fortifications and buildings, constructed or under construction, between lines connecting the following positions taken from the British Admiralty chart No. 126 of April 19, 1918:

a) latitude 54° 10′ 49″ N.;
longitude 7° 53′ 39″ E.;
b) latitude 54° 10′ 35″ N.;
longitude 7° 54′ 18″ E.;
c) latitude 54° 10′ 14″ N.;
longitude 7° 54′ 00″ E.;
d) latitude 54° 10′ 17″ N.;
longitude 7° 53′ 37″ E.;
e) latitude 54° 10′ 44″ N.;
longitude 7° 53′ 26″ E.

These fortifications, military establishments and harbours shall not be

*) V. **N. R. G.** XVII. 2, p. 474, 485.

ments militaires, ni ces ports, ni aucun ouvrage analogue.

Section XIV.

Russie et Etats russes.

Article 116.

L'Allemagne reconnait et s'engage à respecter, comme permanente et inaliénable, l'indépendance de tous les territoires qui faisaient partie de l'ancien Empire de Russie au 1er août 1914.

Conformément aux dispositions insérées aux articles 259 et 292 des Parties IX (Clauses financières) et X (Clauses économiques) du présent Traité, l'Allemagne reconnaît définitivement l'annulation des Traités de Brest-Litovsk,*) ainsi que de tous autres traités, accords ou conventions passés par elle avec le Gouvernement Maximaliste en Russie.

Les Puissances alliées et associées réservent expressément les droits de la Russie à obtenir de l'Allemagne toutes restitutions et réparations basées sur les principes du présent Traité.

Article 117.

L'Allemagne s'engage à reconnaître la pleine valeur de tous les traités ou arrangements que les Puissances alliées et associées passeraient avec les Etats qui se sont constitués ou se constitueront sur tout ou partie des territoires de l'ancien Empire de Russie, tel qu'il existait au 1er août 1914, et à reconnaître les frontières de ces Etats, telles qu'elles seront ainsi fixées.

Partie IV.

Droits et intérêts allemands hors de l'Allemagne.

Article 118.

Hors de ses limites en Europe, telles qu'elles sont fixées par le présent

reconstructed nor shall any similar works be constructed in future.

Section XIV.

Russia and Russian States.

Article 116.

Germany acknowledges and agrees to respect as permanent and inalienable the independence of all the territories which were part of the former Russian Empire on August 1, 1914.

In accordance with the provisions of Article 259 of Part IX (Financial Clauses) and Article 292 of Part X (Economic Clauses) Germany accepts definitely the abrogation of the Brest-Litovsk Treaties*) and of all other treaties, conventions and agreements entered into by her with the Maximalist Government in Russia.

The Allied and Associated Powers formally reserve the rights of Russia to obtain from Germany restitution and reparation based on the principles of the present Treaty.

Article 117.

Germany undertakes to recognize the full force of all treaties or agreements which may be entered into by the Allied and Associated Powers with States now existing or coming into existence in future in the whohle or part of the former Empire of Russia as it existed on August 1, 1914, and to recognize the frontiers of any such States as determined therein.

Part IV.

German rights and interests outside Germany.

Article 118.

In territory outside her European frontiers as fixed by the present Treaty,

*) V. **N. R. G.** 3. s. X, p. 773, 797, 811, 818, 825.

Traité, l'Allemagne renonce à tous droits, titres ou privilèges quelconques sur ou concernant tous territoires lui appartenant, à elle ou à ses alliés, ainsi qu'à tous droits, titres ou privilèges ayant pu, à quelque titre que ce soit, lui appartenir vis-à-vis des Puissances alliées et associées.

L'Allemagne s'engage dès à present à reconnaitre et à agréer les mesures qui sont ou seront prises par les Principales Puissances alliées et associées, d'accord, s'il y a lieu, avec les tierces Puissances, en vue de régler les consequences de la disposition qui précède.

Spécialement, l'Allemagne déclare agréer les stipulations des articles ci-après, relatifs à certaines matières particulières.

Section I.

Colonies Allemandes.

Article 119.

L'Allemagne renonce, en faveur des Principales Puissances alliees et associées, à tous ses droits et titres sur ses possessions d'outre-mer.

Article 120.

Tous droits mobiliers et immobiliers appartenant dans ces territoires à l'Empire allemand ou à un Etat allemand quelconque, passeront au Gouvernement exerçant l'autorite sur ces territoires, dans les conditions fixées dans l'article 257 de la Partie IX (Clauses financières) du present Traité. Si des contestations venaient à s'elever sur la nature de ces droits, elles seraient jugées souverainement par les tribunaux locaux.

Article 121.

Les dispositions des Sections I et IV de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité seront applicables

Germany renounces all rights, titles and privileges whatever in or over territory which belonged to her or to her allies, and all rights, titles and privileges whatever their origin which she held as against the Allied and Associated Powers.

Germany hereby undertakes to recognise and to conform to the measures which may be taken now or in the future by the Principal Allied and Associated Powers, in agreement where necessary with third Powers, in order to carry the above stipulation into effect.

In particular Germany declares her acceptance of the following Articles relating to certain special subjects.

Section I.

German Colonies.

Article 119.

Germany renounces in favour of the Principal Allied and Associated Powers all her rights and titles over her overseas possessions.

Article 120.

All movable and immovable property in such territories belonging to the German Empire or to any German State shall pass to the Government exercising authority over such territories, on the terms laid down in Article 257 of Part IX (Financial Clauses) of the present Treaty. The decision of the local courts in any dispute as to the nature of such property shall be final.

Article 121.

The provisions of Section I and IV of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty shall apply in the

en ce qui concerne ces territoires, quelle que soit la forme de gouvernement adoptée pour ces territoires.

Article 122.

Le Gouvernement exerçant l'autorité sur ces territoires pourra prendre telles dispositions qu'il jugera nécessaires, en ce qui concerne le rapatriement des nationaux allemands qui s'y trouvent et les conditions dans lesquelles les sujets allemands d'origine européenne seront, ou non, autorisés à y résider, y posséder, y faire le commerce ou y exercer une profession.

Article 123.

Les dispositions de l'article 260 de la Partie IX (Clauses financières) du présent Traité s'appliqueront aux conventions passées avec des nationaux allemands pour l'exécution ou l'exploitation des travaux publics dans les possessions allemandes d'outre-mer, ainsi qu'aux sous-concessions ou marchés passés avec lesdits nationaux en conséquence de ces conventions.

Article 124.

L'Allemagne prend à sa charge, suivant l'évaluation qui sera présentée par le Gouvernement français et approuvée par la Commission des réparations, la réparation des dommages subis par les ressortissants français dans la colonie du Cameroun ou dans la zone frontière du fait des actes des autorités civiles et militaires allemandes et des particuliers allemands pendant la période qui s'étend du 1er janvier 1900 au 1er août 1914.

Article 125.

L'Allemagne renonce à tous droits issus des Conventions et Arrangements passés avec la France le 4 novembre 1911*) et

case of these territories whatever be the form of Government adopted for them.

Article 122.

The Government exercising authority over such territories may make such provisions as it thinks fit with reference to the repatriation from them of German nationals and to the conditions upon which German subjects of European origin shall, or shall not, be allowed to reside, hold property, trade or exercise a profession in them.

Article 123.

The provisions of Article 260 of Part IX (Financial Clauses) of the present Treaty shall apply in the case of all agreements concluded with German nationals for the construction or exploitation of public works in the German oversea possessions, as well as any sub-concessions or contracts resulting therefrom which may have been made to or with such nationals.

Article 124.

Germany hereby undertakes to pay, in accordance with the estimate to be presented by the French Government and approved by the Reparation Commission, reparation for damage suffered by French nationals in the Cameroons or the frontier zone by reason of the acts of the German civil and military authorities and of German private individuals during the period from January 1, 1900, to August 1, 1914.

Article 125.

Germany renounces all rights under the Conventions and Agreements with France of November 4, 1911,*) and

*) V. **N. R. G.** 3. s. V, p. 651.

le 28 septembre 1912*) relativement à l'Afrique équatoriale. Elle s'engage à verser au Gouvernement français, suivant l'évaluation qui sera présentée par ce Gouvernement et approuvée par la Commission des réparations, tous les cautionnements, ouvertures de compte, avances, etc., réalisés en vertu de ces actes au profit de l'Allemagne.

Article 126.

L'Allemagne s'engage à reconnaître et agréer les conventions passées ou à passer par les Puissances alliées ou associées ou certaines d'entre elles avec toute autre Puissance, relativement au commerce des armes et des spiritueux ainsi qu'aux autres matières traitées dans les Actes généraux de Berlin du 26 février 1885**) et de Bruxelles du 2 juillet 1890†) et les conventions qui les ont complétées ou modifiées.

Article 127.

Les indigènes habitant les anciennes possessions allemandes d'outre-mer auront droit à la protection diplomatique du Gouvernement qui exercera l'autorité sur ces territoires.

Section II.

Chine.

Article 128.

L'Allemagne renonce, en faveur de la Chine, à tous privilèges et avantages résultant des dispositions du Protocole final signé à Pékin le 7 septembre 1901,††) ensemble tous annexes, notes et documents complémentaires. Elle renonce également en faveur de la Chine, à toute reclamation

September 28, 1912,*) relating to Equatorial Africa. She undertakes to pay to the French Government, in accordance with the estimate to be presented by that Government and approved by the Reparation Commission, all the deposits, credits, advances, etc., effected by virtue of these instruments in favour of Germany.

Article 126.

Germany undertakes to accept and observe the agreements made or to be made by the Allied and Associated Powers or some of them with any other Power with regard to the trade in arms and spirits, and to the matters dealt with in the General Act of Berlin of February 26, 1885,**) the General Act of Brussels of July 2, 1890†) and the conventions completing or modifying the same.

Article 127.

The native inhabitants of the former German oversea possessions shall be entitled to the diplomatic protection of the Governments exercising authority over those territories.

Section II.

China.

Article 128.

Germany renounces in favour of China all benefits and privileges resulting from the provisions of the final Protocol signed at Peking on September 7, 1901,††) and from all annexes, notes and documents supplementary thereto. She likewise renounces in favour of China any claim

*) V. **N. R. G.** 3. s. VII, p. 135. **) V. **N. R. G.** 2. s. X, p. 414.
†) V. **N. R. G.** 2. s. XVI, p. 3; XVII, p. 345.
††) V. **N. R. G.** 2. s. XXXII, p. 94; 3. s. VI, p. 688.

d'indemnité en vertu dudit protocole postérieurement au 14 mars 1917.

Article 129.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes appliqueront, chacune en ce qui la concerne:

1° L'Arrangement du 29 août 1902 relatif aux nouveaux tarifs douaniers chinois;

2° L'Arrangement du 27 septembre 1905 relatif à Whang-Poo*) et l'Arrangement provisoire complémentaire du 4 avril 1912.

Toutefois, la Chine ne sera plus tenue d'accorder à l'Allemagne les avantages ou privilèges qu'elle lui a consentis dans ces Arrangements.

Article 130.

Sous réserve des dispositions de la Section VIII de la présente Partie, l'Allemagne cède à la Chine tous les bâtiments, quais et appontements, casernes, forts, armes et munitions de guerre, navires de toutes sortes, installations de télégraphie sans fil et autres propriétés publiques, appartenant au Gouvernement allemand, qui sont situés ou qui peuvent se trouver dans les concessions allemandes à Tien-Tsin et à Han-Kéou ou dans les autres parties du territoire chinois.

Il est entendu, toutefois, que les bâtiments employés comme résidences ou bureaux diplomatiques ou consulaires ne sont pas compris dans la cession ci-dessus; en outre, aucune mesure ne sera prise par le Gouvernement chinois pour disposer des propriétés publiques ou privées allemandes situées à Pékin dans le quartier dit des Légations, sans le consentement des Représentants diplomatiques

to indemnities accruing thereunder subsequent to March 14, 1917.

Article 129.

From the coming into force of the present Treaty the High Contracting Parties shall apply, in so far as concerns them respectively:

1) The Arrangement of August 29, 1902, regarding the new Chinese customs tariff;

2) The Arrangement of September 27, 1905, regarding Whang-Poo.*) and the provisional supplementary Arrangement of April 4, 1912.

China, however, will no longer be bound to grant to Germany the advantages or privileges which she allowed Germany under these Arrangements.

Article 130.

Subject to the provisions of Section VIII of this Part, Germany cedes to China all the buildings, wharves and pontoons, barracks, forts, arms and munitions of war, vessels of all kinds, wireless telegraphy installations and other public property belonging to the German Government, which are situated or may be in the German Concessions at Tientsin and Hankow or elsewhere in Chinese territory.

It is understood, however, that premises used as diplomatic or consular residences or offices are not included in the above cession, and, furthermore, that no steps shall be taken by the Chinese Government to dispose of the German public and private property situated within the so-called Legation Quarter at Peking without the consent of the Diplomatic Representatives of the Powers which, on

*) V. **N. R. G.** 3. s. VI, p. 685.

des Puissances qui, à la mise en vigueur du présent Traité, restent parties au Protocole final du 7 septembre 1901.

Article 131.

L'Allemagne s'engage à rendre à la Chine, dans un délai de douze mois à partir de la mise en vigueur du présent Traité, tous les instruments astronomiques que ses troupes ont, en 1900—1901, enlevés de Chine. L'Allemagne s'engage également à payer toutes les dépenses qui pourront advenir pour effectuer cette restitution, y compris les dépenses pour les démonter, emballer, transporter, réinstaller à Pékin et couvrir les assurances.

Article 132.

L'Allemagne accepte l'abrogation des contrats obtenus du Gouvernement chinois, en vertu desquels les concessions allemandes à Han-Kéou et à Tien-Tsin sont actuellement tenues.

La Chine, remise en possession du plein exercice de ses droits souverains sur lesdits terrains, déclare son intention de les ouvrir à l'usage de résidence internationale et du commerce. Elle déclare que l'abrogation des contrats, en vertu desquels ces concessions sont actuellement tenues, ne doit pas affecter les droits de propriété des ressortissants des Puissances alliées et associées, détenteurs de lots dans ces concessions.

Article 133.

L'Allemagne renonce à toute réclamation contre le Gouvernement chinois ou contre tout Gouvernement allié ou associé, en raison de l'internement en Chine de ressortissants allemands et de leur rapatriement. Elle renonce également à toute réclamation en raison de la saisie des navires allemands en

the coming into force of the present Treaty, remain Parties to the Final Protocol of September 7, 1901.

Article 131.

Germany undertakes to restore to China within twelve months from the coming into force of the present Treaty all the astronomical instruments which her troops in 1900—1901 carried away from China, and to defray all expenses which may be incurred in effecting such restoration, including the expenses of dismounting, packing, transporting, insurance and installation in Peking.

Article 132.

Germany agrees to the abrogation of the leases from the Chinese Government under which the German Concessions at Hankow and Tientsin are now held.

China, restored to the full exercise of her sovereign rights in the above areas, declares her intention of opening them to international residence and trade. She further declares that the abrogation of the leases under which these concessions are now held shall not affect the property rights of nationals of Allied and Associated Powers who are holders of lots in these concessions.

Article 133.

Germany waives all claims against the Chinese Government or against any Allied or Associated Government arising out of the internment of German nationals in China and their repatriation. She equally renounces all claims arising out of the capture and condemnation of German ships in China, or the

Chine, de la liquidation, de la mise sous séquestre, la disposition ou la mainmise sur les propriétés, droits et intérêts allemands dans ce pays depuis le 14 août 1917. Cette disposition toutefois ne doit pas affecter les droits des parties intéressées dans les produits d'aucune de ces liquidations, ces droits étant réglés par les dispositions de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

liquidation, sequestration or control of German properties, rights and interests in that country since August 14, 1917. This provision, however, shall not affect the rights of the parties interested in the proceeds of any such liquidation, which shall be governed by the provisions of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty.

Article 134.

L'Allemagne renonce en faveur du Gouvernement de Sa Majesté Britannique aux biens de l'Etat allemand dans la concession britannique de Shameen, à Canton. Elle renonce en faveur des Gouvernements français et chinois conjointement, à la propriété de l'Ecole allemande située sur la concession française de Shanghaï.

Article 134.

Germany renounces in favour of the Government of His Britannic Majesty the German State property in the British Concession at Shameen at Canton. She renounces in favour of the French and Chinese Governments conjointly the property of the German school situated in the French Concession at Shanghai.

Section III.

Siam.

Article 135.

L'Allemagne reconnaît comme caducs, depuis le 22 juillet 1917, tous traités, conventions ou accords passés par elle avec le Siam, ensemble les droits, titres ou privilèges pouvant en résulter, ainsi qu'à tout droit de juridiction consulaire au Siam.

Section III.

Siam.

Article 135.

Germany recognises that all treaties, conventions and agreements between her and Siam, and all rights, title and privileges derived therefrom, including all rights of extraterritorial jurisdiction, terminated as from July 22, 1917.

Article 136.

Tous biens et propriétés de l'Empire ou des Etats allemands au Siam, à l'exception des bâtiments employés comme résidences ou bureaux diplomatiques ou consulaires, seront acquis de plein droit au Gouvernement siamois, sans indemnité.

Les biens, propriétés et droits privés des ressortissants allemands au Siam seront traités conformément aux stipulations de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

Article 136.

All goods and property in Siam belonging to the German Empire or to any German State, with the exception of premises used as diplomatic or consular residences or offices, pass *ipso facto* and without compensation to the Siamese Government.

The goods, property and private rights of German nationals in Siam shall be dealt with in accordance with the provisions of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty.

Article 137.

L'Allemagne renonce à toute réclamation, pour elle ou ses nationaux, contre le Gouvernement siamois relativement à la saisie des navires allemands, à la liquidation des biens allemands ou à l'internement des ressortissants allemands au Siam. Cette disposition ne doit pas affecter les droits des parties intéressées dans le produit d'aucune de ces liquidations, ces droits étant réglés par les dispositions de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

Section IV.

Liberia.

Article 138.

L'Allemagne renonce à tous droits et privilèges résultant des arrangements de 1911 et 1912 concernant le Liberia, et en particulier au droit de nommer un receveur des douanes allemand en Liberia.

Elle déclare, en outre, renoncer à toute demande de participer, en quoi que ce soit, aux mesures qui pourraient être adoptées pour la reconstitution du Liberia.

Article 139.

L'Allemagne reconnaît comme caducs, à dater du 4 août 1917, tous les traités et arrangements conclus par elle avec le Liberia.

Article 140.

Les biens, droits et intérêts appartenant en Liberia à des Allemands, seront régles conformément à la Partie X (Clauses économiques) du present Traité.

Section V.

Maroc.

Article 141.

L'Allemagne renonce à tous droits, titres ou privilèges résultant à son

Article 137.

Germany waives all claims against the Siamese Government on behalf of herself or her nationals arising out of the seizure or condemnation of German ships, the liquidation of German property, or the internment of German nationals in Siam. This provision shall not affect the rights of the parties interested in the proceeds of any such liquidation, which shall be governed by the provisions of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty.

Section IV.

Liberia.

Article 138.

Germany renounces all rights and privileges arising from the arrangements of 1911 and 1912 regarding Liberia, and particularly the right to nominate a German Receiver of Customs in Liberia.

She further renounces all claim to participate in any measures whatsoever which may be adopted for the rehabilitation of Liberia.

Article 139.

Germany recognizes that all treaties and arrangements between her and Liberia terminated as from August 4, 1917.

Article 140.

The property, rights and interests of Germans in Liberia shall be dealt with in accordance with Part X (Economic Clauses) of the present Treaty.

Section V.

Morocco.

Article 141.

Germany renounces all rights, titles and privileges conferred on her by the

profit de l'Acte général d'Algésiras du 7 avril 1906,*) des Accords franco-allemands du 9 février 1909**) et du 4 novembre 1911.***) Tous les traités, accords, arrangements ou contrats passés par elle avec l'Empire chérifien sont tenus pour abrogés depuis le 3 août 1914.

En aucun cas, l'Allemagne ne pourra se prévaloir de ces actes et elle s'engage à n'intervenir, en aucune façon, dans les négociations qui pourront avoir lieu entre la France et les autres Puissances relativement au Maroc.

Article 142.

L'Allemagne déclare accepter toutes les conséquences de l'établissement, reconnu par elle, du protectorat de la France au Maroc et renoncer au régime des capitulations au Maroc.

Cette renonciation prendra date du 3 août 1914.

Article 143.

Le Gouvernement chérifien aura une entière liberté d'action pour régler le statut et les conditions de l'établissement des ressortissants allemands au Maroc.

Les protégés allemands, les censaux et les associés agricoles allemands seront considérés comme ayant cessé, à partir du 3 août 1914, de jouir des privilèges attachés à ces qualités pour être soumis au droit commun.

Article 144.

Tous les biens et propriétés de l'Empire et des Etats allemands dans l'Empire chérifien passent de plein droit au Maghzen, sans aucune indemnité.

General Act of Algeciras of April 7, 1906,*) and by the Franco-German Agreements of February 9, 1909**) and November 4, 1911.***) All treaties, agreements, arrangements and contracts concluded by her with the Sherifian Empire are regarded as abrogated as from August 3, 1914.

In no case can Germany take advantage of these instruments and she undertakes not to intervene in any way in negotiations relating to Morocco which may take place between France and the other Powers.

Article 142.

Germany having recognized the French Protectorate in Morocco, hereby accepts all the consequences of its establishment, and she renounces the régime of the capitulations therein.

This renunciation shall take effect as from August 3, 1914.

Article 143.

The Sherifian Government shall have complete liberty of action in regulating the status of German nationals in Morocco and the conditions in which they may establish themselves there.

German protected persons, semsars and „associés agricoles" shall be considered as having ceased, as from August 3, 1914, to enjoy the privileges attached to their status and shall be subject to the ordinary law.

Article 144.

All property and possession in the Sherifian Empire of the German Empire and the German States pass to the Maghzen without payment.

---

*) V. **N. R. G.** 2. s. XXXIV, p. 238.
) V. **N. R. G. 3. s. II, p. 30.
***) V. **N. R. G.** 3. s. V, p. 643.

A cet égard, les biens et propriétés de l'Empire et des Etats allemands seront considérés comme comprenant toutes les propriétés de la Couronne, de l'Empire et des Etats allemands, ainsi que les biens privés de l'ex-empereur d'Allemagne et des autres personnes royales.

For this purpose, the property and possessions of the German Empire and the States shall be deemed to include all the property of the Crown, the Empire or the States, and the private property of the former German Emperor and other Royal personages.

Tous les biens, meubles et immeubles appartenant, dans l'Empire chérifien, à des ressortissants allemands seront traités conformément aux Sections III et IV de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

All movable and immovable property in the Sherifian Empire belonging to German nationals shall be dealt with in accordance with Sections III and IV of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty.

Les droits miniers qui seraient reconnus à des ressortissants allemands par le Tribunal arbitral institué en vertu du règlement minier marocain, seront l'objet d'une estimation pécuniaire qui sera demandée à l'arbitre; ces droits suivront ensuite le sort des biens appartenant au Maroc à des ressortissants allemands.

Mining rights which may be recognised as belonging to German nationals by the Court of Arbitration set up under the Moroccan Mining Regulations shall form the subject of a valuation, which the arbitrators shall be requested to make, and these rights shall then be treated in the same way as property in Morocco belonging to German nationals.

Article 145.

Le Gouvernement allemand assurera le transfert, à la personne qui sera désignée par le Gouvernement français, des actions qui représentent la part de l'Allemagne dans le capital de la Banque d'Etat du Maroc. La valeur de ces actions, indiquée par la Commission des Réparations, sera payée à cette Commission pour être portée au crédit de l'Allemagne dans le compte des sommes dues pour réparations. Il appartiendra au Gouvernement allemand d'indemniser de ce chef ses ressortissants.

Article 145.

The German Government shall ensure the transfer to a person nominated by the French Government of the shares representing Germany's portion of the capital of the State Bank of Morocco. The value of these shares, as assessed by the Reparation Commission, shall be paid to the Reparation Commission for the credit of Germany on account of the sums due for reparation. The German Government shall be responsible for indemnifying its nationals so dispossessed.

Ce transfert aura lieu sans préjudice du remboursement des dettes que les ressortissants allemands auraient contractées envers la Banque d'Etat du Maroc.

This transfer will take place without prejudice to the repayment of debts which German nationals may have contracted towards the State Bank of Morocco.

Article 146.

Les marchandises marocaines bénéficieront à l'entrée en Allemagne du régime appliqué aux marchandises françaises.

Section VI.

Egypte.

Article 147.

L'Allemagne déclare reconnaître le protectorat proclamé sur l'Egypte par la Grande-Bretagne le 18 décembre 1914 et renoncer au régime des capitulations en Egypte.

Cette renonciation prendra date du 4 août 1914.

Article 148.

Tous les traités, accords, arrangements ou contrats passés par l'Allemagne avec l'Egypte, sont tenus pour abrogés depuis le 4 août 1914.

En aucun cas, l'Allemagne ne pourra se prévaloir de ces actes et elle s'engage à n'intervenir en aucune façon dans les négociations qui pourront avoir lieu entre la Grande-Bretagne et les autres Puissances relativement à l'Egypte.

Article 149.

Jusqu'à la mise en vigueur d'une législation égyptienne d'organisation judiciaire, constituant des cours de complète juridiction, il sera pourvu, par voie de décrets par Sa Hautesse le Sultan, à l'exercice de la juridiction sur les ressortissants allemands et sur les propriétés par les tribunaux consulaires britanniques.

Article 150.

Le Gouvernement égyptien aura une entière liberté d'action pour régler le statut et les conditions de l'établissement des ressortissants allemands en Egypte.

Article 146.

Moroccan goods entering Germany shall enjoy the treatment accorded to French goods.

Section VI.

Egypt.

Article 147.

Germany declares that she recognises the Protectorate proclaimed over Egypt by Great Britain on December 18, 1914, and that she renounces the régime of the Capitulations in Egypt.

This renunciation shall take effect as from August 4, 1914.

Article 148.

All treaties, agreements, arrangements and contracts concluded by Germany with Egypt are regarded as abrogated as from August 4, 1911.

In no case can Germany avail herself of these instruments and she undertakes not to intervene in any way in negotiations relating to Egypt which may take place between Great Britain and the other Powers.

Article 149.

Until an Egyptian law of judicial organization establishing courts with universal jurisdiction comes into force, provision shall be made, by means of decrees issued by His Highnees the Sultan for the exercise of jurisdiction over German nationals and property by the British Consular Tribunals.

Article 150.

The Egyptian Government shall have complete liberty of action in regulating the status of German nationals and the conditions under which they may establish themselves in Egypt.

Article 151.

L'Allemagne donne son agrément à l'abrogation ou aux modifications, jugées désirables par le Gouvernement égyptien, du décret rendu par Son Altesse le Khédive le 28 novembre 1904 relativement à la Commission de la Dette Publique égyptienne.

Article 152.

L'Allemagne consent, en ce qui la concerne, au transfert au Gouvernement de Sa Majesté britannique des pouvoirs conférés à Sa Majesté impériale le Sultan par la Convention signée à Constantinople le 29 octobre 1888 relativement à la libre navigation du Canal de Suez.*)

Elle renonce à toute participation au Conseil sanitaire, maritime et quarantenaire d'Egypte et consent, en ce qui la concerne, au transfert aux autorités égyptiennes des pouvoirs de ce Conseil.

Article 153.

Tous les biens et propriétes de l'Empire allemand et des Etats allemands en Egypte passent de plein droit au Gouvernement égyptien, sans aucune indemnité.

A cet égard, les biens et propriétés de l'Empire et des Etats allemands seront considérés comme comprenant toutes les propriétes de la Couronne, de l'Empire et des Etats allemands, ainsi que les biens privés de l'ex-empereur d'Allemagne et des autres personnes royales.

Tous les biens meubles et immeubles appartenant, en Egypte, à des ressortissants allemands seront traités conformément aux Sections III et IV de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

Article 151.

Germany consents to the abrogation of the decree issued by His Highness the Khedive on November 28, 1904, relating to the Commission of the Egyptian Public Debt, or to such changes as the Egyptian Government may think it desirable to make therein.

Artikel 152.

Germany consents, in so far as she is concerned, to the transfer to His Britannic Majesty's Government of the powers conferred on His Imperial Majesty the Sultan by the Convention signed at Constantinople on October 29, 1888, relating to the free navigation of the Suez Canal.*)

She renounces all participation in the Sanitary, Maritime, and Quarantine Board of Egypt and consents, in so far as she is concerned, to the transfer to the Egyptian Authorities of the powers of that Board.

Article 153.

All property and possessions in Egypt of the German Empire and the German States pass to the Egyptian Government without payment.

For this purpose, the property and possessions of the German Empire and States shall be deemed to include all the property of the Crown, the Empire or the States, and the private property of the former German Emperor and other Royal personages.

All movable and immovable property in Egypt belonging to German nationals shall be dealt with in accordance with Section III and IV of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty.

*) V. **N. R. G.** 2. s. XV, p. 557.

Article 154.

Les marchandises égyptiennes bénéficieront, à l'entrée en Allemagne, du régime appliqué aux marchandises britanniques.

Section VII.

Turquie et Bulgarie.

Article 155.

L'Allemagne s'engage à reconnaître et à agréer tous arrangements que les Puissances alliées et associées passeront avec la Turquie et la Bulgarie relativement aux droits, intérêts et privilèges quelconques, auxquels l'Allemagne ou les ressortissants allemands pourraient prétendre en Turquie et en Bulgarie et qui ne sont pas l'objet de dispositions du présent Traité.

Section VIII.

Chantoung.

Article 156.

L'Allemagne renonce, en faveur du Japon, à tous ses droits, titres et privilèges — concernant notamment le territoire de Kiao-Tchéou, les chemins de fer, les mines et les câbles sous-marins — qu'elle a acquis, en vertu du Traité passé par elle avec la Chine, le 6 mars 1898,*) et de tous autres actes concernant la province du Chantoung.

Tous les droits allemands dans le chemin de fer de Tsingtao à Tsinanfou, y compris ses embranchements, ensemble ses dépendances de toute nature, gares, magasins, matériel fixe et roulant, mines, établissements et matériel d'exploitation des mines, sont et demeurent acquis au Japon, avec tous les droits et privilèges qui s'y rattachent.

Article 154.

Egyptian goods entering Germany shall enjoy the treatment accorded to British goods.

Section VII.

Turkey and Bulgaria.

Article 155.

Germany undertakes to recognise and accept all arrangements which the Allied and Associated Powers may make with Turkey and Bulgaria with reference to any rights, interests and privileges whatever which might be claimed by Germany or her nationals in Turkey and Bulgaria and which are not dealt with in the provisions of the present Treaty.

Section VIII.

Shantung.

Article 156.

Germany renounces, in favour of Japan, all her rights, title and privileges—particularly those concerning the territory of Kiaochow, railways, mines and submarine cables—which she acquired in virtue of the Treaty concluded by her with China on March 6, 1898,*) and of all other arrangements relative to the Province of Shantung.

All German rights in the Tsingtao-Tsinanfu Railway, including its branch lines, together with its subsidiary property of all kinds, stations, shops, fixed and rolling stock, mines, plant and material for the exploitation of the mines, are and remain acquired by Japan, together with all rights and privileges attaching thereto.

*) V. **N. R. G.** 2. s. XXX, p. 326.

Les câbles sous-marins de l'Etat allemand, de Tsingtao à Shanghaï et de Tsingtao à Tchéfou, avec tous les droits, privilèges et propriétés qui s'y rattachent, restent également acquis au Japon, francs et quittes de toutes charges.

Article 157.

Les droits mobiliers et immobiliers que l'Etat allemand possède dans le territoire de Kiao-Tchéou, ainsi que tous les droits qu'il pourrait faire valoir par suite de travaux ou aménagements exécutés ou de dépenses engagées par lui, directement ou indirectement, et concernant ce territoire, sont et demeurent acquis au Japon, francs et quittes de toutes charges.

Article 158.

L'Allemagne remettra au Japon, dans les trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, les archives, registres, plans, titres et documents de toute nature concernant les administrations civile, militaire, financière, judiciaire ou autres, du territoire de Kiao-Tchéou, à quelque endroit qu'ils se trouvent.

Dans le même délai, l'Allemagne notifiera au Japon tous les traités, arrangements ou contrats concernant les droits, titres ou privilèges visés aux deux articles ci-dessus.

Partie V.

Clauses militaires, navales et aériennes.

En vue de rendre possible la préparation d'une limitation générale des armements de toutes les nations, l'Allemagne s'engage à observer strictement les clauses militaires, navales et aériennes ci-après stipulées.

The German State submarine cables from Tsingtao to Shanghai and from Tsingtao to Chefoo, with all the rights, privileges and properties attaching thereto, are similarly acquired by Japan, free and clear of all charges and encumbrances.

Article 157.

The movable and immovable property owned by the German State in the territory of Kiaochow, as well as all the rights which Germany might claim in consequence of the works or improvements made or of the expenses incurred by her, directly or indirectly, in connection with this territory, are and remain acquired by Japan, free and clear of all charges and encumbrances.

Artikel 158.

Germany shall hand over to Japan within three months from the coming into force of the present Treaty the archives, registers, plans, title-deeds and documents of every kind, wherever they may be, relating to the administration, whether civil, military, financial, judicial or other, of the territory of Kiaochow.

Within the same period Germany shall give particulars to Japan of all treaties, arrangements or agreements relating to the rights, title or privileges referred to in the two preceding Articles.

Part V.

Military, naval and air clauses.

In order to render possible the initiation of a general limitation of the armaments of all nations, Germany undertakes strictly to observe the military, naval and air clauses which follow.

Section I.

Clauses militaires.

Chapitre premier.

Effectifs et encadrement de l'armée allemande.

Article 159.

Les forces militaires allemandes seront démobilisées et réduites dans les conditions fixées ci-après.

Article 160.

1° A dater du 31 mars 1920, au plus tard, l'armée allemande ne devra pas comprendre plus de sept divisions d'infanterie et trois divisions de cavalerie.

Dès ce moment, la totalité des effectifs de l'armée des Etats qui constituent l'Allemagne, ne devra pas dépasser cent mille hommes, officiers et dépôts compris, et sera exclusivement destinée au maintien de l'ordre sur le territoire et à la police des frontières.

L'effectif total des officiers, y compris le personnel des Etats-Majors, quelle qu'en soit la composition, ne devra pas dépasser quatre mille.

2° Les Divisions et les Etats-Majors de corps d'armée seront composés en conformité du tableau n° 1 annexé à la présente Section.

Le nombre et les effectifs des unités d'infanterie, d'artillerie, du génie, des services et troupes techniques, prévus dans ledit tableau, constituent des maxima qui ne devront pas être dépassés.

Les unités ci-après désignées peuvent avoir un dépôt qui leur sera propre:

Régiment d'infanterie;
Régiment de cavalerie;
Régiment d'artillerie de campagne;
Bataillon de pionniers.

Section I.

Military clauses.

Chapter I.

Effectives and Cadres of the German Army.

Article 159.

The German military forces shall be demobilized and reduced as prescribed hereinafter.

Article 160.

1) By a date which must not be later than March 31, 1920, the German Army must not comprise more than seven divisions of infantry and three divisions of cavalry.

After that date the total number of effectives in the Army of the States constituting Germany must not exceed one hundred thousand men, including officers and establishments of depots. The Army shall be devoted exclusively to the maintenance of order within the territory and to the control of the frontiers.

The total effective strength of officers, including the personnel of staffs, whatever their composition, must not exceed four thousand.

2) Divisions and Army Corps headquarters staffs shall be organised in accordance with Table No. 1 annexed to this Section.

The number and strengths of the units of infantry, artillery, engineers, technical services and troops laid down in the aforesaid Table constitute maxima which must not be exceeded.

The following units may each have their own depot:

An Infantry regiment;
A Cavalry regiment;
A regiment of Field Artillery;
A battalion of Pioneers.

3⁰ Les divisions ne pourront être encadrées que par deux Etats-Majors de corps d'armée.

Le maintien ou la constitution de forces différemment groupées ou d'autres organes de commandement ou de préparation à la guerre sont interdits.

Le Grand Etat-Major allemand et toutes autres formations similaires seront dissous et ne pourront être reconstitués sous aucune forme.

Le personnel officier, ou assimilé, des Ministères de la Guerre des différents Etats de l'Allemagne et des administrations qui leur sont rattachées ne devra pas dépasser trois cents officiers, compris dans l'effectif maximum de quatre mille prévu par le présent article 1⁰, alinéa 3.

Article 161.

Les services administratifs de la guerre, dont le personnel est civil et ne se trouve pas compris dans les effectifs prévus par les présentes dispositions, auront ce personnel réduit pour chaque catégorie au dixième de celui prévu au budget de 1913.

Article 162.

Le nombre des employés ou fonctionnaires des Etats allemands, tels que douaniers, gardes forestiers, gardes-côtes, ne dépassera pas celui des employés ou fonctionnaires exerçant ces fonctions en 1913.

Le nombre des gendarmes et des employés ou fonctionnaires des polices locales ou municipales ne pourra être augmenté que dans une proportion correspondant à celle des augmentations de la population depuis 1913 dans les localités ou municipalités qui les emploient.

3) The divisions must not be grouped under more than two army corps headquarters staffs.

The maintenance or formation of forces differently grouped or of other organisations for the command of troops or for preparation for war is forbidden.

The Great German General Staff and all similar organisations shall be dissolved and may not be reconstituted in any form.

The officers, or persons in the position of officers, in the Ministries of War in the different States in Germany and in the Administrations attached to them, must not exceed three hundred in number and are included in the maximum strength of four thousand laid down in the third sub-paragraph of paragraph 1) of this Article.

Article 161.

Army administrative services consisting of civilian personnel not included in the number of effectives prescribed by the present Treaty will have such personnel reduced in each class to onetenth of that laid down in the Budget of 1913.

Article 162.

The number of employees or officials of the German States, such as customs officers, forest guards and coastguards, shall not exceed that of the employees or officials functioning in these capacities in 1913.

The number of gendarmes and employees or officials of the local or municipal police may only be increased to an extent corresponding to the increase of population since 1913 in the districts or municipalities in which they are employed.

Les employés et fonctionnaires ne pourront pas être réunis pour participer à un exercice militaire.

Article 163.

La réduction des forces militaires de l'Allemagne, stipulée à l'article 160, pourra être graduellement effectuée de la manière suivante:

Dans les trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, la totalité des effectifs devra être ramenée à 200,000 hommes et le nombre des unités ne devra pas dépasser le double du nombre prévu à l'article 190.

A l'expiration de ce délai, et à la fin de chaque période subséquente de trois mois, une Conférence d'experts militaires des Principales Puissances alliées et associées fixera, pour la période trimestrielle suivante, les réductions à effectuer de façon que, le 31 mars 1920 au plus tard, la totalité des effectifs allemands ne dépasse pas le chiffre maximum de 100,000 hommes, prévu à l'article 160. Ces réductions successives devront maintenir entre le nombre des hommes et des officiers et entre le nombre des unités de diverses sortes, les mêmes proportions qui sont prévues audit article.

Chapitre II.

Armement, munitions et matériel.

Article 164.

Jusqu'à l'époque où l'Allemagne pourra être admise comme membre de la Société des Nations, l'armée allemande ne devra pas posséder un armement supérieur aux chiffres fixés dans le tableau n° II annexé à la présente Section, sauf un complément facultatif qui pourra atteindre, au

These employees and officials may not be assembled for military training.

Article 163.

The reduction of the strength of the German military forces as provided for in Article 160 may be effected gradually in the following manner:

Within three months from the coming into force of the present Treaty the total number of effectives must be reduced to 200,000 and the number of units must not exceed twice the number of those laid down in Article 160.

At the expiration of this period, and at the end of each subsequent period of three months, a Conference of military experts of the Principal Allied and Associated Powers will fix the reductions to be made in the ensuing three months, so that by March 31, 1920, at the latest the total number of German effectives does not exceed the maximum number of 100,000 men laid down in Article 160. In these successive reductions the same ratio between the number of officers and of men, and between the various kinds of units, shall be maintained as is laid down in that Article.

Chapter II.

Armament, munitions, and material.

Article 164.

Up till the time at which Germany is admitted as a member of the League of Nations the German Army must not possess an armament greater than the amounts fixed in Table No. II annexed to this Section, with the exception of an optional increase not exceeding one-twentyfifth part for small

maximum un vingt-cinquième pour les armes à feu et un cinquantième pour les canons, et sera exclusivement destiné à pourvoir à l'éventualité des remplacements nécessaires.

L'Allemagne déclare s'engager dès à présent pour l'époque où elle sera admise comme membre de la Société des Nations, à ce que l'armement fixé dans ledit tableau, ne soit pas dépassé et reste sujet à être modifié par le Conseil de la Société dont elle s'engage à observer strictement les décisions à cet égard.

Article 165.

Le nombre maximum de canons, mitrailleuses, *minenwerfers* et fusils, ainsi que le stock des munitions et équipements, que l'Allemagne est autorisée à maintenir pendant la période devant s'écouler entre la mise en vigueur du présent Traité et la date du 31 mars 1920 visée à l'article 160, présentera, vis-à-vis des stocks maxima autorisés fixés au tableau n° III annexé à la présente Section, la même proportion que les forces de l'armée allemande, au fur et à mesure des réductions prévues à l'article 163, présenteront vis-à-vis des forces maxima autorisées par l'article 160.

Article 166.

A la date du 31 mars 1920, le stock de munitions, dont l'armée allemande pourra disposer, ne devra pas dépasser les chiffres fixés dans le tableau n° III annexé à la présente Section.

Dans le même délai, le Gouvernement allemand devra entreposer ces stocks dans des lieux, dont il donnera notification aux Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées. Il lui est interdit de con-

arms and one-fiftieth part for guns, which shall be exclusively used to provide for such eventual replacements as may be necessary.

Germany agrees that after she has become a member of the League of Nations the armaments fixed in the said Table shall remain in force until they are modified by the Council of the League. Furthermore she hereby agrees strictly to observe the decisions of the Council of the League on this subject.

Article 165.

The maximum number of guns, machine guns, trench-mortars, rifles and the amount of ammunition and equipment which Germany is allowed to maintain during the period between the coming into force of the present Treaty and the date of March 31, 1920, referred to in Article 160, shall bear the same proportion to the amount authorized in Table No. III annexed to this Section as the strength of the German Army as reduced from time to time in accordance with Article 163 bears to the strength permitted under Article 160.

Article 166.

At the date of March 31, 1920, the stock of munitions which the German Army may have at its disposal shall not exceed the amounts fixed in Table No. III annexed to this Section.

Within the same period the German Government will store these stocks at points to be notified to the Governments of the Principal Allied and Associated Powers. The German Government is forbidden to establish any

stituer aucun autre stock, dépôt ou réserve de munitions.

Article 167.

Le nombre et le calibre des canons constituant, à la date de la mise en vigueur du présent Traité, l'armement des ouvrages fortifiés, forteresses et places fortes, terrestres ou maritimes, que l'Allemagne est autorisée à conserver, devront être immédiatement notifiés par le Gouvernement allemand aux Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées et seront des maxima ne pouvant pas être dépassés.

Dans le délai de deux mois, à dater de la mise en vigueur du présent Traité, l'approvisionnement maximum de ces canons sera uniformément ramené et maintenu à quinze cents coups par pièce, pour les calibres de 10.5 et plus petits, et à cinq cents coups par pièce pour les calibres supérieurs.

Article 168.

La fabrication des armes, des munitions et du matériel de guerre, quel qu'il soit, ne pourra être effectuée que dans les usines ou fabriques, dont l'emplacement sera porté à la connaissance et soumis à l'approbation des Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées, et dont ceux-ci se réservent de restreindre le nombre.

Dans le délai de trois mois, à dater de la mise en vigueur du présent Traité, tous autres établissements ayant pour objet la fabrication, la préparation, l'emmagasinage ou l'étude des armes, munitions ou matériel de guerre quelconques, seront supprimés. Il en sera de même de tous arsenaux, autres que ceux utilisés pour servir de dépôts

other stocks, depots or reserves of munitions.

Article 167.

The number and calibre of the guns constituting at the date of the coming into force of the present Treaty the armament of the fortified works, fortresses, and any land or coast forts which Germany is allowed to retain must be notified immediately by the German Government to the Governments of the Principal Allied and Associated Powers, and will constitute maximum amounts which may not be exceeded.

Within two months from the coming into force of the present Treaty, the maximum stock of ammunition for these guns will be reduced to, and maintained at, the following uniform rates: — fifteen hundred rounds per piece for those the calibre of which is 10.5 cm. and under : five hundred rounds per piece for those of higher calibre.

Article 168.

The manufacture of arms, munitions, or any war material, shall only be carried out in factories or works the location of which shall be communicated to and approved by the Governments of the Principal Allied and Associated Powers, and the number of which they retain the right to restrict.

Within three months from the coming into force of the present Treaty, all other establishments for the manufacture, preparation, storage or design of arms, munitions, or any war material whatever shall be closed down. The same applies to all arsenals except those used as depots for the authorised stocks of munitions. Within the same

aux stocks de munitions autorisés. Dans le même délai, le personnel de ces arsenaux sera licencié.

Article 169.

Dans le délai de deux mois, à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les armes, les munitions, le matériel de guerre allemands, y compris le matériel quel qu'il soit de défense contre aéronefs, qui existent en Allemagne et qui seront en excédent des quantités autorisées, devront être livrés aux Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées pour être détruits ou mis hors d'usage. Il en sera de même de l'outillage quelconque destiné aux fabrications de guerre, à l'exception de celui qui sera reconnu nécessaire pour l'armement et l'équipement des forces militaires allemandes autorisées.

Cette livraison sera effectuée sur tels points du territoire allemand, qui seront déterminés par lesdits Gouvernements.

Dans le même délai, les armes, les munitions et le materiel de guerre provenant de l'étranger, y compris le matériel de défense contre aéronefs, en quelque état qu'ils se trouvent, seront livrés auxdits Gouvernements, qui décideront de la destination à leur donner.

Les armes, munitions et matériel, qui, par suite des réductions successives des forces militaires allemandes, dépasseront les quantités autorisées par les tableaux n°s II et III annexés à la présente Section, devront être livrés comme il est dit ci-dessus, dans tels délais que fixeront les conférences d'experts militaires, prevus à l'article 163.

Article 170.

L'importation en Allemagne des armes, munitions et matériel de guerre

period the personnel of these arsenals will be dismissed.

Article 169.

Within two months from the coming into force of the present Treaty German arms, munitions and war material, including anti-aircraft material, existing in Germany in excess of the quantities allowed, must be surrendered to the Governments of the Principal Allied and Associated Powers to be destroyed or rendered useless. This will also apply to any special plant intended for the manufacture of military material, except such as may be recognised as necessary for equipping the authorised strength of the German army.

The surrender in question will be effected at such points in German territory as may be selected by the said Governments.

Within the same period arms, munitions and war material, including anti-aircraft material, of origin other than German, in whatever state they may be, will be delivered to the said Governments, who will decide as to their disposal.

Arms and munitions which on account of the successive reductions in the strength of the German army become in excess of the amounts authorized by Tables II and III annexed to this Section must be handed over in the manner laid down above within such periods as may be decided by the Conferences referred to in Article 163.

Article 170.

Importation into Germany of arms, munitions and war material

de quelque nature que ce soit, sera strictement prohibée.

Il en sera de même de la fabrication et de l'exportation des armes, munitions et matériel de guerre de quelque nature que ce soit, à destination des pays étrangers.

Article 171.

L'emploi des gaz asphyxiants, toxiques ou similaires, ainsi que de tous liquides, matières ou procédés analogues, étant prohibé, la fabrication et l'importation en sont rigoureusement interdites en Allemagne.

Il en est de même du matériel spécialement destiné à la fabrication, à la conservation ou à l'usage desdits produits ou procédés.

Sont également prohibées la fabrication et l'importation en Allemagne des chars blindés, tanks ou de tout autre engin similaire pouvant servir à des buts de guerre.

Article 172.

Dans un délai de trois mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, le Gouvernement allemand fera connaître aux Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées la nature et le mode de fabrication de tous les explosifs, substances toxiques ou autres préparations chimiques, utilisés par lui au cours de la guerre, ou préparés par lui dans le but de les utiliser ainsi.

Chapitre III.

Recrutement et instruction militaire.

Article 173.

Tout service militaire universel obligatoire sera aboli en Allemagne.

L'armée allemande ne pourra être constituée et recrutée que par voie d'engagements volontaires.

of every kind shall be strictly prohibited.

The same applies to the manufacture for, and export to, foreign countries of arms, munitions and war material of every kind.

Article 171.

The use of asphyxiating, poisonous or other gases and all analogous liquids, materials or devices being prohibited, their manufacture and importation are strictly forbidden in Germany.

The same applies to materials specially intended for the manufacture, storage and use of the said products or devices.

The manufacture and the importation into Germany of armoured cars, tanks and all similar constructions suitable for use in war are also prohibited.

Article 172.

Within a period of three months from the coming into force of the present Treaty, the German Government will disclose to the Governments of the Principal Allied and Associated Powers the nature and mode of manufacture of all explosives, toxic substances or other like chemical preparations used by them in the war or prepared by them for the purpose of being so used.

Chapter III.

Recruiting and military training.

Article 173.

Universal compulsory military service shall be abolished in Germany.

The German Army may only be constituted and recruited by means of voluntary enlistment.

Article 174.

L'engagement des sous-officiers et soldats devra être de douze années continues.

La proportion des hommes quittant le service pour quelque cause que ce soit avant l'expiration du terme de leur engagement ne devra pas dépasser, chaque année, cinq pour cent de la totalité des effectifs fixés par le présent Traité (article 160, 1°, alinéa 2).

Article 175.

Les officiers qui seront maintenus dans l'armée devront contracter l'engagement d'y servir au moins jusqu'à l'âge de quarante-cinq ans.

Les officiers nouvellement nommés devront contracter l'engagement de servir effectivement au moins pendant vingt-cinq années continues.

Les officiers qui ont précédemment appartenu à des formations quelconques de l'armée et qui ne seront pas conservés dans les unités dont le maintien est autorisé ne devront participer à aucun exercice militaire théorique ou pratique et ne seront soumis à aucune obligation militaire quelconque.

La proportion des officiers quittant le service pour quelque cause que ce soit avant l'expiration du terme de leur engagement ne devra pas dépasser, chaque année, cinq pour cent de l'effectif total des officiers prévu par le présent Traité (article 160, 1°, alinéa 3).

Article 176.

A l'expiration du délai de deux mois, à dater de la mise en vigueur du présent Traité, il ne subsistera en Allemagne que le nombre d'écoles militaires strictement indispensables au recrutement des officiers des unités autorisées. Ces écoles seront exclusive-

Article 174.

The period of enlistment for non-commissioned officers and privates must be twelve consecutive years.

The number of men discharged for any reason before the expiration of their term of enlistment must not exceed in any year five per cent. of the total effectives fixed by the second sub-paragraph of paragraph 1 of Article 160 of the present Treaty.

Article 175.

The officers who are retained in the Army must undertake the obligation to serve in it up to the age of forty-five years at least.

Officers newly appointed must undertake to serve on the active list for twenty-five consecutive years at least.

Officers who have previously belonged to any formations whatever of the Army, and who are not retained in the units allowed to be maintained, must not take part in any military exercise whether theoretical or practical, and will not be under any military obligations whatever.

The number of officers discharged for any reason before the expiration of their term of service must not exceed in any year five per cent. of the total effectives of officers provided for in the third sub-paragraph of paragraph 1 of Article 160 of the present Treaty.

Article 176.

On the expiration of two months from the coming into force of the present Treaty there must only exist in Germany the number of military schools which is absolutely indispensable for the recruitment of the officers of the units allowed. These schools

ment destinées au recrutement des officiers de chaque arme, à raison d'une école par arme.

Le nombre des élèves admis à suivre les cours desdites écoles sera strictement proportionné aux vacances à pourvoir dans les cadres des officiers. Les élèves et les cadres compteront dans les effectifs fixés par le présent Traité (article 160, 1°, alinéas 2 et 3).

En conséquence et dans le délai ci-dessus fixé, toutes académies de guerre ou institutions similaires en Allemagne, ainsi que les différentes écoles militaires d'officiers, élèves officiers *(Aspiranten)*, cadets, sous-officiers ou élèves sous-officiers *(Aspiranten)*, autres que les écoles ci-dessus prévues seront supprimées.

Article 177.

Les établissements d'enseignement, les universités, les sociétés d'anciens militaires, les associations de tir, sportives ou de tourisme et, d'une manière générale, les associations de toute nature, quel que soit l'âge de leurs membres, ne devront s'occuper d'aucune question militaire.

Il leur sera, notamment, interdit d'instruire ou d'exercer, ou de laisser instruire ou exercer, leurs adhérents dans le métier ou l'emploi des armes de guerre.

Ces sociétés, associations, établissements d'enseignement et universités ne devront avoir aucun lieu avec les ministères de la guerre, ni avec aucune autre autorité militaire.

Article 178.

Toutes mesures de mobilisation ou tendant à une mobilisation sont interdites.

will be exclusively intended for the recruitment of officers of each arm, in the proportion of one school per arm.

The number of students admitted to attend the courses of the said schools will be strictly in proportion to the vacancies to be filled in the cadres of officers. The students and the cadres will be reckoned in the effectives fixed by the second and third sub-paragraphs of paragraph 1 of Article 160 of the present Treaty.

Consequently, and during the period fixed above, all military academies or similar institutions in Germany, as well as the different military schools for officers, student officers *(Aspiranten)*, cadets, non-commissioned officers or student non-commissioned officers *(Aspiranten)*, other than the schools above provided for, will be abolished.

Article 177.

Educational establishments, the universities, societies of discharged soldiers, shooting or touring clubs and, generally speaking, associations of every description, whatever be the age of their members, must not occupy themselves with any military matters.

In particular they will be forbidden to instruct or exercise their members, or to allow them to be instructed or exercised, in the profession or use of arms.

These societies, associations, educational establishments and universities must have no connection with the Ministries of War or any other military authority.

Article 178.

All measures of mobilization or appertaining to mobilization are forbidden.

En aucun cas, les corps de troupe, services ou états-majors ne devront comporter de cadres complémentaires.

Article 179.

L'Allemagne s'engage, à partir de la mise en vigueur du présent Traité, à n'accréditer en aucun pays étranger aucune mission militaire, navale ou aéronautique, et à n'en envoyer et laisser partir aucune; elle s'engage, en outre, à prendre les mesures appropriées pour empêcher les nationaux allemands de quitter son territoire pour s'enrôler dans l'armée, la flotte ou le service aéronautique d'aucune puissance étrangère, ou pour lui être attaché en vue d'aider à son entraînement ou, en général, de donner un concours à l'instruction militaire, navale ou aéronautique dans un pays étranger.

Les Puissances alliées et associées conviennent, en ce qui les concerne, qu'à partir de la mise en vigueur du présent Traité, elles ne devront pas enrôler dans leurs armées, leur flotte ou leurs forces aéronautiques, ni y attacher aucun national allemand en vue d'aider à l'entraînement militaire, ou, en général, d'employer un national allemand comme instructeur militaire, naval ou aéronautique.

Toutefois, la présente disposition ne porte aucune atteinte au droit de la France de recruter la Légion étrangère conformément aux lois et règlements militaires français.

Chapitre IV.

Fortifications.

Article 180.

Tous les ouvrages fortifiés, forteresses et places fortes terrestres, qui seront situés en territoire allemand à l'Ouest d'une ligne tracée à cin-

In no case must formations, administrative services or General Staffs include supplementary cadres.

Article 179.

Germany agrees, from the coming into force of the present Treaty, not to accredit nor to send to any foreign country any military, naval or air mission, nor to allow any such mission to leave her territory, and Germany further agrees to take appropriate measures to prevent German nationals from leaving her territory to become enrolled in the Army, Navy or Air service of any foreign Power, or to be attached to such Army, Navy or Air service for the purpose of assisting in the military, naval or air training thereof, or otherwise for the purpose of giving military, naval or air instruction in any foreign country.

The Allied and Associated Powers agree, so far as they are concerned, from the coming into force of the present Treaty, not to enrol in nor to attach to their armies or naval or air forces any German national for the purpose of assisting in the military training of such armies or naval or air forces, or otherwise to employ any such German national as military, naval or aeronautic instructor.

The present provision does not, however, affect the right of France to recruit for the Foreign Legion in accordance with French military laws and regulations.

Chapter IV.

Fortifications.

Article 180.

All fortified works, fortresses and field works situated in German territory to the west of a line drawn fifty kilometres to the east of the

quante kilomètres à l'Est du Rhin, seront désarmés et démantelés.

Dans le délai de deux mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité ceux des ouvrages fortifiés, forteresses et places fortes terrestres, qui sont situés sur le territoire non occupé par les troupes alliées et associées, devront être désarmés et, dans un second délai de quatre mois, ils devront être démantelés. Ceux qui sont situés en territoire occupé par les troupes alliées et associées devront être désarmés et démantelés dans les délais qui pourront être fixés par le Haut Commandement allié.

La construction de toute nouvelle fortification, quelles qu'en soient la nature ou l'importance, est interdite dans la zone visée à l'alinéa premier du présent article.

Le système des ouvrages fortifiés des frontières Sud et Est de l'Allemagne sera conservé dans son état actuel.

Tableau n° 1.

Situation et effectifs des Etats-Majors de corps d'armée et des divisions d'infanterie et de cavalerie.

Ces tableaux ne constituent pas un effectif déterminé imposé à l'Allemagne; mais les chiffres qui s'y trouvent (nombre d'unités et effectifs), constituent des maxima qui ne doivent, en aucun cas, être dépassés.

I. Etats-Majors de corps d'armée.

Unités.	Nombre Maximum autorisé.	Effectif Maximum de chaque unité	
		Officiers.	Hommes.
Etat-Major de corps d'armée	2	30	150
Total pour les Etats-Majors	—	60	300

Rhine shall be disarmed and dismantled.

Within a period of two months from the coming into force of the present Treaty such of the above fortified works, fortresses and field works as are situated in territory not occupied by Allied and Associated troops shall be disarmed, and within a further period of four months they shall be dismantled. Those which are situated in territory occupied by Allied and Associated troops shall be disarmed and dismantled within such periods as may be fixed by the Allied High Command.

The construction of any new fortification, whatever its nature and importance, is forbidden in the zone referred to in the first paragraph above.

The system of fortified works of the southern and eastern frontiers of Germany shall be maintained in its existing state.

Table no. I.

State and establishment of army corps headquarters staffs and of infantry and cavalry divisions.

These tabular statements do not form a fixed establishment to be imposed on Germany, but the figures contained in them (number of units and strengths) represent maximum figures, which should not in any case be exceeded.

I. Army corps headquarters staffs.

Unit.	Maximum No. Authorised.	Maximum Strengths Of Each Unit.	
		Officers.	N.C.O.'s and Men.
Army Corps Headquarters Staff . .	2	30	150
Total for Headquarters Staffs . . .	-	60	300

II.
Composition d'une division d'infanterie.

Unités constitutives.	Nombre Maximum de ces unités dans une même division.	Effectif Maximum de chaque unité.	
		Officiers.	Troupe.
Etat-Major de la division d'infanterie	1	25	70
Etat-Major de l'infanterie divisionnaire	1	4	30
Etat-Major de l'artillerie divisionnaire	1	4	30
Régiment d'infanterie (Chaque régiment comprend : 3 bataillons d'infanterie. Chaque bataillon comprend : 3 compagnies d'infanterie et 1 compagnie de mitrailleuses).	3	70	2.300
Compagnie de *minenwerfer*	3	6	150
Escadron divisionnaire	1	6	150
Régiment d'artillerie de campagne . . (Chaque régiment comprend 3 groupes d'artillerie. Chaque groupe comprend : 3 batteries.)	1	85	1.300
Bataillon de pionniers (Ce bataillon comprend : 2 compagnies de pionniers, 1 équipage de ponts, 1 section de projecteurs.)	1	12	400
Detachement de liaisons . . . . (Ce detachement comprend : 1 detachement téléphonique, 1 section d'écoute, 1 section de colombiers.)	1	12	300
Service de Santé divisionnaire	1	20	400
Parcs et convois . .	—	14	800
Total pour la division d'infanterie . . .	—	410	10.830

II.
Establishment of an infantry division.

Unit.	Maximum No. of such Units in a Single Division.	Maximum Strengths of each Unit.	
		Officers.	N.C.O.s. and men.
Headquarters of an infantry division .	1	25	70
Headquarters of divisional infantry	1	4	30
Headquarters of divisional artillery .	1	4	30
Regiment of infantry (Each regiment comprises 3 battalions of infantry. Each battalion comprises 3 companies of infantry and 1 machine-gun company.)	3	70	2.300
Trench mortar company . . .	3	6	150
Divisional squadron	1	6	150
Field artillery regiment . . . (Each regiment comprises 3 groups of artillery. Each group comprises 3 batteries.)	1	85	1.300
Pioneer battalion . (This battalion comprises 2 companies of pioneers, 1 pontoon detachment, 1 searchlight section.)	1	12	400
Signal detachment (This detachment comprises 1 telephone detachment, 1 listening section, 1 carrier pigeon section.)	1	12	300
Divisional medical service	1	20	400
Parks and conveys	—	14	800
Total for infantry division	—	410	10.830

III.
Coposition d'une division de cavalerie.

Unités constitutives.	Nombre Maximum de ces unités dansune même division.	Effectif Maximum de chaque unité.	
		Officiers.	Troupe.
Etat-Major d'une division de cavalerie	1	15	50
Régiment de cavalerie . . . . . Chaque régiment comprend: 4 escadrons.	6	40	800
Groupe à cheval (à 3 batteries)	1	20	400
Total pour la division de cavalerie . .	. . . .	275	5.250

III.
Establishment of a cavalry division.

Unit.	Maximum No. of such Units in a single Division	Maximum Strengths of each unit.	
		Officers	N. C. O.'s and men.
Headquarters of a cavalry division	1	15	50
Cavalry regiment (Each regiment comprises 4 squadrons.)	6	40	800
Horse artillery group (3 batteries) . .	1	20	400
Total for cavalry division	. . .	275	5.250

Tableau No 2.

Tableau de l'armement pour la dotation d'un maximum de 7 divisions d'infanterie, 3 divisions de cavalerie et 2 Etats-Majors de corps d'armée.

Matériel.	Division d'infanterie. (1)	Pour 7 divisions d'infanterie. (2)	Division de cavalerie. (3)	Pour 3 divisions de cavalerie. (4)	2 E. M. C. A. (5)	Totaux des colonnes 2, 4 et 5. (6)
Fusils	12.000	84.000				84.000
Carabines	—	—	6.000	18.000		18.000
Mitrailleuses lourdes	108	756	12	36	Cette dotation est à prélever sur l'armement majoré de l'Infanterie des Divisions.	792
Mitrailleuses légères	162	1,134	—	—		1,134
Minenwerfer moyens	9	63	—	—		63
Minenwerfer légers	27	189	—	—		189
Pièces 77	24	168	12	36		204
Obusiers 105	12	84	—	—		84

Table No. II.

Tabular statement of armament establishment for a maximum of 7 infantry divisions, 3 cavalry divisions, and 2 army corps heardquarters staffs.

Material.	Infantry division. (1.)	For 7 infantry divisions. (2.)	Cavalry division. (3.)	For 3 cavalry divisions. (4.)	2 army corps headquarters staffs. (5.)	Total of columns 2, 4, and 5. (6.)
Rifles	12.000	84.000				84.000
Carbines			6.000	18.000		18.000
Heavy machine guns	108	756	12	36	This establishment must be drawn from the increased armaments of the divisional infantry.	792
Light machine guns	162	1,134				1,134
Medium trench mortars	9	63				63
Light trench mortars	27	189				189
7.7 cm. guns	24	168	12	36		204
10.5 cm. howitzers	12	84				84

Tableau No 3.

Stocks maxima autorisés.

Matériel.	Nombre Maximum d'armes autorisées.	Dotation par unité.	Totaux maxima.
		coups.	coups
Fusils	84,000	400	40,800,000
Carabines . . .	18,000		
Mitrailleuses lourdes . . .	792	8,000	15,408,000
Mitrailleuses légères	1,134		
Minenwerfer moyens . . .	63	400	25,200
Minenwerfer légers	189	800	151,200
Artillerie de campagne:			
Pièces d'artillerie 77 . .	204	1,000	204,000
Pièces d'artillerie 105 . .	84	800	67,200

Section II.

Clauses navales.

Article 181.

Après l'expiration d'un délai de deux mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les forces de la flotte allemande de guerre ne devront pas dépasser, en bâtiments armés:

6 cuirassés du type *Deutschland* ou *Lothringen*,
6 croiseurs légers,
12 destroyers,
12 torpilleurs,

ou un nombre égal de navires de remplacement construits comme il est dit à l'article 190.

Elles ne devront comprendre aucun bâtiment sous-marin.

Tous autres bâtiments de guerre devront, à moins de clause contraire du present Traité, être placés en réserve ou recevoir une affectation commerciale.

Article 182.

Jusqu'à ce que les dragages prévus par l'article 193 soient terminés, l'Al-

Table No. III.

Maximum stocks authorised.

Material.	Maximum number of Arms authorised.	Establishment per unit.	Maximum Totals.
		Rounds	Rounds.
Rifles . .	84,000	400	40,800,000
Carbines	18,000		
Heavy machine guns . .	792	8,000	15,408,000
Light machine guns	1,134		
Medium trench mortars . .	63	400	25,200
Light trench mortars . .	189	800	151,200
Field artillery:			
7.7 cm guns	204	1,000	204,000
10.5 cm howitzers . .	84	800	67,200

Section II.

Naval clauses

Article 181.

After the expiration of a period of two months from the coming into force of the present Treaty the German naval forces in commission must not exceed:

6 battleships of the *Deutschland* or *Lothringen* type,
6 light cruisers,
12 destroyers,
12 torpedo boats,

or an equal number of ships constructed to replace them as provided in Article 190.

No submarines are to be included.

All other warships, except where there is provision to the contrary in the present Treaty, must be placed in reserve or devoted to commercial purposes.

Article 182.

Until the completion of the mine-sweeping prescribed by Article 193

lemagne devra maintenir en état d'armement tel nombre de bâtiments dragueurs, qui sera fixé par les Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées.

Article 183.

Après l'expiration du délai de deux mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, la totalité des effectifs dépendant de la marine allemande de guerre et affectés tant à l'armement de la flotte, à la défense des côtes, au service des sémaphores, qu'à l'administration et aux services à terre, ne devra pas dépasser quinze mille hommes, officiers et personnel de tous grades et de tous corps compris.

L'effectif total des officiers et „warrant officiers" ne devra pas dépasser quinze cents.

Dans le délai de deux mois à compter de la mise en vigueur du présent Traité, le personnel excédant les effectifs ci-dessus sera démobilisé.

Aucune formation navale ou militaire, ni aucun corps de réserve, ne pourront être constitués en Allemagne pour des services dépendant de la marine en dehors des effectifs ci-dessus fixés.

Article 184.

A dater de la mise en vigueur du présent Traité, tous les bâtiments de guerre de surface allemands, qui se trouvent hors des ports allemands, cessent d'appartenir à l'Allemagne qui renonce à tous droits sur lesdits bâtiments.

Les bâtiments qui, en exécution des clauses d'Armistice du 11 novembre 1918, sont actuellement internés dans les ports des Puissances alliées et associées sont déclarés définitivement livrés.

Les bâtiments qui se trouvent actuellement internés dans des ports

Germany will keep in commission such number of minesweeping vessels as may be fixed by the Governments of the principal Allied and Associated Powers.

Article 183.

After the expiration of a period of two months from the coming into force of the present Treaty the total personnel of the German Navy, including the manning of the fleet, coast defences, signal stations, administration and other land services, must not exceed fifteen thousand, including officers and men of all grades and corps.

The total strength of officers and warrant officers must not exceed fifteen hundred.

Within two months from the coming into force of the present Treaty the personnel in excess of the above strength shall be demobilized.

No naval or military corps or reserve force in connection with the Navy may be organised in Germany without being included in the above strength.

Article 184.

From the date of the coming into force of the present Treaty all the German surface warships which are not in German ports cease to belong to Germany, who renounces all rights over them.

Vessels which, in compliance with the Armistice of November 11, 1918, are now interned in the ports of the Allied and Associated Powers are declared to be finally surrendered.

Vessels which are now interned in neutral ports will be there surren-

neutres y seront livrés aux Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées. Le Gouvernement allemand devra, dès la mise en vigueur du présent Traité, adresser aux Puissances neutres une notification à cet effet.

Article 185.

Dans le délai de deux mois, à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les bâtiments de guerre allemands de surface, ci-après énumérés, seront livrés aux Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées, dans les ports alliés qui seront indiqués par lesdites Puissances.

Ces bâtiments seront en état de désarmement, ainsi qu'il est prévu à l'article XXIII de l'Armistice du 11 novembre 1918. Toutefois, ils devront avoir toute leur artillerie à bord.

Cuirassés.

Oldenburg.	Posen.
Thuringen.	Westfalen.
Ostfriesland.	Rheinland.
Helgoland.	Nassau.

Croiseurs légers.

Stettin.	Stralsund.
Danzig.	Augsburg.
München.	Kolberg.
Lübeck.	Stuttgart.

et, en outre: quarante-deux destroyers récents et cinquante torpilleurs récents, qui seront désignés par les Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées.

Article 186.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, le Gouvernement allemand devra faire entreprendre, sous le contrôle des Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées, la démolition de tous les bâtiments

dered to the Government of the Principal Allied and Associated Powers. The German Government must address a notification to that effect to the neutral Powers on the coming into force of the present Treaty.

Article 185.

Within a period of two months from the coming into force of the present Treaty the German surface warships enumerated below will be surrendered to the Governments of the Principal Allied and Associated Powers in such Allied ports as the said Powers may direct.

These warships will have been disarmed as provided in Article XXIII of the Armistice of November 11, 1918. Nevertheless they must have all their guns on board.

Battleships.

Oldenburg.	Posen.
Thuringen.	Westfalen.
Ostfriesland.	Rheinland.
Helgoland.	Nassau.

Light cruisers.

Stettin.	Stralsund.
Danzig.	Augsburg.
München.	Kolberg.
Lübeck.	Stuttgart.

and, in addition, forty-two modern destroyers and fifty modern torpedo boats, as chosen by the Governments of the Principal Allied and Associated Powers.

Article 186.

On the coming into force of the present Treaty the German Government must undertake, under the supervision of the Governments of the Principal Allied and Associated Powers, the breaking-up of all the German

de guerre de surface allemands actuellement en construction.

Article 187.

Les croiseurs auxiliaires et bâtiments auxiliaires allemands, ci-après énumérés, seront désarmés et traités comme navires de commerce.

Navires internés en pays neutres:

Berlin.	Seydlitz.
Santa Fé.	Yorck.

Navires dans les ports allemands:

Ammon.	Gertrud.
Answald.	Kigoma.
Bosnia.	Rugia.
Cordoba.	Santa Elena.
Cassel.	Schleswig.
Dania.	Möwe.
Rio Negro.	Sierra Ventana.
Rio Pardo.	Chemnitz.
Santa Cruz.	Emil Georg von Strauss.
Schwaben.	
Solingen.	Habsburg.
Steigerwald.	Meteor.
Franken.	Waltraute.
Gundomar.	Scharnhorst.
Fürst Bülow.	

Article 188.

A l'expiration du délai d'un mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, tous les sous-marins allemands, ainsi que les navires de relevage et les docks pour sous-marins, y compris le dock tubulaire, devront avoir été livrés aux Principales Puissances alliées et associées.

Ceux de ces sous-marins, navires et docks, qui seront reconnus par lesdits Gouvernements comme étant en état de naviguer par leurs propres moyens ou d'être remorqués, devront être conduits par les soins du Gouvernement allemand dans tels ports des Pays alliés, qui ont été désignés.

surface warships now under construction.

Article 187.

The German auxiliary cruisers and fleet auxiliaries enumerated below will be disarmed and treated as merchant ships.

Interned in neutral countries:

Berlin.	Seydlitz.
Santa Fé.	Yorck.

In Germany:

Ammon.	Gertrud.
Answald.	Kigoma.
Bosnia.	Rugia.
Cordoba.	Santa Elena.
Cassel.	Schleswig.
Dania.	Möwe.
Rio Negro.	Sierra Ventana.
Rio Pardo.	Chemnitz.
Santa Cruz.	Emil Georg von Strauss.
Schwaben.	
Solingen.	Habsburg.
Steigerwald.	Meteor.
Franken.	Waltraute.
Gundomar.	Scharnhorst.
Fürst Bülow.	

Article 188.

On the expiration of one month from the coming into force of the present Treaty all German submarines, submarine salvage vessels and docks for submarines, including the tubular dock, must have been handed over to the Governments of the Principal Allied and Associated Powers.

Such of these submarines, vessels and docks as are considered by the said Governments to be fit to proceed under their own power or to be towed shall be taken by the German Government into such Allied ports as have been indicated.

Les autres sous-marins, ainsi que ceux qui se trouvent en cours de construction, seront démolis intégralement par les soins du Gouvernement allemand et sous la surveillance desdits Gouvernements. Cette démolition devra être achevée au plus tard trois mois après la mise en vigueur du présent Traité.

The remainder, and also those in course of construction, shall be broken up entirely by the German Government under the supervision of the said Governments. The breaking-up must be completed within three months at the most after the coming into force of the present Treaty.

Article 189.

Tous objets, machines et matériaux quelconques provenant de la démolition des bâtiments de guerre allemands, quels qu'ils soient, bâtiments de surface ou sous-marins, ne pourront être utilisés que dans un but purement industriel ou commercial.

Ils ne pourront être ni vendus ni cédés à l'étranger.

Article 189.

Articles, machinery and material arising from the breaking-up of German warships of all kinds, whether surface vessels or submarines, may not be used except for purely industrial or commercial purposes.

They may not be sold or disposed of to foreign countries.

Article 190.

Il est interdit à l'Allemagne de construire ou acquérir aucun bâtiment de guerre, autre que ceux destinés à remplacer les unités armées prévues par le présent Traité (article 181).

Les bâtiments de remplacement ci-dessus visés ne pourront avoir un déplacement supérieur à:

10.000 tonnes pour les cuirasses,
6.000 tonnes pour les croiseurs légers,
800 tonnes pour les destroyers,
200 tonnes pour les torpilleurs.

Sauf en cas de perte du bâtiment, les unités de différentes classes ne pourront être remplacées qu'après une période de:

20 ans pour les cuirasses et croiseurs;

15 ans pour les destroyers et torpilleurs, à compter du lancement du bâtiment.

Article 190.

Germany is forbidden to construct or acquire any warships other than those intended to replace the units in commission provided for in Article 181 of the present Treaty.

The warships intended for replacement purposes as above shall not exceed the following displacement:

Armoured ships .	10.000 tons.
Light cruisers . .	6.000 tons.
Destroyers	800 tons.
Topedo boats . .	200 tons.

Except where a ship has been lost, units of the different classes shall only be replaced at the end of a period of twenty years in the case of battleships and cruisers, and fifteen years in the case of destroyers and torpedo boats, counting from the launching of the ship.

Article 191.

La construction et l'acquisition de tous bâtiments sous-marins, même de commerce, seront interdits en Allemagne.

Article 192.

Les bâtiments armés de la flotte allemande ne pourront avoir, à bord ou en réserve, que les quantités d'armes, de munitions et de matériel de guerre, fixées par les Principales Puissances alliées et associées.

Dans le mois qui suivra la fixation des quantités ci-dessus prévues, les armes, munitions et le matériel de guerre de toute nature y compris les mines et les torpilles, qui se trouvent actuellement entre les mains du Gouvernement allemand et qui sont en excédent desdites quantités, seront livrés aux Gouvernements desdites Puissances dans tels lieux que ceux-ci désigneront. La destruction ou mise hors d'usage en sera effectuée.

Tous autres stocks, dépôts ou réserves d'armes, de munitions ou de matériel naval de guerre de quelque nature que ce soit, sont interdits.

La fabrication sur le territoire allemand et l'exportation desdits articles à destination de pays étrangers seront prohibées.

Article 193.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, l'Allemagne procédera sans délai au dragage des mines dans les zones suivantes de la mer du Nord, s'étendant à l'Est du 4° 00′ de longitude Est de Greenwich:

1° Entre de 53° 00′ de le 59° 00′ de latitude Nord; 2° au Nord du 60° 30′ de latitude Nord.

L'Allemagne devra maintenir ces zones libres de mines.

Article 191.

The construction or acquisition of any submarine, even for commercial purposes, shall be forbidden in Germany.

Article 192.

The warships in commission of the German fleet must have on board or in reserve only the allowance of arms, munitions and war material fixed by the Principal Allied and Associated Powers.

Within a month from the fixing of the quantities as above, arms, munitions and war material of all kinds, including mines and torpedoes, now in the hands of the German Government and in excess of the said quantities, shall be surrendered to the Government of the said Powers at places to be indicated by them. Such arms, munitions and war material will be destroyed or rendered useless.

All other stocks, depots or reserves of arms, munitions or naval war material of all kinds are forbidden.

The manufacture of these articles in German territory for, and their export to, foreign countries shall be forbidden.

Article 193.

On the coming into force of the present Treaty Germany will forthwith sweep up the mines in the following areas in the North Sea to the eastward of longitude 4° 00′ E. of Greenwich:

1) Between parallels of latitude 53° 00′ N. and 59° 00′ N.; 2) To the northward of latitude 60° 30′ N.

Germany must keep these areas free from mines.

L'Allemagne devra également draguer et maintenir libres de mines telles zones de la mer Baltique, qui lui seront ultérieurement désignées par les Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées.

Article 194.

Les effectifs de la marine allemande seront exclusivement recrutés par voie d'engagements volontaires, contractés pour une durée d'au moins vingt-cinq ans continus pour les officiers et „warrant officiers" et douze ans continus pour les sous-officiers et les hommes.

Le nombre des engagements destinés à pourvoir au remplacement du personnel quittant le service pour quelque cause que ce soit avant l'expiration du terme de son engagement, ne devra pas dépasser, chaque année, cinq pour cent de la totalité des effectifs prévus par la présente Section (article 183).

Le personnel qui aura quitté le service de la marine de guerre, ne devra recevoir aucune espèce d'instruction militaire ni reprendre aucun service, soit dans l'armée de mer soit dans l'armée de terre.

Les officiers qui appartiendront à la marine de guerre allemande et qui ne seront pas démobilisés devront prendre l'engagement d'y continuer à servir jusqu'à l'âge de quarante-cinq ans, sauf dans le cas où ils auront quitté le service pour de justes motifs.

Aucun officier ou homme servant dans la marine de commerce ne devra recevoir une instruction militaire quelconque.

Article 195.

Afin d'assurer l'entière liberté d'accès de la Baltique à toutes les nations, dans la zone comprise entre les latitudes 55° 27′ Nord et 54° 00′ Nord et les

Germany must also sweep and keep free from mines such areas in the Baltic as may ultimately be notified by the Governments of the Principal Allied and Associated Powers.

Article 194.

The personnel of the German Navy shall be recruited entirely by voluntary engagements entered into for a minimum period of twenty-five consecutive years for officers and warrant officers; twelve consecutive years for petty officers and men.

The number engaged to replace those discharged for any reason before the expiration of their term of service must not exceed five per cent. per annum of the totals laid down in this Section (Article 183).

The personnel discharged from the Navy must not receive any kind of naval or military training or undertake any further service in the Navy or Army.

Officers belonging to the German Navy and not demobilised must engage to serve till the age of forty-five, unless discharged for sufficient reasons.

No officer or man of the German mercantile marine shall receive any training in the Navy.

Article 195.

In order to ensure free passage into the Baltic to all nations, Germany shall not erect any fortifications in the area comprised between lati-

longitudes 9° 00′ et 16° 00′ à l'Est du méridien de Greenwich, l'Allemagne ne devra élever aucune fortification ni installer aucune artillerie commandant les routes maritimes entre la mer du Nord et la Baltique. Les fortifications existant actuellement dans cette zone devront être démolies et les canons enlevés sous le contrôle des Puissances alliées et dans les délais fixés par elles.

Le Gouvernement allemand devra mettre à la disposition des Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées toutes les informations hydrographiques complètes, actuellement en sa possession, concernant les routes d'accès entre la Baltique et la mer du Nord.

Article 196.

Tous les ouvrages fortifiés, fortifications et places fortes maritimes, autres que ceux mentionnés à la Section XIII (Héligoland) de la Partie III (Clauses politiques européennes) et à l'article 195, et qui sont situés soit à moins de cinquante kilomètres de la côte allemande, soit dans les îles allemandes du littoral, sont considérés comme ayant un caractère défensif et pourront rester dans leur état actuel.

Aucune nouvelle fortification ne devra être construite dans cette zone. L'armement de ces ouvrages ne devra jamais dépasser, en nombre et calibres des canons, l'armement existant à la date de la mise en vigueur du présent Traité. Le Gouvernement allemand en fera connaître immédiatement la composition à tous les Gouvernements européens.

Après l'expiration d'un délai de deux mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, l'approvisionnement de ces pièces sera uni-

tudes 55° 27′ N. and 54° 00′ N. and longitudes 9° 00′ E. and 16° 00′ E. of the meridian of Greenwich, nor instal any guns commanding the maritime routes between the North Sea and the Baltic. The fortifications now existing in this area shall be demolished and the guns removed under the supervision of the Allied Governments and in periods to be fixed by them.

The German Government shall place at the disposal of the Governments of the Principal Allied and Associated Powers all hydrographical information now in its possession concerning the channels and adjoining waters between the Baltic and the North Sea.

Article 196.

All fortified works and fortifications, other than those mentioned in Section XIII (Heligoland) of Part III (Political Clauses for Europe) and in Article 195, now established within fifty kilometres of the German coast or on German islands off that coast shall be considered as of a defensive nature and may remain in their existing condition.

No new fortifications shall be constructed within these limits. The armament of these defences shall not exceed, as regards the number and calibre of guns, those in position at the date of the coming into force of the present Treaty. The German Government shall communicate forthwith particulars thereof to all the European Governments.

On the expiration of a period of two months from the coming into force of the present Treaty the stocks of ammunition for these guns shall be

formément ramené et maintenu à un chiffre maximum de quinze cents coups par pièce pour les calibres de 10,5 et plus petits, et cinq cents coups par pièce pour les calibres supérieurs.

Article 197.

Pendant les trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, les stations allemandes de télégraphie sans fil à grande puissance de *Nauen, Hanovre et Berlin*, ne devront pas être employées, sans l'autorisation des Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées, pour transmettre des messages relatifs aux questions d'ordre naval, militaire ou politique, intéressant l'Allemagne ou les Puissances qui ont été les alliées de l'Allemagne pendant la guerre. Ces stations pourront transmettre des télégrammes commerciaux, mais seulement sous le contrôle desdits Gouvernements, qui fixeront les longueurs d'onde à employer.

Pendant le même délai, l'Allemagne ne devra pas construire de stations de télégraphie sans fil à grande puissance, tant sur son propre territoire que sur celui de l'Autriche, de la Hongrie, de la Bulgarie ou de la Turquie.

Section III.

Clauses concernant l'aeronautique militaire et navale.

Article 198.

Les forces militaires de l'Allemagne ne devront comporter aucune aviation militaire ni navale.

L'Allemagne pourra, seulement et pendant une période ne dépassant pas le 1er octobre 1919, entretenir un chiffre maximum de cent hydravions ou hydroglisseurs, qui seront exclusive-

reduced to and maintained at a maximum figure of fifteen hundred rounds per piece for calibres of 4.1-inch and under, and five hundred rounds per piece for higher calibres.

Article 197.

During the three months following the coming into force of the present Treaty the German high-power wireless telegraphy stations at Nauen, Hanover and Berlin shall not be used for the transmission of messages concerning naval, military or political questions of interest to Germany or any State which has been allied to Germany in the war, without the assent of the Governments of the Principal Allied and Associated Powers. These stations may be used for commercial purposes, but only under the supervision of the said Governments, who will decide the wavelength to be used.

During the same period Germany shall not build any more high-power wireless telegraphy stations in her own territory or that of Austria, Hungary, Bulgaria or Turkey.

Section III.

Air clauses.

Article 198.

The armed forces of Germany must not include any military or naval air forces.

Germany may, during a period not extending beyond October 1, 1919, maintain a maximum number of one hundred seaplanes or flying boats, which shall be exclusively employed

ment destinés à la recherche de mines sous-marines, seront munis de l'équipement nécessaire à cette fin, et ne devront en aucun cas être porteurs d'armes, de munitions ou bombes, de quelque nature que ce soit.

En plus des moteurs montés sur les hydravisions ou hydroglisseurs ci-dessus visés, un seul moteur de rechange pourra être prévu pour chaque moteur de chacun de ces appareils.

Aucun ballon dirigeable ne sera conservé.

Article 199.

Dans le délai de deux mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, le personnel de l'aéronautique figurant actuellement sur les contrôles des armées allemandes de terre et de mer sera démobilisé. Toutefois jusqu'au 1er octobre 1919, l'Allemagne pourra conserver et entretenir un nombre total de mille hommes, officiers compris, pour l'ensemble des cadres, personnel navigant et non navigant, de toutes formations et établissements.

Article 200.

Jusqu'à la complète évacuation du territoire allemand par les troupes alliées et associées, les appareils d'aéronautique des Puissances alliées et associées auront en Allemagne liberté de passage à travers les airs, liberté de transit et d'atterrissage.

Article 201.

Pendant les six mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, la fabrication et l'importation des aéronefs, pièces d'aéronefs, ainsi que des moteurs d'aéronefs et pièces de moteurs d'aéronefs, seront interdites dans tout le territoire de l'Allemagne.

in searching for submarine mines, shall be furnished with the necessary equipment for this purpose, and shall in no case carry arms, munitions or bombs of any nature whatever.

In addition to the engines installed in the seaplanes or flying boats above mentioned, one spare engine may be provided for each engine of each of these craft.

No dirigible shall be kept.

Article 199.

Within two months from the coming into force of the present Treaty the personnel of air forces on the rolls of the German land and sea forces shall be demobilised. Up to October 1, 1919, however, Germany may keep and maintain o total number of one thousand men, including officers, for the whole of the cadres and personnel, flying and non-flying, of all formations and establishments.

Article 200.

Until the complete evacuation of German territory by the Allied and Associated troops, the aircraft of the Allied and Associated Powers shall enjoy in Germany freedom of passage through the air, freedom of transit and of landing.

Article 201.

During the six months following the coming into force of the present Treaty, the manufacture and importation of aircraft, parts of aircraft, engines for aircraft, and parts of engines for aircraft, shall be forbidden in all German territory.

Article 202.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, tout le matériel de l'aéronautique militaire et navale, à l'exception des appareils prévus à l'article 198, alinéas 2 et 3, devra être livré aux Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées.

Cette livraison devra être effectuée dans tels lieux que désigneront lesdits Gouvernements; elle devra être achevée dans un délai de trois mois.

Dans ce matériel sera compris, en particulier, le matériel qui est ou a été employé ou destiné à des buts de guerre, notamment:

Les avions et hydravions complets, ainsi que ceux en cours de fabrication, en réparation ou en montage.

Les ballons dirigeables en état de vol, en cours de fabrication, en réparation ou en montage.

Les appareils pour la fabrication de l'hydrogène.

Les hangars des ballons dirigeables et abris de toute sorte pour aeronefs.

Jusqu'à leur livraison, les ballons dirigeables seront, aux frais de l'Allemagne, maintenus gonflés d'hydrogène; les appareils pour la fabrication de l'hydrogène ainsi que les abris pour les ballons dirigeables pourront, à la discrétion desdites Puissances, être laissés à l'Allemagne jusqu'au moment de la livraison des ballons dirigeables.

Les moteurs d'aéronef.

Les cellules.

L'armement (canons, mitrailleuses, fusils-mitrailleurs, lance-bombes, lance-torpilles, appareils de synchronisation, appareils de visée).

Les munitions (cartouches, obus, bombes chargées, corps de bombes,

Article 202.

On the coming into force of the present Treaty, all military and naval aeronautical material, except the machines mentioned in the second and third paragraphs of Article 198, must be delivered to the Governments of the Principal Allied and Associated Powers.

Delivery must be effected at such places as the said Governments may select, and must be completed within three months.

In particular, this material will include all items under the following heads which are or have been in use or were designed for warlike purposes:

Complete aeroplanes and seaplanes, as well as those being manufactured, repaired or assembled.

Dirigibles able to take the air, being manufactured, repaired or assembled.

Plant for the manufacture of hydrogen.

Dirigible sheds and shelters of every kind for aircraft.

Pending their delivery, dirigibles will, at the expense of Germany, be maintained inflated with hydrogen; the plant for the manufacture of hydrogen, as well as the sheds for dirigibles, may, at the discretion of the said Powers, be left to Germany until the time when the dirigibles are handed over.

Engines for aircraft.

Nacelles and fuselages.

Armament (guns, machine guns, light machine guns, bomb-dropping apparatus, torpedo-dropping apparatus, synchronization apparatus, aiming apparatus).

Munitions (cartridges, shells, bombs loaded or unloaded, stocks of ex-

stocks d'explosifs ou matières destinées à leur fabrication).

Les instruments de bord.

Les appareils de télégraphie sans fil et les appareils photographiques ou cinématographiques utilisés par l'aéronautique.

Les pièces détachées se rapportant à chacune des catégories qui précèdent.

Le matériel ci-dessus visé ne devra pas être déplacé sans une autorisation spéciale desdits Gouvernements.

Section IV.

Commissions interalliées de contrôle.

Article 203.

Toutes les clauses militaires, navales et aéronautiques, qui sont contenues dans le présent Traité et pour l'exécution desquelles une limite de temps a été fixée, seront exécutées par l'Allemagne sous le contrôle de Commissions interalliées spécialement nommées à cet effet par les Principales Puissances alliées et associées.

Article 204.

Les Commissions interalliées de contrôle seront spécialement chargées de surveiller l'exécution régulière des livraisons, des destructions, démolitions et mises hors d'usage, prévues à la charge du Gouvernement allemand par le présent Traité.

Elles feront connaître aux autorités allemandes les décisions que les Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées se sont réservés de prendre ou que l'exécution des clauses militaires, navales ou aéronautiques pourrait nécessiter.

Article 205.

Les commissions interalliées de contrôle pourront installer leurs services

plosives or of material for their manufacture).

Instruments for use on aircraft.

Wireless apparatus and photographic or cinematograph apparatus for use on aircraft.

Component parts of any of the items under the preceding heads.

The material referred to above shall not be removed without special permission from the said Governments.

Section IV.

Inter-Allied Commissions of Control.

Article 203.

All the military, naval and air clauses contained in the present Treaty, for the execution of which a time-limit is prescribed, shall be executed by Germany under the control of Inter-Allied Commissions specially appointed for this purpose by the Principal Allied and Associated Powers.

Article 204.

The Inter-Allied Commissions of Control will be specially charged with the duty of seeing to the complete execution of the delivery, destruction, demolition and rendering things useless to be carried out at the expense of the German Government in accordance with the present Treaty.

They will communicate to the German authorities the decisions which the Principal Allied and Associated Powers have reserved the right to take, or which the execution of the military, naval and air clauses may necessitate.

Article 205.

The Inter-Allied Commissions of Control may establish their organisa-

au siège du Gouvernement central allemand.

Elles auront la faculté, aussi souvent qu'elles le jugeront utile, de se rendre sur tout point quelconque du territoire allemand, ou d'y envoyer des sous-commissions, ou de charger un ou plusieurs de leurs membres de s'y transporter.

Article 206.

Le Gouvernement allemand devra donner aux Commissions interalliées de contrôle et à leurs membres toutes facilités nécessaires à l'accomplissement de leur mission.

Il devra désigner un représentant qualifié auprès de chaque Commission interalliée de contrôle, avec mission de recevoir de celle-ci les communications qu'elle aurait à adresser au Gouvernement allemand, et de lui fournir ou procurer tous renseignements ou documents demandés.

Dans tous les cas, il appartiendra au Gouvernement allemand de fournir à ses frais, tant en personnel qu'en matériel, les moyens d'effectuer les livraisons, destructions, démantèlements, démolitions et mises hors d'usage prévus par le présent Traité.

Article 207.

L'entretien et les frais des Commissions de contrôle et les dépenses occasionnées par leur fonctionnement seront supportés par l'Allemagne.

Article 208.

La Commission militaire interalliée de contrôle représentera auprès du Gouvernement allemand les Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées, en tout ce qui concerne l'exécution des clauses militaires.

tions at the seat of the central German Government.

They shall be entitled as often as they think desirable to proceed to any point whatever in German territory, or to send sub-commissions, or to authorize one or more of their members to go, to any such point.

Article 206.

The German Government must give all necessary facilities for the accomplishment of their missions to the Inter-Allied Commissions of Control and to their members.

It shall attach a qualified representative to each Inter-Allied Commission of Control for the purpose of receiving the communications which the Commission may have to address to the German Government and of supplying or procuring for the Commission all information or documents which may be required.

The German Government must in all cases furnish at its own cost all labour and material required to effect the deliveries and the works of destruction, dismantling, demolition, and of rendering things useless, provided for in the present Treaty.

Article 207.

The upkeep and cost of the Commissions of Control and the expenses involved by their work shall be borne by Germany.

Article 208.

The Military Inter-Allied Commission of Contral will represent the Governments of the Principal Allied and Associated Powers in dealing with the German Government in all matters concerning the execution of the military clauses.

Elle aura notamment pour mission de recevoir du Gouvernement allemand les notifications relatives à l'emplacement des stocks et dépôts de munitions, à l'armement des ouvrages fortifiés, forteresses et places fortes que l'Allemagne est autorisée à conserver, à l'emplacement des usines ou fabriques d'armes, de munitions et de matériel de guerre et à leur fonctionnement.

Elle recevra livraison des armes, munitions et matériel de guerre, fixera les lieux où cette livraison devra être effectuée, surveillera les destructions, démolitions et mises hors d'usage prévues par le présent Traité.

Le Gouvernement allemand devra fournir à la Commission militaire interalliée de contrôle tous les renseignements et documents qu'elle jugera nécessaires pour s'assurer de la complète exécution des clauses militaires, notamment tous documents législatifs, administratifs ou règlementaires.

Article 209.

La Commission navale interalliée de contrôle représentera auprès du Gouvernement allemand les Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées, en tout ce qui concerne l'exécution des clauses navales.

Elle aura notamment pour mission de se rendre sur les chantiers de construction et de contrôler la démolition des bâtiments qui s'y trouvent en chantier, de recevoir livraison de tous bâtiments de surface ou sous-marins, navires de relevage, docks, dock tubulaire, et de contrôler les destructions ou démolitions prévues.

In particular it will be its duty to receive from the German Government the notifications relating to the location of the stocks and depots of munitions, the armament of the fortified works, fortresses and forts which Germany is allowed to retain, and the location of the works or factories for the production of arms, munitions and war material and their operations.

It will take delivery of the arms, munitions and war material, will select the points where such delivery is to be effected, and will supervise the works of destruction, demolition, and of rendering things useless, which are to be carried out in accordance with the present Treaty.

The German Government must furnish to the Military Inter-Allied Commission of Control all such information and documents as the latter may deem necessary to ensure the complete execution of the military clauses, and in particular all legislative and administrative documents and regulations.

Article 209.

The Naval Inter-Allied Commission of Control will represent the Governments of the Principal Allied and Associated Powers in dealing with the German Government in all matters concerning the execution of the naval clauses.

In particular it will be its duty to proceed to the building yards and to supervise the breaking-up of the ships which are under construction there, to take delivery of all surface ships or submarines, salvage ships, docks and the tubular dock, and to supervise the destruction and breaking-up provided for.

Le Gouvernement allemand devra fournir à la Commission navale interalliée de contrôle tous les renseignements et documents qu'elle jugera nécessaires pour s'assurer de la complète exécution des clauses navales, notamment les plans des navires de guerre, la composition de leur armement, les caractéristiques et les modèles de canons, munitions, torpilles, mines, explosifs, appareils de télégraphie sans fil et en général de tout ce qui concerne le matériel naval de guerre, ainsi que tous documents législatifs, administratifs ou réglementaires.

The German Government must furnish to the Naval Inter-Allied Commission of Control all such information and documents as the Commission may deem necessary to ensure the complete execution of the naval clauses, in particular the designs of the warships, the composition of their armaments, the details and models of the guns, munitions, torpedoes, mines, explosives, wireless telegraphic apparatus and, in general, everything relating to naval war material, as well as all legislative or administrative documents or regulations.

Article 210.

La Commission aéronautique interalliée de contrôle représentera auprès du Gouvernement allemand les Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées en tout ce qui est relatif à l'exécution des clauses concernant l'aéronautique.

La Commission aura notamment pour mission de recenser le matériel aéronautique se trouvant en territoire allemand, d'inspecter les usines d'avions, de ballons et de moteurs d'aéronefs, les fabriques d'armes, munitions et explosifs pouvant être employés par les aéronefs, de visiter tous aérodromes, hangars, terrains d'atterrissage, parcs et dépôts, d'exercer, s'il y a lieu, le déplacement du matériel prévu et d'en prendre livraison.

Le Gouvernement allemand devra fournir à la Commission aéronautique interalliée de contrôle tous les renseignements et documents législatifs, administratifs ou autres qu'elle jugera nécessaires pour s'assurer de la complète exécution des clauses aéronautiques, notamment un état numérique du personnel appartenant à tous les

Article 210.

The Aeronautical Inter-Allied Commission of Control will represent the Governments of the Principal Allied and Associated Powers in dealing with the German Government in all matters concerning the execution of the air clauses.

In particular it will be its duty to make an inventory of the aeronautical material existing in German territory, to inspect aeroplane, balloon and motor manufactories, and factories producing arms, munitions and explosives capable of being used by aircraft, to visit all aerodromes, sheds, landing grounds, parks and depots, to authorise, where necessary, a removal of material and to take delivery of such material.

The German Government must furnish to the Aeronautical Inter-Allied-Commission of Control all such information and legislative, administrative or other documents which the Commission may consider necessary to ensure the complete execution of the air clauses, and in particular a list of the personnel belonging to all

services aéronautiques allemands, ainsi que du matériel existant, en fabrication ou en commande, une liste complète de tous les établissements travaillant pour l'aéronautique, de leurs emplacements et de tous les hangars et terrains d'atterrissage.

the German Air Services, and of the existing material, as well as of that in process of manufacture or on order, and a list of all establishments working for aviation, of their positions, and of all sheds and landing grounds.

Section V.

Clauses générales.

Article 211.

A l'expiration d'un délai de trois mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, la législation allemande devra avoir été modifiée et devra être maintenue par le Gouvernement allemand en conformité de la présente Partie du présent Traité.

Dans le même délai, toutes les mesures administratives ou autres relatives à l'exécution des dispositions de la présente Partie devront avoir été prises par le Gouvernement allemand.

Section V.

General articles.

Article 211.

After the expiration of a period of three months from the coming into force of the present Treaty, the German laws must have been modified and shall be maintained by the German Government in conformity with this Part of the present Treaty.

Within the same period all the administrative or other measures relating to the execution of this Part of the Treaty must have been taken.

Article 212.

Les dispositions suivantes de l'Armistice du 11 novembre 1918, savoir: l'article VI, les paragraphes un, deux, six et sept de l'article VII, l'article IX, les clauses I, II et V de l'Annexe n° 2, ainsi que le Protocole en date du 4 avril 1919 additionnel à l'Armistice du 11 novembre 1918, restent en vigueur en tant que ces dispositions ne sont pas contraires aux stipulations qui précèdent.

Article 212.

The following portions of the Armistice of November 11, 1918: Article VI, the first two and the sixth and seventh paragraphs of Article VII; Article IX; Clauses I, II and V of Annex n° 2, and the Protocol, dated April 4, 1919, supplementing the Armistice of November 11, 1918, remain in force so far as they are not inconsistent with the above stipulations.

Article 213.

Aussi longtemps que le présent Traité restera en vigueur, l'Allemagne s'engage à se prêter à toute investigation, que le Conseil de la Société des Nations, votant à la majorité, jugerait nécessaire.

Article 213.

So long as the present Treaty remains in force, Germany undertakes to give every facility for any investigation which the Council of the League of Nations, acting if need be by a majority vote, may consider necessary.

Partie VI.

Prisonniers de guerre et sépultures.

Section I.

Prisonniers de guerre.

Article 214.

Le rapatriement des prisonniers de guerre et internés civils aura lieu aussitôt que possible après la mise en vigueur du présent Traité et sera effectué avec la plus grande rapidité.

Article 215.

Le rapatriement des prisonniers de guerre et internés civils allemands sera, dans les conditions fixées à l'article 214, assuré par les soins d'une Commission composée de Représentants des Puissances alliées et associées d'une part et du Gouvernement allemand d'autre part.

Pour chacune des Puissances alliées et associées, une Sous-Commission composée uniquement de Représentants de la Puissance intéressée et de Délégués du Gouvernement allemand règlera les détails d'exécution du rapatriement des prisonniers de guerre.

Article 216.

Dès leur remise aux mains des autorités allemandes, les prisonniers de guerre et internés civils devront, par les soins de ces dernières, être sans délai renvoyés dans leurs foyers.

Ceux d'entre eux, dont le domicile d'avant-guerre se trouve sur les territoires occupés par les troupes des Puissances alliées et associées, devront également y être renvoyés, sous réserve de l'agrément et du contrôle des autorités militaires des armées d'occupation alliées et associées.

Part VI.

Prisoners of war and graves.

Section I.

Prisoners of war.

Article 214.

The repatriation of prisoners of war and interned civilians shall take place as soon as possible after the coming into force of the present Treaty and shall be carried out with the greatest rapidity.

Article 215.

The repatriation of German prisoners of war and interned civilians shall, in accordance with article 214, be carried out by a Commission composed of representatives of the Allied and Associated Powers on the one part and of the German Government on the other part.

For each of the Allied and Associated Powers a Sub-Commission, composed exclusively of Representatives of the interested Power and of Delegates of the German Government, shall regulate the details of carrying into effect the repatriation of the prisoners of war.

Article 216.

From the time of their delivery into the hands of the German authorities the prisoners of war and interned civilians are to be returned without delay to their homes by the said authorities.

Those amongst them who before the war were habitually resident in territory occupied by the troops of the Allied and Associated Powers are likewise to be sent to their homes, subject to the consent and control of the military authorities of the Allied and Associated armies of occupation.

Article 217.

Tous les frais résultant de ce rapatriement, à partir de la mise en route, seront à la charge du Gouvernement allemand, lequel sera tenu de fournir les transports par terre et par mer ainsi que le personnel technique, qui seront considérés comme nécessaires par la Commission prévue à l'article 215.

Article 218.

Les prisonniers de guerre et internés civils, soit passibles, soit frappés de peines pour fautes contre la discipline, seront rapatriés, sans qu'il soit tenu compte de l'achèvement de leur peine ou de la procédure engagée contre eux.

Cette disposition ne s'applique pas aux prisonniers de guerre et internés civils qui seraient punis pour des faits postérieurs au 1er mai 1919.

Jusqu'à leur rapatriement, tous les prisonniers de guerre et internés civils restent soumis aux règlements en vigueur, notamment au point de vue du travail et de la discipline.

Article 219.

Les prisonniers de guerre et internés civils, qui sont passibles ou frappés de peines pour des faits autres que des fautes contre la discipline, pourront être maintenus en détention.

Article 220.

Le Gouvernement allemand s'engage à recevoir sur son territoire tous les individus rapatriables sans distinction.

Les prisonniers de guerre ou les nationaux allemands qui désireraient ne pas être rapatriés, pourront être exclus du rapatriement; mais les Gouvernements alliés et associés se

Article 217.

The whole cost of repatriation from the moment of starting shall be borne by the German Government who shall also provide the land and sea transport and staff considered necessary by the Commission referred to in Article 215.

Article 218.

Prisoners of war and interned civilians awaiting disposal or undergoing sentence for offences against discipline shall be repatriated irrespective of the completion of their sentence or of the proceedings pending against them.

This stipulation shall not apply to prisoners of war and interned civilians punished for offences committed subsequent to May 1. 1919.

During the period pending their repatriation all prisoners of war and interned civilians shall remain subject to the existing regulations, more especially as regards work and discipline.

Article 219.

Prisoners of war and interned civilians who are awaiting disposal or undergoing sentence for offences other than those against discipline may be detained.

Article 220.

The German Government undertakes to admit to its territory without distinction all persons liable to repatriation.

Prisoners of war or other German nationals who do not desire to be repatriated may be excluded from repatriation; but the Allied and Associated Governments reserve to them-

réservent le droit, soit de les rapatrier, soit de les conduire dans un pays neutre, soit de les autoriser à résider sur leur territoire.

Le Gouvernement allemand s'engage à ne prendre, contre ces individus ou leurs familles, aucune mesure d'exception, ni à exercer à leur encontre, pour ce motif, aucune répression ou vexation de quelque nature qu'elle soit.

Article 221.

Les Gouvernements alliés et associés se reservent le droit de subordonner le rapatriement des prisonniers de guerre et ressortissants allemands qui sont en leur pouvoir, à la déclaration et à la mise en liberté immédiates par le Gouvernement allemand de tous les prisonniers de guerre ressortissants des Puissances alliées ou associées, qui se trouveraient encore en Allemagne.

Article 222.

L'Allemagne s'engage:

1° A donner libre accès aux Commissions de recherche des disparus, à leur fournir tous les moyens de transport utiles, à les laisser pénétrer dans les camps, prisons, hôpitaux et tous autres locaux; à mettre à leur disposition tous documents d'ordre public ou privé, qui peuvent les éclairer dans leurs recherches;

2° A prendre des sanctions contre les fonctionnaires ou particuliers allemands qui auraient dissimulé la présence d'un ressortissant d'une Puissance alliée ou associée ou qui auraient négligé d'en révéler la présence après en avoir eu connaissance.

selves the right either to repatriate them or to take them to a neutral country or to allow them to reside in their own territories.

The German Government undertakes not to institute any exceptional proceedings against these persons or their families nor to take any repressive or vexatious measures of any kind whatsoever against them on this account.

Article 221.

The Allied and Associated Governments reserve the right to make the repatriation of German prisoners of war or German nationals in their hands conditional upon the immediate notification and release by the German Government of any prisoners of war who are nationals of the Allied and Associated Powers and may still be in Germany.

Article 222.

Germany undertakes:

1) To give every facility to Commissions to enquire into the cases of those who cannot be traced; to furnish such Commissions with all necessary means of transport; to allow them access to camps, prisons, hospitals and all other places; and to place at their disposal all documents, whether public or private, which would facilitate their enquiries;

2) To impose penalties upon any German officials or private persons who have concealed the presence of any nationals of any of the Allied and Associated Powers or have neglected to reveal the presence of any such after it had come to their knowledge.

Article 223.

L'Allemagne s'engage à restituer sans délai, dès la mise en vigueur du présent Traité, tous les objets, valeurs ou documents ayant appartenu à des ressortissants des Puissances alliées ou associées et qui auraient été retenus par des autorités allemandes.

Article 224.

Les Hautes Parties Contractantes déclarent renoncer au remboursement réciproque des sommes dues pour l'entretien des prisonniers de guerre sur leurs territoires respectifs.

Section II.

Sépultures.

Article 225.

Les Gouvernements alliés et associés et le Gouvernement allemand feront respecter et entretenir les sépultures des soldats et marins inhumés sur leurs territoires respectifs.

Ils s'engagent à reconnaître toute Commission chargée par l'un ou par l'autre des Gouvernements alliés ou associés, d'identifier, enregistrer, entretenir ou élever des monuments convenables sur lesdites sépultures et à faciliter à cette Commission l'accomplissement de ses devoirs.

Ils conviennent en outre de se donner réciproquement, sous réserve des prescriptions de leur législation nationale et des nécessités de l'hygiène publique, toutes facilités pour satisfaire aux demandes de rapatriement des restes de leurs soldats et de leurs marins.

Article 226.

Les sépultures des prisonniers de guerre et internés civils, ressortis-

Article 223.

Germany undertakes to restore without delay from the date of the coming into force of the present Treaty all articles, money, securities and documents which have belonged to nationals of the Allied and Associated Powers and which have been retained by the German authorities.

Article 224.

The High Contracting Parties waive reciprocally all repayment of sums due for the maintenance of prisoners of war in their respective territories.

Section II.

Graves.

Article 225.

The Allied and Associated Governments and the German Government will cause to be respected and maintained the graves of the soldiers and sailors buried in their respective territories.

They agree to recognise any Commission appointed by an Allied or Associated Government for the purpose of identifying, registering, caring for or erecting suitable memorials over the said graves and to facilitate the discharge of its duties.

Furthermore they agree to afford, so far as the provisions of their laws and the requirements of public health allow, every facility for giving effect to requests that the bodies of their soldiers and sailors may be transferred to their own country.

Article 226.

The graves of prisoners of war and interned civilians who are nationals

sants des différents Etats belligérants, décédés en captivité, seront convenablement entretenues dans les conditions prévues à l'article 225 du présent Traité.

Les Gouvernements alliés et associés, d'une part, et le Gouvernement allemand, d'autre part, s'engagent en outre à se fournir réciproquement:

1⁰ La liste complète des décédés avec tous renseignements utiles à leur identification;

2⁰ Toutes indications sur le nombre et l'emplacement des tombes de tous les morts enterrés sans identification.

of the different belligerent States and have died in captivity shall be properly maintained in accordance with Article 225 of the present Treaty.

The Allied and Associated Governments on the one part and the German Government on the other part reciprocally undertake also to furnish to each other:

1. A complete list of those who have died together with all information useful for identification;

2. All information as to the number and position of the graves of all those who have been buried without identification.

Partie VII.

Sanctions.

Article 227.

Les Puissances alliées et associées mettent en accusation publique Guillaume II de Hohenzollern, ex-empereur d'Allemagne, pour offense suprême contre la morale internationale et l'autorité sacrée des traités.

Un Tribunal spécial sera constitué pour juger l'accusé en lui assurant les garanties essentielles du droit de défense. Il sera composé de cinq juges, nommés par chacune des cinq Puissances suivantes, savoir: les Etats-Unis d'Amérique, la Grande-Bretagne, la France, l'Italie et le Japon.

Le Tribunal jugera sur motifs inspirés des principes les plus élevés de la politique entre les nations avec le souci d'assurer le respect des obligations solennelles et des engagements internationaux ainsi que de la morale internationale. Il lui appartiendra de déterminer la peine qu'il estimera devoir être appliquée.

Les Puissances alliées et associées adresseront au Gouvernement des Pays-

Part VII.

Penalties.

Article 227.

The Allied and Associated Powers publicly arraign William II of Hohenzollern, formerly German Emperor, for a supreme offence against international morality and the sanctity of treaties.

A special tribunal will be constituted to try the accused, thereby assuring him the guarantees essential to the right of defence. It will be composed of five judges, one appointed by each of the following Powers: namely, the United States of America, Great Britain, France, Italy, and Japan.

In its decision the tribunal will be guided by the highest motives of international policy, with a view to vindicating the solemn obligations of international undertakings and the validity of international morality. It will be its duty to fix the punishment which it considers should be imposed.

The Allied and Associated Powers will address a request to the Govern-

Bas une requête le priant de livrer l'ancien empereur entre leurs mains pour qu'il soit jugé.

Article 228.

Le Gouvernement allemand reconnaît aux Puissances alliées et associées la liberté de traduire devant leurs tribunaux militaires les personnes accusées d'avoir commis des actes contraires aux lois et coutumes de la guerre. Les peines prévues par les lois seront appliquées aux personnes reconnues coupables. Cette disposition s'appliquera nonobstant toutes procédures ou poursuites devant une juridiction de l'Allemagne ou de ses alliés.

Le Gouvernement allemand devra livrer aux Puissances alliées et associées, ou à celle d'entre elles qui lui en adressera la requête, toutes personnes qui, étant accusées d'avoir commis un acte contraire aux lois et coutumes de la guerre, lui seraient désignées soit nominativement, soit par le grade, la fonction ou l'emploi auxquels les personnes auraient été affectées par les autorités allemandes.

Article 229.

Les auteurs d'actes contre les ressortissants d'une des Puissances alliées et associées seront traduits devant les tribunaux militaires de cette Puissance.

Les auteurs d'actes commis contre des ressortissants de plusieurs Puissances alliées et associées seront traduits devant des tribunaux militaires composés de membres appartenant aux tribunaux militaires des Puissances intéressées.

Dans tous les cas, l'accusé aura droit à désigner lui-même son avocat.

ment of the Netherlands for the surrender to them of the ex-Emperor in order that he may be put on trial.

Article 228.

The German Government recognises the right of the Allied and Associated Powers to bring before military tribunals persons accused of having committed acts in violation of the laws and customs of war. Such persons shall, if found guilty, be sentenced to punishments laid down by law. This provision will apply notwithstanding any proceedings or prosecution before a tribunal in Germany or in the territory of her allies.

The German Government shall hand over to the Allied and Associated Powers, or to such one of them as shall so request, all persons accused of having committed an act in violation of the laws and customs of war, who are specified either by name or by the rank, office or employment which they held under the German authorities.

Article 229.

Persons guilty of criminal acts against the nationals of one of the Allied and Associated Powers will be brought before the military tribunals of that Power.

Persons guilty of criminal acts against the nationals of more than one of the Allied and Associated Powers will be brought before military tribunals composed of members of the military tribunals of the Powers concerned.

In every case the accused will be entitled to name his own counsel.

Article 230.

Le Gouvernement allemand s'engage à fournir tous documents et renseignements, de quelque nature que ce soit, dont la production serait jugée nécessaire pour la connaissance complète des faits incriminés, la recherche des coupables et l'appréciation exacte des responsabilités.

Article 230.

The German Government undertakes to furnish all documents and information of every kind, the production of which may be considered necessary to ensure the full knowledge of the incriminating acts, the discovery of offenders and the just appreciation of responsibility.

Partie VIII.

Réparations.

Section I.

Dispositions générales.

Article 231.

Les Gouvernements alliés et associés déclarent et l'Allemagne reconnaît que l'Allemagne et ses alliés sont responsables, pour les avoir causés, de toutes les pertes et de tous les dommages subis par les Gouvernements alliés et associés et leurs nationaux en conséquence de la guerre, qui leur a été imposée par l'agression de l'Allemagne et de ses alliés.

Article 232.

Les Gouvernements alliés et associés reconnaissent que les ressources de l'Allemagne ne sont pas suffisantes — en tenant compte de la diminution permanente de ces ressources qui résulte des autres dispositions du présent Traité, — pour assurer complète réparation de toutes ces pertes et de tous ces dommages.

Les Gouvernements alliés et associés exigent toutefois, et l'Allemagne en prend l'engagement, que soient réparés tous les dommages causés à la population civile de chacune des Puissances alliées et associées et à ses biens, pendant la période où cette Puissance a été en état de belligérance avec l'Allemagne, par ladite

Part VIII.

Reparation.

Section I.

General provisions.

Article 231.

The Allied and Associated Governments affirm and Germany accepts the responsibility of Germany and her allies for causing all the loss and damage to which the Allied and Associated Governments and their nationals have been subjected as a consequence of the war imposed upon them by the aggression of Germany and her allies.

Article 232.

The Allied and Associated Governments recognize that the resources of Germany are not adequate, after taking into account permanent diminutions of such resources which will result from other provisions of the present Treaty, to make complete reparation for all such loss and damage.

The Allied and Associated Governments, however, require, and Germany undertakes, that she will make compensation for all damage done to the civilian population of the Allied and Associated Powers and to their property during the period of the belligerency of each as an Allied and Associated Power against Germany

agression par terre, par mer et par les airs, et, d'une façon générale, tous les dommages tels qu'ils sont définis à l'Annexe I ci-jointe.

En exécution des engagements pris antérieurement par l'Allemagne relativement aux restaurations et restitutions intégrales dues à la Belgique, l'Allemagne s'oblige, en sus des compensations de dommages prévues d'autre part à la présente Partie, et en conséquence de la violation du Traité de 1839, à effectuer le remboursement de toutes les sommes que la Belgique a empruntées aux Gouvernements alliés et associés jusqu'au 11 novembre 1918, y compris l'intérêt à 5 % (cinq pour cent) par an desdites sommes. Le montant de ces sommes sera déterminé par la Commission des réparations, et le Gouvernement allemand s'engage à faire immédiatement une émission correspondante de bons spéciaux au porteur payables en marks or le 1er mai 1926 ou, au choix du Gouvernement allemand, le 1er mai de toute année antérieure à 1926. Sous réserve des dispositions ci-dessus, la forme de ces bons sera déterminée par la Commission des réparations. Lesdits bons seront remis à la Commission des réparations, qui aura pouvoir de les recevoir et d'en accuser réception au nom de la Belgique.

Article 233.

Le montant desdits dommages, pour lesquels réparation est due par l'Allemagne, sera fixé par une Commission interalliée, qui prendra le titre de *Commission des réparations* et sera constituée dans la forme et avec les pouvoirs indiqués ci-après et aux Annexes II à VII ci-jointes.

by such aggression by land, by sea and from the air, and in general all damage as defined in Annex I hereto.

In accordance with Germany's pledges, already given, as to complete restoration for Belgium, Germany undertakes, in addition to the compensation for damage elsewhere in this Part provided for, as a consequence of the violation of the Treaty of 1839, to make reimbursement of all sums which Belgium has borrowed from the Allied and Associated Governments up to November 11, 1918, together with interest at the rate of five per cent. (5 %) per annum on such sums. This amount shall be determined by the Reparation Commission and, the German Government undertakes thereupon forthwith to make a special issue of bearer bonds to an equivalent amount payable in marks gold, on May 1, 1926, or, at the option of the German Government, on the 1st of May in any year up to 1926. Subject to the foregoing, the form of such bonds shall be determined by the Reparation Commission. Such bonds shall be handed over to the Reparation Commission, which has authority to take and acknowledge receipt thereof on behalf of Belgium.

Article 233.

The amount of the above damage for which compensation is to be made by Germany shall be determined by an Inter-Allied Commission, to be called the *Reparation Commission* and constituted in the form and with the powers set forth hereunder and in Annexes II to VII inclusive hereto.

Cette Commission étudiera les réclamations et donnera au Gouvernement allemand l'équitable faculté de se faire entendre.

Les conclusions de cette Commission, en ce qui concerne le montant des dommages déterminés ci-dessus, seront rédigées et notifiées au Gouvernement allemand le 1er mai 1921 au plus tard, comme représentant le total de ses obligations.

La commission établira concurremment un état de payements en prévoyant les époques et les modalités de l'acquittement par l'Allemagne de l'intégralité de sa dette dans une période de trente ans, à dater du 1er mai 1921. Au cas cependant ou, au cours de ladite période, l'Allemagne manquerait à l'acquittement de sa dette, le règlement de tout solde restant impayé pourra être reporté aux années suivantes, à la volonté de la Commission, ou pourra faire l'objet d'un traitement différent, dans telles conditions que détermineront les Gouvernements alliés et associés, agissant suivant la procédure prévue à la présente Partie du présent Traité.

Article 234.

La Commission des réparations devra, après le 1er mai 1921, étudier, de temps à autre, les ressources et les capacités de l'Allemagne, et, après avoir donné aux représentants de ce pays l'équitable faculté de se faire entendre, elle aura tous pouvoirs pour étendre la période et modifier les modalités des payements à prévoir en conformité de l'article 233; mais elle ne pourra faire remise d'aucune somme sans l'autorisation spéciale des divers Gouvernements représentés à la Commission.

Article 235.

Afin de permettre aux Puissances alliées et associées d'entreprendre dès

This Commission shall consider the claims and give to the German Government a just opportunity to be heard.

The findings of the Commission as to the amount of damage defined as above shall be concluded and notified to the German Government on or before May 1, 1921, as representing the extent of that Government's obligations.

The Commission shall concurrently draw up a schedule of payments prescribing the time and manner for securing and discharging the entire obligation within a period of thirty years from May 1, 1921. If, however, within the period mentioned, Germany fails to discharge her obligations, any balance remaining unpaid may, within the discretion of the Commission, be postponed for settlement in subsequent years, or may be handled otherwise in such manner as the Allied and Associated Governments, acting in accordance with the procedure laid down in this Part of the present Treaty, shall determine.

Article 234.

The Reparation Commission shall after May 1, 1921, from time to time, consider the resources and capacity of Germany, and, after giving her representatives a just opportunity to be heard, shall have discretion to extend the date, and to modify the form of payments, such as are to be provided for in accordance with Article 233; but not to cancel any part, except with the specific authority of the several Governments represented upon the Commission.

Article 235.

In order to enable the Allied and Associated Powers to proceed at once

maintenant la restauration de leur vie industrielle et économique, en attendant la fixation définitive du montant de leurs réclamations, l'Allemagne payera, pendant les années 1919 et 1920 et les quatre premiers mois de 1921, en autant de versements et suivant telles modalités (en or, en marchandises, en navires, en valeurs ou autrement) que la Commission des réparations pourra fixer, l'équivalent de 20,000,000,000 (vingt milliards) marks or à valoir sur les créances ci-dessus; sur cette somme les frais de l'armée d'occupation après l'Armistice du 11 novembre 1918 seront d'abord payés, et telles quantités de produits alimentaires et de matières premières, qui pourront être jugées, par les Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées, nécessaires pour permettre à l'Allemagne de faire face à son obligation de réparer, pourront aussi, avec l'approbation desdits Gouvernements, être payées par imputation sur ladite somme. Le solde viendra en déduction des sommes dues par l'Allemagne à titre de réparations. L'Allemagne remettra en outre les bons prescrits au paragraphe 12 (*c*) de l'Annexe II ci-jointe.

to the restoration of their industrial and economic life, pending the full determination of their claims. Germany shall pay in such instalments and in such manner (whether in gold, commodities, ships, securities or otherwise) as the Reparation Commission may fix, during 1919, 1920 and the first four months of 1921, the equivalent of 20,000,000,000 gold marks. Out of this sum the expenses of the armies of occupation subsequent to the Armistice of November 11, 1918, shall first be met, and such supplies of food and raw-materials as may be judged by the Governments of the Principal Allied and Associated Powers to be essential to enable Germany to meet her obligations for reparation may also, with the approval of the said Governments, be paid for out of the above sum. The balance shall be reckoned towards liquidation of the amounts due for reparation. Germany shall further deposit bonds as prescribed in paragraph 12 (*c*) of Annex II hereto.

Article 236.

L'Allemagne accepte, en outre, que ses ressources économiques soient directement affectées aux réparations, comme il est spécifié aux Annexes III, IV, V et VI, relatives respectivement à la marine marchande, aux restaurations matérielles, au charbon et à ses dérivés, aux matières colorantes et autres produits chimiques: étant toujours entendu que la valeur des biens transférés et de l'utilisation qui en sera faite conformément auxdites Annexes sera, après avoir été fixée

Article 236.

Germany further agrees to the direct application of her economic resources to reparation as specified in Annexes III, IV, V and VI, relating respectively to merchant shipping, to physical restoration, to coal and derivatives of coal, and to dyestuffs and other chemical products; provided always that the value of the property transferred and any services rendered by her under these Annexes, assessed in the manner therein prescribed, shall be credited to her towards liqui-

de la manière qui y est prescrite, portée au crédit de l'Allemagne et viendra en déduction des obligations prévues aux articles ci-dessus.

Article 237.

Les versements successifs, y compris ceux visés aux articles précédents, effectués par l'Allemagne pour satisfaire aux réclamations ci-dessus, seront répartis par les Gouvernements alliés et associés suivant les proportions déterminées par eux à l'avance et fondées sur l'équité et les droits de chacun.

En vue de cette répartition, la valeur des biens transférés et des services rendus conformément à l'article 243 et aux Annexes III, IV, V, VI et VII sera calculée de la même façon que les payements effectués la même année.

Article 238.

En sus des payements ci-dessus prévus, l'Allemagne effectuera, en se conformant à la procedure établie par la Commission des réparations, la restitution en espèces des espèces enlevées, saisies ou séquestrées ainsi que la restitution des animaux, des objets de toute sorte et des valeurs enlevés, saisis ou séquestres, dans les cas où il sera possible de les identifier sur le territoire de l'Allemagne ou sur celui de ses Alliés.

Jusqu'à l'établissement de cette procédure, les restitutions devront continuer conformément aux stipulations de l'Armistice du 11 novembre 1918, de ses renouvellements et des Protocoles intervenus.

Article 239.

Le Gouvernement allemand s'engage à opérer immédiatement les restitutions prévues par l'article 238

dation of her obligations under the above Articles.

Article 237.

The successive instalments, including the above sum, paid over by Germany in satisfaction of the above claims will be divided by the Allied and Associated Governments in proportions which have been determined upon by them in advance on a basis of general equity and of the rights of each.

For the purposes of this division the value of property transferred and services rendered under Article 243, and under Annexes III, IV, V, VI and VII, shall be reckoned in the same manner as cash payments effected in that year.

Article 238.

In addition to the payments mentioned above Germany shall effect, in accordance with the procedure laid down by the Reparation Commission, restitution in cash of cash taken away, seized or sequestrated, and also restitution of animals, objects of every nature and securities taken away, seized or sequestrated, in the cases in which it proves possible to identify them in territory belonging to Germany or her allies.

Until this procedure is laid down, restitution will continue in accordance with the provisions of the Armistice of November 11, 1918, and its renewals and the Protocols thereto.

Article 239.

The German Government undertakes to make forthwith the restitution contemplated by Article 238

ci-dessus et à effectuer les payements et les livraisons prévues par les articles 233, 234, 235 et 236.

Article 240.

LeGouvernement allemand reconnait la Commission prévue par l'article 233, telle qu'elle pourra être constituée par les Gouvernements alliés et associés conformément à l'Annexe II; il lui reconnait irrévocablement la possession et l'exercice des droits et pouvoirs que lui confère le présent Traité.

Le Gouvernement allemand fournira à la Commission tous les renseignements, dont elle pourra avoir besoin sur la situation et les opérations financières et sur les biens, la capacité de production, les approvisionnements et la production courante des matières premières et objets manufacturés de l'Allemagne et de ses ressortissants; il donnera également toutes informations relatives aux opérations militaires, dont la connaissance serait jugée nécessaire par la Commission pour fixer les obligations de l'Allemagne telles qu'elles sont définies à l'Annexe I.

LeGouvernement allemand accordera aux membres de la Commission et à ses agents autorisés tous les droits et immunités dont jouissent en Allemagne les Agents diplomatiques dûment accrédités des Puissances amies.

L'Allemagne accepte, en outre, de supporter les émoluments et les frais de la Commission et de tel personnel qu'elle pourra employer.

Article 241.

L'Allemagne s'engage à faire promulguer, à maintenir en vigueur et à publier toute législation, tous règlements et décrets qui pourraient être nécessaires pour assurer la complète exécution des présentes stipulations.

and to make the payments and deliveries contemplated by Articles 233, 234, 235 and 236.

Article 240.

The German Government recognizes the Commission provided for by Article 233 as the same may be constituted by the Allied and Associated Governments in accordance with Annex II, and agrees irrevocably to the possession and exercise by such Commission of the power and authority given to it under the present Treaty.

The German Government will supply to the Commission all the information which the Commission may require relative to the financial situation and operations and to the property, productive capacity, and stocks and current production of raw materials and manufactured articles of Germany and her nationals, and further any information relative to military operations which in the judgment of the Commission may be necessary for the assessment of Germany's liability for reparation as defined in Annex I.

The German Government will accord to the members of the Commission and its authorised agents the same rights and immunities as are enjoyed in Germany by duly accredited diplomatic agents of friendly Powers.

Germany further agrees to provide for the salaries and expenses of the Commission and of such staff as it may employ.

Article 241.

Germany undertakes to pass, issue and maintain in force any legislation, orders and decrees that may be necessary to give complete effect to these provisions.

Article 242.

Les dispositions de la présente Partie du présent Traité ne s'appliquent pas aux propriétés, droits et intérêts visés aux Sections III et IV de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité, non plus qu'au produit de leur liquidation, sauf en ce qui concerne le solde définitif en faveur de l'Allemagne, mentionné à l'article 243 *a*).

Article 243.

Seront portés au crédit de l'Allemagne, au titre de ses obligations de réparer, les éléments suivants:

a) Tout solde définitif en faveur de l'Allemagne visé à la Section V (Alsace-Lorraine) de la Partie III (Clauses politiques européennes) et aux Sections III et IV de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité;

b) Toutes sommes dues à l'Allemagne du chef des cessions, visées à la Section IV (Bassin de la Sarre) de la Partie III (Clauses politiques européennes), à la Partie IX (Clauses financières) et à la Partie XII (Ports, Voies d'eau et Voies ferrées);

c) Toutes sommes que la Commission jugerait devoir être portées au credit de l'Allemagne à valoir sur tous autres transferts de propriétés, droits, concessions ou autres interêts prévus par le présent Traité.

En aucun cas, toutefois, les restitutions effectuées en vertu de l'article 238 de la présente Partie ne pourront être portées au crédit de l'Allemagne.

Article 244.

La cession des câbles sous-marins allemands, qui ne sont pas l'objet d'une disposition particulière du présent Traité, est réglée par l'Annexe VII ci-jointe.

Article 242.

The provisions of this Part of the present Treaty do not apply to the property, rights and interests referred to in Sections III and IV of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty, nor to the product of their liquidation, except so far as concerns any final balance in favour of Germany under Article 243 (*a*).

Article 243.

The following shall be reckoned as credits to Germany in respect of her reparation obligations:

a) Any final balance in favour of Germany under Section V (Alsace-Lorraine) of Part III (Political Clauses for Europe) and Sections III and IV of Part X (Economic Clauses) of the present Treaty;

b) Amounts due to Germany in respect of transfers under Section IV (Saar Basin) of Part III (Political Clauses for Europe), Part IX (Financial Clauses) and Part XII (Ports, Waterways and Railways);

c) Amounts which in the judgment of the Reparation Commission should be credited to Germany on account of any other transfers under the present Treaty of property, rights, concessions or other interests.

In no case however shall credit be given for property restored in accordance with Article 238 of the present Part.

Article 244.

The transfer of the German submarine cables which do not form the subject of particular provisions of the present Treaty is regulated by Annex VII hereto.

Annexe I.

Compensation peut être réclamée de l'Allemagne, conformément à l'article 232 ci-dessus, pour la totalité des dommages rentrant dans les catégories ci-après:

1° Dommages causés aux civils atteints dans leur personne ou dans leur vie et aux survivants qui étaient à la charge de ces civils par tous actes de guerre, y compris les bombardements ou autres attaques par terre, par mer ou par la voie des airs, et toutes leurs conséquences directes ou de toutes opérations de guerre des deux groupes de belligérants, en quelque endroit que ce soit.

2° Dommages causés par l'Allemagne ou ses alliés aux civils victimes d'actes de cruauté, de violence ou de mauvais traitements (y compris les atteintes à la vie ou à la santé par suite d'emprisonnement, de déportation, d'internement ou d'évacuation, d'abandon en mer ou de travail forcé), en quelque endroit que ce soit, et aux survivants qui étaient à la charge de ces victimes.

3° Dommages causés par l'Allemagne ou ses alliés, sur leur territoire ou en territoire occupé ou envahi, aux civils victimes de tous actes ayant porté atteinte à la santé, à la capacité de travail ou à l'honneur, et aux survivants, qui étaient à la charge de ces victimes.

4° Dommages causés par toute espèce de mauvais traitements aux prisonniers de guerre.

5° En tant que dommage causé aux peuples des Puissances alliées et associées, toutes pensions ou compensations de même nature aux victimes militaires de la guerre (armées de terre, de mer ou forces aériennes), mutilés, blessés, malades ou invalides,

Annex I.

Compensation may be claimed from Germany under Article 232 above in respect of the total damage under the following categories:

1) Damage to injured persons and to surviving dependents by personal injury to or death of civilians caused by acts of war, including bombardments or other attacks on land, on sea, or from the air, and all the direct consequences thereof, and of all operations of war by the two groups of belligerents wherever arising.

2) Damage caused by Germany or her allies to civilian victims of acts of cruelty, violence or maltreatment (including injuries to life or health as a consequence of imprisonment, deportation, internment or evacuation, of exposure at sea or of being forced to labour), wherever arising, and to the surviving dependents of such victims.

3) Damage caused by Germany or her allies in their own territory or in occupied or invaded territory to civilian victims of all acts injurious to health or capacity to work, or to honour, as well as to the surviving dependents of such victims.

4) Damage caused by any kind of maltreatment of prisoners of war.

5) As damage caused to the peoples of the Allied and Associated Powers, all pensions and compensation in the nature of pensions to naval and military victims of war (including members of the air force), whether mutilated, wounded, sick or invalided, and to the

et aux personnes dont ces victimes étaient le soutien; le montant des sommes dues aux Gouvernements alliés et associés sera calculé, pour chacun desdits Gouvernements, à la valeur capitalisée, à la date de la mise en vigueur du présent Traité, desdites pensions ou compensations, sur la base des tarifs en vigueur en France, à la date ci-dessus.

6° Frais de l'assistance fournie par les Gouvernements des Puissances alliées et associées aux prisonniers de guerre, à leurs familles ou aux personnes dont ils étaient le soutien.

7° Allocations données par les Gouvernements des Puissances alliées et associées aux familles et aux autres personnes à la charge des mobilisés ou de tous ceux qui ont servi dans l'armée; le montant des sommes qui leur sont dues pour chacune des années au cours desquelles des hostilités se sont produites sera calculé, pour chacun desdits Gouvernements, sur la base du tarif moyen appliqué en France, pendant ladite année, aux payements de cette nature.

8° Dommages causés à des civils par suite de l'obligation qui leur a été imposée par l'Allemagne ou ses alliés de travailler sans une juste rémunération.

9° Dommages relatifs à toutes propriétés, en quelque lieu qu'elles soient situées, appartenant à l'une des Puissances alliées et associées ou à leurs ressortissants (exception faite des ouvrages et du matériel militaires ou navals) qui ont été enlevées, saisies, endommagées ou détruites par les actes de l'Allemagne ou ses alliés sur terre, sur mer ou dans les airs, ou dommages causés en conséquence directe des hostilités ou de toutes opérations de guerre.

10° Dommages causés sous forme de prélèvements, amendes ou exactions similaires de l'Allemagne ou de ses alliés au détriment des populations civiles.

dependents of such victims, the amount due to the Allied and Associated Governments being calculated for each of them as being the capitalised cost of such pensions and compensation at the date of the coming into force of the present Treaty, on the basis of the scales in force in France at such date.

6) The cost of assistance by the Governments of the Allied and Associated Powers to prisoners of war and to their families and dependents.

7) Allowances by the Goverments of the Allied and Associated Powers to the families and dependents of mobilised persons or persons serving with the forces, the amount due to them for each calendar year in which hostilities occurred being calculated for each Government on the basis of the average scale for such payments in force in France during that year.

8) Damage caused to civilians by being forced by Germany or her allies to labour without just remuneration.

9) Damage in respect of all property wherever situated belonging to any of the Allied or Associated States or their nationals, with the exception of naval and military works or materials, which has been carried off, seized, injured or destroyed by the acts of Germany or her allies on land, on sea or from the air, or damage directly in consequence of hostilities or of any operations of war.

10) Damage in the form of levies, fines and other similar exactions imposed by Germany or her allies upon the civilian population.

Annexe II.

§ 1er.

La Commission prévue par l'article 233 prendra le titre de „Commission des Réparations"; elle sera désignée dans les articles ci-après par les mots „la Commission".

§ 2.

Des Délégués à la Commission seront nommés par les Etats-Unis d'Amérique, la Grande-Bretagne, la France, l'Italie, le Japon, la Belgique et l'Etat Serbe-Croate-Slovène. Chacune de ces Puissances nommera un Délégué, elle nommera également un Délégué adjoint qui le remplacera en cas de maladie ou d'absence forcée, mais qui, en toute autre circonstance, aura seulement le droit d'assister aux débats sans y prendre aucune part.

En aucun cas, les Délégués de plus de cinq des Puissances ci-dessus n'auront le droit de prendre part aux débats de la Commission et d'émettre des votes. Les Délégués des Etats-Unis, de la Grande-Bretagne, de la France et le l'Italie auront toujours ce droit. Le Délégué de la Belgique aura ce droit dans tous les cas autres que ceux visés ci-après. Le Délégué du Japon aura ce droit dans les cas où seront examinées des questions relatives aux dommages sur mer, ainsi que des questions prévues par l'article 260 de la Partie IX (Clauses financières) dans lesquelles les intérêts du Japon sont en jeu. Le Délégué de l'Etat Serbe-Croate-Slovène aura ce droit lorsque des questions relatives à l'Autriche, à la Hongrie ou à la Bulgarie seront examinées.

Chacun des Gouvernements représentés à la Commission aura le droit de s'en retirer après un préavis de douze mois notifié à la Commission et

Annex II.

1.

The Commission referred to in Article 233 shall be called „The Reparation Commission" and is hereinafter referred to as „the Commission".

2.

Delegates to this Commission shall be nominated by the United States of America, Great Britain, France, Italy, Japan, Belgium and the Serb-Croat-Slovene State. Each of these Powers will appoint one Delegate and also one Assistant Delegate, who will take his place in case of illness or necessary absence, but at other times will only have the right to be present at proceedings without taking any part therein.

On no occasion shall the Delegates of more than five of the above Powers have the right to take part in the proceedings of the Commission and to record their votes. The Delegates of the United States, Great Britain, France and Italy shall have this right on all occasions. The Delegate of Belgium shall have this right on all occasions other than those referred to below. The Delegate of Japan shall have this right on occasions when questions relating to damage at sea, and questions arising under Article 260 of Part IX (Financial Clauses) in which Japanese interests are concerned, are under consideration. The Delegate of the Serb-Croat-Slovene State shall have this right when questions relating to Austria, Hungary or Bulgaria are under consideration.

Each Government represented on the Commission shall have the right to withdraw therefrom upon twelve months' notice filed with the Com-

confirmé au cours du sixième mois après la date de la notification primitive.

§ 3.

Telle d'entre les autres Puissances alliées et associées, qui pourra être intéressée, aura le droit de nommer un Délégué qui ne sera présent et n'agira, en qualité d'assesseur, que lorsque les créances et intérêts de ladite Puissance seront examinés ou discutés; ce Délégué n'aura pas le droit de vote.

§ 4.

En cas de mort, démission ou rappel de tout Délégué, Délégué adjoint ou assesseur, un successeur devra lui être désigné aussitôt que possible.

§ 5.

La Commission aura son principal bureau permanent à Paris et y tiendra sa première réunion dans le plus bref délai possible après la mise en vigueur du présent Traité; elle se réunira ensuite en tels lieux et à telles époques qu'elle estimera convenables et qui pourront être nécessaires en vue de l'accomplissement le plus rapide de ses obligations.

§ 6.

Dès sa première réunion, la Commission élira, parmi lesdits Délégués visés ci-dessus, un Président et un Vice-Président, qui resteront en fonctions pendant une année et seront rééligibles; si le poste de Président ou de Vice-Président devient vacant au cours d'une période annuelle, la Commission procédera immédiatement à une nouvelle élection pour le reste de ladite période.

§ 7.

La Commission est autorisée à nommer tous fonctionnaires, agents et em-

mission and confirmed in the course of the sixth month after the date of the original notice.

3.

Such of the other Allied and Associated Powers as may be interested shall have the right to appoint a Delegate to be present and act as Assessor only while their respective claims and interests are under examination or discussion, but without the right to vote.

4.

In case of the death, resignation or recall of any Delegate, Assistant Delagate or Assessor, a successor to him shall be nominated as soon as possible.

5.

The Commission will have its principal permanent Bureau in Paris and will hold its first meeting in Paris as soon as practicable after the coming into force of the present Treaty, and thereafter will meet in such place or places and at such time as it may deem convenient and as may be necessary for the most expeditious discharge of its duties.

6.

At its first meeting the Commission shall elect, from among the Delegates referred to above, a Chairman and a Vice-Chairman, who shall hold office for one year and shall be eligible for re-election. If a vacancy in the Chairmanship or Vice-Chairmanship should occur during the annual period, the Commission shall proceed to a new election for the remainder of the said period.

7.

The Commission is authorised to appoint all necessary officers, agents

ployés, qui peuvent être nécessaires pour l'exécutions, de ses fonctions, et à fixer leur rémunération, à constituer des comités, dont les membres ne seront pas nécessairement ceux de la Commission, et à prendre toutes mesures d'exécution nécessaires pour l'accomplissement de sa tâche, à déléguer autorité et pleins pouvoirs à ses fonctionnaires, agents et comités.

§ 8.

Toutes les délibérations de la Commission seront secrètes, à moins que, pour des raisons spéciales, la Commission, dans des cas particulier, n'en décide autrement.

§ 9.

La Commission devra, dans les délais qu'elle fixera de temps à autre, et si le Gouvernement allemand en fait la demande, entendre tous arguments et témoignages présentés par l'Allemagne sur toutes questions se rattachant à sa capacité de payement.

§ 10.

La Commission étudiera les réclamations et donnera au Gouvernement allemand l'équitable faculté de se faire entendre, sans qu'il puisse prendre aucune part, quelle qu'elle soit, aux décisions de la Commission. La Commission donnera la même faculté aux alliés de l'Allemagne, lorsqu'elle jugera que leurs intérêts sont en jeu.

§ 11.

La Commission ne sera liée par aucune législation ni par aucun code particuliers, ni par aucune règle spéciale concernant l'instruction ou la procédure; elle sera guidée par la justice, l'équité et la bonne foi. Ses décisions devront se conformer à des principes et à des règles uniformes

and employees who may be required for the execution of its functions, and to fix their remuneration; to constitute committees, whose members need not necessarily be members of the Commission, and to take all executive steps necessary for the purpose of discharging its duties; and to delegate authority and discretion to officers, agents and committees.

8.

All proceedings of the Commission shall be private, unless, on particular occasions, the Commission shall otherwise determine for special reasons.

9.

The Commission shall be required, if the German Government so desire, to hear, within a period which it will fix from time to time, evidence and arguments on the part of Germany on any question connected with her capacity to pay.

10.

The Commission shall consider the claims and give to the German Government a just opportunity to be heard, but not to take any part whatever in the decisions of the Commission. The Commission shall afford a similar opportunity to the allies of Germany, when it shall consider that their interests are in question.

11.

The Commission shall not be bound by any particular code or rules of law or by any particular rule of evidence or of procedure, but shall be guided by justice, equity and good faith. Its decisions must follow the same principles and rules in all cases where they are applicable. It will establish

dans tous les cas où ces principes et ces règles seront applicables. Elle fixera les règles relatives aux modes de preuve des réclamations. Elle pourra employer toute méthode légitime de calcul.

§ 12.

La Commission aura tous les pouvoirs et exercera toutes les attributions à elle conférés par le présent Traité.

La Commission aura, d'une façon générale, les pouvoirs de contrôle et d'exécution les plus étendus en ce qui concerne le problème des réparations tel qu'il est traité dans la présente Partie du présent Traité et aura pouvoir d'en interpréter les dispositions. Sous réserve des dispositions du présent Traité, la Commission est constituée par l'ensemble des Gouvernements alliés et associés visés aux paragraphes 2 et 3 comme leur représentant exclusif, pour leur part respective, en vue de recevoir, vendre, conserver et répartir le payement des réparations à effectuer par l'Allemagne aux termes de la présente Partie du présent Traité. Elle devra se conformer aux conditions et dispositions suivantes:

a) Toute fraction du montant total des créances vérifiées qui ne sera pas payée en or, ou en navires, valeurs et marchandises ou de toute autre façon, devra être couverte par l'Allemagne dans des conditions que la Commission déterminera par la remise, à titre de garantie, d'un montant équivalent de bons, de titres d'obligations ou autres, en vue de constituer une reconnaissance de la fraction de dette dont il s'agit.

b) En estimant périodiquement la capacité de payement de l'Allemagne, la Commission examinera le système fiscal allemand: 1° afin que tous les

rules relating to methods of proof of claims. It may act on any trustworthy modes of computation.

12.

The Commission shall have all the powers conferred upon it, and shall exercise all the functions assigned to it, by the present Treaty.

The Commission shall in general have wide latitude as to its control and handling of the whole reparation problem as dealt with in this part of the present Treaty and shall have authority to interpret its provisions. Subject to the provisions of the present Treaty, the Commission is constituted by the several Allied and Associated Governments referred to in paragraphs 2 and 3 above as the exclusive agency of the said Governments respectively for receiving, selling, holding, and distributing the reparation payments to be made by Germany under this Part of the present Treaty. The Commission must comply with the following conditions and provisions:

a) Whatever part of the full amount of the proved claims is not paid in gold, or in ships, securities, and commodities or otherwise, Germany shall be required, under such conditions as the Commission may determine, to cover by way of guarantee by an equivalent issue of bonds, obligations or otherwise, in order to constitute an acknowledgment of the said part of the debt.

b) In periodically estimating Germany's capacity to pay, the Commission shall examine the German system of taxation, first, to the end that the

revenus de l'Allemagne, y compris les revenus destinés au service ou à l'acquittement de tout emprunt intérieur, soient affectés par privilège au payement des sommes dues par elle à titre de réparations, et — 2° de façon à acquérir la certitude qu'en général le système fiscal allemand est tout à fait aussi lourd, proportionnellement, que celui d'une quelconque des Puissances représentées à la Commission.

c) Afin de faciliter et de poursuivre la restauration immédiate de la vie économique des Pays alliés et associés, la Commission, ainsi qu'il est prévu à l'article 235, recevra de l'Allemagne, comme garantie et reconnaissance de sa dette, un premier versement de bons au porteur en or, libres de taxe ou impôts de toute nature, établis ou susceptibles de l'être par les Gouvernements de l'Empire ou des Etats allemands ou par toute autorité en dépendant; ces bons seront remis en acompte et en trois fractions, comme il est dit ci-après (le mark or étant payable conformément à l'article 262 de la Partie IX [Clauses financières] du présent Traité):

1° Pour être émis immédiatement, 20 milliards (vingt milliards) de marks or en bons au porteur, payables jusqu'au 1er mai 1921 au plus tard, sans intérêts; on appliquera notamment à l'amortissement de ces bons les versements que l'Allemagne s'est engagée à effectuer conformément à l'article 235, déduction faite des sommes affectées au remboursement des dépenses d'entretien des troupes d'occupation et au payement des dépenses du ravitaillement en vivres et matières premières; ceux de ces bons qui n'auraient pas été amortis à la date du 1er mai 1921 seront alors échangés contre de nouveaux bons du même type que ceux prévus ci-après (12, *c*, 2°).

sums for reparation which Germany is required to pay shall become a charge upon all her revenues prior to that for the service or discharge of any domestic loan, and secondly, so as to satisfy itself that, in general, the German scheme of taxation is fully as heavy proportionately as that of any of the Powers represented on the Commission.

c) In order to facilitate and continue the immediate restoration of the economic life of the Allied and Associated countries, the Commission will as provided in Article 235 take from Germany by way of security for and acknowledgment of her debt a first instalment of gold bearer bonds free of all taxes and charges of every description established or to be established by the Government of the German Empire or of the German States, or by any authority subject to them; these bonds will be delivered on account and in three portions, the marks gold being payable in conformity with Article 262 of Part IX (Financial Clauses) of the present Treaty as follows:

1. To be issued forthwith, 20,000,000,000 Marks gold bearer bonds, payable not later than May 1, 1921, without interest. There shall be specially applied towards the amortisation of these bonds the payments which Germany is pledged to make in conformity with Article 235, after deduction of the sums used for the reimbursement of expenses of the armies of occupation and for payment of foodstuffs and raw materials. Such bonds as have not been redeemed by May 1, 1921, shall then be exchanged for new bonds of the same type as those provided for below (paragraph 12, c, 2).

2° Pour être émis immédiatement, 40 milliards (quarante milliards) de marks or en bons au porteur, portant intérêts à $2^1/_2$ % (deux et demi pour cent) entre 1921 et 1926 et ensuite à 5 % (cinq pour cent) avec 1 % (un pour cent) en supplément pour l'amortissement, à partir de 1926 sur le montant total de l'émission.

2. To be issued forthwith, further 40,000,000,000 Marks gold bearer bonds, bearing interest at $2^1/_2$ per cent. per annum between 1921 and 1926, and thereafter at 5 per cent. per annum with an additional 1 per cent. for amortisation beginning in 1926 on the whole amount of the issue.

3° Pour être délivré immédiatement, en couverture, un engagement écrit d'émettre à titre de nouveau versement, et seulement lorsque la Commission sera convaincue que l'Allemagne peut assurer le service des intérêts et du fonds d'amortissement desdits bons, 40 milliards (quarante milliards) de marks or en bons au porteur, portant intérêts à 5 % (cinq pour cent), les époques et le mode de payement du principal et des intérêts devant être déterminés par la Commission.

3. To be delivered forthwith a covering undertaking in writing to issue when, but not until, the Commission is satisfied that Germany can meet such interest and sinking fund obligations, a further instalment of 40,000,000,000 Marks gold 5 per cent. bearer bonds, the time and mode of payment of principal and interest to be determined by the Commission.

Les dates auxquelles les intérêts sont dus, le mode d'emploi du fonds d'amortissement et toutes questions analogues relatives à l'émission, à la gestion et à la réglementation de l'émission des bons seront déterminés de temps à autre par la Commission.

The dates for payment of interest, the manner of applying the amortisation fund, and all other questions relating to the issue, management and regulation of the bond issue shall be determined by the Commission from time to time.

De nouvelles émissions, à titre de reconnaissance et de garantie, peuvent être exigées dans les conditions que la Commission déterminera ultérieurement, de temps à autre.

Further issues by way of acknowledgment and security may be required as the Commission subsequently determines from time to time.

d) Au cas où des bons, obligations ou autres reconnaissances de dettes émis par l'Allemagne, comme garantie ou reconnaissance de sa dette de réparation, seraient attribués, à titre définitif et non à titre de garantie, à des personnes autres que les divers Gouvernements au profit desquels a été fixé à l'origine le montant de la dette de réparation de l'Allemagne, ladite dette sera à l'égard de ces derniers considérée comme éteinte, pour un

d) In the event of bonds, obligations or other evidence of indebtedness issued by Germany by way of security for or acknowledgment of her reparation debt being disposed of outright, not by way of pledge, to persons other than the several Governments in whose favour Germany's original reparation indebtedness was created, an amount of such reparation indebtedness shall be deemed to be extinguished corresponding to the nominal

montant correspondant à la valeur nominale des bons qui ont été ainsi attribués définitivement et l'obligation de l'Allemagne afférente auxdits bons sera limitée à l'obligation qui y est exprimée.

e) Les frais nécessités par les réparations et reconstructions des propriétés situées dans les régions envahies et dévastées, y compris la réinstallation des mobiliers, des machines et de tout matériel, seront évalués au coût de réparation et de reconstruction à l'époque où les travaux seront exécutés.

f) Les décisions de la Commission relatives à une remise totale ou partielle, en capital ou en intérêts, de toute dette vérifiée de l'Allemagne devront être motivées.

§ 13.

En ce qui concerne les votes, la Commission se conformera aux règles suivantes:

Quand la Commission prend une décision, les votes de tous les Délégués ayant le droit de voter, ou, en l'absence de certains d'entre eux, de leurs Délégués adjoints, seront enregistrés. L'abstention est considérée comme un vote émis contre la proposition en discussion. Les assesseurs n'ont pas le droit de vote.

Sur les questions suivantes l'unanimité est nécessaire:

a) Questions intéressant la souveraineté des Puissances alliées et associées ou concernant la remise de tout ou partie de la dette ou des obligations de l'Allemagne;

b) Questions relatives au montant et aux conditions des bons et autres titres d'obligations à remettre par le Gouvernement allemand et à la fixation de l'époque et du mode de leur vente, négociation ou répartition;

value of the bonds, etc., so disposed of outright, and the obligation of Germany in respect of such bonds, shall be confined to her liabilities to the holders of the bonds as expressed upon their face.

e) The damage for repairing, reconstructing and rebuilding property in the invaded and devastated districts, including reinstallation of furniture, machinery and other equipment, will be calculated according to the cost at the dates when the work is done.

f) Decisions of the Commission relating to the total or partial cancellation of the capital or interest of any verified debt of Germany must be accompanied by a statement of its reasons.

13.

As to voting, the Commission will observe the following rules:

When a decision of the Commission is taken, the votes of all the Delegates entitled to vote, or in the absence of any of them, of their Assistant Delegates, shall be recorded. Abstention from voting is to be treated as a vote against the proposal under discussion. Assessors have no vote.

On the following questions unanimity is necessary:

a) Questions involving the sovereignty of any of the Allied and Associated Powers, or the cancellation of the whole or any part of the debt or obligations of Germany;

b) Questions of determining the amount and conditions of bonds or other obligations to be issued by the German Government and of fixing the time and manner for selling, negotiating or distributing such bonds;

c) Tout report total ou partiel, au delà de l'année 1930, des payements venant à échéance entre le 1er mai 1921 et la fin de 1926 incluse;

d) Tout report total ou partiel, pour une durée supérieure à trois années, des payements venant à échéance après 1926;

e) Questions relatives à l'application, dans un cas particulier, d'une méthode d'évaluation des dommages différente de celle qui a été précédemment adoptée dans un cas semblable;

f) Questions d'interprétation des dispositions de la présente Partie du présent Traité.

Toutes autres questions seront résolues par un vote à la majorité.

Au cas où surgirait entre les Délégués un conflit d'opinion sur la question de savoir si une espèce déterminée est une de celles dont la décision exige ou non un vote unanime et au cas où ce conflit ne pourrait être résolu par un appel à leurs Gouvernements, les Gouvernements alliés et associés s'engagent à déférer immédiatement ce conflit à l'arbitrage d'une personne impartiale sur la désignation de laquelle ils se mettront d'accord et dont ils s'engagent à accepter la sentence.

§ 14.

Les décisions prises par la Commission en conformité des pouvoirs qui lui sont conférés seront aussitôt exécutoires et pourront recevoir application immédiate sans autre formalité.

§ 15.

La Commission remettra à chaque Puissance intéressée, en telle forme qu'elle fixe:

1° Un certificat mentionnant qu'elle détient pour le compte de ladite Puissance de bons des émissions susmen-

c) Any postponement, total or partial, beyond the end of 1930, of the payment of instalments falling due between May 1, 1921, and the end of 1926 inclusive;

d) Any postponement, total or partial, of any instalment falling due after 1926 for a period exceeding three years;

e) Questions of applying in any particular case a method of measuring damages different from that which has been previously applied in a similar case;

f) Questions of the interpretation of the provisions of this Part of the present Treaty.

All other questions shall be decided by the vote of a majority.

In case of any difference of opinion among the Delegates, which cannot be solved by reference to their Governments, upon the question whether a given case is one which requires a unanimous vote for its decision or not, such difference shall be referred to the immediate arbitration of some impartial person to be agreed upon by their Governments, whose award the Allied and Associated Governments agree to accept.

14.

Decisions of the Commissions, in accordance with the powers conferred upon it, shall forthwith become binding and may be put into immediate execution without further proceedings.

15.

The Commission will issue to each of the interested Powers, in such form as the Commission shall fix:

1. A certificate stating that it holds for the account of the said Power bonds of the issues mentioned above,

tionnées, ledit certificat pouvant, sur la demande de la Puissance dont il s'agit, être divisé en un nombre de coupures n'excédant pas cinq;

2° De temps à autre, des certificats mentionnant qu'elle détient pour le compte de ladite Puissance tous autres biens livrés par l'Allemagne en acompte sur sa dette pour réparations.

Les certificats susvisés seront nominatifs et pourront, après notification à la Commission, être transmis par voie d'endossement.

Lorsque des bons sont émis pour être vendus ou négociés et lorsque des biens sont livrés par la Commission, un montant correspondant de certificats doit être retiré.

§ 16.

Le Gouvernement allemand sera débité, à partir du 1er mai 1921, de l'intérêt sur sa dette telle q'uelle aura été fixée par la Commission, déduction faite de tous versements effectués sous forme de payements en espèces ou leurs équivalents ou en bons émis au profit de la Commission et de tous payements visés à l'article 243. Le taux de cet intérêt sera fixé à 5 %, à moins que la Commission n'estime, à quelque date ultérieure, que les circonstances justifient une modification de ce taux.

La Commission, en fixant au 1er mai 1921 le montant global de la dette de l'Allemagne, pourra tenir compte des intérêts dus sur les sommes afférentes à la réparation des dommages matériels à partir du 11 novembre 1918 jusqu'au 1er mai 1921.

§ 17.

En cas de manquement par l'Allemagne à l'exécution qui lui incombe de l'une quelconque des obligations

the said certificate, on the demand of the Power concerned, being divisible in a number of parts not exceeding five;

2. From time to time certificates stating the goods delivered by Germany on account of her reparation debt which it holds for the account of the said Power.

The said certificates shall be registered, and upon notice to the Commission, may be transferred by endorsement.

When bonds are issued for sale or negotiation, and when goods are delivered by the Commission, certificates to an equivalent value must be withdrawn.

16.

Interest shall be debited to Germany as from May 1, 1921, in respect of her debt as determined by the Commission, after allowing for sums already covered by cash payments or their equivalent, or by bonds issued to the Commission, or under Article 243. The rate of interest shall be 5 per cent. unless the Commission shall determine at some future time that circumstances justify a variation of this rate.

The Commission, in fixing on May 1, 1921, the total amount of the debt of Germany, may take account of interest due on sums arising out of the reparation of material damage as from November 11, 1918, up to May 1, 1921.

17.

In case of default by Germany in the performance of any obligation under this Part of the present Treaty,

visées à la présente Partie du présent Traité, la Commission signalera immédiatement cette inexécution à chacune des Puissances intéressées en y joignant toutes propositions qui lui paraîtront opportunes au sujet des mesures à prendre en raison de cette inexécution.

§ 18.

Les mesures que les Puissances alliées et associées auront le droit de prendre en cas de manquement volontaire par l'Allemagne, et que l'Allemagne s'engage à ne pas considérer comme des actes d'hostilité, peuvent comprendre des actes de prohibitions et de représailles économiques et financières et, en général, telles autres mesures que les Gouvernements respectifs pourront estimer nécessitées par les circonstances.

§ 19.

Les payements, qui doivent être effectués en or ou ses équivalents en acompte sur les réclamations verifiées des Puissances alliées et associées peuvent à tout moment être acceptés par la Commission sous forme de biens mobiliers et immobiliers, de marchandises, entreprises, droits et concessions en territoires allemandes ou en dehors de ces territoires, de navires, obligations, actions ou valeurs de toute nature ou monnaies de l'Allemagne ou d'autres Etats; leur valeur de remplacement par rapport à l'or étant fixée à un taux juste et loyal par la Commission elle-même.

§ 20.

La Commission, en fixant ou acceptant les payements qui s'effectueront par remise de biens ou droits déterminés, tiendra compte de tous droits et intérêts légitimes des Puissances alliées et associées ou neutres et de leurs ressortissants dans lesdits.

the Commission will forthwith give notice of such default to each of the interested Powers and may make such recommendations as to the action to be taken in consequence of such default as it may think necessary.

18.

The measures which the Allied and Associated Powers shall have the right to take, in case of voluntary default by Germany, and which Germany agrees not to regard as acts of war, may include economic and financial prohibitions and reprisals and in general such other measures as the respective Governments may determine to be necessary in the circumstances.

19.

Payments required to be made in gold or its equivalent on account of the proved claims of the Allied and Associated Powers may at any time be accepted by the Commission in the form of chattels, properties, commodities, businesses, rights, concessions, within or without German territory, ships, bonds, shares or securities of any kind, or currencies of Germany or other States, the value of such substitutes for gold being fixed at a fair and just amount by the Commission itself.

20.

The Commission, in fixing or accepting payment in specified properties or rights, shall have due regard for any legal or equitable interests of the Allied and Associated Powers or of neutral Powers or of their nationals therein.

§ 21.

Aucun membre de la Commission ne sera responsable, si ce n'est vis-à-vis du Gouvernement qui l'a désigné, de tout acte ou omission dérivant de ses fonctions. Aucun des Gouvernements alliés et associés n'assume de responsabilité pour le compte d'aucun autre Gouvernement

§ 22.

Sous réserve des stipulations du présent Traité, la présente Annexe pourra être amendée par la décision unanime des Gouvernements représentés à la Commission.

§ 23.

Quand l'Allemagne et ses Alliés se seront acquittés de toutes sommes dues par eux en exécution du présent Traité ou des décisions de la Commission et quand toutes les sommes reçues ou leurs équivalents auront été répartis entres les Puissances intéressées, la Commission sera dissoute.

Annexe III.

§ 1er.

L'Allemagne reconnaît le droit des Puissances alliées et associées au remplacement tonneau pour tonneau (jauge brute) et catégorie pour catégorie de tous les navires et bateaux de commerce et de pêche perdus ou endommagés par faits de guerre.

Toutefois, et bien que les navires et bateaux allemands existant à ce jour représentent un tonnage très inférieur à celui des pertes subies par les Puissances alliées et associées, en conséquence de l'agression allemande, le droit reconnu ci-dessus sera exercé sur ces navires et bateaux allemands dans les conditions suivantes:

Le Gouvernement allemand, en son nom et de façon à lier tous autres

21.

No member of the Commission shall be responsible, except to the Government appointing him, for any action or omission as such member. No one of the Allied or Associated Governments assumes any responsibility in respect of any other Government.

22.

Subject to the provisions of the present Treaty this Annex may be amended by the unanimous decision of the Governments represented from time to time upon the Commission.

23.

When all the amounts due from Germany and her allies under the present Treaty or the decisions of the Commission have been discharged and all sums received, or their equivalents, shall have been distributed to the Powers interested, the Commission shall be dissolved.

Annex III.

1.

Germany recognises the right of the Allied and Associated Powers to the replacement, ton for ton (gross tonnage) and class for class, of all merchant ships and fishing boats lost or damaged owing to the war.

Nevertheless, and in spite of the fact that the tonnage of German shipping at present in existence is much less than that lost by the Allied and Associated Powers in consequence of the German aggression, the right thus recognised will be enforced on German ships and boats under the following conditions:

The German Government, on behalf of themselves and so as to bind all

intéressés, cède aux Gouvernements alliés et associés la propriété de tous navires marchands de 1,600 tonnes brutes et au-dessus appartenant à ses ressortissants, ainsi que la moitié en tonnage des navires dont le tonnage brut est compris entre 1,000 et 1,600 tonnes et le quart en tonnage des chalutiers à vapeur, ainsi que le quart en tonnage des autres bateaux de pêche.

§ 2.

Le Gouvernement allemand, dans un délai de deux mois après la mise en vigueur du présent Traité, remettra à la Commission des réparations tous les navires et bateaux visés par le paragraphe 1er.

§ 3.

Les navires et bateaux visés par le paragraphe 1er comprennent tous les navires et bateaux: a) battant ou ayant le droit de battre le pavillon marchand allemand; ou b) appartenant à un ressortissant allemand, à une société ou à une compagnie allemande ou à une société ou compagnie d'un pays autre que les Pays alliés ou associés et sous le contrôle ou la direction de ressortissants allemands; ou c) actuellement en construction: 1° en Allemagne; 2° dans des pays autres que les Pays alliés ou associés pour le compte d'un ressortissant allemand, d'une société ou d'une compagnie allemande.

§ 4.

Afin de fournir des titres de propriété pour chacun des navires remis comme ci-dessus, le Gouvernement allemand:

a) Remettra pour chaque navire à la Commission des réparations, suivant sa demande, un acte de vente ou tout

other persons interested, cede to the Allied and Associated Governments the property in all the German merchant ships which are of 1,600 tons gross and upwards: in one-half, reckoned in tonnage, of the ships which are between 1,000 tons and 1,600 tons gross; in one-quarter, reckoned in tonnage, of the steam trawlers; and in one-quarter, reckoned in tonnage, of the other fishing boats.

2.

The German Government will, within two months of the coming into force of the present Treaty, deliver to the Reparation Commission all the ships and boats mentioned in Paragraph 1.

3.

The ships and boats mentioned in paragraph 1 include all ships and boats which a) fly, or may be entitled to fly, the German merchant flag; or b) are owned by any German national, company or corporation or by any company or corporation belonging to a country other than an Allied or Associated country and under the control or direction of German nationals; or c) are now under construction 1) in Germany, 2) in other than Allied or Associated countries for the account of any German national, company or corporation.

4.

For the purpose of providing documents of title for the ships and boats to be handed over as above mentioned, the German Government will:

a) Deliver to the Reparation Commission in respect of each vessel a bill of sale or other document of title

autre titre de propriété établissant le transfert à ladite Commission de la pleine propriété du navire libre de tous privilèges, hypothèques et charges quelconques;

b) Prendra toutes mesures qui pourront être indiquées par la Commission des réparations pour assurer la mise de ces navires à la disposition de ladite Commission.

§ 5.

Comme mode supplémentaire de réparation partielle, l'Allemagne s'engage à faire construire des navires de commerce, sur les chantiers allemands, pour le compte des Gouvernements alliés et associés, de la façon suivante:

a) Dans un délai de trois mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, la Commission des réparations notifiera au Gouvernement allemand le montant du tonnage à mettre en chantier dans chacune des deux années qui suivront les trois mois ci-dessus mentionnés.

b) Dans le délai de deux ans à dater de la mise en vigueur du présent Traité, la Commission des réparations notifiera au Gouvernement allemand le montant du tonnage à mettre en chantier dans chacune des trois années qui suivront les deux années ci-dessus mentionnées.

c) Le montant du tonnage à mettre en chantier pour chaque année ne dépassera pas 200,000 tonneaux de jauge brute.

d) Les spécifications des navires à construire, les conditions dans lesquelles ils devront être construits ou livrés, le prix par tonneau pour lequel ils devront être portés en compte par la Commission des réparations, et toutes autres questions relatives à

evidencing the transfer to the Commission of the entire property in the vessel, free from all encumbrances, charges and liens of all kinds, as the Commission may require;

b) Take all measures that may be indicated by the Reparation Commission for ensuring that the ships themselves shall be placed at its disposal.

5.

As an additional part of reparation, Germany agrees to cause merchant ships to be built in German yards for the account of the Allied and Associated Governments as follows:

a) Within three months of the coming into force of the present Treaty, the Reparation Commission will notify to the German Government the amount of tonnage to be laid down in German shipyards in each of the two years next succeeding the three months mentioned above.

b) Within two years of the coming into force of the present Treaty, the Reparation Commission will notify to the German Government the amount of tonnage to be laid down in each of the three years following the two years mentioned above.

c) The amount of tonnage to be laid down in each year shall not exceed 200,000 tons, gross tonnage.

d) The specifications of the ships to be built, the conditions under which they are to be built and delivered, the price per ton at which they are to be accounted for by the Reparation Commission, and all other questions relating to the accounting, ordering,

la commande, à la construction et à la livraison des navires ainsi qu'à leur entrée en compte, seront déterminés par ladite Commission.

building and delivery of the ships, shall be determined by the Commission.

§ 6.

L'Allemagne s'engage à restituer en nature et en état normal d'entretien aux Puissances alliées et associées, dans un délai de deux mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, conformément à une procédure qui sera établie par la Commission des réparations, tous les bateaux et autres engins mobiles de navigation fluviale qui, depuis le 1er août 1914, ont passé, à un titre quelconque, en sa possession ou en possession de l'un de ses ressortissants, et qui pourront être identifiés.

En vue de compenser les pertes du tonnage fluvial, dues à n'importe quelle cause, subies pendant la guerre par les Puissances alliées et associées et qui ne pourront pas être réparées par les restitutions prescrites ci-dessus, l'Allemagne s'engage à céder à la Commission des réparations une partie de sa batellerie fluviale jusqu'à concurrence du montant de ces pertes, ladite cession ne pouvant dépasser 20 p. 100 du total de cette batellerie telle qu'elle existait à la date du 11 novembre 1918.

Les modalités de cette cession seront réglées par les arbitres prévus à l'article 339 de la Partie XII (Ports, Voies d'eau et Voies ferrées) du présent Traité, qui sont chargés de résoudre les difficultés relatives à la répartition du tonnage fluvial et résultant du nouveau régime international de certains réseaux fluviaux ou des modifications territoriales affectant ces réseaux.

6.

Germany undertakes to restore in kind and in normal condition of upkeep to the Allied and Associated Powers, within two months of the coming into force of the present Treaty, in accordance with procedure to be laid down by the Reparation Commission, any boats and other movable appliances belonging to inland navigation which since August 1, 1914, have by any means whatever come into her possession or into the possession of her nationals, and which can be identified.

With a view to make good the loss in inland navigation tonnage, from whatever cause arising, which has been incurred during the war by the Allied and Associated Powers, and which cannot be made good by means of the restitution prescribed above, Germany agrees to cede to the Reparation Commission a portion of the German river fleet up to the amount of the loss mentioned above, provided that such cession shall not exceed 20 per cent. of the river fleet as it existed on November 11, 1918.

The conditions of this cession shall be settled by the arbitrators referred to in Article 339 of Part XII (Ports, Waterways and Railways) of the present Treaty, who are charged with the settlement of difficulties relating to the apportionment of river tonnage resulting from the new international régime applicable to certain river systems or from the territorial changes affecting those systems.

§ 7.

L'Allemagne s'engage à prendre toutes les mesures que la Commission des réparations peut lui indiquer en vue d'obtenir le plein droit de propriété sur tous les navires qui peuvent avoir été transférés pendant la guerre ou être en voie de transfert sous pavillons neutres, sans le consentement des Gouvernements alliés et associés.

7.

Germany agrees to take any measures that may be indicated to her by the Reparation Commission for obtaining the full title to the property in all ships which have during the war been transferred, or are in process of transfer, to neutral flags, without the consent of the Allied and Associated Governments.

§ 8.

L'Allemagne renonce à toute revendication de quelque nature que ce soit contre les Gouvernements alliés et associés et leurs ressortissants, en ce qui concerne la détention ou l'utilisation de tous navires ou bateaux allemands et toute perte ou dommage subis par lesdits navires ou bateaux, exception faite des payements dus par suite de l'emploi de ces bateaux en conformité du Protocole d'armistice du 13 janvier 1919 et des Protocoles subséquents.

La livraison de la flotte commerciale allemande devra continuer à être effectuée sans interruption, conformément auxdits Protocoles.

8.

Germany waives all claims of any description against the Allied and Associated Governments and their nationals in respect of the detention, employment, loss or damage of any German ships or boats, exception being made of payments due in respect of the employment of ships in conformity with the Armistice Agreement of January, 13, 1919, and subsequent Agreements.

The handing over of the ships of the German mercantile marine must be continued without interruption in accordance with the said Agreement.

§ 9.

L'Allemagne renonce à toutes revendications sur des navires ou cargaisons coulés du fait ou par la suite d'une action navale ennemie et sauvés ensuite, et dans lesquels un des Gouvernements alliés ou associés ou leurs ressortissants ont des intérêts, comme propriétaires, affréteurs, assureurs ou à tout autre titre, nonobstant tout jugement de condamnation qui peut avoir été prononcé par un Tribunal des prises de l'Allemagne ou de ses Alliés.

9.

Germany waives all claims to vessels or cargoes sunk by or in consequence of naval action and subsequently salved, in which any of the Allied or Associated Governments or their nationals may have any interest either as owners, charterers, insurers or otherwise, notwithstanding any decree of condemnation which may have been made by a Prize Court of Germany or of her allies.

Annexe IV.

§ 1er.

Les Puissances alliées et associées exigent, et l'Allemagne accepte que l'Allemagne, en satisfaction partielle de ses obligations définies par la présente Partie, et suivant les modalités ci-après définies, applique ses ressources économiques directement à la restauration matérielle des régions envahies des Puissances alliées et associées, dans la mesure où ces Puissances le détermineront.

§ 2.

Les Gouvernements des Puissances alliées et associées saisiront la Commission des réparations de listes donnant:

a) Les animaux, machines, équipements, tours, et tous articles similaires d'un caractère commercial qui ont été saisis, usés ou détruits par l'Allemagne, ou détruits en conséquence directe des opérations militaires, et que ces Gouvernements désirent, pour la satisfaction de besoins immédiats et urgents, voir être remplacés par des animaux ou articles de même nature, existant sur le territoire allemand à la date de la mise en vigueur du présent Traité;

b) Les matériaux de reconstruction (pierre, briques, briques refractaires, tuiles, bois de charpente, verres à vitres, acier, chaux, ciment, etc.), machines, appareils de chauffage, meubles et tous articles d'un caractère commercial que lesdits Gouvernements désirent voir être produits et fabriqués en Allemagne et livrés à eux pour la restauration des régions envahies.

§ 3.

Les listes relatives aux articles mentionnés dans le paragraphe 2 a)

Annex IV.

1.

The Allied and Associated Powers require, and Germany undertakes, that in part satisfaction of her obligations expressed in the present Part she will, as hereinafter provided, devote her economic resources directly to the physical restoration of the invaded areas of the Allied and Associated Powers, to the extent that these Powers may determine.

2.

The Allied and Associated Governments may file with the Reparation Commission lists showing:

a) Animals, machinery, equipment, tools and like articles of a commercial character, which have been seized, consumed or destroyed by Germany or destroyed in direct consequence of military operations, and which such Governments, for the purpose of meeting immediate and urgent needs, desire to have replaced by animals and articles of the same nature which are in being in German territory at the date of the coming into force of the present Treaty;

b) Reconstruction materials (stones, bricks, refractory bricks, tiles, wood, window-glass, steel, lime, cement, etc.), machinery, heating apparatus, furniture and like articles of a commercial character which the said Governments desire to have produced and manufactured in Germany and delivered to them to permit of the restoration of the invaded areas.

3.

The lists relating to the articles mentioned in 2 a) above shall be

ci-dessus seront fournies dans les soixante jours qui suivront la mise en vigueur du présent Traité.

Les listes relatives aux articles mentionnés dans le paragraphe 2 b) ci-dessus seront fournies le 31 décembre 1919, dernier délai.

Les listes contiendront tous les détails d'usage dans les contrats commerciaux relatifs aux articles visés, y compris spécification, délai de livraison (ce délai ne devant pas dépasser quatre ans) et lieu de livraison; mais elles ne contiendront ni prix, ni estimation, ces prix ou estimation devant être fixés par la Commission, comme il est dit ci-après.

§ 4.

Dès réception des listes, la Commission examinera dans quelle mesure les matériaux et animaux mentionnés dans ces listes peuvent être exigés de l'Allemagne. Pour fixer sa décision, la Commission tiendra compte des nécessités intérieures de l'Allemagne, autant que cela sera nécessaire au maintien de sa vie sociale et économique; elle fera état également des prix et des dates auxquels les articles semblables peuvent être obtenus dans les Pays alliés et accociés et les comparera à ceux applicables aux articles allemands; elle fera état, enfin, de l'intérêt général qu'ont les Gouvernements alliés et associés à ce que la vie industrielle de l'Allemagne ne soit pas désorganisée au point de compromettre sa capacité d'accomplir les autres actes de réparation exigés d'elle.

Toutefois, il ne sera demandé à l'Allemagne des machines, des équipements, des tours et tous articles similaires d'un caractère commercial

filed within sixty days after the date of the coming into force of the present Treaty.

The lists relating to the articles in 2 b) above shall be filed on or before December 31, 1919.

The lists shall contain all such details as are customary in commercial contracts dealing with the subject matter, including specifications, dates of delivery (but not extending over more than four years), and places of delivery, but not price or value, which shall be fixed as hereinafter provided by the Commission.

4.

Immediately upon the filing of such lists with the Commission, the Commission shall consider the amount and number of the materials and animals mentioned in the lists provided for above which are to be required of Germany. In reaching a decision on this matter the Commission shall take into account such domestic requirements of Germany as it deems essential for the maintenance of Germany's social and economic life, the prices and dates at which similar articles can be obtained in the Allied and Associated countries as compared with those to be fixed for German articles, and the general interest of the Allied and Associated Governments that the industrial life of Germany be not so disorganised as to affect adversely the ability of Germany to perform the other acts of reparation stipulated for.

Machinery, equipment, tools and like articles of a commercial character in actual industrial use are not, however, to be demanded of Germany

actuellement en service dans l'industrie, que si aucun stock de ces articles n'est disponible et à vendre; d'autre part, les demandes de cette nature n'excéderont pas 30 p. 100 des quantités de chaque article en service dans un établissement allemand ou une entreprise allemande quelconque.

La Commission donnera aux représentants du Gouvernement allemand la faculté de se faire entendre, dans un délai déterminé, sur sa capacité de fournir lesdits matériaux, animaux et objets.

La décision de la Commission sera ensuite, et le plus rapidement possible, notifiée au Gouvernement allemand et aux différents Gouvernements alliés et associés intéressés.

Le Gouvernement allemand s'engage à livrer les matériaux, objets et animaux, précisés dans cette notification, et les Gouvernements alliés et associés intéressés s'engagent, chacun pour ce qui le concerne, à accepter ces mêmes fournitures, sous réserve qu'elles seront conformes aux spécifications données ou ne seront pas, de l'avis de la Commission, impropres à l'emploi requis pour le travail de réparation.

§ 5.

La Commission déterminera la valeur à attribuer aux matériaux, objets et animaux, livrés comme il est dit ci-dessus, et les Gouvernements alliés et associés qui recevront ces fournitures acceptent d'être débités de leur valeur et reconnaissent que la somme correspondante devra être traitée comme un payement fait par l'Allemagne, à répartir conformément à l'article 237 de la présente Partie du présent Traité.

unless there is no free stock of such articles respectively which is not in use and is available, and then not in excess of thirty per cent. of the quantity of such articles in use in any one establishment or undertaking.

The Commission shall give representatives of the German Government an opportunity and a time to be heard as to their capacity to furnish the said materials, articles and animals.

The decision of the Commission shall thereupon and at the earliest possible moment be communicated to the German Government and to the several interested Allied and Associated Governments.

The German Government undertakes to deliver the materials, articles and animals as specified in the said communication, and the interested Allied and Associated Governments severally agree to accept the same, provided they conform to the specification given, or are not, in the judgment of the Commission, unfit to be utilized in the work of reparation.

5.

The Commission shall determine the value to be attributed to the materials, articles and animals to be delivered in accordance with the foregoing, and the Allied or Associated Power receiving the same agrees to be charged with such value, and the amount thereof shall be treated as a payment by Germany to be divided in accordance with Article 237 of this Part of the present Treaty.

Dans le cas où le droit de requérir la restauration matérielle aux conditions ci-dessus définies sera exercé, la Commission s'assurera que la somme portée au crédit de l'Allemagne représente la valeur normale du travail fait ou des matériaux fournis par elle et que le montant de la réclamation faite par la Puissance intéressée pour le dommage ainsi partiellement réparé est diminué dans la proportion de la contribution à la réparation ainsi fournie.

§ 6.

A titre d'avance immédiate, en acompte sur les animaux visés au paragraphe 2 a) ci-dessus, l'Allemagne s'engage à livrer dans les trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, à raison d'un tiers par mois et par espèce, les quantités ci-dessous de bétail vivant:

1° Au Gouvernement français.

500	étalons de 3 à 7 ans;
30,000	pouliches et juments de 18 mois à 7 ans, des races ardennaise, boulonnaise ou belge;
2,000	taureaux de 18 mois à 3 ans;
90,000	vaches laitières de 2 à 6 ans;
1,000	béliers;
100,000	brebis;
10,000	chèvres.

2° Au Gouvernement belge.

200	étalons de 3 à 7 ans, de la race de gros trait belge;
5,000	juments de 3 à 7 ans, de la race de gros trait belge;
5,000	pouliches de 18 mois à 3 ans, de la race de gros trait belge;

In cases where the right to require physical restoration as above provided is exercised, the Commission shall ensure that the amount to be credited against the reparation obligation of Germany shall be the fair value of work done or materials supplied by Germany, and that the claim made by the interested Power in respect of the damage so repaired by physical restoration shall be discharged to the extent of the proportion which the damage thus repaired bears to the whole of the damage thus claimed for.

6.

As an immediate advance on account of the animals referred to in paragraph 2 a) above, Germany undertakes to deliver in equal monthly instalments in the three months following the coming into force of the present Treaty, the following quantities of live stock:

1) To the French Government.

500	stallions (3 to 7 years);
30,000	fillies and mares (18 months to 7 years) type: Ardennais, Boulonnais or Belgian;
2,000	bulls (18 months to 3 years);
90,000	milch cows (2 to 6 years);
1,000	rams;
100,000	sheep;
10,000	goats.

2) To the Belgian Government.

200	stallions (3 to 7 years), large Belgian type;
5,000	mares (3 to 7 years), large Belgian type;
5,000	fillies (18 months to 3 years), large Belgian type;

2,000 taureaux de 18 mois à 3 ans;
50,000 vaches laitières de 2 à 6 ans;
40,000 génisses;
200 béliers;
20,000 brebis;
15,000 truies.

Les animaux livrés seront de santé et de condition normale.

Si les animaux ainsi livrés ne peuvent pas être identifiés comme ayant été enlevés ou saisis, leur valeur sera portée au crédit des obligations de réparations de l'Allemagne, conformément aux stipulations du paragraphe 5 de la présente Annexe.

§ 7.

Sans attendre que les décisions de la Commission prévue au paragraphe 4 de la présente Annexe puissent être prises, l'Allemagne devra continuer à effectuer à la France les livraisons de matériel agricole, prévues à l'article III du renouvellement d'armistice en date du 16 janvier 1919.

Annexe V.

§ 1er.

L'Allemagne s'engage à livrer, sur leur demande respective, aux Puissances signataires du présent Traité ci-dessous mentionnées, les quantités de charbons et de dérives du charbon ci-après définies.

§ 2.

L'Allemagne livrera à la France sept millions de tonnes de charbon par an, pendant dix ans. En outre, l'Allemagne livrera chaque année à la France une quantité de charbon égale à la différence entre la production annuelle avant la guerre des mines du Nord et du Pas-de-Calais détruites

2,000 bulls (18 months to 3 years);
50,000 milch cows (2 to 6 years);
40,000 heifers;
200 rams;
20,000 sheep,
15,000 sows.

The animals delivered shall be of average health and condition.

To the extent that animals so delivered cannot be identified as animals taken away or seized, the value of such animals shall be credited against the reparation obligations of Germany in accordance with paragraph 5 of this Annex.

7.

Without waiting for the decisions of the Commission referred to in paragraph 4 of this Annex to be taken, Germany must continue the delivery to France of the agricultural materiel referred to in Article III of the renewal dated January 16, 1919, of the Armistice.

Annex V.

1.

Germany accords the following options for the delivery of coal and derivatives of coal to the undermentioned signatories of the present Treaty.

2.

Germany undertakes to deliver to France seven million tons of coal per year for ten years. In addition, Germany undertakes to deliver to France annually for a period not exceeding ten years an amount of coal equal to the difference between the annual production before the war of

du fait de la guerre et la production du bassin couvert par ces mines pendant l'année envisagée. Cette dernière fourniture sera effectuée pendant dix ans et ne dépassera pas vingt millions de tonnes par an pendant les cinq premières années et huit millions de tonnes par an pendant les cinq années suivantes.

Il est entendu que toute diligence sera faite pour la remise en état des mines du Nord et du Pas-de-Calais.

§ 3.

L'Allemagne livrera à la Belgique huit millions de tonnes de charbon par an pendant dix ans.

§ 4.

L'Allemagne livrera à l'Italie les quantités maxima de charbon ci-après:

Juillet 1919 à juin 1920: 4 millions $^1/_2$ de tonnes,
Juillet 1920 à juin 1921: 6 millions de tonnes,
Juillet 1921 à juin 1922: 7 millions $^1/_2$ de tonnes,
Juillet 1922 à juin 1923: 8 millions de tonnes,
Juillet 1923 à juin 1924: 8 millions $^1/_2$ de tonnes
et, pendant chacune des cinq années suivantes: 8 millions $^1/_2$ de tonnes.

Les deux tiers au moins des livraisons seront faites par voie de terre.

§ 5.

L'Allemagne livrera au Luxembourg, si elle en est requise par la Commission des réparations, une quantité annuelle de charbon égale à la quantité annuelle de charbon allemand consommée par le Luxembourg avant la guerre.

the coal mines of the Nord and Pas de Calais, destroyed as a result of the war, and the production of the mines of the same area during the years in question: such delivery not to exceed twenty million tons in any one year of the first five years, and eight million tons in any one year of the succeeding five years.

It is understood that due diligence will be exercised in the restoration of the destroyed mines in the Nord and the Pas de Calais.

3.

Germany undertakes to deliver to Belgium eight million tons of coal annually for ten years.

4.

Germany undertakes to deliver to Italy up to the following quantities of coal:

July 1919 to June 1920 4$^1/_2$ million tons,
July 1920 to June 1921 6 million tons,
July 1921 to June 1922 7$^1/_2$ million tons,
July 1922 to June 1923 8 million tons,
July 1923 to June 1924 8$^1/_2$ million tons,
and each of the following five years 8$^1/_2$ million tons.

At least two-thirds of the actual deliveries to be land-borne.

5.

Germany further undertakes to deliver annually to Luxemburg, if directed by the Reparation Commission, a quantity of coal equal to the pre-war annual consumption of German coal in Luxemburg.

§ 6.

Les prix à payer pour les livraisons de charbon effectuées en vertu desdites options seront les suivants:

a) *Fourniture par voie de fer ou par eau.* — Le prix sera le prix allemand sur carreau de la mine payé par les ressortissants allemands, plus le fret jusqu'aux frontières française, belge, italienne ou luxembourgeoise, étant entendu que le prix sur le carreau de la mine n'excédera pas le prix, sur le carreau de la mine, du charbon anglais pour l'exportation. Dans le cas du charbon de soute belge, le prix ne dépassera pas celui du charbon de soute hollandais.

Les tarifs de transport par voie de fer ou par eau ne dépasseront pas les tarifs les plus bas appliqués aux transports de même nature en Allemagne.

b) *Fourniture par voie de mer.* — Le prix sera soit le prix d'exportation allemand f. o. b. dans les ports allemands, soit le prix d'exportation anglais f. o. b. dans les ports anglais et dans tous les cas le plus bas des deux.

6.

The prices to be paid for coal delivered under these options shall be as follows:

a) For overland delivery, including delivery by barge, the German pithead price to German nationals, plus the freight to French, Belgian, Italian or Luxemburg frontiers, provided that the pithead price does not exceed the pithead price of British coal for export. In the case of Belgian bunker coal, the price shall not exceed the Dutch bunker price.

Railroad and barge tariffs shall not be higher than the lowest similar rates paid in Germany.

b) For sea delivery, the German export price f.o.b. German ports, or the British export price f.o.b. British ports, whichever may be lower.

§ 7.

Les Gouvernements alliés et associés intéressés pourront demander la livraison de coke métallurgique en remplacement de charbon, à raison de 3 tonnes de coke par 4 tonnes de charbon.

7.

The Allied and Associated Governments interested may demand the delivery, in place of coal, of metallurgical coke in the proportion of 3 tons of coke to 4 tons of coal.

§ 8.

L'Allemagne s'engage à fournir à la France, et à transporter à la frontière française, par voie de fer ou par eau, les produits suivants, pendant chacune des trois années qui suivront la mise en vigueur du présent Traité:

Benzol . . . . . 35,000 tonnes,
Goudron de houille . 50,000 tonnes,
Sulfate d'ammoniaque 30,000 tonnes.

8.

Germany undertakes to deliver to France, and to transport to the French frontier by rail or by water, the following products, during each of the three years following the coming into force of this Treaty:

Benzol . . . . . 35,000 tons,
Coal tar . . . . . 50,000 tons,
Sulphate of ammonia . 30,000 tons.

Tout ou partie du goudron de houille pourra être remplacé, au choix du Gouvernement français, par des quantités équivalentes des produits de distillation, tels que huiles légères, huiles lourdes, anthracène, naphtaline ou brai.

§ 9.

Le prix payé pour le coke et les autres produits visés au paragraphe 8 sera le prix payé par les ressortissants, toutes conditions d'emballage et de port jusqu'à la frontière française ou jusqu'aux ports allemands étant les plus avantageuses consenties pour les mêmes produits aux ressortissants allemands.

§ 10.

Les options de la présente Annexe seront exercées par l'intermédiaire de la Commission des réparations. Celle-ci aura pouvoir, pour l'exécution des dispositions ci-dessus, de statuer sur toutes questions relatives à la procédure, aux qualités et quantités des fournitures, à la quantité de coke à fournir en remplacement de charbon, aux délais et modes de livraison et de payement. Les demandes accompagnées des spécifications utiles devront être notifiées à l'Allemagne cent vingt jours avant la date fixée pour le commencement de l'exécution, en ce qui concerne les livraisons à faire à partir du 1er janvier 1920, et trente jours avant cette date pour les livraisons à faire entre la date de mise en vigueur du présent traité et le 1er janvier 1920. En attendant que l'Allemagne ait reçu les demandes prévues au présent paragraphe, les stipulations du Protocole du 25 décembre 1918 (exécution de l'article VI de l'Armistice du 11 novembre 1918)

All or part of the coal tar may, at the option of the French Government, be replaced by corresponding quantities of products of distillation, such as light oils, heavy oils, anthracene, naphthalene or pitch.

9.

The price paid for coke and for the articles referred to in the preceding paragraph shall be the same as the price paid by German nationals under the same conditions of shipment to the French frontier or to the German ports, and shall be subject to any advantages which may be accorded similar products furnished to German nationals.

10.

The foregoing options shall be exercised through the intervention of the Reparation Commission, which, subject to the specific provisions hereof, shall have power to determine all questions relative to procedure and the qualities and quantities of products, the quantity of coke which may be substituted for coal, and the times and modes of delivery and payment. In giving notice to the German Government of the foregoing options the Commission shall give at least 120 days' notice of deliveries to be made after January 1, 1920, and at least 30 days' notice of deliveries to be made between the coming into force of this Threaty and January 1, 1920. Until Germany has received the demands referred to in this paragraph, the provisions of the Protocol of December 25, 1918, (Execution of Article VI of the Armistice of November 11, 1918) remain in force. The notice to be given to the German Government of the exercise of the

restent en vigueur. Les demandes relatives aux substitutions prévues par les paragraphes 7 et 8 seront notifiées au Gouvernement allemand avec un délai préalable jugé suffisant par la Commission. Si la Commission juge que la satisfaction complète des demandes est de nature à peser d'une façon excessive sur les besoins industriels allemands, elle pourra les différer ou les annuler, et ainsi fixer tous ordres de priorité; mais le charbon à fournir en remplacement du charbon des mines détruites sera fourni par priorité sur toutes livraisons.

Annexe VI.

§ 1er.

L'Allemagne donne à la Commission des réparations une option de livraison, à titre de réparation partielle, des quantités et des espèces de matières colorantes et produits chimiques pharmaceutiques qui seront désignés par elle, à concurrence de 50 p. 100 du stock total de chaque espèce de matières colorantes et produits chimiques pharmaceutiques existant en Allemagne ou se trouvant sous le contrôle allemand à la date de la mise en vigueur du présent Traité.

Cette option sera exercée dans les soixante jours de la réception, par la Commission, de l'état detaillé des stocks, fourni dans la forme demandée par elle.

§ 2.

L'Allemagne donne en outre à la Commission des réparations une option pour la livraison, pendant la période qui s'écoulera entre la mise en vigueur du présent Traité et le 1er juin 1920, puis, pendant chaque période ultérieure de six mois, jusqu'au 1er janvier 1925, de toutes matières colorantes et tous

right of substitution accorded by paragraphs 7 and 8 shall be such as the Reparation Commission may consider sufficient. If the Commission shall determine that the full exercise of the foregoing options would interfere unduly with the industrial requirements of Germany, the Commission is authorised to postpone or to cancel deliveries, and in so doing to settle all questions of priority; but the coal to replace coal from destroyed mines shall receive priority over other deliveries.

Annex VI.

1.

Germany accords to the Reparation Commission an option to require as part of reparation the delivery by Germany of such quantities and kinds of dyestuffs and chemical drugs as the Commission may designate, not exceeding 50 per cent. of the total stock of each and every kind of dyestuff and chemical drug in Germany or under German control at the date of the coming into force of the present Treaty.

This option shall be exercised within sixty days of the receipt by the Commission of such particulars as to stocks as may be considered necessary by the Commission.

2.

Germany further accords to the Reparation Commission and option to require delivery during the period from the date of the coming into force of the present Treaty until January 1, 1920, and during each period of six months thereafter until January 1, 1925, of any specified

produits chimiques pharmaceutiques, à concurrence de 25 p. 100 de la production allemande pendant la période des six mois précédents, ou, si la production, pendant cette période de six mois, était, de l'avis de la Commission, inférieure à la production normale, à concurrence de 25 p. 100 de cette production normale.

Cette option sera exercée dans les quatre semaines qui suivront la réception des états de production pendant la période de six mois précédente; ces états seront produits par le Gouvernement allemand à l'expiration de chaque période de six mois et dans la forme jugée nécessaire par la Commission.

§ 3.

Pour les matières colorantes et produits chimiques pharmaceutiques fournis en exécution du paragraphe 1er, le prix sera fixé par la Commission en fonction du prix net d'exportation d'avant-guerre et des variations du prix de revient survenues.

Pour les matières colorantes et produits chimiques pharmaceutiques livrés en exécution du paragraphe 2, le prix sera fixé par la Commission en fonction du prix net d'exportation d'avant-guerre et des variations du prix de revient survenues, ou en fonction du prix de vente le plus bas des mêmes matières à un autre acheteur quelconque.

§ 4.

Tous les détails, en particulier touchant le mode et les délais d'exercice de l'option et de la livraison, ainsi que toutes les questions soulevées pour l'exécution des prescriptions ci-

kind of dyestuff and chemical drug up to an amount not exceeding 25 per cent. of the German production of such dyestuffs and chemical drugs during the previous six months period. If in any case the production during such previous six months was, in the opinion of the Commission, less than normal, the amount required may be 25 per cent. of the normal production.

Such option shall be exercised within four weeks after the receipt of such particulars as to production and in such form as may be considered necessary by the Commission; these particulars shall be furnished by the German Government immediately after the expiration of each six months period.

3.

For dyestuffs and chemical drugs delivered under paragraph 1, the price shall be fixed by the Commission having regard to pre-war net export prices and to subsequent increases of cost.

For dyestuffs and chemical drugs delivered under paragraph 2 the price shall be fixed by the Commission having regard to pre-war net export prices and subsequent variations of cost, or the lowest net selling price of similar dyestuffs and chemical drugs to any other purchaser.

4.

All details, including mode and times of exercising the options, and making delivery, and all other questions arising under this arrangement shall be determined by the Reparation Commission;

dessus, seront réglés par la Commission des réparations à qui le Gouvernement allemand fournira toutes les informations nécessaires et toutes autres facilités qui seront requises par elle.

the German Government will furnish to the Commission all necessary information and other assistance which it may require.

§ 5.

Les matières colorantes et produits chimiques pharmaceutiques visés à la présente Annexe comprennent toutes les matières colorantes et tous les produits chimiques pharmaceutiques synthétiques, ainsi que tous les produits intermédiaires et autres employés dans les industries correspondantes et fabriqués pour la vente. Les dispositions qui précèdent s'appliquent également à l'écorce de quinquina et aux sels de quinine.

5.

The above expression „dyestuffs and chemical drugs" includes all synthetic dyes and drugs and intermediate or other products used in connection with dyeing, so far as they are manufactured for sale. The present arrangement shall also apply to cinchona bark and salts of quinine.

Annexe VII.

L'Allemagne renonce en son nom et au nom de ses nationaux, en faveur des Principales Puissances alliées et associées, à tous droits, titres ou privilèges de toute nature qu'elle possède sur les câbles ou portions de câbles, énumérés ci-après:

Emden-Vigo: du pas de Calais au large de Vigo;

Emden-Brest: du large de Cherbourg à Brest;

Emden-Ténériffe: du large de Dunkerque au large de Ténériffe;

Emden-Açores 1): du pas de Calais à Fayal;

Emden-Açores 2): du pas de Calais à Fayal;

Açores-New-York 1): de Fayal à New-York;

Açores-New-York 2): de Fayal à la longitude d'Halifax;

Ténériffe-Monrovia: du large de Ténériffe au large de Monrovia;

Annex VII.

Germany renounces on her own behalf and on behalf of her nationals in favour of the Principal Allied and Associated Powers all rights, titles or privileges of whatever nature in the submarine cables set out below, or in any portions thereof:

Emden-Vigo: from the Straits of Dover to off Vigo;

Emden-Brest: from off Cherbourg to Brest;

Emden-Teneriffe: from off Dunkirk to off Teneriffe;

Emden-Azores 1): from the Straits of Dover to Fayal;

Emden-Azores 2): from the Straits of Dover to Fayal;

Azores-New-York 1): from Fayal to New-York;

Azores-New-York 2): from Fayal to the longitude of Halifax;

Teneriffe-Monrovia: from off Teneriffe to off Monrovia;

Monrovia-Lome:

du point défini par . . . { lat. : 2° 30' N.; long. : 7° 40' O. de Greenwich;

au point défini par . . . { lat. : 2° 20' N.; long. : 5° 30' O. de Greenwich;

et du point défini par . . . { lat. : 3° 48' N.; long. : 0° 00', jusqu'à Lome;

Lome-Duala: de Lome à Duala;

Monrovia-Pernambouc: du large de Monrovia au large de Pernambouc;

Constantinople-Constantza: de Constantinople à Constantza;

Yap-Shangaï, Yap-Guam et Yap-Menado (îles Célèbes): de l'île Yap à Shanghaï de l'île Yap à l'île Guam et de l'île Yap à Menado.

La valeur des câbles ou des portions de câbles ci-dessus mentionnés, en tant que ceux-ci constituent des propriétés privées, ladite valeur calculée sur la base du prix d'établissement et diminuée d'un pourcentage convenable pour dépréciation, sera portée au crédit de l'Allemagne, au chapitre des réparations.

Section II.

Dispositions particulières.

Article 245.

Dans les six mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, le Gouvernement allemand devra restituer au Gouvernement français les trophées, archives, souvenirs historiques ou œuvres d'art enlevés de France par les autorités allemandes au cours de la guerre de 1870—1871 et de la dernière guerre, suivant la liste qui

Monrovia-Lome:

from about . { lat. : 2° 30' N.; long. : 7° 40' W. of Greenwich;

to about . . . { lat. : 2° 20' N.; long. : 5° 30' W. of Greenwich;

and from about . . . . { lat. : 3° 48' N.; long. : 0° 00', to Lome;

Lome-Duala: from Lome to Duala;

Monrovia - Pernambuco: from off Monrovia to off Pernambuco;

Constantinople - Constanza: from Constantinople to Constanza;

Yap-Shanghai, Yap-Guam, and Yap-Menado (Celebes): from Yap Island to Shanghai, from Yap Island to Guam Island, and from Yap Island to Menado.

The value of the above mentioned cables or portions thereof in so far as they are privately owned, calculated on the basis of the original cost less a suitable allowance for depreciation, shall be credited to Germany in the reparation account.

Section II.

Special provisions.

Article 245.

Within six months after the coming into force of the present Treaty the German Government must restore to the French Government the trophies, archives, historical souvenirs or works of art carried away from France by the German authorities in the course of the war of 1870—1871 and during this last war, in accordance with a

lui en sera adressée par le Gouvernement français, et notamment les drapeaux français pris au cours de la guerre de 1870—1871, ainsi que l'ensemble des papiers politiques pris par les autorités allemandes le 10 octobre 1870 au château de Cerçay, près Brunoy (Seine-et-Oise), appartenant alors à M. Rouher, ancien Ministre d'Etat.

Article 246.

Dans les six mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, l'Allemagne devra restituer à Sa Majesté le Roi du Hedjaz le Koran original ayant appartenu au Calife Osman et enlevé de Médine par les autorités turques pour être offert à l'ex-Empereur Guillaume II.

Le crâne du Sultan Makaoua ayant été enlevé du protectorat allemand de l'Afrique orientale et transporté en Allemagne sera, dans le même délai, remis par l'Allemagne au Gouvernement de Sa Majesté Britannique.

La remise de ces objets sera effectuée dans tels lieu et conditions que fixeront les Gouvernements, auxquels ils doivent être restitués.

Article 247.

L'Allemagne s'engage à fournir à l'Université de Louvain dans les trois mois qui suivront la demande qui lui en sera faite par l'intermédiaire de la Commission des réparations, les manuscrits, incunables, livres imprimés, cartes et objets de collection correspondant en nombre et en valeur aux objets semblables détruits dans l'incendie mis par l'Allemagne à la Bibliothèque de Louvain. Tous les détails concernant le remplacement seront déterminés par la Commission des réparations.

list which will be communicated to it by the French Government: particularly the French flags taken in the course of the war of 1870—1871 and all the political papers taken by the German authorities on October 10, 1870, at the chateau of Cerçay, near Brunoy (Seine-et-Oise) belonging at the time to Mr. Rouher, formerly Minister of State.

Article 246.

Within six months from the coming into force of the present Treaty, Germany will restore to His Majesty the King of the Hedjaz the original Koran of the Caliph Othman, which was removed from Medina by the Turkish authorities and is stated to have been presented to the ex-Emperor William II.

Within the same period Germany will hand over to His Britannic Majesty's Government the skull of the Sultan Mkwawa which was removed from the Protectorate of German East Africa and taken to Germany.

The delivery of the articles above referred to will be effected in such place and in such conditions as may be laid down by the Governments to which they are to be restored.

Article 247.

Germany undertakes to furnish to the University of Louvain, within three months after a request made by it and transmitted through the intervention of the Reparation Commission, manuscripts, incunabula, printed books, maps and objects of collection corresponding in number and value to those destroyed in the burning by Germany of the Library of Louvain. All details regarding such replacement will be determined by the Reparation Commission.

L'Allemagne s'engage à remettre à la Belgique, par l'intermédiaire de la Commission des réparations, dans les six mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, et afin de lui permettre de reconstituer deux grandes œuvres d'art:

1° Les volets du tryptique de l'*Agneau mystique* peint par les frères Van Eyck, autrefois dans l'église de Saint-Bavon à Gand et actuellement au Musée de Berlin;

2° Les volets du tryptique de la *Cène*, peint par Dierick Bouts, autrefois dans l'église de Saint-Pierre à Louvain, et dont deux sont maintenant au Musée de Berlin et deux à l'ancienne Pinacothèque de Munich.

Partie IX.

Clauses financières.

Article 248.

Sous réserve des dérogations qui pourraient être accordées par la Commission des réparations, un privilège de premier rang est établi sur tous les biens et ressources de l'Empire et des Etats allemands, pour le règlement des réparations et autres charges résultant du présent Traité, ou de tous autres traités et conventions complémentaires, ou des arrangements conclus entre l'Allemagne et les Puissances alliées et associées pendant l'Armistice et ses prolongations.

Jusqu'au 1er mai 1921, le Gouvernement allemand ne pourra ni exporter de l'or ou en disposer, ni autoriser que de l'or soit exporté ou qu'il en soit disposé sans autorisation préalable des Puissances alliées et associées représentés par la Commission des réparations.

Article 249.

Le coût total d'entretien de toutes les armées alliées et associées dans

Germany undertakes to deliver to Belgium, through the Reparation Commission, within six months of the coming into force of the present Treaty, in order to enable Belgium to reconstitute two great artistic works:

1) The leaves of the triptych of the Mystic Lamb painted by the Van Eyck brothers, formerly in the Church of St. Bavon at Ghent, now in the Berlin Museum;

2) The leaves of the triptych of the Last Supper, painted by Dierick Bouts, formerly in the Church of St. Peter at Louvain, two of which are now in the Berlin Museum and two in the Old Pinakothek at Munich.

Part IX.

Financial Clauses.

Article 248.

Subject to such exceptions as the Reparation Commission may approve, a first charge upon all the assets and revenues of the German Empire and its constituent States shall be the cost of reparation and all other costs arising under the present Treaty or any treaties or agreements supplementary thereto or under arrangements concluded between Germany and the Allied and Associated Powers during the Armistice or its extensions.

Up to May 1, 1921, the German Government shall not export or dispose of, and shall forbid the export or disposal of, gold without the previous approval of the Allied and Associated Powers acting through the Reparation Commission.

Article 249.

There shall be paid by the German Government the total cost of all

les territoires allemands occupés sera à la charge de l'Allemagne à partir de la signature de l'Armistice du 11 novembre 1918, y compris la subsistance des hommes et animaux, le logement et le cantonnement, les soldes et accessoires, les traitements et salaires, le couchage, le chauffage, l'éclairage, l'habillement, l'équipement, le harnachement, l'armement et le matériel roulant, les services de l'aéronautique, le traitement des malades et blessés, les services vétérinaires et de la remonte, les services des transports de toute nature (tels que par voie ferrée, maritime ou fluviale, camions automobiles), les communications et correspondances, et en général tous les services administratifs et techniques, dont le fonctionnement est nécessaire à l'entraînement des troupes, au maintien de leurs effectifs et de leur puissance militaire.

Le remboursement de toutes dépenses rentrant dans les catégories ci-dessus, en tant qu'elles correspondent à des achats ou réquisitions effectués par les Gouvernements alliés et associés dans les territoires occupés, sera payé en marks au taux de change courant ou accepté par le Gouvernement allemand aux Gouvernements alliés et associés. Toutes les autres dépenses ci-dessus énumérées seront remboursées en marks or.

armies of the Allied and Associated Governments in occupied German territory from the date of the signature of the Armistice of November 11, 1918, including the keep of men and beasts, lodging and billeting, pay and allowances, salaries and wages, bedding, heating, lighting, clothing, equipment, harness and saddlery, armament and rolling-stock, air services, treatment of sick and wounded, veterinary and remount services, transport service of all sorts (such as by rail, sea or river, motor lorries), communications and correspondence, and in general the cost of all administrative or technical services the working of which is necessary for the training of troops and for keeping their numbers up to strength and preserving their military efficiency.

The cost of such liabilities under the above heads so far as they relate to purchases or requisitions by the Allied and Associated Governments in the occupied territories shall be paid by the German Government to the Allied and Associated Governments in marks at the current or agreed rate of exchange. All other of the above costs shall be paid in gold marks.

Article 250.

L'Allemagne confirme la reddition de tout le matériel livré par elle aux Puissances alliées et associées, en exécution de l'armistice du 11 novembre 1918 et de toutes Conventions d'armistice ultérieures, et reconnaît le droit des Puissances alliées et associées sur ce matériel.

Sera portée au crédit du Gouver-

Article 250.

Germany confirms the surrender of all material handed over to the Allied and Associated Powers in accordance with the Armistice of November 11, 1918, and subsequent Armistice Agreements, and recognises the title of the Allied and Associated Powers to such material.

There shall be credited to the

nement allemand, en déduction des sommes dues pour réparations aux Puissances alliées et associées, la valeur estimée par la Commission des réparations, prévue à l'article 233 de la Partie VIII (Réparations) du présent Traité, du matériel livré conformément à l'article VII de l'Armistice du 11 novembre 1918*), ou à l'article III de l'Armistice du 16 janvier 1919**), ainsi que tout autre matériel livré en exécution de l'Armistice du 11 novembre 1918 et de toutes Conventions d'armistice ultérieures, et dont la Commission des réparations, estimerait qu'à raison de son caractère non militaire, la valeur doit être portée au crédit du Gouvernement allemand.

Ne seront pas portés au crédit du Gouvernement allemand les biens appartenant aux Gouvernements alliés et associés ou à leurs ressortissants rendus ou livrés à l'identique en exécution des Conventions d'armistice.

Article 251.

Le privilège établi par l'article 248 s'exercera dans l'ordre suivant, sous la réserve mentionnée au dernier paragraphe du présent article:

a) Le coût des armées d'occupation, tel qu'il est défini à l'article 249, pendant l'Armistice et ses prolongations;

b) Le coût de toutes armées d'occupation, tel qu'il est défini à l'article 249, après la mise en vigueur du présent Traité;

c) Le montant des réparations résultant du présent Traité ou des traités et conventions complémentaires;

German Government, against the sums due from it to the Allied and Associated Powers for reparation, the value, as assessed by the Reparation Commission, referred to in Article 233 of Part VIII (Reparation) of the present Treaty, of the material handed over in accordance with Article VII of the Armistice of November 11, 1918*), or Article III of the Armistice Agreement of January 16, 1919**), as well as of any other material handed over in accordance with the Armistice of November 11, 1918, and of subsequent Armistice Agreements, for which, as having non-military value, credit should in the judgment of the Reparation Commission be allowed to the German Government.

Property belonging to the Allied and Associated Governments or their nationals restored or surrendered under the Armistice Agreements in specie shall not be credited to the German Government.

Article 251.

The priority of the charges established by Article 248 shall, subject to the qualifications made below, be as follows:

a) The cost of the armies of occupation as defined under Article 249 during the Armistice and its extensions;

b) The cost of any armies of occupation as defined under Article 249 after the coming into force of the present Treaty;

c) The cost of reparation arising out of the present Treaty or any treaties or conventions supplementary thereto;

*) V. ci-dessus, p. 173. **) V. ci-dessus; p. 210.

d) Toutes autres charges incombant à l'Allemagne en vertu des Conventions d'Armistice, du présent Traité ou des traités et conventions complémentaires.

Le payement du ravitaillement de l'Allemagne en denrées alimentaires et en matières premières et tous autres payements à effectuer par l'Allemagne, dans la mesure où les Gouvernements alliés et associés les auront jugés nécessaires pour permettre à l'Allemagne de faire face à son obligation de réparer, auront priorité dans la mesure et dans les conditions qui ont été ou pourront être établies par les Gouvernements alliés et associés.

Article 252.

Les dispositions qui précèdent ne portent pas atteinte au droit de chacune des Puissances alliées et associées de disposer des avoirs et propriétés ennemis se trouvant sous leur juridiction au moment de la mise en vigueur du présent Traité.

Article 253.

Ces dispositions ne peuvent affecter, en aucune manière, les gages ou hypothèques régulièrement constitués au profit des Puissances alliées et associées ou de leurs ressortissants par l'Empire ou les Etats allemands ou par des ressortissants allemands sur les biens et revenus leur appartenant, dans tous les cas où la constitution de ces gages ou hypothèques serait antérieure à l'existence de l'état de guerre entre le Gouvernement allemand et chacun des Gouvernements intéressés.

Article 254.

Les Puissances auxquelles sont cédés des territoires allemands devront, sous réserve des dispositions de l'Article 255, assumer le payement de:

d) The cost of all other obligations incumbent on Germany under the Armistice Conventions or under this Treaty or any treaties or conventions supplementary thereto.

The payment for such supplies of food and raw material for Germany and such other payments as may be judged by the Allied and Associated Powers to be essential to enable Germany to meet her obligations in respect of reparation will have priority to the extent and upon the conditions which have been or may be determined by the Governments of the said Powers.

Article 252.

The right of each of the Allied and Associated Powers to dispose of enemy assets and property within its jurisdiction at the date of the coming into force of the present Treaty is not affected by the foregoing provisions.

Article 253.

Nothing in the foregoing provisions shall prejudice in any manner charges or mortgages lawfully effected in favour of the Allied or Associated Powers or their nationals respectively, before the date at which a state of war existed between Germany and the Allied or Associated Power concerned, by the German Empire or its constituent States, or by German nationals, on assets in their ownership at that date.

Article 254.

The Powers to which German territory is ceded shall, subject to the qualifications made in Article 255, undertake to pay:

1° Une part de la Dette de l'Empire allemand, telle qu'elle était constituée le 1er août 1914, et calculée en prenant pour base la moyenne des trois années financières 1911, 1912 et 1913, d'après les rapports existant entre telle catégorie de revenus dans le territoire cédé et les revenus correspondants de la totalité de l'Empire allemand qui seront désignés par la Commission des réparations comme donnant la juste mesure des facultés respectives de payement des territoires cédés;

2° Une part de la Dette, telle qu'elle existait au 1er août 1914, de l'Etat allemand auquel le territoire cédé appartenait et calculée d'après le principe exposé ci-dessus.

Ces parts seront déterminées par la Commission des réparations.

Le mode d'exécution de l'obligation ainsi assumée, à la fois en capital et en intérêts, sera fixé par la Commission des réparations. Il pourra affecter, entre autres, la forme suivante: le Gouvernement cessionnaire assumera les obligations de l'Allemagne au regard de la Dette allemande, dont ses propres nationaux sont les porteurs. Mais, au cas où la méthode adoptée impliquerait des payements à effectuer au Gouvernement allemand, lesdits payements seraient transférés à la Commission des réparations, au compte des sommes dues pour réparation, pendant tout le temps où l'Allemagne restera débitrice de ce chef d'un solde quelconque.

Article 255.

1° En considération de dérogation aux stipulations qui précèdent et de ce que l'Allemagne a refusé en 1871 de prendre à sa charge aucune portion de la Dette française, la France

1) A portion of the debt of the German Empire as it stood on August 1, 1914, calculated on the basis of the ratio between the average for the three financial years 1911, 1912, 1913, of such revenues of the ceded territory, and the average for the same years of such revenues of the whole German Empire as in the judgment of the Reparation Commission are best calculated to represent the relative ability of the respective territories to make payment;

2) A portion of the debt as it stood on August 1, 1914, of the German State to which the ceded territory belonged, to be determined in accordance with the principle stated above.

Such portions shall be determined by the Reparation Commission.

The method of discharging the obligation, both in respect of capital and of interest, so assumed shall be fixed by the Reparation Commission. Such method may take the form, *inter alia*, of the assumption by the Power to which the territory is ceded of Germany's liability for the German debt held by her nationals. But in the event of the method adopted involving any payments to the German Government, such payments shall be transferred to the Reparation Commission on account of the sums due for reparation so long as any balance in respect of such sums remains unpaid.

Article 255.

1) As an exception to the above provision and inasmuch as in 1871 Germany refused to undertake any portion of the burden of the French debt, France shall be, in respect of

sera exemptée, en ce qui concerne l'Alsace-Lorraine, de tout payement résultant de l'article 254.

2° En ce qui concerne la Pologne, la fraction de la Dette dont la Commission des réparations attribuera l'origine aux mesures prises par les Gouvernements allemand et prussien pour la colonisation allemande de la Pologne, sera exclue de l'attribution à faire en exécution de l'article 254.

3° En ce qui concerne tous les territoires cédés autres que l'Alsace-Lorraine, la fraction de la Dette de l'Empire ou des Etats allemands dont la Commission des réparations estimera qu'elle correspond à des dépenses effectuées par l'Empire ou les Etats allemands à l'occasion des biens et propriétés visés à l'article 256, sera exclue de l'attribution à faire en exécution de l'article 254.

Article 256.

Les Puissances cessionaires de territoires allemands acquerront tous biens et propriétés appartenant à l'Empire ou aux Etats allemands et situés dans ces territoires. La valeur de ces acquisitions sera fixée par la Commission des réparations et payée par l'Etat cessionnaire à la Commission des réparations pour être portée au crédit du Gouvernement allemand à valoir sur les sommes dues au titre des réparations.

Au sens du présent article, les biens et propriétés de l'Empire et des Etats allemands seront considérés comme comprenant toutes les propriétés de la Couronne, de l'Empire, des Etats allemands et les biens privés de l'ex-Empereur d'Allemagne et des autres personnes royales.

En raison des conditions dans lesquelles l'Alsace-Lorraine a été cédée

Alsace-Lorraine, exempt from any payment under Article 254.

2) In the case of Poland that portion of the debt which, in the opinion of the Reparation Commission, is attributable to the measures taken by the German and Prussian Governments for the German colonisation of Poland shall be excluded from the apportionment to be made under Article 254.

3) In the case of all ceded territories other than Alsace-Lorraine, that portion of the debt of the German Empire or German States which, in the opinion of the Reparation Commission, represents expenditure by the Governments of the German Empire or States upon the Government properties referred to in Article 256 shall be excluded from the apportionment to be made under Article 254.

Article 256.

Powers to which German territory is ceded shall acquire all property and possessions situated therein belonging to the German Empire or to the German States, and the value of such acquisitions shall be fixed by the Reparation Commission, and paid by the State acquiring the territory to the Reparation Commission for the credit of the German Government on account of the sums due for reparation.

For the purposes of this Article the property and possessions of the German Empire and States shall be deemed to include all the property of the Crown, the Empire or the States, and the private property of the former German Emperor and other Royal personages.

In view of the terms on which Alsace-Lorraine was ceded to Germany

à l'Allemagne en 1871, la France sera exemptée, en ce qui concerne l'Alsace-Lorraine, de tout payement ou imputation au crédit de l'Allemagne pour la valeur des biens et propriétés appartenant à l'Empire ou aux Etats allemands et situés en Alsace-Lorraine et visés au présent article.

La Belgique sera également exemptée de tout payement ou imputation au crédit de l'Allemagne, pour la valeur des biens et propriétés appartenant à l'Empire ou aux Etats allemands et situés sur les territoires acquis par la Belgique en vertu du présent Traité.

Article 257.

Dans le cas des anciens territoires allemands, y compris les colonies, protectorats et dépendances, administrés par mandataire d'après l'article 22 de la Partie I (Société des Nations) du présent Traité, ni le territoire, ni la Puissance mandataire ne supporteront aucune part du service de la Dette de l'Empire ou des Etats allemands.

Tous les biens et propriétés appartenant à l'Empire ou aux Etats allemands et situés sur ces territoires seront transférés, en même temps que les territoires, à la Puissance mandataire, prise en cette qualité, et aucun payement ne sera effectué, ni aucune somme portée au crédit de ces Gouvernements du fait de ce transfert.

Au sens du présent article, les biens et propriétés de l'Empire ou des Etats allemands seront considérés comme comprenant toutes les propriétés de la Couronne, de l'Empire, des Etats et les biens privés de l'ex-empereur d'Allemagne et des autres personnes royales.

Article 258.

L'Allemagne renonce à toute re-

in 1871, France shall be exempt in respect thereof from making any payment or credit under this Article for any property or possessions of the German Empire or States situated therein.

Belgium also shall be exempt from making any payment or any credit under this Article for any property or possessions of the German Empire or States situated in German territory ceded to Belgium under the present Treaty.

Article 257.

In the case of the former German territories, including colonies, protectorates or dependencies, administered by a Mandatory under Article 22 of Part I (League of Nations) of the present Treaty, neither the territory nor the Mandatory Power shall be charged with any portion of the debt of the German Empire or States.

All property and possessions belonging to the German Empire or to the German States situated in such territories shall be transferred with the territories to the Mandatory Power in its capacity as such and no payment shall be made nor any credit given to those Governments in consideration of this transfer.

For the purposes of this Article the property and possessions of the German Empire and of the German States shall be deemed to include all the property of the Crown, the Empire or the States and the private property of the former German Emperor and other Royal personages.

Article 258.

Germany renounces all rights ac-

présentation ou participation que des traités, conventions ou accords quelconques assuraient à elle-même ou à ses ressortissants dans l'administration ou le contrôle des commissions, agences et banques d'Etat et dans toutes autres organisations financières et économiques internationales de contrôle ou de gestion fonctionnant dans l'un quelconque des Etats alliés et associés, en Autriche, en Hongrie, en Bulgarie ou en Turquie, ou dans les possessions et dépendances des Etats susdits, ainsi que dans l'ancien Empire russe.

Article 259.

1° L'Allemagne s'engage à transférer dans le délai d'un mois à compter de la mise en vigueur du présent Traité à telles autorites qui pourraient être désignées par les Principales Puissances alliées et associées, la somme en or qui devait être déposée à la Reichsbank au nom du Conseil d'administration de la Dette publique ottomane comme garantie de la première émission de billets de monnaie du Gouvernement turc.

2° L'Allemagne reconnaît son engagement d'effectuer annuellement pendant une période de douze ans les payements en or qui sont stipulés sur les bons du Trésor allemand déposés par lui à diverses époques au nom du Conseil d'administration de la Dette publique ottomane comme garantie de la seconde émission de billets de monnaie du Gouvernement turc et des émissions subséquentes.

3° L'Allemagne s'engage à transférer dans le délai d'un mois à compter de la mise en vigueur du présent Traité à telles autorités qui pourraient être désignées par les Principales Puissances alliées et associées le dépôt d'or constitué à la Reichsbank ou

corded to her or her nationals by treaties, conventions or agreements, of whatsoever kind, to representation upon or participation in the control or administration of commissions, state banks, agencies or other financial or economic organisations of an international character, exercising powers of control or administration, and operating in any of the Allied or Associated States, or in Austria, Hungary, Bulgaria or Turkey, or in the dependencies of these States, or in the former Russian Empire.

Article 259.

1) Germany agrees to deliver within one month from the date of the coming into force of the present Treaty, to such authority as the Principal Allied and Associated Powers may designate, the sum in gold which was to be deposited in the Reichsbank in the name of the Council of the Administration of the Ottoman Public Debt as security for the first issue of Turkish Government currency notes.

2) Germany recognises her obligation to make annually for the period of twelve years the payments in gold for which provision is made in the German Treasury Bonds deposited by her from time to time in the name of the Council of the Administration of the Ottoman Public Debt as security for the second and subsequent issues of Turkish Government currency notes.

3) Germany undertakes to deliver, within one month from the coming into force of the present Treaty, to such authority as the Principal Allied and Associated Powers may designate, the gold deposit constituted in the Reichsbank or elsewhere, representing

ailleurs en contre-partie du reliquat de l'avance en or consentie le 5 mai 1915 par le Conseil d'administration de la Dette publique ottomane au Gouvernement impérial ottoman.

4⁰ L'Allemagne s'engage à transférer aux Principales Puissances alliées et associées les droits qu'il peut avoir sur la somme en or et argent transmise par lui au Ministère ture des finances en novembre 1918 comme provision pour le payement échéant en mai 1919 pour le service de l'emprunt ture intérieur.

5⁰ L'Allemagne s'engage à transférer, dans le délai d'un mois à compter de la mise en vigueur du présent Traité, aux Principales Puissances alliées et associées toutes sommes en or transférées à l'Allemagne ou à ses ressortissants à titre de gage ou de collatéral, à l'occasion des prêts faits par l'Allemagne ou ses ressortissants au Gouvernement austro-hongrois.

6⁰ L'Allemagne confirme sa renonciation, prévue par l'article XV de l'Armistice du 11 novembre 1918,*) au bénéfice de toutes les stipulations insérées dans les Traités de Bucarest et de Brest-Litovsk et Traités complémentaires, sans qu'il soit porté atteinte à l'article 292, Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

Elle s'engage à transférer respectivement soit à la Roumanie, soit aux Principales Puissances alliées et associées tous instruments monétaires, espèces, valeurs et instruments négociables ou produits, qu'elle a reçus en exécution des Traités susdits.

7⁰ Les sommes en espèces et instruments monétaires, valeurs et produits quelconques qui doivent être

the residue of the advance in gold agreed to on May 5, 1915 by the Council of the Administration of the Ottoman Public Debt to the Imperial Ottoman Government.

4) Germany agrees to transfer to the Principal Allied and Associated Powers any title that she may have to the sum in gold and silver transmitted by her to the Turkish Ministry of Finance in November, 1918, in anticipation of the payment to be made in May, 1919, for the service of the Turkish Internal Loan.

5) Germany undertakes to transfer to the Principal Allied and Associated Powers, within a period of one month from the coming into force of the present Treaty, any sums in gold transferred as pledge or as collateral security to the German Government or its nationals in connection with loans made by them to the Austro-Hungarian Government.

6) Without prejudice to Article 292 of Part X (Economic clauses) of the present Treaty, Germany confirms the renunciation provided for in Article XV of the Armistice of November 11, 1918,*) of any benefit disclosed by the Treaties of Bucharest and of Brest-Litovsk and by the treaties supplementary thereto.

Germany undertakes to transfer, either to Roumania or to the Principal Allied and Associated Powers as the case may be, all monetary instruments, specie, securities and negotiable instruments, or goods, which she has received under the aforesaid Treaties.

7) The sums of money and all securities, instruments and goods of whatsoever nature, to be delivered,

*) V. ci-dessus p. 175.

livrés, payés ou transférés en vertu des stipulations du présent article, seront employés par les Principales Puissances alliées ou associées suivant des modalités à déterminer ultérieurement par lesdites Puissances.

Articles 260.

Sans qu'il soit porté atteinte à la renonciation, par l'Allemagne, en vertu du présent Traité, à des droits lui appartenant ou appartenant à ses nationaux, la Commission des réparations pourra, dans un délai d'un an à compter de la mise en vigueur du présent Traité, exiger que l'Allemagne acquière tous droits ou intérêts de ressortissants allemands dans toute entreprise d'utilité publique ou dans toute concession en Russie, en Chine, en Autriche, en Hongrie, en Bulgarie, en Turquie, dans les possessions et dépendances de ces Etats, ou sur un territoire qui, ayant appartenu à l'Allemagne ou à ses alliés, doit être cédé ou administré par un mandataire en vertu du présent Traité; le Gouvernement allemand devra, d'autre part, dans un délai de six mois à compter de la date de la demande, transférer à la Commission des réparations la totalité de ces droits et intérêts et de tous les droits et intérêts que l'Allemagne peut elle-même posséder.

L'Allemagne supportera la charge d'indemniser ses ressortissants ainsi dépossédés et la Commission des réparations portera au credit de l'Allemagne, à valoir sur les sommes dues au titre des réparations, les sommes correspondant à la valeur des droits et intérêts transférés, telle qu'elle sera fixée par la Commission des réparations. Le Gouvernement allemand, dans un délai de six mois

paid and transferred under the provisions of this Article, shall be disposed of by the Principal Allied and Associated Powers in a manner hereafter to be determined by those Powers.

Article 260.

Without prejudice to the renunciation of any rights by Germany on behalf of herself or of her nationals in the other provisions of the present Treaty, the Reparation Commission may within one year from the coming into force of the present Treaty demand that the German Government become possessed of any rights and interests of German nationals in any public utility undertaking or in any concession operating in Russia, China, Turkey, Austria, Hungary and Bulgaria, or in the possessions or dependencies of these States or in any territory formerly belonging to Germany or her allies, to be ceded by Germany or her allies to any Power or to be administered by a Mandatory under the present Treaty, and may require that the German Government transfer, within six months of the date of demand, all such rights and interests and any similar rights and interests the German Government may itself possess to the Reparation Commission.

Germany shall be responsible for indemnifying her nationals so dispossessed, and the Reparation Commission shall credit Germany, on account of sums due for reparation, with such sums in respect of the value of the transferred rights and interests as may be assessed by the Reparation Commission, and the German Government shall, within six months from the coming into force

à dater de la mise en vigueur du présent Traité, devra communiquer à la Commission des réparations la liste de tous les droits et intérêts en question, qu'ils soient acquis, éventuels, ou non encore exercés, et renoncera en faveur des Puissances alliées et associées, en son nom et en celui de ses ressortissants, à tous droits et intérêts susvisés qui n'auraient pas été mentionnés sur la liste ci-dessus.

Article 261.

L'Allemagne s'engage à transférer aux Puissances alliées et associées toutes ses créances sur l'Autriche, la Hongrie, la Bulgarie et la Turquie, et notamment celles qui résultent ou résulteront pour elle de l'exécution des engagements qu'elle a pris envers ces Puissances pendant la guerre.

Article 262.

Toute obligation de l'Allemagne de payer en espèces, en exécution du présent Traité, et exprimée en marks or, sera payable au choix des créanciers en livres sterling payables à Londres, dollars or des Etats-Unis payables à New-York, francs or payables à Paris et lires or payables à Rome.

Aux fins du présent article, les monnaies or ci-dessus sont convenues être du poids et du titre légalement établis au 1er janvier 1914 pour chacune d'entre elles.

Article 263.

L'Allemagne garantit au Gouvernement brésilien le remboursement, avec intérêt au taux ou aux taux qui ont été convenus, de toutes sommes

of the present Treaty, communicate to the Reparation Commission all such rights and interests, whether already granted, contingent or not yet exercised, and shall renounce on behalf of itself and its nationals in favour of the Allied and Associated Powers all such rights and interests which have not been so communicated.

Article 261.

Germany undertakes to transfer to the Allied and Associated Powers any claims she may have to payment or repayment by the Governments of Austria, Hungary, Bulgaria or Turkey, and, in particular, any claims which may arise, now or hereafter, from the fulfilment of undertakings made by Germany during the war to those Goverments.

Article 262.

Any monetary obligation due by Germany arising out of the present Treaty and expressed in terms of gold marks shall be payable at the option of the creditors in pounds sterling payable in London; gold dollars of the United States of America payable in New York; gold francs payable in Paris; or gold lire payable in Rome.

For the purpose of this Article the gold coins mentioned above shall be defined as being of the weight and fineness of gold as enacted by law on January 1, 1914.

Article 263.

Germany gives a guarantee to the Brazilian Government that all sums representing the sale of coffee belonging to the State of Sao Paolo

déposées à la banque Bleichroeder à Berlin, provenant de la vente de cafés appartenant à l'Etat de Sao-Paulo dans les ports de Hambourg, Brême, Anvers et Trieste. L'Allemagne s'étant opposée au transfert en temps utile desdites sommes à l'Etat de Sao-Paulo, garantit également que le remboursement sera effectué au taux du change du mark au jour du dépôt.

in the ports of Hamburg, Bremen, Antwerp and Trieste, which were deposited with the Bank of Bleichröder at Berlin, shall be reimbursed together with interest at the rate or rates agreed upon. Germany, having prevented the transfer of the sums in question to the State of Sao Paolo at the proper time, guarantees also that the reimbursement shall be effected at the rate of exchange of the day of the deposit.

Partie X.

Clauses économiques.

Section I.

Relations commerciales.

Chapitre I.

Réglementation, taxes et restrictions douanières.

Article 264.

L'Allemagne s'engage à ne pas soumettre les marchandises, produits naturels ou fabriqués de l'un quelconque des Etats alliés ou associés, importés sur le territoire allemand, quel que soit l'endroit d'où ils arrivent, à des droits ou charges, y compris les impôts intérieurs, autres ou plus élevés que ceux auxquels sont soumis les mêmes marchandises, produits naturels ou fabriqués d'un autre quelconque des dits Etats ou d'un autre pays étranger quelconque.

L'Allemagne ne maintiendra ou n'imposera aucune prohibition ou restriction à l'importation sur le territoire allemand de toutes marchandises, produits naturels ou fabriqués des territoires de l'un quelconque des Etats alliés ou associés de quelque endroit qu'ils arrivent, qui ne s'étendra pas également à l'importation des mêmes marchandises, produits naturels ou

Part X.

Economic clauses.

Section I.

Commercial relations.

Chapter I.

Customs regulations, duties and restrictions.

Article 264.

Germany undertakes that goods the produce or manufacture of any one of the Allied or Associated States imported into German territory, from whatsoever place arriving, shall not be subjected to other or higher duties or charges (including internal charges) than those to which the like goods the produce or manufacture of any other such State or of any other foreign country are subject.

Germany will not maintain or impose any prohibition or restriction on the importation into German territory of any goods the produce or manufacture of the territories of any one of the Allied or Associated States, from whatsoever place ariving, which shall not equally extend to the importation of the like goods the produce or manufacture of any other

fabriqués d'un autre quelconque desdits Etats ou d'un autre pays étranger quelconque.

Article 265.

L'Allemagne s'engage, en outre, à ne pas établir, en ce qui concerne le régime des importations, de différence au détriment du commerce de l'un quelconque des Etats alliés ou associés par rapport à un autre quelconque desdits Etats, ou par rapport à un autre pays étranger quelconque, même par des moyens indirects, tels que ceux résultant de la réglementation ou de la procédure douanière, ou des méthodes de vérification ou d'analyse, ou des conditions de payement des droits, ou des méthodes de classification ou d'interprétation des tarifs, ou encore de l'exercice de monopoles.

Article 266.

En ce qui concerne la sortie, l'Allemagne s'engage à ne pas soumettre les marchandises, produits naturels ou fabriqués exportés du territoire allemand vers les territoires de l'un quelconque des Etats alliés ou associés, à des droits ou charges, y compris les impôts intérieurs, autres ou plus élevés que ceux payés pour les mêmes marchandises exportées vers un autre quelconque desdits Etats ou vers un pays étranger quelconque.

L'Allemagne ne maintiendra ou n'imposera aucune prohibition ou restriction à l'exportation de toutes marchandises expédiées du territoire allemand vers l'un quelconque des Etats alliés ou associés qui ne s'étendra pas également à l'exportation des mêmes marchandises, produits naturels ou fabriqués expédiés vers un autre quelconque desdits Etats ou vers un autre pays étranger quelconque.

such State or of any other foreign country.

Article 265.

Germany further undertakes that, in the matter of the *régime* applicable on importation, no discrimination against the commerce of any of the Allied and Associated States as compared with any other of the said States or any other foreign country shall be made, even by indirect means, such as customs regulations or procedure, methods of verification or analysis, conditions of payment of duties, tariff classification or interpretation, or the operation of monopolies.

Article 266.

In all that concerns exportation Germany undertakes that goods, natural products or manufactured articles, exported from German territory to the territories of any one of the Allied or Associated States shall not be subjected to other or higher duties or charges (including internal charges) than those paid on the like goods exported to any other such State or to any other foreign country.

Germany will not maintain or impose any prohibition or restriction on the exportation of any goods sent from her territory to any one of the Allied or Associated States which shall not equally extend to the exportation of the like goods, natural products or manufactured articles, sent to any other such States or to any other foreign country.

Article 267.

Toute faveur, immunité ou privilège concernant l'importation, l'exportation ou le transit de marchandises, qui serait concédé par l'Allemagne à l'un quelconque des Etats alliés ou associés ou à un autre pays étranger quelconque, sera simultanément et inconditionnellement, sans qu'il soit besoin de demande ou de compensation, étendu à tous les Etats alliés ou associés.

Article 268.

Les dispositions des articles 264 à 267 du présent chapitre et de l'article 323 de la Partie XII (Ports, Voies d'eau et Voies ferrées) du présent Traité recevront les exceptions suivantes:

a) Pendant une période de cinq années, à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les produits naturels ou fabriqués, originaires et en provenance des territoires alsaciens et lorrains reunis à la France, seront reçus à leur entrée sur le territoire douanier allemand en franchise de tous droits de douane.

Le Gouvernement français fixera chaque année, par décret notifié au Gouvernement allemand, la nature et la quotité de produits qui beneficieront de cette franchise.

Les quantités de chaque produit qui pourront être ainsi envoyées annuellement en Allemagne ne pourront dépasser la moyenne annuelle des quantités envoyées au cours des années 1911 à 1913.

En outre, et pendant la période ci-dessus mentionnée, le Gouvernement allemand s'engage à laisser librement sortir d'Allemagne, et à laisser réimporter en Allemagne en franchise de tous droits de douane et autres charges, y compris les impôts intérieurs,

Article 267.

Every favour, immunity or privilege in regard to the importation, exportation or transit of goods granted by Germany to any Allied or Associated State or to any other foreign country whatever shall simultaneously and unconditionally, without request and without compensation, be extended to all the Allied and Associated States.

Article 268.

The provisions of Articles 264 to 267 inclusive of this Chapter and of Article 323 of Part XII (Ports, Waterways and Railways) of the present Treaty are subject to the following exceptions:

a) For a period of five years from the coming into force of the present Treaty, natural or manufactured products which both originate in and come from the territories of Alsace and Lorraine reunited to France shall, on importation into German customs territory, be exempt from all customs duty.

The French Government shall fix each year, by decree communicated to the German Government, the nature and amount of the products which shall enjoy this exemption.

The amount of each product which may be thus sent annually into Germany shall not exceed the average of the amounts sent annually in the years 1911-1913.

Further, during the period above mentioned the German Government shall allow the free export from Germany, and the free re-importation into Germany, exempt from all customs duties and other charges (including internal charges), of yarns, tissues,

les fils, tissus et autres matières ou produits textiles de toute nature et à tous états, venus d'Allemagne dans les territoires alsaciens ou lorrains pour y subir des opérations de finissage quelconques, telles que: blanchiment, teinture, impression, mercerisage, gazage, retordage ou apprêt.

b) Pendant une période de trois années à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les produits naturels ou fabriqués, originaires et en provenance des territoires polonais ayant fait avant la guerre partie de l'Allemagne, seront reçus à leur entrée sur le territoire douanier allemand en franchise de tous droits de douane.

Le Gouvernement polonais fixera chaque année, par décret notifié au Gouvernement allemand, la nature et la quotité des produits qui bénéficieront de cette franchise.

Les quantités de chaque produit, qui pourront être ainsi envoyées annuellement en Allemagne, en pourront dépasser la moyenne annuelle des quantités envoyées au cours des années 1911 à 1913.

c) Les Puissances alliées et associées se réservent la faculté d'imposer à l'Allemagne l'obligation de recevoir en franchise de tous droits de douane, à leur entrée sur le territoire douanier allemand, les produits naturels ou fabriqués, originaires et en provenance du Grand-Duché de Luxembourg, pendant une période de cinq années à dater de la mise en vigueur du présent Traité.

La nature et la quotité des produits qui bénéficieront de ce régime seront notifiées chaque année au Gouvernement allemand.

Les quantités de chaque produit qui pourront être ainsi envoyées an-

and other textile materials or textile products of any kind and in any condition, sent from Germany into the territories of Alsace or Lorraine, to be subjected there to any finishing process, such as bleaching, dyeing, printing, mercerisation, gassing, twisting or dressing.

b) During a period of three years from the coming into force of the present Treaty natural or manufactured products which both originate in and come from Polish territories which before the war were part of Germany shall, on importation into German customs territory, be exempt from all customs duty.

The Polish Government shall fix each year, by decree communicated to the German Government, the nature and amount of the products which shall enjoy this exemption.

The amount of each product which may be thus sent annually into Germany shall not exceed the average of the amounts sent annually in the years 1911-1913.

c) The Allied and Associated Powers reserve the right to require Germany to accord freedom from customs duty, on importation into German customs territory, to natural products and manufactured articles which both originate in and come from the Grand Duchy of Luxembourg, for a period of five years from the coming into force of the present Treaty.

The nature and amount of the products which shall enjoy the benefits of this *régime* shall be communicated each years to the German Government.

The amount of each product which may be thus sent annually into Ger-

nuellement en Allemagne ne pourront dépasser la moyenne annuelle des quantités envoyées au cours des années 1911 à 1913.

Article 269.

Pendant un délai de six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les taxes imposées par l'Allemagne aux importations des Puissances alliées et associées ne pourront être supérieures aux taxes les plus favorables, qui étaient en application pour les importations en Allemagne à la date du 31 juillet 1914.

Cette disposition continuera à être appliquée pendant une seconde période de trente mois après l'expiration des six premiers mois, exclusivement à l'égard des produits qui, étant compris dans la première catégorie, section A, du tarif douanier allemand du 25 décembre 1902, jouissaient à la date du 31 juillet 1914 de droits conventionnels par des traités avec les Puissances alliées ou associées, avec addition de toute espèce de vins et d'huiles végétales, de la soie artificielle et de la laine lavée ou dégraissée, ayant ou non fait l'objet de conventions spéciales avant le 31 juillet 1914.

Article 270.

Les Puissances alliées et associées, dans le cas où ces mesures leur paraîtraient nécessaires pour sauvegarder les intérêts économiques de la population des territoires allemands occupés par leurs troupes, se réservent d'appliquer à ces territoires un régime douanier spécial, tant en ce qui touche les importations que les exportations.

many shall not exceed the average of the amounts sent annually in the years 1911-1913.

Article 269.

During the first six months after the coming into force of the present Treaty, the duties imposed by Germany on imports from Allied and Associated States shall not be higher than the most favourable duties which were applied to imports into Germany on July 31, 1914.

During a further period of thirty months after the expiration of the first six months, this provision shall continue to be applied exclusively with regard to products which, being comprised in Section A of the First Category of the German Customs Tariff of December 25, 1902, enjoyed at the above-mentioned date (July 31, 1914) rates conventionalised by treaties with the Allied and Associated Powers, with the addition of all kinds of wine and vegetable oils, of artificial silk and of washed or scoured wool, whether or not they were the subject of special conventions before July 31, 1914.

Article 270.

The Allied and Associated Powers reserve the right to apply to German territory occupied by their troops a special customs *régime* as regards imports and exports, in the event of such a measure being necessary in their opinion in order to safeguard the economic interests of the population of these territories.

Chapitre II.

Traitement de la navigation.

Article 271.

En ce qui concerne la pêche, le cabotage et le remorquage maritimes, les navires et bateaux des Puissances alliées et associées bénéficieront, dans les eaux territoriales allemandes, du traitement qui sera accordé aux navires et bateaux de la nation la plus favorisée.

Article 272.

L'Allemagne accepte que, malgré toute stipulation contraire contenue dans les Conventions relatives aux pêcheries et au trafic des liqueurs dans la mer du Nord, tous droits d'inspection et de police seront, lorsqu'il s'agit de bateaux de pêche des Puissances alliées, exercés uniquement par des bâtiments appartenant à ces Puissances.

Article 273.

Dans le cas de navires des Puissances alliées ou associées toutes espèces de certificats ou de documents ayant rapport aux navires et bateaux, qui étaient reconnus comme valables par l'Allemagne avant la guerre, ou qui pourront ultérieurement être reconnus comme valables par les principaux Etats maritimes, seront reconnus par l'Allemagne comme valables et comme équivalents aux certificats correspondants octroyés à des navires et bateaux allemands.

Seront reconnus de la même manière les certificats et documents délivrés à leurs navires et bateaux par les Gouvernements des nouveaux Etats qu'ils aient ou non un littoral maritime, à condition que ces certificats et documents soient délivrés en conformité avec les usages généralement pratiqués dans les principaux Etats maritimes.

Chapter II.

Shipping.

Article 271.

As regards sea fishing, maritime coasting trade, and maritime towage, vessels of the Allied and Associated Powers shall enjoy, in German territorial waters, the treatment accorded to vessels of the most favoured nation.

Article 272.

Germany agrees that, notwithstanding any stipulation to the contrary contained in the Conventions relating to the North Sea fisheries and liquor traffic, all rights of inspection and police shall, in the case of fishing-boats of the Allied Powers, be exercised solely by ships belonging to those Powers.

Article 273.

In the case of vessels of the Allied or Associated Powers, all classes of certificates or documents relating to the vessel, which were recognised as valid by Germany before the war, or which may hereafter be recognised as valid by the principal maritime States, shall be recognised by Germany as valid and as equivalent to the corresponding certificates issued to German vessels.

A similar recognition shall be accorded to the certificates and documents issued to their vessels by the Governments of new States, whether they have a sea-coast or not, provided that such certificates and documents shall be issued in conformity with the general practice observed in the principal maritime States.

Les Hautes Parties Contractantes s'accordent à reconnaître le pavillon des navires de toute Puissance alliée ou associée qui n'a pas de littoral maritime, lorsqu'ils sont enregistrés en un lieu unique déterminé, situé sur son territoire; ce lieu tiendra lieu à ces navires de port d'enregistrement.

The High Contracting Parties agree to recognise the flag flown by the vessels of an Allied or Associated Power having no sea-coast which are registered at some one specified place situated in its territory; such place shall serve as the port of registry of such vessels.

Chapitre III.

Concurrence déloyale.

Article 274.

L'Allemagne s'engage à prendre toutes les mesures législatives ou administratives nécessaires pour garantir les produits naturels ou fabriqués originaires de l'une quelconque des Puissances alliées ou associées contre toute forme de concurrence déloyale dans les transactions commerciales.

L'Allemagne s'oblige à réprimer et à prohiber, par la saisie et par toutes autres sanctions appropriées, l'importation et l'exportation ainsi que la fabrication, la circulation, la vente et la mise en vente à l'intérieur, de tous produits ou marchandises portant sur eux-mêmes, ou sur leur conditionnement immédiat, ou sur leur emballage extérieur des marques, noms, inscriptions ou signes quelconques, comportant, directement ou indirectement, de fausses indications sur l'origine, l'espèce, la nature ou les qualités spécifiques de ces produits ou marchandises.

Article 275.

L'Allemagne, à la condition qu'un traitement réciproque lui soit accordé en cette matière, s'oblige à se conformer aux lois, ainsi qu'aux décisions administratives ou judiciaires prises conformément à ces lois, en vigueur dans un Pays allié ou associé et régulièrement notifiées à l'Allemagne par

Chapter III.

Unfair competition.

Article 274.

Germany undertakes to adopt all the necessary legislative and administrative measures to protect goods the produce or manufacture of any one of the Allied and Associated Powers from all forms of unfair competition in commercial transactions.

Germany undertakes to prohibit and repress by seizure and by other appropriate remedies the importation, exportation, manufacture, distribution, sale or offering for sale in its territory of all goods bearing upon themselves or their usual get-up or wrappings any marks, names, devices, or descriptions whatsoever which are calculated to convey directly or indirectly a false indication of the origin, type, nature, or special characteristics of such goods.

Article 275.

Germany undertakes on condition that reciprocity is accorded in these matters to respect any law, or any administrative or judicial decision given in conformity with such law, in force in any Allied or Associated State and duly communicated to her by the proper authorities, defining

les autorités compétentes, déterminant ou réglementant le droit à une appellation régionale, pour les vins ou spiritueux produits dans le pays auquel appartient la région, ou les conditions dans lesquelles l'emploi d'une appellation régionale peut être autorisé; et l'importation, l'exportation ainsi que la fabrication, la circulation, la vente ou la mise en vente des produits ou marchandises portant des appellations régionales contrairement aux lois ou décisions précitées seront interdites par l'Allemagne et réprimées par les mesures prescrites à l'article qui précède.

or regulating the right to any regional appellation in respect of wine or spirits produced in the State to which the region belongs, or the conditions under which the use of any such appellation may be permitted; and the importation, exportation, manufacture, distribution, sale or offering for sale of products or articles bearing regional appellations inconsistent with such law or order shall be prohibited by the German Government and repressed by the measures prescribed in the preceeding Article.

Chapitre IV.

Traitement des ressortissants des Puissances alliées et associées.

Article 276.

L'Allemagne s'engage:

a) à n'imposer aux ressortissants des Puissances alliées et associées en ce qui concerne l'exercice des métiers, professions, commerces et industries, aucune exclusion qui ne serait pas également applicable à tous les étrangers sans exception;

b) à ne soumettre les ressortissants des Puissances alliées et associées à aucun règlement ou restrictions, en ce qui concerne les droits visés au paragraphe a) qui pourraient porter directement ou indirectement atteinte aux stipulations du dit paragraphe, ou qui seraient autres ou plus désavantageux que ceux qui s'appliquent aux Etrangers ressortissants de la nation la plus favorisée;

c) à ne soumettre les ressortissants des Puissances alliées et associées, leurs biens, droits ou intérêts, y compris les sociétés ou associations dans lesquelles ils sont intéressés, à aucune

Chapter IV.

Treatment of nationals of Allied and Associated Powers.

Article 276.

Germany undertakes:

a) Not to subject the nationals of the Allied and Associated Powers to any prohibition in regard to the exercise of occupations, professions, trade and industry, which shall not be equally applicable to all aliens without exception;

b) Not to subject the nationals of the Allied and Associated Powers in regard to the rights referred to in paragraph a) to any regulation or restriction which might contravene directly or indirectly the stipulations of the said paragraph, or which shall be other or more disadvantageous than those which are applicable to nationals of the most favoured nation;

c) Not to subject the nationals of the Allied and Associated Powers, their property, rights or interests, including companies and associations in which they are interested, to any

charge, taxe ou impôts directs ou indirects, autres ou plus élevés que ceux qui sont ou pourront être imposés à ses ressortissants ou à leurs biens, droits ou intérêts;

d) A ne pas imposer aux ressortissants de l'une quelconque des Puissances alliées et associées une restriction quelconque qui n'était pas applicable aux ressortissants de ces Puissances à la date du 1er juillet 1914, à moins que la même restriction ne soit également imposée à ses propres nationaux.

Article 277.

Les ressortissants des Puissances alliées et associées jouiront sur le territoire allemand, d'une constante protection, pour leur personne, leurs biens, droits et intérêts et auront libre accès devant les tribunaux.

Article 278.

L'Allemagne s'engage à reconnaître la nouvelle nationalité qui aurait été ou serait acquise par ses ressortissants d'après les lois des Puissances alliées ou associées et conformément aux décisions des autorités compétentes de ces Puissances, soit par voie de naturalisation, soit par l'effet d'une clause d'un traité et à dégager à tous les points de vue ces ressortissants, en raison de cette acquisition de nouvelle nationalité, de toute allégeance vis-à-vis de leur Etat d'origine.

Article 279.

Les Puissances alliées et associées pourront nommer des consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires dans les villes et ports d'Allemagne. L'Allemagne s'engage à approuver la désignation de ces consuls généraux, consuls, vice-

charge, tax or impost, direct or indirect, other or higher than those which are or may be imposed on her own nationals or their property, rights or interests;

d) Not to subject the nationals of the Allied and Associated Powers to any restriction which was not applicable on July 1, 1914, to the nationals of such Powers unless such restriction is likewise imposed on her own nationals.

Article 277.

The nationals of the Allied and Associated Powers shall enjoy in German territory a constant protection for their persons and for their property, rights and interests, and shall have free access to the courts of law.

Article 278.

Germany undertakes to recognise any new nationality which has been or may be acquired by her nationals under the laws of the Allied and Associated Powers and in accordance with the decisions of the competent authorities of these Powers pursuant to naturalisation laws or under treaty stipulations, and to regard such persons as having, in consequence of the acquisition of such new nationality, in all respects severed their allegiance to their country of origin.

Article 279.

The Allied and Associated Powers may appoint consuls-general, consuls, vice-consuls, and consular agents in German towns and ports. Germany undertakes to approve the designation of the consuls-general, consuls, vice-consuls, and consular agents, whose

consuls et agents consulaires, dont les noms lui seront notifiés, et à les admettre à l'exercice de leurs fonctions conformément aux règles et usages habituels.

Chapitre V.

Clauses générales.

Article 280.

Les obligations, imposées à l'Allemagne par le Chapitre I et par les articles 271 et 272 du Chapitre II ci-dessus, cesseront d'être en vigueur cinq ans après la date de la mise en vigueur du présent Traité, à moins que le contraire résulte du texte ou que le Conseil de la Société des Nations décide, douze mois au moins avant l'expiration de cette période, que ces obligations seront maintenues pour une période subséquente avec ou sans amendement.

L'article 276 du Chapitre IV restera en vigueur après cette période de cinq ans, avec ou sans amendement, pour telle période, s'il en est une, que fixera la majorité du Conseil de la Société des Nations, et qui ne pourra dépasser cinq années.

Article 281.

Si le Gouvernement allemand se livre au commerce international, il n'aura, à ce point de vue, ni ne sera considéré avoir aucun des droits, privilèges et immunités de la souveraineté.

Section II.

Traités.

Article 282.

Dès la mise en vigueur du présent Traité et sous réserve des dispositions qui y sont contenues, les traités, conventions et accords plurilatéraux, de caractère économique ou technique,

names shall be notified to her, and to admit them to the exercise of their functions in conformity with the usual rules and customs.

Chapter V.

General Articles.

Article 280.

The obligations imposed on Germany by Chapter I and by Articles 271 and 272 of Chapter II above shall cease to have effect five years from the date of the coming into force of the present Treaty, unless otherwise provided in the text, or unless the Council of the League of Nations shall, at least twelve months before the expiration of that period, decide that these obligations shall be maintained for a further period with or without amendment.

Article 276 of Chapter IV shall remain in operation, with or without amendment, after the period of five years for such further period, if any, not exceeding five years, as may be determined by a majority of the Council of the League of Nations.

Article 281.

If the German Government engages in international trade, it shall not in respect thereof have or be deemed to have any rights, privileges, or immunities of sovereignty.

Section II.

Treaties.

Article 282.

From the coming into force of the present Treaty and subject to the provisions thereof the multilateral treaties, conventions and agreements of an economic or technical character

énumérés ci-après et aux articles suivants, seront seuls appliqués entre l'Allemagne et celles des Puissances alliées et associées qui y sont parties:

1⁰ Conventions du 14 mars 1884, du 1er décembre 1886 et du 23 mars 1887 et Protocole de clôture du 7 juillet 1887, relatifs à la protection des câbles sousmarins;*)

2⁰ Convention du 11 octobre 1909, relative à la circulation internationale des automobiles;**)

3⁰ Accord du 15 mai 1886, relatif au plombage des wagons assujettis à la douane et Protocole du 18 mai 1907;***)

4⁰ Accord du 15 mai 1886, relatif à l'unité technique des chemins de fer;†)

5⁰ Convention du 5 juillet 1890, relative à la publication des tarifs de douane et à l'organisation d'une Union internationale pour la publication des tarifs douaniers;††)

6⁰ Convention du 31 décembre 1913, relative à l'unification des statistiques commerciales;†††)

7⁰ Convention du 25 avril 1907, relative à l'élévation des tarifs douaniers ottomans;a)

8⁰ Convention du 14 mars 1857, relative au rachat des droits de péage du Sund et des Belts;b)

9⁰ Convention du 22 juin 1861, relative au rachat des droits de peage sur l'Elbe;c)

enumerated below and in the subsequent Articles shall alone be applied as between Germany and those of the Allied and Associated Powers party thereto:

1. Conventions of March 14, 1884, December 1, 1886, and March 23, 1887, and Final Protocol of July 7, 1887, regarding the protection of submarine cables.*)

2. Convention of October 11, 1909, regarding the international circulation of motor-cars.**)

3. Agreement of May 15, 1886, regarding the sealing of railway trucks subject to customs inspection, and Protocol of May 18, 1907.***)

4. Agreement of May 15, 1886, regarding the technical standardisation of railways.†)

5. Convention of July 5, 1890, regarding the publication of customs tariffs and the organisation of an International Union for the publication of customs tariffs.††)

6. Convention of December 31, 1913, regarding the unification of commercial statistics.†††)

7. Convention of April 25, 1907, regarding the raising of the Turkish customs tariff.a)

8. Convention of March 14, 1857, for the redemption of toll dues on the Sound and Belts.b)

9. Convention of June 22, 1861, for the redemption of the Stade Toll on the Elbe.c)

---

*) V. **N. R. G.** 2. s. XI, p. 281; XV, p. 69.
) V. **N. R. G. 3. s. III, p. 834.
***) V. **N. R. G.** 2. s. XXII, p. 42; 3. s. II, p. 878.
†) V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1887, p. 111; **N. R. G.** 3. s. II, p. 888.
††) V. **N. R. G.** 2. s. XVI, p. 532; XVIII, p. 558.
†††) V. ci-dessus No. 28, p. 304.
a) V. **N. R. G.** 3. s. I, p. 790.
b) V. **N. R. G.** XVI. 2, p. 345.
c) V. **N. R. G.** XVII. 1, p. 419.

10⁰ Convention du 16 juillet 1863, relative au rachat des droits de péage sur l'Escaut; †)

11⁰ Convention du 29 octobre 1888, relative à l'établissement d'un régime définitif destiné à garantir le libre usage du canal de Suez; [a])

12⁰ Conventions du 23 septembre 1910, relatives à l'unification de certaines règles en matière d'abordage, d'assistance et de sauvetage maritimes; [b])

13⁰ Convention du 21 décembre 1904, relative à l'exemption pour les bâtiments hospitaliers des droits et taxes dans les ports; [c])

14⁰ Convention du 4 février 1898, relative au jaugeage des bateaux de navigation intérieure; [d])

15⁰ Convention du 26 septembre 1906, pour la suppression du travail de nuit pour les femmes; [e])

16⁰ Convention du 26 septembre 1906, pour la suppression de l'emploi du phosphore blanc dans la fabrication des allumettes; [f])

17⁰ Conventions des 18 mai 1904, 4 mai 1910, relatives à la répression de la traite des blanches; [g])

18⁰ Convention du 4 mai 1910, relative à la suppression des publications pornographiques; [h])

19⁰ Conventions sanitaires du 30 janvier 1892, du 15 avril 1893, du 3 avril 1894, du 19 mars 1897 et du 3 décembre 1903; [i])

20⁰ Convention du 20 mai 1875, relative à l'unification et au perfectionnement du système métrique; [*])

10. Convention of July 16, 1863, for the redemption of the toll dues on the Scheldt. †)

11. Convention of October 29, 1888, regarding the establishment of a definite arrangement guaranteeing the free use of the Suez Canal. [a])

12. Conventions of September 23, 1910, respecting the unification of certain regulations regarding collisions and salvage at sea. [b])

13. Convention of December 21, 1904, regarding the exemption of hospital ships from dues and charges in ports. [c])

14. Convention of February 4, 1898, regarding the tonnage measurement of vessels for inland navigation. [d])

15. Convention of September 26, 1906; for the suppression of night-work for women. [e])

16. Convention of September 26, 1906, for the suppression of the use of white phosphorus in the manufacture of matches. [f])

17. Conventions of May 18, 1904, and May 4, 1910, regarding the suppression of the White Slave Traffic. [g])

18. Convention of May 4, 1910, regarding the suppression of obscene publications. [h])

19. Sanitary Conventions of January 30, 1892, April 15, 1893, April 3, 1894, March 19, 1897, and December 3, 1903. [i])

20. Convention of May 20, 1875, regarding the unification and improvement of the metric system. [*])

---

†) V. **N. R. G.** XVII. 2, p. 223.
a) V. **N. R. G.** 2. s. XV, p. 557.
b) V. **N. R. G.** 3. s. VII, p. 711, 728.
c) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 213.
d) V. **N. R. G.** 2. s. XXVIII, p. 733.
e) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 861.
f) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 872.
g) V. **N. R. G.** 2. s. XXXII, p 160; 3. s. VII, p. 252.
h) V. **N. R. G.** 3. s. VII, p. 266.
i) V. **N. R. G.** 2. s. XIX, p. 260; XIX, p. 239; XXIV, p. 516; XXVIII, p. 339; 3. s. I, p. 78.
*) V. **N. R. G.** 2. s. I, p. 663.

21⁰ Convention du 29 novembre 1906, relative à l'unification de la formule des médicaments héroïques;*)

22⁰ Convention du 16 et 19 novembre 1885, relative à la construction d'un diapason normal;**)

23⁰ Convention du 7 juin 1905, relative à la création d'un Institut international agricole à Rome;†)

24⁰ Convention des 3 novembre 1881, 15 avril 1889, relatives aux mesures à prendre contre le phylloxéra;††)

25⁰ Convention du 19 mars 1902, relative à la protection des oiseaux utiles à l'agriculture;†††)

26⁰ Convention du 12 juin 1902, relative à la tutelle des mineurs;a)

21. Convention of November 29, 1906, regarding the unification of pharmacopœial formulæ for potent drugs.*)

22. Convention of November 16 and 19, 1885, regarding the establishment of a concert pitch.**)

23. Convention of June 7, 1905, regarding the creation of an International Agricultural Institute at Rome.†)

24. Conventions of November 3, 1881, and April 15, 1889, regarding precautionary measures against phylloxera.††)

25. Convention of March 19, 1902, regarding the protection of birds useful to agriculture.†††)

26. Convention of June 12, 1902, as to the protection of minors.a)

Article 283.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes appliqueront de nouveau les conventions et arrangements ci-après désignés, en tant qu'ils les concernent, sous condition de l'application, par l'Allemagne, des stipulations particulières contenues dans le présent article.

Conventions postales:

Conventions et arrangements de l'Union postale universelle, signés à Vienne, le 4 juillet 1891;b)

Conventions et arrangements de l'Union postale, signés à Washington, le 15 juin 1897;c)

Conventions et arrangements de l'Union postale, signés à Rome, le 26 mai 1906.d)

Article 283.

From the coming into force of the present Treaty the High Contracting Parties shall apply the conventions and agreements hereinafter mentioned, in so far as concerns them, on condition that the special stipulations contained in this Article are fulfilled by Germany.

Postal Conventions:

Conventions and agreements of the Universal Postal Union concluded at Vienna, July 4, 1891.b)

Conventions and agreements of the Postal Union signed at Washington, June 15, 1897.c)

Conventions and agreements of the Postal Union signed at Rome, May 26, 1906.d)

---

*) V. **N. R. G.** 3. s. I, p. 592. **) V. ci-dessus No. 25, p. 245.
†) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 238.
††) V. **N. R. G.** 2. s. VIII, p 435; XV, p. 570.
†††) V. **N. R. G.** 2. s. XXX, p. 686.
a) V. **N. R. G.** 2. s. XXXI, p. 724. b) V. **N. R. G.** 2. s. XVII, p. 628.
c) V. **N. R. G.** 2. s. XXVIII, p. 453. d) V. **N. R. G.** 3. s. I, p. 355.

Conventions télégraphiques:

Conventions télégraphiques internationales, signées à Saint-Pétersbourg, le 10/22 juillet 1875;*)

Règlement et tarifs arrêtés par la Conférence télégraphique internationale de Lisbonne le 11 juin 1908.**)

L'Allemagne s'engage à ne pas refuser son consentement à la conclusion avec les nouveaux Etats des arrangements spéciaux prévus par les conventions et arrangements relatifs à l'Union postale universelle et à l'Union télégraphique internationale, dont lesdits nouveaux Etats font partie ou auxquels ils adhéreront.

Article 284.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes appliqueront de nouveau, en tant qu'elle les concerne, la Convention radio-télégraphique internationale du 5 juillet 1912,***) sous condition de l'application par l'Allemagne des règles provisoires, qui lui seront indiquées par les Puissances alliées et associées.

Si, dans les cinq années qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, une nouvelle convention réglant les relations radio-télégraphiques internationales vient à être conclue en remplacement de la convention du 5 juillet 1912, cette nouvelle convention liera l'Allemagne, même au cas où celle-ci aurait refusé soit de participer à l'élaboration de la convention, soit d'y souscrire.

Cette nouvelle convention remplacera également les règles provisoires en vigueur.

Article 285.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, les Hautes Parties Contrac-

Telegraphic Conventions:

International Telegraphic Convention signed at St. Petersburg July 10/22, 1875.*)

Regulations and Tariffs drawn up by the International Telegraphic Conference, Lisbon, June 11, 1908.**)

Germany undertakes not to refuse her assent to the conclusion by the new States of the special arrangements referred to in the conventions and agreements relating to the Universal Postal Union and to the International Telegraphic Union, to which the said new States have adhered or may adhere.

Article 284.

From the coming into force of the present Treaty the High Contracting Parties shall apply, in so far as concerns them, the International Radio-Telegraphic Convention of July 5, 1912,***) on condition that Germany fulfils the provisional regulations which will be indicated to her by the Allied and Associated Powers.

If within five years after the coming into force of the present Treaty a new convention regulating international radio-telegraphic communications should have been concluded to take the place of the Convention of July 5, 1912, this new Convention shall bind Germany, even if Germany should refuse either to take part in drawing up the convention, or to subscribe thereto.

This new convention will likewise replace the provisional regulations in force.

Article 285.

From the coming into force of the present Treaty, the High Contracting

*) V. **N. R. G.** 2. s. III, p. 614.
) V. **N. R. G. 3. s. V, p. 208.
***) V. ci-dessus, No. 27, p. 270.

tantes appliqueront, en tant qu'elles les concernent, et sous la condition stipulée à l'article 272, les conventions ci-après désignées:

1⁰ Conventions des 6 mai 1882 et 1er février 1889 en vue de réglementer la pêche dans la mer du Nord, en dehors des eaux territoriales;§)

2⁰ Les Conventions et Protocoles des 16 novembre 1887, 14 février 1893 et du 11 avril 1894, relatifs au trafic des liqueurs dans la mer du Nord.§§)

Article 286.

La Convention internationale de Paris du 20 mars 1883, pour la protection de la propriété industrielle,*) revisée à Washington le 2 juin 1911**) et la Convention internationale de Berne du 9 septembre 1886 pour la protection des œuvres littéraires et artistiques,***) revisée à Berlin le 13 novembre 1908†) et complétée par le Protocole additionnel signé à Berne le 20 mars 1914,††) seront remises en vigueur et reprendront leur effet à partir de la mise en vigueur du présent Traité, dans la mesure où ils ne seront pas affectés et modifiés par les exceptions et restrictions résultant dudit Traité.

Article 287.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes appliqueront, en tant qu'elle les concerne, la Convention de la Haye du 17 juillet 1905†††) relative à la procédure civile. Toutefois, cette

Parties shall apply in so far as concerns them and under the conditions stipulated in Article 272, the conventions hereinafter mentioned:

1. The Conventions of May 6, 1882, and February 1, 1889, regulating the fisheries in the North Sea outside territorial waters.§)

2. The Conventions and Protocols of November 16, 1887, February 14, 1893, and April 11, 1894, regarding the North Sea liquor traffic.§§)

Article 286.

The International Convention of Paris of March 20, 1883, for the protection of industrial property,*) revised at Washington on June 2, 1911;**) the International Convention of Berne of September 9, 1886,***) for the protection of literary and artistic works, revised at Berlin on November 13, 1908,†) and completed by the additional Protocol signed at Berne on March 20, 1914,††) will again come into effect as from the coming into force of the present Treaty, in so far as they are not affected or modified by the exceptions and restrictions resulting therefrom.

Article 287.

From the coming into force of the present Treaty the High Contracting Parties shall apply, in so far as concerns them, the Convention of the Hague of July 17, 1905,†††) relating to civil procedure. This renewal,

§) V. **N. R. G.** 2. s. IX, p. 556; XV, p. 568.
§§) V. **N. R. G.** 2. s. XIV, p. 540; XIX, p. 421; XXII, p. 563.
*) V. **N. R. G.** 2. s. X, p. 133; XXX, p. 449.
) V. **N. R. G. 3. s. VIII, p. 760.
***) V. **N. R. G.** 2. s. XII, p. 173.
†) V. **N. R. G.** 3. s. IV, p. 590.
††) V. **N. R. G.** 3. s. X, p. 114.
†††) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 243.

remise en vigueur demeure et demeurera sans effet vis-à-vis de la France, du Portugal et de la Roumanie.

however, will not apply to France, Portugal and Roumania.

Article 288.

Les droits et privilèges spéciaux accordés à l'Allemagne par l'article 3 de la Convention du 2 décembre 1899 relative aux îles Samoa,*) seront considérés comme ayant pris fin à la date du 4 août 1914.

Article 288.

The special rights and privileges granted to Germany by Article 3 of the Convention of December 2, 1899, relating to Samoa*) shall be considered to have terminated on August 4, 1914.

Article 289.

Chacune des Puissances alliées ou associées, s'inspirant des principes généraux ou des stipulations particulières du présent Traité, notifiera à l'Allemagne les conventions bilatérales ou les traités bilatéraux, dont elle exigera la remise en vigueur avec elle.

La notification prévue au présent article sera faite, soit directement, soit par l'entremise d'une autre Puissance. Il en sera accusé réception par écrit par l'Allemagne; la date de la remise en vigueur sera celle de la notification.

Les Puissances alliées ou associées s'engagent entre elles à ne remettre en vigueur avec l'Allemagne que les conventions ou traités qui sont conformes aux stipulations du présent Traité.

La notification mentionnera éventuellement celles des dispositions de ces conventions ou traités qui, n'étant pas conformes aux stipulations du présent Traité, ne seront pas considérées comme remises en vigueur.

En cas de divergence d'avis, la Société des Nations sera appelée à se prononcer.

Un délai de six mois, qui courra depuis la mise en vigueur du présent

Article 289.

Each of the Allied or Associated Powers, being guided by the general principles or special provisions of the present Treaty, shall notify to Germany the bilateral treaties or conventions which such Allied or Associated Power wishes to revive with Germany.

The notification referred to in the present Article shall be made either directly or through the intermediary of another Power. Receipt thereof shall be acknowledged in writing by Germany. The date of the revival shall be that of the notification.

The Allied and Associated Powers undertake among themselves not to revive with Germany any conventions or treaties which are not in accordance with the terms of the present Treaty.

The notification shall mention any provisions of the said conventions and treaties which, not being in accordance with the terms of the present Treaty, shall not be considered as revived.

In case of any difference of opinion, the League of Nations will be called on to decide.

A period of six months from the coming into force of the present Treaty

*) V. **N. R. G.** 2. s. XXX, p. 683.

Traité, est imparti aux Puissances alliées ou associées pour procéder à la notification.

Les conventions bilatérales et traités bilatéraux, qui auront fait l'objet d'une telle notification, seront seuls remis en vigueur entre les Puissances alliées ou associées et l'Allemagne; tous les autres sont et demeureront abrogés.

Les règles ci-dessus sont applicables à toutes conventions bilatérales ou traités bilatéraux existant entre toutes les Puissances alliées et associées signataires du présent Traité et l'Allemagne, même si lesdites Puissances alliées et associées n'ont pas été en état de guerre avec elle.

Article 290.

L'Allemagne reconnaît comme étant et demeurant abrogés par le présent Traité tous les traités, conventions ou accords qu'elle a conclus avec l'Autriche, la Hongrie, la Bulgarie ou la Turquie depuis le 1er août 1914 jusqu'à la mise en vigueur du présent Traité.

Article 291.

L'Allemagne s'engage à assurer de plein droit aux Puissances alliées et associées, ainsi qu'aux fonctionnaires et ressortissants desdites Puissances, le bénéfice de tous les droits et avantages de quelque nature que ce soit qu'elle a pu concéder à l'Autriche, à la Hongrie, à la Bulgarie, ou à la Turquie, ou concéder aux fonctionnaires et ressortissants de ces Etats, par traités, conventions ou accords, conclus avant le 1er août 1914, aussi longtemps que ces traités, conventions ou accords resteront en vigueur.

Les Puissances alliées et associées se réservent d'accepter ou non le bénéfice de ces droits et avantages.

is allowed to the Allied and Associated Powers within which to make the notification.

Only those bilateral treaties and conventions which have been the subject of such a notification shall be revived between the Allied and Associated Powers and Germany; all the others are and shall remain abrogated.

The above regulations apply to all bilateral treaties or conventions existing between all the Allied and Associated Powers signatories to the present Treaty and Germany, even if the said Allied and Associated Powers have not been in a state of war with Germany.

Article 290.

Germany recognises that all the treaties, conventions or agreements which she has concluded with Austria, Hungary, Bulgaria or Turkey since August 1, 1914, until the coming into force of the present Treaty are and remain abrogated by the present Treaty.

Article 291.

Germany undertakes to secure to the Allied and Associated Powers, and to the officials and nationals of the said Powers, the enjoyment of all the rights and advantages of any kind which she may have granted to Austria, Hungary, Bulgaria or Turkey, or to the officials and nationals of these States by treaties, conventions or arrangements concluded before August 1, 1914, so long as those treaties, conventions or arrangements remain in force.

The Allied and Associated Powers reserve the right to accept or not the enjoyment of these rights and advantages.

Article 292.

L'Allemagne reconnait comme étant et demeurant abrogés tous les traités, conventions ou accords qu'elle a conclus avec la Russie ou avec tout Etat ou Gouvernement dont le territoire constituait antérieurement une partie de la Russie, ainsi qu'avec la Roumanie, avant le 1er août 1914 ou depuis cette date, jusqu'à la mise en vigueur du présent Traité.

Article 293.

Au cas où, depuis le 1er août 1914, une Puissance alliée ou associée, la Russie, ou un Etat ou Gouvernement dont le territoire constituait antérieurement une partie de la Russie, aurait été contraint à la suite d'une occupation militaire, par tout autre moyen ou pour toute antre cause, d'accorder ou de laisser accorder par un acte émanant d'une autorité publique quelconque, des concessions, privilèges et faveurs de quelque nature que ce soit à l'Allemagne ou à un ressortissant allemand, ces concessions, privilèges et faveurs sont annulés de plein droit pan le présent Traité.

Toutes charges ou indemnités pouvant éventuellement résulter de cette annulation ne seront en aucun cas supportées par les Puissances alliées et associées, ni par les Puissances, Etats, Gouvernements ou autorités publiques que le présent article délie de leurs engagements.

Article 294.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, l'Allemagne s'engage à faire bénéficier de plein droit les Puissances alliées et associées, ainsi que leurs ressortissants, des droits et avantages de quelque nature que ce soit qu'elle a concédés dequis le

Article 292.

Germany recognises that all treaties, conventions or arrangements which she concluded with Russia, or with any State or Government of which the territory previously formed a part of Russia, or with Roumania, before August 1, 1914, or after that date until the coming into force of the present Treaty, are and remain abrogated.

Article 293.

Should an Allied or Associated Power, Russia, or a State or Government of which the territory formerly constituted a part of Russia, have been forced since August 1, 1914, by reason of military occupation or by any other means or for any other cause, to grant or to allow to be granted by the act of any public authority, concessions, privileges and favours of any kind to Germany or to a German national, such concessions, privileges and favours are *ipso facto* annulled by the present Treaty.

No claims or indemnities which may result from this annulment shall be charged against the Allied or Associated Powers or the Powers, States, Governments or public authorities which are released from their engagements by the present Article.

Article 294.

From the coming into force of the present Treaty Germany undertakes to give the Allied and Associated Powers and their nationals the benefit *ipso facto* of the rights and advantages of any kind which she has granted by treaties, conventions, or ar-

1er août 1914 jusqu'à la mise en vigueur du présent Traité, par traités, conventions ou accords, à des Etats non belligérants ou ressortissants de ces Etats, aussi longtemps que ces traités, conventions ou accords resteront en vigueuer.

Article 295.

Celles des Hautes Parties Contractantes qui n'auraient pas encore signé ou qui, après avoir signé, n'auraient pas encore ratifié la Convention sur l'Opium, signée à la Haye le 23 janvier 1912,*) sont d'accord pour mettre cette convention en vigueur, et, à cette fin, pour édicter la législation nécessaire aussitôt qu'il sera possible et, au plus tard, dans les douze mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent, en outre, pour celles d'entre elles qui n'ont pas encore ratifié ladite Convention, que la ratification du présent Traité équivaudra, à tous égards, à cette ratification et à la signature du Protocole spécial ouvert à la Haye conformément aux résolutions de la troisième Conférence sur l'opium, tenue en 1914 pour la mise en vigueur de ladite Convention.

Le Gouvernement de la République française communiquera au Gouvernement des Pays-Bas une copie certifiée conforme du procès-verbal de dépôt des ratifications du présent Traité et invitera le Gouvernement des Pays-Bas à accepter et recevoir ce document comme dépôt des ratifications de la Convention du 23 janvier 1912 et comme signature du Protocole additionnel de 1914.

rangements to non-belligerent States or their nationals since August 1, 1914, until the coming into force of the present Treaty, so long as those treaties, conventions or arrangements remain in force.

Article 295.

Those of the High Contracting Parties who have not yet signed, or who have signed but not yet ratified, the Opium Convention signed at The Hague on January 23, 1912,*) agree to bring the said Convention into force, and for this purpose to enact the necessary legislation without delay and in any case within a period of twelve months from the coming into force of the present Treaty.

Furthermore, they agree that ratification of the present Treaty should in the case of Powers which have not yet ratified the Opium Convention be deemed in all respects equivalent to the ratification of that Convention and to the signature of the Special Protocol which was opened at The Hague in accordance with the resolutions adopted by the Third Opium Conference in 1914 for bringing the said Convention into force.

For this purpose the Government of the French Republic will communicate to the Government of the Netherlands a certified copy of the protocol of the deposit of ratifications of the present Treaty, and will invite the Government of the Netherlands to accept and deposit the said certified copy as if it were a deposit of ratifications of the Opium Convention and a signature of the Additional Protocol of 1914.

*) V. ci-dessus Nr. 26, p. 247.

Section III.

Dettes.

Article 296.

Seront réglées par l'intermédiaire d'Offices de vérification et de compensation qui seront constitués par chacune des Hautes Parties Contractantes dans un délai de trois mois à dater de la notification prévue à l'alinéa e) ci-après, les catégories suivantes d'obligations pécuniaires:

1° Les dettes exigibles avant la guerre et dues par les ressortissants d'une des Puissances Contractantes, résidant sur le territoire de cette Puissance, aux ressortissants d'une Puissance adverse résidant sur le territoire de cette Puissance;

2° Les dettes devenues exigibles pendant la guerre, et dues aux ressortissants d'une des Puissances Contractantes résidant sur le territoire de cette Puissance et résultant de transactions ou de contrats, passés avec les ressortissants d'une Puissance adverse résidant sur le territoire de cette Puissance, dont l'exécution totale ou partielle a été suspendue du fait de la déclaration de guerre;

3° Les intérêts échus avant et pendant la guerre, et dus à un ressortissant d'une des Puissances Contractantes, provenant des valeurs émises par une Puissance adverse, pourvu que le payement de ces intérêts aux ressortissants de cette Puissance ou aux neutres n'ait pas été suspendu pendant la guerre;

4° Les capitaux remboursables avant et pendant la guerre, payables aux ressortissants d'une des Puissances Contractantes, représentant des valeurs émises par une Puissance adverse, pourvu que le payement de ce capital aux ressortissants de cette Puissance

Section III.

Debts.

Article 296.

There shall be settled through the intervention of Clearing Offices to be established by each of the High Contracting Parties within three months of the notification referred to in paragraph e) hereafter the following classes of pecuniary obligations;

1. Debts payable before the war and due by a national of one of the Contracting Powers, residing within its territory, to a national of an Opposing Power, residing within its territory;

2. Debts which became payable during the war to nationals of one Contracting Power residing within its territory and arose out of transactions or contracts with the nationals of an Opposing Power, resident within its territory, of which the total or partial execution was suspended on account of the declaration of war;

3. Interest which has accrued due before and during the war to a national of one of the Contracting Powers in respect of securities issued by an Opposing Power, provided that the payment of interest on such securities to the nationals of that Power or to neutrals has not been suspended during the war.

4. Capital sums which have become payable before and during the war to nationals of one of the Contracting Powers in respect of securities issued by one of the Opposing Powers, provided that the payment of such capital sums to nationals of that Power or

ou aux neutres n'ait pas été suspendu pendant la guerre.

Les produits des liquidations des biens, droits et intérêts ennemis visés dans la Section IV et son Annexe, seront pris en charge dans la monnaie et au change prévus ci-après à l'alinéa d), par les Offices de vérification et de compensation et affectés par eux dans les conditions prevues par lesdites Section et Annexe.

Les opérations visées dans le présent article seront effectuées selon les principes suivants et conformément à l'Annexe de la présente section:

a) Chacune des Hautes Parties Contractantes interdira, dès la mise en vigueur du présent Traité tous payements, acceptations de payements et généralement toutes communications entre les parties intéressées, relativement au règlement desdites dettes, autrement que par l'intermédiaire des Offices de vérification et de compensation susvisés;

b) Chacune des Hautes Parties Contractantes sera respectivement responsable du payement desdites dettes de ses nationaux, sauf dans le cas où le débiteur était, avant la guerre, en faillite, en déconfiture ou en état d'insolvabilité déclarée ou si la dette était due par une société, dont les affaires ont été liquidées pendant la guerre conformément à la législation exceptionnelle de guerre. Neanmoins les dettes des habitants des territoires envahis ou occupés par l'ennemi avant l'Armistice ne seront pas garanties par les Etats dont ces territoires font partie;

c) Les sommes dues aux ressortissants d'une des Puissances Contractantes par les ressortissants d'une

to neutrals has not been suspended during the war.

The proceeds of liquidation of enemy property, rights and interests mentioned in Section IV and in the Annex thereto will be accounted for through the Clearing Offices, in the currency and at the rate of exchange hereinafter provided in paragraph d), and disposed of by them under the conditions provided by the said Section and Annex.

The settlements provided for in this Article shall be effected according to the following principles and in accordance with the Annex to this Section:

a) Each of the High Contracting Parties shall prohibit, as from the coming into force of the present Treaty, both the payment and the acceptance of payment of such debts, and also all communications between the interested parties with regard to the settlement of the said debts otherwise than through the Clearing Offices;

b) Each of the High Contracting Parties shall be respectively responsible for the payment of such debts due by its nationals, except in the cases where before the war the debtor was in a state of bankruptcy or failure, or had given formal indication of insolvency or where the debt was due by a company whose business has been liquidated under emergency legislation during the war. Nevertheless, debts due by the inhabitants of territory invaded or occupied by the enemy before the Armistice will not be guaranteed by the States of which those territories form part;

c) The sums due to the nationals of one of the High Contracting Parties by the nationals of an Opposing State

Puissance adverse seront portées au débit de l'Office de vérification et de compensation du pays du débiteur et versées au créancier par l'Office du pays de ce dernier;

d) Les dettes seront payées ou créditées dans la monnaie de celle des Puissances alliées et associées (y compris les colonies et protectorats des Puissances alliées, les Dominions britanniques et l'Inde), qui sera intéressée. Si les dettes doivent être réglées dans toute autre monnaie, elles seront payées ou créditées dans la monnaie de la Puissance alliée ou associée intéressée (colonie, protectorat, Dominion britannique ou Inde). La conversion se fera au taux du change d'avant-guerre.

Pour l'application de cette disposition, on considère que le taux du change d'avant-guerre est égal à la moyenne des taux des transferts télégraphiques de la Puissance alliée ou associée intéressée pendant le mois précédant immédiatement l'ouverture des hostilités entre ladite Puissance intéressée et l'Allemagne.

Dans le cas où un contrat stipulerait expressément un taux fixe de change pour la conversion de la monnaie, dans laquelle l'obligation est exprimée, en la monnaie de la Puissance alliée ou associée intéressée, la disposition ci-dessus, relative au taux du change ne sera pas applicable.

En ce qui concerne les Puissances nouvellement créées, la monnaie de règlement et le taux du change applicables aux dettes à payer ou à créditer seront fixés par la Commission des réparations prévue dans la Partie VIII (Réparations);

e) Les prescriptions du présent article et de l'Annexe ci-jointe ne s'appli-

will be debited to the Clearing Office of the country of the debtor, and paid to the creditor by the Clearing Office of the country of the creditor;

d) Debts shall be paid or credited in the currency of such one of the Allied and Associated Powers, their colonies or protectorates, or the British Dominions or India, as may be concerned. If the debts are payable in some other currency they shall be paid or credited in the currency of the country concerned, whether an Allied or Associated Power, Colony, Protectorate, British Dominion or India, at the pre-war rate of exchange.

For the purpose of this provision the pre-war rate of exchange shall be defined as the average cable transfer rate prevailing in the Allied or Associated country concerned during the month immediately preceding the outbreak of war between the said country concerned and Germany.

If a contract provides for a fixed rate of exchange governing the conversion of the currency in which the debt is stated into the currency of the Allied or Associated country concerned, then the above provisions concerning the rate of exchange shall not apply.

In the case of new States the currency in which and the rate of exchange at which debts shall be paid or credited shall be determined by the Reparation Commission provided for in Part VIII (Reparation);

e) The provisions of this Article and of the Annex hereto shall not

queront pas entre l'Allemagne d'une part et, d'autre part, l'une quelconque des Puissances alliées ou associées, leurs colonies et pays de protectorat, ou l'un quelconque des Dominions britanniques, ou l'Inde, à moins que, dans un délai d'un mois, à dater du dépôt de la ratification du present Traité par la Puissance en question ou de la ratification pour le compte de ce Dominion ou de l'Inde, notification à cet effet ne soit donnée à l'Allemagne par les Gouvernements de telle Puissance alliée ou associée, de tel Dominion britannique, ou de l'Inde, suivant le cas.

f) Les Puissances alliées et associées qui ont adhéré au présent article et à l'Annexe ci-jointe, pourront convenir entre elles de les appliquer à leurs ressortissants respectifs établis sur leur territoire, en ce qui concerne les rapports entre ces ressortissants et les ressortissants allemands. Dans ce cas, les payements effectués par application de la présente disposition feront l'objet de règlements entre les Offices de vérification et de compensation alliés et associés intéressés.

Annexe.

§ 1.

Chacune des Hautes Parties Contractantes créera, dans un délai de trois mois, à dater de la notification prévue à l'article 296 e) un „Office de vérification et de compensation" pour le payement et le recouvrement des dettes ennemies.

Il pourra être créé des Offices locaux pour une partie des territoires des Hautes Parties Contractantes. Ces Offices agiront sur ces territoires comme les Offices centraux; mais tous les rapports avec l'Office établi

apply as between Germany on the one hand and any one of the Allied and Associated Powers, their colonies or protectorates, or any one of the British Dominions or India on the other hand, unless within a period of one month from the deposit of the ratification of the present Treaty by the Power in question, or of the ratification on behalf of such Dominion or of India, notice to that effect is given to Germany by the Government of such Allied or Associated Power or of such Dominion or of India as the case may be;

f) The Allied and Associated Powers who have adopted this Article and the Annex hereto may agree between themselves to apply them to their respective nationals established in their territory so far as regards matters between their nationals and German nationals. In this case the payments made by application of this provision will be subject to arrangements between the Allied and Associated Clearing Offices concerned.

Annex.

1.

Each of the High Contracting Parties will, within three months from the notification provided for in Article 296, paragraph e), establish a Clearing Office for the collection and payment of enemy debts.

Local Clearing Offices may be established for any particular portion of the territories of the High Contracting Parties. Such local Clearing Offices may perform all the functions of a central Clearing Office in their

dans le pays adverse auront lieu par l'intermédiaire de l'Office central.

§ 2.

Dans la présente Annexe, on désigne par les mots „dettes ennemies" les obligations pécuniaires visées au premier paragraphe de l'article 296, par „débiteurs ennemis" les personnes qui doivent ces sommes, par „créanciers ennemis" les personnes à qui elles sont dues, par „Office créancier" l'Office de vérification et compensation fonctionnant dans le pays du créancier et par „Office débiteur" l'Office de vérification et compensation fonctionnant dans le pays du débiteur.

§ 3.

Les Hautes Parties Contractantes sanctionneront les infractions aux dispositions du paragraphe a) de l'article 296 par les peines prévues actuellement, dans leur législation, pour le commerce avec l'ennemi. Elles interdiront également sur leur territoire toute action en justice relative au payement des dettes ennemies, en dehors des cas prévus par la présente Annexe.

§ 4

La garantie gouvernementale prévue au paragraphe b) de l'article 296 s'applique, lorsque le recouvrement ne peut être effectué, pour quelque cause ce soit, sauf dans le cas où, selon la législation du pays du débiteur, la dette était prescrite au moment de la déclaration de guerre ou si, à ce moment, le débiteur était en faillite, en déconfiture ou en état d'insolvabilité déclarée ou si la dette était due par une société dont les affaires ont été liquidées conformément

respective districts, except that all transactions with the Clearing Office in the Opposing State must be effected through the central Clearing Office.

2.

In this Annex the pecuniary obligations referred to in the first paragraph of Article 296 are described as „enemy debts", the persons from whom the same are due as „enemy debtors", the persons to whom they are due as „enemy creditors", the Clearing Office in the country of the creditor is called the „Creditor Clearing Office", and the Clearing Office in the country of the debtor is called the „Debtor Clearing Office".

3.

The High Contracting Parties will subject contraventions of paragraph a) of Article 296 to the same penalties as are at present provided by their legislation for trading with the enemy. They will similarly prohibit within their territory all legal process relating to payment of enemy debts, except in accordance with the provisions of this Annex.

4.

The Government guarantee specified in paragraph b) of Article 296 shall take effect whenever, for any reason, a debt shall not be recoverable, except in a case where at the date of the outbreak of war the debt was barred by the laws of prescription in force in the country of the debtor, or where the debtor was as that time in a state of bankruptcy or failure or had given formal indication of insolvency, or where the debt was due by a company whose business

à la législation exceptionnelle de guerre. Dans ce cas, la procedure prévue par la présente Annexe s'appliquera au payement des répartitions.

Les termes „en faillite, en déconfiture" visent l'application des législations qui prévoient ces situations juridiques. L'expression „en état d'insolvabilité déclarée" a la même signification qu'en droit anglais.

§ 5.

Les créanciers notifieront, à l'Office créancier, dans le délai de six mois, à dater de sa création, les dettes qui leur sont dues et fourniront à cet Office tous les documents et renseignements qui leur seront demandés.

Les Hautes Parties Contractantes prendront toutes mesures utiles pour poursuivre et punir les collusions qui pourraient se produire entre créanciers et débiteurs ennemis. Les Offices se communiqueront toutes les indications et renseignements pouvant aider à découvrir et à punir de semblables collusions.

Les Hautes Parties Contractantes faciliteront autant que possible la communication postale et télegraphique, aux frais des parties et par l'intermédiaire des Offices, entre débiteurs et créanciers désireux d'arriver à un accord sur le montant de leur dette.

L'Office créancier notifiera à l'Office débiteur toutes les dettes qui lui auront été déclarées. L'Office débiteur fera, en temps utile, connaître à l'Office créancier les dettes reconnues et les dettes contestées. Dans ce dernier cas, l'Office débiteur mentionnera les motifs de la non-reconnaissance de la dette.

has been liquidated under emergency legislation during the war. In such case the procedure specified by this Annex shall apply to payment of the dividends.

The terms „bankruptcy" and „failure" refer to the application of legislation providing for such juridical conditions. The expression „formal indication of insolvency" bears the same meaning as it has in English law.

5.

Creditors shall give notice to the Creditor Clearing Office within six months of its establishment of debts due to them, and shall furnish the Clearing Office with any documents and information required of them.

The High Contracting Parties will take all suitable measures to trace and punish collusion between enemy creditors and debtors. The Clearing Offices will communicate to one another any evidence and information which might help the discovery and punishment of such collusion.

The High Contracting Parties will facilitate as much as possible postal and telegraphic communication at the expense of the parties concerned and through the intervention of the Clearing Offices between debtors and creditors desirous of coming to an agreement as to the amount of their debt.

The Creditor Clearing Office will notify the Debtor Clearing Office of all debts declared to it. The Debtor Clearing Office will, in due course, inform the Creditor Clearing Office which debts are admitted and which debts are contested. In the latter case, the Debtor Clearing Office will give the grounds for the non-admission of debt.

§ 6.

Lorsqu'une dette aura été reconnue, en tout ou partie, l'Office débiteur créditera aussitôt du montant reconnu l'Office créancier qui sera, en même temps, avisé de ce crédit.

§ 7.

La dette sera considérée comme reconnue pour sa totalité et le montant en sera immédiatement porté au crédit de l'Office créancier, à moins que, dans un délai de trois mois à partir de la réception de la notification qui lui aura été faite (sauf prolongation de ce délai acceptée par l'Office créancier), l'Office débiteur ne fasse connaître que la dette n'est pas reconnue.

§ 8.

Dans le cas où la dette ne serait pas reconnue, en tout ou partie, les deux Offices examineront l'affaire d'un commun accord et tenteront de concilier les parties.

§ 9.

L'Office créancier payera aux particuliers créanciers les sommes portées à son crédit en utilisant à cet effet les fonds mis à sa disposition par le Gouvernement de son pays et dans les conditions fixées par ce Gouvernement, en opérant notamment toute retenue jugée nécessaire pour risques, frais ou droits de commission.

§ 10.

Toute personne qui aura réclamé le payement d'une dette ennemie dont le montant n'aura pas été reconnu en tout ou en partie devra payer à l'Office, à titre d'amende, un intérêt de 5 p. 100 sur la partie non reconnue de la dette. De même, toute per-

6.

When a debt has been admitted, in whole or in part, the Debtor Clearing Office will at once credit the Creditor Clearing Office with the amount admitted, and at the same time notify it of such credit.

7.

The debt shall be deemed to be admitted in full and shall be credited forthwith to the Creditor Clearing Office unless within three months from the receipt of the notification or such longer time as may be agreed to by the Creditor Clearing Office notice has been given by the Debtor Clearing Office that it is not admitted.

8.

When the whole or part of a debt is not admitted the two Clearing Offices will examine into the matter jointly and will endeavour to bring the parties to an agreement.

9.

The Creditor Clearing Office will pay to the individual creditor the sums credited to it out of the funds placed at its disposal by the Government of its country and in accordance with the conditions fixed by the said Government, retaining any sums considered necessary to cover risks, expenses or commissions.

10.

Any person having claimed payment of an enemy debt which is not admitted in whole or in part shall pay to the clearing office, by way of fine, interest at 5 per cent. on the part not admitted. Any person having unduly refused to admit the whole or part of a debt

sonne qui aura indûment refusé de reconnaître tout ou partie d'une dette à elle réclamée devra payer, à titre d'amende, un intérêt de 5 p. 100 sur le montant au sujet duquel son refus n'aura pas été reconnu justifié.

Cet intérêt sera dû à partir du jour de l'expiration du délai prévu au paragraphe 7 jusqu'au jour où la réclamation aura été reconnue injustifiée ou la dette payée.

Les Offices, chacun en ce qui le concerne, pour-suivront le recouvrement des amendes ci-dessus visées et seront responsables dans le cas où ces amendes ne pourront pas être recouvrées.

Les amendes seront portées au crédit de l'Office adverse, qui les conservera à titre de contribution aux frais d'exécution des présentes dispositions.

§ 11.

La balance des opérations entre les Offices sera établie tous les mois et le solde réglé par l'État débiteur dans un délai de huitaine et par versement effectif de numéraire.

Toutefois, les soldes pouvant être dus par une ou plusieurs Puissances alliées ou associées seront retenus jusqu'au payement intégral des sommes dues aux Puissances alliées ou associées ou à leurs ressortissants du chef de la guerre.

§ 12.

En vue de faciliter la discussion entre les Offices, chacun d'eux aura un représentant dans la ville où fonctionnera l'autre.

§ 13.

Sauf exception motivée, les affaires seront discutées autant que possible dans les bureaux de l'Office débiteur.

claimed from him shall pay, by way of fine, interest at 5 per cent. on the amount with regard to which his refusal shall be disallowed.

Such interest shall run from the date of expiration of the period provided for in paragraph 7 until the date on which the claim shall have been disallowed or the debt paid.

Each Clearing Office shall in so far as it is concerned take steps to collect the fines above provided for, and will be responsible if such fines cannot be collected.

The fines will be credited to the other Clearing Office, which shall retain them as a contribution towards the cost of carrying out the present provisions.

11.

The balance between the Clearing Offices shall be struck monthly and the credit balance paid in cash by the debtor State within a week.

Nevertheless, any credit balances which may be due by one or more of the Allied and Associated Powers shall be retained until complete payment shall have been effected of the sums due to the Allied or Associated Powers or their nationals on account of the war.

12.

To facilitate discussion between the Clearing Offices each of them shall have a representative at the place where the other is established.

13.

Except for special reasons all discussions in regard to claims will, so far as possible, take place at the Debtor Clearing Office.

§ 14.

Par application de l'article 296, paragraphe b, les Hautes Parties Contractantes sont responsables du payement des dettes ennemies de leurs ressortissants débiteurs.

L'Office débiteur devra donc créditer l'Office créancier de toutes les dettes reconnues, alors même que le recouvrement sur le particulier débiteur aurait été impossible. Les Gouvernements devront néanmoins donner à leur Office tout pouvoir nécessaire pour poursuivre le recouvrement des créances reconnues.

Exceptionnellement, les dettes reconnues qui sont dues par des personnes ayant subi des dommages de guerre ne seront inscrites au crédit de l'Office créancier que lorsque l'indemnité qui pourrait leur être due pour ces dommages aura été payée.

§ 15.

Chaque Gouvernement garantira les frais de l'Office installé sur son territoire, y compris les appointements du personnel.

§ 16.

En cas de désaccord entre deux Offices sur la réalité de la dette ou en cas de conflit entre le débiteur et le créancier ennemis ou entre les Offices, la contestation sera ou soumise à un arbitrage (si les parties y consentent et dans les conditions fixées par elles d'un commun accord), ou portée devant le Tribunal arbitral mixte prévu dans la Section VI ci-après.

La contestation peut toutefois, à la demande de l'Office créancier, être soumise à la juridiction des Tribunaux de droit commun du domicile du débiteur.

14.

In conformity with Article 296, paragraph b), the High Contracting Parties are responsible for the payment of the enemy debts owing by their nationals.

The Debtor Clearing Office will therefore credit the Creditor Clearing Office with all debts admitted, even in case of inability to collect them from the individual debtor. The Governments concerned will, nevertheless, invest their respective Clearing Offices with all necessary powers for the recovery of debts which have been admitted.

As an exception, the admitted debts owing by persons having suffered injury from acts of war shall only be credited to the Creditor Clearing Office when the compensation due to the person concerned in respect of such injury shall have been paid.

15.

Each Government will defray the expenses of the Clearing Office set up in its territory, including the salaries of the staff.

16.

Where the two Clearing Offices are unable to agree whether a debt claimed is due, or in case of a difference between an enemy debtor and an enemy creditor or between the Clearing Offices, the dispute shall either be referred to arbitration if the parties so agree under conditions fixed by agreement between them, or referred to the Mixed Arbitral Tribunal provided for in Section VI hereafter.

At the request of the Creditor Clearing Office the dispute may, however, be submitted to the jurisdiction of the Courts of the place of domicile of the debtor.

§ 17.

Les sommes allouées par le Tribunal arbitral mixte, par les tribunaux de droit commun ou par le tribunal d'arbitrage seront recouvrées par l'intermédiaire des Offices comme si ces sommes avaient été reconnues dues par l'Office débiteur.

17.

Recovery of sums found by the Mixed Arbitral Tribunal, the Court, or the Arbitration Tribunal to be due shall be effected through the Clearing Offices as if these sums were debts admitted by the Debtor Clearing Office.

§ 18.

Les Gouvernements intéressés désignent un agent chargé d'introduire les instances devant le Tribunal arbitral mixte pour le compte de son Office. Cet agent exerce un contrôle général sur les mandataires ou avocats des ressortissants de son pays.

Le Tribunal juge sur pièces. Il peut toutefois entendre les parties comparaissant en personne ou représentées, à leur gré, soit par des mandataires agréés par les deux Gouvernements, soit par l'agent visé ci-dessus, qui a pouvoir d'intervenir aux côtés de la partie comme de reprendre et soutenir la demande abandonnée par elle.

18.

Each of the Governments concerned shall appoint an agent who will be responsible for the presentation to the Mixed Arbitral Tribunal of the cases conducted on behalf of its Clearing Office. This agent will exercise a general control over the representatives or counsel employed by its nationals.

Decisions will be arrived at on documentary evidence, but it will be open to the Tribunal to hear the parties in person, or according to their preference by their representatives approved by the two Governments, or by the agent referred to above, who shall be competent to intervene along with the party or to re-open and maintain a claim abandoned by the same.

§ 19.

Les Offices intéressés fourniront au Tribunal arbitral mixte tous renseignements et documents qu'ils auront en leur possession, afin de permettre au Tribunal de statuer rapidement sur les affaires qui lui sont soumises.

19.

The Clearing Offices concerned will lay before the Mixed Arbitral Tribunal all the information and documents in their possession, so as to enable the Tribunal to decide rapidly on the cases which are brought before it.

§ 20.

Les appels de l'une des parties contre la décision conjointe des deux Offices entraînent, à la charge de l'appelant, une consignation qui n'est restituée que lorsque la première décision est réformée en faveur de l'appelant et

20.

Where one of the parties concerned appeals against the joint decision of the two Clearing Offices he shall make a deposit against the costs, which deposit shall only be refunded when the first judgment is modified in favour

dans la mesure du succès de ce dernier, son adversaire devant, en ce cas, être, dans une égale proportion, condamné aux dommages et dépens. La consignation peut être remplacée par une caution acceptée par le Tribunal.

Un droit de 5 p. 100 sur le montant de la somme en litige sera prélevé pour toutes les affaires soumises au Tribunal. Sauf décision contraire du Tribunal, le droit sera supporté par la partie perdante. Ce droit se cumulera avec la consignation visée ci-dessus. Il est également indépendant de la caution.

Le Tribunal peut allouer à l'une des parties des dommages et intérêts à concurrence des frais du procès.

Toute somme due par application du présent paragraphe sera portée au crédit de l'Office de la partie gagnante et fera l'objet d'un compte séparé.

§ 21.

En vue de l'expédition rapide des affaires, il sera tenu compte, pour la désignation du personnel des Offices et du Tribunal arbitral mixte, de la connaissance de la langue du pays adverse intéressé.

Les Offices pourront correspondre librement entre eux et se transmettre les documents dans leur langue.

§ 22.

Sauf accord contraire entre les Gouvernements intéressés, les dettes porteront intérêt dans les conditions suivantes:

Aucun intérêt n'est dû sur les sommes dues à titre de dividendes,

of the appellant and in proportion to the success he may attain, his opponent in case of such a refund being required to pay an equivalent proportion of the costs and expenses. Security accepted by the Tribunal may be substituted for a deposit.

A fee of 5 per cent. of the amount in dispute shall be charged in respect of all cases brought before the Tribunal. This fee shall, unless the Tribunal directs otherwise, be borne by the unsuccessful party. Such fee shall be added to the deposit referred to. It is also independent of the security.

The Tribunal may award to one of the parties a sum in respect of the expenses of the proceedings.

Any sum payable under this paragraph shall be credited to the Clearing Office of the successful party as a separate item.

21.

With a view to the rapid settlement of claims, due regard shall be paid in the appointment of all persons connected with the Clearing Offices or with the Mixed Arbitral Tribunal to their knowledge of the language of the other country concerned.

Each of the Clearing Office will be at liberty to correspond with the other, and to forward documents in its own language.

22.

Subject to any special agreement to the contrary between the Governments concerned, debts shall carry interest in accordance with the following provisions:

Interest shall not be payable on sums of money due by way of

intérêts ou autres payements périodiques représentant l'intérêt du capital.

Le taux de l'intérêt sera de 5 % par an sauf si, en vertu d'un contrat, de la loi ou de la coutume locale, le créancier devait recevoir un intérêt d'un taux différent. Dans ce cas, c'est ce taux qui sera appliqué.

Les intérêts courront du jour de l'ouverture des hostilités ou du jour de l'échéance si la dette à recouvrer est échue au cours de la guerre, et jusqu'au jour où le montant de la dette aura été porté au credit de l'Office créancier.

Les intérêts, en tant qu'ils sont dus, seront considérés comme des dettes reconnues par les Offices et portés, dans les mêmes conditions, au crédits de l'Office créancier.

§ 23.

Si, à la suite d'une décision des Offices ou du Tribunal arbitral mixte, une réclamation n'est pas considérée comme rentrant dans les cas prévus dans l'article 296, le créancier aura la faculté de poursuivre le recouvrement de sa créance devant les tribunaux de droit commun ou par toute autre voie de droit.

La demande adressée à l'Office est interruptive de prescription.

§ 24.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent de considérer les decisions du Tribunal arbitral mixte comme définitives et de les rendre obligatoires pour leurs ressortissants.

§ 25.

Si un Office creancier se refuse à notifier à l'Office débiteur une

dividend, interest or other periodical payments which themselves represent interest on capital.

The rate of interest shall be 5 per cent. per annum except in cases where, by contract, law or custom, the creditor is entitled to payment of interest at a different rate. In such cases the rate to which he is entitled shall prevail.

Interest shall run from the date of commencement of hostilities (or, if the sum of money to be recovered fell due during the war, from the date at which it fell due) until the sum is credited to the Clearing Office of the creditor.

Sums due by way of interest shall be treated as debts admitted by the Clearing Offices and shall be credited to the Creditor Clearing Office in the same way as such debts.

23.

Where by decision of the Clearing Offices or the Mixed Arbitral Tribunal a claim is held not to fall within Article 296, the creditor shall be at liberty to prosecute the claim before the Courts or to take such other proceedings as may be open to him.

The presentation of a claim to the Clearing Office suspends the operation of any period of prescription.

24.

The High Contracting Parties agree to regard the decisions of the Mixed Arbitral Tribunal as final and conclusive, and to render them binding upon their nationals.

25.

In any case where a Creditor Clearing Office declines to notify a

réclamation ou à accomplir un acte de procédure prévu à la présente Annexe pour faire valoir, pour tout ou partie, une demande qui lui aura été dûment notifiée, il sera tenu de délivrer au créancier un certificat indiquant la somme réclamée et ledit créancier aura la faculté de poursuivre le recouvrement de la créance devant les tribunaux de droit commun ou par toute autre voie de droit.

claim to the Debtor Clearing Office, or to take any step provided for in this Annex, intended to make effective in whole or in part a request of which it has received due notice, the enemy creditor shall be entitled to receive from the Clearing Office a certificate setting out the amount of the claim, and shall then be entitled to prosecute the claim before the courts or to take such other proceedings as may be open to him.

Section IV.

Biens, droits et intérêts.

Article 297.

La question des biens, droits et intérêts privés en pays ennemi recevra sa solution conformément aux principes posés dans la présente Section et aux dispositions de l'Annexe ci-jointe.

a) Les mesures exceptionelles de guerre et les mesures de disposition, telles qu'elles sont définies dans l'Annexe ci-jointe, paragraphe 3, prises par l'Allemagne, concernant les biens, droits et intérêts des ressortissants des Puissances alliées ou associées, y compris les sociétés et associations dans lesquelles ces ressortissants étaient intéressés, seront immédiatement levées ou arrêtées lorsque la liquidation n'en aura pas été terminée, et les biens, droits et intérêts dont il s'agit seront restitués aux ayants droit, qui en auront la pleine jouissance dans les conditions fixées par l'article 298.

b) Sous réserve des dispositions contraires qui pourraient résulter du présent Traité, les Puissances alliées ou associées se réservent le droit de retenir et de liquider tous les biens, droits et intérêts appartenant, à la

Section IV.

Property, rights and interests.

Article 297.

The question of private property, rights and interests in an enemy country shall be settled according to the principles laid down in this Section and to the provisions of the Annex hereto.

a) The exceptional war measures and measures of transfer (defined in paragraph 3 of the Annex hereto) taken by Germany with respect to the property, rights and interests of nationals of Allied or Associated Powers, including companies and associations in which they are interested, when liquidation has not been completed, shall be immediately discontinued or stayed and the property, rights and interests concerned restored to their owners, who shall enjoy full rights therein in accordance with the provisions of Article 298.

b) Subject to any contrary stipulations which may be provided for in the present Treaty, the Allied and Associated Powers reserve the right to retain and liquidate all property, rights and interests belonging at the

date de la mise en vigueur du présent Traité, à des ressortissants allemands ou des sociétés contrôlées par eux sur leur territoire, dans leurs colonies, possessions et pays de protectorat, y compris les territoires qui leur ont été cédés en vertu du présent Traité.

La liquidation aura lieu conformément aux lois de l'Etat allié ou associé intéressé et le propriétaire allemand ne pourra disposer de ces biens, droits et intérêts, ni les grever d'aucune charge, sans le consentement de cet Etat.

Ne seront pas considérés, au sens du présent paragraphe, comme ressortissants allemands, les ressortissants allemands qui acquièrent de plein droit la nationalité d'une Puissance alliée ou associée, par application du présent Traité.

c) Les prix ou indemnités résultant de l'exercice du droit visé au paragraphe b) seront fixés d'après les modes d'évaluation et de liquidation déterminés par la législation du pays, dans lequel les biens ont été retenus ou liquidés.

d) Dans les rapports entre les Puissances alliées ou associées ou leurs ressortissants d'une part, et l'Allemagne ou ses ressortissants d'autre part, seront considérées comme définitives et opposables à toute personne, sous les réserves prévues au présent Traité, toutes mesures exceptionnelles de guerre ou de disposition, ou actes accomplis ou à accomplir en vertu de ces mesures, telles qu'elles sont définies dans les paragraphes 1 et 3 de l'Annexe ci-jointe.

e) Les ressortissants des Puissances alliées ou associées auront droit à une indemnité pour les dommages ou pré-

date of the coming into force of the present Treaty to German nationals, or companies controlled by them, within their territories, colonies, possessions and protectorates, including territories ceded to them by the present Treaty.

The liquidation shall be carried out in accordance with the laws of the Allied or Associated State concerned, and the German owner shall not be able to dispose of such property, rights or interests nor to subject them to any charge without the consent of that State.

German nationals who acquire *ipso facto* the nationality of an Allied or Associated Power in accordance with the provisions of the present Treaty will not be considered as German nationals within the meaning of this paragraph.

c) The price or the amount of compensation in respect of the exercise of the right referred to in the preceding paragraph b) will be fixed in accordance with the methods of sale or valuation adopted by the laws of the country in which the property has been retained or liquidated.

d) As between the Allied and Associated Powers or their nationals on the one hand and Germany or her nationals on the other hand, all the exceptional war measures, or measures of transfer, or acts done or to be done in execution of such measures as defined in paragraphs 1 and 3 of the Annex hereto shall be considered as final and binding upon all persons except as regards the reservations laid down in the present Treaty.

e) The nationals of Allied and Associated Powers shall be entitled to compensation in respect of damage or

judices causés à leurs biens, droits ou intérêts, y compris les sociétés ou associations dans lesquelles ils étaient intéressés sur le territoire allemand, tel qu'il existait au 1er août 1914, par l'application, tant des mesures exceptionnelles de guerre que des mesures de disposition qui font l'objet des paragraphes 1 et 3 de l'Annexe ci-jointe. Les réclamations formulées à ce sujet par ces ressortissants seront examinées et le montant des indemnités sera fixé par le Tribunal arbitral mixte prévu par la Section VI ou par un arbitre désigné par ledit Tribunal; les indemnités seront à la charge de l'Allemagne et pourront être prélevées sur les biens des ressortissants allemands, existant sur le territoire ou se trouvant sous le contrôle de l'Etat du réclamant. Ces biens pourront être constitués en gage des obligations ennemies, dans les conditions fixées par le paragraphe 4 de l'Annexe ci-jointe. Le payement de ces indemnités pourra être effectué par la Puissance alliée ou associée et le montant porté au débit de l'Allemagne.

f) Toutes les fois que le ressortissant d'une Puissance alliée ou associée, propriétaire d'un bien, droit ou intérêt qui a fait l'objet d'une mesure de disposition sur le territoire allemand en exprimera le désir, il sera satisfait à la réclamation prévue au paragraphe e), lorsque le bien existe encore en nature, par la restitution dudit bien.

Dans ce cas, l'Allemagne devra prendre toutes les mesures nécessaires pour remettre le propriétaire évincé en possession de son bien, libre de toutes charges ou servitudes dont il aurait été grevé après la liquidation, et indemniser tout tiers lésé par la restitution.

injury inflicted upon their property, rights or interests, including any company or association in which they are interested, in German territory as it existed on August 1, 1914, by the application either of the exceptional war measures or measures of transfer mentioned in paragraphs 1 and 3 of the Annex hereto. The claims made in this respect by such nationals shall be investigated, and the total of the compensation shall be determined by the Mixed Arbitral Tribunal provided for in Section VI or by an Arbitrator appointed by that Tribunal. This compensation shall be borne by Germany, and may be charged upon the property of German nationals within the territory or under the control of the claimant's State. This property may be constituted as a pledge for enemy liabilities under the conditions fixed by paragraph 4 of the Annex hereto. The payment of this compensation may be made by the Allied or Associated State, and the amount will be debited to Germany.

f) Whenever a national of an Allied or Associated Power is entitled to property which has been subjected to a measure of transfer in German territory and expresses a desire for its restitution, his claim for compensation in accordance with paragraph e) shall be satisfied by the restitution of the said property if it still exists in specie.

In such case Germany shall take all necessary steps to restore the evicted owner to the possession of his property, free from all encumbrances or burdens with which it may have been charged after the liquidation, and to indemnify all third parties injured by the restitution.

Si la restitution visée au présent paragraphe ne peut être effectué, des accords particuliers, négociés par l'intermédiaire des Puissances intéressées ou des Offices de vérification et de compensation visés à l'Annexe jointe à la Section III, pourront intervenir pour assurer que le ressortissant d'une Puissance alliée ou associée soit indemnisé du préjudice visé au paragraphe e) par l'attribution d'avantages ou d'équivalents, qu'il consent à accepter en représentation du bien, des droits ou des intérêts dont il a été évincé.

En raison des restitutions effectuées conformément au présent article, lex prix ou indemnités fixés par application du paragraphe e) seront diminués de la valeur actuelle du bien restitué, compte tenu des indemnités pour privation de jouissance ou détérioration.

g) La faculté prévue au paragraphe f) est réservée aux propriétaires ressortissants des Puissances alliées ou associées sur le territoire desquels des mesures législatives, ordonnant la liquidation générale des biens, droits ou intérêts ennemis, n'étaient pas en application avant la signature de l'Armistice.

h) Sauf le cas où, par application du paragraphe f), des restitutions en nature ont été effectuées, le produit net des liquidations de biens, droits et intérêts ennemis où qu'ils aient été situés, faites soit en vertu de la législation exceptionnelle de guerre, soit par application du présent article et généralement tous les avoirs en numéraire des ennemis recevront l'affectation suivante:

1° En ce qui concerne les Puissances adoptant la Section III et l'Annexe jointe, lesdits produits et

If the restitution provided for in this paragraph cannot be effected, private agreements arranged by the intermediation of the Powers concerned or the Clearing Offices provided for in the Annex to Section III may be made, in order to secure that the national of the Allied or Associated Power may secure compensation for the injury referred to in paragraph e) by the grant of advantages or equivalents which he agrees to accept in place of the property, rights or interests of which he was deprived.

Through restitution in accordance with this article, the price or the amount of compensation fixed by the application of paragraph e) will be reduced by the actual value of the property restored, account being taken of compensation in respect of loss of use or deterioration.

g) The rights conferred by paragraph f) are reserved to owners who are nationals of Allied or Associated Powers within whose territory legislative measures prescribing the general liquidation of enemy property, rights or interests were not applied before the signature of the Armistice.

h) Except in cases where, by application of paragraph f), restitutions in specie have been made, the net proceeds of sales of enemy property, rights or interests wherever situated carried out either by virtue of war legislation, or by application of this Article, and in general all cash assets of enemies, shall be dealt with as follows:

1) As regards Powers adopting Section III and the Annex thereto, the said proceeds and cash assets shall

avoirs seront portés au crédit de la Puissance dont le propriétaire est ressortissant, par l'intermédiaire de l'Office de vérification et de compensation institué par lesdites Section et Annexe; tout solde créditeur en résultant en faveur de l'Allemagne sera traité conformément à l'article 243.

2° En ce qui concerne les Puissances n'adoptant pas la Section III et l'Annexe jointe, le produit des biens, droits et intérêts et les avoirs*) en numéraire des ressortissants des Puissances alliées ou associées, détenus par l'Allemagne sera immédiatement payé**) à l'ayant droit ou à son Gouvernement. Chaque Puissance alliée ou associée pourra disposer du produit des biens, droits et intérêts et des avoirs en numéraire des ressortissants allemands qu'elle a saisis conformément à ses lois et règlements et pourra l'affecter au payement des réclamations et créances définies par le présent article ou par le paragraphe 4 de l'Annexe ci-jointe. Tout bien, droit ou intérêt ou produit de la liquidation de ce bien ou tout avoir en numéraire dont il n'aura pas été disposé conformément à ce qui est dit ci-dessus, peut être retenu par ladite Puissance alliée ou associée, et, dans ce cas, sa valeur en numéraire sera traitée conformément à l'article 243.

Dans le cas des liquidations effectuées soit dans les nouveaux Etats signataires du présent Traité comme Puissances alliées et associées, soit dans les Etats qui ne participent pas aux réparations à payer par l'Allemagne, le produit des liquidations effectuées par le Gouvernement des-

be credited to the Power of which the owner is a national, through the Clearing Office established thereunder; any credit balance in favour of Germany resulting therefrom shall be dealt with as provided in Article 243.

2) As regards Powers not adopting Section III and the Annex thereto, the proceeds of the property, rights and interests, and the cash assets, of the nationals of Allied or Associated Powers held by Germany shall be paid immediately to the person entitled thereto or to his Government; the proceeds of the property, rights and interests, and the cash assets, of German nationals received by an Allied or Associated Power shall be subject to disposal by such Power in accordance with its laws and regulations and may be applied in payment of the claims and debts defined by this Article or paragraph 4 of the Annex hereto. Any property, rights and interests or proceeds thereof or cash assets not used as above provided may be retained by the said Allied or Associated Power and if retained the cash value thereof shall be dealt with as provided in Article 243.

In the case of liquidations effected in new States, which are signatories of the present Treaty as Allied and Associated Powers, or in States which are not entitled to share in the reparation payments to be made by Germany, the proceeds of liquidations effected by such States shall, subject

*) Des avoirs? **) Seront payés?

dits Etats devra être versé directement aux propriétaires sous réserve des droits de la Commission des réparations en vertu du présent Traité, notamment des articles 235 et 260. Si le propriétaire établit devant le Tribunal arbitral mixte prévu par la Section VI de la présente Partie, ou devant un arbitre désigné par ce Tribunal, que les conditions de la vente ou que des mesures prises par le Gouvernement de l'Etat dont il s'agit en dehors de sa legislation générale, ont été injustement préjudiciables au prix, le Tribunal ou l'arbitre aura la faculté d'accorder à l'ayant-droit une indemnité équitable qui devra être payée par ledit Etat.

i) L'Allemagne s'engage à indemniser ses ressortissants en raison de la liquidation ou de la retention de leurs biens, droits ou interêts en Pays alliés ou associés.

j) Le montant des taxes et impôts sur le capital qui ont été levés ou pourraient être levés par l'Allemagne sur les biens, droits et interêts des ressortissants des Puissances alliées ou associées depuis le 11 novembre 1918 jusqu'à l'expiration de trois mois après la mise en vigueur du présent Traité ou, s'il s'agit de biens, droits et intérêts qui ont été soumis à des mesures exceptionnelles de guerre, jusqu'à la restitution conforme aux dispositions du present Traité, sera reversé aux ayants droit.

Article 298.

L'Allemagne s'engage, en ce qui concerne les biens, droits et interêts restitués, par application de l'article 297, paragraphe a) ou f), aux ressortissants des Puissances alliées ou associées, y compris les sociétés et associations dans lesquelles ces ressortissants etaient intéressés:

to the rights of the Reparation Commission under the present Treaty, particularly under Articles 235 and 260, be paid direct to the owner. If on the application of that owner, the Mixed Arbitral Tribunal, provided for by Section VI of this Part, or an arbitrator appointed by that Tribunal, is satisfied that the conditions of the sale or measures taken by the Government of the State in question outside its general legislation were unfairly prejudicial to the price obtained, they shall have discretion to award to the owner equitable compensation to be paid by that State.

i) Germany undertakes to compensate her nationals in respect of the sale or retention of their property, rights or interests in Allied or Associated States.

j) The amount of all taxes and imposts upon capital levied or to be levied by Germany on the property, rights and interests of the nationals of the Allied or Associated Powers from November 11, 1918, until three months from the coming into force of the present Treaty, or, in the case of property, rights or interests which have been subjected to exceptional measures of war, until restitution in accordance with the present Treaty, shall be restored to the owners.

Article 298.

Germany undertakes, with regard to the property, rights and interests, including companies and associations in which they were interested, restored to nationals of Allied and Associated Powers in accordance with the provisions of Article 297, paragraph a) or f):

a) à placer et maintenir, sauf les exceptions expressément prévues dans le présent Traité, les biens, droits et intérêts des ressortissants des Puissances alliées ou associées dans la situation de droit où se trouvaient, du fait des lois en vigueur avant la guerre, les biens, droits et intérêts des ressortissants allemands;

b) à ne soumettre les biens, droits ou intérêts des ressortissants des Etats alliés ou associés à aucunes mesures portant atteinte à la propriété, qui ne soient pas appliquées également aux biens, droits ou intérêts de ressortissants allemands et à payer des indemnités convenables dans le cas où ces mesures seraient prises.

Annexe.

§ 1.

Aux termes de l'article 297, paragraphe d), est confirmée la validité de toutes mesures attributives de propriété, de toutes ordonnances pour la liquidation d'entreprises ou de sociétés ou de toutes autres ordonnances, règlements, décisions ou instructions rendues ou données par tout tribunal ou administration d'une des Hautes Parties Contractantes ou réputées avoir été rendues ou données par application de la législation de guerre concernant les biens, droits ou intérêts ennemis. Les intérêts de toutes personnes devront être considérés comme ayant valablement fait l'objet de tous règlements, ordonnances, décisions ou instructions concernant les biens dans lesquels sont compris les intérêts dont il s'agit, que ces intérêts aient été ou non expressément visés dans lesdits ordonnances, règlements, décisions ou instructions. Il ne sera soulevé aucune contestation relativement à la régularité d'un trans-

a) to restore and maintain, except as expressly provided in the present Treaty, the property, rights and interests of the nationals of Allied or Associated Powers in the legal position obtaining in respect of the property, rights and interests of German nationals under the laws in force before the war;

b) not to subject the property, rights or interests of the nationals of the Allied or Associated Powers to any measures in derogation of property rights which are not applied equally to the property, rights and interests of German nationals, and to pay adequate compensation in the event of the application of these measures.

Annex.

1.

In accordance with the provisions of Article 297, paragraph d), the validity of vesting orders and of orders for the winding up of businesses or companies, and of any other orders, directions, decisions or instructions of any court or any department of the Government of any of the High Contracting Parties made or given, or purporting to be made or given, in pursuance of war legislation with regard to enemy property, rights and interests is confirmed. The interests of all persons shall be regarded as having been effectively dealt with by any order, direction, decision or instruction dealing with property in which they may be interested, whether or not such interests are specifically mentioned in the order, direction, dicision, or instruction. No question shall be raised as to the regularity of a transfer of any property, rights or interests dealt

fert de biens, droits ou d'intérêts effectué en vertu des règlements, ordonnances, décisions ou instructions susvisés. Est également confirmée la validité de toutes mesures prises à l'égard d'une propriété, d'une entreprise, ou société, qu'il s'agisse d'enquête, de séquestre, d'administration forcée, d'utilisation, de réquisition, de surveillance ou de liquidation, de la vente, ou de l'administration des biens, droits et intérêts, du recouvrement ou du payement des dettes, du payement des frais, charges, dépenses ou de toutes autres mesures quelconques affectuées en exécution d'ordonnances, de règlements, de décisions ou d'instructions rendues, données ou exécutées par tous tribunaux ou administration d'une des Hautes Parties Contractantes ou réputées avoir été rendues, données ou exécutées par application de la législation exceptionnelle de guerre concernant les biens, droits ou intérêts ennemis, à condition que les dispositions de ce paragraphe ne portent pas préjudice aux droits de propriété précédemment acquis de bonne foi et à un juste prix, conformément à la loi de la situation des biens, par les resssortissant des Puissances alliées et associées.

Les stipulations du présent paragraphe ne s'appliquent pas à celles des mesures énumérées ci-dessus qui ont été prises par l'Allemagne en territoires envahis ou occupés, non plus qu'à celles des mesures ci-dessus mentionnées qui ont été prises par l'Allemagne ou les autorités allemandes depuis le 11 novembre 1918, toutes ces mesures restant nulles.

§ 2.

Aucune réclamation ni action de l'Allemagne ou de ses ressortissants,

with in pursuance of any such order, direction, decision or instruction. Every action taken with regard to any property, business, or company, whether as regards its investigation, sequestration, compulsory administration, use, requisition, supervision, or winding up, the sale or management of property, rights or interests, the collection or discharge of debts, the payment of costs, charges or expenses, or any other matter whatsoever, in pursuance of orders, directions, decisions, or instructions of any court or of any department of the Government of any of the High Contracting Parties, made or given, or purporting to be made or given, in pursuance of war legislation with regard to enemy property, rights or interests, is confirmed. Provided that the provisions of this paragraph shall not be held to prejudice the titles to property heretofore acquired in good faith and for value and in accordance with the laws of the country in which the property is situated by nationals of the Allied and Associated Powers.

The provisions of this paragraph do not apply to such of the abovementioned measures as have been taken by the German authorities in invaded or occupied territory, nor to such of the above mentioned measures as have been taken by Germany or the German authorities since November 11, 1918, all of which shall be void.

2.

No claim or action shall be made or brought against any Allied or

en quelque lieu qu'ils aient leur résidence, n'est recevable contre une Puissance alliée et associée ou contre une personne quelconque agissant au nom ou sous les ordres de toute juridiction ou administration de ladite Puissance alliée et associée, relativement à tout acte ou toute omission concernant les biens, droits ou intérêts des ressortissants allemands et effectués pendant la guerre ou en vue de la préparation de la guerre. Est également irrecevable toute réclamation ou action contre toute personne à l'égard de tout acte ou omission résultant des mesures exceptionnelles de guerre, lois et règlements de toute Puissance alliée ou associée.

Associated Power or against any person acting on behalf of or under the direction of any legal authority or Department of the Government of such a Power by Germany or by any German national wherever resident in respect of any act or omission with regard to his property, rights or interests during the war or in preparation for the war. Similarly no claim or action shall be made or brought against any person in respect of any act or omission under or in accordance with the exceptional war measures, laws or regulations of any Allied or Associated Power.

§ 3.

Dans l'article 297 et la présente Annexe, l'expression „mesures exceptionnelles de guerre" comprend les mesures de toute nature, législatives, administratives, judiciaires ou autres prises ou qui seront prises ultérieurement à l'égard de biens ennemis et qui ont eu ou auront pour effet, sans effecter la propriété, d'enlever aux propriétaires la disposition de leurs biens, notamment les mesures de surveillance, d'administration forcée, de séquestre, ou les mesures qui ont eu ou auront pour objet de saisir, d'utiliser ou de bloquer les avoirs ennemis, et cela pour quelque motif, sous quelque forme et en quelque lieu que ce soit. Les actes accomplis en exécution de ces mesures sont tous les arrêtés, instructions, ordres ou ordonnances des administrations ou tribunaux appliquant ces mesures aux biens ennemis, comme tous les actes accomplis par toute personne commise à l'administration ou à la surveillance des biens ennemis tels que payements

3.

In Article 297 and this Annex the expression „exceptional war measures" includes measures of all kinds, legislative, administrative, judicial or others, that have been taken or will be taken hereafter with regard to enemy property, and which have had or will have the effect of removing from the proprietors the power of disposition over their property, though without affecting the ownership, such as measures of supervision, of compulsory administration, and of sequestration; or measures which have had or will have as an object the seizure of, the use of, or the interference with enemy assets, for whatsoever motive, under whatsoever form or in whatsoever place. Acts in the execution of these measures include all detentions, instructions, orders or decrees of Government departments or courts applying these measures to enemy property, as well as acts performed by any person connected with the admin-

de dettes, encaissements de créances, payement de frais, charges ou dépenses, encaissements d'honoraires.

Les „mesures de disposition" sont celles qui ont affecté ou affecteront la propriété des biens ennemis en en transférant tout ou partie à une autre personne que le propriétaire ennemi et sans son consentement, notamment les mesures ordonnant la vente, la liquidation, la dévolution de propriété des biens ennemis, l'annulation des titres ou valeurs mobilières.

§ 4.

Les biens, droits et intérêts des ressortissants allemands dans les territoires d'une Puissance alliée ou associée ainsi que le produit net de leur vente, liquidation ou autres mesures de disposition, pourront être grevés par cette Puissance alliée ou associée: en premier lieu, du payement des indemnités dues à l'occasion des réclamations des ressortissants de cette Puissance concernant leurs biens, droits et intérêts y compris les sociétés ou associations dans lesquelles ces ressortissants étaient intéressés en territoire allemand ou des créances qu'ils ont sur les ressortissants allemands ainsi que du payement des réclamations introduites pour des actes commis par le Gouvernement allemand ou par toute autorité allemande postérieurement au 31 juillet 1914 et avant que cette Puissance alliée ou associée ne participât à la guerre. Le montant de ces sortes de réclamations pourra être fixé par un arbitre désigné par M. Gustave Ador, si celui-ci y consent, ou à défaut, par le Tribunal arbitral mixte prévu à la Section VI. Ils pourront être grevés, en second lieu, du payement des in-

istration or the supervision of enemy property, such as the payment of debts, the collecting of credits, the payment of any costs, charges, or expenses, or the collecting of fees.

Measures of transfer are those which have affected or will affect the ownership of enemy property by transferring it in whole or in part to a person other than the enemy owner, and without his consent, such as measures directing the sale, liquidation, or devolution of ownership in enemy property, or the cancelling of titles or securities.

4.

All property, rights and interests of German nationals within the territory of any Allied or Associated Power and the net proceeds of their sale, liquidation or other dealing therewith may be charged by that Allied or Associated Power in the first place with payment of amounts due in respect of claims by the nationals of that Allied or Associated Power with regard to their property, rights and interests, including companies and associations in which they are interested, in German territory, or debts owing to them by German nationals, and with payment of claims growing out of acts committed by the German Government or by any German authorities since July 31, 1914, and before that Allied or Associated Power entered into the war. The amount of such claims may be assessed by an arbitrator appointed by Mr. Gustave Ador, if he is willing, or if no such appointement is made by him, by an arbitrator appointed by the Mixed Arbitral Tribunal provided for in Section VI. They may be charged in the second place with payment of the amounts due in respect of claims

demnités dues à l'occasion des réclamations des ressortissants de la Puissance alliée ou associée concernant leurs biens, droits et intérêts sur le territoire des autres Puissances ennemies, en tant que ces indemnités n'ont pas été acquittées d'une autre manière.

§ 5.

Nonobstant les dispositions de l'article 297 lorsque, immédiatement avant le début de la guerre, une société autorisée dans un Etat allié ou associé avait, en commun avec une société contrôlée par elle et autorisée en Allemagne, des droits à l'utilisation dans d'autres pays, de marques de fabrique ou commerciales, ou lorsqu'elle avait la jouissance avec cette société de procédés exclusifs de fabrication de marchandises ou d'articles pour la vente dans d'autre pays, la première société aura seule le droit d'utiliser ces marques de fabrique dans d'autres pays, à l'exclusion de la société allemande; et les procédés de fabrication communs seront remis à la première société nonobstant toute mesure prise en application de la législation de guerre allemande à l'égard de la seconde société ou de ses intérêts, propriétés commerciales ou actions. Néanmoins, la première société, si demande lui en est faite, remettra à la seconde société des modèles permettant de continuer la fabrication de marchandises qui devront être consommées en Allemagne.

§ 6.

Jusqu'au moment où la restitution pourra être effectué conformément à l'article 297, l'Allemagne est responsable de la conservation des biens, droits et intérêts des ressortissants des Puissances alliées ou associées y

by the nationals of such Allied or Associated Power with regard to their property, rights and interests in the territory of other enemy Powers, in so far as those claims are otherwise unsatisfied.

5.

Notwithstanding the provisions of Article 297, where immediately before the outbreak of war a company incorporated in an Allied or Associated State had rights in common with a company controlled by it and incorporated in Germany to the use of trade-marks in third countries, or enjoyed the use in common with such company of unique means of reproduction of goods or articles for sale in third countries, the former company shall alone have the right to use these trademarks in third countries to the exclusion of the German company, and these unique means of reproduction shall be handed over to the former company, notwithstanding any action taken under German war legislation with regard to the latter company or its business, industrial property or shares. Nevertheless, the former company, if requested, shall deliver to the latter compay derivative copies permitting the continuation of reproduction of articles for use within German territory.

6.

Up to the time when restitution is carried out in accordance with Article 297, Germany is responsible for the conservation of property, rights and interests of the nationals of Allied or Associated Powers, including com-

compris les sociétés et associations dans lesquelles ces ressortissants étaient intéressés, qui ont été soumis par elle à une mesure exceptionnelle de guerre.

§ 7.

Les Puissances alliées ou associées devront faire connaître, dans le délai d'un an, à la date de la mise en vigueur du présent Traité, les biens, droits et intérêts sur lesquels ils comptent exercer le droit prévu à l'article 297, paragraphe f).

§ 8.

Les restitutions prévues par l'article 297 seront effectuées sur l'ordre du Gouvernement allemand ou des autorités qui lui auront été substituées. Des renseignements détaillés sur la gestion des administrateurs seront fournis aux intéressés par les autorités allemandes, sur demande qui peut être adressée dès la mise en vigueur du présent Traité.

§ 9.

Les biens, droits et intérêts des ressortissants allemands continueront, jusqu'à l'achèvement de la liquidation prévue à l'article 297, paragraphe b), à être soumis aux mesures exceptionnelles de guerre prises ou à prendre à leur égard.

§ 10.

L'Allemagne remettra, dans un délai de six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, à chaque Puissance alliée ou associée, tous les contrats, certificats, actes et autres titres de propriété, se trouvant entre les mains de ses ressortissants et se rapportant à des biens, droits et intérêts situés sur le territoire de ladite Puissance alliée ou associée, y compris les actions, obligations ou

panies and associations in which they are interested, that have been subjected by her to exceptional war measures.

7.

Within one year from the coming into force of the present Treaty the Allied or Associated Powers will specify the property, rights and interests over which they intend to exercise the right provided in Article 297, paragraph f).

8.

The restitution provided in Article 297 will be carried out by order of the German Government or of the authorities which have been substituted for it. Detailed accounts of the action of administrators shall be furnished to the interested persons by the German authorities upon request, which may be made at any time after the coming into force of the present Treaty.

9.

Until completion of the liquidation provided for by Article 297, paragraph b), the property, rights and interests of German nationals will continue to be subject to exceptional war measures that have been or will be taken with regard to them.

10.

Germany will, within six months from the coming into force of the present Treaty, deliver to each Allied or Associated Power all securities, certificates, deeds, or other documents of title held by its nationals and relating to property, rights or interests situated in the territory of that Allied or Associated Power, including any shares, stock, debentures, debenture stock, or other obligations of any

autres valeurs mobilières de toutes sociétés autorisées par la législation de cette Puissance.

L'Allemagne fournira à tous moments, sur la demande de la Puissance alliée ou associée intéressée, tous renseignements concernant les biens, droits et intérêts des nationaux allemands dans ladite Puissance alliée ou associée ainsi que sur les transactions qui ont pu être effectuées, depuis le 1er juillet 1914 en ce qui concerne lesdits biens, droits ou intérêts.

company incorporated in accordance with the laws of that Power.

Germany will at any time on demand of any Allied or Associated Power furnish such information as may be required with regard to the property, rights and interests of German nationals within the territory of such Allied or Associated Power, or with regard to any transactions concerning such property, rights or interests effected since July 1, 1914.

§ 11.

Dans le terme „avoir en numéraire", il faut comprendre tous les dépôts ou provisions constitués avant ou après la déclaration de guerre, ainsi que tous les avoirs provenant de depôts, de revenus ou de bénéfices encaissés par les administrateurs, séquestres ou autres de provisions constituées en banque ou de toute autre source, à l'exclusion de toute somme d'argent appartenant aux Puissances alliées ou associées, ou à leurs Etats particuliers, provinces ou municipalités.

11.

The expression „cash assets" includes all deposits or funds established before or after the declaration of war, as well as all assets coming from deposits, revenues, or profits collected by administrators, sequestrators, or others from funds placed on deposit or otherwise, but does not include sums belonging to the Allied or Associated Powers or to their component States, Provinces, or Municipalities.

§ 12.

Seront annulés les placements effectués, où que ce soit, avec les avoirs en numéraire des ressortissants des Hautes Parties Contractantes, y compris les sociétés et associations dans lesquelles ces ressortissants étaient intéressés, par les personnes responsables de l'administration des biens ennemis ou contrôlant cette administration, ou par l'ordre de ces personnes ou d'une autorité quelconque; le règlement de ces avoirs se fera sans tenir compte de ces placements.

12.

All investments wheresoever effected with the cash assets of nationals of the High Contracting Parties, including companies and associations in which such nationals were interested, by persons responsible for the administration of enemy properties or having control over such administration, or by order of such persons or of any authority whatsoever shall be anulled. These cash assets shall be accounted for irrespective of any such investment.

§ 13.

L'Allemagne remettra respectivement aux Puissances alliées ou associées, dans le délai d'un mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, ou sur demande, à n'importe quel moment par la suite, tous les comptes ou pièces comptables, archives, documents et renseignements de toute nature qui peuvent se trouver sur son territoire et qui concernent les biens, droits et intérêts des ressortissants de ces Puissances, y compris les sociétés ou associations dans lesquelles ces ressortissants étaient intéressés, qui ont fait l'objet d'une mesure exceptionnelle de guerre ou d'une mesure de disposition, soit en Allemagne, soit dans les territoires qui ont été occupés par l'Allemagne ou ses alliés.

Les contrôleurs, surveillants, gérants, administrateurs, séquestres, liquidateurs et curateurs seront, sous la garantie du Gouvernement allemand, personnellement responsables de la remise immédiate au complet et de l'exactitude de ces comptes et documents.

13.

Within one month from the coming into force of the present Treaty, or on demand at any time, Germany will deliver to the Allied and Associated Powers all accounts, vouchers, records, documents and information of any kind which may be within German territory, and which concern the property, rights and interests of the nationals of those Powers, including companies and associations in which they are interested, that have been subjected to an exceptional war measure, or to a measure of transfer either in German territory or in territory occupied by Germany or her allies.

The controllers, supervisors, managers, administrators, sequestrators, liquidators and receivers shall be personally responsible under guarantee of the German Government for the immediate delivery in full of these accounts and documents, and for their accuracy.

§ 14.

Les dispositions de l'article 297 et de la présente Annexe, relatives aux biens, droits et intérêts en pays ennemis et au produit de leur liquidation, s'appliqueront aux dettes, crédits et comptes, la Section III ne réglant que les méthodes de payement.

Pour le règlement des questions visées par l'article 297 entre l'Allemagne et les Puissances alliées et associées, leurs colonies ou protectorats ou l'un des Dominions britanniques ou l'Inde, par rapport auxquels la déclaration n'aura pas été faite qu'elles adoptent la Section III et

14.

The provisions of Article 297 and this Annex relating to property, rights and interests in an enemy country, and the proceeds of the liquidation thereof, apply to debts, credits and accounts, Section III regulating only the method of payment.

In the settlement of matters provided for in Article 297 between Germany and the Allied or Associated States, their colonies or protectorates, or any one of the British Dominions or India, in respect of any of which a declaration shall not have been made that they adopt

entre leurs nationaux respectifs, les dispositions de la Section III relatives à la monnaie dans laquelle le payement doit être fait et au taux du change et des intérêts seront applicables, à moins que le Gouvernement de la Puissance alliée ou associée intéressée ne notifie à l'Allemagne, dans les six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, que lesdites clauses ne seront pas applicables.

§ 15.

Les dispositions de l'article 297 et de la présente Annexe s'appliquent aux droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique qui sont ou seront compris dans la liquidation de biens, droits, intérêts, sociétés ou entreprises, effectuée par application de la législation exceptionnelle de guerre par les Puissances alliées ou associées ou par application des stipulations de l'article 297, paragraphe b).

Section V.

Contrats, prescriptions, jugements.

Article 299.

a) Les contrats conclus entre ennemis seront considérés comme ayant été annulés à partir du moment où deux quelconques des parties sont devenues ennemies, sauf en ce qui concerne les dettes et autres obligations pécuniaires résultant de l'exécution d'un acte ou payement prévu par ces contrats et sous réserve des exceptions et des règles spéciales à certains contrats ou catégories de contrats prévues ci-après ou dans l'Annexe ci-jointe.

b) Seront exceptés de l'annulation, aux termes du présent article, les

Section III, and between their respective nationals, the provisions of Section III respecting the currency in which payment is to be made and the rate of exchange and of interest shall apply unless the Government of the Allied or Associated Power concerned shall within six months of the coming into force of the present Treaty notify Germany that the said provisions are not to be applied.

15.

The provisions of Article 297 and this Annex apply to industrial, literary and artistic property which has been or will be dealt with in the liquidation of property, rights, interests, companies or businesses under war legislation by the Allied or Associated Powers, or in accordance with the stipulations of Article 297, paragraph b).

Section V.

Contracts, prescriptions, judgments.

Article 299.

a) Any contract concluded between enemies shall be regarded as having been dissolved as from te time when any two of the parties became enemies, except in respect of any debt or other pecuniary obligation arising out of any act done or money paid thereunder, and subject to the exceptions and special rules with regard to particular contracts or classes of contracts contained herein or in the Annex hereto.

b) Any contract of which the execution shall be required in the

contrats dont, dans un intérêt général, les Gouvernements des Puissances alliées ou associées, dont l'une des parties est un ressortissant, réclameront l'exécution, dans un délai de six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité.

Lorsque l'exécution des contrats ainsi maintenus entraine, pour une des parties, par suite du changement dans les conditions du commerce, un préjudice considérable, le Tribunal arbitral mixte prévu par la Section VI pourra attribuer à la partie lesée une indemnité équitable.

c) En raison des dispositions de la Constitution et du droit des Etats-Unis d'Amérique, du Brésil et du Japon, le présent article ainsi que l'article 300 et l'Annexe ci-jointe ne s'appliquent pas aux contrats conclus par des ressortissants de ces Etats avec des ressortissants allemands, et de même, l'article 305 ne s'applique pas aux Etats-Unis d'Amérique ou à leurs ressortissants.

d) Le présent article ainsi que l'Annexe ci-jointe ne s'appliquent pas aux contrats dont les parties sont devenues ennemies du fait que l'une d'elles était un habitant d'un territoire qui change de souveraineté, en tant que cette partie aura acquis, par application du présent Traité, la nationalité d'une Puissance alliée ou associée, ni aux contrats conclus entre ressortissants des Puissances alliées ou associées entre lesquelles le commerce s'est trouvé interdit du fait que l'une des parties se trouvait dans un territoire d'une Puissance alliée ou associée occupé par l'ennemi.

e) Aucune disposition du present article et de l'Annexe ci-jointe ne

general interest, within six months from the date of the coming into force of the present Treaty, by the Allied or Associated Government of which one of the parties is a national, shall be excepted from dissolution under this Article.

When the execution of the contract thus kept alive would, owing to the alteration of trade conditions, cause one of the parties substantial prejudice the Mixed Arbitral Tribunal provided for by Section VI shall be empowered to grant to the prejudiced party equitable compensation.

c) Having regard to the provisions of the constitution and law of the United States of America, of Brazil, and of Japan, neither the present article, nor Article 300, nor the annex hereto shall apply to contracts made between nationals of these States and German nationals; nor shall Article 305 apply to the United States of America or its nationals.

d) The present Article and the annex hereto shall not apply to contracts the parties to which became enemies by reason of one of them being an inhabitant of territory of which the sovereignty has been transferred, if such party shall acquire under the present Treaty the nationality of an Allied or Associated Power, nor shall they apply to contracts between nationals of the Allied and Associated Powers between whom trading has been prohibited by reason of one of the parties being in Allied or Associated territory in the occupation of the enemy.

e) Nothing in the present Article or the annex hereto shall be deemed

peut être regardée comme invalidant une opération qui a été effectuée légalement en vertu d'un contrat passé entre ennemis avec l'autorisation d'une des Puissances belligérantes.

Article 300.

a) Sur le territoire des Hautes Parties Contractantes, dans les rapports entre ennemis, tous délais quelconques de prescription, péremption ou forclusion de procédure seront suspendus pendant la durée de la guerre, qu'ils aient commencé à courir avant le début de la guerre ou après; ils recommenceront à courir au plus tôt trois mois après la mise en vigueur du présent Traité. Cette disposition s'appliquera aux délais de présentation de coupons d'intérêts ou de dividendes, et de présentation, en vue du remboursement, des valeurs sorties au tirage ou remboursables à tout autre titre.

b) Dans le cas où, en raison du non-accomplissement d'un acte ou d'une formalité pendant la guerre, des mesures d'exécution ont été prises sur le territoire allemand portant préjudice à un ressortissant des Puissances alliées ou associées, la réclamation formulée par le ressortissant d'une Puissance alliée ou associée sera portée devant le Tribunal arbitral mixte prévu par la Section VI, à moins que l'affaire ne soit de la compétence d'un Tribunal d'une Puissance alliée ou associée.

c) Sur la demande du ressortissant intéressé d'une Puissance alliée ou associée, le Tribunal arbitral mixte prononcera la restauration des droits lésés par les mesures d'exécution mentionnées au paragraphe b), toutes les fois qu'en raison des circonstances spéciales de l'affaire cela sera équitable et possible.

to invalidate a transaction lawfully carried out in accordance with a contract between enemies if it has been carried out with the authority of one of the belligerent Powers.

Article 300.

a) All periods of prescription, or limitation of right of action, whether they began to run before or after the outbreak of war, shall be treated in the territory of the High Contracting Parties, so far as regards relations between enemies, as having been suspended for the duration of the war. They shall begin to run again at earliest three months after the coming into force of the present Treaty. This provision shall apply to the period prescribed for the presentation of interest or dividend coupons or for the presentation for repayment of securities drawn for repayment or repayable on any other ground.

b) Where, on account of failure to perform any act or comply with any formality during the war, measures of execution have been taken in German territory to the prejudice of a national of an Allied or Associated Power, the claim of such national shall, if the matter does not fall within the competence of the Courts of an Allied or Associated Power, be heard by the Mixed Arbitral Tribunal provided for by Section VI.

c) Upon the application of any interested person who is a national of an Allied or Associated Power the Mixed Arbitral Tribunal shall order the restoration of the rights which have been prejudiced by the measures of execution referred to in paragraph b), wherever, having regard to the particular circumstances of the

Dans le cas où cette restauration serait injuste ou impossible, le Tribunal arbitral mixte pourra accorder à la partie lésée une indemnité qui sera à la charge du Gouvernement allemand.

d) Lorsqu'un contrat entre ennemis a été invalidé, soit en raison du fait qu'une des parties n'en a pas exécuté une clause, soit en raison de l'exercice d'un droit stipulé au contrat, la partie lésée pourra s'adresser au Tribunal arbitral mixte pour obtenir réparation. Le Tribunal aura, dans ce cas, les pouvoir prévus au paragraphe c).

e) Les dispositions des paragraphes précédents du présent article s'appliqueront aux ressortissants des Puissances Alliées ou Associées qui ont subi un préjudice en raison de mesures ci-dessus prévues, prises par l'Allemagne en territoire envahi ou occupé, s'ils n'en ont été indemnisés autrement.

f) L'Allemagne indemnisera tout tiers lésé par les restitutions ou restaurations de droit prononcées par le Tribunal arbitral mixte conformément aux dispositions des paragraphes précédents du présent article.

g) En ce qui concerne les effets de commerce, le délai de trois mois, prevu au paragraphe a), partira du jour où auront pris fin définitivement les mesures exceptionnelles appliquées dans les territoires de la Puissance interessée relativement aux effets de commerce.

Article 301.

Dans les rapports entre ennemis, aucun effet de commerce passé avant la guerre ne sera considéré comme invalidé par le seul fait de n'avoir

case, such restoration is equitable and possible.

If such restoration is inequitable or impossible the Mixed Arbitral Tribunal may grant compensation to the prejudiced party to be paid by the German Government.

d) Where a contract between enemies has been dissolved by reason either of failure on the part of either party to carry out its provisions or of the exercise of a right stipulated in the contract itself the party prejudiced may apply to the Mixed Arbitral Tribunal for relief. The Tribunal will have the powers provided for in paragraph c).

e) The provisions of the preceding paragraphs of this Article shall apply to the nationals of Allied and Associated Powers who have been prejudiced by reason of measures referred to above taken by Germany in invaded or occupied territory, if they have not been otherwise compensated.

f) Germany shall compensate any third party who may be prejudiced by any restitution or restoration ordered by the Mixed Arbitral Tribunal under the provisions of the preceding paragraphs of this Article.

g) As regards negotiable instruments, the period of three months provided under paragraph a) shall commence as from the date on which any exceptional regulations applied in the territories of the interested Power with regard to negotiable instruments shall have definitely ceased to have force.

Article 301.

As between enemies no negotiable instrument made before the war shall be deemed to have become invalid by reason only of failure within the

pas été présenté pour acceptation ou pour payement dans les délais voulus, ni pour défaut d'avis aux tireurs ou aux endosseurs de non-acceptation ou de non-payement, ni en raison du défaut de protêt, ni pour défaut d'accomplissement d'une formalité quelconque pendant la guerre.

Si la période pendant laquelle un effet de commerce aurait dû être présenté à l'acceptation ou au payement ou pendant laquelle l'avis de non-acceptation ou de non-payement aurait dû être donné au tireur ou aux endosseurs ou pendant laquelle l'effet aurait dû être protesté, est échue pendant la guerre, et si la partie qui aurait dû présenter ou protester l'effet ou donner avis de la non-acceptation ou du non-payement ne l'a pas fait pendant la guerre, il lui sera accordé au moins trois mois après la mise en vigueur du présent Traité pour présenter l'effet, donner avis de non-acceptation ou de non-payement ou dresser protêt.

required time to present the instrument for acceptance or payment or to give notice of non-acceptance or non-payment to drawers or indorsers or to protest the instrument, nor by reason of failure to complete any formality during the war.

Where the period within which a negotiable instrument should have been presented for acceptance or for payment, or within which notice of non-acceptance or non-payment should have been given to the drawer or indorser, or within which the instrument should have been protested, has elapsed during the war, and the party who should have presented or protested the instrument or have given notice of non-acceptance or non-payment has failed to do so during the war, a period of not less than three months from the coming into force of the present Treaty shall be allowed within which presentation, notice of non-acceptance or non-payment or protest may be made.

Article 302.

Les jugements rendus par les tribunaux d'une Puissance alliée ou associée, dans le cas où ces tribunaux sont compétents d'après le présent Traité, seront considérés en Allemagne comme ayant l'autorité de la chose jugée et y seront exécutés sans qu'il soit besoin d'exequatur.

Si un jugement, en quelque matière qu'il soit intervenu, a été rendu, pendant la guerre, par un tribunal allemand, contre un ressortissant des Puissances alliées ou associées, dans une instance où celui-ci n'a pas pu se défendre, le ressortissant allié ou associé qui aura subi, de ce chef, un préjudice poura obtenir une réparation

Article 302.

Judgments given by the Courts of an Allied or Associated Power in all cases which, under the present Treaty, they are competent to decide, shall be recognised in Germany as final, and shall be enforced without it being necessary to have them declared executory.

If a judgment in respect of any dispute which may have arisen has been given during the war by a German Court against a national of an Allied or Associated State in a case in which he was not able to make his defence, the Allied and Associated national who has suffered prejudice thereby shall be entitled to recover

qui sera déterminée par le Tribunal arbitral mixte prévu par la Section VI.

Sur la demande du ressortissant de la Puissance alliée ou associée, la réparation ci-dessus pourra être, sur l'ordre du Tribunal arbitral mixte et lorsque cela sera possible, effectuée en replaçant les parties dans la situation où elles se trouvaient avant le jugement rendu par le tribunal allemand.

La réparation ci-dessus pourra être également obtenue devant le Tribunal mixte, par les ressortissants des Puissances alliées ou associées qui ont subi un préjudice du fait des mesures judiciaires prises dans les territoires envahis ou occupés, s'ils n'ont pas été dédommagés autrement.

Article 303.

Au sens des Sections III, IV, V et VII, l'expression „pendant la guerre" comprend, pour chaque Puissance alliée ou associée, la période s'étendant entre le moment où l'état de guerre a existé entre l'Allemagne et cette Puissance et la mise en vigueur du présent Traité.

Annexe.

I. Dispositions générales.

§ 1.

Au sens des articles 299, 300 et 301, les personnes parties à un contrat sont considérées comme ennemies lorsque le commerce entre elles aura été interdit ou sera devenu illégal en vertu des lois, décrets ou règlements auxquels une de ces parties était soumise, et ce à dater, soit du jour où ce commerce a été interdit, soit du jour où il est devenu illégal de quelque manière que ce soit.

compensation, to be fixed by the Mixed Arbitral Tribunal provided for in Section VI.

At the instance of the national of the Allied or Associated Power the compensation above-mentioned may, upon order to that effect of the Mixed Arbitral Tribunal, be effected where it is possible by replacing the parties in the situation which they occupied before the judgment was given by the German Court.

The above compensation may likewise be obtained before the Mixed Arbitral Tribunal by the nationals of Allied or Associated Powers who have suffered prejudice by judicial measures taken in invaded or occupied territoires, if they have not been otherwise compensated.

Article 303.

For the purpose of Sections III, IV, V and VII, the expression „during the war" means for each Allied or Associated Power the period between the commencement of the state of war between that Power and Germany and the coming into force of the present Treaty.

Annex.

I. General Provisions.

1.

Within the meaning of Articles 299, 300 and 301, the parties to a contract shall be regarded as enemies when trading between them shall have been prohibited by or otherwise became unlawful under laws, orders or regulations to which one of those parties was subject. They shall be deemed to have become enemies from the date when such trading was prohibited or otherwise became unlawful.

§ 2.

Sont exceptées de l'annulation prévue à l'article 299, et restent en vigueur, sans préjudice des droits prévus à l'article 297, paragraphe b), de la section IV, et sous réserve de l'application des lois, décrets et règlements internes pris pendant la guerre par les Puissances alliées ou associées, ainsi que des clauses des contrats:

a) Les contrats ayant pour but le transfert de propriétés, de biens et effets mobiliers ou immobiliers, lorsque la propriété aura été transférée ou l'objet livré avant que les parties ne soient devenues ennemies;

b) Les baux, locations et promesses de location;

c) Les contrats d'hypothèque, de gage et de nantissement;

d) Les concessions concernant les mines, minières, carrières ou gisements;

e) Les contrats passés entre des particuliers et des Etats, provinces, municipalités ou autres personnes juridiques administratives analogues et les concessions données par lesdits Etats, provinces, municipalités ou autres personnes juridiques administratives analogues.

§ 3.

Si les dispositions d'un contrat sont en partie annulées, conformément à l'article 299 et si la disjonction peut être effectuée, les autres dispositions de ce contrat subsisteront, sous réserve de l'application des lois, décrets et règlements internes prévus au paragraphe 2 ci-dessus. Si la disjonction ne peut être effectuée, le contrat sera considéré comme annulé dans sa totalité.

2.

The following classes of constracts are excepted from dissolution by Article 299 and, without prejudice to the rights contained in Article 297 b) of Section IV, remain in force subject to the application of domestic laws, orders or regulations made during the war by the Allied and Associated Powers and subject to the terms of the contracts:

a) Contracts having for their object the transfer of estates or of real or personal property where the property therein had passed or the object had been delivered before the parties became enemies;

b) Leases and agreements for leases of land and houses;

c) Contracts of mortgage, pledge or lien;

d) Concessions concerning mines, quarries or deposits;

e) Contracts between individuals or companies and States, provinces, municipalities, or other similar juridical persons charged with administrative functions, and concessions granted by States, provinces, municipalities, or other similar juridical persons charged with administrative functions.

3.

If the provisions of a contract are in part dissolved under Article 299, the remaining provisions of that contract shall, subject to the same application of domestic laws as is provided for in paragraph 2, continue in force if they are severable, but where they are not severable the contract shall be deemed to have been dissolved in its entirety.

II. Dispositions particulières à certaines catégories de contrats.

Positions dans les Bourses de valeurs et de commerce.

§ 4.

a) Les règlements faits pendant la guerre par les bourses de valeurs ou de commerce reconnues, stipulant la liquidation des positions de bourse prises avant la guerre par un particulier ennemi, sont confirmés par les Hautes Parties Contractantes, ainsi que les mesures prises en application de ces règlements, sous réserve:

1° Qu'il ait été prévu expressément que l'opération serait soumise au règlement desdites bourses;

2° Que ces règlements aient été obligatoires pour tous;

3° Que les conditions de la liquidation aient été justes et raisonnables.

b) Le paragraphe précédent ne s'applique pas aux mesures prises, pendant l'occupation, dans les bourses des régions qui ont été occupées par l'ennemi.

c) La liquidation des opérations à terme relatives aux cotons, effectuées à la date du 31 juillet 1914, à la suite de la décision de l'Association des cotons de Liverpool, est confirmée.

Gage.

§ 5.

Sera considérée comme valable, en cas de non-payement, la vente d'un gage constitué pour garantie d'une dette due par un ennemi, alors même qu'avis n'a pu être donné au propriétaire, si le créancier a agi de bonne foi et en prenant les soins et précautions raisonnables et, dans ce cas, le propriétaire ne pourra formuler

II. Provisions relating to certain classes of Contracts.

Stock Exchange and Commercial Exchange Contracts.

4.

a) Rules made during the war by any recognised Exchange or Commercial Association providing for the closure of contracts entered into before the war by an enemy are confirmed by the High Contracting Parties, as also any action taken thereunder, provided:

1) That the contract was expressed to be made subject to the rules of the Exchange or Association in question;

2) That the rules applied to all persons concerned;

3) That the conditions attaching to the closure were fair and reasonable.

b) The preceding paragraph shall not apply to rules made during the occupation by Exchanges or Commercial Associations in the districts occupied by the enemy.

c) The closure of contracts relating to cotton „futures", which were closed as on July 31, 1914, under the decision of the Liverpool Cotton Association, is also confirmed.

Security.

5.

The sale of a security held for an unpaid debt owing by an enemy shall be deemed to have been valid irrespective of notice to the owner if the creditor acted in good faith and with reasonable care and prudence, and no claim by the debtor on the ground of such sale shall be admitted.

aucune réclamation en raison de la vente du gage.

Cette disposition ne s'applique pas aux ventes de gage faites par l'ennemi pendant l'occupation dans les régions envahies ou occupées par l'ennemi.

Effets de commerce.

§ 6.

En ce qui concerne les Puissances qui ont adhéré à la section III et à l'Annexe jointe, les obligations pécuniaires existant entre ennemis et résultant de l'émission d'effets de commerce, seront réglées conformément à ladite Annexe par l'intermédiaire des Offices de vérification et de compensation qui sont subrogés dans les droits du porteur en ce qui concerne les différents recours que possède ce dernier.

§ 7.

Si une personne s'est obligée, soit avant, soit pendant la guerre, au payement d'un effet de commerce, à la suite d'un engagement pris envers elle par une autre personne devenue ennemie, celle-ci reste tenue, malgré l'ouverture des hostilités, de garantir la première des conséquences de son obligation.

III. Contrats d'assurances.

§ 8.

Les contrats d'assurances conclus entre une personne et une autre devenue par la suite ennemie seront réglés conformément aux articles suivants.

Assurances contre l'incendie.

§ 9.

Les contrats d'assurance contre l'incendie, concernant des propriétés, passés entre une personne ayant des

This stipulation shall not apply to any sale of securities effected by an enemy during the occupation in regions invaded or occupied by the enemy.

Negotiable Instruments.

6.

As regards Powers which adopt Section III and the Annex thereto the pecuniary obligations existing between enemies and resulting from the issue of negotiable instruments shall be adjusted in conformity with the said Annex by the instrumentality of the Clearing Offices, which shall assume the rights of the holder as regards the various remedies open to him.

7.

If a person has either before or during the war become liable upon a negotiable instrument in accordance with an undertaking given to him by a person who has subsequently become an enemy, the latter shall remain liable to indemnify the former in respect of his liability notwithstanding the outbreak of war.

III. Contracts of Insurance.

8.

Contracts of insurance entered into by any person with another person who subsequently became an enemy will be dealt with in accordance with the following paragraphs.

Fire Insurance.

9.

Contracts for the insurance of property against fire entered into by a person interested in such property

intérêts dans cette propriété et une personne devenue par la suite ennemie, ne seront pas considérés comme annulés par l'ouverture des hostilités ou par le fait que la personne est devenue ennemie ou parce qu'une des parties n'a pas accompli une clause du contrat pendant la guerre ou pendant une période de trois mois après la guerre, mais seront annulés à partir de la première échéance de la prime annuelle survenant trois mois après la mise en vigueur du présent Traité.

Un règlement sera effectué pour les primes non payées, échues pendant la guerre, ou pour les réclamations pour des pertes encourues pendant la guerre.

§ 10.

Si, par suite d'un acte administratif ou législatif, une assurance contre l'incendie, conclue antérieurement à la guerre, a été pendant la guerre transférée de l'assureur primitif à un autre assureur, le transfert sera reconnu et la responsabilité de l'assureur primitif sera considérée comme ayant cessé à partir du jour du transfert. Cependant, l'assureur primitif aura le droit d'être, sur sa demande, pleinement informé des conditions du transfert, et s'il apparaît que ces conditions n'étaient pas équitables, elles seront modifiées pour autant que cela sera nécessaire pour les rendre équitables.

En outre, l'assuré aura droit, d'accord avec l'assureur primitif, de retransférer le contrat à l'assureur primitif à dater du jour de la demande.

Assurances sur la vie.

§ 11.

Les contrats d'assurances sur la vie passés entre un assureur et une

with another person who subsequently became an enemy shall not be deemed to have been dissolved by the outbreak of war, or by the fact of the person becoming an enemy, or on account of the failure during the war and for a period of three months thereafter to perform his obligations under the contract, but they shall be dissolved at the date when the annual premium becomes payable for the first time after the expiration of a period of three months after the coming into force of the present Treaty.

A settlement shall be effected of unpaid premiums which became due during the war, or of claims for losses which occurred during the war.

10.

Where by administrative or legislative action an insurance against fire effected before the war has been transferred during the war from the original to another insurer, the transfer will be recognised and the liability of the original insurer will be deemed to have ceased as from the date of the transfer. The original insurer will, however, be entitled to receive on demand full information as to the terms of the transfer, and if it should appear that these terms were not equitable they shall be amended so far as may be necessary to render them equitable.

Furthermore, the insured shall, subject to the concurrence of the original insurer, be entitled to retransfer the contract to the original insurer as from the date of the demand.

Life Insurance.

11.

Contracts of life insurance entered into between an insurer and a person

personne devenue par la suite ennemie ne seront pas considérés comme annulés par la déclaration de guerre ou par le fait que la personne est devenue ennemie.

Toute somme devenue exigible pendant la guerre, aux termes d'un contrat qui, en vertu du paragraphe précédent, n'est pas considéré comme annulé, sera recouvrable après la guerre. Cette somme sera augmentée des intérêts à 5 p. 100 l'an depuis la date de son exigibilité jusqu'au jour du payement.

Si le contrat est devenu caduc pendant la guerre par suite du non-payement des primes, ou s'il est devenu sans effet par suite du non-accomplissement des clauses du contrat, l'assuré ou ses représentants ou ayants droit auront droit à tout moment, pendant douze mois à dater du jour de la mise en vigueur du présent Traité, de réclamer à l'assureur la valeur de la police au jour de sa caducité ou de son annulation.

Lorsque le contrat est devenu caduc pendant la guerre, par suite du non-payement des primes par application des mesures de guerre, l'assuré ou ses représentants, ou ayants droit, ont le droit, dans les trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, de remettre le contrat en vigueur moyennant le payement des primes éventuellement échues, augmentées des intérêts de 5 p. 100 l'an.

§ 12.

Chaque Puissance alliée ou associée aura, dans les trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, la faculté de résilier tous les contrats d'assurance en cours entre une Compagnie d'Assurance allemande

who subsequently became an enemy shall not be deemed to have been dissolved by the outbreak of war, or by the fact of the person becoming an enemy.

Any sum which during the war became due upon a contract deemed not to have been dissolved under the preceding provision shall be recoverable after the war with the addition of interest at five per cent. per annum from the date of its becoming due up to the day of payment.

Where the contract has lapsed during the war owing to non-payment of premiums, or has become void from breach of the conditions of the contract, the assured or his representatives or the persons entitled shall have the right at any time within twelve months of the coming into force of the present Treaty to claim from the insurer the surrender value of the policy at the date of its lapse or avoidance.

Where the contract has lapsed during the war owing to non-payment of premiums the payment of which has been prevented by the enforcement of measures of war, the assured or his representative or the persons entitled shall have the right to restore the contract on payment of the premiums with interest at five per cent. per annum within three months from the coming into force of the present Treaty.

12.

Any Allied or Associated Power may within three months of the coming into force of the present Treaty cancel all the contracts of insurance running between a German insurance company and its nationals under con-

et ses ressortissants dans des conditions soustrayant lesdits ressortissants à tout préjudice.

A cette fin, la Compagnie d'Assurance allemande transférera au Gouvernement de la Puissance alliée ou associée intéressée, la proportion de son actif attribuable aux polices ainsi annulées et sera déliée de toute obligation, par rapport à ces polices. L'actif à transférer sera fixé par un actuaire désigné par le Tribunal arbitral mixte.

§ 13.

Si des contrats d'assurance sur la vie ont été conclus par une succursale d'une Compagnie d'Assurances établie dans un pays devenu, par la suite, ennemie, le contrat devra, en l'absence de toute stipulation contraire contenue dans le contrat lui-même, être régi par la loi locale, mais l'assureur aura le droit de demander à l'assuré ou à ses representants le remboursement des sommes payées sur des demandes faites ou imposées, par application de mesures prises pendant la guerre, contrairement aux termes du contrat lui-même, et aux lois et traités existant à l'époque où il a été conclu.

§ 14.

Dans tous les cas où, en vertu de la loi applicable au contrat, l'assureur reste lié par le contrat nonobstant le non-payement des primes, jusqu'à ce que l'on ait fait part à l'assuré de la décheance du contrat, il aura le droit là où, par suite de la guerre, il n'aurait pu donner cet avertissement, de recouvrer sur l'assuré les primes non payées, augmentées des intérêts à 5 p. 100 l'an.

ditions which shall protect its nationals from any prejudice.

To this end the German insurance company will hand over to the Allied or Associated Government concerned the proportion of its assets attributable to the policies so cancelled and will be relieved from all liability in respect of such policies. The assets to be handed over shall be determined by an actuary appointed by the Mixed Arbitral Tribunal.

13.

Where contracts of life insurance have been entered into by a local branch of an insurance company established in a country which subsequently became an enemy country, the contract shall, in the absence of any stipulation to the contrary in the contract itself, be governed by the local law, but the insurer shall be entitled to demand from the insured or his representatives the refund of sums paid on claims made or enforced under measures taken during the war, if the making or enforcement of such claims was not in accordance with the terms of the contract itself or was not consistent with the laws or treaties existing at the time when it was entered into.

14.

In any case where by the law applicable to the contract the insurer remains bound by the contract notwithstanding the non-payment of premiums until notice is given to the insured of the termination of the contract, he shall be entitled where the giving of such notice was prevented by the war to recover the unpaid premiums with interest at five per cent. per annum from the insured.

§ 15.

Pour l'application des paragraphes 11 à 14, seront considérés comme contrats d'assurances sur la vie les contrats d'assurances qui se basent sur les probabilités de la vie humaine, combinés avec le taux d'intérêt, pour le calcul des engagements réciproques des deux parties.

Assurances maritimes.

§ 16.

Les contrats d'assurance maritime, y compris les polices à temps et les polices de voyage passées entre un assureur et une personne devenue par la suite ennemie, seront considerés comme annulés au moment où cette personne est devenue ennemie, sauf dans le cas où, antérieurement à ce moment, le risque prévu dans le contrat avait commencé à être couru.

Dans le cas où le risque n'a pas commencé à courir, les sommes payées au moyen de primes ou autrement seront recouvrables sur l'assureur.

Dans le cas où le risque a commencé à courir, le contrat sera considéré comme valable, bien que la partie soit devenue ennemie, et les payements des sommes dues aux termes du contrat, soit comme primes, soit comme sinistres, seront exigibles après la mise en vigueur du présent Traité.

Dans le cas où une convention sera conclue pour le payement d'intérêts pour des sommes dues antérieurement à la guerre, à ou par des ressortissants des Etats belligérants, et recouvrées après la guerre, cet intérêt devra, dans le cas de pertes recouvrables en vertu de contrat*) d'assurance maritime, courir à partir de l'expiration d'une période d'un an à compter du jour de ces pertes.

15.

Insurance contracts shall be considered as contracts of life assurance for the purpose of paragraphs 11 to 14 when they depend on the probabilities of human life combined with the rate of interest for the calculation of the reciprocal engagements between the two parties.

Marine Insurance.

16.

Contracts of marine insurance including time policies and voyage policies entered into between an insurer and a person who subsequently became an enemy, shall be deemed to have been dissolved on his becoming an enemy, except in cases where the risk undertaken in the contract had attached before he became an enemy.

Where the risk had not attached, money paid by way of premium or otherwise shall be recoverable from the insurer.

Where the risk had attached effect shall be given to the contract notwithstanding the party becoming an enemy, and sums due under the contract either by way of premiums or in respect of losses shall be recoverable after the coming into force of the present Treaty.

In the event of any agreement being come to for the payment of interest on sums due before the war to or by the nationals of States which have been at war and recovered after the war, such interest shall in the case of losses recoverable under contracts of marine insurance run from the expiration of a period of one year from the date of the loss.

*) Wohl Druckversehen für „contrats".

§ 17.

Aucun contrat d'assurance maritime avec un assuré devenu par la suite ennemi ne devra être considéré comme couvrant les sinistres causés par des actes de guerre de la Puissance dont l'assureur est ressortissant, ou des alliés ou associés de cette Puissance.

§ 18.

S'il est démontré qu'une personne qui, avant la guerre, avait passé un contrat d'assurance maritime avec un assureur devenu par la suite ennemi, a passé après l'ouverture des hostilités un nouveau contrat couvrant le même risque avec un assureur non ennemi, le nouveau contrat sera considéré comme substitué au contrat primitif à compter du jour où il aura été passé, et les primes échues seront réglées sur le principe que l'assureur primitif n'aura été responsable du fait du contrat que jusqu'au moment où le nouveau contrat aura été passé.

Autres assurances.

§ 19.

Des contrats d'assurances passés avant la guerre entre un assureur et une personne devenue par la suite ennemie, autres que les contrats dont il est question dans les paragraphes 9 à 18, seront traités, à tous égards, de la même manière que seraient traités, d'après lesdits articles, les contrats d'assurances contre l'incendie entre les mêmes parties.

Réassurances.

§ 20.

Tous les traités de réassurance passés avec une personne devenue ennemie seront considérés comme abrogés par le fait que cette personne

17.

No contract of marine insurance with an insured person who subsequently became an enemy shall be deemed to cover losses due to belligerent action by the Power of which the insurer was a national or by the allies or associates of such Power.

18.

Where it is shown that a person who had before the war entered into a contract of marine insurance with an insurer who subsequently became an enemy entered after the outbreak of war into a new contract covering the same risk with an insurer who was not an enemy, the new contract shall be deemed to be substituted for the original contract as from the date when it was entered into, and the premiums payable shall be adjusted on the basis of the original insurer having remained liable on the contract only up till the time when the new contract was entered into.

Other Insurances.

19.

Contracts of insurance entered into before the war between an insurer and a person who subsequently became an enemy, other than contracts dealt with in paragraphs 9 to 18, shall be treated in all respects on the same footing as contracts of fire insurance between the same persons would be dealt with under the said paragraphs.

Re-insurance.

20.

All treaties of re-insurance with a person who became an enemy shall be regarded as having been abrogated by the person becoming an enemy,

est devenue ennemie, mais sans préjudice, dans le cas de risque sur la vie ou maritime, qui avait commencé à être couru antérieurement à la guerre, du droit de recouvrer après la guerre le payement des sommes dues en raison de ces risques.

Toutefois, si la partie réassurée a été mise, par suite de l'invasion, dans l'impossibilité de trouver un autre réassureur, le traité subsiste jusqu'à l'expiration d'une période de trois mois après la mise en vigueur du présent Traité.

Si un traité de réassurance est annulé en vertu de cet article, un compte sera établi entre les parties en ce qui concerne à la fois les primes payées et payables et les responsabilités pour pertes subies, au sujet des risques sur la vie ou maritime qui auraient commencé à être courus avant la guerre. Dans le cas de risques autres qué ceux mentionnés aux paragraphes 11 à 18, le règlement des comptes sera établi à la date à laquelle les parties sont devenues ennemies, sans tenir compte des réclamations pour pertes subies depuis cette date.

§ 21.

Les dispositions du paragraphe précédent s'étendent également aux réassurances existant au jour où les parties sont devenues ennemies, des risques particuliers acceptés par l'assureur dans un contrat d'assurance, autres que les risques sur la vie ou maritimes.

§ 22.

La réassurance d'un contrat d'assurance sur la vie, faite par contrat particulier et non comprise dans un traité général de réassurance, restera en vigueur.

but without prejudice in the case of life or marine risks which had attached before the war to the right to recover payment after the war for sums due in respect of such risks.

Nevertheless if, owing to invasion, it has been impossible for the re-insured to find another re-insurer, the treaty shall remain in force until three months after the coming into force of the present Treaty.

Where a re-insurance treaty becomes void under this paragraph, there shall be an adjustment of accounts between the parties in respect both of premiums paid and payable and of liabilities for losses in respect of life or marine risks which had attached before the war. In the case of risks other than those mentioned in paragraphs 11 to 18 the adjustment of accounts shall be made as at the date of the parties becoming enemies without regard to claims for losses which may have occured since that date.

21.

The provisions of the preceding paragraph will extend equally to re-insurances existing at the date of the parties becoming enemies of particular risks undertaken by the insurer in a contract of insurance against any risks other than life or marine risks.

22.

Re-insurance of life risks effected by particular contracts and not under any general treaty remain in force.

Les dispositions du paragraphe 12 s'appliquent aux traités de réassurance des polices d'assurences sur la vie dans lesquels les compagnies ennemies sont réassureurs.

§ 23.

Dans le cas d'une réassurance effectuée avant la guerre, d'un contrat d'assurance maritime, la cession du risque cédé au réassureur restera valable si ce risque a commencé à être couru avant l'ouverture des hostilités, et le contrat restera valable malgré l'ouverture des hostilités. Les sommes dues en vertu du contrat de réassurance, en ce qui concerne soit des primes, soit des pertes subies, seront recouvrables après la guerre.

§ 24.

Les dispositions des paragraphes 17 et 18 et le dernier alinéa du paragraphe 16 s'appliqueront aux contrats de réassurances de risques maritimes.

Section VI.

Tribunal arbitral mixte.

Article 304.

a) Un Tribunal arbitral mixte sera constitué entre chacune des Puissances alliées ou associées d'une part et l'Allemagne d'autre part, dans un délai de trois mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité. Chacun de ces Tribunaux sera composé de trois membres. Chacun des Gouvernements intéressés désignera un de ces membres. Le Président sera choisi à la suite d'un accord entre les deux Gouvernements intéressés.

Au cas où cet accord ne pourrait intervenir, le Président du Tribunal et deux autres personnes susceptibles l'une et l'autre, en cas de besoin, de le remplacer, seront choisies par le

The provisions of paragraph 12 apply to treaties of re-insurance of life insurance contracts in which enemy companies are the re-insurers.

23.

In case of a re-insurance effected before the war of a contract of marine insurance, the cession of a risk which had been ceded to the re-insurer shall, if it had attached before the outbreak of war, remain valid and effect be given to the contract notwithstanding the outbreak of war; sums due under the contract of re-insurance in respect either of premiums or of losses shall be recoverable after the war.

24.

The provisions of paragraphs 17 and 18 and the last part of paragraph 16 shall apply to contracts for the re-insurance of marine risks.

Section VI.

Mixed Arbitral Tribunal.

Article 304.

a) Within three months from the date of the coming into force of the present Treaty, a Mixed Arbitral Tribunal shall be established between each of the Allied and Associated Powers on the one hand and Germany on the other hand. Each such Tribunal shall consist of three members. Each of the Governments concerned shall appoint one of these members. The President shall be chosen by agreement between the two Gowernments concerned.

In case of failure to reach agreement, the President of the Tribunal and two other persons either of whom may in case of need take his place, shall be chosen by the Council of the

Conseil de la Société des Nations et, jusqu'au moment où il sera constitué, par M. Gustave Ador, s'il y consent. Ces personnes appartiendront à des Puissances qui sont restées neutres au cours de la guerre.

Si un Gouvernement ne pourvoit pas, dans un délai d'un mois, à la désignation ci-dessus prévue d'un membre du tribunal, en cas de vacance, ce membre sera choisi par le Gouvernement adverse parmi les deux personnes mentionnées ci-dessus, autres que le Président.

La décision de la majorité des membres sera celle du Tribunal.

b) Les Tribunaux arbitraux mixtes créés par application du paragraphe a) jugeront les différends qui sont de leur compétence, aux termes des Sections III, IV, V et VII.

En outre, tous les différends, quels qu'ils soient, relatifs aux contrats conclus, avant la mise en vigueur du présent Traité, entre les ressortissants des Puissances alliées et associées et les ressortissants allemands, seront réglés par le Tribunal arbitral mixte, à l'exception toutefois des différends qui, par application des lois des Puissances alliées, associées ou neutres, sont de la compétence de tribunaux nationaux de ces dernières Puissances. Dans ce cas, ces différends seront réglés par ces tribunaux nationaux, à l'exclusion du Tribunal arbitral mixte. Le ressortissant intéressé d'une Puissance alliée ou associée pourra toutefois porter l'affaire devant le Tribunal arbitral mixte à moins que sa loi nationale ne s'y oppose.

c) Si le nombre des affaires le justifie, d'autres membres devront être désignés pour que chaque Tribunal arbitral mixte puisse se diviser en

League of Nations, or, until this is set up, by M. Gustave Ador if he is willing. These persons shall be nationals of Powers that have remained neutral during the war.

If any Government does not proceed within a period of one month in case there is a vacancy to appoint a member of the Tribunal, such member shall be chosen by the other Government from the two persons mentioned above other than the President.

The decision of the majority of the members of the Tribunal shall be the decision of the Tribunal.

b) The Mixed Arbitral Tribunals established pursuant to paragraph a), shall decide all questions within their competence under Sections III, IV, V and VII.

In addition, all questions, whatsoever their nature, relating to contracts concluded before the coming into force of the present Treaty between nationals of the Allied and Associated Powers and German nationals shall be decided by the Mixed Arbitral Tribunal, always excepting questions which, under the laws of the Allied, Associated or Neutral Powers, are within the jurisdiction of the National Courts of those Powers. Such questions shall be decided by the National Courts in question, to the exclusion of the Mixed Arbitral Tribunal. The party who is a national of an Allied or Associated Power may nevertheless bring the case before the Mixed Arbitral Tribunal if this is not prohibited by the laws of his country.

c) If the number of cases justifies it, additional members shall be appointed and each Mixed Arbitral Tribunal shall sit in divisions. Each

plusieurs sections. Chacune de ces sections devra être composée ainsi qu'il est dit ci-dessus.

d) Chaque Tribunal arbitral mixte établira lui-même sa procédure en tant qu'elle ne sera pas réglée par les dispositions de l'Annexe au présent article. Il aura pouvoir pour fixer les dépens à payer par la partie perdante pour frais et débours de procédure.

e) Chaque Gouvernement payera les honoraires du membre du Tribunal arbitral mixte qu'il nomme et de tout agent qu'il désignera pour le représenter devant le Tribunal. Les honoraires du Président seront fixés par accord spécial entre les Gouvernements intéressés et ces honoraires ainsi que les dépenses communes de chaque Tribunal seront payées par moitié par les deux Gouvernements.

f) Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à ce que leurs Tribunaux et autorités prêtent directement aux Tribunaux arbitraux mixtes toute l'aide qui sera en leur pouvoir, spécialement en ce qui concerne la transmission des notifications et la réunion des preuves.

g) Les Hautes Parties Contractantes conviennent de considérer les décisions du Tribunal arbitral mixte comme définitives, et de les rendre obligatoires pour leurs ressortissants.

Annexe.

§ 1.

En cas de décès ou de démission d'un membre du Tribunal, ou si un membre du Tribunal se trouve, pour une raison quelconque, dans l'impossibilité de remplir ses fonctions, la procédure, qui a été suivie pour sa nomination, sera employée pour pourvoir à son remplacement.

of these divisions will be constituted as above.

d) Each Mixed Arbitral Tribunal will settle its own procedure except in so far as it is provided in the following Annex, and is empowered to award the sums to be paid by the loser in respect of the costs and expenses of the proceedings.

e) Each Government will pay the remuneration of the member of the Mixed Arbitral Tribunal appointed by it and of any agent whom it may appoint to represent it before the Tribunal. The remuneration of the President will be determined by special agreement between the Governments concerned; and this remuneration and the joint expenses of each Tribunal will be paid by the two Governments in equal moieties.

f) The High Contracting Parties agree that their courts and authorities shall render to the Mixed Arbitral Tribunals direct all the assistance in their power, particularly as regards transmitting notices and collecting evidence.

g) The High Contracting Parties agree to regard the decisions of the Mixed Arbitral Tribunal as final and conclusive, and to render them binding upon their nationals.

Annex.

1.

Should one of the members of the Tribunal either die, retire, or be unable for any reason whatever to discharge his functions, the same procedure will be followed for filling the vacancy as was followed for appointing him.

§ 2.

Le Tribunal adoptera pour sa procédure des règles conformes à la justice et à l'équité. Il décidera de l'ordre et des délais dans lesquels chaque partie devra présenter ses conclusions et règlera les formalités requises pour l'administration des preuves.

§ 3.

Les avocats et conseils des deux parties seront autorisés à présenter oralement et par écrit au Tribunal leur argumentation pour soutenir ou défendre leur cause.

§ 4.

Le Tribunal conservera les archives des procès et causes qui lui seront soumis et de la procédure y relative, avec mention des dates.

§ 5.

Chacune des Puissances intéressées pourra nommer un secrétaire. Ces secrétaires constitueront le Secrétariat mixte du Tribunal et seront sous ses ordres. Le Tribunal peut nommer et employer un ou plusieurs fonctionnaires qui seront nécessaires pour l'assister dans l'accomplissement de sa tâche.

§ 6.

Le Tribunal décidera de toutes questions et espèces qui lui seront soumises, d'après les preuves, témoignages et informations qui pourront être produits par les parties intéressées.

§ 7.

L'Allemagne s'engage à donner au Tribunal toutes facilités et informations nécessaires pour poursuivre ses enquêtes.

§ 8.

La langue, dans laquelle la procédure sera poursuivie, sera, à

2.

The Tribunal may adopt such rules of procedure as shall be in accordance with justice and equity and decide the order and time at which each party must conclude its arguments, and may arrange all formalities required for dealing with the evidence.

3.

The agent and counsel of the parties on each side are authorized to present orally and in writing to the Tribunal arguments in support or in defence of each case.

4.

The Tribunal shall keep record of the questions and cases submitted and the proceedings thereon, with the dates of such proceedings.

5.

Each of the powers concerned may appoint a secretary. These secretaries shall act together as joint secretaries of the Tribunal and shall be subject to its direction. The Tribunal may appoint and employ any other necessary officer or officers to assist in the performance of its duties.

6.

The Tribunal shall decide all questions and matters submitted upon such evidence and information as may be furnished by the parties concerned.

7.

Germany agrees to give the Tribunal all facilities and information required by it for carrying out its investigations.

8.

The language in which the proceedings shall be conducted shall,

défaut de convention contraire, l'anglais, le français, l'italien, ou le japonais, selon ce qui sera décidé par la Puissance alliée ou associée intéressée.

§ 9.

Les lieu et date des audiences de chaque Tribunal seront déterminés par le Président du Tribunal.

Article 305.

Si un tribunal compétent a rendu ou rend un jugement dans une affaire visée par les Sections III, IV, V ou VII et si ce jugement n'est pas conforme aux dispositions desdites Sections, la partie qui aura subi, de ce chef, un préjudice aura droit à une réparation qui sera déterminée par le Tribunal arbitral mixte. Sur la demande du ressortissant d'une Puissance alliée ou associée, la réparation ci-dessus visée pourra être effectuée, lorsque cela sera possible, par le Tribunal arbitral mixte en replaçant les parties dans la situation où elles se trouvaient avant le jugement rendu par le tribunal allemand.

Section VII.

Propriété industrielle.

Article 306.

Sous réserve des stipulations du présent Traité, les droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique, telle que cette propriété est definie par les Conventions internationales de Paris et de Berne visées à l'article 286, seront rétablis ou restaurés, à partir de la mise en vigueur du présent Traité dans les territoires des Hautes Parties Contractantes, en faveur des personnes qui en étaient bénéficiaires, au moment où l'état de guerre a commencé d'exister, ou de leurs ayants

unless otherwise agreed, be English, French, Italian or Japanese, as may be determined by the Allied or Associated Power concerned.

9.

The place and time for the meetings of each Tribunal shall be determined by the President of the Tribunal.

Article 305.

Whenever a competent court has given or gives a decision in a case covered by Sections III, IV, V or VII, and such decision is inconsistent with the provisions of such Sections, the party who is prejudiced by the decision shall be entitled to obtain redress which shall be fixed by the Mixed Arbitral Tribunal. At the request of the national of an Allied or Associated Power, the redress may, whenever possible, be effected by the Mixed Arbitral Tribunal directing the replacement of the parties in the position occupied by them before the judgment was given by the German Court.

Section VII.

Industrial property.

Article 306.

Subject to the stipulations of the present Treaty, rights of industrial, literary and artistic property, as such property is defined by the International Conventions of Paris and of Berne, mentioned in Article 286, shall be re-established or restored, as from the coming into force of the present Treaty, in the territories of the High Contracting Parties, in favour of the persons entitled to the benefit of them at the moment when the state of war commenced of their legal represen-

droit. De même les droits qui, si la guerre n'avait pas eu lieu, auraient pu être acquis pendant la durée de la guerre, à la suite d'une demande formée pour la protection de la propriété industrielle ou de la publication d'une œuvre littéraire ou artistique, seront reconnus et établis en faveur des personnes qui y auraient des titres, à partir de la mise en vigueur du présent Traité.

Toutefois, les actes faits en vertu des mesures spéciales qui auront été prises pendant la guerre, par une autorité législative, exécutive ou administrative d'une Puissance alliée ou associée à l'égard des droits des ressortissants allemands, en matière de propriété industrielle, littéraire ou artistique demeureront valables et continueront à avoir leurs pleins effets.

Il n'y aura lieu à aucune revendication ou action de la part de l'Allemagne ou des ressortissants allemands contre l'utilisation qui aurait été faite pendant la durée de la guerre, par le Gouvernement d'une Puissance alliée ou associée ou par toute personne, pour le compte de ce Gouvernement ou avec son assentiment, de droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique, ni contre la vente, la mise en vente ou l'emploi de produits, appareils, articles ou objets quelconques auxquels s'appliquaient ces droits.

Si la législation d'une des Puissances alliées ou associées, en vigueur au moment de la signature du présent Traité, n'en a pas disposé autrement, les sommes dues ou payées, par application de tout acte et de toute opération effectués en exécution des mesures spéciales vitées à l'alinéa 1 du présent article, recevront la même affectation que les autres créances des ressortissants allemands, conformément

tatives. Equally, rights which, except for the war, would have been acquired during the war in consequence of an application made for the protection of industrial property, or the publication of a literary or artistic work, shall be recognised and established in favour of those persons who would have been entitled thereto, from the coming into force of the present Treaty.

Nevertheless, all acts done by virtue of the special measures taken during the war under legislative, executive or administrative authority of any Allied or Associated Power in regard to the rights of German nationals in industrial, literary or artistic property shall remain in force and shall continue to maintain their full effect.

No claim shall be made or action brought by Germany or German nationals in respect of the use during the war by the Government of any Allied or Associated Power, or by any persons acting on behalf or with the assent of such Government, of any rights in industrial, literary or artistic property, nor in respect of the sale, offering for sale, or use of any products, articles or apparatus whatsoever to which such rights applied.

Unless the legislation of any one of the Allied or Associated Powers in force at the moment of the signature of the present Treaty otherwise directs, sums due or paid in virtue of any act or operation resulting from the execution of the special measures mentioned in paragraph I of this Article shall be dealt with in the same way as other sums due to German nationals are directed to

aux dispositions du présent Traité et les sommes produites par des mesures spéciales prises par le Gouvernement allemand en ce qui concerne les droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique des ressortissants des Puissances alliées ou associées, seront considérées et traitées comme toutes les autres dettes des ressortissants allemands.

Chacune des Puissances alliées ou associées se réserve la faculté d'apporter aux droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique (à l'exception des marques de fabrique ou de commerce) acquis avant la guerre, ou pendant sa durée, ou qui seraient acquis ultérieurement, suivant sa législation par des ressortissants allemands, soit en les exploitant, soit en accordant des licences pour leur exploitation, soit en conservant le contrôle de cette exploitation, soit autrement, telles limitations, conditions ou restrictions qui pourraient être considérées comme nécessaires pour les besoins de la défense nationale, ou dans l'intérêt public, ou pour assurer un traitement équitable par l'Allemagne des droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique possédés sur le territoire allemand par ses ressortissants, ou pour garantir l'entier accomplissement de toutes les obligations contractées par l'Allemagne en vertu du présent Traité. Pour les droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique, qui seraient acquis après la mise en vigueur du présent Traité, la faculté ci-dessus réservée aux Puissances alliées et associées, ne pourra être exercée que dans le cas où les limitations, conditions ou restrictions pourraient être considérées comme nécessaires pour les besoins de la défense nationale ou de l'intérêt public.

be dealt with by the present Treaty; and sums produced by any special measures taken by the German Government in respect of rights in industrial, literary or artistic property belonging to the nationals of the Allied or Associated Powers shall be considered and treated in the same way as other debts due from German nationals.

Each of the Allied and Associated Powers reserves to itself the right to impose such limitations, conditions or restrictions on rights of industrial, literary, or artistic property (with the exception of trade-marks) acquired before or during the war, or which may be subsequently acquired in accordance with its legislation, by German nationals, whether by granting licences, or by the working, or by preserving control over their exploitation, or in any other way, as may be considered necessary for national defence, or in the public interest, or for assuring the fair treatment by Germany of the rights of industrial, literary and artistic property held in German territory by its nationals, or for securing the due fulfilment of all the obligations undertaken by Germany in the present Treaty. As regards rights of industrial, literary and artistic property acquired after the coming into force of the present Treaty, the right so reserved by the Allied and Associated Powers shall only be exercised in cases where these limitations, conditions or restrictions may be considered necessary for national defence or in the public interest.

Dans le cas où il serait fait application par les Puissances alliées et associées des dispositions qui précèdent, il sera accordé des indemnités ou des redevances raisonnables, qui recevront la même affectation que toutes les autres sommes dues à des ressortissants allemands, conformément aux dispositions du présent Traité.

Chacune des Puissances alliées ou associées se réserve la faculté de considérer comme nulle et de nul effet toute cession totale ou partielle, et toute concession de droits de propriété indutrielle, littéraire ou artistique, qui auraient été effectuées depuis le 1er août 1914 ou qui le seraient à l'avenir et qui auraient pour résultat de faire obstacle à l'application des dispositions du présent article.

Les dispositions du présent article ne sont pas applicables aux droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique compris dans les Sociétés ou entreprises, dont la liquidation a été effectuée par les Puissances alliées ou associées, conformément à la législation exceptionnelle de guerre, ou sera effectuée en vertu de l'article 297, paragraphe b).

In the event of the application of the provisions of the preceding paragraph by any Allied or Associated Power, there shall be paid reasonable indemnities or royalties, which shall be dealt with in the same way as other sums due to German nationals are directed to be dealt with by the present Treaty.

Each of the Allied or Associated Powers reserves the right to treat as void and of no effect any transfer in whole or in part of or other dealing with rights of or in respect of industrial, literary, or artistic property effected after August 1, 1914, or in the future, which would have the result of defeating the objects of the provisions of this Article.

The provisions of this Article shall not apply to rights in industrial, literary, or artistic property which have been dealt with in the liquidation of businesses or companies under war legislation by the Allied or Associated Powers, or which may be so dealt with by virtue of Article 297, paragraph b).

Article 307.

Un délai minimum d'une année, à partir de la mise en vigueur du présent Traité, sans surtaxe ni pénalité d'aucune sorte, sera accordé aux ressortissants de chacune des Hautes Parties Contractantes pour accomplir tout acte, remplir toute formalité, payer toute taxe et généralement satisfaire à toute obligation prescrite par les lois et règlements de chaque Etat pour conserver ou obtenir les droits de propriété industrielle déjà acquis au 1er août 1914 ou qui, si la guerre n'avait pas eu lieu, auraient pu être acquis

Article 307.

A minimum of one year after the coming into force of the present Treaty shall be accorded to the nationals of the High Contracting Parties, without extension fees or other penalty, in order to enable such persons to accomplish any act, fulfil any formality, pay any fees, and generally satisfy any obligation prescribed by the laws or regulations of the respective States relating to the obtaining, preserving, or opposing rights to, or in respect of, industrial property either acquired before August 1, 1914, or which, ex-

depuis cette date, à la suite d'une demande faite, avant la guerre ou pendant sa durée, ainsi que pour y former opposition. Toutefois, cet article ne pourra conférer aucun droit pour obtenir aux Etats-Unis d'Amérique la reprise d'une procédure d'interférence dans laquelle aurait été tenue l'audience finale.

Les droits de propriété industrielle qui auraient été frappés de déchéance par suite du défaut d'accomplissement d'un acte, d'exécution d'une formalité ou de payement d'une taxe seront remis en vigueur, sous la réserve toutefois en ce qui concerne les brevets et dessins, que chaque Puissance alliée ou associée pourra prendre les mesures qu'elle jugerait équitablement nécessaires pour la sauvegarde des droits des tiers qui auraient exploité ou employé des brevets ou des dessins pendant le temps où ils étaient frappés de déchéance. De plus, les brevets d'invention ou dessins appartenant à des ressortissants allemands et qui seront ainsi remis en vigueur, demeureront soumis, en ce qui concerne l'octroi des licences, aux prescriptions qui leur auraient été applicables pendant la guerre, ainsi qu'à toutes les dispositions du présent Traité.

La période comprise entre le 1er août 1914 et la date de la mise en vigueur du présent Traité n'entrera pas en ligne de compte dans le délai prévu pour la mise en exploitation d'un brevet ou pour l'usage de marques de fabrique ou de commerce ou de dessins et il est convenu en outre qu'aucun brevet, marque de fabrique ou de commerce ou dessin qui était encore en vigueur au 1er août 1914 ne pourra être frappé de déchéance ou d'annulation du seul chef de non-exploitation ou de non-usage avant

cept for the war, might have been acquired since that date as a result of an application made before the war or during its continuance, but nothing in this Article shall give any right to reopen interference proceedings in the United States of America where a final hearing has taken place.

All rights in, or in respect of, such property which may have lapsed by reason of any failure to accomplish any act, fulfil any formality, or make any payment, shall revive, but subject in the case of patents and designs to the imposition of such conditions as each Allied or Associated Power may deem reasonably necessary for the protection of persons who have manufactured or made use of the subject matter of such property while the rights had lapsed. Further, where rights to patents or designs belonging to German nationals are revived under this Article, they shall be subject in respect of the grant of licences to the same provisions as would have been applicable to them during the war, as well as to all the provisions of the present Treaty.

The period from August 1, 1914, until the coming into force of the present Treaty shall be excluded in considering the time within which a patent should be worked or a trade mark or design used, and it is further agreed that no patent, registered trade mark or design in force on August 1, 1914, shall be subject to revocation or cancellation by reason only of the failure to work such patent or use such trade mark or design for two years after the coming into force of the present Treaty.

l'expiration d'un délai de deux ans à partir de la mise en vigueur du présent Traité.

Article 308.

Les délais de priorité, prévus par l'article 4 de la Convention internationale de Paris du 20 mars 1883 revisée à Washington en 1911*) ou par toute autre Convention ou loi en vigueur, pour le dépôt ou l'enregistrement des demandes de brevets d'invention ou modèles d'utilité, des marques de fabrique ou de commerce, des dessins et modèles, qui n'étaient pas encore expirés le 1er août 1914 et ceux qui auraient pris naissance pendant la guerre ou auraient pu prendre naissance si la guerre n'avait pas eu lieu seront prolongés par chacune des Hautes Parties Contractantes en faveur de tous les ressortissants des autres Hautes Parties Contractantes jusqu'à l'expiration d'un délai de six mois à partir de la mise en vigueur du présent Traité.

Toutefois cette prolongation de délai ne portera pas atteinte aux droits de toute Haute Partie Contractante ou de toute personne qui seraient, de bonne foi, en possession, au moment de la mise en vigueur du présent Traité, de droits de propriété industrielle en opposition avec ceux demandés en revendiquant le délai de priorité et qui conserveront la jouissance de leurs droits, soit personnellement, soit par tous agents ou titulaires de licence auxquels ils les auraient concédés avant la mise en vigueur du présent Traité, sans pouvoir en aucune manière être inquiétés ni poursuivis comme contrefacteurs.

Article 308.

The rights of priority, provided by Article 4 of the International Convention for the Protection of Industrial Property of Paris, of March 20, 1883, revised at Washington in 1911*) or by any other Convention or Statute, for the filing or registration of applications for patents or models of utility, and for the registration of trade marks, designs and models which had not expired on August 1, 1914, and those which have arisen during the war, or would have arisen but for the war, shall be extended by each of the High Contracting Parties in favour of all nationals of the other High Contracting Parties for a period of six months after the coming into force of the present Treaty.

Nevertheless, such extension shall in no way affect the right of any of the High Contracting Parties or of any person who before the coming into force of the present Treaty was *bonâ fide* in possession of any rights of industrial property conflicting with rights applied for by another who claims rights of priority in respect of them, to exercise such rights by itself or himself personally, or by such agents or licensees as derived their rights from it or him before the coming into force of the present Treaty; and such persons shall not be amenable to any action or other process of law in respect of infringement.

*) V. **N. R. G.** 2. s. X, p. 133; 3. s. VIII, p. 760.

Article 309.

Aucune action ne pourra être intentée ni aucune revendication exercée, d'une part, par des ressortissants allemands, ou par des personnes résidant ou exerçant leur industrie en Allemagne, et d'autre part, par des ressortissants des Puissances alliées ou associées ou des personnes résidant ou exerçant leur industrie sur le territoire de ces Puissances, ni par les tiers auxquels ces personnes auraient cédé leurs droits pendant la guerre, à raison de faits qui se seraient produits sur le territoire de l'autre Partie, entre la date de la déclaration de guerre et celle de la mise en vigueur du présent Traité et qui auraient pu être considérés comme portant atteinte à des droits de propriété industrielle ou de propriété littéraire ou artistique ayant existé à un moment quelconque pendant la guerre ou qui seront rétablis conformément aux articles 307 et 308 qui précèdent.

Aucune action ne sera également recevable de la part des mêmes personnes, pour infraction aux droits de propriété industrielle ou artistique, à aucun moment, à l'occasion de la vente ou de la mise en vente, pendant un an à dater de la signature du présent Traité sur les territoires des Puissances alliées ou associées, d'une part, ou de l'Allemagne, d'autre part, de produits ou articles fabriqués, ou d'œuvres littéraires ou artistiques publiées durant la période comprise entre la date de la déclaration de guerre et celle de la signature du présent Traité, ni à l'occasion de leur acquisition et de leur emploi ou usage, étant entendu toutefois que cette disposition ne s'appliquera pas

Article 309.

No action shall be brought and no claim made by persons residing or carrying on business within the territories of Germany on the one part and of the Allied or Associated Powers on the other, or persons who are nationals of such Powers respectively, or by any one deriving title during the war from such persons, by reason of any action which has taken place within the territory of the other party between the date of the declaration of war and that of the coming into force of the present Treaty, which might constitute an infringement of the rights of industrial property or rights of literary and artistic property, either existing at any time during the war or revived under the provisions of Articles 307 and 308.

Equally, no action for infringement of industrial, literary or artistic property rights by such persons shall at any time be permissible in respect of the sale or offering for sale for a period of one year after the signature of the present Treaty in the territories of the Allied or Associated Powers on the one hand or Germany on the other, of products or articles manufactured, or of literary or artistic works published, during the period between the declaration of war and the signature of the present Treaty, or against those who have acquired and continue to use them. It is understood, nevertheless, that this provision shall not apply when the possessor of the rights was

lorsque les possesseurs des droits avaient leur domicile ou des établissements industriels ou commerciaux situés dans les régions occupées par l'Allemagne au cours de la guerre.

Cet article ne sera pas applicable aux rapports entre les États-Unis d'Amérique, d'une part, et l'Allemagne d'autre part.

Article 310.

Les contrats de licences d'exploitation de droits de propriété industrielle ou de reproduction d'œuvres littéraires ou artistiques conclus avant la déclaration de guerre entre des ressortissants des Puissances alliées ou associées ou des personnes résidant sur leur territoire ou y exerçant leur industrie d'une part et des ressortissants allemands d'autre part, seront considérés comme résiliés, à dater de la déclaration de guerre, entre l'Allemagne et la Puissance alliée ou associée. Mais, dans tous les cas, le bénéficiaire primitif d'un contrat de ce genre aura le droit, dans un délai de six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, d'exiger du titulaire des droits la concession d'une nouvelle licence, dont les conditions, à défaut d'entente entre les parties, seront fixées par le tribunal dûment qualifié à cet effet dans le pays sous la législation duquel les droits ont été acquis, sauf dans le cas de licences obtenues en vertu de droits acquis sous la législation allemande; dans ce cas, les conditions seraient fixées par le Tribunal arbitral mixte prévu par la Section VI de la présente Partie. Le Tribunal pourra, s'il y a lieu, fixer alors le montant des redevances qui lui paraîtraient justifiées, en raison de l'utilisation des droits pendant la durée de la guerre.

domiciled or had an industrial or commercial establishment in the districts occupied by Germany during the war.

This Article shall not apply as between the United States of America on the one hand and Germany on the other.

Article 310.

Licences in respect of industrial, literary or artistic property concluded before the war between nationals of the Allied or Associated Powers or persons residing in their territory or carrying on business therein, on the one part, and German nationals, on the other part, shall be considered as cancelled as from the date of the declaration of war between Germany and the Allied or Associated Power. But, in any case, the former beneficiary of a contract of this kind shall have the right, within a period of six months after the coming into force of the present Treaty, to demand from the proprietor of the rights the grant of a new licence, the conditions of which, in default of agreement between the parties, shall be fixed by the duly qualified tribunal in the country under whose legislation the rights had been acquired, except in the case of licences held in respect of rights acquired under German law. In such cases the conditions shall be fixed by the Mixed Arbitral Tribunal referred to in Section VI of this Part. The tribunal may, if necessary, fix also the amount which it may deem just should be paid by reason of the use of the rights during the war.

Les licences relatives à des droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique qui auront été concédés suivant la législation spéciale de guerre d'une Puissances alliée ou associée ne pourront se trouver atteintes par la continuation d'une licence existant avant la guerre, mais elles demeureront valables et continueront à avoir leurs pleins effets, et dans le cas où une de ces licences aurait été accordée au bénéficiaire primitif d'un contrat de licence passé avant la guerre, elle sera considérée comme s'y substituant.

No licence in respect of industrial, literary or artistic property, granted under the special war legislation of any Allied or Associated Power, shall be affected by the continued existence of any licence entered into before the war, but shall remain valid and of full effect, and a licence so granted to the former beneficiary of a licence entered into before the war shall be considered as substituted for such licence.

Lorsque des sommes auront été payées pendant la guerre, en vertu de contrat ou licence quelconques intervenus avant la guerre pour l'exploitation des droits de propriété industrielle ou pour la reproduction ou la représentation d'œuvres littéraires, dramatiques ou artistiques, ces sommes recevront la même affectation que les autres dettes ou créances des ressortissants allemands, conformément au présent Traité.

Where sums have been paid during the war by virtue of a licence or agreement concluded before the war in respect of rights of industrial property or for the reproduction or the representation of literary, dramatic or artistic works, these sums shall be dealt with in the same manner as other debts or credits of German nationals, as provided by the present Treaty.

Cet article ne sera pas applicable aux rapports entre les Etats-Unis d'Amérique, d'une part, et l'Allemagne, d'autre part.

This Article shall not apply as between the United States of America on the one hand and Germany on the other.

Article 311.

Les habitants des territoires séparés de l'Allemagne en vertu du présent Traité, conserveront, nonobstant cette séparation et le changement de nationalité qui en résultera, la pleine et entière jouissance en Allemagne de tous les droits de propriété industrielle et de propriété littéraire et artistique, dont ils étaient titulaires suivant la législation allemande, au moment de cette séparation.

Article 311.

The inhabitants of territories separated from Germany by virtue of the present Treaty shall, notwithstanding this separation and the change of nationality consequent thereon, continue to enjoy in Germany all the rights in industrial, literary, and artistic property to which they were entitled under German legislation at the time of the separation.

Les droits de propriété industrielle, littéraire et artistique en vigueur sur

Rights of industrial, literary and artistic property which are in force

les territoires séparés de l'Allemagne conformément au présent Traité, au moment de la séparation de ces territoires d'avec l'Allemagne ou qui seront rétablis ou restaurés par application de l'article 306 du présent Traité, seront reconnus par l'Etat auquel sera transféré ledit territoire et demeureront en vigueur sur ce territoire, pour la durée qui leur sera accordée suivant la législation allemande.

in the territories separated from Germany under the present Treaty at the moment of the separation of these territories from Germany, or which will be re-established or restored in accordance with the provisions of Article 306 of the present Treaty, shall be recognized by the State to wich the said territory is transferred and shall remain in force in that territory for the same period of time given them under the German law.

Section VIII.

Assurances sociales et assurances d'Etat dans les territoires cédés.

Article 312.

Sans préjudice des stipulations contenues dans d'autres clauses du présent Traité, le Gouvernement allemand s'engage à transférer à la Puissance à laquelle des territoires allemands sont cédés en Europe, ou à la Puissance administrant d'anciens territoires allemands en tant que mandataire, en vertu de l'article 22 de la Partie I (Société des Nations), telle fraction des réserves accumulées par les Gouvernements de l'Empire ou des Etats allemands, ou par des organismes publics ou privés opérant sous leur contrôle, destinées à faire face au fonctionnement, dans ces territoires, de toutes assurances sociales et assurances d'Etat.

Les Puissances auxquelles ces fonds seront transférés devront nécessairement les affecter à l'exécution des obligations résultant de ces assurances.

Les conditions de ce transfert seront réglées par des conventions spéciales conclues entre le Gouvernement allemand et les Gouvernements intéressés.

Section VIII.

Social and State Insurance in ceded territory.

Article 312.

Without prejudice to the provisions contained in other Articles of the present Treaty, the German Government undertakes to transfer to any Power to which German territory in Europe is ceded, and to any Power administering former German territory as a mandatory under Article 22 of Part I (League of Nations), such portion of the reserves accumulated by the Government of the German Empire or of German States, or by public or private organisations under their control, as is attributable to the carrying on of Social or State Insurance in such territory.

The Powers to which these funds are transferred must apply them to the performance of the obligations arising from such insurances.

The conditions of the transfer will be determined by special conventions to be concluded between the German Government and the Governments concerned.

Dans le cas où ces conventions spéciales ne seraient pas conclues conformément à l'alinéa précédent dans les trois mois de la mise en vigueur du présent Traité, les conditions du transfert seront, dans chaque cas, soumises à une Commission de cinq membres, dont un sera nommé par le Gouvernement allemand et un par l'autre Gouvernement interessé et trois seront nommés par le Conseil d'Administration du Bureau international du Travail parmi les ressortissants des autres Etats. Cette Commission, votant à la majorité des voix, devra dans les trois mois de sa constitution adopter des recommandations à soumettre au Conseil de la Société des Nations; les décisions du Conseil devront être immédiatement considérées par l'Allemagne et par l'autre Etat intéressé comme définitives.

In case these special conventions are not concluded in accordance with the above paragraph within three months after the coming into force of the present Treaty, the conditions of transfer shall in each case be referred to a Commission of five members, one of whom shall be appointed by the German Government, one by the other interested Government and three by the Governing Body of the International Labour Office from the nationals of other States. This Commission shall by majority vote within three months after appointment adopt recommendations for submission to the Council of the League of Nations, and the decisions of the Council shall forthwith be accepted as final by Germany and the other Government concerned.

Partie XI.

Navigation Aérienne.

Article 313.

Les aéronefs ressortissant aux Puissances alliées et associées auront pleine liberté de survol et d'atterrissage sur le territoire et les eaux territoriales de l'Allemagne et jouiront des mêmes avantages que les aéronefs allemands, notamment en cas de détresse à terre ou en mer.

Article 314.

Les aéronefs ressortissant aux Puissances alliées et associées, en transit pour un pays étranger quelconque, jouiront du droit de survoler, sans atterrir, le territoire et les eaux territoriales de l'Allemagne sous réserve des règlements que l'Allemagne pourra établir et qui seront également applicables aux aéronefs de l'Allemagne et à ceux des pays alliés et associés.

Part XI.

Aerial Navigation.

Article 313.

The aircraft of the Allied and Associated Powers shall have full liberty of passage and landing over and in the territory and territorial waters of Germany, and shall enjoy the same privileges as German aircraft, particularly in case of distress by land or sea.

Article 314.

The aircraft of the Allied and Associated Powers shall, while in transit to any foreign country whatever, enjoy the right of flying over the territory and territorial waters of Germany without landing, subject always to any regulations which may be made by Germany, and which shall be applicable equally to the aircraft of Germany and to those of the Allied and Associated countries.

Article 315.

Les aérodromes établis en Allemagne et ouverts au trafic public national seront ouverts aux aéronefs ressortissant aux Puissances alliées et associées, qui y seront traités sur un pied d'égalité avec les aéronefs allemands, en ce qui concerne les taxes de toute nature, y compris les taxes d'atterrissage et d'aménagement.

Article 316.

Sous réserve des présentes dispositions, le droit de passage, de transit et d'atterrissage prévu aux articles 313, 314 et 315, est subordonné à l'observation des règlements que l'Allemagne pourra juger nécessaire d'édicter, étant entendu que ces règlements seront appliqués sans distinction aux aéronefs allemands et à ceux des pays alliés et associés.

Article 317.

Les certificats de nationalité, de navigabilité, les brevets de capacité et les licences délivrés ou reconnus valables par l'une quelconque des Puissances alliées et associées, seront admis en Allemagne comme valables et équivalents aux certificats, brevets et licences délivrés par l'Allemagne.

Article 318.

Au point de vue du trafic commercial aérien interne, les aéronefs ressortissant aux Puissances alliées et associées jouiront en Allemagne du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 319.

L'Allemagne s'engage à mettre en vigueur des mesures propres à assurer que tout aéronef allemand, survolant son territoire, se conformera aux règles sur les feux et signaux,

Article 315.

All aerodromes in Germany open to national public traffic shall be open for the aircraft of the Allied and Associated Powers, and in any such aerodrome such aircraft shall be treated on a footing of equality with German aircraft as regards charges of every description, including charges for landing and accommodation.

Article 316.

Subject to the present provisions, the rights of passage, transit and landing, provided for in Articles 313, 314 and 315, are subject to the observance of such regulations as Germany may consider it necessary to enact, but such regulations shall be applied without distinction to German aircraft and to those of the Allied and Associated countries.

Article 317.

Certificates of nationality, airworthiness, or competency, and licences issued or recognised as valid by any of the Allied or Associated Powers, shall be recognised in Germany as valid and as equivalent to the certificates and licences issued by Germany.

Article 318.

As regards internal commercial air traffic, the aircraft of the Allied and Associated Powers shall enjoy in Germany most favoured nation treatment.

Article 319.

Germany undertakes to enforce the necessary measures to ensure that all German aircraft flying over her territory shall comply with the Rules as to lights and signals, Rules of the

règles de l'air et règles sur le trafic aérien sur ou dans le voisinage des aérodromes, telles que ces règles sont fixées dans la convention passée entre les Puissances alliées et associées relativement à la navigation aérienne.

Article 320.

Les obligations imposées par les dispositions qui précèdent resteront en vigueur jusqu'au 1er janvier 1923, à moins qu'auparavant l'Allemagne ait été admise dans la Société des Nations ou ait été autorisée, du consentement des Puissances alliées et associées, à adhérer à la convention passée entre lesdites Puissances, relativement à la navigation aérienne.

Partie XII.

Ports, voies d'eau et voies ferrées.

Section I.

Dispositions générales.

Article 321.

L'Allemagne s'engage à accorder la liberté du transit à travers son territoire sur les voies les plus appropriées au transit international, par chemin de fer, par cours d'eau navigable ou par canal, aux personnes, marchandises, navires, bateaux, wagons et services postaux en provenance ou à destination des territoires de l'une quelconque des Puissances alliées et associées, limitrophes ou non; à cet effet, la traversée des eaux territoriales sera permise. Les personnes, marchandises, navires, bateaux, voitures, wagons et services postaux ne seront soumis à aucun droit de transit, ni à aucun délai ou restriction inutiles, et ils auront droit, en Allemagne, au traitement national, en tout ce qui concerne les taxes et les facilités, ainsi qu'à tous autres égards.

Air and Rules for Air Traffic on and in the neighbourhood of aerodromes, which have been laid down in the Convention relative to Aerial Navigation concluded between the Allied and Associated Powers.

Article 320.

The obligations imposed by the preceding provisions shall remain in force until January 1, 1923, unless before that date Germany shall have been admitted into the League of Nations or shall have been authorised, by consent of the Allied and Associated Powers, to adhere to the Convention relative to Aerial Navigation concluded between those Powers.

Part XII.

Ports, waterways and railways.

Section I.

General provisions.

Article 321.

Germany undertakes to grant freedom of transit through her territories on the routes most convenient for international transit, either by rail, navigable waterway, or canal, to persons, goods, vessels, carriages, wagons and mails coming from or going to the territories of any of the Allied and Associated Powers (whether contiguous or not); for this purpose the crossing of territorial waters shall be allowed. Such persons, goods, vessels, carriages, wagons and mails shall not be subjected to any transit duty or to any undue delays or restrictions, and shall be entitled in Germany to national treatment as regards charges, facilities, and all other matters.

Les marchandises en transit seront exemptes de tous droits de douane ou autres droits analogues.

Toutes taxes ou charges, grevant le transport en transit, devront être raisonnables, eu égard aux conditions du trafic. Nulle redevance, facilité ou restriction ne devra dépendre, directement ou indirectement, de la qualité du propriétaire ou de la nationalité du navire ou autre moyen de transport qui aurait été ou qui devrait être employé sur une partie quelconque du parcours total.

Article 322.

L'Allemagne s'engage à n'imposer ni maintenir un contrôle quelconque sur les entreprises de transport, en transit aller et retour, des émigrants à travers son territoire, en dehors des mesures nécessaires pour constater que les voyageurs sont réellement en transit; elle ne permettra à aucune compagnie de navigation ni à aucune autre organisation, société ou personne privée intéressée au trafic, de participer d'une façon quelconque à un service administratif organisé dans ce but, ni d'exercer une influence directe ou indirecte à cet égard.

Article 323.

L'Allemagne s'interdit d'établir une distinction ou une préférence directe ou indirecte, en ce qui concerne les droits, taxes et prohibitions relatifs aux importations dans son territoire ou aux exportations de son territoire et, sous réserve des stipulations particulières contenues dans le présent Traité, en ce qui concerne les conditions et le prix du transport des marchandises ou des personnes à destination ou en provenance de son territoire, en raison soit de la frontière d'entrée ou de sortie, soit de la nature,

Goods in transit shall be exempt from all Customs or other similar duties.

All charges imposed on transport in transit shall be reasonable, having regard to the conditions of the traffic. No charge, facility or restriction shall depend directly or indirectly on the ownership or on the nationality of the ship or other means of transport on which any part of the through journey has been, or is to be, accomplished.

Article 322.

Germany undertakes neither to impose nor to maintain any control over transmigration traffic through her territories beyond measures necessary to ensure that passengers are *bonâ fide* in transit: nor to allow any shipping company or any other private body, corporation or person interested in the traffic to take any part whatever in, or to exercise any direct or indirect influence over, any administrative service that may be necessary for this purpose.

Article 323.

Germany undertakes to make no discrimination or preference, direct or indirect, in the duties, charges and prohibitions relating to importations into or exportations from her territories, or, subject to the special engagements contained in the present Treaty, in the charges and conditions of transport of goods or persons entering or leaving their territories, based on the frontier crossed; or on the kind, ownership or flag of the means of transport (including aircraft) employed; or on the original or

de la propriété ou du pavillon des moyens de transport employés (y compris les transports aériens), soit du point de départ primitif ou immédiat du navire ou bateau, du wagon, de l'aéronef ou autre moyen de transport, de sa destination finale ou intermédiaire, de l'itinéraire suivi ou des points de transbordement, soit du fait que le port par l'intermédiaire duquel les marchandises sont importées ou exportées est un port allemand ou un port étranger quelconque, soit du fait que les marchandises sont importées ou exportées par mer, par terre ou par voie aérienne.

L'Allemagne s'interdit notamment d'établir, au préjudice des ports, navires ou bateaux de l'une quelconque des Puissances alliées et associées, aucune surtaxe, aucune prime directe ou indirecte à l'exportation ou à l'importation par les ports ou par les navires ou bateaux allemands, ou par ceux d'une autre Puissance, en particulier sous forme de tarifs combinés, et de soumettre les personnes ou les marchandises, passant par un port ou utilisant un navire ou bateau d'une quelconque des Puissances alliées et associées, à des formalités ou à des délais quelconques, auxquels ces personnes ou ces marchandises ne seraient pas soumises, si elles passaient par un port allemand ou par le port d'une autre Puissance, ou si elles utilisaient un navire ou bateau allemand ou un bateau d'une autre Puissance.

Article 324.

Toutes des dispositions utiles devront être prises, au point de vue administratif et technique, pour abréger, autant que possible, la pénétration des marchandises par les frontières de l'Allemagne et pour assurer,

immediate place of departure of the vessel, wagon or aircraft or other means of transport employed, or its ultimate or intermediate destination; or on the route of or places of transshipment on the journey; or on whether any port through which the goods are imported or exported is a German port or a port belonging to any foreign country or on whether the goods are imported or exported by sea, by land or by air.

Germany particularly undertakes not to establish against the ports and vessels of any of the Allied and Associated Powers any surtax or any direct or indirect bounty for export or import by German ports or vessels, or by those of another Power, for example by means of combined tariffs. She further undertakes that persons or goods passing through a port or using a vessel of any of the Allied and Associated Powers shall not be subjected to any formality or delay whatever to which such persons or goods would not be subjected if they passed through a German port or a port of any other Power, or used a German vessel or a vessel of any other Power.

Article 324.

All necessary administrative and technical measures shall be taken to shorten, as much as possible, the transmission of goods across the German frontiers and to ensure their forwarding and transport from such

à partir desdites frontières, l'expédition et le transport de ces marchandises sans distinguer selon qu'elles sont en provenance ou à destination des territoires des Puissances alliées et associées, ou en transit de ou pour ces territoires, dans des conditions matérielles, notamment au point de vue de la rapidité et des soins de route, indentiques à celles dont bénéficieraient les marchandises de même nature, voyageant sur le territoire allemand dans des conditions semblables de transport.

En particulier, le transport des marchandises périssables sera effectué avec promptitude et régularité et les formalités douaniéres auront lieu de façon à permettre la continuation directe du transport des marchandises par les trains en correspondance.

Article 325.

Les ports maritimes des Puissances alliées et associées bénéficieront de toutes les faveurs et de tous les tarifs réduits accordés, sur les voies ferrées ou les voies navigables de l'Allemagne, au profit des ports allemands ou d'un port quelconque d'une autre Puissance.

Article 326.

L'Allemagne ne pourra refuser de participer aux tarifs ou combinaisons de tarifs, qui auraient pour objet d'assurer aux ports d'une des Puissances alliées et associées des avantages analogues à ceux qu'elle aurait accordés à ses propres ports ou à ceux d'une autre Puissance.

Section II.

Navigation.

Chapitre I.

Liberté de navigation.

Article 327.

Les ressortissants des Puissances alliées et associées, ainsi que leurs

frontiers, irrespective of whether such goods are coming from or going to the territories of the Allied and Associated Powers or are in transit from or to those territories, under the same material conditions in such matters as rapidity of carriage and care *en route* as are enjoyed by other goods of the same kind carried on German territory under similar conditions of transport.

In particular, the transport of perishable goods shall be promptly and regularly carried out, and the customs formalities shall be effected in such a way as to allow the goods to be carried straight through by trains which make connection.

Article 325.

The seaports of the Allied and Associated Powers are entitled to all favours and to all reduced tariffs granted on German railways or navigable waterways for the benefit of German ports or of any port of another Power.

Article 326.

Germany may not refuse to participate in the tariffs or combinations of tariffs intended to secure for ports of any of the Allied and Associated Powers advantages similar to those granted by Germany to her own ports or the ports of any other Power.

Section II.

Navigation.

Chapter I.

Freedom of navigation.

Article 327.

The nationals of any of the Allied and Associated Powers as well as

biens, navires et bateaux, jouiront, dans tous les ports et sur les voies de navigation intérieure de l'Allemagne, d'un traitement égal, à tous égards, à celui des ressortissants, des biens et des navires et bateaux allemands.

En particulier, les navires et bateaux de l'une quelconque des Puissances alliées et associées seront autorisés à transporter des marchandises de toute nature et des passagers à destination ou en provenance de tous ports ou localités situés sur le territoire de l'Allemagne auxquels les navires et bateaux allemands peuvent avoir accès, à des conditions qui ne seront pas plus onéreuses que celles appliquées dans le cas de navires et bateaux nationaux; ils seront traités sur le pied d'égalité avec les navires et bateaux nationaux, en ce qui concerne les facilités et charges de ports et de quai de toute sorte, y compris les facilités de stationnement, de chargement et de déchargement, les droits et charges de tonnage, de quai, de pilotage, de phare, de quarantaine et tous droits et charges analogues, de quelque nature qu'ils soient, perçus au nom et au profit du Gouvernement, de fonctionnaires publics, de particuliers, de corporations ou d'établissements de quelque espèce que ce soit.

Au cas où l'Allemagne accorderait à l'une quelconque des Puissances alliées et associées ou à toute autre Puissance étrangère, un traitement préférentiel, ce régime sera étendu sans délai et sans conditions à toutes les Puissances alliées et associées.

Il ne sera apporté à la circulation des personnes et des navires et bateaux d'autres entraves que celles résultant des dispositions relatives aux douanes, à la police, aux prescriptions

their vessels and property shall enjoy in all German ports and on the inland navigation routes of Germany the same treatment in all respects as German nationals, vessels and property.

In particular the vessels of any one of the Allied or Associated Powers shall be entitled to transport goods of any description, and passengers, to or from any ports or places in German territory to which German vessels may have access, under conditions which shall not be more onerous than those applied in the case of national vessels; they shall be treated on a footing of equality with national vessels as regards port and harbour facilities and charges of every description, including facilities for stationing, loading and unloading, and duties and charges of tonnage, harbour, pilotage, lighthouse, quarantine, and all analogous duties and charges of whatsoever nature, levied in the name of or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, corporations or establishments of any kind.

In the event of Germany granting a preferential regime to any of the Allied or Associated Powers or to any other foreign Power, this régime shall be extended immediately and unconditionally to all the Allied and Associated Powers.

There shall be no impediment to the movement of persons or vessels other than those arising from prescriptions concerning customs, police, sanitation, emigration and immigration,

sanitaires, à l'émigration ou à l'immigration, ainsi qu'à l'importation ou à l'exportation des marchandises prohibées. Ces dispositions, raisonnables et uniformes, ne devront pas entraver inutilement le trafic.

Chapitre II.

Zones franches dans les ports.

Article 328.

Les zones franches qui existaient dans les ports allemands au 1er août 1914 seront maintenues. Ces zones franches et celles qui, en vertu du présent Traité, seraient établies sur le territoire de l'Allemagne, seront soumises au régime prévu dans les articles suivants.

Les marchandises entrant dans la zone franche ou en sortant ne seront soumises à aucun droit d'importation ou d'exportation, en dehors du cas prévu à l'article 330.

Les navires et marchandises entrant dans la zone franche pourront être soumis aux taxes établies en vue de couvrir les dépenses d'administration, d'entretien et d'amélioration du port, ainsi qu'aux droits établis pour l'usage des diverses installations, pourvu que ces taxes et droits soient raisonnables, eu égard aux dépenses faites, et perçues dans les conditions d'égalité prévues à l'article 327.

Les marchandises ne pourront être soumises à aucun autre droit ou taxe, si ce n'est à un droit de statistique, de 1 pour 1000 *ad valorem* au maximum, lequel sera exclusivement affecté à couvrir les frais du service chargé d'établir le relevé des mouvements du port.

Article 329.

Les facilités accordées pour l'établissement de magasins, ainsi que pour

and those relating to the import and export of prohibited goods. Such regulations must be reasonable and uniform and must not impede traffic unnecessarily.

Chapter II.

Free zones in ports.

Article 328.

The free zones existing in German ports on August 1, 1914, shall be maintained. These free zones, and any other free zones which may be established in German territory by the present Treaty, shall be subject to the régime provided for in the following Articles.

Goods entering or leaving a free zone shall not be subjected to any import or export duty, other than those provided for in Article 330.

Vessels and goods entering a free zone may be subjected to the charges established to cover expenses of administration, upkeep and improvement of the port, as well as to the charges for the use of various installations, provided that these charges shall be reasonable having regard to the expenditure incurred, and shall be levied in the conditions of equalty provided for in Article 327.

Goods shall not be subjected to any other charge except a statistical duty which shall not exceed 1 per mille *ad valorem*, and which shall be devoted exclusively to defraying the expenses of compiling statements of the traffic in the port.

Article 329.

The facilities granted for the erection of warehouses, for packing and

l'emballage et le déballage des marchandises, devront répondre aux nécessités commerciales du moment. Tout produit dont la consommation aura été autorisée dans la zone franche sera exempt de droits d'accise ou autres, de quelque nature que ce soit, en dehors du droit de statistique prévu à l'article 328 ci-dessus.

Aucune distinction ne sera faite, en ce qui concerne une quelconque des prescriptions du présent article, soit entre les personnes appartenant à des nationalités différentes, soit entre les produits d'origine ou de destination différentes.

Article 330.

Des droits d'entrée pourront être imposés aux produits sortant de la zone franche pour être livrés à la consommation du pays sur le territoire duquel se trouve le port. Inversement, des droits de sortie pourront être imposés aux produits en provenance de ce pays à destination de la zone franche. Ces droits d'entrée et de sortie devront être établis sur les mêmes bases et d'après les mêmes taux que les droits similaires appliqués aux autres frontières douanières du pays intéressé. D'autre part, l'Allemagne s'interdit d'établir, sous une dénomination quelconque, aucun droit d'importation, d'exportation ou de transit, sur les produits transportés par voie de terre ou d'eau, à travers le territoire allemand, à destination ou en provenance de la zone franche, et en provenance ou à destination d'un autre Etat quelconque.

L'Allemagne devra établir la réglementation nécessaire pour aussurer et garantir ce libre passage sur celle des voies de fer et d'eau de son

for unpacking goods, shall be in accordance with trade requirements for the time being. All goods allowed to be consumed in the free zone shall be exempt from duty, whether of excise or of any other description, apart from the statistical duty provided for in Article 328 above.

There shall be no discrimination in regard to any of the provisions of the present Article between persons belonging to different nationalities or between goods of different origin or destination.

Article 330.

Import duties may be levied on goods leaving the free zone for consumption in the country on the territory of which the port is situated. Conversely, export duties may be levied on goods coming from such country and brought into the free zone. These import and export duties shall be levied on the same basis and at the same rates as similar duties levied at the other Customs frontiers of the country concerned. On the other hand, Germany shall not levy, under any denomination, any import, export or transit duty on goods carried by land or water across her territory to or from the free zone from or to any other State.

Germany shall draw up the necessary regulations to secure and guarantee such freedom of transit over such railways and waterways in her

territoire qui donne normalement accès à la zone franche.

Chapitre III.

Clauses relatives à l'Elbe, à l'Oder, au Niemen (Russstrom-Memel-Niemen) et au Danube.

1° *Dispositions générales.*

Article 331.

Sont déclarés internationaux:

l'Elbe (*Labe*) depuis le confluent de la Vltava (*Moldau*), et la Vltava (*Moldau*) depuis Prague;
l'Oder (*Odra*) depuis le confluent de l'Oppa;
le Niemen (*Russstrom-Memel-Niemen*) depuis Grodno;
le Danube depuis Ulm;

et toute partie navigable de ces réseaux fluviaux servant naturellement d'accès à la mer à plus d'un Etat, avec ou sans transbordement d'un bateau à un autre, ainsi que les canaux latéraux et chenaux qui seraient établis, soit pour doubler ou améliorer des sections naturellement navigables desdits réseaux fluviaux, soit pour réunir deux sections naturellement navigables du même cours d'eau.

Il en sera de même de la voie navigable Rhin-Danube au cas où cette voie serait construite dans les conditions fixées à l'article 353.

Article 332.

Sur les voies déclarées internationales à l'article précédent, les ressortissants, les biens et les pavillons de toutes les Puissances seront traités sur le pied d'une parfaite égalité, de telle sorte qu'aucune distinction ne soit faite, au détriment des ressortissants, des biens et du pavillon d'une quel-

territory as normally give access to the free zone.

Chapter III.

Clauses relating to the Elbe, the Oder, the Niemen (Russstrom-Memel-Niemen) and the Danube.

1) *General Clauses.*

Article 331.

The following rivers are declared international:

the Elbe (*Labe*) from its confluence with the Vltava (*Moldau*), and the Vltava (*Moldau*) from Prague;
the Oder (*Odra*) from its confluence with the Oppa;
the Niemen (*Russstrom-Memel-Niemen*) from Grodno;
the Danube from Ulm;

and all navigable parts of these river systems which naturally provide more than one State with access to the sea, with or without transhipment from one vessel to another; together with lateral canals and channels constructed either to duplicate or to improve naturally navigable sections of the specified river systems, or to connect two naturally navigable sections of the same river.

The same shall apply to the Rhine-Danube navigable waterway, should such a waterway be constructed under the conditions laid down in Article 353.

Article 332.

On the waterways declared to be international in the preceding Article, the nationals, property and flags of all Powers shall be treated on a footing of perfect equality, no distinction being made, to the detriment of the nationals, property or flag of any Power between them and the nationals, property or

conque de ces Puissances, entre ceux-ci et les ressortissants, les biens et le pavillon de l'Etat riverain lui-même ou de l'Etat dont les ressortissants, les biens et le pavillon jouissent du traitement le plus favorable.

Toutefois, les bateaux allemands ne pourront exécuter le transport, par lignes régulières de voyageurs et de marchandises, entre les ports d'une Puissance alliée ou associée, qu'avec une autorisation spéciale de celle-ci.

flag of the riparian State itself or of the most favoured nation.

Nevertheless, German vessels shall not be entitled to carry passengers or goods by regular services between the ports of any Allied or Associated Power, without special authority from such Power.

Article 333.

Des taxes, susceptibles de varier avec les différentes sections du fleuve, pourront être perçues sur les bateaux empruntant la voie navigable ou ses accès, à moins de dispositions contraires d'une convention existante. Elles devront être exclusivement destinées à couvrir d'une façon équitable les frais d'entretien de la navigabilité ou d'amélioration du fleuve et de ses accès ou à subvenir à des dépenses faites dans l'intérêt de la navigation. Le tarif en sera calculé d'après ces dépenses et affiché dans les ports. Ces taxes seront établies de manière à ne pas rendre nécessaire un examen détaillé de la cargaison, à moins qu'il y ait soupçon de fraude ou de contravention.

Article 333.

Where such charges are not precluded by any existing conventions, charges varying on different sections of a river may be levied on vessels using the navigable channels or their approaches, provided that they are intended solely to cover equitably the cost of maintaining in a navigable condition, or of improving, the river and its approaches, or to meet expenditure incurred in the interests of navigation. The schedule of such charges shall be calculated on the basis of such expenditure and shall be posted up in the ports. These charges shall be levied in such a manner as to render any detailed examination of cargoes unnecessary, except in cases of suspected fraud or contravention.

Article 334.

Le transit des voyageurs, bateaux et marchandises s'effectuera conformément aux conditions générales fixées à la Section I.

Article 334.

The transit of vessels, passengers and goods on these waterways shall be effected in accordance with the general conditions prescribed for transit in Section I above.

Lorsque les deux rives d'un fleuve international font partie d'un même Etat, les marchandises en transit pourront être mises sous scellés ou sous la garde des agents des douanes. Lors-

When the two banks of an international river are within the same State goods in transit may be placed under seal or in the custody of customs agents. When the river forms a frontier

que le fleuve forme frontière, les marchandises et les voyageurs en transit seront exempts de toute formalité douanière; le chargement et le déchargement des marchandises, ainsi que l'embarquement et le débarquement des voyageurs, ne pourront s'effectuer que dans les ports désignés par l'Etat riverain.

goods and passengers in transit shall be exempt from all customs formalities; the loading and unloading of goods, and the embarkation and disembarkation of passengers, shall only take place in the ports specified by the riparian State.

Article 335.

Sur le parcours comme à l'embouchure des fleuves susmentionnés, il ne pourra être perçu de redevances d'aucune espèce, autres que celles prévues à la présente Partie.

Cette disposition ne fera pas obstacle à l'établissement, par les États riverains, de droits de douane, d'octroi local ou de consommation, non plus qu'à la création de taxes raisonnables et uniformes prélevées dans les ports, d'après des tarifs publics, pour l'usage des grues, élévateurs, quais, magasins, etc.

Article 335.

No dues of any kind other than those provided for in the present Part shall be levied along the course or at the mouth of these rivers.

This provision shall not prevent the fixing by the riparian States of customs, local octroi or consumption duties, or the creation of reasonable and uniform charges levied in the ports, in accordance with public tariffs, for the use of cranes, elevators, quays, warehouses, etc.

Article 336.

A défaut d'une organisation spéciale relative à l'exécution des travaux d'entretien el d'amélioration de la partie internationale d'un réseau navigable, chaque Etat riverain sera tenu de prendre, dans la mesure convenable, les dispositions nécessaires à l'effet d'écarter tous obstacles ou dangers pour la navigation et d'assurer le maintien de la navigation dans de bonnes conditions.

Si un Etat néglige de se conformer à cette obligation, tout Etat riverain ou représenté à la Commission internationale, s'il y en a une, pourra en appeler à la juridiction instituée, à cet effet, par la Société des Nations.

Article 336.

In default of any special organisation for carrying out the works connected with the upkeep and improvement of the international portion of a navigable system, each riparian State shall be bound to take suitable measures to remove any obstacle or danger to navigation and to ensure the maintenance of good conditions of navigation.

If a State neglects to comply with this obligation any riparian State, or any State represented on the International Commission, if there is one, may appeal to the tribunal instituted for this purpose by the League of Nations.

Article 337.

Il sera procédé, de la même manière, dans le cas où un Etat riverain entreprendrait des travaux de nature à porter atteinte à la navigation dans la partie internationale. La juridiction visée à l'article précédent pourra prescrire la suspension ou la suppression de ces travaux, en tenant compte, dans ses décisions, des droits relatifs à l'irrigation, à la force hydraulique, aux pêcheries et aux autres intérêts nationaux, qui, en cas d'accord de tous les Etats riverains ou de tous les Etats représentés à la Commission internationale, s'il en existe une, auront la priorité sur les besoins de la navigation.

Le recours à la juridiction de la Société des Nations ne sera pas suspensif.

Article 338.

Le régime formulé dans les articles 332 à 337 ci-dessus sera remplacé par celui qui sera institué dans une Convention générale à établir par les Puissances alliées et associées et approuvée par la Société des Nations, relativement aux voies navigables dont ladite Convention reconnaîtrait le caractère international. Cette Convention pourra s'appliquer notamment à tout ou partie des réseaux fluviaux de l'Elbe *(Labe)*, de l'Oder *(Odra)*, du Niemen *(Russstrom-Memel-Niemen)*, et du Danube ci-dessus mentionnés, ainsi qu'aux autres éléments desdits réseaux fluviaux qui pourraient y être compris dans une définition générale.

L'Allemagne s'engage, conformément aux dispositions de l'article 379, à adhérer à ladite Convention générale, ainsi qu'à tous projets de revision des accords internationaux et règle-

Article 337.

The same procedure shall be followed in the case of a riparian State undertaking any works of a nature to impede navigation in the international section. The tribunal mentioned in the preceding Article shall be entitled to enforce the suspension or suppression of such works, making due allowance in its decisions for all rights in connection with irrigation, water-power, fisheries, and other national interests, which, with the consent of all the riparian States or of all the States represented on the International Commission, if there is one, shall be given priority over the requirements of navigation.

Appeal to the tribunal of the League of Nations does not require the suspension of the works.

Article 338.

The régime set out in Articles 332 to 337 above shall be superseded by one to be laid down in a General Convention drawn up by the Allied and Associated Powers, and approved by the League of Nations, relating to the waterways recognised in such Convention as having an international character. This Convention shall apply in particular to the whole or part of the above-mentioned river systems of the Elbe *(Labe)*, the Oder *(Odra)*, the Niemen *(Russstrom-Memel-Niemen)*, and the Danube, and such other parts of these river systems as may be covered by a general definition.

Germany undertakes, in accordance with the provisions of Article 379, to adhere to the said General Convention as well as to all projects prepared in accordance with Article 343

ments en vigueur, établis comme il est dit à l'article 343 ci-après.

Article 339.

L'Allemagne cédera aux Puissances alliées et associées intéressées, dans le délai maximum de trois mois après la notification qui lui en sera faite, une partie des remorqueurs et des bateaux qui resteront immatriculés dans les ports des réseaux fluviaux visés à l'article 331, après les prélèvements à opérer à titre de restitution ou de réparation. L'Allemagne cédera de même le matériel de toute nature nécessaire aux Puissances alliées et associées intéressées pour l'utilisation de ces réseaux.

Le nombre des remorqueurs et bateaux et l'importance du matériel cédés, ainsi que leur répartition, seront déterminés par un ou plusieurs arbitres désignés par les Etats-Unis d'Amérique, en tenant compte des besoins légitimes des parties en cause, et en se basant notamment sur le trafic de la navigation dans les cinq années qui ont précédé la guerre.

Tous les bâtiments cédés devront être munis de leurs agrès et apparaux, être en bon état, capables de transporter des marchandises, et choisis parmi les plus récemment construits.

Les cessions prévues au présent article donneront lieu à une indemnité, dont le montant total, fixé forfaitairement par l'arbitre ou les arbitres, ne pourra, en aucun cas, dépasser la valeur du capital de premier établissement du matériel cédé, et sera imputable sur le montant des sommes dues par l'Allemagne; en conséquence, il appartiendra à

below for the revision of existing international agreements and regulations.

Article 339.

Germany shall cede to the Allied and Associated Powers concerned, within a maximum period of three months from the date on which notification shall be given her, a proportion of the tugs and vessels remaining registered in the ports of the river systems referred to in Article 331 after the deduction of those surrendered by way of restitution or reparation. Germany shall in the same way cede material of all kinds necessary to the Allied and Associated Powers concerned for the utilisation of those river systems.

The number of the tugs and boats, and the amount of the material so ceded, and their distribution, shall be determined by an arbitrator or arbitrators nominated by the United States of America, due regard being had to the legitimate needs of the parties concerned, and particularly to the shipping traffic during the five years preceding the war.

All craft so ceded shall be provided with their fittings and gear, shall be in a good state of repair and in condition to carry goods, and shall be selected from among those most recently built.

The cessions provided for in the present Article shall entail a credit of which the total amount, settled in a lump sum by the arbitrator or arbitrators, shall not in any case exceed the value of the capital expended in the initial establishment of the material ceded, and shall be set of against the total sums due from Germany; in consequence, the in-

l'Allemagne d'indemniser les propriétaires.

2° *Dispositions spéciales à l'Elbe, à l'Oder et au Niemen (Russstrom-Memel-Niemen).*

Article 340.

L'Elbe *(Labe)* sera placée sous l'administration d'une Commission internationale qui comprendra:

4 représentants des Etats allemands riverains du fleuve;
2 représentants de l'Etat tchéco-slovaque;
1 représentant de la Grande-Bretagne;
1 représentant de la France;
1 représentant de l'Italie;
1 représentant de la Belgique.

Quel que soit le nombre des membres présents, chaque Délégation aura un nombre de voix égal au nombre de représentants qui lui est accordé.

Si quelques-uns de ces représentants ne peuvent être désignés au moment de la mise en vigueur du présent Traité, les décisions de la Commission seront néanmoins valables.

Article 341.

L'Oder *(Odra)* sera placé sous l'administration d'une Commission internationale qui comprendra:

1 représentant de la Pologne;
3 représentants de la Prusse;
1 représentant de l'Etat tchéco-slovaque;
1 représentant de la Grande-Bretagne;
1 représentant de la France;
1 représentant du Danemark;
1 représentant de la Suède.

demnification of the proprietors shall be a matter for Germany to deal with.

2) *Special Clauses relating to the Elbe, the Oder and the Niemen (Russstrom-Memel-Niemen).*

Article 340.

The Elbe *(Labe)* shall be placed under the administration of an International Commission which shall comprise:

4 representatives of the German States bordering on the river;
2 representatives of the Czecho-Slovak State;
1 representative of Great Britain;
1 representative of France;
1 representative of Italy;
1 representavive of Belgium.

Whatever be the number of members-present, each delegation shall have the right to record a number of votes equal to the number of representatives allotted to it.

If certains of these representatives cannot be appointed at the time of the coming into force of the present Treaty, the decisions of the Commission shall nevertheless be valid.

Article 341.

The Oder *(Odra)* shall be placed under the administration of an International Commission, which shall comprise:

1 representative of Poland;
3 representatives of Prussia;
1 representative of the Czecho-Slovak State;
1 representative of Great Britain;
1 representative of France;
1 representative of Denmark;
1 representative of Sweden.

Si quelques-uns de ces représentants ne peuvent être désignés au moment de la mise en vigueur du présent Traité, les décisions de la Commission seront néanmoins valables.

Article 342.

Sur requête adressée à la Société des Nations par un des Etats riverains, le Niemen *(Russstrom-Memel-Niemen)* sera placé sous l'administration d'une Commission internationale qui comprendra un représentant de chacun des Etats riverains et trois représentants d'autres Etats désignés par la Société des Nations.

Article 343.

Les Commissions internationales prévues aux articles 340 et 341 se réuniront dans un délai de trois mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité. La Commission internationale, prévue à l'article 342, se réunira dans un délai de trois mois à dater de la requête adressée par un Etat riverain. Chacune de ces Commissions procédera sans délai à l'élaboration d'un projet de revision des accords internationaux et règlements en vigueur. Ce projet sera rédigé en conformité de la Convention générale mentionnée à l'article 338, si cette Convention est déjà intervenue; au cas contraire, le projet de revision sera établi en conformité des principes posés dans les articles 332 à 337 ci-dessus.

Article 344.

Les projets visés à l'article précédent devront notamment:

a) choisir le siège de la Commission internationale et fixer le mode de désignation de son président;

If certain of these representatives cannot be appointed at the time of the coming into force of the present Treaty, the decisions of the Commission shall nevertheless be valid.

Article 342.

On a request being made to the League of Nations by any riparian State, the Niemen *(Russstrom-Memel-Niemen)* shall be placed under the administration of an International Commission, which shall comprise one representative of each riparian State, and three representatives of other States specified by the League of Nations.

Article 343.

The International Commissions referred to in Articles 340 and 341 shall meet within three months of the date of the coming into force of the present Treaty. The International Commission referred to in Article 342 shall meet within three months from the date of the request made by a riparian State. Each of these Commissions shall proceed immediately to prepare a project for the revision of the existing international agreements and regulations, drawn up in conformity with the General Convention referred to in Article 338, should such Convention have been already concluded. In the absence of such Convention, the project for revision shall be in conformity with the principles of Articles 332 to 337 above.

Article 344.

The projects referred to in the preceding Article shall, *inter alia:*

a) designate the headquarters of the International Commission, and prescribe the manner in which its President is to be nominated;

b) déterminer l'étendue de ses pouvoirs, particulièrement en ce qui concerne l'exécution des travaux d'entretien, d'aménagement et d'amélioration du réseau fluvial, le régime financier, l'établissement et la perception des taxes, le règlement de la navigation;

c) délimiter les sections du fleuve ou de ses affluents, auxquelles devra s'appliquer le régime international.

Article 345.

Les accords internationaux et les règlements qui régissent actuellement la navigation de l'Elbe *(Labe)*, de l'Oder *(Odra)* et du Niemen *(Russstrom-Memel-Niemen)* seront maintenus provisoirement en vigueur, jusqu'à la ratification des projets de revision mentionnés ci-dessus. Toutefois, dans tous les cas où ces accords et règlements seraient en opposition avec les dispositions des articles 332 à 337 ci-dessus, ou de la Convention générale à intervenir, ces dernières dispositions prévaudraient.

3° *Dispositions spéciales au Danube.*

Article 346.

La Commission européenne du Danube exercera de nouveau les pouvoirs qu'elle avait avant la guerre. Toutefois et provisoirement, les représentants de la Grande-Bretagne, de la France, de l'Italie et de la Roumanie feront seuls partie de cette Commission.

Article 347.

A partir du point où cesse la compétence de la Commission européenne, le réseau du Danube visée à l'article 331 sera placé sous l'administration d'une Commission internationale composée comme suit:

b) specify the extent of the Commission's powers, particularly in regard to the execution of works of maintenance, control, and improvement on the river system, the financial régime, the fixing and collection of charges, and regulations for navigation.

c) define the section of the river or its tributaries to which the international régime shall be applied.

Article 345.

The international agreements and regulations at present governing the navigation of the Elbe (*Labe*), the Oder (*Odra*), and the Niemen (*Russstrom-Memel-Niemen*) shall be provisionally maintained in force until the ratification of the above-mentioned projects. Nevertheless, in all cases where such agreements and regulations in force are conflict with the provisions of Articles 332 to 337 above, or of the General Convention to be concluded, the latter provisions shall prevail.

3) *Special Clauses relating to the Danube.*

Article 346.

The European Commision of the Danube reassumes the powers it possessed before the war. Nevertheless, as a provisional measure, only representatives of Great Britain, France, Italy and Roumania shall constitute this Commission.

Article 347.

From the point where the competence of the European Commission ceases, the Danube system referred to in Article 331 shall be placed under the administration of an International Commission composed as follows:

2 représentants des Etats allemands riverains;
1 représentant de chacun des autres Etats riverains;
1 représentant de chacun des Etats non-riverains représentés à l'avenir à la Commission européenne du Danube.

Si quelques uns de ces représentants ne peuvent être désignés au moment de la mise en vigueur du présent Traité, les décisions de la Commission seront néanmoins valables.

Article 348.

La Commission internationale prévue à l'article précédent se réunira aussitôt que possible après la mise en vigueur du présent Traité et assumera provisoirement l'administration du fleuve en conformité des dispositions des articles 332 à 337, jusqu'à ce qu'un statut définitif du Danube soit établi par les Puissances désignées par les Puissances alliées et associées.

Article 349.

L'Allemagne s'engage à agréer le régime qui sera établi pour le Danube par une Conférence des Puissances désignées par les Puissances alliées et associées; cette Conférence, à laquelle des représentants de l'Allemagne pourront être présents, se réunira dans le délai d'un an après la mise en vigueur du présent Traité.

Article 350.

Il est mis fin au mandat donné par l'article 57 du Traité de Berlin du 13 juillet 1878*) à l'Autriche-Hongrie, et cédé par celle-ci à la Hongrie, pour l'exécution des travaux aux Portes-de-Fer. La Commission

2 representatives of German riparian States;
1 representative of each other riparian State;
1 representative of each non-riparian State represented in the future on the European Commission of the Danube.

If certain of these representatives cannot be appointed at the time of the coming into force of the present Treaty, the decisions of the Commission shall nevertheless be valid.

Article 348.

The International Commission provided for in the preceding Article shall meet as soon as possible after the coming into force of the present Treaty, and shall undertake provisionally the administration of the river in conformity with the provisions of Articles 332 to 337, until such time as a definitive statute regarding the Danube is concluded by the Powers nominated by the Allied and Associated Powers.

Article 349.

Germany agrees to accept the régime which shall be laid down for the Danube by a Conference of the Powers nominated by the Allied and Associated Powers, which shall meet within one year after the coming into force of the present Treaty, and at which German representatives may be present.

Article 350.

The mandate given by Article 57 of the Treaty of Berlin of July 13, 1878*), to Austria-Hungary, and transferred by her to Hungary, to carry out works at lhe Iron Gates, is abrogated. The Commission entrusted

*) V. **N. R. G.** 2. s. III, p. 449.

chargée de l'administration de cette partie du fleuve statuera sur le règlement des comptes, sous réserve des dispositions financières du présent Traité. Les taxes qui pourraient être nécessaires ne seront, en aucun cas, perçues par la Hongrie.

Article 351.

Au cas où l'Etat tchéco-slovaque, l'Etat Serbe-Croate-Slovène ou la Roumanie entreprendraient, après autorisation ou sur mandat de la Commission internationale, des travaux d'aménagement, d'amélioration, de barrage ou autres sur une section du réseau fluvial formant frontière, ces Etats jouiraient sur la rive opposée, ainsi que sur la partie du lit située hors de leur territoire, de toutes les facilités nécessaires pour procéder aux études, à l'exécution et à l'entretien de ces travaux.

Article 352.

L'Allemagne sera tenue, vis-à-vis de la Commission européenne du Danube, à toutes restitutions, réparations et indemnités pour les dommages subis pendant la guerre par cette Commission.

Article 353.

Dans le cas de la construction d'une voie navigable à grande section Rhin-Danube, l'Allemagne s'engage à appliquer à ladite voie navigable le régime prévu aux articles 332 à 338.

Chapitre IV.

Clauses relatives au Rhin et à la moselle.

Article 354.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, la Convention de Mannheim

with the administration of this part of the river shall lay down provisions for the settlement of accounts subject to the financial provisions of the present Treaty. Charges which may be necessary shall in no case be levied by Hungary.

Article 351.

Should the Czecho-Slovak State, the Serb-Croat-Slovene State or Roumania, with the authorisation of or under mandate from the International Commission, undertake maintenance, improvement, weir, or other works on a part of the river system which forms a frontier, these States shall enjoy on the opposite bank, and also on the part of the bed which is outside their territory, all necessary facilities for the survey, execution and maintenance of such works.

Article 352.

Germany shall be obliged to make to the European Commission of the Danube all restitutions, reparations and indemnities for damages inflicted on the Commission during the war.

Article 353.

Should a deep-draught Rhine-Danube navigable waterway be constructed, Germany undertakes to apply thereto the régime prescribed in Articles 332 to 338.

Chapter IV.

Clauses relating to the Rhine and the moselle.

Article 354.

As from the coming into force of the present Treaty, the Convention

du 17 octobre 1868,*) y compris son protocole de clôture, continuera à régler la navigation du Rhin, dans les conditions fixées ci-après.

Au cas d'opposition entre certaines des dispositions de ladite Convention et les dispositions de la Convention générale visée à l'article 338 ci-dessus, qui s'appliquera au Rhin, les dispositions de la Convention générale prévaudront.

Dans un délai maximum de six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, la Commission centrale visée à l'article 355 se réunira pour établir un projet de revision de la Convention de Mannheim. Ce projet devra être rédigé en conformité des dispositions de la Convention générale, si elle est intervenue à cette date, et sera soumis aux Puissances représentées à la Commission centrale.

L'Allemagne déclare donner, dès à présent, son adhésion au projet qui sera établi de la manière indiquée ci-dessus.

En outre, les modifications visées dans les articles suivants seront immédiatement apportées à la Convention de Mannheim.

Les Puissances alliées et associées se réservent le droit de s'entendre à cet égard avec les Pays-Bas. L'Allemagne s'engage, dès à présent, si elle en est requise, à donner son adhésion à tout accord de cette nature.

Article 355.

La Commission centrale, prévue par la Convention de Mannheim, comprendra 19 membres, savoir:

2 représentants des Pays-Bas;

of Mannheim of October 17, 1868,*) together with the Final Protocol thereof, shall continue to govern navigation on the Rhine, subject to the conditions hereinafter laid down.

In the event of any provisions of the said Convention being in conflict with those laid down by the General Convention referred to in Article 338 (which shall apply to the Rhine) the provisions of the General Convention shall prevail.

Within a maximum period of six months from the coming into force of the present Treaty, the Central Commission referred to in Article 355 shall meet to draw up a project of revision of the Convention of Mannheim. This project shall be drawn up in harmony with the provisions of the General Convention referred to above, should this have been concluded by that time, and shall be submitted to the Powers represented on the Central Commission. Germany hereby agrees to adhere to the project so drawn up.

Further, the modifications set out in the following Articles shall immediately be made in the Convention of Mannheim.

The Allied and Associated Powers reserve to themselves the right to arrive at an understanding in this connection with Holland, and Germany hereby agrees to acceed if required to any such understanding.

Article 355.

The Central Commission provided for in the Convention of Mannheim shall consist of nineteen members, viz.:

2 representatives of the Netherlands;

*) V. **N. R. G.** XX, p. 355.

2 représentants de la Suisse;
4 représentants des Etats allemands riverains du fleuve;
4 représentants de la France, qui nommera en plus le Président de la Commission;
2 représentants de la Grande-Bretagne;
2 représentants de l'Italie;
2 représentants de la Belgique.

Le siège de la Commission centrale sera fixé à Strasbourg.

Quel que soit le nombre des membres présents, chaque Delégation aura droit à un nombre de voix égal au nombre des représentants qui lui est accordé.

Si un certain nombre de ces representants ne peuvent être désignes au moment de la mise en vigueur du présent Traité, les décisions de la Commission seront néanmoins valables.

Article 356.

Les bateaux de toutes les nations et leurs chargements jouiront de tous les droits et privilèges accordes aux bateaux appartenant à la navigation du Rhin et à leurs chargements.

Aucune des dispositions contenues dans les articles 15 à 20 et 26 de la Convention de Mannheim précitée, dans l'article 4 du Protocole de clôture, ou dans les Conventions ultérieures, ne fera obstacle à la libre navigation des bateaux et équipages de toute nationalité sur le Rhin et sur les voies d'eau auxquelles s'appliquent lesdites Conventions, sous réserve de l'observation des règlements édictés par la Commission centrale, en ce qui concerne le pilotage, et des autres mesures de police.

Les dispositions de l'article 22 de la Convention de Mannheim, et de l'article 5 du Protocole de clôture,

2 representatives of Switzerland;
4 representatives of German riparian States;
4 representatives of France, which in addition shall appoint the President of the Commission;
2 representatives of Great Britain;
2 representatives of Italy;
2 representatives of Belgium.

The headquarters of the Central Commission shall be at Strasburg.

Whatever be the number of members present, each Delegation shall have the right to record a number of votes equal to the number of representatives allotted to it.

If certain of these representatives cannot be appointed at the time of the coming into force of the present Treaty, the decisions of the Commission shall nevertheless be valid.

Article 356.

Vessels of all nations, and their cargoes, shall have the same rights and privileges as those which are granted to vessels belonging to the Rhine navigation, and to their cargoes.

None of the provisions contained in Articles 15 to 20 and 26 of the above-mentioned Convention of Mannheim, in Article 4 of the Final Protocol thereof, or in later Conventions, shall impede the free navigation of vessels and crews of all nations on the Rhine and on waterways to which such Conventions apply, subject to compliance with the regulations concerning pilotage and other police measures drawn up by the Central Commission.

The provisions of Article 22 of the Convention of Mannheim and of Article 5 of the Final Protocol there-

seront appliquées aux seuls bateaux enregistrés sur le Rhin. La Commission centrale déterminera les mesures à prendre pour vérifier que les autres bateaux satisfont aux prescriptions du règlement général applicable à la navigation du Rhin.

Article 357.

Dans le délai maximum de trois mois à dater de la notification qui lui en sera faite, l'Allemagne cèdera à la France soit des remorqueurs et bateaux, prélevés sur ceux qui resteront immatriculés dans les ports allemands du Rhin après les prélèvements à opérer à titre de restitution ou de réparation, soit des parts d'intérêts dans les Sociétés allemandes de navigation sur le Rhin.

En cas de cession de bateaux et remorqueurs, ceux-ci, munis de leurs agrès et apparaux, devront être en bon état, capables d'assurer le trafic commercial sur le Rhin et choisis parmi les plus recemment construits.

Les mêmes règles seront applicables en ce qui concerne la cession par l'Allemagne à la France:

1° des installations, postes de stationnement, terre-pleins, docks, magasins, outillages, etc., que les nationaux allemands ou les sociétés allemandes possédaient dans le port de Rotterdam au 1er août 1914;

2° des participations ou intérêts que l'Allemagne ou ses nationaux avaient, à la même date, dans lesdites installations.

Le montant et le détail de ces cessions seront déterminés, eu égard aux besoins légitimes des parties intéressées, par un ou plusieurs arbitres désignés par les Etats-Unis d'Amé-

of shall be applied only to vessels registered on the Rhine. The Central Commission shall decide on the steps to be taken to ensure that other vessels satisfy the conditions of the general regulations applying to navigation on the Rhine.

Article 357.

Within a maximum period of three months from the date on which notification shall be given Germany shall cede to France tugs and vessels, from among those remaining registered in German Rhine ports after the deduction of those surrendered by way of restitution or reparation, or shares in German Rhine navigation companies.

When vessels and tugs are ceded, such vessels and tugs, together with their fittings and gear, shall be in good state of repair, shall be in condition to carry on commercial traffic on the Rhine, and shall be selected from among those most recently built.

The same procedure shall be followed in the matter of the cession by Germany to France of:

1) the installations, berthing and anchorage accommodation, platforms, docks, warehouses, plant, etc., which German subjects or German companies owned on August 1, 1914, in the port af Rotterdam, and

2) the shares or interests which Germany or German nationals possessed in such installations at the same date.

The amount and specifications of such cessions shall be determined within one year of the coming into force of the present Treaty by an arbitrator or arbitrators appointed

rique, dans le délai d'un an après la mise en vigueur du présent Traité.

Les cessions prévues au présent article donneront lieu à une indemnité, dont le montant global, fixé forfaitairement par l'arbitre ou les arbitres, ne pourra, en aucun cas, dépasser la valeur du capital de premier établissement du matériel et des installations cédés, et sera imputable sur le montant des sommes dues par l'Allemagne; il appartiendra à l'Allemagne d'indemniser les propriétaires.

Article 358.

Moyennant l'obligation de se conformer aux stipulations de la Convention de Mannheim, ou de celle qui lui sera substituée, ainsi qu'aux stipulations du présent Traité, la France aura, sur tout le cours du Rhin compris entre les points limites de ses frontières:

a) le droit de prélever l'eau sur le débit du Rhin, pour l'alimentation des canaux de navigation et d'irrigation construits ou à construire, ou pour tout autre but, ainsi que d'exécuter sur la rive allemande tous les travaux nécessaires pour l'exercice de ce droit;

b) le droit exclusif à l'énergie produite par l'aménagement du fleuve, sous réserve du payement à l'Allemagne de la moitié de la valeur de l'énergie effectivement produite; ce payement sera effectué, soit en argent, soit en énergie, et le montant calculé, en tenant compte du coût des travaux neces-

by the United States of America, due regard being had to the legitimate needs of the parties concerned.

The cessions provided for in the present Article shall entail a credit of which the total amount, settled in a lump sum by the arbitrator or arbitrators mentioned above, shall not in any case exceed the value of the capital expended in the initial establishment of the ceded material and installations, and shall be set off against the total sums due from Germany; in consequence, the indemnification of the proprietors shall be a matter for Germany to deal with.

Article 358.

Subject to the obligation to comply with the provisions of the Convention of Mannheim or of the Convention which may be substituted therefore, and to the stipulations of the present Treaty, France shall have on the whole course of the Rhine included between the two extreme points of the French frontiers;

a) the right to take water from the Rhine to feed navigation and irrigation canals (constructed or to be constructed) or for any other purpose, and to execute on the German bank all works necessary for the exercise of this right;

b) the exclusive right to the power derived from works of regulation on the river, subject to the payment to Germany of the value of half the power actually produced, this payment, which will take into account the cost of the works necessary for producing the power, being made either

saires pour la production de l'énergie, en sera déterminé, à défaut d'accord, par voie d'arbitrage. A cet effet, la France aura seule le droit d'exécuter, dans cette partie du fleuve, tous les travaux d'aménagement, de barrages ou autres, qu'elle jugera utiles pour la production de l'énergie. Le droit de prélever l'eau sur le débit du Rhin est reconnu de même à la Belgique pour l'alimentation de la voie navigable Rhin-Meuse prévue ci-dessous.

L'exercice des droits mentionnés sous les paragraphes a) et b) du présent article ne devra ni nuire à la navigabilité, ni réduire les facilités de la navigation, soit dans le lit du Rhin, soit dans les dérivations qui y seraient substituées, ni entraîner une augmentation des taxes perçues jusqu'alors par application de la Convention en vigueur. Tous les projets de travaux seront communiqués à la Commission centrale, pour lui permettre de s'assurer que ces conditions sont remplies.

Pour assurer la bonne et loyale exécution des dispositions contenues dans les paragraphes a) et b) ci-dessus, l'Allemagne:

1° s'interdit d'entreprendre ou d'autoriser la construction d'aucun canal latéral, ni d'aucune dérivation sur la rive droite du fleuve vis-à-vis des frontières françaises;

2° reconnaît à la France le droit d'appui et de passage sur tous les terrains situés sur la rive droite qui seront nécessaires aux études, a l'établissement et à l'exploitation des barrages que la France, avec l'adhésion de la Commission centrale, pourra ultérieurement décider de construire.

in money or in power and in default of agreement being determined by arbitration. For this purpose France alone shall have the right to carry out in this part of the river all works of regulation (weirs or other works) which she may consider necessary for the production of power. Similary, the right of taking water from the Rhine is accorded to Belgium to feed the Rhine-Meuse navigable waterway provided for below.

The exercise of the rights mentioned under a) and b) of the present Article shall not interfere with navigability nor reduce the facilities for navigation, either in the bed of the Rhine or in the derivations which may be substituted therefor, nor shall it involve any increase in the tolls formerly levied under the Convention in force. All proposed schemes shall be laid before the Central Commission in order that that Commission may assure itself that these conditions are complied with.

To ensure the proper and faithful execution of the provisions contained in a) and b) above, Germany:

1) binds herself not to undertake or to allow the construction of any lateral canal or any derivation on the right bank of the river opposite the French frontiers;

2) recognises the possession by France of the right of support on and the right of way over all lands situated on the right bank which may be required in order to survey, to build, and to operate weirs which France, with the consent of the Central Commission, may subsequently

En conformité de cette adhésion, la France aura qualité pour déterminer et délimiter les emplacements nécessaires, et pourra occuper les terrains à l'expiration d'un délai de deux mois après simple notification, moyennant le payement par elle à l'Allemagne d'indemnités dont le montant global sera fixé par la Commission centrale. Il appartiendra à l'Allemagne d'indemniser les propriétaires des fonds grevés de ces servitudes ou définitivement occupés par les travaux.

Si la Suisse en fait la demande et si la Commission centrale y donne son approbation, les mêmes droits lui seront accordés pour la partie du fleuve formant sa frontière avec les autres Etats riverains;

3° Remettra au Gouvernement français, dans le mois qui suivra la mise en vigueur du présent Traité, tous plans, études, projets de concessions et de cahiers de charges, concernant l'aménagement du Rhin pour quelque usage que ce soit, établis ou reçus par le Gouvernement d'Alsace-Lorraine ou par celui du Grand-Duché de Bade.

Article 359.

Dans les sections du Rhin formant frontière entre la France et l'Allemagne, et sous réserve des stipulations qui précèdent, aucun travail dans le lit ou sur l'une ou l'autre berge du fleuve ne pourra être exécuté sans l'approbation préalable de la Commission centrale ou de ses délégués.

Article 360.

La France se réserve la faculté de se substituer aux droits et obligations résultant des accords intervenus entre

decide to establish. In accordance with such consent France shall be entitled to decide upon and fix the limits of the necessary sites, and she shall be permitted to occupy such lands after a period of two months after simple notification, subject to the payment by her to Germany of indemnities of which the total amount shall be fixed by the Central Commission. Germany shall make it her business to indemnify the proprietors whose property will be burdened with such servitudes or permanently occupied by the works.

Should Switzerland so demand, and if the Central Commission approves, the same rights shall be accorded to Switzerland for the part of the river forming her frontier with other riparian States.

3) shall hand over to the French Government, during the month following the coming into force of the present Treaty, all projects, designs, drafts of concessions and of specifications concerning the regulation of the Rhine for any purpose whatever which have been drawn up or received by the Governments of Alsace-Lorraine or of the Grand Duchy of Baden.

Article 359.

Subject to the preceding provisions, no works shall be carried out in the bed or on either bank of the Rhine where it forms the boundary of France and Germany without the previous approval of the Central Commission or of its agents.

Article 360.

France reserves the option of substituting herself as regards the rights and obligations resulting from agree-

le Gouvernement de l'Alsace-Lorraine et le Grand-Duché de Bade pour les travaux à exécuter sur le Rhin; elle pourra aussi dénoncer ces accords dans un délai de cinq ans à dater de la mise en vigueur du présent Traité.

La France aura également la faculté de faire exécuter les travaux, qui seraient reconnus nécessaires par la Commission centrale, pour le maintien ou l'amélioration de la navigabilité du Rhin, en amont de Mannheim.

Article 361.

Au cas où, dans un délai de vingt-cinq années à dater de la mise en vigueur du présent Traité, la Belgique déciderait de créer une voie navigable à grande section Rhin-Meuse, à la hauteur de Ruhrort, l'Allemagne serait tenue de construire, d'après les plans qui lui seraient communiqués par le Gouvernement belge et après approbation par la Commission centrale, la portion de cette voie navigable située sur son territoire.

Le Gouvernement belge aura, en pareil cas, le droit de procéder sur le terrain à toutes les études nécessaires.

Faute par l'Allemagne d'exécuter tout ou partie des travaux, la Commission centrale aura qualité pour les faire exécuter en ses lieu et place; à cet effet, elle pourra déterminer et délimiter les emplacements nécessaires, et occuper les terrains, à l'expiration d'un délai de deux mois après simple notification, moyennant les indemnités qu'elle fixera, et qui seront payées par l'Allemagne.

Cette voie navigable sera placée sous le même régime administratif que le Rhin lui-même, et la répar-

ments arrived at between the Government of Alsace-Lorraine and the Grand Duchy of Baden concerning the works to be carried out on the Rhine: she may also denounce such agreements within a term of five years dating from the coming into force of the present Treaty.

France shall also have the option of causing works to be carried out which may be recognised as necessary by the Central Commission for the upkeep or improvement of the navigability of the Rhine above Mannheim.

Article 361.

Should Belgium, within a period of 25 years from the coming into force of the present Treaty decide to create a deep-draught Rhine-Meuse navigable waterway, in the region of Ruhrort, Germany shall be bound to construct, in accordance with plans to be communicated to her by the Belgian Government, after agreement with the Central Commission, the portion of this navigable waterway situated within her territory.

The Belgian Government shall, for this purpose, have the right to carry out on the ground all necessary surveys.

Should Germany fail to carry out all or part of these works, the Central Commission shall be entitled to carry them out instead; and, for this purpose, the Commission may decide upon and fix the limits of the necessary sites and occupy the ground after a period of two months after simple notification, subject to the payment of indemnities to be fixed by it and paid by Germany.

This navigable waterway shall be placed under the same administrative régime as the Rhine itself, and the

tition entre les Etats traversés des frais de premier établissement, y compris les indemnités ci-dessus, sera faite par les soins de la Commission centrale.

Article 362.

L'Allemagne s'engage dès à présent à ne faire aucune objection à toutes propositions de la Commission centrale du Rhin tendant à étendre sa juridiction:

1° à la Moselle, depuis la frontière franco-luxembourgeoise jusqu'au Rhin, sous réserve de l'assentiment du Luxembourg;

2° au Rhin, en amont de Bâle jusqu'au lac de Constance, sous réserve de l'assentiment de la Suisse;

3° aux canaux latéraux et chenaux qui seraient établis, soit pour doubler ou améliorer des sections naturellement navigables du Rhin ou de la Moselle, soit pour réunir deux sections naturellement navigables de ces cours d'eau, ainsi qu'à tous autres éléments du réseau fluvial rhénan, qui pourraient être compris dans la Convention générale prévue à l'article 338 ci-dessus.

Chapitre V.

Clauses donnant à l'Etat tchéco-slovaque l'usage de ports du nord.

Article 363.

Dans les ports de Hambourg et de Stettin, l'Allemagne donnera à bail à l'Etat tchéco-slovaque, pour une période de 99 ans, des espaces qui seront placés sous le régime général des zones franches, et qui seront affectés au transit direct des marchandises en provenance ou à destination de cet Etat.

division of the cost of initial construction, including the above indemnities, among the States crossed thereby shall be made by the Central Commission.

Article 362.

Germany hereby agrees to offer no objection to any proposals of the Central Rhine Commission for extending its jurisdiction:

1) to the Moselle below the Franco-Luxemburg frontier down to the Rhine, subject to the consent of Luxemburg;

2) to the Rhine above Basle up to the Lake of Constance, subject to the consent of Switzerland;

3) to the lateral canals and channels which may be established either to duplicate or to improve naturally navigable sections of the Rhine or the Moselle, or to connect two naturally navigable sections of these rivers, and also any other parts of the Rhine river system which may be covered by the General Convention provided for in Article 338 above.

Chapter V.

Clauses giving to the Czecho-Slovak State the use of northern ports.

Article 363.

In the ports of Hamburg and Stettin Germany shall lease to the Czecho-Slovak State, for a period of 99 years, areas, which shall be placed under the general régime of free zones, and shall be used for the direct transit of goods coming from or going to that State.

Article 364.

La délimitation de ces espaces, leur aménagement, leur mode d'exploitation et, en général, toutes les conditions de leur utilisation, y compris le prix de leur location, seront fixés par une Commission composée de: un délégué de l'Allemagne, un délégué de l'Etat tchéco-slovaque et un délégué de la Grande-Bretagne. Ces conditions pourront être revisées tous les dix ans dans les mêmes formes.

L'Allemagne déclare par avance agréer les décisions qui seront ainsi prises.

Section III.

Chemins de fer.

Chapitre I.

Clauses relatives aux transports internationaux.

Article 365.

Les marchandises en provenance des territoires des Puissances alliées et associées et à destination de l'Allemagne, ainsi que les marchandises en transit par l'Allemagne et en provenance ou à destination des territoires des Puissances alliées et associées, bénéficieront de plein droit sur les chemins de fer allemands, au point de vue des taxes à percevoir (compte tenu de toutes ristournes et primes), des facilités et à tous autres égards, du régime le plus favorable appliqué aux marchandises de même nature transportées sur une quelconque des lignes allemandes, soit en trafic intérieur, soit à l'exportation, à l'importation ou en transit, dans des conditions semblables de transport, notamment au point de vue de la longueur du parcours. La même règle sera appliquée, sur la demande d'une ou plusieurs Puissances alliées ou

Article 364.

The delimitation of these areas, and their equipment, their exploitation, and in general all conditions for their utilisation, including the amount of the rental, shall be decided by a Commission consisting of one Delegate of Germany, one Delegate of the Czecho-Slovak State and one Delegate of Great Britain. These conditions shall be susceptible of revision every ten years in the same manner. Germany declares in advance that she will adhere to the decisions so taken.

Section III.

Railways.

Chapter I.

Clauses relating to international transport.

Article 365.

Goods coming from the territories of the Allied and Associated Powers, and going to Germany, or in transit through Germany from or to the territories of the Allied and Associated Powers, shall enjoy on the German railways as regards charges to be collected (rebates and drawbacks being taken into account) facilities, and all other matters, the most favourable treatment applied to goods of the same kind carried on any German lines, either in internal traffic, or for export, import or in transit, under similar conditions of transport, for example as regards length of route. The same rule shall be applied, on the request of one or more of the Allied and Associated Powers, to goods, specially designated by such Power or Powers coming from Germany and going to their territories.

associées, aux marchandises nommément désignées par ces Puissances, en provenance de l'Allemagne et à destination de leurs territoires.

Des tarifs internationaux, établis d'après les taux prévus à l'alinéa précédent et comportant des lettres de voiture directes, devront être créés lorsqu'une des Puissances alliées et associées le requerra de l'Allemagne.

International tariffs established in accordance with the rates referred to in the preceding paragraph and involving through way-bills shall be established when one of the Allied and Associated Powers shall require it from Germany.

Article 366.

A partir de la mise en vigueur du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes renouvelleront, en ce qui les concerne et sous les réserves indiquées au second paragraphe du présent article, les conventions et arrangements signés à Berne le 14 octobre 1890, le 20 septembre 1893, le 16 juillet 1895, le 16 juin 1898 et le 19 septembre 1906, sur le transport des marchandises par voies ferrées.*)

Si, dans un délai de cinq ans après la mise en vigueur du présent Traité, une nouvelle convention pour le transport par chemin de fer des voyageurs, des bagages et des marchandises est conclue pour remplacer la Convention de Berne du 14 octobre 1890 et les additions subséquentes visées ci-dessus, cette nouvelle convention, ainsi que les conditions complémentaires régissant le transport international par voie ferrée qui pourront être basées sur elle, lieront l'Allemagne même si cette Puissance refuse de prendre part à la préparation de la convention ou d'y adhérer. Jusqu'à la conclusion d'une nouvelle convention, l'Allemagne se conformera aux dispositions de la Convention de Berne et aux additions

Article 366.

From the coming into force of the present Treaty the High Contracting Parties shall renew, in so far as concerns them and under the reserves indicated in the second paragraph of the present Article, the conventions and arrangements signed at Berne on October 14, 1890, September 20, 1893, July 16, 1895, June 16, 1898, and September 19, 1906, regarding the transportation of goods by rail.*)

If within five years from the date of the coming into force of the present Treaty a new convention for the transportation of passengers, luggage and goods by rail shall have been concluded to replace the Berne Convention of October 14, 1890, and the subsequent additions referred to above, this new convention and the supplementary provisions for international transport by rail which may be based on it shall bind Germany, even if she shall have refused to take part in the preparation of the convention or to subscribe to it. Until a new convention shall have been concluded, Germany shall conform to the provisions of the Berne Convention and the subsequent additions referred to

*) V. **N. R. G.** 2. s. XIX, p. 289; XXII, p. 517; XXIV, p. 562; XXX, p. 184; 3. s. III, p. 920.

subséquentes visées ci-dessus, ainsi qu'aux conditions complémentaires.

Article 367.

L'Allemagne sera tenue de coopérer à l'établissement des services avec billets directs pour les voyageurs et leurs bagages, qui lui seront demandés par une ou plusieurs des Puissances alliées et associées pour assurer, par chemin de fer, les relations de ces Puissances entre elles ou avec tous autres pays, en transit à travers le territoire allemand; l'Allemagne devra notamment recevoir, à cet effet, les trains et les voitures en provenance des territoires des Puissances alliées et associées et les acheminer avec une célérité au moins égale à celle de ses meilleurs trains à long parcours sur les mêmes lignes. En aucun cas, les prix applicables à ces services directs ne seront supérieurs aux prix perçus, sur le même parcours, pour les services intérieurs allemands, effectués dans les mêmes conditions de vitesse et de confort.

Les tarifs applicables, dans les mêmes conditions de vitesse et de confort, au transport des émigrants sur les chemins de fer allemands à destination ou en provenance des ports des Puissances alliées et associées, ne pourront jamais ressortir à une taxe kilométrique supérieure à celle des tarifs les plus favorables, compte tenu de toutes primes ou ristournes, dont bénéficieraient, sur lesdits chemins de fer, les émigrants à destination ou en provenance d'autres ports quelconques.

Article 368.

L'Allemagne s'engage à n'adopter aucune mesure technique, fiscale ou administrative, telle que la visite en

above, and to the current supplementary provisions.

Article 367.

Germany shall be bound to cooperate in the establishment of through ticket services (for passengers and their luggage) which shall be required by any of the Allied and Associated Powers to ensure their communication by rail with each other and with all other countries by transit across the territories of Germany; in particular Germany shall, for this purpose, accept trains and carriages coming from the territories of the Allied and Associated Powers and shall forward them with a speed at least equal to that of her best long-distance trains on the same lines. The rates applicable to such through services shall not in any case be higher than the rates collected on German internal services for the same distance, under the same conditions of speed and comfort.

The tariffs applicable under the same conditions of speed and comfort to the transportation of emigrants going to or coming from ports of the Allied and Associated Powers, and using the German railways, shall not be at a higher kilometric rate than the most favourable tariffs (drawbacks and rebates being taken into account) enjoyed on the said railways by emigrants going to or coming from any other ports.

Article 368.

Germany shall not apply specially to such through services, or to the transportation of emigrants going to

douane, les mesures de police générale, de police sanitaire ou de contrôle, qui serait spéciale aux services directs prévus à l'article précédent ou aux transports d'emigrants, à destination ou en provenance des ports des Puissances alliées et associées, et qui aurait pour effet d'entraver ou de retarder ces services.

Article 369.

En cas de transport, partie par chemin de fer et partie par navigation intérieure, avec ou sans lettre de voiture directe, les stipulations qui précèdent seront applicables à la partie du trajet effectuée par chemin de fer.

Chapitre II.

Matériel roulant.

Article 370.

L'Allemagne s'engage à ce que les wagons allemands soient munis de dispositifs permettant:

1⁰ de les introduire dans les trains de marchandises circulant sur les lignes de celles des Puissances alliées et associées qui sont parties à la Convention de Berne du 15 mai 1886, modifiée le 18 mai 1907,*) sans entraver le fonctionnement du frein continu qui pourrait, dans les dix ans qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, être adopté dans ces pays;

2⁰ d'introduire les wagons de ces Puissances dans tous les trains de marchandises circulant sur les lignes allemandes.

Le matériel roulant des Puissances alliées et associées jouira, sur les lignes allemandes, du même traitement que le matériel allemand en ce qui concerne la circulation, l'entretien et les réparations.

*) V. N. R. G. 3. s. II, p. 888.

or coming from the ports of the Allied and Associated Powers, any technical, fiscal or administrative measures, such as measures of customs examination, general police, sanitary police, and control, the result of which would be to impede or delay such services.

Article 369.

In case of transport partly by rail and partly by internal navigation, with or without through way-bill, the preceding Articles shall apply to the part of the journey performed by rail.

Chapter II.

Rolling-Stock.

Article 370.

Germany undertakes that German wagons shall be fitted with apparatus allowing:

1) of their inclusion in goods trains on the lines of such of the Allied and Associated Powers as are parties to the Berne Convention of May 15, 1886, as modified on May 18, 1907,*) without hampering the action of the continuous brake which may be adopted in such countries within ten years of the coming into force of the present Treaty and

2) of the acceptance of wagons of such countries in all goods trains on the German lines.

The rolling stock of the Allied and Associated Powers shall enjoy on the German lines the same treatment as German rolling stock as regards movement, upkeep and repairs.

Chapitre III.

Cession de lignes de chemins de fer.

Article 371.

Sous réserve de stipulations particulières, relatives à la cession des ports, voies d'eau et voies ferrées situés dans les territoires sur lesquels l'Allemagne cède sa souveraineté, ainsi que des dispositions financières concernant les concessionnaires et le service des pensions de retraite du personnel, la cession des voies ferrées aura lieu dans les conditions suivantes:

1° Les ouvrages et installations de toutes les voies ferrées seront livrés au complet et en bon état.

2° Lorsqu'un réseau ayant un matériel roulant à lui propre sera cédé en entier par l'Allemagne à une des Puissances alliées et associées, ce matériel sera remis au complet, d'après le dernier inventaire au 11 novembre 1918, et en état normal d'entretien.

3° Pour les lignes n'ayant pas un matériel roulant spécial, la fraction à livrer du matériel existant sur le réseau, auquel ces lignes appartiennent, sera déterminée par des Commissions d'experts désignés par les Puissances alliées et associées, et dans lesquelles l'Allemagne sera représentée. Ces Commissions devront prendre en considération l'importance du matériel immatriculé sur ces lignes, d'après le dernier inventaire au 11 novembre 1918, la longueur des voies, y compris les voies de service, la nature et l'importance du trafic. Elles désigneront également les locomotives, voitures et wagons à céder dans chaque cas, fixeront les conditions de leur réception et règleront les arrangements

Chapter III.

Cessions of railway lines.

Article 371.

Subject to any special provisions concerning the cession of ports, waterways and railways situated in the territories over which Germany abandons her sovereignty, and to the financial conditions relating to the concessionnaires and the pensioning of the personnel, the cession of railways will take place under the following conditions:

1. The works and installations of all the railroads shall be handed over complete and in good condition.

2. When a railway system, possessing its own rolling-stock, is handed over in its entirety by Germany to one of the Allied and Associated Powers, such stock shall be handed over complete, in accordance with the last inventory before November 11, 1918, and in a normal state of upkeep.

3. As regards lines without any special rolling-stock, Commissions of experts designated by the Allied and Associated Powers, on which Germany shall be represented, shall fix the proportion of the stock existing on the system to which those lines belong to be handed over. These Commissions shall have regard to the amount of the material registered on these lines in the last inventory before November 11, 1918, the length of track (sidings included), and the nature and amount of the traffic. These Commissions shall also specify the locomotives, carriages and wagons to be handed over in each case; they shall decide upon the conditions of their acceptance, and shall make the

provisoires nécessaires pour assurer leur réparation dans les ateliers allemands.

4° Les approvisionnements, le mobilier et l'outillage seront livrés dans les mêmes conditions que le matériel roulant.

Les dispositions des paragraphes 3° et 4° ci-dessus seront appliquées aux lignes de l'ancienne Pologne russe, mises par l'Allemagne à la largeur de la voie allemande, ces lignes étant assimilées à des parties détachées du réseau de l'Etat prussien.

provisional arrangements necessary to ensure their repair in German workshops.

4. Stocks of stores, fittings and plant shall be handed over under the same conditions as the rolling-stock.

The provisions of paragraphs 3 and 4 above shall be applied to the lines of former Russian Poland converted by Germany to the German gauge, such lines being regarded as detached from the Prussian State System.

Chapitre IV.

Dispositions concernant certaines lignes de chemins de fer.

Article 372.

Sous réserve des stipulations particulières contenues dans le présent Traité, lorsque, par suite du tracé des nouvelles frontières, une ligne reliant deux parties d'un même pays traversera un autre pays, ou lorsqu'une ligne d'embranchement partant d'un pays se terminera dans un autre, les conditions d'exploitation seront réglées par un arrangement conclu entre les Administrations des chemins de fer intéressées. Au cas où ces Administrations ne parviendraient pas à se mettre d'accord sur les conditions de cet arrangement, les conflits seraient tranchés par des Commissions d'experts constituées comme il est dit à l'article précédent.

Article 373.

Dans le délai de cinq ans, à compter de la mise en vigueur du présent Traité, l'Etat tchéco-slovaque pourra demander la construction d'une voie ferrée reliant, sur le territoire allemand, les stations de Schlauney et de

Chapter IV.

Provisions relating to certain railway lines.

Article 372.

When as a result of the fixing of new frontiers a railway connection between two parts of the same country crosses another country, or a branch line from one country has its terminus in another, the conditions of working, if not specifically provided for in the present Treaty, shall be laid down in a convention between the railway administrations concerned. If the administrations cannot come to an agreement as to the terms of such convention, the points of difference shall be decided by commissions of experts composed as provided in the preceding Article.

Article 373.

Within a period of five years from the coming into force of the present Treaty the Czecho-Slovak State may require the construction of a railway line in German territory between the stations of Schlauney and Nachod.

Nachod. Les frais de construction seront à la charge de l'Etat tchéco-slovaque.

Article 374.

L'Allemagne s'engage à accepter, dans le délai de dix ans à dater de la mise en vigueur du présent Traité, et sur la demande qui lui en serait faite par le Gouvernement helvétique après accord avec le Gouvernement italien, la dénonciation de la Convention internationale du 13 octobre 1909, relative au chemin de fer du Saint-Gothard.*) A défaut d'accord sur les conditions de cette dénonciation, l'Allemagne s'engage, dès à présent, à accepter la décision d'un arbitre désigné par les Etats-Unis d'Amérique.

Chapitre V.

Dispositions transitoires.

Article 375.

L'Allemagne exécutera les instructions qui lui seront données en matière de transport, par une autorité agissant au nom des Puissances alliées et associées:

1° Pour les transports de troupes effectués en exécution du présent Traité, ainsi que pour le transport du matériel, de munitions et d'approvisionnements à l'usage des armées;

2° Et provisoirement, pour le transport du ravitaillement de certaines régions, pour le rétablissement aussi rapide que possible des conditions normales des transports et pour l'organisation des services postaux et télégraphiques.

Section IV.

Jugement des litiges et revision des clauses permanentes.

Article 376.

Les différends qui pourront s'élever entre les Puissances intéressées au

The cost of construction shall be borne by the Czecho-Slovak State.

Article 374.

Germany undertakes to accept, within ten years of the coming into force of the present Treaty, on request being made by the Swiss Government after agreement with the Italian Government, the denunciation of the International Convention of October 13, 1909, relative to the St. Gothard railway.*) In the absence of agreement as to the conditions of such denunciation, Germany hereby agrees to accept the decision of an arbitrator designated by the United States of America.

Chapter V.

Transitory provisions.

Article 375.

Germany shall carry out the instructions given her, in regard to transport, by an authorised body acting on behalf of the Allied and Associated Powers:

1. For the carriage of troops under the provisions of the present Treaty, and of material, ammunition and supplies for army use:

2. As a temporary measure, for the transportation of supplies for certain regions, as well as for the restoration, as rapidly as possible, of the normal conditions of transport, and for the organisation of postal and telegraphic services.

Section IV.

Disputes and revision of permanent clauses.

Article 376.

Disputes which may arise between interested Powers with regard to the

*) V. **N. R. G.** 3. s. VIII, p. 195.

sujet de l'interprétation et de l'application des dispositions qui précèdent, seront réglés ainsi qu'il sera prévu par la Société des Nations.

Article 377.

A tout moment, la Société des Notions pourra proposer la revision de ceux des articles ci-dessus qui ont trait à un régime administratif permanent.

Article 378.

A l'expiration d'un délai de cinq ans à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les dispositions des articles 321 à 330, 332, 365, 367 à 369 pourront, à tout moment, être revisées par le Conseil de la Société des Nations.

A défaut de revision, le bénéfice d'une quelconque des stipulations contenues dans les articles énumerés ci-dessus ne pourra, à l'expiration du délai prévu au paragraphe précédent, être reclamé par une des Puissances alliées et associées en faveur d'une portion quelconque de ses territoires pour laquelle la réciprocite ne serait pas accordée. Le delai de cinq ans, pendant lequel la réciprocité ne pourra pas être exigée, pourra être prolongé par le Conseil de la Société des Nations.

Section V.

Disposition particulière.

Article 379.

Sans préjudice des obligations particulières qui lui sont imposées par le présent Traité au profit des Puissances alliées et associées, l'Allemagne s'engage à adhérer à toute Convention générale concernant le régime international du transit, des voies navigables, des ports et des voies ferrées, qui pourrait être conclue entre les Puissances alliées et associées, avec

interpretation and application of the preceding Articles shall be settled as provided by the League of Nations.

Article 377.

At any time the League of Nations may recommend the revision of such of these Articles as relate to a permanent administrative régime.

Article 378.

The stipulations in Articles 321 to 330, 332, 365, and 367 to 369 shall be subject to revision by the Council of the League of Nations at any time after five years from the coming into force of the present Treaty.

Failing such revision, no Allied or Associated Power can claim after the expiration of the above period of five years the benefit of any of the stipulations in the Articles enumerated above on behalf of any portion of its territories in which reciprocity is not accorded in respect of such stipulations. The period of five years during which reciprocity cannot be demanded may be prolonged by the Council of the League of Nations.

Section V.

Special provision.

Article 379.

Without prejudice to the special obligations imposed on her by the present Treaty for the benefit of the Allied and Associated Powers, Germany undertakes to adhere to any General Conventions regarding the international régime of transit, waterways, ports or railways which may be concluded by the Allied and Associated Powers, with the approval of

l'approbation de la Société des Nations, dans un délai de cinq années à dater de la mise en vigueur du présent Traité.

Section VI.

Clauses relatives au canal de Kiel.

Article 380.

Le canal de Kiel et ses accès seront toujours libres et ouverts sur un pied de parfaite égalité aux navires de guerre et de commerce de toutes les nations en paix avec l'Allemagne.

Article 381.

Les ressortissants, les biens et les navires et bateaux de toutes les Puissances seront, en ce qui concerne les taxes, les facilités de service et sous tous les autres rapports, traités sur le pied d'une parfaite égalité pour l'usage du canal, de telle sorte qu'aucune distinction ne soit faite, au détriment des ressortissants, des biens et des navires et bateaux d'une Puissance quelconque, entre ceux-ci et les ressortissants, les biens et les navires et bateaux de l'Allemagne ou de la nation la plus favorisée.

Il ne sera apporté à la circulation des personnes et des navires et bateaux d'autres entraves que celles résultant des dispositions relatives à la police, aux douanes, aux prescriptions sanitaires, à l'émigration ou à l'immigration, ainsi que celles concernant l'importation ou l'exportation des marchandises prohibées. Ces dispositions devront être raisonnables et uniformes et ne devront pas entraver inutilement le trafic.

Article 382.

Il ne pourra être perçu sur les navires et bateaux empruntant le

the League of Nations, within five years of the coming into force of the present Treaty.

Section VI.

Clauses relating to the Kiel Canal.

Article 380.

The Kiel Canal and its approaches shall be maintained free and open to the vessels of commerce and of war of all nations at peace with Germany on terms of entire equality.

Article 381.

The nationals, property and vessels of all Powers shall, in respect of charges, facilities, and in all other respects, be treated on a footing of perfect equality in the use of the Canal, no distinction being made to the detriment of nationals, property and vessels of any Power between them and the nationals, property and vessels of Germany or of the most favoured nation.

No impediment shall be placed on the movement of persons or vessels other than those arising out of police, customs, sanitary, emigration or immigration regulations and those relating to the import or export of prohibited goods. Such regulations must be reasonable and uniform and must not unnecessarily impede traffic.

Article 382.

Only such charges may be levied on vessels using the Canal or its

canal ou ses accès que des taxes destinées à couvrir, d'une manière équitable, les frais d'entretien de la navigabilité ou de l'amélioration du canal ou de ses accès ou à subvenir à des dépenses faites dans l'intérêt de la navigation. Le tarif en sera calculé d'après ces dépenses et affiché dans les ports.

Ces taxes seront établies de manière à ne pas rendre nécessaires un examen détaillé de la cargaison, si ce n'est lorsqu'il y aura soupçon de fraude ou de contravention.

Article 383.

Les marchandises en transit pourront être mises sous scelles ou sous la garde des agents des douanes; le chargement et le déchargement des marchandises, ainsi que l'embarquement et le débarquement des voyageurs, ne pourront s'effectuer que dans les ports désignés par l'Allemagne.

Article 384.

Sur le parcours comme sur les accès du canal de Kiel, il ne pourra être perçu de redevance d'aucune espèce autre que celles prévues dans le présent Traité.

Article 385.

L'Allemagne sera tenue de prendre les mesures convenables pour l'enlèvement des obstacles ou dangers pour la navigation et d'assurer le maintien de bonnes conditions de navigation. Elle ne devra pas entreprendre de travaux de nature à porter atteinte à la navigation sur le canal ou sur ses accès.

Article 386.

Au cas de violation d'une des dispositions des articles 380 à 386, ou en cas de désaccord sur l'inter-

approaches as are intended to cover in an equitable manner the cost of maintaining in a navigable condition, or of improving, the Canal or its approaches, or to meet expenses incurred in the interests of navigation. The schedule of such charges shall be calculated on the basis of such expenses, and shall be posted up in the ports.

These charges shall be levied in such a manner as to render any detailed examination of cargoes unnecessary, except in the case of suspected fraud or contravention.

Article 383.

Goods in transit may be placed under seal or in the custody of customs agents; the loading and unloading of goods, and the embarkation and disembarkation of passengers, shall only take place in the ports specified by Germany.

Article 384.

No charges of any kind other than those provided for in the present Treaty shall be levied along the course or at the approaches of the Kiel Canal.

Article 385.

Germany shall be bound to take suitable measures to remove any obstacle or danger to navigation, and to ensure the maintenance of good conditions of navigation. She shall not undertake any works of a nature to impede navigation on the Canal or its approaches.

Article 386.

In the event of violation of any of the conditions of Articles 380 to 386, or of disputes as to the inter-

prétation de ces articles, toute Puissance intéressée pourra faire appel à la juridiction instituée dans ce but par la Société des Nations.

Afin d'éviter de porter devant la Société des Nations des questions de peu d'importance, l'Allemagne établira à Kiel une autorité locale ayant qualité pour connaître des différends en première instance, et pour donner satisfaction, dans la mesure du possible, aux plaintes qui seraient présentées par les agents consulaires des Puissances intéressées.

Partie XIII.

Travail.

Section I.

Organisation du travail.

Attendu que la Société des Nations a pour but d'établir la paix universelle, et qu'une telle paix ne peut être fondée que sur la base de la justice sociale;

Attendu qu'il existe des conditions de travail impliquant pour un grand nombre de personnes l'injustice, la misère et les privations, ce qui engendre un tel mécontentement que la paix et l'harmonie universelles sont mises en danger, et attendu qu'il est urgent d'améliorer ces conditions: par exemple, en ce qui concerne la réglementation des heures de travail, la fixation d'une durée maxima de la journée et de la semaine de travail, le recrutement de la main-d'œuvre, la lutte contre le chômage, la garantie d'un salaire assurant des conditions d'existence convenables, la protection des travailleurs contre les maladies générales ou professionnelles et les accidents résultant du travail, la protection des enfants, des adolescents et des femmes, les pensions de vieil-

pretation of these Articles, any interested Power can appeal to the jurisdiction instituted for the purpose by the League of Nations.

In order to avoid reference of small questions to the League of Nations, Germany will establish a local authority at Kiel qualified to deal with disputes in the first instance and to give satisfaction so far as possible to complaints which may be presented through the consular representatives of the interested Powers.

Part XIII.

Labour.

Section I.

Organisation of labour.

Whereas the League of Nations has for its object the establishment of universal peace, and such a peace can be established only if it is based upon social justice;

And whereas conditions of labour exist involving such injustice, hardship and privation to large numbers of people as to produce unrest so great that the peace and harmony of the world are imperilled; and an improvement of those conditions is urgently required: as, for example, by the regulation of the hours of work, including the establishment of a maximum working day and week, the regulation of the labour supply, the prevention of unemployment, the provision of an adequate living wage, the protection of the worker against sickness, disease and injury arising out of his employment, the protection of children, young persons and women, provision for old age and injury, protection of the interests of workers when employed in countries other than their own,

lesse et d'invalidité, la défense des intérêts des travailleurs occupés à l'étranger, l'affirmation du principe de la liberté syndicale, l'organisation de l'enseignement professionnel et technique et autres mesures analogues;

Attendu que la non-adoption par une nation quelconque d'un régime de travail réellement humain fait obstacle aux efforts des autres nations désireuses d'améliorer le sort des travailleurs dans leurs propres pays;

Les *Hautes Parties Contractantes*, mues par des sentiments de justice et d'humanité aussi bien que par le désir d'assurer une paix mondiale durable, ont convenu ce qui suit:

Chapitre premier.

Organisation.

Article 387.

Il est fondé une organisation permanente chargée de travailler à la réalisation du programme exposé dans le préambule.

Les Membres originaires de la Société des Nations seront Membres originaires de cette organisation, et, désormais, la qualité de membre de la Société des Nations entraînera celle de membre de ladite organisation.

Article 388.

L'organisation permanente comprendra:

1° Une Conférence générale des représentants des membres;

2° Un bureau international du Travail sous la direction du Conseil d'administration prévu à l'article 393.

Article 389.

La Conférence générale des représentants des Membres tiendra des sessions chaque fois que besoin sera

recognition of the principle of freedom of association, the organisation of vocational and technical education and other measures;

Whereas also the failure of any nation to adopt humane conditions of labour is an obstacle in the way of other nations which desire to improve the conditions in their own countries;

The *High Contracting Parties*, moved by sentiments of justice and humanity as well as by the desire to secure the permanent peace of the world, agree to the following:

Chapiter I.

Organisation.

Article 387.

A permanent organisation is hereby established for the promotion of the objects set forth in the Preamble.

The original Members of the League of Nations shall be the original Members of this organisation, and hereafter membership of the League of Nations shall carry with it membership of the said organisation.

Article 388.

The permanent organisation shall consist of:

1) a General Conference of Representatives of the Members and,

2) an International Labour Office controlled by the Governing Body described in Article 393.

Article 389.

The meetings of the General Conference of Representatives of the Members shall be held from time to tim-

et, au moins, une fois par an. Elle sera composée de quatre représentants de chacun des Membres dont deux seront les Délégués du Gouvernement et dont les deux autres représenteront respectivement, d'une part, les employeurs, d'autre part, les travailleurs ressortissant à chacun des Membres.

Chaque Délégué pourra être accompagné par des conseillers techniques dont le nombre pourra être de deux au plus pour chacune des matières distinctes inscrites à l'ordre du jour de la session. Quand des questions intéressant spécialement des femmes doivent venir en discussion à la Conférence, une au moins parmi les personnes désignées comme conseillers techniques devra être une femme.

Les Membres s'engagent à désigner les délégués et conseillers techniques non gouvernementaux d'accord avec les organisations professionnelles les plus représentatives soit des employeurs, soit des travailleurs du pays considéré, sous la réserve que de telles organisations existent.

Les conseillers techniques ne seront autorisés à prendre la parole que sur la demande faite par le délégué auquel ils sont adjoints et avec l'autorisation spéciale du Président de la Conférence; ils ne pourront prendre part aux votes.

Un délégué peut, par une note écrite adressée au Président, désigner l'un de ses conseillers techniques comme son suppléant, et ledit suppléant, en cette qualité, pourra prendre part aux délibérations et aux votes.

Les noms des délégués et de leurs conseillers techniques seront communiqués au Bureau international du Travail par le Gouvernement de chacun des Membres.

as occasion may require, and at least once in every year. It shall be composed of four Representatives of each of the Members, of whom two shall be Government Delegates and the two others shall be Delegates representing respectively the employers and the workpeople of each of the Members.

Each Delegate may be accompanied by advisers, who shall not exceed two in number for each item on the agenda of the meeting. When questions specially affecting women are to be considered by the Conference, one at least of the advisers should be a woman.

The Members undertake to nominate non-Government Delegates and advisers chosen in agreement with the industrial organisations, if such organisations exist, which are most representative of employers or workpeople, as the case may be, in their respective countries.

Advisers shall not speak except on a request made by the Delegate whom they accompany and by the special authorization of the President of the Conference, and may not vote.

A Delegate may by notice in writing addressed to the President appoint one of his advisers to act as his deputy, and the adviser, while so acting, shall be allowed to speak and vote.

The names of the Delegates and their advisers will be communicated to the International Labour Office by the Government of each of the Members.

Les pouvoirs des délégués et de leurs conseillers techniques seront soumis à la vérification de la Conférence, laquelle pourra, par une majorité des deux-tiers des suffrages exprimés par les délégués présents, refuser d'admettre tout délégué ou tout conseiller technique qu'elle ne jugera pas avoir été désigné conformément aux termes du présent article.

Article 390.

Chaque délégué aura le droit de voter individuellement sur toutes les questions soumises aux délibérations de la Conférence.

Dans le cas où l'un des Membres n'aurait pas désigné l'un des délégués non gouvernementaux auquel il a droit, l'autre délégué non gouvernemental aura le droit de prendre part aux discussions de la Conférence, mais n'aura pas le droit de voter.

Au cas où la Conférence, en vertu des pouvoirs que lui confère l'article 389, refuserait d'admettre l'un des délégués d'un des Membres, les stipulations du présent article seront appliquées comme si ledit délégué n'avait pas été désigné.

Article 391.

Les sessions de la Conférence se tiendront au siège de la Société des Nations ou en tout autre lieu qui aura pu être fixé par la Conférence, dans une session antérieure, à la majorité des deux-tiers des suffrages exprimés par les délégués présents.

Article 392.

Le Bureau international du Travail sera établi au siège de la Société des Nations et fera partie de l'ensemble des institutions de la Société.

Article 393.

Le Bureau international du Travail sera placé sous la direction d'un Con-

The credentials of Delegates and their advisers shall be subject to scrutiny by the Conference, which may, by two-thirds of the votes cast by the Delegates present, refuse to admit any Delegate or adviser whom it deems not to have been nominated in accordance with this Article.

Article 390.

Every Delegate shall be entitled to vote individually on all matters which are taken into consideration by the Conference.

If one of the Members fails to nominate one of the non-Government Delegates whom it is entitled to nominate, the other non-Government Delegate shall be allowed to sit and speak at the Conference, but not to vote.

If in accordance with Article 389 the Conference refuses admission to a Delegate of one of the Members, the provisions of the present Article shall apply as if that Delegate had not been nominated.

Article 391.

The meetings of the Conference shall be held at the seat of the League of Nations, or at such other place as may be decided by the Conference at a previous meeting by two-thirds of the votes cast by the Delegates present.

Article 392.

The International Labour Office shall be established at the seat of the League of Nations as part of the organisation of the League.

Article 393.

The International Labour Office shall be under the control of a Gov-

seil d'administration composé de vingt-quatre personnes, lesquelles seront désignées selon les dispositions suivantes:

Le Conseil d'administration du Bureau international du Travail sera composé comme suit:

Douze personnes représentant les Gouvernements;

Six personnes élues par les délégués à la Conférence représentant les patrons;

Six personnes élues par les délégués à la Conférence représentant les employés et ouvriers.

Sur les douze personnes représentant les Gouvernements, huit seront nommées par les Membres dont l'importance industrielle est la plus considérable et quatre seront nommées par les Membres désignés à cet effet par les délégués gouvernementaux à la Conférence, exclusion faite des délégués des huit Membres susmentionnés.

Les contestations éventuelles sur la question de savoir quels sont les Membres ayant l'importance industrielle la plus considérable seront tranchées par le Conseil de la Société des Nations.

La durée du mandat des membres du Conseil d'administration sera de trois ans. La manière de pourvoir aux sièges vacants et les autres questions de même nature pourront être réglées par le Conseil d'administration sous réserve de l'approbation de la Conférence.

Le Conseil d'administration élira l'un de ses membres comme Président et établira son règlement. Il se réunira aux époques qu'il fixera lui-même. Une session spéciale devra être tenue chaque fois que dix mem-

erning Body consisting of twenty-four persons, appointed in accordance with the following provisions:

The Governing Body of the International Labour Office shall be constituted as follows:

Twelve persons representing the Governments;

Six persons elected by the Delegates to the Conference representing the employers;

Six persons elected by the Delegates to the Conference representing the workers.

Of the twelve persons representing the Governments eight shall be nominated by the Members which are of the chief industrial importance, and four shall be nominated by the Members selected for the purpose by the Government Delegates to the Conference, excluding the Delegates of the eight Members mentioned above.

Any question as to which are the Members of the chief industrial importance shall be decided by the Council of the League of Nations.

The period of office of the Members of the Governing Body will be three years. The method of filling vacancies and other similar questions may be determined by the Governing Body subject to the approval of the Conference.

The Governing Body shall, from time to time, elect one of its members to act as its Chairman, shall regulate its own procedure and shall fix its own times of meeting. A special meeting shall be held if a written

bres au moins du Conseil auront formulé une demande écrite à ce sujet.

Article 394.

Un Directeur sera placé à la tête du Bureau international du Travail; il sera désigné par le Conseil d'administration de qui il recevra ses instructions et vis-à-vis de qui sera responsable de la bonne marche du Bureau ainsi que de l'exécution de toutes autres tâches qui auront pu lui être confiées.

Le Directeur ou son suppléant assisteront à toutes les séances du Conseil d'administration.

Article 395.

Le personnel du Bureau international du Travail sera choisi par le directeur. Le choix fait devra porter, dans toute la mesure compatible avec le souci d'obtenir le meilleur rendement, sur des personnes de différentes nationalités. Un certain nombre de ces personnes devront être des femmes.

Article 396.

Les fonctions du Bureau international du Travail comprendront la centralisation et la distribution de toutes informations concernant la réglementation internationale de la condition des travailleurs et du regime du travail et, en particulier, l'étude des questions qu'il est proposé de soumettre aux discussions de la Conférence en vue de la conclusion des conventions internationales, ainsi que l'exécution de toutes enquêtes spéciales prescrites par la Conférence.

Il sera chargé de préparer l'ordre du jour des sessions de la Conférence.

Il s'acquittera, en conformité des stipulations de la présente Partie du

request to that effect is made by at least ten members of the Governing Body.

Article 394.

There shall be a Director of the International Labour Office, who shall be appointed by the Governing Body, and, subject to the instructions of the Governing Body, shall be responsible for the efficient conduct of the International Labour Office and for such other duties as may be assigned to him.

The Director or his deputy shall attend all meetings of the Governing Body.

Article 395.

The staff of the International Labour Office shall be appointed by the Director, who shall, so far as is possible with due regard to the efficiency of the work of the Office, select persons of different nationalities. A certain number of these persons shall be women.

Article 396.

The functions of the International Labour Office shall include the collection and distribution of information on all subjects relating to the international adjustment of conditions of industrial life and labour, and particularly the examination of subjects which it is proposed to bring before the Conference with a view to the conclusion of international conventions, and the conduct of such special investigations as may be ordered by the Conference.

It will prepare the agenda for the meetings of the Conference.

It will carry out the duties required of it by the provisions of this Part

présent Traité, des devoirs qui lui incombent en ce qui concerne tous différends internationaux.

Il rédigera et publiera en français, en anglais, et dans telle autre langue que le Conseil d'administration jugera convenable, un bulletin périodique consacré à l'étude des questions concernant l'industrie et le travail et présentant un intérêt international.

D'une manière générale il aura, en sus des fonctions indiquées au présent article, tous autres pouvoirs et fonctions que la Conférence jugera à propos de lui attribuer.

Article 397.

Les ministères des Membres qui s'occupent des questions ouvrières pourront communiquer directement avec le Directeur par l'intermédiaire du représentant de leur Gouvernement au Conseil d'administration du Bureau international du Travail, ou, à défaut de ce représentant, par l'intermédiaire de tel autre fonctjonnaire dûment qualifié et désigné à cet effet par le Gouvernement intéressé.

Article 398.

Le Bureau international du Travail pourra demander le concours du Secrétaire général de la Société des Nations pour toutes questions à l'occasion desquelles ce concours pourra être donné.

Article 399.

Chacun des Membres payera les frais de voyage et de séjour de ses délégués et de leurs conseillers techniques ainsi que de ses représentants prenant part aux sessions de la Conférence et du Conseil d'administration selon les cas.

Tous autres frais du Bureau international du Travail, des sessions de

of the present Treaty in connection with international disputes.

It will edit and publish in French and English, and in such other languages as the Governing Body may think desirable, a periodical paper dealing with problems of industry and employment of international interest.

Generally, in addition to the functions set out in this Article, it shall have such other powers and duties as may be assigned to it by the Conference.

Article 397.

The Government Departments of any of the Members which deal with questions of industry and employment may communicate directly with the Director through the Representative of their Government on the Governing Body of the International Labour Office, or failing any such Representative, through such other qualified official as the Government may nominate for the purpose.

Article 398.

The International Labour Office shall be entitled to the assistance of the Secretary-General of the League of Nations in any matter in which it can be given.

Article 399.

Each of the Members will pay the travelling and subsistence expenses of its Delegates and their advisers and of its Representatives attending the meetings of the Conference or Governing Body, as the case may be.

All the other expenses of the International Labour Office and of the

la Conférence ou de celles du Conseil d'administration, seront remboursés au Directeur par le Secrétaire général de la Société des Nations sur le budget général de la Société.

Le Directeur sera responsable, vis-à-vis du Secrétaire général de la Société des Nations, pour l'emploi de tous fonds à lui versés, conformément aux stipulations du présent article.

meetings of the Conference or Governing Body shall be paid to the Director by the Secretary-General of the League of Nations out of the general funds of the League.

The Director shall be responsible to the Secretary-General of the League for the proper expenditure of all moneys paid to him in pursuance of this Article.

Chapitre II.

Fonctionnement.

Article 400.

Le Conseil d'administration établira l'ordre du jour des sessions de la Conférence après avoir examiné toutes propositions faites par le Gouvernement d'un des Membres ou par toute autre organisation visée à l'article 389 au sujet des matières à inscrire à cet ordre du jour.

Article 401.

Le Directeur remplira les fonctions de Secrétaire de la Conférence, et devra faire parvenir l'ordre du jour de chaque session, quatre mois avant l'ouverture de cette session, à chacun des Membres, et, par l'intermédiaire de ceux-ci, aux délégués non gouvernementaux, lorsque ces derniers auront été désignés.

Article 402.

Chacun des Gouvernements des Membres aura le droit de contester l'inscription, à l'ordre du jour de la session, de l'un ou plusieurs des sujets prévus. Les motifs justifiant cette opposition devront être exposés dans un mémoire explicatif adressé au Directeur, lequel devra le communiquer aux Membres de l'Organisation permanente.

Chapter II.

Procedure.

Article 400.

The agenda for all meetings of the Conference will be settled by the Governing Body, who shall consider any suggestion as to the agenda that may be made by the Government of any of the Members or by any representative organisation recognised for the purpose of Article 389.

Article 401.

The Director shall act as the Secretary of the Conference, and shall transmit the agenda so as to reach the Members four months before the meeting of the Conference, and, through them, the non-Government Delegates when appointed.

Article 402.

Any of the Governments of the Members may formally object to the inclusion of any item or items in the agenda. The grounds for such objection shall be set forth in a reasoned statement addressed to the Director, who shall circulate it to all the Members of the Permanent Organisation.

Les sujets auxquels il aura été fait opposition resteront néanmoins inclus à l'ordre du jour si la Conférence en décide ainsi à la majorité des deux-tiers des suffrages exprimés par les délégués présents.

Toute question au sujet de laquelle la Conférence décide, à la même majorité des deux-tiers, qu'elle doit être examinée (autrement que prévu dans l'alinéa précédent), sera portée à l'ordre du jour de la session suivante.

Article 403.

La Conférence formulera les règles de son fonctionnement; elle élira son président; elle pourra nommer des commissions chargées de présenter des rapports sur toutes questions qu'elle estimera devoir mettre à l'étude.

La simple majorité des suffrages exprimés par les membres présents de la Conférence décidera dans tous les cas où une majorité plus forte n'est pas spécialement prévue par d'autres articles de la présente Partie du présent Traité.

Aucun vote n'est acquis si le nombre des suffrages exprimés est inférieur à la moitié du nombre des délégués présents à la session.

Article 404.

La Conférence pourra adjoindre aux Commissions qu'elle constitue des conseillers techniques qui auront voix consultative, mais non délibérative.

Article 405.

Si la Conférence se prononce pour l'adoption de propositions relatives à un objet à l'ordre du jour, elle aura à déterminer si ces propositions devront prendre la forme: a) d'une „recommandation" à soumettre à

Items to which such objection has been made shall not, however, be excluded from the agenda, if at the Conference a majority of two-thirds of the votes cast by the Delegates present is in favour of considering them.

If the Conference decides (otherwise than under the preceding paragraph) by two-thirds of the votes cast by the Delegates present that any subject shall be considered by the Conference, that subject shall be included in the agenda for the following meeting.

Article 403.

The Conference shall regulate its own procedure, shall elect its own President, and may appoint committees to consider and report on any matter.

Except as otherwise expressly provided in this Part of the present Treaty, all matters shall be decided by a simple majority of the votes cast by the Delegates present.

The voting is void unless the total number of votes cast is equal to half the number of the Delegates attending the Conference.

Article 404.

The Conference may add to any committees which it appoints technical experts, who shall be assessors without power to vote.

Article 405.

When the Conference has decided on the adoption of proposals with regard to an item in the agenda, it will rest with the Conference to determine whether these proposals should take the form: a) of a recommendation

l'examen des Membres, en vue de lui faire porter effet sous forme de loi nationale ou autrement; b) ou bien d'un projet de convention internationale à ratifier par les Membres.

Dans les deux cas, pour qu'une recommandation ou qu'un projet de convention soient adoptés au vote final par la Conférence, une majorité des deux-tiers des voix des délégués présents est requise.

En formant une recommandation ou un projet de convention d'une application générale, la Conférence devra avoir égard aux pays dans lesquels le climat, le développement incomplet de l'organisation industrielle ou d'autres circonstances particulières rendent les conditions de l'industrie essentiellement différentes, et elle aura à suggérer telles modifications qu'elle considérerait comme pouvant être nécessaires pour répondre aux conditions propres à ces pays.

Un exemplaire de la recommandation ou du projet de convention sera signé par le Président de la Conférence et le Directeur et sera déposé entre les mains du Secrétaire général de la Société des Nations. Celui-ci communiquera une copie certifiée conforme de la recommandation ou du projet de convention à chacun des Membres.

Chacun des Membres s'engage à soumettre dans le délai d'un an à partir de la clôture de la session de la Conférence (ou, si par suite de circonstances exceptionnelles, il est impossible de procéder dans un délai d'un an, dès qu'il sera possible, mais jamais plus de dix-huit mois après la clôture de la session de la Conférence), la recommandation ou le projet de con-

to be submitted to the Members for consideration with a view to effect being given to it by national legislation or otherwise, or b) of a draft international convention for ratification by the Members.

In either case a majority of two-thirds of the votes cast by the Delegates present shall be necessary on the final vote for the adoption of the recommendation or draft convention, as the case may be, by the Conference.

In framing any recommendation or draft convention of general application the Conference shall have due regard to those countries in which climatic conditions, the imperfect development of industrial organisation or other special circumstances make the industrial conditions substantially different and shall suggest the modifications, if any, which it considers may be required to meet the case of such countries.

A copy of the recommendation or draft convention shall be authenticated by the signature of the President of the Conference and of the Director and shall be deposited with the Secretary-General of the League of Nations. The Secretary-General will communicate a certified copy of the recommendation or draft convention to each of the Members.

Each of the Members undertakes that it will, within the period of one year at most from the closing of the session of the Conference, or if it is impossible owing to exceptional circumstances to do so within the period of one year, then at the earliest practicable moment and in no case later than eighteen months from the closing of the session of the Conference,

vention à l'autorité ou aux autorités dans la compétence desquelles rentre la matière, en vue de la transformer en loi ou de prendre des mesures d'un autre ordre.

S'il s'agit d'une recommandation, les Membres informeront le Secrétaire général des mesures prises.

S'il s'agit d'un projet de convention, le Membre qui aura obtenu le consentement de l'autorité ou des autorités compétentes, communiquera sa ratification formelle de la convention au Secrétaire général et prendra telles mesures qui seront nécessaires pour rendre effectives les dispositions de ladite convention.

Si une recommandation n'est pas suivie d'un acte législatif ou d'autres mesures de nature à rendre effective cette recommandation ou bien si un projet de convention ne rencontre pas l'assentiment de l'autorité ou des autorités dans la compétence desquelles rentre la matière, le Membre ne sera soumis à aucune autre obligation.

Dans le cas où il s'agit d'un Etat fédératif dont le pouvoir d'adhérer à une convention sur des objets concernant le travail est soumis à certaines limitations, le Gouvernement aura le droit de considérer un projet de convention auquel s'appliquent ces limitations comme une simple recommandation et les dispositions du présent article en ce qui regarde les recommandations s'appliqueront dans ce cas.

L'article ci-dessus sera interprété en conformité du principe suivant:

En aucun cas il ne sera demandé à aucun des Membres, comme conséquence de l'adoption par la Conférence d'une recommandation ou d'un projet de convention, de diminuer la pro-

bring the recommendation or draft convention before the authority or authorities within whose competence the matter lies, for the enactment of legislation or other action.

In the case of a recommendation, the Members will inform the Secretary-General of the action taken.

In the case of a draft convention, the Member will, if it obtains the consent of the authority or authorities within whose competence the matter lies, communicate the formal ratification of the convention to the Secretary-General and will take such action as may be necessary to make effective the provisions of such convention.

If on a recommendation no legislative or other action is taken to make a recommendation effective, or if the draft convention fails to obtain the consent of the authority or authorities within whose competence the matter lies, no further obligation shall rest upon the Member.

In the case of a federal State, the power of which to enter into conventions on labour matters is subject to limitations, it shall be in the discretion of that Government to treat a draft convention to which such limitations apply as a recommendation only, and the provisions of this Article with respect to recommendations shall apply in such case.

The above Article shall be interpreted in accordance with the following principle:

In no case shall any Member be asked or required, as a result of the adoption of any recommendation or draft convention by the Conference, to lessen the protection afforded by

tection déjà accordée par sa législation aux travailleurs dont il s'agit.

Article 406.

Toute convention ainsi ratifiée sera enregistrée par le Secrétaire général de la Société des Nations, mais ne liera que les Membres qui l'ont ratifiée.

Article 407.

Tout projet qui, dans le scrutin final sur l'ensemble, ne recueillera pas la majorité des deux tiers des suffrages exprimés par les membres présents peut faire l'objet d'une convention particulière entre ceux des Membres de l'Organisation permanente qui en ont le désir.

Toute convention particulière de cette nature devra être communiquée par les Gouvernements intéressés au Secrétaire général de la Société des Nations, lequel la fera enregistrer.

Article 408.

Chacun des Membres s'engage à présenter au Bureau international du Travail un rapport annuel sur les mesures prises par lui pour mettre à exécution les conventions auxquelles elle a adhéré. Ces rapports seront rédigés sous la forme indiquée par le Conseil d'administration et devront contenir les précisions demandées par ce dernier. Le Directeur présentera un résumé de ces rapports à la plus prochaine session de la Conférence.

Article 409.

Toute réclamation adressée au Bureau international du Travail par une organisation professionnelle ouvrière ou patronale et aux termes de laquelle l'un quelconque des Membres n'aurait pas assuré d'une manière satisfaisante l'exécution d'une con-

its existing legislation to the workers concerned.

Article 406.

Any convention so ratified shall be registered by the Secretary-General of the League of Nations, but shall only be binding upon the Members which ratify it.

Article 407.

If any convention coming before the Conference for final consideration fails to secure the support of two-thirds of the votes cast by the Delegates present, it shall nevertheless be within the right of any of the Members of the Permanent Organisation to agree to such convention among themselves.

Any convention so agreed to shall be communicated by the Governments concerned to the Secretary-General of the League of Nations, who shall register it.

Article 408.

Each of the Members agrees to make an annual report to the International Labour Office on the measures which it has taken to give effect to the provisions of conventions to which it is a party. These reports shall be made in such form and shall contain such particulars as the Governing Body may request. The Director shall lay a summary of these reports before the next meeting of the Conference.

Article 409.

In the event of any representation being made to the International Labour Office by an industrial association of employers or of workers that any of the Members has failed to secure in any respect the effective observance within its jurisdiction of

vention à laquelle ledit Membre a adhéré, pourra être transmise par le Conseil d'administration au Gouvernement mis en cause et ce Gouvernement pourra être invité à faire sur la matière telle déclaration qu'il jugera convenable.

Article 410.

Si aucune déclaration n'est reçue du Gouvernement mis en cause dans un délai raisonnable, ou si la déclaration reçue ne paraît pas satisfaisante au Conseil d'administration, ce dernier aura le droit de rendre publique la réclamation reçue et, le cas échéant, la réponse faite.

Article 411.

Chacun des Membres pourra déposer une plainte au Bureau international du Travail contre un autre Membre qui, à son avis, n'assurerait pas d'une manière satisfaisante l'exécution d'une convention que l'un et l'autre auraient ratifiée en vertu des articles précédents.

Le Conseil d'administration peut, s'il le juge à propos, et avant de saisir une Commission d'enquête selon la procédure indiquée ci-après, se mettre en rapports avec le Gouvernement mis en cause de la manière indiquée à l'article 409.

Si le Conseil d'administration ne juge pas nécessaire de communiquer la plainte au Gouvernement mis en cause, ou, si cette communication ayant été faite, aucune réponse ayant satisfait le Conseil d'administration n'a été reçue dans un délai raisonnable, le Conseil pourra provoquer la formation d'une commission d'enquête qui aura mission d'étudier la question soulevée et de déposer un rapport à ce sujet.

any convention to which it is a party, the Governing Body may communicate this representation to the Government against which it is made and may invite that Government to make such statement on the subject as it may think fit.

Article 410.

If no statement is received within a reasonable time from the Government in question, or if the statement when received is not deemed to be satisfactory by the Governing Body, the latter shall have the right to publish the representation and the statement, if any, made in reply to it.

Article 411.

Any of the Members shall have the right to file a complaint with the International Labour Office if it is not satisfied that any other Member is securing the effective observance of any convention which both have ratified in accordance with the foregoing Articles.

The Governing Body may, if it thinks fit, before referring such a complaint to a Commission of Enquiry, as hereinafter provided for, communicate with the Government in question in the manner described in Article 409.

If the Governing Body does not think it necessary to communicate the complaint to the Government in question, or if, when they have made such communication, no statement in reply has been received within a reasonable time which the Governing Body considers to be satisfactory, the Governing Body may apply for the appointment of a Commission of Enquiry to consider the complaint and to report thereon.

La même procédure pourra être engagée par le Conseil, soit d'office, soit sur la plainte d'un délégué à la Conférence.

Lorsqu'une question soulevée par l'application des articles 410 ou 411 viendra devant le Conseil d'administration, le Gouvernement mis en cause, s'il n'a pas déjà un représentant au sein du Conseil d'administration, aura le droit de désigner un délégué pour prendre part aux délibérations du Conseil relatives à cette affaire. La date à laquelle ces discussions doivent avoir lieu sera notifiée en temps utile au Gouvernement mis en cause.

The Governing Body may adopt the same procedure either of its own motion or on receipt of a complaint from a Delegate to the Conference.

When any matter arising out of Articles 410 or 411 is being considered by the Governing Body, the Government in question shall, if not already represented thereon, be entitled to send a representative to take part in the proceedings of the Governing Body while the matter is under consideration. Adequate notice of the date on which the matter will be considered shall be given to the Government in question.

Article 412.

La Commission d'enquête sera constituée de la manière suivante:

Chacun des Membres s'engage à désigner, dans les six mois qui suivront la date de mise en vigueur du présent Traité, trois personnes compétentes en matières industrielles, la première représentant les patrons, la deuxième représentant les travailleurs et la troisième indépendante des une et des autres. L'ensemble de ces personnes formera une liste sur laquelle seront choisis les membres de la Commission d'enquête.

Le Conseil d'administration aura le droit de vérifier les titres desdites personnes et de refuser, à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés par les représentants présents, la nomination de celles dont les titres ne satisferaient pas aux prescriptions du présent article.

Sur la demande du Conseil d'administration, le Secrétaire général de la Société des Nations désignera trois personnes respectivement choisies dans

Article 412.

The Commission of Enquiry shall be constituted in accordance with the following provisions:

Each of the Members agrees to nominate within six months of the date on which the present Treaty comes into force three persons of industrial experience, of whom one shall be a representative of employers, one a representative of workers, and one a person of independent standing, who shall together form a panel from which the Members of the Commission of Enquiry shall be drawn.

The qualifications of the persons so nominated shall be subject to scrutiny by the Governing Body, which may by two-thirds of the votes cast by the representatives present refuse to accept the nomination of any person whose qualifications do not in its opinion comply with the requirements of the present Article.

Upon the application of the Governing Body, the Secretary-General of the League of Nations shall nominate three persons, one from each section

chacune des trois catégories de la liste pour constituer la Commission d'enquête et désignera, en outre, l'une de ces trois personnes pour présider ladite Commission. Aucune des trois personnes ainsi désignées ne pourra relever d'un des Membres directement intéressés à la plainte.

of this panel, to constitute the Commission of Enquiry, and shall designate one of them as the President of the Commission. None of these three persons shall be a person nominated to the panel by any Member directly concerned in the complaint.

Article 413.

Dans le cas où une plainte serait renvoyée, en vertu de l'article 411, devant une Commission d'enquête, chacun des Membres, qu'il soit ou non directement intéressé à la plainte, s'engage à mettre à la disposition de la Commission toute information qui se trouverait en sa possession relativement à l'objet de la plainte.

Article 413.

The Members agree that, in the event of the reference of a complaint to a Commission of Enquiry under Article 411, they will each, whether directly concerned in the complaint or not, place at the disposal of the Commission all the information in their possession which bears upon the subject-matter of the complaint.

Article 414.

La Commission d'enquête, après un examen approfondi de la plainte, rédigera un rapport dans lequel elle consignera ses constatations sur tous les points de fait permettant de préciser la portée de la contestation, ainsi que les recommandations qu'elle croira devoir formuler quant aux mesures à prendre pour donner satisfaction au Gouvernement plaignant et quant aux délais dans lesquels ces mesures devraient être prises.

Article 414.

When the Commission of Enquiry has fully considered the complaint, it shall prepare a report embodying its findings on all questions of fact relevant to determining the issue between the parties and containing such recommendations as it may think proper as to the steps which should be taken to meet the complaint and the time within which they should be taken.

Ce rapport indiquera également, le cas échéant, les sanctions d'ordre économique contre le Gouvernement mis en cause que la Commission jugerait convenables et dont l'application par les autres Gouvernements lui paraîtrait justifiée.

It shall also indicate in this report the measures, if any, of an economic character against a defaulting Government which it considers to be appropriate, and which it considers other Governments would be justified in adopting.

Article 415.

Le Secrétaire général de la Société des Nations communiquera le rapport de la Commission d'enquête à chacun

Article 415.

The Secretary-General of the League of Nations shall communicate the report of the Commission of Enquiry

des Gouvernements intéressés dans le différend et en assurera la publication.

Chacun des Gouvernements intéressés devra signifier au Secrétaire général de la Société des Nations, dans le délai d'un mois, s'il accepte ou non les recommandations contenues dans le rapport de la Commission, et, au cas où il ne les accepte pas, s'il désire soumettre le différend à la Cour permanente de justice internationale de la Société des Nations.

Article 416.

Dans le cas où l'un des Membres ne prendrait pas, relativement à une recommandation ou à un projet de Convention, les mesures prescrites à l'article 405, tout autre Membre aura le droit d'en référer à la Cour permanente de justice internationale.

Article 417.

La décision de la Cour permanente de justice internationale concernant une plainte ou une question qui lui aurait été soumise conformément aux articles 415 ou 416 ne sera pas susceptible d'appel.

Article 418.

Les conclusions ou recommandations éventuelles de la Commission d'enquête pourront être confirmées, amendées ou annulées par la Cour permanente de justice internationale laquelle devra, le cas échéant, indiquer les sanctions d'ordre économique, qu'elle croirait convenable de prendre à l'encontre d'un Gouvernement en faute, et dont l'application par les autres Gouvernements lui paraîtrait justifiée.

Article 419.

Si un Membre quelconque ne se conforme pas dans le délai prescrit

to each of the Governments concerned in the complaint, and shall cause it to be published.

Each of these Governments shall within one month inform the Secretary-General of the League of Nations whether or not it accepts the recommendations contained in the report of the Commission; and if not, whether it proposes to refer the complaint to the Permanent Court of International Justice of the League of Nations.

Article 416.

In the event of any Member failing to take the action required by Article 405, with regard to a recommendation or draft Convention, any other Member shall be entitled to refer the matter to the Permanent Court of International Justice.

Article 417.

The decision of the Permanent Court of International Justice in regard to a complaint or matter which has been referred to it in persuance of Article 415 or Article 416 shall be final.

Article 418.

The Permanent Court of International Justice may affirm, vary or reverse any of the findings or recommendations of the Commission of Enquiry, if any, and shall in its decision indicate the measures, if any, of an economic character which it considers to be appropriate, and which other Governments would be justified in adopting against a defaulting Government.

Article 419.

In the event of any Member failing to carry out within the time specified

aux recommandations éventuellement contenues soit dans le rapport de la Commission d'enquête, soit dans la décision de la Cour permanente de justice internationale, tout autre Membre pourra appliquer audit Membre les sanctions d'ordre économique que le rapport de la Commission ou la décision de la Cour auront déclarées applicables en l'espèce.

Article 420.

Le Gouvernement en faute peut, à tout moment, informer le Conseil d'administration qu'il a pris les mesures nécessaires pour se conformer soit aux recommandations de la Commission d'enquête, soit à celles contenues dans la décision de la Cour permanente de justice internationale, et peut demander au Conseil de bien vouloir faire constituer par le Secrétaire général de la Société des Nations une Commission d'enquête chargée de vérifier ses dires. Dans ce cas les stipulations des articles 412, 413, 414, 415, 417 et 418 s'appliqueront, et si le rapport de la Commission d'enquête ou la décision de la Cour permanente de Justice internationale sont favorables au Gouvernement en faute, les autres Gouvernements devront aussitôt rapporter les mesures d'ordre économique qu'ils auront prises à l'encontre dudit Etat.

Chapitre III.

Prescriptions générales.

Article 421.

Les Membres s'engagent à appliquer les conventions auxquelles ils auront adhéré, conformément aux stipulations de la présente Partie du présent Traité, à celles de leurs colonies ou possessions et à ceux de leurs protectorats qui ne se gouvernent pas pleinement eux-mêmes, cela sous les réserves suivantes:

the recommendations, if any, contained in the report of the Commission of Enquiry, or in the decision of the Permanent Court of International Justice, as the case may be, any other Member may take against that Member the measures of an economic character indicated in the report of the Commission or in the decision of the Court as appropriate to the case.

Article 420.

The defaulting Government may at any time inform the Governing Body that it has taken the steps necessary to comply with the recommendations of the Commission of Enquiry or with those in the decision of the Permanent Court of International Justice, as the case may be, and may request it to apply to the Secretary-General of the League to constitute a Commission of Enquiry to verify its contention. In this case the provisions of Articles 412, 413, 414, 415, 417 and 418 shall apply, and if the report of the Commission of Enquiry or the decision of the Permanent Court of International Justice is in favour of the defaulting Government, the other Governments shall forthwith discontinue the measures of an economic character that they have taken against the defaulting Government.

Chapter III.

General.

Article 421.

The Members engage to apply conventions which they have ratified in accordance with the provisions of this Part of the present Treaty to their colonies, protectorates and possessions which are not fully self-governing:

1° Que la convention ne soit pas rendue inapplicable par les conditions locales;

2° Que les modifications, qui seraient nécessaires pour adapter la convention aux conditions locales, puissent être introduites dans celle-ci.

Chacun des Membres devra notifier au Bureau international du travail la décision qu'il se propose de prendre en ce qui concerne chacune de ses colonies ou possessions ou chacun de ses protectorats ne se gouvernant pas pleinement eux-mêmes.

Article 422.

Les amendements à la présente Partie du présent Traité, qui seront adoptés par la Conférence à la majorité des deux tiers des suffrages émis par les délégués présents, deviendront exécutoires lorsqu'ils auront été ratifiés par les Etats dont les représentants forment le Conseil de la Société des Nations et par les trois quarts des Membres.

Article 423.

Toutes questions ou difficultés relatives à l'interprétation de la présente Partie du présent Traité et des conventions ultérieurement conclues par les Membres, en vertu de ladite Partie, seront soumises à l'appréciation de la Cour permanente de Justice internationale.

Chapitre IV.

Mesures transitoires.

Article 424.

La première session de la Conférence aura lieu au mois d'octobre 1919. Le lieu et l'ordre de jour de la session sont arrêtés dans l'Annexe ci-jointe.

1) Except where owing to the local conditions the convention is inapplicable, or

2) Subject to such modifications as may be necessary to adapt the convention to local conditions.

And each of the Members shall notify to the International Labour Office the action taken in respect of each of its colonies, protectorates and processions which are not fully self-governing.

Article 422.

Amendments to this Part of the present Treaty which are adopted by the Conference by a majority of two-thirds of the votes cast by the Delegates present shall take effect when ratified by the States whose representatives compose the Council of the League of Nations and by three-fourths of the Members.

Article 423.

Any question or dispute relating to the interpretation of this Part of the present Treaty or of any subsequent convention concluded by the Members in pursuance of the provisions of this Part of the present Treaty shall be referred for decision to the Permanent Court of International Justice.

Chapter IV.

Transitory provisions.

Article 424.

The first meeting of the Conference shall take place in October, 1919. The place and agenda for this meeting shall be as specified in the Annex hereto.

La convocation et l'organisation de cette première session seront assurées par le Gouvernement désigné à cet effet dans l'Annexe susmentionnée. Le Gouvernement sera assisté, en ce qui concerne la préparation des documents, par une Commission internationale, dont les membres seront désignés à la même Annexe.

Les frais de cette première session et de toute session ultérieure jusqu'au moment où les crédits nécessaires auront pu être inscrits au budget de la Société des Nations, à l'exception des frais de déplacement des délégués et des conseillers techniques, seront répartis entre les Membres dans les proportions établies pour le Bureau international de l' Union postale universelle.

Article 425.

Jusqu'à ce que la Société des Nations ait été constituée, toutes communications qui devraient être adressées, en vertu des articles précédents, au Secrétaire général de la Société seront conservées par le Directeur du Bureau international du travail, lequel en donnera connaissance au Secrétaire général.

Article 426.

Jusqu'à la création de la Cour permanente de justice internationale, les différends qui doivent lui être soumis en vertu de la présente Partie du présent Traité seront déférés à un tribunal formé de trois personnes désignées par le Conseil de la Société des Nations.

Annexe.

Première session de la conférence du travail, 1919.

Le lieu de la Conférence sera Washington.

Arrangements for the convening and the organization of the first meeting of the Conference will be made by the Government designated for the purpose in the said Annex. That Government shall be assisted in the preparation of the documents for submission to the Conference by an International Committee constituted as provided in the said Annex.

The expenses of the first meeting and of all subsequent meetings held before the League of Nations has been able to establish a general fund, other than the expenses of Delegates and their advisers, will be borne by the Members in accordance with the apportionment of the expenses of the International Bureau of the Universal Postal Union.

Article 425.

Until the League of Nations has been constituted all communications which under the provisions of the foregoing Articles should be addressed to the Secretary-General of the League will be preserved by the Director of the International Labour Office, who will transmit them to the Secretary-General of the League.

Article 426.

Pending the creation of a Permanent Court of International Justice, disputes which in accordance with this Part of the present Treaty would be submitted to it for decision will be referred to a tribunal of three persons appointed by the Council of the League of Nations.

Annex.

First meeting of Annual Labour Conference, 1919.

The place of meeting will be Washington.

Le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique sera prié de convoquer la Conférence.

Le Comité international d'organisation sera composé de sept personnes désignées respectivement par les Gouvernements des Etats-Unis, de la Grande-Bretagne, de la France, de l'Italie, du Japon, de la Belgique et de la Suisse. Le Comité pourra, s'il le juge nécessaire, inviter d'autres Membres à se faire représenter dans son sein.

L'ordre du jour sera le suivant:

1° Application du principe de la journée de 8 heures ou de la semaine de 48 heures.

2° Questions relatives aux moyens de prévenir le chômage et de remedier à ses conséquences.

3° Emploi des femmes:
- a) Avant ou après l'accouchement (y compris la question de l'indemnité de maternité);
- b) Pendant la nuit;
- c) Dans les travaux insalubres.

4° Emploi des enfants:
- a) Age d'admission au travail;
- b) Travaux de nuit;
- c) Travaux insalubres.

5° Extension et application des conventions internationales adoptées à Berne en 1906 sur l'interdiction du travail de nuit des femmes employées dans l'industrie et l'interdiction de l'emploi du phosphore blanc (jaune) dans l'industrie des allumettes.

Section II.

Principes généraux.

Article 427.

Les Hautes Parties Contractantes, reconnaissant que le bien-être physique, moral et intellectuel des tra-

The Government of the United States of America is requested to convene the Conference.

The International Organising Committee will consist of seven Members, appointed by the United States of America, Great Britain, France, Italy, Japan, Belgium and Switzerland. The Committee may, if it thinks necessary, invite other Members to appoint representatives.

Agenda:

1) Application of principle of the 8-hours day or of the 48-hours week.

2) Question of preventing or providing against unemployment.

3) Women's employment:
- a) Before and after child-birth, including the question of maternity benefit;
- b) During the night;
- c) In unhealthy processes.

4) Employment of children:
- a) Minimum age of employment;
- b) During the night;
- c) In unhealthy processes.

5) Extension and application of the International Conventions adopted at Berne in 1906 on the prohibition of night work for women employed in industry and the prohibition of the use of white phosphorus in the manufacture of matches.

Section II.

General principles.

Article 427.

The High Contracting Parties, recognising that the well-being, physical, moral and intellectual, of in-

vailleurs salariés est d'une importance essentielle au point de vue international, ont établi pour parvenir à ce but élevé, l'organisme permanent prévu à la Section I et associé à celui de la Société des Nations.

Elles reconnaissent que les différences de climat, de mœurs et d'usages, d'opportunité économique et de tradition industrielle rendent difficile à atteindre, d'une manière immediate, l'uniformité absolue dans les conditions du travail. Mais, persuadées qu'elles sont que le travail ne doit pas être considéré simplement comme un article de commerce, elles pensent qu'il y a des méthodes et des principes pour la réglementation des conditions du travail que toutes les communautés industrielles devraient s'efforcer d'appliquer, autant que les circonstances spéciales dans lesquelles elles pourraient se trouver, le permettraient.

Parmi ces méthodes et principes, les suivants paraissent aux Hautes Parties Contractantes être d'une importance particulière et urgente:

1. Le principe dirigeant ci-dessus énoncé que le travail ne doit pas être considéré simplement comme une marchandise ou un article de commerce.

2. Le droit d'association en vue de tous objets non contraires aux lois, aussi bien pour les salariés que pour les employeurs.

3. Le payement aux travailleurs d'un salaire leur assurant un niveau de vie convenable tel qu'on le comprend dans leur temps et dans leur pays.

4. L'adoption de la journée de huit heures ou de la semaine de quarante-huit heures comme but à atteindre partout où il n'a pas encore été obtenu.

5. L'adoption d'un repos hebdomadaire de vingt-quatre heures au

dustrial wage-earners is of supreme international importance, have framed, in order to further this great end, the permanent machinery provided for in Section I and associated with that of the League of Nations.

They recognise that differences of climate, habits and customs, of economic opportunity and industrial tradition, make strict uniformity in the conditions of labour difficult of immediate attainment. But, holding as they do, that labour should not be regarded merely as an article of commerce, they think that there are methods and principles for regulating labour conditions which all industrial communities should endeavour to apply, so far as their special circumstances will permit.

Among these methods and principles, the following seem to the High Contracting Parties to be of special and urgent importance:

First. The guiding principle above enunciated that labour should not be regarded merely as a commodity or article of commerce.

Second. The right of association for all lawful purposes by the employed as well as by the employers.

Third. The payment to the employed of a wage adequate to maintain a reasonable standard of life as this is understood in their time and country.

Fourth. The adoption of an eight hours day or a forty-eight hours week as the standard to be aimed at where it has not already been attained.

Fifth. The adoption of a weekly rest of at least twenty-four hours,

minimum, qui devrait comprendre le dimanche toutes les fois que ce sera possible.

6. La suppression du travail des enfants et l'obligation d'apporter au travail des jeunes gens des deux sexes les limitations nécessaires pour leur permettre de continuer leur éducation et d'assurer leur développement physique.

7. Le principe du salaire égal, sans distinction de sexe, pour un travail de valeur égale.

8. Les règles édictées dans chaque pays au sujet des conditions du travail devront assurer un traitement économique équitable à tous les travailleurs résidant légalement dans le pays.

9. Chaque Etat devra organiser un service d'inspection, qui comprendra des femmes, afin d'assurer l'application des lois et règlements pour la protection des travailleurs.

Sans proclamer que ces principes et ces méthodes sont ou complets, ou définitifs, les Hautes Parties Contractantes sont d'avis qu'ils sont propres à guider la politique de la Société des Nations; et que, s'ils sont adoptés par les communautés industrielles qui sont membres de la Société des Nations, et s'ils sont maintenus intacts dans la pratique par un corps approprié d'inspecteurs, ils répandront des bienfaits permanents sur les salariés du monde.

Partie XIV.

Garanties d'exécution.

Section I.

Europe occidentale.

Article 428.

A titre de garantie d'exécution par l'Allemagne du présent Traité, les

which should include Sunday wherever practicable.

Sixth. The abolition of child labour and the imposition of such limitations on the labour of young persons as shall permit the continuation of their education and assure their proper physical development.

Seventh. The principle that men and women should receive equal remuneration for work of equal value.

Eighth. The standard set by law in each country with respect to the conditions of labour should have due regard to the equitable economic treatment of all workers lawfully resident therein.

Ninth. Each State should make provision for a system of inspection in which women should take part, in order to ensure the enforcement of the laws and regulations for the protection of the employed.

Without claiming that these methods and principles are either complete or final, the High Contracting Parties are of opinion that they are well fitted to guide the policy of the League of Nations; and that, if adopted by the industrial communities who are members of the League, and safeguarded in practice by an adequate system of such inspection, they will confer lasting benefits upon the wage-earners of the world.

Part XIV.

Guarantees.

Section I.

Western Europe.

Article 428.

As a guarantee for the execution of the present Treaty by Germany,

territoires allemands situés à l'ouest du Rhin, ensemble les têtes de pont, seront occupés par les troupes des Puissances alliées et associées pendant une période de quinze années, à compter de la mise en vigueur du présent Traité.

Article 429.

Si les conditions du présent Traité sont fidèlement observées par l'Allemagne, l'occupation prévue à l'article 428 sera successivement réduite ainsi qu'il est dit ci-après:

1° A l'expiration de cinq années, seront évacués: la tête de pont de Cologne et les territoires situés au Nord d'une ligne suivant le cours de la Ruhr, puis la voie ferrée Jülich-Duren-Euskirchen-Rheinbach, ensuite la route de Rheinbach à Sinzig, et gagnant le Rhin au confluent de l'Ahr (les routes, voies ferrées et localités ci-dessus mentionnées restant en dehors de ladite zone d'évacuation).

2° A l'expiration de dix années, seront évacués: la tête de pont de Coblenz et les territoires situés au Nord d'une ligne partant de l'intersection des frontières de Belgique, d'Allemagne et des Pays-Bas, suivant à environ 4 kilomètres au Sud d'Aix-la-Chapelle, atteignant et suivant ensuite la crête de Forst Gemünd, puis l'Est de la voie ferrée de la vallée de l'Urft, puis les abords de Blankenheim, Valdorf, Dreis, Ulmen jusqu'à la Moselle, suivant ce fleuve depuis Bremm jusqu'à Nehren, passant aux abords de Kappel et de Simmern, suivant ensuite le faîte des hauteurs entre Simmern et le Rhin, et gagnant ce fleuve à Bacharach (toutes les localités, vallées, routes et voies ferrées ci-dessus mentionnées restant en dehors de la zone d'évacuation).

the German territory situated to the west of the Rhine, together with bridgeheads, will be occupied by Allied and Associated troops for a period of fifteen years from the coming into force of the present Treaty.

Article 429.

If the conditions of the present Treaty are faithfully carried out by Germany, the occupation referred to in Article 428 will be successively restricted as follows:

1) At the expiration of five years there will be evacuated: the bridgehead of Cologne and the territories north of a line running along the Ruhr, then along the railway Jülich, Duren, Euskirchen, Rheinbach, thence along the road Rheinbach to Sinzig, and reaching the Rhine at the confluence with the Ahr; the roads, railways and places mentioned above being excluded from the area evacuated.

2) At the expiration of ten years there will be evacuated: the bridgehead of Coblenz and the territories north of a line to be drawn from the intersection between the frontiers of Belgium, Germany and Holland, running about 4 kilometres south of Aix-la-Chapelle, then to and following the crest of Forst Gemünd, then east of the railway of the Urft Valley, then along Blankenheim, Valdorf, Dreis, Ulmen to and following the Moselle from Bremm to Nehren, then passing by Kappel and Simmern, then following the ridge of the heights between Simmern and the Rhine and reaching this river at Bacharach; all the places, valleys, roads and railways mentioned above being excluded from the area evacuated.

3° A l'expiration de quinze années, seront évacués: la tête de pont de Mayence, la tête de pont de Kehl et le restant des territoires allemands occupés.

Si, à ce moment, les garanties contre une agression, non provoquée, de l'Allemagne n'étaient pas considérées comme suffisantes par les Gouvernements alliés et associés, l'évacuation des troupes d'occupation pourrait être retardée dans la mesure jugée nécessaire à l'obtention desdites garanties.

Article 430.

Dans le cas où, soit pendant l'occupation, soit après l'expiration des quinze années ci-dessus prévues, la Commission des Reparations reconnaitrait que l'Allemagne refuse d'observer tout ou partie des obligations résultant pour elle du présent Traité relativement aux réparations, tout ou partie des zones spécifiées à l'article 429 seraient immédiatement occupées de nouveau par les forces alliées et associées.

Article 431.

Si, avant l'expiration de la période de quinze ans, l'Allemagne satisfait à tous les engagements résultant pour elle du présent Traité, les troupes d'occupation seront immédiatement retirées.

Article 432.

Les questions concernant l'occupation et non réglées par le présent Traité seront l'objet d'arrangements ultérieurs que l'Allemagne s'oblige dès maintenant à observer.

Section II.

Europe orientale.

Article 433.

Comme garantie de l'exécution des dispositions du présent Traité par

3) At the expiration of fifteen years there will be evacuated: the bridgehead of Mainz, the bridgehead of Kehl and the remainder of the German territory under occupation.

If at that date the guarantees against unprovoked aggression by Germany are not considered sufficient by the Allied and Associated Governments, the evacuation of the occupying troops may be delayed to the extent regarded as necessary for the purpose of obtaining the required guarantees.

Article 430.

In case either during the occupation or after the expiration of the fifteen years referred to above the Reparation Commission finds that Germany refuses to observe the whole or part of her obligations under the present Treaty with regard to reparations, the whole or part of the areas specified in Article 429 will be re-occupied immediately, by the Allied and Associated forces.

Article 431.

If before the expiration of the period of fifteen years, Germany complies with all the undertakings resulting from the present Treaty, the occupying forces will be withdrawn immediately.

Article 432.

All matters relating to the occupation and not provided for by the present Treaty shall be regulated by subsequent agreements, which Germany hereby undertakes to observe.

Section II.

Eastern Europe.

Article 433.

As a guarantee for the execution of the provisions of the present Trea-

lesquelles l'Allemagne reconnaît définitivement l'abrogation du Traité de Brest-Litovsk, et de tous les traités, conventions et arrangements passés par elle avec le Gouvernement maximaliste en Russie, et en vue d'assurer le rétablissement de la paix et d'un bon Gouvernement dans les provinces baltiques et en Lithuanie, toutes les troupes allemandes, qui se trouvent actuellement dans lesdits territoires, retourneront à l'intérieur des frontières de l'Allemagne aussitôt que les Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées jugeront le moment propice eu égard à la situation intérieure de ces territoires. Ces troupes devront s'abstenir de toute réquisition, saisie et de toutes autres mesures coercitives ayant pour objet d'obtenir des fournitures destinées à l'Allemagne, et elles ne devront intervenir en aucune manière dans telles mesures de défense nationale que pourront adopter les Gouvernements provisoires d'Esthonie, Latvie et Lithuanie.

Aucune autre troupe allemande ne sera admise dans lesdits territoires jusqu'à leur évacuation ou après leur complète évacuation.

Partie XV.

Clauses diverses.

Article 434.

L'Allemagne s'engage à reconnaître la pleine valeur des Traités de Paix et Conventions additionnelles, qui seront conclus par les Puissances alliées et associées, avec les Puissances ayant combattu aux côtés de l'Allemagne, à agréer les dispositions qui seront prises concernant les territoires de l'ancienne Monarchie d'Autriche-Hongrie, du Royaume de Bulgarie et de l'Em-

ty, by which Germany accepts definitely the abrogation of the Brest-Litovsk Treaty, and of all treaties, conventions and agreements entered into by her with the Maximalist Government in Russia, and in order to ensure the restoration of peace and good government in the Baltic Provinces and Lithuania, all German troops at present in the said territories shall return to within the frontiers of Germany as soon as the Governments of the Principal Allied and Associated Powers shall think the moment suitable, having regard to the internal situation of these territories. These troops shall abstain from all requisitions and seizures and from any other coercive measures, with a view to obtaining supplies intended for Germany, and shall in no way interfere with such measures for national defence as may be adopted by the Provisional Governments of Esthonia, Latvia and Lithuania.

No other German troops shall, pending the evacuation or after the evacuation is complete, be admitted to the said territories.

Part XV.

Miscellaneous Provisions.

Article 434.

Germany undertakes to recognise the full force of the Treaties of Peace and Additional Conventions which may be concluded by the Allied and Associated Powers with the Powers who fought on the side of Germany and to recognise whatever dispositions may be made concerning the territories of the former Austro-Hungarian Monarchy, of the Kingdom of Bulgaria

pire Ottoman, et à reconnaître les nouveaux Etats dans les frontières qui leur sont ainsi fixées.

Article 435.

Les Hautes Parties Contractantes, tout en reconnaissant les garanties stipulées en faveur de la Suisse par les Traités de 1815 et notamment l'Acte du 20 novembre 1815,*) garanties qui constituent des engagements internationaux pour le maintien de la Paix, constatent cependant que les stipulations de ces traités et conventions, déclarations et autres actes complémentaires relatifs à la zone neutralisée de Savoie, telle qu'elle est déterminée par l'alinéa 1 de l'article 92 de l'Acte final du Congrès de Vienne et par l'alinéa 2 de l'article 3 du Traité de Paris du 20 novembre 1815,**) ne correspondent plus aux circonstances actuelles. En conséquence, les Hautes Parties Contractantes prennent acte de l'accord intervenu entre le Gouvernement français et le Gouvernement suisse pour l'abrogation des stipulations relatives à cette zone qui sont et demeurent abrogées.

Les Hautes Parties Contractantes reconnaissent de même que les stipulations des Traités de 1815 et des autres actes complémentaires relatifs aux zones franches de la Haute-Savoie et du pays de Gex ne correspondent plus aux circonstances actuelles et qu'il appartient à la France et à la Suisse de régler entre elles, d'un commun accord, le régime de ces territoires, dans les conditions jugées opportunes par les deux pays.

and of the Ottoman Empire, and to recognize the new States within their frontiers as there laid down.

Article 435.

The High Contracting Parties, while they recognize the guarantees stipulated by the Treaties of 1815, and especially by the Act of November 20, 1815,*) in favour of Switzerland, the said guarantees constituting international obligations for the maintenance of peace, declare nevertheless that the provisions of these treaties, conventions, declarations and other supplementary Acts concerning the neutralized zone of Savoy, as laid down in paragraph 1 of Article 92 of the Final Act of the Congress of Vienna and in paragraph 2 of Article 3 of the Treaty of Paris of November 20, 1815,**) are no longer consistent with present conditions. For this reason the High Contracting Parties take note of the agreement reached between the French Government and the Swiss Government for the abrogation of the stipulations relating to this zone which are and remain abrogated.

The High Contracting Parties also agree that the stipulations of the Treaties of 1815 and of the other supplementary Acts concerning the free zones of Upper Savoy and the Gex district are no longer consistent with present conditions, and that it is for France and Switzerland to come to an agreement together with a view to settling between themselves the status of these territories under such conditions as shall be considered suitable by both countries.

*) V. **N. R.** II, p. 740; IV, p. 186.
) V. **N. R. II, p. 421, 688.

Annexe.

I.

Le Conseil fédéral suisse a fait connaître au Gouvernement français à la date du 5 Mai 1919 qu'après avoir examiné la disposition de l'article 435 dans un même esprit de sincère amitié, il a été assez heureux pour arriver à la conclusion qu'il lui était possible d'y acquiescer sous les considérations et réserves suivantes:

1° Zone neutralisée de la Haute-Savoie:

a) Il sera entendu qu'aussi longtemps que les Chambres fédérales n'auront pas ratifié l'accord intervenu entre les deux Gouvernements concernant l'abrogation des stipulations relatives à la zone de neutralité de Savoie, il n'y aura rien de définitif de part ni d'autre à ce sujet.

b) L'assentiment donné par le Gouvernement suisse à l'abrogation des stipulations susmentionnées présuppose, conformément au texte adopté, la reconnaissance des garanties formulées en faveur de la Suisse par les Traités de 1815 et notamment par la Déclaration du 20 novembre 1815.

c) L'accord, entre les Gouvernements français et suisse pour l'abrogation des stipulations susmentionnées, ne sera considéré comme valable que si le Traité de Paix contient l'article tel qu'il a été rédigé. En outre, les Parties Contractantes du Traité de Paix devront chercher à obtenir le consentement des Puissances signataires des Traités de 1815 et de la Déclaration du 20 novembre 1815, qui ne sont pas signataires du Traité de Paix actuel.

Annex.

I.

The Swiss Federal Council has informed the French Government on May 5, 1919, that after examining the provisions of Article 435 in a like spirit of sincere friendship it has happily reached the conclusion that it was possible to acquiesce in it under the following conditions and reservations:

1) The neutralized zone of Haute-Savoie:

a) It will be understood that as long as the Federal Chambers have not ratified the agreement come to between the two Governments concerning the abrogation of the stipulations in respect of the neutralized zone of Savoy, nothing will be definitively settled, on one side or the other in regard to this subject.

b) The assent given by the Swiss Government to the abrogation of the above mentioned stipulations presupposes, in conformity with the text adopted, the recognition of the guarantees formulated in favour of Switzerland by the Treaties of 1815 and particularly by the Declaration of November 20, 1815.

c) The agreement between the Governments of France and Switzerland for the abrogation of the above mentioned stipulations will only be considered as valid if the Treaty of Peace contains this Article in its present wording. In addition the Parties to the Treaty of Peace should endeavour to obtain the assent of the signatory Powers of the Treaties of 1815 and of the Declaration of November 20, 1815, which are not signatories of the present Treaty of Peace.

2⁰ Zone franche de la Haute-Savoie et du Pays de Gex:

a) Le Conseil Fédéral déclare faire les réserves les plus expresses en ce qui concerne l'interprétation à donner à la déclaration mentionnée au dernier alinéa de l'article ci-dessus à insérer dans le Traité de Paix, où il est dit que „les stipulations des Traités de 1815 et des autres actes complémentaires relatifs aux zones franches de la Haute-Savoie et du Pays de Gex ne correspondent plux aux circonstances actuelles". Le Conseil Fédéral ne voudrait pas en effet, que de son adhésion à cette rédaction il put être conclu qu'il se rallierait à la suppression d'une institution ayant pour but de placer des contrées voisines au bénéfice d'un régime spécial approprié à leur situation géographique et économique et qui a fait ses preuves.

Dans la pensée du Conseil Fédéral, il s'agirait non pas de modifier la structure douanière des zones, telle qu'elle a été instituée par les Traités susmentionnés, mais uniquement de régler d'une façon mieux appropriée aux conditions économiques actuelles les modalités des échanges entre les régions intéressées. Les observations qui précèdent ont été inspirées au Conseil Fédéral par la lecture du Projet de Convention relatif à la constitution future des zones, qui se trouvait annexé à la note du Gouvernement français daté du 26 avril. Tout en faisant les réserves susmentionnées, le Conseil Fédéral se déclare prêt à examiner dans l'esprit le plus amical toutes les propositions que le Gouvernement français jugera à propos de lui faire à ce sujet.

2) Free zone of Haute-Savoie and the disrict of Gex:

a) The Federal Council makes the most express reservations to the interpretation to be given to the statement mentioned in the last paragraph of the above Article for insertion in the Treaty of Peace, which provides that the „stipulations of the Treaties of 1815 and other supplementary acts concerning the free zones of Haute-Savoie and the Gex district are no longer consistent with present conditions". The Federal Council would not wish that its acceptance of the above wording should lead to the conclusion that it would agree to the suppression of a system intended to give neighbouring territory the benefit of a special regime which is appropriate to the geographical and economical situation and which has been well tested.

In the opinion of the Federal Council the question is not the modification of the customs system of the zones as set up by the Treaties mentioned above, but only the regulation in a manner more appropriate to the economic conditions of the present day of the terms of the exchange of goods between the regions in question. The Federal Council has been led to make the preceding observations by the perusal of the draft Convention concerning the future constitution of the zones which was annexed to the note of April 26 from the French Government. While making the above reservations the Federal Council declares its readiness to examine in the most friendly spirit any proposals which the French Government may deem it convenient to make on the subject.

b) Il est admis que les stipulations des Traités de 1815 et autres actes complémentaires concernant les zones franches resteront en vigueur jusqu'au moment où un nouvel arrangement sera intervenu entre la Suisse et la France pour régler le régime de ces territoires.

II.

Le Gouvernement français a adressé au Gouvernement suisse, le 18 mai 1919, la note ci-après en réponse à la communication rapportée au paragraphe précédent:

Par une note en date du 5 mai dernier, la Légation de Suisse à Paris a bien voulu faire connaître au Gouvernement de la République française l'adhésion du Gouvernement fédéral au projet d'article à insérer dans le Traité de Paix entre les Gouvernements alliés et associés, d'une part, et l'Allemagne d'autre part.

Le Gouvernement français a pris très volontiers acte de l'accord ainsi intervenu, et, sur sa demande, le projet d'article en question, accepté par les Gouvernements alliés et associés, a été inséré sous le No 435 dans les Conditions de Paix présentées aux Plénipotentiaires allemands.

Le Gouvernement suisse a formulé, dans sa note du 5 mai sur cette question, diverses considération et réserves.

En ce qui concerne celles de ces observations qui sont relatives aux zones franches de la Haute-Savoie et du pays de Gex, le Gouvernement français a l'honneur de faire remarquer que la stipulation qui fait l'objet du dernier alinéa de l'article 435 est d'une telle clarté qu'aucun doute ne saurait être émis sur sa portée, spé-

b) It is conceded that the stipulations of the Treaties of 1815 and other supplementary acts relative to the free zones will remain in force until a new arrangement is come to between France and Switzerland to regulate matters in this territory.

II.

The French Government have addressed to the Swiss Government, on May 18, 1919, the following note in reply to the communication set out in the preceding paragraph:

In a note dated May 5 the Swiss Legation in Paris was good enough to inform the Government of the French Republic that the Federal Government adhered to the proposed Article to be inserted in the Treaty of Peace between the Allied and Associated Governments and Germany.

The French Government have taken note with much pleasure of the agreement thus reached, and, at their request, the proposed Article, which had been accepted by the Allied and Associated Governments, has been inserted under No. 435 in the Peace conditions presented to the German Plenipotentiaries.

The Swiss Government, in their note of May 5 on this subject, have expressed various views and reservations.

Concerning the observations relating to the free zones of Haute-Savoie and the Gex district, the French Government have the honour to observe that the provisions of the last paragraph of Article 435 are so clear that their purport cannot be misapprehended, especially where it implies that no other Power but France and

cialement en ce qui concerne le désintéressement qu'elle implique désormais à l'égard de cette question de la part des Puissances autres que la France et la Suisse.

En ce qui le concerne, le Gouvernement de la République soucieux de veiller sur les intérêts des territoires français dont il s'agit et s'inspirant à cet égard de leur situation particulière, ne perd pas de vue l'utilité de leur assurer un régime douanier approprié, et de régler d'une façon répondant mieux aux circonstances actuelles les modalités des échanges entre ces territoires et les territoires suisses voisins, en tenant compte des intérêts réciproques.

Il va de soi que cela ne saurait en rien porter atteinte au droit de la France d'établir dans cette région sa ligne douanière à sa frontière politique, ainsi qu'il est fait sur les autres parties de ses limites territoriales et ainsi que la Suisse l'a fait elle-même depuis longtemps sur ses propres limites dans cette région.

Le Gouvernement de la République prend très volontiers acte à ce propos des dispositions amicales dans lesquelles le Gouvernement suisse se déclare prêt à examiner toutes les propositions françaises faites en vue de l'arrangement à substituer au régime actuel desdites zones franches, et que le Gouvernement français entend formuler dans le même esprit amical.

D'autre part, le Gouvernement de la République ne doute pas que le maintien provisoire du régime de 1815, relatif aux zones franches, visé par cet alinéa de la note de la Légation de Suisse du 5 mai, et qui a évidemment pour motif de ménager le passage du régime actuel au régime conven-

Switzerland will in future be interested in that question.

The French Government, on their part, are anxious to protect the interests of the French territories concerned, and, with that object, having their special situation in view, they bear in mind the desirability of assuring them a suitable customs régime and determining, in a manner better suited to present conditions, the methods of exchanges between these territories and the adjacent Swiss territories, while taking into account the reciprocal interests of both regions.

It is understood that this must in no way prejudice the right of France to adjust her customs line in this region in conformity with her political frontier, as is done on the other portions of her territorial boundaries, and as was done by Switzerland long ago on her own boundaries in this region.

The French Government are pleased to note on this subject in what a friendly disposition the Swiss Government take this opportunity of declaring their willingness to consider any French proposal dealing with the system to be substituted for the present régime of the said free zones, which the French Government intend to formulate in the same friendly spirit.

Moreover, the French Government have no doubt that the provisional maintenance of the regime of 1815 as to the free zones referred to in the above mentioned paragraph of the note from the Swiss Legation of May 5, whore object is to provide for the passage from the present régime to

tionnel ne constituera en aucune façon une cause de retard à l'établissement du nouvel état de choses reconnu nécessaire par les deux Gouvernements. La même observation s'applique à la ratification par les Chambres fédérales prévue à l'alinéa a) du primo de la note suisse du 5 mai, sous la rubrique „zone neutralisée de la Haute-Savoie".

Article 436.

Les Hautes Parties Contractantes reconnaissent avoir pris connaissance et donner acte du Traité signé par le Gouvernement de la République française le 17 juillet 1918 avec Son Altesse Sérénissime le Prince de Monaco, et définissant les rapports de la France et de la Principauté.*)

Article 437.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent qu'en l'absence de stipulations ultérieures contraires, le Président de toute Commission établie par le présent Traité aura droit, en cas de partage des voix, à émettre un second vote.

Article 438.

Les Puissances alliées et associées conviennent que, lorsque des missions religieuses chrétiennes étaient entretenues par des sociétés ou par des personnes allemandes sur des territoires leur appartenant ou confiés à leur Gouvernement en conformité du présent Traité, les propriétés de ces missions ou sociétés de missions, y compris les propriétés des sociétés de commerce dont les profits sont affectés à l'entretien des missions, devront continuer à recevoir une affectation de mission. A l'effet d'assurer la

the conventional régime, will cause no delay whatsoever in the establishment of the new situation which has been found necessary by the two Governments. This remark applies also to the ratification by the Federal Chambers, dealt with in paragraph 1 a), of the Swiss note of May 5, under the heading „Neutralized zone of Haute-Savoie".

Article 436.

The High Contracting Parties declare and place on record that they have taken note of the Treaty signed by the Government of the French Republic on July 17, 1918, with His Serene Highness the Prince of Monaco defining the relations between France and the Principality.*)

Article 437.

The High Contracting Parties agree that, in the absence of a subsequent agreement to the contrary, the Chairman of any Commission established by the present Treaty shall in the event of an equality of votes be entitled to a second vote.

Article 438.

The Allied and Associated Powers agree that where Christian religious missions were being maintained by German societies or persons in territory belonging to them, or of which the government is entrusted to them in accordance with the present Treaty, the property which these missions or missionary societies possessed, including that of trading societies whose profits were devoted to the support of missions, shall continue to be devoted to missionary purposes. In order to ensure the due execution of

*) V. ci-dessus No. 29, p. 313.

bonne exécution de cet engagement, les Gouvernements alliés et associés remettront lesdites propriétés à des conseils d'administration, nommés ou approuvés par les Gouvernements et composés de personnes ayant les croyances religieuses de la Mission dont la propriété est en question.

Les Gouvernements alliés et associés, en continuant d'exercer un plein contrôle en ce qui concerne les personnes par lesquelles ces missions sont dirigées, sauvegarderont les intérêts de ces missions.

L'Allemagne, donnant acte des engagements qui précèdent, déclare agréer tous arrangements passés ou à passer par les Gouvernements alliés et associés intéressés pour l'accomplissement de l'œuvre desdites missions ou sociétés de commerce et se désiste de toutes réclamations à leur égard.

Article 439.

Sous réserve des dispositions du présent Traité, l'Allemagne s'engage à ne présenter, directement ou indirectement, contre aucune des Puissances alliées et associées, signataires du présent Traité, y compris celles qui, sans avoir déclaré la guerre, ont rompu leurs relations diplomatiques avec l'Empire allemand, aucune réclamation pécuniaire, pour aucun fait antérieur à la mise en vigueur du présent Traité.

La présente stipulation vaudra désistement complet et définitif de toutes réclamations de cette nature, désormais éteintes, quels qu'en soient les intéressés.

Article 440.

L'Allemagne accepte et reconnaît comme valables et obligatoires toutes décisions et tous ordres concernant

this undertaking the Allied and Associated Governments will hand over such property to boards of trustees appointed by or approved by the Governments and composed of persons holding the faith of the Mission whose property is involved.

The Allied and Associated Governments, while continuing to maintain full control as to the individuals by whom the Missions are conducted, will safeguard the interests of such Missions.

Germany, taking note of the above undertaking, agrees to accept all arrangements made or to be made by the Allied or Associated Government concerned for carrying on the work of the said missions or trading societies and waives all claims on their behalf.

Article 439.

Without prejudice to the provisions of the present Treaty, Germany undertakes not to put forward directly or indirectly against any Allied or Associated Power, signatory of the present Treaty, including those which without having declared war, have broken off diplomatic relations with the German Empire, any pecuniary claim based on events which occured at any time before the coming into force of the present Treaty.

The present stipulation will bar completely and finally all claims of this nature, which will be thenceforward extinguished, whoever may be the parties in interest.

Article 440.

Germany accepts and recognises as valid and binding all decrees and orders concerning German ships and

les navires allemands et les marchandises allemandes, ainsi que toutes décisions et ordres relatifs au payement des frais et rendus par l'une quelconque des juridictions de prises des Puissances alliées et associées et s'engage à ne présenter au nom de ses nationaux aucune réclamation relativement à ces décisions ou ordres.

Les Puissances alliées et associées se réservent le droit d'examiner, dans telles conditions qu'elles détermineront, les décisions et ordres des juridictions allemandes en matière de prises, que ces décisions et ordres affectent les droits de propriété des ressortissants desdites Puissances ou ceux des ressortissants neutres. L'Allemagne s'engage à fournir des copies de tous les documents constituant le dossier des affaires, y compris les décisions et ordres rendus, ainsi qu'à accepter et exécuter les recommandations présentées après ledit examen des affaires.

Le présent Traité, dont les textes français et anglais feront foi, sera ratifié.

Le dépôt des ratifications sera effectué à Paris, le plus tôt qu'il sera possible.

Les Puissances, dont le Gouvernement a son siège hors d'Europe, auront la faculté de se borner à faire connaître au Gouvernement de la République française, par leur représentant diplomatique à Paris, que leur ratification a été donnée et, dans ce cas, elles devront en transmettre l'instrument aussitôt que faire se pourra.

Un premier procès-verbal de dépôt des ratifications sera dressé dès que le Traité aura été ratifié par l'Allemagne d'une part et par trois des Principales Puissances alliées et associées d'autre part.

goods and all orders relating to the payment of costs made by any Prize Court of any of the Allied or Associated Powers, and undertakes not to put forward any claim arising out of such decrees or orders on behalf of any German national.

The Allied and Associated Powers reserve the right to examine in such manner as they may determine all decisions and orders of German Prize Courts, whether affecting the property rights of nationals of those Powers or of neutral Powers. Germany agrees to furnish copies of all the documents constituting the record of the cases, including the decisions and orders made, and to accept and give effect to the recommendations made after such examination of the cases.

The present Treaty, of which the French and English texts are both authentic, shall be ratified.

The deposit of ratifications shall be made at Paris as soon as possible.

Powers of which the seat of the Government is outside Europe will be entitled merely to inform the Government of the French Republic through their diplomatic representative at Paris that their ratification has been given; in that case they must transmit the instrument of ratification as soon as possible.

A first procès-verbal of the deposit of ratifications will be drawn up as soon as the Treaty has been ratified by Germany on the one hand, and by three of the Principal Allied and Associated Powers on the other hand.

Dès la date de ce prémier procès-verbal, le Traité entrera en vigueur entre les Hautes Parties Contractantes, qui l'auront ainsi ratifié. Pour le calcul de tous délais prévus par le présent Traité cette date sera la date de mise en vigueur.

A tous autres égards le Traité entrera en vigueur pour chaque Puissance, à la date du dépôt de sa ratification.

Le Gouvernement français remettra à toutes les Puissances signataires une copie certifiée conforme des procès-verbaux de dépôt des ratifications.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires susnommés ont signé le présent Traité.

Fait à Versailles, le vingt-huit juin mil neuf cent dix-neuf, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement de la République française et dont les expéditions authentiques seront remises à chacune des Puissances signataires.

From the date of this first procès-verbal the Treaty will come into force between the High Contracting Parties who have ratified it. For the determination of all periods of time provided for in the present Treaty this date will be the date of the coming into force of the Treaty.

In all other respects the Treaty will enter into force for each Power at the date of the deposit of its ratification.

The French Government will transmit to all the signatory Powers a certified copy of the procès-verbaux of the deposit of ratifications.

In faith whereof the above-named Plenipotentiaries have signed the present Treaty.

Done at Versailles, the twenty-eighth day of June, one thousand nine hundred and nineteen, in a single copy which will remain deposited in the archives of the French Republic, and of which authenticated copies will be transmitted to each of the Signatory Powers.

(L. S.) *Woodrow Wilson.*
(L. S.) *Robert Lansing.*
(L. S.) *Henry White.*
(L. S.) *E. M. House.*
(L. S.) *Tasker H. Bliss.*
(L. S.) *D. Lloyd George.*
(L. S.) *A. Bonar Law.*
(L. S.) *Milner.*
(L. S.) *Arthur James Balfour.*
(L. S.) *George N. Barnes.*
(L. S.) *Chas. J. Doherty.*
(L. S.) *Arthur L. Sifton.*
(L. S.) *W. M. Hughes.*
(L. S.) *Joseph Cook.*
(L. S.) *Louis Botha.*
(L. S.) *J. Chr. Smuts.*
(L. S.) *W. F. Massey.*
(L. S.) *Ed. S. Montagu.*
(L. S.) *Ganga Singh, Maharaja de Bikaner.*
(L. S.) *G. Clemenceau.*
(L. S.) *S. Pichon.*
(L. S.) *L. L. Klotz.*
(L. S.) *André Tardieu.*
(L. S.) *Jules Cambon.*
(L. S.) *Sidney Sonnino.*
(L. S.) *Imperiali.*
(L. S.) *Silvio Crespi.*
(L. S.) *Salonzi.*
(L. S.) *N. Makino.*
(L. S.) *S. Chinda.*
(L. S.) *K. Matsui.*
(L. S.) *H. Ijuin.*
(L. S.) *Hymans.*
(L. S.) *J. van den Heuvel.*
(L. S.) *Emile Vandervelde.*

(L. S.) *Ismail Montes.*
(L. S.) *Calogeras.*
(L. S.)
(L. S.) *Rodrigo Oktavio.*
(L. S.)
(L. S.)
(L. S.) *Antonio S. de Bustamente.*
(L. S.) *E. Dorn y de Alsua.*
(L. S.) *Eleftherios Venizelos.*
(L. S.) *Nicolas Politis.*
(L. S.) *Joaquin Mendez.*
(L. S.) *Tertullien Guilbaud.*
(L. S.) *M. Rustem Haidar.*
(L. S.) *Abdul Hadi Aouni.*
(L. S.) *P. Bonilla.*
(L. S.) *C. D. B. King.*
(L. S.) *Salvador Chamorra.*
(L. S.) *Antonio Burgos.*
(L. S.) *C. G. Candamo.*
(L. S.) *I. J. Paderewski.*
(L. S.) *Roman Dmowski.*
(L. S.) *Affonso Costa.*
(L. S.) *Augusto Soares.*
(L. S.) *Ion I. C. Bratiano.*
(L. S.) *General C. Coanda.*
(L. S.) *Nik P. Pachitch.*
(L. S.) *Dr. Ante Trumbic.*
(L. S.) *Mil. R. Vesnitch.*
(L. S.) *Charoon.*
(L. S.) *Traidos Prabandhu.*
(L. S.) *Karel Kramar.*
(L. S.) *Dr. Edward Benes*
(L. S.) *I. A. Bueno.*
(L. S.) *Hermann Müller.*
(L. S.) *Dr. Bell.*

Protocole.

En vue de préciser les conditions dans lesquelles devront être exécutées certaines clauses du Traité signé à la date de ce jour, il est entendu entre les Hautes Parties Contractantes que:

1° Une Commission sera nommée par les Principales Puissances alliées et associées pour surveiller la démolition des fortifications d'Héligoland en conformité du Traité. Cette Commission aura qualité pour décider quelle partie des ouvrages protégeant la côte contre les érosions de la mer doit être conservée et quelle partie doit être démolie;

2° Les sommes que l'Allemagne aurait à rembourser à ses ressortissants pour les indemniser des parts d'intérêt qu'ils se trouveraient avoir dans les chemins de fer et les mines visés à l'alinéa 2 de l'article 156, seront portées au crédit de l'Allemagne à valoir sur les sommes dues au titre des réparations;

3° La liste des personnes que, conformément à l'article 228, alinéa 2,

Protocol.

With a view to indicating precisely the conditions in which certain provisions of the Treaty of even date are to be carried out, it is agreed by the High Contracting Parties that:

1) A Commission will be appointed by the Principal Allied and Associated Powers to supervise the destruction of the fortifications of Heligoland in accordance with the Treaty. This Commission will be authorized to decide what portion of the works protecting the coast from sea erosion are to be maintained and what portion must be destroyed;

2) Sums reimbursed by Germany to German nationals to indemnify them in respect of the interests which they may be found to possess in the railways and mines referred to in the second paragraph of Article 156 shall be credited to Germany against the sums due by way of reparation;

3) The list of persons to be handed over to the Allied and Associa-

l'Allemagne devra livrer aux Puissances alliées et associées, sera adressée au Gouvernement allemand dans le mois qui suivra la mise en vigueur du Traité;

4° La Commission des réparations prévue à l'article 240 et aux paragraphes 2, 3 et 4 de l'Annexe IV ne pourra exiger la divulgation de secrets de fabrication ou d'autres renseignements confidentiels;

5° Dès la signature du Traité et dans les quatre mois qui suivront, l'Allemagne aura la possibilité de présenter à l'examen des Puissances alliées et associées des documents et des propositions à l'effet de hâter le travail relatif aux réparations, d'abréger ainsi l'enquête et d'accélérer les décisions;

6° Des poursuites seront exercées contre les personnes qui auraient commis des actes délictueux en ce qui concerne la liquidation des biens allemands, et les Puissances alliées et associées recevront les renseignements et preuves que le Gouvernement allemand pourra fournir à ce sujet.

Fait à Versailles, le vingt-huit juin mil neuf cent dix-neuf.

ted Governments by Germany under the second paragraph of Article 228 shall be communicated to the German Government within a month from the coming into force of the Treaty;

4) The Reparation Commission referred to in Article 240 and paragraphs 2, 3 and 4 of Annex IV cannot require trade secrets or other confidential information to be divulged;

5) From the signature of the Treaty and within the ensuing four months Germany will be entitled to submit for examination by the Allied and Associated Powers documents and proposals in order to expedite the work connected with reparation, and thus to shorten the investigation and to accelerate the decisions;

6) Proceedings will be taken against persons who have committed punishable offences in the liquidation of German property, and the Allied and Associated Powers will welcome any information or evidence which the German Government can furnish on this subject.

Done at Versailles, the twenty-eight day of June, one thousand nine hundred and nineteen.

Woodrow Wilson.
Robert Lansing.
Henry White.
E. M. House.
Tasker H. Bliss.
D. Lloyd George.
A. Bonar Law.
Milner.
Arthur James Balfour.
George N. Barnes.
Chas. J. Doherty.
Arthur L. Sifton.
W. M. Hughes.
Joseph Cook.

Louis Botha.
J. C. Smuts.
W. F. Massey.
Ed. S. Montagu.
Ganga Singh, Maharaja de Bikaner.
G. Clemenceau.
S. Pichon.
L. L. Klotz.
André Tardieu.
Jules Cambon.
Sidney Sonnino.
Imperiali.
Silvio Crespi.

Saionzi.
N. Makino.
S. Chinda.
K. Matsui.
H. Ijuin.
Hymans.
J. van den Heuvel.
Emile Vandervelde.
Ismail Montes.
Calogeras.

Rodrigo Octavio.

Antonio S. de Bustamente.
E. Dorn y de Alsua.
Eleftherios Veniselos.
Nicolas Politis.
Joaquin Mendez.
Tertullien Guilbaud.
M. Rustem Haidar.
Abdul Hadi Aouni.
P. Bonilla.
C. D. B. King.
Salvador Chamorro.
Antonio Burgos.
C. G. Candamo.
I. J. Paderewski.
Roman Dmowski.
Affonso Costa.
Augusto Soares.
Ion I. C. Bratiano.
General C. Coanda.
Nik. P. Pachitch.
Dr. Ante Trumbic.
Mil. R. Vesnitch.
Charoon.
Traidos Prabandhu.
Karel Kramar.
Dr. Edward Benes.
I. A. Buero.
Hermann Müller.
Dr. Bell.

Sommaire.

Pages

Préambule 323

Partie I.

Pacte de la Société des Nations.

Pacte de la Société des Nations (Art. 1 à 26) 331
Annexe 348

Partie II.

Frontières d'Allemagne.

Frontières d'Allemagne (Art. 27 à 30) 349

Partie III.

Clauses politiques européennes.

Section I. Belgique (Art. 31 à 39) 355
Section II. Luxembourg (Art. 40 à 41) 358
Section III. Rive gauche du Rhin (Art. 42 à 44) 359
Section IV. Bassin de la Sarre (Art 45 à 50) 360
Annexe 364
Chapitre I. Des propriétés minières cédées et de leur exploitation (§ 1 à 15) 364
Chapitre II. Gouvernement du territoire du Bassin de la Sarre (§ 16 à 33) 370
Chapitre III. Consultation populaire (§ 34 à 40) 377
Section V. Alsace-Lorraine (Art. 51 à 79) 380
Annexe (§ 1 à 4) 394
Section VI. Autriche (Art. 80) 396
Section VII. Etat Tchéco-Slovaque (Art. 81 à 86) 397
Section VIII. Pologne (Art. 87 à 93) 400
Section IX. Prusse Orientale (Art. 94 à 98) 412
Section X. Memel (Art. 99) 417
Section XI. Ville libre de Dantzig (Art. 100 à 108) 417
Section XII. Slesvig (Art. 109 à 114) 422
Section XIII. Héligoland (Art. 115) 429
Section XIV. Russie et Etats Russes (Art. 116 à 117) 430

Patrie IV.

Droits et intérêts allemands hors de l'Allemagne.

Section I. Colonies allemandes (Art. 119 à 127) 431
Section II. Chine (Art. 128 à 134) 433
Section III. Siam (Art. 135 à 137) 436

Pages
Section IV. Libéria (Art. 138 à 140) 437
Section V. Maroc (Art. 141 à 146) 437
Section VI. Egypte (Art. 147 à 154) 440
Section VII. Turquie et Bulgarie (Art. 155) 442
Section VIII. Chantoung (Art. 156 à 158) 442

Partie V.

Clauses militaires, navales et aériennes.

Section I. Clauses militaires 444
Chapitre I. Effectifs et encadrements de l'armée allemande (Art. 159 à 163) 444
Chapitre II. Armements, munitions et matériel (Art. 164 à 172) 446
Chapitre III. Recrutement et instruction militaire (Art. 173 à 179) 450
Chapitre IV. Fortifications (Art. 180) 453
Tableau n° 1. Situation et effectifs des Etats-Majors de corps d'armée et des divisions d'infanterie et de cavalerie 454
Tableau n° 2. Armement pour la dotation d'un maximum de 7 divisions d'infanterie, 3 divisions de cavalerie et 2 Etats-Majors de corps d'armée 456
Tableau n° 3. Stocks maxima autorisés 457
Section II. Clauses navales (Art. 181 à 197) 457
Section III. Clauses concernant l'aéronautique militaire et navale (Art. 198 à 202) 465
Section IV. Commissions interalliées de contrôle (Art. 203 à 210) . . . 468
Section V. Clauses générales (Art. 211 à 213) 472

Partie VI.

Prisonniers de guerre et sépultures.

Section I. Prisonniers de guerre (Art. 214 à 224) 473
Section II. Sépultures (Art. 225 et 226) 476

Partie VII.

Sanctions.

Sanctions (Art. 227 à 230) 477

Partie VIII.

Réparations.

Section I. Dispositions générales (Art. 231 à 244) 479
Annexe I 486
Annexe II (§ 1 à 23) 488
Annexe III (§ 1 à 9) 498
Annexe IV (§ 1 à 7) 503
Annexe V (§ 1 à 10) 507
Annexe VI (§ 1 à 5) 511
Annexe VII 513
Section II. Dispositions particulières (Art. 245 à 247) 514

Partie IX.

Clauses financières.

Clauses financières (Art. 248 à 263) 516

Partie X.

Clauses économiques.

Section I. Relations commerciales. 527
Chapitre I. Réglementation, taxes et restrictions douanières (Art. 264 à 270) 527

Pages

Chapitre II. Traitement de la navigation (Art. 271 à 273) . . . 532
Chapitre III. Concurrence déloyale (Art. 274 à 275) 533
Chapitre IV. Traitement des ressortissants des Puissances alliées et associées (Art. 276 à 279) 534
Chapitre V. Clauses générales (Art. 280 et 281) 536
Section II. Traités (Art. 282 à 295) 536
Section III. Dettes (Art. 296) 546
Annexe (§ 1 à 25) 549
Section IV. Biens, droits et intérêts (Art. 297 et 298) 558
Annexe (§ 1 à 15) 564
Section V. Contrats, prescriptions, jugements (Art. 299 à 303) 572
Annexe:
I. Dispositions générales (§ 1 à 3) 577
II. Dispositions particulières à certaines catégories de contrats (§ 4 à 7) 579
III. Contrats d'assurances (§ 8 à 24) 580
Section VI. Tribunal arbitral mixte (Art. 304 et 305) 587
Annexe (§ 1 à 9) 589
Section VII. Propriété industrielle (Art. 306 à 311) 591
Section VIII. Assurances sociales et assurances d'État dans les territoires cédés (Art. 312) 600

Partie XI.

Navigation aérienne.

Navigation aérienne (Art. 313 à 320) 601

Partie XII.

Ports, voies d'eau et voies ferrées.

Section I. Dispositions générales (Art. 321 à 326) 603
Section II. Navigation 606
Chapitre I. Liberté de navigation (Art. 327) 606
Chapitre II. Zones franches dans les ports (Art. 328 à 330) . . . 608
Chapitre III. Clauses relatives à l'Elbe, à l'Oder, au Niemen et au Danube 610
1° Dispositions générales (Art. 331 à 339) 610
2° Dispositions spéciales à l'Elbe, à l'Oder et au Niemen (Art. 340 à 345) 615
3° Dispositions spéciales au Danube (Art. 346 à 353) 617
Chapitre IV. Clauses relatives au Rhin et à la Moselle (Art. 354 à 362) 619
Chapitre V. Clauses donnant à l'État tchéco-slovaque l'usage des ports du Nord (Art. 363 et 364) 627
Section III. Chemins de fer 628
Chapitre I. Clauses relatives aux transports internatiaux (Art. 365 à 369) 628
Chapitre II. Matérial roulant (Art. 370) 631
Chapitre III. Cession de lignes de chemins de fer (Art. 371) . . . 632
Chapitre IV. Dispositions concernant certaines lignes de chemins de fer (Art. 372 à 374) 633
Chapitre V. Dispositions transitoires (Art. 375) 634
Section IV. Jugement des litiges et revision des clauses permanentes (Art. 376 à 378) 634
Section V. Dispositions particulièrs (Art. 379) 635
Section VI. Clauses relatives au canal de Kiel (Art. 380 à 386) 636

Partie XIII.

Travail.

Pages

Section I. Organisation du travail 638
Chapitre I. Organisation (Art. 387 à 399) 639
Chapitre II. Fonctionnement (Art. 400 à 420) 645
Chapitre III. Prescriptions générales (Art. 421 à 423) 654
Chapitre IV. Mesures transitoires (Art. 424 à 426) 655
Annexe 656
Section II. Principes généraux (Art. 427) 657

Partie XIV.

Garanties d'exécution.

Section I. Europe occidentale (Art. 428 à 432) 659
Section II. Europe orientale (Art. 433) 661

Partie XV.

Clauses diverses.

Clauses diverses (Art. 434 à 440) 662
Annexe 664

33.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, BELGIQUE, EMPIRE BRITANNIQUE, FRANCE, ALLEMAGNE.

Arrangement concernant l'occupation militaire des territoires rhénans; signé à Versailles, le 28 juin 1919.*)

Deutsches Reichsgesetzblatt 1919, No. 140

Arrangement entre les Etats-Unis d'Amérique, la Belgique, l'Empire Britannique et la France,

d'une part,

et l'Allemagne,

d'autre part,

concernant l'occupation militaire des territoires rhénans.

Les Soussignés, agissant en vertu des pouvoirs qui leur sont conférés par leurs Gouvernements respectifs, ainsi qu'il est prévu à l'article 432

Agreement between the United States of America, Belgium, the British Empire, and France,

of the one part,

and Germany,

of the other part,

with regard to the military occupation of the territories of the Rhine.

The Undersigned, acting under the powers conferred upon them by their respective Governments, have come to the following agreement as pro-

*) La Belgique, l'Empire Britannique, la France et l'Allemagne ont ratifié l'Arrangement. Le dépôt des ratifications a eu lieu à Paris, le 10 janvier 1920.

du Traité de Paix signé à la date de ce jour, sont tombés d'accord sur les dispositions suivantes:

Article 1.

Conformément aux articles 428 et suivants du Traité signé en date de ce jour,*) les forces armées des Puissances alliées et associées continueront l'occupation des territoires allemands (telle que cette occupation a été définie par l'article 5 de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918**) et étendue par l'article 7 de la Convention additionnelle du 16 janvier 1919,***) comme garantie de l'exécution par l'Allemagne dudit Traité.

Aucune troupe allemande, à l'exception des prisonniers de guerre en cours de rapatriement, ne sera admise dans les territoires occupés, même en transit; mais des forces de police, dont le nombre sera déterminé par les Puissances alliées et associées, pourront être maintenues dans ces territoires, en vue d'y assurer l'ordre.

Article 2.

Il sera constitué un organisme civil, dénommé *Haute Commission interalliée des territoires rhénans* et désigné ci-après sous le nom de *Haute Commission*, qui, à moins de dispositions contraires du Traité, sera le représentant suprême des Puissances alliées et associées dans les territoires occupés. Il comprendra quatre membres représentant la Belgique, la France, la Grande-Bretagne et les Etats-Unis.

Article 3.

a) La Haute Commission aura le pouvoir d'édicter des ordonnances dans la mesure qui sera nécessaire

vided for in Article 432 of the Treaty of Peace of even date.

Article 1.

In accordance with Article 428 and the following Articles of the Treaty of even date,*) the armed forces of the Allied and Associated Powers will continue in occupation of German territory (as such occupation is defined by Article 5 of the Armistice Convention of the 11th November 1918**), as extended by Article 7 of the Additional Convention of the 16th January 1919,***) as a guarantee of the execution by Germany of the Treaty.

No German troops, except prisoners of war in process of repatriation, shall be admitted to the occupied territories, even in transit; but police forces of a strength to be determined by the Allied and Associated Powers may be maintained in these territories for the purpose of ensuring order.

Article 2.

There shall be constituted a civilian body styled *the Inter-Allied Rhineland High Commission*, and hereinafter called *the High Commission*, which, except in so far as the Treaty may otherwise provide, shall be the supreme representative of the Allied and Associated Powers within the occupied territory. It shall consist of four members representing Belgium, France, Great Britain and the United States.

Article 3.

a) The High Commission shall have the power to issue ordinances so far as may be necessary for securing

*) V. ci-dessus, p. 659. **) V. ci-dessus, p. 173. ***) V. ci-dessus, p. 212.

pour assurer l'entretien, la sécurité et les besoins des forces militaires des Puissances alliées et associées. Ces ordonnances seront publiées par ses soins; les copies en seront envoyées à chacun des Gouvernements alliés et associés ainsi qu'au Gouvernement allemand.

Ces ordonnances auront force de loi et, dès leur publication, seront reconnues comme telles par les autorités militaires alliées et associées et par les autorités civiles allemandes.

b) Les membres de la Haute Commission jouiront des privilèges et immunités diplomatiques.

c) Les tribunaux allemands continueront à exercer leur juridiction civile et criminelle, sauf en ce qui concerne les exceptions contenues dans les paragraphes d) et e) ci-dessous.

d) Les forces armées des Puissances alliées et associées et les personnes à elles attachées à qui les généraux commandant les armées d'occupation auront délivré un laissez-passer révocable, et toutes les personnes employées par ces troupes ou à leur service, seront exclusivement justiciables de la loi militaire et de la juridiction militaire de ces troupes.

e) Toutes personnes qui commettront un crime ou un délit contre la personne ou les biens des forces armées des Puissances alliées et associées pourront être traduites devant la juridiction militaire desdites troupes.

Article 4.

Les autorités allemandes, soit en territoire occupé, soit en territoire non occupé, doivent, sur la demande de tout officier des forces d'occupation dûment autorisé, arrêter et remettre entre les mains du commandant des

the maintenance, safety and requirements of the Allied and Associated forces. Such ordinances shall be published under the authority of the High Commission, and copies thereof shall be sent to each of the Allied and Associated Governments and also to the German Government.

When so published they shall have the force of law and shall be recognised as such by all the Allied and Associated military authorities and by the German civil authorities.

b) The members of the High Commission shall enjoy diplomatic privileges and immunities.

c) The German courts shall continue to exercise civil and criminal jurisdiction subject to the exceptions contained in paragraphs d) and e) below.

d) The armed forces of the Allied and Associated Powers and the persons accompanying them, to whom the General Officers Commanding the Armies of Occupation shall have issued a revokable pass, and any persons employed by, or in the service of such troops, shall be exclusively subject to the military law and jurisdiction of such forces.

e) Any person who commits any offence against the persons or property of the armed forces of the Allied and Associated Powers may be made amenable to the military jurisdiction of the said forces.

Article 4.

The German authorities, both in the occupied and in the unoccupied territories, shall, on the demand of any duly authorised military officer of the occupying forces, arrest and hand over to the nearest commander

armées alliées et associées le plus proche toute personne accusée d'un crime ou délit et qui, par application des alinéas d) et e) de l'article 3, est justiciable de la juridiction militaire des forces alliées et associées.

Article 5.

L'administration civile des provinces *(Provinzen)*, des gouvernements *(Regierungsbezirke)*, cercles urbains *(Stadtkreise)*, cercles ruraux *(Landkreise)*, et communes *(Gemeinden)* restera entre les mains des autorités allemandes et l'administration civile de ces zones continuera conformément aux lois allemandes et sous l'autorité du Gouvernement central allemand, à l'exception de la réglementation par ordonnances émanant de la Haute Commission et dans la mesure où celle-ci le jugera nécessaire, conformément à l'article 3, pour adapter cette administration aux besoins et aux circonstances de l'occupation militaire. Il est entendu que les autorités allemandes sont obligées, sous peine de révocation, de se conformer à toutes les ordonnances rendues en vertu de l'article 3 ci-dessus.

Article 6.

Le droit de réquisition en nature et en services, tel qu'il est réglementé par la Convention de La Haye de 1907,*) sera exercé par les armées alliées et associées d'occupation.

Les charges causées par les réquisitions effectuées dans la zone de chaque armée alliée ou associée, et l'estimation des dommages causés par les troupes d'occupation, seront déterminées par des Commissions locales composées, par égale représentation, à la fois de civils allemands nommés

of the Allied or Associated troops any person charged with an offence who is amenable under paragraph d) or paragraph e) of Article 3 above to the military jurisdiction of the Allied or Associated Forces.

Article 5.

The civil administration of the provinces *(Provinzen)*, Government departments *(Regierungsbezirke)*, Urban Circles *(Stadtkreise)*, Rural Circles *(Landkreise)*, and Communes *(Gemeinden)*, shall remain in the hands of the German authorities, and the civil administration of these areas shall continue under German law and under the authority of the Central German Government, except in so far as it may be necessary for the High Commission by Ordinance under Article 3 to adapt that administration to the needs and circumstances of military occupation. It is understood that the German authorities shall be obliged, under penalty of removal, to conform to the ordinances issued in virtue of Article 3 above.

Article 6.

The right to requisition in kind and to demand services in the manner laid down in the Hague Convention, 1907,*) shall be exercised by the Allied and Associated Armies of Occupation.

The charges for the requisitions effected in the zone of each Allied and Associated army and the estimate of damage caused by the troops of occupation shall be determined by local Commissions composed in equal representation of German civilians appointed by the German civil autho-

*) V. **N. R. G.** 3. s. III, p. 461.

par les autorités civiles allemandes et d'officiers alliés ou associés, et présidées par une personne nommée par la Haute Commission.

Le Gouvernement allemand continuera à supporter les frais d'entretien des armées d'occupation aux conditions fixées par le Traité. Le Gouvernement allemand supportera également les dépenses résultant du fonctionnement de la Commission et de son logement. Des locaux convenables pour le logement de la Haute Commission seront choisis après avoir consulté le Gouvernement allemand.

Article 7.

Les troupes alliées et associées continueront à occuper sans obstacle les locaux qu'elles occupent à present en se conformant aux stipulations de l'article 8 b) ci-après.

Article 8.

a) Le Gouvernement allemand s'engage à mettre à la disposition des troupes alliées et associées et à maintenir en bon état tous les établissements militaires nécessaires aux dites troupes, ainsi que les ameublements, le chauffage et l'éclairage, en conformité avec les règlements concernant ces matières et actuellement en vigueur dans les différentes armées susvisées. Ces dispositions impliquent le logement pour les officiers et les hommes, les corps de garde, les bureaux, les administrations, les états-majors de régiment et quartiers généraux, les ateliers, les magasins, les hôpitaux, les blanchisseries, les écoles régimentaires, les manèges, les écuries, les terrains d'instruction, les champs de tir d'infanterie et d'artillerie, les terrains d'aviation, les pâturages, les

rities and Allied or Associated military officers, and presided over by some person appointed by the High Commission.

The German Government shall continue to be responsible for the cost of maintenance of the troops of occupation under the conditions fixed by the Treaty. The German Government shall also be responsible for the costs and expenses of the High Commission, and for its housing. Suitable premises for the housing of the High Commission shall be selected after consultation with the German Government.

Article 7.

The Allied and Associated troops shall continue undisturbed in possession of any premises at present occupied by them, subject to the provision of Article 8 b) below.

Article 8.

a) The German Government shall undertake, moreover, to place at the disposal of the Allied and Associated troops and to maintain in good state of repair all the military establishments required for the said troops, with the necessary furniture, heating and lighting, in accordance with the regulations concerning these matters in force in the various armies concerned. These shall include accommodation for officers and men, guardrooms, offices, administrative, regimental and staff headquarters, workshops, store-rooms, hospitals, laundries, regimental schools, riding schools, stables, training grounds and rifle and artillery ranges, aviation grounds, grazing grounds, warehouses for supplies and grounds for military manœuvres, also theatre and cinema premises, and

magasins de ravitaillement et les terrains de manœuvres, ainsi que des immeubles pour les théâtres et cinémas et des terrains en quantité raisonnable pour le sport et la récréation des troupes.

b) Les soldats et sous-officiers seront casernés et ne seront pas logés chez l'habitant, sauf en cas d'exceptionnelle urgence.

Dans le cas où les établissements militaires actuels seraient trouvés insuffisants ou ne conviendraient pas, les troupes alliées et associées pourront prendre possession de tout établissement public ou privé avec son personnel, s'il leur paraît convenir dans ce but, ou, en cas d'insuffisance, exiger la construction de nouveaux casernements.

Les fonctionnaires civils, les officiers et leurs familles pourront être logés chez l'habitant, en suivant les règlements concernant les cantonnements, actuellement en vigueur dans chaque armée.

Article 9.

Les troupes alliées et associées ou leur personnel ainsi que la Haute Commission et son personnel ne payeront aucun impôt ni taxe directs allemands.

Les denrées de ravitaillement, les armes, l'habillement, l'équipement, les approvisionnements de toute nature destinés à être utilisés par les armées alliées et associées ou adressés aux autorités militaires ou à la Haute Commission ainsi qu'aux cantines et aux mess d'officiers, devront être reçus en franchise de port et droits d'entrée de toute espèce.

Article 10.

Le personnel employé dans les voies de communication (chemins de

reasonable facilities for sport and for recreation grounds for the troops.

b) Private soldiers and non-commissioned officers shall be accommodated in barracks, and shall not be billeted on the inhabitants, except in cases of exceptional emergency.

In the event of the existing military establishments being insufficient or not being considered suitable, the Allied and Associated troops may take possession of any other public or private establishment with its personnel, suitable for those purposes, or, if there are no such suitable premises, they may require the construction of new barracks.

Civilian and military officers and their families may be billeted on the inhabitants in accordance with the billeting regulations in force in each army.

Article 9.

No German direct taxes or duties will be payable by the High Commission, the Allied and Associated armies or their personnel.

Food supplies, arms, clothing, equipment and provisions of all kinds for the use of the Allied and Associated Armies, or addressed to the military authorities, or to the High Commission, or to canteens and officers' messes, shall be transported free of charge and free of all import duties of any kind.

Article 10.

The personnel employed on all means of communication (railways,

fer à voie normale ou autres, tramways de toutes sortes, fleuves et canaux, y compris le Rhin, routes et rivières) devra obéir aux ordres qui lui seront donnés par le Commandant en chef des armées alliées et associées, ou en son nom, pour des buts militaires.

Tout le matériel et tout le personnel civil nécessaires à l'entretien et à l'exploitation de toutes les voies de communication doivent être maintenus au complet sur ces voies dans les territoires occupés.

Les transports de troupes ou d'isolés et d'officiers, munis d'un ordre de transport sur les chemins de fer, seront effectués gratuitement.

Article 11.

Les armées d'occupation pourront continuer, dans des buts militaires, à se servir de toutes les installations télégraphiques et téléphoniques existantes.

Les armées d'occupation continueront également à exercer le droit d'installer des lignes militaires télégraphiques et téléphoniques, des stations de télégraphie sans fil et de tous autres moyens analogues de communication qui leur paraîtront nécessaires. Dans ce but, elles pourront, sous réserve de l'approbation de la Haute Commission, entrer dans n'importe quel lieu public ou privé et l'occuper.

Le personnel des télégraphes et téléphones publics continuera à obéir aux ordres donnés, pour des buts militaires, par le Commandant en chef des armées alliées et associées.

Les télégrammes et messages de ou pour les autorités alliées ou associées ou la Haute Commission et d'un caractère officiel auront la priorité

railroads and tramways of all kinds, waterways (including the Rhine), roads and rivers), shall obey any orders given by, or on behalf of, the Commander-in-Chief of the Allied and Associated armies for military purposes.

All the material and all the civil personnel necessary for the maintenance and working of all means of communication must be kept intact on all such means of communication in the occupied territory.

The transport on the railways of troops or individual soldiers or officers, on duty or furnished with a warrant, will be effected without payment.

Article 11.

The Armies of Occupation may continue to use for military purposes all existing telegraphic and telephonic installations.

The Armies of Occupation shall also have the right to continue to install and use military telegraph and telephone lines, wireless stations and all other similar means of communication which may appear to them expedient. For this purpose, subject to the approval of the High Commission, they may enter upon and occupy any land, whether public or private.

The personnel of the public telegraph and telephone services shall continue to obey the orders of the Commander-in-Chief of the Allied and Associated Armies given for military purposes.

Telegrams and messages to or from the Allied and Associated authorities and the High Commission and of an official nature shall be entitled to

sur toutes les autres communications et seront expédiés gratuitement. Les autorités militaires alliées et associées auront le droit de contrôler l'ordre dans lequel les communications seront transmises.

Aucune installation de télégraphie sans fil ne pourra être établie par les autorités ou les habitants des territoires occupés sans une autorisation préalable des autorités militaires alliées et associées.

Article 12.

Le personnel du Service des Postes obéira à tous ordres donnés par le Commandant en chef des armées alliées et associées ou son représentant, dans des buts militaires. Le Service postal public continuera sous la direction des autorités allemandes, étant entendu qu'aucune atteinte ne sera apportée aux services postaux militaires organisés par les armées d'occupation, qui auront le droit de se servir, pour les besoins militaires, de toutes les routes postales existantes.

Les dites armées auront le droit de faire circuler des wagons-poste avec tout le personnel nécessaire sur toutes les lignes postales existantes.

Le Gouvernement allemand transportera, gratuitement et sans les examiner, les lettres et les colis qui pourraient être remis à ses bureaux de poste par ou pour les armées d'occupation ou la Haute Commission et sera responsable de la valeur de toute lettre ou colis perdu ou volé par la poste.

Article 13.

La Haute Commission aura le pouvoir, toutes les fois qu'elle le jugera nécessaire, de déclarer l'état de siège dans une partie quelconque ou dans

priority over all other communications and shall be despatched free of charge. The Allied and Associated military authorities shall have the right to supervise the order in which such communications are transmitted.

No wireless telegraphy installations shall be allowed to be erected by the authorities or by the inhabitants of the occupied territory without previous authorisation by the Allied and Associated military authorities.

Article 12.

The personnel of the postal service shall obey any orders given by or on behalf of the Commander-in-Chief of the Allied and Associated Armies for military purposes. The public postal service shall continue to be carried out by the German authorities, but this shall not in any way affect the retention of the military postal services organised by the Armies of Occupation, who shall have the right to use all existing postal routes for military requirements.

The said armies shall have the right to run postal wagons with all necessary personnel on all existing postal routes.

The German Government shall transmit free of charge and without examination letters and parcels which may be entrusted to its post-offices by or for the Armies of Occupation or by or for the High Commission; and shall be responsible for the value of any letters or parcels lost.

Article 13.

The High Commission shall have the power, whenever they think it necessary, to declare a state of siege in any part of the territory or in

la totalité du territoire. Par suite de cette déclaration, les autorités militaires auront les pouvoirs prévus par la loi allemande d'Empire du 30 mai 1892.

En cas d'urgence, lorsque l'ordre public est troublé ou menacé dans un district, les autorités militaires locales pourront pendre toutes mesures temporaires nécessaires pour rétablir l'ordre. Dans ce cas, les autorités militaires rendront compte de ces faits à la Haute Commission.

Fait à Versailles, le vingt-huit juin mil neuf cent dix-neuf.

the whole of it. Upon such declaration the military authorities shall have the powers provided in the German Imperial Law of May 30th, 1892.

In case of emergency, where public order is disturbed or threatened in any district, the local military authorities shall have the power to take such temporary measures as may be necessary for restoring order. In such case the military authorities shall report the facts to the High Commission.

Done at Versailles, the twenty-eighth of June, one thousand nine hundred and nineteen.

Woodrow Wilson.
Robert Lansing.
Henry White.
E. M. House.
Tasker H. Bliss.
D. Lloyd George.
A. Bonar Law.
Milner.
Arthur James Balfour.
George N. Barnes.
Chas. J. Doherty.
Arthur L. Sifton.
W. M. Hughes.
Joseph Cook.
Louis Botha.
J. C. Smuts.
W. F. Massey.
Ed. S. Montagu.
Ganga Singh, Maharaja de Bikaner.
G. Clemenceau.
S. Pichon.
L. L. Klotz.
André Tardieu.
Jules Cambon.
Hymans.
J. van den Heuvel.
Emile Vandervelde.
Hermann Müller.
Dr. Bell.

NOUVEAU

RECUEIL GÉNÉRAL

DE

TRAITÉS

ET

AUTRES ACTES RELATIFS AUX RAPPORTS DE DROIT INTERNATIONAL.

CONTINUATION DU GRAND RECUEIL

DE

G. FR. DE MARTENS

PAR

Heinrich Triepel

Conseiller intime de justice

Professeur de droit public à l'Université de Berlin.

TROISIÈME SÉRIE.

TOME XI.

TROISIÈME LIVRAISON.

LEIPZIG

LIBRAIRIE THEODOR WEICHER

1922

34.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, EMPIRE BRITANNIQUE, FRANCE, ITALIE, JAPON, BELGIQUE, CHINE, CUBA, GRÈCE, NICARAGUA, PANAMA, POLOGNE, PORTUGAL, ROUMANIE, ETAT SERBE-CROATE-SLOVÈNE, SIAM, TCHÉCO-SLOVAQUIE, AUTRICHE.

Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, le 10 septembre 1919, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations, signés à la date du même jour.*) **)

Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich 1920, No. 90. p. 995

Les Etats-Unis d'Amérique, l'Empire Britannique, la France, l'Italie et le Japon,

Puissances désignées dans le présent Traité comme les Principales Puissances alliées et associées;

La Belgique, la Chine, Cuba, la Grèce, le Nicaragua, le Panama, la Pologne, le Portugal, la Roumanie, l'Etat Serbe-Croate-Slovène, le Siam, et la Tchéco-Slovaquie,

Constituant, avec les Principales Puissances ci-dessus, les Puissances alliées et associées, d'une part; et l'Autriche, d'autre part;

Considérant qu'à la demande de l'ancien Gouvernement impérial et royal d'Autriche-Hongrie, un armistice a été accordé à l'Autriche-Hongrie le 3 novembre 1918 par les Principales Puissances alliées et associées afin qu'un Traité de Paix puisse être conclu;

*) En langues française, anglaise et italienne. Le texte français faisant foi, excepté dans les Parties I et XIII, qui ont déja été reproduites ci-dessus p. 331, 638, nous n'imprimons que le texte français.

**) Ont déposé les ratifications du Traité la Grande-Bretagne, la France, l'Italie, la Chine, la Grèce, l'Etat Serbe-Croate-Slovène, la Tchéco-Slovaquie, le Siam et l'Autriche le 16 juillet 1920, la Belgique le 24 juillet 1920, le Cuba le 16 août 1920, la Roumanie le 4 septembre 1920, le Japon le 25 janvier 1921, le Nicaragua le 29 janvier 1921, le Portugal le 15 octobre 1921. Cependant le Gouvernement japonais a fait connaître au Gouvernement français dès le 14 octobre 1920 que sa ratification a été donnée. (Communication officielle).

Que les Puissances alliées et associées sont également désireuses que la guerre, dans laquelle certaines d'entre elles ont été successivement entraînées directement ou indirectement contre l'Autriche-Hongrie, et qui a son origine dans la déclaration de guerre adressée le 28 juillet 1914 par l'ancien Gouvernement Impérial et Royal d'Autriche-Hongrie à la Serbie et dans les hostilités conduites par l'Allemagne, alliée de l'Autriche-Hongrie, fasse place à une paix solide, juste et durable;

Considérant que l'ancienne monarchie austro-hongroise a aujourd'hui cessé d'exister et a fait place, en Autriche, à un Gouvernement républicain;

Que les Principales Puissances alliées et associées ont reconnu que l'Etat tchéco-slovaque, dans le territoire duquel est incorporée une partie des territoires de ladite monarchie, constitue un Etat libre, indépendant et allié.

Que lesdites Puissances ont également reconnu l'union de certaines parties du territoire de ladite monarchie avec le territoire du Royaume de Serbie, comme Etat libre, indépendant et allié, sous le nom d'Etat serbe-croate-slovène;

Considérant qu'il est nécessaire en rétablissant la paix, de régler la situation issue de la dissolution de ladite monarchie et l'établissement desdits Etats, et de donner au Gouvernement de ces pays des fondements durables, conformes à la justice et à l'équité;

A cet effet, les Hautes Parties Contractantes représentées comme il suit:

Le Président des Etats-Unis d'Amérique, par:

L'Honorable Frank Lyon Polk, Sous-Secrétaire d'Etat;

L'Honorable Henry White, ancien Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire des Etats-Unis à Rome et à Paris;

Le General Tasker H. Bliss, Représentant militaire des Etats-Unis au Conseil supérieur de Guerre;

Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des Territoires Britanniques au delà des Mers, Empereur des Indes, par:

Le Très Honorable Arthur James Balfour, O. M., M. P., Secrétaire d'Etat pour les Affaires étrangères;

Le Très Honorable Andrew Bonar Law, M P., Lord du Sceau privé;

Le Très Honorable Vicomte Milner, G. C. B., G. C. M. G., Secrétaire d'Etat pour les Colonies;

Le Très Honorable George Nicoll Barnes, M. P., Ministre sans portefeuille;

Et:

pour le Dominion de Canada, par:

L'Honorable Sir Albert Edward Kemp, K. C. M. G., Ministre des Forces d'Outre-Mer;

pour le Commonwealth d'Australie, par:

L'Honorable George Foster Pearce, Ministre de la Défense;

pour l'Union Sud-Africaine, par:

Le Très Honorable Vicomte Milner, G. C. B., G. C. M. G.;

pour le Dominion de la Nouvelle-Zélande, par:

L'Honorable Sir Thomas Mackenzie, K. C. M. G., Haut-Commissaire pour la Nouvelle-Zélande dans le Royaume-Uni;

pour l'Inde, par:

Le Très Honorable Baron Sinha; K. C., Sous-Secrétaire d'Etat pour l'Inde;

Le Président de la République Française, par:

M. Georges Clemenceau, Président du Conseil, Ministre de la Guerre;

M. Stephen Pichon, Ministre des Affaires étrangères;

M. Louis-Lucien Klotz, Ministre des Finances;

M. André Tardieu, Commissaire général aux Affaires de guerre franco-américaines;

M. Jules Cambon, Ambassadeur de France;

Sa Majesté le Roi d'Italie, par:

L'Honorable Tommaso Tittoni, Sénateur du Royaume, Ministre des Affaires étrangères;

L'Honorable Vittorio Scialoja, Sénateur du Royaume;

L'Honorable Maggiorino Ferraris, Sénateur du Royaume;

L'Honorable Guglielmo Marconi, Sénateur du Royaume;

L'Honorable Silvio Crespi, Député;

Sa Majesté l'Empereur du Japon, par:

le Vicomte Chinda, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. l'Empereur du Japon à Londres;

M. K. Matsui, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. l'Empereur du Japon à Paris;

M. H. Ijuin, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. l'Empereur du Japon à Rome;

Sa Majesté le Roi des Belges, par:

M. Paul Hymans, Ministre des Affaires étrangères, Ministre d'Etat;

M. Jules van den Heuvel, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de S. M. le Roi des Belges, Ministre d'Etat;

M. Emile Vandervelde, Ministre de la Justice, Ministre d'Etat;

Le Président de la République Chinoise, par:

M. Lou Tseng-Tsiang, Ministre des Affaires étrangères;

M. Chengting Thomas Wang, ancien Ministre de l'Agriculture et du Commerce;

Le Président de la République Cubaine, par:
M. Antonio Sanchez de Bustamante, Doyen de la Faculté de Droit de l'Université de La Havane, Président de la Société cubaine de Droit international;

Sa Majesté le Roi des Hellènes, par:
M. Nicolas Politis, Ministre des Affaires étrangères;
M. Athos Romanos, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire auprès de la République française;

Le Président de la République de Nicaragua, par:
M. Salvador Chamorro, Président de la Chambre des députés;

Le Président de la République de Panama, par:
M. Antonio Burgos, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Panama à Madrid;

Le Président de la République Polonaise, par:
M. Ignace J. Paderewski, Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires étrangères;
M. Roman Dmowski, Président du Comité national polonais;

Le Président de la République Portugaise, par:
Le Docteur Affonso Costa, ancien Président du Conseil des Ministres;
Le Docteur Augusto Luiz Vieira Soares, ancien Ministre des Affaires étrangères;

Sa Majesté le Roi de Roumanie, par:
M. Nicolas Misu, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Roumanie à Londres;
Le Docteur Alexander Vaida-Voevod, Ministre sans portefeuille;

Sa Majesté le Roi des Serbes, des Croates et des Slovènes, par:
M. N. P. Pachitch, ancien Président du Conseil des Ministres;
M. Ante Trumbić, Ministre des Affaires étrangères;
M. Ivan Zolger, Docteur en droit;

Sa Majesté le Roi de Siam, par:
Son Altesse le Prince Charoon, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de S. M. le Roi de Siam à Paris;
Son Altesse sérénissime le Prince Traidos Prabandhu, Sous-Secrétaire d'État aux Affaires étrangères;

Le Président de la République Tchéco-Slovaque, par:
M. Charles Kramář, Président du Conseil des Ministres;
M. Edouard Beneš, Ministre des Affaires étrangères;

La République d'Autriche, par:
M. Charles Renner, Chancelier de la République d'Autriche

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, ont convenu des dispositions suivantes:

A dater de la mise en vigueur du présent Traité, l'état de guerre prendra fin.

Dès ce moment et sous réserve des dispositions du présent Traité, il y aura relations officielles des Puissances alliées et associées avec la République d'Autriche.

Partie I.

Pacte de la Société des nations.

[Art. 1—26. — V. ci-dessus p. 331—349.]

Partie II.

Frontières d'Autriche.

Article 27.

Les frontières de l'Autriche seront fixées comme il suit (voir la carte annexée*):

1⁰ Avec la Suisse et avec Liechtenstein:

la frontière actuelle.

2⁰ Avec l'Italie:

De la cote 2645 (Gruben J.) vers l'Est et jusqu'à la cote 2915 (Klopaier Spitze):

une ligne à déterminer sur le terrain passant par la cote 1483 sur la route de Reschen à Nauders;

de là, vers l'Est et jusqu'au sommet du Dreiherrnspitz (cote 3505):

la ligne de partage des eaux entre les bassins de l'Inn au Nord et de l'Adige au Sud;

de là, d'une manière générale, vers le Sud-Sud-Est et jusqu'à la cote 2545 (Marchkinkele):

la ligne de partage des eaux entre les bassins de la Drave à l'Est et de l'Adige à l'Ouest;

de là, vers le Sud-Est et jusqu'à la cote 2483 (Helmspitze):

une ligne à déterminer sur le terrain traversant la Drave entre les localités de Winnbach et Arnbach;

de là, vers l'Est-Sud-Est et jusqu'à la cote 2050 (Osternig), à 9 kilomètres environ au Nord-Quest de Tarvis:

la ligne de partage des eaux entre: d'une part, le bassin de la Drave au Nord, et, d'autre part, successivement, les bassins du Sextenbach, de la Piave et du Tagliamento;

de là, vers l'Est-Sud-Est et jusqu'à la cote 1492 (2 kilomètres environ Ouest de Thörl):

la ligne de partage des eaux entre la rivière Gail au Nord et la rivière Gailitz au Sud;

de là, vers l'Est et jusqu'à la cote 1509 (Pec):

une ligne à déterminer sur le terrain coupant la Gailitz au Sud de la ville et de la gare de Thörl et passant par la cote 1270 (Cabin Berg);

*) Non reproduite.

3° Au Sud, puis avec la région de Klagenfurt, sous réserve des dispositions de la Section II de la Partie III (Clauses politiques européennes:

du Pec vers l'Est jusqu'à la cote 1817 (Malestiger):

la ligne de crête de Karavanken;

de la cote 1817 (Malestiger) et vers le Nord-Est jusqu'à la Drave en un point situé à un kilomètre environ au Sud-Est du pont du chemin de fer sur la branche Est de la boucle que forme cette rivière à six kilomètres environ à l'Est de Villach:

une ligne à déterminer sur le terrain coupant le chemin de fer entre Mallestig et Faak et passant par la cote 666 (Polana);

de là, vers le Sud-Est et juqu'à un point à environ deux kilomètres en amont de St. Martin:

le cours de la Drave:

de là, vers le Nord jusqu'à la cote 871, à environ dix kilomètres Est-Nord-Est de Villach:

une ligne de direction approximative Sud-Nord à déterminer sur le terrain:

de là, vers l'Est-Nord-Est, jusqu'à un point de la limite administrative entre les districts de St. Veit et de Klagenfurt à choisir près de la cote 725, à 10 kilomètres environ au Nord-Ouest de Klagenfurt:

une ligne à déterminer sur le terrain passant par les cotes 1069 (Taubenbühel), 1045 (Gallinberg), 815 (Freudenberg);

de là. vers l'Est jusqu'à un point à choisir sur le terrain à l'Ouest de la cote 1075 (Steinbruch Kogel):

la limite administrative entre les districts de St. Veit et de Klagenfurt:

de là, vers le Nord-Est est jusqu'à la Gurk au point où la limite administrative du district de Völkermarkt s'écarte de cette rivière:

une ligne à déterminer sur le terrain passant par la cote 1076;

de là, vers le Nord-Est et jusqu'à la cote 1899 (Speikkogl):

la limite administrative entre les districts de St. Veit et de Völkermarkt:

de là, vers le Sud-Est et jusqu'à la cote 842 (1 kilomètre Ouest de Kasparstein):

la limite administrative Nord-Est du district de Völkermarkt;

de là, vers l'Est et jusqu'à la cote 1522 (Hühner Kogel):

une ligne à déterminer sur le terrain passant au Nord de Lavamünd.

4° Avec l'Etat serbe-croate-slovène, sous réserve des dispositions de la Section II de la Partie III (Clauses politiques européennes):

de la cote 1522 (Hühner Kogel) et vers l'Est, jusqu'à la cote 917 (St. Lorenzen):

une ligne à déterminer sur le terrain passant par la cote 1330;

de là, vers l'Est et jusqu'à son point de rencontre avec la limite administrative entre les districts de Marburg et de Leibnitz:

la ligne de partage des eaux entre les bassins de la Drave au Sud et de la Saggau au Nord;

de là, vers le Nord-Est et jusqu'au point où la limite administrative entre les districts de Marburg et de Leibnitz rencontre la Mur:

cette limite administrative;

de là, jusqu'à son point de rencontre avec l'ancienne frontière de 1867, entre l'Autriche et la Hongrie, à 5 kilomètres environ au Sud-Est de Radkersburg:

le cours principal de la Mur, vers l'aval;

de là vers le Nord et jusqu'à un point à déterminer à l'Est de la cote 400 située à environ 16 kilomètres au Nord de Radkersburg:

l'ancienne frontière de 1867 entre l'Autriche et la Hongrie;

de là vers le Nord-Est et jusqu'à un point à déterminer sur la ligne de partage des eaux entre les bassins de la Raab et de la Mur à environ 2 kilomètres à l'Est de Toka, ce point étant le point commun aux trois frontières de l'Autriche, de la Hongrie et de l'Etat serbe-croate-slovène:

une ligne à déterminer sur le terrain, passant entre les villages de Bonisfalva et de Gedoudvar.

5° Avec la Hongrie:

du point ci-dessus défini vers le Nord-Est et jusqu'à la cote 353 à environ 6 kilomètres au Nord-Nord-Est de Szentgotthard:

une ligne à déterminer sur le terrain passant par la cote 353 (Janke B.), puis à l'Ouest de la route Radkersburg-Szentgotthard et à l'Est des villages de Nagyfalva, Nemetlak et de Rabakeresztur;

de là dans une direction générale Nord-Est et jusqu'à la cote 234 à environ 7 kilomètres au Nord-Nord-Est de Pinkamindszent:

une ligne à déterminer sur le terrain passant par la cote 322 (Hochkogel), puis au Sud des villages de Zsamand, Nemetbükkös, Karacsfa et entre Nagysaroslak et Pinkamindszent;

de là vers le Nord et jusqu'à la cote 883 (Trott Kö) à environ 9 kilomètres au Sud-Ouest de Köszeg:

une ligne à déterminer sur le terrain passant par les cotes 241, 260, 273, puis à l'Est de Nagynarda et de Rohonez et à l'Ouest de Dozmat et de Butsching:

de là vers le Nord-Est et jusqu'à la cote 265 (Kamenje) à environ 2 kilomètres au Sud-Est de Nikitsch:

une ligne à déterminer sur le terrain passant au Sud-Est de Liebing, Olmod, et de Locsmand et au Nord-Ouest de Köszeg et de la route allant de cette dernière localité à Salamonfa;

de là vers le Nord et jusqu'à un point à choisir sur la rive méridionale de Neusiedler See entre Holling et Hidegseg:

une ligne à déterminer sur le terrain passant à l'Est de Nikitsch et de Zinkendorf et à l'Ouest de Kövesd et de Nemet-Pereszteg;

de là vers l'Est et jusqu'à la cote 115 située à environ 8 kilomètres au Sud-Ouest de Saint-Johann:

une ligne à déterminer sur le terrain traversant le Neusiedler See, passant au Sud de l'île sur laquelle se trouve la cote 117, laissant en Hongrie la ligne de chemin de fer secondaire allant vers le Nord-Ouest en partant de la station de Mexiko ainsi que tout le canal d'Einser, et passant au Sud de Pamhagen;

de là vers le Nord et jusqu'à un point à choisir à environ 1 kilomètre à l'Ouest de Antonienhof (Est de Kittsee), ce point étant commun aux trois frontières d'Autriche, de Hongrie et de l'Etat Tchéco-Slovaque;

une ligne à déterminer sur le terrain laissant entièrement en territoire hongrois la ligne de chemin de fer Csorna-Karlburg et passant à l'Ouest de Wüst-Sommerein et de Kr. Jahrndorf et à l'Est de Andau, Nickelsdorf, D. Jahrndorf et Kittsee.

6° Avec l'Etat Tchéco-Slovaque:

du point ci-dessus défini et jusqu'au coude de l'ancienne frontière de 1867 entre l'Autriche et la Hongrie à environ 2 kilomètres 500 au Nord-Est de Berg:

une ligne à déterminer sur le terrain coupant la route de Kittsee à Presbourg (Pressburg) à environ 2 kilomètres au Nord de Kittsee;

de là, vers le Nord et jusqu'à un point à choisir sur le chenal de navigation principal du Danube à 4 kilomètres 500 environ en amont du pont de Presbourg:

une ligne à déterminer sur le terrain suivant autant que possible l'ancienne frontière de 1867 entre l'Autriche et la Hongrie:

de là, vers l'Ouest et jusqu'au confluent de la Morava (March) avec le Danube:

le chenal de navigation principal du Danube;

de là, vers l'amont le cours de la Morava puis celui de la Thaya jusqu'en un point à choisir à environ 2 kilomètres au Sud-Est du point où la route de Rabensburg à Themenau traverse la voie ferrée Rabensburg-Lundenburg;

de là, vers l'Ouest-Nord-Ouest et jusqu'en un point de l'ancienne limite administrative entre la Basse-Autriche et la Moravie situé à environ 400 mètres au Sud du point où elle coupe la voie ferrée Nikolsburg-Feldsberg:

une ligne à déterminer sur le terrain passant par les cotes 187 (Dlouhyvrh), 221 (Rosenbergen), 223 (Wolfsberg), 291 (Raistenberg), 249 et 279 (Kallerhaide);

de là vers l'Ouest-Nord-Ouest cette limite administrative:

puis vers l'Ouest et jusqu'en un point à choisir à environ 3 kilomètres à l'Est de la localité de Franzensthal:

l'ancienne limite entre la Basse-Autriche et la Bohème;

de là, vers le Sud et jusqu'à la cote 498 (Gelsenberg) à 5 kilomètres environ au Nord-Nord-Ouest de Gmünd:

une ligne à déterminer sur le terrain passant à l'Est de la route de Rottenschachen à Zuggers, et par dans les cotes 537 et 522 (G. Nagel B.);

de là, vers le Sud puis vers l'Ouest-Nord-Ouest et jusqu'à l'ancienne limite administrative entre la Basse-Autriche et la Bohème en un point situé à 200 mètres environ au Nord-Est du point où elle coupe la route de Gratzen à Weitra:

une ligne à déterminer sur le terrain passant entre Zuggers et Breitensee, puis par le point extrême Sud-Est du pont du chemin de fer sur la Lainsitz, laissant à l'Autriche la ville de Gmünd et à l'Etat tchécoslovaque la gare et les ateliers du chemin de fer de Gmünd (Wolfshof) et la bifurcation des voies ferrées Gmünd-Budweis et Gmünd-Wittingau, puis passant par les cotes 524 (Grundbühel), 577 (Nord d'Hohenberg) et 681 (Lagerberg);

de là, vers le Sud-Ouest, cette limite administrative;

puis, vers le Nord-Ouest, l'ancienne limite administrative entre la Bohème et la Haute-Autriche jusqu'à sa rencontre avec la frontière d'Allemagne.

7° Avec l'Allemagne:

la frontière au 3 août 1914.

Article 28.

Les frontières decrites par le présent Traité sont tracées, pour leurs parties définies, sur une carte 1/1,000.000e annexée au présent Traité.*) En cas de divergences entre le texte et la carte, c'est le texte qui fera foi.

Article 29.

Des Commissions de délimitation, dont la composition est fixée par le présent Traité ou sera fixée par un Traite entre les Principales Puissances alliées et associées et les ou l'un quelconque des Etats intéressés, auront à tracer ces frontières sur le terrain.

Elles auront tout pouvoir, non seulement pour la determination des fractions définies sous le nom de „ligne à determiner sur le terrain", mais encore si un des Etats interesses en fait la demande, et si la Commission en approuve l'opportunité pour la revision des fractions définies par des limites administratives (sauf pour les frontières internationales existant en août 1914, où le rôle des Commissions se bornera au recolement des poteaux ou des bornes). Elles s'efforceront, dans ces deux cas, de suivre au plus près les définitions données dans les Traités, en tenant compte autant que possible des limites administratives et des intérêts economiques locaux.

Les décisions des Commissions seront prises à la majorité des voix et seront obligatoires pour les parties intéressées.

Les dépenses des Commissions de delimitation seront supportées par parties égales par les deux Etats intéressés.

Article 30.

En ce qui concerne les frontières définies par un cours d'eau, les termes „cours" ou „chenal" employés dans les descriptions du présent Traité signifient: d'une part, pour les fleuves non navigables, la ligne médiane du cours d'eau ou de son bras principal, et d'autre part, pour les fleuves navigables, la ligne mediane du chenal de navigation principal. Toutefois, il appartiendra aux Commissions de delimitation, prévues par

*) Non reproduite.

le présent Traité, de spécifier si la ligne frontière suivra, dans ses déplacements éventuels, le cours ou le chenal ainsi défini, ou si elle sera déterminée d'une manière définitive par la position du cours ou du chenal, au moment de la mise en vigueur du présent Traité.

Article 31.

Les divers Etats intéressés s'engagent à fournir aux Commissions tous documents nécessaires à leurs travaux, notamment des copies authentiques des procès-verbaux de délimitation de frontières actuelles ou anciennes, toutes les cartes à grande échelle existantes, les données géodésiques, les levés exécutés et non publiés, les renseignements sur les divagations des cours d'eau frontières.

Ils s'engagent, en outre, à prescrire aux autorités locales de communiquer aux Commissions tous documents, notamment les plans, cadastres et livres fonciers, et de leur fournir sur leur demande tous renseignements sur la propriété, les courants économiques et autres informations nécessaires.

Article 32.

Les divers Etats intéressés s'engagent à prêter assistance aux Commissions de délimitation, soit directement, soit par l'entremise des autorités locales, pour tout ce qui concerne le transport, le logement, la main-d'œuvre, les matériaux (poteaux, bornes) nécessaires à l'accomplissement de la mission.

Article 33.

Les divers Etats intéressés s'engagent à faire respecter les repères trigonométriques, signaux, poteaux ou bornes frontières placés par la Commission.

Article 34.

Les bornes seront placées à distance de vue l'une de l'autre; elles seront numérotées et leur emplacement et leur numéro seront portés sur un document cartographique.

Article 35.

Les procès-verbaux définitifs de délimitation, les cartes et documents annexés seront établis en triple original dont deux seront transmis aux Gouvernements des Etats limitrophes, et le troisième sera transmis au Gouvernement de la République française, qui en délivrera des expéditions authentiques aux Puissances signataires du présent Traité.

Partie III.

Clauses politiques européennes.

Section I.

Italie.

Article 36.

L'Autriche renonce, en ce qui la concerne, en faveur de l'Italie à tous droits et titres sur les territoires de l'ancienne Monarchie austro-hon-

groise, situés au delà des frontières de l'Autriche telles qu'elles sont fixées à l'article 27-2° de la Partie II (Frontières de l'Autriche) et compris entre ces frontières, l'ancienne frontière austro-hongroise avec l'Italie, la mer Adriatique et la frontière orientale de l'Italie telle qu'elle sera ultérieurement fixée.

L'Autriche renonce également, en ce qui la concerne, en faveur de l'Italie, à tous droits et titres sur les autres territoires de l'ancienne Monarchie austro-hongroise reconnus comme faisant partie de l'Italie par tous Traités conclus en vue de régler les affaires actuelles.

Une commission composée de cinq membres, dont un sera nommé par l'Italie, trois par les autres Principales Puissances alliées et associées et un par l'Autriche, sera constituée dans les quinze jours qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, pour fixer sur place la ligne frontière entre l'Italie et l'Autriche.

Les décisions de la Commission seront prises à la majorité des voix et seront obligatoires pour les parties intéressées.

Article 37.

Par dérogation à l'article 269 de la Partie X (Clauses économiques), les personnes ayant leur résidence habituelle dans les territoires de l'ancienne Monarchie austro-hongroise transférés à l'Italie, et qui pendant la guerre se sont trouvées hors des territoires de l'ancienne Monarchie austro-hongroise ou bien avaient été emprisonnées, internées ou évacuées, jouiront intégralement des dispositions prévues aux articles 252 et 253, Partie X (Clauses économiques).

Article 38.

Une Convention spéciale fixera les conditions du remboursement, en monnaie autrichienne, des dépenses exceptionnelles de guerre avancées au cours de la guerre par les territoires de l'ancienne Monarchie austro-hongroise transférés à l'Italie ou par les collectivités publiques desdits territoires pour le compte de ladite Monarchie en vertu de sa législation, telles que: allocations aux familles des mobilisés, réquisitions, logement de troupes, secours aux évacués.

Il sera tenu compte à l'Autriche, dans la fixation de ces sommes, de la part pour laquelle lesdits territoires auraient, vis-à-vis de l'Autriche-Hongrie, contribué, d'après la proportion dans laquelle les revenus de ces territoires en 1913 contribuaient aux revenus de l'ancienne Monarchie austro-hongroise.

Article 39.

L'Etat italien percevra pour son propre compte les impôts, droits et taxes de toute nature, exigibles sur les territoires transférés à l'Italie et non recouvrés à la date du 3 novembre 1918.

Article 40.

Aucune somme ne sera due par l'Italie du chef de son entrée en possession du „Palazzo Venezia“ à Rome.

Article 41.

Sous réserve des dispositions de l'article 208 de la Partie IX (Clauses financières) relatives à l'acquisition et au payement des biens et propriétés d'Etat, le Gouvernement italien est subrogé dans tous les droits que l'Etat autrichien avait sur toutes les lignes de chemins de fer gérées par l'administration des chemins de fer dudit Etat, et actuellement en exploitation ou en construction, existant sur les territoires transférés à l'Italie.

Il en sera de même en ce qui concerne les droits de l'ancienne Monarchie austro-hongroise sur les concessions de chemins de fer et de tramways situés sur les territoires susdits.

Les gares frontières seront fixées par un accord ultérieur.

Article 42.

L'Autriche restituera à l'Italie, dans un délai de trois mois, tous les wagons appartenant aux chemins de fer italiens qui, avant le début de la guerre, étaient passés en Autriche et qui ne sont pas rentrés en Italie.

Article 43.

En ce qui concerne les territoires transférés à l'Italie, l'Autriche renonce pour elle et pour ses ressortissants à se prévaloir, à dater du 3 novembre 1918, de toutes ententes, dispositions ou lois portant institution de trusts, cartels et autres organisations semblables, pouvant exister à son profit relativement aux produits desdits territoires.

Article 44.

Pendant une période de dix années, à compter de la mise en vigueur du présent Traité, les usines centrales d'énergie électrique situées en territoire autrichien et fournissant antérieurement de l'énergie électrique aux territoires transférés à l'Italie ou à tous établissements dont l'exploitation passe à l'Italie, seront tenues de continuer cette fourniture jusqu'à concurrence du montant de la consommation correspondant aux marchés et contrats en cours au 3 Novembre 1918.

L'Autriche reconnaît, en outre, le droit de l'Italie de faire libre usage des eaux du lac Raibl et de son émissaire, ainsi que de dévier lesdites eaux vers le bassin de la Korinitza.

Article 45.

1° Les jugements rendus en matière civile et commerciale depuis le 4 août 1914 par les tribunaux des territoires transférés à l'Italie, entre les habitants desdits territoires et d'autres ressortissants de l'ancien empire d'Autriche, ou entre les habitants susdits et des sujets des Puissances alliées de la Monarchie austro-hongroise, ne seront exécutoires qu'après exequatur prononcé par le nouveau tribunal correspondant des territoires en question.

2° Tous jugements rendus depuis le 4 août 1914 par les autorités judiciaires de l'ancienne Monarchie austro-hongroise contre les ressortissants italiens, y compris ceux auxquels la nationalité italienne sera acquise en vertu du présent Traité, pour crimes ou délits politiques, seront réputés nuls.

3° Pour tout ce qui a trait aux procédures introduites avant la mise en vigueur du présent Traité devant les autorités compétentes des territoires transférés à l'Italie, et jusqu'à la mise en vigueur d'une convention spéciale sur ce sujet, les autorités italiennes et autrichiennes seront réciproquement habilitées pour correspondre directement entre elles, et il sera donné suite aux requêtes ainsi présentées sous réserve, toutefois, des lois d'ordre public du pays aux autorités duquel la requête est adressée.

4° Seront suspendus tous pourvois formés devant les autorités judiciaires et administratives supérieures autrichiennes ayant leur siège hors des territoires transférés à l'Italie contre les décisions des autorités judiciaires ou administratives desdits territoires. Les dossiers seront renvoyés aux autorités contre la décision desquelles le pourvoi avait été formé; celles-ci devront les transmettre sans retard à l'autorité italienne compétente.

5° Toutes autres questions de compétence, de procédure ou d'administration de la justice seront réglées par une convention spéciale entre l'Italie et l'Autriche.

Section II.

Etat serbe-croate-slovène.

Article 46.

L'Autriche reconnaît, comme l'ont déjà fait les Puissances alliées et associées, l'entière indépendance de l'Etat serbe-croate-slovène.

Article 47.

L'Autriche renonce en ce qui la concerne, en faveur de l'Etat serbe-croate-slovène, à tous droits et titres sur les territoires de l'ancienne monarchie austro-hongroise situés au delà des frontières de l'Autriche, telles qu'elles sont décrites à l'article 27 de la Partie II (Frontières de l'Autriche) et reconnus par le présent Traité, ou par tous autres Traités conclus en vue de régler les affaires actuelles, comme faisant partie de l'Etat serbe-croate-slovène.

Article 48.

Une Commission composée de sept membres, dont cinq seront nommés par les Principales Puissances alliées et associées, un par l'Etat serbe-croate-slovène et un par l'Autriche, sera constituée dans les quinze jours qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, pour fixer sur place le tracé de la ligne frontière décrite à l'article 27 4° de la Partie II (Frontières de l'Autriche).

Les décisions de la Commission seront prises à la majorité des voix et seront obligatoires pour les Parties intéressées.

Article 49.

Les habitants de la région de Klagenfurt seront appelés, dans la mesure indiquée ci-après, à désigner, par voie de suffrage, l'Etat auquel ils désirent voir rattacher ce territoire.

Les limites de la région de Klagenfurt sont les suivantes:

de la cote 871, à 10 kilomètres environ Est-Nord-Est de Villach, vers le Sud et jusqu'à un point du cours de la Drave à environ 2 kilomètres en amont de Saint-Martin:

une ligne de direction approximative Nord-Sud à déterminer sur le terrain;

de là, vers le Nord-Ouest et jusqu'en un point situé à environ 1 kilomètre au Sud-Est du pont du chemin de fer sur la branche Est de la boucle que forme la Drave à 6 kilomètres environ à l'Est de Villach:

le cours de la Drave;

de là, vers le Sud-Ouest et jusqu'à la cote 1817 (Malestiger):

une ligne à déterminer sur le terrain, passant par la cote 666 (Polana) et coupant le chemin de fer entre Mallestig et Faak;

de là, vers l'Est-Sud-Est, puis vers le Nord-Est jusqu'à la cote 1929 (Guschowa):

la ligne de partage des eaux entre les bassins de la Drave au Nord et de la Save au Sud;

de là, vers le Nord-Est et jusqu'à la cote 1054 (Strojna):

une ligne à déterminer sur le terrain, suivant d'une manière générale la limite Ouest du bassin de la Miess, en passant par les cotes 1558, 2124, 1185;

de là, vers le Nord-Est jusqu'à la cote 1522 (Hühner Kogel):

une ligne à déterminer sur le terrain coupant la Drave au Sud de Lavamünd;

de là vers l'Ouest et jusqu'à la cote 842 à un kilomètre Ouest de Kasparstein:

une ligne à déterminer sur le terrain passant au Nord de Lavamünd;

de là, et jusqu'à la cote 1899 (Speikkogl):

la limite administrative Nord-Est du district de Völkermarkt;

de là, vers le Sud-Ouest et jusqu'à la rivière Gurk:

la limite administrative Nord-Ouest du district de Völkermarkt;

de là, vers le Sud-Ouest et jusqu'en un point de la limite administrative à l'Ouest de la cote 1075 (Steinbruchkogl):

une ligne à déterminer sur le terrain, passant par la cote 1076;

de là, vers l'Ouest et jusqu'à un point à choisir près de la cote 725 à dix kilomètres environ au Nord-Ouest de Klagenfurt:

la limite administrative entre les districts de Saint-Veit et de Klagenfurt;

de là, jusqu'à la cote 871 qui a servi de point de départ à cette description:

une ligne à déterminer sur le terrain, passant par les cotes 815 (Freudenberg), 1045 (Gallinberg) et 1069 (Taubenbühel).

Article 50.

En vue de l'organisation d'un plébiscite, la région de Klagenfurt sera divisée en deux zones: une première zone au Sud et une seconde zone au Nord d'une ligne transversale dont la description suit:

du point où la limite occidentale de la région se détache de la Drave vers le Nord et jusqu'en un point à environ 1 kilomètre à l'Est de Rosegg (Saint-Michael):

le cours de la Drave vers l'aval;

de là, vers le Nord-Est et jusqu'à l'extrémité Ouest du lac de Wörth au Sud de Velden:

une ligne à déterminer sur le terrain;

de là, vers l'Est et jusqu'au point où la rivière Glanfurt sort du lac de Wörth:

la ligne médiane de ce lac;

de là, vers l'Est jusqu'à son confluent avec la rivière Glan:

le cours de la Glanfurt vers l'aval;

puis vers l'Est jusqu'à son confluent avec la Gurk:

le cours de la Glan vers l'aval;

de là, vers le Nord-Est jusqu'au point où la limite Nord de la région de Klagenfurt coupe la rivière Gurk:

le cours de la Gurk.

La région de Klagenfurt sera soumise au contrôle d'une Commission chargée d'y préparer le plébiscite et d'en assurer l'administration impartiale. Cette Commission sera composée comme suit: quatre membres nommés respectivement par les Etats-Unis, la Grande-Bretagne, la France et l'Italie, un par l'Autriche, un par l'Etat serbe-croate-slovène; le membre autrichien ne participera aux délibérations de la Commission que quand ces délibérations concerneront la seconde zone, le membre serbe-croate-slovène n'y participera que quand elles concerneront la première zone. Les décisions de la Commission seront prises à la majorité des voix.

La seconde zone sera occupée par les troupes autrichiennes et administrée suivant les règles générales de la législation autrichienne.

La première zone sera occupee par les troupes de l'Etat serbe-croate-slovène et administrée suivant les règles générales de la législation de cet Etat.

Dans les deux zones, les troupes, tant autrichiennes que serbes-croates-slovènes, devront être réduites à l'effectif que la Commission jugera nécessaire pour la préservation de l'ordre, et elles assureront l'exécution de leur mission sous le contrôle de ladite Commission. Ces troupes devront être remplacées aussi rapidement que possible par une force de police recrutée sur les lieux.

La Commission sera chargée d'organiser le vote et de prendre toutes les mesures qu'elle jugera nécessaires pour en assurer la liberté, la sincérité et le secret.

Dans la première zone le plébiscite aura lieu dans les trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité et à une date fixée par la Commission.

Si le vote est en faveur de l'Etat serbe-croate-slovène, un plébiscite aura lieu dans la seconde zone dans les trois semaines qui suivront la

promulgation des résultats du plébiscite de la première zone et à une date fixée par la Commission.

Si, au contraire le vote dans la première zone est en faveur de l'Autriche, il ne sera procédé à aucun plébiscite dans la seconde zone et l'ensemble de la région restera définitivement sous la souveraineté autrichienne.

Le droit de suffrage sera accordé à toute personne, sans distinction de sexe, satisfaisant aux conditions suivantes:

a) Avoir 20 ans révolus à la date du 1er janvier 1919;
b) Avoir au 1er janvier 1919 sa résidence habituelle dans la zone soumise au plébiscite;
c) Etre né dans ladite zone, ou y avoir, depuis une date antérieure au 1er janvier 1912, sa résidence habituelle ou l'indigénat (pertinenza).

Le résultat du vote sera déterminé d'après la majorité des voix dans l'ensemble de chaque zone.

A la clôture de chaque vote, le résultat en sera communiqué par la Commission aux Principales Puissances alliées et associées, en même temps qu'un rapport détaillé sur les opérations du vote et sera proclamé.

Si le vote est en faveur de l'incorporation soit de la première zone, soit des deux zones, à l'Etat serbe-croate-slovène, l'Autriche déclare, en ce qui la concerne, dès à présent renoncer en faveur de l'Etat serbe-croate-slovène et dans la mesure correspondante au résultat du vote tous droits et titres sur ces territoires. Après entente avec la Commission, le Gouvernement serbe-croate-slovène aura la faculté d'établir son autorité à titre définitif sur lesdits territoires.

Si le vote est en faveur de l'Autriche dans la première ou dans la seconde zone, le Gouvernement autrichien, après entente avec la Commission, aura la faculté de rétablir son autorité, à titre définitif, sur tout le territoire de la région de Klagenfurt ou dans la seconde zone, suivant le cas.

Dès que l'Administration du pays aura été ainsi assurée, soit par l'Etat serbe-croate-slovène, soit par l'Autriche, selon le cas, les pouvoirs de la Commission prendront fin.

Les dépenses de la Commission seront supportées moitié par l'Autriche et moitié par l'Etat serbe-croate-slovène.

Article 51.

L'Etat serbe-croate-slovène accepte, en en agréant l'insertion dans un Traité avec les Principales Puissances alliées et associées, les dispositions que ces Puissances jugeront nécessaires pour protéger dans l'Etat serbe-croate-slovène les intérêts des habitants qui diffèrent de la majorité de la population par la race, la langue ou la religion.

L'Etat serbe-croate-slovène agrée également l'insertion dans un Traité avec les Principales Puissances alliées et associées des dispositions que ces Puissances jugeront nécessaires pour protéger la liberté du transit et un régime équitable pour le commerce des autres nations.

Article 52.

La proportion et la nature des charges financieres de l'ancien empire d'Autriche que l'Etat serbe-croate-slovène aura à supporter en raison du territoire placé sous sa souveraineté, seront fixées conformément à l'article 203 de la Partie IX (Clauses financières) du présent Traité.

Des Conventions ultérieures règleront toutes questions qui ne seraient pas réglées par le présent Traité et que pourrait faire naître la cession dudit territoire.

Section III.

Etat Tchéco-Slovaque.

Article 53.

L'Autriche reconnaît, comme l'ont déjà fait les Puissances alliées et associées, l'entière indépendance de l'Etat tchéco-slovaque, qui comprendra le territoire autonome des Ruthènes au Sud des Carpathes.

Article 54.

L'Autriche renonce, en ce qui la concerne, en faveur de l'Etat tchéco-slovaque, à tous droits et titres sur les territoires de l'ancienne monarchie austro-hongroise, situés au-delà des frontières de l'Autriche, telles qu'elles sont fixées à l'article 27 de la Partie II (Frontières de l'Autriche) et reconnus en conformité du présent Traité comme faisant partie de l'Etat tchéco-slovaque.

Article 55.

Une Commission composée de sept membres, dont cinq seront nommés par les Principales Puissances alliées et associées, un par l'Etat tchéco-slovaque et un par l'Autriche, sera constituée dans les quinze jours qui suivront la mise en vigueur du présent Traité pour fixer sur place le tracé de la ligne frontière décrite à l'article 27—6° de la Partie II (Frontières de l'Autriche) du présent Traité.

Les décisions de la Commission seront prises à la majorité des voix et seront obligatoires pour les parties interessées.

Article 56.

L'Etat tchéco-slovaque s'engage à n'élever aucun ouvrage militaire sur la partie de son territoire qui est située sur la rive droite du Danube au sud de Bratislava (Presbourg).

Article 57.

L'Etat tchéco-slovaque accepte, en agréant l'insertion dans un Traité avec les Principales Puissances alliées et associées les dispositions que ces Puissances jugeront nécessaires pour protéger en Tchéco-Slovaquie les intérêts des habitants qui diffèrent de la majorité de la population par la race, la langue ou la religion.

L'Etat tchéco-slovaque agrée également l'insertion dans un Traité avec les Principales Puissances alliées et associées des dispositions que

ces Puissances jugeront nécessaires pour protéger la liberté du transit et un régime équitable pour le commerce des autres nations.

Article 58.

La proportion et la nature des charges financières de l'ancien empire d'Autriche, que l'Etat tchéco-slovaque aura à supporter en raison du territoire placé sous sa souveraineté, seront fixées conformément à l'article 203 de la Partie IX (Clauses financières) du présent Traité.

Des Conventions ultérieures règleront toutes questions, qui ne seraient pas réglées par les présent Traité et que pourrait faire naître la cession dudit territoire.

Section IV.

Roumanie.

Article 59.

L'Autriche renonce en ce qui la concerne, en faveur de la Roumanie, à tous droits et titres sur la partie de l'ancien duché de Bukovine comprise en-deçà des frontières de la Roumanie, telles qu'elles seront ultérieurement fixées par les Principales Puissances alliées et associées.

Article 60.

La Roumanie adhère à l'insertion dans un Traité avec les Principales Puissances alliées et associées des dispositions que ces Puissances jugeront nécessaires pour protéger en Roumanie les intérêts des habitants qui diffèrent de la majorité de la population par la race, la langue ou la religion.

La Roumanie adhère également à l'insertion dans un Traité avec les Principales Puissances alliées et associées des dispositions que ces Puissances jugeront nécessaires pour protéger la liberté du transit et un régime équitable pour le commerce des autres nations.

Article 61.

La proportion et la nature des charges financières de l'ancien empire d'Autriche que la Roumanie aura à supporter en raison du territoire placé sous sa souveraineté, seront fixées conformément à l'article 203 de la Partie IX (Clauses financières) du présent Traité.

Des conventions ultérieures régleront toutes questions qui ne seraient pas réglées par le présent Traité et que pourrait faire naître la cession dudit territoire.

Section V.

Protection des Minorités.

Article 62.

L'Autriche s'engage à ce que les stipulations contenues dans la présente Section soient reconnues comme lois fondamentales, à ce qu'aucune loi, aucun règlement ni aucune action officielle ne soient en contradiction ou en opposition avec ces stipulations et à ce qu'aucune loi, aucun règlement ni aucune action officielle ne prévalent contre elles.

Article 63.

L'Autriche s'engage à accorder à tous les habitants de l'Autriche pleine et entière protection de leur vie et de leur liberté sans distinction de naissance, de nationalité, de langage, de race ou de religion.

Tous les habitants de l'Autriche auront droit au libre exercice, tant public que privé, de toute foi, religion ou croyance, dont la pratique ne sera pas incompatible avec l'ordre public et les bonnes mœurs.

Article 64.

L'Autriche reconnaît comme ressortissants autrichiens, de plein droit et sans aucune formalité, toutes les personnes ayant l'indigénat *(pertinenza)* sur le territoire autrichien à la date de la mise en vigueur du présent Traité et qui ne sont pas ressortissants d'un autre Etat.

Article 65.

La nationalité autrichienne sera acquise de plein droit, par le seul fait de la naissance sur le territoire autrichien, à toute personne ne pouvant se prévaloir, par sa naissance, d'une autre nationalité.

Article 66.

Tous les ressortissants autrichiens seront égaux devant la loi et jouiront des mêmes droits civils et politiques sans distinction de race, de langage ou de religion.

La différence de religion, de croyance ou de confession ne devra nuire à aucun ressortissant autrichien en ce qui concerne la jouissance des droits civils et politiques, notamment pour l'admission aux emplois publics, fonctions et honneurs ou l'exercice des différentes professions et industries.

Il ne sera édicté aucune restriction contre le libre usage pour tout ressortissant autrichien d'une langue quelconque soit dans les relations privées ou de commerce, soit en matière de religion, de presse, ou de publications de toute nature, soit dans les réunions publiques.

Non obstant l'établissement par le Gouvernement autrichien d'une langue officielle, des facilités appropriées seront données aux ressortissants autrichiens de langue autre que l'allemand, pour l'usage de leur langue, soit oralement, soit par écrit devant les tribunaux.

Article 67.

Les ressortissants autrichiens, appartenant à des minorités ethniques, de religion ou de langue, jouiront du même traitement et des mêmes garanties en droit et en fait que les autres ressortissants autrichiens. Ils auront notamment un droit égal à créer, diriger et contrôler à leurs frais des institutions charitables, religieuses ou sociales, des écoles et autres établissements d'éducation, avec le droit d'y faire librement usage de leur propre langue et d'y exercer librement leur religion.

Article 68.

En matière d'enseignement public, le Gouvernement autrichien accordera dans les villes et districts où réside une proportion considérable

de ressortissants autrichiens de langue autre que la langue allemande, des facilités appropriées pour assurer que dans les écoles primaires, l'instruction sera donnée, dans leur propre langue, aux enfants de ces ressortissants autrichiens. Cette stipulation n'empêchera pas le Gouvernement autrichien de rendre obligatoire l'enseignement de la langue allemande dans lesdites écoles.

Dans les villes et districts, où réside une proportion considérable de ressortissants autrichiens appartenant à des minorités ethniques, de religion ou de langue, ces minorités se verront assurer une part équitable dans le bénéfice et l'affectation des sommes, qui pourraient être attribuées sur les fonds public par le budget de l'Etat, les budgets municipaux ou autres, dans un but d'éducation, de religion ou de charité.

Article 69.

L'Autriche agrée que, dans la mesure où les stipulations des articles précédents de la présente Section affectent des personnes appartenant à des minorités de race, de religion ou de langue, ces stipulations constituent des obligations d'intérêt international et seront placées sous la garantie de la Société des Nations. Elles ne pourront être modifiées sans l'assentiment de la majorité du Conseil de la Société des Nations. Les Puissances alliées et associées représentées dans le Conseil s'engagent respectivement à ne pas refuser leur assentiment à toute modification desdits articles, qui serait consentie en due forme par une majorité du Conseil de la Société des Nations.

L'Autriche agrée que tout Membre du Conseil de la Société des Nations aura le droit de signaler à l'attention du Conseil toute infraction ou danger d'infraction à l'une quelconque de ces obligations, et que le Conseil pourra procéder de telle façon et donner telles instructions qui paraîtront appropriées et efficaces dans la circonstance.

L'Autriche agrée en outre qu'en cas de divergence d'opinion, sur des questions de droit ou de fait concernant ces articles, entre le Gouvernement autrichien et l'une quelconque des Principales Puissances alliées et associées ou toute autre Puissance Membre du Conseil de la Société des Nations, cette divergence sera considérée comme un différend ayant un caractère international selon les termes de l'article 14 du Pacte de la Société des Nations. Le Gouvernement autrichien agrée que tout différend de ce genre sera, si l'autre partie le demande, déféré à la Cour permanente de Justice internationale. La décision de la Cour permanente sera sans appel et aura la même force et valeur qu'une décision rendue en vertu de l'article 13 du Pacte.

Section VI.

Clauses concernant la nationalité.

Article 70.

Toute personne ayant l'indigénat *(pertinenza)* sur un territoire faisant antérieurement partie des territoires de l'ancienne Monarchie austro-hon-

groise acquerra de plein droit et à l'exclusion de la nationalité autrichienne, la nationalité de l'Etat exerçant la souveraineté sur ledit territoire.

Article 71.

Nonobstant la disposition de l'article 70, la nationalité italienne, dans le cas des territoires transférés à l'Italie, ne sera pas acquise de plein droit:

1° Par les personnes ayant l'indigénat dans ces territoires, mais n'y étant pas nées;

2° Par les personnes ayant acquis l'indigénat dans lesdits territoires postérieurement au 24 mai 1915 ou l'ayant acquis seulement en raison de leur position officielle.

Article 72.

Les personnes visées à l'article 71, ainsi que celles:

a) qui ont eu antérieurement l'indigénat dans les territoires transférés à l'Italie, ou dont le père, ou la mère si le père est inconnu, avait l'indigénat dans lesdits territoires;

b) ou qui ont servi dans l'armée italienne pendant la présente guerre, ainsi que leurs descendants,

pourront, dans les conditions prévues par l'article 78 pour le droit d'option, réclamer la nationalité italienne.

Article 73.

La réclamation de la nationalité italienne par les personnes visées à l'article 72 pourra faire l'objet d'une decision individuelle de refus de l'autorité italienne compétente.

Article 74.

Si la réclamation de nationalité italienne en vertu de l'article 72 n'est pas présentée ou si elle est rejetée, les intéressés acquerront de plein droit la nationalité de l'Etat exerçant la souveraineté sur le territoire, dans lequel ils avaient l'indigénat avant de l'acquérir dans le territoire transféré à l'Italie.

Article 75.

Seront réputées italiennes, les personnes morales existant sur les territoires transférés à l'Italie et auxquelles cette qualité aura été reconnue soit par les autorités administratives italiennes, soit par une décision judiciaire italienne.

Article 76.

Nonobstant la disposition de l'article 70, les personnes qui ont acquis l'indigénat postérieurement au 1er janvier 1910 dans un territoire transféré à l'Etat serbe-croate-slovène ou à l'Etat tchéco-slovaque en vertu du présent Traité, n'acquerront la nationalité serbe-croate-slovène ou tchéco-slovaque qu'à la condition d'en obtenir l'autorisation de l'Etat serbe-croate-slovène ou de l'Etat tchéco-slovaque, selon le cas.

Article 77.

Si l'autorisation visée à l'article 76 n'est pas demandée ou est refusée, les intéressés acquerront de plein droit la nationalité de l'Etat exerçant la souveraineté sur le territoire, dans lequel ils avaient précédemment leur indigénat.

Article 78.

Les personnes âgées de plus de 18 ans, perdant leur nationalité autrichienne et acquérant de plein droit une nouvelle nationalité en vertu de l'article 70, auront la faculté, pendant une période d'un an à dater de la mise en vigueur du présent Traité, d'opter pour la nationalité de l'Etat dans lequel elles avaient leur indigénat avant d'acquérir leur indigénat dans le territoire transféré.

L'option du mari entraînera celle de la femme et l'option des parents entraînera celle de leurs enfants âgés de moins de 18 ans.

Les personnes ayant exercé le droit d'option ci-dessus prévu devront, dans les douze mois qui suivront, transporter leur domicile dans l'Etat en faveur duquel elles auront opté.

Elles seront libres de conserver les biens immobiliers qu'elles possèdent sur le territoire de l'autre Etat où elles auraient eu leur domicile antérieurement à leur option.

Elles pourront emporter leurs biens meubles de toute nature. Il ne leur sera imposé, de ce fait, aucun droit ou taxe soit de sortie, soit d'entrée.

Article 79.

Les habitants appelés à voter dans un plébiscite prévu par le présent Traité auront la faculté, pendant une période de six mois après l'attribution définitive de la région où le plébiscite a eu lieu, d'opter pour la nationalité de l'Etat auquel cette région n'est pas attribuée. Les dispositions de l'article 78, concernant le droit d'option, seront applicables à l'exercice du droit reconnu par le présent article.

Article 80.

Les personnes qui ont l'indigénat dans un territoire faisant partie de l'ancienne monarchie austro-hongroise, et qui y diffèrent, par la race et la langue, de la majorité de la population, pourront, dans le délai de six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, opter pour l'Autriche, l'Italie, la Pologne, la Roumanie, l'Etat serbe-croate-slovène ou l'Etat tchéco-slovaque, selon que la majorité de la population y sera composée de personnes parlant la même langue et ayant la même race qu'elles. Les dispositions de l'article 78, concernant l'exercice du droit d'option, seront applicables à l'exercice du droit reconnu par le présent article.

Article 81.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à n'apporter aucune entrave à l'exercice du droit d'option prévu par le présent Traité ou par les Traités conclus entre les Puissances alliées et associées et l'Allemagne,

la Hongrie ou la Russie, ou entre lesdites Puissances alliées et associées elles-mêmes, et permettant aux intéressés d'acquérir toute autre nationalité qui leur serait ouverte.

Article 82.

Les femmes mariées suivront la condition de leurs maris et les enfants âgés de moins de 18 ans suivront la condition de leurs parents pour tout ce qui concerne l'application des dispositions de la présente Section.

Section VII.

Clauses politiques concernant certains Etats d'Europe.

1. Belgique.

Article 83.

L'Autriche, reconnaissant que les Traités du 19 avril 1839,*) qui établissaient avant la guerre le régime de la Belgique, ne correspondent plus aux circonstances actuelles, consent, en ce qui la concerne, à l'abrogation de ces Traités et s'engage dès à présent à reconnaître et à observer toutes conventions, quelles qu'elles soient, que pourront passer les Principales Puissances alliées et associées, ou certaines d'entre elles, avec les Gouvernements de Belgique ou des Pays-Bas, à l'effet de remplacer lesdits Traités de 1839. Si son adhésion formelle à ces conventions ou à quelquesunes de leurs dispositions était requise, l'Autriche s'engage dès maintenant à la donner.

2. Luxembourg.

Article 84.

L'Autriche déclare agréer, en ce qui la concerne, l'abrogation du régime de neutralité du Grand-Duché de Luxembourg et accepte par avance tous arrangements internationaux conclus par les Puissances alliées et associées relativement au Grand-Duché.

3. Sleswig.

Article 85.

L'Autriche déclare reconnaître, en ce qui la concerne, toutes dispoe sitions conclues par les Puissances alliées et associées avec l'Allemagn- concernant les territoires, dont le Traité du 30 octobre 1864**) avait imposé l'abandon au Danemark.

4. Turquie et Bulgarie.

Article 86.

L'Autriche s'engage à reconnaître et à agréer, en ce qui la concerne, tous arrangements que les Puissances alliées et associées passeront avec la Turquie et la Bulgarie relativement aux droits, intérêts et privilèges

*) V. **N. R.** XVI, p. 770, 773, 788.
) V. **N. R. G. XVII. 2, p. 474, 485.

quelconques, auxquels l'Autriche ou les ressortissants autrichiens pourraient prétendre en Turquie ou en Bulgarie et qui ne sont pas l'objet de dispositions du présent Traité.

5. Russie et Etats russes.

Article 87.

1. L'Autriche reconnaît et s'engage à respecter, comme permanente et inaliénable, l'indépendance de tous les territoires qui faisaient partie de l'ancien Empire de Russie au 1er août 1914.

Conformément aux dispositions insérées à l'article 210 de la Partie IX (Clauses financières) et à l'article 244 de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité, l'Autriche reconnaît définitivement, en ce qui la concerne, l'annulation des Traités de Brest-Litovsk,*) ainsi que de tous autres traités, accords ou conventions passés par l'ancien Gouvernement austro-hongrois avec le Gouvernement maximaliste en Russie.

Les Puissances alliées et associées réservent expressément les droits de la Russie à obtenir de l'Autriche toutes restitutions et réparations basées sur les principes du présent Traité.

2. L'Autriche s'engage à reconnaître la pleine valeur de tous les Traités ou arrangements que les Puissances alliées et associées passeraient avec les Etats qui se sont constitués ou se constitueront sur tout ou partie des territoires de l'ancien Empire de Russie, tel qu'il existait au 1er août 1914, et à reconnaître les frontières de ces Etats, telles qu'elles seront ainsi fixées.

Section VIII.

Dispositions Générales.

Article 88.

L'indépendance de l'Autriche est inaliénable, si ce n'est du consentement du Conseil de la Société des Nations. En conséquence, l'Autriche s'engage à s'abstenir, sauf le consentement dudit Conseil, de tout acte de nature à compromettre son indépendance, directement ou indirectement et par quelque voie que ce soit, notamment et jusqu'à son admission comme Membre de la Société des Nations, par voie de participation aux affaires d'une autre Puissance.

Article 89.

L'Autriche déclare dès à présent reconnaître et agréer les frontières de la Bulgarie, de la Grèce, de la Hongrie, de la Pologne, de la Roumanie, de l'Etat serbe-croate-slovène et de l'Etat tchéco-slovaque, telles que ces frontières auront été fixées par les Principales Puissances alliées et associées.

Article 90.

L'Autriche s'engage à reconnaître la pleine valeur des Traités de paix et Conventions additionnelles qui sont ou seront conclus par les Puissances

*) V. **N. R. G.** 3. s. X, p. 773.

alliées et associées, avec les Puissances ayant combattu aux côtés de l'ancienne Monarchie austro-hongroise, à agréer les dispositions qui ont été ou seront prises concernant les territoires de l'ancien Empire allemand, de la Hongrie, du Royaume de Bulgarie et de l'Empire Ottoman, et à reconnaître les nouveaux Etats dans les frontières qui leur sont ainsi fixées.

Article 91.

L'Autriche renonce, en ce qui la concerne, en faveur des Principales Puissances alliées et associées à tous ses droits et titres sur les territoires qui appartenaient antérieurement à l'ancienne monarchie austro-hongroise et qui, situés au delà des nouvelles frontières de l'Autriche, telles qu'elles sont décrites à l'article 27 de la Partie II (Frontières de l'Autriche), ne sont actuellement l'objet d'aucune autre attribution.

L'Autriche s'engage à reconnaître les dispositions que les Principales Puissances alliées et associées prendront relativement à ces territoires, notamment en ce qui concerne la nationalité des habitants.

Article 92.

Aucun des habitants des territoires de l'ancienne Monarchie austro-hongroise ne pourra être inquiété ou molesté, soit en raison de son attitude politique depuis le 28 juillet 1914 jusqu'à la reconnaissance définitive de la souveraineté sur ces territoires, soit en raison du règlement de sa nationalité en vertu du présent Traité.

Article 93.

L'Autriche remettra sans délai aux Gouvernements alliés ou associés intéressés les archives, registres, plans, titres et documents de toute nature appartenant aux administrations civile, militaire, financière, judiciaire ou autres des territoires cédés. Si quelques-uns de ces documents, archives, registres, titres ou plans avaient été déplacés, ils seront restitués par l'Autriche sur la demande des Gouvernements alliés ou associés intéressés.

Dans le cas où les archives, registres, plans, titres ou documents visés à l'alinéa 1er et n'ayant pas un caractère militaire concerneraient également les administrations autrichiennes et où, en conséquence, leur remise ne pourrait avoir lieu sans préjudice pour ces dernières, l'Autriche s'engage, sous condition de réciprocité à en donner communication aux Gouvernements alliés et associés intéressés.

Article 94.

Il sera pourvu, par conventions séparées entre l'Autriche et chacun des Etats auxquels un territoire de l'ancien Empire d'Autriche a été transféré ou qui sont nés du démembrement de l'ancienne monarchie austro-hongroise, au règlement des intérêts des habitants, notamment en ce qui concerne leurs droits civils, leur commerce et l'exercice de leur profession.

Partie IV.

Intérêts Autrichiens hors d'Europe.

Article 95.

Hors de ses limites, telles qu'elles sont fixées par le présent Traité, l'Autriche renonce en ce qui la concerne, à tous droits, titres ou privilèges quelconques sur ou concernant tous territoires hors d'Europe ayant pu appartenir à l'ancienne monarchie austro-hongroise ou à ses alliés, ainsi qu'à tous droits, titres ou privilèges ayant pu, à quelque titre que ce soit, lui appartenir vis-à-vis des Puissances alliées et associées.

L'Autriche s'engage dès à présent à reconnaître et à agréer les mesures qui sont ou seront prises par les Principales Puissances alliées et associées, d'accord s'il y a lieu avec les tierces Puissances, en vue de régler les conséquences de la disposition qui précède.

Section I.

Maroc.

Article 96.

L'Autriche, en ce qui la concerne, renonce à tous droits, titres ou privilèges résultant à son profit de l'Acte général d'Algésiras du 7 avril 1906,*) des accords franco-allemands du 9 février 1909**) et du 4 novembre 1911.***) Tous les traités, accords, arrangements ou contrats passés par le Gouvernement de l'ancienne monarchie austro-hongroise avec l'Empire chérifien sont tenus pour abrogés depuis le 12 août 1914.

En aucun cas, l'Autriche ne pourra se prévaloir de ces actes et elle s'engage à n'intervenir en aucune façon dans les négociations qui pourront avoir lieu entre la France et les autres Puissances relativement au Maroc.

Article 97.

L'Autriche déclare accepter toutes les conséquences de l'établissement, reconnu par le Gouvernement de l'ancienne monarchie austro-hongroise, du protectorat de la France au Maroc et renoncer au régime des capitulations au Maroc, en ce qui la concerne.

Cette renonciation prendra date du 12 août 1914.

Article 98.

Le Gouvernement chérifien aura une entière liberté d'action pour régler le statut et les conditions de l'établissement des ressortissants autrichiens au Maroc.

Les protégés autrichiens, les censaux et les associés agricoles autrichiens seront considérés comme ayant cessé, à partir du 12 août 1914, de jouir des privilèges attachés à ces qualités pour être soumis au droit commun.

---

*) V. **N. R. G.** 2. s. XXXIV, p. 238.
) V. **N. R. G. 3. s. II, p. 30. ***) V. **N. R. G.** 3. s. V, p. 643.

Article 99.

Tous droits mobiliers et immobiliers de l'ancienne monarchie austro-hongroise dans l'Empire chérifien passent de plein droit au Maghzen sans aucune indemnité.

A cet égard, les biens et propriétés de l'ancienne monarchie austro-hongroise seront considérés comme comprenant toutes les propriétés de la Couronne, ainsi que les biens privés de l'ancienne famille souveraine d'Autriche-Hongrie.

Tous les droits mobiliers et immobiliers appartenant dans l'Empire chérifien à des ressortissants autrichiens seront traités conformément aux Sections III et IV de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

Les droits miniers qui seraient reconnus à des ressortissants autrichiens par le Tribunal arbitral institué en vertu du règlement minier marocain suivront le sort des biens appartenant au Maroc à des ressortissants autrichiens.

Article 100.

Le Gouvernement autrichien assurera le transfert, à la personne qui sera désignée par le Gouvernement français, des actions qui représentent la part de l'Autriche dans le capital de la Banque d'Etat du Maroc. Cette personne remboursera aux ayants droit la valeur de ces actions, indiquée par la Banque d'Etat.

Ce transfert aura lieu sans préjudice du remboursement des dettes que les ressortissants autrichiens auraient contractées envers la Banque d'Etat du Maroc.

Article 101.

Les marchandises marocaines bénéficieront à l'entrée en Autriche du régime appliqué aux marchandises françaises.

Section II.

Egypte.

Article 102.

L'Autriche déclare reconnaître le protectorat déclaré sur l'Egypte par la Grande-Bretagne le 18 décembre 1914 et renoncer, en ce qui la concerne, au régime des capitulations en Egypte. Cette renonciation prendra date du 12 août 1914.

Article 103.

Tous les traités, accords, arrangements ou contrats passés par le Gouvernement de l'ancienne monarchie austro-hongroise avec l'Egypte sont tenus pour abrogés depuis le 12 août 1914.

En aucun cas, l'Autriche ne pourra se prévaloir de ces actes et elle s'engage à n'intervenir en aucune façon dans les négociations qui pourront avoir lieu entre la Grande-Bretagne et les autres Puissances relativement à l'Egypte.

Article 104.

Jusqu'à la mise en vigueur d'une législation égyptienne d'organisation judiciaire constituant des cours de complete juridiction, il sera pourvu, par voie de décrets par Sa Hautesse le Sultan, à l'exercice de la juridiction sur les ressortissants autrichiens et sur leurs propriétés par les tribunaux consulaires britanniques.

Article 105.

Le Gouvernement égyptien aura une entière liberté d'action pour régler le statut et les conditions de l'établissement des ressortissants autrichiens en Egypte.

Article 106.

L'Autriche donne, en ce qui la concerne, son agrément à l'abrogation ou aux modifications, jugées désirables par le Gouvernement égyptien, du décret rendu par Son Altesse le Khédive le 28 novembre 1904 relativement à la Commission de la Dette Publique égyptienne.

Article 107.

L'Autriche consent, en ce qui la concerne, au transfert au Gouvernement de Sa Majesté britannique des pouvoirs conférés à Sa Majesté impériale le Sultan par la Convention signée à Constantinople le 29 octobre 1888 relativement à la libre navigation du Canal de Suez.*)

Elle renonce à toute participation au Conseil sanitaire, maritime et quarantenaire de l'Egypte et consent, en ce qui la concerne, au transfert aux autorités égyptiennes des pouvoirs de ce Conseil.

Article 108.

Tous les biens et propriétés de l'ancienne monarchie austro-hongroise en Egypte passent de plein droit au Gouvernement égyptien, sans aucune indemnité.

A cet égard, les biens et propriétés de l'ancienne monarchie austro-hongroise seront considérés comme comprenant toutes les propriétés de la Couronne, ainsi que les biens privés de l'ancienne famille souveraine d'Autriche-Hongrie.

Tous les biens meubles et immeubles appartenant, en Egypte, à des ressortissants autrichiens seront traités conformément aux Sections III et IV de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

Article 109.

Les marchandises égyptiennes bénéficieront à l'entrée en Autriche du régime appliqué aux marchandises britanniques.

---

*) V. **N. R. G.** 2. s. XV. p. 557.

Section III.

Siam.

Article 110.

L'Autriche reconnaît comme caducs, en ce qui la concerne, depuis le 22 juillet 1917, tous traités, conventions ou accords passés par l'ancienne Monarchie austro-hongroise avec le Siam, ensemble les droits, titres ou privilèges pouvant en résulter, ainsi qu'à tout droit de juridiction consulaire au Siam.

Article 111.

L'Autriche cède, en ce qui la concerne, au Siam tous ses droits sur les biens et propriétés qui appartenaient à l'ancienne monarchie austro-hongroise au Siam, à l'exception des bâtiments employés comme résidences ou bureaux diplomatiques ou consulaires ainsi que les effets et le mobilier, qu'ils renferment. Ces biens et propriétés seront acquis de plein droit au Gouvernement siamois, sans indemnité.

Les biens, propriétés et droits privés des ressortissants autrichiens au Siam seront traités conformément aux stipulations de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

Article 112.

L'Autriche renonce à toute réclamation, pour elle ou ses nationaux, contre le Gouvernement siamois relativement à la liquidation des biens autrichiens ou à l'internement des ressortissants autrichiens au Siam. Cette disposition ne doit pas affecter les droits des parties intéressées dans le produit d'aucune de ces liquidations, ces droits étant régles par les dispositions de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

Section IV.

Chine.

Article 113.

L'Autriche renonce, en ce qui la concerne, en faveur de la Chine, à tous privilèges et avantages résultant des dispositions du Protocole final signé à Pékin le 7 septembre 1901,*) ensemble tous annexes, notes et documents complémentaires. Elle renonce également, en faveur de la Chine, à toute réclamation d'indemnité en vertu dudit Protocole postérieurement au 14 août 1917.

Article 114.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes appliqueront chacune en ce qui la concerne:

1° l'arrangement du 29 août 1902 relatif aux nouveaux tarifs douaniers chinois;

*) V. **N. R. G.** 2. s. XXXII, p. 94; 3. s. VI, p. 688.

2° l'arrangement du 27 septembre 1905 relatif à Whang-Poo*) et l'arrangement provisoire complémentaire du 4 avril 1912.

Toutefois, la Chine ne sera pas tenue d'accorder à l'Autriche les avantages ou privilèges qu'elle avait consentis à l'ancienne monarchie austro-hongroise dans ces arrangements.

Article 115.

L'Autriche cède, en ce qui la concerne à la Chine tous ses droits sur les bâtiments, quais et appontements, casernes, forts, armes et munitions de guerre, navires de toutes sortes, installations de télégraphie sans fil et autres propriétés publiques, qui appartenaient à l'ancienne Monarchie austro-hongroise, et qui sont situés ou qui peuvent se trouver dans la concession austro-hongroise à Tien-Tsin ou dans les autres parties du territoire chinois.

Il est entendu, toutefois, que les bâtiments employés comme résidences ou bureaux diplomatiques ou consulaires ainsi que les effets et le mobilier qu'ils renferment, ne sont pas compris dans la cession ci-dessus: en outre, aucune mesure ne sera prise par le Gouvernement chinois pour disposer des propriétés publiques ou privées de l'ancienne Monarchie austro-hongroise situées à Pékin dans le quartier dit des Légations, sans le consentement des Représentants diplomatiques des Puissances qui, à la mise en vigueur du présent Traité, restent parties au Protocole final du 7 septembre 1901.

Article 116.

L'Autriche accepte, en ce qui la concerne, l'abrogation des contrats obtenus du Gouvernement chinois, en vertu desquels la concession austro-hongroise à Tien-Tsin est actuellement tenue.

La Chine, remise en possession du plein exercice de ses droits souverains sur lesdits terrains, déclare son intention de les ouvrir à l'usage de résidence internationale et du commerce. Elle déclare que l'abrogation des contrats, en vertu desquels ladite concession est actuellement tenue, ne doit pas affecter les droits de propriété des ressortissants des Puissances alliées et associées détenteurs de lots dans cette concession.

Article 117.

L'Autriche renonce à toute réclamation contre le Gouvernement chinois ou contre tout Gouvernement allié ou associé en raison de l'internement en Chine de ressortissants autrichiens et de leur rapatriement. Elle renonce également, en ce qui la concerne, à toute réclamation en raison de la saisie des navires austro-hongrois en Chine, de la liquidation, de la mise sous séquestre, la disposition ou la main-mise sur les propriétés, droits et intérêts autrichiens dans ce pays depuis le 14 août 1917. Cette disposition toutefois ne doit pas affecter les droits des parties intéressées dans les produits d'aucune de ces liquidations, ces droits étant réglés par les dispositions de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

---

*) V. **N. R. G.** 3. s. VI. p. 685.

Partie V.

Clauses militaires, navales et aériennes.

En vue de rendre possible la préparation d'une limitation générale des armements de toutes les Nations, l'Autriche s'engage à observer strictement les clauses militaires, navales et aériennes ci-après stipulées.

Section I.

Clauses militaires.

Chapitre I.

Clauses générales.

Article 118.

Dans les trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, les forces militaires de l'Autriche devront être démobilisées dans la mesure prescrite ci-après.

Article 119.

Le service militaire obligatoire pour tous sera aboli en Autriche. L'armée autrichienne ne sera, à l'avenir, constituée et recrutée que par engagements volontaires.

Chapitre II.

Effectifs et encadrement de l'armée autrichienne.

Article 120.

Le nombre total des forces militaires dans l'armée autrichienne ne devra pas dépasser 30.000 hommes, y compris les officiers et les troupes des dépôts.

Les formations composant l'armée autrichienne seront fixées au gré de l'Autriche, mais sous les réserves suivantes:

1° Que les effectifs des unités formées seront obligatoirement compris entre le chiffre maximum et le chiffre minimum portés au Tableau IV annexé à la présente Section;

2° Que la proportion des officiers, y compris le personnel des Etats-Majors et des services spéciaux, ne dépassera pas un vingtième de l'effectif total en service et celle des sous-officiers un quinzième de l'effectif total en service;

3° Que le nombre des mitrailleuses, canons et obusiers ne dépassera pas ceux fixés, pour mille hommes de l'effectif total en service, au Tableau V annexé à la présente Section.

L'armée autrichienne devra être exclusivement employée au maintien de l'ordre dans l'étendue du territoire de l'Autriche et à la police de ses frontières.

Article 121.

Les forces maxima des Etats-Majors et de toutes les formations susceptibles d'être constituées par l'Autriche, sont données dans les Tableaux

annexés à la présente Section. Ces chiffres pourront ne pas être suivis exactement, mais ils ne devront pas être dépassés.

Toute autre organisation intéressant le commandement de la troupe, ou la préparation à la guerre, est interdite.

Article 122.

Toutes mesures de mobilisation ou ayant trait à la mobilisation sont interdites.

Les formations, les services administratifs et les Etats-Majors ne devront, en aucun cas, comprendre des cadres supplémentaires.

Il est interdit d'exécuter des mesures préparatoires en vue de la réquisition d'animaux ou d'autres moyens de transports militaires.

Article 123.

Le nombre de gendarmes, douaniers, gardes forestiers, agents de la police locale ou municipale, ou autres fonctionnaires analogues, ne devra pas excéder le nombre d'hommes qui exerçaient une fonction semblable en 1913 et qui servent actuellement dans les limites territoriales de l'Autriche, telles qu'elles sont fixées par le présent Traité.

Le nombre de ces fonctionnaires ne pourra, à l'avenir, être augmenté que dans une proportion correspondant à celle des augmentations de la population dans les localités ou municipalités qui les emploient.

Ces employés et fonctionnaires, ainsi que ceux du service des chemins de fer, ne pourront pas être réunis pour participer à un exercice militaire quelconque.

Article 124.

Toute formation de troupe, non prévue dans les Tableaux annexés à la présente Section, est interdite. Celles qui existeraient en plus de l'effectif de 30.000 hommes autorisé, seront supprimées dans le délai prévu à l'article 118.

Chapitre III.

Recrutement et instruction militaire.

Article 125.

Tous les officiers devront être des officiers de carrière. Les officiers actuellement en service, qui sont retenus dans l'armée, devront s'engager à servir au moins jusqu'à l'âge de 40 ans. Les officiers actuellement en service, qui ne s'engageront pas dans la nouvelle armée, seront libérés de toute obligation militaire; ils ne devront pas prendre part à un exercice militaire quelconque, théorique ou pratique.

Les officiers nouvellement nommés devront s'engager à servir effectivement pendant au moins vingt ans consécutifs.

La proportion des officiers quittant le service pour quelque cause que ce soit, avant l'expiration du terme de leur engagement, ne devra pas dépasser, chaque année, un vingtième de l'effectif total des officiers prévu par l'article 120. Si cette proportion est dépassée pour cause de force

majeure, le déficit qui en résultera dans les cadres ne pourra pas être comblé par des nominations nouvelles.

Article 126.

La durée totale de l'engagement des sous-officiers et hommes de troupe ne devra pas être inferieure à douze annees consécutives comprenant au moins six années de service sous les drapeaux.

La proportion des hommes renvoyés avant l'expiration de la durée de leur engagement, pour des raisons de santé ou par mesure disciplinaire ou pour toute autre raison quelconque, ne devra pas dépasser un vingtième par an de l'effectif total fixé par l'article 120. Si cette proportion est dépassée pour cause de force majeure, le déficit, qui en résultera, ne devra pas être comblé par de nouveaux engagements.

Chapitre IV.

Ecoles, Etablissements d'enseignement, sociétés et associations militaires.

Article 127.

Le nombre des élèves admis à suivre les cours des écoles militaires sera strictement proportionné aux vacances à pourvoir dans les cadres des officiers. Les élèves et les cadres compteront dans les effectifs fixés dans l'article 120.

En conséquence, toutes écoles militaires ne répondant pas à ces besoins seront supprimees.

Article 128.

Les établissements d'enseignement, autres que ceux visés par l'article 127, de même que toutes sociétes sportives ou autres ne devront s'occuper d'aucune question militaire.

Chapitre V.

Armement, munitions, matériel et fortifications.

Article 129.

A l'expiration des trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, l'armement de l'armée autrichienne ne devra pas dépasser les chiffres fixés pour 1.000 hommes dans le Tableau V annexé à la présente Section.

Les excédents par rapport aux effectifs serviront uniquement aux remplacements qui pourraient éventuellement être nécessaires.

Article 130.

Les approvisionnements de munitions à la disposition de l'armée autrichienne ne devront pas dépasser ceux fixés dans le Tableau V annexé à la présente Section.

Dans les trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, le Gouvernement autrichien déposera le surplus de l'armement et des

munitions, existant actuellement, dans les lieux qui lui seront notifiés par les Principales Puissances alliées et associées.

Aucun autre approvisionnement, dépot ou réserve de munitions ne sera constitué.

Article 131.

Le nombre et le calibre des pièces d'artillerie, constituant l'armement fixe normal des places fortes existant actuellement en Autriche, seront immédiatement portés à la connaissance des Principales Puissances alliées et associées et constitueront des maxima qui ne devront pas être dépassés.

Dans les trois mois après la mise en vigueur du présent Traité, l'approvisionnement maximum de munitions pour ces pièces sera réduit et maintenu au taux uniforme suivant:

1.500 coups par pièce pour celles dont le calibre est égal ou inférieur à 105 millimètres;

500 coups par pièce pour celles dont le calibre est supérieur à 105 millimètres.

Article 132.

La fabrication d'armes, de munitions et de matériel de guerre n'aura lieu que dans une seule usine. Celle-ci sera gérée par l'État, qui en aura la propriété, et sa production sera strictement limitée aux fabrications qui seraient nécessaires aux effectifs militaires et aux armements visés dans les articles 120, 123, 129, 130 et 131.

La fabrication des armes de chasse ne sera pas interdite, sous la réserve qu'aucune arme de chasse, fabriquée en Autriche et utilisant des munitions à balle, ne sera du même calibre que celui des armes de guerre employées dans chacune des armées européennes.

Dans les trois mois après la mise en vigueur du présent Traité, tous autres établissements ayant pour objet la fabrication, la préparation, l'emmagasinage ou l'étude des armes, des munitions ou de tout autre matériel de guerre, seront supprimés ou transformés pour un usage purement commercial.

Dans cette même période, tous les arsenaux seront également supprimés, à l'exception de ceux qui serviront de dépôts pour les stocks de munitions autorisés et leur personnel sera licencié.

L'outillage des établissements ou arsenaux dépassant les besoins de la fabrication autorisée, devra être mis hors d'usage ou transformé pour un usage purement commercial conformément aux décisions de la Commission militaire interalliée de Contrôle prévu à l'article 153.

Article 133.

Dans les trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, toutes les armes, toutes les munitions et tout le matériel de guerre, y compris le matériel quel qu'il soit de défense contre-avions, qui existent, de toutes origines, en Autriche et qui sont en excédent de la quantité autorisée, seront livrés aux Principales Puissances alliées et associées.

Cette livraison sera effectuée sur tels points du territoire autrichien qui seront déterminés par les dites Puissances, lesquelles décideront également de la destination à donner à ce matériel.

Article 134.

L'importation en Autriche d'armes, de munitions et de matériel de guerre de toute sorte est formellement interdite.

Il en sera de même de la fabrication d'armes, de munitions et de matériel de guerre de toutes sortes à destination de l'étranger et de leur exportation.

Article 135.

L'emploi de lance-flammes et celui de gaz asphyxiants, toxiques ou similaires, ainsi que de tous liquides, matières ou procédés analogues étant prohibé, la fabrication et l'importation en sont rigoureusement interdites en Autriche.

Il en est de même du matériel spécialement destiné à la fabrication, à la conservation ou à l'usage desdits produits ou procédés.

Sont également prohibées la fabrication et l'importation en Autriche des chars blindés, tanks, ou de tout autre engin similaire pouvant servir à des buts de guerre.

Tableau I.

Composition et effectifs maxima d'une division d'infanterie.

Unités	Effectif maximum de chaque unité	
	Officiers	Hommes
État-Major de la division d'infanterie	25	70
État-Major de l'infanterie divisionnaire	5	50
État-Major de l'artillerie divisionnaire	4	30
3 Régiments d'infanterie[1] (à l'effectif de 65 officiers et 2000 hommes)	195	6 000
1 Escadron	6	160
1 Bataillon d'artillerie de tranchée (3 compagnies)	14	500
1 Bataillon de pionniers[2]	14	500
1 Régiment d'artillerie de campagne[3]	80	1 200
1 Bataillon cycliste à 3 compagnies	18	450
1 Détachement de liaison[4]	11	330
Service de Santé divisionnaire	28	550
Parcs et convois	14	940
Total pour une division d'infanterie	414	10 780

[1] Chaque régiment comprend 3 bataillons d'infanterie. Chaque bataillon comprend 3 compagnies d'infanterie et 1 compagnie de mitrailleuses.

[2] Chaque bataillon comprend 1 État-Major, 2 compagnies de pionniers, 1 section de pontonniers et 1 section de projecteurs.

[3] Chaque régiment comprend 1 État-Major, 3 groupes d'artillerie de campagne ou de montagne, comprenant ensemble 8 batteries ayant chacune 4 canons ou obusiers de campagne ou de montagne.

[4] Ce détachement comprend 1 détachement de téléphonistes et télégraphistes, 1 section d'écoute et 1 section de colombiers.

Tableau II.

Composition et effectifs maxima d'une division de cavalerie.

Unités	Nombre maximum de ces unités dans une même division	Effectif maximum de chaque unité	
		Officiers	Hommes
Etat-major d'une division de cavalerie	1	15	50
Régiment de cavalerie [1])	6	30	720
Groupe d'artillerie de campagne (3 batteries) . .	1	30	430
Groupe d'autos-mitrailleuses et d'autoscanons [2]) .	1	4	80
Services divers	. . . .	30	500
Total pour la division de cavalerie à 6 régiments	. . . .	259	5 580

[1]) Chaque régiment comprend 4 escadrons.

[2]) Chaque groupe comprend 9 voitures de combat portant chacune 1 canon, 1 mitrailleuse et 1 mitrailleuse de rechange, 4 voitures de liaison, 2 camionnettes de ravitaillement, 7 camions dont 1 camion-atelier, 4 motos.

Nota. Les grandes unités de cavalerie peuvent comprendre un nombre variable de régiments et même être constituées en brigades indépendantes dans la limite des effectifs ci-dessus.

Tableau III.

Composition et effectifs maxima d'une brigade mixte.

Unités	Effectif maximum de chaque unité	
	Officiers	Hommes
Etat-major de la brigade	10	50
2 Régiments d'infanterie [1])	130	4 000
1 Bataillon cycliste	18	450
1 Escadron de cavalerie	5	100
1 Groupe d'artillerie de campagne	20	400
1 Compagnie d'artillerie de tranchée	5	150
Service divers	10	200
Total pour une brigade mixte	198	5 350

[1]) Chaque régiment comprend 3 bataillons d'infanterie. Chaque bataillon comprend 3 compagnies d'infanterie et 1 compagnie de mitrailleuses.

Tableau IV.

Effectif minimum des unités quelle que soit l'organisation adoptée dans l'armée. (Divisions, brigades mixtes, etc.)

Unités	Effectif maximum (pour mémoire)		Effectif minimum	
	Officiers	Hommes	Officiers	Hommes
Division d'infanterie	414	10 780	300	8 000
Division de cavalerie	259	5 380	180	3 650
Brigade mixte	198	5 350	140	4 250
Régiment d'infanterie	65	2 000	52	1 600
Bataillon d'infanterie	16	650	12	500
Compagnie d'infanterie ou de mitrailleuses	3	160	2	120
Groupe cycliste	18	450	12	300
Régiment de cavalerie	30	720	20	450
Escadron de cavalerie	6	160	3	100
Régiment d'artillerie	80	1 200	60	1 000
Batterie d'artillerie de campagne	4	150	2	120
Compagnie d'artillerie de tranchée	3	150	2	100
Bataillon de pionniers	14	500	8	300
Batterie d'artillerie de montagne	5	320	3	200

Tableau V.

Maximum d'armement et d'approvisionnement en munitions autorisées.

Matériels	Quantité pour 1000 hommes	Quantité de munitions par arme (fusils, canons, etc.)
Fusil ou carabine[1]	1 150	500 coups
Mitrailleuses lourdes ou légères	15	10 000 „
Mortiers de tranchée légers	2	1 000 „
Mortiers de tranchée moyens		500 „
Canons ou obusiers de campagne ou de montagne	3	1 000 „

[1]) Les fusils ou carabines automatiques sont comptés comme mitrailleuses légères.

Aucun canon lourd, c'est-à-dire d'un calibre supérieur à 105 *mm* n'est autorisé en dehors de ceux constituant l'armement normal des places fortes.

Section II.

Clauses navales.

Article 136.

A dater de la mise en vigueur du présent Traité, tous les bâtiments de guerre austro-hongrois, y compris les sous-marins, sont déclarés définitivement livrés aux Principales Puissances alliées et associées.

Tous les moniteurs, torpilleurs et bâtiments armés des flotilles du Danube seront livrés aux Principales Puissances alliées et associées.

Toutefois, l'Autriche aura le droit de maintenir sur le Danube, pour la police du fleuve, trois chaloupes éclaireurs, à la condition que le choix en sera fait par la Commission prévue à l'article 154 du présent Traité.

Article 137.

Les croiseurs auxiliaires et bâtiments auxiliaires austro-hongrois, ci-après énumérés, seront désarmés et traités comme navires de commerce:

Bosnia, Gablonz, Carolina, Africa, Tirol, Argentina, Lussin, Teodo, Nixe, Gigante, Dalmat, Persia, Prince Hohenlohe, Gastein, Helouan, Graf Wurmbrand, Pelikan, Herkules, Pola, Najade, Pluto, Président Wilson (ancien Kaiser Franz Joseph), Trieste, Baron Bruck, Elizabet, Metcovich, Baron Call, Gaea, Cyclop, Vesta, Nymphe, Buffel.

Article 138.

Tous les bâtiments de guerre, y compris les sous-marins, actuellement en construction dans les ports qui appartiennent à l'Autriche ou qui appartenaient précédemment à la monarchie austro-hongroise seront démolis.

Le travail de démolition de ces navires devra commencer aussitôt que possible après la mise en vigueur du présent Traité.

Article 139.

Tous objets, machines et matériaux quelconques provenant de la démolition des bâtiments de guerre austro-hongrois quels qu'ils soient, bâtiments de surface ou sous-marins, ne pourront être utilisés que dans un but purement industriel ou commercial.

Ils ne pourront être ni vendus ni cédés à l'étranger.

Article 140.

La construction ou l'acquisition de tous bâtiments sous-marins, même de commerce, seront interdites en Autriche.

Article 141.

Toutes les armes, toutes les munitions et tout le matériel naval de guerre, y compris les mines et les torpilles, qui appartenaient à l'Autriche-Hongrie lors de la signature de l'armistice du 3 novembre 1918,*) sont déclarés définitivement livrés aux Principales Puissances alliées et associées.

Article 142.

L'Autriche n'est tenue responsable pour la livraison (articles 136 et 141), le désarmement (article 137), la démolition (article 138), ainsi que pour la manière de traiter (article 137), ou d'utiliser (article 139) les objets visés aux articles précédents qu'en ce qui concerne les objets qui se trouvent sur son propre territoire.

---

*) V. ci-dessus, p. 163.

Article 143.

Pendant les trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, la station autrichienne de télégraphie sans fil à grande puissance de Vienne ne devra pas être employée, sans l'autorisation des Principales Puissances alliées et associées, pour transmettre des messages relatifs aux questions d'ordre naval, militaire ou politique, intéressant l'Autriche ou tout autre Etat ayant été allié de l'Autriche-Hongrie pendant la guerre. Cette station pourra transmettre des télégrammes commerciaux, mais seulement sous le contrôle des dites Puissances, qui fixeront les longueurs d'onde à employer.

Pendant le même délai, l'Autriche ne devra pas construire des stations de télégraphie sans fil à grande puissance, tant sur son propre territoire, que sur celui de la Hongrie, de l'Allemagne, de la Bulgarie ou de la Turquie.

Section III.

Clauses concernant l'aéronautique militaire et navale.

Article 144.

Les forces militaires de l'Autriche ne devront comporter aucune aviation militaire ni navale.

Aucun ballon dirigeable ne sera conservé.

Article 145.

Dans le délai de deux mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, le personnel de l'aéronautique, figurant actuellement sur les contrôles des armées autrichiennes de terre et de mer sera démobilisé.

Article 146.

Jusqu'à la complète évacuation du territoire autrichien par les troupes alliées et associées, les appareils d'aéronautique des Puissances alliées et associées auront en Autriche liberté de passage à travers les airs, liberté de transit et d'atterrissage.

Article 147.

Pendant les six mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, la fabrication, l'importation et l'exportation des aéronefs, pièces d'aéronefs, ainsi que des moteurs d'aéronefs et pièces de moteurs d'aéronefs, seront interdites dans tout le territoire de l'Autriche.

Article 184.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, tout le matériel de l'aéronautique militaire et navale devra être livré par l'Autriche et à ses frais aux Principales Puissances alliées et associées.

Cette livraison devra être effectuée dans tels lieux que désigneront les Gouvernements desdites Puissances: elle devra être achevée dans un délai de trois mois.

Dans ce matériel sera compris, en particulier, le matériel qui est ou a été employé ou destiné à des buts de guerre, notamment:

Les avions et hydravions complets, ainsi que ceux en cours de fabrication, en réparation ou en montage.

Les ballons dirigeables en état de vol, en cours de fabrication, en réparation ou en montage.

Les appareils pour la fabrication de l'hydrogène.

Les hangars des ballons dirigeables et abris de toutes sortes pour aéronefs.

Jusqu'à leur livraison, les ballons dirigeables seront, aux frais de l'Autriche, maintenus gonflés d'hydrogène, et les appareils pours la fabrication de l'hydrogène ainsi que les abris pour les ballons dirigeables peuvent, à la discrétion desdites Puissances, être laissées à l'Autriche jusqu'au moment de la livraison des ballons dirigeables.

Les moteurs d'aéronefs.

Les cellules.

L'armement (canons, mitrailleuses, fusils-mitrailleurs, lance-bombes, lance-torpilles, appareils de synchronisation, appareils de visée).

Les munitions (cartouches, obus, bombes chargées, corps de bombes, stocks d'explosifs ou matières destinées à leur fabrication).

Les instruments de bord.

Les appareils de télégraphie sans fil et les appareils photographiques ou cinématographiques, utilisés par l'aéronautique.

Les pièces détachées se rapportant à chacune des catégories qui précèdent.

Le matériel ci-dessus visé ne devra pas être déplacé sans une autorisation spéciale desdits Gouvernements.

Section IV.

Commission interalliées de contrôle.

Article 149.

Toutes les clauses militaires, navales et aéronautiques qui sont contenues dans le présent Traité et pour l'exécution desquelles une limite de temps a été fixée, seront exécutées par l'Autriche sous le contrôle des Commissions interalliées spécialement nommées à cet effet par les Principales Puissances alliées et associées.

Les Commissions susmentionnées représenteront auprès du Gouvernement autrichien les Principales Puissances alliées et associées, pour tout ce qui est relatif à l'exécution des clauses militaires, navales ou aéronautiques. Elles feront connaître aux autorités de l'Autriche les décisions que les Principales Puissances alliées et associées se sont réservé de prendre ou que l'exécution desdites clauses pourrait nécessiter.

Article 150.

Les Commissions interalliées de contrôle pourront installer leurs services à Vienne et auront la faculté aussi souvent qu'elles le jugeront utile, de se rendre sur un point quelconque du territoire autrichien, ou d'y envoyer des Sous-Commissions, ou de charger un ou plusieurs de leurs membres de s'y transporter.

Article 151.

Le Gouvernement autrichien devra donner aux Commissions interalliées de contrôle tous les renseignements et documents qu'elles jugeront nécessaires pour l'accomplissement de leur mission, et tous les moyens, tant en personnel qu'en matériel, dont les susdites Commissions pourraient avoir besoin pour assurer la complète exécution des clauses militaires, navales ou aéronautiques.

Le Gouvernement autrichien devra assigner un représentant qualifié auprès de chaque Commission interalliée de contrôle, avec mission de recevoir de celle-ci les communications qu'elle aurait à adresser au Gouvernement autrichien et de lui fournir ou procurer tous renseignements ou documents demandés.

Article 152.

L'entretien et les frais des Commissions de contrôle et les dépenses occasionnées par leur fonctionnement seront supportés par l'Autriche.

Article 153.

La Commission militaire interalliée de contrôle aura spécialement pour mission de recevoir du Gouvernement autrichien les notifications relatives à l'emplacement des stocks et dépôts de munitions, à l'armement des ouvrages fortifiés, forteresses et places fortes, à l'emplacement des usines ou fabriques d'armes, de munitions et de matériel de guerre et à leur fonctionnement.

Elle recevra livraison des armes, munitions, matériel de guerre, outillage destiné aux fabrications de guerre, fixera les lieux où cette livraison devra être effectuée, surveillera les destructions, mises hors d'usage ou transformations, prévues par le présent Traité.

Article 154.

La Commission navale interalliée de contrôle aura spécialement pour mission de se rendre sur les chantiers de construction et de contrôler la démolition des bâtiments qui s'y trouvent en chantier, de recevoir livraison des armes, munitions et matériel naval de guerre et de contrôler les destructions ou démolitions prévues.

Le Gouvernement autrichien devra fournir à la Commission navale interalliée de contrôle tous les renseignements et documents qu'elle jugera nécessaires pour s'assurer de la complète exécution des clauses navales, notamment les plans des navires de guerre, la composition de leur armement, les caractéristiques et les modèles de canons, munitions, torpilles, mines, explosifs, appareils de télégraphie sans fil et en général de tout ce qui concerne le matériel naval de guerre, ainsi que tous documents législatifs administratifs ou réglementaires.

Article 155.

La Commission aéronautique interalliée de contrôle aura spécialement pour mission de recenser le matériel aéronautique qui se trouve actuellement

entre les mains du Gouvernement autrichien et d'inspecter les usines d'avions, de ballons et de moteurs d'aéronefs, les fabriques d'armes, munitions et explosifs pouvant être employés par les aéronefs, de visiter tous aérodromes, hangars, terrains d'atterrissage, parcs et dépots se trouvant sur le territoire autrichien et d'exercer, s'il y a lieu, le déplacement du matériel prévu et d'en prendre livraison.

Le Gouvernement autrichien devra fournir à la Commission aéronautique interalliée de contrôle tous les renseignements et documents législatifs, administratifs ou autres, qu'elle jugera nécessaires pour s'assurer de la complète exécution des clauses aéronautiques, notamment un état numérique du personnel appartenant à tous les services aéronatiques de l'Autriche, ainsi que du matériel existant en fabrication ou en commande, une liste complète de tous les établissements travaillant pour l'aéronautique, de leurs emplacements, et de tous les hangars et terrains d'atterrissage.

Section V.

Clauses générales.

Article 156.

A l'expiration d'un délai de trois mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, la législation autrichienne devra avoir été modifiée et devra être maintenue par le Gouvernement autrichien en conformité de la présente Partie du présent Traité.

Dans le même délai, toutes les mesures administratives ou autres relatives à l'exécution des dispositions de la présente Partie, devront avoir été prises par le Gouvernement autrichien.

Article 157.

Les dispositions suivantes de l'armistice du 3 novembre 1918,*) savoir: les paragraphes 2 et 3 du Chapitre I (Clauses militaires), les paragraphes 2, 3 et 6 du Chapitre I du Protocole annexe (Clauses militaires), restent en vigueur en tant qu'ils ne sont pas contraires aux stipulations qui précèdent.

Article 158.

L'Autriche s'engage, à partir de la mise en vigueur du présent Traité, à n'accréditer en aucun pays étranger aucune mission militaire, navale ou aéronautique, et à n'en envoyer et laisser partir aucune; elle s'engage, en outre, à prendre les mesures appropriées pour empêcher les ressortissants autrichiens de quitter son territoire pour s'enrôler dans l'armée, la flotte ou le service aéronautique d'aucune puissance étrangère, ou pour lui être attaché en vue d'aider à son entrainement ou, en général, de donner un concours à l'instruction militaire, navale ou aéronautique dans un pays étranger.

Les Puissances alliées et associées conviennent, en ce qui les concerne, qu'à partir de la mise en vigueur du présent Traité, elles ne devront pas enrôler dans leurs armées, leurs flottes ou leurs forces aéro-

*) V. ci-dessus, p. 163.

nautiques, ni y attacher aucun ressortissant autrichien en vue d'aider à l'entraînement militaire, ou, en général, d'employer un ressortissant autrichien comme instructeur militaire, naval ou aeronautique.

Toutefois, la présente disposition ne porte aucune atteinte au droit de la France de recruter la Legion étrangere conformément aux lois et règlements militaires français.

Article 159.

Aussi longtemps que le présent Traité restera en vigueur, l'Autriche s'engage à se prêter à toute investigation que le Conseil de la Société des Nations, votant à la majorité, jugerait nécessaire.

Partie VI.

Prisonniers de guerre et sépultures.

Section I.

Prisonniers de guerre.

Article 160.

Le rapatriement des prisonniers de guerre et internés civils autrichiens aura lieu aussitôt que possible après la mise en vigueur du présent Traité et sera effectué avec la plus grande rapidité.

Article 161.

Le rapatriement des prisonniers de guerre et internés civils autrichiens sera, dans les conditions fixées à l'article 160 assuré par les soins d'une Commission composée de representants des Puissances alliées et associées d'une part et du Gouvernement autrichien d'autre part.

Pour chacune des Puissances alliées et associées, une sous-commission composée uniquement de représentants de la Puissance interessée et de délégués du Gouvernement autrichien réglera les détails d'exécution du rapatriement des prisonniers de guerre.

Article 162.

Dès leur remise aux mains des autorités autrichiennes, les prisonniers de guerre et internés civils devront, par les soins de ces dernières, être sans délai renvoyés dans leurs foyers.

Ceux d'entre eux, dont le domicile d'avant-guerre se trouve sur les territoires occupés par les troupes des Puissances alliées et associées, devront également y être renvoyés, sous réserve de l'agrément et du contrôle des autorités militaires des armées d'occupation alliées et associées.

Article 163.

Tous les frais résultant de ce rapatriement, à partir de la mise en route, seront à la charge du Gouvernement autrichien, lequel sera tenu de fournir les moyens de transport, ainsi que le personnel technique, qui seront considérés comme nécessaires par la Commission prévue à l'article 161.

Article 164.

Les prisonniers de guerre et internés civils, soit passibles, soit frappés de peines pour fautes contre la discipline, seront rapatriés, sans qu'il soit tenu compte de l'achèvement de leur peine ou de la procédure engagée contre eux.

Cette disposition ne s'applique pas aux prisonniers de guerre et internés civils qui seraient punis pour des faits postérieurs au 1er juin 1919.

Jusqu'à leur rapatriement, tous les prisonniers de guerre et internés civils restent soumis aux règlements en vigueur, notamment au point de vue du travail et de la discipline.

Article 165.

Les prisonniers de guerre et internés civils qui sont passibles ou frappés de peines pour des faits autres que des fautes contre la discipline pourront être maintenus en détention.

Article 166.

Le Gouvernement autrichien s'engage à recevoir sur son territoire tous les individus rapatriables sans distinction.

Les prisonniers de guerre ou ressortissants autrichiens, qui désireraient ne pas être rapatriés, pourront être exclus du rapatriement; mais les Gouvernements alliés et associés se réservent le droit, soit de les rapatrier, soit de les conduire dans un pays neutre, soit de les autoriser à résider sur leur territoire.

Le Gouvernement autrichien s'engage à ne prendre contre ces individus ou leurs familles aucune mesure d'exception, ni à exercer à leur encontre, pour ce motif, aucune répression ou vexation, de quelque nature qu'elle soit.

Article 167.

Les Gouvernements alliés et associés se réservent le droit de subordonner le rapatriement des prisonniers de guerre et ressortissants autrichiens qui sont en leur pouvoir, à la déclaration et à la mise en liberté immédiates par le Gouvernement autrichien de tous les prisonniers de guerre et autres ressortissants des Puissances alliées et associées, qui se trouveraient encore retenus contre leur gré en Autriche.

Article 168.

Le Gouvernement autrichien s'engage:

1° A donner libre accès aux Commissions de recherche des disparus, à leur fournir tous les moyens de transport utiles, à les laisser pénétrer dans les camps, prisons, hôpitaux et tous autres locaux, à mettre à leur disposition tous documents d'ordre public ou privé, qui peuvent les éclairer dans leurs recherches;

2° A prendre les sanctions contre les fonctionnaires ou particuliers autrichiens, qui auraient dissimulé la présence d'un ressortissant d'une Puissance alliée ou associée, ou qui auraient négligé d'en révéler la présence après en avoir eu connaissance.

Article 169.

Le Gouvernement autrichien s'engage à restituer sans délai, dès la mise en vigueur du présent Traité, tous les objets, valeurs ou documents ayant appartenu à des ressortissants des Puissances alliées ou associées et qui auraient été retenus par les autorités autrichiennes.

Article 170.

Les Hautes Parties Contractantes déclarent renoncer au remboursement réciproque des sommes dues pour l'entretien des prisonniers de guerre sur leurs territoires respectifs.

Section II.

Sépultures.

Article 171.

Les Gouvernements alliés et associés et le Gouvernement autrichien feront respecter et entretenir les sépultures des soldats et marins inhumés sur leurs territoires respectifs.

Ils s'engagent à reconnaître toute Commission chargée par l'un ou par l'autre des Gouvernements d'identifier, enregistrer, entretenir ou élever des monuments convenables sur lesdites sépultures et à faciliter à cette Commission l'accomplissement de ses devoirs.

Ils conviennent en outre de se donner réciproquement, sous réserve des prescriptions de leur législation nationale et des nécessités de l'hygiène publique, toutes facilités pour satisfaire aux demandes de rapatriement des restes de leurs soldats et de leurs marins.

Article 172.

Les sépultures des prisonniers de guerre et internés civils, ressortissants des différents Etats belligérants, décédés en captivité, seront convenablement entretenues, dans les conditions prévues à l'article 171 du présent Traité.

Les Gouvernements alliés et associés d'une part et le Gouvernement autrichien d'autre part s'engagent en outre à se fournir réciproquement:

1⁰ La liste complète des décédés avec tous renseignements utiles à leur identification;

2⁰ Toutes indications sur le nombre et l'emplacement des tombes de tous les morts enterrés sans identification.

Partie VII.

Sanctions.

Article 173.

Le Gouvernement autrichien reconnaît aux Puissances alliées et associées la liberté de traduire devant leurs Tribunaux militaires, les personnes accusées d'avoir commis des actes contraires aux lois et coutumes de la guerre. Les peines prévues par les lois seront appliquées aux per-

sonnes reconnues coupables. Cette disposition s'appliquera nonobstant toutes procédures ou poursuites devant une juridiction de l'Autriche ou de ses alliés.

Le Gouvernement autrichien devra livrer aux Puissances alliées et associées, ou à celle d'entre elles qui lui en adressera la requête, toutes personnes qui, étant accusées d'avoir commis un acte contraire aux lois et coutumes de la guerre, lui seraient désignées soit nominativement, soit par le grade, la fonction ou l'emploi auxquels les personnes auraient été affectées par les autorités autrichiennes.

Article 174.

Les auteurs d'actes contre les ressortissants d'une des Puissances alliées et associées seront traduits devant les Tribunaux militaires de cette Puissance.

Les auteurs d'actes commis contre des ressortissants de plusieurs Puissances alliées et associées, seront traduits devant des tribunaux militaires composés de membres appartenant aux tribunaux militaires des Puissances intéressées.

Dans tous les cas, l'accusé aura droit à désigner lui-même son avocat.

Article 175.

Le Gouvernement autrichien s'engage à fournir tous documents et renseignements, de quelque nature que ce soit, dont la production serait jugée nécessaire pour la connaissance complète des faits incriminés, la recherche des coupables et l'appréciation exacte des responsabilités.

Article 176.

Les dispositions des articles 173 à 175 s'appliquent également aux Gouvernements des Etats auxquels ont été attribués des territoires appartenant à l'ancienne Monarchie Austro-Hongroise, pour ce qui concerne les personnes accusées d'avoir commis des actes contraires aux lois et coutumes de la guerre et qui se trouvent dans le territoire ou à la disposition desdits Etats.

Si les personnes dont il s'agit ont acquis la nationalité d'un desdits Etats, le Gouvernement de cet Etat s'engage à prendre toutes les mesures nécessaires afin d'assurer leur poursuite et leur punition, sur la requête de la Puissance intéressée et d'accord avec elle.

Partie VIII.

Réparations.

Section I.

Dispositions générales.

Article 177.

Les Gouvernements alliés et associés déclarent et l'Autriche reconnaît que l'Autriche et ses alliés sont responsables, pour les avoir causés, des pertes et des dommages subis par les Gouvernements alliés et associés et

leurs nationaux en conséquence de la guerre, qui leur a été imposée par l'agression de l'Autriche-Hongrie et de ses alliés.

Article 178.

Les Gouvernements alliés et associés reconnaissent que les ressources de l'Autriche ne sont pas suffisantes — en tenant compte de la diminution permanente de ces ressources qui résulte des autres dispositions du présent Traité — pour assurer complète réparation de ces pertes et de ces dommages.

Les Gouvernements alliés et associés exigent toutefois, et l'Autriche en prend l'engagement, que soient réparés, dans les conditions déterminées ci-après, les dommages causés, pendant la période au cours de laquelle chacune des Puissances alliées ou associées a été en guerre avec l'Autriche, à la population civile des Puissances alliées et associées et à ses biens par ladite agression par terre, par mer et par les airs, et, d'une façon générale, les dommages définis à l'Annexe I ci-jointe.

Article 179.

Le montant desdits dommages, pour lesquels réparation est due par l'Autriche, sera fixé par une Commission interalliée, qui prendra le titre de Commission des réparations et sera constituée dans la forme et avec les pouvoirs indiqués ci-après et aux Annexes II à V ci-jointes. La Commission prévue à l'article 233 du Traité avec l'Allemagne est la même que la présente Commission, sous réserve des modifications résultant du présent Traité: elle constituera une Section pour les questions spéciales soulevées par l'application du présent Traité; cette Section n'aura qu'un pouvoir consultatif, sauf dans les cas où la Commission des réparations lui déléguera tels pouvoirs qu'elle jugera opportuns.

La Commission des réparations étudiera les réclamations et donnera au Gouvernement autrichien l'équitable faculté de se faire entendre.

La Commission établira concurremment un état de payements, en prévoyant les époques et les modalités de l'acquittement par l'Autriche, dans une période de trente ans à dater du 1er mai 1921, de la part de dette qui lui aura été assignée après que la Commission aura estimé si l'Allemagne est en situation de payer le solde du montant total des réclamations présentées contre l'Allemagne et ses alliés et vérifiées par la Commission. Au cas cependant où, au cours de ladite période, l'Autriche manquerait à l'acquittement de sa dette, le règlement de tout solde restant impayé pourra être reporté aux années suivantes, à la volonté de la Commission, ou pourra faire l'objet d'un traitement différent, dans telles conditions que détermineront les Gouvernements alliés et associés, agissant suivant la procédure prévue à la présente Partie du présent Traité.

Article 180.

La Commission des réparations devra, après le 1er mai 1921, étudier, de temps à autre, les ressources et les capacités de l'Autriche et, après

avoir donné aux représentants de ce pays l'équitable faculté de se faire entendre, elle aura tous pouvoirs pour étendre la période et modifier les modalités des payements à prévoir en conformité de l'article 179; mais elle ne pourra faire remise d'aucune somme sans l'autorisation spéciale des divers Gouvernements représentés à la Commission.

Article 181.

L'Autriche payera, pendant les années 1919 et 1920 et pendant les quatre premiers mois de 1921, en autant de versements et suivant telles modalités (en or, en marchandises, en navires, en valeur ou autrement) que la Commission des réparations pourra fixer, une somme raisonnable que la Commission déterminera, à valoir sur les créances ci-dessus; sur cette somme les frais de l'armée d'occupation après l'armistice du 3 novembre 1918*) seront d'abord payés, et telles quantités de produits alimentaires et de matières premières, qui pourront être jugées, par les Gouvernements des Principales Puissances alliées et associées, nécessaires pour permettre à l'Autriche de faire face à son obligation de réparer, pourront aussi, avec l'approbation desdits Gouvernements, être payées par imputation sur ladite somme. Le solde viendra en déduction des sommes dues par l'Autriche à titre de réparations. L'Autriche remettra en outre les bons prescrits au paragraphe 12, c, de l'Annexe II ci-jointe.

Article 182.

L'Autriche accepte, en outre, que ses ressources économiques soient directement affectées aux réparations, comme il est spécifié aux Annexes III, IV et V relatives respectivement à la marine marchande, aux restaurations matérielles et aux matières premières; étant toujours entendu que la valeur des biens transférés et de l'utilisation qui en sera faite conformément auxdites Annexes sera, après avoir été fixée de la manière qui y est prescrite, portée au crédit de l'Autriche et viendra en déduction des obligations prevues aux articles ci-dessus.

Article 183.

Les versements successifs, y compris ceux visés aux articles précédents, effectués par l'Autriche pour satisfaire aux réclamations ci-dessus, seront répartis par les Gouvernements alliés et associés suivant les proportions déterminées par eux à l'avance et fondées sur l'equité et les droits de chacun.

En vue de cette répartition, la valeur des crédits visés à l'article 189 et aux Annexes III, IV et V sera calculée de la même façon que les payements effectués la même année.

Article 184.

En sus des payements ci-dessus prévus, l'Autriche effectuera, en se conformant à la procédure établie par la Commission des réparations, la

*) V. ci-dessus, p. 163.

restitution en espèces des espèces enlevées, saisies ou séquestrées ainsi que la restitution des animaux, des objets de toute sorte et des valeurs enlevés, saisis ou séquestrés, dans les cas où il sera possible de les identifier soit sur les territoires appartenant à l'Autriche ou à ses alliés, soit sur les territoires restés en possession de l'Autriche ou de ses alliés jusqu'à la complète exécution du présent Traité.

Article 185.

Le Gouvernement autrichien s'engage à opérer immédiatement les restitutions prévues par l'article 184 ci-dessus et à effectuer les payements et les livraisons prévus par les l'articles 179, 180, 181 et 182.

Article 186.

Le Gouvernement autrichien reconnaît la Commission prévue par l'article 179, telle qu'elle pourra être constituée par les Gouvernements alliés et associés conformément à l'Annexe II; il lui reconnaît irrévocablement la possession et l'exercice des droits et pouvoirs que lui confère le présent Traité. Le Gouvernement autrichien fournira à la Commission tous les renseignements dont elle pourra avoir besoin sur la situation et les opérations financières et sur les biens, la capacité de production, les approvisionnements et la production courante des matières premières et objets manufacturés de l'Autriche et de ses ressortissants; il donnera également toutes informations relatives aux opérations militaires de la guerre 1914—1919 dont la connaissance sera jugée nécessaire par la Commission. Le Gouvernement autrichien accordera aux Membres de la Commission et à ses Agents autorisés tous les droits et immunités dont jouissent en Autriche les Agents diplomatiques dûment accrédités des Puissances amies.

L'Autriche accepte, en outre, de supporter les émoluments et les frais de la Commission et de tel personnel qu'elle pourra employer.

Article 187.

L'Autriche s'engage à faire promulguer, à maintenir en vigueur et à publier toute législation, tous règlements et décrets qui pourraient être nécessaires pour assurer la complète exécution des présentes stipulations.

Article 188.

Les dispositions de la présente Partie du présent Traité n'affecteront en rien les dispositions des Sections III et IV de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

Article 189.

Seront portés au crédit de l'Autriche, au titre de ses obligations de réparer, les éléments suivants:

a) Tout solde définitif en faveur de l'Autriche visé aux sections III et IV de la Partie X (Clauses économiques) du présent Traité;
b) Toutes sommes dues à l'Autriche du chef des cessions visées à la Partie IX (Clauses financières) et à la Partie XII (Ports, voies d'eau et voies ferrées);

c) Toutes sommes que la Commission des réparations jugerait devoir être portées au crédit de l'Autriche à valoir sur tous autres transferts de propriétés, droits, concessions ou autres intérêts prévus par le présent Traité.

En aucun cas, toutefois, les restitutions effectuées en vertu de l'article 184 du présent Traité ne pourront être portées au crédit de l'Autriche.

Article 190.

La cession des câbles sous-marins autrichiens, à défaut d'une disposition particulière du présent Traité, est réglée par l'Annexe VI ci-jointe.

Annexe I.

Compensation peut être réclamée de l'Autriche, conformément à l'article 178 ci-dessus, pour la totalité des dommages rentrant dans les catégories ci-après:

1° Dommages causés aux civils atteints dans leur personne ou dans leur vie et aux survivants qui étaient à la charge de ces civils pour tous actes de guerre, y compris les bombardements ou autres attaques par terre, par mer ou par la voie des airs, et toutes leurs conséquences directes ou de toutes opérations de guerre des deux groupes de belligérants, en quelque endroit que ce soit;

2° Dommages causés par l'Autriche ou ses alliés aux civils victimes d'actes de cruauté, de violence ou de mauvais traitements (y compris les atteintes à la vie ou à la santé par suite d'emprisonnement, de déportation, d'internement ou d'évacuation, d'abandon en mer ou de travail forcé), et quelque endroit que ce soit, et aux survivants qui étaient à la charge de ces victimes;

3° Dommages causés par l'Autriche ou ses alliés, sur leur territoire ou en territoire occupé ou envahi, aux civils victimes de tous actes ayant porté atteinte à la santé, à la capacité de travail ou à l'honneur, et aux survivants qui étaient à la charge de ces victimes;

4° Dommages causés par toute espèce de mauvais traitements aux prisonniers de guerre;

5° En tant que dommage causé aux peuples des Puissances alliées et associées, toutes pensions ou compensations de même nature aux victimes militaires de la guerre (armées de terre, de mer ou forces aériennes), mutilés, blessés, malades ou invalides, et aux personnes dont ces victimes étaient le soutien; le montant des sommes dues aux Gouvernements alliés et associés sera calculé pour chacun desdits Gouvernements, à la valeur capitalisée, à la date de la mise en vigueur du présent Traité, desdites pensions ou compensations, sur la base des tarifs en vigueur en France au 1er mai 1919;

6° Frais de l'assistance fournie par les Gouvernements des Puissances alliées et associées aux prisonniers de guerre, à leurs familles ou aux personnes dont ils étaient le soutien;

7° Allocations données par les Gouvernements des Puissances alliées et associées aux familles et aux autres personnes à la charge des mobilisés ou de tous ceux qui ont servi dans l'armée; le montant des sommes qui leur sont dues pour chacune des années au cours desquelles des hostilités se sont produites sera calculé, pour chacun desdits Gouvernements, sur la base du tarif moyen appliqué en France, pendant ladite année, aux payements de cette nature;

8° Dommages causés à des civils par suite de l'obligation qui leur a été imposée par l'Autriche ou ses alliées de travailler sans une juste rémunération;

9° Dommages relatifs à toutes propriétés, en quelque lieu qu'elles soient situées, appartenant à l'une des Puissances alliées ou associées ou à leurs ressortissants (exception faite des ouvrages et du matériel militaires ou navals) qui ont été enlevées, saisies, endommagées ou détruites par les actes de l'Autriche ou ses alliées sur terre, sur mer ou dans les airs; ou dommages causés en conséquence directe des hostilités ou de toutes opérations de guerre;

10° Dommages causés sous formes de prélèvements, amendes ou exactions similaires de l'Autriche ou de ses alliées au détriment des populations civiles.

Annexe II.

§ 1er.

La Commission prévue par l'article 179 prendra le titre de „Commission des réparations", elle sera désignée dans les articles ci-après par les mots „la Commission".

§ 2.

Les Délégués à la Commission seront nommés par les Etats-Unis d'Amérique, la Grande-Bretagne, la France, l'Italie, le Japon, la Belgique, la Grèce, la Pologne, la Roumanie, l'Etat Serbe-Croate-Slovène et la Tchéco-Slovaquie. Les Etats-Unis d'Amérique, la Grande-Bretagne, la France, l'Italie, le Japon et la Belgique nommeront respectivement un Délégué. Les cinq autres Puissances nommeront un Délégué commun dans les conditions prévues au troisième alinéa du paragraphe 3 ci-après. En même temps que chaque Délégué, sera nommé un Délégué adjoint qui le remplacera en cas de maladie ou d'absence forcée, mais qui, en toute autre circonstance, aura seulement le droit d'assister aux débats sans y prendre aucune part.

En aucun cas, plus de cinq des Délégués ci-dessus n'auront le droit de prendre part aux débats de la Commission et d'émettre des votes. Les Délégués des Etats-Unis, de la Grande-Bretagne, de la France et de l'Italie auront toujours ce droit. Le Délégué de la Belgique aura ce droit dans tous les cas autres que ceux visés ci-après. Le Délégué du Japon aura ce droit dans le cas où seront examinées des questions relatives aux dommages sur mer. Le Délégué commun des cinq autres Puissances

mentionnées ci-dessus aura ce droit lorsque des questions relatives à l'Autriche, à la Hongrie ou à la Bulgarie seront examinées.

Chacun des Gouvernements représentés à la Commission aura le droit de s'en retirer après un préavis de douze mois notifié à la Commission et confirmé au cours du sixième mois après la date de la notification primitive.

§ 3.

Celle d'entre les Puissances alliées et associées, qui pourrait être intéressée, aura le droit de nommer un Délégué qui ne sera présent et n'agira, en qualité d'assesseur, que lorsque les créances et intérêts de ladite Puissance seront examinés ou discutés; ce Délégué n'aura pas le droit de vote.

La Section que la Commission constituera en exécution de l'article 179 de la présente Partie comprendra des représentants des Puissances ci-après: Etats-Unis d'Amérique, Grande-Bretagne, France, Italie, Grèce, Pologne, Roumanie, Etat Serbe-Croate-Slovène, Tchéco-Slovaquie, sans que cette composition préjuge en rien l'admissibilité des réclamations. Lorsque la Section émettra des votes, les représentants des Etats-Unis d'Amérique, de la Grande-Bretagne, de la France et de l'Italie auront chacun deux voix.

Les Représentants des cinq autres Puissances mentionnées ci-dessus nommeront un Délégué commun qui siégera à la Commission des réparations dans les conditions indiquées au paragraphe 2 de la présente Annexe. Ce Délégué, qui sera nommé pour un an, sera successivement choisi parmi les ressortissants de chacune des cinq Puissances susvisées.

§ 4.

En cas de mort, démission ou rappel de tout Délégué, Délégué adjoint ou assesseur, un successeur devra lui être désigné aussitôt que possible.

§ 5.

La Commission aura son principal bureau permanent à Paris et y tiendra sa première réunion dans le plus bref délai possible après la mise en vigueur du présent Traité; elle se réunira ensuite en tels lieux et à telles époques qu'elle estimera convenables et qui pourront être nécessaires en vue de l'accomplissement le plus rapide de ses obligations..

§ 6.

Dès sa première réunion, la Commission élira, parmi les Délégués visés ci-dessus, un Président et un Vice-Président, qui resteront en fonctions pendant une année et seront rééligibles; si le poste de Président ou de Vice-Président devient vacant au cours d'une période annuelle, la Commission procédera immédiatement à une nouvelle élection pour le reste de ladite période.

§ 7.

La Commission est autorisée à nommer tous fonctionnaires, agents et employés, qui peuvent être nécessaires pour l'exécution de ses fonctions.

et à fixer leur rémunération, à constituer des Sections ou Comités dont les membres ne seront pas nécessairement ceux de la Comission et à prendre toutes mesures d'exécution nécessaires pour l'accomplissement de sa tâche, à déléguer autorité et pleins pouvoirs à ses fonctionnaires, agents, Sections et Comités.

§ 8.

Toutes les délibérations de la Commission seront secrètes, à moins que, pour des raisons spéciales, la Commission, dans des cas particuliers, n'en décide autrement.

§ 9.

La Commission devra, dans les délais qu'elle fixera de temps à autre, et si le Gouvernement autrichien en fait la demande, entendre tous arguments et témoignages présentés par l'Autriche sur toutes questions se rattachant à sa capacité de payement.

§ 10.

La Commission etudiera les réclamations et donnera au Gouvernement autrichien l'équitable faculté de se faire entendre, sans qu'il puisse prendre aucune part, quelle qu'elle soit, aux décisions de la Commission. La Commission donnera la même faculté aux alliés de l'Autriche lorsqu'elle jugera que leurs intérêts sont en jeu.

§ 11.

La Commission ne sera liee par aucune législation ni par aucun code particuliers, ni par aucune règle spéciale concernant l'instruction ou la procédure; elle sera guidee par la justice, l'equité et la bonne foi. Ses décisions devront se conformer à des principes et à des règles uniformes dans tous les cas où ces principes et ces règles seront applicables. Elle fixera les règles relatives aux modes de preuve des réclamations. Elle pourra employer toute méthode legitime de calcul.

§ 12.

La Commission aura tous les pouvoirs et exercera toutes les attributions à elle conférees par le present Traité.

La Commission aura, d'une façon générale, les pouvoirs de contrôle et d'exécution les plus étendus en ce qui concerne le problème des réparations tel qu'il est traité dans la presente Partie, dont elle aura pouvoir d'interpréter les dispositions. Sous reserve des dispositions du présent Traité, la Commission est constituee par l'ensemble des Gouvernements alliés et associés visés aux paragraphes 2 et 3 comme leur representant exclusif, pour leur part respective, en vue de recevoir, vendre, conserver et répartir le payement des réparations à effectuer, aux termes de la présente Partie du Traité, par l'Autriche. Elle devra se conformer aux conditions et dispositions suivantes:

a) Toute fraction du montant total des créances vérifiées qui ne sera pas payée en or, ou en navires, valeurs et marchandises ou

de toute autre façon, devra être couverte par l'Autriche, dans des conditions que la Commission déterminera, par la remise, à titre de garantie, d'un montant équivalent de bons, de titres d'obligations ou autres en vue de constituer une reconnaissance de la fraction de dette dont il s'agit.

b) En estimant périodiquement la capacité de payement de l'Autriche, la Commission examinera le système fiscal autrichien: 1° afin que tous les revenus de l'Autriche, y compris les revenus destinés au service ou à l'acquittement de tout emprunt intérieur, soient affectés par privilège au payement des sommes dues par elle à titre de réparations, et, 2° de façon à acquérir la certitude qu'en général le système fiscal autrichien est tout à fait aussi lourd, proportionnellement, que celui d'une quelconque des Puissances représentées à la Commission.

La Commission des réparations recevra des instructions lui prescrivant de tenir compte notamment: 1° de la situation économique et financière réelle du territoire autrichien tel qu'il est délimité par le présent Traité; et 2° de la diminution de ses ressources et de sa capacité de payement résultant des clauses du présent Traité. — Tant que la situation de l'Autriche ne sera pas modifiée, la Commission devra prendre ces éléments en considération lorsqu'elle fixera le montant définitif des obligations de l'Autriche, les versements par lesquels ce pays devra s'acquitter, et les reports de tous payements d'intérêts qui pourront être sollicités par lui.

c) La Commission, ainsi qu'il est prévu à l'article 181, se fera délivrer par l'Autriche, comme garantie et reconnaissance de sa dette, des bons au porteur en or, libres de taxes ou impôts de toute nature, établis ou susceptibles de l'être par le Gouvernement autrichien ou par toute autre autorité en dépendant; ces bons seront remis à tout moment jugé opportun par la Commission et en trois fractions dont les montants respectifs seront également fixés par la Commission (la couronne or étant payable conformément à l'article 213 de la Partie IX [Clauses financières] du présent Traité);

1°) Une première émission en bons au porteur, payables jusqu'au 1er mai 1921 au plus tard, sans intérêts; on appliquera notamment à l'amortissement de ces bons les versements que l'Autriche s'est engagée à effectuer conformément à l'article 181 de la présente Partie, déduction faite des sommes affectées au remboursement des dépenses d'entretien des troupes d'occupation et au payement des dépenses du ravitaillement en vivres et matières premières; ceux de ces bons qui n'auraient pas été amortis à la date du 1er mai 1921 seront alors échangés contre de nouveaux bons du même type que ceux prévus ci-après (§ 12 c. 2°).

2°) Une deuxième émission en bons au porteur, portant intérêt à 2½ p. % (deux et demi pour cent) entre 1921 et 1926 et ensuite à 5 p. % (cinq pour cent) avec 1 p. % (un pour cent) en supplément pour l'amortissement, à partir de 1926, sur le montant total de l'émission.

3°) Un engagement écrit d'émettre à titre de nouveau versement, et seulement lorsque la Commission sera convaincue que l'Autriche peut assurer le service des intérêts et du fonds d'amortissement, des bons au porteur, portant intérêts à 5 p. % (cinq pour cent), les époques et le mode de payement du principal et des intérêts devant être déterminés par la Commission.

Les dates auxquelles les intérêts sont dus, le mode d'emploi du fonds d'amortissement et toutes questions analogues relatives à l'émission, à la gestion et à la réglementation de l'émission des bons seront déterminés de temps à autre par la Commission.

De nouvelles émissions, à titre de reconnaissance et de garantie, peuvent être exigées dans les conditions que la Commission déterminera ultérieurement de temps à autre.

Dans le cas où la Commission des réparations procéderait à la fixation définitive, et non plus seulement provisoire, du montant de la part de charges communes incombant à l'Autriche, du fait des réclamations des Puissances alliées et associées, la Commission annulera immédiatement tous bons qui auraient pu être émis au delà dudit montant.

d) Au cas où des bons, obligations ou autres reconnaissances de dettes émis par l'Autriche, comme garantie ou reconnaissance de sa dette de réparation, seraient attribués, à titre définitif et non à titre de garantie, à des personnes autres que les divers Gouvernements au profit desquels a été fixé à l'origine le montant de la dette de réparation de l'Autriche, ladite dette sera, à l'égard de ces derniers, considérée comme éteinte, pour un montant correspondant à la valeur nominale des bons ainsi attribués définitivement et l'obligation de l'Autriche afférente auxdits bons sera limitée à l'obligation qui y est exprimée.

e) Les frais nécessités par les réparations et reconstructions des propriétés situées dans les régions envahies et dévastées, y compris la réinstallation des mobiliers, des machines et de tout matériel, seront évalués au coût de réparation et de reconstruction à l'époque où les travaux seront exécutés.

f) Les décisions de la Commission relatives à une remise totale ou partielle, en capital ou en intérêts, de toute dette vérifiée de l'Autriche devront être motivées.

§ 13.

En ce qui concerne les votes, la Commission se conformera aux règles suivantes:

Quand la Commission prendra une décision, les votes de tous les Délégués ayant le droit de voter, ou, en l'absence de certains d'entre eux, de leurs Délégués adjoints, seront enregistrés. L'abstention sera considérée comme un vote émis contre la proposition en discussion. Les Assesseurs n'auront pas le droit de vote.

Sur les questions suivantes l'unanimité sera nécessaire:

a) Questions intéressant la souveraineté des Puissances alliées et associées ou concernant la remise de tout ou partie de la dette ou des obligations de l'Autriche;

b) Questions relatives au montant et aux conditions des bons et autres titres à remettre par le Gouvernement autrichien et à la fixation de l'époque et du mode de leur vente, négociation ou répartition;

c) Tout report total ou partiel, au delà de l'année 1930, des payements venant à échéance entre le 1er mai 1921 et la fin de 1926 incluse;

d) Tout report total ou partiel, pour une durée supérieure à trois années, des payements venant à échéance après 1926;

e) Questions relatives à l'application, dans un cas particulier, d'une méthode d'évaluation des dommages différente de celle qui aura été précédemment adoptée dans un cas semblable;

f) Questions d'interprétation des dispositions de la présente Partie du présent Traité.

Toutes autres questions seront résolues par un vote à la majorité.

Au cas où surgirait entre les Delégués un conflit d'opinion sur la question de savoir si une espèce déterminée est une de celles dont la décision exige ou non un vote unanime et au cas où ce conflit ne pourrait être résolu par un appel à leurs Gouvernements, les Gouvernements alliés et associés s'engagent à déférer immédiatement ce conflit à l'arbitrage d'une personne impartiale sur la désignation de laquelle ils se mettront d'accord et dont ils s'engagent à accepter la sentence.

§ 14.

Les décisions prises par la Commission en conformité des pouvoirs qui lui sont conférés, seront aussitôt exécutoires et pourront recevoir application immédiate sans autre formalité.

§ 15.

La Commission remettra à chaque Puissance intéressée, en telle forme qu'elle fixera:

1° Un certificat mentionnant qu'elle détient, pour le compte de ladite Puissance, des bons des émissions susmentionnées, ledit certificat pouvant, sur la demande de la Puissance dont il s'agit, être divisé en un nombre de coupures n'excédant pas cinq;

2° De temps à autre, des certificats mentionnant qu'elle détient, pour le compte de ladite Puissance, tous autres biens livrés par l'Autriche en acompte sur sa dette pour réparations.

Les certificats susvisés seront nominatifs et pourront, après notification à la Commission, être transmis par voie d'endossement.

Lorsque des bons seront émis pour être vendus ou négociés et lorsque des biens seront livrés par la Commission, un montant correspondant de certificats devra être retiré.

§ 16.

Le Gouvernement autrichien sera débité, à partir du 1er mai 1921, de l'intérêt sur sa dette telle qu'elle aura été fixée par la Commission, déduction faite de tous versements effectués sous forme de payements en espèces ou leurs équivalents ou en bons émis au profit de la Commission et de tous payements visés à l'article 189.

Le taux de cet intérêt sera fixé à 5 p. %, à moins que la Commission n'estime, à quelque date ultérieure, que les circonstances justifient une modification de ce taux.

La Commission, en fixant au 1er mai 1921 le montant global de la dette de l'Autriche, pourra tenir compte des intérêts dus sur les sommes afférentes à la réparation des dommages matériels à partir du 11 novembre 1918 jusqu'au 1er mai 1921.

§ 17.

En cas de manquement par l'Autriche à l'exécution qui lui incombe de l'une quelconque des obligations visées à la présente Partie du présent Traité, la Commission signalera immédiatement cette inexécution à chacune des Puissances intéressées en y joignant toutes propositions qui lui paraîtront opportunes au sujet des mesures à prendre en raison de cette inexécution.

§ 18.

Les mesures que les Puissances alliées et associées auront le droit de prendre en cas de manquement volontaire par l'Autriche, et que l'Autriche s'engage à ne pas considérer comme des actes d'hostilité, peuvent comprendre des actes de prohibitions et de représailles économiques et financières et, en général, telles autres mesures que les Gouvernements respectifs pourront estimer nécessitées par les circonstances.

§ 19.

Les payements, qui doivent être effectués en or ou ses équivalents en acompte sur les réclamations vérifiées des Puissances alliées et associées, peuvent à tout moment être acceptés par la Commission sous forme de biens mobiliers et immobiliers, de marchandises, entreprises, droits et concessions en territoires autrichiens ou en dehors de ces territoires, de navires, obligations, actions ou valeurs de toute nature ou monnaies de l'Autriche ou d'autres Etats; leur valeur de remplacement par rapport à l'or étant fixée à un taux juste et loyal par la Commission elle-même.

§ 20.

La Commission, en fixant ou acceptant les payements qui s'effectueront par remise de biens ou droits déterminés, tiendra compte de tous droits et intérêts légitimes des Puissances alliées et associées ou neutres et de leurs ressortissants dans lesdits.

§ 21.

Aucun membre de la Commission ne sera responsable, si ce n'est vis-à-vis du Gouvernement qui l'a désigné, de tout acte ou omission dérivant de ses fonctions. Aucun des Gouvernements alliés et associés n'assume de responsabilité pour le compte d'aucun autre Gouvernement.

§ 22.

Sous réserve des stipulations du présent Traité, la présente Annexe pourra être amendée par la décision unanime des Gouvernements représentés à la Commission.

§ 23.

Quand l'Autriche et ses alliés se seront acquittés de toutes sommes dues par eux en exécution du présent Traité ou des décisions de la Commission, et quand toutes les sommes reçues ou leurs équivalents auront été répartis entre les Puissances intéressées, la Commission sera dissoute.

Annexe III.

§ 1er.

L'Autriche reconnait le droit des Puissances alliées et associées au remplacement tonneau pour tonneau (jauge brute) et catégorie pour catégorie de tous les navires et bateaux de commerce et de pêche perdus ou endommagés par faits de guerre.

Toutefois, et bien que les navires et bateaux autrichiens existant à ce jour représentent un tonnage très inférieur à celui des pertes subies par les Puissances alliées et associées, en conséquence de l'agression de l'Autriche et de ses alliés, le droit reconnu ci-dessus sera exercé sur ces navires et bateaux autrichiens dans les conditions suivantes:

Le Gouvernement autrichien, en son nom et de façon à lier tous autres intéressés, cède aux Gouvernements alliés et associés la propriété de tous navires et bateaux de commerce et de pêche appartenant aux ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche.

§ 2.

Le Gouvernement autrichien, dans un délai de deux mois après la mise en vigueur du présent Traité, remettra à la Commission des réparations tous les navires et bateaux visés par le paragraphe 1er.

§ 3.

Les navires et bateaux visés par le paragraphe 1er comprennent tous les navires et bateaux: a) battant ou ayant le droit de battre pavillon marchand austro-hongrois, inscrits dans un port de l'ancien Empire d'Autriche, ou b) appartenant à une personne, à une société ou à une compagnie, ressortissant de l'ancien Empire d'Autriche ou à une société ou compagnie d'un pays autre que les Pays alliés ou associés et sous le contrôle ou la direction de ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche, ou c) actuellement en construction: 1° dans l'ancien Empire d'Autriche:

2° dans des pays autres que les Pays alliés ou associés pour le compte d'une personne, d'une société ou d'une compagnie, ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche.

§ 4.

Afin de fournir des titres de propriété pour chacun des navires remis comme ci-dessus, le Gouvernement autrichien:

a) Remettra pour chaque navire à la Commission des réparations, suivant sa demande, un acte de vente ou tout autre titre de propriété établissant le transfert à ladite Commission de la pleine propriété du navire libre de tous privilèges, hypothèques et charges quelconques;

b) Prendra toutes mesures qui pourront être indiquées par la Commission des réparations pour assurer la mise de ces navires à la disposition de ladite Commission.

§ 5.

L'Autriche s'engage à restituer en nature et en état normal d'entretien aux Puissances alliées et associées, dans un délai de deux mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, conformément à une procédure qui sera établie par la Commission des réparations, tous les bateaux et autres engins mobiles de navigation fluviale qui, depuis le 28 juillet 1914, ont passé, à un titre quelconque en sa possession ou en possession de l'un de ses ressortissants, et qui pourront être identifiés.

En vue de compenser les pertes du tonnage fluvial, dues à n'importe quelle cause, subies pendant la guerre par les Puissances alliées et associées et qui ne pourront pas être réparées par les restitutions prescrites ci-dessus, l'Autriche s'engage à céder à la Commission des réparations une partie de sa battellerie fluviale jusqu'à concurrence du montant de ces pertes, ladite cession ne pouvant dépasser 20 p. 100 du total de cette battellerie telle qu'elle existait à la date du 3 novembre 1918.

Les modalités de cette cession seront réglées par les arbitres prévus à l'article 300 de la Partie XII (Ports, voies d'eau et voies ferrées) du présent Traité, qui sont chargés de résoudre les difficultés relatives à la répartition du tonnage fluvial et résultant du nouveau régime international de certains réseaux fluviaux ou des modifications territoriales affectant ces réseaux.

§ 6.

L'Autriche s'engage à prendre toutes les mesures que la Commission des réparations peut lui indiquer en vue d'obtenir le plein droit de propriété sur tous les navires qui peuvent avoir été transférés pendant la guerre ou être en voie de transfert sous pavillons neutres, sans le consentement des Gouvernements alliés et associés.

§ 7.

L'Autriche renonce à toute revendication de quelque nature que ce soit contre les Gouvernements alliés et associés et leurs ressortissants, en ce qui concerne la détention ou l'utilisation de tous navires ou bateaux autrichiens et toute perte ou dommage subis par lesdits navires ou bateaux

§ 8.

L'Autriche renonce à toutes revendications sur ses navires ou cargaisons coulés du fait ou par suite d'une action navale et sauvés ensuite, et dans lesquels un des Gouvernements alliés ou associés ou leurs ressortissants ont des intérêts, comme propriétaires, affréteurs, assureurs ou à tout autre titre, nonobstant tout jugement de condamnation qui peut avoir été prononcé par un tribunal des prises de l'ancienne Monarchie austro-hongroise ou de ses alliés.

Annexe IV.

§ 1er.

Les Puissances alliées et associées exigent et l'Autriche accepte que l'Autriche, en satisfaction partielle de ses obligations définies par la présente Partie, et suivant les modalités ci-après définies, applique ses ressources économiques directement à la restauration matérielle des régions envahies des Puissances alliées et associées, dans la mesure où ces Puissances le détermineront.

§ 2.

Les Gouvernements des Puissances alliées et associées saisiront la Commission des réparations de listes donnant:

a) Les animaux, machines, équipements, tours et tous articles similaires, d'un caractère commercial, qui ont été saisis, usés ou détruits par l'Autriche, ou détruits en conséquence directe des opérations militaires, et que ces Gouvernements désirent, pour la satisfaction de besoins immédiats et urgents, voir être remplacés par des animaux ou articles de même nature, existant sur le territoire autrichien à la date de la mise en vigueur du présent Traité;

b) Les matériaux de reconstruction (pierre, briques, briques réfractaires, tuiles, bois de charpente, verres à vitre, acier, chaux, ciment, etc.), machines, appareils de chauffage, meubles et tous articles d'un caractère commercial que lesdits Gouvernements désirent voir être produits et fabriqués en Autriche et livrés à eux pour la restauration des régions envahies.

§ 3.

Les listes relatives aux articles mentionnés dans le paragraphe 2 a) ci-dessus seront fournies dans les soixante jours qui suivront la mise en vigueur du présent Traité.

Les listes relatives aux articles mentionnés dans le paragraphe 2 b) ci-dessus seront fournies le 31 décembre 1919, dernier délai.

Les listes contiendront tous les détails d'usage dans les contrats commerciaux relatifs aux articles visés, y compris spécification, délai de livraison, (ce délai ne devant pas dépasser quatre ans) et lieu de livraison; mais elles ne contiendront ni prix, ni estimation, ces prix ou estimation devant être fixés par la Commission, comme il est dit ci-après.

§ 4.

Dès réception des listes, la Commission examinera dans quelle mesure les matériaux et animaux mentionnés dans ces listes peuvent être exigés de l'Autriche. Pour fixer sa décision la Commission tiendra compte des nécessités intérieures de l'Autriche, autant que cela sera nécessaire au maintien de sa vie sociale et économique; elle fera état également des prix et des dates auxquels les articles semblables peuvent être obtenus dans les Pays alliés et associés et les comparera à ceux applicables aux articles autrichiens; elle fera état enfin, de l'intérêt général qu'ont les Gouvernements alliés et associés à ce que la vie industrielle de l'Autriche ne soit pas désorganisée au point de compromettre sa capacité d'accomplir les autres actes de réparation exigés d'elle.

Toutefois, il ne sera demandé à l'Autriche des machines, des équipements, des tours et tous articles similaires d'un caractère commercial actuellement en service dans l'industrie, que si aucun stock de ces articles n'est disponible et à vendre; d'autre part, les demandes de cette nature n'excéderont pas 30 pro 100 des quantités de chaque article en service dans un établissement autrichien ou une entreprise autrichienne quelconque.

La Commission donnera aux représentants du Gouvernement autrichien la faculté de se faire entendre, dans un délai déterminé, sur sa capacité de fournir lesdits matériaux, animaux et objets.

La décision de la Commission sera ensuite, et le plus rapidement possible, notifiée au Gouvernement autrichien et aux différents Gouvernements alliés et associés intéressés.

Le Gouvernement autrichien s'engage à livrer les matériaux, objets et animaux, précisés dans cette notification, et les Gouvernements alliés et associés intéressés s'engagent, chacun pour ce qui le concerne, à accepter ces mêmes fournitures, sous réserve qu'elles seront conformes aux spécifications données ou ne seront pas, de l'avis de la Commission, impropres à l'emploi requis pour le travail de réparation.

§ 5.

La Commission déterminera la valeur à attribuer aux matériaux, objets et animaux livrés comme il est dit ci-dessus, et les Gouvernements alliés et associés qui recevront ces fournitures acceptent d'être débités de leur valeur et reconnaissent que la somme correspondante devra être traitée comme un payement fait par l'Autriche, à répartir conformément à l'article 183 du présent Traité.

Dans le cas où le droit de requérir la restauration matérielle aux conditions ci-dessus définies sera exercé, la Commission s'assurera que la somme portée au crédit de l'Autriche représente la valeur normale du travail fait ou des matériaux fournis par elle et que le montant de la réclamation faite par la Puissance intéressée pour le dommage ainsi partiellement réparé est diminué dans la proportion de la contribution à la réparation ainsi fournie.

§ 6.

A titre d'avance immédiate, en acompte sur les animaux visés au paragraphe 2 ci-dessus, l'Autriche s'engage à livrer dans les trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, à raison d'un tiers par mois et par espèces, les quantités ci-dessus de bétail vivant:

1° Au Gouvernement italien.

4 000	vaches laitières de 3 à 5 ans;	1 000	veaux;
1 000	génisses;	1 000	bœufs de trait;
50	taureaux de 18 mois à 3 ans;	2 000	truies.

2° Au Gouvernement serbe-croate-slovène.

1 000	vaches laitières de 3 à 5 ans;	500	bœufs de trait;
500	génisses;	1 000	chevaux de trait;
25	taureaux de 18 mois à 3 ans;	1 000	moutons.
1 000	veaux;		

3° Au Gouvernement roumain.

1 000	vaches laitières de 3 à 5 ans;	500	bœufs de trait;
500	génisses;	1 000	chevaux de trait;
25	taureaux de 18 mois à 3 ans;	1 000	moutons.
1 000	veaux;		

Les animaux livrés seront de santé et de conditions normales.

Si les animaux ainsi livrés ne peuvent pas être identifiés comme ayant été enlevés ou saisis, leur valeur sera portée au crédit des obligations de réparations de l'Autriche, conformément aux stipulations du paragraphe 5 de la présente Annexe.

§ 7.

A titre d'avance immédiate et en acompte sur les articles visés au paragraphe 2 ci-dessus, l'Autriche s'engage à livrer dans les six mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, à raison d'un sixième par mois, les quantités de meubles en bois dur et en bois tendre destinés à la vente, en Autriche, que les Puissances alliées et associées demanderont, mois par mois, par l'intermédiaire de la Commission des réparations et que celle-ci jugera, d'une part, justifiées par les enlèvements et destructions opérés au cours de la guerre sur le territoire desdites Puissances et, d'autre part, proportionnées aux disponibilités de l'Autriche. Le prix des articles ainsi fournis sera porté au credit de l'Autriche dans les conditions prévues au paragraphe 5 de la présente Annexe.

Annexe V.

§ 1er.

L'Autriche donne à chacun des Gouvernements alliés et associés, à titre de réparation partielle, une option pour la livraison annuelle, pendant les cinq années qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, des matières premières ci-après énumérées à concurrence de quantités qui seront.

avec leurs importations annuelles d'avant-guerre venant d'Autriche-Hongrie, dans un même rapport que les ressources de l'Autriche, envisagée avec ses frontières telles qu'elles sont définies par le présent Traité, seront avec les ressources d'avant-guerre de l'ancienne Monarchie austro-hongroise:

Bois de construction et produits du bois;

Fer et alliages ferreux;

Magnésite.

§ 2.

Le prix payé pour les produits visés au paragraphe précédent sera le prix payé par les ressortissants autrichiens, toutes conditions d'emballage et de port jusqu'à la frontière autrichienne étant les plus avantageuses consenties pour la livraison des mêmes produits aux ressortissants autrichiens.

§ 3.

Les options de la présente Annexe seront exercées par l'intermédiaire de la Commission des réparations. Celle-ci aura pouvoir, pour l'exécution des dispositions ci-dessus, de statuer sur toutes questions relatives à la procédure, aux qualités et quantités des fournitures, aux délais et modes de livraison et de payement. Les demandes, accompagnées des spécifications utiles, devront être notifiées à l'Autriche cent vingt jours avant la date fixée pour le commencement de l'exécution, en ce qui concerne les livraisons à faire à partir du 1er janvier 1920, et trente jours avant cette date pour les livraisons à faire entre la date de mise en vigueur du présent Traité et le 1er janvier 1920. Si la Commission juge que la satisfaction complète des demandes est de nature à peser d'une façon excessive sur les besoins industriels autrichiens, elle pourra les différer ou les annuler, et ainsi fixer tous ordres de priorité.

Annexe VI.

L'Autriche renonce, en son nom et au nom de ses ressortissants, en faveur de l'Italie, à tous droits, titres ou privilèges de toute nature sur les câbles ou portions de câbles reliant des territoires italiens, y compris les territoires qui sont attribués à l'Italie par le présent Traité.

L'Autriche renonce également, en son nom et au nom de ses ressortissants, en faveur des Principales Puissances alliées et associées, à tous droits, titres ou privilèges de toute nature sur les câbles ou portions de câbles reliant entre eux des territoires cédés par l'Autriche, aux termes du présent Traité, aux différentes Puissances alliées et associées.

Les Etats intéressés devront maintenir l'atterrissage et le fonctionnement desdits câbles.

En ce qui concerne le câble Trieste-Corfou, le Gouvernement italien jouira, dans ses rapports avec la Société propriétaire du câble, de la même situation que celle dont jouissait le Gouvernement austro-hongrois.

La valeur des câbles ou portions de câbles mentionnés aux deux premiers paragraphes de la présente Annexe, calculée sur la base du prix d'établissement et diminuée d'un pourcentage convenable pour dépréciation, sera portée au crédit de l'Autriche, au titre des réparations.

Section II.

Dispositions particulières.

Article 191.

Par application des dispositions de l'article 184 l'Autriche s'engage à rendre respectivement à chacune des Puissances alliées et associées tous les actes, documents, objets d'antiquité et d'art, et tout matériel scientifique et bibliographique enlevés des territoires envahis, qu'ils appartiennent à l'Etat ou aux administrations provinciales, communales, hospitalières ou ecclésiastiques ou à d'autres institutions publiques ou privées.

Article 192.

L'Autriche restituera également les choses de même nature que celles visées à l'article précédent, qui auront été enlevées, depuis le 1er juin 1914, des territoires cédés, exception faite des choses achetées à des propriétaires privés.

La commission des réparations appliquera, s'il y a lieu, à ces choses les dispositions de l'article 208 de la Partie IX (Clauses financières) du présent Traité.

Article 193.

L'Autriche rendra respectivement à chacun des Gouvernements alliés ou associés intéressés tous les actes, documents et mémoires historiques possédés par ses établissements publics, qui ont un rapport direct avec l'histoire des territoires cédés et qui en ont été éloignés pendant les dix dernières années. Cette dernière période, en ce qui concerne l'Italie, remontera à la date de la proclamation du Royaume (1861).

Les nouveaux Etats nés de l'ancienne monarchie austro-hongroise et les Etats qui reçoivent une partie du territoire de cette monarchie, s'engagent, de leur côté, à rendre à l'Autriche les actes, documents et mémoires ne remontant pas à plus de vingt années, qui ont un rapport direct avec l'histoire ou l'administration du territoire autrichien et qui éventuellement se trouveront dans les territoires transférés.

Artikel 194.

L'Autriche reconnaît qu'elle reste tenue vis-à-vis de l'Italie à exécuter les obligations prévues par l'article XV du Traité de Zurich du 10 novembre 1859,*) par l'article XVIII du Traité de Vienne du 3 octobre 1866**) et par la Convention de Florence du 14 juillet 1868,***) conclus entre l'Italie et l'Autriche-Hongrie, en tant que les articles ainsi visés n'auraient pas encore, en fait, reçu exécution intégrale et en tant que les documents et objets auxquels ils se réfèrent se trouvent sur le territoire de l'Autriche ou de ses alliés.

Article 195.

Dans le délai de douze mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, un Comité de trois juristes, nommé par la Commission des

*) V. **N. R. G.** XVI, 2., p. 537. **) V. **N. R. G.** XVIII, p. 410.
***) V. **N. R. G.** XVIII, p. 428.

réparations, examinera les conditions dans lesquelles ont été emportés, par la Maison de Habsbourg et par les autres Maisons ayant régné en Italie, les objets ou manuscrits en possession de l'Autriche et énumérés à l'Annexe I ci-jointe.

Dans le cas où lesdits objets ou manuscrits auront été emportés en violation du droit des provinces italiennes, la Commission des réparations, sur le rapport du Comité susvisé, ordonnera leur restitution. L'Italie et l'Autriche s'engagent à reconnaître les décisions de la Commission.

La Belgique, la Pologne et la Tchéco-Slovaquie seront également admises à présenter des demandes de restitution, qui seront examinées par le même Comité de trois juristes, en ce qui concerne les objets et documents énumérés respectivement aux Annexes II, III et IV ci-jointes. La Belgique, la Pologne, la Tchéco-Slovaquie et l'Autriche s'engagent à reconnaître les décisions qui seront prises, sur le rapport dudit Comité, par la Commission des réparations.

Article 196.

En ce qui concerne tous objets ayant un caractère artistique, archéologique, scientifique ou historique et faisant partie de collections qui appartenaient anciennement au Gouvernement de la Monarchie austro-hongroise ou à la Couronne, lorsqu'ils ne font pas l'objet d'autres dispositions du présent Traité, l'Autriche s'engage:

a) à négocier avec les Etats intéressés, lorsqu'elle en sera requise, un arrangement amiable en vertu duquel toutes parties desdites collections ou tous ceux des objets ci-dessus visés, qui devraient appartenir au patrimoine intellectuel des districts cédés, pourront être, à titre de réciprocité, rapatriés dans leurs districts d'origine, — et

b) à ne rien aliéner ou disperser desdites collections et à ne disposer d'aucun desdits objets pendant vingt années, à moins qu'un arrangement spécial ne soit intervenu avant l'expiration de ce délai, mais à assurer leur sécurité et leur bonne conservation et à les tenir, ainsi que les inventaires, catalogues et documents administratifs relatifs auxdites collections, à la disposition des étudiants ressortissants de chacune des Puissances alliées et associées.

Annexe I.

Toscane.

Les bijoux de la Couronne (la partie qui en est restée après leur dispersion), les bijoux privés de la Princesse Electrice de Médicis, les médailles faisant partie de l'héritage des Médicis et d'autres objets précieux — tous de propriété domaniale selon des arrangements contractuels et dispositions testamentaires — transportées à Vienne pendant le XVIIIe siècle.

Mobilier et vaisselle d'argent des Médicis et la gemme d'Aspasios en payement de dettes de la Maison d'Autriche envers la couronne de Toscane.

Les anciens instruments d'astronomie et de physique de l'Academia del Cimento enlevés par la Maison de Lorraine et envoyés comme cadeaux aux cousins de la Maison Impériale à Vienne.

Modène.

Une „Vierge" par Andréa del Sarto et quatre dessins par le Corrège appartenant à la Pinacothèque de Modène, emportés en 1859 par le duc François V.

Les trois manuscrits de la Bibliothèque de Modène: *Biblia Vulgata* (cod. lat. 422—23), *Breviarium romanum* (cod. lat. 424) et l'*Officium Beatae Virginis* (cod. lat. 262), emportés par le duc François V en 1859.

Les bronzes emportés dans les mêmes conditions en 1859.

Quelques objets, parmi lesquels deux tableaux par Salvator Rosa et un portrait par Dosso Dossi, revendiqués par le duc de Modène en 1868 comme condition d'exécution de la Convention du 20 juin 1868, et d'autres objets livrés en 1872 dans les mêmes circonstances.

Palerme.

Les objets exécutés au XIIe siècle à Palerme par les Rois Normands et qui étaient employés au couronnement des Empereurs; lesdits objets emportés de Palerme et se trouvant maintenant à Vienne.

Naples.

98 manuscrits enlevés de la bibliothèque de S. Giovanni a Carbonara et d'autres bibliothèques de Naples, en 1718, par ordre de l'Autriche, et transportés à Vienne.

Divers documents emportés à différentes époques des Archives d'Etat de Milan, Mantoue, Venise, Modène et Florence.

Annexe II.

I. Le triptyque de Saint-Ildephonse, par Rubens, provenant de l'Abbaye de Saint Jacques-sur-Coudenberg, à Bruxelles, acheté en 1777 et transporté à Vienne.

II. Objets et documents enlevés de Belgique et transportés en Autriche, pour y être mis en sûreté, en 1794:

a) Les armes, armures et autres objets provenant de l'ancien Arsenal de Bruxelles;

b) Le Trésor de la Toison d'Or, jadis conservé à la Chapelle de la Cour de Bruxelles;

c) Les coins des monnaies, médailles et jetons exécutés par Théodore Van Berckel, qui faisaient partie intégrante des archives de la Chambre des comptes établie à Bruxelles;

d) Les exemplaires manuscrits originaux de la „Carte chorographique" des Pays-Bas autrichiens, dressée de 1770 à 1777 par le Lieutenant-général Comte Jas de Ferraris et les documents relatifs à ladite carte.

Annexe III.

Objet enlevé des territoires faisant partie de la Pologne, depuis le premier démembrement de 1772:

La coupe en or du roi Ladislas IV, n° 1.114 du Musée de la Cour à Vienne.

Annexe IV.

1° Documents, mémoires historiques, manuscrits, cartes, etc., revendiqués par l'Etat tchéco-slovaque et qui, par ordre de Marie-Thérèse, ont été emportés par Thaulow de Rosenthal.

2° Les documents provenant de la Chancellerie royale aulique et de la Chambre des Comptes aulique de Bohême, et objets d'art qui, faisant partie de l'installation du château royal de Prague et autres châteaux royaux de Bohême, ont été enlevés par les empereurs Mathias, Ferdinand II, Charles VI (vers 1718, 1723 et 1737) et François-Joseph Ier, et qui se trouvent actuellement dans les archives, châteaux impériaux, musées et autres établissements publics centraux à Vienne.

Partie IX.

Clauses Financières.

Article 197.

Sous réserve des dérogations qui pourront être accordées par la Commission des Réparations, un privilège de premier rang est établi sur tous les biens et ressources de l'Autriche pour le règlement des réparations et autres charges résultant du présent Traité ou de traités et conventions complémentaires, ou des arrangements conclus entre l'Autriche et les Puissances alliées et associées pendant l'armistice, signé le 3 novembre 1918.*)

Jusqu'au 1er mai 1921, le Gouvernement autrichien ne pourra ni exporter de l'or ou en disposer, ni autoriser que de l'or soit exporté ou qu'il en soit disposé, sans autorisation préalable des Puissances alliées et associées représentées par la Commission des Réparations.

Article 198.

Le coût total d'entretien de toutes les armées alliées et associées dans les territoires occupés de l'Autriche, telle que les limites en sont définies au présent Traité, sera à la charge de l'Autriche, à partir de la signature de l'armistice du 3 novembre 1918. L'entretien des armées comprend la subsistance des hommes et animaux, le logement et le cantonnement, les soldes et accessoires, les traitements et salaires, le couchage, le chauffage, l'éclairage, l'habillement, l'équipement, le harnachement, l'armement et le matériel roulant, les services de l'aéronautique, le traitement des malades et blessés, les services vétérinaires et de la remonte, les services des transports de toute nature (tels que par voie ferrée,

*) V. ci-dessus, p. 163.

maritime ou fluviale camions automobiles), les communications et correspondances, et en général tous les services administratifs et techniques, dont le fonctionnement est nécessaire à l'entraînement des troupes, au maintien de leurs effectifs et de leur puissance militaire.

Le remboursement de toutes dépenses rentrant dans les catégories ci-dessus, en tant qu'elles correspondent à des achats ou requisitions effectués par les Gouvernements alliés et associés dans les territoires occupés, sera payé par le Gouvernement autrichien aux Gouvernements alliés et associés en couronnes ou en toute autre monnaie ayant cours légal et remplaçant la couronne en Autriche, au taux de change courant ou accepté.

Toutes les autres dépenses ci-dessus énumérées seront remboursées dans la monnaie du pays créancier.

Article 199.

L'Autriche confirme la reddition de tout le matériel livré ou à livrer par elle aux Puissances alliées et associées, en exécution de l'Armistice du 3 novembre 1918*) et de toutes conventions d'armistice ultérieures, et reconnait le droit des Puissances alliées et associées sur ce matériel.

Sera portée au crédit de l'Autriche, en déduction des sommes dues pour réparations aux Puissances alliées et associées, la valeur, estimée par la Commission des Réparations, du matériel désigné ci-dessus, dont la Commission des Réparations estimerait qu'à raison de son caractère non militaire, la valeur doit être portée au crédit de l'Autriche.

Ne seront pas portés au crédit de l'Autriche les biens appartenant aux Gouvernements alliés et associés ou à leurs ressortissants rendus ou livrés à l'identique en exécution des Conventions d'armistice.

Article 200.

Le privilège établi par l'article 197 s'exercera dans l'ordre suivant, sous la réserve mentionnée au dernier paragraphe du présent article:

a) Le coût des armées d'occupation, tel qu'il est défini à l'article 198, pendant l'armistice;
b) Le coût de toutes armées d'occupation, tel qu'il est défini à l'article 198, après la mise en vigueur du présent Traité;
c) Le montant des réparations résultant du présent Traité ou des traités et conventions complémentaires;
d) Toutes autres charges incombant à l'Autriche en vertu des conventions d'armistice, du présent Traité ou de traites et conventions complémentaires.

Le payement du ravitaillement de l'Autriche en denrées alimentaires et en matières premières et tous autres payements à effectuer par l'Autriche, dans la mesure où les principaux Gouvernements alliés et associés les auront jugés nécessaires pour permettre à l'Autriche de faire face à son

*) V. ci-dessus, p. 163.

obligation de réparer, auront priorité dans la mesure et dans les conditions qui ont été ou pourront être établies par lesdits Gouvernements.

Article 201.

Les dispositions qui précèdent ne portent pas atteinte au droit de chacune des Puissances alliées et associées de disposer des actifs et propriétés ennemis se trouvant sous leur juridiction au moment de la mise en vigueur du présent Traité.

Article 202.

Les dispositions qui précèdent ne peuvent affecter en aucune manière les gages ou hypothèques régulièrement constitués au profit des Puissances alliées et associées ou de leurs ressortissants par l'ancien Gouvernement autrichien ou par les ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche sur les biens et revenus leur appartenant, dans tous les cas où la constitution de ces gages et hypothèques serait antérieure à l'existence de l'état de guerre entre l'Autriche-Hongrie et chacune des puissances intéressées, sauf dans la limite où les modifications de ces gages ou hypothèques sont expressément prévues aux termes du présent Traité ou des traités et conventions complémentaires.

Article 203.

1. Chacun des Etats auxquels un territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise est transféré et chacun des Etats nés du démembrement de cette monarchie, y compris l'Autriche, devront assumer la responsabilité d'une part de la dette de l'ancien Gouvernement autrichien spécialement gagée sur des chemins de fer, des mines de sel, ou d'autres biens, telle qu'elle était constituée le 28 juillet 1914. La part à assumer par chaque Etat sera celle qui, de l'avis de la Commission des réparations, représente la part de dette gagée afférente aux chemins de fer, mines de sel, et autres biens transférés audit Etat aux termes du présent Traité ou des traités et conventions complémentaires.

Le montant de l'obligation encourue concernant la dette gagée prise en charge par chaque Etat, l'Autriche exceptée, sera évalué par la Commission des réparations d'après tels principes que celle-ci jugera équitables. La valeur ainsi fixée sera déduite de la somme due à l'Autriche par l'Etat envisagé, du chef des biens et propriétés du Gouvernement autrichien ancien ou actuel, qui sont acquis par cet Etat avec le territoire transféré. Chaque Etat sera seulement responsable de la part de la dette gagée, dont il prend la charge aux termes du présent article, et les porteurs de la part de dette gagée assumée par un Etat cessionaire n'auront de recours contre aucun autre Etat.

Les biens spécialement affectés à la garantie des dettes visées au présent article demeureront spécialement affectés à la garantie des nouvelles dettes. Mais, au cas où le présent Traité aurait pour conséquence de répartir ces biens entre plusieurs Etats, la fraction située sur le territoire de l'un d'eux garantira la part de la dette assumée par ledit Etat, à l'exclusion de toute autre part de la dette.

En vue de l'application du présent article, seront considérées comme dettes gagées les engagements de payer pris par l'ancien Gouvernement autrichien, et relatifs à l'achat de lignes de chemins de fer, ou des propriétés de même nature. La répartition des charges qui résultent de ces engagements sera déterminée par la Commission des réparations de la même manière que pour les dettes gagées.

Les dettes dont la charge est transférée, aux termes du présent article, seront libellées dans la monnaie de l'Etat qui en assume la charge, au cas où la dette primitive était libellée en monnaie de papier austro-hongroise. Le taux adopté pour cette conversion sera le taux auquel l'Etat, qui assume la dette, aura fait le premier échange des couronnes papier austro-hongroises contre sa propre monnaie. La base de la conversion de la couronne papier austro-hongroise en la monnaie dans laquelle les titres seront libellés, sera soumise à l'approbation de la Commission des Réparations qui pourra, si elle le juge opportun, exiger que l'Etat, qui effectue cette conversion, en modifie les conditions. Une telle modification ne sera requise que si la Commission est d'avis que la valeur, d'après le change sur l'étranger, de la monnaie ou des monnaies substituées à la monnaie dans laquelle les titres anciens étaient libellés, est sensiblement inférieure, lors de la conversion, à la valeur, d'après le change sur l'étranger, de la monnaie primitive.

Si la dette autrichienne primitive a été libellée en une ou plusieurs monnaies étrangères, la nouvelle dette sera libellée dans la ou les mêmes monnaies.

Si la dette autrichienne primitive a été libellée en monnaies d'or austro-hongroises, la nouvelle dette sera libellée en livres sterling et en dollars des Etats-Unis d'Amérique, par des montants équivalents, d'après les poids et titres respectifs des trois monnaies aux termes des législations en vigueur le 1er janvier 1914.

Au cas où les anciens titres stipulaient, explicitement ou implicitement, le choix d'un taux fixe de change sur l'étranger ou toute autre option de change, les nouveaux titres devront comporter les mêmes avantages.

2. Chacun des Etats auxquels un territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise est transféré et chacun des Etats nés du démembrement de cette monarchie, y compris l'Autriche, devront assumer la responsabilité d'une part de la dette de l'ancien Gouvernement autrichien, non gagée et représentée par des titres, telle qu'elle était constituée le 28 juillet 1914, et calculée, en prenant pour base la moyenne des trois années financières 1911, 1912 et 1913, d'après le rapport existant entre telle catégorie de revenus dans le territoire réparti et les revenus correspondants de la totalité des anciens territoires autrichiens, qui, de l'avis de la Commission des réparations, seront les plus aptes à donner la juste mesure des facultés contributives respectives de ces territoires. Les revenus de la Bosnie et de l'Herzégovine n'entreront pas en compte dans ce calcul.

L'obligation stipulée au présent article concernant la dette représentée par des titres, sera exécutée dans les conditions fixées par l'Annexe ci-après.

Le Gouvernement autrichien sera seul responsable de tous les engagements contractés antérieurement au 28 juillet 1914 par l'ancien Gouvernement autrichien, autres que les engagements représentés par des titres de rente, bons, obligations, valeurs et billets expressément visés au présent Traité.

Aucune des dispositions du présent article ni de l'Annexe ci-après ne s'appliquera aux titres de l'ancien Gouvernement autrichien déposés à la banque d'Autriche-Hongrie en couverture des billets émis par cette banque.

Annexe.

La dette à répartir comme il est indiqué à l'article 203 est l'ancienne dette publique autrichienne non gagée, représentée par des titres, telle qu'elle était constituée le 28 juillet 1914. Toutefois, il faut en déduire la part de dette dont la charge incombait au Gouvernement de l'ancien royaume de Hongrie en exécution de la Convention additionnelle approuvée par la loi austro-hongroise du 30 décembre 1907 B. L. I., No. 278, et qui représente la contribution à la dette générale de l'Autriche-Hongrie des territoires dépendant de la Sainte Couronne de Hongrie.*)

Dans un délai de trois mois à compter de la mise en vigueur du présent Traité, les Etats prenant à leur charge l'ancienne dette publique autrichienne non gagée, estampilleront s'ils ne l'ont déjà fait, avec un timbre spécial à chacun d'eux, tous les titres de cette dette existant sur leurs territoires respectifs. Il sera pris note des numéros des titres ainsi estampillés et ces numéros seront envoyés à la Commission des Réparations avec les autres documents relatifs à cette opération d'estampillage.

Les porteurs des titres détenus sur le territoire d'un Etat qui doit les estampiller, aux termes de la présente Annexe, deviendront, du jour de la mise en vigueur du présent Traité, créanciers dudit Etat pour la valeur de ces titres, et ils ne pourront exercer de recours contre aucun autre Etat.

Lorsque l'estampillage aura montré que le montant des titres provenant d'une émission donnée de l'ancienne dette publique autrichienne non gagée, détenus sur le territoire d'un Etat, est inférieur à la part de ladite émission, mise à sa charge par la Commission des réparations, ledit Etat devra remettre à cette Commission de nouveaux titres d'un montant égal à la différence constatée. La Commission des réparations fixera la forme de ces nouveaux titres et le montant des coupures. Ces nouveaux titres conféreront, en ce qui concerne l'intérêt et l'amortissement, les mêmes droits que les anciens titres qu'ils remplacent. Toutes leurs autres caractéristiques seront déterminées avec l'approbation de la Commission des réparations.

Si le titre primitif était libellé en monnaie de papier austro-hongroise, le nouveau titre par lequel il sera remplacé sera libellé en monnaie de l'Etat émetteur. Le taux adopté pour cette conversion sera le taux,

*) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 93.

auquel l'Etat émetteur aura fait le premier échange des couronnes-papier austro-hongroises contre sa propre monnaie. La base de la conversion de la couronne-papier austro-hongroise en la monnaie, dans laquelle les titres seront libellés, sera soumise à l'approbation de la Commission des réparations qui pourra, si elle le juge opportun, exiger que l'Etat qui effectue cette conversion en modifie les conditions. Une telle modification ne sera requise que si la Commission est d'avis que la valeur, d'après le change sur l'étranger, de la monnaie ou des monnaies substituées à la monnaie dans laquelle les titres anciens étaient libellés, est sensiblement inférieure, lors de la conversion, à la valeur, d'après le change sur l'étranger, de la monnaie primitive.

Si le titre primitif était libellé en une ou plusieurs monnaies étrangères, le nouveau titre sera libellé dans la ou les mêmes monnaies. Si le titre primitif était libellé en monnaies d'or austro-hongroises, le nouveau titre sera libellé en livres sterling et en dollars or des Etats-Unis pour des montants équivalents, les équivalences étant déterminées d'après les poids et les titres respectifs des trois monnaies, aux termes des législations en vigueur le 1er janvier 1914.

Au cas où les anciens titres stipulaient, explicitement ou implicitement, le choix d'un taux fixe de change sur l'étranger, ou toute autre option de change, les nouveaux titres devront comporter les mêmes avantages.

Lorsque l'estampillage aura montré que le montant des titres provenant d'une émission donnée de l'ancienne dette publique autrichienne non gagée, et détenus sur le territoire d'un Etat, est supérieur à la part de ladite émission mise à sa charge par la Commission des réparations, ledit Etat devra recevoir de cette Commission une part dûment proportionnelle de chacune des nouvelles émissions de titres, faites conformément aux dispositions de la présente Annexe.

Les porteurs de titres de l'ancienne dette publique autrichienne non gagée, détenus en dehors des Etats auxquels un territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise à été transféré ou qui sont nés du démembrement de cette monarchie y compris la République d'Autriche, remettront par l'intermédiaire de leurs Gouvernements respectifs à la Commission des réparations les titres dont ils sont porteurs. En retour, cette Commission leur délivrera des certificats leur donnant droit à une part dûment proportionnelle de chacune des nouvelles émissions de titres, faites pour échange des titres correspondants remis conformément aux dispositions de la présente Annexe.

Les Etats ou porteurs qui auront droit à une part de chacune des nouvelles émissions de titres, faites conformement aux dispositions de la présente Annexe, recevront une part du montant total des titres de chacune de ces émissions, calculée d'après le rapport existant entre le montant des titres de l'ancienne émission qu'ils détenaient et le montant total de l'ancienne émission présentée pour échange à la Commission des réparations en exécution de la présente Annexe. Les Etats ou porteurs intéressés recevront aussi une part, dûment déterminée, des titres émis

dans les conditions fixées par le Traité avec la Hongrie, en échange de la part de la dette publique autrichienne non gagée, dont cette Puissance a accepté la charge par la Convention additionnelle de 1907.

La Commission des réparations pourra, si elle le juge opportun, conclure des arrangements avec les porteurs de nouveaux titres émis en exécution de la présente Annexe, en vue de l'émission d'emprunts d'unification par chacun des Etats débiteurs. Les titres de ces emprunts seront substitués aux titres émis en exécution de la présente Annexe à des conditions fixées après entente entre la Commission et les porteurs.

L'Etat assumant la responsabilité d'un titre de l'ancien Gouvernement autrichien prendra également la charge des coupons ou de l'annuité d'amortissement de ce titre, qui, depuis la mise en vigueur du présent Traité, seraient devenus exigibles et n'auraient pas été payés.

Article 204.

1. Au cas où les nouvelles frontières, telles qu'elles sont fixées par le présent Traité, viendraient à fractionner une circonscription administrative qui avait en propre la charge d'une dette publique régulièrement constituée, chacune des parties nouvelles de ladite circonscription prendra une part de cette dette, à déterminer par la Commission des réparations d'après les principes établis par l'Article 203 pour la répartition des dettes d'Etat. La Commission des réparations réglera les modes d'exécution.

2. La dette publique de Bosnie et d'Herzégovine sera considérée comme dette de circonscription administrative et non comme dette publique de l'ancienne monarchie austro-hongroise.

Article 205.

Dans un délai de deux mois à compter de la mise en vigueur du présent Traité, chacun des Etats auxquels un territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise a été transféré ou qui sont nés du démembrement de cette monarchie, y compris l'Autriche, estampilleront, s'ils ne l'ont déjà fait, avec un timbre spécial à chacun d'eux, les différents titres correspondant à la part de la dette de guerre de l'ancien Gouvernement autrichien représentée par des titres, détenue sur leurs territoires respectifs et légalement émise avant le 31 octobre 1918.

Les valeurs ainsi estampillées seront échangées contre des certificats et retirées de la circulation; il sera pris note de leurs numéros et elles seront envoyées à la Commission des réparations avec tous les documents se rapportant à cette opération d'échange.

Le fait pour un Etat d'avoir estampillé et remplacé des titres par des certificats dans les conditions prévues au présent article, n'impliquera pas pour cet Etat l'obligation d'assumer ou de reconnaître de ce fait une charge quelconque, à moins qu'il n'ait donné lui-même cette signification précise aux opérations d'estampillage et de remplacement.

Les Etats ci-dessus mentionnés, à l'exception de l'Autriche, ne seront tenus d'aucune obligation à raison de la dette de guerre de l'ancien Gouvernement autrichien, en quelque lieu que se trouvent les titres de cette dette, mais, ni les Gouvernements de ces Etats ni leurs ressortissants ne pourront, en aucun cas, exercer de recours contre d'autres Etats, y compris l'Autriche, pour les titres de dette de guerre, dont eux-mêmes ou leurs ressortissants sont propriétaires.

La charge de la part de dette de guerre de l'ancien Gouvernement autrichien, qui, antérieurement à la signature du présent Traité, était la propriété des ressortissants ou des Gouvernements des Etats autres que les Etats auxquels un territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise se trouve attribué, sera exclusivement supportée par le Gouvernement autrichien, et les autres Etats ci-dessus mentionnés ne seront en aucune mesure responsables de cette part de la dette de guerre.

Les dispositions du présent article ne s'appliqueront pas aux titres de l'ancien Gouvernement autrichien qui ont été déposés par lui à la banque d'Autriche-Hongrie en couverture des billets émis par cette banque.

Le Gouvernement autrichien actuel sera seul responsable de tous les engagements contractés durant la guerre par l'ancien Gouvernement autrichien autres que les engagements représentés par des titres de rente, bons, obligations, valeurs et billets expressément visés au présent Traité.

Article 206.

1. Dans un délai de deux mois à compter de la mise en vigueur du présent Traité, les Etats auxquels un territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise a été transféré ou qui sont nés du démembrement de ladite monarchie, y compris l'Autriche et la Hongrie actuelle, devront, s'ils ne l'ont déjà fait, estampiller avec un timbre spécial à chacun d'eux les billets de la banque d'Autriche-Hongrie détenus sur leurs territoires respectifs.

2. Dans un délai de douze mois à compter de la mise en vigueur du présent Traité, les Etats auxquels un territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise a été transféré ou qui sont nés du démembrement de ladite monarchie, y compris l'Autriche et la Hongrie actuelle, devront remplacer par leur propre monnaie ou par une monnaie nouvelle à des conditions qu'il leur appartiendra de déterminer, les billets estampillés comme il a été dit ci-dessus.

3. Les Gouvernements des Etats qui auraient déjà effectué la conversion des billets de la banque d'Autriche-Hongrie, soit en les estampillant, soit en mettant en circulation leur propre monnaie ou une monnaie nouvelle, et qui, au cours de cette opération, auraient retiré de la circulation, sans les estampiller, tout ou partie de ces billets, devront, soit estampiller les billets ainsi retirés, soit les tenir à la disposition de la Commission des réparations.

4. Dans un délai de quatorze mois à compter de la mise en vigueur du présent Traité, les Gouvernements qui ont échangé, conformément aux

dispositions du présent article, les billets de la banque d'Autriche-Hongrie contre leur propre monnaie ou contre une monnaie nouvelle, devront remettre à la Commission des réparations tous les billets de la banque d'Autriche-Hongrie estampillés ou non, qui ont été retirés de la circulation au cours de cet échange.

5. La Commission des réparations disposera, dans les conditions prévues à l'Annexe ci-après, de tous les billets qui lui auront été remis en exécution du présent article.

6. Les opérations de liquidation de la banque d'Autriche-Hongrie prendront date du lendemain de la signature du présent Traité.

7. La liquidation sera effectuée par des commissaires nommés à cet effet par la Commission des réparations. Dans cette liquidation, les commissaires devront observer les règles statutaires et, d'une façon générale, les règlements en vigueur relatifs au fonctionnement de la banque; sans qu'il soit porté atteinte aux dispositions prévues au présent article. Au cas où des doutes surgiraient au sujet de l'interprétation des règles concernant la liquidation de la banque, telles qu'elles sont fixées, soit par les présents articles et annexes, soit par les statuts de la banque, le différend sera soumis à la Commission des réparations ou à un arbitre nommé par elle. La décision sera sans appel.

8. Les billets émis par la banque postérieurement au 27 octobre 1918, auront pour unique garantie les titres émis par les Gouvernements autrichien et hongrois anciens ou actuels et déposés à la banque en couverture de l'émission de ces billets. Par contre, les porteurs de ces billets n'auront aucun droit sur les autres éléments de l'actif de la banque.

9. Les porteurs des billets émis par la banque jusqu'au 27 octobre 1918 inclus, en tant qu'aux termes du présent article ces billets rempliront les conditions nécessaires pour être admis à la liquidation, auront des droits égaux sur tout l'actif de la banque; les titres émis par les Gouvernements autrichien et hongrois anciens ou actuels et déposés à la banque en couverture des diverses émissions de billets, ne sont pas considérés comme faisant partie de cet actif.

10. Seront annulés les titres déposés par les Gouvernements autrichien et hongrois anciens ou actuels à la banque en couverture des billets émis jusqu'au 27 octobre 1918 inclus, en tant qu'ils correspondent à des billets convertis sur les territoires de l'ancienne monarchie austro-hongroise, telle qu'elle était constituée au 28 juillet 1914, par des États auxquels ces territoires ont été transférés ou qui sont nés du démembrement de cette monarchie, y compris l'Autriche et la Hongrie actuelle.

11. Les titres qui ont été déposés par les Gouvernements autrichien et hongrois anciens ou actuels en couverture des billets émis jusqu'au 27 octobre 1918 inclus et qui n'auraient pas été annulés par application du paragraphe 10 du présent article, continueront à garantir, jusqu'à due concurrence, les billets des mêmes émissions qui, le 15 juin 1919, se trouvaient détenus en dehors de l'ancienne monarchie austro-hongroise. Ces billets comprennent, à l'exclusion de tous autres: 1° les billets

recueillis par les Etats cessionnaires sur la partie de leurs territoires respectifs située en dehors de l'ancienne monarchie et qui seront remis à la Commission des réparations aux termes du paragraphe 4; 2° les billets recueillis par tous autres Etats et qui seront présentés, conformément aux dispositions de l'Annexe ci-après, aux commissaires chargés de la liquidation de la banque.

12. Les porteurs de tous autres billets émis jusqu'au 27 octobre 1918 inclus, n'auront aucun droit sur les titres déposés par les Gouvernements autrichien et hongrois anciens ou actuels en couverture des émissions de billets, ni en général sur l'actif de la banque. Les titres, qui n'auraient pas été détruits ou affectés dans les conditions prévues aux paragraphes 10 et 11, seront annulés.

13. Les Gouvernements de l'Autriche et de la Hongrie actuelle assumeront seuls, pour leurs parts respectives et à l'exclusion de tous autres Etats, la charge de tous les titres qui ont été déposés à la banque par les Gouvernements autrichien et hongrois anciens ou actuels en couverture des émissions de billets et qui n'auront pas été annulés.

14. Les porteurs de billets de la banque d'Autriche-Hongrie n'auront aucun recours contre les Gouvernements de l'Autriche et de la Hongrie actuelle, ni contre aucun autre Gouvernement, à raison des pertes que pourrait leur faire subir la liquidation de la banque.

Annexe.

§ 1.

Les Gouvernements respectifs, en transmettant à la Commission des réparations tous les billets de la banque d'Autriche-Hongrie retirés de la circulation en exécution de l'article 206 remettront également à la Commission tous les documents établissant la nature et le montant des conversions qu'ils ont effectuées.

§ 2.

La Commission des réparations, après avoir examiné ces documents, délivrera auxdits Gouvernements des certificats établissant d'une manière distincte le montant total des billets de banque qu'ils ont convertis:

a) Dans les limites de l'ancienne monarchie austro-hongroise, telle qu'elle était constituée le 28 juillet 1914;

b) En tous autres lieux.

Ces certificats permettront à leurs porteurs de faire valoir devant les commissaires chargés de la liquidation de la banque les droits que les billets ainsi échangés représentent dans la répartition de l'actif de la banque.

§ 3.

Dès que la liquidation de la banque aura pris fin, la Commission des réparations détruira les billets ainsi retirés.

§ 4.

Les billets émis jusqu'au 27 octobre 1918 inclus ne donneront de droits sur l'actif de la banque qu'autant qu'ils seront présentés par le Gouvernement du pays où ils étaient détenus.

Article 207.

Chacun des Etats auxquels un territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise a été transféré ou qui sont nés du démembrement de cette monarchie, y compris l'Autriche, auront pleine liberté d'action en ce qui concerne la monnaie divisionnaire de l'ancienne monarchie austro-hongroise existant sur leurs territoires respectifs.

Ces Etats ne pourront, en aucun cas, soit pour leur compte, soit pour celui de leurs ressortissants, exercer de recours contre d'autres Etats à raison de la monnaie divisionnaire qu'ils détiennent.

Article 208.

Les Etats auxquels un territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise a été transféré ou qui sont nés du démembrement de cette monarchie, acquerront tous biens et propriétés appartenant au Gouvernement autrichien, ancien ou actuel, et situés sur leurs territoires respectifs.

Au sens du présent article, les biens et propriétés du Gouvernement autrichien, ancien ou actuel, seront considérés comme comprenant les biens appartenant à l'ancien Empire d'Autriche et les intérêts de cet Empire dans les biens qui appartenaient en commun à la monarchie austro-hongroise ainsi que toutes les propriétés de la Couronne, et que les biens privés de l'ancienne famille souveraine d'Autriche-Hongrie.

Ces Etats ne pourront toutefois élever aucune prétention sur les biens et propriétés du Gouvernement, ancien, ou actuel, de l'Autriche, situés en dehors de leurs territoires respectifs.

La valeur des biens et propriétés acquis par les différents Etats, l'Autriche exceptée, sera fixée par la Commission des réparations pour être portée au débit de l'Etat acquéreur et au crédit de l'Autriche, à valoir sur les sommes dues au titre des réparations. La Commission des réparations devra également déduire de la valeur des propriétés publiques ainsi acquises une somme proportionée à la contribution en espèces, en terre ou en matériel, fournie directement à l'occasion de ces propriétés par des provinces, communes ou autres autorités locales autonomes.

Dans le cas d'un Etat acquéreur conformément au présent article et sans qu'il soit porté atteinte aux dispositions de l'article 203 concernant la dette gagée, il sera déduit de la valeur portée au crédit de l'Autriche et au débit dudit Etat d'après l'alinéa précédent, la part de la dette non gagée de l'ancien Gouvernement autrichien mise à la charge dudit Etat acquéreur en vertu dudit article 203 et correspondant, dans l'opinion de la Commission des réparations, à des dépenses faites sur les biens et propriétés acquises. La valeur à déduire sera fixée par la Commission des réparations d'après tels principes qu'elle jugera équitables.

Parmi les biens et propriétés du Gouvernement autrichien, ancien ou actuel, il faut comprendre une part des biens immobiliers de toute nature en Bosnie-Herzégovine, pour lesquels le Gouvernement de l'ancienne monarchie austro-hongroise a, en vertu de l'article 5 de la Convention du

26 février 1909,*) payé 2 500 000 livres turques au Gouvernement ottoman. Cette part sera proportionnée à la contribution supportée par l'ancien Empire d'Autriche dans ledit payement et la valeur, estimée par la Commission des réparations, en sera portée au crédit de l'Autriche au titre de réparations.

Par exception aux dispositions ci dessus, seront transférés sans payement:

1⁰ Les biens et propriétés des provinces, communes et autres institutions locales autonomes de l'ancienne monarchie austro-hongroise, ainsi que les biens et propriétés en Bosnie-Herzégovine qui n'appartenaient pas à l'ancienne monarchie austro-hongroise;

2⁰ Les écoles et les hôpitaux, propriétés de l'ancienne monarchie austro-hongroise;

3⁰ Les forêts qui appartenaient à l'ancien royaume de Pologne.

En outre et après autorisation de la Commission des réparations, les Etats visés à l'alinéa premier et auxquels des territoires ont été transférés pourront acquérir sans payement, tous les immeubles ou autres biens situés sur les territoires respectifs et ayant précédemment appartenu aux Royaumes de Bohème, de Pologne ou de Croatie-Slavonie-Dalmatie ou à la Bosnie-Herzégovine ou aux Républiques de Raguse, de Venise ou aux Principautés épiscopales de Trente et de Bressanone et dont la principale valeur consiste dans les souvenirs historiques qui s'y rattachent.

Article 209.

L'Autriche renonce en ce qui la concerne à toute représentation ou participation que des traités, conventions ou accords quelconques assuraient à elle-même ou à ses ressortissants dans l'administration ou le contrôle des commissions, agences et banques d'Etat et dans toutes autres organisations financières et économiques de caractère international de contrôle ou de gestion fonctionnant dans l'un quelconque des Etats alliés et associés, en Allemagne, en Hongrie, en Bulgarie ou en Turquie, dans les possessions et dépendances des Etats susdits, ainsi que dans l'ancien Empire russe.

Article 210.

1. L'Autriche s'engaga à transférer, dans le délai d'un mois à compter de la mise en vigueur du présent Traité, à telles autorités qui pourraient être désignées par les principales Puissances alliées et associées, la somme en or déposée à la banque d'Autriche-Hongrie au nom du Conseil d'administration de la dette publique ottomane en couverture de la première émission de billets de monnaie du Gouvernement turc.

2. L'Autriche renonce en ce qui la concerne au bénéfice de toutes les stipulations insérées dans les Traités de Bucarest et de Brest-Litowsk et traités complémentaires, sans qu'il soit porté atteinte à l'article 244, Partie X (Clauses économiques) du présent Traité.

---

*) V. **N. R. G.** 3. s. II, 661.

Elle s'engage à transférer respectivement soit à la Roumanie, soit aux principales Puissances alliées et associées, tous instruments monétaires, espèces, valeurs et instruments négociables ou produits, qu'elle a reçus en exécution des Traités susdits.

3. Les sommes en espèces qui doivent être payées et les instruments monétaires, valeurs et produits quelconques qui doivent être livrés ou transférés en vertu des stipulations du présent article seront employés par les Principales Puissances alliées et associées suivant des modalités à déterminer ultérieurement par lesdites Puissances.

4. L'Autriche s'engage à reconnaître les transferts d'or prévus à l'article 259 alinéa 5 du Traité de paix conclu à Versailles, le 28 juin 1919 par les Puissances alliées et associées et l'Allemagne ainsi que les transferts de créances visés à l'article 261 du même Traité.*)

Article 211.

Sans qu'il soit porté atteinte à la renonciation par l'Autriche, en vertu d'autres dispositions du présent Traité, à des droits lui appartenant ou appartenant à ses ressortissants, la Commission des réparations, pourra, dans un délai d'un an à compter de la mise en vigueur du présent Traité, exiger que l'Autriche acquière tous droits ou intérêts de ses ressortissants, dans toute entreprise d'utilité publique ou dans toute concession en Russie, en Turquie, en Allemagne, en Hongrie ou en Bulgarie ou dans les possessions et dépendances des Etats susdits, ou sur un territoire qui, ayant appartenu à l'Autriche ou à ses alliés, doit être transféré par l'Autriche ou ses alliés, ou administré par un mandataire en vertu d'un Traité conclu avec les Puissances alliées et associées. L'Autriche devra, d'autre part, dans un délai de six mois à compter de la date de la demande, transférer à la Commission des réparations la totalité de ces droits et intérêts et de tous les droits et intérêts similaires que le Gouvernement autrichien, ancien ou actuel, peut lui-même posséder.

L'Autriche supportera la charge d'indemniser ses ressortissants ainsi dépossédés et la Commission des réparations portera au crédit de l'Autriche à valoir sur les sommes dues au titre des réparations, les sommes correspondant à la valeur des droits et intérêts transférés, telle qu'elle sera fixée par la Commission des réparations. L'Autriche, dans un délai de six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, devra communiquer à la Commission des réparations la liste de tous les droits et intérêts en question, qu'ils soient acquis, éventuels, ou non encore exercés, et renoncera en faveur des Puissances alliées ou associées en son nom et en celui de ses ressortissants, à tous droits et intérêts susvisés qui n'auraient pas été mentionnés sur la liste ci-dessus.

Article 212.

L'Autriche s'engage à ne mettre aucun obstacle à l'acquisition par les Gouvernements allemand, hongrois, bulgare ou turc, de tous droits et

*) V. ci-dessus, p. 524, 526.

intérêts des ressortissants allemands, hongrois, bulgares ou turcs dans toute entreprise d'utilité publique ou dans toute concession en Autriche, qui pourront être réclamés par la Commission des réparations aux termes des Traités de Paix, Traités ou Conventions complémentaires respectivement passés entre les Puissances alliées et associées, et les Gouvernements allemand, hongrois, bulgare ou turc.

Article 213.

L'Autriche s'engage à transférer aux Puissances alliées et associées toutes les créances ou droits à réparations au profit du Gouvernement autrichien, ancien ou actuel, sur l'Allemagne, la Hongrie, la Bulgarie ou la Turquie, et notamment toutes les créances ou droits à réparations qui résultent ou résulteront de l'exécution des engagements pris depuis le 28 juillet 1914 jusqu'à la mise en vigueur du présent Traité.

La valeur de ces créances ou droits à réparation sera établie par la Commission des réparations, et portée par elle au crédit de l'Autriche à valoir sur les sommes dues au titre des réparations.

Article 214.

A moins de stipulations contraires insérées dans le présent Traité ou les traités et conventions complémentaires, toute obligation de payer en espèces, en exécution du présent Traité, et libellée en couronnes or austro-hongroises sera payable, au choix des créanciers, en livres sterling payables à Londres, dollars or des Etats-Unis d'Amérique payables à New-York, francs or payables à Paris ou lires or payables à Rome.

Aux fins du présent article, les monnaies or ci-dessus sont convenues être du poids et du titre légalement établis au 1er janvier 1914 pour chacune d'entre elles.

Article 215.

Seront fixés par une entente entre les divers Gouvernements intéressés, de manière à assurer le meilleur et le plus équitable traitement à toutes les parties, tous les ajustements financiers, qui sont rendus nécessaires par le démembrement de l'ancienne monarchie austro-hongroise et par la réorganisation des dettes publiques et système monétaire, dans les conditions prévues aux articles précédents. Ces ajustements concernent, entre autre, les banques, compagnies d'assurances, caisses d'épargne, caisses d'épargne postales, établissements de crédit foncier, sociétés hypothécaires et toutes autres institutions similaires opérant sur le territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise. Dans le cas où lesdits Gouvernements ne pourraient pas arriver à une entente sur ces problèmes financiers, ou dans le cas où un Gouvernement jugerait que ses ressortissants ne reçoivent pas un traitement équitable, la Commission des Réparations, sur la demande de l'un des Gouvernements intéressés, nommera un arbitre ou des arbitres, dont la décision sera sans appel.

Article 216.

Les bénéficiaires des pensions civiles ou militaires de l'ancien Empire d'Autriche reconnus ou devenus, en vertu du présent Traité, ressortissants

d'un Etat autre que l'Autriche ne pourront exercer, du chef de leur pension, aucun recours contre le Gouvernement autrichien.

Partie X.

Clauses économiques.

Section I.

Relations commerciales.

Chapitre I.

Réglementation, taxes et restrictions douanières.

Article 217.

L'Autriche s'engage à ne pas soumettre les marchandises, produits naturels ou fabriqués de l'un quelconque des Etats alliés ou associés, importés sur le territoire autrichien, quel que soit l'endroit d'où ils arrivent, à des droits ou charges, y compris les impôts intérieurs, autres ou plus élevés que ceux auxquels sont soumis les mêmes marchandises, produits naturels ou fabriqués d'un autre quelconque desdits Etats ou d'un autre pays étranger quelconque.

L'Autriche ne maintiendra ou n'imposera aucune prohibition ou restriction à l'importation sur le territoire autrichien de toutes marchandises, produits naturels ou fabriqués des territoires de l'un quelconque des Etats alliés ou associés de quelque endroit qu'ils arrivent, qui ne s'étendra pas également à l'importation des mêmes marchandises, produits naturels ou fabriqués d'un autre quelconque desdits Etats ou d'un autre pays étranger quelconque.

Article 218.

L'Autriche s'engage, en outre, à ne pas établir, en ce qui concerne le régime des importations, de différence au détriment du commerce de l'un quelconque des Etats alliés ou associés par rapport à un autre quelconque desdits Etats, ou par rapport à un autre pays étranger quelconque, même par des moyens indirects, tels que ceux résultant de la réglementation ou de la procédure douanière, ou des méthodes de vérification ou d'analyse, ou des conditions de payement des droits, ou des méthodes de classification ou d'interprétation des tarifs, ou encore de l'exercice de monopoles.

Article 219.

En ce qui concerne la sortie, l'Autriche s'engage à ne pas soumettre les marchandises, produits naturels ou fabriqués exportés du territoire autrichien vers les territoires de l'un quelconque des Etats alliés ou associés, à des droits ou charges, y compris les impôts intérieurs, autres ou plus élevés que ceux payés pour les mêmes marchandises exportées vers un autre quelconque desdits Etats ou vers un pays étranger quelconque.

L'Autriche ne maintiendra ou n'imposera aucune prohibition ou restriction à l'exportation de toutes marchandises expédiées du territoire autrichien vers l'un quelconque des Etats alliés ou associés qui ne s'étendra

pas également à l'exportation des mêmes marchandises, produits naturels ou fabriqués expédiés vers un autre quelconque desdits Etats ou vers un autre pays étranger quelconque.

Article 220.

Toute faveur, immunité ou privilège concernant l'importation, l'exportation ou le transit de marchandises, qui serait concédé par l'Autriche à l'un quelconque des Etats alliés ou associés ou à un autre pays étranger quelconque, sera simultanément et inconditionnellement, sans qu'il soit besoin de demande ou de compensation, étendu à tous les Etats alliés ou associés.

Article 221.

Par dérogation aux dispositions de l'article 286 de la partie XII (ports, voies d'eau et voies ferrées) du présent Traité, et pendant une période de trois années à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les produits en transit par les ports qui, avant la guerre, se trouvaient dans les territoires de l'ancienne monarchie austro-hongroise, bénéficieront, à leur importation en Autriche de réductions de droits proportionnellement correspondantes à celles qui étaient appliquées aux mêmes produits selon le tarif douanier austro-hongrois du 13 février 1906, lorsque leur importation avait lieu par les dits ports.

Article 222.

Nonobstant les dispositions des articles 217 à 220 les Puissances alliées et associées acceptent de ne pas invoquer ces dispositions pour s'assurer l'avantage de tout arrangement spécial qui pourrait être conclu par le Gouvernement autrichien avec les Gouvernements de la Hongrie ou de l'Etat tchéco-slovaque pour établir un régime douanier spécial en faveur de certains produits naturels ou manufacturés originaires et en provenance de ces pays, qui seront spécifiés dans les arrangements en question, pourvu que la durée de cet arrangement ne dépasse pas une période de cinq années à dater de la mise en vigueur du présent Traité.

Article 223.

Pendant un délai de six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les taxes imposées par l'Autriche aux importations des Puissances alliées et associées ne pourront être supérieures aux taxes les plus favorables qui étaient en application pour les importations dans l'ancienne monarchie austro-hongroise à la date du 28 juillet 1914.

Cette disposition continuera à être appliquée pendant une seconde période de trente mois après l'expiration des six premiers mois exclusivement à l'égard des importations de fruits frais et secs, de légumes frais, de l'huile d'olive, des œufs, des porcs et des produits de charcuterie et de la volaille vivante dans la mesure où ces produits jouissaient à la date mentionnée ci-dessus (28 juillet 1914) des tarifs conventionnels fixés par des traités avec les Puissances alliées ou associées.

Article 224.

1. L'Etat tchéco-slovaque et la Pologne s'engagent à ne pas imposer, pendant une période de quinze années à dater de la mise en vigueur du présent Traité, à l'exportation vers l'Autriche des produits des mines de charbon situées sur leur territoire, aucun droit d'exportation ou autre charge ou restriction à l'exportation de quelque nature que ce soit, autres ou plus onéreux que ceux qui seront imposés à la même exportation vers tout autre pays.

2. Des arrangements spéciaux seront conclus entre l'Etat tchéco-slovaque et la Pologne et l'Autriche pour la fourniture réciproque de charbon et de matières brutes.

3. En attendant la conclusion de ces arrangements, mais en aucun cas pendant plus de trois ans après la mise en vigueur du présent Traité, l'Etat tchéco-slovaque et la Pologne s'engagent à n'imposer aucun droit à l'exportation ni aucune restriction, de quelque nature que ce soit, à l'exportation vers l'Autriche, de charbon ou de lignite jusqu'à concurrence d'une quantité qui sera fixée, à défaut d'accord entre les Etats intéressés, par la Commission des réparations. Pour la détermination de cette quantité, la Commission des réparations tiendra compte de tous les éléments, y compris les quantités de charbon comme de lignite fournies avant la guerre aux territoires de l'Autriche actuelle par la Haute-Silésie et les territoires de l'ancien Empire d'Autriche transférés à l'Etat tchéco-slovaque et à la Pologne, en conformité avec le présent Traité ainsi que des quantités actuellement disponibles pour l'exportation dans ces pays. A titre de réciprocité, l'Autriche devra fournir à l'Etat tchéco-slovaque et à la Pologne les quantités de matières brutes visées au paragraphe 2, conformément à ce qui sera décidé par la Commission des réparations.

4. L'Etat tchéco-slovaque et la Pologne s'engagent en outre, pendant la même période, à prendre toutes les mesures nécessaires pour assurer que tous ces produits pourront être acquis par les acheteurs habitant l'Autriche à des conditions aussi favorables que celles qui sont faites pour la vente des produits de même nature placés dans une situation analogue, aux acheteurs habitant l'Etat tchéco-slovaque ou la Pologne dans leurs pays respectifs ou dans tout autre pays.

5. En cas de différend relatif à l'exécution ou à l'interprétation de l'une des dispositions ci-dessus, la Commission des réparations décidera.

Chapitre II.

Traitement de la navigation.

Article 225.

Les Hautes Parties Contractantes s'accordent à reconnaître le pavillon des navires de toute Partie contractante qui n'a pas de littoral maritime, lorsqu'ils sont enregistrés en un lieu unique déterminé, situé sur son territoire; ce lieu constituera pour ces navires le port d'enregistrement.

Chapitre III.
Concurrence déloyale.

Article 226.

L'Autriche s'engage à prendre toutes les mesures législatives ou administratives nécessaires pour garantir les produits naturels ou fabriqués originaires de l'une quelconque des Puissances alliées ou associées contre toute forme de concurrence déloyale dans les transactions commerciales.

L'Autriche s'oblige à réprimer et à prohiber, par la saisie et par toutes autres sanctions appropriées, l'importation et l'exportation ainsi que la fabrication, la circulation, la vente et la mise en vente à l'intérieur, de tous produits ou marchandises portant sur eux-mêmes, ou sur leur conditionnement immédiat, ou sur leur emballage extérieur des marques, noms, inscriptions ou signes quelconques, comportant, directement ou indirectement, de fausses indications sur l'origine, l'espèce, la nature ou les qualités spécifiques de ces produits ou marchandises.

Article 227.

L'Autriche, à la condition qu'un traitement réciproque lui soit accordé en cette matière, s'oblige à se conformer aux lois, ainsi qu'aux décisions administratives ou judiciaires prises conformément à ces lois, en vigueur dans un Pays allié ou associé et régulièrement notifiées à l'Autriche par les autorités compétentes, déterminant ou réglementant le droit à une appellation régionale pour les vins ou spiritueux produits dans le pays auquel appartient la région, ou les conditions dans lesquelles l'emploi d'une appellation régionale peut être autorisé; et l'importation, l'exportation, ainsi que la fabrication, la circulation, la vente ou la mise en vente des produits ou marchandises portant des appellations régionales contrairement aux lois ou décisions précitées seront interdites par l'Autriche et réprimées par les mesures prescrites à l'article qui précède.

Chapitre IV.
Traitement des ressortissants des puissances alliées et associées.

Article 228.

L'Autriche s'engage:

a) à n'imposer aux ressortissants des Puissances alliées et associées en ce qui concerne l'exercice des métiers, professions, commerces et industries, aucune exclusion qui ne serait pas également applicable à tous les étrangers sans exception;

b) à ne soumettre les ressortissants des Puissances alliées et associées à aucun réglement ou restrictions, en ce qui concerne les droits visés au paragraphe a) qui pourraient porter directement ou indirectement atteinte aux stipulations dudit paragraphe, ou qui seraient autres ou plus désavantageux que ceux qui s'appliquent aux étrangers ressortissants de la nation la plus favorisée;

c) à ne soumettre les ressortissants des Puissances alliées et associées, leurs biens, droits ou intérêts, y compris les sociétés ou associations dans lesquelles ils sont intéressés, à aucune charge, taxe ou impôts directs ou indirects, autres ou plus élevés que ceux qui sont ou pourront être imposés à ses ressortissants ou à leurs biens, droits ou intérêts;

d) à ne pas imposer aux ressortissants de l'une quelconque des Puissances alliées et associées une restriction quelconque qui n'était pas applicable aux ressortissants de ces Puissances à la date du 28 juillet 1914, à moins que la même restriction ne soit également imposée à ses propres nationaux.

Article 229.

Les ressortissants des Puissances alliées et associées jouiront sur le territoire autrichien, d'une constante protection, pour leur personne, leurs biens, droits et intérêts et auront libre accès devant les tribunaux.

Article 230.

L'Autriche s'engage à reconnaître la nouvelle nationalité qui aurait été ou serait acquise par ses ressortissants d'après les lois des Puissances alliées ou associées et conformément aux décisions des autorités compétentes de ces Puissances, soit par voie de naturalisation, soit par l'effet d'une clause d'un traité et à dégager à tous les points de vue ces ressortissants, en raison de cette acquisition de nouvelle nationalité, de toute allégeance vis-à-vis de leur Etat d'origine.

Article 231.

Les Puissances alliées et associées pourront nommer des consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires dans les villes et ports d'Autriche. L'Autriche s'engage à approuver la désignation de ces consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires, dont les noms lui seront notifiés, et à les admettre à l'exercice de leurs fonctions conformément aux règles et usages habituels.

Chapitre V.

Clauses générales.

Article 232.

Les obligations imposées à l'Autriche par le Chapitre I ci-dessus, cesseront d'être en vigueur cinq ans après la date de la mise en vigueur du présent Traité, à moins que le contraire résulte du texte ou que le Conseil de la Société des Nations décide, douze mois au moins avant l'expiration de cette période, que ces obligations seront maintenues pour une période subséquente avec ou sans amendement.

Il est toutefois entendu qu'à moins de decision différente de la Société des Nations, l'obligation imposee à l'Autriche par les articles 217, 218, 219 ou 220 ne sera pas invoquée après l'expiration d'un délai de

trois ans à dater de la mise en vigueur du présent Traité, par une Puissance alliée ou associée qui n'accorderait pas à l'Autriche un traitement corrélatif.

L'article 228 restera en vigueur après cette période de cinq ans, avec ou sans amendement, pour telle période, s'il en est une, que fixera la majorité du Conseil de la Société des Nations, et qui ne pourra dépasser cinq années.

Article 233.

Si le Gouvernement autrichien se livre au commerce international, il n'aura, à ce point de vue, ni ne sera considéré avoir aucun des droits, privilèges et immunités de la souveraineté.

Section II.

Traités.

Article 234.

Dès la mise en vigueur du présent Traité et sous réserve des dispositions qui y sont contenues, les traités, conventions et accords plurilatéraux, de caractère économique ou technique, passés par l'ancienne monarchie austro-hongroise et énumérés ci-après et aux articles suivants, seront seuls appliqués entre l'Autriche et celles des Puissances alliées et associées qui y sont Parties:

1⁰ Convention du 14 mars 1884, du 1er décembre 1886 et du 23 mars 1887 et Protocole de clôture du 7 juillet 1887, relatifs à la protection des câbles sous-marins;*)

2⁰ Convention du 11 octobre 1909, relative à la circulation internationale des automobiles;**)

3⁰ Accord du 15 mai 1886, relatif au plombage des wagons assujettis à la douane et Protocole du 18 mai 1907;***)

4⁰ Accord du 15 mai 1886, relatif à l'unité technique des chemins de fer;†)

5⁰ Convention du 5 juillet 1890, relative à la publication des tarifs de douane et à l'organisation d'une Union internationale pour la publication des tarifs douaniers;††)

6⁰ Convention du 25 avril 1907, relative à l'élévation des tarifs douaniers ottomans;†††)

7⁰ Convention du 14 mars 1857, relative au rachat des droits de péage du Sund et des Belts;[a])

8⁰ Convention du 22 juin 1861, relative au rachat des droits de péage sur l'Elbe;[b])

9⁰ Convention du 16 juillet 1863, relative au rachat des droits de péage sur l'Escaut;[c])

---

*) V. **N. R. G.** 2. s. XI, p. 281; XV, p. 69. **) V. **N. R. G.** 3. s. III, p. 834.
***) V. **N. R. G.** 2. s. XXII, p. 42; 3. s. II, p. 878.
†) V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1887, p. 111; **N. R. G.** 3. s. II, p. 888.
††) V. **N. R. G.** 2. s. XVI, p. 532; XVIII, p. 558.
†††) V. **N. R. G.** 3. s. I, p. 790. a) V. **N. R. G.** XVI. 2, p. 245.
b) V. **N. R. G.** XVII. 1, p. 419. c) V. **N. R. G.** XVII. 2. p. 223.

10⁰ Convention du 29 octobre 1888, relative à l'établissement d'un régime définitif destiné à garantir le libre usage du canal de Suez;*)

11⁰ Convention du 23 septembre 1910, relatives à l'unification de certaines règles en matière d'abordage, d'assistance et de sauvetage maritimes;**)

12⁰ Convention du 21 décembre 1904, relative à l'exemption pour les bâtiments hospitaliers des droits et taxes dans les ports;***)

13⁰ Convention du 26 septembre 1906, pour la suppression du travail de nuit pour les femmes;†)

14⁰ Conventions des 18 mai 1904, 4 mai 1910, relatives à la répression de la traite des blanches;††)

15⁰ Convention du 4 mai 1910, relative à la suppression des publications pornographiques;†††)

16⁰ Convention sanitaire du 3 décembre 1903, ainsi que les précédentes signées le 30 janvier 1892, le 15 avril 1893, le 3 avril 1894 et le 19 mars 1897;[a])

17⁰ Convention du 20 mai 1875, relative à l'unification et au perfectionnement du système métrique;[b])

18⁰ Convention du 29 novembre 1906, relative à l'unification de la formule des médicaments héroïques;[c])

19⁰ Convention des 16 et 19 novembre 1885 relative à la construction d'un diapason normal;[d])

20⁰ Convention du 7 juin 1905, relative à la création d'un Institut international agricole à Rome;[e])

21⁰ Conventions des 3 novembre 1881, 15 avril 1889, relatives aux mesures à pendre contre le phylloxera;[f])

22⁰ Convention du 19 mars 1902, relative à la protection des oiseaux utiles à l'agriculture;[g])

23⁰ Convention du 12 juin 1902 relative à la tutelle des mineurs.[h])

Article 235.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes appliqueront les conventions et arrangements ci-après désignés, en tant qu'ils les concernent, l'Autriche s'engageant à observer les stipulations particulières contenues dans le présent article.

*) V. **N. R. G.** 2. s. XV, p. 557. **) V. **N. R. G.** 3. s. VII, p. 711, 728.
***) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 213. †) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 861.
††) V. **N. R. G.** 2. s. XXXII, p. 160; 3. s. VII, p. 252.
†††) V. **N. R. G.** 3. s. VII, p. 266.
a) V. **N. R. G.** 2. s. XIX, p. 260; XIX, p. 239; XXIV, p. 516; XXVIII, p. 339; 3. s. I, p. 78.
b) V. **N. R. G.** 2. s. I, p. 663. c) V. **N. R. G.** 3. s. I, p. 592.
d) V. ci-dessus No. 25, p. 245. e) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 238.
f) V. **N. R. G.** 2. s. VIII, p. 435; XV, p. 570.
g) V. **N. R. G.** 2. s. XXX, p. 686. h) V. **N. R. G.** 2. s. XXXI, p. 724.

Conventions postales:

Conventions et arrangements de l'Union postale universelle, signés à Vienne, le 4 juillet 1891;*)

Conventions et arrangements de l'Union postale, signés à Washington, le 15 juin 1897;**)

Conventions et arrangements de l'Union postale, signés à Rome, le 26 mai 1906.***)

Conventions télégraphiques:

Conventions télégraphiques internationales, signées à Saint-Pétersbourg, le 10/22 juillet 1875;†)

Règlements et tarifs arrêtés par la Conférence télégraphique internationale de Lisbonne, le 11 juin 1908.††)

L'Autriche s'engage à ne pas refuser son consentement à la conclusion avec les nouveaux Etats des arrangements spéciaux prévus par les conventions et arrangements relatifs à l'Union postale universelle et à l'Union télégraphique internationale, dont lesdits nouveaux Etats font partie ou auxquels ils adhèrent.

Article 236.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes appliqueront, en tant qu'elle les concerne, la Convention radio-télégraphique internationale du 5 juillet 1912†††) l'Autriche s'engageant à observer les règles provisoires qui lui seront indiquées par les Puissances alliées et associées.

Si, dans les cinq années qui suivront la mise en vigueur du présent Traité une nouvelle convention réglant les relations radio-télégraphiques internationales vient à être conclue en remplacement de la Convention du 5 juillet 1912, cette nouvelle convention liera l'Autriche, même au cas où celle-ci aurait refusé soit de participer à l'élaboration de la convention, soit d'y souscrire.

Cette nouvelle convention remplacera également les règles provisoires en vigueur.

Article 237.

La Convention internationale de Paris du 20 mars 1883, pour la protection de la propriété industrielle,[a]) revisée à Washington le 2 juin 1911[b]) et l'arrangement du 14 avril 1891 concernant l'enregistrement international des marques de fabrique et de commerce,[c]) seront appliqués à partir de la mise en vigueur du présent Traité, dans la mesure où ils ne seront pas affectés et modifiés par les exceptions et restrictions résultant dudit Traité.

---

*) V. **N. R. G.** 2. s. XVII, p. 628. **) V. **N. R. G.** 2. s. XXVIII, p. 453.
***) V. **N. R. G.** 3. s. I, p. 355. †) V. **N. R. G.** 2. s. III, p. 614.
††) V. **N. R. G.** 3. s. V, p. 208. †††) V. ci-dessus No. 27, p. 270.
a) V. **N. R. G.** 2. s. X, p. 133; XXX, p. 449.
b) V. **N. R. G.** 3. s. VIII, p. 760.
c) V. **N. R. G.** 2. s. XVIII, p. 842; XXII, p. 208.

Article 238.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes appliqueront, en tant qu'elle les concerne, la Convention de la Haye du 17 juillet 1905 relative à la procédure civile.*) Toutefois, cette disposition demeure et demeurera sans effet vis-à-vis de la France, du Portugal et de la Roumanie.

Article 239.

L'Autriche s'engage à adhérer dans les formes prescrites et avant l'expiration d'un délai de douze mois à partir de la mise en vigueur du présent Traité, à la Convention internationale de Berne du 9 septembre 1886 pour la protection des œuvres littéraires et artistiques**) revisée à Berlin le 13 novembre 1908,***) et complétée par le Protocole additionnel, signé à Berne le 20 mars 1914.†)

Jusqu'à ce qu'elle ait adhéré à la Convention sus-visée, l'Autriche s'engage à reconnaître et à protéger les œuvres littéraires et artistiques des ressortissants des Puissances alliées ou associées par des dispositions effectives prises en conformité des principes de la dite Convention internationale.

En outre et indépendamment de l'adhésion sus-visée, l'Autriche s'engage à continuer d'assurer la reconnaissance et la protection de toutes les œuvres littéraires et artistiques des ressortissants de chacune des Puissances alliées ou associées d'une manière au moins aussi étendue qu'à la date du 28 juillet 1914 et dans les mêmes conditions.

Article 240.

L'Autriche s'engage à adhérer aux Conventions suivantes:

1° Convention du 26 septembre 1906 relative à la suppression de l'emploi du phosphore blanc dans la fabrication des allumettes;††)

2° Convention du 31 décembre 1913, relative à l'unification des statistiques commerciales.†††)

Article 241.

Chacune des Puissances alliées ou associées, s'inspirant des principes généraux ou des stipulations particulières du présent Traité, notifiera à l'Autriche les conventions bilatérales de toute nature, passées avec l'ancienne monarchie austro-hongroise, dont elle exigera l'observation.

La notification prévue au présent article sera faite, soit directement, soit par l'entremise d'une autre Puissance. Il en sera accusé réception par écrit par l'Autriche; la date de la mise en vigueur sera celle de la notification.

Les Puissances alliées ou associées s'engagent entre elles à n'appliquer vis-à-vis de l'Autriche que les conventions qui sont conformes aux stipulations du présent Traité.

*) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 243.
) V. **N. R. G. 2. s. XII, p. 173.
***) V. **N. R. G.** 3. s. IV, p. 590.
†) V. **N. R. G.** 3. s. X, p. 114
††) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 872.
†††) V. ci-dessus, No. 28, p. 304.

La notification mentionnera éventuellement celles des dispositions de ces conventions qui, n'étant pas conformes aux stipulations du présent Traité, ne seront pas considérées comme applicables.

En cas de divergence d'avis, la Société des Nations sera appelée à se prononcer.

Un délai de six mois, qui courra depuis la mise en vigueur du présent Traité, est imparti aux Puissances alliées ou associées pour procéder à la notification.

Les conventions bilatérales, qui auront fait l'objet d'une telle notification, seront seules mises en vigueur entre les Puissances alliées ou associées et l'Autriche.

Les règles ci-dessus sont applicables à toutes conventions bilatérales existant entre toutes les Puissances alliées et associées signataires du présent Traité et l'Autriche, même si lesdites Puissances alliées et associées n'ont pas été en état de guerre avec elle.

Article 242.

L'Autriche déclare reconnaître comme étant sans effet tous les traités, conventions ou accords conclus par elle ou par l'ancienne monarchie austro-hongroise avec l'Allemagne, la Hongrie, la Bulgarie ou la Turquie depuis le 1er août 1914 jusqu'à la mise en vigueur du présent Traité.

Article 243.

L'Autriche s'engage à assurer de plein droit aux Puissances alliées et associées ainsi qu'aux fonctionnaires et ressortissants desdites Puissances, le bénéfice de tous les droits et avantages de quelque nature que ce soit qu'elle-même, ou l'ancienne monarchie austro-hongroise, a pu concéder à l'Allemagne, à la Hongrie, à la Bulgarie, ou à la Turquie, ou concéder aux fonctionnaires et ressortissants de ces Etats, par traités, conventions ou accords, conclus avant le 1er août 1914, aussi longtemps que ces traités, conventions ou accords seront en vigueur.

Les Puissances alliées et associées se réservent le droit d'accepter ou non le bénéfice de ces droits et avantages.

Article 244.

L'Autriche déclare reconnaître comme étant sans effet tous les traités, conventions ou accords conclus, par elle ou par l'ancienne monarchie austro-hongroise, avec la Russie ou avec tout Etat ou Gouvernement dont le territoire constituait antérieurement une partie de la Russie, ainsi qu'avec la Roumanie, avant le 28 juillet 1914 ou depuis cette date, jusqu'à la mise en vigueur du présent Traité.

Article 245.

Au cas où, depuis le 28 juillet 1914, une Puissance alliée ou associée, la Russie ou un Etat ou Gouvernement dont le territoire constituait antérieurement une partie de la Russie, aurait été contraint à la suite d'une occupation militaire, par tout autre moyen ou pour toute autre

cause, d'accorder ou de laisser accorder par un acte émanant d'une autorité publique quelconque des concessions, privilèges et faveurs de quelque nature que ce soit à l'Autriche, à l'ancienne monarchie austro-hongroise ou à un ressortissant autrichien, ces concessions, privilèges et faveurs sont annulés de plein droit par le présent Traité.

Toutes charges ou indemnités pouvant éventuellement résulter de cette annulation ne seront en aucun cas supportées par les Puissances alliées et associées, ni par les Puissances, Etats, Gouvernements ou autorites publiques que le présent article délie de leurs engagements.

Article 246.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, l'Autriche s'engage, en ce qui la concerne, à faire bénéficier de plein droit les Puissances alliées et associées, ainsi que leurs ressortissants, des droits et avantages de quelque nature que ce soit concédés, par elle ou par l'ancienne monarchie austro-hongroise, depuis le 28 juillet 1914 jusqu'à la mise en vigueur du présent Traité, par traités, conventions ou accords, à des Etats non belligérants ou ressortissants de ces Etats, aussi longtemps que ces traités, conventions ou accords seront en vigueur pour l'Autriche.

Article 247.

Celles des Hautes Parties Contractantes qui n'auraient pas encore signé ou qui, après avoir signé, n'auraient pas encore ratifié la Convention sur l'Opium, signée à la Haye le 23 janvier 1912,*) sont d'accord pour mettre cette convention en vigueur, et, à cette fin, pour édicter la législation nécessaire aussitôt qu'il sera possible et, au plus tard, dans les douze mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent, en outre, pour celles d'entre elles qui n'ont pas encore ratifié ladite Convention, que la ratification du présent Traité équivaudra, à tous égards, à cette ratification et à la signature du Protocole spécial ouvert à la Haye conformément aux résolutions de la troisième Conférence sur l'opium, tenue en 1914 pour la mise en vigueur de ladite Convention.

Le Gouvernement de la Republique française communiquera au Gouvernement des Pays-Bas une copie certifiée conforme du procès-verbal de dépôt des ratifications du présent Traité et invitera le Gouvernement des Pays-Bas à accepter et recevoir ce document comme dépôt des ratifications de la Convention du 23 janvier 1912 et comme signature du Protocole additionnel de 1914.

Section III.

Dettes.

Article 248.

Seront réglées par l'intermédiaire d'Offices de vérification et de compensation qui seront constitués par chacune des Hautes Parties Con-

*) V. ci-dessus No. 26, p. 247.

tractantes dans un délai de trois mois à dater de la notification prévue à l'alinéa e ci-après, les catégories suivantes d'obligations pecuniaires:

1° Les dettes exigibles avant la guerre et dues par les ressortissants d'une des Puissances Contractantes, résidant sur le territoire de cette Puissance, aux ressortissants d'une Puissance adverse résidant sur le territoire de cette Puissance;

2° Les dettes devenues exigibles pendant la guerre, et dues aux ressortissants d'une des Puissances Contractantes résidant sur le territoire de cette Puissance et résultant des transactions ou des contrats, passés avec les ressortissants d'une Puissance adverse résidant sur le territoire de cette Puissance, dont l'exécution totale ou partielle a été suspendue du fait de l'état de guerre;

3° Les intérêts échus avant et pendant la guerre, et dus à un ressortissant d'une des Puissances Contractantes, provenant des valeurs émises ou reprises par une Puissance adverse, pourvu que le payement de ces intérêts aux ressortissants de cette Puissance ou aux neutres n'ait pas été suspendu pendant la guerre.

4° Les capitaux remboursables avant et pendant la guerre, payables aux ressortissants d'une des Puissance Contractantes, représentant des valeurs émises par une Puissance adverse, pourvu que le payement de ce capital aux ressortissants de cette Puissance ou aux neutres n'ait pas été suspendu pendant la guerre.

Dans le cas d'intérêts ou de capitaux payables pour des titres émis ou repris par le Gouvernement de l'ancienne monarchie austro-hongroise, le montant qui sera crédité et payé par l'Autriche ne sera que celui des intérêts et capitaux correspondant à la dette incombant à l'Autriche, en conformité des dispositions de la Partie IX (Clauses financières) du présent Traité et des principes établis par la Commission des réparations.

Les produits des liquidations des biens, droits et intérêts ennemis visés dans la Section IV et son Annexe, seront pris en charge dans la monnaie et au change prévus ci-après à l'alinéa d. par les Offices de vérification et de compensation et affectés par eux dans les conditions prévues par lesdites Section et Annexe.

Les opérations visées dans le présent article seront effectuées selon les principes suivants et conformément à l'Annexe de la présente Section:

a) Chacune des Hautes Parties Contractantes interdira, dès la mise en vigueur du présent Traité, tous payements, acceptations de payements et généralement toutes communications entre les parties intéressées, relativement au règlement desdites dettes, autrement que par l'intermédiaire des Offices de vérification et de compensation susvisés;

b) Chacune des Hautes Parties Contractantes sera respectivement responsable du payement desdites dettes de ses nationaux, sauf dans le cas où le débiteur était, avant la guerre, en faillite, en déconfiture ou en état d'insolvabilité déclarée ou si la dette était

due par une société, dont les affaires ont été liquidées pendant la guerre conformément à la législation exceptionnelle de guerre.

c) Les sommes dues aux ressortissants d'une des Puissances Contractantes par les ressortissants d'une Puissance adverse seront portées au débit de l'Office de vérification et de compensation du pays du débiteur et versées au créancier par l'Office du pays de ce dernier.

d) Les dettes seront payées ou créditées dans la monnaie de celle des Puissances alliées et associées (y compris les colonies et protectorats des Puissances alliées, les Dominions britanniques et l'Inde), qui sera intéressée. Si les dettes doivent être réglées dans toute autre monnaie, elles seront payées ou créditées dans la monnaie de la Puissance alliée ou associée intéressée (colonie, protectorat, Dominion britannique ou Inde). La conversion se fera au taux du change d'avant-guerre.

Pour l'application de cette disposition, on considère que le taux du change d'avant-guerre est égal à la moyenne des taux des transferts télégraphiques de la Puissance alliée ou associée intéressée pendant le mois précédant immédiatement l'ouverture des hostilités entre ladite Puissance intéressée et l'Autriche-Hongrie.

Dans le cas où un contrat stipulerait expressément un taux fixe de change pour la conversion de la monnaie, dans laquelle l'obligation est exprimée, en la monnaie de la Puissance alliée ou associée intéressée, la disposition ci-dessus, relative aux taux du change ne sera pas applicable.

En ce qui concerne la Pologne et l'Etat tchéco-slovaque, Puissances nouvellement créées, la monnaie de règlement et le taux du change applicables aux dettes à payer ou à créditer seront fixés par la Commission des réparations prévue par la Partie VIII, à moins que les Etats intéressés ne soient au préalable parvenus à un accord réglant les questions en suspens.

e) Les prescriptions du présent article et de l'Annexe ci-jointe ne s'appliqueront pas entre l'Autriche d'une part et, d'autre part, l'une quelconque des Puissances alliées ou associées, leurs colonies et pays de protectorat, ou l'un quelconque des Dominions britanniques, ou l'Inde, à moins que, dans un délai d'un mois, à dater du dépôt de la ratification du présent Traité, par les Puissances en question ou de la ratification pour le compte de ce Dominion ou de l'Inde, notification à cet effet ne soit donnée à l'Autriche par les Gouvernements de telle Puissance alliée ou associée, de tel Dominion britannique, ou de l'Inde, suivant le cas.

f) Les Puissances alliées et associées qui ont adhéré au présent article et à l'Annexe ci-jointe, pourront convenir entre elles de les appliquer à leurs ressortissants respectifs établis sur leur territoire, en ce qui concerne les rapports entre ces ressortissants

et les ressortissants autrichiens. Dans ce cas, les payements effectués par application de la présente disposition feront l'objet de règlement entre les Offices de vérification et de compensation alliés et associés intéressés.

Annexe.

§ 1.

Chacune des Hautes Parties Contractantes créera, dans un délai de trois mois, à dater de la notification prévue à l'article 248, paragraphe c, un „Office de vérification et de compensation" pour le payement et le recouvrement des dettes ennemies.

Il pourra être créé des Offices locaux pour une partie des territoires des Hautes Parties Contractantes. Ces Offices agiront sur ces territoires comme les Offices centraux; mais tous les rapports avec l'Office établi dans le pays adverse auront lieu par l'intermédiaire de l'Office central.

§ 2.

Dans la présente Annexe, on désigne par les mots „dettes ennemies" les obligations pécuniaires visées au premier paragraphe de l'article 248 par „débiteurs ennemis" les personnes qui doivent ces sommes, par „créanciers ennemis" les personnes à qui elles sont dues, par „Office créancier" l'Office de vérification et compensation fonctionnant dans le pays du créancier et par „Office débiteur" l'office de vérification et de compensation fonctionnant dans le pays du débiteur.

§ 3.

Les Hautes Parties Contractantes sanctionneront les fractions aux dispositions du paragraphe a de l'article 248 par les peines prévues actuellement, dans leur législation, pour le commerce avec l'ennemi. Elles interdiront également sur leur territoire toute action en justice relative au payement des dettes ennemies, en dehors des cas prévus par la présente Annexe.

§ 4.

La garantie gouvernementale prévue au paragraphe b de l'article 248 s'applique, lorsque le recouvrement ne peut être effectué, pour quelque cause que ce soit, sauf dans le cas où, selon la législation du pays débiteur, la dette était prescrite au moment de la déclaration de guerre ou si, à ce moment, le débiteur était en faillite, en déconfiture ou en état d'insolvabilité déclarée ou si la dette était due par une société dont les affaires ont été liquidées conformément à la législation exceptionnelle de guerre. Dans ce cas, la procédure prévue par la présente Annexe s'appliquera au payement des répartitions.

Les termes „en faillite, en déconfiture" visent l'application des législations qui prévoient ces situations juridiques. L'expression „en état d'insolvabilité déclarée" a la même signification qu'en droit anglais.

§ 5.

Les créanciers notifieront, à l'Office créancier, dans le délai de six mois, à dater de sa création, les dettes qui leur sont dues et fourniront à cet Office tous les documents et renseignements qui leur seront demandés.

Les Hautes Parties Contractantes prendront toutes mesures utiles pour poursuivre et punir les collusions qui pourraient se produire entre créanciers et débiteurs ennemis. Les Offices se communiqueront toutes les indications et renseignements pouvant aider à découvrir et à punir de semblables collusions.

Les Hautes Parties Contractantes faciliteront autant que possible la communication postale et télégraphique, aux frais des parties et par l'intermédiaire des Offices entre débiteurs et créanciers désireux d'arriver à un accord sur le montant de leur dette.

L'Office créancier notifiera à l'Office débiteur toutes les dettes qui lui auront été déclarées. L'Office débiteur fera, en temps utile, connaître à l'Office créancier les dettes reconnues et les dettes contestées. Dans ce dernier cas, l'Office débiteur mentionnera les motifs de la non-reconnaissance de la dette.

§ 6.

Lorsqu'une dette aura été reconnue, en tout ou partie, l'Office débiteur créditera aussitôt du montant reconnu l'Office créancier qui sera, en même temps, avisé de ce crédit.

§ 7.

La dette sera considérée comme reconnue pour sa totalité et le montant en sera immédiatement porté au crédit de l'Office créancier, à moins que, dans un délai de trois mois à partir de la réception de la notification qui lui aura été faite (sauf prolongation de ce délai acceptée par l'Office créancier), l'Office débiteur ne fasse connaître que la dette n'est pas reconnue.

§ 8.

Dans le cas où la dette ne serait pas reconnue, en tout ou partie, les deux Offices examineront l'affaire d'un commun accord et tenteront de concilier les parties.

§ 9.

L'Office créancier payera aux particuliers créanciers les sommes portées à son crédit en utilisant à cet effet les fonds mis à sa disposition par le Gouvernement de son pays et dans les conditions fixées par ce Gouvernement, en opérant notamment toute retenue jugée nécessaire pour risques, frais ou droits de commission.

§ 10.

Toute personne qui aura réclamé le payement d'une dette ennemie dont le montant n'aura pas été reconnu en tout ou en partie devra payer à l'Office, à titre d'amende, un intérêt de 5 p. 100 sur la partie non reconnue de la dette. De même, toute personne qui aura indûment

refusé de reconnaître tout ou partie d'une dette à elle réclamée devra payer, à titre d'amende, un intérêt de 5 p. 100 sur le montant au sujet duquel son refus n'aura pas été reconnu justifié.

Cet intérêt sera dû à partir du jour de l'expiration du délai prévu au paragraphe 7 jusqu'au jour où la réclamation aura été reconnue injustifiée ou la dette payée.

Les Offices, chacun en ce qui le concerne, poursuivront le recouvrement des amendes ci-dessus visées et seront responsables dans le cas où ces amendes ne pourront pas être recouvrées.

Les amendes seront portées au crédit de l'Office adverse, qui les conservera à titre de contribution aux frais d'exécution des présentes dispositions.

§ 11.

La balance des opérations entre les Offices sera établie tous les mois et le solde réglé par l'Etat débiteur dans un délai de huitaine et par versement effectif de numéraire.

Toutefois, les soldes pouvant être dus par une ou plusieurs Puissances alliées ou associées seront retenus jusqu'au payement intégral des sommes dues aux Puissances alliées ou associées ou à leurs ressortissants du chef de la guerre.

§ 12.

En vue de faciliter la discussion entre les Offices, chacun d'eux aura un Représentant dans la ville où fonctionnera l'autre.

§ 13.

Sauf exception motivée, les affaires seront discutées autant que possible dans les bureaux de l'Office débiteur.

§ 14.

Par application de l'article 248, paragraphe b), les Hautes Parties Contractantes sont responsables du payement des dettes ennemies de leurs ressortissants débiteurs.

L'Office débiteur devra donc créditer l'Office créancier de toutes les dettes reconnues, alors même que le recouvrement sur le particulier débiteur aurait été impossible. Les Gouvernements devront néanmoins donner à leur Office tout pouvoir nécessaire pour poursuivre le recouvrement des créances reconnues.

§ 15.

Chaque Gouvernement garantira les frais de l'Office installé sur son territoire, y compris les appointements du personnel.

§ 16.

En cas de désaccord entre deux Offices sur la réalité de la dette ou en cas de conflit entre le débiteur et le créancier ennemis outre les Offices, la contestation sera ou soumise à un arbitrage (si les parties y consentent et dans les conditions fixées par elles d'un commun accord), ou portée devant le Tribunal arbitral mixte prévu dans la Section VI ci-après.

La contestation peut toutefois, à la demande de l'Office créancier, être soumise à la juridiction des Tribunaux de droit commun du domicile du débiteur.

§ 17.

Les sommes allouées par le Tribunal arbitral mixte, par les tribunaux de droit commun ou par le tribunal d'arbitrage seront recouvrées par l'intermédiaire des offices comme si ces sommes avaient été reconnues dues par l'Office débiteur.

§ 18.

Les Gouvernements intéressés désigneront un agent chargé d'introduire les instances devant le Tribunal arbitral mixte pour le compte de son office. Cet agent exercera un contrôle général sur les mandataires ou avocats des ressortissants de son pays.

Le Tribunal juge sur pièces. Il peut toutefois entendre les parties comparaissant en personne ou représentées, à leur gré, soit par des mandataires agréés par les deux Gouvernements, soit par l'agent visé ci-dessus, qui a pouvoir d'intervenir aux côtés de la partie comme de reprendre et soutenir la demande abandonnée par elle.

§ 19.

Les Offices intéressés fourniront au Tribunal arbitral mixte tous renseignements et documents qu'ils auront en leur possession, afin de permettre au Tribunal de statuer rapidement sur les affaires qui lui sont soumises.

§ 20.

Les appels de l'une des parties contre la décision conjointe des deux Offices entraînent, à la charge de l'appelant, une consignation qui n'est restituée que lorsque la première décision est réformée en faveur de l'appelant et dans la mesure du succès de ce dernier, son adversaire devant, en ce cas, être, dans une égale proportion, condamné aux dommages et dépens. La consignation peut être remplacée par une caution acceptée par le Tribunal.

Un droit de 5 p. 100 sur le montant de la somme en litige sera prélevé pour toutes les affaires soumises au Tribunal. Sauf décision contraire du Tribunal, le droit sera supporté par la partie perdante. Ce droit se cumulera avec la consignation visée ci-dessus. Il est également indépendant de la caution.

Le Tribunal peut allouer à l'une des Parties des dommages et intérêts à concurrence des frais du procès.

Toute somme due par application du présent paragraphe sera portée au crédit de l'Office de la partie gagnante et fera l'objet d'un compte séparé.

§ 21.

En vue de l'expédition rapide des affaires, il sera tenu compte, pour la désignation du personnel des Offices et du Tribunal arbitral mixte, de la connaissance de la langue du pays adverse intéressé.

Les Offices pourront correspondre librement entre eux et se transmettre des documents dans leur langue.

§ 22.

Sauf accord contraire entre les Gouvernements intéressés, les dettes porteront intérêt dans les conditions suivantes.

Aucun intérêt n'est dû sur les sommes dues à titre de dividendes, intérêts ou autres payements périodiques représentant l'intérêt du capital.

Le taux de l'intérêt sera de 5 p. 100 par en sauf si, en vertu d'un contrat, de la loi ou de la coutume locale, le créancier devait recevoir un intérêt d'un taux différent. Dans ce cas, c'est ce taux qui sera appliqué.

Les intérêts courront du jour de l'ouverture des hostilités ou du jour de l'échéance si la dette à recouvrer est échue au cours de la guerre, et jusqu'au jour où le montant de la dette aura été porté au crédit de l'Office créancier.

Les intérêts, en tant qu'ils sont dus, seront considérés comme des dettes reconnues par les Offices et portés, dans les mêmes conditions, au crédit de l'Office créancier.

§ 23.

Si, à la suite d'une décision des Offices ou du Tribunal arbitral mixte, une réclamation n'est pas considérée comme rentrant dans les cas prévus dans l'article 248, le créancier aura la faculté de poursuivre le recouvrement de sa créance devant les tribunaux de droit commun ou par toute autre voie de droit.

La demande adressée à l'Office est interruptive de prescription.

§ 24.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent de considérer les décisions du Tribunal arbitral mixte comme définitives et de les rendre obligatoires pour leurs ressortissants.

§ 25.

Si un Office créancier se refuse à notifier à l'Office débiteur une réclamation ou à accomplir un acte de procédure prévu à la présente Annexe pour faire valoir, pour tout ou partie, une demande qui lui aura été dûment notifiée, il sera tenu de délivrer au créancier un certificat indiquant la somme réclamée et ledit créancier aura la faculté de poursuivre le recouvrement de la créance devant les tribunaux de droit commun ou par toute autre voie de droit.

Section IV.

Biens, Droits et Intérêts.

Article 249.

La question des biens, droits et intérêts privés en pays ennemis recevra sa solution conformément aux principes posés dans la présente Section et aux dispositions de l'Annexe ci-jointe.

a) Les mesures exceptionnelles de guerre et les mesures de disposition, telles qu'elles sont définies dans l'Annexe ci-jointe paragraphe 3, prises dans le territoire de l'ancien Empire d'Autriche, concernant les biens, droits et intérêts des ressortissants des Puissances alliées ou associées, y compris les sociétés et associations dans lesquelles ces ressortissants étaient intéressés, seront immédiatement levées ou arrêtées lorsque la liquidation n'en aura pas été terminée, et les biens, droits et intérêts dont il s'agit seront restitués aux ayants droit.

b) Sous réserve des dispositions contraires qui pourraient résulter du présent Traité, les Puissances alliées ou associées se réservent le droit de retenir et de liquider tous les biens, droits et intérêts qui appartiennent, à la date de la mise en vigueur du présent Traité, à des ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche ou à des sociétés contrôlées par eux et qui se trouvent sur leur territoire, dans leurs colonies, possessions et pays de protectorat, y compris les territoires qui leur ont été cédés en vertu du présent Traité, ou qui sont sous le contrôle desdites Puissances.

La liquidation aura lieu conformément aux lois de l'Etat allié ou associé intéressé et le propriétaire ne pourra disposer de ces biens, droits et intérêts, ni les grever d'aucune charge, sans le consentement de cet Etat.

Ne seront pas considérés, au sens du présent paragraphe, comme ressortissants autrichiens, les personnes qui, dans les six mois de la mise en vigueur du présent Traité, établiront qu'elles ont acquis de plein droit, conformément aux dispositions du présent Traité, la nationalité d'une Puissance alliée ou associée, y compris celles qui, en vertu des articles 72 ou 76 obtiennent cette nationalité avec le consentement des autorités compétentes, ou qui, en vertu des articles 74 ou 77, acquièrent cette nationalité en raison d'un indigénat (pertinenza) antérieur.

c) Les prix ou indemnités résultant de l'exercice du droit visé au paragraphe b seront fixés d'après les modes d'évaluation et de liquidation déterminés par la législation du pays dans lequel les biens ont été retenus ou liquidés.

d) Dans les rapports entre les Puissances alliées ou associées ou leurs ressortissants d'une part, et les ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche d'autre part, ainsi qu'entre l'Autriche d'une part et les Puissances alliées et associées et leurs ressortissants d'autre part, seront considérées comme définitives et opposables à toute personne, sous les réserves prévues au présent Traité, toutes mesures exceptionnelles de guerre ou de disposition, ou actes accomplis ou à accomplir en vertu de ces mesures, telles qu'elles sont définies dans les paragraphes 1 et 3 de l'Annexe ci-jointe.

e) Les ressortissants des Puissances alliées ou associées auront droit à une indemnité pour les dommages ou préjudices causés à leurs biens, droits ou intérêts, y compris les sociétés ou associations dans lesquelles ils étaient intéressés, sur le territoire de l'ancien Empire d'Autriche par l'application tant des mesures exceptionnelles de guerre que des mesures de disposition qui font l'objet des paragraphes 1 et 3 de l'Annexe ci-jointe. Les réclamations formulées à ce sujet par ces ressortissants seront examinées et le montant des indemnités sera fixé par le Tribunal arbitral mixte prévu par la Section VI ou par un arbitre désigné par ledit Tribunal; les indemnités seront à la charge de l'Autriche et pourront être prélevées sur les biens des ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche ou des sociétés contrôlées par eux, comme il est défini au paragraphe b), existant sur le territoire ou se trouvant sous le contrôle de l'Etat du réclamant. Ces biens pourront être constitués en gage des obligations ennemies, dans les conditions fixées par le paragraphe 4 de l'Annexe ci-jointe. Le payement de ces indemnités pourra être effectué par la Puissance alliée ou associée et le montant porté au débit de l'Autriche.

f) Toutes les fois que le ressortissant d'une Puissance alliée ou associée, propriétaire d'un bien, droit ou intérêt qui a fait l'objet d'une mesure de disposition sur le territoire de l'ancien Empire d'Autriche en exprimera le désir, il sera satisfait à la réclamation prévue au paragraphe e), lorsque le bien existe encore en nature, par la restitution dudit bien.

Dans ce cas, l'Autriche devra prendre toutes les mesures nécessaires pour remettre le propriétaire évincé en possession de son bien, libre de toutes charges ou servitudes dont il aurait été grevé après la liquidation, et indemniser tout tiers lésé par la restitution.

Si la restitution visée au présent paragraphe ne peut être effectuée, des accords particuliers, négociés par l'intermédiaire des Puissances intéressées ou des Offices de vérification et de compensation visés à l'Annexe jointe à la Section III, pourront intervenir pour assurer que le ressortissant d'une Puissance alliée ou associée soit indemnisé du préjudice visé au paragraphe e) par l'attribution d'avantages ou d'équivalents, qu'il consent à accepter en représentation du bien, des droits ou des intérêts dont il a été évincé.

En raison des restitutions effectuées conformément au présent article, les prix ou indemnités fixés par application du paragraphe e) seront diminués de la valeur actuelle du bien restitué, compte tenu des indemnités pour privation de jouissance ou détérioration.

g) La faculté prévue au paragraphe f) est réservée aux propriétaires ressortissants des Puissances alliées ou associées sur le territoire desquels des mesures législatives, ordonnant la liquidation générale des biens, droits ou intérêts ennemis, n'étaient pas en application avant la signature de l'armistice.

h) Sauf le cas où, par application du paragraphe f), des restitutions en nature ont été effectuées, le produit net des liquidations de biens, droits et intérêts ennemis, où qu'ils aient été situés, faites soit en vertu de la législation exceptionnelle de guerre, soit par application du présent article et généralement tous les avoirs en numéraire des ennemis, autres que le produit des liquidations des biens ou les avoirs en numéraire appartenant, dans les pays alliés ou associés, aux personnes visées dans le dernier alinéa du paragraphe b) recevront l'affectation suivante:

1° En ce qui concerne les Puissances adoptant la Section III et l'Annexe jointe, lesdits produits et avoirs seront portés au crédit de la Puissance dont le propriétaire est ressortissant, par l'intermédiaire de l'Office de vérification et de compensation institué par lesdites Section et Annexe; tout solde créditeur en résultant en faveur de l'Autriche sera traité conformément à l'article 189 de la Partie VIII (Réparations) du présent Traité.

2° En ce qui concerne les Puissances n'adoptant pas la Section III et l'Annexe jointe, le produit des biens, droits et intérêts et les avoirs en numéraire des ressortissants des Puissances alliées ou associées, détenus par l'Autriche, seront immédiatement payés à l'ayant droit ou à son Gouvernement. Chaque Puissance alliée ou associée pourra disposer, conformément à ses lois et règlements, du produit des biens, droits et intérêts et des avoirs en numéraire, qui appartenaient à des ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche ou à des sociétés contrôlées par eux, ainsi qu'il est dit au paragraphe b) et qu'elle a saisis et pourra les affecter au payement des réclamations et créances définies par le présent article ou par le paragraphe 4 de l'Annexe ci-jointe. Tout bien, droit ou intérêt ou produit de la liquidation de ce bien ou tout avoir en numéraire, dont il n'aura pas été disposé conformément à ce qui est dit ci-dessus, peut être retenu par ladite Puissance alliée ou associée et, dans ce cas, sa valeur en numéraire sera traitée conformément à l'article 189 de la Partie VIII (Réparations) du présent Traité.

i) Sous réserve des dispositions de l'article 267, dans le cas des liquidations effectuées soit dans les nouveaux Etats, signataires du présent Traité comme Puissances alliées et associées, soit dans les Etats qui ne participent pas aux réparations à payer par l'Autriche, le produit des liquidations effectuées par lesdits Etats devra être versé directement aux propriétaires, sous réserve des droits de la Commission des réparations en vertu du présent

Traité, notamment de l'article 181 de la Partie VIII (Réparations) et de l'article 211 de la Partie IX (Clauses financières). Si le propriétaire établit devant le Tribunal arbitral mixte prévu par la Section VI de la présente Partie, ou devant un arbitre désigné par ce Tribunal, que les conditions de la vente ou que des mesures prises par le Gouvernement de l'Etat, dont il s'agit, en dehors de sa législation générale, ont été injustement préjudiciables au prix, le Tribunal ou l'arbitre auront la faculté d'accorder à l'ayant droit une indemnité équitable qui devra être payée par ledit Etat.

j) L'Autriche s'engage à indemniser ses ressortissants en raison de la liquidation ou de la rétention de leurs biens, droits ou intérêts en pays alliés ou associés.

k) Le montant des taxes et impôts sur le capital, qui ont été ou devraient être levés par l'Autriche sur les biens, droits et intérêts des ressortissants des Puissances alliées ou associées, depuis le 3 novembre 1918 jusqu'à l'expiration de trois mois après la mise en vigueur du présent Traité, ou, s'il s'agit de biens, droits ou interêts qui ont été soumis à des mesures exceptionnelles de guerre, jusqu'à la restitution conforme aux dispositions du présent Traité, sera reversé aux ayants droit.

Article 250.

L'Autriche s'engage, en ce qui concerne les biens, droits et intérêts restitués, par application de l'article 249, paragraphe a) ou f), aux ressortissants des Puissances alliées ou associées, y compris les sociétés et associations dans lesquelles ces ressortissants étaient intéressés,

a) à placer et maintenir, sauf les exceptions expressément prévues dans le présent Traité, les biens, droits et intérêts des ressortissants des Puissances alliées ou associées dans la situation de droit où se trouvaient, du fait des lois en vigueur avant la guerre les biens, droits et intérêts des ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche;

b) à ne soumettre les biens, droits ou intérêts des ressortissants des Etats alliés ou associés à aucunes mesures portant atteinte à la propriété, qui ne soient pas appliquées également aux biens, droits ou intérêts de ressortissants autrichiens et à payer des indemnités convenables dans le cas où ces mesures seraient prises.

Annexe.

§ 1.

Aux termes de l'article 249 paragraphe d), est confirmée la validité de toutes mesures attributives de propriété, de toutes ordonnances pour la liquidation d'entreprises ou de sociétés ou de toutes autres ordonnances, règlements, décisions ou instructions rendues ou données part tout tribunal ou administration d'une des Hautes Parties Contractantes ou réputées avoir

été rendues ou données par application de la législation de guerre concernant les biens, droits ou intérêts ennemis. Les intérêts de toutes personnes devront être considérés comme ayant valablement fait l'objet de tous règlements, ordonnances, décisions ou instructions concernant les biens dans lesquels sont compris les intérêts dont il s'agit, que ces intérêts aient été ou non expressément visés dans lesdits ordonnances, règlements, décisions ou instructions. Il ne sera soulevé aucune contestation relativement à la régularité d'un transfert de biens, droits ou d'intérêts effectué en vertu des règlements, ordonnances, décisions ou instructions susvisés. Est également confirmée la validité de toutes mesures prises à l'égard d'une propriété, d'une entreprise, ou société, qu'il s'agisse d'enquête, de séquestre, d'administration forcée, d'utilisation, de requisition, de surveillance ou de liquidation, de la vente, ou de l'administration des biens, droits et intérêts, du recouvrement et du payement des dettes, du payement des frais, charges, dépenses ou de toutes autres mesures quelconques effectuées en exécution d'ordonnances, de règlements, de décisions ou d'instructions rendues, données ou exécutées par tous tribunaux ou administrations d'une des Hautes Parties Contractantes ou réputées avoir été rendues, données ou exécutées par application de la législation exceptionnelle de guerre concernant les biens, droits ou intérêts ennemis, à condition que les dispositions de ce paragraphe ne portent pas préjudice aux droits de propriété précédemment aquis de bonne foi et à un juste prix, conformément à la loi de la situation des biens, par les ressortissants des Puissances alliées et associées.

Les stipulations du présent paragraphe ne s'appliquent pas à celles des mesures énumérées ci-dessus qui ont été prises par l'ancien gouvernement austro-hongrois en territoires envahis ou occupés, ni aux mesures énumérées ci-dessus qui ont été prises depuis le 3 novembre 1918; toutes ces mesures seront nulles.

§ 2.

Aucune réclamation, ni action de l'Autriche ou de ses ressortissants soit des ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche ou en leur nom, en quelque lieu qu'ils aient leur résidence, n'est recevable contre une Puissance alliée et associée ou contre une personne quelconque agissant au nom ou sous les ordres de toute juridiction ou administration de ladite Puissance alliée et associée, relativement à tout acte ou toute omission concernant les biens, droits ou intérêts des ressortissants autrichiens et effectués pendant la guerre ou en vue de la préparation de la guerre. Est également irrecevable toute réclamation ou action contre toute personne à l'égard de tout acte ou omission résultant des mesures exceptionnelles de guerre, lois et règlements de toute Puissance alliée ou associée.

§ 3.

Dans l'article 249 et la présente Annexe, l'expression „mesures exceptionnelles de guerre" comprend les mesures de toute nature, législatives, administratives, judiciaires ou autres prises ou qui seront prises ultérieure-

ment à l'égard de biens ennemis et qui ont eu ou auront pour effet, sans affecter la propriété, d'enlever aux propriétaires la disposition de leurs biens, notamment les mesures de surveillance, d'administration forcée, de séquestre, ou les mesures qui ont eu ou auront pour objet de saisir, d'utiliser ou de bloquer les avoirs ennemis, et cela pour quelque motif, sous quelque forme et en quelque lieu que ce soit. Les actes accomplis en exécution de ces mesures sont tous les arrêtés, instructions, ordres ou ordonnances des administrations ou tribunaux appliquant ces mesures aux biens ennemis, comme tous les actes accomplis par toute personne commise à l'administration ou à la surveillance des biens ennemis tels que payements de dettes, encaissements de créances, payement de frais, charges ou dépenses, encaissements d'honoraires.

Les „mesures de disposition" sont celles qui ont affecté ou affecteront la propriété des biens ennemis en en transférant tout ou partie à une autre personne que le propriétaire ennemi et sans son consentement, notamment les mesures ordonnant la vente, la liquidation, la dévolution de propriété des biens ennemis, l'annulation des titres ou valeurs mobilières.

§ 4.

Les biens, droits et intérêts des ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche dans les territoires d'une Puissance alliée ou associée ainsi que le produit net de leur vente, liquidation ou autres mesures de disposition, pourront être grevés par cette Puissance alliée ou associée: en premier lieu, du payement des indemnités dues à l'occasion des réclamations des ressortissants de cette Puissance concernant leurs biens, droits et intérêts y compris les sociétés ou associations dans lesquelles ces ressortissants étaient intéressés dans le territoire de l'ancien Empire d'Autriche ou des créances qu'ils ont sur les ressortissants autrichiens ainsi que du payement des réclamations introduites pour des actes commis par l'ancien gouvernement austro-hongrois ou par toute autorité autrichienne postérieurement au 28 juillet 1914 et avant que cette Puissance alliée ou associée ne participât à la guerre. Le montant de ces sortes de réclamations pourra être fixé par un arbitre désigné par Monsieur Gustave Ador, si celui-ci y consent, ou à défaut, par le tribunal mixte prévu à la Section VI. Ils pourront être grevés, en second lieu, du payement des indemnités dues à l'occasion des réclamations des ressortissants de la Puissance alliée ou associée concernant leurs biens, droits et intérêts sur le territoire des autres Puissances ennemies, en tant que ces indemnités ou créances n'ont pas été acquittées d'une autre manière.

§ 5.

Nonobstant les dispositions de l'article 249 lorsque, immédiatement avant le début de la guerre, une société autorisée dans un Etat allié ou associé avait, en commun avec une société contrôlée par elle et autorisée en Autriche, des droits à l'utilisation dans d'autres pays, de marques de fabrique ou commerciales, ou lorsqu'elle avait la jouissance

avec cette société de procédés exclusifs de fabrication de marchandises ou d'articles pour la vente dans d'autres pays, la première société aura seule le droit d'utiliser ces marques de fabrique dans d'autres pays, à l'exclusion de la société autrichienne; et les procédés de fabrication communs seront remis à la première société nonobstant toute mesure prise en application de la législation de guerre en vigueur dans la monarchie austro-hongroise à l'égard de la seconde société ou de ses intérêts, propriétés commerciales ou actions. Néanmoins, la première société, si demande lui en est faite, remettra à la seconde société des modèles permettant de continuer la fabrication de marchandises qui devront être consommées en Autriche.

§ 6.

Jusqu'au moment où la restitution pourra être effectuée conformément à l'article 249, l'Autriche est responsable de la conservation des biens, droits et intérêts des ressortissants des Puissances alliées ou associées y compris les sociétés et associations dans lesquelles ces ressortissants étaient intéressés, qui ont été soumis par elle à une mesure exceptionnelle de guerre.

§ 7.

Les Puissances alliées ou associées devront faire connaître, dans le délai d'un an, à la date de la mise en vigueur du présent Traité, les biens, droits et intérêts sur lesquels ils comptent exercer le droit prévu à l'article 249, paragraphe f).

§ 8.

Les restitutions prévues par l'article 249 seront effectuées sur l'ordre du Gouvernement autrichien ou des autorités qui lui auront été substituées. Des renseignements détaillés sur la gestion des administrateurs seront fournis aux intéressés par les autorités autrichiennes, sur demande qui peut être adressée dès la mise en vigueur du présent Traité.

§ 9.

Les biens, droits et intérêts des ressortissants autrichiens continueront, jusqu'à l'achèvement de la liquidation prévue à l'article 249, paragraphe b), à être soumis aux mesures exceptionnelles de guerre prises ou à prendre à leur égard.

§ 10.

L'Autriche remettra, dans un délai de six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, à chaque Puissance alliée ou associée, tous les contrats, certificats, actes et autres titres de propriété, se trouvant entre les mains de ses ressortissants et se rapportant à des biens, droits et intérêts situés sur le territoire de ladite Puissance alliée ou associée, y compris les actions, obligations ou autres valeurs mobilières de toutes sociétés autorisées par la législation de cette Puissance.

L'Autriche fournira à tous moments, sur la demande de la Puissance alliée ou associée intéressée, tous renseignements concernant les biens,

droits et intérêts des nationaux autrichiens dans ladite Puissance alliée ou associée ainsi que sur les transactions qui ont pu être effectuées, depuis le 1er juillet 1914 en ce qui concerne lesdits biens, droits ou intérêts.

§ 11.

Dans le terme „avoir en numéraire", il faut comprendre tous les dépôts ou provisions constitués avant ou après l'état de guerre, ainsi que tous les avoirs provenant de dépôts, de revenus ou de bénéfices encaissés par les administrateurs, séquestres ou autres provisions constituées en banque ou de toute autre source, à l'exclusion de toute somme d'argent appartenant aux Puissances alliées ou associées, ou à leurs Etats particuliers, provinces ou municipalités.

§ 12.

Seront annulés les placements effectués, où que ce soit, avec les avoirs en numéraire des ressortissants des Hautes Parties Contractantes, y compris les sociétés et associations dans lesquelles ces ressortissants étaient intéressés, par les personnes responsables de l'administration des biens ennemis ou contrôlant cette administration, ou par l'ordre de ces personnes ou d'une autorité quelconque; le règlement de ces avoirs se fera sans tenir compte de ces placements.

§ 13.

L'Autriche remettra respectivement aux Puissances alliées ou associées, dans le délai d'un mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, ou sur demande, à n'importe quel moment par la suite, tous les comptes ou pièces comptables, archives, documents et renseignements de toute nature qui peuvent se trouver sur son territoire et qui concernent les biens, droits et intérêts des ressortissants de ces Puissances, y compris les sociétés ou associations dans lesquelles ces ressortissants étaient intéressés, qui ont fait l'objet d'une mesure exceptionnelle de guerre ou d'une mesure de disposition, soit sur le territoire de l'ancien Empire d'Autriche, soit dans les territoires qui ont été occupés par lui ou ses alliés.

Les contrôleurs, surveillants, gérants, administrateurs, séquestres, liquidateurs et curateurs seront, sous la garantie du Gouvernement autrichien, personnellement responsables de la remise immédiate au complet et de l'exactitude de ces comptes et documents.

§ 14.

Les dispositions de l'article 249 de la présente Annexe, relatives aux biens, droits et intérêts en pays ennemis et au produit de leur liquidation, s'appliqueront aux dettes, crédits et comptes, la Section III ne réglant que les méthodes de payement.

Pour le règlement des questions visées par l'article 249 entre l'Autriche et les Puissances alliées et associées, leurs colonies ou protectorats ou l'un des Dominions britanniques ou l'Inde, par rapport auxquels la déclaration n'aura pas été faite qu'elles adoptent la Section III et entre

leurs nationaux respectifs, les dispositions de la Section III relatives à la monnaie dans laquelle le payement doit être fait et au taux du change et des intérêts seront applicables, à moins que le Gouvernement de la Puissance alliée ou associée intéressée ne notifie à l'Autriche, dans les six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, qu'une ou plusieurs desdites clauses ne seront pas applicables.

§ 15.

Les dispositions de l'article 249 et de la présente Annexe s'appliquent aux droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique qui sont ou seront compris dans la liquidation de biens, droits, intérêts, sociétés ou entreprises, effectuée par application de la législation exceptionnelle de guerre par les Puissances alliées ou associées ou par application des stipulations de l'article 249, paragraphe b).

Section V.

Contrats, prescriptions, jugements.

Article 251.

a) Les contrats conclus entre ennemis seront considérés comme ayant été annulés à partir du moment où deux quelconques des parties sont devenues ennemies, sauf en ce qui concerne les dettes et autres obligations pecuniaires résultant de l'exécution d'un acte ou payement prévu par ces contrats et sous réserve des exceptions et des règles spéciales à certains contrats ou catégories de contrats prévues ci-après ou dans l'Annexe ci-jointe.

b) Seront exceptés de l'annulation, aux termes du présent article, les contrats dont, dans un intérêt général, les Gouvernements des Puissances alliées ou associées, dont l'une des parties est un ressortissant, réclameront l'exécution, dans un délai de six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité.

Lorsque l'exécution des contrats ainsi maintenus entraîne, pour une des parties, par suite du changement dans les conditions du commerce, un préjudice considérable, le Tribunal arbitral mixte prévu par la Section VI pourra attribuer à la partie lésée une indemnité équitable.

c) En raison des dispositions de la Constitution et du droit des Etats-Unis d'Amérique, du Brésil et du Japon, le présent article ainsi que l'article 252 et l'Annexe ci-jointe ne s'appliquent pas aux contrats conclus par des ressortissants de ces Etats avec des ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche et de même, l'article 257 ne s'applique pas aux Etats-Unis d'Amérique ou à leurs ressortissants.

d) Le présent article ainsi que l'Annexe ci-jointe ne s'appliquent pas aux contrats dont les parties sont devenues ennemies du fait que l'une d'elle était un habitant d'un territoire qui change de sou-

veraineté, en tant que cette partie aura acquis, par application du présent Traité, la nationalité d'une Puissance alliée ou associée, ni aux contrats conclus entre ressortissants des Puissances alliées ou associées entre lesquelles le commerce s'est trouvé interdit du fait que l'une des parties se trouvait dans un territoire d'une Puissance alliée ou associée occupé par l'ennemi.

e) Aucune disposition du présent article et de l'Annexe ci-jointe ne peut être regardée comme invalidant une opération qui a été effectuée légalement en vertu d'un contrat passé entre ennemis avec l'autorisation d'une des Puissances belligérantes.

Article 252.

a) Sur le territoire des Hautes Parties Contractantes, dans les rapports entre ennemis, tous délais quelconques de prescriptions, péremption ou forclusion de procédure seront suspendus pendant la durée de la guerre, qu'ils aient commencé à courir avant le début de la guerre ou après; ils recommenceront à courir au plus tôt trois mois après la mise en vigueur du présent Traité. Cette disposition s'appliquera aux délais de présentation de coupons d'intérêts ou de dividendes, et de présentation, en vue du remboursement, des valeurs sorties au tirage ou remboursables à tout autre titre.

b) Dans le cas où, en raison du non-accomplissement d'un acte ou d'une formalité pendant la guerre, des mesures d'exécution ont été prises sur le territoire de l'ancien Empire d'Autriche portant préjudice à un ressortissant des Puissances alliées ou associées, la réclamation formulée par le ressortissant d'une Puissance alliée ou associée sera portée devant le Tribunal arbitral mixte prévu par la Section VI, à moins que l'affaire ne soit de la compétence d'un Tribunal d'une Puissance alliée ou associée.

c) Sur la demande du ressortissant intéressé d'une Puissance alliée ou associée, le Tribunal arbitral mixte prononcera la restauration des droits lésés par les mesures d'exécution mentionnées au paragraphe b), toutes les fois qu'en raison des circonstances spéciales de l'affaire cela sera équitable et possible.

Dans le cas où cette restauration serait injuste ou impossible, le Tribunal arbitral mixte pourra accorder à la partie lésée une indemnité qui sera à la charge du Gouvernement autrichien.

d) Lorsqu'un contrat entre ennemis a été invalidé, soit en raison du fait qu'une des parties n'en a pas exécuté une clause, soit en raison de l'exercice d'un droit stipulé au contrat, la partie lésée pourra s'adresser au Tribunal arbitral mixte pour obtenir réparation. Le Tribunal aura, dans ce cas, les pouvoirs prévus au paragraphe c).

e) Les dispositions des paragraphes précédents du présent article s'appliqueront aux ressortissants des Puissances alliées et associées

qui ont subi un préjudice en raison de mesures ci-dessus prévues, prises par les autorités de l'ancien Gouvernement autrichien en territoire envahi ou occupé, s'ils n'en ont été indemnisés autrement.

f) L'Autriche indemnisera tout tiers lésé, par les restitutions ou restaurations de droit prononcées par le Tribunal mixte conformément aux dispositions des paragraphes précédents du présent article.

g) En ce qui concerne les effets de commerce, le délai de trois mois, prévu au paragraphe a), partira du jour où auront pris fin définitivement les mesures exceptionnelles appliquées dans les territoires de la Puissance intéressée relativement aux effets de commerce.

Article 253.

Dans les rapports entre ennemis, aucun effet de commerce passé avant la guerre ne sera considéré comme invalide par le seul fait de n'avoir pas été présenté pour acceptation ou pour payement dans les délais voulus, ni pour défaut d'avis aux tireurs ou aux endosseurs de non acceptation ou de non-payement, ni en raison du défaut de protêt, ni pour défaut d'accomplissement d'une formalité quelconque pendant la guerre.

Si la période pendant laquelle un effet de commerce aurait dû être présenté à l'acception ou au payement ou pendant laquelle l'avis de non-acception ou de non-payement aurait dû être donné au tireur ou aux endosseurs ou pendant laquelle l'effet aurait du être protesté, est échue pendant la guerre, et si la partie qui aurait dû présenter ou protester l'effet ou donner avis de la non-acceptation ou du non-payement ne l'a pas fait pendant la guerre, il lui sera accordé au moins trois mois après la mise en vigueur du présent Traité pour présenter l'effet, donner avis de non-acceptation ou de non-payement ou dresser protêt.

Article 254.

Les jugements rendus par les tribunaux d'une Puissance alliée ou associée, dans le cas où ces tribunaux sont compétents d'après le présent Traité, seront considérés en Autriche comme ayant l'autorité de la chose jugée et y seront exécutés sans qu'il soit besoin d'exequatur.

Si, en quelque matière qu'ils soient intervenus, un jugement a été rendu ou une mesure d'exécution a été ordonnée pendant la guerre par une autorité judiciaire de l'ancien Empire d'Autriche contre un ressortissant des Puissances alliées ou associées ou une société ou association dans laquelle un de ces ressortissants était intéressé dans une instance où soit le ressortissant soit la société n'ont pas pu se défendre, le ressortissant allié ou associé qui aura subi, de ce chef, un préjudice pourra obtenir une réparation qui sera déterminée par le Tribunal arbitral mixte prévu par la Section VI.

Sur la demande du ressortissant de la Puissance alliée ou associée, la réparation ci-dessus pourra être, sur l'ordre du Tribunal arbitral mixte

et lorsque cela sera possible, effectuée en replaçant les parties dans la situation où elles se trouvaient avant le jugement rendu par le Tribunal autrichien.

La réparation ci-dessus pourra être également obtenue devant le Tribunal arbitral mixte, par les ressortissants des Puissances alliées et associées qui ont subi un préjudice du fait des mesures judiciaires prises dans les territoires envahis ou occupés, s'ils n'ont pas été dédommagés autrement.

Article 255.

Au sens des Sections III, IV, V et VII, l'expression „pendant la guerre" comprend, pour chaque Puissance alliée ou associée, la période s'étendant entre le moment où l'état de guerre a existé entre l'ancienne monarchie austro-hongroise et cette Puissance et la mise en vigueur du présent Traité.

Annexe.

I. Dispositions générales.

§ 1.

Au sens des articles 251, 252 et 253, les personnes parties à un contrat sont considérées comme ennemies lorsque le commerce entre elles aura été interdit ou sera devenu illégal en vertu des lois, décrets ou règlements auxquels une de ces parties était soumise, et ce à dater, soit du jour où ce commerce a été interdit, soit du jour où il est devenu illégal de quelque manière que ce soit.

§ 2.

Sont exceptés de l'annulation prévue à l'article 251, et restent en vigueur, sans préjudice des droits prévus à l'article 249, paragraphe b), de la section IV, et sous réserve de l'application des lois, décrets et règlements internes pris pendant la guerre par les Puissances alliées ou associées, ainsi que des clauses des contrats:

a) Les contrats ayant pour but le transfert de propriétés, de biens et effets mobiliers ou immobiliers, lorsque la propriété aura été transférée ou l'objet livré avant que les parties ne soient devenues ennemies;

b) Les baux, locations, et promesses de location;

c) Les contrats d'hypothèque, de gage et de nantissement;

d) Les concessions concernant les mines, minières, carrières ou gisements;

e) Les contrats passés entre des particuliers et des Etats, provinces, municipalités ou autres personnes juridiques administratives analogues et les concessions données par lesdits Etats, provinces, municipalités ou autres personnes juridiques administratives analogues.

§ 3.

Si les dispositions d'un contrat sont en partie annulées, conformément à l'article 251 et si la disjonction peut être effectuée, les autres dispositions de ce contrat subsisteront, sous réserve de l'application des lois, décrets et règlements internes prévus au paragraphe 2 ci-dessus. Si la disjonction ne peut être effectuée, le contrat sera considéré comme annulé dans sa totalité.

II. Dispositions particulières à certaines catégories de contrats.

Positions dans les Bourses de valeurs et de commerce.

§ 4.

a) Les règlements faits pendant la guerre par les bourses de valeurs ou de commerce reconnues, stipulant la liquidation des positions de bourse prises avant la guerre par un particulier ennemi, sont confirmés par les Hautes Parties Contractantes, ainsi que les mesures prises en application de ces règlements, sous réserve:

1° Qu'il ait été prévu expressément que l'operation serait soumise au règlement desdites bourses;

2° Que ces règlements aient été obligatoires pour tous;

3° Que les conditions de la liquidation aient été justes et raisonnables.

b) Le paragraphe precédant ne s'applique pas aux mesures prises, pendant l'occupation, dans les bourses des regions qui ont été occupées par l'ennemi.

c) La liquidation des opérations a terme relatives aux cotons, effectuées à la date du 31 juillet 1914, à la suite de la décision de l'Association des cotons de Liverpool, est confirmée.

Gage.

§ 5.

Sera considérée comme valable, en cas de non-payement, la vente d'un gage constitué pour garantie d'une dette due par un ennemi, alors même qu'avis n'a pu être donné au propriétaire, si le créancier a agi de bonne foi et en prenant les soins et precautions raisonnables et, dans ce cas, le propriétaire ne pourra formuler aucune reclamation en raison de la vente du gage.

Cette disposition ne s'applique pas aux ventes de gage faites par l'ennemi pendant l'occupation dans les régions envahies ou occupées par l'ennemi.

Effets de commerce.

§ 6.

En ce qui concerne les Puissances qui ont adhéré à la section III et à l'Annexe jointe, les obligations pécuniaires existant entre ennemis et

résultant de l'émission d'effets de commerce, seront réglées conformément à ladite Annexe par l'intermédiaire des Offices de vérification et de compensation qui sont subrogés dans les droits du porteur en ce qui concerne les différents recours que possède ce dernier.

§ 7.

Si une personne s'est obligée, soit avant, soit pendant la guerre, au payement d'un effet de commerce, à la suite d'un engagement pris envers elle par une autre personne devenue ennemie, celle-ci reste tenue, malgré l'ouverture des hostilités, de garantir la première des conséquences de son obligation.

III. Contrats d'assurances.

§ 8.

Les contrats d'assurances conclus entre une personne et une autre devenue par la suite ennemie seront réglés conformément aux paragraphes suivants.

Assurances contre l'incendie.

§ 9.

Les contrats d'assurance contre l'incendie, concernant des propriétés, passés entre une personne ayant des intérêts dans cette propriété et une personne devenue par la suite ennemie, ne seront pas considérés comme annulés par l'ouverture des hostilités ou par le fait que la personne est devenue ennemie ou parce qu'une des parties n'a pas accompli une clause du contrat pendant la guerre ou pendant une période de trois mois après la guerre, mais seront annulés à partir de la première échéance de la prime annuelle survenant trois mois après la mise en vigueur du présent Traité.

Un règlement sera effectué pour les primes non payées, échues pendant la guerre, ou pour les réclamations pour des pertes encourues pendant la guerre.

§ 10.

Si, par suite d'un acte administratif ou législatif, une assurance contre l'incendie, conclue antérieurement à la guerre, a été pendant la guerre transférée de l'assureur primitif à un autre assureur, le transfert sera reconnu et la responsabilité de l'assureur primitif sera considérée comme ayant cessé à partir du jour du transfert. Cependant, l'assureur primitif aura le droit d'être, sur sa demande, pleinement informé des conditions du transfert, et s'il apparaît que ces conditions n'étaient pas équitables, elles seront modifiées pour autant que cela sera nécessaire pour les rendre équitables.

En outre, l'assuré aura droit, d'accord avec l'assureur primitif, de retransférer le contrat à l'assureur primitif à dater du jour de la demande.

Assurances sur la vie.

§ 11.

Les contrats d'assurances sur la vie passés entre un assureur et une personne devenue par la suite ennemie ne seront pas considérés comme

annulés par la déclaration de guerre ou par le fait que la personne est devenue ennemie.

Toute somme devenue exigible pendant la guerre, aux termes d'un contrat qui, en vertu du paragraphe précédent, n'est pas considéré comme annulé, sera recouvrable après la guerre. Cette somme sera augmentée des intérêts à 5 % l'an depuis la date de son exigibilité jusqu'au jour du payement.

Si le contrat est devenu caduc pendant la guerre par suite du non-payement des primes, ou s'il est devenu sans effet par suite du non-accomplissement des clauses du contrat, l'assuré ou ses représentants ou ayants droit auront droit à tout moment, pendant douze mois à dater du jour de la mise en vigueur du présent Traité, de réclamer à l'assureur la valeur de la police au jour de sa caducité ou de son annulation.

Lorsque le contrat est devenu caduc pendant la guerre, par suite du non-payement des primes par application des mesures de guerre, l'assuré ou ses représentants, ou ayants droit, ont le droit, dans les trois mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, de remettre le contrat en vigueur moyennant le payement des primes éventuellement échues, augmentées des intérêts de 5 % l'an.

§ 12.

Si des contrats d'assurance sur la vie ont été conclus par une succursale d'une Compagnie d'Assurance établie dans un pays devenu, par la suite, ennemi, le contrat devra, en l'absence de toute stipulation contraire contenue dans le contrat lui-même, être régi par la loi locale, mais l'assureur aura le droit de demander à l'assuré ou à ses représentants le remboursement des sommes payées sur des demandes faites ou imposées, par application de mesures prises pendant la guerre, contrairement aux termes du contrat lui-même, et aux lois et traités existant à l'époque où il a été conclu.

§ 13.

Dans tous les cas où, en vertu de la loi applicable au contrat, l'assureur reste lié par le contrat nonobstant le non-payement des primes, jusqu'à ce que l'on ait fait part à l'assuré de la déchéance du contrat, il aura le droit là où, par suite de la guerre, il n'aurait pu donner cet avertissement, de recouvrer sur l'assuré les primes non payées, augmentées des intérêts à 5 % l'an.

§ 14.

Pour l'application des paragraphes 11 à 13, seront considérés comme contrats d'assurances sur la vie les contrats d'assurances qui se basent sur les probabilités de la vie humaine, combinés avec le taux d'intérêt, pour le calcul des engagements réciproques des deux parties.

Assurances maritimes.

§ 15.

Les contrats d'assurance maritime, y compris les polices à temps et les polices de voyage passées entre un assureur et une personne devenue

par la suite ennemie, seront considérés comme annulés au moment où cette personne est devenue ennemie, sauf dans le cas où, antérieurement à ce moment, le risque prévu dans le contrat avait commencé à être couru.

Dans le cas où le risque n'a pas commencé à courir, les sommes payées au moyen de primes ou autrement seront recouvrables sur l'assureur.

Dans le cas où le risque à commencé à courir, le contrat sera considéré comme valable, bien que la partie soit devenue ennemie, et les payements des sommes dues aux termes du contrat, soit comme prises, soit comme sinistres, seront exigibles après la mise en vigueur du présent Traité.

Dans le cas où une convention sera conclue pour le payement d'intérêts pour des sommes dues antérieurement à la guerre, ou par des ressortissants des États belligérants, et recouvrées après la guerre, cet intérêt devra, dans le cas de pertes recouvrables en vertu de contrat d'assurance maritime, courir à partir de l'expiration d'une période d'un an à compter du jour de ces pertes.

§ 16.

Aucun contrat d'assurance maritime avec un assuré devenu par la suite ennemi ne devra être considéré comme couvrant les sinistres causés par des actes de guerre de la Puissance dont l'assureur est ressortissant, ou des alliés ou associés de cette Puissance.

§ 17.

S'il est démontré qu'une personne qui, avant la guerre, avait passé un contrat d'assurance maritime avec un assureur devenu par la suite ennemi, a passé après l'ouverture des hostilités un nouveau contrat couvrant le même risque avec un assureur non ennemi, le nouveau contrat sera considéré comme substitué au contrat primitif à compter du jour où il aura été passé, et les primes échues seront reglées sur le principe que l'assureur primitif n'aura été responsable du fait du contrat que jusqu'au moment où le nouveau contrat aura été passé.

Autres assurances.

§ 18.

Des contrats d'assurances passés avant la guerre entre un assureur et une personne devenue par la suite ennemie, autres que les contrats dont il est question dans les paragraphes 9 à 17, seront traités, à tous égards, de la même manière que seraient traités, d'après lesdits paragraphes, les contrats d'assurances contre l'incendie entre les mêmes parties.

Réassurances.

§ 19.

Tous les traités de réassurance passés avec une personne devenue ennemie seront considérés comme abrogés par le fait que cette personne est devenue ennemie, mais sans préjudice, dans le cas de risque sur la vie ou maritime, qui avait commencé à être couru antérieurement à la guerre, du droit de recouvrer après la guerre le payement des sommes dues en raison de ces risques.

Toutefois, si la partie réassurée a été mise, par suite de l'invasion, dans l'impossibilité de trouver un autre réassureur, le traité subsiste jusqu'à l'expiration d'une période de trois mois après mise en vigueur du présent Traité.

Si un traité de réassurance est annulé en vertu de cet article, un compte sera établi entre les parties en ce qui concerne à la fois les primes payées et payables et les responsabilités pour pertes subies, au sujet des risques sur la vie ou maritimes qui auraient commencé à être courus avant la guerre. Dans le cas de risques autres que ceux mentionnés aux paragraphes 11 à 17, le règlement des comptes sera établi à la date à laquelle les parties sont devenues ennemies, sans tenir compte des réclamations pour pertes subies depuis cette date.

§ 20.

Les dispositions du paragraphe précédent s'étendent également aux réassurances existant au jour où les parties sont devenues ennemies, des risques particuliers acceptés par l'assureur dans un contrat d'assurance, autres que les risques sur la vie ou maritimes.

§ 21.

La réassurance d'un contrat d'assurance sur la vie, faite par contrat particulier et non comprise dans un traité général de réassurance restera en vigueur.

§ 22.

Dans le cas d'une réassurance effectuée avant la guerre d'un contrat d'assurance maritime la cession du risque cédé au réassureur restera valable si ce risque a commencé à être couru avant l'ouverture des hostilités, et le contrat restera valable malgré l'ouverture des hostilités. Les sommes dues en vertu du contrat de réassurance, en ce qui concerne soit des primes, soit des pertes subies, seront recouvrables après la guerre.

§ 23.

Les dispositions des paragraphes 16 et 17 et le dernier alinéa du paragraphe 15 s'appliqueront aux contrats de réassurances de risques maritimes.

Section VI.

Tribunal Arbitral Mixte.

Article 256.

a) Un Tribunal arbitral mixte sera constitué entre chacune des Puissances alliées ou associées d'une part et l'Autriche d'autre part, dans un délai de trois mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité. Chacun de ces Tribunaux sera composé de trois membres. Chacun des Gouvernements intéressés désignera un de ces membres. Le Président sera choisi à la suite d'un accord entre les deux gouvernements intéressés.

Au cas où cet accord ne pourrait intervenir, le Président du Tribunal et deux autres personnes susceptibles l'une et l'autre, en cas de besoin, de le remplacer, seront choisies par le Conseil de la Société des Nations et, jusqu'au moment où il sera constitué, par M. Gustave Ador, s'il y consent. Ces personnes appartiendront à des Puissances qui sont restées neutres au cours de la guerre.

Si un Gouvernement ne pourvoit pas, dans un délai d'un mois, à la désignation ci-dessus prévue d'un membre du Tribunal, en cas de vacance, ce membre sera choisi par le Gouvernement adverse parmi les deux personnes mentionnées ci-dessus, autres que le Président.

La décision de la majorité des membres sera celle du Tribunal.

b) Les Tribunaux arbitraux mixtes créés par application du paragraphe a) jugeront les différends qui sont de leur compétence, aux termes des Sections III, IV, V et VII.

En outre, tous les différends, quels qu'ils soient, relatifs aux contrats conclus, avant la mise en vigueur du présent Traité, entre les ressortissants des Puissances alliées et associées et les ressortissants autrichiens, seront réglés par un Tribunal arbitral mixte, à l'exception toutefois des différends qui, par application des lois des Puissances alliées, associées ou neutres, sont de la compétence des tribunaux nationaux de ces dernières Puissances. Dans ce cas, ces différends seront réglés par ces tribunaux nationaux, à l'exclusion du Tribunal Arbitral mixte. Le ressortissant intéressé d'une Puissance alliée ou associée pourra toutefois porter l'affaire devant le Tribunal-arbitral mixte à moins que sa loi nationale ne s'y oppose.

c) Si le nombre des affaires le justifie, d'autres membres devront être désignés pour que chaque Tribunal arbitral mixte puisse se diviser en plusieurs sections. Chacune de ces sections devra être composé ainsi qu'il est dit ci-dessus.

d) Chaque tribunal arbitral mixte établira lui-même sa procédure en tant qu'elle ne sera pas réglée par les dispositions de l'annexe au présent article. Il aura pouvoir pour fixer les dépens à payer par la partie perdante pour frais et débours de procédure.

e) Chaque Gouvernement payera les honoraires du membre du Tribunal arbitral mixte qu'il nomme et de tout agent qu'il désignera pour le représenter devant le Tribunal. Les honoraires du Président seront fixés par accord spécial entre les Gouvernements intéressés et ces honoraires ainsi que les dépenses communes de chaque Tribunal seront payés par moité par les deux Gouvernements.

f) Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à ce que leurs tribunaux et autorités prêtent directement aux tribunaux arbitraux mixtes toute l'aide qui sera en leur pouvoir, spécialement en ce qui concerne la transmission des notifications et la réunion des preuves.

g) Les Hautes Parties Contractantes conviennent de considérer les décisions du Tribunal arbitral mixte comme définitives, et de les rendre obligatoires pour leurs ressortissants.

Annexe.

§ 1.

En cas de décès ou de démission d'un membre du Tribunal, ou si un membre du Tribunal se trouve, pour une raison quelconque, dans l'impossibilité de remplir ses fonctions, la procédure, qui a été suivie pour sa nomination, sera employée pour pourvoir à son remplacement.

§ 2.

Le Tribunal adoptera pour sa procédure des règles conformes à la justice et à l'équité. Il décidera de l'ordre et des délais dans lesquels chaque partie devra présenter ses conclusions et reglera les formalites requises pour l'administration des preuves.

§ 3.

Les avocats et conseils des deux parties seront autorises à présenter oralement et par écrit au Tribunal leur argumentation pour soutenir ou défendre leur cause.

§ 4.

Le Tribunal conservera les archives des procès et causes qui lui seront soumis et de la procédure y relative, avec mention des dates.

§ 5.

Chacune des Puissances intéressées pourra nommer un secretaire. Ces secrétaires constitueront le Secrétariat mixte du Tribunal et seront sous ses ordres. Le Tribunal peut nommer et employer un ou plusieurs fonctionnaires qui seront nécessaires pour l'assister dans l'accomplissement de sa tâche.

§ 6.

Le Tribunal décidera de toutes questions et especes qui lui seront soumises, d'après les preuves, témoignages et informations qui pourront être produits par les parties intéressées.

§ 7.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à donner au Tribunal toutes facilités et informations necessaires pour suivre ses enquêtes.

§ 8.

La langue, dans laquelle la procédure sera poursuivie, sera, à défaut de convention contraire, l'anglais, le français, l'italien ou le japonais, selon ce qui sera décidé par la Puissance alliée ou associée intéressée.

§ 9.

Les lieu et date des audiences de chaque Tribunal seront déterminés par le président du Tribunal.

Article 257.

Si un Tribunal compétent a rendu ou rend un jugement dans une affaire visée par les Sections III, IV, V ou VII et si ce jugement n'est pas conforme aux dispositions desdites Sections, la partie qui aura subi, de ce chef, un préjudice aura droit à une réparation qui sera déterminée par le Tribunal arbitral mixte. Sur la demande du ressortissant d'une Puissance alliée ou associée, la réparation ci-dessus visée pourra être effectuée, lorsque cela sera possible, par le Tribunal arbitral mixte en replaçant les parties dans la situation où elles se trouvaient avant le jugement rendu par le tribunal de l'ancien Empire d'Autriche.

Section VII.

Propriété industrielle.

Article 258.

Sous réserve des stipulations du présent Traité, les droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique, telle que cette propriété est définie par les Conventions internationales de Paris et de Berne visées au articles 237 et 239, seront rétablis ou restaurés, à partir de la mise en vigueur du présent Traité dans les territoires des Hautes Parties Contractantes, en faveur des personnes qui en étaient bénéficiaires, au moment où l'état de guerre a commencé d'exister, ou de leurs ayants droit. De même les droits qui, si la guerre n'avait pas eu lieu, auraient pu être acquis pendant la durée de la guerre, à la suite d'une demande formée pour la protection de la propriété industrielle ou de la publication d'une œuvre littéraire ou artistique, seront reconnus et établis en faveur des personnes qui auraient des titres, à partir de la mise en vigueur du présent Traité.

Toutefois, les actes faits en vertu des mesures spéciales qui auront été prises pendant la guerre, par une autorité législative, exécutive ou administrative d'une Puissance alliée ou associée à l'égard des droits des ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche, en matière de propriété industrielle, littéraire ou artistique demeureront valables et continueront à avoir leurs pleins effets.

Il n'y aura lieu à aucune revendication ou action soit de la part de l'Autriche ou de ses ressortissants, soit des ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche ou en leur nom, contre l'utilisation qui aura été faite pendant la durée de la guerre, par le Gouvernement d'une Puissance alliée ou associée ou par toute personne, pour le compte de ce Gouvernement ou avec son assentiment, de droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique, ni contre la vente, la mise en vente ou l'emploi de produits, appareils, articles ou objets quelconques auxquels s'appliquaient ces droits.

Si la législation d'une des Puissances alliées ou associées en vigueur au moment de la signature du présent Traité n'en a pas disposé autrement, les sommes dues ou payées, relativement à la propriété de personnes visées à l'article 249b, par application de tout acte et de toute

opération effectués en exécution des mesures spéciales visées à l'alinéa deux du présent article, recevront la même affectation que les autres créances desdites personnes, conformément aux dispositions du présent Traité et les sommes produites par des mesures spéciales prises par le Gouvernement de l'ancien Empire d'Autriche en ce qui concerne les droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique des ressortissants des Puissances alliées ou associées, seront considérées et traitées comme toutes les autres dettes des ressortissants autrichiens.

Chacune des Puissances alliées ou associées se réserve la faculté d'apporter aux droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique (à l'exception des marques de fabrique ou de commerce) acquis avant la guerre, ou pendant sa durée, ou qui seraient acquis ultérieurement, suivant sa législation par des ressortissants autrichiens, soit en les exploitant, soit en accordant des licences pour leur exploitation, soit en conservant le contrôle de cette exploitation, soit autrement, telles limitations, conditions ou restrictions qui pourraient être considérées comme nécessaires pour les besoins de la défense nationale, ou dans l'intérêt public, ou pour assurer un traitement équitable par l'Autriche des droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique possédés sur le territoire autrichien par ses ressortissants, ou pour garantir l'entier accomplissement de toutes les obligations contractées par l'Autriche en vertu du présent Traité. Pour les droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique, qui seraient acquis après la mise en vigueur du présent Traité, la faculté ci-dessus réservée aux Puissances alliées et associées, ne pourra être exercée que dans le cas où les limitations, conditions ou restrictions pourraient être considérées comme nécessaires pour les besoins de la défense nationale ou de l'intérêt public.

Dans le cas où il serait fait application par les Puissances alliées et associées des dispositions qui précèdent, il sera accordé des indemnités ou des redevances raisonnables, qui recevront la même affectation que toutes les autres sommes dues à des ressortissants autrichiens, conformément aux dispositions du présent Traité.

Chacune des Puissances alliées ou associées se réserve la faculté de considérer comme nulle et de nul effet toute cession totale ou partielle, et toute concession de droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique, qui auraient été effectuées depuis le 28 juillet 1914 ou qui le seraient à l'avenir et qui auraient pour résultat de faire obstacle à l'application des dispositions du présent article.

Les dispositions du présent article ne sont pas applicables aux droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique compris dans les Sociétés ou entreprises, dont la liquidation a été effectuée par les Puissances alliées ou associées, conformément à la législation exceptionnelle de guerre, ou sera effectuée en vertu de l'article 249, paraphe b).

Article 259.

Un délai minimum d'une année, à partir de la mise en vigueur du présent Traité, sans surtaxe ni pénalité d'aucune sorte, sera accordé aux

ressortissants de chacune des Hautes Parties Contractantes pour accomplir tout acte, remplir toute formalité, payer toute taxe et généralement satisfaire à toute obligation prescrite par les lois et règlements de chaque Etat pour conserver ou obtenir les droits de propriété industrielle déjà acquis au 28 juillet 1914 ou qui, si la guerre n'avait pas eu lieu, auraient pu être acquis depuis cette date, à la suite d'une demande faite, avant la guerre ou pendant sa durée, ainsi que pour y former opposition. Toutefois, cet article ne pourra conférer aucun droit pour obtenir aux Etats-Unis d'Amérique la reprise d'une procédure d'interférence dans laquelle aurait été tenue l'audience finale.

Les droits de propriété industrielle qui auraient été frappés de déchéance par suite du défaut d'accomplissement d'un acte, d'exécution d'une formalité ou de payement d'une taxe seront remis en vigueur, sous la réserve toutefois en ce qui concerne les brevets et dessins, que chaque Puissance alliée ou associée pourra prendre les mesures qu'elle jugerait équitablement nécessaires pour la sauvegarde des droits des tiers qui auraient exploité ou employé des brevets ou des dessins pendant le temps où ils étaient frappés de déchéance. De plus, des brevets d'invention ou dessins appartenant à des ressortissants autrichiens et qui seront ainsi remis en vigueur, demeureront soumis en ce qui concerne l'octroi des licences, aux prescriptions qui leur auraient été applicables pendant la guerre, ainsi qu'à toutes les dispositions du présent Traité.

La période comprise entre le 28 juillet 1914 et la date de la mise en vigueur du présent Traité n'entrera pas en ligne de compte dans le délai prévu pour la mise en exploitation d'un brevet ou pour l'usage de marques de fabrique ou de commerce ou de dessins et il est convenu en outre qu'aucun brevet, marque de fabrique ou de commerce ou dessin qui était encore en vigueur au 28 juillet 1914 ne pourra être frappé de déchéance ou d'annulation du seul chef de non-exploitation ou de non-usage avant l'expiration d'un délai de deux ans à partir de la mise en vigueur du présent Traité.

Article 260.

Les délais de priorité, prévus par l'article 4 de la Convention internationale de Paris du 20 mars 1883 revisée à Washington en 1911*) ou par toute autre Convention ou loi en vigueur, pour le dépôt ou l'enregistrement des demandes de brevets d'invention ou modèles d'utilité, des marques de fabrique ou de commerce, des dessins et modèles, qui n'étaient pas encore expirés le 28 juillet 1914 et ceux qui auraient pris naissance pendant la guerre ou auraient pu prendre naissance si la guerre n'avait pas eu lieu seront prolongés par chacune des Hautes Parties Contractantes en faveur de tous les ressortissants des autres Hautes Puissances Contractantes jusqu'à l'expiration d'un délai de six mois à partir de la mise en vigueur du présent Traité.

Toutefois cette prolongation de délai ne portera pas atteinte aux droits de toute Haute Puissance Contractante ou de toute personne qui

*) V. ci-dessus p. 778, note a, b.

seraient, de bonne foi, en possession, au moment de la mise en vigueur du présent Traité, de droits de propriété industrielle en opposition avec ceux demandés en revendiquant le délai de priorité et qui conserveront la jouissance de leurs droits, soit personnellement, soit par tous agents ou titulaires de licence auxquels ils les auraient concédés avant la mise en vigueur du présent Traité, sans pouvoir en aucune manière être inquiétés ni poursuivis comme contrefacteurs.

Article 261.

Aucune action ne pourra être intentée ni aucune revendication exercée, d'une part, par des ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche ou par des personnes résidant ou exerçant leur industrie dans les territoires de l'ancien Empire d'Autriche, et d'autre part, par des ressortissants des Puissances alliées ou associées ou des personnes résidant ou exerçant leur industrie sur le territoire de ces Puissances ni par les tiers auxquels ces personnes auraient cédé leurs droits pendant la guerre, à raison de faits qui se seraient produits sur le territoire de l'autre Partie, entre la date de l'état de guerre et celle de la mise en vigueur du présent Traité et qui auraient pu être considérés comme portant atteinte à des droits de propriété industrielle ou de propriété littéraire ou artistique ayant existé à un moment quelconque pendant la guerre ou qui seront rétablis conformément aux articles 259 et 260 qui précèdent.

Aucune action ne sera également recevable de la part des mêmes personnes, pour infraction aux droits de propriété industrielle ou artistique, à aucun moment, à l'occasion de la vente ou de la mise en vente, pendant un an à dater de la signature du présent Traité sur les territoires des Puissances alliées ou associées, d'une part, ou de l'Autriche, d'autre part, de produits ou articles fabriqués, ou d'œuvres littéraires ou artistiques publiées durant la période comprise entre la date de l'état de guerre et celle de la signature du présent Traité, ni à l'occasion de leur acquisition et de leur emploi ou usage, étant entendu toutefois que cette disposition ne s'appliquera pas lorsque les possesseurs des droits avaient leur domicile ou des établissements industriels ou commerciaux situés dans les régions occupées par les armées austro-hongroises au cours de la guerre.

Cet article ne sera pas applicable aux rapports entre les États-Unis d'Amérique, d'une part, et l'Autriche d'autre part.

Article 262.

Les contrats de licences d'exploitation de droits de propriété industrielle ou de reproduction d'œuvres littéraires ou artistiques, conclus avant l'état de guerre entre des ressortissants des Puissances alliées ou associées ou des personnes résidant sur leur territoire ou y exerçant leur industrie d'une part et des ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche d'autre part, seront considérés comme résiliés, à dater de l'état de guerre, entre l'ancienne monarchie austro-hongroise et la Puissance alliée ou associée. Mais, dans tous les cas, le bénéficiaire primitif d'un contrat de ce genre aura le droit, dans un délai de six mois à dater de la mise en vigueur du

présent Traité, d'exiger du titulaire des droits la concession d'une nouvelle licence, dont les conditions, à défaut d'entente entre les parties, seront fixées par le tribunal dûment qualifié à cet effet dans le pays sous la législation duquel les droits ont été acquis, sauf dans le cas de licences obtenues en vertu de droits acquis sous la législation de l'ancien Empire d'Autriche; dans ce cas, les conditions seraient fixées par le Tribunal arbitral mixte prévu par la Section VI de la présente Partie. Le Tribunal pourra, s'il y a lieu, fixer alors le montant des redevances qui lui paraîtraient justifiées, en raison de l'utilisation des droits pendant la guerre.

Les licences relatives à des droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique qui auront été concédés suivant la législation spéciale de guerre d'une Puissance alliée ou associée ne pourront se trouver atteintes par la continuation d'une licence existant avant la guerre, mais elles demeureront valables et continueront à avoir leurs pleins effets, et dans le cas où une de ces licences aurait été accordée au bénéficiaire primitif d'un contrat de licence passé avant la guerre, elle sera considérée comme s'y substituant.

Lorsque des sommes auront été payées pendant la guerre, relativement à la propriété des personnes visées à l'article 249 b, en vertu de contrat ou licence quelconques intervenus avant la guerre pour l'exploitation des droits de propriété industrielle ou pour la reproduction ou la représentation d'œuvres littéraires, dramatiques ou artistiques, ces sommes recevront la même affectation que les autres dettes ou créances desdites personnes conformément au présent Traité.

Cet article ne sera pas applicable aux rapports entre les États-Unis d'Amérique, d'une part, et l'Autriche d'autre part.

Section VIII.

Dispositions spéciales aux territoires transférés.

Article 263.

Parmi les personnes physiques et morales, précédemment ressortissantes de l'ancien Empire d'Autriche, y compris les ressortissants de la Bosnie-Herzégovine, celles qui acquièrent de plein droit, par application du présent Traité, la nationalité d'une Puissance alliée ou associée, sont désignées dans les stipulations qui vont suivre par l'expression „ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche"; les autres sont désignées par l'expression „ressortissants autrichiens".

Article 264.

Les habitants des territoires transférés en vertu du présent Traité, conserveront, nonobstant ce transfert et le changement de nationalité qui en résultera, la pleine et entière jouissance en Autriche, de tous les droits de propriété industrielle et de propriété littéraire et artistique, dont ils étaient titulaires suivant la législation en vigueur au moment dudit transfert.

Article 265.

Les questions concernant les ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche ainsi que les ressortissants autrichiens leurs droits, privilèges

et biens, qui ne seraient pas visés, ni dans le présent Traité, ni dans le Traité qui doit régler certains rapports immédiats entre les Etats auxquels un territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise a été transféré ou qui sont nés du démembrement de cette monarchie, feront l'objet de conventions spéciales entre les Etats intéressés, y compris l'Autriche, étant entendu que ces conventions ne pourront en aucune manière être en contradiction avec les dispositions du présent Traité.

A cet effet, il est convenu que dans les trois mois à compter de la mise en vigueur du présent Traité, une Conférence aura lieu entre les Délégués des Puissances intéressées.

Article 266.

Le Gouvernement autrichien remettra sans délai les ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche en possession de leurs biens, droits et intérêts situés sur le territoire autrichien.

Le montant des taxes et impôts sur le capital qui ont été levés ou augmentés sur les biens, droits et intérêts des ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche depuis le 3 novembre 1918, ou qui pourraient être levés ou augmentés jusqu'à la restitution conforme aux dispositions du présent Traité ou, s'il s'agit de biens, droits et intérêts qui n'ont pas été soumis à des mesures exceptionnelles de guerre, jusqu'à l'expiration de trois mois après la mise en vigueur du présent Traité, sera reversé aux ayants-droit.

Les biens, droits et intérêts restitués ne seront soumis à aucune taxe imposée à l'égard de tout autre bien ou de toute autre entreprise appartenant à la même personne, dès l'instant que ces biens auront été retirés d'Autriche, ou que ces entreprises auront cessé d'y être exploitées.

Si des taxes de toute nature ont été payées par anticipation pour les biens, droits et intérêts retirés d'Autriche, la proportion de ces taxes payée pour toute période postérieure au retrait de ces biens, droits et intérêts, sera reversée aux ayants-droit.

Les dispositions des articles 248 d) et 272 du présent Traité relatives à la monnaie dans laquelle le payement doit être fait et au taux du change, seront applicables dans les cas qu'elles visent respectivement au remboursement des avoirs dont il est question au paragraphe 1er du présent article.

Les legs, donations, bourses, fondations de toutes sortes fondés ou créés dans l'ancienne monarchie austro-hongroise et destinés aux ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche seront mis par l'Autriche, en tant que ces fondations se trouvent sur son territoire, à la disposition de la Puissance alliée ou associée, dont lesdites personnes sont actuellement ressortissants, dans l'état où ces fondations se trouvaient à la date du 28 juillet 1914, compte tenu des payements régulièrement effectués pour l'objet de la fondation.

Article 267.

Nonobstant les dispositions de l'article 249 et de l'Annexe de la Section IV, les biens, droits et intérêts des ressortissants autrichiens ou

des sociétés contrôlées par eux, situés sur les territoires de l'ancienne monarchie austro-hongroise ne seront pas sujets à saisie ou liquidation en conformité de ces dispositions.

Ces biens, droits et intérêts seront restitués aux ayants droit, libérés de toute mesure de ce genre ou de toute autre mesure de disposition, d'administration forcée ou de séquestre prises depuis le 3 novembre 1918 jusqu'à la mise en vigueur du présent Traité. Ils seront restitués dans l'état où ils se trouvaient avant l'application des mesures en question.

Les biens, droits et intérêts visés par le présent article ne comprennent pas les biens soumis à l'article 208 de la Partie IX (Clauses financières).

Rien dans le présent article ne portera atteinte aux dispositions de l'Annexe III à la Section I de la Partie VIII (Réparations) relativement à la propriété des ressortissants autrichiens sur les navires et bateaux.

Article 268.

Tous contrats pour la vente de marchandises à livrer par mer conclus avant le 1er janvier 1917 entre ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche, d'une part, et les administrations de l'ancienne monarchie austro-hongroise, de l'Autriche, de la Bosnie-Herzégovine ou des ressortissants autrichiens d'autre part, seront annulés, sauf en ce qui concerne les dettes et autres obligations pécuniaires, résultant de toute opération ou payements prévus à ce contrat. Tous les autres contrats entre les mêmes parties conclus avant le 1er novembre 1918 et en vigueur à cette date seront maintenus.

Article 269.

Seront applicables dans les territoires transférés, en matière de prescription, forclusion et déchéance les dispositions prévues aux articles 252 et 253, étant entendu que l'expression „début de la guerre" doit être remplacée par l'expression „date, qui sera fixée administrativement par chaque Puissance alliée et associée, à laquelle les rapports entre les Parties sont devenus impossibles en fait ou en droit", et que l'expression „durée de la guerre" doit être remplacée par celle „période entre la date ci-dessus visée et celle de la mise en vigueur du présent Traité".

Article 270.

L'Autriche s'engage à n'empêcher en aucune façon que les biens, droits et intérêts appartenant à une société constituée en conformité avec les lois de l'ancienne monarchie austro-hongroise et dans laquelle des ressortissants alliés ou associés sont intéressés, soient transférés à une compagnie constituée en conformité avec les lois de toute autre Puissance, à faciliter toutes mesures nécessaires à l'exécution de ce transfert et à prêter tout concours qui pourrait lui être demandé pour effectuer la restitution aux ressortissants alliés ou associés ou aux compagnies dans lesquelles ceux-ci sont intéressés, de leurs biens, droits et intérêts situés soit en Autriche, soit dans les territoires transférés.

Article 271.

La Section III, sauf l'article 248 d), ne s'appliquera pas aux dettes contractées entre des ressortissants autrichiens et des ressortissants de l'ancien Empire d'Autriche.

Sous réserve des dispositions spéciales prévues à l'article 248 d) pour les Etats nouvellement créés, les dettes dont il est question à l'alinéa 1er du présent article seront payées dans la monnaie ayant cours légal, lors du payement dans l'Etat dont le ressortissant de l'ancien Empire d'Autriche est devenu ressortissant. Le taux du change applicable audit règlement sera le taux moyen coté à la Bourse de Genève durant les deux mois qui ont précédé le 1er novembre 1918.

Article 272.

Les Compagnies d'assurance qui avaient leur siège commercial principal dans les territoires faisant précédemment partie de l'ancienne Monarchie austro-hongroise, auront le droit d'exercer leur industrie dans le territoire autrichien pendant une période de dix ans après la mise en vigueur du présent Traité, sans que leur changement de nationalité puisse affecter en rien la situation juridique dont elles jouissaient précédemment.

Pendant la période ci-dessus indiquée, les opérations desdites Compagnies ne pourront être soumises par l'Autriche à aucune taxe ou charge supérieures à celles dont seront grevées les opérations des Compagnies nationales. Aucune mesure ne pourra porter atteinte à leur propriété qui ne soit pas appliquée également aux biens, droits ou intérêts des Compagnies d'assurances nationales, des indemnités convenables seront payées dans le cas où de semblables mesures seraient prises.

Les présentes dispositions ne seront applicables qu'autant que les Compagnies autrichiennes d'assurance, qui exerçaient précédemment leurs affaires dans les territoires transférés, seront réciproquement admises à jouir du même droit d'exercer leur industrie dans lesdits territoires, même si leur siège principal était hors de ces territoires.

Après le délai de dix ans indiqué ci-dessus, les Compagnies d'assurance susvisées, ressortissant aux Puissances alliées et associées, jouiront du régime prévu à l'article 228 de la présente Partie du présent Traité.

Article 273.

Des conventions particulières régleront la répartition des biens qui appartiennent à des collectivités ou à des personnes morales publiques exerçant leur activité sur des territoires divisés par suite du présent Traité.

Article 274.

Les Etats auxquels un territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise a été transféré ou qui sont nés du démembrement de cette monarchie reconnaîtront les droits de propriété industrielle, littéraire et artistique en vigueur sur ces territoires au moment où ceux-ci auront passé sous leur souveraineté ou qui seront rétablis ou restaurés par application

de l'article 258 du présent Traité. Ces droits resteront en vigueur pendant la durée qui leur sera accordée suivant la législation de l'ancienne monarchie austro-hongroise.

Une convention spéciale règlera toutes questions concernant les archives, registres et plans relatifs au service de la propriété industrielle, littéraire et artistique ainsi que leur transmission ou communication éventuelles par les Offices de l'ancienne monarchie austro-hongroise aux Offices des Etats cessionnaires des territoires de ladite monarchie ou aux Offices des Etats nouvellement formés.

Article 275.

Sans préjudice des autres stipulations du présent Traité, le Gouvernement autrichien s'engage, en ce qui le concerne, à remettre à la Puissance à laquelle des territoires de l'ancienne monarchie austro-hongroise sont transférés ou qui est née du démembrement de cette monarchie, telle fraction des réserves, accumulées par les Gouvernements ou les administrations de l'ancienne monarchie austro-hongroise ou par des organismes publics ou privés opérant sous leur contrôle, destinée à faire face au fonctionnement, dans ces territoires, de toutes assurances sociales et assurances d'Etat.

Les Puissances auxquelles ces fonds seront remis devront nécessairement les affecter à l'exécution des obligations résultant de ces assurances.

Les conditions de cette remise seront réglées par des conventions spéciales, conclues entre le Gouvernement autrichien et les Gouvernements intéressés.

Dans le cas où ces conventions spéciales ne seraient pas conclues conformément à l'alinéa précédent dans les trois mois de la mise en vigueur du présent Traité, les conditions du transfert seront, dans chaque cas, soumises à une Commission de cinq membres, dont un sera nommé par le Gouvernement autrichien et un par l'autre Gouvernement intéressé et trois seront nommés par le Conseil l'Administration du Bureau international du Travail parmi les ressortissants des autres Etats. Cette Commission, votant à la majorité des voix, devra dans les trois mois de sa constitution adopter des recommandations à soumettre au Conseil de la Société des Nations; les décisions du Conseil devront être immédiatement considérées par l'Autriche et par l'autre Etat intéressé comme definitives.

Partie XI.

Navigation Aérienne.

Article 276.

Les aéronefs ressortissant aux Puissances alliées ou associées auront pleine liberté de survol et d'atterrissage sur le territoire de l'Autriche et jouiront des mêmes avantages que les aéronefs autrichiens notamment en cas de détresse.

Article 277.

Les aéronefs ressortissant aux Puissances alliées ou associées, en transit pour un pays étranger quelconque, jouiront du droit de survoler.

sans atterrir, le territoire de l'Autriche, toujours sous réserve des règlements que l'Autriche pourra établir et qui seront également applicables aux aéronefs de l'Autriche et à ceux des pays alliés et associés.

Article 278.

Les aérodromes établis en Autriche et ouverts au trafic public national seront ouverts aux aéronefs ressortissant aux Puissances alliées et associées, qui y seront traités sur un pied d'égalité avec les aéronefs autrichiens, en ce qui concerne les taxes de toutes natures y compris les taxes d'atterrissage et d'aménagement.

Article 279.

Sous réserve des présentes dispositions, le droit de passage, de transit et d'atterrissage, prévu aux articles 276, 277 et 278, est subordonné à l'observation des règlements que l'Autriche pourra juger nécessaire d'édicter, étant entendu que ces règlements seront appliqués sans distinction aux aéronefs autrichiens et à ceux des Pays alliés et associés.

Article 280.

Les certificats de nationalité, de navigabilité, les brevets de capacité et licences, délivrés ou reconnus valables par l'une quelconque des Puissances alliées ou associées, seront admis en Autriche comme valables et équivalents aux certificats, brevets et licences délivrés par l'Autriche.

Article 281.

Au point de vue du trafic commercial aérien interne, les aéronefs ressortissant aux Puissances alliées et associées jouiront en Autriche du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 282.

L'Autriche s'engage à mettre en vigueur des mesures propres à assurer que tout aéronef autrichien survolant son territoire se conformera aux règles sur les feux et signaux, règles de l'air et règles sur le trafic aérien sur ou dans le voisinage des aérodromes, telles que ces règles sont fixées dans la Convention passée entre les Puissances alliées et associées relativement à la navigation aérienne.

Article 283.

Les obligations imposées par les dispositions qui précèdent resteront en vigueur jusqu'au 1er janvier 1923, à moins qu'auparavant l'Autriche ait été admise dans la Société des Nations ou ait été autorisée, du consentement des Puissances alliées et associées, à adhérer à la Convention passée entre lesdites Puissances, relativement à la navigation aérienne.

Partie XII.

Ports, voies d'eau et voies ferrées.

Section I.

Dispositions générales.

Article 284.

L'Autriche s'engage à accorder la liberté du transit à travers son territoire sur les voies les plus appropriées au transit international, par

chemin de fer, par cours d'eau navigable ou par canal, aux personnes, marchandises, navires, bateaux, wagons et services postaux en provenance ou à destination des territoires de l'une quelconque des Puissances alliées et associées limitrophes ou non.

Les personnes, marchandises, navires, bateaux, wagons et services postaux ne seront soumis à aucun droit de transit, ni à aucun délai ou restriction inutiles, et ils auront droit, en Autriche, au traitement national, en tout ce qui concerne les taxes et les facilités, ainsi qu'à tous autres égards.

Les marchandises en transit seront exemptes de tous droits de douane ou autres droits analogues.

Toutes taxes ou charges, grevant le transport en transit, devront être raisonnables, eu égard aux conditions du trafic. Nulle redevance, facilité ou restriction ne devra dépendre, directement ou indirectement, de la qualité du propriétaire ou de la nationalité du navire ou autre moyen de transport qui aurait été ou qui devrait être employé sur une partie quelconque du parcours total.

Article 285.

L'Autriche s'engage à n'imposer ni maintenir un contrôle quelconque sur les entreprises de transport, en transit aller et retour, des émigrants à travers son territoire, en dehors des mesures nécessaires pour constater que les voyageurs sont réellement en transit; elle ne permettra à aucune compagnie de navigation ni à aucune autre organisation, société ou personne privée intéressée au trafic, de participer d'une façon quelconque à un service administratif organisé dans ce but, ni d'exercer une influence directe ou indirecte à cet égard.

Article 286.

L'Autriche s'interdit d'établir une distinction ou une préférence directe ou indirecte, en ce qui concerne les droits, taxes et prohibitions relatifs aux importations dans son territoire ou aux exportations de son territoire et, sous réserve des stipulations particulières contenues dans le présent Traité, en ce qui concerne les conditions et le prix du transport des marchandises ou des personnes à destination ou en provenance de son territoire, en raison soit de la frontière d'entrée ou de sortie, soit de la nature, de la propriété ou du pavillon des moyens de transport employés (y compris les transports aériens), soit du point de départ primitif ou immédiat du navire ou bateau, du wagon, de l'aéronef ou autre moyen de transport, de sa destination finale ou intermédiaire, de l'itinéraire suivi ou des points de transbordement, soit du fait que les marchandises sont importées ou exportées directement par un port autrichien ou indirectement par un port étranger, soit du fait que les marchandises sont importées ou exportées par terre ou par voie aérienne.

L'Autriche s'interdit notamment d'établir, au préjudice des ports, navires ou bateaux de l'une quelconque des Puissances alliées et associées, aucune surtaxe, aucune prime directe ou indirecte à l'exportation ou l'importation par les ports ou par les navires ou bateaux autrichiens, ou

par ceux d'une autre Puissance, en particulier sous forme de tarifs combinés, et de soumettre les personnes ou les marchandises, passant par un port ou utilisant un navire ou bateau d'une quelconque des Puissances alliées et associées, à des formalités ou à des délais quelconques, auxquels ces personnes ou ces marchandises ne seraient pas soumises, si elles passaient par un port autrichien ou par le port d'une autre Puissance, ou si elles utilisaient un navire ou bateau autrichien ou un navire ou bateau d'une autre Puissance.

Article 287.

Toutes les dispositions utiles devront être prises, au point de vue administratif et technique, pour abréger, autant que possible, la pénétration des marchandises par les frontières de l'Autriche et pour assurer, à partir desdites frontières, l'expédition et le transport de ces marchandises sans distinguer selon qu'elles sont en provenance ou à destination des territoires des Puissances alliées ou associées, ou en transit de ou pour ces territoires, dans des conditions matérielles, notamment au point de vue de la rapidité et des soins de route, identiques à celles dont bénéficieraient les marchandises de même nature, voyageant sur le territoire autrichien dans des conditions semblables de transport.

En particulier, le transport des marchandises périssables sera effectué avec promptitude et régularité et les formalités douanières auront lieu de façon à permettre la continuation directe du transport des marchandises par les trains en correspondance.

Article 288.

Les ports maritimes des Puissances alliées et associées bénéficieront de toutes les faveurs et de tous les tarifs réduits accordés, sur les voies ferrées ou les voies navigables de l'Autriche, au profit d'un port quelconque d'une autre Puissance.

Article 289.

L'Autriche ne pourra refuser de participer aux tarifs ou combinaisons de tarifs, qui auraient pour objet d'assurer aux ports d'une des Puissances alliées et associées des avantages analogues à ceux qu'elle aurait accordés à ceux d'une autre Puissance.

Section II.

Navigation.

Chapitre I.

Liberté de navigation.

Article 290.

Les ressortissants des Puissances alliées et associées, ainsi que leurs biens, navires et bateaux, jouiront, dans tous les ports et sur les voies de navigation intérieure de l'Autriche, d'un traitement égal, à tous égards, à celui des ressortissants, des biens et des navires et bateaux autrichiens.

En particulier, les navires et bateaux de l'une quelconque des Puissances alliées et associées seront autorisés à transporter des marchandises de toute nature et des passages à destination ou en provenance de tous ports ou localités situés sur le territoire de l'Autriche auxquels les navires et bateaux autrichiens peuvent avoir accès, à des conditions qui ne seront pas plus onéreuses que celles appliquées dans le cas de navires et bateaux nationaux; ils seront traités sur le pied d'égalité avec les navires et bateaux nationaux, en ce qui concerne les facilités et charges de ports et de quais de toute sorte, y compris les facilités de stationnement, de chargement et de déchargement, les droits et charges de tonnage, de quai, de pilotage, de phare, de quarantaine et tous droits et charges analogues, de quelque nature qu'ils soient, perçus au nom et au profit du Gouvernement, de fonctionnaires publics, de particuliers, de corporations ou d'établissements de quelque espèce que ce soit.

Au cas où l'Autriche accorderait à l'une quelconque des Puissances alliées et associées, ou à toute autre Puissance étrangère, un traitement préférentiel, ce régime sera étendu sans délai et sans conditions à toutes les Puissances alliées et associées.

Il ne sera apporté à la circulation des personnes et des navires et bateaux d'autres entraves que celles résultant des dispositions relatives aux douanes, à la police, aux prescriptions sanitaires, à l'émigration ou à l'immigration, ainsi qu'à l'importation ou à l'exportation des marchandises prohibées. Ces dispositions, raisonnables et uniformes, ne devront pas entraver inutilement le trafic.

Chapitre II.

Clauses relatives au Danube.

1° Dispositions communes aux réseaux fluviaux déclarés internationaux.

Article 291.

Est déclaré international: le Danube depuis Ulm, ensemble toute partie navigable de ce réseau fluvial servant naturellement d'accès à la mer à plus d'un Etat, avec ou sans transbordement, d'un bateau à l'autre, ainsi que la partie du cours de la Morava et de la Thaya qui constitue la frontière entre la Tchéco-Slovaquie et l'Autriche, et les canaux latéraux et chenaux qui seraient établis, soit pour doubler ou améliorer des sections naturellement navigables dudit réseau fluvial, soit pour réunir deux sections naturellement navigables du même cours d'eau.

Il en sera de même de la voie navigable Rhin-Danube au cas où cette voie serait construite dans les conditions fixées à l'article 308.

A la suite d'un accord conclu par les Etats riverains, le régime international pourra être étendu à toute partie du réseau fluvial susnommé qui ne sera pas comprise dans la définition générale.

Article 292.

Sur les voies déclarées internationales à l'article précédent, les ressortissants, les biens et les pavillons de toutes les Puissances seront traités sur le pied d'une parfaite égalité, de telle sorte qu'aucune distinction ne soit faite, au détriment des ressortissants, des biens et du pavillon d'une quelconque de ces Puissances, entre ceux-ci et les ressortissants, les biens et le pavillon de l'État riverain lui-même ou de l'État dont les ressortissants, les biens et le pavillon jouissent du traitement le plus favorable.

Article 293.

Les bateaux autrichiens ne pourront exécuter le transport, par lignes régulières de voyageurs et de marchandises, entre les ports d'une Puissance alliée et associée, qu'avec une autorisation spéciale de celle-ci.

Article 294.

Des taxes, susceptibles de varier avec les différentes sections du fleuve, pourront être perçues sur les bateaux empruntant la voie navigable ou ses accès, à moins de dispositions contraires d'une convention existante. Elles devront être exclusivement destinées à couvrir d'une façon équitable les frais d'entretien de la navigabilité ou d'amélioration du fleuve et de ses accès ou à subvenir à des dépenses faites dans l'intérêt de la navigation. Le tarif en sera calculé d'après ces dépenses et affiché dans les ports. Ces taxes seront établies de manière à ne pas rendre nécessaire un examen détaillé de la cargaison, à moins qu'il n'y ait soupçon de fraude ou de contravention.

Article 295.

Le transit des voyageurs, bateaux et marchandises s'effectuera conformément aux conditions générales fixées à la Section I.

Lorsque les deux rives d'un fleuve international font partie d'un même État, les marchandises en transit pourront être mises sous scellés ou sous la garde des agents des douanes. Lorsque le fleuve forme frontière, les marchandises et les voyageurs en transit seront exempts de toute formalité douanière; le chargement et le déchargement des marchandises, ainsi que l'embarquement et le débarquement des voyageurs, ne pourront s'effectuer que dans les ports désignés par l'État riverain.

Article 296.

Sur le parcours comme à l'embouchure des voies navigables susmentionnées, il ne pourra être perçu de redevances d'aucune espèce, autres que celles prévues à la présente Partie.

Cette disposition ne fera pas obstacle à l'établissement, par les États riverains, de droits de douane, d'octroi local ou de consommation, non plus qu'à la création de taxes raisonnables et uniformes prélevées dans les ports, d'après des tarifs publics, pour l'usage des grues, élévateurs, quais, magasins et autres installations semblables.

Article 297.

A défaut d'une organisation spéciale relative à l'exécution des travaux d'entretien et d'amélioration de la partie internationale d'un réseau navigable, chaque Etat riverain sera tenu de prendre, dans la mesure convenable, les dispositions nécessaires à l'effet d'écarter tous obstacles ou dangers pour la navigation et d'assurer le maintien de la navigation dans de bonnes conditions.

Si un Etat néglige de se conformer à cette obligation, tout Etat riverain ou représenté à la Commission internationale, pourra en appeler à la juridiction instituée à cet effet par la Société des Nations.

Article 298.

Il sera procédé, de la même manière, dans le cas où un Etat riverain entreprendrait des travaux de nature à porter atteinte à la navigation dans la partie internationale. La juridiction visée à l'article précédent pourra prescrire la suspension ou la suppression de ces travaux, en tenant compte, dans ses décisions, des droits relatifs à l'irrigation, à la force hydraulique, aux pêcheries et aux autres intérêts nationaux, qui, en cas d'accord de tous les Etats riverains ou de tous les Etats représentés à la Commission internationale, auront la priorité sur les besoins de la navigation.

Le recours à la juridiction de la Société des Nations ne sera pas suspensif.

Article 299.

Le régime formulé par les articles 292 et 294 à 298 ci-dessus sera remplacé par celui qui serait institué dans une Convention générale établie par les Puissances alliées et associées et approuvée par la Société des Nations, relativement aux voies navigables dont ladite Convention reconnaîtrait le caractère international. Cette Convention pourra s'appliquer notamment à tout ou partie du réseau fluvial du Danube ci-dessus mentionné, ainsi qu'aux autres éléments de ce réseau fluvial, qui pourraient y être compris dans une définition générale.

L'Autriche s'engage, conformement aux dispositions de l'article 331, à adhérer à ladite Convention générale.

Article 300.

L'Autriche cédera aux Puissances alliées et associées interessées, dans le délai maximum de trois mois après la notification qui leur en sera faite, une partie des remorqueurs et des bateaux qui resteront immatriculés dans les ports du réseau fluvial visés à l'article 291, après les prélèvements à opérer à titre de restitution ou de réparation. L'Autriche cédera de même le matériel de toute nature nécessaire aux Puissances alliées et associées intéressées pour l'utilisation de ces réseaux.

Le nombre des remorqueurs et bateaux et l'importance du matériel cédés, ainsi que leur répartition, seront déterminés par un ou plusieurs arbitres désignés par les Etats-Unis d'Amérique, en tenant compte des

besoins légitimes des parties en cause, et en se basant notamment sur le trafic de la navigation dans les cinq années qui ont précédé la guerre.

Tous les bâtiments cédés devront être munis de leurs agrès et apparaux, être en bon état capables de transporter des marchandises, et choisis parmi les plus récemment construits.

Lorsque les cessions prévues au présent article nécessiteront des transferts de propriété, l'arbitre ou les arbitres fixeront les droits des anciens propriétaires déterminés au 15 octobre 1918 et le montant de l'indemnité à leur payer, ainsi que, dans chaque cas particulier, le mode de règlement de cette indemnité. Si l'arbitre ou les arbitres reconnaissent que tout ou partie de cette indemnité doit revenir directement ou indirectement à des Etats tenus à des réparations, ils détermineront la somme à porter de ce chef au crédit desdits Etats.

En ce qui concerne le Danube, sont également soumises à l'arbitrage de l'arbitre ou des arbitres susmentionnés, toutes questions ayant trait à la répartition permanente des navires dont la propriété ou la nationalité donneraient lieu à un différend entre Etats, et aux conditions de ladite répartition.

Une Commission formée des Représentants des Etats-Unis d'Amérique, de l'Empire britannique, de la France et de l'Italie est investie, jusqu'à la répartition définitive, du contrôle de ces navires. Cette Commission fera provisoirement le nécessaire pour assurer l'exploitation de ces navires dans l'intérêt général par un organisme local quelconque ou, sinon, elle l'entreprendra elle-même sans cependant porter atteinte à la répartition définitive.

Cette exploitation provisoire sera dans la mesure du possible établie sur des bases commerciales et les recettes nettes perçues par ladite Commission pour la location des navires seront employées à la manière qui sera indiquée par la Commission des réparations.

2° Dispositions spéciales au Danube.

Article 301.

La Commission européenne du Danube exercera de nouveau les pouvoirs qu'elle avait avant la guerre. Toutefois et provisoirement, les représentants de la Grande-Bretagne, de la France, de l'Italie et de la Roumanie feront seuls partie de cette Commission.

Article 302.

A partir du point où cesse la compétence de la Commission européenne, le réseau du Danube visé à l'article 286 sera placé sous l'administration d'une Commission internationale composée comme suit:

2 représentants des Etats allemands riverains;

1 représentant de chacun des autres Etats riverains;

1 représentant de chacun des Etats non riverains représentés à l'avenir à la Commission européenne du Danube.

Si quelques-uns de ces représentants ne peuvent être désignés au moment de la mise en vigueur du présent Traité, les décisions de la Commission seront néanmoins valables.

Article 303.

La Commission internationale prévue à l'article précédent se réunira aussitôt que possible après la mise en vigueur du présent Traité et assumera provisoirement l'administration du fleuve en conformité des dispositions des articles 292 et 294 à 298, jusqu'à ce qu'un statut définitif du Danube soit établi par les Puissances désignées par les Puissances alliées et associées.

Les décisions de cette Commission internationale seront prises à la majorité des voix. Les appointements des commissaires seront fixés et payés par leurs pays respectifs.

Provisoirement tout déficit qui se produirait dans les dépenses d'administration de la Commission internationale sera supporté à parts égales par les Etats représentés à la Commission.

La Commission sera chargée notamment de réglementer l'attribution des licences des pilotes, les frais de pilotages et de surveiller les services des pilotes.

Article 304.

L'Autriche s'engage à agréer le régime qui sera établi pour le Danube par une Conférence des Puissances désignées par les Puissances alliées et accociées; cette Conférence à laquelle des représentants de l'Autriche pourront être présents se réunira dans le délai d'un an après la mise en vigueur du présent Traité.

Article 305.

Il est mis fin au mandat donné par l'article 57 du Traité de Berlin du 13 juillet 1878*) à l'Autriche-Hongrie et cédé par celle-ci à la Hongrie, pour l'exécution des travaux aux Portes-de-Fer. La Commission chargée de l'administration de cette partie du fleuve statuera sur le règlement des comptes, sous réserve des dispositions financières du présent Traité. Les taxes qui pourraient être nécessaires ne seront, en aucun cas, perçues par la Hongrie.

Article 306.

Au cas où l'Etat Tschéco-Slovaque, l'Etat Serbe-Croate-Slovène ou la Roumanie entreprendraient, après autorisation ou sur mandat de la Commission internationale, des travaux d'aménagement, d'amélioration, de barrage ou autres sur une section du réseau fluvial formant frontière, ces Etats jouiraient sur la rive opposée, ainsi que sur la partie du lit située hors de leur territoire, de toutes les facilités nécessaires pour procéder aux études, à l'exécution et à l'entretien de ces travaux.

Article 307.

L'Autriche sera tenue, vis-à-vis de la Commission européenne du Danube, à toutes restitutions, réparations et indemnités pour les dommages subis pendant la guerre par cette Commission.

---

*) V. **N. R. G.** 2. s. III, p. 464.

Article 308.

Dans le cas de la construction d'une voie navigable à grande section Rhin-Danube, l'Autriche s'engage dès à présent à agréer l'application à ladite voie navigable du même régime que celui prévu aux articles 292 et 294 à 299 du présent Traité.

Chapitre III.

Régime des eaux.

Article 309.

A moins de dispositions contraires, lorsque, par suite du tracé d'une nouvelle frontière, le régime des eaux (canalisation, inondations, irrigations, drainage ou affaires analogues) dans un Etat dépend de travaux exécutés sur le territoire d'un autre Etat, ou lorsqu'il est fait emploi sur le territoire d'un Etat en vertu d'usages antérieurs à la guerre, des eaux ou de l'énergie hydraulique nées sur le territoire d'un autre Etat, il doit être établi une entente entre les Etats intéressés de nature à sauvegarder les intérêts et les droits acquis par chacun d'eux.

A défaut d'accord, il sera statué par un arbitre désigné par le Conseil de la Société des Nations.

Article 310.

A moins de dispositions contraires, lorsqu'il est fait usage dans un Etat, pour des besoins municipaux ou domestiques, d'électricité ou d'eau dont, par suite du tracé d'une nouvelle frontière, la source se trouve située sur le territoire d'un autre Etat, il doit être établi une entente entre les Etats intéressés de nature à sauvegarder les intérêts et les droits acquis par chacun d'eux.

En attendant cet accord, les stations centrales électriques et les installations destinées à fournir l'eau seront tenues de continuer la fourniture sur des bases correspondantes aux conditions et contrats en vigueur, le 3 novembre 1918.

A défaut d'accord, il sera statué par un arbitre désigné par le Conseil de la Société des Nations.

Section III.

Chemins de fer.

Chapitre I.

Liberté de transit pour l'Autriche vers l'Adriatique.

Article 311.

Le libre accès à la mer Adriatique est accordé à l'Autriche et, à cette fin, la liberté de transit lui est reconnue sur les territoires et dans les ports détachés de l'ancienne monarchie austro-hongroise.

La liberté de transit est celle qui est définie à l'article 284 jusqu'au moment où une Convention générale sera conclue à ce sujet entre les Puissances alliées et associées après quoi les dispositions de la nouvelle Convention y seront substituées.

Des Conventions particulières entre les États ou les Administrations intéressés détermineront les conditions de l'exercice de la faculté accordée ci-dessus et régleront notamment le mode d'utilisation des ports et des zones franches y existant, ainsi que des voies ferrées y donnant normalement accès, l'établissement de services et tarifs internationaux (communs) comportant des billets et des lettres de voiture directes et le maintien des dispositions de la Convention de Berne du 14 octobre 1890 et des conditions complémentaires*) jusqu'à son remplacement par une nouvelle Convention.

La liberté de transit s'étendra aux services postaux télégraphiques et téléphoniques.

Chapitre II.

Clauses relatives aux transports internationaux.

Article 312.

Les marchandises en provenance des territoires des Puissances alliées et associées et à destination de l'Autriche, ainsi que les marchandises en transit par l'Autriche et en provenance ou à destination des territoires des Puissances alliées ou associées, bénéficieront de plein droit sur les chemins de fer autrichiens, au point de vue des taxes à percevoir (compte tenu de toutes ristournes et primes), des facilités et à tous autres égards, du régime le plus favorable appliqué aux marchandises de même nature transportées sur une quelconque des lignes autrichiennes, soit en trafic intérieur, soit à l'exportation, à l'importation ou en transit, dans des conditions semblables de transport, notamment au point de vue de la longueur du parcours. La même règle sera appliquée, sur la demande d'une ou plusieurs Puissances alliées ou associées, aux marchandises nommément désignées par ces Puissances, en provenance de l'Autriche et à destination de leurs territoires.

Des tarifs internationaux, établis d'après les taux prévus à l'alinéa précédent et comportant des lettres de voiture directes, devront être créés lorsqu'une des Puissances alliées et associées le requerra de l'Autriche.

Toutefois, sans préjudice des dispositions des articles 288 et 289, l'Autriche s'engage à maintenir sur ses propres lignes le régime des tarifs existants avant la guerre pour le trafic des ports de l'Adriatique et de la mer Noire, au point de vue de leur concurrence avec les ports allemands du Nord.

Article 313.

A partir de la mise en vigueur du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes renouvelleront, en ce qui les concerne et sous les réserves indiquées au second paragraphe du présent article, les conventions et arrangements signés à Berne le 14 octobre 1890, le 20 septembre 1893, le 16 juillet 1895, le 16 juin 1898 et le 19 septembre 1906, sur le transport des marchandises par voies ferrées.*)

---

*) V **N. R. G.** 2. s. XIX, p. 289; XXII, p. 517; XXIV, p. 562; XXX, p. 184; 3. s. III, p. 920.

Si, dans un délai de cinq ans après la mise en vigueur du présent Traité, une nouvelle Convention pour le transport par chemin de fer des voyageurs, des bagages et des marchandises est conclue pour remplacer la Convention de Berne du 14 octobre 1890 et les additions subséquentes visées ci-dessus, cette nouvelle Convention, ainsi que les conditions complémentaires régissant le transport international par voie ferrée qui pourront être basées sur elle, lieront l'Autriche, même si cette Puissance refuse de prendre part à la préparation de la Convention ou d'y adhérer. Jusqu'à la conclusion d'une nouvelle Convention, l'Autriche se conformera aux dispositions de la Convention de Berne et aux additions subsequentes visées ci-dessus, ainsi qu'aux conditions complémentaires.

Article 314.

L'Autriche sera tenue de cooperer à l'établissement des services avec billets directs pour les voyageurs et leurs bagages, qui lui seront demandés par une ou plusieurs Puissances alliées et associées pour assurer, par chemin de fer, les relations de ces Puissances entre elles ou avec tous autres Pays, en transit à travers le territoire autrichien, l'Autriche devra notamment recevoir, à cet effet, les trains et les voitures en provenance des territoires des Puissances alliées et associées et les acheminer avec une célérité au moins égale à celle de ses meilleurs trains à long parcours sur les mêmes lignes. En aucun cas, les prix applicables à ces services directs ne seront supérieurs aux prix perçus, sur le même parcours, pour les services intérieurs autrichiens effectués dans les mêmes conditions de vitesse et de confort.

Les tarifs applicables, dans les mêmes conditions de vitesse et de confort, au transport des émigrants sur les chemins de fer autrichiens à destination ou en provenance des ports des Puissances alliées et associées, ne pourront jamais ressortir à une taxe kilométrique supérieure à celle des tarifs les plus favorables, compte tenu de toutes primes ou ristournes, dont bénéficieraient, sur lesdits chemins de fer, les émigrants à destination ou en provenance d'autres ports quelconques.

Article 315.

L'Autriche s'engage à n'adopter aucune mesure technique, fiscale ou administrative, telle que la visite en douane, les mesures de police générale, de police sanitaire ou de contrôle qui serait spéciale aux services directs prévus à l'article precedent ou aux transports d'émigrants, à destination ou en provenance de ports des Puissances alliées et associées, et qui aurait pour effet d'entraver ou de retarder ces services.

Article 316.

En cas de transport, partie par chemin de fer et partie par navigation intérieure, avec ou sans lettre de voiture directe, les stipulations qui précèdent seront applicables à la partie du trajet effectuée par chemin de fer.

Chapitre III.

Matériel roulant.

Article 317.

L'Autriche s'engage à ce que les wagons autrichiens soient munis de dispositifs permettant:

1° de les introduire dans les trains de marchandises circulant sur les lignes de celles des Puissances alliées et associées, qui sont parties à la Convention de Berne du 15 mai 1886, modifiée le 18 mai 1907,*) sans entraver le fonctionnement du frein continu qui pourrait, dans les dix ans qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, être adopté dans ces pays;

2° d'introduire les wagons de ces Puissances dans tous les trains de marchandises circulant sur les lignes autrichiennes.

Le matériel roulant des Puissances alliées et associées jouira, sur les lignes autrichiennes, du même traitement que le matériel autrichien en ce qui concerne la circulation, l'entretien et les réparations.

Chapitre IV.

Transfert de lignes de chemins de fer.

Article 318.

Sous réserve de stipulations particulières, relatives au transfert des ports, voies d'eau et voies ferrées situés dans les territoires transférés en vertu du présent Traité, ainsi que des dispositions financières concernant les concessionaires et le service des pensions de retraite du personnel, le transfert des voies ferrées aura lieu dans les conditions suivantes:

1° Les ouvrages et installations de toutes les voies ferrées seront livrés au complet et en bon état;

2° Lorsqu'un réseau ayant un matériel roulant à lui propre sera transféré en entier par l'Autriche à une des Puissances alliées et associées, ce matériel sera remis au complet, d'après le dernier inventaire au 3 novembre 1918, et en état normal d'entretien;

3° Pour les lignes n'ayant pas un matériel roulant spécial, la répartition du matériel existant sur le réseau, auquel ces lignes appartiennent, sera faite par des Commissions d'experts désignés par les Puissances alliées et associées et dans lesquelles l'Autriche sera représentée. Ces Commissions devront prendre en considération l'importance du matériel immatriculé sur ces lignes, d'après le dernier inventaire au 3 novembre 1918, la longueur des voies, y compris les voies de service, la nature et l'importance du trafic. Elles désigneront également les locomotives, voitures et wagons à transférer dans chaque cas, fixeront les conditions de leur réception et régleront les arrangements provisoires nécessaires pour assurer leur réparation dans les ateliers autrichiens;

4° Les approvisionnements, le mobilier et l'outillage seront livrés dans les mêmes conditions que le matériel roulant.

---

*) V. **N. R. G.** 3. s. II, p. 888.

Les dispositions des paragraphes 3° et 4° ci-dessus seront appliquées aux lignes de l'ancienne Pologne russe, mises par les autorités austro-hongroises à la largeur de la voie normale, ces lignes étant assimilées à des parties détachées du réseau d'Etat autrichien et hongrois.

Chapitre V.

Dispositions concernant certaines lignes de chemins de fer.

Article 319.

Sous réserve des stipulations particulières contenues dans le présent Traité, lorsque, par suite du tracé des nouvelles frontières, une ligne reliant deux parties d'un même pays traversera un autre pays, ou lorsqu'une ligne d'embranchement partant d'un pays se terminera dans un autre, les conditions d'exploitation seront réglées par un arrangement conclu entre les Administrations des chemins de fer intéressées. Au cas où ces Administrations ne parviendraient pas à se mettre d'accord sur les conditions de cet arrangement, les conflits seraient tranchés par des Commissions d'experts constituées comme il est dit à l'article précédent.

L'établissement de toutes les nouvelles gares frontières entre l'Autriche et les Etats alliés et associés limitrophes, ainsi que l'exploitation des lignes entre ces gares, seront réglés par des arrangements conclus dans les mêmes conditions.

Article 320.

En vue d'assurer la régularité de l'exploitation des réseaux ferrés de l'ancienne monarchie austro-hongroise, concédés à des compagnies privées, et qui, en exécution des stipulations du présent Traité, seraient situés sur le territoire de plusieurs Etats, la réorganisation administrative et technique des dits réseaux sera réglée, pour chaque réseau, par un accord passé entre la compagnie concessionnaire et les Etats territorialement intéressés.

Les différends sur lesquels ne pourrait pas se faire l'accord y compris toutes questions relatives à l'interprétation des contrats concernant le rachat des lignes, seront soumis à des arbitres désignés par le Conseil de la Société des Nations.

Pour la Compagnie du chemin de fer du Sud de l'Autriche, cet arbitrage pourra être demandé, soit par le Conseil d'administration de la Compagnie, soit par le Comité représentant les porteurs d'obligations.

Article 321.

1. Dans le délai de cinq ans, à compter de la mise en vigueur du présent Traité, l'Italie pourra demander la construction ou l'amélioration, sur le territoire autrichien, des nouvelles lignes transalpines du col de Reschen et du Pas de Prédil. A moins que l'Autriche entende payer elle-même les travaux, les frais de construction ou d'amélioration seront déboursés par l'Italie. Il appartiendra à un arbitre désigné par le Conseil de la Société des Nations et à l'expiration de tel délai qui sera fixé par ce Conseil d'estimer la part des frais de construction ou d'amélioration

devant être remboursés par l'Autriche à l'Italie, en raison de l'augmentation de recettes, qu'aura accusée l'exploitation du réseau autrichien et qui résultera desdits travaux.

2. L'Autriche devra céder gratuitement à l'Italie les projets et annexes pour la construction des chemins de fer suivants:

Chemin de fer de Tarvis par Raible, Plezzo, Caporetto, Canale, Gorizia à Trieste;

Chemin de fer local di S. Lucia de Tolmino à Caporetto;

Chemin de fer (nouvelle étude) Tarvis-Plezzo;

Chemin de fer de Reschen (jonction Landeck-Mals).

Article 322.

En raison de l'importance que présente pour l'Etat tchéco-slovaque la libre communication avec l'Adriatique, l'Autriche reconnait à l'Etat tchéco-slovaque le droit de faire passer ses trains sur les sections comprises sur le territoire autrichien, des lignes ci-après:

1° De Bratislava (Presbourg) vers Fiume, par Sopron Szombathely et Mura-Keresztur et embranchement de Mura-Keresztur à Pragerhof;

2° De Budejovic (Budweiss) vers Trieste, par Linz, Saint-Michael, Klagenfurt et Assling et embranchement de Klagenfurt vers Tarvisio.

A la demande de l'une ou de l'autre des Parties, les lignes sur lesquelles s'exercera le droit de passage pourront être modifiées temporairement ou definitivement par un accord entre l'administration des chemins de fer tchéco-slovaques et celle des chemins de fer sur lesquels s'exercerait le droit de passage.

Article 323.

Les trains pour lesquels il sera fait usage du droit de passage ne pourront desservir le trafic local qu'en vertu d'un accord entre l'Etat traversé et l'Etat tchéco-slovaque.

Ce droit de passage comprendra notamment le droit d'établir des dépôts de machines et des ateliers de petit entretien pour le matériel roulant et celui de désigner des représentants pour surveiller le service des trains tchéco-slovaques.

Article 324.

Les conditions techniques, administratives et financières dans lesquelles le droit de passage sera exercé par l'Etat tchéco-slovaque seront déterminées par une Convention entre l'administration des chemins de fer de cet Etat et celle des voies empruntées en Autriche. Si ces administrations ne peuvent se mettre d'accord sur les termes de cette Convention, il sera statué sur les points faisant l'objet du désaccord par un arbitre nommé par le Gouvernement britannique; les décisions de cet arbitre seront obligatoires pour les deux Parties.

En cas de désaccord sur l'interprétation de la Convention ou de difficultés qui n'auraient pas été prévues par cette Convention, il sera statué par un arbitrage dans les mêmes formes, tant que la Société des Nations n'aura pas institué une autre procédure.

Chapitre VI.

Dispositions transitoires.

Article 325.

L'Autriche exécutera les instructions qui lui seront données en matière de transport, par une autorité agissant au nom des Puissances alliées et associées:

1° Pour les transports de troupes effectués en exécution du présent Traité, ainsi que pour le transport du matériel, de munitions et d'approvisionnements à l'usage des armées;

2° Et provisoirement, pour le transport du ravitaillement de certaines régions, pour le rétablissement aussi rapide que possible des conditions normales des transports et pour l'organisation des services postaux et télégraphiques.

Chapitre VII.

Télégraphes et téléphones.

Article 326.

Nonobstant toute stipulation contraire des conventions existantes, l'Autriche s'engage à accorder sur les lignes les plus appropriées au transit international et conformément aux tarifs en vigueur, la liberté du transit aux correspondances télégraphiques et communications téléphoniques en provenance ou à destination de l'une quelconque des Puissances alliées et associées, limitrophe ou non. Ces correspondances et communications ne seront soumises à aucun délai ni restriction inutiles; elles jouiront en Autriche du traitement national en tout ce qui concerne les facilités et notamment la célérité des transmissions. Nulle redevance, facilité ou restriction ne devra dépendre directement ou indirectement de la nationalité de l'expéditeur ou du destinataire.

Article 327.

En conséquence de la position géographique de l'Etat tchecho-slovaque, l'Autriche accepte les modifications suivantes de la Convention internationale sur les Télégraphes et Téléphones, visée à l'article 235 de la partie X (Clauses économiques) du présent Traité:

1° Sur la demande de l'Etat tchéco-slovaque, l'Autriche établira et maintiendra des lignes télégraphiques directes à travers le territoire autrichien.

2° La redevance annuelle à payer par l'Etat tchéco-slovaque pour chacune desdites lignes, sera calculée en conformité des dispositions des conventions susmentionnées, et, à moins de convention contraire, ne sera pas inférieure à la somme qui serait payable en vertu desdites conventions pour le nombre de messages prévu dans ces conventions comme impliquant le droit de demander l'établissement d'une nouvelle ligne directe,

en prenant pour base le tarif réduit prévu à l'article 23, § 5 de la Convention télégraphique internationale (revision de Lisbonne).*)

3° Tant que l'Etat tchéco-slovaque payera la redevance minima annuelle ci-dessus prévue pour une ligne directe:

a) La ligne sera exclusivement réservée au trafic à destination et en provenance de l'Etat tchéco-slovaque;

b) La faculté acquise à l'Autriche par l'article 8 de la Convention télégraphique internationale du 22 juillet 1875,*) de suspendre les services télégraphiques internationaux, ne sera pas applicable à cette ligne.

4° Des dispositions semblables s'appliqueront à l'établissement et au maintien de circuits téléphoniques directs, et la redevance payable par l'Etat tchéco-slovaque pour un circuit téléphonique direct sera, à moins de convention contraire, le double de la redevance payable pour une ligne télégraphique directe.

5° Les lignes particulières à établir, ensemble les conditions administratives, techniques et financières nécessaires non prévues dans les conventions internationales existantes ou dans le présent article, seront déterminées par une convention ultérieure entre les Etats intéressés. A défaut d'entente, elles seront déterminées par un arbitre désigné par le Conseil de la Société des Nations.

6° Les stipulations du présent article pourront être modifiées à toute époque par accord passé entre l'Autriche et l'Etat tchéco-slovaque. A l'expiration d'un délai de dix années, à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les conditions dans lesquelles l'Etat tchéco-slovaque jouira des droits conférés par le présent article pourront, à défaut d'entente entre les parties, être modifiées à la requête de l'une ou de l'autre d'entre elles par un arbitre désigné par le Conseil de la Société des Nations.

7° Si un différend venait à s'élever entre les parties relativement à l'interprétation soit du présent article, soit de la Convention visée au paragraphe 5, ce différend sera soumis à la décision de la Cour permanente de justice internationale à instituer par la Société des Nations.

Section IV.

Jugement des litiges et revision des clauses permanentes.

Article 328.

Les différends qui pourront s'élever entre les Puissances intéressées au sujet de l'interprétation et de l'application des dispositions de la présente Partie du présent Traité, seront réglés ainsi qu'il sera prévu par la Société des Nations.

Article 329.

A tout moment, la Société des Nations pourra proposer la revision de ceux des articles ci-dessus qui ont trait à un régime administratif permanent.

---

*) V. ci-dessus p. 778, note †).

Article 330.

A l'expiration d'un délai de trois ans à dater de la mise en vigueur du présent Traité, les dispositions des articles 284 à 290, 293, 312, 314 à 316 et 326 pourront, à tout moment, être revisées par le Conseil de la Société des Nations.

A défaut de revision, le bénéfice d'une quelconque des stipulations contenues dans les articles énumérés ci-dessus ne pourra, à l'expiration du délai prévu au paragraphe précédent, être réclamé par une des Puissances alliées et associées en faveur d'une portion quelconque de ses territoires pour laquelle la réciprocité ne serait pas accordée. Le délai de trois ans, pendant lequel la réciprocité ne pourra pas être exigée, pourra être prolongé par le Conseil de la Société des Nations.

Le bénéfice d'aucune des stipulations sus-visées ne pourra être invoqué par les Etats, auxquels un territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise a été transféré ou qui sont nés du démembrement de cette monarchie, qu'à charge pour eux d'assurer, sur le territoire passé sous leur souveraineté, en vertu du présent Traité, un traitement réciproque à l'Autriche.

Section V.

Disposition particulière.

Article 331.

Sans préjudice des obligations particulières qui lui sont imposées par le présent Traité au profit des Puissances alliées et associées, l'Autriche s'engage à adhérer à toute Convention générale concernant le régime international du transit, des voies navigables, des ports et des voies ferrées, qui pourrait être conclue entre les Puissances alliées et associées, avec l'approbation de la Société des Nations, dans un délai de cinq années à dater de la mise en vigueur du présent Traité.

Partie XIII.

Travail.

[Cette Partie et les articles 332—372 correspondent à la Partie XIII et aux articles 387—427 du Traité de Versailles. V. ci-dessus p. 638—659.]

Partie XIV.

Clauses diverses.

Article 373.

L'Autriche s'engage à reconnaître et agréer les conventions passées ou à passer par les Puissances alliées et associées ou certaines d'entre elles avec toute autre Puissance, relativement au commerce des armes et des spiritueux ainsi qu'aux autres matières traitées dans les Actes généraux de Berlin du 26 février 1885*) et de Bruxelles du 2 juillet 1890.**) et les conventions qui les ont complétées ou modifiées.

*) V. **N. R. G.** 2. s. XIV, p. 414.
) V. **N. R. G. 2. s. XVI, p. 8; XVII, p. 345.

Article 374.

Les Hautes Parties Contractantes reconnaissent avoir pris connaissance et donner acte du Traité signé par le Gouvernement de la République française le 17 juillet 1918 avec son Altesse Sérénissime le Prince de Monaco, et définissant les rapports de la France et de la Principauté.*)

Article 375.

Les Hautes Parties Contractantes, tout en reconnaissant les garanties stipulées en faveur de la Suisse par les traités de 1815 et notamment l'Acte du 20 novembre 1815,**) garanties qui constituent des engagements internationaux pour le maintien de la paix, constatent cependant que les stipulations de ces traités et conventions, déclarations et autres actes complémentaires relatifs à la zone neutralisée de Savoie, telle qu'elle est déterminée par l'alinéa 1 de l'article 92 de l'Acte final du Congrès de Vienne et par l'alinéa 2 de l'article 3 du Traité de Paris du 20 novembre 1815,***) ne correspondent plus aux circonstances actuelles. En conséquence, les Hautes Parties contractantes prennent acte de l'accord intervenu entre le Gouvernement français et le Gouvernement suisse pour l'abrogation des stipulations relatives à cette zone qui sont et demeurent abrogées.

Les Hautes Parties Contractantes reconnaissant de même que les stipulations des traités de 1815 et des autres actes complémentaires relatifs aux zones franches de la Haute-Savoie et du pays de Gex ne correspondent plus aux circonstances actuelles et qu'il appartient à la France et à la Suisse de régler entre elles, d'un commun accord, le régime de ces territoires, dans les conditions jugées opportunes par les deux pays.

Annexe.

[V. ci-dessus, p. 664—668.]

Article 376.

Les Puissances alliées et associées conviennent que, lorsque des missions religieuses chrétiennes étaient entretenues par des sociétés ou par des personnes autrichiennes sur des territoires leur appartenant ou confiés à leur Gouvernement en conformité du présent Traité, les propriétés de ces missions ou sociétés de missions, y compris les propriétés des sociétés de commerce dont les profits sont affectés à l'entretien des missions, devront continuer à recevoir une affectation de mission. A l'effet d'assurer la bonne exécution de cet engagement, les Gouvernements alliés et associés remettront lesdites propriétés à des Conseils d'administration, nommés ou approuvés par les Gouvernements et composés de personnes ayant les croyances religieuses de la mission, dont la propriété est en question.

Les Gouvernements alliés et associés, en continuant d'exercer un plein contrôle en ce qui concerne les personnes par lesquelles ces missions sont dirigées, sauvegarderont les intérêts de ces missions.

---

*) V. ci-dessus No. 29, p. 313.
) V. **N. R. II, p. 740; IV, p. 186. ***) V. **N. R.** II, p. 421, 688.

L'Autriche, donnant acte des engagements qui précèdent, déclare agréer tous arrangements passés ou à passer par les Gouvernements alliés et associés intéressés pour l'accomplissement de l'œuvre desdites missions ou sociétés de commerce et se désiste de toutes réclamations à leur égard.

Article 377.

Sous réserve des dispositions du présent Traité, l'Autriche s'engage à ne présenter, directement ou indirectement, contre aucune des Puissances alliées et associées, signataires du présent Traité, aucune réclamation pécuniaire, pour aucun fait antérieur à la mise en vigueur du présent Traité.

La présente stipulation vaudra désistement complet et définitif de toutes réclamations de cette nature, désormais éteintes, quels qu'en soient les intéressés.

Article 378.

L'Autriche accepte et reconnaît comme valables et obligatoires toutes décisions et tous ordres concernant les navires austro-hongrois et les marchandises autrichiennes ainsi que toutes décisions et ordres relatifs au payement des frais et rendus par l'une quelconque des juridictions de prises des Puissances alliées et associées et s'engage à ne présenter au nom de ses nationaux aucune réclamation relativement à ces décisions ou ordres.

Les Puissances alliées et associées se réservent le droit d'examiner, dans telles conditions qu'elles détermineront, les décisions et ordres des juridictions austro-hongroises en matière de prises, que ces décisions et ordres affectent les droits de propriété des ressortissants desdites Puissances ou ceux des ressortissants neutres. L'Autriche s'engage à fournir de copies de tous les documents constituant le dossier des affaires, y compris les décisions et ordres rendus, ainsi qu'à accepter et exécuter les recommandations présentées après ledit examen des affaires.

Article 379.

Les Hautes Parties contractantes conviennent qu'en l'absence de stipulations ultérieurs contraires, le Président de toute Commission établie par le présent Traité aura droit, en cas de partage des voix, à émettre un second vote.

Article 380.

Sauf disposition contraire du présent Traité, dans tous les cas où ledit Traité prévoit le règlement d'une question particulière à certains Etats au moyen d'une Convention spéciale à conclure entre les Etats intéressés, il est et demeure entendu entre les Hautes Parties Contractantes que les difficultés, qui viendraient à surgir à cet égard, seraient réglées par les Principales Puissances alliées et associées, jusqu'à ce que l'Autriche soit admise comme membre de la Société des Nations.

Article 381.

L'expression du présent Traité „ancien Empire d'Autriche" comprend la Bosnie et l'Herzégovine, à moins que le texte indique le contraire. Cette stipulation ne porte pas atteinte aux droits et obligations de la Hongrie relativement à ces deux territoires.

Le présent Traité, rédigé en français, en anglais et en italien sera ratifié. En cas de divergence, le texte français fera foi, excepté dans la Partie I (Pacte de la Société des Nations) et la Partie XIII (Travail) dans lesquelles les textes français et anglais auront même valeur.

Le dépôt des ratifications sera effectué à Paris, le plus tôt qu'il sera possible.

Les Puissances, dont le Gouvernement a son siège hors d'Europe, auront la faculté de se borner à faire connaître au Gouvernement de la République française, par leur représentant diplomatique à Paris, que leur ratification a été donnée et, dans ce cas, elles devront en transmettre l'instrument aussitôt que faire se pourra.

Un premier procès-verbal de dépôt des ratifications sera dressé dès que le Traité aura été ratifié par la République d'Autriche d'une part et par trois des Principales Puissances alliées et associées d'autre part.

Dès la date de ce premier procès-verbal, le Traité entrera en vigueur entre les Hautes Parties Contractantes, qui l'auront ainsi ratifié.

Pour le calcul de tous délais prévus par le présent Traité cette date sera la date de mise en vigueur.

A tous autres égard le Traité entrera en vigueur pour chaque Puissance, à la date du dépôt de sa ratification.

Le Gouvernement français remettra à toutes les Puissances signataires une copie certifiée conforme des procès-verbaux de dépôt des ratifications.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires susnommés ont signé le présent Traité.

Fait à Saint-Germain, le dix septembre mil neuf cent dix-neuf en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement de la République française et dont les expéditions authentiques seront remises à chacune des Puissances signataires.

(L. S.) *Frank L. Polk.*
(L. S.) *Henry White.*
(L. S.) *Tasker H. Bliss.*
(L. S.) *Arthur James Balfour.*
(L. S.) *Milner.*
(L. S.) *Geo N. Barnes.*
(L. S.) *A. E. Kemp.*
(L. S.) *G. F. Pearce.*
(L. S.) *Milner.*
(L. S.) *Thos. Mackenzie.*
(L. S.) *Sinha of Raipur.*
(L. S.) *G. Clemenceau.*
(L. S.) *S. Pichon.*
(L. S.) *L.-L. Klotz.*
(L. S.) *André Tardieu.*
(L. S.) *Jules Cambon.*
(L. S.) *Tom. Tittoni.*
(L. S.) *Vittorio Scialoja.*
(L. S.) *Maggiorino Ferraris.*
(L. S.) *Guglielmo Marconi.*
(L. S.) *S. Chinda.*
(L. S.) *K. Matsui.*
(L. S.) *H. Ijuin.*
(L. S.) *Hymans.*

(L. S.) *J. van den Heuvel.*
(L. S.) *E. Vandervelde.*
(L. S.) *J. R. Loutsengtsiang.*
(L. S.) *Chengting Thomas Wang.*
(L. S.) *Antonio S. de Bustamante.*
(L. S.) *N. Politis.*
(L. S.) *A. Romanos.*
(L. S.) *Salvador Chamorro.*
(L. S.) *Antonio Burgos.*
(L. S.) *J. J. Paderewski.*
(L. S.) *Roman Dmowski.*
(L. S.) *Affonso Costa.*
(L. S.) *Augusto Soares.*
(L. S.) *Charoon.*
(L. S.) *Traidos Prabandhu.*
(L. S.) *D. Karel Kramar.*
(L. S.) *Dr. Eduard Benes.*
(L. S.) *Renner.*

Protocole.

En vue de préciser les conditions dans lesquelles devront être exécutées certaines clauses du Traité signé à la date de ce jour, il est entendu entre les Hautes Parties Contractantes que:

1° La liste des personnes que, conformément à l'article 173, alinéa 2, l'Autriche devra livrer aux Puissances alliées et associées, sera adressée au Gouvernement autrichien dans le mois qui suivra la mise en vigueur du Traité;

2° La Commission des réparations prévue à l'article 186 et aux paragraphes 2, 3 et 4 de l'Annexe IV, ainsi que la Section spéciale qui est prévue à l'article 179, ne pourront exiger la divulgation de secrets de fabrication ou d'autres renseignements confidentiels;

3° Dès la signature du Traité et dans les quatre moins qui suivront, l'Autriche aura la possibilité de présenter à l'examen des Puissances alliées et associées des documents et des propositions à l'effet de hâter le travail relatif aux réparations, d'abréger ainsi l'enquête et d'accélérer les décisions;

4° Des poursuites seront exercées contre les personnes qui auraient commis des actes délictueux en ce qui concerne la liquidation des biens autrichiens, et les Puissances alliées et associées recevront les renseignements et preuves que le Gouvernement autrichien pourra fournir à ce sujet.

Fait en français, en anglais et en italien, le texte français faisant foi en cas de divergence, à Saint-Germain-en-Laye le dix septembre mil neuf cent dix-neuf.

Renner.
Frank L. Polk.
Henry White.
Tasker H. Bliss.
Arthur James Balfour.
Milner.
G. N. Barnes.
A. E. Kemp.
G. F. Pearce.
Milner.
Thos. Mackenzie.
Sinha of Raipur.
G. Clemenceau.
S. Pichon.
L.-L. Klotz.
André Tardieu.
Jules Cambon.
Tom. Tittoni.
Vittorio Scialoja.
Maggiorino Ferraris.
Guglielmo Marconi.
S. Chinda.

K. Matsui.
H. Ijuin.
Hymans.
J. van den Heuvel.
E. Vandervelde.
J. R. Loutsengtsiang.
Chengting Thomas Wang.
Antonio S. de Bustamante.
N. Politis.
A. Romanos.
Salvador Chamorro.
Antonio Burgos.
J. J. Paderewski.
Roman Dmowski.
Affonso Costa.
Augusto Soares.
Charoon.
Traidos Prabandhu.
D. Karel Kramar.
Dr. Eduard Benes.

Déclaration.

Afin de réduire au minimum les pertes résultant du coulage de navires et de cargaisons au cours de la guerre, et afin de faciliter la récupération des navires et des cargaisons qui peuvent être sauvés ainsi que le règlement des réclamations privées s'y rapportant, le Gouvernement autrichien s'engage à fournir tous les renseignements en sa possession qui pourraient être utiles aux Gouvernements des Puissances alliées et associées ou à leurs ressortissants en ce qui concerne les navires coulés ou endommagés par les forces navales autrichiennes pendant la période des hostilités.

La présente déclaration faite en français, en anglais et en italien, le texte français faisant foi en cas de divergence, et signée à Saint-Germain-en-Laye le dix septembre mil neuf cent dix-neuf.

Frank D. Polk.
Henry White.
Tasker H. Bliss.
Arthur James Balfour.
Milner.
Geo N. Barnes.
A. E. Kemp.
G. F. Pearce.
Thos. Mackenzie.
Sinha of Raipur.
G. Clemenceau.
S. Pichon.
L.-L. Klotz.
André Tardieu.
Jules Cambon.
Tom. Tittoni.
Vittorio Scialoja.
Maggiorino Ferraris.
Guglielmo Marconi.
S. Chinda.
K. Matsui.
H. Ijuin.
Hymans.
J. van den Heuvel.
Vandervelde.
J. R. Loutsengtsiang.
Chengting Thomas Wang.
Antonio S. de Bustamante.
N. Politis.
A. Romanos.
Salvador Chamorro.
Antonio Burgos.
J. J. Paderewski.
Roman Dmowski.
Affonso Costa.
Augusto Soares.
Charoon.
Traidos Prabandhu.
D. Karel Kramar.
Dr. Eduard Benes.
Renner.

Déclaration particulière.

Le Gouvernement autrichien s'engage pour le cas où il en serait requis par les Gouvernements des Etats-Unis, de l'Empire britannique, de la France et de l'Italie, à interdire efficacement l'importation, l'exportation et le transit de tous articles entre l'Autriche et la Hongrie et à maintenir cette interdiction jusqu'au moment de l'acceptation formelle par le Gouvernement de la Hongrie des Conditions de paix présentées par les Gouvernements alliés et associés.

La présente déclaration faite en français, en anglais et en italien, le texte français faisant foi en cas de divergence, et signée à Saint-Germain-en-Laye le dix septembre mil neuf cent dix-neuf.

Renner.
Frank L. Polk.
Henry White.
Tasker H. Bliss.
Arthur James Balfour.
Milner.
G. N. Barnes.
A. E. Kemp.
G. F. Pearce.
Milner.
Thos. Mackenzie.
Sinha of Raipur.
G. Clemenceau.
S. Pichon.
L.-L. Klotz.
André Tardieu.
Jules Cambon.
Tom. Tittoni.
Vittorio Scialoja.
Maggiorino Ferraris.
Guglielmo Marconi.
S. Chinda.
K. Matsui.
H. Ijuin.

35.

GRANDE-BRETAGNE, RUSSIE.

Convention relative à l'échange des prisonniers; signée à Copenhague, le 12 février 1920.

League of Nations. Treaty Series I, p. 264.

The British Government and the Russian Soviet Government, being desirous of effecting an exchange of combatant and civilian prisoners and of facilitating the return of their nationals respectively, have agreed as follows:

Article 1.

Repatriation of Russian Combatants.

The British Government will repatriate all Russian combatant prisoners in the British Empire or in any territory over which the British Government at present exercises direct authority.

Article 2.

Repatriation of Russian Civilians.

The British Government will repatriate all Russian civilians in the British Empire or in any territory where the British Government exercises direct authority, whether they are at liberty, interned, or imprisoned, except those committed for grave offences, who are willing to return to Russia, and who can establish their nationality to the satisfaction of the Soviet Government.

Article 3.

Repatriation of certain specified Russians.

The provisions of Articles 1 and 2 will apply to Russians captured in the Caucasus or the Caspian and in Persia whose names, so far as they can be identified, appear on a list of such persons submitted by the Soviet Government to the British Government.

Article 4.

Repatriation of Russians from Archangel.

The British Government undertakes, subject to the provisions of Article 8, to secure the delivery to the Soviet Government of the Russian combatant prisoners and civilian officials who are in the custody of the Archangel Government and who have been captured at any time since the landing of the British forces in North Russia. This undertaking will apply to all those whose release is desired by the Soviet Government and who themselves desire to leave the territory under the control of the Archangel Government. This undertaking will include also the persons whose names appear on the list already submitted by the Soviet Govern-

ment, which list is set out in Annex (A)*) to this Agreement, in so far as they can be identified.

Article 5.

Transport Facilities.

The British Government undertakes to provide transport facilities for all persons who will be repatriated in accordance with the provisions of Articles 1, 2 and 3 of this Agreement.

The British Government further undertakes to render every possible assistance, so far as sea transport is concerned, if it should become necessary to do so, for the repatriation of Russian nationals who are at present either prisoners in or who are unable to leave Denmark, Holland, Belgium and Switzerland, subject to the consent of those Governments to the repatriation of the persons concerned.

The British Government further undertakes to make representations to the Governments of the Baltic States for the granting of the necessary facilities for the safe conveyance of all persons who are to be repatriated in accordance with the provisions of the foregoing Articles.

Article 6.

Proposed International Commission in Berlin.

In the event of the establishment of an International Commission in Berlin for the repatriation of Russian prisoners of war in Germany, the British Government undertakes to support, so far as it lies within its power to do so, the claims of the Soviet Government to be represented on such a Commission and to have equal rights with other members of the Commission. These rights are understood to include communication with the Soviet Government by their representative and the making of arrangements with the Commission for the speedy repatriation of those Russian prisoners of war at present in Germany who desire to return to Soviet Russia.

In the event of the Commission not being established, the repatriation of Russian prisoners of war in Germany to become the subject of negotiations between the Soviet Government and the German Government. The British Government on their part will acquiesce in any agreement concluded between these two Governments for the purpose of effecting the above object.

Article 7.

Repatriation of British Prisoners.

The Soviet Government will repatriate all British combatants, including those who may subsequently fall into the hands of the Soviet armies within one month from the signing of this Agreement, and all civilian prisoners, except those committed for grave offences, and all British nationals at present in Soviet Russia, as far as they can be identified, who may wish to return to any portion of the British Empire.

---

*) Non reproduit.

Article 8.

Repatriation of Russian Combatants of the Archangel Forces.

In return for the undertaking given by the British Government in Article 4 above to secure the delivery to the Soviet Government of those nationals captured in North Russia, whose names appear in Annex (A)*) in so far as they can be identified, the Soviet Government on its part will return to the Archangel Government all officers, doctors and military clerks of the 5th North Rifle Regiment and the 2nd Battalion of the Artillery Division captured on the Onega who wish to return to North Russia, in so far as they can be identified. This undertaking includes those persons whose names appear on the list contained in Annex (B)*) to this Agreement. Arrangements for this exchange of prisoners will be subsequently arrived at by means of direct communications between the military authorities on the spot.

Article 9.

The terms of this Agreement to be carried out by Representatives of the British and Soviet Governments, and, until the completion of the repatriation of Russians under this Agreement, the Soviet Representative will be given facilities to remain in some country of Western Europe, the place of abode to be agreed upon between the two Governments. The Soviet Representative shall be given facilities for communicating with his Government by wireless and also with the Soviet Representative on the Commission in Germany dealing with the repatriation of Russian prisoners of war, in the event of such a Commission being established.

Signed on behalf of His Britannic Majesty's Government:

James O'Grady.

Signed on behalf of the Russian Soviet Government:

Maxim Litvinoff.

Copenhagen, February 12, 1920.

Annex No. 1.

The Representatives of the Soviet Government of Russia and of the British Government appointed to conclude an Agreement for an exchange of Combatant and Civilian prisoners and the repatriation of their respective nationals urge their Governments to carry into effect immediately the clauses of the Agreement signed this day, 12th February, 1920, at Copenhagen.

James O'Grady.
Maxim Litvinoff.

Copenhagen, February 12, 1920.

*) Non reproduit.

Annex No. 2.

In view of the difficulty of coming to an understanding with regard to British subjects who have been imprisoned for grave offences, we have agreed to sign the Agreement in order to expedite the exchange of the prisoners and nationals outside this point of difference, leaving this special point open for further discussion.

Maxim Litvinoff.
James O'Grady.

Copenhagen, February 18, 1920.

36.

ALLEMAGNE, RUSSIE.

Arrangement concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs; signé à Berlin, le 19 avril 1920.*)

Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1920, No. 130.

Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Die Deutsche Reichsregierung,
vertreten durch den Reichskommissar für Kriegs- und Zivilgefangene, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Herrn Daniel Stücklen,
und
die Regierung der Russischen Sowjetrepublik,
vertreten durch Herrn Victor Kopp,

sind nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1.

Die beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten sind, soweit sie dies wünschen, heimzubefördern. Die Heimschaffung hat ohne Verzug zu beginnen und ist mit grösster Beschleunigung durchzuführen.

Beide Teile verpflichten sich, die Heimbeförderung auf allen zur Verfügung stehenden Wegen beschleunigt vorzunehmen und die dafür erforderlichen Beförderungsmittel zu stellen.

---

*) Ratifié. — En vigueur dès le 31 mai 1920.

Der Austausch erfolgt Transport um Transport. Jeder der beiden vertragschliessenden Teile verpflichtet sich, sobald der andere ihm Nachricht von dem Abgang eines Transports gibt, seinerseits bis zur Durchführung der von ihm zu bewirkenden Heimschaffung einen Transport bereitzustellen.

Artikel 2.

Jeder der beiden Teile verpflichtet sich:

1. allen in seiner Gewalt befindlichen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten des anderen Teiles sowie den Staatsangehörigen des anderen Teiles, die aus der Kriegs- oder Zivilgefangenschaft beurlaubt oder entlassen sind, bis zur Übergabe an den Heimatstaat oder dessen Beauftragten ausreichenden Unterhalt oder die Möglichkeit entsprechenden Verdienstes zu gewähren;
2. die Personen, denen nach Artikel 1 das Recht auf Heimbeförderung zusteht, hiervon unverzüglich durch amtliche Bekanntmachung in Kenntnis zu setzen.

Artikel 3.

Als russische Kriegsgefangene im Sinne dieses Abkommens gelten alle Russen oder ehemals russische Reichsangehörige, die im Kampfe für das ehemalige Russische Reich oder für die Russische Sowjetrepublik oder im Kampfe gegen die Russische Sowjetrepublik in deutsche Gewalt gekommen sind.

Artikel 4.

Als deutsche Kriegsgefangene im Sinne dieses Abkommens gelten alle Deutschen oder ehemals deutsche Reichsangehörige, die im Kampfe für das Deutsche Reich oder im Kampfe gegen die Russische Sowjetrepublik in russische Gewalt gekommen sind.

Anmerkung zu Artikel 3 und 4.

Die beiderseitigen Geiseln gelten als Kriegsgefangene im Sinne dieses Abkommens und sind sofort in die Heimat zu entlassen.

Artikel 5.

Die Heimbeförderung darf nicht dadurch verzögert werden, dass der dazu Berechtigte sich in einem Dienstverhältnisse befindet oder sonstige privatrechtliche Verbindlichkeiten auf dem Gebiete des andern vertragschliessenden Teiles noch zu erfüllen hat. Ersatzforderungen aus derartigen Verpflichtungen können von keiner Seite gestellt werden.

Artikel 6.

Eine Zurückhaltung auf Grund von Untersuchungen oder Verurteilungen wegen Verstössen gegen die Disziplin und wegen politischer Verbrechen und Vergehen, insbesondere auch wegen Spionage, findet nicht statt. Dagegen dürfen Personen, bei denen die Voraussetzung für die Heimbeförderung vorliegt, auf Grund von Untersuchungen und Verurteilungen wegen gemeiner Verbrechen bis zur vollendeten Strafverbüssung oder bis zu einer anderweitigen Verständigung zwischen den beiden Teilen zurückgehalten werden.

Artikel 7.

Jeder der beiden Teile gewährt volle Straffreiheit denjenigen Heimgeschafften, die durch politische Tätigkeit oder mit der Waffe die Verfassung ihres Heimatstaats bekämpft haben.

Artikel 8.

Bis zur Durchführung dieses Abkommens ist jeder der beiden Teile berechtigt, auf dem Gebiete des anderen Teiles eine Fürsorgestelle zur Vorbereitung der Heimbeförderung und zur Gewährung materieller Hilfe an die nach seinem Gebiete Heimkehrenden zu unterhalten. Der Umfang und die Befugnisse solcher Fürsorgestellen werden durch besondere Vereinbarungen geregelt.

Artikel 9.

Beide Teile übertragen die Führung der Verhandlungen mit den Staaten, die für den Durchtransport in Frage kommen, dem Internationalen Roten Kreuz in Genf, das gleichzeitig die Leitung und die Sicherung der Transporte durch diese Gebiete übernimmt. Über die Art der Verrechnung der daraus entstehenden Kosten wird von jedem der vertragschliessenden Teile ein besonderes Abkommen mit dem Internationalen Roten Kreuz getroffen.

Artikel 10.

Die Verrechnung aller durch die Ausführung dieses Abkommens entstehenden Kosten sowie die Erledigung aller Fragen, die das Eigentum der Heimkehrenden, die Nachlässe von Verstorbenen, den Austausch der Totenlisten, die Mitteilung über Grabstätten und ähnliches betreffen, sind durch eine besondere Vereinbarung zu regeln.

Artikel 11.

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald es von den beiden Regierungen genehmigt ist.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 19. April 1920.

Stücklen.
V. Kopp.

37.

ALLEMAGNE, RUSSIE.

Dispositions concernant l'exécution de l'Arrangement relatif au rapatriement réciproque des prisonniers de guerre et des internés civils, signé le 19 avril 1920:*) signées à Berlin, le 7 juillet 1920.

Copie officielle.

In Bezug auf den Umfang und die Befugnisse der Fürsorgestellen zur Vorbereitung der Heimbeförderung und zur Gewährung materieller Hilfe wird Nachfolgendes vereinbart:

§ 1.

Auf Grund des Artikels 8 des Abkommens über den gegenseitigen Gefangenenaustausch werden in Moskau eine deutsche und in Berlin eine russische Fürsorgestelle für Kriegs- und Zivilgefangene errichtet.

Diese Fürsorgestellen sind als Interessenvertretungen für Kriegs- und Zivilgefangene im weitesten Sinne anzusehen. Die Behörden und amtlichen Stellen des Landes, in dem sie sich befinden, haben ihnen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Beistand zu leisten.

§ 2.

Die beiderseitigen Fürsorgestellen können Unterstellen errichten, wenn es sich für die Durchführung ihrer Aufgabe als notwendig erweist. Die Errichtung der Unterstellen erfolgt nur mit Genehmigung der zuständigen Stelle des Nehmestaates.

§ 3.

Die Fürsorgestellen haben folgende Aufgaben zu erfüllen:

a) Ausübung der Fürsorgetätigkeit und der allgemeinen Interessenvertretung für Kriegs- und Zivilgefangene;
b) ferner Fürsorge für Invaliden, Greise, Frauen und Kinder,
c) Mitwirkung bei der Zusammenstellung und bei der Begleitung der Transporte bis an die Grenze des Nehmestaates.

§ 4.

Um die genannten Aufgaben zu erfüllen, sind die Fürsorgestellen berechtigt:

a) mit den Kriegs- und Zivilgefangenen, insbesondere mit den Lagerkomites, in Verkehr zu treten und zu diesem Zwecke Lager und Arbeitskommandos durch besondere Bevollmächtigte besuchen zu lassen;

---

*) V. ci-dessus, No. 36, p. 813.

b) auf Misstände jeglicher Art in den Lagern, Lazaretten, sowie bei den Transporten die zuständigen Stellen des Nehmestaates aufmerksam zu machen.

c) ein Nachrichtenblatt für die Kriegsgefangenen unter Berücksichtigung der landesgesetzlichen Bestimmungen herauszugeben, das keinen propagandistischen Charakter tragen darf und nur den Zwecken der Gefangenenheimführung, sowie den damit verbundenen Informationen dient. Das seitens der russischen Fürsorgestelle herauszugebende Nachrichtenblatt muss in russischer Sprache erscheinen.

d) den Briefkurierdienst mit den entsprechenden Stellen in der Heimat zu unterhalten.

§ 5

Die beiderseitigen Fürsorgestellen stehen unter der Leitung von namentlich bezeichneten, von ihrer Regierung ernannten und von der Regierung des anderen Landes amtlich anerkannten Personen. Die verantwortlichen Leiter sind berechtigt, mit ihrer Regierung ungehindert telegraphisch und drahtlos zu verkehren in offener sowie chiffrierter Sprache. Sie sind ferner berechtigt, ein Amtssiegel zu führen. Die mit diesem Siegel versehenen und an die amtlichen Stellen des Heimatstaates gerichteten Sendungen gemäss § 4 dürfen weder zensiert noch geöffnet werden.

§ 6.

Die Einrichtung eines brieflichen Verkehrs zwischen den Kriegsgefangenen und ihren Angehörigen werden sich die beiden vertragschliessenden Teile durch ihre Fürsorgestellen angelegen sein lassen. Vereinbarungen über ein Kriegsgefangenen-Postabkommen sollen mit tunlichster Beschleunigung getroffen werden.

Berlin, den 7. Juli 1920.

(Siegel) (Gez.) *Stücklen.*
(Siegel) (Gez.) *V. Kopp.*

38.

ALLEMAGNE, RUSSIE.

Convention additionnelle à la Convention concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs, conclue le 19 avril 1920;*) signée à Berlin, le 6 mai 1921.**)

Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1921, No. 84.

Ergänzungsabkommen zu dem zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik am 19. April 1920 geschlossenen Abkommen über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Die Deutsche Regierung, vertreten durch

1. den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amte, Herrn Gustav Behrendt,
2. den Wirklichen Legationsrat im Auswärtigen Amte, Freiherrn Ago von Maltzan,

und

die Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik, vertreten durch Herrn Aron Scheinmann,

sind über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

Heimtransport der ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Artikel 1

Beide Regierungen übernehmen die ausdrückliche Verpflichtung, die Heimbeförderung der noch nicht heimgeschafften Kriegsgefangenen und Zivilinternierten mit grösster Beschleunigung durchzuführen.

Artikel 2.

Eine Zurückhaltung von Kriegsgefangenen auf Grund von Untersuchungen oder Verurteilungen wegen Verstössen gegen die Disziplin und wegen strafbarer Handlungen jeglicher Art, die vor dem Tage der Unterzeichnung dieses Ergänzungsabkommens begangen sind, findet nicht statt.

Zu welchem Zeitpunkt die Heimbeförderung, die möglichst unverzüglich zu beginnen hat, erfolgen soll, bleibt besonderen Vereinbarungen der ausführenden Stellen vorbehalten.

---

*) V. ci-dessus, No. 36, p. 843.

**) L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 30 août 1921 (Reichsgesetzblatt 1921, p. 1261).

Artikel 3.

Die beiderseitigen Fürsorgestellen sind befugt, Nachforschungen nach Vermissten und Verstorbenen anzustellen sowie Todesurkunden und Mitteilungen über Grabstätten zu beschaffen und, soweit möglich, für Instandhaltung letzterer zu sorgen.

Zu diesem Zwecke haben sie sich mit den in Betracht kommenden Zentralbehörden des anderen Teiles ins Benehmen zu setzen. Diese sind verpflichtet, alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und zu beschaffen, die notwendig sind, Aufschluss über den Verbleib von Vermissten zu geben.

Beide Regierungen verpflichten sich, die in ihren Händen befindlichen Nachlässe der verstorbenen Kriegsteilnehmer nebst einer Nachweisung in dreifacher Ausfertigung, von denen die eine mit Empfangsbestätigung zurückzugeben ist, mit möglichster Beschleunigung auszutauschen.

Artikel 4.

Wenn und soweit es eine der beiden Regierungen verlangt, sind als Zivilinternierte im Sinne des Abkommens vom 19. April 1920 sowie dieses Ergänzungabkommens diejenigen beiderseitigen Staatsangehörigen zu betrachten, die bei Ausbruch des Krieges in dem jetzigen Gebiete des anderen Teiles ansässig gewesen sind oder sich dauernd oder vorübergehend bis zum Abschluss des Friedens von Brest-Litowsk (3./17. März 1918,*) aufgehalten haben.

Eigentumsrechte der ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Artikel 5.

Vorbehaltlich einer grundsätzlichen Regelung der Eigentumsrechte der beiderseitigen Staatsangehörigen wird in Ausführung des Artikels 10 des Abkommens vom 19. April 1920 Nachstehendes über das persönliche, dem eigenen Bedarfe dienende, auch den Hausrat umfassende Privateigentum (weiter nur Eigentum genannt) vorläufig vereinbart:

Um die Rechtsansprüche der ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten hinsichtlich des Eigentums sicherzustellen und die Regelung dieser Ansprüche herbeizuführen, wird eine deutsch-russische Kommission mit dem Sitze in Moskau errichtet, die spätestens vier Wochen nach dem Inkrafttreten dieses Ergänzungsabkommens ihre Tätigkeit aufzunehmen hat. Beide Regierungen melden bei dieser Kommission die urkundlich belegten Ansprüche ihrer Staatsangehörigen an. Der Aufgabenkreis der Kommission und der Geschäftsgang werden durch eine Geschäftsordnung näher bestimmt. Es herrscht darüber Einverständnis, dass für diese Regelung der Ansprüche der deutschen Staatsangehörigen durch die Kommission lediglich das Dekret des Rates der Volkskommissare vom 16. April 1920 über Requisitionen und Konfiskationen, veröffentlicht in der Gesetzsammlung 1920 Nr. 29 (Anhang I),**) und das Ergänzungsdekret vom 23. Juli 1920, veröffentlicht

*) V. **N. R. G. 3.** s. X, p. 773. **) Non reproduit.

in den „Iswestija“ vom 25. Juli 1920 (Anhang II).*) für die Regelung der Ansprüche der russischen Staatsangehörigen die deutschen Gesetze massgebend sind.

Anmerkung: Für die Behandlung der Rechtsansprüche deutscher Staatsangehöriger sollen die einschlägigen Bestimmungen des Dekrets des Rates der Volkskommissare über herrenloses Gut, veröffentlicht in den „Iswestija“ Nr. 257 vom 16. November 1920 (Anhang III).*) herangezogen werden.

Artikel 6.

Das Eigentum darf, insofern es das Gewicht von 8 Pud (131 Kilogramm) nicht übersteigt, unter Beobachtung der Ausfuhrbestimmungen sofort zoll- und abgabefrei ausgeführt werden.

Anmerkung: Das in Petersburg und Moskau befindliche, etwa 1500 Kolli betragende, bewegliche Gut ist als Privateigentum bereits Heimgekehrter zu betrachten und nach Massgabe dieses Artikels zu behandeln. Nach erfolgter Prüfung darf es sofort abtransportiert werden, wobei die Russische Regierung die erforderlichen Transportmittel zur Beförderung nach einem dem Austausch der Kriegsgefangenen dienenden Hafen zur Verfügung stellt.

Artikel 7.

Das von der Kommission als deutsches Eigentum anerkannte, 8 Pud übersteigende und das zur Ausfuhr nicht zugelassene Gut der ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten ist bis zur endgültigen Entscheidung über den Abtransport von der Russischen Regierung auf Antrag der Deutschen Fürsorgestelle dieser zur Aufbewahrung zu übergeben. Die Russische Regierung stellt zu diesem Zwecke die erforderlichen Lagerräume und Eisenbahntransportmittel zur Verfügung.

Artikel 8.

Soweit ein der Kommission vorgelegter Antrag sich auf greifbares Eigentum bezieht, sind die beiderseitigen Zentralbehörden für auswärtige Angelegenheiten auf Antrag der Fürsorgestellen verpflichtet, bis zur Beschaffung der der Kommission vorzulegenden urkundlichen Unterlagen den provisorischen Schutz über das Eigentum auszuüben. Die urkundlichen Unterlagen müssen innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Ablauf des Tages, an dem die Fürsorgestellen den Antrag gestellt haben, beigebracht werden.

Internierte Heeresangehörige.

Artikel 9.

Als russische internierte Heeresangehörige in Deutschland sind alle Personen anzusehen, die als Angehörige der russischen Sowjet-Armee die deutsche Grenze überschritten haben.

---

*) Non reproduit.

Für die Behandlung der Internierten sind die Grundsätze des Abkommens vom 19. April 1920 sowie der in Ergänzung dazu getroffenen Vereinbarungen und der Artikel 2 dieses Abkommens massgebend.

Artikel 10.

Die Russische Regierung verpflichtet sich vorbehaltlich anderweitiger Regelung, die von der Deutschen Regierung bis zum 1. Januar 1921 verauslagten und festgestellten Kosten, die dem Deutschen Reiche im Zusammenhange mit der Internierung aller russischen Heeresteile entstanden sind, spätestens am 1. Juli 1921 zurückzuerstatten.

Die nach dem 1. Januar 1921 entstandenen Kosten dieser Art werden von der Russischen Regierung spätestens drei Monate nach erfolgter Anforderung erstattet werden.

Artikel 11.

Die Russische Regierung erklärt sich damit einverstanden, dass zur Deckung der im Artikel 10 erwähnten Kosten das von den russischen Heeresteilen mitgeführte Heeresgut herangezogen wird unter der Voraussetzung, dass die Verwertung dieses Gutes nach den Grundsätzen erfolgt, die für die Verwertung überzähligen deutschen Heeresgutes massgebend sind, und dass hierbei ein Vertreter der Russischen Fürsorgestelle anwesend ist, dem Protokoll- und Einspruchsrecht zusteht, ohne dass die Verwertung selbst dadurch aufgehalten werden soll.

Artikel 12.

Dieses Abkommen tritt mit der Unterzeichnung in Kraft, die Artikel 2, 4 und 9, soweit sie die Gewährung von Straffreiheit in sich schliessen, jedoch erst mit Austausch besonderer Ratifikationsurkunden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 6. Mai 1921.

gez. *Gustav Behrendt.*
Freiherr *Ago von Maltzan.*
Scheinmann.

39.

AUTRICHE, RUSSIE, RÉPUBLIQUE UKRAINIENNE.

Arrangement concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs; signé à Vienne, le 7 décembre 1921.*)

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 1922, 36. Stück, No. 148.

Die Regierung der Republik Österreich, vertreten durch

Johann Schober,

die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, vertreten durch

Miecislaw Bronski-Warszawski

und die Regierung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, vertreten durch

Michail Lewizkij,

sind über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1.

Heimbeförderung der ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Die vertragschliessenden Regierungen übernehmen die Verpflichtung, die Heimbeförderung der noch nicht heimgeschafften Kriegsgefangenen und Zivilinternierten mit grösster Beschleunigung durchzuführen.

Eine Zurückhaltung von Kriegsgefangenen oder Zivilinternierten auf Grund von Untersuchungen oder Verurteilungen wegen Verstössen gegen die Disziplin und wegen strafbarer Handlungen jeglicher Art, die vor dem Tage der Unterzeichnung dieses Ergänzungsabkommens begangen sind, ist nur im Einvernehmen mit der Regierung des Staates, dem der Zurückgehaltene angehört, zulässig. Gegen seinen Willen darf jedoch kein Zurückgehaltener seinem Heimatstaate übergeben werden.

Die Behörden des einen Vertragsteiles sind im Falle der Festhaltung eines Kriegsgefangenen oder Zivilinternierten des anderen Vertragsteiles verpflichtet, hievon sofort an die zuständige Vertretung dieses Teiles die Anzeige zu erstatten, in welcher neben den genauen Personaldaten des Festgehaltenen auch die Gründe für diese Massnahme genau angegeben sind.

Die Heimbeförderung darf nicht dadurch verzögert werden, dass der dazu Berechtigte sich in einem Dienstverhältnis befindet oder sonstige privatrechtliche Verbindlichkeiten auf dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Teiles noch zu erfüllen hat.

---

*) Ratifié. L'Arrangement a été mis en vigueur le 14 février 1922.

Die russische und die ukrainische Regierung verpflichten sich, Vorsorge zu treffen, dass gewaltsame Auswaggonierungen der auf dem Heimtransporte befindlichen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten auf ihren Hoheitsgebieten nicht vorkommen, es wäre denn, dass für eine solche Massnahme gewichtige Gründe vorlägen. In jedem solchen Falle müssen diese Gründe sowie die Namen und die Personaldaten der Auswaggonierten der betreffenden Vertretung ohne Verzug zur Kenntnis gebracht werden. Ebenso erscheint die Zurückhaltung der auf dem Heimtransport befindlichen ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten zum Zwecke einer öffentlichen Arbeitsleistung unzulässig.

Solche ehemalige Kriegsgefangene und Zivilinternierte, die wieder in den Hoheitsbereich des Staates, in welchem sie gefangen waren, freiwillig zurückgekehrt sind, kommen für den Heimtransport als Kriegsgefangene oder Zivilinternierte nicht mehr in Betracht.

Artikel 2.

Lebenshaltung.

Jeder der Vertragsteile verpflichtet sich:

1. Allen in seiner Gewalt befindlichen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten des anderen Teiles, bis zur Übergabe an den Heimatstaat oder dessen Beauftragten ausreichenden Unterhalt oder die Möglichkeit entsprechenden Verdienstes zu gewähren.

2. Die Personen, denen das Recht auf Heimbeförderung zusteht, hievon unverzüglich durch amtliche Bekanntmachung in Kenntnis zu setzen und die Namensliste der in Rede stehenden, noch nicht heimbeförderten Personen der Regierung des anderen Vertragsteiles zu übermitteln.

3. Keine Einteilung in Gruppen oder Kategorien in der Absicht, die ehemaligen Kriegsgefangenen, beziehungsweise Zivilinternierten dadurch in schlechtere Existenzbedingungen zu bringen, vorzunehmen.

4. In jenen Fällen, in welchen dies praktisch durchführbar ist, wird die Trennung der Kriegsgefangenen österreichischer Bundesangehörigkeit von jenen anderer Nationalitäten und ihre gesonderte Unterbringung zum Zwecke einer geregelten Fürsorgetätigkeit der Vertretung zugestanden.

Die Kranken sind, wenn es möglich ist, in einem Spitale zu vereinigen, wenn nicht wegen des besonderen Krankheitsfalles ein bestimmtes hiefür speziell eingerichtetes Krankenhaus gewählt werden muss.

Bei ohne Wissen der Vertretung in Spitälern abgegebenen Kranken besteht die gegenseitige Verpflichtung, die Vertretung nach ihrer Einlieferung zu verständigen.

5. Als Zubussen für Kriegsgefangene und Zivilinternierte bestimmte Lebensmittel können nach vorherigen jeweiligen Übereinkommen der Vertretung mit der betreffenden Regierung zollfrei eingeführt oder im Lande beschafft werden und stehen zur ausschliesslichen Verfügung der Vertretung.

Artikel 3.

Nachforschungen.

Die beiderseitigen Vertretungen sind befugt, Nachforschungen nach Vermissten und Verstorbenen anzustellen sowie Todesurkunden und Mitteilungen über Grabstätten zu beschaffen.

Zu diesem Zwecke haben sie sich mit den in Betracht kommenden Zentralbehörden des anderen Teiles ins Einvernehmen zu setzen. Diese sind verpflichtet, alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und jene Behelfe zu beschaffen, die notwendig sind, Aufschluss über den Verbleib von Vermissten zu geben.

Die vertragschliessenden Regierungen verpflichten sich, die in ihren Händen befindlichen Nachlässe der verstorbenen Kriegsteilnehmer nebst einer Nachweisung in dreifacher Ausfertigung, von denen die eine mit Empfangsbestätigung zurückzugeben ist, mit möglichster Beschleunigung auszutauschen.

Die Instandhaltung der Grabstätten übernimmt die Regierung des betreffenden Staates für ihr Hoheitsgebiet.

Artikel 4.

Begriff Kriegsgefangener und Zivilinternierter.

Kriegsgefangene im Sinne des Kopenhagener und des gegenwärtigen Abkommens sind Angehörige der ehemaligen russischen, beziehungsweise österreichisch-ungarischen Armee, einschliesslich der Mitglieder der früheren humanitären Missionen, die sich seit ihrer Gefangennahme ununterbrochen auf dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Teiles aufhalten und von dessen Behörden an ihrer Rückkehr behindert, beziehungsweise in ihrer Freiheit beschränkt waren.

Zivilinternierte im Sinne des Kopenhagener und des gegenwärtigen Abkommens sind diejenigen Staatsangehörigen der vertragschliessenden Teile, die sich seit ihrer Internierung ununterbrochen auf dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Teiles aufhalten und von dessen Behörden an ihrer Rückkehr behindert, beziehungsweise in ihrer Freiheit beschränkt waren.

In zweifelhaften Fällen wird eine Entscheidung zwischen der beteiligten Vertretung und der Regierung des Aufenthaltsstaates getroffen.

Artikel 5.

Eigentumsrechte der ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Vorbehaltlich einer grundsätzlichen Regelung der Eigentumsrechte der Staatsangehörigen der vertragschliessenden Teile wird Nachstehendes über das persönliche, dem eigenen Bedarf dienende, auch den Hausrat umfassende Privateigentum (weiter nur Eigentum genannt) vorläufig vereinbart:

Um die Rechtsansprüche der ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten hinsichtlich des Eigentums sicherzustellen und die Regelung dieser Ansprüche herbeizuführen, wird eine aus Mitgliedern der bevoll-

mächtigten österreichischen Vertretungen in Moskau und Charkow und aus russischen, beziehungsweise ukrainischen Funktionären bestehende gemischte Kommission am Sitze der erwähnten Vertretungen errichtet, die spätestens vier Wochen nach dem Inkrafttreten dieses Ergänzungsabkommens ihre Tätigkeit aufzunehmen hat. Die vertragschliessenden Regierungen melden bei dieser Kommission die urkundlich belegten Ansprüche ihrer Staatsangehörigen an. Der Aufgabenkreis der Kommission und der Geschäftsgang werden durch eine Geschäftsordnung näher bestimmt. Es herrscht darüber Einverständnis, dass für diese Regelung der Ansprüche der österreichischen Staatsangehörigen durch die Kommissionen lediglich die einschlägigen Dekrete des Rats der Volkskommissare, für die Regelung der Ansprüche der russischen und der ukrainischen Staatsangehörigen die österreichischen Gesetze massgebend sind.

Artikel 6.

Das Eigentum darf, insofern es, ohne Einbeziehung des Handgepäckes, das Gewicht von 8 Pud (131 Kilogramm) nicht übersteigt, unter Beobachtung der Ausfuhrbestimmungen sofort zoll- und abgabefrei ausgeführt werden.

Artikel 7.

Das von den Kommissionen als österreichisches Eigentum anerkannte, 8 Pud übersteigende und das zur Ausfuhr nicht zugelassene Gut der ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten ist bis zur endgültigen Entscheidung über den Abtransport von der russischen, beziehungsweise ukrainischen Regierung auf Antrag der österreichischen bevollmächtigten Vertretungen diesen zur Aufbewahrung zu übergeben. Die russische und die ukrainische Regierung stellen zu diesem Zwecke die erforderlichen Lagerräume und Eisenbahntransportmittel zur Verfügung.

Artikel 8.

Soweit ein den Kommissionen vorgelegter Antrag sich auf greifbares Eigentum bezieht, sind die Zentralbehörden für Auswärtige Angelegenheiten der vertragschliessenden Teile auf Antrag der bevollmächtigten Vertretungen verpflichtet, bis zur Beschaffung der den Kommissionen vorzulegenden urkundlichen Unterlagen den provisorischen Schutz über das Eigentum auszuüben. Die urkundlichen Unterlagen müssen innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Ablauf des Tages, an dem die bevollmächtigten Vertretungen den Antrag gestellt haben, beigebracht werden.

Artikel 9.

Registrierung.

Die Zusammenstellung der Transportlisten der Heimkehrer bewerkstelligen die zuständigen Stellen des Aufenthaltsstaates.

Anregungen der bevollmächtigten Vertretungen hinsichtlich Einteilung bestimmter auf freiem Fusse befindlicher Kriegsgefangenen und Zivilgefangenen in bestimmte Transporte müssen nach Massgabe der Transport-

mittel berücksichtigt werden. Um dies den Vertretungen zu ermöglichen, müssen ihnen die Transportlisten rechtzeitig zur Vidierung vorgelegt werden.

Die Kriegsgefangenen und Zivilinternierten besitzen innerhalb der bestehenden allgemeinen Vorschriften das Recht zum uneingeschränkten Verkehr mit ihren bevollmächtigten Vertretungen und können sich hiezu aller Verkehrsmittel nach den allgemeinen staatlichen Grundsätzen bedienen.

Artikel 10.

Mitnahme von Familienmitgliedern.

Den auf Grund des Kopenhagener Vertrages heimkehrenden Personen steht das Recht zu, gleichzeitig ihre Familie mitzunehmen, das sind: die Frau, wenn sie in gemeinsamem Haushalt mit ihrem Manne lebt, und die Kinder.

Artikel 11.

Entsendung von Organen zur Nachforschung.

Zum Zwecke der Fürsorge für Kriegsgefangene und Zivilinternierte, der Nachforschungen nach Vermissten, beziehungsweise Erhebungen nach Verstorbenen ist die Entsendung von Vertretungsorganen oder Bevollmächtigten, sowie die Mitnahme von Fürsorgezwecken dienendem Material durch diese nach vorher gepflogenem Einvernehmen mit der kompetenten Regierungsstelle gestattet. Werden bei dieser Gelegenheit eigene Staatsangehörige aufgefunden, so können diese Delegierten deren Heimtransport durch die zuständigen staatlichen Stellen veranlassen.

Zur Erleichterung der Aufgabe der Vertretungen verpflichten sich die vertragschliessenden Teile, die nötigen Grundlagen, Aufklärungen und Behelfe zu liefern und ihren Mitgliedern oder den bevollmächtigten Personen den Besuch von Spitälern, Gefängnissen, Kriegsgefangenenlagern und anderen Aufenthaltsorten der Personen, welche der Repatriierung unterliegen, unter Einhaltung der für diese Anstalten vorgeschriebenen Besuchsordnung zu gestatten.

Artikel 12.

Rückschaffung der Kriegsgefangenen.

Die Rückschaffung der österreichischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten geschieht auf den derzeit bestehenden, beziehungsweise etwa neu zu eröffnenden See- und Landwegen.

Die in der Nähe der polnischen Grenze befindlichen österreichischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten sind den polnischen Übernahmsstationen für Kriegsgefangene zu übergeben. Zwischen der polnischen und der österreichischen Regierung bestehen Abmachungen wegen deren Übernahme.

Artikel 13.

Dieses Abkommen, als dessen Originaltext sowohl der deutsche als auch der russische und der ukrainische Text gilt, bedarf zu seiner Wirksamkeit der Genehmigung durch die vertragschliessenden Regierungen, die

in der Form diplomatischer Noten mitgeteilt werden wird. Es tritt am Tage der gegenseitigen Mitteilung von der erfolgten Genehmigung in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Ausgefertigt in dreifacher Urschrift.

Wien, am 7. Dezember 1921.

(L. S.) *Schober* m. p.
(L. S.) ***Bronski*** **m. p.**
(L. S.) *M. Lewicki* m. p.

40.

ALLEMAGNE, HONGRIE.

Arrangement relatif au passage des prisonniers de guerre respectifs; signé à Berlin, le 8 mai 1920.

Copie officielle.

Die Deutsche Reichsregierung,
vertreten durch den Reichskommissar für Kriegs- und Zivilgefangene, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Herrn Daniel Stücklen
und
die Königlich Ungarische Regierung,
vertreten durch Herrn Dr. Michael Jungerth, Sectionsrat im Königlich Ungarischen Ministerium des Aeussern, sind über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

Unter der Voraussetzung, dass die russische Sowjetregierung dem Abtransport der ungarischen Kriegsgefangenen aus Russland zustimmt, haben die deutsche Reichsregierung und die Königlich Ungarische Regierung folgendes Abkommen geschlossen:

Artikel 1.

Die Deutsche Regierung ist, soweit es den Abtransport der deutschen Gefangenen nicht beeinträchtigt, bereit, bei der Uebernahme deutscher Kriegsgefangener von Russland auch ungarische Gefangene zu übernehmen und diese auf Kosten der Königlich Ungarischen Regierung über das deutsche Reichsgebiet nach Passau a. D. oder in eine nach Massgabe der Verkehrsverhältnisse später zu bestimmende andere Austrittsstation zu befördern; vereinzelte ungarische Heimkehrer, die Deutschland betreten, werden nach obigen Grundsätzen behandelt.

Artikel 2.

Die Verpflegung der ungarischen Heimkehrer während des Durchtransportes durch Deutschland erfolgt durch das Internationale Rote Kreuz.

Artikel 3.

Die Königlich Ungarische Regierung verpflichtet sich, sämtliche Auslagen, die infolge des Transportes und der Verpflegung ungarischer Heimkehrer entstehen, im Verrechnungswege dem Internationalen Roten Kreuz zu vergüten. Die Transporttarife werden in derselben Höhe berechnet, wie bei den deutschen Heimkehrern.

Artikel 4.

Zur Sicherstellung der Auslagen der deutschen Regierung hinterlegt die Königlich Ungarische Regierung bei dem Bankhaus Mendelssohn & Co. für das Genfer Bankhaus Pictet & Co. einen Betrag zur Verfügung des Internationalen Roten Kreuzes.

Artikel 5.

Für die Bekleidung der von der deutschen Regierung übernommenen ungarischen Heimkehrer hat die Königlich Ungarische Regierung zu sorgen.

Artikel 6.

Die Königlich Ungarische Regierung erklärt sich bereit, sämtliche deutsche Heimkehrer, die das ungarische Gebiet betreten, gegen Verrechnung an eine von Deutschland bezeichnete Grenzstation zu befördern und auf dem Gebiete Ungarns zu verpflegen.

Artikel 7.

Für die Bekleidung deutscher Heimkehrer in Ungarn hat die deutsche Regierung zu sorgen.

Artikel 8.

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald es von den beiden Regierungen genehmigt ist.

Berlin, den 8. Mai 1920.

(Gez.) *Stücklen.*
(Gez.) *Dr. Jungerth.*

41.

ALLEMAGNE, LETTONIE.

Convention concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs; signée a Berlin, le 20 avril 1920.*)

Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1920, No. 130.

Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Lettländischen Republik über den gegenseitigen Gefangenenaustausch.

Die Deutsche Reichsregierung,
vertreten durch den Reichskommissar für Kriegs- und Zivilgefangene, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Herrn Daniel Stücklen,
und
die Regierung der Lettländischen Republik,
vertreten durch:
1. Herrn Dr. med. Jahnis Jankowskis, Vorsitzender des Lettländischen Roten Kreuzes,
2. Herrn Hermann Albat, Juriskonsult des Lettländischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten,
3. Frau Austra Osolin-Krause, Legationsrat der Lettländischen Gesandtschaft in Berlin,
4. Herrn Baron Eduard Rosenberg, Mitglied der Lettländischen Rotkreuz-Kommission,

sind nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1.

Die beiderseitigen Kriegs- und Zivilgefangenen sind, soweit sie dies wünschen, heimzubefördern. Die Heimschaffung hat sofort zu beginnen und ist mit grösster Beschleunigung durchzuführen.

Artikel 2.

Das Abkommen betreffs Heimschaffung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen erstreckt sich auf alle Personen, die die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen und nach Deutschland heimzukehren wünschen. Dazu gehören:

1. Reichsdeutsche, die während irgendwelcher kriegerischer Handlungen in lettländische Gefangenschaft geraten sind.

---

*) En vigueur dès le 31 mai 1920.

2. deutsche Kriegsgefangene, die in russischer Gefangenschaft waren und auf der Heimreise nach Lettland geraten sind,
3. reichsdeutsche Zivilpersonen, die in Lettland ansässig waren und nach Deutschland zurückzukehren wünschen.

Artikel 3.

In gleicher Weise erstreckt sich dieses Abkommen auf die Heimbeförderung der lettländischen Kriegs- und Zivilgefangenen, die aus Deutschland nach Lettland heimzukehren wünschen.

Zu den lettländischen Kriegsgefangenen werden gerechnet die Angehörigen der früheren russischen Armee, die lettländischer Nationalität sind oder auf Grund der bestehenden Gesetze ein Anrecht auf die lettländische Staatsangehörigkeit haben und während des Weltkrieges und bei späteren kriegerischen Handlungen in deutsche Gefangenschaft geraten sind.

Artikel 4.

Zivilpersonen und Flüchtlinge, die nach den bestehenden Gesetzen ein Anrecht auf die lettländische Staatsangehörigkeit haben und augenblicklich innerhalb der Grenzen Deutschlands wohnen, haben das Recht, nach Lettland zurückzukehren, wobei jedoch in jedem Falle die Einwilligung der Lettländischen Regierung durch den Gesuchsteller einzuholen ist.

Artikel 5.

Der Abtransport erfolgt vorzugsweise auf dem Seeweg von Stettin nach Riga und umgekehrt. Die Zuleitung der abzutransportierenden Personen zu den Häfen erfolgt durch den jeweiligen Nehmestaat.

Der Nehmestaat versorgt die heimkehrenden Gefangenen mit Verpflegung bis zum Hafenort ihres Heimatstaats.

Artikel 6.

Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich, in ihren Ländern den Abschluss dieses Abkommens bekanntzugeben und die daran interessierten Personen aufzufordern, sich zum Abtransporte zu melden.

Artikel 7.

Die vertragschliessenden Teile werden besondere Bevollmächtigte entsenden, welche im Einvernehmen mit der Regierung des anderen Staates sowie nach Möglichkeit unter Hinzuziehung eines Vertreters des Internationalen Roten Kreuzes alle Fragen über die Durchführung des Abtransports regeln und die entsprechenden Massnahmen treffen werden.

Artikel 8.

Eine Zurückhaltung der Kriegs- und Zivilgefangenen auf Grund von Untersuchungen wegen Verstössen gegen die Disziplin und wegen politischer Verbrechen oder Vergehen findet nicht statt; dagegen dürfen Personen, bei denen die Voraussetzung für die Heimkehr vorliegt, auf Grund von

Untersuchungen und Verurteilungen wegen gemeiner Verbrechen bis zur vollendeten Strafverbüssung oder bis zu einer anderweitigen Verständigung zwischen den beiden Teilen zurückgehalten werden.

Artikel 9.

Die Verrechnung aller durch die Ausführung dieses Abkommens entstehenden Kosten sowie die Erledigung aller Fragen, die den Abtransport, das Eigentum der Heimkehrenden, den Nachlass der Verstorbenen, den Austausch der Totenlisten, die Mitteilung über Grabstätten und ähnliches betreffen, sind durch besondere Vereinbarungen zu regeln.

Artikel 10.

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald es von den beiden Regierungen ratifiziert ist.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 20. April 1920.

Stücklen.

Dr. med. Jankowskis.
H. Albat.
Austra Osolin-Krause.
Ed. Baron Rosenberg.

42.

ALLEMAGNE, LETTONIE.

Convention provisoire relative à la reprise des relations entre l'Allemagne et la Lettonie; signée à Berlin, le 15 juillet 1920.*)**)

Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1920, No. 183.

Vorläufiges Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Lettland.

Das Deutsche Reich und die Lettländische Republik, von dem Wunsche geleitet, die normalen Beziehungen miteinander wiederherzustellen, haben beschlossen, zu diesem Zwecke ein vorläufiges Abkommen zu schliessen. Demzufolge sind die beiderseitigen Bevollmächtigten, nämlich

*) En langues allemande et lettone. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

**) L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 8 octobre 1920 (Reichsgesetzblatt 1920, p. 1711).

für das Deutsche Reich;
der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amte Herr Behrendt,
der Wirkliche Legationsrat im Auswärtigen Amte Herr Freiherr A. von Maltzan,
der Wirkliche Legationsrat im Auswärtigen Amte Herr Gaus;
für die Lettländische Republik:
der Juriskonsult des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Herr Albat,
das Mitglied der verfassunggebenden Versammlung, Vorsitzender der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten Herr Menders,
das Mitglied der verfassunggebenden Versammlung Herr Kweesis,

in Berlin zusammengetreten und haben sich nach Vorlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Bestimmungen geeinigt:

§ 1.

Deutschland und Lettland nehmen alsbald durch Entsendung gehörig bevollmächtigter Vertreter die Beziehungen auf.

§ 2.

Deutschland erklärt sich bereit, Lettland auch de jure anzuerkennen, sobald eine der im Friedensvertrage von Versailles genannten alliierten Hauptmächte die Anerkennung ausgesprochen hat.

§ 3.

Jeder Vertragsteil verpflichtet sich, keinerlei Bestrebungen zu unterstützen oder auf seinem Gebiete zuzulassen, die gegen die verfassungsmässige Regierung des anderen Teiles gerichtet sind.

Insbesondere wird keiner der beiden Vertragsteile auf seinem Gebiete den Durchzug oder die Organisation von Streitkräften zulassen, die dem anderen Staate feindlich sind.

§ 4.

Die Angehörigen jedes Vertragsteils werden im Gebiete des anderen Teiles in Ansehung des gesetzlichen und gerichtlichen Schutzes ihrer Person, ihres Eigentums und ihres Besitzes sowie in Ansehung der steuerlichen Belastung nicht schlechter behandelt als die Angehörigen der meistbegünstigten Nation. Auch sichern sich beide Vertragsteile für den gegenseitigen Handelsverkehr, für industrielle Unternehmungen sowie für die Schiffahrt das Recht der Meistbegünstigung zu.

Jeder Vertragsteil wird sofort alle etwa in Ansehung der Privatrechte der Angehörigen des anderen Teiles aus Anlass ihrer Staatsangehörigkeit getroffenen Ausnahmemassnahmen aufheben.

§ 5.

Beide Regierungen werden alsbald zu einer Feststellung ihrer gegenseitigen Ersatzansprüche schreiten und zu diesem Zwecke eine besondere Kommission einsetzen. Dabei verpflichtet sich Deutschland, Lettland den

von deutschen oder unter deutschem Befehle stehenden Truppenteilen auf lettländischem Gebiet angerichteten Schaden nach Massgabe der Beschlüsse dieser Kommission zu ersetzen.

Die Kommission hat insbesondere die Zeiträume, für die eine Ersatzpflicht hinsichtlich der von deutschen oder unter deutschem Befehle stehenden Truppenteilen angerichteten Schäden in Frage kommt, sowie die Höhe der Schäden festzusetzen. Sie hat ferner den Wert der von Lettland zu ersetzenden Aufwendungen festzustellen, die mit deutschen Mitteln für öffentliche Anlagen auf lettländischem Gebiete gemacht worden sind.

Von der Erörterung in den Kommissionen sollen alle Ersatzansprüche ausgeschlossen bleiben, auf die bereits eine Entschädigung unmittelbar geleistet oder über deren Erledigung bereits mit allen Beteiligten eine grundsätzliche Verständigung erzielt worden ist.

§ 6.

Die Deutsche Regierung, die jede Verantwortung für das Bermondt-Unternehmen nach wie vor ablehnt, ist ihrerseits damit einverstanden, dass das Kriegsmaterial und Heeresgut der Bermondt-Truppen zur Deckung der von diesen Truppen angerichteten Schäden herangezogen wird, und wird der Regierung Lettlands bei der Erfassung dieses Materials und Heeresguts nach Kräften behilflich sein.

§ 7.

Die Deutsche Regierung wird sich dafür einsetzen, dass Lettland nach Massgabe der von einer besonderen Kommission festzusetzenden Bedingungen ein Warenkredit gewährt wird.

§ 8.

Lettland ist damit einverstanden, dass Waren, die aus Deutschland durch Lettland oder aus anderen Ländern im Transit durch Lettland nach Deutschland durchgeführt werden, keinen besonderen Erschwerungen oder besonderen Abgaben unterworfen werden.

Die Einzelheiten des Transitverkehrs werden durch eine besondere Kommission geregelt.

§ 9.

Die Regelung der sonstigen Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrsfragen wird gleichfalls in besonderen Kommissionen erfolgen.

§ 10.

Die in den §§ 5, 7, 8 und 9 vorgesehenen besonderen Kommissionen setzen sich aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der beiden Vertragsteile zusammen.

Die Verhandlungen der im § 5 vorgesehenen Kommission sollen in Riga, die Verhandlungen der übrigen Kommissionen je nach Bedarf in Riga oder Berlin stattfinden.

§ 11.

Das vorläufige Abkommen soll mit möglichster Beschleunigung ratifiziert werden und soll mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und lettischer Sprache.

Berlin, am 15. Juli 1920.

Behrendt. *H. Albat.*
Frhr. v. Maltzan. *Menders.*
Gaus. *A. Kweesis.*

43.

ESTHONIE, RUSSIE.

Traité de paix; signé à Dorpat, le 2 février 1920.*)

Copie officielle.

Traduction allemande.

Eesti einerseits und Russland andererseits, geleitet von dem festen Willen, den zwischen ihnen entstandenen Krieg zu beenden, beschlossen in Friedensverhandlungen zu treten und möglichst bald einen dauerhaften, ehrenhaften und gerechten Frieden zu schliessen, und bestimmten zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten:

Die Regierung der estnischen demokratischen Republik:

Das Mitglied der Konst. Vers. Jaan Jaan's Sohn Poska.
" " " " " Amts Jaan's Sohn Piip.
" " " " " Mait Aleksander's Sohn Püümann,
" " " " " Julius Jüri's Sohn Seljamaa, und
den Generalmajor im Generalstab Jaan Heinrich's Sohn Soots, und

der Rat der Volkskommissare der russischen sozialistischen föderativen Räterepublik:

Das Mitglied des allrussischen Zentralexekutiv-Komitees der Arbeiter-, Bauern-, Rotgardisten- und Kosaken-Deputiertenräte Adolf Abram's Sohn Joffe, und
das Mitglied des Kollegiums für die Staatskontrolle des Rates der Volkskommissare Isidor Emanuel's Sohn Gukowsky.

---

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Moscou, le 30 mars 1920. V. Bulletin de l'Institut intermédiaire international III, p. 18.

Die genannten Bevollmächtigten, welche in Dorpat zusammenkamen, einigten sich, nachdem sie ihre Vollmachten gegenseitig vorgewiesen hatten und dieselben als in richtiger Form und in voller Ordnung ausgestellt worden waren, auf Folgendem:

Artikel 1.

Vom Tage des Inkrafttretens des vorliegenden Friedensvertrages wird der Kriegszustand zwischen den Kontrahenten aufgehoben.

Artikel 2.

Fussend auf dem von der russischen sozialistischen föderativen Räterepublik proklamierten Recht aller Völker auf die freie Selbstbestimmung bis zur vollständigen Abtrennung vom Reiche, dessen Teil sie bilden, erkennt Russland unbedingt die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des estnischen Staates an und entsagt freiwillig und auf ewige Zeiten allen souveränen Rechten, welche Russland auf Grund der gültigen staatsrechtlichen Ordnung, sowie auf Grund internationaler Verträge, welche in dem hier ausgedrückten Sinne für künftige Zeiten ihre Rechtskraft verlieren, in bezug auf das estnische Volk und Land hatte.

Aus der früheren Zugehörigkeit zu Russland entstehen dem estnischen Volke und dem Lande keine Verpflichtungen Russland gegenüber.

Artikel 3.

1. Die Staatsgrenze zwischen Russland und Estland verläuft: Von der Narva'er Bucht 1 Werst südlich des Fischerhauses beim Dorfe Ropscha, ferner längs dem Flusse Mertwizkaja und dem Flusse Rossnj bis zum Dorfe Ilkino, vom Dorf Ilkino 1 Werst westlich vom Dorfe Keikino, ½ Werst westlich vom Dorfe Iswos in der Richtung auf das Dorf Kobyljaki, Mündung des Flusses Schtschutschka, Dorf Kriwaja Luka, Vorwerk Petscharki, Zusammenfluss dreier Quellflüsse des Flusses Wtroja, der südliche Rand des Dorfes Kuritschek mit seinen Ländereien eine gerade Linie zur Mitte des Peipussees, die Mitte des Peipussees, 1 Werst östlich von der Insel Pirisaar (Porka), ferner längs der Mitte der Seepässe bis zur Insel Sallo, von der Mitte des Passes bei der Insel Sallo bis zur Mitte des Passes zwischen den Talap'schen Inseln und der Insel Kamenka, westlich des Dorfes Poddubje (auf dem Südufer des Pskow'er Sees), das Bahnwärterhäuschen beim Dorfe Grjadischtsche westlich des Dorfes Schahinzy, östlich des Dorfes Nowaja, der See Poganowo, zwischen den Dörfern Babino und Nymorski, 1½ Werst südlich vom Hause des Buschwärters (nördlich Glybotschino) das Dorf Sprechitschy und das Vorwerk Kudepi.

Anmerkung 1. Die in diesem Artikel angeführte Grenze ist mit roter Farbe auf seiner Karte,*) Masstab 3 Werst auf 1 Zoll, die die Anlage I zu diesem Artikel bildet, eingetragen.

Im Falle Text und Karte nicht übereinstimmen, ist der Text ausschlaggebend.

Anmerkung 2. Die Feststellung der Staatsgrenze zwischen den Kontrahenten und das Aufrichten der Genzpfähle wird von einer gemischten

*) Non reproduite.

Grenzkommission, die zu gleichen Teilen aus Gliedern der beiden Parteien besteht, vorgenommen. Bei Feststellung der Staatsgrenze bestimmt die Kommission die Zugehörigkeit der bewohnten Ortschaften, durch welche die Grenze führt, zum Territorium der einen oder der andern Partei auf Grund ethnographischer, ökonomischer und wirtschaftlicher Bedingungen.

2. Das Territorium Estlands östlich des Flusses Narowa, der Fluss Narowa und die Inseln in demselben, sowie die Zone südlich des Pskow'er Sees zwischen der oben angeführten Staatsgrenze und der Linie Borok, Smolni, Belkowa, Sprechtitschy, gelten bis zum 1. Januar 1922 als neutral in militärischer Hinsicht.

Estland verpflichtet sich, in den neutralen Zonen keinerlei Militär zu halten, ausser in der für den Grenzwachdienst und die Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Stärke, wie sie in der Anlage II zu diesem Artikel vorgesehen ist, keine Befestigungen und Beobachtungspunkte aufzuführen, keine Heereslager zu errichten, keinen militärischen oder technischen Besitz zu haben, ausser dem für die erlaubten Truppenteile notwendigen, keine Stützpunkte und Lager für Schiffe jeder Art und für die Luftflotte einzurichten.

3. Russland seinerseits verpflichtet sich, in der Richtung auf Pleskau bis zum 1. Januar 1922 kein Militär ausser in der für den Grenzwachdienst und die Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Stärke, wie sie in der Anlage II zu diesem Artikel vorgesehen ist, zu halten, und zwar: westlich der Linie Westufer des Flusses (Mündung) Welikaja, Dorf Siwtsew, Dorf Luchnow, Dorf Samulin, Dorf Schalki, Dorf Sprechtitschy.

4. Die Kontrahenten verpflichten sich, auf dem Peipus- und Pskow'er See keine bewaffneten Schiffe zu halten.

Anlage I. (Karte.)

Anlage II.

Beide Kontrahenten verpflichten sich:

1. Bis zum 28. Tage nach der Ratifizierung des Friedens im Abschnitt Finnischer Meerbusen — Mündung des Flusses Tschutschka — ihr Militär auf eigenes Territorium zurückzunehmen.

2. Bis zum 42. Tage nach Ratifizierung des Friedens dasselbe mit allem Material, Beständen und Lagern in den neutralen Abschnitten und Zonen, in denen laut Punkt 2 und 3 des Artikels 3 ein Verbleiben desselben ausser in der für den Grenzwachdienst und die Aufrechterhaltung der Ordnung nötigen Stärke nicht vorgesehen ist, zurückzunehmen.

3. In Ausführung des Punktes 4 Artikel 3 alle bewaffneten Schiffe vom Peipus- und Pskow'er See bis zum 42. Tage nach Ratifizierung des Friedens abzuberufen oder die Artillerie, Minenapparate und die zum Auslegen der Minen bestimmten Einrichtungen, sowie das Kriegsmaterial jeder Art zu entfernen.

4. In den neutralen Zonen, in denen kein Militär erlaubt ist, dürfen während der ersten 6 Monate nach Ratifizierung des Friedens sich nicht

mehr als 40 Mann, später nicht mehr als 30 Mann pro Werst der Staatsgrenze befinden; dabei ist es erlaubt, längs der Staatsgrenze Zäune aus Stacheldraht zu errichten. Zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung dürfen nicht mehr als 500 Mann für jeden Abschnitt oder jede Zone vorhanden sein.

5. Auf dem Peipus- und dem Pskow'er See sind als Zollwache keine Schiffe als die mit Kanonen nicht über 47 mm und Maschinengewehren bewaffneten Wachschiffe erlaubt, wobei die Zahl der Kanonen und Maschinengewehre pro Schiff nicht zwei, und die Zahl der Schiffe nicht fünf übersteigen darf.

Artikel 4.

Im Laufe eines Jahres, gerechnet vom Tage der Ratifizierung dieses Vertrages, haben die Personen nichtestnischer Herkunft, die jedoch auf dem Territorium Estlands leben und 18 Jahre alt sind, das Optionsrecht zugunsten des russischen Staates, wobei Kinder unter 18 Jahren und Frauen der Untertanschaft des Mannes folgen, es sei denn, dass zwischen beiden Ehegatten eine besondere Übereinkunft in dieser Frage besteht. Diejenigen, die zugunsten des russischen Staates optiert haben, sind verpflichtet, im Laufe eines Jahres, gerechnet vom Tage der Option, die Grenzen Estlands zu verlassen, behalten jedoch das Recht auf ihr unbewegliches Eigentum und sind berechtigt, ihr bewegliches Eigentum mitzunehmen. Gleicherweise können die Personen estnischer Herkunft, die auf dem Territorium Russlands leben, in derselben Frist und unter denselben Bedingungen ihr Optionsrecht zugunsten des estnischen Staates ausüben.

Die Regierung der einen, sowie der anderen Partei behält sich das Recht vor, die Aufnahme in ihren Untertanenverband zu verweigern.

Anmerkung: In zweifelhaften Fällen versteht man unter Personen estnischer Herkunft solche, die entweder selbst oder deren Eltern zu verschiedenen Gemeinden oder Ständen, die sich auf dem Territorium, welches jetzt vom estnischen Staate eingenommen wird, befanden, eingeschrieben sind.

Artikel 5.

Im Falle einer internationalen Anerkennung einer beständigen Neutralität Estlands verpflichtet sich Russland seinerseits, diese Neutralität einzuhalten und sich an den Garantien der Aufrechterhaltung einer solchen zu beteiligen.

Artikel 6.

Beide Kontrahenten verpflichten sich, im Falle einer internationalen Neutralisierung des Finnischen Meerbusens sich dieser Neutralisierung unter den Bedingungen, die von allen interessierten Staaten ausgearbeitet und durch entsprechende internationale Akte festgelegt worden sind, anzuschliessen; sowie auch, falls es die oben erwähnten internationalen Vereinbarungen erfordern, ihre Seestreitkräfte oder einen Teil derselben in einen, den Forderungen des obenerwähnten internationalen Vertrages entsprechenden Zustand zu bringen.

Artikel 7.

Beide Kontrahenten verpflichten sich:

1. Jeglichen Truppen den Aufenthalt auf ihrem Territorium zu verbieten mit Ausnahme der Regierungstruppen oder der Truppen befreundeter Staaten, mit denen einer der Kontrahenten eine militärische Konvention abgeschlossen hat, der sich jedoch mit dem anderen der Kontrahenten nicht in faktischem Kriegszustand befindet, ebenfalls innerhalb der Grenzen seines Territoriums das Anwerben und die Mobilisierung von Personen für die Armee solcher Staaten, Organisationen und Gruppen, welche ihr Ziel in bewaffnetem Kampfe mit dem anderen Kontrahenten sehen, zu verbieten.

2. Die bis zum 1. Oktober 1919 den Kontrahenten nicht unterstellt gewesenen See- und Landstreitkräfte, die sich jedoch noch auf ihrem Territorium befinden, zu entwaffnen, bis zum 1. Januar 1922 alles Kriegs- und Marineeigentum, Artillerie-, Intendantur- (ausser Lebensmitteln und Bekleidungsstücken), Ingenieurbestände und Luftkriegsmaterial, d. h. Kanonen, Maschinengewehre, Flinten, kalte Waffen, Munitionsvorräte, Aeroplane, Panzerautos, Tanks, Panzerzüge und alles übrige Kriegsmaterial der erwähnten Land- und Seestreitkräfte zu neutralisieren und zu immobilisieren, ausser dem Kriegsmaterial und der technischen Mittel, die den Kontrahenten oder anderen Staaten gehören, und den erwähnten Truppenteilen nur zur Benutzung übergeben waren, wobei das Kriegsmaterial und Eigentum, welches anderen Staaten gehört, im Laufe von 6 Monaten, gerechnet vom Tage der Ratifizierung dieses Friedensvertrages weggeführt werden müssen. Die Entwaffnung der obengenannten See- und Landstreitkräfte und die Immobilisierung und Neutralisierung der obenerwähnten Kriegsvorräte sowie des ganzen Kriegsmaterials und der technischen Mittel der Nichtregierungstruppen müssen zu folgenden Terminen beendet werden: die ersten 30 % aller Land- und Seestreitkräfte und des Kriegseigentums, welches der Immobilisierung und Neutralisierung unterliegt, innerhalb 7 Tagen, gerechnet vom Tage der Ratifizierung des Friedensvertrages, in jeder darauf folgenden Woche 35 % der Gesamtmenge.

3. Den Soldaten und dem Kommandobestand der Nichtregierungstruppen, welche auf Grund des vorhergehenden zweiten Punktes entwaffnet werden müssen, den Eintritt in die Regierungstruppen der Kontrahenten in jeglicher Form, sei es auch als Freiwillige, zu verbieten mit Ausnahme: a) von Personen estnischer Nationalität, welche ausserhalb der Grenzen Estlands leben, jedoch zugunsten Estlands optieren; b) von Personen nichtestnischer Nationalität, welche auf dem Territorium Estlands bis zum 1. Mai 1919 gelebt haben und welche nicht zugunsten Russlands optieren; c) von Personen nichtestnischer Nationalität, welche nicht zugunsten Russlands optieren und welche in den Regierungstruppen Estlands vor dem 22. November 1919 gedient haben. — Die in den Punkten a, b, c aufgeführten Personen haben das Recht, in die Regierungstruppen Estands einzutreten.

4. a) Den Staaten, welche sich in faktischem Kriegszustande der anderen Partei gegenüber befinden, und den Organisationen und Gruppen, die ihr Ziel mit dem bewaffneten Kampf mit der anderen Partei sehen,

den Transit durch seine Häfen und durch sein Territorium alles dessen, was zum Angriff auf den anderen Kontrahenten gebraucht werden könnte, zu verbieten und zwar: die solchen Staaten, Organisationen und Gruppen gehörigen Streitkräfte, Kriegsbestände, militärtechnische Hilfsmittel, Artillerie-, Intendantur-, Ingenieur- und Luftschiffahrtsmaterialien, b) mit Ausnahme von Fällen, die im internationalen Recht vorgesehen sind, die Durchfahrt und das Kreuzen in den Territorialgewässern irgendwelcher Kriegsschiffe, Kanonenboote, Torpedoboote usw., welche entweder Organisationen und Gruppen gehören, die sich als Ziel den bewaffneten Kampf mit dem anderen Kontrahenten setzen oder aber Staaten, welche mit der anderen Partei sich im Kriegszustand befinden, und die einen Angriff auf die andere Partei zum Ziel haben, wenn diese Ziele demjenigen Kontrahenten, zu dessen Territorium die Gewässer und Häfen gehören, bekannt sind, zu verbieten.

5. Die Bildung und den Aufenthalt auf ihrem Territorium jeglichen Organisationen und Gruppen, welche auf die Rolle einer Regierung des gesamten Territoriums oder eines Teiles desselben des anderen Kontrahenten prätendieren, sowie Vertretungen und Amtspersonen, Organisationen und Gruppen, welche sich als Ziel den Sturz der Regierung des anderen Kontrahenten setzen, nicht zuzulassen.

6. Gleichzeitig mit der Ratifizierung des Friedensvertrages verpflichten sich die Regierungen der vertragschliessenden Parteien, gegenseitig Daten über den Zustand der nicht der Regierung gehörenden Truppen, Militärdepots (mobile und immobile), über das Kriegs- und technische Material, welches sich im Augenblick des Abschlusses des Waffenstillstandes, d. h. am 31. Dezember 1919 auf ihrem Territorium befand, vorzustellen.

7. Zur Beaufsichtigung der Ausführung der entsprechenden militärischen Garantien wird eine gemischte Kommission gegründet, deren Bestand, Rechte und Pflichten gemäss der in der Beilage zu diesem Punkte sich befindenden Instruktion festgesetzt werden.

Anlage.

Instruktion für die gemischte Kommission, welche auf Grund des Punktes 7, Artikel 17 gebildet wird.

1. Zur Beaufsichtigung der Ausführung der militärischen Garantien, die im Artikel 7 vorgesehen sind, wird eine gemischte Kommission aus Vertretern beider Parteien gebildet.

2. Der Bestand der Kommission: von beiden Seiten je 4 Personen und zwar: 1 Vorsitzender, 2 Vertreter des Kriegsministeriums und 1 Vertreter des Marineministeriums.

3. Die Pflichten der Kommission bestehen in der faktischen Kontrolle der Ausführung aller im Punkt 2, Artikel 7 angeführten Bedingungen, in der in den folgenden Paragraphen dieser Instruktion festgelegten Ordnung und zu den im gleichen Punkt festgelegten Fristen.

Anmerkung: Die Daten, die nach Punkt 3, Artikel 7 eventuell zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten nötig wären, werden der Kommission von der entsprechenden Regierung zugestellt.

4. Die Kommission erhält von der entsprechenden Regierung oder von den von ihr bezeichneten örtlichen Regierungsorganen alle zur Erfüllung der Bedingungen der militärischen Garantien notwendigen Daten.

5. Zum Zweck einer faktischen Kontrolle der Ausführung der militärischen Garantien auf Grund der im vorhergehenden 4. Punkt erwähnten Daten hat die Kommission das Recht, diese Daten an Ort und Stelle zu kontrollieren und, wenn es sich als nötig erweist, alles das, was im Punkt 2. Artikel 7 angegeben ist, zu inspizieren.

6. Um eine ungehinderte Verbindung der Kommissionsmitglieder mit ihren Regierungen herzustellen, wird eine unmittelbare, direkte telegraphische Verbindung (Apparat Hughes) zwischen dem Aufenthaltsort der Kommission in Wesenberg und Petersburg oder Moskau gestattet. Für die Zeit des Aufenthalts der Kommission in den Grenzen Russlands wird ihr als Sitz Pleskau zugewiesen, von wo eine unmittelbare direkte telegraphische Verbindung (Apparat Hughes) mit Reval hergestellt wird. Ausserdem haben diese Vertreter das Recht des ungehinderten Absendens von Telegrammen und Kurieren. Die durch die Kuriere abgesandte und eingehende Post hat alle Rechte einer diplomatischen Korrespondenz.

7. Über die Resultate ihrer Arbeit und ihrer Beschlüsse stellt die Kommission allgemeine Protokolle auf (in russischer und estnischer Sprache), die den entsprechenden Regierungen vorgelegt werden.

8. Nach Erfüllung der im Punkt 3 dieser Instruktion der Kommission auferlegten Pflichten und nach Beendigung der durch den Punkt 5 dieser Instruktion vorgesehenen Ordnung der faktischen Kontrolle, in keinem Falle später als 1 Monat, gerechnet vom Tage der Benachrichtigung durch die entsprechende Regierung über die Ausführung der ihrer Kompetenz unterliegenden Garantiebedingungen gilt die Kommission als liquidiert. Eine Verlängerung der Arbeitstätigkeit der Kommission wird im Falle der Notwendigkeit nach Vereinbarung zwischen beiden Regierungen genehmigt.

Artikel 8.

Beide Parteien verzichten auf die Entschädigung ihrer Kriegskosten, d. h. auf die Staatsausgaben zur Führung des Krieges, sowie auf die Entschädigung der Kriegsschäden, d. h. der Verluste, welche ihnen oder ihren Untertanen durch Kriegsmassnahmen zugefügt worden sind, darunter auch jeder Art von auf feindlichem Boden ausgeführten Requisitionen.

Artikel 9.

Die Kriegsgefangenen beider Parteien unterliegen in kürzester Frist dem Rücktransport in die Heimat. Die Art des Austausches der Kriegsgefangenen wird in der Beilage zu diesem Artikel festgelegt.

Anmerkung 1: Unter Kriegsgefangenen versteht man Personen, die gefangen genommen worden sind und nicht im Heer des Staates, der sie gefangen genommen hat, dienen.

Anmerkung 2: Die Kriegsgefangenen, die von den Nichtregierungstruppen gefangen genommen worden sind, und nicht in die Reihen dieser

Truppen eingetreten sind, müssen auf der allgemeinen Grundlage zurücktransportiert werden.

Anlage.

1. Die Kriegsgefangenen beider Parteien werden in die Heimat entlassen, falls sie nicht mit Genehmigung des Staates, auf dessen Territorium sie sich befinden, in dessen Grenzen verbleiben oder in irgend einen anderen Staat reisen wollen.

2. Die Termine zum Austausch der Kriegsgefangenen werden von den entsprechenden Regierungen nach der Ratifizierung des Friedensvertrages festgesetzt.

3. Bei der Befreiung der Kriegsgefangenen wird ihnen das auf Befehl der Vertreter des Staates, in dessen Gefangenschaft sie geraten sind, abgenommene Eigentum, sowie der noch nicht ausgezahlte oder nicht angerechnete Teil ihres Verdienstes erstattet.

4. Jeder der Kontrahenten verpflichtet sich, alle Ausgaben für den Unterhalt seiner in Gefangenschaft geratenen Bürger zu ersetzen, falls diese Auslagen nicht durch die Arbeit der Kriegsgefangenen in staatlichen oder privaten Unternehmungen gedeckt worden sind. Die Auszahlung wird in der Valuta des Staates erfolgen, in dessen Gefangenschaft die Bürger geraten sind.

Anmerkung: Die Auslagen für den Unterhalt eines Kriegsgefangenen setzen sich aus dem Preise seiner Verpflegungsration, seiner Equipierung und seiner Löhnung zusammen.

5. Die Kriegsgefangenen werden in Echelons zur Staatsgrenze gebracht auf Kosten des Staates, in dessen Gefangenschaft sie sich befanden; die Übergabe erfolgt auf Grund namentlicher Verzeichnisse, in welchen der Vor-, Vaters- und Familienname des Kriegsgefangenen, der Zeitpunkt seiner Gefangennahme sowie der Truppenteil, zu dem er bei seiner Gefangennahme gehörte, und ob er während seiner Gefangenschaft für Kriminalverbrechen, für welche und wann, verurteilt ist, angegeben sein muss.

6. Sofort nach der Ratifizierung des Friedensvertrages wird eine Kommission zum Austausch von Kriegsgefangenen, bestehend aus 4 Vertretern von jeder Partei, eingesetzt. Zu den Pflichten dieser Kommission gehören: die Aufsicht über Ausführung der Bedingungen dieser Anlage, die Feststellung der Art und Reihenfolge des Abtransports in die Heimat, die Festsetzung der Auslagen für die Kriegsgefangenen nach den Angaben, die bei der Übergabe von dem entsprechenden Staate angegeben werden.

Artikel 10.

Gleichzeitig mit dem Abtransport der Kriegsgefangenen und internierten Zivilpersonen in die Heimat erlassen die Kontrahenten denselben die Strafen, welche ihnen laut gerichtlichem Urteil für verbrecherische, zugunsten der feindlichen Partei begangene Handlungen auferlegt worden sind, sowie von jeder Art Disziplinarverfahren.

Diejenigen Personen, welche die obengenannten Verbrechen oder Disziplinarvergehen nach Unterzeichnung des Friedensvertrages begangen

haben, unterliegen nicht der Amnestie. Die Kriegsgefangenen und internierten Zivilpersonen, welche vor Ratifizierung des Vertrages oder im Laufe eines Jahres nach derselben vom Kriminalgericht für nicht der Amnestie unterliegende Verbrechen verurteilt worden sind, werden nach Abbüssung ihrer Strafe in die Heimat entlassen. Diejenigen, gegen welche kriminelle Untersuchungen für nicht der Amnestie unterliegende verbrecherische Handlungen eingeleitet worden sind, werden, falls im Laufe eines Jahres nach Ratifizierung des Friedensvertrages das Urteil nicht gefällt ist, nach Ablauf dieser Frist den heimatlichen Behörden mit allen Feststellungen der Untersuchung übergeben.

Artikel 11.

Russland entsagt der Rückgabe oder einer Entschädigung für das bewegliche oder unbewegliche Eigentum des russischen Fiskus, worin dasselbe auch bestehen möge, wie militärische und andere Bauten, Forts, Häfen, Schiffe jeder Art, einschliesslich Kriegsschiffe, Güter usw., sowie allen Rechten des russischen Fiskus auf das bewegliche und unbewegliche Eigentum, das ihm gehört hat, soweit dasselbe sich in den Grenzen Estlands, wie sie in vorliegendem Vertrag festgelegt worden sind, oder in den angrenzenden Gewässern befindet oder sich dort zur Zeit der deutschen Okkupation, d. h. am 24. Februar 1918, befand, ebenso wie dem Recht auf die Schiffe, Kriegsschiffe nicht ausgeschlossen, welche zur Zeit der deutschen Okkupation dorthin gelangt sind oder zur Zeit des darauf folgenden Krieges zwischen Russland und Estland durch estnische oder andere Militärgewalt erobert und Estland übergeben worden sind. Alle oben genannten Besitztümer werden als ausschliessliches Eigentum Estlands anerkannt, das von jeglichen Verpflichtungen, gerechnet vom 15. Dezember 1917 oder, falls dasselbe nach diesem Zeitpunkt in den Besitz Russlands gelangt ist, vom Tage seiner Erwerbung befreit ist.

Alle pekuniären Forderungen des russischen Fiskus an estnische Bürger gehen, falls diese Forderungen auf estnischem Gebiet erfüllt werden sollten, an Estland über, und zwar nur in dem Umfange, als dieselben nicht durch Gegenforderungen der Schuldner gedeckt sind.

Alle Dokumente und Akten, welche die in diesem Artikel genannten Rechte bestätigen, werden von der russischen Regierung der estnischen übergeben; falls das nicht im Laufe von 6 Monaten, gerechnet vom Ratifizierungstage, geschehen ist, werden dieselben als verloren angesehen. Estland seinerseits wird von der Tatsache seiner früheren Zugehörigkeit zum Bestande des ehemaligen russischen Kaiserreichs keinerlei Ansprüche Russland gegenüber ableiten.

Artikel 12.

Von den im Artikel 9 festgelegten Abmachungen unabhängig:

1. Zahlt Russland Estland 15 Millionen Rubel in Gold und zwar 8 Millionen im Laufe des ersten Monats und die restlichen 7 Millionen im Laufe von 2 Monaten, gerechnet vom Tage der Ratifizierung des Friedens.

2. Estland bürgt nicht für die Schulden und sonstigen Verpflichtungen Russlands einschliesslich derjenigen, welche eine Folge der Ausgabe von Papiergeld, Kassenscheinen, Schuldscheinen, Serien und Bescheinigungen der russischen Rentei, äussere und innere Anleihen, Garantien der Anleihen verschiedener Institutionen und Unternehmen usw. sind; alle solche Forderungen der Gläubiger Russlands müssen auch für den Estland angehenden Teil an Russland gerichtet werden.

3. In bezug auf Bezahlung der in den Grenzen Estlands im Umlauf befindlichen russischen staatlichen, von der Regierung garantierten sowie privaten, von Gesellschaften und Institutionen, deren Unternehmen von der Regierung Russlands nationalisiert worden sind, ausgegebenen Wertpapiere, wie in bezug auf Befriedigung von Forderungen estnischer Bürger an den russischen Fiskus verpflichtet sich Russland, Estland und den estnischen Bürgern alle Vergünstigungen, Rechte und Privilegien zuzuerkennen, welche direkt oder indirekt einem ausländischen Staate oder dessen Bürgern, Gesellschaften und Institutionen gewährt worden sind oder in Zukunft gewährt werden.

Anmerkung: Die Forderungen estnischer Bürger an die in Estland befindlichen Filialen von Banken, die laut Dekret des zentralen Exekativ-Komitees über die Nationalisierung der Banken vom 14. Dezember 1917 (Sammlung der Verordnungen Nr. 10) nationalisiert worden sind, werden, falls diese Forderungen vor Erlass dieses Dekrets bestanden haben, als Forderungen an den russischen Staat angesehen, insoweit dieselben nicht aus den in den Filialen zurückgebliebenen Beständen befriedigt werden können.

4. Die Regierung Russlands führt nach Estland zurück und übergibt dessen Regierung allen Besitz, darunter Bibliotheken, Archive, Lehrmittel, Dokumente und andere Gegenstände, welche der Dorpater Universität, sowie allen, in Estland befindlichen oder früher befindlich gewesenen Lehranstalten, gelehrten, staatlichen oder Gemeindeinstitutionen gehört haben, ebenso wie alle aus Estland nach Russland übergeführten Archive, Dokumente und andere Gegenstände, die für Estland von wissenschaftlicher oder historischer Bedeutung sind, soweit sich die oben genannten Gegenstände jetzt in Händen der Regierung, staatlicher oder Gemeindeinstitutionen befinden.

5. Die Regierung Russlands führt zurück zwecks Rückgabe an die Besitzer durch Vermittlung der estnischen Regierung Werte aller Art, ausschliesslich Gold- und Edelsteine, Wertpapiere und Dokumente, wie Hypotheken, Wechsel usw., welche evakuiert oder durch Staats-, Gemeinde-, Privatkredit- und anderen, einschliesslich Lehranstalten, aus den Grenzen Estlands fortgeführt worden sind, wenn die estnischen Behörden angeben können, wo sich diese Wertpapiere usw. befinden. Falls solche Angaben nicht gemacht oder nach den gemachten Angaben die in Frage stehenden Wertpapiere usw. nicht gefunden werden, so erklärt sich die russische Regierung unter Bezugnahme auf Punkt 3 dieses Artikels bereit, diejenigen,

welche ausreichende Beweise über die im Laufe des Krieges stattgefundene Evakuierung der ihnen gehörigen Dokumente usw. vorstellen, als Besitzer derselben anzuerkennen. Zu diesem Zweck wird eine gemischte Kommission eingesetzt.

6. Die Regierung Russlands verpflichtet sich, alle zur Erfüllung der Punkt 3, 4, 5 dieses Artikels nötigen Auskünfte und Aufschlüsse der Regierung Estlands zu geben, und sie auf jede Art bei der Ausfindigmachung der zurückzugebenden Besitztümer, Gegenstände, Archive, Dokumente usw. zu unterstützen. Die Lösung etwaiger, daraus entstehender Fragen wird einer besonderen gemischten Kommission übergeben, die zu gleichen Teilen aus Gliedern jeder Partei besteht.

Artikel 13.

Russland erklärt, dass die im vorliegenden Friedensvertrage Estland und dessen Bürgern zuerkannten Vergünstigungen, Rechte und Privilegien in keinem Falle und unter keiner Bedingung als Präcedenz beim Abschluss von Friedensverträgen zwischen Russland und anderen, auf dem Territorium des ehemaligen russischen Kaiserreiches gegründeten Staaten dienen können; andererseits gehen, falls bei Abschluss solcher Friedensverträge irgend einem der obengenannten Staaten oder deren Bürgern besondere Vergünstigungen, Rechte und Privilegien zuerkannt werden, dieselben augenblicklich und ohne besondere Abmachung auch auf Estland und dessen Bürger über.

Artikel 14.

Strittige Fälle öffentlichen oder privatrechtlichen Charakters, welche zwischen den Bürgern beider kontrahierenden Mächte vorkommen könnten, sowie die Regelung einiger spezieller Fragen zwischen den beiden Staaten oder zwischen einem Staat und dem Bürger des anderen Staates werden von gemischten, russisch-estnischen Kommissionen entschieden, die sofort nach Ratifizierung dieses Friedensvertrages gebildet werden müssen und deren Bestand, Rechte und Pflichten durch eine Instruktion bestimmt werden, die für jede besondere Kommission laut Vereinbarung von beiden vertragschliessenden Mächten bestätigt wird. Diese Kommissionen sind u. a. zuständig für:

1. die Ausarbeitung eines Handelsvertrages, sowie die Klärung der übrigen ökonomischen Fragen,

2. die Klärung der Fragen hinsichtlich der Ausscheidung aus den früheren Zentralinstitutionen der Archive, der Gerichts- und Administrativdeposite, sowie der Standesregister,

3. die Klärung der Fragen über die Herausgabe des Eigentums der estnischen Bürger, das sich in Russland, sowie der russischen Bürger, das sich in Estland befindet, gleichwie der übrigen Fragen, welche mit dem Schutz der Interessen der Bürger des anderen Staates in Verbindung stehen,

4. die Klärung der Fragen hinsichtlich des Besitzes der Dorf- und anderen Gemeinden, das durch die neue Grenze geteilt wird.

Artikel 15.

Der diplomatische und Konsularverkehr zwischen Estland und Russland wird in einer, in folgender Abmachung bestimmten Frist aufgenommen.

Artikel 16.

Das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Russland und Estland wird durch Bestimmungen geregelt, die in den Beilagen zu diesem Artikel enthalten sind.

Beilage 1. 1. Die kontrahierenden Mächte beschliessen, dass durch den Friedensschluss der Krieg auch in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht beendet ist.

2. Die vertragschliessenden Mächte erklären sich einverstanden, in möglichst kurzer Frist nach Ratifizierung dieses Friedensvertrages Verhandlungen über den Abschluss eines Handelsvertrages einzuleiten, dessen Grundlage folgende Prinzipien bilden müssen:

a) das Prinzip der Meistbegünstigung auf ihrem Territorium für die Bürger des anderen kontrahierenden Staates, sowie für dessen Handels-, Industrie- und Finanzunternehmen und Gesellschaften, für Schiffe und deren Ladung, für die Erträge des Bodens und die Produkte der Landwirtschaft und des Gewerbes; das Prinzip wird auch auf die Ein- und Ausfuhr seiner Waren auf das Territorium des anderen Staates ausgedehnt,

b) die Waren, welche durch das Territorium eines der kontrahierenden Staaten transportiert werden, dürfen weder mit Einfuhr- noch mit Transitzöllen belegt werden,

c) die Frachttarife für Transitwaren dürfen nicht höher sein, als die Tarife für die gleichen, für das Inland bestimmten Waren.

Anmerkung: Bis zum Abschluss eines Handelsvertrages werden durch diese Prinzipien die gegenseitigen Handelsbeziehungen zwischen Estland und Russland bestimmt.

3. Russland erhält in den in Reval oder in anderen Häfen Estlands zu eröffnenden Freihäfen Rayons und Plätze zum Umladen, Aufbewahren und Umpacken der aus Russland kommenden oder für dasselbe bestimmten Waren angewiesen, entsprechend der Grösse des Hafens und der Grösse des russischen Warenverkehrs durch den betreffenden Hafen, wobei die Zahlung für solche Rayons und Plätze die Höhe der Zahlungen, die die eigenen Bürger in entsprechenden Fällen für Transitwaren zu leisten haben, nicht übersteigen darf.

4. Die Kontrahenten verpflichten sich, nichts gegen Vergünstigungen, welche die eine der Parteien bei einer dritten Macht, die mit ihr durch Zoll- oder andere Bündnisse verbunden ist, hat, einzuwenden.

5. Das bewegliche Eigentum, das nach dem Tode von Bürgern des einen auf dem Territorium des anderen Kontrahenten verbleibt, wird dem Konsulat oder einem anderen entsprechenden Vertreter des Staates, dessen Bürger der Verstorbene war, übergeben, damit er gemäss den Gesetzen seines Staates verfahren könne.

Beilage 2. 1. Ein künstliches Ablassen der Gewässer des Peipus- und des Pskow'er Sees, dessen Folge ein Sinken des Wasserstandes in den oben genannten Seen um mehr als 1 Fuss sein könnte, sowie Massnahmen, die den durchschnittlichen Wasserstand in den Seen heben könnten, werden nur nach besonderen Vereinbarungen zwischen Russland und Estland gestattet.

2. Hinsichtlich der Bedingungen des Fischfangs im Peipus- und Pskow'er See, welcher nur in einer, den Fischreichtum nicht vermindernden Art vorgenommen werden darf, sowie hinsichtlich der Handelsschiffahrt auf diesen Seen werden zwischen den Kontrahenten besondere Vereinbarungen getroffen werden.

Beilage 3. 1. Estland ist bereit, Russland das Vorrecht bei Erlangung der elektrischen Kraft, die durch Utilisierung des Wasserfalls der Narowa erzielt wird, einzuräumen, unter der Bedingung, dass die Zahlung, die Estland für diese elektrische Kraft zu leisten ist, sowie die anderen Bedingungen, durch eine besondere Vereinbarung geregelt werden.

2. Russland ist bereit, Estland das Vorrecht für eine Konzession zum Bau und zu allen Vorarbeiten, sowie zur Exploitierung einer direkten und kürzesten Eisenbahnlinie von normaler Spurweite — ein- oder zweigleisig — welche Moskau mit einem Punkte der russisch-estnischen Grenze verbindet, zu überlassen, mit dem Recht eines Auskaufes vor der gesetzlichen Frist, wobei die Frist des Ablaufs der Konzession, die Frist des Auskaufs, sowie alle übrigen Konzessionsbedingungen durch eine besondere Vereinbarung normiert werden.

3. Russland ist bereit, Estland das Vorrecht auf eine Waldkonzession im Umfange von 1 Million Dessjatin innerhalb der Grenzen der Gouvernements Petrograd, Pskow, Twer, Nowgorod, Olonetz, Wologda und Archangelsk einzuräumen, wobei die Konzessionsbedingungen durch eine besondere Abmachung geregelt werden.

Artikel 17.

Beide Kontrahenten verpflichten sich, alle Massnahmen zum Schutz des gefahrlosen Kreuzens der Handelsschiffe in ihren Gewässern zu treffen, indem sie die nötige Anzahl Lotsen zur Verfügung stellen, Leuchtfeuer wieder herstellen, Seezeichen aufrichten und bis zur endgültigen Säuberung des Meeres von Minen besondere Massnahmen zur Kennzeichnung der Minenfelder treffen.

Beide Parteien erklären sich bereit, an der Säuberung des baltischen Meeres von Minen teilzunehmen, worüber von den daran interessierten Parteien eine besondere Vereinbarung getroffen werden wird; falls eine solche nicht zustande kommt, wird der Umfang der Beteiligung jeder Partei durch ein Schiedsgericht geregelt.

Artikel 18.

Die durch vorliegenden Friedensvertrag und dessen Anlagen den estnischen Bürgern zuerkannten Rechte dehnen sich auch auf Gemeinde-,

Landschafts-, städtische und ständische Institutionen, sowie Wohltätigkeitsanstalten, kirchliche, geistliche und Bildungseinrichtungen und juristische Personen verschiedener Benennungen aus.

Artikel 19.

Bei Auslegung des vorliegenden Vertrages gilt sowohl der russische, als auch der estnische Text als authentisch.

Artikel 20.

Der vorliegende Friedensvertrag unterliegt der Ratifizierung. Die Ratifizierungsurkunden sollen sobald wie möglich in Moskau ausgetauscht werden.

Der Friedensvertrag tritt im Moment der Ratifizierung in Kraft.

Überall, wo im vorliegenden Vertrage der Moment der Ratifizierung des Friedensvertrages als Anfangstermin angegeben ist, wird darunter der Zeitpunkt der Bekanntgabe, dass die Ratifizierung stattgefunden hat, verstanden.

Zur Bestätigung ist der vorliegende Friedensvertrag von den Bevollmächtigten beider Parteien eigenhändig unterschrieben und mit ihrem Siegel bekräftigt worden.

Das Original ist in zwei Exemplaren ausgefertigt und in Dorpat am 2. Februar 1920 unterschrieben worden.

Unterschriften:

(L. S.)	*J. Poska.*	(L. S.)	*A. Joffe.*
(L. S.)	*Ant. Piip.*	(L. S.)	*J. Gakowski.*
(L. S.)	*M. Pääsmann.*		
(L. S.)	*Jul. Seljamaa.*		
(L. S.)	*K. M. J. Soots.*		

44.

RUSSIE, LITHUANIE.

Traité de paix; signé à Moscou, le 12 juillet 1920.*)

League of Nations. Treaty Series III. p. 105.

Traduction française.

La Russie, d'une part, et La Lithuanie, de l'autre, animées de la ferme volonté de poser les fondements de relations futures, qui assureront aux deux Etats et à leurs Peuples tous les avantages de la paix et d'un bon voisinage; ont resolu d'entamer des pourparlers pour arriver à ce but; et ont nomme à cet effet les Plenipotentiaires suivants:

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Moscou, le 14 octobre 1920.

Le Gouvernement de la République Socialiste Fédérative des Soviets de Russie:

M. Adolphe Abramovitch Joffe,
M. Julien Josephovitch Marchlevski,
M. Léonide Léonidovitch Obolenski:

et

Le Gouvernement de la République Démocratique de Lithuanie:

M. Thomas Narusevicius,
M. Pierre Klimas,
M. Simon Rozenbaum,
M. Joseph Vailokaitis,
M. Vitautas Rackauskas.

Les Plénipotentiaires désignés, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, qui ont été reconnus en bonne et due forme, ont arrêté ce qui suit:

Article premier.

Se fondant sur la déclaration faite par la République Socialiste Fédérative des Soviets de Russie, que tous les peuples ont le droit de libre détermination, droit qui va jusqu'à leur séparation complète de l'Etat, dont ils faisaient partie, la Russie reconnaît sans arrière-pensée l'indépendance et la souveraineté de l'Etat lithuanien, avec toutes les conséquences juridiques découlant de cette reconnaissance, et elle renonce volontairement, et à tout jamais, à tous ses droits souverains sur la nation lithuanienne et sur son territoire.

Le fait que la Lithuanie dépendait anciennement de la Russie n'entraîne pour la nation lithuanienne et son territoire aucune obligation envers ce pays.

Article 2.

La frontière entre la Russie et la Lithuanie part du confluent de la rivière Gorodnianka avec la rivière Bobr à deux verstes à l'est du village de Tcharnylas; elle suit la rivière Gorodnianka entre les villages de Khmelnik et de Khmelofka, et les villages de Lefka et de Olcha: de là, par terre ferme, la frontière se dirige vers le sud du village de Vecelovo; elle suit un affluent de la rivière Kamienna, jusqu'au confluent de ce cours d'eau avec la Kamienna à la distance d'une verste environ du village de Vecelovo. Elle remonte alors le cours de la petite rivière Kamienna sur un parcours d'une verste environ; de là, par terre ferme, elle atteint la mairie du village de Nerasnaia, puis la source d'un affluent de la petite rivière Siderka; elle suit cet affluent jusqu'à sa jonction avec la Siderka à une verste environ du village de Siderka, puis le cours de la rivière Siderka (Siderianka) entre les villages de Chestaki et de Siderka; elle passe près du bourg de Sidra entre les villages de Yourachi et de Ogorodniki, près du village de Beniachi, près du village de Litvinka, entre les villages de Sverisny et de Timany et atteint le village Lovtchiki; de là par terre ferme, elle atteint la limite sud du village de Volkoucha, puis la limite nord du village de Tchouprinovo; ensuite elle touche le point

trigonométrique No. 108.0 qui est à une verste environ du village de Novodeli; elle se dirige alors vers le hameau de Toltchy et passe à une verste environ au nord de cette localité; de là, elle se dirige vers le sud du village de Doubovaia; elle suit la rivière Indourka en passant par les villages de Loujki, Indoura, Prokopovitchi, Belevo, puis la rivière Lachanka, en passant par le village de Bobrovniki et suit cette rivière jusqu'à son confluent avec la rivière Svislotch. Elle suit alors le cours de la Svislotch, jusqu'à son confluent avec le Niémen, qu'elle suit jusqu'à sa jonction avec la rivière Berezyna; elle suit les rivières Berézyna, Islotch et Vologinka, passe à l'ouest du bourg de Vologine et au nord des villages de Brilki, Bourlaki et Polikchtchofchtchisna, oblique vers le nordouest, passe à une verste environ à l'ouest des villages de Métachy et de Gutovchtchisna (Menjikofchtchisna); ensuite elle oblique vers le nord-est, passe l'ouest du bourg de Kholkhlo et à une verste à l'ouest du bourg de Soukhonarofchisna. Là la frontière tourne vers le nord-est, passe environ à une verste à l'ouest du village de Berezoftsy; ensuite elle passe à l'ouest du village de Vaskoftsy, à l'ouest du village de Lafkovchtchysna à la distance d'environ une verste dudit village; à ce point la frontière tourne vers le nord, passe à l'ouest du village de Koukefchtchisna et entre les villages de Dreni et de Jerlaki, de là elle se dirige vers le nord-ouest, passe à l'est du village de Garavina et à l'ouest du village d'Adamovitchi; puis à l'est du village de Myslevitchi et du village de Boukhefchtchina, dans la direction de la station de Molodetchno; elle coupe la voie ferrée de manière que la ligne Vilna-Molodetchno-Lida reste en territoire lithuanien et la ligne Vilieika-Molodetchno-Minsk en territoire russe. De là elle suit le cours de la rivière Boukhofka jusqu'à son confluent avec la rivière Oucha qu'elle suit jusqu'au village d'Oucha. La frontière tourne alors vers le nord-est et passe à l'ouest des villages de Slobodka, Dolgaia et Prenta; puis elle suit la rivière Narotch et passe non loin du village de Tcheremchtchitsa; à une verste environ de ce village elle quitte le cours de la rivière, tourne vers le nord et court le long de la rive orientale du lac Bliada; à la distance d'une verste de ce lac elle continue vers le nord, traverse de lac Miastra, puis, à la sortie de ce lac, elle passe entre le village de Pikoltsy à l'ouest et le village de Mintchoky; la frontière se dirige alors vers le nord, passe à environ une verste à l'ouest du village de Volotchek; elle continue vers le nord, traverse le lac Madzioi, passe à environ une verste à l'ouest du village de Pchegroda; de là elle atteint l'ouest du village de Pchegroda; de là elle atteint la source de la rivière Miadzelka dont elle suit le cours jusqu'à sa jonction avec la rivière Disna; puis elle oblique vers le nord-est, passe à environ une verste à l'ouest du village de Borovya; continuant vers le nord-est, elle traverse le lac Mikhalichki; elle suit alors le cours de la rivière Nichtchenka parallèlement au lac Oziraitsy, passe à l'ouest de Repichtche, à l'ouest de Zamochié sur le lac de Zolva jusqu'à la rivière Zolvitsa, traverse le lac Dryviaty, le lac Tsno, le lac Neslyja, tourne vers le nord et traverse le lac Nédrovo; quittant ce lac elle suit la rivière Dronika jusqu'à son

intersection avec la frontière du Gouvernement de Kovno, ensuite elle suit la frontière du Gouvernement de Kovno, puis par la Dvina occidentale atteint la ferme de Chafranavo.

1re Remarque.

La frontière entre la Lithuanie et la Pologne et celle entre la Lithuanie et la Latvie seront établies après une entente entre ces Etats.

2me Remarque.

Le tracé de la frontière entre les deux parties contractantes sera effectué sur place et la pose des poteaux frontières sera effectuée par une commission mixte composée en nombre égal de délégués des deux parties.

Pour le tracé sur place de la frontière, les décisions de la dite commission s'inspireront des considérations économiques et ethnographiques en prenant autant que possible en considération les limites naturelles. Les territoires habités devront, si possible, être attribués intégralement à une des Parties.

Dans les cas où la frontière passe à travers des lacs, des rivières ou des canaux, la ligne frontière suivra le milieu de ces lacs, rivières et canaux, sauf disposition contraire de ce traité.

3me Remarque.

La frontière indiquée par le présent traité est tracée en rouge sur la carte ci-jointe.*)

En cas de divergence entre la carte et le texte du traité le texte fera foi.

4me Remarque.

Le détournement artificiel des eaux des rivières et des lacs, formant frontière, susceptible d'amener un abaissement du niveau des dites eaux est interdit.

La réglementation de la navigation et la pêche sur ces rivières et ces lacs fera l'objet d'accords spéciaux; toutefois on ne pourra utiliser pour la pêche que des engins ne nuisant pas à la richesse en poissons de ces eaux.

Article 3.

La surveillance des frontières ainsi que les questions de douane et autres questions connexes, seront réglées par un accord spécial par les Parties Contractantes, après que les localités qui séparent la Lithuanie de la Russie auront été libérées de l'occupation étrangère.

Article 4.

Les deux Parties Contractantes s'engagent:

1°. A ne pas permettre sur leur territoire la formation et le séjour de Gouvernements, organisations ou groupes se proposant d'entreprendre une lutte armée contre l'autre Partie Contractante; à ne pas permettre

*) Non reproduite.

également dans les limites de leur territoire la conscription et la mobilisation d'un personnel attaché à l'armée des ces Gouvernements, organisations ou groupes, ou le séjour de leurs représentants ou fonctionnaires;

2° à interdire aux Gouvernements, se trouvant de fait en état de guerre avec l'autre partie ainsi qu'aux organisations ou groupes, se proposant d'entreprendre une lutte armée contre elle, l'importation et le transport sur leur territoire de tout ce qui pourrait servir à attaquer l'autre Partie Contractante, notamment, des forces militaires, le materiel de guerre terrestre, naval ou aéronautique, le matériel militaire technique d'intendance et d'artillerie.

Article 5.

Au cas où la neutralité de la Lithuanie serait reconnue internationalement, la Russie s'engagera de son côté à respecter cette neutralité et à participer aux mesures destinées à la garantir.

Article 6.

Les personnes résidant le jour de la ratification du present Traité dans les limites du territoire lithuanien, et qui ont reside, ou dont les parents ont résidé constamment en Lithuanie, de même celles qui ont été inscrites dans les sociétés urbaines ou rurales, soit parmi d'autres classes de la société sur le territoire de cet Etat; de même les personnes qui y résidaient jusqu'à l'année 1914 depuis au moins 10 ans, et y avaient une occupation régulière — exception faite toutefois des fonctionnaires civils et militaires d'origine non lithuanienne, ainsi que de leurs familles — sont de ce fait même reconnues comme citoyens lithuaniens.

Les personnes appartenant à ces categories et résidant au moment de la ratification du présent Traité sur le territoire d'un troisième Etat, mais qui n'y sont pas naturalisées, sont également reconnues comme citoyens lithuaniens.

Néanmoins, toute personne ayant atteint l'âge de 18 ans et résidant en territoire lithuanien a le droit, durant une annee à dater du jour qui suit la ratification du présent Traité, de déclarer qu'elle désire garder la nationalité russe, et, dans ce cas, les enfants âgés de moins de 18 ans, et l'épouse, suivent cette dernière nationalité à moins qu'un arrangement contraire n'ait été conclu entre les époux.

De même les personnes résidant sur territoire russe et se trouvant dans les conditions mentionnées au premier paragraphe de cet article, peuvent dans le même laps de temps, et aux mêmes conditions, opter pour la nationalité lithuanienne.

Ceux qui ont fait une déclaration d'option, ainsi que ceux des leurs auxquels la nationalité est transmise, conservent leurs droits sur leurs biens, meubles et immeubles, dans les limites des lois en vigueur dans l'Etat où ils habitent, et en cas de départ, ils ont le droit de liquider ou d'emporter ce qui leur appartient.

1re Remarque.

Pour les personnes résidant au Caucase ou en Russie d'Asie, le dernier délai de déclaration et de départ sera prolongé d'un an.

2me Remarque.

Les citoyens qui, avant ou pendant la guerre mondiale de 1914-1917, résidaient sur les territoires de l'une des Parties, et qui, au moment de la ratification du présent Traité, résident sur le territoire de l'autre Partie, bénéficient aussi des droits réservés aux optants par le présent Traité. Les réfugiés qui n'auraient pas pu emporter leurs biens en raison de l'accord sur le rapatriement des réfugiés du 12 juin 1920, bénéficient des droits envisagés par l'article relatif aux optants, mais à la condition de prouver que ces biens leur appartiennent et, au moment de leur rapatriement, se trouvaient de fait en leur possession.

Article 7.

Les réfugiés des deux Parties Contractantes, qui désirent retourner dans leur pays doivent effectuer leur retour dans le plus bref délai possible.

La modalité et les conditions de ce rapatriement seront réglées par un accord entre les deux Gouvernements.

Article 8.

Les deux Parties Contractantes renoncent mutuellement à toute réclamation provenant du fait que la Lithuanie faisait partie de la Russie, et reconnaissent que les biens nationaux de toutes sortes, se trouvant sur le territoire de chacune d'elles, sont la propriété indiscutable de l'Etat correspondant. Le droit de revendiquer les biens de l'Etat russe transportés après le 1er août 1914 hors du territoire lithuanien sur le territoire d'un tiers Etat, passe au Gouvernement Lithuanien.

L'Etat lithuanien hérite ensuite de toutes les créances du Trésor russe sur les biens situés dans les limites du territoire lithuanien, de même que toutes sortes de créances sur des citoyens lithuaniens, mais seulement dans la mesure où elles n'auraient pas été compensées par des paiements faits en acomptes.

Remarque.

Le droit de réclamer aux petites propriétaires paysans leurs dettes envers l'ancienne banque foncière paysanne russe ou envers d'autres banques foncières russes, aujourd'hui nationalisées, ainsi que le droit de réclamer les dettes envers l'ancienne banque foncière russe de la noblesse ou envers d'autres banques foncières russes aujourd'hui nationalisées, dettes pesant sur les terres des propriétaires, vu que ces terres passent à des paysans ayant peu ou pas du tout des terres, ne passent pas au Gouvernement Lithuanien, mais ces dettes sont purement et simplement annulées.

Tous actes et documents constituant la preuve des droits ci-dessus envisagés seront transmis au Gouvernement Lithuanien par le Gouvernement Russe autant que celui-ci les possède. Au cas où la transmission

en aurait été impossible dans le délai d'un an après la ratification du présent Traité, les documents et actes non transmis seront considérés comme perdus.

Article 9.

1° Le Gouvernement Russe restitue à ses frais à la Lithuanie et remet au Gouvernement Lithuanien les bibliotheques, les archives, les musées, les œuvres d'art, le matériel scolaire, les documents et autres biens des établissements scolaires et scientifiques, les biens gouvernementaux, religieux, communaux et ceux des institutions corporatives, autant que ces objets ont été transportés en dehors des limites de la Lithuanie pendant la guerre mondiale de 1914-1917 et se trouvent ou se trouveront de fait en la possession des administrations gouvernementales ou publiques de Russie.

En ce qui concerne les archives, les bibliothèques, les musées, les œuvres d'art et les documents ayant pour la Lithuanie une importance essentielle au point de vue scientifique, artistique ou historique et transportés en dehors des limites de la Lithuanie en Russie, avant la guerre mondiale 1914-1917, le Gouvernement Russe consent à les restituer à la Lithuanie dans la mesure où cette restitution ne causerait pas une perte essentielle aux archives, bibliothèques, musées, galeries de tableaux russes dans lesquels ils sont conservés.

Les questions se rapportant à cette restitution seront soumises à la décision d'une Commission mixte composée d'un nombre égal de Membres pour chacune des Parties Contractantes.

2° Le Gouvernement Russe restitue à ses frais et remet au Gouvernement Lithuanien tous les dossiers concernant les affaires de justice et d'Etat, toutes les archives juridiques et gouvernementales, et dans ce nombre, les archives des notaires de première et deuxième classe, les archives des sections hypothécaires, celles des départements religieux de tous les cultes, archives et plans d'arpentage, d'aménagement des terres, des voies ferrées, des forêts, des chaussées, des postes et télégraphes et autres administrations, les plans, les devis, les cartes et en général tout le matériel topographique de l'arrondissement militaire de Vilna; les archives des succursales locales des banques de la noblesse et des paysans, les succursales de la Banque de l'Etat et de tous les autres établissements de crédits, d'assurances mutuelles et de coopératives, ainsi que les archives et dossiers des administrations privées de la Lithuanie pour autant que les objets désignés se trouvent des fait ou se trouveront en la possession des institutions gouvernementales ou politiques de Russie.

3° Le Gouvernement Russe rend à ses frais et remet au Gouvernement Lithuanien pour l'attribution à qui de droit toute espèce de titre de propriétés, comme: contrats d'acquisition, hypothèques, contrats de fermage et toutes sortes de traités, etc., et dans ce nombre les livres, les papiers, et documents nécessaires pour l'établissement des comptes, et en général tous les documents ayant une importance pour déterminer les droits de propriété des citoyens lithuaniens, transportés en dehors de la

Lithuanie en Russie pendant la guerre mondiale de 1914-1917, pour autant que ces documents se trouvent ou se trouveront de fait en la possession d'institutions russes, gouvernementales ou publiques.

Au cas où ces documents ne seraient pas restitués dans le délai de deux ans à compter du jour de la ratification du présent Traité, ils seraient considérés comme perdus.

4° La Russie s'engage à extraire des archives de ses administrations centrales et locales, ceux des documents qui ont un rapport direct avec les provinces faisant partie de la Lithuanie. Les questions se rapportant à cette restitution seront soumises à la décision d'une Commission mixte composée d'un nombre égal de Membres pour chacune des Parties Contractantes.

Article 10.

1° Le Gouvernement Russe restitue à la Lithuanie tous les biens transportés en Russie pendant la guerre mondiale de 1914-1917 et appartenant à des administrations religieuses, civiles, de bienfaisance, d'instruction, ainsi que les cloches et les objets de culte des églises et des couvents de tous les cultes, dans la mesure où les objets désignés se trouvent ou se trouveraient de fait en la possession des administrations gouvernementales et publiques de Russie.

2° a) Le Gouvernement Russe restitue à la Lithuanie les valeurs placées en dépôt dans les Caisses d'Epargne, les sommes, gages et autres dépôts placés dans les anciennes institutions publiques pour autant que ces sommes et dépôts de valeurs appartiennent à des citoyens lithuaniens;

b) en ce qui concerne les valeurs diverses appartenant à des citoyens lithuaniens et déposées précédemment dans les succursales de la Banque d'Etat russe, ainsi que dans les maisons de crédit et leurs annexes, qui ont été liquidées et nationalisées, le Gouvernement Russe s'engage à reconnaître auxdits citoyens les droits autrefois reconnus à tous les citoyens russes. Il concède également aux citoyens lithuaniens qui n'avaient pas, du temps de l'occupation militaire étrangère, la possibilité d'user de leurs droits, la faculté de le faire à présent; ils seront indemnisés de leur perte par des versements de papiers-monnaie ayant cours dans la République de Russie au moment où leurs revendications seront satisfaites, et selon le cours du rouble-papier à la bourse, au moment de la dernière occupation de la Lithuanie, le 1er septembre 1915.

En ce qui concerne les objets de valeur et les sommes appartenant à des citoyens lithuaniens et déposés précédemment dans les banques ou les coffre-forts, les conditions stipulées au premier paragraphe de cet article, seront observées.

Les sommes et objets de valeur mentionnés dans cet article, seront remis à l'Etat Lithuanien pour être rendus à qui de droit.

3° Le Gouvernement Russe renvoie à ses frais au Gouvernement Lithuanien les capitaux destinés à la fondation de bourses dans les établissements scolaires de Lithuanie, ainsi que ceux des établissements scolaires de Russie, destinés aux étudiants lithuaniens.

4° En ce qui concerne le remboursement du papier-monnaie russe en circulation dans les limites du territoire lithuanien, des valeurs de l'Etat, ou garanties par l'Etat, ainsi que des valeurs émises par des institutions et compagnies privées, et à présent nationalisées par le Gouvernement Russe, la Russie désirant apporter satisfaction aux revendications des citoyens lithuaniens sur les trésors de l'Etat russe, et sur les institutions nationalisées — s'engage à reconnaître à la Lithuanie et à ses citoyens les privilèges et droits qui sont ou seront reconnus par la Lithuanie à tout autre Etat tiers ou à ses citoyens, institutions ou associations.

Si les valeurs et titres ne sont pas au porteur, le Gouvernement Russe consent à les considerer comme appartenant à ceux qui pourront prouver que leurs valeurs et titres ont été évacués pendant la guerre.

Article 11.

1° Le Gouvernement Russe restitue au Gouvernement Lithuanien pour être remis aux ayant droit, les biens évacués au cours de la guerre mondiale 1914-1917, appartenant aux citoyens lithuaniens ou à des associations, compagnies et sociétés par actions, dont la majorité des actions étaient entre des mains lithuaniennes au moment où le Gouvernement Russe publia le décret de nationalisation des proprietes, en tant que ces biens se trouvent être en possession du Gouvernement Russe.

Remarque.

Cet article ne porte pas sur les capitaux, depots et objets de valeur qui se trouvent dans les succursales de la Banque d'Etat, ou dans les Banques privées, institutions de credit et caisses d'epargne situées en territoire lithuanien.

2° En ce qui concerne le matériel des chemins de fer, des postes, télégraphes et téléphones, et le materiel des ateliers de chemin de fer, évacués pendant la guerre mondiale de 1914-1917, la Russie s'engage à en restituer une partie à la Lithuanie, mais seulement dans les limites nécessaires à son existence, et en prenant en considération l'abaissement général du niveau de la vie économique.

Afin de préciser les limites de cette restitution, une Commission mixte, composée d'un nombre égal de representants des deux Parties Contractantes, sera constituée aussitôt après la mise en vigueur du present traite.

Remarque.

La restitution du matériel de chemin de fer, du matériel des postes, télégraphes et téléphones, et du matériel des ateliers de chemins de fer, se trouvant sur le territoire occupé de la Lithuanie, ne pourra s'effectuer que lorsque ce territoire sera libere.

3° En vue de faciliter l'exécution des articles 8, 9, 10 et 11, de la présente Convention, le Gouvernement russe s'engage à fournir au Gouvernement lithuanien, tous les renseignements et toutes informations concernant lesdits articles, et à prendre toutes les dispositions nécessaires pour

faciliter la recherche des biens, archives et documents, à restituer. La solution des différentes questions qui pourront surgir à ce sujet, sera confiée à une Commission mixte composée d'un nombre égal de représentants des deux Parties Contractantes.

Article 12.

Prenant en considération le fait que la Lithuanie a été presque entièrement dévastée au cours de la guerre mondiale et qu'il est impossible aux citoyens lithuaniens de remettre leurs fermes en état; reconnaissant en particulier la difficulté de reconstruire les édifices détruits ou incendiés, étant donné l'anéantissement complet des forêts lithuaniennes, le Gouvernement russe se déclare prêt:

1° A libérer la Lithuanie de ses dettes et autres obligations envers la Russie, entraînées par l'émission des billets de banque, de timbres de l'Etat, d'obligations et bons du Trésor russe pour les emprunts extérieurs et intérieurs de l'Etat russe, de cautionnements des diverses institutions de crédit et des emprunts de ces institutions garantis par l'Etat, etc. Toutes les réclamations des créanciers de la Russie concernant la Lithuanie doivent être adressées exclusivement à la Russie.

2° A concéder au Gouvernement lithuanien, pendant une période de 20 ans, le droit de procéder à la coupe des bois sur un espace de cent mille déciatines, dans les localités les plus rapprochées de la frontière lithuanienne, et autant que possible près des rivières navigables et des voies ferrées. Cette coupe devra se faire par séries progressives avec la remise des friches selon les plans de l'administration des forêts de Russie. Le soin d'établir les modalités de cette concession est confié à une Commission mixte composée d'un nombre égal des représentants des deux Parties Contractantes.

3° A remettre au Gouvernement lithuanien la somme de trois millions de roubles or, dans le délai d'un mois et demi à partir de la ratification du présent Traité.

Article 13.

1° Les Parties Contractantes ont décidé de commencer aussitôt après la ratification du présent Traité, des pourparlers en vue de conclure une Convention de commerce et de transit.

2° Le principe de la protection la plus large doit être admis comme base du traité de commerce.

3° Les principes suivants doivent être admis comme base du Traité concernant le transit:

a) Les marchandises passant en transit sur le territoire des Parties Contractantes, ne seront soumises à aucun impôt ni droit de douane.

b) Les tarifs de fret, appliqués aux marchandises en transit, ne peuvent être supérieurs à ceux auxquels sont soumis les marchandises nationales de même nature.

Remarque.

Jusqu'au rétablissement des relations normales, les conditions réciproques du transit entre la Russie et la Lithuanie seront réglées d'après les principes établis ci-dessus. Les autres conditions du transit seront réglées par des Conventions temporaires spéciales.

4° Les flottes commerciales de la Russie et de la Lithuanie pourront profiter de leurs ports respectifs sur la base des droits égaux.

5° Les biens provenant de la succession d'un citoyen de l'une des Parties Contractantes et se trouvant sur le territoire de l'autre partie, seront remis en entier au Consul ou au représentant du Gouvernement dont dépendait le défunt pour en être disposé selon les lois du pays d'origine du défunt.

Article 14.

Les relations diplomatiques et consulaires entre les Parties Contractantes, seront rétablies aussitôt après la ratification du présent Traité, et celles-ci procéderont à la conclusion d'une Convention consulaire.

Article 15.

Après la ratification du présent Traité, le Gouvernement russe libérera les citoyens lithuaniens, ainsi que les personnes ayant opté pour la nationalité lithuanienne, qu'elles soient civiles ou militaires, de toute punition pour délit politique ou disciplinaire. Le Gouvernement lithuanien s'engage à agir de même. Si les jugements n'ont pas encore été rendus, l'instruction cessera.

Ne bénéficieront pas de l'amnistie les individus qui commettraient les délits ci-dessus désignés après la ratification du présent Traité.

Les personnes condamnées par un tribunal criminel pour délits non susceptibles d'amnistie, retourneront dans leur pays après avoir subi leur peine. Si le jugement n'a pas été rendu un an après que le coupable a été mis en accusation, il sera remis avec le dossier de sa cause, aux autorités de son pays.

Les deux Parties Contractantes libéreront simultanément leurs propres citoyens des peines encourues pour infractions commises avant la ratification du présent Traité au profit de l'autre partie.

Article 16.

En élaborant le présent Traité les deux Parties Contractantes ont tenu compte du fait qu'elles n'ont jamais été en guerre, et que la Lithuanie, théâtre des opérations militaires pendant la guerre mondiale 1914-1917 en a tout particulièrement souffert. En conséquence, les conditions du présent Traité ne pourront jamais et dans aucune circonstance servir de précédent à aucun autre Etat.

D'autre part, si un Etat tiers concède à une des Parties Contractantes ou à ses citoyens des concessions spéciales, droits ou privilèges, ceux-ci s'étendront, sans qu'il soit besoin de conclure une convention séparée, à l'autre Partie Contractante ainsi qu'à ses citoyens.

Remarque.

Néanmoins les Parties Contractantes ne prétendront pas aux privileges que l'une d'elles pourrait concéder à un Etat tiers avec lequel elle serait liée par des conventions de douanes ou autres.

Article 17.

La solution des questions de droit public et privé, surgissant entre les citoyens des Parties Contractantes, de même que le reglement de certaines questions spéciales entre les deux Etats, ou entre un des Gouvernements et les citoyens de l'autre, sera confiée à une Commission particulière mixte, composée d'un nombre égal de membres des Parties Contractantes, qui sera établie dès la mise en vigueur du présent Traité. La composition de cette Commission, ses droits et devoirs, seront déterminés par un règlement après entente entre les deux parties.

Article 18.

Le présent Traité est rédigé en langue russe et en langue lithuanienne. Pour son interprétation, les deux textes feront foi.

Article 19.

Le présent Traité sera ratifié.

L'échange des instruments de ratification aura lieu à Moscou.

Partout où dans le présent Traité on donne pour date le moment de la ratification, il faut entendre le moment de l'échange des instruments de ratification.

En foi de quoi les plénipotentiaires des deux parties ont signé de leur propre main le présent Traité et y ont apposé leur sceau.

L'orginal est rédigé en deux exemplaires.

Fait et signé à Moscou le douze juillet de l'an mil neuf cent vingt.

45.

RUSSIE, LETTONIE.

Traité de paix; signé à Riga, le 11 août 1920.*)

La République de Lettonie. Documents, traités et lois. Edité par le Bureau letton d'informations à Paris. I, p. 24.

Traduction française.

La Russie d'une part et la Lettonie de l'autre, s'inspirant du ferme désir de mettre fin à l'état de guerre existant entre elles et de régler de façon définitive toutes les questions qui découlent de l'ancienne sujétion

*) Les ratifications ont été échangées à Moscou, le 4 octobre 1920.

de la Lettonie vis-à-vis de la Russie, ont résolu d'engager des négociations de paix et de conclure le plus tôt possible une paix durable, honorable et juste. A ces fins, elles ont nommé pour les représenter:

Le Gouvernement de la République socialiste fédérative des Soviets de Russie:

Adolphe Abramovitch Joffe et
Jacob Stanislavovitch Hanetski.

Le Gouvernement de la République démocratique de Lettonie:

Jean Wessmans.
Pierre Bergis.
Ans Buschewitzs.
Edouard Kalnins.
Charles Pauluks.

Ces représentants, réunis à Moscou, après avoir examiné réciproquement les pouvoirs dont ils étaient munis et qui ont été reconnus en bonne et due forme, se sont mis d'accord sur les points suivants:

Article I.

Du jour de l'entrée en vigueur du présent traité, l'état de guerre cesse entre les parties contractantes.

Article II.

En vertu du principe proclamé par la République socialiste fédérative des Soviets de Russie, qui établit le droit de tous les peuples à la libre disposition d'eux-mêmes, allant jusqu'à la séparation totale des Etats auxquels ils se trouvaient incorporés, et vu la volonté exprimée par le peuple letton de posséder une existence nationale indépendante, la Russie reconnaît, sans réserve aucune, l'indépendance et la souveraineté de l'Etat letton et renonce volontairement et irrévocablement à tous les droits souverains qui ont appartenu à la Russie sur le peuple et le sol lettons en raison du droit constitutionnel qui existait aussi bien que des tractations internationales, lesquelles, dans le sens indiqué ici, perdent leur force pour l'avenir. De l'état antérieur de sujetion à la Russie il ne découle pour le peuple et le sol lettons aucune obligation vis-à-vis de la Russie.

Article III.

La frontière gouvernementale entre la Russie et la Lettonie passe: en partant de la frontière esthonienne entre les villages de Babina et de Vuimorsk, par Vuimorsk, le long de la rivière Cloubotsa par Vachkova, plus loin le long de la petite rivière Opotchna, des rivières Opotchka et Viada jusqu'à Doubinina, où par la voie la plus courte elle atteint la rivière Koukhva, puis le long de la rivière Koukhva et de son affluent la rivière Pelaga jusqu'à Oumernichi, de là en ligne droite vers la rivière Outroïa jusqu'à la lettre „V" du mot „Kaïlov", le long de la rivière Outroïa jusqu'au coude qu'elle forme à Malaja Melnitsa, de là en ligne droite à la courbe de la rivière Lja qui se trouve à deux verstes au nord

du mot „Starina", plus loin le long de la riviere Lja et de la frontiere administrative des districts de Lutsin, Réjitsa et Dvinsk avec ceux d'Opotchesk, de Sebej et de Drissa jusqu'à Pazina sur la rivière Ossounitsa, plus loin en ligne droite à travers le lac blanc, le lac noir et le lac qui se trouve entre Vassilieva et Mossichki, par la ferme Saveiki jusqu'à l'embouchure de l'étroite rivière qui se jette dans la Dvina occidentale entre Koskovstsi et la ferme et le village de Novoje Sélo, puis le long de la Dvina occidentale jusqu'à la ferme de Chafranovo.

14 jours après la ratification du traité, les deux parties contractantes s'engagent à ramener chacune leurs troupes jusqu'à la frontière d'Etat sur leur propre territoire.

Remarque 1. Les frontières indiquées dans cet article sont tracées en rouge sur la carte (à l'échelle de 3 verstes par inch) annexée au présent article. En cas de divergence entre le texte et la carte, le texte aura force décisive.

Remarque 2. Le tracé de la frontière d'Etat entre la Russie et la Lettonie et la pose des poteaux frontières seront effectués par une Commission spéciale mixte de frontière composée en nombre égal de délégués des deux parties. Pour le tracé sur place de la frontière et l'attribution des points habités à travers lesquels passe la frontière, au territoire de l'une ou l'autre des parties contractantes, les décisions de ladite Commission de frontière s'inspireront des considérations ethnographiques et économiques. Dans le cas où, en s'appuyant sur les conditions ethnographiques et économiques, ladite Commission mixte fera passer la frontière par des rivières ou des lacs, la ligne frontière suivra le milieu de la rivière ou du lac, sans prendre en considération si l'ancienne frontière administrative passait sur l'une ou l'autre rive de cette rivière ou de ce lac.

Remarque 3. Dans les rivières et lacs formant frontière le retrait artificiel des eaux susceptible d'entrainer un abaissement du niveau moyen est défendu.

Pour ces rivières et ces lacs, la navigation et la pêche feront l'objet d'une réglementation établie d'un commun accord; sera seule autorisée la pêche au moyen d'instruments ne risquant pas d'épuiser la richesse en poissons de ces eaux.

Annexe (une carte).*)

Article IV.

Les deux parties contractantes s'engagent:

1. à interdire le séjour sur leur territoire à toute armée, à l'exclusion de leur armée nationale ou de celles des Etats amis avec lesquels l'une des parties contractantes a conclu une convention militaire, mais qui ne se trouveront pas de fait en état de guerre avec l'autre partie contractante; et à interdire également, dans les limites de leurs territoires respectifs, la

*) Non reproduite.

mobilisation et le recrutement d'un personnel destiné aux armées d'Etat, d'organisations et de groupes dont l'objectif serait la lutte armée contre l'autre partie contractante.

Remarque: Les noms donnés à certaines unités composant la „Division de Chasseurs lettons", qui fait maintenant partie de l'armée russe, sont reconnus par les deux parties comme n'ayant qu'une signification historique. Ces unités n'ont pas et n'auront pas dans l'avenir un contingent national letton prédominant et, malgré leur nom, ne peuvent avoir aucun rapport ni avec le peuple, ni avec l'Etat lettons.

En conséquence, le fait de conserver à ces détachements leur nom historique ne sera pas considéré par la Lettonie comme une infraction à la présente clause.

Les deux parties renoncent à donner à leurs unités militaires de nouvelles appellations tirées de noms géographiques ou nationaux de l'autre partie;

2. à ne pas admettre la formation et le séjour sur leur territoire d'organisations ou de groupes quels qu'ils soient qui prétendraient représenter le Gouvernement de tout ou partie du territoire de l'autre partie contractante, ainsi que de représentants ou de fonctionnaires d'organisations ou de groupes ayant pour but de renverser le Gouvernement de l'autre partie contractante;

3. à interdire aux Gouvernements se trouvant de fait en état de guerre avec l'autre partie et aux organisations et groupes dont le but serait la lutte armée contre l'autre partie contractante le transport par leurs ports ou par leur territoire de tout ce qui pourrait servir à attaquer l'autre partie contractante, notamment: forces militaires appartenant aux dits Etats, organisations, ou groupes, matériel de guerre, matériel militaire-technique d'artillerie, d'intendance, de génie et d'aéronautique;

4. à interdire, à l'exception des cas prévus par le droit international, le passage et la navigation dans leurs eaux territoriales de tous vaisseaux de guerre, canonnières, torpilleurs, etc., appartenant soit à des organisations et groupes ayant pour but la lutte armée avec l'autre partie contractante, soit aux Gouvernements se trouvant en état de guerre avec l'autre partie contractante et ayant pour but d'attaquer l'autre partie contractante; et cela, dès que de tels buts seront connus de la partie contractante à laquelle appartiennent ces eaux territoriales et ces ports.

Article V.

Les deux parties renoncent réciproquement à réclamer de l'autre partie les dépenses de guerre, c'est-à-dire les dépenses faites par l'Etat en vue de la conduite de la guerre, ainsi que toute compensation des pertes de guerre, c'est-à-dire des pertes occasionnées à elles-mêmes ou à leurs sujets par des opérations de guerre, y compris toutes sortes de réquisitions opérées par l'une des parties contractantes sur le territoire de l'autre.

Article VI.

Reconnaissant qu'il est nécessaire de répartir de façon équitable entre tous les Etats du monde l'obligation de réparer les dommages causés par la guerre mondiale de 1914—1917 aux Etats ruinés ou aux parties des Etats sur le territoire desquels les opérations militaires ont eu lieu, les deux parties contractantes s'engagent à s'efforcer d'obtenir un accord entre tous les Etats en vue d'établir une caisse internationale qui servirait à couvrir les sommes destinées à la réparation des dommages de guerre.

Indépendamment de la création de cette caisse internationale, les parties contractantes jugent nécessaire que la Russie et tous les nouveaux Etats formant des Républiques indépendantes sur le territoire de l'ancienne Russie se prêtent dans la mesure du possible un mutuel appui pour réparer par leurs propres moyens les dommages causés par la guerre mondiale et s'engagent à s'efforcer d'obtenir cet accord entre les Républiques ci-dessus mentionnées.

Article VII.

Les prisonniers de guerre des deux parties seront, dans le plus bref délai, renvoyés dans leur patrie. L'ordre dans lequel se fera l'échange des prisonniers est établi dans l'annexe au présent article.

Remarque: Sont considérés comme prisonniers de guerre les captifs qui ne servent pas volontairement dans l'armée du gouvernement qui les a fait prisonniers.

Annexe: 1. Les prisonniers des deux parties contractantes seront renvoyés dans leur patrie, à moins qu'avec l'assentiment du Gouvernement sur le territoire duquel ils se trouvent, ils n'expriment le désir de demeurer dans le pays où ils sont ou de se rendre dans un autre pays quelconque;

2. Au moment de leur mise en liberté les papiers et les effets leur appartenant qui leur auraient été enlevés par ordre des autorités du Gouvernement qui les a fait prisonniers leur seront rendus. L'argent gagné par leur travail qui ne leur aurait pas encore été payé ou dont ils n'auraient pas été crédités leur sera également versé;

3. Chacune des parties contractantes s'engage à rembourser les dépenses effectuées de part et d'autre pour l'entretien de ses citoyens prisonniers de guerre pour autant que ces dépenses n'auront pas été amorties par le travail desdits prisonniers de guerre dans les entreprises d'ordre gouvernemental ou privé. Ce remboursement s'effectuera dans la monnaie du pays qui a fait les prisonniers.

Remarque: L'indemnité due pour les frais d'entretien des prisonniers de guerre comprend le montant du prix de leur nourriture, de leur équipement et de leur solde.

4. Les prisonniers seront dirigés par échelon vers leur frontière gouvernementale au compte du Gouvernement qui les a fait prisonniers; leur remise se fera d'après une liste, dans laquelle devront être indiqués les prénom, prénom du père et nom de famille du prisonnier, la date où il a été fait prisonnier et l'endroit où il a travaillé pendant sa captivité;

5. Aussitôt après la ratification du traité de paix, est instituée, pour l'échange des prisonniers de guerre, une commission mixte composée de trois représentants de chacune des parties contractantes. Elle aura pour attributions de surveiller l'exécution des conditions énoncées dans la présente annexe, de fixer les délais, les modalités et l'ordre du renvoi des prisonniers dans leur pays, ainsi que les dépenses, conformément aux données présentées lors de la remise des prisonniers de guerre par la partie correspondante;

6. Sur les mêmes bases que celles qui ont été établies, s'effectue, sur la demande de la partie adverse, la remise des civils et militaires internés, citoyens des parties contractantes, ainsi que des otages.

Article VIII.

Les personnes résidant le jour de la ratification du traité dans les limites de la Lettonie, ainsi que les réfugiés demeurant en Russie qui étaient inscrits ou dont les parents étaient inscrits avant le 1er août 1914 dans les sociétés urbaines, rurales ou corporatives sur le territoire formant maintenant l'Etat de Lettonie sont reconnues comme étant citoyens Lettons.

Les personnes de la même catégorie, demeurant, au moment de la ratification du présent traité, dans les limites de la Russie, à l'exclusion des réfugiés dont il est parlé ci-dessus, sont reconnues comme citoyens russes.

Cependant toute personne depuis l'âge de 18 ans et au-dessus résidant sur le territoire de la Lettonie a le droit durant un an, à dater du jour de la ratification du présent traité, de déclarer ne pas vouloir garder la nationalité lettone pour opter en faveur de la Russie et, dans ce cas, les enfants âgés de moins de 18 ans et la femme mariée suivent cette dernière nationalité à moins qu'entre les époux une convention contraire n'ait été passée.

De même les citoyens russes peuvent, d'accord avec le second alinéa de cette clause, durant le même laps de temps et aux mêmes conditions, opter pour la qualité de citoyens lettons.

Ceux qui ont fait une déclaration d'option ainsi que ceux des leurs auxquels la nationalité est transmise, conservent leurs droits sur leurs biens, meubles et immeubles, dans les limites des lois existantes dans l'Etat où ils habitent et, en cas de départ, ils ont le droit de liquider ou d'emporter ce qui leur appartient.

Remarque 1: Les individus demeurant au moment de la ratification du présent traité sur le territoire d'un troisième Etat, mais qui n'y sont pas naturalisés et qui tombent sous les conditions du 1er alinéa de cet article, sont également reconnus comme citoyens de Lettonie, tout en conservant le droit d'opter aux conditions indiquées pour la qualité de citoyens russes.

Remarque 2: Les citoyens qui, avant ou pendant la guerre mondiale de 1914-1917, vivaient sur le territoire de l'une des parties et qui vivent au moment de la ratification du présent traité sur le

territoire de l'autre bénéficient aussi des droits réservés aux optants par le présent article.

Les réfugiés qui n'auraient pas pu emporter leurs biens en raison de l'accord sur la réévacuation des réfugiés du 12 juin 1920 bénéficient des droits envisagés par l'article relatif aux optants, mais à la condition de prouver que ces biens leur appartiennent et, qu'au moment de la réévacuation, ils se trouvaient de fait en leur possession.

Remarque 3: Les deux parties contractantes laissent aux citoyens de la partie adverse, de même qu'aux optants, le droit et la possibilité de revenir librement dans leur pays et d'une façon générale de quitter les limites de l'Etat de la partie adverse. De même les deux parties contractantes s'engagent à démobiliser immédiatement après la ratification du présent traité les citoyens de la partie adverse.

Article IX.

L'accord sur la réévacuation des réfugiés conclu entre la Russie et la Lettonie le 12 juin de l'année courante reste en vigueur, avec l'addition suivante: De part et d'autre les réfugiés jouissent, en sus des droits qui leur sont acquis par l'accord mentionné ci-dessus, des droits conférés par le présent traité de paix aux citoyens et aux optants de la partie correspondante.

Article X.

Les deux parties contractantes renoncent mutuellement à toute réclamation provenant du fait que la Lettonie faisait partie de la Russie et reconnaissent que les biens nationaux de toutes sortes, se trouvant sur le territoire de chacune d'elles, sont la propriété indiscutable de l'Etat correspondant. Le droit de revendiquer les biens de l'Etat russe qui auraient été, après le 1er août 1914, transportés hors du territoire letton sur le territoire d'un tiers Etat passe au Gouvernement letton.

De même les droits que pourrait revendiquer la Russie contre des personnalités juridiques ou contre d'autres Etats sont également transmis à l'Etat letton dans la mesure où ces droits concernent le territoire letton.

L'Etat letton hérite ensuite de toutes les créances du trésor russe sur les biens situés dans les limites du territoire letton, de même que de toutes sortes de créances sur des citoyens lettons, mais seulement dans la mesure où elles n'auraient pas été compensées par des paiements faits en acompte.

Remarque: Le droit de réclamer aux petits propriétaires paysans leurs dettes envers l'ancienne Banque foncière paysanne russe ou envers d'autres banques foncières russes aujourd'hui nationalisées, ainsi que le droit de réclamer les dettes envers l'ancienne Banque foncière russe de la Noblesse ou envers d'autres banques foncières russes aujourd'hui nationalisées, dettes pesant sur les terres des propriétaires, vu que ces terres passent à des paysans ayant peu

ou pas du tout de terres, ne passe pas au Gouvernement letton, mais ces dettes sont purement et simplement annulées.

Tous actes et documents constituant la preuve des droits ci-dessus envisagés seront transmis au Gouvernement letton par le Gouvernement russe autant que celui-ci les possède. Au cas où la transmission en aurait été impossible dans le délai d'un an après la ratification du présent traité, les documents et actes non transmis seront considérés comme perdus.

Article XI.

1. Le Gouvernement russe restitue à ses frais à la Lettonie et remet au Gouvernement letton les bibliothèques, les archives, les musées, les œuvres d'art, le matériel scolaire, les documents et autres biens des établissements scolaires et scientifiques, les biens gouvernementaux, religieux, communaux et ceux des institutions corporatives, autant que ces objets ont été évacués des limites de la Lettonie pendant la guerre mondiale de 1914 à 1917 et se trouvent ou se trouveront de fait en la possession des administrations gouvernementales ou publiques de Russie.

En ce qui concerne les archives, les bibliothèques, les musées, les œuvres d'art et les documents ayant pour la Lettonie une importance essentielle au point de vue scientifique, artistique ou historique et évacués des limites de la Lettonie en Russie avant la guerre mondiale de 1914 à 1917, le Gouvernement russe consent à les restituer à la Lettonie dans la mesure où cette restitution ne causerait pas une perte essentielle aux archives, bibliothèques, musées, galeries de tableaux russes dans lesquels ils sont conservés.

Les questions se rapportant à cette restitution seront soumises à la décision d'une Commission mixte formée d'un nombre égal de membres pour chacune des parties contractantes.

2. Le Gouvernement russe restitue à ses frais et remet au Gouvernement letton tous les dossiers concernant les affaires de justice et l'Etat, toutes les archives juridiques et gouvernementales et dans ce nombre les archives des notaires de 1re et de 2e classe, les archives des Sections hypothécaires, celles des Départements religieux de tous les cultes, archives et plans d'arpentage, d'aménagement des terres, des voies ferrées, des forêts, des chaussées, des postes et télégraphes et autres administrations, les plans, les devis, les cartes et en général tous les matériaux topographiques de l'arrondissement militaire de Vilna, pour autant qu'ils se rapportent au territoire de l'Etat letton: les archives des succursales locales des Banques de la noblesse et des paysans, des succursales de la Banque de l'Etat, et de tous les autres établissements de crédit, d'assurance mutuelle et de coopératives, ainsi que les archives et les dossiers des administrations privées de la Lettonie pour autant que les objets désignés se trouvent de fait ou se trouveront en la possession des institutions gouvernementales ou publiques de Russie.

3. Le Gouvernement russe rend à ses frais et remet au Gouvernement letton pour attribution à qui de droit toute espèce de titres de propriétés comme : contrats d'acquisition, hypothèques, contrats de fermage et toutes sortes de traités, etc., et dans ce nombre les livres, les papiers et documents nécessaires pour l'établissement des comptes, et en général tous les documents ayant une importance pour déterminer les droits de propriété des citoyens lettons, évacués des limites de la Lettonie en Russie pendant la guerre mondiale de 1914-1917, pour autant que ces documents se trouvent ou se trouveront de fait en la possession d'institutions russes gouvernementales ou publiques.

Au cas où ces documents ne seraient pas restitués dans le délai de deux ans, à compter du jour de la ratification du présent traité, ils seraient considérés comme perdus.

4. La Russie s'engage à extraire des archives de ses administrations centrales et locales ceux des documents qui ont un rapport direct avec les provinces faisant partie de la Lettonie.

Article XII.

1. Le Gouvernement russe restitue à la Lettonie tous les biens évacués en Russie pendant la guerre mondiale de 1914-1917 et appartenant à des administrations religieuses, civiles, de bienfaisance, d'instruction, ainsi que les cloches et les objets de culte des églises et des couvents de tous les cultes, dans la mesure où les objets désignés se trouvent ou se trouveraient de fait en la possession des administrations gouvernementales et publiques de Russie.

2. Le Gouvernement russe restitue à la Lettonie les valeurs évacuées en Russie après le 1er août 1914 et qui avaient été placées en dépôt ou appartenaient aux institutions de commerce, de crédit, tels que : banques, sociétés de crédit mutuel, caisses d'épargne et institutions hypothécaires, caisses publiques des villes et monts-de-piété qui fonctionnaient dans les limites de la Lettonie, à l'exclusion de l'or, des pierres précieuses et des billets de banque, pour autant que ces valeurs se trouvent ou se trouveront de fait en la possession des institutions gouvernementales ou publiques de Russie.

3. En ce qui concerne le payement des fonds d'Etat russes garantis par le Gouvernement et qui sont en circulation dans les limites de la Lettonie ainsi que de ceux émis par des sociétés et administrations privées, dont les entreprises ont été nationalisées par le Gouvernement russe, comme en ce qui concerne la satisfaction des prétentions des citoyens lettons envers le trésor russe et envers les établissements nationalisés, la Russie s'engage à reconnaître à la Lettonie, aux citoyens lettons et aux administrations tous les droits, avantages et priorités qui sont assurés directement ou indirectement à la Lettonie ou bien qui seraient cédés à un tiers Etat quelconque ou bien à des citoyens ou à des institutions de ce tiers Etat. S'il manquait des valeurs ou des titres de propriété, le Gouvernement russe se déclare, conformément à l'alinéa de ce paragraphe, prêt à

reconnaître, comme détenteurs des valeurs désignées ci-dessus, ceux qui seront en mesure de faire preuve que les valeurs leur appartenant ont été évacuées pendant la guerre.

4. En ce qui concerne les versements dans les caisses d'épargne, les dépôts en banque et les garanties sur prêts et autres sommes déposées dans les ci-devant institutions de justice ou d'Etat, dans la mesure ou ces sommes déposées sont la possession de citoyens lettons, et aussi en ce qui concerne les versements ou les sommes ci-dessus énumérées qui auraient été déposées dans les succursales de la ci-devant Banque d'Etat ou bien dans les institutions de crédit privées ou leurs succursales liquidées ou nationalisées, en tant que ces sommes et dépôts appartiennent à des citoyens lettons, le Gouvernement russe s'engage à reconnaître à ces citoyens lettons tous les droits qui étaient en leur temps reconnus à tous les citoyens russes et par suite autorise les citoyens lettons, qui, en raison de l'occupation, n'auraient pas eu la possibilité de faire valoir leurs droits, à faire valoir ces droits maintenant.

Le Gouvernement russe tiendra compte aux citoyens lettons, dans le règlement de l'indemnité attribuée à leurs revendications, de la diminution de valeur de l'argent russe depuis le 3 septembre 1917, date de l'occupation définitive de la Lettonie, jusqu'à la date du paiement des sommes remboursées.

5. Les dispositions énumérées à l'alinéa 4 du present article seront observées pour les valeurs et l'avoir qui se trouvent ou se trouvaient en dépôt dans les banques ou les coffres-forts, si ces valeurs ou cet avoir sont la propriété de citoyens lettons et se trouvent ou se trouveront de fait en la possession d'institutions gouvernementales ou publiques. Ces dispositions sont aussi applicables aux valeurs et aux biens des citoyens lettons en dépôt dans les institutions de crédit ou dans les coffres-forts de ces institutions évacuées après le 1er août 1914.

Remarque. Les sommes, valeurs et possessions dont il est question dans ce paragraphe seront transmis au Gouvernement letton qui se chargera de les attribuer aux ayants droit.

Article XIII.

Le Gouvernement russe restitue au Gouvernement letton pour attribution aux ayants droit les biens appartenant au point de vue juridique ou matériel aux villes lettonnes, aux sociétés et aux individus et qui ont été évacués pendant la guerre mondiale de 1914-1917 en tant que ces biens se trouvent ou se trouveront être en possession des institutions gouvernementales ou publiques.

Remarque 1. En cas de doute, il sera reconnu aux sociétés d'actionnaires et aux associations lettonnes la majorité des actions ou des parts qui étaient la propriété des citoyens lettons avant la mise en vigueur du décret du Gouvernement russe sur la nationalisation de l'industrie.

Remarque 2. Le présent article ne se rapporte pas aux capitaux dépôts et valeurs qui se trouvent dans les succursales de la Banque d'Etat, ou dans les banques privées, institutions de crédit ou caisses d'épargne situées en territoire letton.

Article XIV.

1. En ce qui concerne le matériel des postes, télégraphes et téléphones évacué de Lettonie en Russie pendant la guerre mondiale de 1914-1917, la Russie s'engage à restituer à la Lettonie et à remettre au Gouvernement letton une quantité égale à celle qui correspond réellement aux necessités économiques de la Lettonie et à la vie intellectuelle de cet Etat indépendant et ce dans la mesure où le matériel susdit se trouve ou se trouvera en la possession des institutions gouvernementales et publiques de Russie.

2. En ce qui concerne le matériel de navigation et d'affrètement, ainsi qu'en ce qui concerne les phares desservant les ports lettons et qui auraient été évacués pendant le courant de la guerre, la Russie s'engage à rendre à la Lettonie et à restituer au Gouvernement letton une quantité de matériel correspondant exactement aux besoins de la Lettonie en tant que Gouvernement indépendant pour le service de ses ports et ce dans la mesure où ce matériel se trouve ou se trouvera de fait en la possession des institutions gouvernementales ou publiques de Russie.

3. En ce qui concerne le matériel des chemins de fer tant roulant que fixe y compris les ateliers évacués de la Lettonie en Russie pendant la guerre mondiale de 1914-1917, la Russie s'engage à restituer à la Lettonie et à remettre au Gouvernement letton une quantité de matériel égale à celle qui correspond réellement aux nécessités économiques de la Lettonie en tant que Gouvernement indépendant et en tant que ce matériel se trouve ou se trouvera de fait en la possession des institutions gouvernementales ou publiques de Russie.

Afin d'établir exactement la quantité de matériel ci-dessus énuméré qui sera à réévacuer et de fixer également les délais dans lesquels ce matériel sera livré, une commission mixte russo-lettonne sera constituée sur base paritaire aussitôt après la ratification du présent traité de paix. Cette commission devra se baser pour l'évaluation du matériel à restituer sur la situation économique d'avant la guerre de 1914-1917, dans les régions qui, conformément au présent traité, constituent la Lettonie. Après avoir retranché et séparé le matériel qui assurait le commerce et le transit national de la Russie entière, elle devra fixer de façon précise les besoins de la Lettonie actuelle en tant que Gouvernement indépendant, en tenant compte de l'abaissement général de l'intensité de la vie économique.

Article XV.

En vue de faciliter l'exécution des articles X, XI, XII, XIII et XIV du présent Traité, le Gouvernement russe s'engage à fournir au Gouvernement letton tous les renseignements et toutes informations concernant

les dits articles et à lui prêter son concours de toute façon pour lui faciliter les recherches des biens, des archives, des documents, etc., à restituer.

Les biens réévacués en Lettonie en conformité avec les articles ci-dessus pourront être rendus, après accord entre la Russie et la Lettonie, soit en nature soit en valeur équivalente.

Au compte des valeurs qui pourront être ainsi rendues à la Lettonie, la Russie payera à la Lettonie, et cela dans un délai de deux mois après la ratification du Traité, la somme de quatre millions de roubles or.

Article XVI.

Prenant en considération les dommages causés à la Lettonie par la guerre mondiale de 1914-1917, la Russie:

1. exempte la Lettonie de toute responsabilité quant aux dettes et obligations de toutes sortes de la Russie, et dans ce nombre sont comprises celles de l'émission du papier-monnaie, bons de la Trésorerie, qui résultent des obligations ou reçus du Trésor; quant aux emprunts intérieurs et extérieurs de l'Empire russe, quant à la garantie donnée ou aux emprunts faits par diverses institutions ou entreprises, etc. Toutes réclamations de ce genre venant de créanciers de la Russie ne devront être adressées qu'à la seule Russie.

2. dans le but de venir en aide au paysan letton pour la restauration des bâtiments détruits au cours de la guerre, le droit lui est réservé d'abattre du bois sur une étendue de cent mille déciatines, autant que possible près de la frontière lettonne, de voies de chemin de fer et de rivières navigables; les modalités de cette concession seront établies par une Commission mixte russo-lettonne composée d'un nombre égal de représentants des deux parties. Cette Commission sera nommée immédiatement après la ratification du Traité.

Article XVII.

1. Les parties contractantes ont convenu de conclure, aussitôt après la ratification du présent traité, des accords commerciaux et de transit, des conventions consulaires, postales et télégraphiques et une convention relative à l'approfondissement de la Dvina occidentale.

2. En attendant la conclusion de ces traités de commerce et de transit, les parties contractantes sont d'accord pour que les rapports économiques soient réglés entre elles d'après les principes suivants:

a) les deux parties se réservent l'une à l'autre le traitement de la nation la plus favorisée.

b) les marchandises passant en transit par le territoire des parties contractantes ne sont soumises à aucun impôt ni droit de douane.

c) les tarifs de fret appliqués aux marchandises en transit ne peuvent être supérieurs à ceux que supportent les marchandises nationales de même nature.

3. Les biens provenant de la succession d'un citoyen de l'une des parties contractantes et se trouvant sur le territoire de l'autre partie seront

remis en entier au Consul ou au Représentant du Gouvernement dont dépendait le défunt, pour en être disposé selon les lois du pays d'origine du défunt.

Article XVIII.

Les parties contractantes s'engagent simultanément à prendre toutes les mesures nécessaires pour assurer la sécurité de la navigation des bateaux de commerce dans leurs eaux en établissant les services indispensables de pilotage, en rétablissant les feux, le balisage des zones interdites et s'engagent à prendre toutes les dispositions nécessaires pour la détermination des champs de mines jusqu'à leur complet enlèvement.

Les deux parties contractantes ont convenu de participer au repêchage des mines dans la mer Baltique. A cet effet une convention sera conclue entre les deux parties. Un tribunal d'arbitrage fixerait la participation attribuée à chacune des parties dans le cas où elles ne parviendraient pas à un accord sur ce point.

Article XIX.

Les rapports diplomatiques et consulaires entre les parties contractantes seront rétablis immédiatement après la ratification du présent Traité.

Article XX.

Après la ratification du présent Traité le Gouvernement russe, d'une part, libère les citoyens lettons et les optants pour la nationalité lettonne et le Gouvernement letton, d'autre part, les citoyens russes et les optants pour la nationalité russe, militaires et civils, de toute punition pour délits politiques et disciplinaires. Si les jugements concernant ces délits n'ont pas encore été prononcés, l'instruction cesse.

Ne bénéficient pas de l'amnistie les individus qui commettraient les délits ci-dessus désignés après la ratification du présent traité.

Les individus se trouvant sous le coup d'une instruction judiciaire ou d'une condamnation ou arrêtés pour crimes et délits de droit commun, commis avant la ratification du présent Traité, de même que ceux qui purgent une peine pour les même délits, sont immédiatement livrés à leur Gouvernement, s'il en fait la demande; les dossiers qui les concernent sont également remis au moment de l'extradition.

Lex deux parties contractantes libèrent en même temps leurs propres citoyens des punitions pour les délits commis avant la signature du présent Traité et au profit de l'autre partie.

Remarque 1. Les dispositions du paragraphe ci-dessus relatives à l'amnistie ou à l'extradition ne sont applicables qu'aux individus dont la condamnation n'est pas en cours d'exécution au moment de la signature du présent traité.

Remarque 2. Les citoyens russes et les optants pour la nationalité russe qui ont pris part au complot du 16 avril 1919 et à l'attaque de Bermondt ne bénéficient pas des dispositions de ce paragraphe.

Article XXI.

La solution des questions relevant du droit public et du droit privé surgissant entre les Gouvernements et les citoyens de l'autre partie est confiée à une Commission mixte, formée d'un nombre égal de membres pour les deux parties, et nommée immédiatement après la ratification du présent Traité. La composition, les droits et les obligations de cette commission seront fixés par des instructions établies d'après un accord entre les deux parties contractantes.

Article XXII.

Le présent Traité est rédigé en langue russe et en langue lettone. A l'interprétation les 2 textes sont considérés comme authentiques.

Article XXIII.

Le présent Traité est soumis à la ratification et entre en vigueur depuis le moment de la ratification, à moins que le Traité n'en décide autrement.

L'échange des lettres de ratification devra se faire à Moscou.

Partout où, dans le présent Traité, on donne pour date le moment de la ratification du traité, il faut entendre le moment de l'échange des lettres de ratification.

En foi de quoi les représentants des 2 parties ont signé de leur propre main le présent Traité et y ont apposé leurs cachets.

L'original est en 2 exemplaires.

Fait à Moscou, achevé et signé à Riga le 11 août 1920.

46.

ALLEMAGNE, CHINE.

Accord en vue de rétablir les relations d'amitié et de commerce entre les deux pays; signé à Péking, le 20 mai 1921, suivi de plusieurs Déclarations et Notes diplomatiques signées à la date du même jour.*)

Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1921. No. 71.

1.

Accord.

Die Regierung des Deutschen Reichs und die Regierung der Chinesischen Republik, von dem Wunsche geleitet,

Le Gouvernement de la République Allemande et le Gouvernement de la République Chinoise, animés du désir

*) L'Accord a été ratifié. La communication réciproque prévue à l'article VII de l'Accord a eu lieu le 1er juillet 1921.

die Freundschafts- und Handelsbeziehungen durch ein Übereinkommen zwischen den beiden Ländern wiederherzustellen, haben, indem sie die Erklärung des Deutschen Reichs vom heutigen Tage als Grundlage nehmen und anerkennen, dass die Anwendung der Grundsätze der Achtung der territorialen Souveränität, der Gleichstellung und der Gegenseitigkeit das einzige Mittel ist, das gute Einvernehmen zwischen den Völkern zu erhalten, demzufolge zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Die Regierung des Deutschen Reichs:

Herrn H. von Borch, Generalkonsul;

Die Regierung der Chinesischen Republik:

Herrn W. W. Yen, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

Die Bevollmächtigten haben sich, nachdem sie einander ihre Vollmachten mitgeteilt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel I.

Die beiden Hohen vertragschliessenden Teile haben das Recht, gehörig beglaubigte diplomatische Agenten gegenseitig zu entsenden, welche auf Grundlage der Gegenseitigkeit im Lande ihres Aufenthalts die Vorrechte und Befreiungen geniessen, die ihnen das Völkerrecht gewährt.

Artikel II.

Die beiden Hohen vertragschliessenden Teile gewähren sich gegenseitig das Recht, an allen Orten, wo ein Konsulat oder ein Vizekonsulat einer anderen Nation errichtet ist, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten zu ernennen, die mit der Achtung und

de rétablir les relations d'amitié et de commerce par un accord entre les deux pays, en prenant comme base la Déclaration de la République Allemande datée de ce jour et reconnaissant que l'application des principes du respect de la souveraineté territoriale, de l'égalité et de la réciprocité est le seul moyen de maintenir la bonne entente entre les peuples, ont nommé à cet effet pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Le Gouvernement de la République Allemande:

Monsieur H. von Borch, Consul Général;

Le Gouvernement de la République Chinoise:

Monsieur W. W. Yen, Ministre des Affaires Etrangères.

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, ont convenu des dispositions suivantes:

Article I.

Les deux Hautes Parties Contractantes auront le droit d'envoyer mutuellement des agents diplomatiques dûment accrédités qui jouiront réciproquement dans le pays de leur résidence des privilèges et immunités que leur accorde le droit des gens.

Article II.

Les deux Hautes Parties Contractantes s'accordent réciproquement le droit de nommer, dans toutes les localités où s'est établi un consulat ou viceconsulat d'une autre nation, des consuls, viceconsuls et agents consulaires qui seront traités avec la

den Rücksichten behandelt werden, die den Beamten desselben Ranges der anderen Nationen gewährt werden.

Artikel III.

Staatsangehörigen einer der beiden Republiken, die in dem Gebiete der anderen sich aufhalten, steht es frei, in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Verordnungen des Landes zu reisen, sich niederzulassen und Handel oder Industrie zu betreiben an allen Orten, wo Staatsangehörige einer anderen Nation es tun können.

Sie unterstehen, bezüglich ihrer Person sowie ihres Vermögens, der Gerichtsbarkeit der örtlichen Gerichtshöfe; sie müssen sich nach den Gesetzen des Aufenthaltslandes richten. Sie zahlen keine höheren Steuern, Abgaben oder Kontributionen als die Landesangehörigen.

Artikel IV.

Die beiden Hohen vertragschliessenden Teile erkennen an, dass alle Zollangelegenheiten allein durch die innere Gesetzgebung eines jeden von ihnen geregelt werden. Indessen werden keine höheren Zölle als die von den Landesangehörigen entrichteten erhoben auf Rohstoffe oder Fabrikate vom Ursprung einer der beiden Republiken oder eines anderen Landes, bei ihrer Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr.

Artikel V.

Die Erklärung des Deutschen Reichs vom heutigen Tage und die Bestimmungen des gegenwärtigen Übereinkommens werden als Grundlage genommen werden für die Verhandlung des endgültigen Vertrags.

Artikel VI.

Das gegenwärtige Übereinkommen ist in Deutsch, Chinesisch und Fran-

considération et les égards qui sont accordés aux agents de la même catégorie des autres nations.

Article III.

Les ressortissants d'une des deux Républiques résidant sur le territoire de l'autre auront la faculté conformément aux lois et règlements du pays, de voyager, de s'établir et d'exercer le commerce ou l'industrie, dans toutes les localités où des ressortissants d'une autre nation peuvent le faire.

Ils sont placés, tant leurs personnes que leurs biens, sous la juridiction des tribunaux locaux; ils doivent se conformer aux lois du pays où ils résident. Ils ne payeront aucuns impôts, taxes ou contributions supérieurs à des nationaux du pays.

Article IV.

Les deux Hautes Parties Contractantes reconnaissent que toutes les matières douanières sont réglées uniquement par la législation intérieure de chacune d'elles. Toutefois aucuns droits supérieurs à ceux acquittés par les nationaux du pays ne seront prélevés sur les produits bruts ou manufactures d'origine d'une des deux Républiques ou d'un autre pays à leur importation, exportation ou transit.

Article V.

La Déclaration de la République Allemande de ce jour et les stipulations du présent Accord seront prises comme base pour la négociation du Traité définitif.

Article VI.

Le présent Accord est rédigé en Allemand, en Chinois et en Français;

zösisch abgefasst; im Falle einer Auslegungsverschiedenheit gilt der französische Text.

Artikel VII.

Das gegenwärtige Übereinkommen wird sobald als möglich ratifiziert werden und tritt in Kraft mit dem Tage, an dem die beiden Regierungen einander mitgeteilt haben, dass die Ratifikationen erteilt worden sind.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Peking am 20. Mai 1921, entsprechend dem 20. Tage des 5. Monats des 10. Jahres der Chinesischen Republik.

(L. S.) (gez.) *von Borch.*
(L. S.) (gez.) *W. W. Yen.*

en cas de divergence d'interprétation le texte français fera foi.

Article VII.

Le présent Accord sera ratifié le plus tôt possible et entrera en vigueur dès le jour où les deux Gouvernements ont fait connaître, l'un à l'autre, que les ratifications ont été effectuées.

Fait à Pékin, en double exemplaire, le 20 mai 1921, correspondant au 20. jour de la 5. lune de la 10. année de la République Chinoise.

(L. S.) (signé) *von Borch.*
(L. S.) (signé) *W. W. Yen.*

2.

Déclarations.

Der Unterzeichnete, ordnungsmässig bevollmächtigter Vertreter der Regierung des Deutschen Reichs, hat die Ehre, im Namen seiner Regierung dem Herrn Minister der Auswärtigen Angelegenheiten der Chinesischen Republik das Folgende zur Kenntnis zu bringen:

Die Regierung des Deutschen Reichs, von dem Wunsche geleitet, die Freundschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und China wiederherzustellen, und in der Erwägung,

dass diese Beziehungen auf den Grundsätzen vollkommener Gleichstellung und absoluter Gegenseitigkeit entsprechend den Regeln des allgemeinen Völkerrechts beruhen müssen,

dass ferner unter dem 15. September 1919 der Präsident der Chinesischen Republik einen Erlass über die Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland veröffentlicht hat,

Le soussigné, Représentant du Gouvernement de la République Allemande, dûment autorisé, a l'honneur de faire connaître au nom de son Gouvernement à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères de la République Chinoise ce qui suit:

Le Gouvernement de la République Allemande, animé du désir de rétablir les relations d'amitié et de commerce entre la Chine et l'Allemagne,

considérant

que ces relations devront se baser sur les principes d'une parfaite égalité et d'une réciprocité absolue, conformes aux règles du droit des gens général,

considérant

que sous la date du 15 septembre 1919 le Président de la République Chinoise a publié un mandat concernant le rétablissement de la paix avec l'Allemagne,

considérant

dass ferner Deutschland sich verpflichtet, gegenüber China die aus den Artikeln 128 bis 134 des am 10. Januar 1920 in Kraft getretenen Vertrags von Versailles vom 28. Juni 1919,*) hervorgehenden Verpflichtungen zu erfüllen,

stellt fest, dass Deutschland durch die Ereignisse des Krieges und durch den Vertrag von Versailles gezwungen worden ist, auf alle seine Rechte, Ansprüche und Vorrechte zu verzichten, die es auf Grund seines Vertrags mit China vom 6. März 1898,**) sowie durch alle sonstigen die Provinz Schantung betreffenden Abkommen erworben hat, und dadurch die Möglichkeit, sie an China zurückzugeben, sich genommen sieht,

und erklärt in aller Form:

der Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit in China zuzustimmen,

zugunsten Chinas auf alle Rechte zu verzichten, die die Deutsche Regierung auf dem zur Deutschen Gesandtschaft in Peking gehörenden „Glacis" besitzt, indem sie zugibt, dass man unter dem Ausdruck „öffentliches Eigentum" im ersten Absatz des Artikels 130 des Vertrags von Versailles auch das erwähnte Gelände zu verstehen hat,

sowie bereit zu sein, der Chinesischen Regierung die Kosten der Internierung von deutschen Militärpersonen in den verschiedenen Internierungslagern in China zu erstatten.

Der Unterzeichnete ergreift diese Gelegenheit, um dem Herrn Minister der Auswärtigen Angelegenheiten die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Peking, den 20. Mai 1921.

(gez.) *von Borch,*

Vertreter der Deutschen Regierung.

que l'Allemagne s'engage à remplir vis-à-vis de la Chine les obligations dérivant des articles 128—134 du Traité de Versailles du 28 juin 1919,*) entré en vigueur le dix janvier 1920,

constate

que l'Allemagne par les événements de la guerre et par le Traité de Versailles a été obligée de renoncer à tous ses droits, titres et privilèges qu'elle a acquis, en vertu du Traité passé par elle avec la Chine le 6 mars 1898**) et de tous autres actes concernant la province du Chantoung, et se trouve ainsi privée de la possibilité de les restituer à la Chine,

et déclare formellement:

consentir à l'abrogation de la juridiction consulaire en Chine,

renoncer, en faveur de la Chine, à tous les droits que le Gouvernement Allemand possède sur le „glacis" dépendant de la Légation d'Allemagne à Pékin, admettant que par l'expression „proprietés publiques" dans le premier paragraphe de l'article 130 du Traité de Versailles on devra également comprendre le terrain mentionné,

et être prêt à rembourser au Gouvernement Chinois les frais de l'internement des militaires allemands dans les différents camps d'internement en Chine.

Le soussigné saisit cette occasion pour renouveler à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères les assurances de sa haute considération.

Pékin, le 20 mai 1921.

(signé) *von Borch,*

Représentant du Gouvernement Allemand.

---

*) V. ci-dessus, p. 453. **) V. **N. R. G.** 2. s. XXX, p. 326.

Le soussigné, Ministre des Affaires Etrangères de la République Chinoise, a l'honneur d'accuser réception à Monsieur le Représentant du Gouvernement de la République Allemande de sa communication datée de ce jour, par laquelle Monsieur le Représentant du Gouvernement de la République Allemande, dûment autorisé, lui a fait connaître au nom de son Gouvernement, ce qui suit:

(Übersetzung.)

Der Unterzeichnete, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten der Chinesischen Republik, hat die Ehre, dem Herrn Vertreter der Regierung des Deutschen Reichs den Empfang seiner Mitteilung vom heutigen Tage zu bestätigen, durch welche der Herr Vertreter der Regierung des Deutschen Reichs, ordnungsmässig bevollmächtigt, im Namen seiner Regierung ihm das Folgende zur Kenntnis gebracht hat:

[suit le texte de la Note allemande].

Le soussigné saisit cette occasion pour renouveler à Monsieur le Représentant du Gouvernement de la République Allemande les assurances de sa haute considération.

Pékin, le 20 mai 1921.

(signé) *W. W. Yen,*

Ministre des Affaires Etrangères.

Der Unterzeichnete ergreift diese Gelegenheit, um dem Herrn Vertreter der Regierung des Deutschen Reichs die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Peking, den 20. Mai 1921.

(gez.) *W. W. Yen,*

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

3.

Lettre allemande.

Peking, den 20. Mai 1921.

Herr Minister!

In Übereinstimmung mit den Weisungen meiner Regierung habe ich die Ehre Ihnen erneut zu erklären, dass die Deutsche Regierung den Versailler Vertrag jetzt nicht nochmals generell anerkennen kann, da ein solcher Schritt mit der freiwilligen Annahme dieses Vertrages von ihrer Seite gleichbedeutend sein und seiner späteren Revision präjudizieren würde; sie wird jedoch keine Einwendungen dagegen erheben, dass China sich ausser den Artikeln 128 bis 134 des Vertrags auch gewisser anderer Vertragsrechte, die für das eigene Land von Belang erscheinen, in ihrer gegenwärtigen Festlegung oder, falls die Revision stattfindet, in ihrer abgeänderten Form bedienen wird.

Ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

(gez.) *von Borch.*

4.

Notes.

Peking, den 20. Mai 1921.

Herr Minister!

Im Auftrag der Deutschen Regierung beehrt sich der Unterzeichnete, in der Absicht, den Text der deutschen Erklärung und des deutsch-chinesischen Übereinkommens näher zu erläutern, Ihnen, Herr Minister, nachstehende Erklärungen abzugeben:

1. Verzollung chinesischer Waren in Deutschland:

Die im Artikel IV des Übereinkommens bezeichnete Zollregelung, nach der die Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchgangszölle beider Länder die von den Angehörigen des eigenen Landes zu zahlenden Zollsätze nicht übersteigen dürfen, hindert China nicht, sich der im Artikel 264 des Versailler Vertrags*) gegebenen Vergünstigung zu bedienen.

2. Ersatz von Schäden:

Die in der deutschen Erklärung ausgesprochene Bereitwilligkeit, China die Auslagen in den verschiedenen Internierungslagern zu erstatten, ist so zu verstehen, dass Deutschland bereit ist, diese Zahlung zu leisten neben dem Schadensersatze gemäss den Grundsätzen des Versailler Vertrags.

Die Deutsche Regierung verpflichtet sich, eine Teilzahlung von vier Millionen Dollar bar und dem Rest in Tientsin-Pukou und Hukuang Eisenbahnobligationen auf die chinesische Kriegsschädenersatzforderung in der noch zu vereinbarenden Gesamthöhe des halben Erlöses des liquidierten Vermögens der Deutschen in China und des halben Wertes des sequestrierten Vermögens an die Chinesische Regierung zu machen.

3. Chinesisches Eigentum in Deutschland:

Das chinesische bewegliche und unbewegliche Eigentum in Deutschland wird nach Ratifizierung des Übereinkommens voll zurückgegeben.

4. Chinesische Studenten in Deutschland:

Die Deutsche Regierung wird den chinesischen Studenten in Deutschland gern nach allen Kräften behilflich sein, dass sie Aufnahme in den Schulen erhalten oder sich praktisch ausbilden können.

Ferner wäre der Unterzeichnete dem Herrn Minister zu Dank verpflichtet für eine Mitteilung über folgende Punkte:

1. Künftige Sicherheiten für das Eigentum Deutscher:

Kann die Chinesische Regierung versprechen, dass sie Deutschen in China vollen Schutz in der friedlichen Ausübung ihres Berufs gewähren und deren Vermögen nicht noch einmal beschlagnahmen wird, ausser in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts oder den Bestimmungen des chinesischen Rechts?

2. Rechtsgarantien:

Werden deutsche Rechtsfälle in China sämtlich von den neu eingerichteten Gerichten mit dem Rechte der Berufung und nach den neuen

*) V. ci-dessus, p. 527.

Gesetzen erledigt und wird ein ordnungsgemässes Prozessverfahren dabei angewandt?

Dürfen für die Dauer des Prozesses deutsche Rechtsanwälte und Dolmetscher, die bei den Gerichten offiziell zugelassen sind, als Rechtsbeistände fungieren?

3. Fälle vor den Gemischten Gerichten:

Welches Verfahren hat die Chinesische Regierung für Prozesse vor den Gemischten Gerichten im Auge, bei denen Deutsche aktiv oder passiv beteiligt sind?

4. Chinesische Bestimmungen über den Handel mit dem Feinde:

Werden alle derartigen Bestimmungen mit dem Tage der Ratifizierung des Übereinkommens hinfällig?

5. Regelung von chinesisch-deutschen Verbindlichkeiten:

Hat die chinesische Regierung die Absicht, dem im Artikel 296 des Versailler Vertrags*) vorgesehenen allgemeinen Ausgleichsamte beizutreten?

Indem ich mich beehre, das Vorstehende zu Ihrer Kenntnis zu bringen, bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung zu genehmigen.

(gez.) *von Borch,*
Vertreter der Deutschen Regierung.

Antwortnote des chinesischen Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten.

Peking, den 20. Mai 1921.

Sehr geehrter Herr!

Ich beehre mich, den Empfang Ihres gefälligen Schreibens zu bestätigen, in dem Sie in der Absicht, den Text der deutschen Erklärung und des chinesisch-deutschen Übereinkommens näher zu erläutern, nachstehende Erklärungen abgegeben haben:

„1. Verzollung chinesischer Waren in Deutschland:

Die im Artikel IV des Übereinkommens bezeichnete Zollregelung, nach der die Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchgangszölle beider Länder die von den Angehörigen des eigenen Landes zu zahlenden Zollsätze nicht übersteigen dürfen, hindert China nicht, sich der im Artikel 264 des Versailler Vertrags gegebenen Vergünstigung zu bedienen.

2. Ersatz von Schäden:

Die in der deutschen Erklärung ausgesprochene Bereitwilligkeit, China die Auslagen in den verschiedenen Internierungslagern zu erstatten, ist so zu verstehen, dass Deutschland bereit ist, diese Zahlung zu leisten neben dem Schadensersatze gemäss den Grundsätzen des Versailler Vertrags.

Die Deutsche Regierung verpflichtet sich, eine Teilzahlung von vier Millionen Dollar bar und dem Rest in Tientsin-Pukou und Hukuang

---

*) V. ci-dessus, p. 546.

Eisenbahnobligationen auf die chinesische Kriegsschädenersatzforderung in der noch zu vereinbarenden Gesamthöhe des halben Erlöses des liquidierten Vermögens der Deutschen in China und des halben Wertes des sequestrierten Vermögens an die Chinesische Regierung zu machen.

3. Chinesisches Eigentum in Deutschland:

Das chinesische bewegliche und unbewegliche Eigentum in Deutschland wird nach Ratifizierung des Übereinkommens voll zurückgegeben.

4. Chinesische Studenten in Deutschland:

Die Deutsche Regierung wird den chinesischen Studenten in Deutschland gern nach allen Kräften behilflich sein, dass sie Aufnahme in den Schulen erhalten oder sich praktisch ausbilden können."

Auf die von Ihnen gestellten Fragen beehre ich mich das Nachstehende zu antworten:

1. Künftige Sicherheiten für das Eigentum von Chinesen und Deutschen:

Die Chinesische Regierung verspricht, dass sie Deutschen in China vollen Schutz in der friedlichen Ausübung ihres Berufs gewähren und deren Vermögen nicht noch einmal beschlagnahmen wird, ausser in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts oder den Bestimmungen des chinesischen Rechtes unter der Voraussetzung, dass die Deutsche Regierung in gleicher Weise gegenüber den in Deutschland wohnenden Chinesen handelt.

2. Rechtsgarantien:

Deutsche Rechtsfälle in China werden sämtlich von den neu eingerichteten Gerichten mit dem Rechte der Berufung und nach den neuen Gesetzen erledigt, und ein ordnungsmässiges Prozessverfahren wird dabei angewandt. Für die Dauer des Prozesses dürfen deutsche Rechtsanwälte und Dolmetscher, die bei den Gerichten offiziell zugelassen sind, als Rechtsbeistände fungieren.

3. Fälle vor den Gemischten Gerichten.

Bezüglich der Prozesse vor den Gemischten Gerichten, bei denen Deutsche aktiv oder passiv beteiligt sind, wird China für die Zukunft eine Lösung suchen, die allen Seiten gerecht wird.

4. Chinesische Bestimmungen über den Handel mit dem Feinde:

Alle derartigen Bestimmungen werden mit dem Tage der Ratifizierung des Übereinkommens von selbst hinfällig.

Die früher beim Seezollamt eingetragenen deutschen Handelsmarken werden nach Ratifizierung des vorliegenden Übereinkommens durch Wiedereintragung durch den ursprünglichen Eigentümer beim Seezollamte wieder in Kraft gesetzt werden.

Bis die autonomen Zollbestimmungen allgemein angewendet werden, werden deutsche Einfuhrwaren Zölle nach den allgemeinen Zollbestimmungen bezahlen.

5. Regelung von chinesisch-deutschen Verbindlichkeiten:

Die Chinesische Regierung hat nicht die Absicht, dem im Artikel 296 des Versailler Vertrags vorgesehenen allgemeinen Ausgleichsamte beizutreten.

Ferner verpflichtet sich die Chinesische Regierung im Hinblick auf die obige Erklärung der Deutschen Regierung, wonach sie sich zu einer Teilzahlung auf die Kriegsschädenersatzforderung an die Chinesische Regierung verpflichtet, mit der Vertragsunterzeichnung die Liquidation des Eigentums von Deutschen sämtlich tatsächlich einzustellen und gegen Empfangnahme der obigen Schadensersatzsumme nach Ratifizierung des deutsch-chinesischen Übereinkommens die Liquidationserlöse sowie alles einbehaltene Eigentum den Eigentümern zurückzugeben.

Die obige Regelung bedeutet die Erledigung der im Satz 2 des Artikels 133 des Versailler Vertrags*) erwähnten Frage der Liquidation, Sequestration und Beschlagnahme deutschen Eigentums.

Mit der Deutsch-Asiatischen Bank und den Ching-Hsing Minen werden die zuständigen chinesischen Behörden über das Verfahren besonders verhandeln.

Die noch nicht liquidierten Immobilien der Deutsch-Asiatischen Bank in Peking und Hankau werden jedoch dem obigen Verfahren entsprechend den Eigentümern zurückgegeben.

Indem ich die Ehre habe, Ihnen Vorstehendes zu antworten, ergreife ich die Gelegenheit, Ihnen, sehr geehrter Herr, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung zu übermitteln.

(gez.) *W. W. Yen.*
Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

47.

AUTRICHE, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Traité en vue d'établir des relations d'amitié: signé à Vienne, le 24 août 1921.**)

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 1921, Stück 239, No. 643. — Treaty Series (Washington) No. 659.

Austria and the United States of America:

Considering that the United States, acting in conjunction with its co-belligerents entered into an Armistice with

Österreich und die Vereinigten Staaten von Amerika.

in Erwägung dessen, dass die Vereinigten Staaten im gemeinsamen Vorgehen mit ihren Kriegsgenossen am

*) V. ci-dessus, p. 435.
**) Les ratifications ont été échangées à Vienne, le 8 novembre 1921.

Austria-Hungary on November 3d, 1918*), in order that a Treaty of peace might be concluded;

Considering that the former Austro-Hungarian Monarchy ceased to exist and was replaced in Austria by a republican Government;

Considering that the Treaty of St. Germain-en-Laye to which Austria is a party was signed on September 10th, 1919,**) and came into force according to the terms of its Article 381, but has not been ratified by the United States;

Considering that the Congress of the United States passed a Joint Resolution approved by the President July 2d, 1921, which reads in part as follows;

„Resolved by the Senate and House of Representatives of the United States of America in Congress assembled. . . .

„That the state of war declared to exist between the Imperial and Royal Austro-Hungarian Government and the United States of America by the joint resolution of Congress approved December 7th, 1917, is hereby declared at an end.

„Sect. 4. That in making this declaration, and as a part of it, there are expressly reserved to the United States of America and its nationals any and all rights, privileges, indemnities, reparations or advantages, together with the right to enforce the same, to which it or they have become entitled under the terms of the

3. November 1918* mit Österreich-Ungarn einen Waffenstillstand eingegangen sind, damit ein Friedensvertrag abgeschlossen werden könne;

in Erwägung dessen, dass die ehemalige Österreichisch-Ungarische Monarchie zu bestehen aufgehört hat und in Österreich durch eine republikanische Regierung ersetzt worden ist;

in Erwägung dessen, dass der Vertrag von St. Germain-en-Laye, den Österreich mit abgeschlossen hat, am 10. September 1919**) unterzeichnet worden und gemäss den Bestimmungen seines Artikels 381 in Kraft getreten, jedoch von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert worden ist;

in Erwägung dessen, dass der Kongress der Vereinigten Staaten eine gemeinsame Resolution gefasst hat, die von dem Präsidenten am 2. Juli 1921 genehmigt worden ist und die zum Teil folgendermassen lautet:

„Beschlossen von dem im Kongress versammelten Senat und Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika: . . .

„Dass der durch die am 7. Dezember 1917 genehmigte gemeinsame Resolution des Kongresses als zwischen der k. und k. österreichisch-ungarischen Regierung und den Vereinigten Staaten von Amerika bestehend erklärte Kriegszustand hiedurch als beendigt erklärt werde.

„Abschnitt 4: Dass bei Abgabe dieser Erklärung und als Teil derselben den Vereinigten Staaten von Amerika und deren Angehörigen ausdrücklich vorbehalten werden alle und jede Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Wiedergutmachungen oder Vorteile zugleich mit dem Rechte, dieselben durchzusetzen, wozu sie (die

*) V. ci-dessus, p. 163. **) V. ci-dessus, p. 691.

armistice signed November 3d, 1918, or any extension or modifications thereof; or which were acquired by or are in the possession of the United States of America by reason of its participation in the war or to which its nationals have thereby become rightfully entitled; or which, under the Threaty of St. Germain-en-Laye or the Treaty of Trianon, have been stipulated for its or their benefit; or to which it is entitled as one of the principal Allied and Associated Powers; or to which it is entitled by virtue of any Act or Acts of Congress; or otherwise.

„Sect. 5. All property of the Imperial German Government, or its successor or successors, and of all German nationals which was on April 6th, 1917, in or has since that date come into the possession or under control of, or has been the subject of a demand by the United States of America or of any of its officers, agents, or employees, from any source or by any agency whatsoever, and all property, of the Imperial and Royal Austro-Hungarian Government, or its successor or successors, and of all Austro-Hungarian nationals which was on December 7th, 1917, in or has since that date come into the possession or under control of, or has been the subject of a demand by the United States of America or any of its officers, agents, or employees, from any source or by any agency whatsoever,

Vereinigten Staaten und deren Angehörige) auf Grund der Bestimmungen des am 3. November 1918 unterzeichneten Waffenstillstandes oder irgendwelcher Ausdehnung oder Abänderungen desselben berechtigt worden sind; oder die von den Vereinigten Staaten von Amerika erworben werden oder sich in deren Besitz befinden auf Grund deren Teilnahme an dem Krieg oder auf die deren Angehörige dadurch rechtmässigen Anspruch erworben haben; oder welche durch den Vertrag von St. Germain-en-Laye oder den Vertrag von Trianon zu ihren (der Vereinigten Staaten oder deren Angehörigen) Gunsten ausbedungen worden sind; oder auf die sie als eine der alliierten und assoziierten Hauptmächte Anspruch haben; oder auf die sie Anspruch haben kraft irgend eines oder mehrerer Akte des Kongresses; oder auf sonstige Weise.

„Abschnitt 5: Alles Eigentum der kaiserlich deutschen Regierung oder ihres Nachfolgers oder ihrer Nachfolger sowie das aller deutschen Reichsangehörigen, das sich am 6. April 1917 im Besitze oder unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten von Amerika oder irgend eines ihrer Funktionäre, Organe oder Angestellten befunden hat oder seit diesem Tage in deren Besitz oder unter deren Kontrolle gelangt ist oder das Gegenstand einer Forderung seitens der Vereinigten Staaten von Amerika oder irgendeines ihrer Funktionäre, Organe oder Angestellten aus was immer für einer Quelle oder Veranlassung gewesen ist und alles Eigentum der k. und k. österreichisch-ungarischen Regierung oder ihres Nachfolgers oder ihrer Nachfolger sowie das aller österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen, das

shall be retained by the United States of America and no disposition thereof made, except as shall have been heretofore or specifically hereafter shall be provided by law until such time as the Imperial German Government and the Imperial and Royal Austro-Hungarian Government, or their successor or successors, shall have respectively made suitable provision for the satisfaction of all claims against said Governments respectively, of all persons, wheresoever domiciled, who owe permanent allegiance to the United States of America and who have suffered, through the acts of the Imperial German Government or its agents, or the Imperial and Royal Austro-Hungarian Government or its agents since July 31st, 1914, loss, damage, or injury to their persons or property, directly or indirectly, whether through the ownership of shares of stock in German, Austro-Hungarian, American, or other corporations, or in consequence of hostilities or of any operations of war, or otherwise and also shall have granted to persons owing permanent allegiance to the United States of America most-favored-nation treatment, whether the same be national or otherwise, in all matters affecting residence, business, profession, trade, navigation, commerce, and industrial property rights and until the Imperial German Government and the Imperial and Royal Austro-Hungarian Government or its successor or successors shall have respectively confirmed to the United States of America all fines, forfeitures, penalties, and seizures imposed or made by the United States of America during the war, whether in respect to the property of the Imperial German Government or German nationals or the Imperial and

sich am 7. Dezember 1917 im Besitze oder unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten von Amerika oder irgendeines ihrer Funktionäre, Organe oder Angestellten befunden hat oder seit diesem Tage in deren Besitz oder unter deren Kontrolle gelangt ist oder das Gegenstand einer Forderung seitens der Vereinigten Staaten von Amerika oder irgendeines ihrer Funktionäre, Organe oder Angestellten aus was immer für einer Quelle oder Veranlassung gewesen ist, soll von den Vereinigten Staaten zurückbehalten und darüber keine Verfügung getroffen werden, soweit nicht bisher durch Gesetz etwas anderes vorgesehen worden ist oder in Hinkunft im einzelnen vorgesehen werden wird, so lange bis die kaiserlich deutsche Regierung und die k. und k. österreichisch-ungarische Regierung oder deren ein oder mehrere Nachfolger angemessene Vorkehrungen zur Befriedigung aller Ansprüche gegen die genannten Regierungen, die geltend gemacht werden von allen wo immer wohnhaften Personen, die im ständigen Staatsbürgerschaftsverhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika stehen und die durch die Handlungen der kaiserlich deutschen Regierung oder ihrer Organe oder der k. und k. österreichisch-ungarischen Regierung oder ihrer Organe seit dem 31. Juli 1914 Verlust, Schaden oder Unbill an Person oder Eigentum, direkt oder indirekt, sei es durch den Besitz von Anteilen an deutschen, österreichisch-ungarischen, amerikanischen oder anderen Gesellschaften oder infolge von feindlichen Handlungen oder Kriegsoperationen oder sonstwie erlitten haben, getroffen haben wird und bis sie den Personen, welche im ständigen Staatsbürgerschaftsverhältnis zu den

Royal Austro-Hungarian Government or Austro-Hungarian nationals, and shall have waived any and all pecuniary claims against the United States of America."

Vereinigten Staaten von Amerika stehen, die Behandlung der meistbegünstigten Nation, mag dieselbe national oder sonstwie sein, in allen Angelegenheiten, betreffend Niederlassung, Betrieb von Geschäften, Gewerbe, Industrie, Schiffahrt, Handel und Ausübung industrieller Eigentumsrechte zugesagt haben wird und bis die kaiserlich deutsche und die k. und k. österreichisch-ungarische Regierung oder deren ein oder mehrere Nachfolger den Vereinigten Staaten von Amerika alle Bussen, Verfallserklärungen, Geldstrafen und Beschlagnahmen, die von den Vereinigten Staaten von Amerika während des Krieges hinsichtlich des Vermögens der kaiserlich deutschen Regierung oder deutscher Reichsangehöriger oder der k. und k. österreichisch-ungarischen Regierung oder österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger ausgesprochen oder verhängt wurden, bestätigt haben und auf alle und jede Geldansprüche gegen die Vereinigten Staaten von Amerika verzichtet haben wird."

Being desirous of establishing securely friendly relations between the two Nations;

Von dem Wunsche beseelt, gesicherte freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Nationen zu schaffen,

Have for that purpose appointed their plenipotentiaries;

haben zu diesem Behufe ihre Bevollmächtigten bestellt, und zwar

The Federal President of the Republic of Austria:

Johann Schober

and the President of the United States of America:

Arthur Hugh Frazier

Who, having communicated their full powers, found to be in good and due form, have agreed as follows:

der Bundespräsident der Republik Österreich:

Johann Schober

und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika:

Arthur Hugh Frazier,

welche nach Mitteilung ihrer in guter und richtiger Form befundenen Vollmachten folgendes Übereinkommen geschlossen haben:

Article I.

Austria undertakes to accord to the United States and the United States shall have and enjoy all the rights, privileges, indemnities, reparations or advantages specified in the aforesaid Joint Resolution of the Congress of the United States of July 2d, 1921, including all the rights and advantages stipulated for the benefit of the United States in the Treaty of St. Germain-en-Laye which the United States shall fully enjoy notwithstanding the fact that such Treaty has not been ratified by the United States. The United States in availing itself of the rights and advantages stipulated in the provisions of that Treaty, will do so in a manner consistent with the rights accorded to Austria under such provisions.

Article II.

With a view to defining more particularly the obligations of Austria under the foregoing Article with respect to certain provisions in the Treaty of St. Germain-en-Laye, it is understood and agreed between the High Contracting Parties:

1) That the rights and advantages stipulated in that Treaty for the benefit of the United States which it is intended the United States shall have and enjoy, are those defined in Parts V, VI, VIII, IX, X, XI, XII and XIV.

2) That the United States shall not be bound by the provisions of Part I of that Treaty nor by any pro-

Artikel I.

Österreich verpflichtet sich, den Vereinigten Staaten zuzugestehen und die Vereinigten Staaten sollen haben und geniessen alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Gutmachungen und Vorteile, die in der obenstehenden gemeinsamen Resolution des Kongresses der Vereinigten Staaten vom 2. Juli 1921 spezifiziert sind, einschliesslich aller zugunsten der Vereinigten Staaten im Vertrage von St. Germain-en-Laye ausbedungenen Rechte und Vorteile, welche die Vereinigten Staaten ungeachtet des Umstandes, dass dieser Vertrag von ihnen nicht ratifiziert worden ist, zur Gänze geniessen sollen. Wenn die Vereinigten Staaten von den in den Bestimmungen dieses Vertrages vereinbarten Rechten und Vorteilen Gebrauch machen, werden sie dies in einer Weise tun, die mit den Österreich durch diese Bestimmungen zugestandenen Rechten im Einklange steht.

Artikel II.

Um die Österreich auf Grund des vorangehenden Artikels mit Rücksicht auf gewisse Bestimmungen des Vertrages von St. Germain-en-Laye obliegenden Verpflichtungen genauer zu umschreiben, wird zwischen den Hohen Vertragschliessenden Teilen einverständlich abgemacht:

Absatz 1. Dass die in jenem Vertrage zugunsten der Vereinigten Staaten ausbedungenen Rechte und Vorteile, von welchen die Absicht besteht, dass die Vereinigten Staaten sie haben und geniessen sollen, die in den Teilen V, VI, VIII, IX, X, XI, XII und XIV umschriebenen sind.

Absatz 2. Dass die Vereinigten Staaten nicht durch die Bestimmungen des I. Teiles jenes Vertrages noch

visions of that Treaty including those mentioned in paragraph 1) of this Article which relate to the Covenant of the League of Nations, nor shall the United States be bound by any action taken by the League of Nations or by the Council or by the Assembly thereof, unless the United States shall expressly give its assent to such action.

3) That the United States assumes no obligations under or with respect to the provisions of Part II, Part III, Part IV and Part XIII of that Treaty.

4) That, while the United States is privileged to participate in the Reparation Commission, according to the terms of Part VIII of that Treaty and in any other commission established under the Treaty or under any agreement supplemental thereto, the United States is not bound to participate in any such commission unless it shall elect to do so.

5) That the periods of time to which reference is made in Article 381 of the Treaty of St. Germain-en-Laye shall run, with respect to any act or election on the part of the United States, from the date of the coming into force of the present Treaty.

Article III.

The present Treaty shall be ratified in accordance with the constitutional forms of the High Contracting Parties and shall take effect immediately on the exchange of ratifications which shall take place as soon as possible at Vienna.

durch irgendwelche Bestimmungen jenes Vertrages einschliesslich der in Absatz 1 dieses Artikels erwähnten, die sich auf die Völkerbundsatzung beziehen, gebunden sein sollen, noch auch durch irgendeine von dem Völkerbunde oder von dem Rate oder der Versammlung desselben vorgenommene Handlung, wenn die Vereinigten Staaten nicht ausdrücklich ihre Zustimmung zu der fraglichen Handlung erteilen.

Absatz 3. Dass die Vereinigten Staaten keine Verpflichtungen auf Grund oder mit Rücksicht auf die Bestimmungen der Teile II, III, IV und XIII jenes Vertrages übernehmen.

Absatz 4. Dass, wenn die Vereinigten Staaten auch berechtigt sind, an dem Wiedergutmachungsausschuss entsprechend den Bestimmungen des VIII. Teiles jenes Vertrages und an jedem anderen auf Grund des Vertrages oder irgendeines denselben ergänzenden Übereinkommens eingesetzten Ausschusse teilzunehmen, sie nicht verpflichtet sind, an irgendeinem derartigen Ausschusse teilzunehmen, wenn sie nicht den Wunsch haben, dies zu tun.

Absatz 5. Dass die im Artikel 381 des Vertrages von St. Germain-en-Laye erwähnten Fristen rücksichtlich der Handlungen oder Willensäusserungen seitens der Vereinigten Staaten vom Tage des Inkrafttretens des gegenwärtigen Vertrages an laufen.

Artikel III.

Der gegenwärtige Vertrag soll in Übereinstimmung mit den verfassungsmässigen Formen der Hohen Vertragschliessenden Teile ratifiziert werden und unmittelbar nach dem Austausch der Ratifikationen, der sobald als möglich in Wien zu erfolgen hat, in Wirksamkeit treten.

In witness whereof, the respective plenipotentiaries have signed this Treaty and have hereunto affixed their seals.

Done in duplicate in Vienna, this twenty-fourth day of August 1921.

Schober.
Arthur Hugh Frazier.

Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und demselben ihr Siegel beigesetzt.

Geschehen in zweifacher Ausfertigung zu Wien, am vierundzwanzigsten Tage des August Neunzehnhundertzwanzigundeins.

Schober.
Arthur Hugh Frazier.

48.

ALLEMAGNE, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Traité en vue de rétablir les relations d'amitié; signé à Berlin, le 25 août 1921.*)

Deutsches Reichsgesetzblatt 1921. No. 5.

Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika:

In der Erwägung, dass die Vereinigten Staaten gemeinschaftlich mit ihren Mitkriegführenden am 11. November 1918 einen Waffenstillstand mit Deutschland vereinbart haben,**) damit ein Friedensvertrag abgeschlossen werden könne:

In der Erwägung, dass der Vertrag von Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde***) und gemäss den Bestimmungen des Artikel 440 in Kraft getreten, aber von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert worden ist;

In der Erwägung, dass der Kongress der Vereinigten Staaten einen gemeinsamen Beschluss gefasst hat, der von

Germany and the United States of America:

Considering that the United States, acting in conjunction with its co-belligerents, entered into an Armistice with Germany on November 11, 1918,**) in order that a Treaty of Peace might be concluded;

Considering that the Treaty of Versailles was signed on June 28, 1919,***) and came into force according to the terms of its Article 440, but has not been ratified by the United States;

Considering that the Congress of the United States passed a Joint Resolution, approved by the President

*) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 11 novembre 1921 (Reichs-Gesetzblatt 1921, p. 1369.

) V. ci-dessus, p. 172. *) V. ci-dessus, p. 323.

dem Präsidenten am 2. Juli 1921 genehmigt worden ist und im Auszug wie folgt lautet:

„Beschlossen vom Senat und dem Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika, die zum Kongress versammelt sind, dass der durch den am 6. April 1917 genehmigten gemeinsamen Beschluss des Kongresses erklärte Kriegszustand zwischen der Kaiserlich Deutschen Regierung und den Vereinigten Staaten von Amerika hiermit für beendet erklärt wird.

„Sektion 2. Dass durch Abgabe dieser Erklärung und als ein Teil davon den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren Staatsangehörigen jedwede und alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Reparationen oder Vorteile einschliesslich des Rechts, sie zwangsweise durchzuführen, ausdrücklich vorbehalten werden, auf welche die Vereinigten Staaten von Amerika oder ihre Staatsangehörigen nach den am 11. November 1918 unterzeichneten Waffenstillstandsbedingungen sowie irgendwelchen Erweiterungen oder Abänderungen derselben einen Anspruch erworben haben; oder die von den Vereinigten Staaten von Amerika infolge ihrer Beteiligung am Kriege erworben worden sind oder sich in ihrem Besitz befinden; oder auf die ihre Staatsangehörigen dadurch rechtmässig einen Anspruch erworben haben; oder die in dem Vertrage von Versailles zu ihren oder ihrer Staatsangehörigen Gunsten festgesetzt worden sind; oder auf die sie als eine der alliierten und assoziierten Hauptmächte oder kraft irgendeines vom Kongress beschlossenen Gesetzes oder sonstwie einen Anspruch haben.

July 2, 1921, which reads in part as follows:

„Resolved by the Senate and House of Representatives of the United States of America in Congress assembled, that the state of war declared to exist between the Imperial German Government and the United States of America by the joint resolution of Congress approved April 6, 1917, is hereby declared at an end.

„Sec. 2. That in making this declaration, and as a part of it, there are expressly reserved to the United States of America and its nationals any and all rights, privileges, indemnities, reparations, or advantages, together with the right to enforce the same, to which it or they have become entitled under the terms of the armistice signed November 11, 1918, or any extensions or modifications thereof; or which were acquired by or are in the possession of the United States of America by reason of its participation in the war or to which its nationals have thereby become rightfully entitled; or which, under the treaty of Versailles, have been stipulated for its or their benefit; or to which it is entitled as one of the principal allied and associated powers; or to which it is entitled by virtue of any Act or Acts of Congress; or otherwise.

„Sektion 5. Alles Eigentum der Kaiserlich Deutschen Regierung oder ihres Nachfolgers oder ihrer Nachfolger und das Eigentum aller deutschen Staatsangehörigen, das sich am 6. April 1917 im Besitz oder in der Gewalt der Vereinigten Staaten von Amerika oder eines ihrer Beamten, Vertreter oder Angestellten befand oder seit diesem Tage in deren Besitz oder Gewalt gelangt oder Gegenstand einer Forderung seitens derselben gewesen ist, gleichviel aus welchem Ursprung oder aus welcher Tätigkeit, und alles Eigentum der K. u. K. Österreichisch-Ungarischen Regierung oder ihres Nachfolgers oder ihrer Nachfolger und aller österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen, das sich am 7. Dezember 1917 im Besitz oder in der Gewalt der Vereinigten Staaten von Amerika oder eines ihrer Beamten, Vertreter oder Angestellten befand oder seit diesem Tage in deren Besitz oder Gewalt gelangt oder Gegenstand einer Forderung seitens derselben gewesen ist, gleichviel aus welchem Ursprung oder aus welcher Tätigkeit, soll von den Vereinigten Staaten von Amerika zurückbehalten und darüber keine Verfügung getroffen werden, soweit nicht gesetzlich darüber bereits verfügt ist oder im einzelnen künftig darüber verfügt wird. Dies gilt bis zu dem Zeitpunkt, wo die Kaiserlich Deutsche Regierung beziehungsweise die K. u. K. Österreichisch-Ungarische Regierung oder ihr Nachfolger oder ihre Nachfolger angemessene Vorkehrungen zur Befriedigung aller Forderungen gegen eine der genannten Regierungen seitens aller Personen ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz getroffen haben, die

„Sec. 5. All property of the Imperial German Government, or its successor or successors, and of all German nationals, which was, on April 6, 1917, in or has since that date come into the possession or under control of, or has been the subject of a demand by the United States of America or of any of its officers, agents, or employees, from any source or by any agency whatsoever, and all property of the Imperial and Royal Austro-Hungarian Government, or its successor or successors, and of all Austro-Hungarian nationals which was on December 7, 1917, in or has since that date come into the possession or under control of, or has been the subject of a demand by the United States of America or any of its officers, agents, or employees, from any source or by any agency whatsoever, shall be retained by the United States of America and no disposition thereof made, except as shall have been heretofore or specifically hereafter shall be provided by law until such time as the Imperial German Government and the Imperial and Royal Austro-Hungarian Government, or their successor or successors, shall have respectively made suitable provision for the satisfaction of all claims against said Governments respectively, of all persons, wheresoever domiciled, who owe permanent allegiance to the United States of America and who have suffered, through the acts of the Imperial German Government, or its agents, or the Imperial and Royal Austro-Hungarian Government, or its agents, since July 31, 1914, loss, damage, or

zu den Vereinigten Staaten von Amerika in einem dauernden Treuverhältnis stehen, und die durch Handlungen der Kaiserlich Deutschen Regierung oder ihrer Vertreter oder der K. u. K. Österreichisch-Ungarischen Regierung oder deren Vertreter seit dem 31. Juli 1914 Verlust, Nachteil oder Schaden an ihrer Person oder ihrem Eigentum unmittelbar oder mittelbar, sei es durch den Besitz von Anteilen deutscher, österreichisch-ungarischer, amerikanischer oder anderer Körperschaften oder infolge von Feindseligkeiten oder irgendwelchen Kriegshandlungen oder auf andere Weise erlitten haben, ferner solchen Personen, die zu den Vereinigten Staaten von Amerika in einem dauernden Treuverhältnis stehen, das Meistbegünstigungsrecht in allen Angelegenheiten, betreffend Niederlassung, Geschäftsbetrieb, Berufsausübung, Verkehr, Schiffahrt, Handel und gewerbliche Schutzrechte, zugestanden haben, einerlei, ob dieses Recht auf die Nationalität abgestellt oder sonstwie bestimmt ist; endlich bis die Kaiserlich Deutsche Regierung beziehungsweise die K. u. K. Österreichisch-Ungarische Regierung oder ihr Nachfolger oder ihre Nachfolger den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber alle von diesen während des Krieges auferlegten oder verfügten Strafgelder, Verwirkungen, Bussen und Beschlagnahmen bestätigt haben, gleichviel ob diese Eigentum der Kaiserlich Deutschen Regierung oder deutscher Staatsangehöriger oder der K. u. K. Österreichisch-Ungarischen Regierung oder österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger betreffen, und bis sie auf allen und

injury to their persons or property, directly or indirectly, whether through the ownership of shares of stock in German, Austro-Hungarian, American, or other corporations, or in consequence of hostilities or of any operations of war, or otherwise, and also shall have granted to persons owing permanent allegiance to the United States of America most-favored-nation treatment, whether the same be national or otherwise, in all matters affecting residence, business, profession, trade, navigation, commerce and industrial property rights, and until the Imperial German Government and the Imperial and Royal Austro-Hungarian Government, or their successor or successors, shall have respectively confirmed to the United States of America all fines, forfeitures, penalties, and seizures imposed or made by the United States of America during the war, whether in respect to the property of the Imperial German Government or German nationals or the Imperial and Royal Austro-Hungarian Government or Austro-Hungarian nationals, and shall have waived any and all pecuniary claims against the United States of America."

jeden Geldanspruch gegen die Vereinigten Staaten von Amerika verzichtet haben."

In dem Wunsche, die freundschaftlichen Beziehungen, die vor Ausbruch des Krieges zwischen den beiden Nationen bestanden haben, wiederherzustellen,

Haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten bestellt:

der Präsident des Deutschen Reichs

den Reichsminister des Auswärtigen, Herrn Dr. Friedrich Rosen

und

der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

den Commissioner der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland, Herrn Ellis Loring Dresel.

Diese haben nach Austausch ihrer für gut und richtig befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

Artikel I.

Deutschland verpflichtet sich, den Vereinigten Staaten zu gewähren und die Vereinigten Staaten sollen besitzen und geniessen alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Reparationen oder Vorteile, die in dem vorgenannten gemeinschaftlichen Beschlusse des Kongresses der Vereinigten Staaten vom 2. Juli 1921 näher bezeichnet sind, mit Einschluss aller Rechte und Vorteile, die zugunsten der Vereinigten Staaten in dem Vertrag von Versailles festgesetzt sind und die die Vereinigten Staaten in vollem Umfange geniessen sollen, ungeachtet der Tatsache, dass dieser Vertrag von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert worden ist.

Being desirous of restoring the friendly relations existing between the two Nations prior to the outbreak of war:

Have for that purpose appointed their plenipotentiaries:

The President of the German Empire

Dr. Friedrich Rosen, Minister for Foreign Affairs,

and

the President of the United States of America

Ellis Loring Dresel, Commissioner of the United States of America to Germany,

Who, having communicated their full powers, found to be in good and due form, have agreed as follows:

Article I.

Germany undertakes to accord to the United States, and the United States shall have and enjoy, all the rights, privileges, indemnities, reparations or advantages specified in the aforesaid Joint Resolution of the Congress of the United States of July 2, 1921, including all the rights and advantages stipulated for the benefit of the United States in the Treaty of Versailles which the United States shall fully enjoy notwithstanding the fact that such Treaty has not been ratified by the United States.

Artikel II.

In der Absicht, die Verpflichtungen Deutschlands gemäss dem vorhergehenden Artikel mit Beziehung auf gewisse Bestimmungen des Vertrags von Versailles näher zu bestimmen, besteht Einverständnis und Einigung zwischen den Hohen Vertragschliessenden Teilen darüber:

1. dass die Rechte und Vorteile, die in jenem Vertrage zugunsten der Vereinigten Staaten festgesetzt sind und die die Vereinigten Staaten besitzen und geniessen sollen, diejenigen sind, die in Abschnitt 1 des Teiles IV und in den Teilen V, VI, VIII, IX, X, XI, XII, XIV und XV aufgeführt sind.

Wenn die Vereinigten Staaten die in den Bestimmungen jenes Vertrages festgesetzten und in diesem Paragraphen erwähnten Rechte und Vorteile für sich in Anspruch nehmen, werden sie dies in einer Weise tun, die mit den Deutschland nach diesen Bestimmungen zustehenden Rechten im Einklang steht;

2. dass die Vereinigten Staaten nicht an die Bestimmungen des Teiles I jenes Vertrags noch an irgendwelche Bestimmungen jenes Vertrags, mit Einschluss der in Nr. 1 dieses Artikels erwähnten, gebunden sein sollen, die sich auf die Völkerbundssatzung beziehen, dass auch die Vereinigten Staaten durch keine Massnahme des Völkerbundes, des Völkerbundsrates oder der Völkerbundsversammlung gebunden sein sollen, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten ausdrücklich ihre Zustimmung zu einer solchen Massnahme geben;

3. dass die Vereinigten Staaten keine Verpflichtungen aus den Bestimmungen des Teiles II, Teiles III, der Abschnitte 2 bis einschliesslich 8 des Teiles IV und des Teiles XIII des

Article II.

With a view to defining more particularly the obligations of Germany under the foregoing Article with respect to certain provisions in the Treaty of Versailles, it is understood and agreed between the High Contracting Parties:

1) That the rights and advantages stipulated in that Treaty for the benefit of the United States, which it is intended the United States shall have and enjoy, are those defined in Section 1, of Part IV, and Parts V, VI, VIII, IX, X, XI, XII, XIV, and XV.

The United States in availing itself of the rights and advantages sipulated in the provisions of that Treaty mentioned in this paragraph will do so in a manner consistent with the rights accorded to Germany under such provisions.

2) That the United States shall not be bound by the provisions of Part I of that Treaty, nor by any provisions of that Treaty including those mentioned in Paragraph 1) of this Article, which relate to the Covenant of the League of Nations, nor shall the United States be bound by any action taken by the League of Nations, or by the Council or by the Assembly thereof, unless the United States shall expressly give its assent to such action.

3) That the United States assumes no obligations under or with respect to the provisions of Part II, Part III, Sections 2 to 8 inclusive of Part IV, and Part XIII of that Treaty.

bezeichneten Vertrags oder mit Beziehung auf diese Bestimmungen übernehmen;

4. dass, während die Vereinigten Staaten berechtigt sind, an der Reparationskommission gemäss den Bestimmungen des Teiles VIII jenes Vertrags und an irgendeiner anderen auf Grund des Vertrags oder eines ergänzenden Übereinkommens eingesetzten Kommission teilzunehmen, die Vereinigten Staaten nicht verpflichtet sind, sich an irgendeiner solchen Kommission zu beteiligen, es sei denn, dass sie dies wollen;

5. dass die im Artikel 440 des Vertrags von Versailles erwähnten Fristen, soweit sie sich auf eine Massnahme oder Entschliessung der Vereinigten Staaten beziehen, mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags zu laufen beginnen sollen.

Artikel III.

Der gegenwärtige Vertrag soll gemäss den verfassungsrechtlichen Formen der Hohen Vertragschliessenden Teile ratifiziert werden und soll sofort mit Austausch der Ratifikationsurkunden, der sobald als möglich in Berlin stattfinden wird, in Kraft treten.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigefügt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 25. August 1921.

Rosen.
Ellis Loring Dresel.

4) That, while the United States is privileged to participate in the Reparation Commission, according to the terms of Part VIII of that Treaty, and in any other Commission established under the Treaty or under any agreement supplemental thereto, the United States is not bound to participate in any such commission unless it shall elect to do so.

5) That the periods of time to which reference is made in Article 440 of the Treaty of Versailles shall run, with respect so any act or election on the part of the United States, from the date of the coming into force of the present Treaty.

Article III.

The present Treaty shall be ratified in accordance with the constitutional forms of the High Contracting Parties and shall take effect immediately on the exchange of ratifications which shall take place as soon as possible at Berlin.

In Witness Whereof, the respective plenipotentiaries have signed this Treaty and have hereunto affixed their seals.

Done in duplicate in Berlin this twentyfifth day of August 1921.

Rosen.
Ellis Loring Dresel.

49.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, ALLEMAGNE.

Arrangement pour déterminer les engagements financiers de l'Allemagne résultant du Traité conclu le 25 août 1921;*) signé à Berlin, le 10 août 1922.

Treaty Series (Washington) No. 665.

Agreement.

The United States of America and Germany, being desirous of determining the amount to be paid by Germany in satisfaction of Germany's financial obligations under the Treaty concluded by the two Governments on August 25, 1921, which secures to the United States and its nationals rights specified under a resolution of the Congress of the United States of July 2, 1921, including rights under the Treaty of Versailles, have resolved to submit the questions for decision to a mixed commission and have appointed as their plenipotentiaries for the purpose of concluding the following agreement:

the President of the United States of America

Alanson B. Houghton, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the United States of America to Germany,

and

the President of the German Empire

Dr. Wirth, Chancellor of the German Empire,

Abkommen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland, von dem Wunsche beseelt, die Summe festzusetzen, die Deutschland in Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen aus dem zwischen den beiden Regierungen am 25. August 1921 abgeschlossenen Vertrag zu zahlen hat, welcher den Vereinigten Staaten und deren Staatsangehörigen in einem Beschluss des Kongresses der Vereinigten Staaten vom 2. Juli 1921 näher bezeichnete Rechte, einschliesslich solcher aus dem Vertrag von Versailles sichert, haben beschlossen, die Fragen zur Entscheidung einer gemischten Kommission zu überweisen und haben zu ihren Bevollmächtigten für den Abschluss des nachstehenden Abkommens ernannt:

der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

den ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland Alanson B. Houghton

und

der Präsident des Deutschen Reichs

den Deutschen Reichskanzler Dr. Wirth.

*) V. ci-dessus, No. 48, p. 917.

Who, having communicated their full powers, found to be in good and due form, have agreed as follows:

Article I.

The commission shall pass upon the following categories of claims which are more particularly defined in the Treaty of August 25, 1921, and in the Treaty of Versailles:

1) Claims of American citizens, arising since July 31, 1914, in respect of damage to, or seizure of, their property, rights and interests, including any company or association in which they are interested, within German territory as it existed on August 1, 1914;

2) Other claims for loss or damage to which the United States or its nationals have been subjected with respect to injuries to persons, or to property, rights and interests, including any company or association in which American nationals are interested, since July 31, 1914, as a consequence of the war;

3) Debts owing to American citizens by the German Government or by German nationals.

Article II.

The Government of the United States and the Government of Germany shall each appoint one commissioner. The two Governments shall by agreement select an umpire to decide upon any cases concerning which the commissioners may disagree, or upon any points of difference that may arise in the course of their pro-

welche nach Austausch ihrer für gut und richtig befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel I.

Die Kommission soll über die folgenden Arten von Ansprüchen befinden, die des Näheren im Vertrag vom 25. August 1921 und in dem Vertrag von Versailles bezeichnet sind:

1. Ansprüche amerikanischer Bürger, die seit dem 31. Juli 1914 aus der Schädigung oder Beschlagnahme ihrer Güter, Rechte und Interessen erwachsen sind, einschliesslich jeder Gesellschaft oder Vereinigung, an denen sie beteiligt sind, innerhalb des Deutschen Reichsgebiets, wie es am 1. August 1914 bestand;

2. Andere Ansprüche aus Verlust oder Schaden, den die Vereinigten Staaten oder ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges durch Verletzung von Personen oder von Gütern, von Rechten und Interessen, einschliesslich jeder Gesellschaft oder Vereinigung, an denen amerikanische Staatsangehörige beteiligt sind, seit dem 31. Juli 1914 erlitten haben;

3. Schulden der Deutschen Regierung oder deutscher Staatsangehöriger an amerikanische Bürger.

Artikel II.

Die Regierung der Vereinigten Staaten und die Deutsche Regierung sollen je einen Kommissar ernennen. Die beiden Regierungen sollen auf Grund einer Vereinbarung einen Unparteiischen auswählen, um über alle Fälle zu entscheiden, in denen die Kommissare verschiedener Meinung sein sollten, oder über alle strittigen Punkte, die sich im Laufe der Verhandlungen zwischen ihnen ergeben sollten.

ceedings. Should the umpire or any of the commissioners die or retire, or be unable for any reason to discharge his functions, the same procedure shall be followed for filling the vacancy as was followed in appointing him.

Sollte der Unparteiische oder einer der Kommissare sterben oder zurücktreten oder aus irgendeinem Grunde nicht in der Lage sein, seinen Obliegenheiten nachzukommen, so soll dasselbe Verfahren, das bei seiner Ernennung beobachtet worden ist, für die Neubesetzung der freigewordenen Stelle angewandt werden.

Article III.

The commissioners shall meet at Washington within two months after the coming into force of the present agreement. They may fix the time and the place of their subsequent meetings according to convenience.

Artikel III.

Die Kommissare sollen innerhalb zweier Monate nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens in Washington zusammentreten. Sie können Zeit und Ort ihrer weiteren Zusammenkünfte festsetzen, wie es zweckmässig erscheint.

Article IV.

The commissioners shall keep an accurate record of the questions and cases submitted and correct minutes of their proceedings. To this end each of the Governments may appoint a secretary, and these secretaries shall act together as joint secretaries of the commission and shall be subject to its direction.

The commission may also appoint and employ any other necessary officer or officers to assist in the performance of its duties. The compensation to be paid to any such officer or officers shall be subject to the approval of the two Governements.

Artikel IV.

Die Kommissare sollen die ihnen unterbreiteten Fragen und Fälle sorgfältig registrieren und genaue Protokolle über ihre Verhandlungen führen. Zu diesem Zwecke kann jede der beiden Regierungen einen Sekretär ernennen, und diese Sekretäre sollen als gemeinsame Sekretäre der Kommission zusammenarbeiten und sollen deren Weisungen unterworfen sein.

Die Kommission kann auch irgendwelche andere erforderliche Beamte zur Unterstützung bei der Ausübung ihrer Aufgaben ernennen und anstellen. Die jedem derartigen Beamten zu zahlende Vergütung soll der Zustimmung beider unterliegen.

Article V.

Each Government shall pay its own expenses, including compensation of its own commissioner, agent or counsel. All other expenses which by their nature are a charge on both Governments, including the honorarium of the umpire, shall be borne by the two Governments in equal moieties.

Artikel V.

Jede Regierung soll ihre eigenen Ausgaben, einschliesslich der Vergütung an ihren eigenen Kommissar, Vertreter oder Anwalt bezahlen. Alle anderen Ausgaben, die ihrer Natur nach beiden Regierungen zur Last fallen, einschliesslich der Bezüge für den Unparteiischen, sollen von den beiden Regierungen zu gleichen Teilen getragen werden.

Article VI.

The two Governments may designate agents and counsel who may present oral or written arguments to the commission.

The commission shall receive and consider all written statements or documents which may be presented to it by or on behalf of the respective Governments in support of or in answer to any claim.

The decisions of the commission and those of the umpire (in case there may be any) shall be accepted as final and binding upon the two Governments.

Article VII.

The present agreement shall come into force on the date of its signature.

In Faith Whereof, the above named plenipotentiaries have signed the present agreement and have hereunto affixed their seals.

Done in duplicate at Berlin this tenth day of August 1922.

[seal.] *Alanson B. Houghton.*
[seal.] *Wirth.*

Artikel VI.

Die beiden Regierungen können Vertreter und Anwälte bestimmen, die der Kommission mündliche oder schriftliche Beweisgründe unterbreiten können.

Die Kommission soll alle schriftlichen Erklärungen oder Urkunden, die ihr von einer der beiden Regierungen oder zu ihren Gunsten zwecks Unterstützung eines Anspruchs oder zur Erwiderung auf einen solchen vorgelegt werden, in Empfang nehmen und berücksichtigen.

Die Entscheidungen der Kommission und die des Unparteiischen (falls solche vorkommen sollten) sollen als endgültig und für die beiden Regierungen bindend angenommen werden.

Artikel VII.

Dieses Abkommen soll am Tage der Unterzeichnung in Kraft treten.

Zu Urkund dessen haben die obengenannten Bevollmächtigten das vorliegende Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigefügt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 10. August 1922.

[seal.] *Alanson B. Houghton.*
[seal.] *Wirth.*

[Exchange of Notes.]

[The German Chancellor to the American Ambassador at Berlin.]

[Translation.]

Foreign Office.
No. III A 2451. Berlin, August 10, 1922.

Mr. Ambassador,

In reply to your kind note of June 23, 1922, I have the honor to state to your Excellency as follows:

The German Government is in agreement with the draft of an agreement communicated to it in the note mentioned, now that some changes in the text have been agreed upon with your Excellency. I have the honor to transmit herewith the draft modified accordingly.

From the numerous conferences which have taken place with your Excellency, the German Government believes itself justified in assuming that it is not the intention of the American Government to insist in the proceedings of the Commission upon all the claims contemplated in the Versailles Treaty without exception, that it in particular does not intend to raise claims such as those included in Paragraphs 5 to 7 of Annex 1 of Article 244 of the Versailles Treaty*) (claims for reimbursement of military pensions paid by the American Government, and of allowances paid to American prisoners of war or their families and to the families of persons mobilised) or indeed claims going beyond the Treaty of August 25, 1921.

The German Government would be grateful if your Excellency would confirm the correctness of this assumption.

In the view of the German Government it would furthermore be in the interest of both Governments concerned that the work of the Commission be carried out as quickly as possible. In order to insure this it might be expedient to fix a period for the reporting of the claims to be considered by the Commission. The German Government, therefore, proposes that the Commission should consider only such claims as are brought before it within at least six months after its first meeting as provided in Article III of the above-named agreement.

I should be obliged to your Excellency for a statement as to whether the American Government is in agreement herewith.

At the same time I take advantage of this occasion to renew to you, Mr. Ambassador, the assurance of my most distinguished consideration.

Wirth.

[The American Ambassador at Berlin to the German Chancellor.]

No. 128. American Embassy, Berlin, August 10. 1922.

Mr. Chancellor:

I have the honor to acknowledge the receipt of your note of today's date transmitting the draft of the agreement enclosed to you in my note of June 23, as modified as a sesult of the negotiations that have been carried on between us.

In accordance with the instructions that I have received from my Government, I am authorized by the President to state that he has no intention of pressing against Germany or of presenting to the Commission established under the claims agreement any claims not covered by the Treaty of August 25. 1921, or any claims falling within Paragraphs 5 to 7, inclusive, of the annex following Article 244 of the Treaty of Versailles.

With regard to your suggestion that the Commission shall only consider such claims as are presented to it within six months after its first

---

*) V. ci-dessus p. 486.

meeting, as provided for in Article III, I have the honor to inform you that I am now in receipt of instructions from my Government to the effect that it agrees that notices of all claims to be presented to the Commission must be filed within the period of six months as above stated.

I avail myself once more of the opportunity to renew to you, Mr. Chancellor, the assurances of my most distinguished consideration.

A. B. Houghton.

Dr. Wirth,
Chancellor of the German Empire, Berlin.

50.

ALLEMAGNE, RUSSIE.

Accord provisoire concernant les compétences des Délégations respectives; signé à Berlin, le 6 mai 1921.

Drucksachen des Deutschen Reichstags. I. Wahlperiode 1920/21, No. 1984.

Abkommen zwischen der Deutschen Regierung und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über die Erweiterung des Tätigkeitsgebiets der beiderseitigen Delegationen.

Die Deutsche Regierung, vertreten durch

1. den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amte, Herrn Gustav Behrendt,
2. den Wirklichen Legationsrat im Auswärtigen Amte, Freiherrn Ago von Maltzan,
3. den Wirklichen Legationsrat im Auswärtigen Amte, Herrn Dr. jur. Friedrich Gaus

und die Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik vertreten durch

Herrn Aron Scheinmann,

von dem Wunsche beseelt, dem Frieden zwischen Deutschland und Russland zu dienen und in gegenseitigem Wohlwollen das Gedeihen beider Völker zu fördern, schliessen das folgende vorläufige Abkommen:

Artikel I.

Das Tätigkeitsgebiet der bereits bestehenden beiderseitigen Delegationen für Kriegsgefangenenfürsorge wird dahin erweitert, dass sie mit der Wahrnehmung der Interessen ihrer Staatsangehörigen betraut werden. Den beiderseitigen Delegationen werden zur Pflege der Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihren Ländern Handelsvertretungen angegliedert. Bis zur vollständigen Wiederaufnahme der normalen Beziehungen führen die Dele-

gationen die Bezeichnung „Deutsche Vertretung in Russland“ und „Vertretung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik in Deutschland“. Die Vertretungen haben ihren Sitz in Moskau bzw. in Berlin.

Die Vertretung der R.S.F.S.R. in Deutschland ist als die einzige Vertretung des russischen Staates in Deutschland zu betrachten.

Artikel II.

Der Leiter der Vertretung geniesst die Vorrechte und Befreiungen der Chefs beglaubigter Missionen. Bis zu einer anderweitigen Vereinbarung geniessen ferner zunächst sieben Mitglieder der Vertretung die Vorrechte und Befreiungen der Mitglieder beglaubigter Missionen, soweit sie nicht Angehörige des Aufenthaltsstaates sind.

Bezüglich der bei den Vertretungen beschäftigten Personen, die nicht Angehörige des Aufenthaltsstaates sind, verpflichten sich die beiden Regierungen, die geeigneten Verwaltungsmassnahmen zu treffen, damit

1. Haussuchungen nur unter Benachrichtigung der Zentralbehörde für Auswärtige Angelegenheiten des Aufenthaltsstaates und soweit nicht Gefahr im Verzuge ist, im Beisein eines Beauftragten dieser Behörde und eines Beauftragten der Vertretung stattfinden,
2. Festnahmen und Verhaftungen der Zentralbehörde für Auswärtige Angelegenheiten des Aufenthaltsstaates sofort mitgeteilt werden, die ihrerseits den Leiter der Vertretung spätestens innerhalb 24 Stunden nach der Festnahme oder Verhaftung davon benachrichtigen wird,
3. diese Personen, sowie die Mitglieder ihrer Familien von öffentlichrechtlichen Arbeitspflichten jeglicher Art sowie von Militär- und Kriegslasten verschont bleiben.

Artikel III.

Jede Regierung wird sich dafür einsetzen, dass die Vertretung des anderen Teiles geeignete Amtsräume, und dass ihr Leiter sowie ihr Personal geeignete Wohnräume erhalten. Ferner verpflichtet sie sich, zur Beschaffung des für den Betrieb der Vertretung notwendigen Materials jeglichen Beistand zu leisten.

Artikel IV.

Die Deutsche Vertretung in Russland ist berechtigt, die zur Aufrechterhaltung ihres Amtsbetriebes, sowie zur Unterhaltung ihrer Räumlichkeiten notwendigen Materialien, desgleichen die für den Unterhalt des deutschen Personals notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel bis 40 kg pro Person und Monat zoll- und abgabefrei einzuführen.

Die Einfuhrgenehmigung wird von der russischen Vertretung im Lieferlande bei Vorlage eines Inhaltsverzeichnisses erteilt, welches in Deutschland vom Auswärtigen Amt, in anderen Ländern von den dortigen deutschen Vertretern beglaubigt sein muss.

Artikel V.

Die Leiter der Vertretungen sind bei der Zentralbehörde des Aufenthaltstaates für Auswärtige Angelegenheiten beglaubigt. Die Vertretungen verkehren mit ihr, in Handelsangelegenheiten auch mit den übrigen Zentralbehörden unmittelbar.

Artikel VI.

Die Vertretungen erhalten folgende konsularische Befugnisse:

1. Wahrnehmung der Interessen ihrer Staatsangehörigen nach Massgabe völkerrechtlichen Herkommens.
2. Ausstellung von Pässen, Personalausweisen und Sichtvermerken.
3. Aufnahme, Legalisation und Beglaubigung von Urkunden.

Die beiden vertragschliessenden Teile verpflichten sich, in sofortige Verhandlungen über den Abschluss eines Abkommens, betreffend die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschliessung, einzutreten.

Artikel VII.

Jede Vertretung hat Anspruch auf Benutzung der Funkstationen und öffentlichen Posteinrichtungen zum ungehinderten amtlichen Verkehr ihrer Regierung und den Vertretungen ihrer Regierung in anderen Ländern in offener und chiffrierter Sprache, ferner auf Kurierverkehr nach besonderer Vereinbarung.

Artikel VIII.

Bis zum Abschluss eines Vertrages, der die Rechte der beiderseitigen Staatsangehörigen grundsätzlich regelt, gelten die folgenden Bestimmungen:

1. Für die in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten bleibt es bei den Bestimmungen des Abkommens vom 19. April 1920,*) des Ergänzungsabkommens vom 7. Juli 1920**) und des Ergänzungsabkommens vom heutigen Tage.***) Im übrigen werden die in Deutschland befindlichen russischen Staatsangehörigen hinsichtlich ihrer Person und des Eigentums nach Massgabe des Völkerrechts und der allgemeinen deutschen Gesetze behandelt.
2. Die bei Abschluss dieses Abkommens sich auf dem Gebiete der R.S.F.S.R. aufhaltenden deutschen Staatsangehörigen behalten als ehemalige Kriegsgefangene oder Zivilinternierte die aus dem Ergänzungsabkommen vom heutigen Tage hervorgehenden Rechte.
3. Für die deutschen Staatsangehörigen, die sich zu Handelszwecken gemäss diesem Abkommen und unter Beachtung der passgesetzlichen Vorschriften auf das Gebiet des anderen Teiles begeben, wird die Unverletzlichkeit ihres gesamten mitgeführten, sowie des in Russland erworbenen Eigentums durch die R.S.F.S.R. gewährleistet, sofern der Erwerb und die Verwendung derselben den mit den zuständigen Organen der R.S.F.S.R. besonders getroffenen

*) V. ci-dessus, No. 36. **) V. ci-dessus, No. 37. ***) V. ci-dessus, No. 38.

Vereinbarungen entspricht. Die Unverletzlichkeit dieses Eigentums wird durch besondere Schutzbriefe der R.S.F.S.R. sichergestellt, sofern nicht gegen den Inhaber des Schutzbriefes Ansprüche aus Rechtsgeschäften geltend gemacht werden, die er mit der R.S.F.S.R. nach Abschluss dieses Abkommens eingegangen ist.

Artikel IX.

Die Russische Regierung gestattet den Personen, welche die deutsche Staatsangehörigkeit besessen, aber verloren haben, sowie ihren Ehefrauen und Kindern die Ausreise, wenn damit die Übersiedelung nach Deutschland nachweislich verbunden wird.

Artikel X.

Die Deutsche Regierung gewährleistet den russischen Schiffen und die Russische Regierung den deutschen Schiffen in ihren Territorialgewässern und Häfen die Behandlung nach völkerrechtlichem Herkommen. Soweit hiernach russischen Schiffen, die dem Handelsverkehr dienen, in Bezug auf Schiffahrtsabgaben, als Staatsschiffen etwa besondere Vorrechte eingeräumt werden, sichert die russische Regierung den deutschen Kauffahrteischiffen gleiche Vorrechte zu.

In jedem Falle kann jedoch ein Schiff eines vertragschliessenden Teiles in den Häfen des anderen Teiles für solche Geldansprüche haftbar gemacht werden, die mit diesem Schiff in unmittelbarem Zusammenhange stehen, wie z. B. Hafengebühren, Reparaturkosten, Ersatzansprüche aus Schiffskollisionen.

Artikel XI.

Beide Regierungen ergreifen sofort alle Massnahmen, um die baldige Wiederaufnahme des öffentlichen Post-, Telegraphen- und Funkverkehrs zu ermöglichen und diesen Verkehr durch besondere Vereinbarungen sicher zu stellen.

Artikel XII.

Die Deutsche Vertretung in Russland nimmt durch ihre Handelsvertretung die wirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reiches und seiner Angehörigen wahr.

Die Russische Handelsvertretung in Deutschland ist als staatliche Handelsstelle für den Rechtsverkehr auf deutschem Gebiete als legitimierte Vertreterin der Russischen Regierung anzusehen. Diese erkennt alle Rechtshandlungen als für sie verbindlich an, die entweder der Leiter der Vertretung oder der Leiter der Handelsvertretung oder endlich die von einer dieser beiden Personen bevollmächtigten Beauftragten vornehmen.

Artikel XIII.

Die Russische Regierung verpflichtet sich, mit deutschen Staatsangehörigen, deutschen Firmen und deutschen juristischen Personen Rechtsgeschäfte auf dem Gebiete der R.S.F.S.R. und der mit ihr durch einen staatlich festgesetzten Import- und Exportplan verbundenen Staaten nur mit Schiedsgerichtsklauseln abzuschliessen. Für die in Deutschland abgeschlossenen Rechtsgeschäfte und deren wirtschaftliches Ergebnis unterwirft sich die Russische Regierung den deutschen Gesetzen, für privatrechtliche-

Verbindlichkeiten der deutschen Gerichtsbarkeit und Zwangsvollstreckung jedoch nur, soweit es sich um Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften mit deutschen Staatsangehörigen, deutschen Firmen und deutschen juristischen Personen handelt, die nach Abschluss dieses Abkommens eingegangen sind. Unberührt bleibt das Recht der Russischen Regierung, auch die in Deutschland abgeschlossenen Rechtsgeschäfte mit der Schiedsgerichtsklausel zu versehen.

Im übrigen geniesst das Eigentum der Russischen Regierung in Deutschland den herkömmlichen völkerrechtlichen Schutz. Insbesondere unterliegt es hinsichtlich aller nicht vom Absatz 1 betroffenen Fälle nicht der deutschen Gerichtsbarkeit und Zwangsvollstreckung.

Artikel XIV.

Die beiderseitigen Vertretungen sind berechtigt, die zur Durchführung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben erforderlichen Sachverständigen hinzuzuziehen.

Die ausführlich zu begründenden Anträge auf Zulassung von Sachverständigen sind von der Zentralbehörde bei der Vertretung des anderen Staates zu stellen und sollen mit besonderer Beschleunigung erledigt werden.

Artikel XV.

Die beiderseitigen Vertretungen und die bei ihnen beschäftigten Personen haben sich bei ihrer Tätigkeit streng auf die ihnen nach diesem Abkommen zufallenden Aufgaben zu beschränken. Insbesondere sind sie verpflichtet, sich jeder Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die staatlichen Einrichtungen des Aufenthaltsstaates zu enthalten.

Artikel XVI.

Bis zum Abschluss eines künftigen Handelsvertrages soll dieses Abkommen die Grundlage der wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder bilden und im Geiste gegenseitigen Wohlwollens zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen ausgelegt werden.

Artikel XVII.

Dieses Abkommen tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft.

Das Abkommen kann von jedem Teile mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden.

Wird das gekündigte Abkommen nicht durch ein anderes Abkommen ersetzt, so ist jeder der vertragschliessenden Teile berechtigt, nach Ablauf der Kündigungsfrist zur Abwicklung der bereits eingeleiteten Handelsgeschäfte eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission einzusetzen. Die Kommissionsmitglieder gelten als Agenten ohne diplomatischen Charakter und haben die Abwicklung der Geschäfte längstens innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf dieses Vertrages zu erledigen.

Berlin, den 6. Mai 1921.

(Gezeichnet) *Gustav Behrendt.*
„ *Frhr. Ago v. Maltzan.* (gez.) *Scheinmann.*
„ *Gaus.*

51.

AUTRICHE, RUSSIE, RÉPUBLIQUE UKRAINIENNE.

Accord provisoire concernant les compétences des Délégations respectives; signé à Vienne, le 7 décembre 1921.*)

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 1922. 36. Stück. No. 147.

Die Regierung der Republik Österreich, vertreten durch

Johann Schober,

die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik, vertreten durch

Miecislaw Bronski-Warszawski

und die Regierung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjet-Republik, vertreten durch

Michail Lewizkij

von dem Wunsche geleitet, dem Frieden zwischen Österreich und Russland sowie der Ukraine zu dienen, und in gegenseitigem Wohlwollen das Gedeihen der beiderseitigen Völker zu fördern, schliessen das folgende vorläufige Abkommen:

Artikel I.

Das Tätigkeitsgebiet der bereits bestehenden beiderseitigen Delegationen für Kriegsgefangenenfürsorge wird dahin erweitert, dass sie mit der Wahrnehmung der Interessen ihrer Staatsangehörigen betraut werden. Den beiderseitigen Delegationen, die hinfort als bevollmächtigte Vertretungen der Republik Österreich, der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjet-Republik gelten, werden zur Pflege der Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihren Ländern Handelsvertretungen angegliedert.

Die Vertretungen haben ihren Sitz in Moskau und Charkow, bezw. in Wien.

Die Vertretungen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjet-Republik in Österreich sind als die einzigen Vertretungen des russischen und des ukrainischen Staates in Österreich zu betrachten.

Artikel II.

Die Leiter der Vertretungen geniessen die Vorrechte und Befreiungen der Chefs beglaubigter Missionen. Bis zu einer anderweitigen Vereinbarung geniessen ferner zunächst 7 Mitglieder der Vertretungen die Vorrechte und Befreiungen der Mitglieder beglaubigter Missionen, soweit sie nicht Angehörige des Aufenthaltsstaates sind.

---

*) Ratifié. L'Accord a été mis en vigueur le 14 février 1922.

Bezüglich der anderen bei den Vertretungen beschäftigten Personen, die nicht Angehörige des Aufenthaltsstaates sind, verpflichten sich die beteiligten Regierungen, die geeigneten Verwaltungsmassnahmen zu treffen, damit

1. Festnahmen und Verhaftungen der Zentralbehörde für Auswärtige Angelegenheiten des Aufenthaltsstaates unverzüglich mitgeteilt werden, die ihrerseits den Leiter der Vertretung spätestens innerhalb 24 Stunden nach der Festnahme oder Verhaftung davon benachrichtigen wird,

2. diese Personen, sowie die Mitglieder ihrer Familien von öffentlich-rechtlichen Arbeitspflichten jeglicher Art sowie von Militär- und Kriegslasten verschont bleiben.

Artikel III.

Jede Regierung wird sich dafür einsetzen, dass die Vertretung des anderen Teiles geeignete Amtsräume und dass ihr Leiter sowie ihr privilegiertes Personal geeignete Wohnräume erhalten. Ferner verpflichtet sie sich, zur Beschaffung des für den Betrieb der Vertretung notwendigen Materials jeglichen Beistand zu leisten.

Artikel IV.

Die österreichischen Vertretungen in Russland und in der Ukraine sind berechtigt, die zur Aufrechterhaltung ihres Amtsbetriebes sowie zur Unterhaltung ihrer Räumlichkeiten notwendigen Materialien, desgleichen die für den Unterhalt ihres Personals notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel bis 40 kg pro Person und Monat zoll- und abgabefrei einzuführen.

Die Einfuhrgenehmigung wird von der russischen und der ukrainischen Vertretung im Lieferlande bei Vorlage eines Inhaltsverzeichnisses erteilt, welches in Österreich vom Auswärtigen Amt, in anderen Ländern von den dortigen österreichischen Vertretern beglaubigt sein muss.

Artikel V.

Die Leiter der Vertretungen sind bei der Zentralbehörde des Aufenthaltsstaates für Auswärtige Angelegenheiten beglaubigt.

Artikel VI.

Die Vertretungen erhalten folgende konsularische Befugnisse:

1. Wahrnehmung der Interessen ihrer Staatsangehörigen nach Massgabe völkerrechtlichen Herkommens,

2. Ausstellung von Pässen, Personalausweisen und Sichtvermerken.

3. Aufnahme von Urkunden mit Einschluss der letztwilligen Verfügungen, Legalisierung behördlicher oder privater Fertigungen, Anfertigung und Beglaubigung authentischer Übersetzungen und Beglaubigung von Urkundenabschriften.

Die beiden vertragschliessenden Teile verpflichten sich, in sofortige Verhandlungen über den Abschluss eines Abkommens, betreffend die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschliessung, einzutreten.

Artikel VII.

Jede Vertretung hat Anspruch auf Benutzung der Funkstationen und öffentlichen Posteinrichtungen zum ungehinderten amtlichen Verkehr mit ihrer Regierung und den Vertretungen ihrer Regierung in anderen Ländern in offener und chiffrierter Sprache, ferner auf Kurierverkehr nach besonderer Vereinbarung.

Artikel VIII.

Bis zum Abschluss eines Vertrages, der die Rechte der beiderseitigen Staatsangehörigen grundsätzlich regelt, gelten die folgenden Bestimmungen:

1. Die in Österreich befindlichen russischen und ukrainischen Staatsangehörigen werden hinsichtlich ihrer Person und des Eigentums nach Massgabe des Völkerrechtes und der allgemeinen österreichischen Gesetze behandelt.

2. Die bei Abschluss dieses Abkommens sich auf dem Gebiete der R.S.F.S.R. und der U.S.S.R. aufhaltenden österreichischen Bundesangehörigen behalten als ehemalige Kriegsgefangene oder Zivilinternierte die aus dem Ergänzungsabkommen vom heutigen Tage hervorgehenden Rechte.

Österreichische Bundesbürger, die nicht als Kriegsgefangene oder Zivilinternierte zu gelten haben, sind in Russland und in der Ukraine nach den für Ausländer jeweils geltenden Bestimmungen zu behandeln.

3. Für die österreichischen Staatsangehörigen, die sich zu Handelszwecken gemäss diesem Abkommen und unter Beachtung der passgesetzlichen Vorschriften auf das Gebiet des anderen Teiles begeben, wird die Unverletzlichkeit ihres gesamten mitgeführten, sowie des in Russland und der Ukraine erworbenen Eigentums durch die russische und die ukrainische Regierung gewährleistet, sofern der Erwerb und die Verwendung derselben den mit den zuständigen Organen der R.S.F.S.R. und der U.S.S.R. besonders getroffenen Vereinbarungen entspricht. Die Unverletzlichkeit dieses Eigentums wird durch besondere Schutzbriefe der russischen bezw. ukrainischen Regierung sichergestellt, sofern nicht gegen den Inhaber des Schutzbriefes Ansprüche aus Rechtsgeschäften geltend gemacht werden, die er mit der R.S.F.S.R. oder der U.S.S.R. nach Abschluss dieses Abkommens eingegangen ist.

Artikel IX.

Die österreichische Regierung gewährleistet den russischen und den ukrainischen Schiffen und die russische und die ukrainische Regierung den österreichischen Schiffen in ihren Territorialgewässern und Häfen die Behandlung nach völkerrechtlichem Herkommen. Soweit hiernach russischen und ukrainischen Schiffen, die dem Handelsverkehr dienen, von der österreichischen Regierung in bezug auf Schiffahrtsabgaben, als Staatsschiffen etwa besondere Vorrechte eingeräumt werden, sichern die russische und die ukrainische Regierung den österreichischen Kauffahrteischiffen gleiche Vorrechte zu.

In jedem Falle kann jedoch ein Schiff eines vertragschliessenden Teiles in den Häfen des anderen Teiles für solche Geldansprüche haftbar gemacht

werden, die mit diesem Schiff in unmittelbarem Zusammenhange stehen, wie z. B. Hafengebühren, Reparaturkosten, Ersatzansprüche aus Schiffskollisionen.

Artikel X.

Die vertragschliessenden Regierungen ergreifen sofort alle Massnahmen, um die baldige Wiederaufnahme des öffentlichen Post-, Telegraphen- und Funkverkehrs zu ermöglichen und diesen Verkehr durch besondere Vereinbarungen sicherzustellen.

Artikel XI.

Die österreichischen Vertretungen in Russland und in der Ukraine nehmen durch ihre Handelsvertretungen die wirtschaftlichen Interessen der Republik Österreich und ihrer Angehörigen wahr.

Die russische und die ukrainische Handelsvertretung in Österreich sind als staatliche Handelsstellen für den Rechtsverkehr auf österreichischem Gebiete als legitimierte Vertreterinnen der russischen bezw. der ukrainischen Regierung anzusehen. Diese erkennen alle Rechtshandlungen als für sie verbindlich an, die entweder die Leiter der Vertretungen oder die Leiter der Handelsvertretungen oder endlich die von einer dieser Personen bevollmächtigten Beauftragten vornehmen.

Artikel XII.

Die russische und die ukrainische Regierung verpflichten sich, mit österreichischen Staatsangehörigen, österreichischen Firmen und österreichischen juristischen Personen Rechtsgeschäfte auf dem Gebiete der R.S.F.S.R. und der U.S.S.R. sowie der mit ihr durch einen staatlich festgesetzten Import- und Exportplan verbundenen Staaten nur mit Schiedsgerichtsklauseln abzuschliessen. Für die in Österreich abgeschlossenen Rechtsgeschäfte und deren wirtschaftliches Ergebnis unterwirft sich die russische und die ukrainische Regierung den österreichischen Gesetzen, für privatrechtliche Verbindlichkeiten der österreichischen Gerichtsbarkeit und Zwangsvollstreckung, jedoch nur soweit es sich um Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften mit österreichischen Staatsangehörigen, österreichischen Firmen und österreichischen juristischen Personen handelt, die nach Abschluss dieses Abkommens eingegangen sind. Unberührt bleibt das Recht der russischen und ukrainischen Regierung, auch die in Österreich abgeschlossenen Rechtsgeschäfte mit der Schiedsgerichtsklausel zu versehen.

Im übrigen geniesst das Eigentum der russischen und der ukrainischen Regierung in Österreich den herkömmlichen völkerrechtlichen Schutz. Insbesondere unterliegt es hinsichtlich aller nicht vom Absatz 1 betroffenen Fälle nicht der österreichischen Gerichtsbarkeit und Zwangsvollstreckung.

Artikel XIII.

Die Vertretungen der vertragschliessenden Teile sind berechtigt, die zur Durchführung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben erforderlichen Sachverständigen hinzuzuziehen.

Die ausführlich zu begründenden Anträge auf Zulassung von Sachverständigen sind von der Zentralbehörde bei der Vertretung des anderen Staates zu stellen und sollen mit besonderer Beschleunigung erledigt werden.

Artikel XIV.

Die Vertretungen der vertragschliessenden Teile und die bei ihnen beschäftigten Personen haben sich bei ihrer Tätigkeit streng auf die ihnen nach diesem Abkommen zufallenden Aufgaben zu beschränken. Insbesondere sind sie verpflichtet, sich jeder Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die staatlichen Einrichtungen des Aufenthaltsstaates zu enthalten.

Artikel XV.

Bis zum Abschluss eines künftigen Handelsvertrages soll dieses Abkommen die Grundlage der wirtschaftlichen Beziehungen der vertragschliessenden Teile bilden und im Geiste gegenseitigen Wohlwollens zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen ausgelegt werden.

Artikel XVI.

Dieses Abkommen, als dessen Originaltext sowohl der deutsche als auch der russische und der ukrainische Text gilt, bedarf zu seiner Wirksamkeit der Genehmigung durch die vertragschliessenden Regierungen, die in der Form diplomatischer Noten mitgeteilt werden wird. Es tritt am Tage der gegenseitigen Mitteilung von der erfolgten Genehmigung in Kraft.

Das Abkommen kann von jedem Teile mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

Wird das gekündigte Abkommen nicht durch ein anderes Abkommen ersetzt, so ist jeder der vertragschliessenden Teile berechtigt, nach Ablauf der Kündigungsfrist zur Abwicklung der bereits eingeleiteten Handelsgeschäfte eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission einzusetzen. Die Kommissionsmitglieder gelten als Agenten ohne diplomatischen Charakter und haben die Abwicklung der Geschäfte längstens innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf dieses Vertrages zu erledigen.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Ausgefertigt in dreifacher Urschrift.

Wien, den 7. Dezember 1921.

(L. S.) *Schober* m. p.
(L. S.) *Bronski* m. p.
(L. S.) *M. Lewizkij* m.

Annexe.

Adhésions, Signatures et Ratifications ultérieures, Prorogations, Abrogations, Dénonciations, Addenda, Errata.*)

I.

Allemagne, Autriche-Hongrie, Belgique etc. Convention sanitaire internationale; signée à Paris, le 3 décembre 1903 (I, p. 78).

Adhésion:

La Tchéco-Slovaquie, par une Note du 4 juin 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1922, p. 394.

II.

Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc. Convention postale universelle; signée à Rome, le 26 mai 1906 (I, p. 355).

Adhésion:

La Ville libre de Dantzig, par une Note du Gouvernement polonais, du 22 août 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 758.

III.

Allemagne, Argentine, Autriche etc. Arrangement concernant l'échange des lettres et des boîtes avec valeur déclarée; signé à Rome, le 26 mai 1906 (I, p. 395).

Adhésion:

La Ville libre de Dantzig, par une Note du Gouvernement polonais, du 22 août 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 758.

IV.

Allemagne, Argentine, Autriche etc. Arrangement concernant le service des mandats de poste; signé à Rome, le 26 mai 1906 (I, p. 415).

Adhésion:

La Ville libre de Dantzig, par une Note du Gouvernement polonais, du 22 août 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 758.

V.

Allemagne, Argentine, Autriche etc. Convention concernant l'échange des colis postaux; signée à Rome, le 26 mai 1906 (I, p. 430).

Adhésion:

La Ville libre de Dantzig, par une Note du Gouvernement polonais, du 22 août 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 758.

---

*) Les indications ne se rapportent qu'aux documents contenus dans les volumes de la troisième série.

VI.

Allemagne, Autriche, Belgique etc. Arrangement concernant le service des recouvrements; signé à Rome, le 26 mai 1906 (I, p. 455).

Adhésion:

La Ville libre de Dantzig, par une Note du Gouvernement polonais, du 22 août 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 758.

VII.

Allemagne, Argentine, Autriche etc. Arrangement concernant l'intervention de la poste dans les abonnements aux journaux; signé à Rome, le 26 mai 1906 (I, p. 465).

Adhésion:

La Ville libre de Dantzig, par une Note du Gouvernement polonais, du 22 août 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 758.

VIII.

Allemagne, Autriche-Hongrie, Belgique etc. Convention sur les bâtiments hospitaliers; signée à la Haye, le 21 décembre 1904 (II, p. 213).

Adhésions:

a) La Pologne, par une Note du 31 octobre 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 873.
b) La Ville libre de Dantzig, par une Note du Gouvernement polonais, du 31 octobre 1921. V. ibid.

IX.

Allemagne, Argentine, Autriche-Hongrie etc. Convention pour l'amélioration du sort des blessés et malades dans les armées en campagne, signée à Genève, le 6 juillet 1906 (II, p. 620).

Adhésions:

a) La Lithuanie, par une Note du 28 août 1921. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1923. II, p. 35.
b) La Ville libre de Dantzig, par une Note du Gouvernement polonais, du 6 octobre 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 759.
c) La Lettonie, par une Note du 1er avril 1922. V. ibid. 1922, p. 329.
d) L'Albanie, par une Note du 24 août 1922. V. ibid. p. 520.

X.

Allemagne, Autriche, Hongrie etc. Convention internationale sur l'interdiction du travail de nuit des femmes employées dans l'industrie, signée à Berne, le 26 septembre 1906 (II, p. 861)

Adhésion:

La Ville libre de Dantzig, par une Note du Gouvernement polonais, du 23 août 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 691.

XI.

Allemagne, Danemark, France etc. Convention internationale sur l'interdiction de l'emploi du Phosphore blanc (jaune) dans l'industrie des allumettes; signée à Berne, le 26 septembre 1906 (II, p. 872).

Adhésions:

a) La Ville libre de Dantzig, par une Note du Gouvernement polonais, du 23 août 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 692.
b) La Finlande, par une Note du 13 octobre 1921. V. ibid. p. 818.
c) Le Japon à l'exception des territoires de la Corée, de Formosa, de Sachaline et du territoire à bail de Shantoung, par une Note du 14 octobre 1921. V. ibid. p. 760.
d) La Belgique, par une Note du 8 decembre 1922. V. ibid. 1922, p. 598.

XII.

Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc. Convention pour le reglement pacifique des conflits internationaux; signée à la Haye, le 18 octobre 1907 (III, p. 360).

Adhésions:

a) La Pologne. L'adhésion a produit ses effets le 26 mai 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922. II, p. 776.
b) La Finlande. L'adhésion a produit ses effets le 9 juin 1922. V. ibid.
c) La Tchéco-Slovaquie. L'adhésion a produit ses effets le 12 juin 1922. V. ibid.

XIII.

Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc. Convention concernant la limitation de l'emploi de la force pour le recouvrement de dettes contractuelles: signée à la Haye, le 18 octobre 1907 (III, p. 414).

Adhésion:

La Finlande. L'adhésion a produit ses effets le 9 juin 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922. II, p. 776.

XIV.

Allemagne, Etats-Unis d'Amerique, Argentine etc. Convention relative à l'ouverture des hostilités; signée à la Haye, le 18 octobre 1907 (III, p. 437).

Adhésion:

La Finlande. L'adhésion a produit ses effets le 9 juin 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922. II, p. 776.

XV.

Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc. Convention concernant les lois et coutumes de la guerre sur terre: signée à la Haye, le 18 octobre 1907 (III, p. 461).

Adhésion:

La Finlande. L'adhésion a produit ses effets le 9 juin 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922. II, p. 776.

XVI.

Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc. Convention concernant les droits et les devoirs des puissances et des personnes neutres en cas de guerre sur terre: signée à la Haye, le 18 octobre 1907 (III, p. 504).

Adhésion:

La Finlande. L'adhésion a produit ses effets le 9 juin 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922. II, p. 776.

XVII.

Allemagne, Argentine, Autriche-Hongrie etc. Convention relative au régime des navires de commerce ennemis au début des hostilités, signée à la Haye, le 18 octobre 1907 (III, p. 533).

Adhésion:

La Finlande. L'adhésion a produit ses effets le 9 juin 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922. II, p. 776.

XVIII.

Allemagne, Argentine, Autriche-Hongrie etc. Convention relative à la transformation des navires de commerce en bâtiments de guerre; signée à la Haye, le 18 octobre 1907 (III, p. 557).

Adhésion:

La Finlande. L'adhésion a produit ses effets le 9 juin 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922. II, p. 676.

XIX.

Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc. Convention relative à la pose de mines sous-marines automatiques de contact; signée à la Haye, le 18 octobre 1907 (III, p. 580).

Adhésion:

La Finlande. L'adhésion a produit ses effets le 9 juin 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922. II, p. 776.

XX.

Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc. Convention concernant le bombardement par des forces navales en temps de guerre; signée à la Haye, le 18 octobre 1907 (III, p. 604).

Adhésion:

La Finlande. L'adhésion a produit ses effets le 9 juin 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922. II, p. 776.

XXI.

Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc. Convention pour l'adaptation à la guerre maritime des principes de la Convention de Genève; signée à la Haye, le 18 octobre 1907 (III, p. 630).

Adhésions:

a) La Lettonie, par une Note du 1er avril 1922. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1922, p. 396.
b) La Finlande. L'adhésion a produit ses effets le 9 juin 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922. I, p. 776.

XXII.

Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc. Convention relative à certaines restrictions à l'exercice du droit de capture dans la guerre maritime; signée à la Haye, le 18 octobre 1907 (III, p. 663).

Adhésion:

La Finlande. L'adhésion a produit ses effets le 9 juin 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922. II, p. 776.

XXIII.

Allemagne, Argentine, Autriche-Hongrie etc. Convention concernant les droits et les devoirs des Puissances neutres en cas de guerre maritime; signée à la Haye, le 18 octobre 1907 (III, p. 713).

Adhésion:

La Finlande. L'adhésion a produit ses effets le 9 juin 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922. II. p. 776.

XXIV.

Allemagne, Autriche, Hongrie etc. Convention internationale relative à la circulation des automobiles; signée à Paris, le 11 octobre 1909 (III, p. 834).

Adhésions:

a) La Ville libre de Dantzig. L'adhésion a produit ses effets le 1er mai 1922. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 760.
b) La Norvège. L'adhésion a produit ses effets le 1er mai 1922. V. ibid. 1922, p. 8.

XXV.

Allemagne, Belgique, Danemark etc. Convention de Berne revisée pour la protection des œuvres littéraires et artistiques; signée à Berlin, le 13 novembre 1908 (IV, p. 590).

Adhésions:

a) La Bulgarie, par une Note du 5 décembre 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 878.
b) Le Brésil, par une Note du 9 février 1922, après la ratification du Congrès national (comp. X, p. 918). V. ibid. 1922, p. 297.
c) La Hongrie, par une Note du 14 février 1922. V. ibid. p. 286.
d) La Ville libre de Dantzig, par une Note du Gouvernement polonais, du 24 juin 1922. V. ibid. p. 456.

Comp. ci-dessous No. XXXV.

XXVI.

Allemagne, Argentine, Autriche etc. Convention télégraphique internationale de St.-Pétersbourg; conclue le 10/22 juillet 1875, revisée à Lisbonne, le 11 juin 1908 (V, p. 208).

Adhésions:

a) La Chine. Notification en a été faite le 31 août 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 691.
b) La Lettonie. Notification en a été faite le 11 décembre 1921. V. ibid. p. 882.
c) La Ville libre de Dantzig. Notification en a été faite le 7 mars 1922. V. ibid. 1922, p. 298.
d) L'Italie pour la Cyrénaïque et la Tripolitaine. Notification en a été faite le 7 mars 1922. V. ibid.
e) L'Esthonie. Notification en a été faite le 7 août 1922. V. ibid. p. 500.

XXVII.

Allemagne, Belgique, France etc. Convention concernant les conflits de lois relatifs aux effets du mariage sur les droits et devoirs des époux dans leurs rapports personnels et sur les biens des époux; signée à la Haye, le 17 juillet 1905 (VI, p. 480).

Dénonciation:

La Belgique a dénoncé la Convention, le 21 février 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922. II. p. 103.

XXVIII.

Allemagne, Autriche-Hongrie, Belgique etc. Convention internationale relative à la répression de la Traite des Blanches; signée à Paris, le 4 mai 1910 (VII, p. 252).

Adhésions:

a) La Pologne, par un Acte déposé le 13 janvier 1921. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1921, p. 1237.
b) L'Uruguay, par un Acte déposé le 24 mai 1921. V. ibid. p. 1332.
c) La Bulgarie, par un Acte déposé le 15 juin 1921. V. ibid.

XXIX.

Allemagne, Autriche-Hongrie, Belgique etc. Arrangement relatif à la répression de la circulation des publications obscènes; signé à Paris, le 4 mai 1910 (VII, p. 266).

Adhésion:

Les Pays-Bas pour les Indes néerlandaises, le Surinam et le Curaçao. Notification en a été faite le 25 janvier 1922. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1922, p. 118.

XXX.

Allemagne, Argentine, Autriche-Hongrie etc. Convention pour l'unification de certaines règles en matière d'abordage; signée à Bruxelles, le 23 septembre 1910 (VII, p. 711).

Adhésions:

a) L'Uruguay. Notification en a été faite le 24 août 1915. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1920, p. 1470.
b) L'Argentine. Notification en a été faite le 15 mars 1922. V. ibid. 1922. II, p. 758.
c) La Pologne. Notification en a été faite le 15 juin 1922. V. ibid. 1922. II, p. 663.
d) La Ville libre de Dantzig. Notification en a été faite le 15 juin 1922. V. ibid.

XXXI.

Allemagne, Argentine, Autriche-Hongrie etc. Convention pour l'unification de certaines règles en matière d'assistance et de sauvetage maritimes, signée à Bruxelles, le 23 septembre 1910 (VII, p. 728).

Adhésions:

a) L'Uruguay. Notification en a été faite le 24 août 1915. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1920, p. 1470.
b) La Pologne. Notification en a été faite le 2 novembre 1921. V. ibid. 1921, p. 1489.
c) La Ville libre de Dantzig. Notification en a été faite le 2 novembre 1921. V. ibid.
d) L'Argentine. Notification en a été faite le 15 mars 1922. V. ibid. 1922. II, p. 758.

XXXII.

Allemagne, Autriche, Hongrie etc. Convention d'Union de Paris du 20 mars 1883 pour la protection de la propriété industrielle; revisée à Washington, le 2 juin 1911 (VIII, p. 760).

Adhésions:

a) La Ville libre de Dantzig, par une Note du Gouvernement polonais, du 5 octobre 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 738.
b) Le Cuba, par une Note du 22 novembre 1921. V. ibid. p. 876.
c) Le Luxembourg, par une Note du 12 mai 1922. V. ibid. 1922, p. 394.

XXXIII.

Autriche, Hongrie, Belgique etc. Arrangement de Madrid du 14 avril 1891 pour l'enregistrement international des marques de fabrique et de commerce; revisé à Washington, le 2 juin 1911 (VIII, p. 786).

Adhésions:

a) Le Cuba, par une Note du 22 novembre 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 876.
b) L'Allemagne, par une Note du 19 octobre 1922. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1922, II, p. 779.

XXXIV.

Brésil, Cuba, Espagne etc. Arrangement de Madrid du 14 avril 1891 concernant la répression des fausses indications de provenance sur les marchandises; revisé à Washington, le 2 juin 1911 (VIII, p. 801).

Adhésions:

a) La Tchéco-Slovaquie, par une Note du 16 août 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 690.
b) Le Cuba, par une Note du 22 novembre 1921. V. ibid. p. 876.

XXXV.

Allemagne, Belgique, Danemark etc. Protocole additionnel à la Convention de Berne revisée pour la protection des œuvres littéraires et artistiques du 13 novembre 1908; signé à Berne, le 20 mars 1914 (X, p. 114).

1) **Ratifications ultérieures:**

a) Le Libéria a transmis l'instrument de ratification le 9 septembre 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 692.
b) La Belgique a transmis l'instrument de ratification par une Note du 4 novembre 1921. V. ibid. p. 824.

2) **Adhésions:**

a) La Bulgarie, par une Note du 5 décembre 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 878.
b) Le Brésil, par une Note du 9 février 1922. V. ibid. 1922, p. 297.
c) La Hongrie, par une Note du 14 février 1922. V. ibid. p. 286.
d) La Ville libre de Dantzig, par une Note du Gouvernement polonais, du 24 juin 1922. V. ibid. p. 456.

XXXVI.

Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc. Convention radiotélégraphique internationale; signée à Londres, le 5 juillet 1912 (XI, p. 270, 303).

1) **Ratifications ultérieures:**

Ont déposé leurs instruments de ratifications le Japon (pour la métropole et pour la Corée, la Formosa, la Sachaline et le territoire à bail de Kwantoung), la Norvège, le Saint-Marin, la Suède,

l'Autriche-Hongrie pour la Bosnie et la Herzégovine, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, la France (pour la métropole et pour l'Algérie, l'Afrique française occidentale, l'Afrique française équatoriale, l'Indo-Chine, le Madagascar et la Tunisie), la Grèce, le Maroc, l'Autriche, le Portugal (pour la métropole et les colonies portugaises), la Hongrie et l'Uruguay. — V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1914, p. 41; 1922 II, p. 75.

2) **Adhésions:**

Ont adhéré le Zanzibar (le 14 juillet 1913); la Mexique (le 6 octobre 1913); l'Italie pour la Tripolitaine et la Cyrénaïque (le 13 janvier 1914); la Grande-Bretagne pour le Sarawak (le 23 avril 1914); le Guatémala (le 10 juillet 1914); le Panama (le 14 juillet 1914); la Colombie (le 25 août 1914); la France pour la Nouvelle-Calédonie (le 19 février 1915); les Iles Tonga (le 29 mai 1915); le Pérou (le 12 juillet 1915); la Bolivie (le 13 octobre 1915); la France pour les Possessions pacifiques (le 3 février 1916), pour la Guadeloupe (le 10 janvier 1917), pour la Martinique (le 13 février 1917); le Cuba (le 16 janvier 1918); l'Islande (le 26 février 1919); le Royaume des Serbes, Croates et Slovènes (le 17 juin 1919); l'Equateur (le 17 avril 1920); la Tchéco-Slovaquie (le 23 avril 1920); le Vénézuéla (le 13 août 1920); la Chine (le 1 septembre 1920); la Pologne (le 7 janvier 1921); la Ville libre de Dantzig (le 22 juin 1921); la France et la Grande-Bretagne pour les Nouvelles-Hébrides (le 8 septembre 1921); la Lettonie (le 7 décembre 1921).

V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1914, p. 41; 1922 II, p. 75.

XXXVII.

Allemagne, Belgique, Bolivie etc. Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale; signée à Bruxelles, le 31 décembre 1913 (XI, p. 304).

Adhésion:

L'Autriche. Notification en a été faite le 28 janvier 1922. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1922, p. 118.

Correction:

Page 127, ligne 4 de la rubrique de No. 9, lire: „du 8 janvier au 27 septembre 1918".

Table chronologique.

1885.

Novembre 16/19. **Autriche, Hongrie, Italie, Prusse, Russie, Saxe, Suède, Wurttemberg.** Résolutions d'une Conférence internationale relative à la construction d'un diapason normal. 245

1912.

Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine, Belgique, Bolivie, Brésil, Bulgarie, Chili, Chine, Colombie, Costa-Rica, Cuba, Danemark, République Dominicaine, Equateur, Espagne, France, Grande-Bretagne, Guatemala, Haïti, Honduras, Italie, Japon, Luxembourg, Mexique, Monténégro, Nicaragua, Norvège, Panama, Paraguay, Pays-Bas, Pérou, Perse, Portugal, Roumanie, Russie, Salvador, Siam, Suède, Suisse, Uruguay, Venézuela.** Convention internationale de l'Opium 247

Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine, Autriche, Belgique, Brésil, Bulgarie, Chili, Danemark, Egypte, Espagne, France, Grande-Bretagne, Grèce, Hongrie, Italie, Japon, Maroc, Monaco, Norvège, Pays-Bas, Perse, Portugal, Roumanie, Russie, Saint-Marin, Siam, Suède, Turquie, Uruguay.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1913.

Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine, Belgique, Brésil, Chili, Chine, Colombie, Costa-Rica, Danemark, République Dominicaine, Equateur, Espagne, France, Grande-Bretagne, Haïti, Italie, Japon, Luxembourg, Mexique, Pays-Bas, Portugal, Russie, Siam.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'opium 262

Décembre 31. **Allemagne, Belgique, Bolivie, Chili, Colombie, Cuba, Danemark, République Dominicaine, Espagne, France, Grande-Bretagne, Guatemala, Haïti, Honduras, Italie, Japon, Mexique, Nicaragua, Norvège, Paraguay, Pays-Bas, Perou, Perse, Portugal, Russie, Siam, Suède, Suisse, Uruguay.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

1914.

Mars 21. **Etats-Unis d'Amérique, Vénézuéla.** Traité en vue d'établir une Commission internationale d'enquêtes permanente 315

Juin 25. **Allemagne, Argentine, Belgique, Brésil, Chili, Chine, Danemark, République Dominicaine, Equateur, Espagne, France, Grande-Bretagne, Guatémala, Haïti, Italie, Japon, Luxembourg, Mexique, Monténégro, Pays-Bas, Perse, Portugal, Roumanie, Russie, Siam, Suède, Suisse, Uruguay, Vénézuéla.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'opium. 269

1914. Septembre. 1917. Janvier. **Allemagne, Belgique, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Portugal, Roumanie, Russie, Serbie.** Arrangements concernant les prisonniers de guerre et les civils internés ou retenus. 3

1915.

Février 27. **Etats-Unis d'Amérique, Vénézuéla.** Protocole explicatif concernant le Traité en vue d'établir une Commission internationale d'enquêtes permanente, signé le 21 mars 1914. 315

1917.

Juillet 2. **Allemagne, Grande-Bretagne.** Accord concernant les prisonniers de guerre et les civils internés. 13

Décembre 28. **Grande-Bretagne, Turquie.** Accord concernant les prisonniers de guerre et les civils internés. 19

1918.

Janvier 8. Septembre 27 **Etats-Unis d'Amérique.** Messages et Discours du Président des Etats-Unis d'Amérique, concernant les conditions de la paix. 141

Mars 15. **Allemagne, France.** Accord concernant les prisonniers de guerre. 31

Avril 26. **Allemagne, France.** Accord concernant les prisonniers de guerre et les civils internés. 46

Juillet 14. **Allemagne, Grande-Bretagne.** Arrangement concernant les prisonniers de guerre et les civils internés. Suivi d'une Déclaration du Gouvernement des Pays-Bas. 61

Juillet 17. **France, Monaco.** Traité d'amitié protectrice. 313

Septembre 29. **France, Grande-Bretagne, Italie, Bulgarie.** Convention d'armistice. 126

Octobre 4. Novembre 5. **Autriche-Hongrie, Allemagne, Turquie, Etats-Unis d'Amérique.** Correspondance en vue d'amener la conclusion d'un armistice général. 127

Octobre 30. **France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Turquie.** Convention d'armistice. 159

Novembre 3. **Etats-Unis d'Amérique, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Autriche-Hongrie.** Convention d'armistice. 163

Novembre 11. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique.** Arrangement concernant les prisonniers de guerre, le personnel sanitaire et les civils internés. 89

Novembre 11. **Etats-Unis d'Amérique, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Allemagne.** Convention d'armistice. 172

Novembre 13. **Etats-Unis d'Amérique, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Hongrie.** Convention d'armistice. 183

Décembre 1. **Allemagne, France, Belgique.** Protocole concernant l'exécution de l'article 19 de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918. 185

Décembre 13. **Etats-Unis d'Amérique, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Allemagne.** Convention additionnelle portant prolongation de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918; suivie de Stipulations financières. 191

Décembre 23/25. **Belgique, Etats-Unis d'Amérique, France, Grande-Bretagne, Allemagne.** Procès-verbaux de la Conférence économique réunie à Luxembourg pour régler la circulation entre l'Allemagne et la partie de l'Allemagne occupée par les Alliés. 193

1919.

Janvier 16. **Etats-Unis d'Amérique, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Allemagne.** Convention afin de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918. 209

Janvier 19. **Etats-Unis d'Amérique, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Allemagne.** Arrangement en vue d'assurer le ravitaillement en vivres de l'Europe et de mettre la flotte de commerce allemande sous le contrôle des Puissance alliées. 214

Février 8. **Etats-Unis d'Amérique, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Allemagne.** Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne. 217

Février 16. **Etats-Unis d'Amérique, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Allemagne.** Convention en vue de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918. 220

Février 16. **Etats-Unis d'Amérique, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Allemagne.** Arrangement concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi d'un Arrangement additionnel. 221

Mars 14. **Belgique, Etats-Unis d'Amérique, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Allemagne.** Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi de plusieurs Annexes. 224

Avril 4. **Etats-Unis d'Amérique, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Allemagne.** Protocole relatif au transport en Pologne des troupes du Général Haller. 238

Avril 12. **Allemagne, France.** Protocole en vue de l'exécution de l'article III des Stipulations financières signées à Trèves le 13 décembre 1918. 242

Mai 5. **France, Suisse.** Accord portant abrogation des stipulations relatives à la zone neutralisée de Savoie. 664

Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique, France, Italie, Japon, Belgique, Bolivie, Brésil, Chine, Cuba, Equateur, Grèce, Guatemala, Haïti, Hedjaz, Honduras, Liberia, Nicaragua, Panama, Pérou, Pologne, Portugal, Roumanie, Etat Serbe-Croate-Slovène, Siam, Tchéco-Slovaquie, Uruguay, Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles, suivi d'un Protocole. 323

Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Belgique, Empire Britannique, France, Allemagne.** Arrangement concernant l'occupation militaire des territoires rhénans. 677

Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique, France, Italie, Japon, Belgique, Chine, Cuba, Grèce, Nicaragua, Panama, Pologne, Portugal, Roumanie, Etat Serbe-Croate-Slovène, Siam, Tchéco-Slovaquie, Autriche.** Traité de paix, signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

1920.

Février 2.	**Esthonie, Russie.** Traité de paix.	864
Février 12.	**Grande-Bretagne-Russie.** Convention relative à l'échange des prisonniers.	840
Avril 19.	**Allemagne, Russie.** Arrangement concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs.	845
Avril 20.	**Allemagne, Lettonie.** Convention concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs.	859
Mai 8.	**Allemagne, Hongrie.** Arrangement relatif au passage des prisonniers de guerre respectifs.	857
Juillet 7.	**Allemagne, Russie.** Dispositions concernant l'exécution de l'Arrangement relatif au rapatriement réciproque des prisonniers de guerre et des internés civils, signé le 19 avril 1920.	846
Juillet 12.	**Russie, Lithuanie.** Traité de paix.	877
Juillet 15.	**Allemagne, Lettonie.** Convention provisoire relative à la reprise des relations.	861
Août 11.	**Russie, Lettonie.** Traité de paix	888
Septembre 14.	**Etats-Unis d'Amérique, Portugal.** Arrangement en vue de prolonger la durée de la Convention d'arbitrage conclue le 6 avril 1908.	319

1921.

Mai 6.	**Allemagne, Russie.** Convention additionnelle à la Convention concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs, conclue le 19 avril 1920.	848
Mai 6.	**Allemagne, Russie.** Accord provisoire concernant les compétences des Délégations respectives.	929
Mai 20.	**Allemagne, Chine.** Accord en vue de rétablir les relations d'amitié et de commerce entre les deux pays; suivi de plusieurs Déclarations et Notes diplomatiques.	901
Août 24.	**Autriche, Etats-Unis d'Amérique.** Traité en vue d'établir des relations d'amitié.	910
Août 25.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique.** Traité en vue de rétablir les relations d'amitié.	917
Décembre 7.	**Autriche, Russie, République Ukraïnienne.** Arrangement concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs.	852
Décembre 7.	**Autriche, Russie, République Ukraïnienne.** Accord provisoire concernant les compétences des Délégations respectives.	934

1922.

Août 10.	**Etats-Unis d'Amérique, Allemagne.** Arrangement pour déterminer les engagements financiers de l'Allemagne résultant du Traité conclu le 25 août 1921.	924

Table alphabétique.

Allemagne.

1912.	Janvier 23.	**Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc.** Convention internationale de l'Opium.	247
1912.	Juillet 5.	**Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc.** Convention radiotélégraphique internationale.	270
1913.	Juillet 9.	**Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium.	262
1913.	Décembre 31.	**Belgique, Bolivie etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale.	304
1914.	Juin 25.	**Argentine, Belgique etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium.	266
1914. 1917.	Septembre. Janvier.	**Belgique, France etc.** Arrangements concernant les prisonniers de guerre et les civils internés ou retenus.	3
1917.	Juillet 2.	**Grande-Bretagne.** Accord concernant les prisonniers de guerre et les civils internés.	13
1918.	Mars 15.	**France.** Accord concernant les prisonniers de guerre.	31
1918.	Avril 26.	**France.** Accord concernant les prisonniers de guerre et les civiles internés.	46
1918.	Juillet 14.	**Grande-Bretagne.** Arrangement concernant les prisonniers de guerre et les civils internés.	61
1918.	Octobre 4. Novembre 5.	**Autriche-Hongrie, Turquie, Etats-Unis d'Amérique.** Correspondance en vue d'amener la conclusion d'un armistice général.	127
1918.	Novembre 11.	**Etats-Unis d'Amérique.** Arrangement concernant les prisonniers de guerre, le personnel sanitaire et les civils internés.	80
1918.	Novembre 11.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc.** Convention d'armistice.	172
1918.	Décembre 1er.	**France, Belgique.** Protocole concernant l'exécution de l'article 19 de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918.	185
1918.	Décembre 13.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc.** Convention additionnelle portant prolongation de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918.	191
1918.	Décembre 23, 25.	**Belgique, Etats-Unis d'Amérique etc.** Procès-verbaux de la Conférence économique réunie à Luxembourg pour régler la circulation entre l'Allemagne et la partie de l'Allemagne occupée par les Alliés.	193
1919.	Janvier 16.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc.** Convention afin de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918.	209

1919. Janvier 17. **Etats-Unis d'Amérique, France etc.** Arrangement en vue d'assurer le ravitaillement en vivres de l'Europe et de mettre la flotte de commerce allemande sous le contrôle des Puissances alliées. 214

1919. Février 8. **Etats-Unis d'Amérique, France etc.** Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne. 217

1919. Février 16. **Etats-Unis d'Amérique, France etc.** Convention en vue de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918. 220

1919. Février 16. **Etats-Unis d'Amérique, France etc.** Arrangement concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi d'un Arrangement additionnel. 221

1919. Mars 14. **Belgique, Etats-Unis d'Amérique etc.** Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi de plusieurs Annexes. 224

1919. Avril 4. **Etats-Unis d'Amérique, France etc.** Protocole relatif au transport en Pologne des troupes du Général Haller. 238

1919. Avril 12. **France.** Protocole en vue de l'exécution de l'article III des Stipulations financières signées à Trèves le 13 décembre 1918. 242

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Belgique etc.** Arrangement concernant l'occupation militaire des territoires rhénans. 677

1920. Avril 19. **Russie.** Arrangement concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs. 843

1920. Avril 20. **Lettonie.** Convention concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs. 859

1920. Mai 8. **Hongrie.** Arrangement relatif au passage des prisonniers de guerre respectifs. 857

1920. Juillet 7. **Russie.** Dispositions concernant l'exécution de l'Arrangement relatif au rapatriement réciproque des prisonniers de guerre et des internés civils, signé le 19 avril 1920. 846

1920. Juillet 15. **Lettonie.** Convention provisoire relative à la reprise des relations entre l'Allemagne et la Lettonie. 861

1921. Mai 6. **Russie.** Convention additionnelle à la Convention concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs, conclue le 19 avril 1920. 848

1921. Mai 6. **Russie.** Accord provisoire concernant les compétences des Délégations respectives. 929

1921. Mai 20. **Chine.** Accord en vue de rétablir les relations d'amitié et de commerce entre les deux pays. 901

1921. Août 25. **Etats-Unis d'Amérique.** Traité en vue de rétablir les relations d'amitié. 917

1922. Août 10. **Etats-Unis d'Amérique.** Arrangement pour déterminer les engagements financiers de l'Allemagne résultant du Traité conclu le 25 août 1921. 924

Argentine.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 962

1914. Juin 25. **Allemagne, Belgique etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

Autriche.

1885. Novembre 16 19. **Hongrie, Italie etc.** Résolutions d'une Conférence internationale relative à la construction d'un diapason normal. 245

1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc.** Traité de paix signé à Saint-Germain en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

1921. Août 24. **Etats-Unis d'Amérique.** Traité en vue d'établir des relations d'amitié. 910

1921. Décembre 7. **Russie, République Ukraïnienne.** Arrangement concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs. 852

1921. Décembre 7. **Russie, République Ukraïnienne.** Accord provisoire concernant les compétences des Délégations respectives. 934

Autriche-Hongrie.

1918. Octobre 4 Novembre 5 **Allemagne, Turquie, Etats-Unis d'Amérique.** Correspondance en vue d'amener la conclusion d'un armistice général. 127

1918. Novembre 3. **Etats-Unis d'Amérique, France etc.** Convention d'armistice. 163

Belgique.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262

1913. Décembre 31. **Allemagne, Bolivie etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

1914. Septembre. 1917. Janvier **Allemagne, France etc.** Arrangements concernant les prisonniers de guerre et les civils internés ou retenus. 3

1918. Décembre 1er. **Allemagne, France.** Protocole concernant l'exécution de l'article 19 de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918. 185

1918. Décembre 23 25. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Procès-verbaux de la Conférence économique réunie à Luxembourg pour régler la circulation entre l'Allemagne et la partie de l'Allemagne occupée par les Alliés. 193

1919. Mars 14. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi de plusieurs Annexes. 224
1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323
1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Arrangement concernant l'occupation militaire des territoires rhénans. 677
1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

Bolivie.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304
1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

Brésil.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270
1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262
1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium 266
1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

Bulgarie.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270
1918. Septembre 29. **France, Grande-Bretagne etc.** Convention d'armistice. 126

Chili.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium 247
1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270
1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262
1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304
1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

Chine.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262

1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

1921. Mai 20. **Allemagne.** Accord en vue de rétablir les relations d'amitié et de commerce entre les deux pays. 901

Colombie.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

Costa-Rica.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262

Cuba.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

Danemark.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

République Dominicaine.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262
1913. Décembre 21. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304
1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

Egypte.

1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

Empire Britannique.

v. Grande-Bretagne.

Equateur.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262
1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266
1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix: signé à Versailles. 323

Espagne.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270
1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262
1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304
1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

Esthonie.

1920. Février 2. **Russie.** Traité de paix. 864

Etats-Unis d'Amérique.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Argentine etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1912. Juillet 5. **Allemagne, Argentine etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1913.	Juillet 9.	**Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium.	262
1914.	Mars 21.	**Vénézuéla.** Traité en vue d'établir une Commission internationale d'enquêtes permanente.	315
1915.	Février 27.	**Vénézuéla.** Protocole explicatif concernant le Traité en vue d'établir une Commission internationale d'enquêtes permanente, signé le 21 mars 1914.	318
1918.	Janvier 8. / Septembre 27.	Messages et Discours du Président des Etats-Unis d'Amérique, concernant les conditions de la paix.	141
1918.	Octobre 4. / Novembre 5.	**Autriche-Hongrie, Allemagne, Turquie.** Correspondance en vue d'amener la conclusion d'un armistice général.	127
1918.	Novembre 3.	**France, Grande-Bretagne etc. Autriche-Hongrie.** Convention d'armistice.	163
1918.	Novembre 11.	**Allemagne.** Arrangement concernant les prisonniers de guerre, le personnel sanitaire et les civils internés	80
1918.	Novembre 11.	**France, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Convention d'armistice.	172
1918.	Novembre 13.	**France, Grande-Bretagne etc. Hongrie.** Convention d'armistice.	183
1918.	Décembre 13.	**France, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Convention additionnelle portant prolongation de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918.	191
1918.	Décembre 23-25.	**Belgique, France etc. Allemagne.** Procès-verbaux de la Conférence économique réunie à Luxembourg pour régler la circulation entre l'Allemagne et la partie de l'Allemagne occupée par les Alliés.	193
1919.	Janvier 16.	**France, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Convention afin de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918.	209
1919.	Janvier 17.	**France, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Arrangement en vue d'assurer le ravitaillement en vivres de l'Europe et de mettre la flotte de commerce allemande sous le contrôle des Puissances alliées.	214
1919.	Février 8.	**France, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Mémorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne.	217
1919.	Février 16.	**France, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Convention en vue de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918.	220
1919.	Février 16.	**France, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Arrangement concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi d'un Arrangement additionnel.	221
1919.	Mars 14.	**Belgique, France etc. Allemagne.** Mémorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi de plusieurs Annexes.	224
1919.	Avril 4	**France, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Protocole relatif au transport en Pologne des troupes du Général Haller.	238
1919.	Juin 28.	**Empire Britannique, France etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles.	323
1919.	Juin 28.	**Belgique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Arrangement concernant l'occupation militaire des territoires rhénans.	677

1919. Septembre 10.	**Empire Britannique, France etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations.	691
1920. Septembre 14.	**Portugal.** Arrangement en vue de prolonger la durée de la Convention d'arbitrage conclue le 6 avril 1908.	319
1921. Août 24.	**Autriche.** Traité en vue d'établir des relations d'amitié.	910
1921. Août 21.	**Allemagne.** Traité en vue de rétablir les relations d'amitié.	917
1922. Août 10.	**Allemagne.** Arrangement pour déterminer les engagements financiers de l'Allemagne résultant du Traité conclu le 25 août 1921.	924

France.

1912. Janvier 23.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium.	247
1912. Juillet 5.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale.	270
1913. Juillet 9.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium	262
1913. Décembre 31.	**Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale.	304
1914. Juin 25.	**Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium.	266
1914. Septembre. 1917. Janvier.	**Allemagne, Belgique etc.** Arrangements concernant les prisonniers de guerre et les civils internés ou retenus.	3
1918. Mars 15.	**Allemagne.** Accord concernant les prisonniers de guerre.	31
1918. Avril 26.	**Allemagne.** Accord concernant les prisonniers de guerre et les civils internés.	46
1918. Juillet 17.	**Monaco.** Traité d'amitié protectrice.	313
1918. Septembre 29.	**Grande-Bretagne, Italie etc.** Convention d'armistice.	126
1918. Octobre 30.	**Grande-Bretagne, Italie etc. Turquie.** Convention d'armistice	159
1918. Novembre 3.	**Etats-Unis d'Amérique, Grande-Bretagne etc. Autriche-Hongrie.** Convention d'armistice.	163
1918. Novembre 11.	**Etats-Unis d'Amérique, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Convention d'armistice.	172
1918. Novembre 13.	**Etats-Unis d'Amérique, Grande-Bretagne etc. Hongrie.** Convention d'armistice.	183
1918. Décembre 1er.	**Allemagne, Belgique.** Protocole concernant l'exécution de l'article 19 de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918.	185
1918. Décembre 13.	**Etats-Unis d'Amérique, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Convention additionnelle portant prolongation de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918.	191
1918. Décembre 23/25.	**Belgique, Etats-Unis d'Amérique etc. Allemagne.** Procès-verbaux de la Conférence économique réunie à Luxembourg pour régler la circulation entre l'Allemagne et la partie de l'Allemagne occupée par les Alliés.	193

1919. Janvier 16. **Etats-Unis d'Amérique, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Convention afin de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918. 209

1919. Janvier 17. **Etats-Unis d'Amérique, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Arrangement en vue d'assurer le ravitaillement en vivres de l'Europe et de mettre la flotte de commerce allemande sous le contrôle des Puissances alliées. 214

1919. Février 8. **Etats-Unis d'Amérique, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne. 217

1919. Février 16. **Etats-Unis d'Amérique, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Convention en vue de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918. 220

1919. Février 16. **Etats-Unis d'Amérique, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Arrangement concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi d'un Arrangement additionnel. 221

1919. Mars 14. **Belgique, Etats-Unis d'Amérique etc. Allemagne.** Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi de plusieurs Annexes. 224

1919. Avril 4. **Etats-Unis d'Amérique, Grande-Bretagne etc. Allemagne.** Protocole relatif au transport en Pologne des troupes du Général Haller. 238

1919. Avril 12. **Allemagne.** Protocole en vue de l'exécution de l'article III des Stipulations financières signées à Trèves le 13 décembre 1918. 242

1919. Mai 5. **Suisse.** Accord portant abrogation des stipulations relatives à la zone neutralisée de Savoie. 664

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Belgique etc. Allemagne.** Arrangement concernant l'occupation militaire des territoires rhénans. 677

1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

Grande Bretagne.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

1914. Septembre. / 1917. Janvier. **Allemagne, Belgique etc.** Arrangements concernant les prisonniers de guerre et les civils internés ou retenus 3

1917. Juillet 2. **Allemagne.** Accord concernant les prisonniers de guerre et les civils internés. 13

1917.	Décembre 28.	**Turquie.** Accord concernant les prisonniers de guerre et les civils internés.	19
1918.	Juillet 2.	**Allemagne.** Arrangement concernant les prisonniers de guerre et les civils internés.	61
1918.	Septembre 29.	**France, Italie etc.** Convention d'armistice.	126
1918.	Octobre 30.	**France, Italie etc. Turquie.** Convention d'armistice.	159
1918.	Novembre 3.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc. Autriche-Hongrie.** Convention d'armistice.	163
1918.	Novembre 11.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Convention d'armistice	172
1918.	Novembre 13.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc. Hongrie.** Convention d'armistice.	185
1918.	Décembre 13.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Convention additionnelle portant prolongation de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918.	191
1918.	Décembre 23-25.	**Belgique, Etats-Unis d'Amérique etc. Allemagne.** Procès-verbaux de la Conférence économique réunie à Luxembourg pour régler la circulation entre l'Allemagne et la partie de l'Allemagne occupée par les Alliés.	193
1919.	Janvier 16.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Convention afin de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918.	209
1919.	Janvier 17.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Arrangement en vue d'assurer le ravitaillement en vivres de l'Europe et de mettre la flotte de commerce allemande sous le contrôle des Puissances alliées.	214
1919.	Février 8.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne.	217
1919.	Février 16.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Convention en vue de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918.	220
1919.	Février 16.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Arrangement concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi d'un Arrangement additionnel.	221
1919.	Mars 14.	**Belgique, Etats-Unis d'Amérique etc. Allemagne.** Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi de plusieurs Annexes.	224
1919.	Avril 4.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Protocole relatif au transport en Pologne des troupes du Général Haller.	238
1919.	Juin 28.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles.	323
1919.	Juin 28.	**Etats-Unis d'Amérique, Belgique etc. Allemagne.** Arrangement concernant l'occupation militaire des territoires rhénans.	677
1919.	Septembre 10.	**Etats-Unis d'Amérique, France etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations.	691
1920.	Février 12.	**Russie.** Convention relative à l'échange des prisonniers.	840

Grèce.

1912.	Juillet 5.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale.	270

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

Guatémala.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale 304

1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

Haïti.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale 304

1914 Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

Hedjaz.

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

Honduras.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale 304

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

Hongrie.

1885. Novembre 16 19. **Autriche, Italie etc.** Résolutions d'une Conférence internationale relative à la construction d'un diapason normal. 245

1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1918. Novembre 13. **Etats-Unis d'Amérique, France etc.** Convention d'armistice. 183

1920. Mai 8. **Allemagne.** Arrangement relatif au passage des prisonniers de guerre respectifs. 857

Italie.

1885. Novembre 16/19. **Autriche, Hongrie etc.** Résolutions d'une Conférence internationale relative à la construction d'un diapason normal. 245

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de cloture de la deuxieme Conférence internationale de l'Opium. 262

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisieme Conférence internationale de l'Opium. 266

1914. Septembre. / 1917. Janvier. **Allemagne, Belgique etc.** Arrangement concernant les prisonniers de guerre et les civils internés ou retenus. 3

1918. Septembre 29. **France, Grande-Bretagne etc.** Convention d'armistice. 126

1918. Octobre 30. **France, Grande-Bretagne etc. Turquie.** Convention d'armistice. 159

1918. Novembre 3. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Autriche-Hongrie.** Convention d'armistice. 163

1918. Novembre 11. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Convention d'armistice. 172

1918. Novembre 13. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Hongrie.** Convention d'armistice. 183

1918. Décembre 13. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Convention additionnelle portant prolongation de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918. 191

1919. Janvier 16. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Convention afin de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918. 209

1919. Janvier 17. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Arrangement en vue d'assurer le ravitaillement en vivres de l'Europe et de mettre la flotte de commerce allemande sous le contrôle des Puissances alliées. 214

1919. Février 8. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne. 217

1919. Février 16. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Convention en vue de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918. 220

1919. Février 16. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Arrangement concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi d'un Arrangement additionnel. 221

1919. Mars 14. **Belgique, Etats-Unis d'Amérique etc. Allemagne.** Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi de plusieurs Annexes. 224

1919. Avril 4. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Protocole relatif au transport en Pologne des troupes du Général Haller. 238

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

Japon.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1912. Juillet 5 **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

1914. Septembre 1917. Janvier. **Allemagne, Belgique etc.** Arrangement concernant les prisonniers de guerre et les civils internés ou retenus. 3

1918. Octobre 30. **France, Grande-Bretagne etc. Turquie.** Convention d'armistice. 159

1918. Novembre 3. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Autriche-Hongrie.** Convention d'armistice. 163

1918. Novembre 11. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Convention d'armistice. 172

1918. Novembre 13. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Hongrie.** Convention d'armistice. 183

1918. Décembre 13. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Convention additionelle portant prolongation de la Convention d'armistice du 11 novembre 1918. 191

1919. Janvier 16. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Convention afin de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918. 209

1919. Janvier 17. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Arrangement en vue d'assurer le ravitaillement en vivres de l'Europe et de mettre la flotte de commerce allemande sous le contrôle des Puissances alliées. 214

1919. Février 8. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne. 217

1919. Février 16. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Convention en vue de prolonger la Convention d'armistice du 11 novembre 1918. 220

1919. Février 16. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Arrangement concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi d'un Arrangement additionnel. 221

1919. Mars 14. **Belgique, Etats-Unis d'Amérique etc. Allemagne.** Memorandum concernant le ravitaillement en vivres de l'Allemagne, suivi de plusieurs Annexes. 224

1919. Avril 4. **Etats-Unis d'Amérique, France etc. Allemagne.** Protocole relatif au transport en Pologne des troupes du Général Haller. 238

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

Lettonie.

1920. Avril 20. **Allemagne.** Convention concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs. 859
1920. Juillet 15. **Allemagne.** Convention provisoire relative à la reprise des relations entre l'Allemagne et la Lettonie. 861
1920. Août 11. **Russie.** Traité de paix. 888

Libéria.

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 328

Lithuanie.

1920. Juillet 12. **Russie.** Traité de paix. 877

Luxembourg.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262
1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

Maroc.

1912. Juillet 12. **Allemagne, Etats-Unis d'Amerique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

Mexique.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262
1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304
1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

Monaco.

1912. Juillet 5. **Allemagne. Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270
1918. Juillet 17. **France.** Traité d'amitié protectrice. 313

Monténégro.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

Nicaragua.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304
1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323
1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

Norvège.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270
1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

Panama.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323
1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

Paraguay.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

Pays-Bas.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale 270
1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262
1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304
1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

Pérou.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247
1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304
1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

Perse.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

Pologne.

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

Portugal.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

1914 Septembre. 1917. Janvier. **Allemagne, Belgique etc.** Arrangement concernant les prisonniers de guerre et les civils internés ou retenus. 3

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix, signé à Versailles. 323

1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

1920. Septembre 14. **Etats-Unis d'Amérique.** Arrangement en vue de prolonger la durée de la Convention d'arbitrage conclue le 6 avril 1908. 319

Prusse.

1885. Novembre 16 19. **Autriche, Hongrie etc.** Résolutions d'une Conférence internationale relative à la construction d'un diapason normal. 245

Roumanie.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention international de l'Opium. 247

1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

1914. Septembre. / 1917. Janvier.	**Allemagne, Belgique etc.** Arrangement concernant les prisonniers de guerre et les civils internés ou retenus.	3
1919. Juin 28.	**Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles.	323
1919. Septembre 10.	**Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations.	691

Russie.

1885. Novembre 16 19.	**Autriche, Hongrie etc.** Résolutions d'une Conférence internationale relative à la construction d'un diapason normal.	245
1912. Janvier 23.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium.	247
1912. Juillet 5.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale.	270
1913. Juillet 9.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium.	262
1913. Décembre 31.	**Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale.	304
1914. Juin 25.	**Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium.	266
1914. Septembre / 1917. Janvier.	**Allemagne, Belgique etc.** Arrangement concernant les prisonniers de guerre et les civils internés ou retenus.	3
1920. Février 2.	**Esthonie.** Traité de paix.	864
1920. Février 12.	**Grande-Bretagne.** Convention relative à l'échange des prisonniers.	840
1920. Avril 19.	**Allemagne.** Arrangement concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs.	843
1920. Juillet 7.	**Allemagne.** Dispositions concernant l'exécution de l'Arrangement relatif au rapatriement réciproque des prisonniers de guerre et des internés civils, signé le 19 avril 1920.	846
1920. Juillet 12.	**Lithuanie.** Traité de paix.	877
1920. Août 11.	**Lettonie.** Traité de paix.	888
1921. Mai 6.	**Allemagne.** Convention additionnelle à la Convention concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs, conclue le 19 avril 1920.	848
1921. Mai 6.	**Allemagne.** Accord provisoire concernant les compétences des Délégations respectives.	929
1921. Décembre 7.	**Autriche, République Ukraïnienne.** Arrangement concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs.	852
1921. Décembre 7.	**Autriche, République Ukraïnienne.** Accord provisoire concernant les compétences des Délégations respectives.	934

Saint-Marin.

1912. Juillet 5.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale.	270

Salvador.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

Saxe.

1885. Novembre 16 19. **Autriche, Hongrie etc.** Résolutions d'une Conférence internationale relative à la construction d'un diapason normal. 245

Etat Serbe-Croate-Slovène.

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix, signé à Versailles. 323

1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

Serbie.

1914. Septembre / 1917. Janvier **Allemagne, Belgique etc.** Arrangement concernant les prisonniers de guerre et les civils internés ou retenus. 3

Siam.

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1913. Juillet 9. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Protocole de clôture de la deuxième Conférence internationale de l'Opium. 262

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

1919. Juin 28. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles. 323

1919. Septembre 10. **Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations. 691

Suède.

1885. Novembre 16 19. **Autriche, Hongrie etc.** Résolutions d'une Conférence internationale relative à la construction d'un diapason normal. 245

1912. Janvier 23. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium. 247

1912. Juillet 5. **Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale. 270

1913. Décembre 31. **Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale. 304

1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

Suisse.

1912.	Janvier 23.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium.	247
1913.	Décembre 31.	**Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale.	304
1914.	Juin 25	**Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium.	266
1919.	Mai 5.	**France.** Accord portant abrogation des stipulations relatives à la zone neutralisée de Savoie.	664

Tchéco-Slovaquie.

1919.	Juin 28.	**Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles.	323
1919.	Septembre 10.	**Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Autriche.** Traité de paix; signé à Saint-Germain-en-Laye, suivi d'un Protocole et de deux Déclarations.	691

Turquie.

1912.	Juillet 5.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale.	270
1917.	Décembre 28.	**Grande-Bretagne.** Accord concernant les prisonniers de guerre et les civils internés.	19
1918.	Octobre 4 Novembre 5	**Autriche-Hongrie, Allemagne, Etats-Unis d'Amérique.** Correspondance en vue d'amener la conclusion d'un armistice général	127
1918.	Octobre 30	**France, Grande-Bretagne etc.** Convention d'armistice.	159

Republique Ukrainienne.

1921.	Décembre 7.	**Autriche, Russie.** Arrangement concernant le rapatriement des prisonniers de guerre et des internés civils respectifs.	852
1921.	Décembre 7.	**Autriche, Russie.** Accord provisoire concernant les compétences des Délégations respectives.	934

Uruguay.

1912.	Janvier 23.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium	247
1912.	Juillet 5.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention radiotélégraphique internationale.	270
1913.	Décembre 31.	**Allemagne, Belgique etc.** Convention concernant l'établissement d'une statistique commerciale internationale.	304
1914.	Juin 25.	**Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium.	266
1919.	Juin 28.	**Etats-Unis d'Amérique, Empire Britannique etc. Allemagne.** Traité de paix; signé à Versailles.	323

Vénézuéla.

1912.	Janvier 23.	**Allemagne, Etats-Unis d'Amérique etc.** Convention internationale de l'Opium.	247

1914. Mars 21. **Etats-Unis d'Amérique.** Traité en vue d'établir une Commission internationale d'enquêtes permanente. 315

1914. Juin 25. **Allemagne, Argentine etc.** Protocole de clôture de la troisième Conférence internationale de l'Opium. 266

1915. Février 27. **Etats-Unis d'Amérique.** Protocole explicatif concernant le Traité en vue d'établir une Commission internationale d'enquêtes permanente, signé le 21 mars 1914. 318

Wurttemberg.

1885. Novembre 16/19. **Autriche, Hongrie etc.** Résolutions d'une Conférence internationale relative à la construction d'un diapason normal. 245

Table analytique.

Adriatique. V. Mer Adriatique.
Afrique équatoriale. Puissances alliées-Allemagne 432.
Agents diplomatiques. Envoi, privilèges et immunités des —. Allemagne-Chine 902. — V. aussi Délégations.
Alcools. V. Spiritueux.
Algésiras. Acte général d'—. Puissances alliées-Allemagne 438. — Puissances alliées-Autriche 716.
Allemagne. V. Frontières.
Alsace-Lorraine. Allemagne-France 242. — Puissances alliées-Allemagne 192. — Puissances alliées-Allemagne 380. — V. aussi Chemins de fer, Commerce.
Amitié. Allemagne-Chine 901. — protectrice. France-Monaco 313.
Amnistie. Puissances alliées-Allemagne 403. — Puissances alliées-Autriche 715. — Russie-Lettonie 900. — Russie-Lithuanie 887.
Arbitrage entre les membres de la Société des Nations. Puissances alliées-Allemagne 337, 338, 339, 343. — V. aussi Clauses compromissoires, Commissions d'enquêtes, Traités généraux d'arbitrage.
Armées. V. Enrôlement, Forces militaires.
Armements. Réduction des — nationaux par les membres de la Société des Nations. Puissances alliées-Allemagne 335. — V. aussi Flotte, Forces militaires, Navigation aérienne.
Armes. Commerce des — et des munitions. Puissance alliées-Allemagne 336, 345, 346, 433. — Fabrication des —. Puissances alliées-Allemagne 336, 448. — Puissances alliées-Autriche 724, 725.
Armistice. Allemagne-France 242. — Allemagne-France-Belgique 185. — Autriche-Hongrie-Allemagne-Turquie-Etats-Unis d'Amérique 127. — Etats-Unis d'Amérique-France-Grande-Bretagne-Italie-Japon-Allemagne 172. — Etats-Unis d'Amérique-France-Grande-Bretagne-Italie-Japon-Autriche-Hongrie 163. — Etats-Unis d'Amérique-France-Grande-Bretagne-Italie-Japon-Hongrie 183. — France-Grande-Bretagne-Italie-Bulgarie 126. — France-Grande-Bretagne-Italie-Japon-Turquie 159. — Puissances alliées-Allemagne 191. — Puissances alliées-Allemagne 193. — Puissances alliées-Allemagne 209. — Puissances alliées-Allemagne 220.
Assemblée de la Société des Nations. V. Société des Nations.
Assurances. Puissances alliées-Allemagne 580, 600. — Puissances alliées-Autriche 802, 815.
Autriche. Indépendance inaliénable de l'—. Puissances alliées-Allemagne 396. — Puissances alliées-Autriche 714. V. aussi Frontières, Mer Adriatique.
Aviation. V. Navigation aérienne.
Banque d'Etat du Maroc. Puissances alliées-Allemagne 439. — Puissances alliées-Autriche 717.
Bases militaires et navales. Interdiction d'établir des —. Puissances alliées-Allemagne 345.
Bassin de la Sarre. V. Douanes, Sarre.
Belgique. Régime international de la —. Puissances alliées-Allemagne 355. — Puissances alliées-Autriche 713. — V. aussi Eupen, Moresnet, Neutralité.
Bermondt. Troupes —. Allemagne-Lettonie 863.
Biens, droits et intérêts. Puissances alliées-Allemagne 558. — Puissances alliées-Autriche 788.
Blessés. V. Prisonniers de guerre.
Blocus. Maintien du — après la conclusion d'un armistice. Puissances alliées Autriche-Hongrie 166. — Puissances alliées-Allemagne 177.

Bosnie. Situation internationale de la — et de la Herzégovine. Allemagne-Etats-Unis d'Amérique-Argentine etc. 278. — Puissances alliées-Autriche 763, 768, 836.

Bosphore. V. Détroits.

Bulgarie. Puissances alliées-Allemagne 443. — Puissances alliées-Autriche 714.

Bureaux internationaux placés sous l'autorité de la Société des Nations. Puissances alliées-Allemagne 347.

Bureau international de l'Union télégraphique. Allemagne-Etats-Unis d'Amérique-Argentine etc. 273, 296.

Bureau international de Statistique commerciale. Allemagne-Belgique-Bolivie etc. 304, 310.

Bureau international du Travail. Puissances alliées-Allemagne 639, 641.

Cabotage. Puissances alliées-Allemagne 532, 536.

Canal de Kiel. Puissances alliées-Allemagne 636.

Canal de Suez. Puissances alliées-Allemagne 441. — Puissances alliées-Autriche 718.

Canal Rhin-Danube. Puissances alliées-Allemagne 610, 619. — Puissances alliées-Autriche 820, 825.

Capitulations. Régime des — au Maroc. Puissances alliées-Allemagne 438. — Puissances alliées-Autriche 716. — V. aussi Juridiction consulaire.

Capture. Droit de — après la conclusion d'un armistice. Puissances alliées-Allemagne 177. — Puissances alliées-Autriche-Hongrie 166.

Cession des créances. Puissances alliées-Allemagne 524, 526. — Puissances alliées-Autriche 769, 770.

Chantoung. Renonciation de l'Allemagne au — en faveur du Japon. Puissances alliées-Allemagne 442. — Allemagne-Chine 905. — V. aussi Chemins de fer.

Chemins de fer. Puissances alliées-Allemagne 603, 628. — Puissances alliées-Autriche 817, 825. — en Alsace-Lorraine. Puissances alliées-Allemagne 387. — dans le territoire du Bassin de la Sarre. Puissances alliées-Allemagne 372. — du Grand-Duché de Luxembourg. Puissances alliées-Allemagne 359. — du Chantoung. Puissances alliées-Allemagne 442. — V. aussi Saint-Gothard.

Chine. V. Chantoung, Concessions, Juridiction consulaire.

Civils internés. V. Internés.

Clauses compromissoires. Allemagne-Etats-Unis d'Amérique 123. — Allemagne-Etats-Unis d'Amérique-Argentine 274. — Puissances alliées-Allemagne 339, 495, 554, 567, 614, 633, 634. — Puissances alliées-Autriche 746, 749, 765, 770, 786, 794, 822, 825, 829, 830.

Clauses de la nation la plus favorisée. V. Traitement de la nation la plus favorisée.

Colonies. Administration des — par des mandataires de la Société des Nations. Puissances alliées-Allemagne 344. — Admission des — à la Société des Nations. Puissances alliées-Allemagne 332. — allemandes. Cession des — Puissances alliées-Allemagne 431. — V. aussi Conférences, Traités.

Commerce. Allemagne-Chine 901. — Allemagne-Lettonie 863. — Puissances alliées-Allemagne 440, 442, 527, 536. — Puissances alliées-Autriche 718, 771. — durant l'armistice. Puissances alliées-Allemagne 193, 213. — Relations de — entre l'Allemagne et l'Alsace-Lorraine. Puissances alliées-Allemagne 381, 383, 394, 529. — entre l'Allemagne et le Luxembourg. Puissances alliées-Allemagne 530. — entre l'Allemagne et la Pologne. Puissances alliées-Allemagne 407, 408, 416, 530. — entre l'Autriche, la Tchéco-Slovaquie et la Pologne. Puissances alliées-Autriche 773. — entre la Pologne et la Ville libre de Dantzig. Puissances alliées-Allemagne 420. — V. aussi Armes, Cabotage, Concurrence déloyale, Contrats, Douanes, Gouvernements, Marques de commerce, Munitions, Navigation, Opium, Propriété industrielle, Spiritueux, Traitement de la nation la plus favorisée.

Commission centrale pour la navigation du Rhin. Puissances alliées-Allemagne 385, 386, 620.

Commission d'armistice internationale permanente. Puissances alliées-Allemagne 178.

Commissions d'enquêtes permanentes. Etats-Unis d'Amérique-Vénézuéla 315.

Commission de la Dette publique égyptienne. Puissances alliées-Allemagne 441. — Puissances alliées-Autriche 718.

Commissions des réparations. Puissances alliées-Allemagne 480, 488, 673. — Puissances alliées-Autriche 737, 741, 837. — V. aussi Exterritorialité.
Commission européenne du Danube. Puissances alliées-Allemagne 617. — Puissances alliées-Autriche 823.
Commissions interalliées de contrôle. Puissances alliées-Allemagne 468. — Puissances alliées-Autriche 730.
Communication des lois. Allemagne-Etats-Unis d'Amérique-Argentine etc. 275.
Concessions allemandes en Chine. Puissances alliées-Allemagne 434, 435. — austro-hongroises en Chine. Puissances alliées-Autriche 720.
Concurrence déloyale. Puissances alliées-Allemagne 533. — Puissances alliées-Autriche 774.
Conditions de paix formulées par le Président Wilson. Etats-Unis d'Amérique 141.
Condominium. V. Moresnet.
Conférences. Participation des colonies et protectorats aux —. Allemagne-Etats-Unis d'Amérique-Argentine 273.
Conseil d'administration dirigeant le Bureau international du Travail. Puissances alliées-Allemagne 641.
Conseil de la Société des Nations. V. Société des Nations.
Conseil sanitaire en Egypte. Puissances alliées-Allemagne 741. — Puissances alliées-Autriche 718.
Consuls. Admission des —. Allemagne-Chine 902. — Puissances alliées-Allemagne 535. — Puissances alliées-Autriche 775. — Situation des — au début des hostilités. Allemagne-Belgique-France etc. 11. — V. aussi Délégations, Juridiction consulaire.
Contrats. Règlement des —. Puissances alliées-Allemagne 572. — Puissances alliées-Autriche 797.
Cour permanente de justice internationale. Puissances alliées-Allemagne 338, 612, 613, 638, 653, 654, 655, 656. — Puissances alliées-Autriche 710, 822, 832.
Crimes contre les lois et coutumes de la guerre. Punition des —. Puissances alliées-Allemagne 478. — Puissances alliées-Autriche 735, 837.
Croix-Rouge. V. Personnel sanitaire, Prisonniers de guerre, Société de —.
Dantzig. Ville libre de —. Puissances alliées-Allemagne 417. — Protection de la — par la Société des Nations. Puissances alliées-Allemagne 419. — Conduite des affaires extérieures de la — par la Pologne. Puissances alliées-Allemagne 421. — V. aussi Garantie, Protection, Zones franches.
Danube. Navigation sur le —. Puissances alliées-Autriche-Hongrie 166. — Puissances alliées-Allemagne 610, 617. — Puissances alliées-Autriche 728, 820.
Dardanelles. V. Détroits.
Délégations. Compétences et immunités des — respectives. Allemagne-Russie 929, 930. — Autriche-Russie-Ukraine 934, 935.
Délimitation. V. Frontières.
Détroits du Bosphore et des Dardanelles. France-Grande-Bretagne etc.-Turquie 159.
Dettes. Règlement des —. Puissances alliées-Allemagne 546. — Puissances alliées-Autriche 781.
Diapason normal. Autriche-Hongrie-Italie etc. 245.
Doctrine de Monroe. Puissances alliées-Allemagne 343.
Dominions. Admission des — à la Société des Nations. Puissances alliées-Allemagne 332.
Douanes. France-Monaco 314. — Puissances alliées-Allemagne 527, 604, 609, 612. — Puissances alliées-Autriche 771, 818, 821. — Franchise de — accordée aux produits de l'Alsace-Lorraine. Puissances alliées-Allemagne 387. — Régime des — dans le territoire du Bassin de la Sarre. Puissances alliées-Allemagne 375. — V. aussi Zollverein allemand.
Eaux. Régime des —. Puissances alliées-Autriche 825.
Egypte. V. Canal de Suez, Commission de la Dette publique, Conseil sanitaire, Établissement, Juridiction consulaire, Protectorat.
Elbe. Puissances alliées-Allemagne 610, 615.
Emigration. Puissances alliées-Allemagne 604, 608, 630, 631. — Puissances alliées-Autriche 818, 820, 827.
Empereur Guillaume II. Accusation de l'—. Puissances alliées-Allemagne 477.

Energie électrique. Esthonie-Russie 876. — Puissances alliées-Allemagne 388. — Puissances alliées-Autriche 702.
Enregistrement des Traités. V. Traités.
Enrôlement des nationaux dans des armées étrangères. Esthonie-Russie 868. — Puissances alliées-Allemagne 453. — Puissances alliées-Autriche 732.
Esthonie. Indépendance de l' —. Esthonie-Russie 865. — V. aussi Neutralité.
Etablissement des ressortissants étrangers au Maroc. Puissances alliées-Allemagne 438. — Puissances alliées-Autriche 716. — en Egypte. Puissances alliées-Allemagne 441. — Puissances alliées-Autriche 718.
Etats. V. Gouvernements. — nouveaux. V. Reconnaissance.
Etrangers. Régime des —. France-Monaco 315 — Traitement des —. Allemagne-Chine 903. — Allemagne-Lettonie 862 — Allemagne-Russie 931. — Autriche-Russie-Ukraine 936. — Puissances alliées-Allemagne 534. — Puissances alliées-Autriche 774. — V. aussi Capitulations, Commerce, Concessions, Etablissement, Juridiction consulaire, Tribunaux.
Etudiants chinois en Allemagne. Allemagne-Chine 907, 909.
Eupen. Puissances alliées-Allemagne 349, 356.
Exterritorialité des représentants des membres de la Société des Nations et de ses agents. Puissances alliées-Allemagne 335. — des membres de la Commission des réparations. Puissances alliées-Allemagne 484. — Puissances alliées-Autriche 739. — V. aussi Commerce, Délégations, Gouvernements, Inviolabilité, Société des Nations, Tribunaux.
Extradition de l'Empereur Guillaume II. Puissances alliées-Allemagne 477.
Femmes. Admission des — aux fonctions de la Société des Nations. Puissances alliées-Allemagne 335.
Fidéicommissaire. V. Société des Nations.
Finances. Etats-Unis d'Amérique-Allemagne 924. — Puissances alliées-Allemagne 516. — Puissances alliées-Autriche 757.
Fleuves. V. Danube, Elbe, Frontières, Memel, Moselle, Navigation, Navigation fluviale, Oder, Pêche, Ponts, Ports, Rhin, Vistule.
Flotte allemande. Puissances alliées-Allemagne 457.
Flotte de commerce allemande mise sous le contrôle et sous pavillon des puissances ennemies. Puissances alliées-Allemagne 212. — Puissances alliées-Allemagne 214. — Puissances alliées-Allemagne 232.
Force hydraulique. Puissances alliées-Allemagne 613. — Puissances alliées-Autriche 822, 825.
Forces militaires. Réduction des —. Puissances alliées-Allemagne 444. — Puissances alliées-Autriche 721. — Obligation de ne pas maintenir des — dans quelques zones du territoire. Puissances alliées-Allemagne 359, 360, 375. — Puissances alliées-Allemagne 678. — Séjour des — sur un territoire étranger. France-Monaco 314. — V. aussi Armements.
Fortifications. Obligation de ne pas construire des —. Puissances alliées-Allemagne 345, 359, 360, 375, 416, 429, 453, 454, 463, 464. — Puissances alliées-Autriche 707. — V. aussi Bases militaires et navales.
Frontières. Esthonie-Russie 865 — Russie-Lettonie 889. — Russie-Lithuanie 878. — d'Allemagne. Puissances alliées-Allemagne 349, 380, 397, 400, 412, 417, 418, 422. — d'Autriche. Puissances alliées-Autriche 695, 700, 703, 704, 707, 708, 714, 715. — de la Pologne. Puissances alliées-Allemagne 401. — définies par un cours d'eau. Puissances alliées-Allemagne 355. — Puissances alliées-Autriche 699. — Russie-Lithuanie 880.
Garantie de la constitution de la Ville libre de Dantzig. Puissances alliées-Allemagne 420.
Gaz asphyxiants. Prohibition de l'emploi des —. Puissances alliées-Allemagne 450. — Puissances alliées-Autriche 725.
Gex. Pays de —. Puissances alliées-Allemagne 663, 664. — Puissances alliées-Autriche 834.
Golfe de Finlande. V. Neutralisation
Gouvernements. Privilèges de la souveraineté des — se livrant au commerce international. Puissances alliées-Allemagne 536. — Puissances alliées-Autriche 776. — Allemagne-Russie 932. — Autriche-Russie-Ukraine 936.

Guerre. V. Armements, Armistice, Bases militaires et navales, Bermondt, Consuls, Crimes, Gaz asphyxiants, Guerre maritime, Internement, Internés, Lance-flammes, Neutralisation, Neutralité, Paix, Prisonniers de guerre, Représailles, Sépultures.

Guerre maritime. V. Bases militaires et navales, Blocus, Capture, Navires, Prises.

Haute Commission interalliée des territoires rhénans. Puissances alliées-Allemagne 678.

Haute-Savoie. Neutralité de la —. Puissances alliées-Allemagne 663, 664. — Puissances alliées-Autriche 834.

Haute-Silésie. Puissances alliées-Allemagne 401, 403—407, 408, 410.

Heimatlosat. Allemagne-Russie 932.

Héligoland. Puissances alliées-Allemagne 429, 464, 672.

Herzégovine. V. Bosnie.

Immunités diplomatiques accordées aux représentants des membres de la Société des Nations et à leurs agents. Puissances alliées-Allemagne 335. — V. **Délégations, Exterritorialité.**

Impôts levés dans le territoire du Bassin de la Sarre. Puissances alliées-Allemagne 374.

Indigènes. Traitement des —. Puissances alliées-Allemagne 346. — V. aussi Protection.

Internement. Frais de l' — des militaires. Allemagne-Chine 905, 907.

Internés civils. Allemagne-Belgique-France etc. 3. — Allemagne-Etats-Unis d'Amérique 80. — Allemagne-France 46. — Allemagne-Grande-Bretagne 13. — Allemagne-Grande-Bretagne 61. — Allemagne-Lettonie 859. — Allemagne-Russie 843. — Allemagne-Russie 846. — Allemagne-Russie 848. — Allemagne-Russie 931. — Autriche-Russie-Ukraine 852. — Esthonie-Russie 870. — France-Grande-Bretagne etc.-Turquie 159, 160. Grande-Bretagne-Russie 840. — Grande-Bretagne-Turquie 19. — Russie-Lettonie 893. — Puissances alliées — Allemagne 172, 175. — Puissances alliées - Allemagne 473. — Puissances alliées-Autriche 733. — Puissances alliées - Autriche-Hongrie 165, 169. — Puissances-alliées-Hongrie 184. — en Chine. Puissances alliées - Allemagne 435. — en Siam. Puissances alliées - Allemagne 437. — Puissances alliées-Autriche 720.

Inviolabilité des bâtiments et terrains occupés par la Société des Nations. Puissances alliées-Allemagne 335.

Jugements. Règlement des — rendus durant la guerre. Puissances alliées-Allemagne 572. — Puissances alliées-Autriche 797. — étrangers. Exécution des —. Puissances alliées-Allemagne 576 — Puissances alliées-Autriche 799. — nationaux non conformes aux décisions des Tribunaux mixtes arbitraux. Puissances alliées-Allemagne 591. — Puissances alliées-Autriche 808.

Juridiction. V. Tribunaux.

Juridiction consulaire en Egypte. Puissances alliées-Allemagne 440. Puissances alliées-Autriche 718. — Abrogation de la — en Chine. Allemagne-Chine 905. — Renonciation à la — au Siam. Puissances alliées-Allemagne 436. — Puissances alliées-Autriche 719. — V. aussi Capitulations.

Kiao-Tcheou. V. Chantoung.

Lance-flammes. Emploi de —. Puissances alliées-Autriche 725.

Légion étrangère française. Puissances alliées — Allemagne 453. — Puissances alliées-Autriche 733.

Lettonie. Indépendance de la —. Russie-Lettonie 889.

Libéria. Puissances alliées-Allemagne 437.

Liqueurs. Trafic des —. V. Mer du Nord, Spiritueux.

Lithuanie. Indépendance de la —. Russie-Lithuanie 878. — V. aussi Neutralité.

Luxembourg. V. Chemins de fer, Commerce, Neutralité, Zollverein allemand.

Malades. V. Prisonniers de guerre.

Maladies. Puissances alliées-Allemagne 347.

Malmédy. Puissances alliées-Allemagne 349, 356.

Mandat donné par la Société des Nations pour administrer des colonies. Puissances alliées-Allemagne 344.

Maroc. Situation internationale du —. Puissances alliées-Allemagne 437. — Puissances alliées-Autriche 716. — V. aussi Algésiras, Banque d'Etat, Capitulations, Etablissement, Mines, Protection, Protectorat.

Marques de commerce. Allemagne-Chine 909.
Memel. Territoire de —. Puissances alliées-Allemagne 417. — Navigation du —. Puissances alliées-Allemagne 610, 615.
Mer Adriatique. Puissances alliées-Autriche-Hongrie 166. — Libre accès à la — accordé à l'Autriche. Puissances alliées-Autriche 825, 826. — Libre communication avec la — accordée à la Tchéco-Slovaquie. Puissances alliées-Autriche 830.
Mer du Nord. Trafic des liqueurs dans la —. Puissances alliées-Allemagne 532, 536.
Mer noire. France-Grande-Bretagne etc.-Turquie 159.
Mines situées dans le territoire du Bassin de la Sarre. Puissances alliées-Allemagne 360, 364, 372, 373, 378, 379. — au Maroc. Puissances alliées-Allemagne 439. — Puissances alliées-Autriche 717.
Minorités. Protection des —. Puissances alliées-Allemagne 400, 411. — Puissances alliées-Autriche 706, 707, 708-710.
Missions militaires. Obligation de ne pas accréditer des — en pays étrangers. Puissances alliées-Allemagne 453. — Puissances alliées-Autriche 732.
Missions religieuses. Puissances alliées-Allemagne 668. — Puissances alliées-Autriche 834.
Monaco. V. Protectorat.
Monnaie. Circulation de la — française dans le territoire du Bassin de la —. Puissances alliées-Allemagne 376.
Monroe. V. Doctrine de Monroe.
Moresnet. Abrogation du condominium de —. Puissances alliées-Allemagne 356.
Moselle. Navigation de la —. Puissances alliées-Allemagne 385, 619.
Munitions. V. Armes.
Nationalité. Reglement de la — à raison des occupations et de cessions de territoires. Puissances alliées-Allemagne 357, 374, 381, 382, 394, 398, 408, 417, 421, 427, 535, 559. — Puissances alliées-Autriche 701, 702, 709, 710, 715, 770, 775, 789, 812. — Russie-Lettonie 893. — Russie-Lithuanie 881. — Reconnaissance de la —. Puissances alliées-Allemagne 535. — Puissances alliées-Autriche 775.
Naturalisations. Reconnaissance des —. Puissances alliées-Allemagne 535. — Puissances alliées-Autriche 775.
Navigation. Allemagne-Russie 932. Autriche-Russie-Ukraine 936. — Puissances alliées-Allemagne 532, 536, 603, 606. — Puissances alliées-Autriche 773, 817. — V. aussi Cabotage, Canal de Kiel, Canal de Suez, Commerce, Douanes, Flotte de commerce, Mer du Nord, Navigation fluviale, Navires, Pavillon, Pêche, Pêche côtière, Pêcheries, Ports, Traitement de la nation la plus favorisée, Zones franches.
Navigation aérienne. Puissances alliées-Allemagne 465, 601. — Puissances alliées-Autriche 729, 816.
Navigation fluviale. Puissances alliées-Allemagne 610. — Puissances alliées-Autriche 820. — V. aussi Fleuves.
Navires de commerce appartenant à un Gouvernement. Traitement des — dans les ports étrangers. Allemagne-Russie 932. — Autriche-Russie-Ukraine 936. — Certificats et documents délivrés aux —. Puissances alliées-Allemagne 532. — Transfert de — sous pavillon neutre. Puissances alliées-Allemagne 178. — Puissances alliées-Allemagne 502. — Puissances alliées-Autriche 749. — V. aussi Flotte de commerce, Navigation, Pavillon, Radiotélégraphie.
Neutralisation de quelques zones limitrophes. Esthonie-Russie 866. — du Golfe de Finlande. Esthonie-Russie 867. — V. aussi Gex, Haute-Savoie, Neutralité, Zones neutres.
Neutralité permanente de l'Esthonie. Esthonie-Russie 867. — de la Lithuanie. Russie-Lithuanie 881. — Abrogation du régime de — de la Belgique et du Luxembourg. Puissances alliées-Allemagne 355, 359. — Puissances alliées-Autriche 713. — V. aussi Internés, Navires, Neutralisation, Prisonniers de guerre.
Niemen. V. Memel.
Occupation de guerre. Traitement des habitants pendant une —. Allemagne-France 58. — Puissances alliées-Allemagne 173.
Occupation militaire de territoires allemands. Puissances alliées-Allemagne 531. — des territoires rhénans. Puissances alliées-Allemagne 659. — Puissances alliées-Allemagne 677. — de la zone d'un plébiscite. Puissances

alliées-Allemagne 404, 415, 424. — Puissances alliées-Autriche 705.

Oder. Puissances alliées-Allemagne 610, 615.

Offices de vérification et de compensation. Puissances alliées-Allemagne 546, 549. — Puissances alliées-Autriche 784.

Opium. Convention internationale de 1[illegible]. Allemagne-Etats-Unis d'Amérique-Argentine etc. 247. — Puissances alliées-Allemagne 346, 545. — Puissances alliées-Autriche 781.

Options. Esthonie-Russie 867. — Puissances alliées, Allemagne 357, 399, 409, 421, 428. — Puissances alliées-Autriche 711, 712. — Russie-Lettonie 893. — Russie-Lithuanie 881, 887.

Otages. Restitution des —. Puissances alliées-Allemagne 172, 175. — Russie-Lettonie 893.

Paix. Allemagne-Chine 901. — Allemagne-Etats-Unis d'Amérique 917. — Autriche-Etats-Unis d'Amérique 910. — Esthonie-Russie 864. — Puissances alliées-Allemagne 323. — Puissances alliées-Autriche 691. — Russie-Lettonie 888. — Russie-Lithuanie 877. — V. aussi Armistice, Conditions de paix.

Pavillon des navires des Etats qui n'ont pas de littoral maritime. Puissances alliées-Allemagne 535. — Puissances alliées-Autriche 773.

Pêche. Esthonie-Russie 876. — Russie-Lithuanie 880.

Pêche côtière. Puissances alliées-Allemagne 532, 536.

Pêcherie. V. Mer du Nord.

Personnel sanitaire. Traitement du — pendant la guerre. Allemagne-Belgique-France etc. 4. — Allemagne-Etats-Unis d'Amérique 80. — Allemagne-Etats-Unis d'Amérique 96, 113, 115. — Allemagne-France 36. — Grande-Bretagne-Turquie 20.

Plébiscites. Puissances alliées-Allemagne 356, 363, 377, 401—407, 412—416, 423—427. — Puissances alliées-Autriche 703, 712.

Pologne. Indépendance de la —. Puissances alliées-Allemagne 400. — Conduite par la — des affaires extérieures de la Ville libre de Dantzig. Puissances alliées-Allemagne 421. — V. aussi Commerce, Dantzig, Protection.

Portes-de-fer. Travaux aux —. Puissances alliées-Allemagne 618. — Puissances alliées-Autriche 824.

Ponts sur le Rhin. Puissances alliées-Allemagne 386.

Ports. Puissances alliées-Allemagne 603. — Puissances alliées-Autriche 817. — de Strasbourg et de Kehl. Puissances alliées-Allemagne 385, 386. — du nord. Admission de la Tchéco-Slovaque aux —. Puissances alliées-Allemagne 627. — V. aussi Zones franches.

Prescriptions. Puissances alliées-Allemagne 572. — Puissances alliées-Autriche 797.

Prises. Validité des —. Puissances alliées-Allemagne 669. — Puissances alliées-Autriche 835.

Prisonniers de guerre. Traitement et rapatriement des —. Allemagne-Belgique-France etc. 3. — Allemagne-France 31. — Allemagne-France 46. — Allemagne-Etats-Unis d'Amérique 80. — Allemagne-Grande-Bretagne 13. — Allemagne-Grande-Bretagne 61. — Allemagne-Lettonie 859. — Allemagne-Russie 843. — Allemagne-Russie 846. — Allemagne-Russie 848. — Allemagne-Russie 931. — Autriche-Russie-Ukraine 852. — Esthonie-Russie 870. — France-Grande-Bretagne-etc.-Turquie 159, 160. — Grande-Bretagne-Russie 840. — Grande-Bretagne-Turquie 19. — Puissances alliées-Allemagne 174, 176. — Puissances alliées-Allemagne 210, 213. — Puissances alliées-Allemagne 473. — Puissances alliées-Autriche 733. — Puissances alliées-Autriche-Hongrie 165, 166, 169. — Puissances alliées-Hongrie 184. — Russie-Lettonie 892. — Passage des —. Allemagne-Hongrie 857. — V. aussi Internement, Internés, Personnel sanitaire, Protection.

Propagande. Engagement de s'abstenir d'une — contre les institutions d'un Etat étranger. Allemagne-Russie 933. — Autriche-Russie-Ukraine 938.

Propriété industrielle. Puissances alliées-Allemagne 591. — Puissances alliées-Autriche 808. — V. aussi Marques de commerce.

Propriété littéraire et artistique. Puissances alliées-Allemagne 591. — Puissances alliées-Autriche 808.

Protection. Droit de — des prisonniers de guerre. Allemagne-Etats-Unis d'Amérique 107, 108. — Allemagne-France 41.

— Allemagne-Grande-Bretagne 74. — à l'étranger des intérêts des habitants du territoire du Bassin de la Sarre. Puissances alliées-Allemagne 371. — des nationaux de la Ville libre de Dantzig par la Pologne. Puissances alliées-Allemagne 421. — Droit de — au Maroc. Puissances alliées-Allemagne 478. — Puissances alliées-Autriche 716. — des indigènes habitant les anciennes colonies de l'Allemagne. Puissances alliées-Allemagne 433.

Protectorat de la France sur le Monaco. France-Monaco 313. — Puissances alliées-Allemagne 668. — Puissances alliées-Autriche 834. — de la France au Maroc. Puissances alliées-Allemagne 438. — Puissances alliées-Autriche 716. — de la Grande-Bretagne sur l'Egypte. Puissances alliées-Allemagne 440. — Puissances alliées-Autriche 717. — V. Conférences, Dantzig, Traités.

Prusse orientale. Puissances alliées-Allemagne 412.

Radiotélégraphie. Allemagne-Etats-Unis d'Amérique-Argentine etc. 270. — Puissances alliées-Allemagne 540. — Puissances alliées-Autriche 778. — V. aussi Stations radiotélégraphiques.

Ravitaillement en vivres de l'Europe et de l'Allemagne. Puissances alliées-Allemagne 212. — Puissances alliées-Allemagne 214. — Puissances alliées-Allemagne 217. — Puissances alliées-Allemagne 221. — Puissances alliées-Allemagne 224.

Réclamations. Règlement des —. Allemagne-Lettonie 862. — Engagement à ne pas présenter des —. Puissances alliées-Allemagne 669. — Puissances alliées-Autriche 835.

Reconnaissance de nouveaux Etats. Puissances alliées-Allemagne 430, 663. — Puissances alliées-Autriche 714. — de jure. Allemagne-Lettonie 862. — V. aussi Autriche, Tchéco-Slovaquie, Pologne.

Régence. France-Monaco 314.

Relations diplomatiques. Reprise des —. Allemagne-Lettonie 861. — Rétablissement des —. Puissances alliées-Allemagne 331. — Obligation de cesser les — avec une tierce Puissance. Puissances alliées-Hongrie 185. — Puissances alliées-Turquie 160.

Religion. Liberté de —. Puissances alliées-Allemagne 345.

Réparations. Allemagne-France-Belgique 186. — Puissances alliées-Allemagne 176. — Puissances alliées-Allemagne 479. — Puissances alliées-Autriche 736.

Représailles. Réserve de —. Puissances alliées-Allemagne 174. — Règlement des —. Allemagne-France 54. — Allemagne-Grande-Bretagne 18. — Allemagne-Etats-Unis d'Amérique 123. — Grande-Bretagne-Turquie 28.

Rhin. Navigation du —. Puissances alliées-Allemagne 385, 619. — Rive gauche du — Puissances alliées-Allemagne 359, 659. — Puissances alliées-Allemagne 677. — V. aussi Commission centrale, Ponts, Ports, Territoires rhénans.

Roumanie. Puissances alliées-Autriche 708. — V. aussi Traités.

Russie. Dispositions politiques concernant la —. Puissances alliées-Allemagne 430. — Puissances alliées-Autriche 714. — V. aussi Traités.

Saint-Gothard. Chemin de fer du —. Puissances alliées-Allemagne 634.

Samoa. Iles de —. Puissances alliées-Allemagne 542.

Sanctions. Puissances alliées-Allemagne 477. — Puissances alliées-Autriche 735.

Sarre. Bassin de la —. Puissances alliées-Allemagne 360. — V. aussi Douanes, Protection, Société des Nations.

Secrétariat de la Société des Nations. Puissances alliées-Allemagne 334, 335, 337, 339, 343, 347, 349. — V. aussi Société des Nations, Traités, Travail.

Sépultures des soldats et marins. Puissances alliées-Allemagne 476. — Puissances alliées-Autriche 733.

Serbes-Croates-Slovènes. Indépendance de l'Etat des —. Puissances alliées-Autriche 692, 703.

Service militaire obligatoire. Abolition du —. Puissances alliées-Allemagne 450. — Puissances alliées-Autriche 721.

Servitudes internationales. V. Forces militaires, Fortifications, Neutralisation, Occupation militaire, Territoire, Zone neutre.

Shantoung. V. Chantoung.

Siam. V. Juridiction consulaire.

Slesvig. Puissances alliées-Allemagne 422. — Puissances alliées-Autriche 713.

Société des Nations. Organisation de la —. Puissances alliées-Allemagne 331. — Commission représentant la — dans le territoire du Bassin de la Sarre. Puissances alliées-Allemagne 370. — gouvernant comme fidéicommissaire le territoire du Bassin de la Sarre. Puissances alliées-Allemagne 363. — décidant le sort futur du territoire du Bassin de la Sarre. Puissances alliées-Allemagne 377. — Mandataires de la — administrant des colonies. Puissances alliées-Allemagne 344. — Protection de la Ville libre de Dantzig par la —. Puissances alliées-Allemagne 419. — Compétences de la — relatives à l'indépendance de l'Autriche. Puissances alliées-Autriche 714. — Investigations votées par la —. Puissances alliées-Allemagne 472. — Puissances alliées-Autriche 733. — Organisation du Travail par la —. Puissances alliées-Allemagne 639, 641, 642, 655, 656, 658. — protégeant les droits des minorités. Puissances alliées-Autriche 710. — Désignation des arbitres par le Conseil de la —. Puissances alliées-Allemagne 656. — Puissances alliées-Autriche 825, 829, 832. — Choix de membres des tribunaux arbitraux mixtes par le Conseil de la — Puissances alliées-Allemagne 588. — Puissances alliées-Autriche 806. — approuvant des traités. Puissances alliées-Allemagne 636. — Puissances alliées-Autriche 822, 833. — Règlement des différends par la —. Puissances alliées-Allemagne 634, 635, 637. — Puissances alliées-Autriche 780, 816, 830, 832. — Examen des traités devenus inapplicables par l'Assemblée de la —. Puissances alliées-Allemagne 343. — Décision du Conseil de la — relative à la durée de quelques parties des Traités de paix. Puissances alliées-Allemagne 536. — Puissances alliées-Autriche 775, 776. — Révision de quelques articles des Traités de paix par le Conseil de la —. Puissances alliées-Allemagne 635. — Puissances alliées-Autriche 833. — Proposition de la révision de quelques articles des Traités de paix. Puissances alliées-Allemagne 635. — Puissances alliées-Autriche 832. — Organisations volontaires de la Croix-Rouge favorisées par les membres de la —. Puissances alliées-Allemagne 348. — V. aussi Colonies, Cour permanente de justice, Dominions, Enregistrement, Extraterritorialité, Femmes, Garantie, Inviolabilité, Secrétariat, Territoire, Traités.

Sous-marins. Interdiction de la construction et de l'acquisition de —. Puissances alliées-Allemagne 462. — Puissances alliées-Autriche 728.

Souveraineté. Immunités de la — des Gouvernements se livrant au commerce. V. Gouvernements.

Spiritueux. Commerce des —. Puissances alliées-Allemagne 345, 433. — V. aussi Mer du Nord.

Stations radiotélégraphiques à grande puissance. Puissances alliées-Allemagne 465.

Statistique commerciale internationale. Allemagne-Belgique-Bolivie etc. 304.

Succession à la couronne. France-Monaco 314.

Suisse. V. Gex, Haute-Savoie.

Suspension des hostilités. V. Armistice.

Tchéco-Slovaquie. Indépendance de la —. Puissances alliées-Allemagne 397. — Puissances alliées-Autriche 692, 707. — V. aussi Mer Adriatique, Ports.

Télégraphes. Puissances alliées-Autriche 831. — V. aussi Radiotélégraphie.

Téléphones. Puissances alliées-Autriche 831.

Territoire. Engagement à ne pas aliéner un —. France-Monaco 314. — Passage de troupes à travers le — des membres de la Société des Nations. Puissances alliées-Allemagne 341. — Transport des troupes à travers un — ennemi durant l'armistice. Puissances alliées-Allemagne 175. — Puissances alliées-Allemagne 238. — Séjour des troupes dans un — étranger. France-Monaco 314. — V. aussi Bassin de la Sarre, Condominium, Forces militaires, Fortifications, Occupation de guerre, Occupation militaire, Servitudes internationales.

Traite des Blanches. Puissances alliées-Allemagne 346.

Traite des esclaves. Puissances alliées-Allemagne 345.

Traitement de la nation la plus favorisée. Allemagne-Lettonie 862.

— Esthonie-Russie 874, 875. — Puissances alliées-Allemagne 527, 528, 529, 531, 532, 543, 544, 545, 602, 607, 628. — Puissances alliées-Autriche 771, 772, 774, 775, 781, 817, 819, 820, 826. — Russie-Lettonie 899. — Russie-Lithuanie 886, 887, 888.

Traités. Application des — aux colonies et protectorats. Allemagne-Etats-Unis d'Amérique-Argentine 273. — Allemagne-Belgique-Bolivie etc. 305. — Puissances alliées-Allemagne 654. — Enregistrement des — par le secrétariat de la Société des Nations. Puissances alliées-Allemagne 343, 649. — Rétablissement des — affectés par la guerre. Puissances alliées-Allemagne 536, 542. — Puissances alliées-Autriche 776. — Annulation et abrogation des Traités en vertu des Traités de paix. Puissances alliées-Allemagne 343, 355, 358, 430, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 440, 442, 524, 543, 544. — Puissances alliées-Autriche 713, 714, 716, 717, 719, 720, 768, 780. — Reconnaissance des — conclus entre des tierces États. Puissances alliées-Allemagne 355, 359, 397, 417, 430, 433, 440, 442, 540, 603, 613, 618, 620, 629, 635, 662. — Puissances alliées-Autriche 701, 703, 712, 713, 714, 715, 716, 770, 778, 817, 824, 827. — V. aussi Société des Nations.

Traités généraux d'arbitrage. Etats-Unis d'Amérique-Portugal 319.

Travail. Organisation du —. Puissances alliées-Allemagne 346, 638. — V. aussi Bureau international du Travail.

Tribunaux. Accès des —. Puissances alliées-Allemagne 535. — Puissances alliées-Autriche 775. — Compétence des — de juger les actions intentées contre un État étranger. Allemagne-Russie 932, 933. — Autriche-Russie-Ukraine 937.

Tribunaux arbitraux mixtes. Puissances alliées-Allemagne 554, 555, 556, 557, 560, 562, 567, 573, 574, 575, 577, 587, 598. — Puissances alliées-Autriche 786, 787, 788, 790, 792, 794, 797, 798, 799, 805, 812. — V. aussi Jugements.

Turquie. Puissances alliées-Allemagne 442. — Puissances alliées-Autriche 714.

Vistule. Puissances alliées-Allemagne 416, 420.

Wilson. V. Conditions de paix.

Zollverein allemand. Sortie du Grand-Duché de Luxembourg du —. Puissances alliées-Allemagne 359.

Zones franches dans les ports. Puissances alliées-Allemagne 420, 608, 627. — V. aussi Ports.

Zones neutres. Puissances alliées-Allemagne 173. — Puissances alliées-Allemagne 191. — V. aussi Neutralisation.

Law
Internat
M376ri
és, 3rd ser, vol.
11.
ER.
Toronto

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 14 16 25 10 007 5